Redakzion:
Wien, V., Kundmannergasse 89.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frc. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, V., Kundmannergasse 89.

Insertions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 31. Wien, Donnerstag 13. Jänner. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit dieser Nummer beginnt ein neues Quartal zum **Abonnement** der Zeitschrift

Die Zukunft

Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

„Die Zukunft" erscheint **monatlich zweimal**, und **zwar an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.**

Das Abonnement beträgt für **Oesterreich-Ungarn:**

halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Briefe und Geldsendungen sind nur zu richten an Andr. Grosse, 4. Bez., Hauptstraße 23, 1. St., alle auf die Redakzion, Administrazion und Expedizion bezughabenden Zusendungen an die Redakzion der „Zukunft", 5. Bez., Hundsthurmerstraße 89, 2. Hof, 1. Stiege, 1. Stock.

Die Herausgeber.

Louis August Blanqui.

Am 1. Januar starb in Paris der größte französische Revoluzionär unserer Zeit, nachdem er ein langes Leben voll Entbehrungen, voll Enttäuschungen hingebracht hatte, ohne daß es ihm gegönnt gewesen wäre, mehr als den ersten Lichtschimmer einer besseren Zeit, der von ihm so heiß ersehnten, mit so schweren Opfern zu erkämpfen versuchten wahrzunehmen. Er war kein Mann der Worte, kein Held der Frase, sondern ein Mann der energischen, entschlossenen Tat, der überall zu finden war, wo es um die Freiheit und das materielle Wol des gesammten Volkes sich handelte. Wenn er aber nicht auf den Barrikaden stand, und nicht die Vorbereitungen zur tätigen Befreiung des Volkes traf, dann war er gewiß im Kerker, ein Dulder und Märtirer des Volkes — ein Opfer seines edlen Herzens und seines leicht zu entflammenden Heldenmutes.

Im Jahre 1805 in Nizza geboren, also mit Giuseppe Garibaldi, dem großen Sohne der italienischen Nazion, dem Schoße einer Stadt entsprungen, zeichnete er sich schon in früher Jugend durch seine unüberwindliche Liebe zur Freiheit und Unabhängigkeit aus. Er studirte in Paris Rechtswissenschaft und Medizin, aber seine Neigungen zogen ihn mit unaufhaltsamer Gewalt in die Volksbewegungen der damaligen Zeit, in denen er bald eine hervorragende Rolle spielte. Schon im Jahre 1827 wurde er in dem Volksaufstande in der Rue St. Denis verwundet. Unter den Barrikadenkämpfern der Julitage des Jahres 1830 zeichnete er sich in besonderer Weise aus und er erhielt dafür das sogenannte Julikreuz. Im Dezember desselben Jahres organisirte er, als die blutigen Opfer des Volkes wieder infolge der Intriguen der Konstituzionellen vergebens gebracht zu sein schienen, den Sturm auf das Stadthaus, der jedoch verunglückte und Blanqui ein Jahr Gefängnis eintrug. Später wurde er abermals wegen Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft und wegen Anfertigung von Munizion verurteilt, im Jahre 1837 aber durch eine Amnestie in Freiheit gesetzt.

Im Jahre 1839 nahm er hervorragenden Anteil an dem von Barbès geführten Maiaufstande, welcher niedergeschlagen wurde. Blanqui wurde infolge dessen zum Tode verurteilt, in letzter Stunde aber vom Könige Louis Philipp zu lebenslänglicher Haft „begnadigt". Durch die siegreiche Februarrevoluzion des Jahres 1848 in Freiheit gesetzt, stellte er sich sofort wieder an die Spitze des Proletariats und organisirte die Erhebungen vom 17. März, 16. April und 15. Mai 1849, die Vorgänger der großen Junikämpfe. Gleich nach seiner Freilassung stiftete er als Kern der revoluzionären Bewegung in Paris den „Klub des republikanischen Zentralvereins", von dem die erwähnten proletarischen Bewegungen ihren Ausgang nahmen. Nach dem verunglückten Aufstande vom 15. Mai wurde Blarqui verhaftet und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Erst im Jahre 1859 wurde er infolge einer Amnestie aus der Haft entlassen. Die napoleonische Reakzion, die damals in Frankreich allmächtig war, und jede freiheitliche Regung der Arbeiter mit eiserner Faust niederhielt, zwang ihn, Frankreich zu verlassen. Er wandte sich nach London, dem Asile aller politischen Flüchtlinge, kehrte aber im Jahre 1861 bereits wieder nach Frankreich, wo ihn die bonapartistische Polizei ohne Grund verhaftete und mit Hilfe ihrer Richter wegen angeblicher Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft zu vier Jahren verurteilte. Er blieb nun mit kurzer Unterbrechung bis zum Sturze Napoleons III. internirt, weil die Furcht des Zäsaren vor einer revoluzionären Erhebung des Volkes täglich wuchs.

Zur Zeit des Ausbruchs des Kommuneaufstandes befand sich Blanqui nicht in Paris und ehe es ihm gelang, die Hauptstadt zu erreichen, um persönlich die Bewegung zu unterstützen, die er in der Provinz mit seiner ganzen Energie gefördert hatte, wurde er von den Schergen Thiers' festgenommen und seine Freilassung im Austausch mit den von den Kommunisten inhaftirten Geiseln, worunter der Erzbischof von Paris, von Thiers verweigert. Dieser Ordnungsmann wollte um jeden Preis seinen Haß gegen das Proletariat an einem ihrer edelsten Vorkämpfer befriedigen. Blanqui wurde im Jahre 1872 zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, aus dem er erst vor einem Jahre durch eine Amnestie befreit wurde. Es ist gewiß allen unsern Lesern bekannt, welche Anstrengungen die französischen Arbeiter machten, um die Freilassung Blanqui's zu erwirken. Trotz seines hohen Alters, trotz seiner durch langjährige Haft und durch furchtbare Aufregungen zerrütteten Gesundheit reiste er nach seiner Freilassung von Stadt zu Stadt, um die Proletarier in ihrem gerechten Kampfe zu stärken und die Furchtsamen zu ermutigen. Noch kurze Zeit vor seinem Tode gab er in Paris ein Blatt unter dem Titel: „Ni Dieu ni Maitre" (Weder Gott noch Herr) heraus, dessen Titel zugleich sein Programm ist.

Blanqui war eine der aufopferndsten Gestalten unter den Vorkämpfern für die sozialistischen Ideen. Die **österreichischen Arbeiter** haben ihr Beileid um den Verlust Blanqui's in einem Telegramm an die französischen Arbeiter ausgesprochen.

Die Stellung der Gelehrten zur Sozialdemokratie.

Von **Johann Most.**

(Fortsetzung und Schluß.)

Mehr als der Druck verwandtschaftlicher Beziehungen beengt aber jeden Menschen, also auch den Gelehrten, die gesellschaftliche Situazion, in welcher er sich befindet. Gelehrte verkehren von Hause aus weit mehr mit Elementen, die zu den privilegirten Klassen gehören und aus Interessenpolitik Feinde des Sozialismus sind, als mit Leuten, bei denen das Gegenteil konstatirt werden kann. Bessere Regungen des Gemütes, ja selbst spontane Rebellionen des Verstandes verrauschen nur zu leicht im Einzelnen, wenn sie in dessen Umgebung keinen Widerhall finden oder auf allgemeines Unverständnis stoßen. Bei öfterer Wiederkehr können sie den Betreffenden, wenn eine solche Wechselwirkung statifindet, zum Pessimisten machen.

Endlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß jene Spezialwissenschaft, welche, wenn sie ernsthaft betrieben wird, mindestens die landläufigen Anschauungen über soziale Dinge und insbesondere die über wirtschaftliche Verhältnisse stark erschüttern, in weiterer Folge aber die Neigung zum Sozialismus wachrufen muß, — die Gesellschaftslehre mit ihren verschiedenen Abzweigungen: Nazional- und Sozialökonomie, soziale Statistik, Staatswissenschaft, Gesellschaftsfilosofie 2c. — noch immer eine unverhältnismäßig bescheidene Rolle spielt.

Trotzdem es förmlich auf der Hand liegt, daß die Basis allgemeiner Bildung eigentlich die Erkenntnis hinsichtlich des inneren Wesens der Gesellschaft, in welcher man lebt, sein müßte, werden im Großen und Ganzen soziale Studien nur ganz oberflächlich und unsistematisch betrieben, so daß es gar kein Wunder ist, wenn da und dort ein Gelehrter, der sich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie herbeiläßt, von Arbeitern, welche teoretisch und praktisch in Gesellschaftssachen geschult sind, ad absurdum geführt wird.

Das Fachstudienwesen hat sich im Laufe der Zeit so einseitig entwickelt, daß es bei einem allgemein gebildeten Menschen, wie überhaupt bei jedem geübten Logiker, das größte Staunen erregt, wenn er die Wahrnehmung machen muß, daß die Gelehrten, seien es nun Staats- oder Privatgelehrte, oft neben einer immensen Reichhaltigkeit des Wissens in einem sonstigen Spezialfache von der Gesellschaftskunde Wenig oder Nichts wissen.

Aber glücklicherweise haben nachgerade Gelehrte ersten Ranges sich auf die Gesellschaftswissenschaft geworfen und wurden Sozialisten! Die Namen, welche in dieser Beziehung in Frage kommen, brauchen wol nicht aufgezält zu werden, darauf ist aber hinzuweisen, daß bereits neben den als Sozialisten allenthalben bekannten Männern der Wissenschaft noch weit mehr solche existiren, deren Stellung es vorläufig rätlich erscheinen läßt, daß sie sich **anonim** sozialistisch betätigen. Ja, es wird sogar gut sein, wenn der Deckmantel der Anonimität noch recht lange beibehalten wird, da sich vermittelst desselben sozialistische Gelehrte in alle Sfären der Staats- und Gesellschaftsmaschinerie einbürgern können, ein Umstand, welcher seitens der Sozialdemokratie in der Praxis nicht streng genug beachtet werden kann. Allerdings soll damit aus der Not keine Tugend gemacht, die Anonimität nicht **allen** sozialistischen Gelehrten anempfolen sein; denn diejenigen, welche sich berufen fülen, als **Lehrer** auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiete zu wirken, werden ohne Schädigung der Sache nicht im Verborgenen bleiben können.

Interessant ist es übrigens, daß sich täglich die Anzeichen mehren, wonach die bedeutendsten Forscher in allen Spezialitäten der Wissenschaft von den verschiedensten Gesichtspunkten aus zum Sozialismus gelangen. Jede wirkliche Wissenschaftlichkeit muß eben auf der Logik der Tatsachen fußen, und diese hat ja auch den Sozialisten par excellence den Aufbau ihrer Teorien ermöglicht, resp. sie dazu herausgefordert.

Ein Filosof wird notwendig bei Betrachtung des Bestehenden die Mängel desselben erkennen müssen, gleichwie er bei Untersuchungen über die Art und Weise des Gewordenseins der vorhandenen Wirklichkeit das Stattfinden einer Entwickelung der Dinge in der Richtung der Vervollkommnung nicht außer Acht lassen kann. Das Eine muß ihn über die **Notwendigkeit** der fortschreitenden Umgestaltung des jeweilig Realen, das Andere über die **Möglichkeit** oder vielmehr Selbstverständlichkeit einer solchen in's Klare setzen. Demnach muß jeder wirkliche Filosof in mehr oder minder hohem Grade Gesellschaftsreformer, Sozialist sein.

Von „Bei der konsequenten Naturforschung" bis „von Hause aus Juristen waren" wurde von der k. k. Staatsanwaltschaft beanständet.

Genug: auf allen Gebieten der Wissenschaft müssen die hervorragendsten Gelehrten dem Sozialismus direkt oder indirekt ihre Anerkennung zollen! Wenn dies so

fort geht — und es liegt kein Grund vor, das Gegenteil anzunehmen —, so steht binnen etlichen Jahrzehnten der bessere Teil der Gelehrtenwelt auf Seiten der Sozialdemokratie und nur die Vertreter der reinen Brot-Wissenschaft spielen ihre alte Rolle weiter. Wie im öffentlichen Leben im Allgemeinen, so vollzieht sich eben auch in den wissenschaftlichen Regionen nach und nach ein Scheidungsprozeß. „Hie Reakzion, hie Revoluzion!" ist auch hier die Losung. Es ist nicht unmöglich, daß die Universitäten, weit entfernt, sich fortschreitend zu entwickeln, mehr und mehr der Reakzion anheimfallen; aber dafür müssen sich, den steigenden diesbezüglichen Bedürfnissen entsprechend, anderweite wissenschaftliche Vereinigungen bilden, welchen die Aufgabe zufällt, die Gelehrsamkeit im höheren Sinne des Wortes zu fördern.

Mancher wird sagen, dies seien Utopistereien (ein Vorwurf, der heutzutage sehr oft und sehr oft unberechtigt gemacht wird), aber diese Annahme ist eine irrtümliche, weil nichts utopistisch genannt werden kann, was bei einigem Scharfblick schon jetzt, wenn auch nur in Embryogestalt, sich bemerkbar macht, und was logischer Weise aus dem Gegebenen sich folgern läßt.

So hätten wir denn gesehen, daß die gegenwärtige Stellung des Alltags-Gelehrtentums eine wesentlich reakzionäre ist und darum der sozialdemokratischen Sache nicht förderlich sein kann. Wir haben aber auch gefunden, daß diese Erscheinung durch die sozialen und politischen Verhältnisse unserer Zeit bedingt und mithin naturgemäß ist. Andererseits sind wir bei unseren Betrachtungen aber zu dem Ergebnis gelangt, daß mit der fortschreitenden Entwickelung der modernen Wissenschaft das wirkliche Gelehrtentum dem Sozialismus näher und näher gerückt werden muß. Aus alledem dürfen wir die Ueberzeugung schöpfen, daß die Vertreter der Wissenschaft im strengsten Sinne des Wortes in der Zukunft die vornehmlichsten Bahnbrecher des Sozialismus sein werden.

Unsere Kinder!

I.

Die Erziehung der Jugend ist der Fels auf dem der Staat der Zukunft erbaut werden soll. Wer wird die Wichtigkeit dieses Satzes bestreiten. Hat nicht Jeder ein Teuerstes, ein Kind, indem er sich nochmals junggeworden vor sich sieht? Wenn des Tages Arbeit uns in den Gliedern liegt, wenn wir ermüdet und ermattet die trauliche Stube betreten, wenn sich Verdruß über die verdorbenen und schlechten Verhältnisse in unseren Zügen ausprägt — stets ist es der unschuldige Blick der Kindlein, ihr unbeschreiblicher Reiz, der uns die Sorge von der Stirne wischt, den Mismut aus dem Herzen scheucht. Und hättest Du ein Herz von Stein, und wäre Dir jedes zarte Empfinden in dem Ringen und Drängen unserer ernsten Zeit abhanden gekommen, Du müßtest weich werden, blicktest Du in das liebliche Auge Deines Kindes.

Ach, weil sie so klein und zart sind, beschäftigen sich die Großen und Starken selten mit ihnen, höchstens um einen Scherz, ein lustiges Wortspiel mit ihnen auszuführen. Du hältst es, lieber Leser, für unbedeutend, Dich mit dem heranwachsenden Menschen zu beschäftigen und glaubst, der Kampf um's Walrecht, um die Preßfreiheit, das Briefgeheimnis sei wichtiger. Ja, wichtig und höchst notwendig sind sie, diese Kulturwaffen des modernen Menschen, aber von verschwindender Bedeutung gegenüber der Erziehung der Jugend. Schon die ältesten Völker erkannten es, daß das Bäumchen in zarter Jugend gepflegt und gestützt werden müsse, denn schon die Vorschriften der Chinesen zeigen uns, welche Achtung dem Lehrer gezollt wurde, woraus ihre Wertschätzung der Jugenderziehung erhellt. Heute freilich glaubt man recht daran zu tun, wenn man den ganzen Lehrerstand von verständnislosen Journalisten beschimpfen läßt und sogar des Kindes Ohr Zeugenschaft von solch ungemessener Rede ablegen kann.

Der größten Denker einer, der edle Grieche Aristoteles, hielt dafür, die Sorge um die Erziehung der Jugend sei die wichtigste und heiligste Pflicht eines Staatsmannes. Jetzt freilich gilt die Sorge um des Heeres Stärke für des Diplomaten erste Pflicht und während man für diese Zwecke 200 Millionen ausgibt, bedenkt man das gesammte Schulwesen mit sieben Millionen. Man vergißt hiebei, daß die Wolfahrt eines Landes nicht von dem Ueberfluß seiner Einkünfte, noch von der Stärke seiner Festungswerke, noch von der Schönheit seiner öffentlichen Gebäude abhängt, sondern nur auf der Zal seiner gebildeten Bürger, in seinen Männern von Erziehung, Wissen und Karakter beruht. Hier ist das wahre Interesse, die Hauptstärke, die wahre Macht des Landes zu finden.

Was wir bei dem Lenker des Großen, den Parlamenten und Ministern, für Unrecht halten, gilt auch im selben Maße vom Haupte einer Familie. Der Mann, dessen Leben nicht nur in der Befriedigung seiner fleischlichen Bedürfnisse und Begierden besteht, der Mann, der durch sein Benehmen zeigt, daß er nicht umsonst ein Großgehirn von bedeutendem Gewichte hat, der trotz der Sorge um sein täglich Brot den Funken edler Menschenliebe nicht verlöschen läßt, — der Mann wird, sobald er den ernstesten Vertrag, den Bund der Ehe, schließt, sich die ihn erwartende Vaterpflicht überdenken und sich tief in's Herz den Vorsatz prägen: Ich will des hilflosen Kindes wahrer Führer, sein bester Freund und schönstes Muster sein. Zum braven Menschen will ich ihn erziehen, würdig seines Jahrhunderts und tauglich für den Kampf um die höchsten Güter: Gerechtigkeit und Wahrheit.

Und ist Deine Hand noch so derb von des Werkzeugs stetem Gebrauch, in Deinem Innern, lieber Genosse, wirst Du Dich gehoben und gestärkt fülen, wenn Du daran denkst: ich soll das Vorbild sein meinem Kinde.

Harte Arbeit, edles Fülen — ach! wie schön würde sich das paaren.

Schlichtes Kleid, zartes Herz — wie zierte das den Mann des Volkes.

* * *

Ich weiß gar wol, daß Ihr, meine Freunde, im Ringen und Kämpfen um Eure Rechte nicht geneigt seid Euer Ohr zu leihen solch weichen Worten, solch nicht zum Angriff mahnender Sprache.

Allein — ist denn die Liebe zur Jugend nur Sache der Reichen? Sollst nicht gerade Du, braver arbeitender Mann, den Geist nach aufwärts wenden zu edelmütigen Gedanken, nach vorwärts auf den blühenden Baum des erstarkenden Geschlechts? Nicht an lärmdurchtobtem Orte, in Deines trauten Kämmerleins Stille lies dies Blatt, mit ruhigem Sinn und fülenden Herzen — dann wirst Du doppelt gerne meinen friedlichen Worten glauben.

Politische Uebersicht.

Am 18. Dezember hielt das Abgeordnetenhaus seine letzte Sitzung vor der Vertagung; diese Sitzung war eine der stürmischsten, vielleicht die stürmischste im österreichischen Parlamente. Sie dauerte fünfzehneinhalb Stunden, was in den Augen der meisten unserer Volksvertreter eine Riesenarbeit vorstellt. Wir können nur sagen: es war ein Sturm im Glase Wasser, denn es handelte sich doch nur um die Interessen einer verschwindend geringen Volksklasse, die ihre Bedeutungslosigkeit durch wüstes Schreien zu verdecken suchte. In erster Linie war die Bewilligung der Bosnatalbahn auf der Tagesordnung; die Redner der deutschliberalen Partei donnerten gegen die „Geldverschwendung", die man durch diesen Bahnbau betreibe und einer erklärte, daß die Oesterreicher zu jeder Million, die nach Bosnien wandere, ein Lebewol auf Nimmerwiedersehen sagten. Wir stehen gewiß nicht im Verdachte, für die Regierung und für die von ihr geforderten Staatsausgaben zu schwärmen, aber uns will es nicht einleuchten, wie eine Partei über Geldverschwendung klagen kann, die unser Staatsbudget verdoppelt hat — wie eine Partei Auslagen für den Verkehr in Bosnien verweigern kann, die durch ihre Abstimmung im Parlamente die Okkupazion von Bosnien ermöglicht hat — wie eine Partei eine Ausgabe von 430.000 fl. für einen Bahnbau eine Verschwendung nennen kann, die den Staat durch die Bewilligung massenhafter Eisenbahnsubvenzionen an den Rand des finanziellen Bankrotts gebracht hat. Eine solche Partei kann unmöglich Vertrauen erwecken, denn ihre Oppozizion ist nur zum Scheine eine volksfreundliche, während in Wirklichkeit alle ihre liberalen Fraseu nur den Zweck haben, das irregeleitete Volk auf ihre Seite zu bringen. Sobald diese Klique aber wieder zur Herrschaft gelangt wäre, hieße es: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Die Freiheitsfreundlichkeit dieser Herren zeigte sich am Besten bei der Debatte über die oberösterreichischen Großgrundbesitzwalen, die der nächste Gegenstand in jener stürmischen Sitzung waren. Alle die unmoralischen Mittel, die die Deutschliberalen zur Zeit des Chabrus in Böhmen anwendeten, verdammten sie, da sie von ihren Gegnern zur Anwendung gebracht wurden, und statt Alles anzuwenden, um ein durchaus unberechtigtes Walprivilegium abzuschaffen und ein gleiches und gerechtes Walrecht herzustellen, halten sie mit aller Hartnäckigkeit an dem Bestehenden fest, weil es ihrem Kliqueninteresse nützlich ist.

Ebenso jesuitisch ist ihre Taktik in der Grundsteuerregulirung, die durch ein liberales Ministerium geschaffen und durch eine Kommission vollendet, die in ihrer Mehrheit aus Liberalen besteht, von Anbeginn den Zweck einer höheren Belastung des österreichischen Bauernstandes hatte, während die Liberalen heute lügnerischer Weise behaupten, das jetzige Ministerium sei an der Steuererhöhung schuld.

Der für den 27. Dez. einberufene Bauerntag in Linz wurde von der Statthalterei verboten, weil angeblich derselbe keine Privatversammlung gewesen, das Programm unbestimmt gehalten und durch denselben eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu befürchten gewesen sei. Die Gründe zu dem Verbote, sowie das Verbot selbst waren für uns durchaus nicht überraschend und boten nichts Neues, denn sie sind ganz nach dem Rezepte, das unter dem Ministerium Lasser-Auersperg üblich war, gehalten, und Niemand kann von einer Regierung, die eingestandenermaßen konservativ ist, mehr Liberalismus verlangen, als von einer „liberalen" Parteiregierung. Bei der bekannten bodenlosen Verlogenheit unserer liberalen Presse wunderte es uns natürlich auch nicht, daß dieselbe einstimmig dieses Verbot als einen noch nicht dagewesenen Frevel an der von den Liberalen immer mit Füßen getretenen Verfassung bezeichnete und den Schein hervorzubringen suchte, als ob dergleichen noch nicht dagewesen wäre. Unseren Lesern brauchen wir wol nicht erst zu erzälen, was wir in dieser Hinsicht von dem „liberalen" Ministerium zu erdulden gehabt haben, daß alle unsere als Privatversammlungen einberufene Konferenzen als „Geheimbünde" erklärt und die Teilnehmer regelmäßig wochen- und monatelange in Untersuchungshaft gehalten wurden; und als es ein einziges Mal gelang, einen österreichischen Arbeitertag als Privatversammlung in Gegenwart eines Regierungsvertreters abzuhalten, da erhielt nachträglich die Behörde, welche dem Gesetze gemäß gehandelt hatte, vom Ministerium eine Rüge und die von der Versammlung gefaßten durchaus harmlosen Beschlüsse durften weder mündlich noch schriftlich veröffentlicht werden. So sah es mit der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Freiheit unter dem liberalen Parteiministerium aus und nicht einmal fand die „liberale" Presse ein Wort des Tadels gegen diese offenbaren Gesetzesverletzungen. Welche Niedertracht gehört dazu, wenn eine solche Journalistik sich heute herausnimmt, über Reakzion und Verletzung der Staatsgrundgesetze sich zu beschweren? Aus all ihrem heuchlerischen Jammer leuchtet nur die Absicht heraus, die Bauern zu gewinnen und ihnen weiß zu machen, daß die Liberalen die wahren Freiheitsfreunde sind. Darum war es auch ein entschiedener politischer Fehler der gegenwärtigen Regierung, daß sie durch das Verbot des Bauerntages den Liberalen in die Hände arbeitete, ohne damit auch nur das Geringste zur Aufklärung der bäuerlichen Bevölkerung über die wahren Tendenzen der Liberalen beigetragen zu haben. Die Bauern hielten am 27. Dez. trotz des behördlichen Verbotes eine Versammlung in Linz ab, zu welcher natürlich nur die speziell eingeladenen Bauern erschienen waren. Es wurde beschlossen, eine Deputazion an den Ministerpräsidenten und an den Kaiser zu senden, um die Genehmigung des Bauerntages für den 10. Jänner zu erlangen; zugleich wurden die Statuten für den neu zu gründenden Bauernverein beraten.

Die Deputazion begab sich am 1. Jänner zum Ministerpräsidenten. Graf Taaffe äußerte bei dieser Gelegenheit sehr merkwürdige Ansichten, weil nach seiner Meinung der Bauerntag am 27. zwecklos gewesen, habe man ihn auch nicht zu bewilligen gebraucht. Die Essenz seiner Rede war: die Bauern sollten nur ruhig sein, die Regierung wisse schon, was sie zu tun habe.

Konfiszirt.

Dr. Julius Gregr, der bekannte jungtschechische Abgeordnete, hat sein Mandat niedergelegt, weil er, wie er in einem Schreiben an seine Wäler erklärt, nicht im Stande sei, nach seiner Ueberzeugung zu wirken.

In Dux spielte sich während der Weihnachtsfeiertage eine Szene ab, welche die heutigen Zustände trefflich karakterisirt. Auf dem dortigen „Wilhelmsschachte", wo zirka 200 Arbeiter beschäftigt sind, welche sich nicht in den rosigsten Verhältnissen befinden, verlangten dieselben, um während der Weihnachten nicht Hunger zu leiden, per Mann fünf Gulden Vorschuß, welch' gräßliches (!) Verlangen von der menschenfreundlichen Direkzion auf das Hartnäckigste verweigert wurde. Als im Schachte bekannt wurde, daß es mit dem Vorschußgeben nichts sei, stieg die Aufregung der Arbeiter derart, daß sämmtliche 200 Mann ihre Werkzeuge wegwarfen, aus dem Schachte herausfuhren und in corpore in die Stadt vor das Rathaus zogen, daselbst Halt machten und eine aus drei Mann bestehende Deputazion an den Bürgermeister absandten, mit dem Bemerken, derselbe möge beim Direktor bewirken, daß den Arbeitern 5 fl. Vorschuß oder Brot verabfolgt werde, da sie nicht gesonnen sind, Hungers zu sterben, so lange Lebensmittel im Ueberflusse vorhanden sind. Während der Bürgermeister mit dem Direktor unterhandelte und demselben unter Anderm auch androhte, auf Kosten des Bergwerkbesitzers Militär zu requiriren, wobei aber der Direktor bei seiner Vorschußverweigerung verblieb, hatte sich, da die Unterhandlung schon 1½ Stunde dauerte, der Marktplatz so mit Bergleuten aus den andern Schächten angesammelt, daß kein Wagen mehr durchfahren konnte. Unterdessen verfaßten die Führer der Bergarbeiter ein Telegramm an den Bezirkshauptmann nach Teplitz, in welchem derselbe aufgefordert wurde, binnen einer Stunde in Dux zu erscheinen, welchem Verlangen derselbe auch nachkam und im Duxer Rathause abstieg. Als er von demselben einen Ueberblick machte über die große schwarze Masse war seine erste Frage, ob das nicht eine Sozialistenhetze sei. Der Führer der Deputazion, Genosse Jedlicka, gab ihm folgende Antwort: „Sozialisten und Nichtsozialisten haben alle Hunger, der sie hiehergetrieben hat, sie verlangen alle Brot". Als sich der Bezirkshauptmann nach Allem erkundigt hatte, gab er dem Bergwerkdirektor die Weisung, den Vorschuß unverzüglich auszuzalen und ja Niemanden zu entlassen, da er sonst für die Folgen verantwortlich gemacht werden würde. Hier muß noch eingeschaltet werden, daß Genosse Jedlicka bei seinem ersten Besuche bei dem Direktor von demselben als augenblicklich entlassen erklärt wurde, was aber hiemit aufgehoben ist. — Als die Bergarbeiter das Verlangte erhalten hatten, sind sie ruhig um ¼4 Uhr nach Hause gegangen, nachdem sie von 10 Uhr vormittags auf dem Markte gestanden hatten.

Großes Aufsehen in diplomatischen Kreisen machte die plötzliche Entlassung des Legazionsrates bei der österreichisch-ungarischen Botschaft in Konstantinopel Graf Rudolf Montgelas; wie man weiß, wurde der genannte Diplomat schon einmal von London, wo er es gewagt hatte, hinter dem Rücken des Grafen Beust mit den englischen Ministern Politik auf eigene Faust zu machen, zur Rechtfertigung nach Wien berufen und es gelang ihm nur durch „hohe" Protekzion, sich im Staatsdienste zu erhalten; nun hat er aber in seiner neuen Stellung in Konstantinopel seine ehemaligen Verbindungen fortgesetzt und wie es heißt, regelmäßige Berichte mit Benützung der vertraulichsten Aktenstücke, die er häufig

kopirte, nach London an das Haus Rothschild eingeschickt. Diese Briefe wanderten aber zum Teile statt nach London, in das österreichisch-ungarische Ministerium des Aeußern, wo sie die Veranlassung zu seiner plötzlichen Entlassung wurden.

Konfiszirt.

Am 17. Dezember hielt der demokratische Verein des 7. Bezirkes in Wien eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, den Ausschuß zu ermächtigen, eine Petizion um Erweiterung des Walrechtes an das Abgeordnetenhaus zu richten. Hiebei haben aber die Herren „Demokraten" vom Neubau nur das Walrecht der Fünfguldenmänner (so genannt, weil sie jährlich ungefähr 12 fl. Steuer zalen) im Auge, ein Recht, welches, wie die abonnentenbedürftige ministerielle „Morgenpost" behauptet, dem Menschen „schon bei der Geburt in die Wiege gelegt wurde". Die guten Leute wissen alle nur von den lumpigen paar Gulden zu reden, die sie direkt in's Steueramt tragen und für ihre direkten 5 fl. (sprich 12) verlangen sie Rechte. Von den Hunderten, die sie jedes Jahr indirekt leisten müssen, hört man sie nie eine Erwähnung machen.

In Bezug auf das Walrecht ist eine vom italienischen Statistikern ausgearbeitete Tabelle nicht uninteressant, welche den zalenmäßigen Beweis führt, daß eine sehr geringe Teilnahme an der Ausübung des Walrechtes die natürliche Folge des beschränkten Walrechtes und der Walprivilegien ist. In Italien waren bei der letzten Wal 2·82 Prozent der Bevölkerung walberechtigt; davon haben 61 Prozent ihre Stimmen abgegeben. In Schweden betrug die Zal der Walberechtigten 6·03 Prozent, davon haben gar nur 20 Prozent ihre Stimmen abgegeben. In Oesterreich waren 5·88 Prozent walberechtigt, davon beteiligten sich an der Wal nur 36 Prozent. In Deutschland waren 21·4 Prozent walberechtigt, davon stimmten 64 Prozent. In Frankreich waren 26·95 Prozent walberechtigt, 81 Prozent votirten. In Großbritannien und Irland waren 9·65 Prozent walberechtigt, der Prozentsatz der Stimmenden ist unbekannt. Außer dem Walsisteme ist, wie man sieht, für die Walbeteiligung auch der Grad der politischen Ausbildung des Volkes und wol auch der Umstand maßgebend, ob intensive politische oder soziale Fragen die Volksmasse bewegen.

Am 30. Jänner findet in Prag eine Volksversammlung statt, auf deren Tagesordnung die neue Gewerbeordnung steht.

Die Gemeindestatuts-Revisionskommission des Wiener Gemeinderates hat eine 40 Paragrafe enthaltende revidirte Walordnung angenommen, welche die Aufhebung der drei Walkörper und die Ausdehnung des Walrechtes auf die Fünfgulbenmänner (siehe oben) ausspricht.

Konfiszirt.

Es wird nicht lange dauern, so werden wir sehnsüchtig nach der Preßfreiheit wie in Serbien rufen können; denn wie offiziös gemeldet wird, beabsichtigt die neue serbische Regierung bei der Skupschtina eine Gesetzvorlage einzubringen, durch welche die Preßfreiheit und das Briefgeheimnis durch die Verfassung ausdrücklich garantirt werden sollen. In Bezug auf die Preßfreiheit werde ferner das bestehende Gesetz dahin abgeändert, daß für die Gründung eines Blattes keine behördliche Konzession erforderlich sein sollte, daß keine Kauzion vom Eigentümer verlangt werde, Konfiskazionen ohne gerichtliche Entscheidung nicht stattfinden dürfen und jede administrative Maßregelung der politischen Presse unzulässig sei.

Am 1. Dezember wurde in Augsburg der aus Paris ausgewiesene Sozialrevoluzionär Viktor Dave verhaftet. Wie es weiter heißt, hat das Reichsgericht gegen ihn die Voruntersuchung wegen Teilnahme an einer hochverräterischen Verschwörung und wegen Aufforderung zum Königsmord eingeleitet. — Aus Hamburg und Altona wurden am letzten Tage des vergangenen Jahres noch 31 Personen auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen.

Am 24. d. beginnt die italienische Kammersession; auf die Tagesordnung der ersten Sitzung ist die Walreformvorlage gesetzt. Neun Deputirte des Zentrums bringen einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Stimmrechtes ein.

Als eine interessante Tatsache, welche bei den letzten Beratungen der französischen Kammern über die Besteuerung der kirchlichen Genossenschaften bekannt wurde, verdient hervorgehoben zu werden, daß die kirchlichen Genossenschaften in Frankreich im Jahre 1849 unbewegliche Güter im Werte von 43 Millionen Franken, im Jahre 1880 aber bereits im Werte von 712½ Millionen Franken besaßen. Die Kirche hat einen guten Magen.

In Brüssel wird von Neujahr an eine Gruppe sozialistischer Studenten unter Mitwirkung von belgischen, französischen, niederländischen, deutschen und russischen Studenten eine sozialistische Studentenzeitung „L'Etudiant socialiste" (der sozialistische Student) herausgeben.

Die Bewegung in Irland schreitet ununterbrochen fort. Wie traurig die Zustände in jenem Lande sein müssen, kann man u. A. daraus schließen, daß der bekannte Afrikareisende Gordon Pascha in einem Briefe an das Hauptorgan der englischen Kapitalisten, die „Times" gesteht, die Lage in Irland sei „schlimmer als die irgend eines Volkes auf dem ganzen Erdenrund. Die Bulgaren, Anatolier, Chinesen und Indianer sind ungleich besser daran als jene Unglücklichen". Es liegt eine beißende Ironie in dem Antrage, den das amerikanische Kongreßmitglied Mr. King dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten vorlegte und der dahin lautet, daß die englische Regierung im Hinblick auf die Mißstände in Irland zu Reformen aufgefordert werde. Es ist das ein treffendes Mittel, um die englische Regierung auf das Lächerliche ihrer Fürsorge für die Untertanen des Sultans aufmerksam zu machen, da sie doch genug zu Hause zu tun hätte. Auch in Südafrika vermehren sich die Bedrängnisse der englischen Regierung durch den Aufstand der Boers, der niederländischen Bauern im Transvaallande, welche von den Engländern vor ein paar Jahren in gewaltsamer Weise ihrer Unabhängigkeit beraubt und unter das englische Joch gebeugt wurden.

In Slawgorod in Rußland entdeckte die Polizei in einer an der Eisenbahn gelegenen Scheune kurz vor der Abreise des Zaren von Livadia einen frisch gegrabenen Tunnel. Die Urheber, welche offenbar ein Attentat beabsichtigten, konnten nicht festgenommen werden; der Gutsbesitzer, welchem die Scheune gehörte, erschoß sich, ein Sohn desselben wurde schon früher nach Sibirien verbannt, ein zweiter Sohn verschwand nach dieser Affaire spurlos. — In Petersburg wurde Michailow verhaftet, der durch Briefe, die man angeblich bei ihm vorfand, als Teilnehmer am Attentat im Winterpalais kompromittirt erscheint. Auch soll man bei ihm ein Verzeichnis von Mitgliedern des revoluzionären Komitee's gefunden haben. — Nach einer statistischen Darstellung wurden in der Zeit von 1867 bis 1877 73.000 Personen nach Sibirien deportirt, administrativ verschickt wurden in derselben Zeit 79.000.

Am 18. November erschoß sich in Syrakuse im Staate New-York der bekannte russische Genosse Arthur Libermann, genannt Freemann. Die verzweifelte Tat wird auf Nahrungssorgen zurückgeführt; aber jedenfalls haben auch die durch sein Kerker- und Flüchtlingsleben, sowie die Trennung von seiner Familie hervorgerufenen seelischen Leiden beigetragen.

Seit 1. Jänner d. J. erscheint in Boston (3 Worcester Square) in Amerika eine sozialrevoluzionäre Revue in englischer Sprache „The An-archist" als Monatsschrift, 28 Seiten stark, herausgegeben von Dr. Nathan-Ganz und unter Mitarbeiterschaft von Felix Pyat, Johann Most, Menotti Garibaldi, L. Hartmann, W. E. H. Smart (Boston), Ad. Schwitzgübel (Schweiz) u. A. — Der Abonnementspreis sammt Porto beträgt für alle Länder 3 Franks jährlich.

Aus Parteikreisen.

Die erste Auflage dieses Blattes wurde von der k. k. Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt. — Unsere Leser wollen daher die verspätete Zusendung dieser Nummer entschuldigen.

Am 19. Dezember fand in Wien eine sehr zalreich besuchte slavische Volksversammlung statt, in welcher ein Protest gegen das Vorgehen der Jungtschechen in der letzten Prager Volksversammlung und eine mit der bekannten Wiener Resoluzion vom 14. Nov. gleichlautende Resoluzion angenommen wurde.

Am 26. Dez. fand in Zobel's Saallokalitäten in Fünfhaus eine sehr zalreich besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: Das allgemeine gleiche und direkte Walrecht und die Presse statt. Unter den Anwesenden befanden sich auch die Reichstagsabgeordneten Dr. Kronawetter, Schönerer, Friedmann und Steudel. — Ein Antrag bezüglich Vorberatung zur Gründung eines sozialdemokratischen Tagblattes wurde mit großer Majorität angenommen.

Am 13. Jänner, vormittags 9 Uhr, findet die Einspruchsverhandlung über die Konfiskazion der Nr. 28 der „Zukunft" statt.

Am 17. d. M., 10 Uhr vormittags, findet die Verhandlung beim Reichsgerichte wider die Ausweisung der Genossen Perz und Loy aus Innsbruck statt.

Gegen Genossen Eduard Friedrich wurde die Untersuchung eingestellt und am 6. Jänner aus der zehnwöchentlichen Untersuchungshaft entlassen. — Es befinden sich noch immer folgende Genossen im Wiener Landesgerichte in Untersuchungshaft: Motz, Walecka, Pfeil, Temke, Hovestadt, Pudleiner, Strnad, Kreizpt, Formaneck, Berndt, Hotze, Führer, Sommer, Slesak, Troja und Mühl, wovon Mehrere Familienväter sind.

Genosse Hermann Prager wurde am 23. Dez. aus seiner zehneinhalbmonatlichen Haft entlassen. Derselbe wandte sich nach Ungarn, da er aus Zisleitanien ausgewiesen wurde. — Aus Pest ging uns von ihm folgendes Schreiben zu: „Gesinnungsgenossen! Aus meiner zehneinhalbmonatlichen Haft entlassen, war es mir, da ich aus Oesterreich ausgewiesen bin, nicht möglich, mich von Allen persönlich verabschieden zu können. Ich benütze daher diese Gelegenheit, um Euch Genossen für die mir zu Teil gewordene Unterstützung zu danken und Allen ein Lebewol zuzurufen. Auch Euch glaube ich nicht erst frisch versprechen zu müssen, daß ich nach wie vor am Kampfe zur Befreiung der darbenden Menschheit teilnehmen werde, denn ich hoffe, daß Ihr mich zur Genüge kennen gelernt habt, ferner würde mir ein Versprechen vorkommen, als würde ich sagen: weil Ihr mich **unterstützt** habt, darum verspräche ich, mich am Kampfe fernerhin zu beteiligen, während es doch die Pflicht eines jeden sich als Mensch fülenden Arbeiters ist, dieses zu tun. Also Pflicht und nicht Dankbarkeit muß es sein, das Einen zwingt, wieder im Kampfe einzutreten. Mag man sein wo immer, die Lage der Arbeiter, sowie ihre, respektive unsere Feinde sind überall die gleichen, darum ist auch der Kampf ein gleich hartnäckiger, die Bestrebungen die gleichen, wenn uns auch jetzt Grenzen scheiden. Indem ich schließlich noch hoffe, Euch einstens persönlich wiedersehen zu können, zeichnet mit sozialen Brudergruß Euer Hermann Prager".

Genosse Vögerl aus Steyr hatte sich beim Kreisgerichte Wels wegen eines Gedichtes, welches er bei einem Feste deklamirte, zu verantworten, wo ihm von Seite der dortigen Staatsanwaltschaft ein Prozeß angehängt wurde. Fragliches Gedicht ist aus einem ungarischen Arbeiterkalender. Sein Verteidiger war Dr. Harrant aus Steyr. Das Verdikt der Geschwornen lautete trotz der ungeheuren Anstrengung des Staatsanwaltes einstimmig auf alle drei vorgelegten Fragen auf nichtschuldig. Die Geschwornen waren sämmtlich Bauern.

Aus Salzburg wird uns berichtet: Genosse Franz Reisinger, Schuhmacher, wurde am 1. Nov. in der Frohnfeste interuirt und am 3. Dez. entlassen. Nach acht Tagen wollte man ihn neuerdings verhaften, konnte aber seiner nicht habhaft werden, da er sich in's Ausland flüchtete. — Hausdurchsuchungen fanden statt bei den Genossen Samabor, L. Binder und Anna Webersberger.

Am 28. Nov. v. J. wurde eine Hausdurchsuchung bei Genossen Anton Sotornik, Oekonom, in Tscheltschitz bei Kojetein in Mähren vorgenommen, bei welcher ein Brief als sehr fraglich vorgefunden wurde, infolge dessen (und der Hausdurchsuchungen in Proßnitz) eine sehr strenge Strafuntersuchung nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen Genossen Franz Bakalik, Oekonom, in Machowa bei Holleschau in Mähren und gegen die Genossin Josefine Palenik aus Uhriziz bei Kojetein, eingeleitet.

Im Vereinslokale des Fachvereins der Manufakturarbeiter in Wigstadtl wurde am 11. Dez. eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Gesucht wurden Exemplare des österreichischen Arbeiterkalenders für das Jahr 1881, selbstverständlich erfolglos.

Am 25. Dezember langte von Reichenberg an Genossen Wenzel Waic in Aussig ein Brief in folgendem Zustande an: Die Briefmarke, mit welcher der Brief verschlossen war, war durchgerissen und dafür das Kuvert links und rechts mit postämtlichem Siegel verschlossen, nebstdem prangten noch auf der Rückseite als Entschuldigung (?) folgende Zeilen:

„Vorliegendes Schreiben ist offen hieramts eingelangt. Dies konnte nur auf die Weise geschehen sein, daß sich ein anderer Brief in das Kuvert, welches nicht zugeklebt war, eingeklemmt hat. Wurde deshalb postämtlich verschlossen. Kratky, k. k. Postverwalter."

Gewiß nicht übel! — Ferner wird uns berichtet, daß die Untersuchung gegen Jene, bei welchen Hausdurchsuchungen stattfanden, immer gemütlicher wird, da sich zu den polizeilichen Einschüchterungen auch noch Denunziazionen und Polizeimachwerke würdig anreihen. So wurde Genosse R. Sommer zum Untersuchungsrichter Epstein vorgeladen, ihm nach vorhergegangener Androhung baldigen Einsperrens ein Brief, angeblich von einem „Kameraden" (?) geschrieben, vorgelesen, in welchem die Rede war von einem unfrankirten Briefe, welchen Hieronymus Stelzig im August vorigen Jahres aus Wien erhalten, den Inhalt an Eduard Geller und dieser einige Exemplare der angeblich revoluzionären Flugschrift an den anwesenden R. Sommer verabfolgt haben sollte. Letzterer weiß aber nichts davon. — Eigentümlich ist es, daß Genosse Sommer die Vorladung erst eine halbe Stunde vor der Vernehmung erhielt.

Nachtrag zur Volksversammlung in Wien am 14. November. Wir erhielten von den Absendern jenes Züricher Telegrammes eine Berichtigung, die wir, soweit sie sich auf unsere redakzionelle Bemerkung bezieht, hiemit zum Abdruck bringen: „Geehrter Herr Redakteur! Wie aus Nr. 28 des Parteiorgans „Die Zukunft" vom 24. November 1880 gelegentlich eines Berichtes über die am 14. Nov. in Schwender's Kolosseum abgehaltenen Volksversammlung zu ersehen ist, befindet sich die geehrte Redakzion hinsichtlich des aus Zürich eingelangten Zu-

stimmungstelegrammes vollkommen auf falscher Fährte *). Zur Steuer der Wahrheit sehen wir uns bemüssigt, sowol den Wortlaut des Telegrammes als auch die Absender desselben hier zur Kenntnis der Parteigenossen zu bringen. — Das Telegramm lautete: „Volksversammlung, Schwender, Rudolfsheim, Wien. Die österreichischen Sozialisten der freien Schweiz, wo die Nazionalitäten friedlich zusammen leben, stimmen Euch begeistert zu. Hoch die Sozialdemokratie! Kautsky, Bardorf, Ondra, Schwarzinger." — Jos. Bardorf. K. Kautsky."

*Anmerkung. Daß das Telegramm von österreichischen Genossen abgesandt wurde, ändert nichts an unserer redakzionellen Bemerkung, weil in der Versammlung Niemand wußte, wer die Absender sind, der Schriftführer sagte nur: „Ein Telegramm aus Zürich" und weiter konnte er nicht mehr lesen. Wir erklären, uns weiter in die Streitfrage der deutschen Genossen nicht einzumengen. Die Red.

Wien, 9. Jänner. Heute vormittags 9 Uhr fand beim Zobel eine zalreich besuchte Volksversammlung mit dem Tema der neuen Gewerbeordnung statt. Dieses ungenügende Machwerk wurde sowol von dem Referenten Dorsch und den Rednern, unter denen Zinner und Baudisch hervorzuheben sind, der gebührenden vernichtenden Kritik unterzogen.

Der Referent zergliedert Punkt für Punkt des Entwurfes und wies bei jedem treffend nach, wie die Arbeiter durch die neue Gewerbeordnung geschädigt werden, wie die Zwangsgenossenschaften, die Haftpflicht, die Fabriksinspektoren und die Beschränkung der Arbeitszeit gänzlich ungenügend sind und den Anforderungen der Zeit ganz und gar nicht entsprechen.

Zinner polemisirte namentlich in gelungener Weise gegen den Kassenzwang und Zwangskassen, wies das Ungenügende der Beschränkungen der Arbeitszeit nach und trat schließlich für die Idee einer internazionalen Arbeitsgesetzgebung ein, womit er die bisherigen Kritiken der Gewerbeordnung um eine neue Idee bereicherte.

Baudisch endlich führte in trefflicher Weise, namentlich in Hinsicht der Zwangsgenossenschaften aus, daß der neue Entwurf der Gewerbeordnung ganz reakzionäre Bestimmungen enthalte und daß ihm jedes Verständnis für die kapitalistische Großproduktzion mangle.

Nach den mit großen Beifall aufgenommenen Ausführungen der Redner wurde folgende Resoluzion einstimmig angenommen:

Resoluzion.

Die Sonntags, den 9. Jänner 1881 in Zobel's Saallokalitäten tagende Volksversammlung erklärt hiemit, daß der vom Ministerium Taaffe vorgelegte Entwurf einer Gewerbeordnung den Forderungen der Arbeiter Oesterreichs nicht im mindesten entspricht und dieselben gar nicht berücksichtigt.

Gründe: 1. Wir verlangen tatsächliche Aufhebung des gewerblichen Genossenschaftszwanges und Revision des Vereinsgesetzes in freiheitlichem Sinne. Der Entwurf der Gewerbeordnung hält dagegen nicht nur die bestehenden Zwangsgenossenschaften aufrecht, sondern fordert sogar die Bildung neuer, wo solche bisher noch nicht bestehen, und zwar durch die Behörden. Die gesetzlichen Bestimmungen über diese Zwangsgenossenschaften sind so unbestimmt, widersprechend und konfus, daß eine gedeihliche Wirksamkeit dieser Genossenschaften von vorneherein unmöglich ist.

2. Verlangen wir, daß die Entschädigungspflicht der industriellen Unternehmer in der Weise gesetzlich präzisirt werde, daß sie, insoferne sie nicht nachzuweisen vermögen, daß die Beschädigung des Arbeiters selbstverschuldet geschah, in solcher Weise haftbar seien, daß sie für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit eine, dem Durchschnittslohne des Verletzten entsprechende Entschädigung zu leisten verpflichtet sind, ohne Rücksicht darauf, ob derselbe Beihilfe aus einer Unterstützungskasse bezieht oder nicht. Bei erfolgter Tödtung eines Arbeiters soll die den Hinterbliebenen dadurch entgehende Unterstützung vom Unternehmer getragen werden. Die Regierungsvorlage dagegen schiebt dem Verunglückten die Beweislast zu, stellt die Bemessung der Entschädigung dem Belieben des Richters anheim und spricht den horrenden Satz aus, daß der Hilfsarbeiter den Schaden mitzutragen habe.

3. Verlangen wir Beseitigung der Arbeitsbücher, durch welche die Arbeiter den Prostituirten gleichgestellt werden, von denen man Gesundheitsbücher verlangt. Die Regierungsvorlage behält diese entwürdigende Einrichtung bei.

4. Verlangen wir vollständige Durchführung der Gewerbegerichte. Die Regierungsvorlage verweist uns dagegen auf die nur alle drei Jahre zu erneuernden konfusen Schiedsgerichte der Zwangsgenossenschaften.

5. Verlangen wir eine Normalarbeitszeit von zehn Stunden täglich für alle erwachsenen männlichen Arbeiter, achtstündige Arbeitszeit für Frauen und Minderjährige von 14—18 Jahren, Verbot der Kinderarbeit vor vollendetem 14. Lebensjahre. In Werken mit ununterbrochenem Betrieb oder in Fabriken, welche giftige Artikel erzeugen, soll die Arbeitszeit für alle daselbst Beschäftigten acht Stunden nicht übersteigen.

Die Regierungsvorlage erlaubt aber die Kinderarbeit schon vom 12. Jahre an, bestimmt für die jugendlichen Hilfsarbeiter von 14.—16. Jahre und für Frauen vom 16.—21. Jahre einen Maximalarbeitstag von 10 Stunden und setzt der Ausbeutung der erwachsenen Arbeiter gar keine Grenzen.

6. Verlangen wir eine Regelung des Lehrlingswesens in der Weise, daß Garantien geschaffen werden einerseits dafür, daß der Lehrling blos zu Tätigkeiten angehalten wird, die die Erlernung seines Berufes bezwecken und andererseits dagegen, daß die Lehrlinge die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes mit billigen Arbeitskräften vergrößere. Die Regierungsvorlage läßt beide Forderungen gänzlich unberücksichtigt.

7. Verlangen wir Einführung von Gewerbe- und Fabriksinspektoren, welche durch eine gleiche Anzal Delegirter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer jährlich gewält werden, welche exekutive Gewalt besitzen und denen gegenüber die Unternehmer zur sofortigen Anzeige aller Unglücksfälle verpflichtet sind, die sich in ihren Arbeitslokalen ereignen. Nach der Regierungsvorlage aber werden die Gewerbeinspektoren vom Handelsministerium ernannt, sie haben keine exekutive Gewalt und von einer Anzeigepflicht der Unglücksfälle ist keine Rede. Die Gewerbeinspektoren der Regierungsvorlage werden also nur machtlose Schatten sein, die den Arbeitgebern zum Spotte, den Arbeitnehmern aber nicht zum Nutzen gereichen werden.

Außer in diesen Hauptpunkten sind die Bestimmungen der Regierungsvorlage in unzäligen Nebenpunkten den Interessen der Arbeiterschaft entgegengesetzt. Angesichts dieser notorischen Unfähigkeit der Regierung, die Lage der Abeiter zu verbessern und angesichts dessen, daß die Arbeiter Oesterreichs oft und laut genug ihre Forderungen erhoben haben, ohne daß man sie gehört hat, erklärt die heutige Volksversammlung:

1. Daß sie der Regierung und der bestehenden Majorität des Abgeordnetenhauses jedes Verständnis für die Arbeiterfrage abspricht, da sie ebenso wenig wie die bisherigen sogenannten liberalen Regierungen und Regierungsmajoritäten den Willen zeigt, den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden.

2. daß sie alles Petizioniren und Resoluziониren für fruchtlos hält, so lange nicht die politischen Forderungen der Arbeiter Oesterreichs erfüllt sind und daß sie daher den Arbeitern anratet, ihre ganze Aufmerksamkeit der Stärkung ihrer Organisazionen zuzuwenden, als der besten Waffe im ökonomischen Kampfe und dem einzigen Hilfsmittel, unter den jetzigen Zeitverhältnissen ihre Lage zu verbessern.

An die Parteigenossen!

Da durch die in letzter Zeit erfolgten Verhaftungen mehrere Familien ihren Ernährer verloren haben, so erachten wir es als unsere Pflicht, die Genossen aufzufordern, nach Möglichkeit die Not dieser Familien lindern zu helfen.

Alle Briefe und Gelder zu diesem Zwecke, ersuchen wir an Josef Hybes, Rudolfsheim, Neugasse 15, zu senden.

Ausweise.

Nr. 86.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Wenzel Dworzak 10, Neubauer Christkind 2.25, Pecha 85, durch Nieder 2.—, R. 30, Böhm 20, J. E. 40, Fuhrer 20, N. N. 20, Winter 40, Ehinger 10, Bum Bum 80, Lasela Fr. 20, Genossen Atzgersdorf 1.—, durch Zinner 1.03, Waldhorn 20, Liebhardt 30, Altenhofer 10, Frühe 10, roter Tisch 1.33, Schlick 30, Genossen, Hufeisengasse 74, Kosler 54. Hernler 40, Graf 90, die roten Zwillinge 50, die roten Kleinhäusler 30, die Lustigen für die Betrübten 5.13, die roten Fuchspelzmützen 1.06, Bernard 10, kleine rote Tischgesellschaft 63, Anna Sch. 20, Kuba 5, A. S. 20, Rockstroh 20, R. 50, Bodemann 20, Futschik 40, die gern frei sein wollen 20, die prinzipiellen Genossinen für die Bedrückten 70, Hübsch 20, Rotenschlager 20, Nezki 20, Bodemann 20, Niederl 20, Futschik 20, N. N. 10, Ehinger 10, Dr. K. 3.10, Tischlerwerkstätte des Herrn Ludwig Schmidt 3.30, die Roten zum Neujahr 3.20, Kohler'sche Fabrik 1.40, von einem Gastwirt 3.—, Floridsdorfer durch M. 2.—, Genossen Leoben durch W. 2.40, Bauer in Horn 20, Herold 20, Anton Knoll 20, Klagenfurt, Café Europa 3.—, wenn die Inhaftirten sitzen, wollen die Welser Genossen schwitzen 2.—, Hochsinger 20, eine Gesellschaft für Menschenrechte 1.50, Cech 10, Eichberger 20, Chuchy 20, Drechsler 1.50, Steinmetz vom Burgtheater 1.10, S. Löw's Färberei, Freiheit und Gerechtigkeit 1.65, die roten Zwillinge 70, die Lustigen für die Betrübten 4.60, Towarzystwo Polsky durch Werhalowski 2.30, durch Zufall 8, Klub „Jeland" in Stammersdorf 32, Anton Wilde 20, Josef Jakob 20, Tischler, Kränzchen 26, Josef Fulge 10, die doppelt gefütterte Fuchspelzmütze 1.05, Frau Angermeier 20, Rischawi 10, Bodemann 20, Futschik 20, die Roten von Neustadt 50, Salzburg 60, Genossen Graf 1.—, Möbelfabrik Bernhard Ludwig 4.36, Spengler und Lackierer von H. Schwetz 3.45, Genossen Schwechat 40, Floridsdorf: Skolat 16, die Nichtverzagten beim Tröstl 80, die Sozialisten im Gaswerke am Tabor 93, Judenburg: Wutz, Baumgartner, Kneifl, Stimpfl, König, Leitner, Jskra, Engstaller, Hetka, Forster, Male je 10, Müller, Salzburg 1.60, Genossen Wigstadtl 3.—, Peter Gruber, St. Egyd 1.—, Genossen Hotel Fuchs 2.13, Pasternik 20, Tischgesellschaft der Spengler bei der „schönen Schäferin 1.—, Staudwasser 70, der Pfarrer hat's Kapperl verlorn 1.71, ungarische Tischgesellschaft 33, Tischlerwerkst. Schmidl u. Tschepl 2.—.

Summe 93 fl. 54 kr.

Ich ersuche jenen Genossen, welcher mir für diesen Ausweis einen Betrag für die Familien der Inhaftirten übergab, derselbe jedoch in diesem Ausweis nicht ersichtlich ist, mittelst Korrespondenzkarte mir die Höhe des Betrages, sowie das Motto nochmals bekannt zu machen, da mir jene Notiz abhanden gekommen ist. Mit parteigenossischem Gruß Josef Hybes.

Briefkasten.

Redakzion: Mehrere Vereins- und Versammlungsberichte mußten wegen Raummangel für nächste Nummer zurückgelegt werden. — Alle die Redakzion und Administrazion betreffenden Anfragen werden in nächster Nummer beantwortet.

Ankündigungen.

Vorauzeige. Mitte März 1881 findet ein großer

Arbeiterball

statt. — Näheres folgt.

Im Verlage von **Andreas Grosse**, Wien, 5. Bez., Hundsthurmerstraße 89, ist die zweite Ausgabe des

österreichischen

Arbeiter-Kalenders

für das Jahr 1881

erschienen.

Preis per Exemplar 25 kr.

Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außer dem obigen Preise noch 5 kr. für Postporto einzusenden.

Inhalt: Kalendarium. — Zeitbetrachtungen. — Ein Kapitel von der Sonne. — Zur Geschichte des Pauperismus in Schottland. — Aus den Briefen eines preußischen Rekruten an einen Freund. — Vereinsverzeichnis.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag. In der Zentrale, Buchhaltung nachmittags.
Montag. Tanzunterricht von ½8—½10 Uhr abends, Bibliotek von 8—9 Uhr, in der Zentrale.
Dienstag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgeschrittene von ½8—½10 abends, Gesangsübung in Huber's Gasthaus, 6. Mollardgasse 9.
Mittwoch. In der Zentrale, Tanzunterricht von ½8 bis ½10 Uhr abends. Elementarunterricht für Anfänger, 6. Bez., Kaserngasse 11. Ausschußsitzung von 8 Uhr an. Gesangsunterricht in Huber's Gasthaus, Mollardgasse.
Donnerstag. In der Zentrale, Unterricht für Völker- und Länderkunde von ½8—½10, Bibliotek von 8 bis 9 Uhr abends.
Freitag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgeschrittene von ½8—½10 Uhr abends.
Samstag. Französischer Unterricht von ½8—½9 Uhr, Stilistik von ½9—½10, Bibliotek von 8—9 Uhr.

Am 16. d. M. beginnt ein Zeichenunterricht und am 20. d. M. ein neuer französischer Sprachunterricht für Anfänger in der Zentrale.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Samstag den 15. Jänner findet im **Gewerkschaftsvereine der Sattler** ein Vortrag von Karl Kautsky statt.

Union der Wiener Metallarbeiter.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Favoritenstraße 4, Gasthaus „zum wilden Mann". Die Vermittlung findet statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags.
Lesezimmer: 3. Bez., Ungargasse 27, Gasthaus zur „heiligen Dreifaltigkeit". 2. Bez., gr. Pfarrg., Gasth. „z. schwarzen Elefanten". 10 Bez., Landgutgasse, Gasthaus „zur Zentralbahn", Fünfhaus, Fischergasse 26, Wöhrer's Gasthaus „zum Lösch den Durst", Hernals, Karlsgasse 2, Naberer's Gasthaus, neu eröffnet. Vereinsabend jeden Samstag von 8—½9 Uhr.

Unterstützungs- und Fortbildungsverein der Drechsler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 6. Bezirk, Aegidigasse 19, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von ½8—9 Uhr abends statt. — Einschreibungen an genannten Tagen.

Gewerkschaftsverein der Bürstner in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, täglich statt.

Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

Sonntag den 23. Jänner 1881 in Zobel's Saallokalitäten

Allgemeiner Ball.

Eintritt gegen Abgabe der Einladungskarte 25, an der Kasse 30 kr. — Anfang 7 Uhr.

Sonntag den 16. d. M., 8 Uhr vormittags, in Obermeier's Saallokalitäten, 6. Bez., Stumpergasse 19

freie Versammlung sämmtlicher Drechsler und Pfeifenschneider Wiens.

Tagesordnung: 1. Die Lage des Drechslergewerbes im Allgemeinen. 2. Gewerkschaftsorganisazion. 3. Allfällige Anträge und Interpellazionen.

Atzgersdorf. Sonntag den 16. Jänner im Saale des Gemeindegasthauses

großes Arbeiterfest,

verbunden mit Konzert, Gesang, Deklamazionen, Juxbazar und Tanzkränzchen. — Eintritt: Frühergelöste Karten 20, an der Kasse 30 kr. — Freiwillige Gaben für den Juxbazar werden dankend entgegengenommen.

Ein Bett auf einem separirten Kabinet ist an einen Parteigenossen zu vermieten. — 5. Bezirk, Schwarzhorngasse 9, 1. Stock, Tür 3.

Die nächste Nummer erscheint am 27. Jänner.

Adresse der Herausgeber der „Zukunft":
Andreas Grosse, IV., Hauptstraße 23, 1. Stock.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: **Andreas Grosse, Josef Hybes, Franz Mick.**

Verantwortlicher Redakteur: **Josef Hybes.**

Druck von **W. Jacobi**, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, V., Hundsthurmerstraße 89.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 38 kr. = 1 Frc. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, V., Hundsthurmerstraße 89.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: **5 kr.**
Für Anzeigen von Privatpersonen: **10 kr.**
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 32. Wien, Donnerstag 27. Jänner. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit 31 Nummer begann ein neues Quartal zum **Abonnement** der Zeitschrift

Die Zukunft

Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

„Die Zukunft" erscheint **monatlich zweimal**, und zwar **an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.**

Das Abonnement beträgt für **Oesterreich-Ungarn:**

halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Parteigenossen!

Mit Beginn dieses Jahres ist die „Zukunft", wie bereits die Ueberschrift der letzten Nummer zeigte, zum Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie erhoben worden. Wir erwarten von Euch, daß Ihr in voller Würdigung dieser Tatsache der „Zukunft" Eure Unterstützung in dem Maße gewähret, daß sie im Stande sei, ihrer Aufgabe gerecht zu werden und den berechtigten Anforderungen ihrer Leser zu entsprechen.

Insbesondere ist es Eure Pflicht, für die Verbreitung des Blattes, das die Parteiinteressen in erster Linie zu wahren hat, nach Kräften tätig zu sein; denjenigen unter Euch, die im Stande sind, durch Veröffentlichung von Artikeln und durch Mitteilungen sozialen und politischen Inhaltes der Partei zu dienen, obliegt es, die „Zukunft" durch derartige Zusendungen inhaltsreicher und zum Kampfe mit den Gegnern befähigter zu machen.

Daß Geldunterstützungen für ein Blatt notwendig sind, welches durch die geringen Mittel der Arbeiter erhalten wird und der heftigsten Verfolgung seitens der herrschenden Parteien ausgesetzt ist, wißt Ihr; die beste und dauerndste Unterstützung wird aber die Sammlung von Abnehmern und Abonnenten des Blattes sein.

Wir werden nach wie vor trachten, durch Verbreitung unserer Ideen und rücksichtslose Bekämpfung der Gegner innerhalb der enggezogenen Grenzen unserer Sache zum Siege zu verhelfen; wir werden insbesondere bei der bevorstehenden Beratung der Gewerbeordnung, bei der es sich um die wichtigsten Interessen der Arbeiter handelt, mit Nachdruck und Entschiedenheit den Standpunkt des Arbeiterstandes und der Partei vertreten — wir werden, soweit uns Mitteilungen zugehen und eigene Erkundigungen nachweisen, Uebelstände und Ungerechtigkeiten, unter denen die Arbeiter zu leiden haben, an das Tageslicht ziehen und einer schonungslosen Kritik unterwerfen.

Möge unser gemeinsames Streben erfolgreich sein und auch die heute noch Gleichgiltigen in unser Lager überführen — dazu rechnen wir auf Eure Hilfe.

Die Redakzion der „Zukunft".

☛ Briefe und Geldsendungen sind nur zu richten an Andr. Grosse, 4. Bez., Hauptstraße 23, 1. St., alle auf die Redakzion, Administrazion und Expedizion bezughabenden Zusendungen an die Redakzion der „Zukunft", 5. Bez., Hundsthurmerstraße 89, 2. Hof, 1. Stiege, 1. Stock.

Die Herausgeber.

Parteigenossen!

Viele unserer Genossen befinden sich seit Monaten in Haft. Es sind gegenwärtig 16 Genossen zu unterstützen, von welchen sechs Familienväter sind, wodurch sich selbstverständlich, da für die Familien der Inhaftirten in erster Linie gesorgt werden muß, die Auslagen für die zu Unterstützenden beträchtlich steigern. Wenn nun auch anerkannt werden muß, daß von den Genossen sehr viel getan wird, um die Lage der Inhaftirten zu erleichtern und sie namentlich über das Schicksal ihrer Familien zu beruhigen, so kann man sich doch überzeugt halten, daß es nur der Mitteilung bedarf, daß das bisher Geleistete zur regelmäßigen Unterstützung aller verhafteten Genossen und deren Familien nicht ausreicht, um alle sozialdemokratischen Arbeiter Oesterreichs anzuspornen, ihre Anstrengungen zur Aufbringung von Geldern zu Unterstützungszwecken zu verdoppeln.

Zweckmäßig wäre es auch, wenn alle Jene, welche irgend einem verhafteten Genossen oder dessen Familie eine spezielle Unterstützung zuzuwenden beabsichtigen, dies durch den Unterzeichneten zu tun, oder wenigstens denselben von jeder derartig geleisteten Unterstützung verständigen wollten, damit derselbe einen Ueberblick gewinnen und da, wo es am notwendigsten ist, zuerst geholfen werden könne.

Vom 1. März bis 31. Dezember 1880 gingen 1050 fl. 89 kr. an Unterstützungen ein. Die Ausgaben hingegen beliefen sich auf 1081 fl. 64 kr. Mithin ergibt sich mit 1. Jänner 1881 ein Defizit von 30 fl. 75 kr. Zur einigermaßen entsprechenden Unterstützung aller verhafteten Genossen und deren Familien sind gegenwärtig jede Woche ungefähr 100 fl. erforderlich. Bis jetzt wurde aber nicht einmal in 14 Tagen dieser Betrag aufgebracht.

Sozialdemokraten Oesterreichs! Ihr werdet nicht wollen, daß Eure eingekerkerten Genossen auf die Gefängniskost angewiesen seien und daß ihre Familien darben sollen. Tut, was in Euren Kräften steht, ihr Los zu erleichtern.

Wien, im Jänner 1881.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

„Demokratische" Späße.

Das „demokratische Organ" („Wr. Tagblatt") vom 11. Jänner brachte unter dem packenden Titel: „Der Sturz der Kommunards" einen Leitartikel, der durch eine Fülle von unbewiesenen Behauptungen und unverschämten Verdrehungen dem bekannten „dummen Kerl" von Wien imponiren soll. Am Eingange des in der bekannten Blumensprache geschriebenen Artikels tritt der „Genius der Freiheit" („die ich meine") mit einem Schwert auf, das er gegen das schwarze und gegen das rote Gespenst schwingt; nun soll nach Angabe des Tagblatt-Visionärs der erwähnte Genius durch die Märzdekrete der französischen Regierung das schwarze, und durch die Gemeinderatswalen von Paris das rote Gespenst vertrieben haben. Diese mitologische Erzälung dient dazu, um den Liberalismus zu verherrlichen und als alleinseligmachendes Dogma zu verkünden. So verkündet das „Tagblatt" u. A., „daß ein großer Teil des französischen Volkes sich in relativ glücklichen Verhältnissen befindet". Wie haißt? Was bedeutet „relativ glücklich"? Soll das vielleicht sagen, daß die französischen Arbeiter sich materiell besser befinden als die deutschen, belgischen, englischen Arbeiter, welche bekanntlich mit ihrer Lage durchaus nicht zufrieden sind? Wo sind die Beweise für eine derartige Behauptung? Nirgends. Ein Streik folgt in Frankreich dem andern, Polizei nnd Militär schreitet mit Gewalt ein und mißhandelt die hungernden Arbeiter, die sich der Willkühr der Fabrikanten nicht fügen wollen, wie es erst vor wenigen Wochen in Nordfrankreich geschehen — und solchen Tatsachen gegenüber wagt das „Tagblatt" zu behaupten, daß der „kenntnisreiche, tüchtige Arbeiter" in Paris bereits mehr verdiene, als die Mehrzal der Staatsbeamten und Ingenieure, „auch weit höhere Bezüge hat, als die subalternen Offiziere". Die Krone des Blödsinns und der arroganten Unwissenheit bildet aber folgender Satz: „Der Sozialist, wenn er aufrichtig und ehrlich ist, kann für den Fall der Etablirung des Sozialismus dem Arbeiter nicht die Hälfte dessen versprechen, was er gegenwärtig in Frankreich und speziell in Paris bereits wirklich besitzt." Es gibt Lügen, die so handgreiflich sind, daß man sich lächerlich machen würde, wenn man sie widerlegte; zu diesen Lügen gehört obige Behauptung des „Tagblatt"-Redakteurs und die allein entsprechende Antwort wäre die Auslieferung des Herrn an die „relativ glücklichen" französischen Arbeiter, damit sie ihm persönlich für das ihnen bewiesene Wolwollen danken könnten.

Politische Uebersicht.

Vor einigen Wochen wurde bereits im Klub des rechten Zentrums des Abgeordnetenhauses ein Antrag auf Erweiterung des Walrechtes eingebracht, zu dessen Erledigung ein Subkomitee eingesetzt wurde, als dessen Referent Dr. Lienbacher fungirt. Da zur Durchführung eines derartigen Gesetzentwurfes das Zusammengehen aller drei Klubs der gegenwärtigen Reichsratsmajorität notwendig ist, hat sich das erwähnte Subkomitee mit dem tschechischen und polnischen Klub in Verbindung gesetzt und auch die Regierung eingeladen, ihre Ansichten darüber auszusprechen, damit man auch der Unterstützung der Regierung in dieser Frage sicher ist. Es soll u. A. vorgeschlagen sein, eigene Arbeiterkammern mit Walrecht in das Parlament einzuführen. Sobald die Besprechungen zu einem positiven Resultate geführt haben, werden wir uns mit der Frage näger befassen; aber als karakteristisch für österreichische Verhältnisse wollen wir schon heute die Tatsache hervorheben, daß es einer konservativen Regierung und einer konservativen Reichsratsmajorität bedurfte, um die Erweiterung des Walrechtes auf die Tagesordnung zu bringen und daß es die klerikale Partei ist, welche den Versuch macht, die von den Liberalen dem Herrn Oberwinder versprochenen und nie verwirklichten Arbeiterkammern einzuführen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. Jänner teilt der Obmann des Strafgesetzausschusses, Dr. Lienbacher, mit, daß der Ausschuß demnächst den Antrag des Dr. Gregr auf Abschaffung des objektiven Verfahrens erledigen werde. In derselben Sitzung interpellirte Dr. Hoffer den Justizminister über die häufigen Konfiskazionen der Wiener Tagesblätter.

Gegenwärtig verhandelt das Abgeordnetenhaus über ein neues Wuchergesetz, durch welches der Ausbeutung des Schuldners gewisse Grenzen gesetzt werden sollen, deren Ueberschreitung dem Strafgesetze verfällt. Die dem Wuchergesetze verfallenden Kreditgeschäfte beginnen nach dem Ausschußantrage mit dem Zinsfuße von zehn Prozent pro Jahr, wenn durch dieselben der Leichtsinn, die Leidenschaft, die Schwäche oder Unwissenheit des Schuldners, zu dessen wirtschaftlichem Verderben ausgebeutet wird. Unsern Standpunkt den Wuchergesetzen gegenüber, mögen sie nun straf- oder zivilrechtlicher Natur sein, haben wir schon wiederholt dargelegt; wir betrachten Strafbestimmungen gegen den Wucher und Festsetzung des Zinsfußes als Mittel zur Linderung bestehender Uebelstände, aber sie können die Expropriirung des durch Arbeit erworbenen Eigentums nur verzögern, keineswegs aber aufheben, weil die Wurzel des Uebels in der sozialen Organisazion selbst zu suchen ist und nur durch deren Umgestaltung vernichtet werden kann.

Die Ernennung eines Dutzend neuer Herrenhausmitglieder hat die Liberalen in große Aufregung versetzt, weil sich unter den Ernannten kein einziger Deutschliberaler befindet. Daß aber die konservative Regierung nicht selbst die Reihen ihrer Gegner verstärken und dadurch ihren eigenen Sturz vorbereiten wird, ist so selbstverständlich, daß man sich nicht genug über die lächerliche Wut der liberalen Preßorgane wundern kann, die sich geberden, als wenn die Regierung schon wieder einen Verfassungsbruch begangen hätte. Als die liberale Regierung Herrenhausmitglieder ernannte, waren ausschließlich „Liberale" die Auserwälten und es ist natürlich, daß eine gegnerische Regierung von ihrem Standpunkte aus dasselbe tut.

Ebenso machen die Liberalen ein furchtbares Geschrei über die plötzliche Entlassung der Minister Kremer und Streit, an denen sie doch, solange sie im Ministerium saßen, kein gutes Haar ließen. Seitdem die beiden Herren aus dem Ministerium Taaffe ausgetreten sind, sind sie auf einmal „gewissenhafte" Beamte geworden, die als Opfer altösterreichischer Gesinnung gefallen sind. Wir gestehen offen unsere Unkenntnis der Ursachen zur Demission der beiden Minister ein, und setzen sogar hinzu, daß wir auch gar nicht neugierig sind, sie zu erfahren, denn der Weg, auf dem heute die Regierung Oesterreichs wandelt, kennen wir und auch das Ziel ist uns nicht unbekannt. Wir haben aber keine Veranlassung uns dabei zu echauffiren, denn die Ereignisse gehen auch ohne uns den von der Naturnotwendigkeit vorgeschriebenen Gang.

Von dem neuen Handelsminister Pino weiß man blos, daß er ein ebenso eifriger Diener deutschliberaler als föderalistischer Regierungen war und von seinem

gegenwärtigen Fache dürfte er wol mindestens ebenso viel verstehen, als der ehemalige liberale Handelsminister Chlumetzky, der bei seinem Amtsantritte aufrichtig gestand, daß er sich über sein Fach erst informiren müsse. Das Justizministerium wird vorläufig von dem bekannten Vertreter der Tschechen im Ministerium, Dr. Pražak, provisorisch geleitet.

Die Bauernbewegung ist noch immer im Fortschreiten begriffen. In Langenlois, Niederösterreich, tagte unter dem Vorsitze des Reichsratsabgeordneten Fürnkranz am 6. Jänner, eine von über tausend Bauern besuchte Versammlung, in welcher R. v. Schönerer unter stürmischem Beifalle über die Grundsteuerregulirung und über das allgemeine Walrecht sprach. Es wurden drei Resoluzionen angenommen, welche einen Protest gegen die Ueberlastung Niederösterreichs durch die Beschlüsse der Grundsteuer-Zentralkommission, der Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Walrechtes mit Abschaffung des Gruppensistems und die Gleichstellung der Verzehrungssteuer in Stadt und Land aussprachen.

Am 10. Jänner fand in Linz der oberösterreichische Bauerntag statt, der von etwa 5000 Bauern besucht war. Auch von Steiermark war eine Bauerndeputazion unter Führung des Abg. Posch anwesend. Von den Beschlüssen heben wir hervor eine Resoluzion gegen die Grundsteuerüberlastung, die Gründung eines Bauernvereins mit Ausschluß der Advokaten, Geistlichen und Adeligen und Reform der Walordnung durch Einführung direkter Walen in den Landgemeinden, Herabsetzung des Zensus auf fünf Gulden, geheime Abstimmung, Vermehrung der ländlichen Abgeordneten und Verkürzung der Mandatsdauer der Abgeordneten auf drei, eventuell vier Jahre. Die Haltung des Bauerntages bewies, daß die Bauern sich weder von den Klerikalen, noch von den Liberalen wollen gängeln lassen, sondern sich auf eigene Füsse stellen.

R. v. Schönerer hat im eigenen und im Namen zalreicher Gesinnungsgenossen an die „deutschen Stammesgenossen" ein Zirkular gerichtet, in welchem er zur Gründung eines nazionalen Vereines auffordert, um dadurch „die Bildung einer strammen nazionalen Partei auf freiheitlicher und volkstümlicher Grundlage zu ermöglichen". Als Ziele dieser Partei werden in dem Zirkulare bezeichnet: „der Kampf gegen die Ausbeutung der edelsten Volkskräfte zum Vorteile Weniger und gegen eine verwerfliche Klassenherrschaft, gegen Opportunität, Scheinkonstituzionalismus, Protekzions- und Koterienwesen, gegen Nepotismus und Servilismus", eine „immer fortschreitende Erweiterung des Walrechtes" — die Erklärung der deutschen Sprache als Staatssprache und die „Schaffung eines Nazionalitätengesetzes, welches vor allem bestimmt, daß die deutsche Sprache in allen mittleren und höheren Lehranstalten Oesterreichs als obligater Gegenstand gelehrt werden solle, und daß neben der Staatssprache nur die in dem jeweiligen politischen Bezirke übliche Sprache ein gesetzliches Recht auf Berücksichtigung besitze" — Personalunion mit Ungarn und eine Sonderstellung Galiziens ähnlich dem Verhältnisse Kroaziens zu Ungarn — die Bundesgenossenschaft mit dem deutschen Reiche und die Herstellung eines organisch-staatsrechtlichen Verhältnisses mit Deutschland, sowie einer, die beiden Reiche umfassenden Zolleinigung — Schaffung freier Vereins- und Versammlungsgesetze, freies Koalizionsrecht, unbedingte Preßfreiheit, Abschaffung der Stempelpflicht, des objektiven Verfahrens und der Kauzionspflicht in Preßsachen, Freigebung der Kolportage, Verstaatlichung des Inseratenwesens — Einführung der obligatorischen Zivilehe, Aufhebung gemeinschädlicher geistlicher Orden — Trennung der Schule von der Kirche — Erweiterung des Wirkungskreises der Gewerbegenossenschaften und der Arbeiter-Gewerkvereine — Wirtschaftskammern mit getrennten Sekzionen für Gewerbe, für Forst- und Landwirtschaft, für den Handel und die Interessen der Arbeiter und ein Volkswirtschaftsrat der aus Sachverständigen aus den beteiligten Kreisen gebildet ist und dem die Gesetzentwürfe und Vorordnungen wirtschaftlichen Inhaltes zur Begutachtung vorgelegt werden müssen — eine sorgfältige Arbeiter- und Gewerbestatistik, auf deren Basis eine gründliche Reform der Gewerbeordnung und der Fabriksgesetze — unter anderem ein der Gerechtigkeit entsprechendes Haftpflichtgesetz — aufgebaut werden soll — bei Einführung einer progressiven Einkommensteuer höhere Sätze für das Renteneinkommen und niedrigere Sätze für das Arbeitseinkommen — Reform der Erbsteuer zu Gunsten der Armenversorgung — Einführung von Luxussteuern und einer Börsenumsatzsteuer — Verstaatlichung der Eisenbahnen — rasche und billige Justiz — Errichtung von Strafkolonien zur Unterbringung und Beschäftigung gemeinschädlicher Individuen. Am Schlusse des Zirkulars heißt es: „Wir wollen für das Zusammengehen mit den anderen Nazionalitäten des Reiches auf dem Boden der Verfassung zur Erreichung freiheitlicher und wirtschaftlicher Ziele einstehen.

Der Bund, den wir gründen wollen, soll die Bildung einer nazionalen Partei auf volkstümlicher Grundlage vorbereiten, einer unabhängigen Partei der reinen Hände und des ehrlich und deutsch fülenden Herzens, weshalb wir von Anfang an alle kosmopolitischen und ebenso alle unzuverlässigen Elemente von uns ferne halten werden."

Da die Herrn Schönerer und Genossen alle jene, die ihnen in Fortschritts- und Freiheitsfragen ihre Unterstützung leihen würden, durch so starke Betonung ihres beschränkten Nazionalitätenstandpunktes von sich abwendig machen, die Zal derjenigen aber, die in Oesterreich für das „Deutschtum" einen ernsten Kampf einzugehen Willens wären, eine verschwindend kleine ist, dürften durch diese neueste Parteigründung gerade keine besonders imponirenden Resultate erzielt werden.

Im Wiener Gemeinderate stellte Gemeinderat Bächer den Antrag auf Errichtung einer Altersversicherungskasse durch die Gemeinde. — Infolge eines von der chemischfisikalischen Untersuchungsstazion des Zentralvereines für öffentliche Gesundheitspflege in Wien herausgegebenen Berichtes, durch den konstatirt wurde, daß die Mehrzahl der in Wien zum Verkauf gelangenden Lebensmittel gefälscht sind, wurde vom Gemeinderat Staudinger der Antrag auf Errichtung eines öffentlichen Gesundheitsamtes gestellt.

Wenn man den Einfluß des Großgrundbesitzes in Böhmen kennen lernen will, muß man die Besitzverhältnisse studiren, welche die ökonomische Grundlage für die soziale und politische Macht des Großgrundbesitzes bilden. Die größten Grundbesitzer Böhmens sind gegenwärtig: Fürst Johann Adolf Schwarzenberg mit 312.658 Joch, Fürst Josef Colloredo-Mannsfeld mit 99.145, der regierende Fürst Liechtenstein mit 67.668, Fürst Egon Max Fürstenberg mit 66.150, Graf Eduard Clam-Gallas mit 54.776, Graf Ernst Waldstein mit 35,959 und Graf Jaromir Czernin mit 33.623 Joch. In der Monopolisirung von Grund und Boden gehen, wie man aus dieser Liste ersieht, Liberale und Feudale Hand in Hand.

In Mähren sind, wie jetzt auch liberale Blätter zugeben, die Arbeitslöhne zu wahren Hungerlöhnen geworden. So verdienen Weber im Bezirke Trübau wöchentlich $1^1/_2$—2 fl. In den Zuckerfabriken ist die Entlohnung ebenfalls kärglich. Die Bergleute in Rossitz und Ostawan sind froh, wenn sie in 14 Tagen 8 fl. verdienen. Viele von Letzteren haben bereits die Gegend verlassen und sind nach Fünfkirchen ausgewandert.

Anfangs Jänner wurden in Krakau zalreiche sozialistische Flugschriften verbreitet, die auch an die Gemeindevorstände in Galizien in Kuverts versandt wurden.

Am 18. Jänner und an den folgenden Tagen wurden in Wien und in den Vororten zalreiche sozialistische Flugschriften mit der Ueberschrift: „An die Arbeiter Oesterreichs" verbreitet; auch wurden an die Passanten Nüsse verteilt, in denen dieselbe Flugschrift, auf den kleinsten Raum zusammengerollt, enthalten war. Eine solche Nuß wurde auch der Redakzion der „N. Fr. Pr." zugestellt. Dieselbe Flugschrift wurde am 20. in zallosen Exemplaren in Steyr verbreitet, teils in öffentlichen Lokalen verstreut, teils an Passanten auf der Straße ausgegeben.

Bismarck's langerwartetes Arbeiterversicherungsgesetz oder wie der offizielle Titel lautet: „Das Gesetz, betreffend die Versicherung der in Bergwerken, Fabriken und anderen Betrieben beschäftigten Arbeiter gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle", ist dem Bundesrate vorgelegt worden. Dem 47 Paragrafen enthaltenden Gesetzentwurfe sind 38 Seiten Motive und ein Gutachten des Dr. Heym in Leipzig beigegeben. Die Hauptbestimmungen sind: Alle in Bergwerken, Salinen, Brüchen, Gruben, Werften, Fabriken 2c. beschäftigten Arbeiter mit einem Einkommen von nicht über 2000 Mark sollen bei der zu errichtenden und staatlich verwaltenden Reichsversicherungsanstalt gegen Folgen von Unfällen laut Maßgabe dieses Gesetzes versichert werden. Tarife und Versicherungsbedingungen stellt der Bundesrat fest. Die Tarife sind alle fünf Jahre zu revidiren. Der Schadenersatz beträgt a) bei völliger Erwerbsunfähigkeit für deren Dauer $66^2/_3$ Perzent des Arbeitsverdienstes; b) bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit nicht unter 25 und nicht über 50 Perzent des Verdienstes. Bei Tödtung wird als Beerdigungskostenersatz ein Jahresverdienst von 1·1 Perzent; bei nach vier Wochen erfolgtem Tode werden die Heilkosten und eine weitere Unterstützung von $66^2/_3$ des bisherigen Verdienstes gewährt. Die Prämiensätze sind nach Gefahrklassen in Perzenten der gezalten Löhne und Gehalte zu berechnen. Die Versicherungsprämie ist aufzubringen 1. für Arbeiter mit weniger als 750 Mark jährlichen Lohnes zu zwei Dritteln von dem Arbeitgeber und zu einem Drittel von dem Betriebs-Landarmenbezirke; 2. für Versicherte mit mehr als 750 Mark Jahresverdienst zur Hälfte vom Arbeitgeber, zur Hälfte vom Versicherten. Die Arbeitgeber haben die Beiträge der Arbeiter zu entrichten und können diese gegen Einsichtgestattung in die Rechnungen den Arbeitern vom Lohne abziehen. Die Entschädigungssumme kann kapitalisirt werden. Bei schuldvollen Unfällen haftet der schuldige Unternehmer oder dessen Vertreter der Reichsanstalt. Forderungen Entschädigungsberechtigter sind unübertragbar und der Pfändung nicht unterworfen. Es ist im Gesetzentwurfe vorbehalten, die Reichsversicherungsanstalt eventuell auch auf freiwillige Lebensversicherung auszudehnen.

Am 11. Jänner fand in Berlin eine von mehr als 3000 Arbeitern besuchte Versammlung statt, welche eine gegen die antisemitische Bewegung gerichtete Resoluzion mit großer Mehrheit annahm.

In Serbien haben bei den letzten Walen in die Skupschtina die Sozialisten bedeutende Erfolge errungen. Wir haben schon in der letzten Nummer mitgeteilt, daß die gegenwärtige serbische Regierung fortschrittliche Reformen besonders auf dem Gebiete der Preßgesetzgebung und zum Schutze der persönlichen Freiheit beabsichtigt. Dieselben werden jedenfalls dazu dienen, den sozialistischen Ideen noch schneller Geltung zu verschaffen: Genosse Pašić hat ein neues Organ „Samouprava" (Die Selbstverwaltung) gegründet.

Blanqui's Leichenbegängnis, das in Paris am 5. Jänner stattfand, war eine imposante Kundgebung des französischen Proletariats. Bei 100.000 Leidtragende begleiteten den Sarg, zalreiche Deputazionen, Telegramme, Beileidsschreiben und Immortellenkränze waren aus allen Gegenden Frankreichs eingetroffen. Unter den Grabrednern fand Louise Michel den größten Beifall. — Am 10. Jänner kamen in Paris die letzten Amnestirten aus Neukaledonien an, die festlich empfangen wurden. — Die Gemeindewalen in Frankreich sind zu Gunsten der gemäßigten Republikaner und Anhänger Gambetta's ausgefallen. — Am 10. Jänner ist Albert Theyß, der unter der Kommune Postdirektor war, gestorben; auch sein Begräbnis fand unter großer Teilnahme der Pariser Arbeiter statt.

In Romagna und Neapel will die Polizei einer weitverzweigten sozialistischen Verschwörung auf die Spur gekommen sein; in Neapel allein wurden ungefähr 30 Personen verhaftet.

Während die Verhandlung gegen die Führer der irischen Landliga in Dublin nur sehr langsam fortschreitet, greift die Bewegung selbst immer weiter, um sich und die fenischen Elemente, die auch die politische Unabhängigkeit Irlands anstreben, gewinnen immer mehr Einfluß. — Am 8. Jänner wurde in London der Versuch gemacht, das Hauptzollamtsgebäude in Brand zu stecken; das Feuer wurde noch so rechtzeitig entdeckt, daß die Ausbreitung desselben verhindert werden konnte. Hier sowie in anderen Fällen vermutet man mit Grund, daß die Fenier die Brandstifter waren. — In der Grafschaft Lancaster haben die Kolenarbeiter, 50.000 an der Zal, die Arbeit eingestellt; in Wigan und Umgegend fanden Zusammenstöße zwischen den Streikenden und den die Arbeit fortsetzenden Bergarbeitern statt, die Polizei intervenirte, mußte sich aber zurückziehen.

Am 16. Jänner wurden in Kiew zwei Männer und zwei Frauen verhaftet, welche beschuldigt sind, einer geheimen Gesellschaft anzugehören. Bei der Hausdurchsuchung wurden Waffen, eine geheime Druckerei, revoluzionäre Broschüren und eine in Form eines Urteiles abgefaßte Proklamazion über die Ermorduug eines Beamten in Kiew vorgefunden. Die Ausführung der Tat wurde durch vorzeitige Entdeckung verhindert.

In Petersburg wurden am 8. Jänner nach Schluß der Vorstellung in der italienischen Oper zwei Personen verhaftet, bei welchen man Exemplare von revoluzionären Blättern und verschiedene politische Korrespondenzen vorfand. — Der russische Finanzminister Abaza hat den Mut gefunden, in einem an den Kaiser gerichteten Finanzberichte die Verringerung des Heeres als eine unumgänglich notwendige Maßregel zu erklären. Es wird natürlich ein vergeblicher Mahnruf bleiben, aber ein karakteristisches Zeichen der Zeit ist es, wenn im absoluten Rußland eine derartige Forderung vom Finanzminister ausgesprochen wird. Wann werden wir solches erleben?

Zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und China ist ein Vertrag abgeschlossen worden, durch welchen bestimmt wird, daß die Regierung der Union das Recht habe, die Zal der chinesischen Arbeiter und deren Aufenthaltsberechtigung durch Gesetz zu beschränken.

Aus Parteikreisen.

Endlich, fünf Monate nachdem die ersten Genossen wegen Verdachts, revoluzionäre Flugschriften verbreitet zu haben, verhaftet wurden, erfahren wir, daß am 8., 9. und 10. Februar die Schlußverhandlung gegen alle dieses Verbrechens Angeklagten vor dem Schwurgerichtshofe Wien stattfinden soll. Die Anklage gegen die Genossen: Walecka, Motz, Steiner, Hotze, Temke, Friedrich, Berndt, Führer, Sommer, Slesak, Troja, Formaneck, Pfeil, Hovestadt, Pudleiner, Strnad, Kreiczy, Mühl, Lauser, Treibenreif und gegen den Tischlermeister Netuschil lautet auf Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Störung der öffentlichen Ruhe und Aufwiegelung gegen Staats- und Gemeindebehörden. Die Anklageschrift wurde den betreffenden Angeklagten mündlich publizirt, die auf freien Fuß befindlichen zur Empfangnahme der Publikazion einzeln vorgeladen und wurde hiebei gegen Steiner im Sinne des §. 180 Abs. 2 St.-P.-O. die ordentliche Untersuchungshaft verhängt, da jede Anklage wegen eines Verbrechens, worauf als mindestes Strafausmaß zehn Jahre schweren Kerkers gesetzt sind, die Verhaftung nach dem Gesetze unbedingt nach sich zieht. Steiner hatte, als er die Vorladung in's Landesgericht erhielt, keine Ahnung, daß man ihn neuerdings in Haft behalten werde, traf also bezüglich seines Geschäftes (er ist bekanntlich Drechslermeister) keinerlei Verfügung und konnte seine Frau, die über sein langes Ausbleiben in Angst war, erst aus dem Gefängnis über seinen Verbleib verständigen. So viel wir bei unserem beschränkten Laienverstande von der Sache begreifen, hätte sich der Buchstabe des Gesetzes wol in etwas rücksichtsvollerer Weise ausführen lassen müssen, da ja Steiner durchaus nicht fluchtverdächtig war und auch zum neuerlichen Haftantritte erschienen wäre, wenn man ihm 24 Stunden Zeit gelassen hätte seine Geschäftsangelegenheiten zu ordnen und sich dadurch vor materiellem Schaden zu bewahren. Rücksichten auf Herzens- und Familienangelegenheiten zu verlangen, haben wir uns ohnedies schon längst abgewöhnt. — Auffallend ist es uns, daß einzelnen Genossen das Privatversprechen abgenommen wurde über die Publikazion der Anklageschrift noch zu schweigen. Wir suchten vergebens eine Stelle im Strafprozeßrechte, die die Abnahme eines derartigen Versprechens rechtfertigte.

Wien. In der am 13. Jänner unter dem Vorsitz des L.-G.-R. Derleth durchgeführten Verhandlung über den Einspruch gegen die Konfiskazion der Nr. 28 der „Zukunft" wegen des Leitartikels „Zur antisemitischen Bewegung" — erkannte das Wr. Landesgericht auf Antrag des Staatsanwaltes Graf Lamezan auf Abweisung des Einspruches. In den Gründen heißt es, daß die „Zukunft" die antisemitische Bewegung in das Bereich der Besprechung gezogen habe, um bei dieser Gelegenheit für die eigenen Zwecke agitatorisch aufzutreten. Das geht aus dem Schlusse des Artikels deutlich hervor, wo zum Hasse wider gewisse Einrichtungen und Stände aufgereizt werde. Gegenüber dem Einwurf des Verteidigers Dr. Glaser, Pfaffentum sei die Bezeichnung für die Auswüchse des reinen Priesterstandes, es gäbe keinen Stand des Pfaffentums in der vom Staatsanwalt dargestellten Weise, heißt es in den Gründen des Erkenntnisses: Pfaffentum sei ein Schmähwort der Priesterklasse im Allgemeinen. Wenn auch der Artikel sich in ein historisches Gewand kleidet, so sei doch aus der Tendenz des Blattes als sozialdemokratischen die Absicht, Haß gegen gewisse Einrichtungen und Stände zu erregen, ersichtlich.

In der am 17. d. M. unter Vorsitz des Grafen Edmund Hartig abgehaltenen ersten Sitzung des Reichsgerichtes in seiner diesjährigen ersten Quartalssession gelangte die Beschwerde der Genossen Johann Perz und Franz Loy gegen ihre Ausweisung aus Innsbruck zur Verhandlung. Beide Genossen wurden im August v. J. von dem Landesgerichte Innsbruck wegen Verbreitung verbotener sozialistischer Druckschriften, beziehungsweise wegen Vergehens im Sinne des §. 24 des Preßgesetzes vom Jahre 1862 mit Rücksicht darauf, daß die im Gesetze diesfalls vorgesehene Geldstrafe bei ihnen uneinbringlich wäre, zu einer zehntägigen Arreststrafe verurteilt und nach Abbüßung derselben durch Erkenntnis des Stadtmagistrates Innsbruck, bestätigt durch die Rekurserledigung der Tiroler Statthalterei auf Grund des Gesetzes vom 27. Juli 1867 (Schubgesetz), als „aus der Haft tretende Sträflinge" aus dem Innsbrucker Stadtgebiete polizeilich abgeschafft. Gegen diese Maßregel richtet sich die beim Reichsgerichte erhobene, von Dr. S. W. Eppinger vertretene Beschwerde. In derselben wird im Wesentlichen ausgeführt, daß die polizeiliche Abschiebung nach dem Gesetze nur solche aus der Haft tretende Sträflinge und Zwänglinge treffen dürfe, welche die Sicherheit der Person oder des Eigentums gefährden, die Gemaßregelten jedoch, welche blos ein politisches Vergehen abgebüßt, unmöglich in die Kategorie der unter das Schubgesetz fallenden Verbrecher gereiht werden können; daß dies eine ganz außerordentliche Strafverschärfung der nur ersatzweise diktirten Arreststrafe wäre, von welcher sowie von deren Folgen sie doch bei Erlag der sie gesetzlich treffenden Geldstrafe befreit gewesen wären. Auch können sie darnm, weil sie sich zu sozialistischen Grundsätzen bekennen, doch keineswegs als für die Sicherheit der Person oder des Eigentums gefährlich angesehen werden. Die Beschwerdeführer bitten sonach, das Reichsgericht wolle erkennen, durch die verfügte Ausweisung aus dem Innsbrucker Stadtgebiete sei das durch das Staatsgrundgesetz den österreichischen Staatsbürgern gewährleistete Freizügigkeits- und Niederlassungsrecht verletzt worden. In Vertretung der Statthalterei betont dagegen Ministerialrat Dr. R. v. Grosser, daß die Gemaßregelten, als Obmänner der Arbeiter-Fachschulen ihrer Gewerbe in der Lage waren, „gefährliche" sozialistische Tendenzen unter den Arbeitern zu propagiren, daß die inkulpirten Druckschriften das Programm der polnischen Sozialisten enthielten, welches in seinen letzten Konsequenzen allerdings die Sicherheit des Eigentums gefährde, daß es nicht angehe, die Administrativbehörden in den Maßnahmen. die sie zum Schutze der öffentlichen Interessen für geboten erachten, zu beschränken, und daß die Behörde im Rechte gewesen sei, hier die rigoroseste Auffassung des Gesetzes platzgreifen zu lassen. Die Beschwerde sei sonach abzuweisen.

Am 17. d. wurde das Erkenntnis in diesem Prozesse publizirt. Dasselben geht dahin: Durch die identischen Entscheidungen des Stadtmagistrates von Innsbruck und der Statthalterei für Tirol und Vorarlberg, durch welche die Beschwerdeführer aus dem Stadtgebiete Innsbruck abgeschafft wurden, hat eine Verletzung des Staatsgrundgesetzes insoferne stattgefunden, als dadurch im Art. 6 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 den Beschwerdeführern gewährleistete Recht, an jedem Orte des Staatsgebietes Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, beeinträchtigt erscheint. Motivirt wird dieses Erkenntnis unter Adoptirung der Ausführungen des Beschwerdevertreters Dr. S. W. Eppinger wesentlich in Folgendem: Wenn die Gemaßregelten von Seite der obgenannten Behörden unter Hinweis auf das Gesetz vom 27. Juli 1871 (Schubgesetz), §§. 1, Lit. a und 2, als „aus der Haft tretende Sträflinge" bezeichnet werden, so ist dies wol in sprachlichem Sinne richtig, unrichtig aber in der Gesetzesanwendung. Denn nachdem die den Angeklagten wegen eines politischen Vergehens zukommende Geldstrafe in Berücksichtigung ihrer Erwerbverhältnisse und unter Anwendung des §. 260, Lit. a St.-G., in Arreststrafe umgewandelt wurde, so sei diese nur als ein Aequivalent der ersteren anzusehen und dürfe da keine Verschärfung erfahren, wo die ursprüngliche Strafe ohne Folgen gewesen wäre. Wenn weiters zur Rechtfertigung der verfügten Ausweisung behauptet wird, daß die Ausgewiesenen, indem sie sich zu sozialdemokratischen Prinzipien bekennen, als für die Sicherheit des Eigentums gefährlich angesehen werden müssen, so ist dies gleichfalls nicht stichhältig. Denn selbst wenn angenommen werde, daß die sozialistischen Teorien in ihren Konsequenzen die Sicherheit des Eigentums bedrohen, so liege doch hier ein tatsächlicher Angriff auf fremdes Eigentum seitens der Beschwerdeführer nicht vor, und ein solcher müßte vorliegen, um dieselben im Geiste des Straf- und Schubgesetzes als für die Sicherheit des Eigentums gefährlich erscheinen zu lassen.

Genosse Zinner wurde am 23. v. M. von einem Erkenntnissenate wegen Vergehen gegen §. 24 des P.-G. zu einer Geldstrafe von 15 fl., eventuell 3 Tagen Arrest verurteilt.

Am 5. Februar d. J., vormittags 10 Uhr findet vor einem hiesigen Erkenntnissenate die Einspruchsverhandlung gegen die Kalenderkonfiskazion statt. Als Vertreter wird Dr. Glaser fungiren.

Wie uns berichtet wird, soll ein Kolenhändler den 14. d. M. in Gaudenzdorf, Jakobstraße, im Gasthause zur „Diana", ein revoluzionäres Flugblatt, welches er angeblich auf der Gasse gefunden hat, einem Gaste lesen lassen, da er selbst des Lesens nicht mächtig und wahrscheinlich wissen wollte, was dies für ein Papier sei. Freitag Morgens als er mit seinem Wagen und seinem Hunde sich anschickte an's Geschäft zu gehen, kamen zwei Polizeiagenten auf ihn zu und ersuchten ihn, auf das Polizeikommissariat wegen einer Auskunft zu kommen. Dort angelangt, wurde er verhaftet und nach einer kurzen Zeit auch seine Wohnung durchgesucht. Wie man bei der Hausdurchsuchung vorging, haben wir noch nicht erfahren, aber so viel steht fest, daß die Frau des Verhafteten vor Schrecken abnorm geboren hat. Der Verhaftete soll Franz Pfeifer heißen.

Am 23. Dezember 1880 starb im Sechshauser Spital Genosse J. Billni, Mitglied des Vereines der Stularbeiter Wiens, an der Lungentuberkulose. Er war ein treuer und opferwilliger Freund der Arbeitersache. Ehre seinem Andenken!

Wien. (Die Arbeiterfreundlichkeit eines Arbeitsgebers?) Der Eigentümer der Rotgärberei und Lederfabrik, Hermann Gerhardus, 5. Bez, Hundsthurmerstraße 72, reduzirte die Arbeitszeit in seinem Etablissement von 10 auf 8 Stunden pro Tag, also um ein Fünftel, ohne aber seinen Arbeitern vorher von einer Lohnreduktion etwas zu sagen, zalte er ihnen nur drei Viertel der bisherigen Löhne aus.

Auf diese Weise streicht der humane Schef ein hübsches Sümmchen allwöchentlich in seine Tasche. (Dies ist vom kapitalistischen Standpunkte aus gesprochen, die Prämie für das Fabrikantenrisiko. Die Red.) Kollegen! Seht wie unsere Verhältnisse immer trauriger sich gestalten, Alles wird auf die Arbeiter abgewälzt und soll dies immer so fortdauern? Kollegen! Nur Einigkeit macht stark! Faßt an! Ihr Männer der Arbeit, vereinigt Euch zu einem Bruderbunde unter dem Motto: „Alle für einen, einer für Alle", dann kann so etwas nimmermehr geschehen.

Mehrere Gärber von Sechshaus.

Wien. Sonntag den 2. Jänner fand in Obermeier's Saallokalitäten eine freie Versammlung sämmtlicher Drechsler Wiens mit der Tagesordnung: 1. Referat des Gehilfen-Ausschusses. 2. Zweck und Nutzen der Vereine. 3. Anträge und Interpellazionen statt.

Nachdem Herr Bees als Referent über die achtmonatliche Tätigkeit des Gehilfen-Ausschusses berichtet hat, wurde derselbe von Herrn Schulz interpellirt, inwieferne den in in der vorjährigen Resoluzion aufgestellten Forderungen der Drechslergehilfen Rechnung getragen wurde, worauf Herr Referent erwiderte, daß die aufgestellten Forderungen bisher unerfüllbar gewesen seien. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, wurde der von Schulz gestellte Antrag:

„Die heutige freie Drechslerversammlung spricht das lebhafte Bedauern darüber aus, daß es dem Gehilfen-Ausschusse nicht gelang, die in der vorjährigen Versammlung aufgestellten, in einer Resoluzion enthaltenen Forderungen zur Realisirung zu bringen; anerkennt jedoch im Allgemeinen das Streben des Ausschusses und nimmt den Bericht unter Aufrechthaltung der in der vorjährigen Resoluzion ausgesprochenen Forderungen zur Kenntnis;"

von der Versammlung einstimmig angenommen.

Den zweiten Punkt besprach ebenfalls Herr Schulz. Derselbe schilderte die immer mehr und mehr um sich greifende Not der Arbeiter und führt aus, daß die so massenhaft vorkommenden Diebstäle und Selbstmorde, sowie auch die moralische Verkommenheit der Kinder nur den schlechten Arbeitslöhnen zuzuschreiben sind, da es nicht möglich ist, daß eine Arbeiterfamilie von einem Lohn, welcher sich durchschnittlich per Woche nur auf 7 fl. beläuft — all die notwendigsten Bedürfnisse, welche zu einem halbwegs menschlichen Leben unumgänglich nötig sind, bestreiten kann und es ist daher die Frau des Arbeiters gezwungen, selbst arbeiten zu gehen und ihre Kinder dem moralischen und fisischen Verkommen preiszugeben. Redner behauptet, daß die Lohnfrage die Existenzfrage der Arbeiter bildet, und daß die Lohnfrage nur dann günstig für die Drechsler gelöst werden könne, wenn sich dieselben vereinigen und hiedurch eine Macht erringen, mit welcher die Arbeitgeber zu rechnen gezwungen werden. Zum Schlusse fordert Herr Schulz zum Beitritt in den bestehenden Drechslerverein auf und bemerkte, daß diejenigen Arbeiter, welche in ihren Werkstätten einen besonderen Einfluß besitzen, diesen Einfluß nicht zur Unterdrückung ihrer Arbeitskollegen, sondern zur Kräftigung und Vergrößerung des Vereines verwenden sollen. (Beifall und Bravorufe.)

Vorsitzender, Herr Wolfrum, ermahnt die Anwesenden, ihren Beifallsbezeugungen auch die ernste Tat folgen zu lassen und erklärte die Versammlung für geschlossen.

Karl Drescher, Schriftführer.

Graz. Eine vom Ersten steierm. Arbeiterbunde für den 17. d. M. einberufene Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1. das allgemeine, gleiche und direkte Walrecht, Besprechung und Beschlußfassung einer Zustimmungserklärung zu der vom Abg. R. v. Schönerer im Abgeordnetenhause beantragten Abänderung der Reichsratswalordnung, 2. die gegenwärtige Bauernbewegung und die Stellung der Arbeiter ihr gegenüber — wurde von der hiesigen Polizeidirekzion auf Grund des §. 6 des Versammlungsgesetzes verboten. Der steiermärkische Arbeiterbund hat dagegen den Rekurs an die Statthalterei ergriffen.

Steyr. Zwei Volksversammlungen, von denen die eine auf den 8. hier, die andere auf den 9. d. M. in Salzburg einberufen war, wurden auf Grund des §. 6 verboten. Auf der Tagesordnung stand: 1. das allgemeine Walrecht, 2. die Nazionalitätenfrage, das Parlament und die Arbeiter.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Sonntag den 12. Dezember 1880 fand die ganzjährige Generalversammlung des Vereines Union der Wiener Metallarbeiter statt. Obmann Größl eröffnet dieselbe, begrüßt die Anwesenden und gibt folgende Tagesordnung bekannt: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht der Revisoren, respektive Erteilung des Absolutoriums. 3. Wal des Ausschusses. 4. Anträge. — Einschreibesekzion referirt, daß in diesem Jahre dem Vereine 206 Mitglieder beigetreten sind. Mitgliederstand 224. — Referat der Finanzsekzion für die Fortbildungskasse: Einnahmen 247 fl. 28 kr., Ausgaben 236 fl. 79 kr., bleibt Saldo 10 fl. 49 kr., an Debitoren 18 fl., in der ersten österreichischen Sparkasse 18 fl. 2 kr., Gesammtvermögen der Fortbildungskasse 46 fl. 51 kr.; für die Unterstützungskasse: Einnahmen 441 fl. 66 kr., Ausgaben 406 fl. 63 kr., bleibt Saldo 35 fl. 3 kr., in der ersten österreichischen Sparkasse 520 fl., somit der Gesammtvermögenstand der Unterstützungskasse 555 fl. 3 kr. — Arbeitsvermittlung referirt, daß sie aus 7 Mann bestanden, der Dienst richtig geführt und 13 Mitgliedern Arbeit vermittelt wurde. — Lohnkontrole referirt, daß dieses halbe Jahr 53 Berichte eingelaufen, welche auch öffentlich bekannt gegeben und einzelne Uebelstände von der Behörde beseitigt wurden. — Gesangsekzion referirt daß sich dieselbe am 4. November konstituirt und gegenwärtig aus 37 Mitglieder besteht. Der Gesangsunterricht findet jeden Sonntag nachmittags von 2—3 Uhr, die Gesangsübung von 3—5 Uhr in der Zentrale des Vereines statt. — Bibliotekſekzion referirt über die in der Bibliotek enthaltenen und entliehenen Bücher. — Wirtschaftssekzion referirt über 26 fl. 10 kr. Ausgaben, bringt das Inventar des Vereines zur Kenntnis, welches einen Wert von 418 fl. 20 kr. repräsentirt. — Unterrichtssekzion referirt über die stattgefundenen Unterrichte und gibt bekannt, daß demnächst ein Zeichen-, Elementar- und Buchhaltungskurs eingeführt wird. Kontrolsekzion referirt nach Verlesung der Präsenzliste, daß Alles kontrolirt und für richtig befunden wurde. — Das Revisionskomitee erklärt, Alles revidirt und fur richtig befunden zu haben und beantragt, die Versammlung möge dem scheidenden Ausschusse das Absolutorium erteilen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. — Die Wal ergab folgendes Resultat: Wilhelm Großl, Obmann, Winter Karl, erster, Lukſch, zweiter Obmann-Stellvertreter, Churan, erster, Putzker, zweiter Schriftführer, Jelaschitz, Rechnungsführer, Hanakamm, Kassier; Ausschüsse: Schreiber, Flichmann, Frischauf, Riga, Fischer, Beschek, Kuher, Lohrenz, Kuwitschek und Hönig. — Nach Annahme mehrerer Anträge spricht der Obmann in seinem, sowie im Namen des neugewälten Ausschusses für das ihnen geschenkte Vertrauen seinen Dank aus und schließt die Versammlung.

Joh. Winzig, Schriftführer.

Wien. Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse. Monatsbericht pro Dezember 1880. Saldo und Gesammteinnahmen fl. 15226·93, Gesammtausgaben fl. 13165·56, Saldo pro Jänner 1881 fl. 2061·37; die von den Fabriken, Einschreibe- und Vororten an die Kasse abgelieferten Beträge belaufen sich auf fl. 11401·69; der Vermögensstand der Krankenkasse hat sich um fl. 1233·66 vermehrt, der der Invalidenkasse um fl. 24·16 vermindert und beträgt der Gesammtvermögenstand der Krankenkasse Ende Dezember 1880 fl. 45662·23, der der Invalidenkasse fl. 35043·07. — Für Herrn Jauernik, welcher wegen Nichtbeteiligung an den Sitzungen laut §. 19 der Statuten vom Ausschusse als ausgetreten zu betrachten ist, rückt Herr G. Brehm vom Ersatz- in den Zentralausschuß vor. — Der Vereinsarzt, Herr Dr. Adolf Schweng, übersiedelt vom Februartermine 1881 auf die Hernalser Hauptstraße 46. — Die Mitglieder erhalten im Margarethen-Bade im fünften, im Gisela-Bade im zehnten, im Leopolds- und Kaiserbade im zweiten Bezirke, im Pfann'schen Mineralbade in Meidling, in Bezchleba's Vollbad in Hernals und in der Floridsdorfer Badeanstalt bedeutende Preisermäßigungen. Die diesbezüglichen Badeanweisungen sind in der Zentrale und beim Kassebote vom 1. Jänner 1881 an per Stück um ½ kr. zu haben. **Die einzeln zalenden Mitglieder werden aufmerksam gemacht, daß deren Einzalungen nur in der Zentrale und den in jedem Mitgliedsbuche verzeichneten Einschreibe- und Vororten entgegengenommen und gleich in den Büchern abgestempelt werden und außer diesen Einschreibern Niemand berechtigt ist, Einzalungen in Empfang zu nehmen, da in jüngster Zeit ein Unbekannter in Simmering einzelnen Mitgliedern unberechtigter Weise unter verschiedenen Vorwänden Beiträge herauslockte. — Die Mitglieder werden ersucht, im Erkrankungsfalle ihre Bücher regelmäßig in der Fabrik abstempeln zu lassen.** — Der Bericht über die zehnjährige Tätigkeit, welcher vieles statistisches Materiale enthält, ist von nun an, so lange der Vorrat reicht, um 5 kr. per Stück zu haben. — Als Kontrolkommission des Verbandes wurde für das Jahr 1881 der Ausschuß der Korneuburger Kasse gewält. — Die nächste ordentliche Ausschußsitzung findet Sonntag den 6. Februar, nachmittags 2 Uhr, in der Zentrale statt.

Wien. Sonntag den 9. Jänner hielt der slavische Verein „Slovan" in Gaudenzdorf seine halbjährige Generalversammlung mit der Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Walen, 3. Diskusion über Zweck und Nutzen der Arbeitervereine, 4. Anträge und Interpellazionen, ab. — Die Berichte der Funkzionäre wurden sämmtlich zur Kenntnis genommen. In den Ausschuß wurden gewält: J. Hybes, Obmann, J. Pšericka, Obmann-Stellvertreter, J. Neubauer und J. Techryk, Schriftführer, Siskovky und Smetana, Kassiere, Hofmann und Soukup, Bibliotekare; J. Taubl, J. Boulard, J. Pollak und Kostka, Ausschußmitglieder; J. Perzilek und W. Hampl, Revisoren. An der Diskussion beteiligten sich drei Redner. Beim vierten Punkte wurden mehrere Anträge erledigt.

W. Hampl, Schriftführer.

Baden. Sonntag den 12. Dezember 1880 fand eine Hauptversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses, 2. Neuwal des Ausschusses, 3. Wal zweier Revisoren, 4. Antrage und Interpellazionen, statt. — Der Obmann eröffnete um 3 Uhr die Versammlung, gibt die Tagesordnung bekannt und ubergibt den Vorsitz an dessen Stellvertreter Dollak, nimmt zum ersten Punkt das Wort, um über das abgelaufene Vereinsjahr Bericht zu erstatten. Derselbe konnte leider nichts Erfreuliches berichten, nachdem die Mitgliederzal eine geringe war, der Verein daher nicht prosperiren konnte; erst in Folge der Auflösung des Arbeiter-Bildungsvereines in Vöslau sind dem hiesigen Verein eine größere Anzal Arbeiter von

Vöslau beigetreten. Aus diesem Grunde wurde in einer Versammlung anfangs November der Beschluß gefaßt, in Vöslau ein Lesezimmer für die dortigen Mitglieder zu eröffnen. Da aber die Interpretazion der Vereinsgesetze von Seite der Behörden eine verschiedene ist, so hatte der Obmann eine Anzeige von der Eröffnung eines Lesezimmers in Vöslau an die k. k. Bezirkshauptmannschaft gemacht, um von dort zu erfahren, ob dieselben gestattet sind oder nicht. (Solche Lesezimmer hatte der Verein in früheren Jahren in der Umgebung fünf, ohne bei der Behörde eine Anzeige zu machen, eröffnet, dieselben wurden anstandslos geduldet.) — Am 10. Nov. wurde die Anzeige überreicht, am 12. November kam nachfolgender Bescheid: „Z. 15573. Ich bin nicht in der Lage, die mir heute unterm Datum 9. Nov. l. J. erstattete Anzeige von der Eroffnung eines Lesezimmers im Gasthause des Martin Penigg, Falkistraße Nr. 212 in Vöslau zur Kenntnis zu nehmen, finde vielmehr die Eröffnung dieses Lesezimmers in Vöslau als den statutenmäßigen Wirkungskreis des Arbeiter-Bildungsvereines, welcher nach den Statuten seinen Sitz offenbar in Baden hat, überschreitend, zu untersagen. Nachdem übrigens aus der Anzeige von der Eröffnung eines Lesezimmers in Vöslau hervorgeht, daß der Verein seinen statutenmäßigen Wirkungskreis überschritten hat, finde ich mich veranlaßt, im Sinne des §. 25 des Vereinsgesetzes vom 15. Nov. 1867, Nr. 134 R.-G.-Bl. die Tätigkeit des Badner Arbeiter Bildungsvereines bis zur endgiltigen Entscheidung über die Auflösung desselben, welche ich unter Einem von der hohen k. k. n. ö. Statthalterei in Wien einholte, einzustellen. Baden am 11. Nov. 1880. Der k. k. Bezirkshauptmann: Kilmansegg." — Der Verein mußte somit seine Tätigkeit einstellen; eine Deputazion ging zum Bezirkshauptmann, um wenigstens diese Einstellung außer Kraft zu setzen, aber vergebens, wir wurden auf die Statthalterei vertröstet. Am 4. Dezember kam folgender Bescheid: „Z. 16407. Da die von dem Arbeiter-Bildungsverein in Baden veranlaßte Eröffnung eines Lesezimmers in Voslau von mir bereits untersagt wurde, somit die hierin gelegene Ueberschreitung des statutenmäßigen Wirkungskreises nicht mehr besteht, ferner, da in dem angeführten Umstande, daß seit Jänner l. J. keine Vereinsversammlungen angezeigt wurden, ein Untersagungsgrund insolange nicht gefunden werden kann, als die Abhaltung geheimer Konventikel nicht nachgewiesen ist, hat der Herr Statthalter in Niederösterreich laut h. Erlasses vom 16. d. M., Z. 42310 zwar die Auflösung des Vereines im Sinne des §. 24 des Gesetzes vom 15. Nov. 1867, R.-G.-Bl. Nr. 134 über das Vereinsrecht dermalen nicht zu verfügen befunden, mich jedoch aufgefordert, den Verein dahin zu verwarnen, daß in dem Falle einer neuerlichen Ueberschreitung des statutenmäßigen Wirkungskreises sofort mit der Auflösung vorgegangen würde, — was hiermit geschieht. Gleichzeitig nehme ich auf Grund des zitirten hohen Erlasses die von mir mit dem Erlasse vom 11. d. M., Z. 15573 verfügte Einstellung der Tätigkeit des Vereines zurück. Baden, am 29. November 1880. Der k. k. Bezirkshauptmann: Kilmansegg." — Der Referent behielt sich vor, beim vierten Punkte der Tagesordnung diesbezüglich Anträge zu stellen. Der Kassier berichtet über einen Kassestand von 84 kr., der Bibliotekar, daß der Verein 131 Bande teils wissenschaftlicher, teils geschichtlicher Werke und verschiedene Broschüren besitzt. — Die Wal ergab folgendes Resultat: H. Hofmann, Obmann, Dollak, dessen Stellvertreter, Rieß, Kassier; Ausschüsse: Wreiß, Wolfjäger, Woller, Gebhart, Meier, Schusta, Willisch, Sikora. Herr Bachmann und Herr Nemetz wurden zu Revisoren gewält. — Dollak besprach den Statthaltereierlaß, den Erlaß der Bezirkshauptmannschaft in Baden und betonte die Notwendigkeit einer Statutenänderung. Meier beantragt, daß ein Komitee von fünf Mitgliedern gewält werde zum Behufe der Statutenänderung. (Angenommen.) — Gewält wurden die Herren Willisch, Dollak, Meier, Woller und Hoffmann.

Johann Dollak, Obmann-Stellvertreter.

Judenburg. Der neugegründete Arbeiter-Leseverein hielt am 12. Dezember die erste Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Verlesung der Statuten. 2. Wal des Ausschusses. 3. Anträge und Interpellazionen. — Gewält wurden: Alois Wulz, Obmann, Jos. Fetka, dessen Stellvertreter, N. Kneisel, erster, Jakob Pruckner, zweiter Schriftführer, Anton Baumgartner, Rechnungsführer, Georg Forster, dessen Stellvertreter, Stefan Walle, Kassier, Th. König, erster, Josef Leitner, zweiter Bibliotekar. — Genossen! Wenn es uns auch nicht gegönnt ist, in diesem Vereine sich mit Politik zu befassen, so werden wir uns desto mehr befleißen, die Mitglieder, so weit es in unseren Kräften steht, in geistiger Beziehung auszubilden, denn je mehr die Menschheit aufgeklärt ist, desto früher werden die noch bestehenden sozialen Uebelstände verschwinden und einem besseren und gerechteren Sisteme Platz machen! Darum, Genossen, agitirt für den zalreichen Beitritt zum Verein, denn nur durch massenhafte Beteiligung an dem Verein ist es demselben ermöglicht, für die geistige Ausbildung seiner Mitglieder nach besten Kräften Sorge zu tragen!

Alois Wulz.

Nämerstadt. Am 21. November 1880 feierte der hiesige Arbeiter-Bildungsverein sein achtes Gründungsfest mit Festball. Nach Eröffnung des Festes hielt Herr H. Wanke die Festrede, welche von allen Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde. Begrüßungsschreiben waren eingelaufen von Wien, Atzgersdorf, Bärn, Reichenberg, Reitendorf, Sternberg, Freudenthal, Jägerndorf und Mähr.-Schonberg. Der Besuch des Festes war von Seite der Arbeiter ein maßiger, hingegen erfreuten wir uns der Anwesenheit vieler Personen aus dem Fabrikantenstande, welche uns in Folge der geringen Einnahmen bedeutend materiell unterstützten. Uebrigens verlief das Fest zur Zufriedenheit aller Teilnehmer und endete erst gegen vier Uhr morgens. — Am 26. Dezember hielt der erwähnte Verein einen geselligen Abend, welcher über alle Erwartung zalreich besucht war, wodurch das vom Gründungsfest gebliebene Defizit wieder gedeckt wurde und noch ein Kassestand verblieb.

Wilh. Strauch, Schriftführer.

Ausweise.

Nr. 87.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Patrun, Admont 20, Josef Hampel 10, Hofböck 10, Genossen Sternbergs 3.—, die roten Zwillinge 50, der Michel hat alleweil kein Geld 1.30, Früh 10, Katzenschlager, Jrovaisoh 20, Liepold 8, das rote Hufeisen 9.05, Genossen beim Pattek 1.75, Genossen beim Müller 1.25, Eggdigasse 50, Bernard 10, Inhaftirte 20, Schneider Wiens 10.—, für die Inhaftirten durch B. 1.—, die Roten am Neubau 2.90, Traub 60, Nemetz 60, einen Kreuzer können wir leicht entbehren, viele können Einen ernähren 3.04, Klaviaturfabrik Schmiedmeier 1.40, die zwei Lustigen d. Daniel 40, Union, Sechshaus 1.55, Ungenannt 10, R. 15, die rote Politur 70, K. Klempisch 20, Altenhofer 10, Wachhold 20, Heinrich Matizka 20, Ruß 20, Frühe 10, Tischgesellschaft, Gasthaus Dunkel 90, Billardfabrik Seifert 4.10, Bodenmann 40, Futschek 40, Steinmetzgehilfen beim Sedlerl 1.—. Eltschka 20, Führer 20, Böhm 20, N. N. 10, Ehinger 10, Eltschka 50, Böhm 40, Ruschitzka 20, die Roten von der Buchfeldgasse 52, Spittelberger 1.—, die Roten am Neubau 4.80, Salzburn 40, die roten Zwillinge 30, die Lustigen für die Betrübten 1.17, durch Genossen Ehn 1.79, die rote Politur 5.31, Eggdi Nr. 14 50, Gesellschaft für Menschenrechte 3.—, eine Tischgesellschaft von Gerbern 65, Genosse A. 25, Tischlerwerkstätte des Herrn Ludwig Schmidt 2.70, Ferd. Müller 20, Ludwig Schmidt, Florianigasse 2.45, S. Löw's Färberei für Freiheit und Gerechtigkeit 1.—, Genossen Floridsdorf 1.38, Nowak 10, Töricht 10, Genossen Floridsdorf 1.67, durch Zinner W. J. 50, von einem Vortrag 1.—.

Summe 80 fl. 45 kr

In Graz sind für die Familien der Inhaftirten eingegangen: Bindermann 20, Parteigenossen Kindberg 3.—, Eisen- und Metallarbeiter Klagenfurts 1.45, Till's Kunstmüle in Bruck a. d. Mur durch Franz Flor 1.—, Genossen Römerstadt 4.50, Genossen Liezen durch J. Kals 5.89, durch Rokenbauer 1.20, und zwar Schafranek 50, Lindmeier, Mitsch je 20, Massami Filip, Vormer je 10, Genossen der Pollak'schen Schuhfabrik 2.56, Genossen Mürzzuschlag 86, Kleidermacher Klagenfurt 2.20, von einer Tischgesellschaft in Wels 2.20, Stankof 40, mehrere Arbeiter in Donawitz 2.—, Genossen in Linz durch Anton Fuchs 7.30, Genossen Klagenfurt durch Fr. Humitsch 5.—, Traunig 20, Mäser 15, Arbeiter Batistella 30, Hofer 10, Kleidermacher durch Jos. Rainer 5.—, Parteigenossen Klagenfurt durch Bösenböck 5.—, Pfuscherei 20, gewesene Arbeiter der Keida'schen Werkstätte 2.13.

Summa 53 fl. 84 kr.

Graz: Die Roten in der alten Schießstatt 45, Tischgesellschaft im Café Hannak 1.26, Genossen Koflach durch M. Hopphan 1.36, Benz 40, 20, 20, 20, P. L. in F. 40, Fürhapter 30, Genossen Mürzzuschlag durch Wetruwa 1.22, Schafranek 20, Genossen Bruck a. d. Mur durch Hörnig 1.87, und zwar: Schnitzberger 20, Hörnig, Festl, Kirschberger je 15, Krenko 12, Bichler, Rehak, Platicha, Schweighofer, Grebenz, Standinger, Kolmanitsch, Blimetzrieder, Tantzer, Klovf, Ramer je 10, Tischgesellschaft in Köflach durch M. Hopphan 80, Tombola des Arbeiter-Leseverein Köflach 2.80, Schuhmacherkränzchen in der Steinfelder Bierhalle 1.63, und zwar: Reimer 30, Iwanitzky, Juricic, Zwewinka, Kowald, Brost je 10, Zichi 4, d rch Rud. Hartl 79, Spielgesellschaft zur alten Schießstatt durch Hösler 64, Kulmer 22, Schafranek 10, Tischgesellschaft der serbischen Studenten im Café Meran 2.62, Tischgesellschaft zur Stadt Trient 42, Graz für Gemaßregelte 1. Woche 46, 2. Woche 60, Tischgesellschaft im Café Meran 72, die Roten im Häuserl im Wald 35, Sch. für Gemaßregelte 1. Post 77, 2. Post 52, Traunig 50, die Roten haben gespielt 1. Post 38, Sch. für die Gemaßregelten 2. Post 65.

Summa 22 fl. 18 kr.

Briefkasten.

Redakzion: F. M. in Perchtoldsdorf a. d. Südbahn: Ihren Brief vom 19. Dez. erhalten. Die von ihnen reklamirte Nummer wurde konfiszirt. — Wegen Raummangel mußten mehrere Berichte für nächste Nummer zurückgelegt werden.

Administrazion: Karl Müller in Bares a. d. Drau: Ihr Abonnement reicht bis Ende März. Das Bewußte können wir nicht besorgen, da müssen Sie sich an die Genossenschaftsdruckerei in Leipzig wenden. — Herrn Th. Stekel: Ihr Abonnement reicht bis Ende Jänner 1882. — G. M. in Rumburg: Ihr Abonnement reicht bis Ende März 1881. — V. W. in Kolin: Ihr Abonnement reicht bis Ende Februar 1881. — F. Sch. in Machendorf bei R.: Ihr Abonnement endet 1. März 1881. — J. V. in Asch: Ihr Abonnement reicht bis Ende Oktober d. J. — V. R. in Hallstatt: Für wen zalen Sie das zweite halbjährige Abonnement? — A.-B.-V. in Bruck a. d. M.: Das Abonnement endete am 1. Okt. 1880. — B. K. in Würbenthal: Ihr Abonnement reicht bis Ende März 1881. — E. C. in Reichenberg: Ihre Blätter wurden regelmäßig abgesandt. Bitte bei der Post Beschwerde zu führen. Besten Gruß. — W. P. in Bürgstein: Kalender wurde abgesandt, senden nochmals. — Alle weiteren Anfragen werden in nächster Nummer beantwortet.

Ankündigungen.

Sonntag den 30. Jänner 1881 in den „drei Engel-Sälen", IV., gr. Neug., 2 Uhr nachm.,

slavische Volksversammlung.

Tagesordnung: Die Regierungsvorlage der neuen Gewerbeordnung.

Arbeiter! Euere Pflicht ist es, massenhaft bei dieser Versammlung zu erscheinen, um Euer Urteil über die Regierungsvorlage der neuen Gewerbeordnung abzugeben. Die Einberufer.

Im Verlage von **Andreas Grosse**, Wien, 5. Bez., Hundsthurmerstraße 89, ist die **zweite Ausgabe** des

österreichischen

Arbeiter-Kalenders

für das Jahr 1881

erschienen.

Preis per Exemplar 25 kr.

Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außer dem obigen Preise noch 5 kr. für Postporto einzusenden.

Inhalt: Kalendarium. — Zeitbetrachtungen. — Ein Kapitel von der Sonne. — Zur Geschichte des Pauperismus in Schottland. — Aus den Briefen eines preußischen Rekruten an einen Freund. — Vereinsverzeichnis.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereins:

Sonntag. In der Zentrale, Buchhaltung nachmittags.
Montag. Tanzunterricht von ½8—½10 Uhr abends, Bibliotek von 8—9 Uhr, in der Zentrale.
Dienstag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgeschrittene von ½8—½10 abends, Gesangsübung in Huber's Gasthaus, 6. Mollardgasse 9.
Mittwoch. In der Zentrale, Tanzunterricht von ½8 bis ½10 Uhr abends. Elementarunterricht für Anfänger, 6. Bez., Kaserngasse 11. Ausschußsitzung von 8 Uhr an. Gesangsunterricht in Huber's Gasthaus, Mollardgasse.
Donnerstag. In der Zentrale, Unterricht für Völker- und Länderkunde von ½8—½10, Bibliotek von 8 bis 9 Uhr abends.
Freitag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgeschrittene von ½8—½10 Uhr abends.
Samstag. Französischer Unterricht von ½8—½9 Uhr, Stilistik von ½9—½10, Bibliotek von 8—9 Uhr.

Am 16. d. M. beginnt ein Zeichenunterricht und am 20. d. M. ein neuer französischer Sprachunterricht für Anfänger in der Zentrale.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Vorauzeige. Mitte März 1881 findet ein großer

Arbeiterball

statt. — Näheres folgt.

Union der Wiener Metallarbeiter.

Anfangs März hält die Liedertafel des Vereines ihre erste Gründungs-Liedertafel ab. — Datum und Ort wird später bekanntgegeben.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Favoritenstraße 4, Gasthaus „zum wilden Mann". Die Vermittlung findet statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags.

Lesezimmer: 3. Bezirk, Marxergasse, „Sofiensaal". 2. Bezirk, gr. Pfarrg., Gasth. „z. schwarzen Elefanten". 10 Bez., Himbergerstraße, Grund's Saallokalitäten. Fünfhaus, Sechshauserstraße, Saallokalitäten „zum alten Brauhaus". Hernals, Kirchengasse 49. Vereinsabend jeden Samstag von 8—½9 Uhr.

Unterstützungs- und Fortbildungsverein der Drechsler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 6. Bezirk, Aegidigasse 19, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von ½8—9 Uhr abends statt. — Einschreibungen an genannten Tagen.

Gewerkschaftaverein der Bürschner in Wien.

Sonntag den 30. Jänner, ½3 Uhr nachmittags, im Vereinslokale, Jahresversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Neuwal der Vereinsleitung. 3. Besprechung betreffs der Beiträge. 4. Anträge.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, täglich statt.

Schuhmacher-Krankenunterstützungskasse in Wien.

Sonntag den 6. Februar 1881, 2 Uhr nachmittags, in Schlecht's Gasthaus, 6. Bez., Ecke der Stumper- und Fügergasse, ganzjährige Generalversammlung. — Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des Kassiers und des Revisionskomitees. 3. Ergänzungswal des Ausschusses. 4. Anträge und Interpellazionen.

Gewerbschaftsverein der Stuhlarbeiter und Arbeiterinnen.

Montag den 31. Jännner 1881, 7 Uhr abends, in Bock's Gasthaus, Neufünfhaus, Michaelergasse 9, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vereinsbericht. 2. Wal des Ausschusses und der Revisoren. 3. Gewerbliche Rundschau. 4. Anträge und Interpellazionen. — Die Mitglieder werden ersucht, zalreich zu erscheinen.

Die Ausschußsitzungen finden jeden Dienstag, um 8 Uhr abends, in der Zentrale in Bock's Gasthaus statt. — Einschreibungen finden jeden Samstag statt: In der Zentrale: Neufünfhaus, Michaelergasse 9, in Bock's Gasthaus, im Lesezimmer: Sechshaus, Faras' Gasthaus „zum weißen Adler", Sechshauser Hauptstraße und in Doubal's Gasthaus, Sechshaus, Wehrgasse, in Meidling, Misbachgasse, in Schlemmin's Gasthaus.

Der Elementarunterricht, geleitet von Herrn Rogner und Herrn Dworatzek, wird von nun an im Lesezimmer in Doubal's Gasthaus in Sechshaus, Wehrgasse, fortgeführt.

Allgemeiner Arbeiterverein in Wien.

Sonntag den 30. Jänner, zwei Uhr nachmittags, freie Vereinsversammlung, Montag den 31. Jänner Vortrag von Matzinger in den Diana-Sälen, Gaudenzdorf, Jakobstraße, Ecke der Kobingasse.

Lokalveränderung. Das Vereinslokale des Gewerkschaftsvereines der Maurer und Steinmetze Wien's befindet sich gegenwärtig in Leop. Benninger's **Gasthaus**, 1. Bez., Bellariastraße 4.

Fortbildungs- und Unterstützungsverein der Musikinstrumentenmacher Wiens.

Sonntag den 13. Februar, 2 Uhr nachmittags, im Gasthause „zur Kettenbrücke", im 6. Bezirke, ganzjährige Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses. 2. Neuwal des Ausschusses. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Anträge und Interpellazionen.

Arbeiter-Bildungsverein in Floridsdorf.

Im Laufe des nächsten Monats wird in Holzer's Saallokalitäten ein **Arbeiterball** abgehalten. — Näheres folgt.

Die Unterrichtssekzion gibt bekannt, daß die beiden Unterrichte wegen Lokalveränderung bis auf Weiteres sistirt werden mußten.

Erster steiermärkischer Arbeiterbund in Graz.

Montag den 31. Jänner, 8 Uhr abends, im Gasthaus „zum weißen Kreuz", Neuweltgasse, Generalversammlung. — Tagesordnung: 1. Bericht des Bundesrates. 2. Sozialpolitische Rundschau. 3. Wal des neuen Bundesrates.

Im Verlage von Karl Hanslitschek, Preßburg, Hochstraße, ist soeben erschienen

Die Reise in den Mond,

zweiter Teil, zwei Bogen stark. — Preis per Stück 12 kr. — Bei Abnahme von 10 Stück werden die Postspesen vergütet.

Ein Bett ist an einen Parteigenossen sogleich zu vermieten. — Rudolfsheim, Schmelzgasse 8, 2. Stock, Tür 17.

Die nächste Nummer erscheint am 10. Februar.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Adresse der Herausgeber der „Zukunft":

Andreas Grosse, IV., Hauptstraße 23, 1. Stock.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: **Andreas Grosse, Josef Dybes, Franz Motz.**

Verantwortlicher Redakteur: **Josef Dybes.**

Druck von **W. Jacobi**, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, V., Hundsthurmerstraße 89.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frc. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, V., Hundsthurmerstraße 89.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: **5 kr.**
Für Anzeigen von Privatpersonen: **10 kr.**
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 33. Wien, Donnerstag 10. Februar. **1881.**

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Briefe und Geldsendungen sind nur zu richten an Andr. Grosse, 4. Bez., Hauptstraße 23, 1. St., alle auf die Redakzion, Administrazion und Expedizion bezughabenden Zusendungen an die Redakzion der „Zukunft", 5. Bez., Hundsthurmerstraße 89, 2. Hof, 1. Stiege, 1. Stock.

Die Herausgeber.

Zur Wuchergesetzdebatte im Abgeordnetenhause.

Die liberalen Journale widerhallen seit geraumer Zeit von Klagegeschrei und Weherufen über die immer zunehmende Reakzion auf politischem und wirtschaftlichen Gebiete. Was nun die Reakzion in Oesterreich betrifft, so müssen wir offen bekennen, daß sie in politischer Hinsicht die größten Fortschritte gerade unter einem „liberalen" Parteiministerium und unter einer „liberalen" Parlamentsmajorität machte, und daß wir Arbeiter demzufolge gezwungen sind, anzunehmen, daß die politische Reakzion keineswegs mit dem Liberalismus, wie er in Oesterreich gang und gäbe ist, in Widerspruch, sondern vielmehr in innigem Zusammenhange steht; da der Liberalismus nur das politische Glaubensbekenntnis einer bestimmten Klassenherrschaft im Staate, und eine derartige Klassenherrschaft gegenüber dem erstarkenden Selbstbewußtsein der unterdrückten Klassen nur durch Gewalt aufrecht zu erhalten ist, so gehört eben die politische Reakzion zum Handwerkzeug jedes „liberalen Staatsmannes" und es ist pure Heuchelei, wenn eine liberale Journalistik, die Reakzion zum Monopol klerikaler und feudaler Regierungen machen will.

Was aber die angebliche wirtschaftliche Reakzion betrifft, so ist wol zu unterscheiden zwischen wirklich reakzionären Maßregeln und solchen, die nur vom Standpunkte des doktrinären Manchestertums reakzionär genannt werden. Die Manchesterlehre, welche, weil sie den im „liberalen" Staate herrschenden Klassen am besten entspricht, ein Grunddogma des Liberalismus bildet, verkündigt bekanntlich die Nichteinmischung des Staates in die wirtschaftlichen Vorgänge, in die Produkzion und in den Handelsverkehr als das Ideal staatlicher Fürsorge und sucht die Aufgaben des Staates auf den Schutz des „Eigentums" und der Sicherheit des Lebens zu beschränken.

Die Zeit, in welcher die Manchesterlehre als ernste Wissenschaft verkündet wurde, ist längst vorüber; nur unwissende Journalisten, die von der Frase leben, und liberale Handlungsreisende und Advokaten wagen es noch, von den „beglückenden" Folgen einer auf die Manchesterlehre gegründeten Gesellschafts- und Staatsordnung zu faseln. Diese Leute nun sind es, welche sofort von Reakzion schreien, wenn irgend eine Bresche in das manchesterliche Staatswesen geschossen wird. Fabriksgesetzgebung, Haftpflicht, staatliche Arbeiterversicherung, Normirung der Arbeitszeit — Alles waren und sind noch jetzt in den Augen jener Herren reakzionäre Maßregeln, gegen die sie im Namen der „Freiheit" perroriren, im Namen der Freiheit der Ausbeutung des Armen durch den Reichen, des Schwachen durch den Starken, des Rechtlosen durch den Bevorrechteten. Bei der wachsenden Erkenntnis der arbeitenden Klassen geraten diese Herren mit ihren Frasen immer mehr in's Gedränge und es wird immer klarer, daß diese Teorie nur der in ein Sistem gebrachte Kapitalismus ist.

Auch gegenüber dem Wuchergesetze wird die Erscheinung bemerkbar, daß die Vertreter der Manchesterlehre, die Apostel des modernen Liberalismus im Interesse der angeblich gefährdeten Freiheit des Verkehrs alle Wuchergesetze verdammen, die doch nur den Zweck haben, der Ausbeutung Schranken zu setzen, den durch Arbeit erworbenen Besitz gegen die Spekulanten zu schützen, der in den Kot getretenen öffentlichen Moral wenigstens teilweise wieder Anerkennung zu verschaffen. Länder, die sonst ganz dem Kapitalismus verfallen sind, haben sich gezwungen gesehen, dem Geldwucher gesetzliche Schranken zu setzen, wie z. B. Frankreich, wo der Zinsfuß gesetzlich fixirt ist und Strafbestimmungen gegen den Wucher bestehen; bei uns aber besitzen sogar sogenannte „Gelehrte" den Mut, vom Reichsrate aus diejenigen, welche strenge Strafen gegen den Wucher verlangen, als Unwissende und Hetzer zu denunziren, wie es der Prager Professor der Nazionalökonomie und deutschliberale Abgeordnete Dr. Sax in der Debatte über das Wuchergesetz getan hat.

Dem gegenüber halten wir es für angezeigt, die Rede nachzutragen, welche der Abgeordnete Schöffel am 18. Jänner in der Wuchergesetzdebatte gehalten hat und welche in überzeugender Weise den Nachweis liefert, daß die bisher bestandene Wucherfreiheit Tausende von ehrlichen Existenzen an den Bettelstab gebracht hat. Die Rede lautet:

Bei Beratung eines Gesetzes wie das vorliegende, erscheint es mir angezeigt, einen Streifblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, in denen wir leben und aus welchen sich mit Naturnotwendigkeit das vorliegende Gesetz herauskristallisirt hat, zu werfen.

Die obersten Zehntausend, die Bankiers und die „Alles für Geld-Menschen" übergehe ich, denn ihr Wolbefinden läßt, wie ich versichern kann, nichts zu wünschen übrig. Anders verhält es sich jedoch mit dem eigentlichen Nährstande, mit dem Gewerbe-, Bauern- und Arbeiterstand. Was den Gewerbestand anbelangt, so ist es, ohne daß diesbezüglich eine polizeiliche Verlautbarung erflossen wäre, sattsam bekannt, daß der einzige goldene Boden des Handwerks abhanden gekommen ist. Der kleine und mittlere Gewerbestand liegt nicht danieder, wie die ausgegebene Parole lautet, er besteht eigentlich gar nicht mehr; denn der gesunde strebsame Gewerbestand, welcher einen mächtigen Stock ehrsamer, streng solider Bürger umfaßte, die einen Stolz darein setzten, eine tüchtige, gediegene Arbeit zu liefern, ist verschwunden, ist zu Grunde gerichtet und an seine Stelle ist der Händler mit gewerblichen Erzeugnissen getreten. Die einstigen Gewerbetreibenden, die einstigen Meister sind, um ihr Vermögen betrogen, beschwindelt, bewuchert, von bemittelten Bürgern zu einfachen Stückarbeitern dieser Händler herabgesunken, die ihnen nicht nur kaum den zum Fristen ihres notdürftigen Daseins nötigen Lohn zukommen lassen, sondern sie noch überdies häufig mit Hilfe unserer ganz unqualifizirbaren Konkursordnung um diesen kargen Lohn betrügen. Von einem Gewerbestand als Stand kann überhaupt keine Rede sein, da jeder Stand eine gewisse Exklusivität besitzt. So zum Beispiel darf nicht Jedermann Parteien vor Gericht vertreten, Kranke behandeln ꝛc., Gewerbe kann aber Jeder betreiben, der ein solches anmeldet und die vorgeschriebene Steuer zalt. Der ehrliche Verdienst ist zur Nebensache, der betrügerische Bankerott zur Hauptsache geworden, welcher auf Kosten der wirklichen und ehrlichen Erwerbstätigkeit den Ersatz für den geschwundenen Handelsgewinn bieten muß.

Aehnlich und noch viel schlechter ist es mit dem kleinen Grundbesitzer, mit dem Bauer bestellt. Ein großer Teil unseres einst so behäbigen deutschen Bauernstandes ist teils in Folge der Wechsel- und Wucherfreiheit, welche ihn der zügellosesten und raffinirtesten Ausbeutung preisgab, teils in Folge der enormen Steuern, Landes-, Bezirks-, Schul-, Gemeindeumlagen, um Haus und Hof gekommen und zum Proletarier geworden, der Rest aber erwartet mit Angst und Bangen die Stunde, die nicht ausbleiben wird, wo ihn der Wucherer und der Steuerexekutor auf die Straße setzen. Wenn nicht schleunigst energische Maßregeln zum Schutze und zum Zweck der Erhaltung eines selbstständigen Bauernstandes getroffen und die Steuern und Giebigkeiten, die auf Grund und Boden lasten und die derselbe absolut nicht abwerfen kann, entsprechend vermindert werden, so kann man, ohne Profet zu sein, mit Bestimmtheit vorhersagen, daß es selbst in den urdeutschen Ländern der Monarchie in kurzer Zeit keinen selbstständigen Bauer mehr, sondern nur noch Pächter, wie in Irland, geben wird.

Von dem Los des Arbeiterstandes will ich gar nicht reden; daß es aber der so sehr gepriesenen Humanität des Jahrhunderts, die für jeden Galgenstrick eine Mitleidsträne, für jede Schurkerei eine frivole Entschuldigung, ja für jedes Borstenvieh ein Cabriolet bereit hat, nicht entspricht, daß Millionen Menschen im Schweiße ihres Angesichts arbeiten und die Zeit ihres Lebens mit Not und Elend kämpfen müssen, um einigen Tausend zu enormen Reichtümern und zu dem raffinirtesten Luxus zu verhelfen und dafür im Alter und im Falle der Gebrechlichkeit der Gemeinde zur Versorgung zugeworfen und auf den Schub gesetzt zu werden, dem wird wol Niemand widersprechen.

Das ist in allgemeinen Umrissen das Bild unserer wirtschaftlichen sozialen Verhaltnisse. Man will von dem allgemeinen Elend nichts wissen, den sonst könnte man nicht Jahr für Jahr die Staatsausgaben erhöhen und neue erhöhte Anforderungen an das bis auf den letzten Tropfen ausgesaugte Volk stellen. Man will von dem allgemeinen Elend nichts wissen und versucht es, wie es die Gesellschaft in Frankreich vor hundert Jahren getan, durch fortwährende Jubel- und Volksfeste, Um- und Aufzuge das Elend zu verhullen. Doch das Bemühen, diese traurige Tatsache zu verkleistern, ist vergebens. Die Verheißungen, die dem Volke auf ein Besserwerden gemacht werden, sind leerer Schall und gleichbedeutend mit einer Anweisung auf den Himmel. Für den Mittelstand gibt es keine frohe Zukunft mehr; denn das in wenigen Händen befindliche Großkapital wird und muß schon vermöge Attraktionskraft die kleinen Kapitalien auffangen. Dann aber bricht mit der Sicherheit und Pünktlichkeit, mit der sich ein Naturgesetz vollzieht, die Katastrofe, die ihre Schatten bereits vorausgeworfen hat, über die heutige Gesellschaft herein und keine gesprochene und keine gedruckte Frase, keine Armee, am allerwenigsten eine auf dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht basirende, wird dieselbe aufzuhalten im Stande sein.

Was ist nun bis jetzt geschehen, um die soziale Krankheit, an der wir leiden, zu heilen und deren Weiterverbreitung zu hindern? Nichts. Man sucht sie zu ignoriren, wie man die antisemitische Bewegung anfangs zu ignoriren und todtzuschweigen versuchte. Man sucht die zu Tage tretenden Krankheitserscheinungen durch kleine polizeiliche Maßregeln, die ich genau kenne, weil ich sie selbst anwenden muß, zu unterdrücken. Man wirft einen Akten-Faszikel in den unter der Asche glimmenden Brand und glaubt damit etwas getan zu haben.

So hat man, um auf den Gegenstand der heutigen Beratung zu kommen, dem Betrug und dem Wucher, dessen wirtschaftliche und soziale Verheerungen man mit der Hand greifen kann, nicht nur die Zügel schießen lassen, sondern man hat sie förmlich begünstigt; denn wir sehen dieses edle Zwillingspaar, mit Titeln, Orden und Auszeichnungen bedeckt, sich in der Gesellschaft breit machen. Wie hoch [illegible]stolz der Wucher sein Haupt zu tragen sich berechtigt wähnt, wi[illegible]ütig ihn der Erfolg gemacht hat, beweist eine Nummer des „Orthodoxen Israeliten" vom Jahre 1878, in der wörtlich zu lesen ist:

„Binnen zwei Dezennien wird der Ackerbau Galiziens zum großen Teil sich in den Händen der Juden befinden. Auch hierin sehen wir das Walten der Vorsehung mit dem beständigen Schutz für unser so viel duldendes jüdisches Volk."

Um das in die Welt hinauszuposaunen, dazu gehört wol die Naivetät eines Ortodoxen, aber ein Wahres ist daran, und es scheint diese herrliche Aussicht den Abgeordneten Galiziens vorgeschwebt zu haben, als sie gleichsam zur Dezennalfeier der Aufhebung der Wuchergesetze die Wiedereinführung derselben verlangten. Dieses Gesetz wurde nur für Galizien und die Bukowina erlassen, denn man wollte nicht auf einmal dem Wucher allen Boden entziehen, man mußte Rücksicht nehmen. Warum? Volk und Regierung sind dem Wucher tributär — daher die zarten Rücksichten, die man diesem Scheusal gegenüber beobachtet. Endlich liegt uns ein Gesetzentwurf über den Gegenstand vor!

Nun könnte man allerdings einwenden, warum nicht zur Zeit, als das Wuchergesetz für Galizien beschlossen ward, dasselbe gleichzeitig auch auf die anderen Provinzen ausgedehnt wurde; aber der jeweiligen Majorität des Hauses geht es so wie dem Auerhahn, wenn er balzt d. h. sie vergesse, von den Sirenenklängen der Regierung angelockt, Alles, was um sie vorgeht. (Heiterkeit links.) Es hat nicht genügt, daß die Wucherer in Stadt und Land 2—5 Prozent per mese nehmen, daß man in Niederösterreich 54—60 Prozent des gesammten Realbesitzes mit Hipoteken belastete und daß diese Hipoteken nicht etwa den Schuldnern, sondern den Darlehensgebern und Agenten in die Tasche gefallen sind. Es hat nicht der Nachweis genügt, daß viele Hunderte von Familien ausschließlich vom Wucher in der üppigsten Weise leben; daß der Wucher unter den Beamten und Offizieren in der entsetzlichsten Weise aufräume; daß alljährlich eine Anzal von Menschen aller Stände, sogar Generale und hohe Staatsbeamte, vom Wucher gedrängt, zum Selbstmord greift. Angesichts dieser Tatsachen habe sich Redner dem Glauben hingegeben, daß das Abgeordnetenhaus ein Wuchergesetz so rasch als möglich beschließen werde.

Aber man mußte, fährt Redner fort, zuerst das Volk mit der Krüppelsteuer beglücken; man mußte den Kriegsstand von 800.000 Mann für zehn Jahre unter Dach bringen, obgleich kein Hannibal und Hadschi Loja vor den Toren stand; man mußte eine ganze Steuergreisslerei beraten, die Majorität sich sichern und die Bauern von Innerösterreich, welche die gegenwärtigen Steuern nicht zu erschwingen vermögen, mit der Aussicht auf Steuererhöhungen erfreuen und sie auf diese Weise dafür büßen lassen, daß man 25 Millionen für ein Grundsteuerelaborat hinauswarf, das keinen Groschen wert ist, weil es voll Feler ist — das Alles mußte früher geschehen; das Volk, das sich unter den Krallen des Wuchers windet, konnte warten. Heute, nachdem bereits drei Jahre seit der Erlassung des galizischen Wuchergesetzes verflossen sind, gehen wir endlich in die Beratung eines solchen Gesetzes ein.

Was nun den vorliegenden Ausschußantrag anbelangt, so trete ich für diesen Antrag ein, weil ich das Zustandekommen eines Wuchergesetzes nicht verzögert sehen will, da durch das Zustandekommen eines solchen Gesetzes dem Volke wenigstens der Glaube benommen wird, daß jede Infamie, jede Niederträchtigkeit, daß das systematische Spekuliren gestattet ist. Ich trete dafür ein, weil ich glaube, daß es sich weniger darum handelt, ob eine Maximal-Zinstaxe bestehen soll oder nicht, weniger darum, ob Herr Stremayr und Pater Greuter Recht behalt, sondern darum, daß der Wucher gebrandmarkt werde. Ich trete dafür ein, weil ich hoffe und überzeugt bin, daß diesem Gesetze eine Reihe anderer Gesetze zum Schutze der redlichen arbeitenden Menschheit gegen das überhandnehmende Parasitentum folgen werden und folgen müssen, wie zum Beispiel die Aufhebung der allgemeinen Wechselfähigkeit, die Organisazion des Gewerbestandes und der gewerblichen Tätigkeit auf einer soliden Basis, wobei ich bemerkte, daß die dem hohen Hause von der Regierung vorgelegte Gewerbeordnung dieses Ziel nicht anstrebt und den Wünschen und Bedürfnissen des Gewerbestandes nicht entspricht, da an demselben, wie ein Wochenblatt richtig bemerkte, eigentlich nichts Neues ist als das Papier und jene Bestimmungen, die als neue in diese Gewerbeordnung aufgenommen wurden, in Deutschland aber ausgemerzt werden, weil sie sich als Herd der sozialistischen Propaganda erwiesen haben; ferner die Unveräußerlichkeit des zur Existenz einer Familie notwendigen Grundes und Bodens und der zum Bebauen dieses Bodens notwendigen Werkzeuge und Gerätschaften; denn sorgt die Regierung durch Vorlage eines eigenen Gesetzes für ein exekuzionsfreies Existenzminimum bei den Beamten, was ich vollkommen billige, so kann dasselbe für den Bauer und den Gewerbsmann geschehen. Gleiches Recht für Alle!

Ferner gehört hieher die Sicherstellung des Arbeiters für den Fall der ohne sein Verschulden eintretenden Erwerbs- und Arbeitsunfähigkeit durch Schaffung einer staatlichen Unfallversicherung; endlich Einführung eines strammen Rechtsschutzes, welcher dem Schurken die Möglichkeit benimmt, die persönliche Freiheit auf Kosten seiner Mitbürger für sein Interesse auszunützen, und Schaffung einer billigen Rechtspflege, so daß auch dem Minderbemittelten die Möglichkeit geboten wird, den Rechtsweg zu betreten, ohne daß er auf diesem Wege Gefahr läuft, ins Armenhaus zu geraten, was heute beinahe immer der Fall ist.

Ich weiß, man wird diese Postulate als arg reakzionäre verschreien. Nun meinetwegen, man mag das nennen wie man will, und darüber schreiben und drucken, so viel man will, ich kümmere mich nicht darum, ich bin gegen derlei Angriffe unempfanglich geworden. Ich gebe sogar zu, es ist eine Art von Reakzion, aber nicht eine Reakzion mit der Bischofsmütze und dem Korporalsstock, wie man sie gewöhnlich darstellt, sondern es ist eine Reakzion gegen Verzweiflung und Verarmung, gegen Kummer und Not, gegen Hunger und Elend!

Ich weiß, man wird aus dem von mir Gesagten eine Feindseligkeit gegen das Judentum herausstüfteln, und doch ist es nichts Anderes als der Ausdruck der Notwehr gegen die tausendfältigen Saug- und Fangarme des Wuchers; nichts Anderes, als das

Aufbäumen unseres angebornen moralischen Gefüles gegen das internazionale Piratentum, welchen Stammes und welchen Glaubens es auch sein mag, das die Völker fistematisch aussaugt, das die moralische Grundlage der Gesellschaft unterwült, daß die Freiheit fälscht und uns durch die Pforte dieser gefälschten, dieser Talmi-Freiheit in die verächtlichste Sklaverei, in die Sklaverei des Geldsackes führt — es ist der Ausdruck der Verdammung des modernen Lebenszweckes, nämlich der Erlangung von Reichtum um jeden Preis, mit jedem Mittel, ob erlaubt oder unerlaubt, ob dabei der Humanität, dem Vernunftrechte Rechnung getragen wird oder nicht, welcher dahin führen muß, daß die immer mehr zunehmende Verarmung der großen Masse des Volkes sich bis zur Unerträglichkeit steigert, und schließlich die blutigsten Kämpfe um den Besitz und die Vernichtung aller staatlichen Ordnung heraufbeschwört.

Und Sie, meine Herren, welcher Parteischattirung, welcher Nazionalität und welchem Glauben Sie auch angehören, Sie werden zu dieser Art Reakzion greifen müssen, wenn Sie nicht von der sozialen Flut, deren Kommen nur der wirklich oder absichtlich Blinde nicht sieht, nicht hinweggeschwemmt werden wollen. Sie werden zu diesen Mitteln greifen, Sie werden die moralischen Grundlagen der Gesellschaft herstellen und die wirtschaftlichen und speziellen Auswüchse mit aller Rücksichtslosigkeit beseitigen müssen, wenn sie nicht wollen, daß die täglich lawinenartig anschwellende Masse der Enterbten und Depossedirten unter der so sehr mißbrauchten Devise „Kampf ums Dasein" ihre Bataillone zälen, den ihr aufgedrungenen Kampf um's Dasein aufnehmen und dann der durch und durch korrumpirten Gesellschaft das „vae victis" in die Ohren brüllen soll.

Da nun durch das vorliegende Gesetz einer der giftigsten sozialen und wirtschaftlichen Auswüchse, wenn auch nicht beseitigt, so doch unterbunden wird, so werde ich für dasselbe stimmen. (Beifall.)

Politische Uebersicht.

Parlamentarisches. Am 24. Jänner hielt der Gewerbeausschuß eine Sitzung zur Vorberatung der neuen Gewerbeordnung. Abg. Löblich war als Experte zur Sitzung eingeladen worden, um anzugeben, wie er sich eine Enquete über die neue Gewerbeordnung vorstelle, da er früher im Abgeordnetenhause eine solche vorgeschlagen hatte. Herr Löblich hielt hierauf eine längere Auseinandersetzung, die den „Demokraten" als einen wirtschaftlichen Reakzionär von reinstem Wasser erscheinen ließ. Er bekannte sich als entschiedenen Anhänger der Zwangsgenossenschaften, ist aber merkwürdigerweise ein ebenso entschiedener Gegner der von der Regierung vorgeschlagenen Zwangsgenossenschaften und zwar — man höre und staune, weil in denselben die Arbeitgeber und Arbeiter gleichberechtigt sind. Und dabei will Herr Löblich noch Demokrat sein! Die Arbeiter Oesterreichs haben sich unzälige Male, leider vergebens, gegen alle Zwangsgenossenschaften ausgesprochen, aber wenn solche dennoch gesetzlich eingeführt würden, so ist doch soviel klar, daß die Arbeiter darauf bestehen müssen, daß sie in denselben mit den Arbeitgebern gleiche Rechte haben. Der Demokrat Löblich will nun auch das noch verhindern. Dabei befindet er sich mit den „liberalen" und konservativen Gewerbetreibenden in rührender Uebereinstimmung, denn überall sprechen sich dieselben von ihrem einseitigen Klassenstandpunkte gegen die Gleichberechtigung in den Genossenschaften und gegen die Gewerbeinspektoren aus. Die Arbeiter werden gut tun, sich das zu merken, um nicht mehr falsche Hoffnungen auf die platonische Demokratie der Gewerbetreibenden zu setzen. Sobald die Herren in ihrem materiellen Interesse berührt werden, hören sie sofort auf, „Demokraten" zu sein und suchen die ärgsten Reakzionäre noch zu überbieten. In derselben Sitzung des Gewerbeausschusses erklärte Löblich, die Gleichberechtigung der Arbeiter in den Genossenschaften würde eine Revoluzion im Gewerbestande hervorbringen und da sei den Gewerbetreibenden die jetzige Gewerbeordnung noch lieber als die neue. Natürlich verlangte Löblich auch Einschränkung der Gewerbefreiheit, indem zum Antritt eines handwerksmäßigen Gewerbes ein Befähigungsnachweis verlangt werde; bei Verleihung von Gewerben, die Konsumartikel erzeugen und keine Exportgeschäfte sind, solle auf den örtlichen Bedarf Rücksicht genommen werden. Da beschlossen wurde, daß Herr Löblich auch fernerhin als Experte zu den Sitzungen des Gewerbeausschusses eingeladen werde, so haben wir Aussicht, noch weitere Aeußerungen dieses sonderbaren Demokraten zu vernehmen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. Jänner beantwortete Graf Taaffe die Interpellazion des Grafen Hohenwart über die Mittel, welche die Regierung gegen die zunehmende Verarmung des Bauernstandes zu ergreifen gedenke. Der Ministerpräsident gab zu, daß die Lage des Bauernstandes immer schlechter werde und bezeichnete als Ursache die Freiteilbarkeit von Grund und Boden, die Wucherfreiheit, den Mangel an Kreditinstituten für die Landbevölkerung, den Mangel an fachlicher Ausbildung und die hohen Gebühren bei Besitzübertragungen. Er kündigte gleichzeitig Vorlagen, betreffend die Herabminderung der Gebühren bei Besitzänderungen, betreffend Durchführung geringwertiger Verlassenschaften mit geringen Kosten, betreffend die Beteiligung der Staatsverwaltung an Verbesserung und Kultivirung des Bodens, wobei auf die Mitwirkung der Landtage gerechnet wird — an; die Regierung werde dem Eisenbahntarifwesen ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden, damit der Transport der landwirtschaftlichen Produkte billiger würde. Die Regierung erwäge auch, wie es möglich sei, die gegenwärtige hohe Verzinsung der Hypotekenschulden in eine minder drückende umzuwandeln und ob der Staat durch Gebührennachsicht nicht ähnliche Operazionen fördern könne.

Es ist wol außer Zweifel, daß zwar die vom Grafen Taaffe vorgeschlagenen Maßregeln in manchen Fällen eine Verzögerung der Katastrofe, im Allgemeinen aber nicht die Rettung des Bauernstandes herbeiführen werden, da die Notlage des letzteren zum großen Teil auf die zurückgebliebene Produkzionsweise gegenüber der wachsenden Konkurrenz Amerikas zurückzuführen ist. Es ist als eine unvermeidliche Konsequenz hinzunehmen, daß unser Kleingrundbesitz der überlegenen Konkurrenz des durch alle technischen Hilfsmittel ausgerüsteten landwirtschaftlichen Großbetriebes erliegt, an dieser Konsequenz vermögen alle Palliativmittel der Gesetzgebung nichts zu ändern. Dazu kommt noch, den Todeskampf unserer Landwirthschaft zu beschleunigen, die im Vergleiche zu Nordamerika und Australien ungeheure Höhe der auf dem Grundbesitze lastenden Abgaben, die ohne radikale Umgestaltung unserer staatlichen Verhältnisse nicht bedeutend ermäßigt werden können. Wer nicht an die beiden Grundpfeiler unseres sozialen und staatlichen Gebäudes — den Kleingrundbesitz und den Militärismus — rührt, wird nur Pfuscharbeit zu Stande beingen. Freilich muß man, um die notwendige Reorganisazion von Gesellschaft und Staat mit Erfolg durchführen zu können auf den „Ruhm" eines „konservativen" Politikers verzichten und die fruchtlosen Bemühungen einstellen, Einrichtungen zu konserviren, die für die Dauer unhaltbar sind und deren Fortbestand die Existenz der Gesellschaft selbst gefährden würde.

Am 26. Jänner hielt der Zeitungsstempel-Ausschuß eine Sitzung ab, in welcher der Vertreter der Regierung erklärte, daß die letztere nichts gegen die Abschaffung des Zeitungsstempels einzuwenden habe, wenn ihr die dadurch entgehende Einnahme anderweitig ersetzt würde. Auf die Einnahme selbst aber könne sie nicht verzichten. Aus dem Berichte des Regierungsvertreters entnehmen wir, daß der Ertrag des Kalenderstempels von 106.000 fl. im Jahre 1869 auf 135.000 fl. im Jahre 1879, der Ertrag des Zeitungsstempels von 680.000 fl. im Jahre 1869 auf 864.000 fl. im Jahre 1879 stieg. Auf die Anfrage eines Ausschußmitgliedes, ob die Regierung gesonneu sei, die Bevorzugung gewisser offiziöser Blätter, wie des „Prager Abendblatt", die „Prazki Dziennik", die vom Zeitungsstempel und Postporto befreit sind, aufzuheben, gab der Regierungsvertreter keine Antwort. Dr. Fandrlik sprach sich für Monopolisirung des Inseratenwesens aus und glaubt auf diesem Wege die durch die Aufhebung des Zeitungsstempels dem Fiskus entgehende Einnahme ersetzen zu können. Derselbe wurde zum Referenten gewält, nachdem er erklärt hatte, daß er sich diesbezüglich mit der Regierung ins Einvernehmen setzen werde. Es wurde jedoch ausdrücklich beschlossen, dem Referenten für seinen Bericht keinen Termin zu setzen. Wir werden also noch viel Geduld haben müssen.

Zur Bauernbewegung ist zu berichten, daß die Statuten des oberösterreichischen Bauernvereines wegen Unklarheit einzelner Paragrafe zurückgewiesen wurden, daß aber Graf Taaffe den Vertretern des Gründungskomitees die Versicherung gegeben hat, daß nach Beseitigung jener Unklarheiten die Genehmigung der Statuten sofort erfolgen werde.

In Korneuburg fand am 6. Februar eine Versammlung von 400 Bürgermeistern und Gemeindevorständen der Gerichtsbezirke Stockerau, Wolkersdorf und Korneuburg statt, es wurde eine Resoluzion betreffend die Grundsteuerregulirung, die direkten Walen auf dem Lande und die Herabsetzung der Legislazionsdauer des Reichsrates und der Landtage von sechs auf drei Jahre und betreffend die Gründung eines niederösterreichischen Bauernvereines angenommen. Zur Ueberreichung der in eine Adresse zusammengesetzten Forderungen an den Kaiser und an den Ministerpräsidenten wurde eine Deputazion gewält. Ebenso wurde ein Komitee zur Gründung eines niederösterreichischen Bauernvereines und zur Einberufung eines niederösterreichischen Bauerntages gewält.

Eine für den 6. Februar nach Brunn a. Wild einberufene Bauernversammlung, in welcher Ritter von Schönerer über die Grundsteuerregulirung sprechen sollte, wurde von der Bezirkshauptmannschaft Horn verboten.

Schon heute, da die offiziellen Daten der Volkszälung noch nicht vorliegen, sind Resultate bekannt, die ein grelles Licht auf die materiellen Zustände in Oesterreich-Ungarn werfen. In Ungarn hat die Volkszälung ergeben, daß die meisten Komitate an Bevölkerungszal zurückgegangen sind. So hat im Hermannstädter Komitat die Zal der Einwohner seit 1870 um 5726, mehr als 5 Prozent, im Témeser Komitat um mindestens 18.000, im Klausenburger Komitat um 9282 abgenommen.

Am 23. Jänner fand in Budapest der Parteitag der äußersten Linken statt; der Kampf gegen die Regierungspartei und die Unabhängigkeit des Landes wurde als das gemeinsame Programm proklamirt. Das Elend, daß durch das gegenwärtige Regierungssistem verursacht wurde, bezeichnete Karl Eötvös als den besten Bundesgenossen der Oppozizion; sicher werde ein Tag kommen, an dem sich die Nazion erheben werde, um wenn möglich gütlich, wenn nötig, mit Gewalt dieser Regierung sich vom Halse zu schaffen.

Viktor Dave und die in Frankfurt a. M., Darmstadt und Pforzheim verhafteten Sozialisten, 23 an der Zal, sind auf Anordnung des Reichsgerichtspräsidenten nach Berlin eskortirt worden, wo die Untersuchung wegen Hochverrat durchgeführt wird. — Aus Altona wurden abermals drei Sozialisten ausgewiesen. Dort sind verschiedene Familien der Ausgewiesenen in Folge des strengen Winters in solche Not geraten, daß sie sich um Unterstützung an die städtische Armenbehörde gewendet haben. Die liberalen Organe Deutschlands bringen diese Nachricht, ohne auch nur die geringste Bemerkung darüber für notwendig zu finden. Wehe ihnen, wenn einmal die Empörung der Massen sich Luft macht. —

Ein humoristischer Beleg für die Handhabung des Sozialistengesetzes ist folgende Tatsache. Ein vierzehnjähriger Junge in Berlin wurde, weil er sich zum Soldatenspielen einen alten Offizierssäbel gekauft hatte, wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Der Gerichtshof hob in seinem Urteile hervor, daß der Junge, der Sohn eines Arbeiters ist, hätte wissen müssen, daß nach dem Sozialistengesetze der Besitz von Waffen verboten ist.

Die Regierungssozialisten Finn und Körner haben in Berlin einen „sozialen Arbeiterverein" zum Gimpelfang gegründet, haben aber in einer am 26. Jänner abgehaltenen Versammlung jämmerliches Fiasko gemacht. Höchstens 50 Personen hatten sich eingefunden, von denen die Mehrzal Sozialisten waren, die den beiden Abtrünnigen ihre Sünden vorhielten.

Der Reichsratsabgeordnete Fritzsche und der aus Berlin ausgewiesene ehemalige Kammergerichts-Referendar Viereck sind nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika abgereist, um die dortigen Abeiterverhältnisse zu studiren. (?)

Dem preußischen Volkswirtschaftsrat, der bekanntlich von Bismarck gegründet wurde, um ihn als Sündenbock für seine eigenen wirtschaftlichen Mißgriffe benützen zu können, wurde ein Innungsgesetz zur Begutachtung vorgelegt; nach diesem Gesetze sollen die Innungen nicht obligatorisch sein und u. A. den Zweck haben, Lehrlingsschulen zu errichten, Gesellen- und Meisterprüfungen zu veranstalten, gemeinsamen Geschäftsbetrieb zu ermöglichen, Kranken- und Unterstützungskassen und Schiedsgerichte zu errichten. — Bei einer Soirée des deutschen Reichskanzlers am 1. Februar, an welcher auch Mitglieder des Volkswirtschaftsrates teilnahmen, pries ein Schriftsetzer, Namens Gebhardt, Mitglied des Volkswirtschaftsrates, den Tag, an dem der Arbeiter über sein Interesse direkt mit dem Kanzler verhandeln dürfe; Fürst Bismarck ermahnte Arbeitgeber und Arbeiter, daß sie Bürger desselben Staates seien und Fremden gegenüber gleiches Interesse hätten. Welche Komödie!

General Graf Moltke hat in einem Briefe an den bekannten Nazionalliberalen, Professor Bluntschli, seine Ansichten über den Krieg zum Besten gegeben. Die Liberalen sind von der Offenherzigkeit des „großen Schweigers" sehr unangenehm berührt, da ihr Moltkekultus dadurch Schiffbruch leidet. Moltke hat auf die Zusendung eines Buches über die „Gesetze für den Krieg zu Lande" seitens des „Instituts für Völkerrecht" an den Vizepräsidenten des Letzteren, der gegenwärtig Professor Bluntschli ist, geschrieben, in welchem Schreiben folgende Stellen vorkommen: „Der ewige Frieden ist ein Traum und zwar nicht einmal ein schöner Traum. Der Krieg ist ein Element der von Gott eingesetzten Ordnung; die edelsten Tugenden des Menschen entfalten sich daselbst: der Mut und die Entsagung, die treue Pflichterfüllung und der Geist der Aufopferung. Der Soldat gibt sein Leben hin. Ohne den Krieg würde die Welt in Fäulnis geraten und sich im Materialismus verlieren." Der größte deutsche Denker Immaniel Kant, der einen großen Teil seines Lebens der Aufgabe widmete, zu untersuchen, durch welche Mittel der ewige Frieden hergestellt werden könnte, war also nur ein Träumer — und was er für ein um jeden Preis erstrebenswertes Ideal hielt, ist nicht einmal ein schöner Traum." Das ist die Filosofie eines Moltke und setzen wir hinzu — der Staatsmänner unserer Zeit; wohin diese Lehre aber führen wird, das werden die Herren einmal mit Schrecken erfahren. — In Dresden sollte am 1. Februar in einer Versammlung des dortigen „Reformvereines" der bekannte Judenhetzer Henriei aus Berlin sprechen; die Sozialisten aber erschienen etwa 1000 Mann stark in der Versammlung und sprengten dieselbe. — Am 26. Jänner starb in Wiesbaden die Gräfin Sofie von Hatzfeld, die langjährige Freundin Lassalle's.

Die demokratische Partei hielt am 23. Jänner in Rom eine stark besuchte Versammlung ab, in welcher die Republikaner Castellani und Cavalotti präsidirten. Der radikale Deputirte Bovio sprach über das allgemeine Stimmrecht; er proklamirte das 19. Jahrhundert als das der Arbeiter, welche das Ideal der Demokratie hinsichtlich der Staatsform zu verwirklichen berufen seien. — Auf Befel der italienischen Regierung wurde der aus Paris ausgewiesene Sozialist Cipriani in Rimini verhaftet.

Die französische Deputirtenkammer hat ein neues Preßgesetz angenommen, durch das zwar die Kauzionen, der Stempel, die Einschränkung der Kolportage und viele Strafbestimmungen abgeschafft werden, das aber noch weit von absoluter Preßfreiheit entfernt ist. Ausländische Zeitungen können in Frankreich nur verboten werden, wenn deren Inhalt gegen die öffentliche Sittlichkeit verstoßt.

Die englische Regierung hat im Unterhause ein Gesetz eingebracht, durch welches der Vizekönig von Irland ermächtigt werden soll, Personen, welche verdächtig sind, vor oder nach Annahme dieses Gesetzes sich „hochverräterischer" Handlungen schuldig gemacht zu haben, zu verhaften. Das Gesetz soll bis 30. September 1882 Giltigkeit haben. Die englische Regierung weiß sehr gut, daß diese Bill das Signal der gewaltsamen Erhebung sein wird und trifft bereits alle Vorbereitungen, um eine solche mit Waffengewalt niederzuschlagen; ob, wenn dies auch gelingt, damit die irische Frage gelöst ist, darüber scheinen sich die englischen Staatsmänner noch sehr unklar zu sein. Die Landbill, welche dem Notstande in Irland abhelfen soll, kennt noch Niemand, nur das Eine kann mit Sicherheit behauptet werden, daß, je gründlicher diese Bill mit den Uebelständen, die im Wesentlichen mit

den Privilegien der Landlords identisch sind, aufräumt, desto unwahrscheinlicher ihre Annahme im Parlamente ist. Aus dieser Schwierigkeit scheint es keinen Ausweg mehr zu geben. — Die Fenier haben eine Proklamazion an die Irländer erlassen, worin sie dieselben vor jeder vorzeitigen Erhebung warnen und sie ermahnen, ihre Kraft auf den günstigen Moment aufzusparen. Das Manifest, welches an den Straßen angeschlagen wurde, war unterzeichnet: Irisches Nazionaldirektorium. — Unter dem Präsidium der Miß Anna Parnell hat sich eine Frauen-Landliga gebildet, welche die Aufgabe hat, die Tätigkeit der Landliga fortzusetzen, falls deren Führer in Folge der Zwangsbill festgenommen würden. — Die Jury in Dublin hat sich aufgelöst, nachdem sie sich über ein Verdikt über die Anklage gegen Parnell und Genossen nicht einigen konnte. Bekanntlich ist in Großbritannien zu einem Schuldspruche der Geschworenen Einstimmigkeit notwendig. Parnell und Genossen sind somit als freigesprochen zu betrachten, da die Regierung jedenfalls die Anklage fallen läßt. Dagegen wurde der Gründer der Landliga, Davitt, der im Jahre 1870 zu 14jährigem Zuchthaus verurteilt worden, aber einstweilen auf freien Fuß gesetzt worden war, wenn er sich keines neuen Verbrechens schuldig mache, plötzlich in Haft genommen und verurteilt, den Rest seiner Strafe vollständig abzubüßen. Dieser Vorgang sowol, als auch die gewaltsame Entfernung der irischen Parlamentsmitglieder aus dem Sitzungssaale, weil sie angeblich die Abstimmung über die Zwangsbill durch Hinausschieben der Debatte zu verhindern suchten, erregte große Unzufriedenheit auch unter den englischen Radikalen, welche mehrere massenhaft besuchte Meetings gegen die Regierung abhielten. — Auch in Afrika mehren sich die Verlegenheiten der englischen Regierung, nicht nur haben die englischen Truppen am 28. Jänner bei Laingsnek im Transvaallande eine große Niederlage gegen die aufständischen Boers erlitten, es droht auch ein neuer Krieg mit den Aschantis.

Das Militärkriegsgericht in Moskau verurteilte am 26. Jänner den 22 Jahre alten Jekarsky wegen nihilistischer Tätigkeit zu 15 Jahren Zwangsarbeit, beschloß in Anbetracht der Jugend des „Verbrechers" die Umwandlung der Strafe in eine vierjährige Verbannung nach Sibirien beim Militärgouvernär auszuwirken.

Aus Parteikreisen.

Heute Donnerstag den 10. Februar beginnt der Prozeß gegen vierzehn Genossen wegen verschiedener Delikte vor dem Schwurgerichte in Wien. Derselbe dauert drei Tage und endet Samstag den 12. Februar. Angeklagt sind die Genossen: J. Steiner, wegen Hochverrats, Walecka, wegen versuchten Hochverrats und Majestätsbeleidigung, Johann Krejci und Wenzel Netuschill, wegen versuchten Hochverrats, Josef Temke, Franz Motz, Johann Hovestadt, Ignaz Laufer, Karl Pfeil, Eduard Friedrich, Karl Strnad und Jos. Formanek wegen Majestätsbeleidigung und Aufwiegelung, Anton Treibenreif und Tomas Pudleiner wegen versuchter Majestätsbeleidigung und Aufwiegelung. — Als Ankläger fungirt Staatsanwalt Graf Lamezan, als Vorsitzender L.-G.-R. Derleth. — In die Verteidigung werden sich teilen die Doktoren: Glaser, Lueger, Prossinag und Wolf-Eppinger. — Es befinden sich daher noch folgende Genossen in Untersuchungshaft: Berndt, Führer, Hotze, Mühl, Slesak, Sommer und Troja.

Am 1. Februar hat über Einschreiten des Polizeikommissariats Mariahilf wegen angeblicher Uebertretung des §. 2 des Versammlungsgesetzes gegen Genossen A. Grosse als Beschuldigten die Verhandlung bei dem k. k. Bezirksgerichte in Mariahilf stattgefunden. Grosse war beschuldigt, am 6. v. M. in Binder's Gasthaus, Mollardgasse, eine Versammlung, ohne die gesetzliche Anzeige bei der Behörde zu erstatten, einberufen zu haben. Die Tatsache, daß die Privatversammlung, nach §. 2 des Versammlungsgesetzes von Grosse veranlaßt, stattfand, der amtshandelnde Kommissär aber erst nach Schluß der Sitzung die Genossen beim nach Hause gehen antraf und Niemand sich bewogen fülte, das Einladungsschreiben vorzuweisen, gab die Veranlassung zu obiger Beschuldigung. Nachdem Grosse, welcher mit seinem Vertreter Dr. Glaser erschienen war, über Befragen des Richters, ob er sich schuldig bekenne, dem Sachverhalte nach vollkommen gesetzlich gehandelt zu haben sich rechtfertigte, auch dieses die Zeugen Marschall und Gehrke bestätigten, konnte der staatsanwaltliche Funkzionär nicht umhin, dennoch die Verurteilung des Angeklagten mit der Begründung zu verlangen: „Der Beschuldigte sei nicht nur wegen Vergehens des §. 13 des Preßgesetzes beanständet, sondern sei als ein tätiges Glied der Arbeiterpartei bedenklich, mithin angenommen werden müsse, der Beschuldigte habe mit Absicht eine nicht angezeigte Versammlung, deren Vorgänge der Behörde verborgen bleiben sollen, einberufen und es könnte jede Volksversammlung nach diesem Vorgange zu einer privaten Versammlung gemacht werden, um dieselbe der behördlichen Kontrole zu entziehen". — Nachdem der Verteidiger Dr. Glaser in eingehender Weise die Richtigkeit dieser Ausführungen bewies, verkündete der Richter, in der Begründung die Gesetzlichkeit der Handlung Grosse's als erwiesen hervorhebend, ein freisprechendes Urteil.

Dem Einspruche gegen die Konfiskazion des „österreichischen Arbeiterkalenders" wurde keine Folge gegeben. Unser Vertreter Dr. Glaser gab sich viele Mühe die Aufhebung der Konfiskazion zu bewirken.

Die Bildung des politischen Vereines „Erster politischer niederösterreichischer Arbeiterbund" wurde wegen „Staatsgefährlichkeit" behördlich untersagt.

Ueber die neue Gewerbeordnung verhandelte am 30. Jänner eine slavische Volksversammlung in Wien im Saale zu den „drei Engeln" und nahm eine Resoluzion an, welche aussprach, daß die Arbeiter, welche unzälige Male ihre Forderungen in Hinsicht der Gewerbeordnung aussprachen und dieselben neuerdings unberücksichtigt finden, darauf verzichten, weitere unnütze Resoluzionen zu fassen. Eine am selben Tage in Prag unter dem Vorsitze Saller's und Zapotocky's stattgefundene sehr zalreich besuchte Volksversammlung beriet ebenfalls über die Gewerbeordnung und beschloß eine Resoluzion, in der freie Genossenschaften, Arbeiterkammern mit Walrecht in das Parlament, Abschaffung der Sonntagsarbeit, Beseitigung der Arbeitsbücher und Beschränkung der Arbeitszeit gefordert wird. Eine ebenfalls am 30. Jänner in Lemberg stattgefundene Volksversammlung forderte das allgemeine Walrecht und sprach sich in Bezug auf die neue Gewerbeordnung im Sinne der allgemeinen Arbeiterforderungen aus.

Am 22. Jänner fand vor dem k. k. Kreisgerichte in Reichenberg die Verhandlung gegen die Genossen Nechvile, Springer und den Tischlergehilfen Zajic wegen Vergehens gegen §. 23 und Uebertretung des §. 23 P.-G. statt. — Die Angeklagten wurden der Verbreitung verbotener Druckschriften für schuldig befunden und Nechvile zu 200 fl., Springer zu 100 fl. und Zajic zu 50 fl. Geldstrafe, eventuell 40, 20 und 10 Tage verurteilt.

Am 25. Jänner trat Genosse Jos. Kaufmann seine zehnwöchentliche Strafhaft an. Derselbe wurde wegen Verbreitung einer Flugschrift in Untersuchungshaft (dieselbe dauerte 92 Tage) genommen und vom Schwurgerichte zu Feldkirch zu zehn Wochen strengen Arrests verurteilt. — In Anbetracht, daß die Familie des oberwähnten Genossen (er ist verheiratet und Vater dreier Kinder, wovon das älteste 6 Jahre zält) durch diesen Strafantritt in Mitleidenschaft gezogen wird, da dieselbe ihres Ernährers durch zehn Wochen verlustig ist, stellen wir an die Parteigenossen das Ansuchen, diese Familie vor Not zu schützen.

Wien. Am 16. Jänner fand in Obermeier's Salon, Stumpergasse, eine freie Versammlung der Drechsler, Meerschaum-Pfeifenschneider und Bildhauer statt. Auf der Tagesordnung stand: Die Lage der Drechsler im Allgemeinen und Gewerkschaftsreorganisazion. Waldherr als Referent schildert die traurigen Zustände der Arbeiter, daß durch Einführung der Stückarbeit und Herabsetzung der Arbeitszeit auch der Lohn geschmälert wurde. Da die Arbeitszeit verkürzt, der Lohn jedoch nicht erhöht wurde, war der Arbeiter gezwungen, Stunden zu machen, um zu seinem Lohne zu kommen. Dadurch entstand eine Ueberprodukzion. Je mehr übrigens gearbeitet wird, desto weniger wird gezalt, weil der Lohn nur immer so hoch gestellt wird, damit der Arbeiter sein Leben notdürftig fortfristen kann. Es ist kaum glaublich, daß bei einem Kunstgewerbe wie das unsere ein Arbeiter mit 5—6 fl. wöchentlich entlohnt wird. Und an diesen traurigen Verhältnissen sind meistens die Arbeiter durch ihre stete Uneinigkeit selbst schuld. Würden dieselben durch Vereinigung, durch festes Zusammenhalten ihre Forderung einstimmig vorbringen, so müßten ihnen dieselben gewährt werden. Soll die Lohnfrage — unsere Lebensfrage — geregelt werden, ist unbedingt Reorganisazion notwendig. Redner erwähnt der Petizionen der Lehrer, welche mit einem Jahreseinkommen von 900 fl. nicht auskommen, wie soll dann ein Arbeiter mit 400 fl. leben können? Großes Elend herrscht unter den Arbeitern, man sieht es oft an dem krankhaften Aussehen derselben, da ihnen häufig das zum Leben Notwendige mangelt. Und dennoch erdreiste sich jüngst ein Gemeinderat zu sagen: „Es gibt in Wien kein Elend!" Dieser Herr muß noch nicht weit über die Ringstraße hinaus gekommen sein. Auf der Straße ist das Elend nicht so bemerkbar, aber in den Hütten der Armut ist es zu finden. — Auf die amerikanischen Verhältnisse übergehend, bringt Redner die bereits bekannte Zuschrift von Fachkollegen zur Verlesung und warnt, sich nicht durch Vorspiegelungen des Agenten des Fabrikanten Kaldenberg, welcher schon auf der Reise nach Wien ist, betören und für die Fabrik des genannten Herrn in New-York anwerben zu lassen. Nicht nur das eigene Interesse, sondern auch das der dortigen Kollegen wäre dadurch gefährdet.

In demselben Sinne spricht sich Schulz aus. Weitergehend, mahnt er eindringlich auf Vereinigung; bespricht die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeiter-Invalidenkassen, damit ein Arbeiter, wenn er alt und gebrechlich ist, nicht verhungern muß, obwol es Pflicht des Staates ist, die Invaliden zu versorgen. Während für Andere gesorgt ist, muß der Arbeiter, wenn er arbeitsunfähig wird, den Bettelsack nehmen und von Haus zu Haus gehen. — Kollegen! Ermahnt Euch also, zeugt, daß Ihr Eure Interessen zu vertreten im Stande seid. (Lebhafter Beifall).

Aus diesem Anlasse wurde auch der Antrag Raimann's mit Beifall aufgenommen, welcher lautet: „Es mögen sich sämmtliche Drechsler, Pfeifenschneider und Bildhauer zu einer Korporazion vereinigen und das Werk der Reorganisazion mit Einigkeit beginnen."

Nachdem noch Vorsitzender Waldherr an die Anwesenden den Wunsch äußerte, es möge jeder Einzelne in seinen Kreisen dahin wirken, um eine Vereinigung zum Zwecke einer Reorganisazion des Arbeiterwesens zu Stande zu bringen, wurde zum Schlusse folgende Resoluzion einstimmig angenommen:

„Wir heute den 16. Jänner 1881 in Obermeyer's Lokale versammelten Drechsler, Pfeifenschneider und Bildhauer nehmen das an uns gerichtete Schreiben unserer Kollegen aus New-York, worin uns über den Umstand, daß der dortige Fabrikant Kaldenberg Pfeifenschneider in Wien aufzunehmen beabsichtigt, sowie über die Verhältnisse und Lebensweise der Pfeifenschneider und Drechsler New-Yorks Mitteilung gemacht wird, mit folgender Erklärung zur Kenntnis:

„In Erwägung, daß das Motiv der beabsichtigten Arbeiteraufnahme nicht in dem Mangel an Arbeitern in New-York, sondern in dem Bestreben liegt, dort möglichst viel Arbeitskräfte anzusammeln, um sohin durch die eintretende Konkurrenz der Arbeiter die Arbeitslöhne bedeutend reduziren zu können;

in Erwägung ferner, daß diejenigen Arbeiter, welche sich zum Eintritte in die Fabrik des Herrn Kaldenberg bereit erklären und schon hier in vollständiger Unkenntnis der Lebensverhältnisse New-Yorks die Arbeitspreise feststellen und sich die Möglichkeit einer eventuellen Rückreise auf Kosten des genannten Arbeitsgebers mittelst eines auch in Amerika rechtsgiltigen Vertrages nicht sichern würden, der Gefahr ausgesetzt sind, von ihrer Heimat abgeschnitten, nicht nur in die größte Not zu verfallen, sondern die Klage der dort schon beschäftigten Kollegen durch Konkurrenz bedeutend zu verschlimmern;

in Erwägung endlich, daß wir uns mit den Drechslern und Pfeifenschneidern New-Yorks als den aus unserer Mitte hervorgegangenen Kollegen in moralischer und fisiicher Beziehung solidarisch verbunden fülen und an deren Verhältnissen den innigsten Anteil nehmen und außerdem die minderen Arbeitslöhne in Amerika auch von einem ungünstigen Einflusse auf hiesige Produkzion begleitet werden dürften, —

erklären wir uns für verpflichtet, dafür einzustehen, daß den Kollegen in New-York durch Zufluß von Wiener Arbeitern keine für deren Existenz gefahrdrohende Konkurrenz erwächst und erklären ferner, dafür Sorge zu tragen, daß, wenn sich trotzdem Arbeiter bereit erklären, in die Fabrik des Herrn Kaldenberg einzutreten, dieselben diesen Eintritt von der Bedingung abhängig machen, daß der betreffende Fabrikant oder dessen Bevollmächtigter mittelst eines rechtsgiltigen, in Amerika vollstreckbaren, von dem hiesigen amerikanischen Konsul zu bestätigenden Vertrages verpflichtet, die vorgestreckten Reisekosten dem aufgenommenen Arbeiter erst nach Ablauf eines Jahres vom Tage des Arbeitsantrittes gerechnet, in kleinen (festzustellenden) Beträge in Abziehung zu bringen, die Feststellung der Arbeitspreise von den dortigen Arbeitern zu machen, denselben das ganze Jahr zu beschäftigen und falls dem Arbeiter die dortigen Verhältnisse nicht konvenniren, demselben die Mittel zu seiner Rückreise auszufolgen.

Johnsdorf. Man wird nicht leicht irgendwo so viele krüppelhafte Menschen sehen, als in unserem Orte, denn die anstrengende Arbeit in den Steinkolengruben rafft die stärksten Männer dahin. Wie angezeigt ein Haftpflichtgesetz wäre, damit die bei ihrem Berufe verunglückten Personen nicht auch noch außer ihrer Krüppelhaftigkeit verhungern müssen, beweist folgender Unglücksfall: Am 31. Jänner wurden zehn Arbeiter aus dem Josefi-Schachte getragen, da die von der Gas entzündete Luft ihren Oberkörper total verbrannte, so daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Ein Parteigenosse.

Reichenberg. Werte Genossen! Ich sehe mich in Folge des in vorletzter Nummer der „Zukunft" enthaltenen Berichtes von „Aussig" veranlaßt, etwas von mir hören zu lassen. Als ich in Reichenberg in Arbeit getreten war, besuchte mich den zweiten Tag meiner Anmeldung der hiesige Schandarmerie-Wachtmeister ohne einen triftigen Grund; er wollte mich aber nur persönlich kennen lernen, (denn es mußten furchtbare Dinge bezüglich meiner mir nachgesendet worden sein) und mich von seinem „Wolwollen" zu überzeugen. Einige Tage später, am 29. Dezember 1880, wiederholte er in Begleitung des hiesigen Polizeikommissärs seinen Besuch, um bei mir eine gründliche Hausdurchsuchung vorzunehmen, ohne etwas Belangreiches zu finden. Gesucht wurde die „Londoner Freiheit", als ob, wenn ich im Besitze solcher bin oder wäre, ich dieselbe den „Herrn" auf die Nase hängen würde: Wie schon bemerkt, gefunden wurde wieder nichts!! Bemerkenswert ist, daß mir bis heute, wo ich diesen Brief schreibe, trotz meines Verlangens weder ein Hausdurchsuchungsbefel, noch eine diesbezügliche Bescheinigung gegeben wurde, somit mein Hausrecht gröblich verletzt wurde, denn in diesem Falle spricht das Gesetz klar! Und warum geschieht das? um mich zu provoziren, damit ich mich gegen solches Vorgehen sträube und den „Vollziehern" von „Recht und Gesetz" die Gelegenheit geboten wird, mich hinter Schloß und Riegel zu bringen; doch zur eigentlichen Sache. Als ich nach 14 Tagen bei dem k. k. Kreisgerichte, k. k. Staatsanwaltschaft, k. k. Bezirksgericht und Magistrat hierorts nachfragte, wollte nirgends und Niemand von derselben Hausdurchsuchung etwas wissen. Schlußfolgerung ist also, daß diese beiden Herren (um sich eine Auszeichnung zu verdienen) die „Heldentat" auf eigene Faust ausführten. Ich sehe mich noch veranlaßt, eine kleine Zaubergeschichte zu erwähnen. Ich war nämlich vom 10. Dezember 1880 bis 9. Jänner 1881 hierorts in Arbeit, ohne nur auf einen halben Tag Reichenberg zu verlassen; jedoch am 21. Dezember v. J. wurden einige Briefe mit dem Flugblatt „Das Recht auf Revolution" in Aussig aufgegeben und sollte ich mich am 14. d. M. wegen dieselben hieramts verantworten; ist es möglich, daß ein Mensch, welcher in Reichenberg domizilirt, ohne diesen Ort nur eine Stunde zu verlassen, in Aussig Briefe aufgeben kann? Uebrigens kann ich nicht versäumen, den hiesigen Behörden und deren Organe für die Aufmerksamkeit, welche sie mir widmeten, meinen besten Dank auszudrücken.

Eduard Eller.

Salzburg. Sonntag den 23. Jänner, Nachmittag 3 Uhr, fand hier die konstituirende Versammlung des Vereines für Schuhmacher statt: Einberufer „Pinter" leitet dieselbe bis zur Wal des Ausschusses, welche folgendes Resultat ergab: Als Obmann wurde Franz Kostler, dessen Stellvertreter Johann Hartl. 1. Schriftführer Josef Gattinger, dessen Stellvertreter Franz Pichler. Kassier Paul Streußenberger, Rechnungsführer Johann Payrl; ferner Bauer, Dreßler, Schrogsnadl, Reichhold, Heiserer und Huschka als Ausschüsse gewält. Nach mehreren Anträgen wurde auch der, daß die Kranken- und Reiseunterstützung erst nach Ablauf von 3 Monaten verabfolgt wird, gestellt und angenommen.

Josef Gattinger, 1. Schriftführer.

Ausweise.

Nr. 88.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Silvesterfeier bei Frühwirt 1.32, Kapital 40, A. K. 57, Kreizi 6, Polanka 10, Chaluppa 30, Zowolny 10, Nowotny 10, Binder 10, Ottakringer und Hernalser Delegirten 1.11, F. B. 20, P. T. 40, Wochentlich á 10 T—b 1.—, Einen Kreuzer kann man leicht entberen, viele können Einen ernähren, und der heute nicht die Wahrheit spricht der ist auch kein Sozialist 4.09, Gesellschaft Bumm beim Grusche 72, Brüder auf, Vergesset nicht, denn ein wahrer Freund der Wahrheit ist, nur ein Sozialist 80, Tischlerwerkstätte des H. B. Schmidt 2.47, Möbelfabrik von Bernh. Ludwig 2.62, durch Hagen 50, Genossen Patek 2.30, Maichek 10, Benasch 10, Tischgesellschaft in Kerz' Gasthaus 82, von den Färbern Wiens 2.80, die Roten am Neubau 4.42, E. Salzburn 40, J. T. 30, K. J. 2.50, durch Fleißner 60, die Roten in Neumarkt 2.70, von den Mitkämpfern 1.60, für Recht und Freiheit 75, der rote Maulwurf durch F. K. 30, Hochsinger 11, Seemann 20, Arbeiter der Fabrik Hieß und Böhm 2.50, Werkstätte des Heinrich Wochem, VIII. 84, die Ausgelosten am 2. Feber in der Leopoldstadt 1.20, wir verlassen unsere Avandtgarde nicht! 2.—, Arbeiter bei Krassa 1.—, Märzzuschlager Genossen 1.15, Wilhelm und Josef Reiter je 10 20, Prinz in Leobersdorf 20, D. J. 20, Porzellanmaler 40, Färber Wiens 3.15, Die Töchter Hampl, Fabrik Böhm 15, Cech 10, fur Pudleiner 85, Hintermüller 10, Oberlachner 10, N. N. 11, Ebinger 5, B. Sch. 1.—, E. P. 60, K. R. 30, A. M. 10, Steinmetzgehilfen vom Burgplatz 3.85, aufgelostes Comité 4.10, Feitschik 40, Bodemann 40, Fabrik Schmiedmeier 45, F. 20, von der ersten österr. Tür- und Fenster-Fabriksgesellschaft in Wien, deren Arbeiter Posel und Comp. 60, Guth 80, Kelner 60, Wezerni 30, Daniel 50, Talaschek 20, Hrubi 40, Menzel 90, Post 40, Knapp 40, Schaverr 30, Thallhamer 30, Arbter 20, Hagen 30, Reinisch 40, Kubowitsch 20, Wrana 1.10, Flerner 20, Hug 80, N. N. 10, einen Kreuzer kann man leicht entbehren, viele können einen Ernähren 3.30, Schwestern Hampel, Fabrik Bohm 15, Silberstein 12, eine Gesellschaft für Menschenrechte 3.—, die roten Zwillinge 20, Fantasie 50, die Roten am Neubau 4.36, die roten Zwillinge 20, Genossen in Brüsau 3.20, Spinnfabrik in Simmering 2.26, die Roten in Mariahilf 1.04, die Roten am Marmortisch 3.—, Ludwig Schmidt's Tischlerwerkstätte 2.15, wir verlassen unsere Avantgarde nicht! 1.—, Tischgesellschaft Teesdorf 1.10, die rote Politur 32, Arbeiter der Fabrik Arnold 50, Arbeiter bei Krassa 1.—, N. 14 60, Moriz Pick und Rud. Sommer 60, Laibacher Genossen 2.30, Josef Frick St. Egydi 20, F. Rabel, Schattau 1.50, August Greiner, IX. 60, durch F. Schleißner 1.—, G. Schaller 40, Genossen Floridsdorf 1.21, Genossen Floridsdorf 1.30, Zapfelhuber aus Penzing 50, Nowak 40, Schenk 80, Friedl 24, Greiner 20, Radel, Hirschstetten 60.

Summe 111 fl. 50 kr

Wie vorstehender Ausweis zeigt, flossen in den letzten Tagen die Gaben für die Familien unserer im Kerker befindlichen Genossen reichlicher als in den vorhergegangenen Wochen.

Parteigenossen! Laßt Euren Eifer für diese gute Sache nicht erkalten und fahrt fort Eure Pflicht zu tun!

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

Briefkasten.

Redakzion: Wegen Raummangel mußten viele Berichte für nächste Nummer zurückgelegt werden. — Alle weiteren Anfragen beantworten wir in nächster Nummer.

Administrazion: Gebrüder Guttmann, hier, Franz Kosler, Fr. Kreuziger, Obergrafendorf: Ihre Blatter kommen retour. — Fr. Lejcko, Hernals: Ihr Abonnement reicht bis 1. Juli 1881. — F. Staar, Salzburg: Uns ist von einem Schreiben nichts bekannt. — Frz. Bukatsch, Gastwirt, Pottendorf: Wir wissen keine Adresse einer Fachzeitung für Wirte oder Weinhandler anzugeben. — J. Zeller, Siebenbürgen: Betrag erhalten. — Florian Heinrich, Paffendorf: Ihr Blatt kommt retour. —

Ankündigungen.

Im Verlage von **Andreas Grosse**, Wien, 5. Bez., Hundsthurmerstraße 89, ist die **zweite Ausgabe** des

österreichischen

Arbeiter-Kalenders

für das Jahr 1881

erschienen.

Preis per Exemplar 25 kr.

Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außer dem obigen Preise noch 5 kr. für Postporto einzusenden.

Inhalt: Kalendarium. — Zeitbetrachtungen. — Ein Kapitel von der Sonne. — Zur Geschichte des Pauperismus in Schottland. — Aus den Briefen eines preußischen Rekruten an einen Freund. — Vereinsverzeichnis.

Arbeiter-Bildungsverein in Leoben.

Die Reiseunterstützung von 30 kr. für durchreisende Genossen, welche einem Vereine gleicher Tendenz seit mindestens 3 Monaten angehört haben und mit nicht mehr als 3 Monatsbeiträgen im Rückstande sind, wird verabfolgt: Leoben, Dominikanergasse 114, Parterre. [35]

Verein der Tischler in Graz.

Die Vereinsleitung gibt bekannt, daß sich das Vereinslokal und dessen Arbeitsvermittlung im Gasthause „zum Königstiger", Mariahilferstraße befindet und daß dort eine Unterstützung an durchreisende Fachgenossen verabfolgt wird.

Zur Beachtung.

Der Fortbildungs- und Unterstützungsverein in Altharzdorf gibt bekannt, daß an durchreisende Vereinsmitglieder, welche einem ähnlichen Verein mindestens seit drei Monaten angehören und mit ihren Beiträgen nicht länger als seit drei Monaten im Rückstande sind, 30 kr. Reiseunterstützung verabfolgt werden. — Die Reiseunterstützung wird bei Josef Hübner in Altharzdorf ausbezalt.

Der Ausschuß.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Faschingsonntag, den 27. Februar, im Saale „zur schönen Schäferin", 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 101,

Juxkränzchen.

Masken willkommen. — Frühergelöste Karten 25 kr., an der Kasse 30 kr.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag. In der Zentrale, Buchhaltung nachmittags.

Montag. Tanzunterricht von ½8—½10 Uhr abends, Bibliotek von 8—9 Uhr, in der Zentrale.

Dienstag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgeschrittene von ½8—½10 abends, Gesangsübung in Huber's Gasthaus, 6. Mollardgasse 9.

Mittwoch. In der Zentrale, Tanzunterricht von ½8 bis ½10 Uhr abends. Elementarunterricht für Anfänger, 6. Bez., Kaserngasse 11. Ausschußsitzung von 8 Uhr an. Gesangsunterricht in Huber's Gasthaus, Mollardgasse.

Donnerstag. In der Zentrale, Unterricht für Völker- und Länderkunde von ½8—½10, Bibliotek von 8 bis 9 Uhr abends.

Freitag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgeschrittene von ½8—½10 Uhr abends.

Samstag. Französischer Unterricht von ½8—½9 Uhr, Stilistik von ½9—½10, Bibliotek von 8—9 Uhr.

Am 16. d. M. beginnt ein Zeichenunterricht und am 20. d. M. ein neuer französischer Sprachunterricht für Anfänger in der Zentrale.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Am 13. März in Schwender's Colosseum

Arbeiterball

Karten sind in allen Vereinen zu haben. — Näheres folgt.

Union der Wiener Metallarbeiter.

Anfangs März hält die Liedertafel des Vereines ihre erste Gründungs-Liedertafel ab. — Datum und Ort wird später bekanntgegeben.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Favoritenstraße 4, Gasthaus „zum wilden Mann". Die Vermittlung findet, statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags.

Lesezimmer: 3. Bezirk, Marxergasse, „Sofiensaal". 2. Bezirk, gr. Pfarrg., Gasth. „z. schwarzen Elefanten". 10 Bez., Himbergerstraße, Grund's Saallokalitäten. Fünfhaus, Sechshauserstraße, Saallokalitäten „zum alten Brauhaus". Hernals, Kirchengasse 49 Vereinsabend jeden Samstag von 8—½9 Uhr.

Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

In der Schuhmacher-Gewerkschaft bestehen gegenwärtig folgende Unterrichte: Dienstag von ½8—½10 Uhr Elementar- und französischer Sprachunterricht. — Donnerstag von ½8—½10 Uhr Buchhaltung. — Freitag von ½8—½10 Uhr Zuschneideunterricht. — Samstag von ½8—½10 Uhr französischer Sprachunterricht. — Sonntag von 2—3 Uhr Buchhaltungsunterricht, von 3—5 Uhr Tanzunterricht.

Sämmtliche Unterrichte finden in der Zentrale, 7. Bezirk, Kaiserstraße 96 statt.

Samstag den 26. Februar, im Dianasaal, Gaudenzdorf, Jakobsstraße 47,

Ball

des Krankenunterstützungs- und Fortbildungsvereines der Färber Wiens. — Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 40 kr.

Unterstützungs- und Fortbildungsverein der Drechsler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 6. Bezirk, Aegidigasse 19, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von ½8—9 Uhr abends statt. — Einschreibungen an genannten Tagen.

Gewerkschaftsverein der Kürschner in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, täglich statt.

Gewerkschaftsverein der Glasarbeiter und Arbeiterinnen.

Die Ausschußsitzungen finden jeden Dienstag, um 8 Uhr abends, in der Zentrale in Bock's Gasthaus statt. — Einschreibungen finden jeden Samstag statt: In der Zentrale: Neufünfhaus, Michaelergasse 9, in Bock's Gasthaus, im Lesezimmer: Sechshaus, Faras' Gasthaus „zum weißen Adler", Sechshauser Hauptstraße und in Doubal's Gasthaus, Sechshaus, Wehrgasse, in Meidling, Misbachgasse, in Schlemmin's Gasthaus.

Der Elementarunterricht, geleitet von Herrn Rogner und Herrn Dworatzek, wird von nun an im Lesezimmer in Doubal's Gasthaus in Sechshaus, Wehrgasse, fortgeführt.

Fortbildungs- und Unterstützungsverein der Musikinstrumentenmacher Wiens.

Sonntag den 13. Februar, 2 Uhr nachmittags, im Gasthause „zur Kettenbrücke", im 6. Bezirke, ganzjährige Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses. 2. Neuwal des Ausschusses. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Anträge und Interpellazionen.

Allgemeiner Arbeiterverein in Mähr.-Schönberg.

Sonntag, den 27. Februar, im Saale der bürgerlichen Schießstätte,

4. Gründungsfest,

wozu wir die Genossen von Nah und Fern ergebenst einladen. Anfang 7 Uhr. — Eintritt per Person 40 kr.

Lokalveränderung. Das Vereinslokale des Gewerkschaftsvereines der Maurer und Steinmetze Wien's befindet sich gegenwärtig in Lzop. Benninger's Gasthaus, 1. Bez., Bellariastraße 4.

Arbeiter-Sängerbund in Wien.

Sonntag den 20. Februar, in Obermeier's Saallokalitäten, 4. Bez., Ecke der Stumper- und Liniengasse,

Kostümkränzchen.

Anfang 7 Uhr. — Frühergelöste Karten 30, an der Kasse 40 kr. — Karten sind zu haben im Vereinslokale, in J. Schlecht's Gasthaus, 6. Bez., Stumpergasse 59 und in Blaich's Gasthaus, 7. Bez. Ecke der Ziegler- und Dreilaufergasse.

Arbeiter-Bildungsverein in Floridsdorf.

Das Vereinslokal befindet sich seit 1. Februar in Beraneck's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstraße.

Sonntag den 13. Februar, ½2 Uhr nachmittags, in Beraneck's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstraße, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Zweck und Nutzen der Vereine. — Mitglieder, erscheint zalreich!

Samstag den 26. Februar, in Ender's Restaurazion, „zur Lokomotivfabrik", Groß-Jedlersdorf, Brünnerstraße,

Tanzkränzchen.

Anfang ½8 Uhr. — Frühergelöste Karten 35, an der Kasse 50 kr. — Karten sind zu haben im Vereinslokale, Beraneck's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstraße, in Ender's Restaurazion und in Tröstl's Gasthaus, Groß-Jedlersdorf.

Montag den 14. Februar, 6 Uhr abends, in Fünfhaus, Turnergasse, Gasthaus „zum goldenen Engel",

freie Weberversammlung.

Tagesordnung: 1. Genossenschaftsangelegenheiten. 2. Die Lage der Weber.

Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse in Brünn.

Sonntag den 27. Februar, 2 Uhr nachmittags, in der Kommunal-Mädchenschule in Brünn, Jakobsgasse 11, ordentliche Generalversammlung. — Da die Tagesordnung eine wichtige ist und zur Beschlußfähigkeit ein Viertel der ordentlichen Mitglieder erforderlich sind, so werden dieselben in ihrem eigenen Interesse ersucht, zalreich zu erscheinen.

Der **Allgemeine Arbeiterverein für Salzburg und Umgebung** gibt bekannt, daß sich das Vereinslokale seit 9. Jänner d. J. in Dubitzky's Gasthaus, befindet.

Der **Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungsverein in Freiwaldau** gibt hiemit bekannt, daß an durchreisende Genossen, welche einem ähnlichen Verein seit mindestens drei Monate angehören und mit nicht mehr als drei Monatsbeiträgen im Rückstande sind, 20 kr. Unterstützung verabfolgt werden. Selbe werden beim Kassier in Freiwaldau, Gräfenbergstraße 111, ausgezalt.

Danksagung.

Den Gefülen der Dankbarkeit folgend, sprechen hiemit die Gefertigten öffentlich Sr. Wolgeboren Herrn Dr. Sigmund Wolf-Eppinger, Hof- und Gerichts-Advocat in Wien, für seine so ausgezeichnete, wie warmfülende Verteidigung beim Reichsgerichte (die bekanntlich zu unseren Gunsten ausfiel) den tiefgefülten Dank und die Versicherung aus, daß wir uns demselben für seine unentgeltliche Aufopferung zur größten Hochachtung für alle Zukunft verpflichten.

Joh. Perz. Fr. Loy.

Unseren Genossen Josef Pachmann, Joh. Harwath und Franz Hapl bringen wir zu ihrer am 28. Februar d. J. stattfindenden Vermälung ein **herzliches Hoch** aus.

Die Vöslauer Genossen.

Zur Beachtung.

Seit längerer Zeit werden in Wiener Arbeiterkreisen Gerüchte ausgestreut, die meine Person kompromitiren. Im Interesse der Partei, sowie in Bewahrung meiner und meiner Familie Ehre, fordere ich alle Jene, die gegen meine Person solche Gerüchte kolportirten, auf, binnen vierzehn Tage an kompetenter Stelle Beweise zu erbringen, widrigenfalls ich mich genötigt sehe, einen Jeden, der meinen Karakter durch solche Nachrichten angreift, öffentlich als einen der niedrigsten Diebe, der die Ehre stielt, zu erklären.

Vinzenz Zich.

Ein Bett ist an einen Parteigenossen sogleich zu vermieten. — 6. Bezirk, Mollardgasse 23, 3. Stock, Tür 12.

Im Verlage von Karl Hanslitschek, Preßburg, Hochstraße, ist soeben erschienen

Die Reise in den Mond,

zweiter Teil, zwei Bogen stark. — Preis per Stück 12 kr. — Bei Abnahme von 10 Stück werden die Postspesen vergütet.

Die nächste Nummer erscheint am 24. Februar.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Adresse der Herausgeber der „Zukunft":

Andreas Grosse, IV., Hauptstraße 23, 1. Stock.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: **Andreas Grosse, Josef Hybes, Franz Moh.**

Verantwortlicher Redakteur: **Josef Hybes.**

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, V., Kundsturmerstraße 89.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frc. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, V., Kundsturmerstraße 89.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 34. Wien, Donnerstag 24. Februar. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Zur internazionalen Arbeitsgesetzgebung.

Erst vor Kurzem konnten wir unsern Lesern mitteilen, daß im schweizerischen Bundesrat der Oberst Frey den Antrag stellte, die schweizerische Regierung möge die Iniziative ergreifen, um eine gemeinsame Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter in den Kulturstaaten zu Stande zu bringen. Auch in den englischen Arbeiterkreisen ist bereits seit längerer Zeit eine Agitazion für eine internazionale Arbeitsgesetzgebung eingeleitet. Wenn wir uns nun auch keineswegs Illusionen über einen baldigen Erfolg dieser Bestrebungen hingeben, so müssen wir doch anerkennen, daß erst durch internazionale Vereinbarungen zwischen den Regierungen eine wirkliche und dauernde Verbesserung in der Lage der Arbeiter innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft ermöglicht werden kann, und wir betrachten es als unsere Pflicht die Aufmerksamkeit der arbeitenden Klassen auf diese Frage zu lenken, um dadurch seine Bestrebungen, soweit es in unsern Kräften liegt, zu fördern.

Bekanntlich liegt der Schwerpunkt der Gesetzgebung in allen dabei in Frage kommenden Staaten in den besitzenden Klassen, insbesondere in den kapitalistischen und die Tatsache, daß das allgemeine Stimmrecht in einem Teile dieser Staaten besteht, hat bis jetzt daran nichts zu ändern vermocht, trotz der überschwänglichen Hoffnungen, die so viele darauf setzten. Da nun auch für die nächste Zukunft eine wesentliche Aenderung in diesem Zustande nicht zu erwarten ist, indem die Herrschaft der arbeitenden Klassen von deren richtiger Erkenntnis abhängt, die wieder nur durch wissenschaftliche und politische Aufklärung verbreitet werden kann, so müssen wir die Frage der internazionalen Arbeitsgesetzgebung als eine die Interessen der herrschenden Klassen berührende Frage auffassen und behandeln; denn nur insoweit eine solche Gesetzgebung ein Bedürfnis der herrschenden Klassen selbst ist, wird sie zur Lösung gelangen. Humanität und sonstige ideale Beweggründe sind ohne Einfluß dort, wo es sich um Kapitalprofit und Unternehmergewinn handelt.

Von diesem Standpunkt aus begrüßen wir mit Freuden eine Abhandlung, die unter dem Titel: „Internazionale Arbeitsgesetzgebung. Ein unerläßliches Mittel zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen" zuerst in den „Staatswirtschaftlichen Abhandlungen" und dann als Separatabdruck im Verlag von Erich Koschny, Leipzig, erschien. Diese Schrift, welche aus der Feder eines bekannten österreichischen Genossen stammt, enthält zalreiche Daten, welche den zwingenden Beweis herstellen, daß die internazionale Arbeitsgesetzgebung ebenso sehr ein Bedürfnis des Staates als der Arbeiter, und selbst für die eigentlich kapitalistischen Klassen nicht ohne Vorteil ist.

Es ist zweifellos, daß innerhalb der bestehenden Gesellschaft jede wichtigere Verbesserung der Arbeiterlage nur vom Staate ausgehen kann, der, wenn er auch im Wesentlichen eine im Interesse der herrschenden Klassen geschaffene Instituzion ist, doch gezwungen ist, dort, wo der Kapitalismus in ausschweifendem Uebermute nicht nur der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und der öffentlichen Moral Hohn spricht, sondern sogar die Grundlagen jedes Gemeinwesens erschüttert, gegen die Exzesse der Ausbeutung einzuschreiten und zu seiner eigenen Erhaltung Maßregeln zu treffen, die zugleich den Arbeiter schützen. So entstand im permanenten Kampfe gegen die Fabrikanten und Manchestermänner die englische Fabriksgesetzgebung, in neuester Zeit das Fabriksgesetz der Schweiz und aus ähnlichen Gründen entspringt die wirtschaftliche Gesetzgebung Bismarck's.

Die Arbeiter haben allerdings oft kein direktes Interesse in diesen Kämpfen zwischen Staatsgewalt und Bourgeoisie, weil einerseits der Staat durch seine Gesetzgebung jeden Einfluß der Arbeiter auf die Entscheidung verhindert, indem er ihnen das Walrecht verweigert, wie in Oesterreich, andererseits aber häufig den Kampf gegen die Bourgeoisie nur im dinastischen oder absolutistischen Interesse führt, und sich arbeiterfeindlich zeigt, während er das Manchestertum bekämpft, wie wir es im Bismarck'schen Deutschland vor Augen haben. Wenn wir aber auch praktisch keinen Einfluß üben können oder wollen, so müssen wir doch teoretisch in der Frage klar sein, und den Wert eines jeden Gesetzes in Bezug auf den Arbeiterstand prüfen.

Dazu und zur Beurteilung der in der kapitalistischen Gesellschaft auftretenden Uebelstände, die durch die Gesetzgebung wenigstens gemildert werden können, gibt uns die erwähnte Abhandlung zalreiche Behelfe an die Hand, die wir in der nächsten Nummer dieses Blattes eingehender würdigen werden.

Der Prozeß unserer Parteigenossen.

Am 10., 11. und 12. Februar d. J. wurde vor dem Schwurgerichtshofe des Wr. Landesgerichtes der Prozeß gegen unsere Parteigenossen durchgeführt.

Der Anklageschrift entnehmen wir Folgendes:

„Es sind angeklagt: Josef Temke, zu Wien geboren, 39 Jahre alt, Knopfdrechsler; Franz Motz, zu Hrimelz in Böhmen geboren, 30 Jahre alt, Maschinist; Josef Friedrich Hovestadt, zu Trier geboren, 22 Jahre alt, Metalldrechsler; Jakob Laufer, zu Michalkowicz in Schlesien geboren, 18 Jahre alt, Tischlergehilfe; Josef Pfeil, zu Großbach geboren, 21 Jahre alt, Tischlergehilfe; Eduard Friedrich, zu Gablonz geboren, 47 Jahre alt, Maschinenmeister; Karl Strnad, zu Wien geboren, 22 Jahre alt, Lederarbeiter; Ignaz Formanek, zu Hullein in Mähren geboren, Schneidergehilfe; Leo Walecka, zu Wien geboren, 24 Jahre alt, Mechaniker, wegen Verbrechens der Majestätsbeleidigung und Vergehens der Aufwiegelung, dadurch begangen, daß sie eine sozialdemokratische Druckschrift, deren Inhalt die genannten Delikte begründete, verbreiteten; Alois Treibenreif, zu Klausen in Tirol geboren, 43 Jahre alt, Tischler, und Thomas Pudleiner, zu Beka in Ungarn geboren, 26 Jahre alt, Schuhmacher, wegen versuchter Majestätsbeleidigung und Aufwiegelung, dadurch begangen, daß sie die fragliche Druckschrift zu verbreiten versucht hatten; ferner: Josef Steiner, zu Arnitzgrün in Böhmen geboren, 41 Jahre alt, Drechslermeister; Josef Krejci, zu Lohosow in Böhmen geboren, 30 Jahre alt, Schlossergehilfe; Wenzel Retuschill, zu Lhotta Oczeska in Böhmen geboren, Tischlermeister, und Leo Walecka wegen des teils vollbrachten, teils versuchten Verbrechens des Hochverrats; und zwar:

Josef Steiner habe in der Zeit vom 16. bis 20. September v. J. eine von Personen im Auslande an seine Adresse abgeschickte Frachtsendung ausgehöhlter Bambusrohre, in welchen mehrere Nummern der in London erscheinenden, von Johann Most redigirten, sozialdemokratischen Zeitschrift „Freiheit" in vielfachen Exemplaren verborgen waren, vom Postamte bezogen, die Frachtspesen berichtigt und sohin die Postsendung einer dritten, angeblich unbekannten Person zum Zwecke der weiteren Verbreitung der Druckschrift überlassen, und er habe, da er diese Schriften in Kenntnis der Strafbarkeit und Gesetzwidrigkeit ihres Inhaltes übernahm, etwas unternommen, was auf eine gewaltsame Veränderung der Regierungsform, eine Empörung oder einen Bürgerkrieg im Inneren des Staates angelegt wäre;

Josef Krejci habe den Wenzel Retuschill ersucht, eine unter dessen Adresse vom Auslande einlangende gleiche Frachtsendung für ihn, Josef Krejci, zu beziehen und in Verwahrung zu nehmen. Wenzel Retuschill habe diesem Ansuchen zu willfahren versprochen, das Aviso über das Einlangen einer Postsendung ausgehöhlter Bambusrohre, in welchem sich Exemplare der „Freiheit" befanden, aufbewahrt und dasselbe zum Zwecke des Bezuges der Sendung an Leo Walecka überlassen;

Leo Walecka habe dieses Aviso an einen von ihm nicht genannten Parteigenossen behändigt, welcher dieselbe durch einen Dienstmann, namens Josef Weingartsberger bezog.

In den Gründen der Anklage wird unter Anderem ausgeführt, daß die in London seßhaften Mitglieder der demokratischen Partei, unter denen Johann Most als Redakteur der „Freiheit" und auch sonst ein sehr tätiges Mitglied ist, auf den Gedanken verfallen sind, die Hindernisse, welche man der Verbreitung der sozialistischen Zeitschrift „Freiheit" auf dem Kontinente und speziell in Oesterreich durch Entziehung des Postdebites entgegenstellte, dadurch zu beseitigen, daß sie ganze Konvolute derselben anderweitigen, dem äußeren Anscheine nach unbedenklichen Waarensendungen beipackten oder sie im Inneren der Waaren verbargen.

In solcher Weise gelangte eine Partie von Bambusrohren ungefähr um die Mitte September unter der Adresse Josef Steiner nach Wien; Steiner setzte sich mit dem ihm als einer der sogenannten Arbeiterführer bekannten Marschall in Verkehr, begab sich auch in die Redakzion des hiesigen sozialdemokratischen Blattes „Zukunft" und nach einer daselbst erfolgten Besprechung bezog er am nächsten Tage die Sendung und brachte die Bambusrohre in seine Wohnung, wo er und ein ihm angeblich unbekannter junger Mann konstatirten, daß die Rohre innen hohl und mit Exemplaren der Zeitschrift „Freiheit" aus London angefüllt seien. Steiner überließ die Rohre sammt dem Inhalte dem Fremden, durch welchen sohin die Verteilung auf hiesigem Platze ins Werk gesetzt wurde.

Ein zweites Mal wurde dieser Vorgang gegen Ende September 1880 ausgeführt.

Wenzel Retuschill war durch Josef Krejci bereits unterrichtet worden, daß eine Sendung unter seiner (Retuschill's) Adresse, die aber für ihn, Krejci, bestimmt sei, einlangen werde und wurde ersucht, diese für Krejci in Verwahrung zu nehmen.

Durch die Aeußerungen, welche Krejci bei diesen Anlässen vorbrachte, mußte bei Retuschill jeder Zweifel darüber, daß es sich hiebei um eine Sendung vom Auslande kommender Druckschriften strafbaren Inhaltes handle, schwinden.

Am 1. October erschien Leo Walecka, welcher zugibt, am selben Tage von Most aus London von dem Einlangen jener Sendung an Retuschill avisirt worden zu sein, bei diesem, und obwol Retuschill nach seinen Behauptungen die Sendung für Krejci hätte aufbewahren sollen, nahm er doch keinen Anstand, das Aviso dem ihm gänzlich fremden Walecka ohne jede Garantie auszufolgen.

Walecka versuchte sohin den Bezug der Sendung durch Vermittlung eines von ihm nicht genannten Parteigenossen und den Dienstmann Weingartsberger zu erwirken, wobei die Hinausgabe derselben durch die Intervenzion der Sicherheitsbehörde hintangehalten wurde.

Als Inhalt dieser Sendung von gleichfalls ausgehöhlten Bambusrohren ergab sich eine beträchtliche Partie von Nummern der „Freiheit" in mehrfachen Exemplaren, nebst einigen anderen Druckschriften gleicher Provenienz und ähnlichen Inhaltes.

Endlich lief eine eben solche Sendung hohler Bambusrohre mit gleichem Inhalte noch am 14. October 1880, zu einer Zeit, wo Steiner sich schon in behördlicher Verwahrung befand, unter seiner Adresse ein, weil offenbar die Absender von den inzwischen eingetretenen Ereignissen nicht unterrichtet waren.

Aus dem Gesagten erhellt, daß alle die genannten Personen sich in dem Bestreben zusammenfanden, die Verbreitung der von London kommenden sozialistischen Flug- und Druckschriften hierorts zu bewerkstelligen und die Vorsicht und die Heimlichkeit, mit der sie hiebei zu Werke gingen, beweisen, daß sie sich der Strafbarkeit und Gesetzwidrigkeit dieses Beginnens ganz wol bewußt waren, weil ihnen eben auch die Beschaffenheit und Tendenz der eingesendeten Schriften durchaus nicht fremd war."

* * *

Der Zuhörerraum des Schwurgerichtssaales war am ersten Verhandlungstage schon lange vor Beginn der Verhandlung von Parteigenossen dicht besetzt und auch die Reichsratsabgeordneten Fürnkranz, Dr. Kronawetter, Dr. Roser und R. v. Schönerer, welche ersucht worden waren, bei der voraussichtlich geheim durchgeführten Verhandlung als Vertrauensmänner zu fungiren, waren anwesend.

Die Geschwornen begeben sich zur Auslosung in das Geschwornenzimmer, die Ausgelosten nehmen ihre Plätze auf der Geschwornenbank ein, der Gerichtshof (Vorsitzender L.-G.-R. Derleth) erscheint, der Staatsanwalt Lamezan und die Verteidiger Dr. Glaser, Dr. Wolf-Eppinger, Dr. Prossinagg, Dr. Lueger, Dr. Pawlik und Dr. Peter, letzterer als Ex offo-Vertreter Hovestadt's, begeben sich auf ihre Sitze und die Angeklagten werden in den Saal geführt. Der Gerichtshof befindet sich dem Publikum gegenüber, rechts sitzen in zwei Reihen die Geschwornen, diesen gegenüber zur Linken des Zuschauers ebenfalls in drei Reihen die Angeklagten, hinter den Angeklagten die Verteidiger und zwischen Verteidigern und Gerichtshof der Staatsanwalt. Auf dem Gerichtstische liegen mehrere große Packete mit den saisirten Druckschriften, auf dem Fußboden vor den Geschwornenbänken mehrere Partien der Bambusrohre.

Die Sitzung wird eröffnet und die Anklageschrift verlesen. Nach Verlesung der Anklageschrift beantragt der Staatsanwalt mit Rücksicht auf die öffentliche Ruhe und Ordnung Geheimhaltung der Verhandlung. Dr. Eppinger tritt namens der gesammten Verteidigung diesem Antrage entgegen und betont, daß, nachdem sich 14 bisher unbescholtene Männer so viele Monate lang in Untersuchungshaft befanden, das öffentliche Rechtsbewußtsein eine öffentliche Verhandlung fordere. Höchstens solle der Ausschluß der Oeffentlichkeit auf die Verlesung verschiedener inkriminirter Druckschriften beschränkt bleiben.

Der Staatsanwalt erwidert, die Träger des öffentlichen Rechtsbewußtseins seien die Geschwornen. Die Oeffentlichkeit sei ein für die gewissenhafte Rechtsprechung

gar nicht maßgebender Faktor und die Anwesenheit von mehr oder weniger Zuhörern hierfür eine sehr zweifelhafte Sicherstellung.

Nachdem noch Dr. Eppinger die Oeffentlichkeit als eines der wichtigsten Postulate des modernen Gerichtsverfahrens erklärt, auf welches nur in den außerordentlichsten Fällen verzichtet werden solle, beschließt der Gerichtshof dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß den Ausschluß der Oeffentlichkeit und fordert der Präsident das Publikum auf, den Saal zu verlassen.

Die Verteidiger machen nun die von ihren Klienten gewälten Vertrauensmänner (drei für jeden Angeklagten) namhaft, worauf sich die Bänke des Zuhörerraumes allmälig leeren und nur die Vertrauensmänner zurückbleiben. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der Abgeordnete Schönerer der ganzen dreitägigen Verhandlung ununterbrochen bis zum Schlusse, welcher am 12. (eigentlich 13.) 1 Uhr nach Mitternacht erfolgte, beiwohnte.

Die Flugschrift „Unserer freudigen Stimmung" wird verlesen.

Dr. Eppinger beantragt zur Erhärtung des Umstandes, daß der von der Polizei handelnde Absatz der Flugschrift unwahre Angaben nicht enthalte, die Verlesung zweier im Abgeordnetenhause gehaltener Reden der Abgeordneten Dr. Kronawetter und R. v. Schönerer, durch welche konstatirt wurde, daß Verletzungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes, des Briefgeheimnisses und Hausrechtes von Seite der Polizei stattgefunden haben. Für den Fall, als der Gerichtshof die Verlesung nicht beschließen sollte, beantragt Dr. Eppinger die Vernehmung der Abgeordneten Dr. Kronawetter und Schönerer als Zeugen, ferner die Vernehmung der Herren Christoph, Gröger, Hampel und Bernard.

St.-A. Graf Lamezan spricht sich gegen die Verlesung der Reden und gegen die beantragte Zeugenvernehmung aus. Eine im Abgeordnetenhause gehaltene Rede sei kein Beweismittel vor Gericht. Bei aller Hochachtung und Verehrung für jeden einzelnen Abgeordneten und speziell für die im Saale anwesenden Herren müsse er dies aussprechen. Die Abgeordneten seien immun, aber gerade deshalb seien ihre Aeußerungen nicht beweiskräftig. Sie würden auch nicht jede von Seite ihrer Gegner im Abgeordnetenhause aufgestellte Behauptung als unanfechtbares Faktum hinnehmen. — Er leugne übrigens nicht, daß „Konflikte" vorgefallen seien. Man müsse aber in diesen Fällen für ihren zum allgemeinen Wole betätigten Eifer dankbar sein. Bei dem von der Verteidigung angezogenen Falle Bernard habe eine Verletzung des Briefgeheimnisses nicht stattgefunden, da ja Bernard den Brief, den man ihm nehmen wollte, ins Feuer warf und so die Beschlagnahme desselben durch die Polizei verhinderte. Die Vorladung verschiedener Adressaten auf das Zollamt sei nur wegen vermuteter Gefällsübertretung (Bezug ungestempelter Zeitungen) erfolgt. Die Sache sei nicht so arg als sie aussehe.

Dr. Eppinger erwidert, das Briefgeheimnis verletze Jeder, der einen Brief eröffne, der nicht an ihn adressirt sei. Bernard habe sich gegen die Gewalt nicht anders schützen können, als indem er den Brief ins Feuer warf.

Dr. Glaser bemerkt, die Behörden haben die Verpflichtung, die Staatsgrundgesetze zur Achtung zu bringen. Der Ruf einer strafbaren Handlung soll die Behörden veranlassen, diese Handlung zu verfolgen. Die von den Abgeordneten Kronawetter und Schönerer mitgeteilten krassen Fälle von Gesetzesverletzungen durch die Polizei seien ein solcher Ruf gewesen, man habe aber nirgends gehört, daß demselben von Seite der Behörde Folge geleistet worden wäre.

Die beantragten Verlesungen und Zeugenvernehmungen werden hierauf vom Gerichtshofe abgelehnt.

Es werden nun die vorgeladenen Zeugen in den Gerichtssaal geführt. Nachdem die Namen derselben verlesen und den später zu Vernehmenden die Zeit ihres Wiedererscheinens bekannt gegeben werden, treten sie ab. Jetzt beginnt nun das Verhör der Angeklagten. Als Erster derselben erscheint Temke. Derselbe gibt an, die Flugschriften von einem Unbekannten erhalten zu haben. Er sei fest überzeugt gewesen, das Packet enthalte Einladungen zu einer Generalversammlung irgend eines dem Arbeiter-Bildungsvereine befreundeten Vereines. Er habe daher, ohne den Inhalt der einzelnen Blätter zu lesen oder zu prüfen, dieselben in mehrere Kuverts gelegt und von einem Zweiten, dessen Namen er nicht nenne, mit Adressen versehen lassen. Dies habe er getan, um die Einladungen an Leute zu versenden, die sich dafür interessiren konnten. Die Kuverts seien ihm aber am andern Tage sistirt worden.

Als zweiter Angeklagter erscheint Treibenreif. Derselbe setzte in längerer Rede die Umstände auseinander, wie er eines Abends zur Zeit des Kaiserjubiläums in ein ihm bekanntes Gasthaus gekommen sei und dort allein an einem Tische sitzend, die Tagesblätter durchgelesen habe. Es sei später ein ihm unbekannter Mann zum Tische gekommen und habe mit ihm ein Gespräch angeknüpft. Im Verlaufe desselben habe er (Treibenreif) die Worte fallen lassen: „Es ist sonderbar, daß man Feste feiert, wo doch das Volk hungert." Darauf habe der Unbekannte in die Tasche gegriffen und ihm mit den Worten: „Da ist etwas für Sie" eine Rolle überreicht. Er (Treibenreif) habe sich geweigert, dieselbe anzunehmen. Der Fremde habe sich später entfernt, die Rolle sei aber auf dem Tische liegen geblieben. Aus den weiteren Aussagen geht hervor, daß T. die Rolle zu sich gesteckt, neugierig, was denn darin enthalten sein möge. Er ging damit nach Hause und legte sich, ohne aber die Rolle zu eröffnen, zu Bette. Am folgenden Morgen zu sehr früher Stunde erschien die Polizei in der Wohnung des T. und konfiszirte die Rolle, wobei aber zu bemerken ist, daß einer der Polizeibeamten den Rock durchsuchte, die Rolle, die in ein Zeitungspapier eingewickelt war, hervorzog und ohne dieselbe zu öffnen, ausrief: „Da ist ja, was wir suchen". Daraus, meint der Angeklagte, sei zur Genüge ersehen, daß er den Inhalt der Rolle und in Folge dessen auch den Inhalt der Druckschriften nicht gekannt. Er habe indessen den Verdacht, daß ihm in dieser Affaire von einem Böswilligen eine Schlinge gelegt worden sei.

Es werden nun die Zeugen Kompoß jun. und sen. vernommen, welche im Allgemeinen übereinstimmend mit T. aussagen. Nicht geringe Verwunderung ruft beim Verhöre des kleinen neunjährigen Kompoß, welcher konfessionslos zu sein vorgibt, die Schlußfolgerung des Staatsanwaltes hervor, der Vater des Knaben müsse ebenfalls ein Parteigenosse sein, „da nur Sozialdemokraten ihre Kinder konfessionslos erziehen". Es erfolgt darauf die Vernehmung des Wirtes Herrn Hapf, welche weiters von keinem Belang ist.

Als Nächster kommt der Angeklagte Hovestadt an die Reihe. Hovestadt bekennt sich auf Anfrage des Präsidenten schuldig und gibt an 11 Stück der Flugschrift besessen und von Formanek ein Kuvert mit solchen für Schwarzinger erhalten zu haben. Der Angeklagte nimmt einige seiner in der Untersuchung gemachten Depositionen zurück und erwidert dem Staatsanwalt, welcher meint, er tue dies nur „um nicht als Denunziant vor seinen Parteigenossen zu erscheinen", daß ihm seine „arme, unglückliche Mutter" geschrieben habe, er solle die Wahrheit sagen. Vorgelesen habe er zu Hause die Flugschrift, um seine Quartiersfrau zu ärgern.

Ein Tramwaykondukteur und ein Sicherheitswachmann als Zeugen sagen aus, daß Hovestadt die Flugschrift während der Fahrt auf der Pferdebahn verteilt habe. —

Jakob Laufer hat das Flugblatt, welches er von Pfeil erhalten hat, in der Werkstätte, wo er arbeitet, verteilt, hatte es aber selbst noch nicht gelesen. Der Werkführer Kotzian erklärte das Blatt für polizeiwidrig. Auf Befragen erklärt Laufer, früher nicht Sozialdemokrat gewesen und es erst durch die lange Untersuchungshaft geworden zu sein. — Die nun vernommenen Zeugen sollen klarlegen, zu welcher Zeit Laufer die Flugschrift verteilt hat und ob er den Inhalt schon kannte. Nach ihren Aussagen soll Laufer bemerkt haben, „es seien schon ärgere Sachen dagewesen" und „es sei interessant". Zeuge Kotzian sagte Laufer: „So etwas lese ich nicht", weil er sah, daß es gegen „die richtigen Sachen" gerichtet war. Die Zeugen werden beeidigt.

Der Angeklagte Pfeil hält sich für nichtschuldig. Er gibt an, die Flugschriften am Fenster seiner Wohnung gefunden und einige Exemplare derselben dem Laufer gegeben zu haben. Er habe übrigens viele Sätze der Flugschrift nicht verstanden.

Formanek, Strnad, sowie auch Friedrich widerlegen die ihnen von der Anklage zur Last gelegten Punkte in entschiedener und maßvoller Weise.

Der zweite Verhandlungstag beginnt mit dem Verhöre Steiner's.

Steiner erzält, daß ihm von einem Unbekannten eine Partie Bambusrohre offerirt worden sei, die er auf der Post abgeholt habe, wo er dann beim Heraustreten den Fremden traf. Da die meisten Rohre gesprungen waren, habe er gleich gesehen, daß er sie nicht verwenden könne und habe die ganze Partie mit Ausnahme von 3—5 Stück, welche unbeschädigt waren, gegen Ersatz der Postspesen dem Fremden überlassen.

Ueber Aufforderung des Präsidenten spaltet Steiner eines der dünnen Bambusrohre, die sich in seinem Besitz befunden hatten, wobei sich zeigt, daß dasselbe leer ist. Auf den Vorhalt des Staatsanwaltes, in der Untersuchung andere Angaben gemacht zu haben als heute, erwidert Steiner, er beteilige sich schon seit 1873 nicht mehr an der Arbeiterbewegung, sei schon 30 Jahre in Wien ohne es trotz alles Fleißes und aller Mühe zu etwas gebracht zu haben, erst seit vorigem Herbst habe sein Geschäft einigen Aufschwung genommen. Da werde er plötzlich durch einen Polizeikommissär und 4 Sicherheitswachmänner verhaftet und vor den Untersuchungsrichter gestellt. Unter solchen Umständen, in der Aufregung, in der er sich befunden, sei ein ruhiges Protokoll nicht möglich gewesen.

Der Lehrjunge Steiner's wird vernommen und sagt aus, daß Steiner nach Abholung der Bambusrohre von der Post mit dem Fremden nach Hause gekommen sei. Der Zeuge wird beeidigt.

Josef Krejci hatte sich an Netuschill mit dem Ersuchen gewendet, ein an ihn (Netuschill) gerichtetes Postaviso zu übernehmen, da er (Krejci) den ganzen Tag nicht zu Hause sei und eine Sendung Wäsche aus seiner Heimat (Böhmen) erwarte. Er habe einige Male nachgefragt, das Aviso war aber noch nicht da und als er nach acht Tagen wiederkam, habe es Walecka unterdessen übernommen gehabt. Hiebei erfuhr er, daß die Sendung nicht die von ihm erwartete Wäsche, sondern eine Partie Bambusrohre enthielt.

Wenzel Netuschill hat nicht gewußt, um was es sich handle, hat nie in Arbeitervereinen verkehrt und sich nie darum gekümmert, was das ist: eine verbotene Druckschrift. Er hat dem Ersuchen Krejci's aus Gefälligkeit stattgegeben.

Leo Walecka hat von Most in London einen Brief erhalten mit dem Ersuchen, den Tischlermeister Netuschill zu verständigen, daß eine Sendung an ihn abgegangen sei. Mit Most sei er sonst nicht in Verbindung gestanden, doch habe sich dieser, Mangels einer andern Adresse, seiner wahrscheinlich erinnert, da er früher Abonnent der „Freiheit" war. Als er zu Netuschill kam, habe ihm dieser das eingelangte Aviso mit dem Bemerken gegeben, daß es für Krejci bestimmt sei, daß letzterer aber schon längere Zeit nicht komme. Walecka habe nun das Aviso übernommen, um dann Krejci aufzusuchen und ihm die Sendung zu übermitteln. Den Bekannten, durch welchen er den Dienstmann um die Sendung auf die Post schickte, nennt er nicht.

Der Staatsanwalt bemerkt, daß Walecka, indem er das Aviso übernahm und eine nicht für ihn bestimmte Postsendung beheben ließ, leicht in den Verdacht betrügerischer Herauslockung kommen konnte und meint, Walecka hätte das Aviso ruhig bei Netuschill lassen können, Krejci würde sich's schon geholt haben.

Walecka beschwert sich nun über üble Behandlung von Seite des Untersuchungsrichters, der ihm nicht einmal Lektüre gestattet habe.

Der Präsident erklärt, nicht gestatten zu können, daß gegen einen Abwesenden, der sich nicht verteidigen kann, Anklage erhoben werde. Die Angeklagten hätten, wenn sie sich schlecht behandelt glaubten, Beschwerde führen können.

Ein Bericht der Polizeiexpositur auf dem Hauptzollamte kommt zur Verlesung, worin unter Andern mitgeteilt wird, daß sich in den Bambusrohren 213 Exempl. der „Freiheit", ferner Flugschriften „An die unteren Postbeamten" und „An das deutsche Volk" befanden. Ein Bambusrohr habe man uneröffnet gelassen.

Der Präsident erteilt nun einem Saaldiener den Auftrag, das letzterwähnte Bambusrohr zu spalten. Da er nicht gleich damit zu Stande kommt, leistet ihm ein Geschworner Hilfe. Der Präsident ersucht Steiner etwas zu helfen; unterdessen ist es den Bemühungen des Geschwornen und des Dieners gelungen das Rohr zu sprengen und eine große Anzal von Druckschriften fallen unter allgemeiner Bewegung auf den Boden. Der Staatsanwalt konstatirt, daß der Inhalt Nummer 33 der „Freiheit" gewesen sei, die Nummer wurde an die Geschwornen verteilt und sie vertiefen sich in die Lektüre des Blattes.

In der Nachmittagsverhandlung werden nun die Sachverständigen im Schreibfache, Zehetner und Soltokovic, vernommen, welche in gewohnter Weise, auch den Kreuz- und Querfragen der Verteidiger gegenüber, bezüglich der Intendität mehrerer Schriftstücke bei ihren Depositionen bleiben. Walecka bittet darauf ums Wort und führt in ziemlich sarkastischer Weise aus, daß er an Freundorfer in Salzburg schon aus dem Grunde keine Flugschriften gesandt haben könne, da ihm derselbe von früher her als Polizeiagent bekannt gewesen sei. Die Handschrift auf einem mit Flugschriften beschwerten Kuvert (an Freundorfer adressirt), welches die Sachverständigen mit einem von ihm geschriebenen Meldezettel verglichen und die Schrift für ident befunden haben, rühre entschieden nicht von ihm her. Walecka erklärte mit erhobener Stimme, daß, wenn er je an Fr. Flugschriften versendet hätte, er nicht anstehen würde, es offen und frei zu erklären. (Sensazion.)

Darauf folgt die Klassifizirung des Inhalts der Flugschriften und der in den Bambusrohren gefundenen Nummern der „Freiheit" nach den einzelnen Paragrafen des Strafgesetzes und endlich schreitet der Präsident zur Verlesung der Leumundsnoten der einzelnen Angeklagten. Ueber die Meisten liegt nichts vor. Walecka wird in der Polizeinote beschuldigt, sich zum Führer einer radikalen Fraktion aufgeworfen und die Redaktion der „Zukunft" an sich gerissen zu haben. Derselbe entkräftet, nachdem er um's Wort gebeten, in beredter Weise diese Anschuldigungen.

Der Präsident erklärt hierauf das Beweisverfahren für geschlossen.

Der Staatsanwalt ergreift das Wort und gibt bekannt, daß er von der Anklage gegen Formanek, Friedrich und Netuschill zurücktrete. Eine formelle Erklärung würde wol genügen, meint Graf Lamezan, er wolle aber den Geschwornen nachweisen, daß das Vorgehen gegen die Angeklagten kein rücksichtsloses sei. Die Staatsanwaltschaft halte keine Klage aufrecht, wo sie von der Schuld nicht überzeugt ist. Er bittet die Angeklagten freizusprechen.

Der Vorsitzende verkündet darauf das freisprechende Urteil und erklärt die Verhandlung für geschlossen.

Den dritten Verhandlungstag eröffnet der Vorsitzende mit der Verlesung der vom Gerichtshofe formulirten 25 Schuldfragen. Davon lauteten 22 auf Majestätsbeleidigung und Aufwiegelung, die drei anderen auf Walecka, Steiner und Krejci Bezug habenden, auf Hochverrat.

Gegen die Formulirung der Fragen wird von keiner Seite Einsprache erhoben und es erhält der Staatsanwalt das Wort*). Derselbe führte aus, daß die Neigung, sich der Sozialdemokratie zuzuwenden, aus dem Gefüle der sogenannten Klassengegensätze entstanden sei. Die Klassengegensätze seien hervorgegangen aus den Umwandlungen in der Produkzionsweise und besonders aus dem Aufblühen des Maschinenwesens. Es müßte ein Weg gefunden werden, die früheren Zustände mit den gegenwärtigen in Harmonie zu bringen. Die gegenwärtigen Zustände seien ein Uebergangsstadium und wo die Konflikte sich unvermittelt aneinander reiben, seien mißliche Zustände immer vorhanden. Eine weitere Ausführung sei nicht nötig. Die Arbeiter empfinden den Druck der Verhältnisse, sie sind aber dabei insoferne im Irrtum, als sie diesen Druck einzelnen Personen zuschreiben. Das Bestreben, sich diesem Drucke zu entziehen, verdient Anerkennung. Allein um demselben zu entgehen, gibt es gesetzliche und gesetzwidrige Mittel. Die letzteren haben es auf eine gewaltsame Aenderung der Dinge abgesehen. Der Staatsanwalt verliert sich in der Folge in Betrachtungen über die französischen Zustände von 1793 und erklärt zuletzt, daß Most, (den er irrtümlicherweise für einen Oesterreicher hält) A. Schen und Andere ihr Asil in London benützen, um von dort aus Hochverrat

*) Wir behalten uns vor, die einzelnen Reden, so weit es erlaubt ist, wörtlich zu bringen.

und Aufwiegelung unter die österreichischen Arbeiter zu bringen.

Bevor die Plaidoiers beginnen, ergreift Leo Walecka nochmals das Wort und tritt den Ausführungen des Staatsanwaltes, sowie der am verflossenen Verhandlungstage erwähnten Polizeinote in fließender und gediegener Rede nochmals entgegen. Er verwehrt sich gegen die Anschuldigung des Hochverrates, sowie der Majestätsbeleidigung und spricht die Hoffnung aus, die Geschwornen werden ihn von aller ihm zur Last gelegten Schuld freisprechen.

Darauf beginnt Dr. Eppinger sein Plaidoier. Er führt aus, daß man den Freiheitsbestrebungen der Arbeiter immer mit Mißtrauen begegnet sei und daß ihnen gegenüber die Gesetze nicht so angewendet werden, wie es die Gesetzgebung fordert. Die Angeklagten hätten die Druckschriften nicht gelesen, es liegt die Sache also fast so, als ob man Zeitungsausträger bestrafen wollte. Die Angeklagten hätten Majestätsbeleidigung nie im Sinne gehabt. Die Geschwornen würden wol dem gerechten und und milden Sinne des Fürsten in der Weise am besten entsprechen, wenn sie ein freisprechendes Urteil fällten.

Hierauf spricht Dr. Peter zu Gunsten seiner Klienten und nach diesem Dr. Glaser in inhaltsschwerer Rede für Steiner, Krejci und Walecka. Derselbe weist in seiner vom Präsidenten öfters unterbrochenen Ausführungen nach, daß die Bestrebungen der Arbeiter in Oesterreich überhaupt nicht staatsgefährlich seien. Die Sozialdemokraten seien übrigens eine Partei, die gerade, sowie z. B. die Partei der Liberalen 2c., an's Ruder kommen könnten. Die Regierung habe die Arbeiter auch sprechen lassen, als sie sich derselben zu bedienen wähnte. Der Beweis dazu sei jene Versammlung im Kolosseum. Die Angeklagten hätten nichts getan, als einige Nummern der „Freiheit" bezogen und die Anklage wegen Hochverrats entbehre der Basis deswegen weil, die angeblich hochverräterische Nummer der „Freiheit" gar nicht vorgelesen worden sei und die Angeklagten hätten sich nur einer Uebertretung nach §. 23 des Preßgesetzes schuldig gemacht.

Dr. Prossinagg plaidirt in warmer und formvollendender Rede für seine Klienten. — Die ganze Sache, sagt der Verteidiger, ist nichts anders als eine Papierrevoluzion und es sei vom Herrn Staatsanwalt ganz überflüssig gewesen, dem Brodführer Krejci einem Danton und Robespierre entgegenzustellen. Er hoffe mit voller Zuversicht, daß die Geschwornen alle an sie gestellten Fragen verneinen.

Es folgt darauf eine etwas matte Replik des Herrn Staatsanwaltes, darauf die Duplik und endlich das Resumé des Präsidenten, welches der Antragstellung des Staatsanwaltes tüchtig unter die Arme griff.

Um halb neun Uhr zogen sich die Geschwornen in ihr Beratungszimmer zurück. Um Mitternacht erschienen sie wieder im Gerichtssaal und verkündigten ihr Verdikt.

Von den elf Angeklagten wurden neun freigesprochen und Hovestadt wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten und Genosse Leo Walecka wegen Verbrechens der Majestätsbeleidigung, wegen Vergehens der Aufwiegelung und wegen Hochverrat zu vier Jahren schweren Kerker verurteilt.

Politische Uebersicht.

Parlamentarisches. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Februar wurde in der Beratung über das Wuchergesetz eine Resoluzion angenommen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, zu erwägen und zu beantragen, auf welche Art und in welchem Maße der verderblichsten Ueberbürdung des Realbesitzes durch übermäßige Zinsforderungen auch mittelst zivilrechtlicher Bestimmungen eine Grenze zu setzen wäre.

Der Antrag des Abgeordneten Lienbacher auf Ausdehnung des Walrechtes auf die Fünfguldenmänner und der Antrag des Dr. Kronawetter auf Ausdehnung desselben auf Alle, die direkte Steuern bezalen, wurden in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Februar einem aus 24 Mitgliedern bestehenden Sonderausschusse zugewiesen.

Der Fackelzug, welcher zur Lessingfeier von der Wiener-akademischen Leschalle veranstaltet werden sollte, ist von der Polizei verboten worden. Auffallend dabei ist, daß die Polizeidirekzion denselben auf Grund der Bestimmungen für Versammlungen unter freiem Himmel verbietet, während doch bis heute Jedermann glaubte, daß Fackelzüge nur den Bestimmungen für öffentliche Aufzüge unterliegen, die auch, wie der Wiener Festzug des Jahres 1879 und der vorjährige Schützenzug, anstandslos bewilligt wurden. Daß aber der Fackelzug zu Ehren Lessing's deutschnazionale Tendenzen hatte, während die oben genannten Aufzüge Loyalitätskundgebungen waren, ist gewiß kein Grund für die Behörde, das Gesetz plötzlich anders auszulegen. Der Abgeordnete Reschauer und Genossen haben auch bereits eine Interpellazion darüber an den Ministerpräsidenten gerichtet, welche hoffentlich die Rücknahme des Verbotes oder die gesetzliche Rechtfertigung desselben, auf die wir sehr begierig wären, zur Folge haben wird.

Das Morgenblatt der „Deutschen Zeitung" vom 15. Februar wurde wegen eines Artikels über den letzten Wiener Sozialistenprozeß konfiszirt. Da wir den Artikel nicht gelesen haben, können wir nicht sagen, ob derselbe wegen Sozialistenfreundlichkeit — was bei dem genannten Blatte gewiß sehr auffallend wäre — oder aus andern Gründen inkriminirt wurde. Interessant aber ist es, daß Herr Graf Lamezan, dem solches gewiß Niemand zugetraut hätte, in einer am 17. Februar vor dem Wiener Landesgerichte stattgefundenen Einspruchsverhandlung wegen einer früheren Konfiskazion der „Deutschen Ztg." als Anwalt der politischen Freiheit gegen den von dem Ministerium Lasser-Auersperg geübten Absolutismus auftrat. So verführerisch es wäre, bei dieser Gelegenheit frühere Reden des Grafen Lamezan zu zitiren, insbesondere solche, die unter der heute so sehr verhaßten Aera Lasser's im Wiener Schwurgerichtssaale gehalten wurden, so müssen wir doch in Berücksichtigung des noch bestehenden objektiven Verfahrens dieser Versuchung widerstehen und uns auf die Konstatirung der Tatsache beschränken, daß Graf Lamezan als öffentlicher Ankläger nicht immer so wie am 17. Februar d. J. gesprochen hat. Er sagte z. B. bei der am letztgenannten Tage stattgefundenen Verhandlung: „In früheren Jahren hätte man allerdings nur von Aeußerungen des Volkswillens der liberalen Partei gehört, weil diese so liberal war, die gegnerischen nicht zu Worte kommen zu lassen." Ja, Graf Lamezan ging soweit, die liberale Partei in seiner Rede für die Verzögerung der Walreform verantwortlich zu machen. Es ist gewiß karakteristisch für die österreichischen Verhältnisse und möge allerseits wol beherzigt werden, daß diese Aussprüche des Grafen Lamezan unter einer konservativen, von den Deutschliberalen bitter gehaßten und als reakzionär bezeichneten Regierung gemacht worden sind; wenn man diese Aeußerungen mit jenen vergleicht, die Graf Lamezan wiederholt als Vertreter der Staatsbehörde unter einer deutschliberalen Regierung getan hat, so wird man über Vieles klar werden.

Am 13. Februar fand in Wolkersdorf in Niederösterreich eine von etwa 600 Bauern besuchte Versammlung statt, die vom dortigen politischen Bauernvereine einberufen war. Eine auf Einführung des allgemeinen Walrechtes und Abschaffung des Gruppensistems lautende Resoluzion wurde vom Abgeordneten Ruf bekämpft, der dagegen einwendete, daß die Einräumung des Walrechtes an Erwerbs- und Besitzlose verhängnisvolle Folgen für den Bestand der Gesellschaft haben könne; wenn er gesagt hätte, für den Bestand einer ungerechten Gesellschaftsordnung, würde er sich richtiger ausgedrückt haben. Erwerbs- und Besitzlose können doch vernünftiger Weise nichts anderes wünschen, als eine Ordnung, welche jedem Arbeitenden Erwerb und demzufolge Besitz garantirt; wenn diese Aufgabe von der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht erfüllt wird, so folgt daraus nur, daß sie einer Verbesserung dringend bedürftig ist — eine solche Verbesserung kann aber nur unter Mitwirkung und auf Antrieb der durch die heutige Ordnung geschädigten Klassen geschehen, weil die bevorzugten Klassen wol ein Interesse an der Erhaltung der ihnen nützlichen Einrichtungen, nicht aber an deren Reformirung im Sinne der enterbten Klassen haben. In diesem Falle wäre also im Interesse der Gerechtigkeit gerade das Gegenteil des von Herrn Ruf Gesagten das Richtige. Denn die Gesellschaft kommt nur in Gefahr, wenn sie der allgemeinen Gerechtigkeit widerstrebt, nicht aber, wenn sie deren Verwirklichung anstrebt. Ist aber die heutige Gesellschaftsordnung vollkommen, so daß sie keiner wesentlichen Verbesserung fähig ist, dann beweise man dies, statt sich blos auf die Gewalt zu stützen, und die Unzufriedenen rechtlos zu erhalten. Die in jener Versammlung anwesenden Bauern waren hierüber offenbar noch nicht im Klaren, denn sie nahmen den Antrag des Herrn Ruf an, daß in der Resoluzion die Ausdehnung des Reichsratswalrechtes nur auf die Gemeindewäler verlangt werde.

Ein unzweideutiges Zeichen für den Niedergang des Parlamentarismus in Deutschland ist die Nachricht, daß der deutsche Reichstag zu seinem Präsidenten einen Beamten, den Unterstaatssekretär im Kultusministerium, Freiherrn von Goßler, gewält hat. Eine größere Perfidlage des parlamentarischen Sistems läßt sich nicht denken, als wenn das Parlament einen Mann wält, der zu seinem Vorgesetzten einen Ressortminister hat. Wann wird der deutsche Michel seiner Schande inne werden?

Am 11. Februar fand in Rom die Versammlung von mehr als 400 Delegirten von Vereinen und Versammlungen statt, welche eine Resoluzion auf Einführung des allgemeinen Stimmrechtes annahmen, welche auch von einer hierauf folgenden Versammlung von mehr als 3000 Personen zum Beschlusse erhoben wurde. — In Abano, Provinz Padua, wurden acht Sozialisten verhaftet, in der Romagna will die Polizei einer „Verschwörung" auf die Spur gekommen sein. Wie viel davon Schwindel ist, wissen wir nicht.

In der französischen Kammer brachte Louis Blanc am 12. Februar einen Gesetzentwurf auf Abschaffung der Todesstrafe ein; die Kammer beschloß, denselben in Erwägung zu ziehen. — Bei der zweiten Lesung des Preßgesetzes nahm die Kammer den Antrag an, daß ausländische Zeitungen durch Beschluß des Ministerrates in Frankreich verboten werden können. Die Republik kehrt mit diesem Beschlusse wieder zu den Gewohnheiten des Kaiserreiches zurück. Einen angenehmen Gegensatz zu diesem Beschlusse bildet die Wal des Präsidenten des Pariser Gemeinderates; aus derselben ging im dritten Walgange der Radikale Lacroix hervor, der in seiner Antrittsrede als Hauptaufgabe die vollständige Herstellung der Autonomie der Gemeinde bezeichnete.

In der spanischen Komödie haben einige der Hauptdarsteller ihre Rollen gewechselt — der konservativklerikale Canovas del Castillo hat dem mehr portefeuillelustigen als „liberalen" Sagasta Platz gemacht. Sonst wird sich an der Szenerie wenig, an dem Zweck der Komödie aber nichts ändern.

In Petersburg und Kiew haben wieder Verhaftungen von Nihilisten stattgefunden. In ersterer Stadt wurde u. A. auch ein seit vierzehn Jahren im Dienste der Geheimpolizei befindliches Individuum festgenommen, auf das die Polizei schon seit längerer Zeit Verdacht hatte; auch wurde, wir wissen nicht zum wie vielten Male, der Mörder Mezenzeff's entdeckt. —

Aus Parteikreisen.

Die im Monate Dezember v. J. anläßlich der Flugschriftenverteilung in Haft genommenen Genossen Berndt, Führer, Hotze und Slejak wurden wegen Mangel an Tatbestand am 17. d. aus der Untersuchungshaft entlassen. — Gegen die übrigen 3 Genossen Mühl, Sommer und Troja wurde die Anklage nach §. 300 St.-G. erhoben und der Verhandlungstag für den 17. März anberaumt.

Wir fordern alle jene Genossen, welche aus österreichischen Städten trotz ihrer österreichischen Staatsangehörigkeit ausgewiesen wurden, auf, sobald als möglich an uns die diesbezüglichen Erkenntnisse gelangen zu lassen, weil wir die Absicht haben, sie einem Rechtsfreunde zur Prüfung zu übergeben.

Montag den 28. d., mittags 12 Uhr, findet im hiesigen Landesgerichte die Einspruchsverhandlung gegen die Konfiskazion der Nummer 2 des „Schuhmacher-Fachblatt" statt. Als Vertreter wird Dr. Wolf-Eppinger fungiren.

Wegen Uebertretung des §. 23 P.-G. (unbefugte Kolportage) hatten sich am 19. d. sechs Floridsdorfer Genossen beim Kreisgerichte in Korneuburg zu verantworten. Dieselben erbrachten den Beweis, daß sämmtliche Abnehmer der Zeitschriften „Zeitgeist", „Rundschau" und „Arbeiterfreund" auf dieselben abonnirt sind. Fünf der Angeklagten wurden freigesprochen, jedoch Genosse W. Till, weil er sich Probenummern des in Preßburg erscheinenden „Zeitgeist" senden ließ, zu fünf Gulden Strafe, eventuell einen Tag Arrest verurteilt.

Am 5. d. starb in Bares a. d. Drau Genosse Michael Behlaner. Er war ein eifriges und tätiges Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. — Ehre seinem Andenken!

Leoben, 19. Februar. Soeben abends acht Uhr wurde Genosse Franz Scheigert aus Knittelfeld, der wegen Verbreitung von revoluzionären Flugschriften von einem gewissen Wisiak in Knittelfeld, früher Vertreter der dortigen Filiale der steiermärkischen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse, gegen Bezahlung denunzirt und in Folge dessen verhaftet und hier angeklagt worden war, von den Geschwornen freigesprochen. Der Verteidiger Scheigert's, Dr. Buchmüller, übergab Scheigert als Ergebnis einer unter den Geschwornen sofort vorgenommenen Sammlung den Betrag von 30 fl. Der Denunziant Wisiak, der Knittelfeld verlassen mußte, soll sich gegenwärtig in Zeltweg befinden.

Laibach. Die Volksversammlung, welche im Nov. v. J. hier stattfand und bei welcher sich, obwol dieselbe von konservativer Seite einberufen war, auch unsere Genossen in hervorragender Weise beteiligten, blieb nicht ohne Erfolg für unsere Sache. Dies zeigte sich am besten, als am 26. Dezember eine von unseren Genossen einberufene Volksversammlung hier tagte. An derselben nahmen nicht nur Arbeiter, sondern auch Gewerbetreibende Teil, und beteiligten sich auch an der Debatte. Vorsitzender der Versammlung war Genosse Kordelic, Stellvertreter Genosse Hubmayr. Die Genossen Thumta und Sturm von hier und Gans aus Graz sprachen über den Nutzen der Arbeitervereine unter großem Beifalle und es ist heute kein Zweifel mehr, daß ihre Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind und in der Organisazion der hiesigen Arbeiter ihren Einfluß ausüben werden. Kaller aus Graz sprach über die Nazionalitätenfrage und karakterisirte die egoistischen Bestrebungen der sogenannten nazionalen Parteien. Gans entwickelte die Forderungen der Arbeiter auf Grund unserer Resoluzion vom 14. Nov. Genosse Sturm und Gemeinderat Regali sprachen gegen den Nazionalitätenhader, der von den nazionalen Abgeordneten genährt wird und letzterer hob hervor, daß die Arbeiter im Reichsrat keine Vertreter, dagegen 400 Geistliche einen eigenen Abgeordneten haben. Zum Schlusse sprach Genosse Kaller über die Presse.

Von den hiesigen Organen äußerte sich besonders das „Laibacher Wochenblatt", das Organ der Deutschliberalen, gehäßig gegen die Versammlung, wol hauptsächlich deshalb, weil in jener Versammlung die Liberalen und ihre Presse in ihrer Nacktheit dargestellt wurden. Ihrem Grolle suchten die Herren Liberalen in dem genannten Blatte durch einige witzig sein sollende Bemerkungen Luft zu machen, was aber herzlich schlecht gelang. Daß von sachlicher Kritik der Reden oder von ernsthafter Widerlegung im Blatte trotz des großen Raumes, den der Verfasser für sein Geschwätz in Anspruch nahm, keine Spur zu entdecken war, ist bei der bekannten Unwissenheit, die die liberalen Journalisten meistens auszeichnet, beinahe selbstverständlich. Unsere Sache hat durch diese Versammlungen nur gewonnen und die Mißgunst, mit der unsere Gegner dieselben ansehen, zeigt uns eben, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Graz. Am 28. Jänner fand bei Genossen Wilh. Bürcke hier eine Hausdurchsuchung statt, und zwar, wie sich sehr bald herausstellte, infolge einer Denunzazion eines gewissen Hermann Schäffer, der schon am Tage vorher gegenüber dem oben genannten Genossen die Aeußerung machte: er (Bürcke) werde schon am nächsten Tage sehen, was er tun werde. Aus der am Tage nach dieser anläßlich eines unbedeutenden Streitfalles getanen Aeußerung stattgefundenen polizeilichen Hausdurchsuchung,

sowie aus der Aeußerung eines Dienstmannes geht mit Sicherheit hervor, daß oben genannter Schäffer die Rolle eines freiwilligen Denunzianten spielte. Die Hausdurchsuchung fand statt, weil angeblich der „Verdacht" vorlag, daß Bürckl aufrührerische Druckschriften, insbesondere Exemplare der in London erscheinenden „Freiheit" verbreitet habe. Weder die Hausdurchsuchung noch eine polizeiliche Vernehmung Bürcke's bot jedoch einen Anhaltepunkt für diesen „Verdacht". Ein Resultat davon war jedoch, daß dem Genossen Bürcke seitens der Prinzipalin Frau Prettenhofer gekündigt wurde. Es läßt sich nicht beschreiben, in welche furchtbare Aufregung diese Frau geriet, als sie hörte, daß man einen ihrer Arbeiter im „Verdachte revoluzionärer Tendenzen" habe; diese Aufregung ging soweit, daß sie sogar vergaß, daß sie mit Bürcke vierteljährige Kündigung abgemacht habe, und sie wollte eine vierzehntägige Kündigung durchsetzen; es wurde ihr jedoch seitens des Genossen klar gemacht, daß derlei nicht ginge und daß man auch gegen Arbeiter Kontrakte einhalten müsse. In Folge dessen wurde die Kündigung nachträglich in eine vierteljährige umgewandelt. Während all dieser Vorgänge setzte genannter Schäffer, der sich in demselben Geschäfte mit Bürcke befindet, seine Rolle als Denunziant auch gegenüber der Prinzipalin fort, indem er der in derlei Sachen unwissenden Frau auf alle mögliche Weise Furcht einzujagen wußte, um sie auf diese Art zur Entlassung Bürcke's zu veranlassen. Es sei hiermit vor diesem Menschen gewarnt.

Graz, im Februar 1881. Der Arbeiter-Sängerbund erlaubt sich hiemit allen werten Sangesbrüdern, sowie Freunden und Gesinnungsgenossen, seine vor einigen Wochen stattgefundene Vereinskonstituirung bekannt zu geben; derselbe ist bemüht, sich zu einem tüchtigen Gesangskor auszubilden und seine Kräfte den Arbeitervereinen zur Verschönerung ihrer Feste zur Verfügung zu stellen, sowie seinen Mitmenschen, wenn ihm nach schwerer Wochenarbeit einige freie Stunden der Ruhe gegönnt sind, dieselben im Kreise seiner Freunde möglichst erträglicher zu gestalten. Um jedoch einen Gesangverein lebensfähig zu erhalten, damit er seinem Ziele zur Befriedigung Aller näher rücken kann, muß derselbe von Gesinnungsgenossen so gut es geht, unterstützt werden — entweder durch Anschluß, als ausübendes oder unterstützendes Mitglied, oder eine möglichst rege Agitazion für denselben zu entfalten, was auch der Zweck dieses Berichtes sein soll. Die Bedingungen des Beitrittes zum Arbeiter-Sängerbunde sind dermassen gestellt, daß es Jedem, der ein Interesse am Ganzen und Großen hat, leicht möglich ist, beizutreten, sowie als Pflicht erachten soll, für denselben zu agitiren. Und damit nicht die Arbeiter auf Gesangsvereine, welche sich zwar nur zu Gunsten der Bourgeoisie verwenden lassen, angewiesen sind, um vielleicht noch obendrein auf eine Bitte zur Mitwirkung bei einem Arbeiterfeste eine abschlägige Antwort zu erhalten, so ist es daher gut, wenn sich auch Arbeiter-Gesangvereine bilden, welche dann ihre Tätigkeit dem freien Lied der Arbeit widmen, welches auch auf die enterbte Menschheit begeisternd einwirke und dieselben im sozialen Kampfe um ein besseres Dasein einig zusammenhält. Tretet deshalb dem Arbeiter-Sängerbunde bei und erweitert demselben somit seinen Wirkungskreis. — Einschreibungen finden jeden Dienstag und Freitag im Uebungslokale, Schönaugasse 26, 1. Stock, statt.

Aus dem Vereinsleben.

Salzburg. Samstag den 8. Jänner fand in Stockhammer's Gasthaus die halbjährige Generalversammlung des allgemeinen Arbeitervereines für Salzburg und Umgebung statt. Tagesordnung: 1. Verlesung der Protokolle. 2. Rechenschaftsbericht, Bericht der Sektionen und der Revisoren. 3. Wal des Ausschusses. 4. Allgemeine Vereinsangelegenheiten. — Die Protokolle wurden verlesen und angenommen. Rechnungsführer Samobor bringt den Rechenschaftsbericht, welcher nach Verlesung angenommen wurde. Bibliothekssektion berichtet, daß die Bibliotek 250 Bände besitzt, im Werte von 120 fl., ferner, daß 22 kr. an Strafgeldern eingegangen sind. Fest- und Ordnersektion, berichtet, daß im Laufe der halbjährigen Periode ein gemütlicher Abend mit Tanz und eine Kristbaumfeier abgehalten wurden. Ferner berichten die Revisoren, daß die Vereinsgebahrung für richtig befunden wurde. — Die Wal des Ausschusses ergab folgendes Resultat, und zwar wurden gewält: Samobor, Obmann, Franz Köstler, dessen Stellvertreter, Scholz, erster, Niederbrucker, zweiter Schriftführer, Hartl, Kassier, Ammon, Rechnungsführer; Fürst und Müller, Ausschußmitglieder. — Beim vierten Punkt der Tagesordnung beteiligten sich an der Debatte Franz Köstler, Samobor und Pinter.

Franz Köstler, Obmann-Stellvertreter.

Freiwaldau. Am 2. Jänner hielt der Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungsverein seine halbjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Neuwal des Ausschusses. 3. Allgemeine Vereinsangelegenheiten. Das Walresultat war folgendes: Albert Köhler, Obmann, Rudolf Dobschall, dessen Stellvertreter, Emanuel Rückert, Kassier, W. Langer, dessen Stellvertreter, Josef Buchmann und Jul. Dittrich, Schriftführer, Karl Groschäbel, Bücherwart; Schernich, Leßmann, Heidenreich, Franz, Ant. Thöndel, Schinzel, Ausschußmitglieder und Prißnitz, Berg und August Dittrich, Revisoren. Dann wurde über Antrag des Obmannes beschlossen, jedem durchreisenden Mitgliede eines ähnlichen Vereines eine Unterstützung von 20 kr. anedeihen zu lassen. Joh. Buchmann, Schriftführer.

Eingesendet.

Herr Redakteur!

Am 17. Februar wurde mir nach mehr als 10wöchentlicher Untersuchungshaft vom Untersuchungsrichter Karajan mitgeteilt, daß die Anklage gegen mich fallen gelassen, die Untersuchung eingestellt worden sei und ich wurde noch am selben Tage aus der Haft entlassen. Am 21. d. M., 6 Uhr Früh, erhielt ich eine Vorladung zur Polizeidirekzion. In der Präsidialkanzlei empfing mich Oberkommissär Frankl, führte mich in ein anstoßendes Zimmer, und lud mich ein, an einem kleinen Tischchen ihm gegenüber Platz zu nehmen. Nachdem er mich um eine mir unbekannte Persönlichkeit gefragt hatte, erkundigte er sich sehr eingehend nach meinen Privatverhältnissen: ob ich verheiratet sei; wie viel Kinder ich habe; ob ich in drückenden Verhältnissen lebe; ob ich Schulden habe; ob ich kondizionslos sei; wie lange ich im Landesgericht gesessen bin und ob die Kost dort schlecht sei; ob ich und meine Familie unterstützt wurden; endlich, da ich hustete und schwer atmete, ob ich krank sei.

Ich antwortete auf alle angeführten Fragen wie folgt: Ich bin verheiratet, habe 2 Kinder, befinde mich in einer sehr drückenden Lage, habe auch Schulden (die Summe, um die er mich sehr eindringlich fragte, nannte ich nicht); daß ich kondizionslos bin, bejahte ich ebenfalls und daß ich 10½ Wochen in Untersuchungshaft gesessen bin, und die Kost im Landesgericht gerade nicht so sehr schlecht sei, aber sehr gering, meine Familie wurde regelmäßig unterstützt, ich selbst erhielt auch 7 fl., obwol ich keine Unterstützung gefordert, sondern zu Gunsten meiner Familie darauf verzichtet hatte. Ich sagte ihm auch, daß ich mich kränklich fühle.

Hierauf erwiderte Herr Frankl: Sie dauern mich in Ihrer Lage und ich werde Ihnen Folgendes sagen: Ich mache mich Ihnen erbötig, Ihre Familie zu unterstützen, Ihre Schulden und den Zins zu zahlen und Ihnen noch weitere Unterstützungen angedeihen zu lassen.

Ich war über dieses Anerbieten sehr überrascht, da ich mir gar nicht erklären konnte, wodurch ich mir die Gunst des Herrn Frankl in so hohem Grade erworben habe, und antwortete: Erlauben Sie mir, folgende Fragen an Sie zu richten:

Verkehren Sie hier mit mir in amtlicher Eigenschaft?

Nein, nur privat und mir ist nur darum zu tun, Ihre Familie zu unterstützen.

Aus welchem Grunde wurde ich dann amtlich vorgeladen? Antwort: Ich wollte Sie in meine Privatwohnung einladen, aber es könnte zu üblen Mißdeutungen sowohl bezüglich Ihrer, sowie auch meiner Person führen, wenn man Sie bei mir sähe.

Gesetzt den Fall, ich nehme Ihr Anerbieten an, von welchem Gelde würde das bezalt werden? — Antwort: Nur aus meiner Privatkasse.

Aber ich muß nur bemerken, daß ich mich dennoch im Amtslokal des Polizeipräsidiums befinde.

Meine Fragen schienen Herrn Frankl unangenehm zu berühren und er sagte mir: Sie brauchen von Ihren Prinzipien kein haarbreit abzulassen. Da Sie großen Einfluß unter den Arbeitern und insbesonders unter den Tischlern haben, so will ich Ihnen nur das eine sagen, ziehen Sie sich zurück und wir (sie) werden Ihnen behilflich sein. Es war gestern eine Tischlerversammlung, die wurde aufgelöst. Sie haben auch gesprochen. Sie sind sehr warm begrüßt worden. Als ich hierauf bemerkte: Ich weiß selbst nicht warum die Versammlung aufgelöst wurde, sagte er: Lassen wir das. Ich habe gesehen, daß Sie unter Ihren Genossen starken Einfluß haben. Ich ersuchte ihn mehrere Male sich präzise auszudrücken. Die Antwort war immer: Sie brauchen sich in Ihrem Prinzip nichts zu vergeben. Sagen Sie, welche Summe Sie benötigen, ich werde sie Ihnen ausfolgen. Es ist nur Humanitätsakt. Ich sagte, ich wolle mir die Sache noch überlegen.

Herr Frankl ersuchte mich zu wiederholten Malen über die Unterredung Schweigen zu beobachten, was ich, überrascht wie ich war, auch zusagte und mich entfernte. Nachträglich überlegte ich mir aber die Sache und fand, daß ich meinen Parteigenossen schuldig sei, den Vorfall zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, umsomehr als ich, wenn die Sache ohne mein Zutun bekannt würde, bei meinen Parteigenossen in schlechten Ruf kommen müßte.

Daß ich trotz meiner mißlichen Lage auf die Unterstützungen aus der „Privatkasse" des Herrn Oberpolizeikommissärs Frankl verzichte, versteht sich von selbst.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Heinrich Koßo,
Meidling, Hirschengasse 2.

Briefkasten.

Redakzion: Viele Berichte, sowie der Ausweis für die Familien unserer inhaftirten Parteigenossen mußten wegen Raummangel für nächste Nummer zurückgelegt werden.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Faschingsonntag, den 27. Februar, im Saale „zur schönen Schäferin", 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 101,

Tanzkränzchen.

Masken willkommen. — Frühergelöste Karten 25 kr., an der Kasse 30 kr.

Am 13. März in Schweuder's Kolosseum in Rudolfsheim

Arbeiterball

bei Eröffnung sämmtlicher Lokalitäten, unter Mitwirkung dreier Musikkapellen. — Frühergelöste Karten 35 kr., mit Einladungskarte 40 kr., an der Kasse 50 kr. — Anfang 7 Uhr. — Karten sind in allen Vereinen zu haben.

Wien. Montag den 7. März 1881 findet eine freie Manufakturversammlung, 7 Uhr abends, im Gasthaus „zum goldenen Engel", Fünfhaus, Turnergasse, statt. — Kollegen, erscheint zalreich!

Wien. Die Leitung des allgemeinen Fortbildungs-, Kranken- und Unterstützungsvereines der Geschäftsdiener Wiens ersucht alle Vereine, welche die Festkarten vom 9. Jänner noch nicht zurückgesendet haben, dieses sofort zu veranlassen, weil laut Beschluß, das Festkomitee alle felenden Festkarten bezalen muß.

Wien. Der Ausschuß des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und Arbeiterinnen Wiens gibt seinen Mitgliedern bekannt, daß sich das Vereinslokal seit 12. Februar 1881 in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neu-Fünfhaus, Zinkgasse 6, befindet.

Samstag den 26. Februar, im Dianasaal, Gaudenzdorf, Jakobsstraße 47,

Ball

des Krankenunterstützungs- und Fortbildungsvereines der Färber Wiens. — Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 40 kr.

Unterstützungs- und Fortbildungsverein der Drechsler in Wien.

Sonntag den 6. März in Fink's Gasthaus, 6. Bez., Kanalgasse, Monatsversammlung.

Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse in Wien.

Die diesjährigen Mitgliederversammlungen finden in folgender Weise statt:

Himmerieg: Schreindorfer's Gasthaus, Hauptstraße 3, Montag den 7. März, abends 7 Uhr.

Landstraße: Gasthaus „zum Auge Gottes", Steingasse 7, Samstag den 12. März, abends 7 Uhr.

Hernals: Elterlein's Kasino, Hauptstraße 1, Sonntag den 13. März, vormittags 9 Uhr.

Leopoldstadt: Gasthaus „zum Nußdörfel", Sonntag den 13. März, nachmittags 3 Uhr.

Wieden: Bogner's Gasthaus „zum Jägerhorn", Hauptstraße 70, Samstag den 19. März, abends 7 Uhr.

Mariahilf: Wüst's Gasthaus „zur gold. Sonne", Mollardgasse 3, Sonntag den 20. März, vormittags 9 Uhr.

Floridsdorf: Restauraziou „zur Lokomotivfabrik", Sonntag den 20. März, nachmittags 3 Uhr.

Favoriten: Gasthaus „zur goldenen Rose", Himbergerstraße 41, Samstag den 26. März, abends 7 Uhr.

Die Generalversammlung der Invalidenkasse findet Sonntag den 27. März, nachmittags 2 Uhr, im Gasthause „zum Hirschen", 4. Bez., Paniglgasse 1, statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich von diesen Versammlungen gegenseitig zu verständigen und zalreich zu erscheinen; das abgestempelte Mitgliedsbuch ist die Eintritts-Legitimazion.

Die Abhaltung der Walkomiteesitzung wurde für den 10., der Delegiertenversammlung für den 24. April festgesetzt.

Als Kontrolkommission des Verbandes für das Jahr 1881 der Ausschuß der Korneuburger Kasse gewält.

Arbeiter-Bildungsverein in Floridsdorf.

Das Vereinslokal befindet sich seit 1. Februar in Veraneck's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstraße.

Samstag den 26. Februar, in Ender's Restauraziou, „zur Lokomotivfabrik", Groß-Jedlersdorf, Brünnerstraße,

Tanzkränzchen.

Anfang ½8 Uhr. — Frühergelöste Karten 35, an der Kasse 50 kr. — Karten sind zu haben im Vereinslokale, Veraneck's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstraße, in Ender's Restauraziou und in Tröstl's Gasthaus, Groß-Jedlersdorf.

Allgemeiner Arbeiterverein in Mähr.-Schönberg.

Sonntag, den 27. Februar, im Saale der bürgerlichen Schießstätte,

4. Gründungsfest,

wozu wir die Genossen von Nah und Fern ergebenst einladen. Anfang 7 Uhr. — Eintritt per Person 40 kr.

Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse in Brünn.

Sonntag den 27. Februar, 2 Uhr nachmittags, in der Kommunal-Mädchenschule in Brünn, Jakobsgasse 11, ordentliche Generalversammlung. — Da die Tagesordnung eine wichtige ist und zur Beschlußfähigkeit ein Viertel der ordentlichen Mitglieder erforderlich sind, so werden dieselben in ihrem eigenen Interesse ersucht, zalreich zu erscheinen.

Graz. Monatsversammlung des ersten steiermärkischen Arbeiterbund am 28. Februar, abends 8 Uhr, im Salon „zum Königstiger". Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Anträge und Interpellazionen.

Kindberg. Die Reiseunterstützung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines zu 20 kr. wird bei Herrn Wilh. Hackl, Schuhmachermeister, an alle durchreisenden Mitglieder eines ähnlichen Vereines, welche seit mindestens drei Monaten einem ähnlichen Vereine angehören und mit nicht mehr als drei Monaten im Rückstande sind, ausbezalt. — Das Vereinslokal befindet sich in Herrn W. Hübner's Gasthof.

Zur Beachtung.

Alle Briefe für den **Arbeiter-Bildungsverein in Laibach** sind zu senden an Herrn Ferdinand Tanna, Schuhmacher, Schellenburggasse, ferner sämmtliche Blätter an Franz Sturm, Schellenburggasse, Laibach.

Die nächste Nummer erscheint am 10. März.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Adresse der Herausgeber der „Zukunft":
Andreas Grosse, IV., Hauptstraße 23, 1. Stock.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: **Andreas Grosse, Josef Zybra, Franz Moh.**

Verantwortlicher Redakteur: **Josef Zybra.**

Druck von **W. Jacobi**, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, V., Hundsthurmerstraße 89.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frc. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, V., Hundsthurmerstraße 89.

Insertions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 35. Wien, Donnerstag 10. März. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit 37 Nummer begann ein neues Quartal zum **Abonnement** der Zeitschrift

Die Zukunft

Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

„Die Zukunft" erscheint **monatlich zweimal,** und **zwar an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.**

Das Abonnement beträgt für **Oesterreich-Ungarn:**

halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Briefe und Geldsendungen sind nur zu richten an Andr. Grosse, 4. Bez., Hauptstraße 23, 1. St., alle auf die Redakzion, Administrazion und Expedizion bezughabenden Zusendungen an die Redakzion der „Zukunft", 5. Bez., Hundsthurmerstraße 89, 1. Stock, Tür 14.

Die Herausgeber.

Zur internazionalen Arbeitsgesetzgebung.

II.

Gewiß hat der Staat ein wichtiges Interesse daran, daß die Gesundheit und die Sittlichkeit des Volkes nicht untergraben und dadurch sowol der Bestand des Staates gefährdet, als die Autorität des Gesetzes erschüttert werden. Beides geschieht aber unzweifelhaft durch die moderne Fabriksarbeit; durch die Fabriksarbeit an und für sich, insbesondere aber durch die Beschäftigung der Frauen und Kinder in den Fabriken wird das Familienleben zerstört und dessen Einfluß auf die sittliche Erziehung der Kinder lahm gelegt. Wie sehr die Sittlichkeit von dem Familienleben beeinflußt wird, beweist nicht allein die tägliche Erfahrung und die Vernunft, dafür sprechen auch wissenschaftliche Erhebungen. Der Direktor der neuenburgischen Strafanstalt, Dr. Guillaume, hat konstatirt, daß von den aus fünf schweizerischen Strafanstalten zusammengestellten 1283 Gefangenen blos der zwanzigste Teil bis zum fünften Lebensjahre bei den Eltern gewesen ist. Nach dem Bericht der Gefängnisassoziazion von New-York für 1865 waren dort unter 633 Gefangenen 343, also 54 Prozent elternlose Kinder. A. Corné hebt hervor, daß von 8006 (am 31. Dez. 1864) in Gewahrsam befindlichen jungen Verbrechern in Frankreich 60 Prozent uneheliche oder elternlose Kinder waren.

Der Einfluß des Familienlebens auf die Sittlichkeit der heranwachsenden Generazionen ist ein zweifelloser, und da die Beschäftigung der Frauen und Kinder in den Fabriken dasselbe zerstört, so ist es Pflicht des Staates, der fortschreitenden Entsittlichung des Volkes durch Gegenmaßregeln Einhalt zu tun.

Aber nicht blos durch die Beschäftigung von Frauen und Kindern, sondern auch durch die übermäßig lange Arbeitszeit wirkt die Fabriksarbeit demoralisirend; indem sie den Körper des Arbeiters entnervt und durch die Ueberanstrengung, die durch mangelhafte Ernährung noch empfindlicher wird, zwingt, Reizmittel zu sich zu nehmen, die ihn arbeitsfähig erhalten, ruft sie Trunksucht und in deren Gefolge Lüderlichkeit hervor, die eine Menge anderer Laster, oft selbst Verbrechen nach sich zieht. Eine solche Ermäßigung der Arbeitszeit, die annähernd das Gleichgewicht zwischen Ausgabe und Erneuerung der Muskelkraft herstellt, ist demnach nicht nur ein Bedürfnis des Arbeiterstandes, sondern ebenso eine Forderung des Staatsinteresses; da nun eine solche Ermäßigung nicht durch freies Uebereinkommen, sondern wie die Erfahrung erweist, nur durch staatliche Intervenzion durchgeführt werden kann, so sind die Arbeiter gezwungen, an die Gesetzgebung zu appelliren und einen Normalarbeitstag zu verlangen.

Die nachteiligen Einflüsse der Fabriksarbeit auf die Gesundheit der Beschäftigten sind bekannt; je länger die Arbeitszeit ist, desto fühlbarer sind ihre Wirkungen. Die wissenschaftliche Statistik spricht in dieser Hinsicht eine unzweideutige Sprache.

In der österreichisch-ungarischen Monarchie befanden sich im Jahre 1870 unter 1000 Assentirten 293 Taugliche, 707 Untaugliche; von da an bemerken wir ein stetiges Steigen der Zal der Untauglichen, die im Jahre 1878 bereits 819 beträgt, und demzufolge ein Sinken der Tauglichkeitsziffer, die im Jahre 1878 schon auf 181 reduzirt ist. Daß die enorme Zunahme der Untauglichen und Abnahme der Tauglichen dem Industrialismus zuzuschreiben ist, geht daraus hervor, daß in der westlichen industriellen Reichshälfte die Zal der Untauglichen größer ist, als in der östlichen, Ackerbau treibenden. Bis in die einzelnen Kronländer läßt sich sogar der Einfluß des Industrialismus verfolgen. Im Jahre 1878 als auf 1000 Untersuchte 181 Taugliche kamen, zälte man in den Agrikulturländern folgende Verhältniszalen: Kroazien und Slavonien 236, Oberösterreich 214, Fiume und Gebiet 212, Küstenlande 208, Tirol mit Vorarlberg 194, Dalmazien 190. Dagegen lieferten die drei industriellen Länder, Schlesien, Böhmen und Mähren, nur 176, respektive 169 und 152 Taugliche von je 1000 Stellungspflichtigen.

In Frankreich mußte das Maß der Körpergröße, welches als Bedingung der Militärfähigkeit gilt, von 162·4 Zentimeter im Jahre 1803 auf 159·8, im Jahre 1818 auf 157·6, im Jahre 1860 auf 156·0 Zentimeter herabgesetzt werden.

Die Degenerirung der Menschheit in Folge industrieller Arbeit ist also eine stetig fortschreitende dort, wo der Ausbeutung keine oder nur ungenügende gesetzliche Schranken gesetzt sind. Außer der übermäßig langen Arbeitszeit ist es auch die moderne Arbeitsteilung, welche den Körper ruinirt. Dadurch, daß der Körper zu einer lange ununterbrochen gleich bleibenden Stellung gezwungen ist, wie sie die in den Fabriken durchgeführte Arbeitsteilung zur Folge hat, wird derselbe frühzeitig siech und krank. Einzelne Organe bleiben in der Entwicklung zurück, und rufen dadurch frühzeitige Erkrankungen hervor.

Noch schädlicher wirken natürlich solche Beschäftigungen, zu denen giftige Stoffe verwendet werden. Besonders die Arbeit schwangerer Frauen wirkt nachteilig, indem durch die Einatmung giftiger Stoffteilchen auch die Frucht im Mutterleibe vergiftet wird. So zitirt Hirt ein Beispiel, welchem zufolge in Fürth, wo sich die bekannten Spiegelbelegereien befinden, von 100 Kindern, welche die Quecksilberarbeiterinnen geboren haben, 65 innerhalb des ersten Lebensjahres starben.

Unbestreitbar hat also der moderne Industrialismus die sittliche und körperliche Degenerirung des Volkes zur Folge, und da der Staat dadurch den größten Schaden erleidet, ist es seine Aufgabe, dagegen einzuschreiten. Es zeigt sich jedoch sobald er energisch diese Aufgabe in Anspruch nimmt, daß auch er daran scheitert, wenn er es nicht zu Wege bringt, auch die andern Industriestaaten zu gleichen Bestimmungen zu bewegen. So gibt es manche Arbeiten mit Gift, die sich abschaffen ließen, ohne daß dadurch die Gesellschaft oder die Kultur eine wesentliche Einbuße erlitte. Allein kein einzelner Staat kann dieses Verbot durchführen, ohne dadurch die eigene Industrie zu schädigen und statt kranker Arbeiter brotlose zu bekommen; denn wenn die Konsumenten ihren Bedarf im Inlande nicht decken können, beziehen sie ihn einfach vom Auslande. Wenn in einem Lande die Ausbeutung der Frauen und Kinder eine schrankenlose ist, während in dem angrenzenden Nachbarlande ein strenges Fabriksgesetz Schranken zieht, so ist es klar, daß bei sonst gleichen Bedingungen ersteres Land eine überlegene Konkurrenz bietet und die Produkzion des letzteren Landes Schaden leiden muß. Diese Erfahrung hat insbesondere auch die preußisch-schlesische Industrie gegenüber der in den österreichischen Grenzprovinzen gemacht; dasselbe behaupten auch die schweizerischen Fabrikanten seit Bestand des Fabriksgesetzes.

Wenn nun selbst solche Maßregeln, die an sich ungenügend sind, die bestehenden schädlichen Einflüsse des Industrialismus zu beseitigen, die Konkurrenzfähigkeit eines Landes zu beeinträchtigen und dadurch den Stand der proletarischen Reservearmee zu vermehren vermögen, wie viel mehr müßte dies erst der Fall sein, wenn ein einzelner Staat daran gehen wollte, wirksame gesetzliche Bestimmungen zu treffen.

Wir haben noch nicht erwähnt, daß die moderne Produkzionsweise, wenn sie auf wirtschaftlicher Freiheit beruht, die Tendenz hat, beständige Ueberprodukzion zu schaffen. Nur eine bedeutende Reduktzion der Arbeitszeit könnte einen Damm dagegen bilden; eine solche Reduktzion, wie sie jetzt z. B. in der Schweiz gesetzlich durchgeführt ist, hat diese Wirkung nicht, da die geringere Arbeitszeit durch die größere Leistungsfähigkeit der Arbeiter ersetzt wird. Eine bedeutendere Reduktzion der Arbeitszeit, in einem einzelnen Staate durchgeführt, würde aber unstreitig die Konkurrenzfähigkeit der Industrie desselben schädigen und dadurch den Vorteil, den sie sonst böte, durch die Arbeitslosigkeit größerer Arbeitermassen wieder aufheben.

Ueberall, wo wir auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung eine wirkliche Verbesserung der Arbeiterlage erreichen können, müssen wir auf die Notwendigkeit einer internazionalen Arbeitsgesetzgebung zurückkommen, ohne welche ein dauernder Fortschritt auf dieser Bahn nicht möglich ist.

Politische Uebersicht.

Parlamentarisches. Dr. Josef Kopp interpellirte am 22. Februar im Abgeordnetenhause den Leiter des Ministeriums des Innern, warum die durch einen Ausspruch des Reichsgerichtes als ungesetzlich erklärte Ausweisung unserer Genossen Perz und Loh aus Innsbruck noch nicht rückgängig gemacht worden sei. Der Vertreter der beiden Genossen, Dr. Wolf-Eppinger, richtete nämlich schon am 27. Jänner an die Statthalterei von Tirol eine Eingabe um Zurücknahme der Ausweisungsdekrete, erhielt aber bis heute keine Antwort. —

In derselben Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Ausschuß zur Beratung der Wahlreformanträge gewält; in demselben befinden sich fünfzehn Mitglieder der Rechten und zwar sämmtliche Mitglieder des Exekutivkomitee's und neun Mitglieder der Linken. Der Ausschuß konstituirte sich sofort und wälte zum Obmann den Grafen Hohenwart.

Der Handelsminister legte im Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf, betreffend die Verstaatlichung der Westbahn, vor.

Am 4. März nahm das Abgeordnetenhaus eine Resoluzion an, welche die Regierung auffordert, die Gründung von Postsparkassen in Erwägung zu ziehen. Der Handelsminister teilte mit, daß diese Angelegenheit schon das Stadium der Erwägung hinter sich habe und daß dem Hause demnächst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde. Wie man vernimmt, beabsichtigt die Regierung Postsparkassen zu gründen, in welche Einlagen von einem Gulden aufwärts angenommen und mit drei Prozent verzinst werden. Die dadurch angesammelten Kapitalien sollen dazu verwendet werden, die Hipotekarschulden des Kleingrundbesitzes in solche mit nur vierprozentiger Verzinsung umzuwandeln. Die Verwaltung dieser Gelder soll unter Garantie des Staates der Länderbank übertragen werden. Die Postsparkassen an und für sich sind ein empfelenswertes Institut; sie haben besonders in England, wo sie zuerst entstanden, große moralische Erfolge erzielt, indem sie dem Arbeiter und kleinen Gewerbsmann Gelegenheit geben, seine geringen Ersparnisse einem sichern Institute zu übergeben und sie jederzeit wieder zurückzuerhalten. In England übernimmt jede Postanstalt solche Einlagen, und erleichtert dadurch die Ausübung des Sparsinns, indem sie den Zeit- und Geldverlust reduzirt, der sonst dadurch entsteht, daß Bewohner kleiner Ortschaften erst eine Reise in eine größere Stadt unternehmen müssen, wo sich eine Sparkasse befindet. Auch haben die heutigen Sparkassen für Arbeiter deshalb eine geringe Bedeutung, weil sie Einlagen nur von fünf Gulden an annehmen, während die englischen Postanstalten Einlagen von einem Penny an — etwa vier Kreuzern — annehmen. Indem also solche Postsparkassen — vorausgesetzt daß sie volle Sicherheit bieten, razionell verwaltet werden und auch die kleinsten Beträge annehmen — einen bedeutenden moralischen Einfluß ausüben, da sie den Sparsinn bei den arbeitenden Klassen fördern und dadurch vielleicht auch der durch das Zalenlotto erzeugten Spielwut entgegenwirken, kann ihre Gründung auch von unserem Standpunkte aus gutgeheißen werden. Wir müssen es jedoch bestreiten, daß dieselben eine volkswirtschaftliche Bedeutung in höherem Sinne haben; so lange die Einkünfte des Arbeiters unter der Herrschaft des Lohnsistems auf seinen Lebensunterhalt reduzirt bleiben, kann die größtmögliche Erleichterung des Sparen nur einen vorübergehenden und auf die besser gestellten Arbeiter beschränkten Einfluß ausüben. Denn Sparen kann offenbar nur der, der mehr

einnimmt, als er zur Befriedigung seiner notwendigen Lebensbedürfnisse braucht. Da der Arbeiter im Durchschnitte jedoch eben nur so viel einnimmt, als er notwendig braucht, so kann er nur auf Kosten seiner Gesundheit und seiner Leistungsfähigkeit sparen. Daß ein derartiges Sparen nichts weniger als vernünftig und empfehlenswert ist, bedarf keines Beweises. Allerdings gibt es kurze Perioden steigender Produkzion, in denen eine zeitweilige Steigerung der Löhne über das normale Niveau eintritt — es gibt auch einige mehr qualifizirte Arbeiten, die besser bezalt werden — für diese Fälle haben Erleichterungen des Sparens Wert, nicht aber für die Masse der Arbeiter und nicht für normale oder gar reduzirte Löhne. Wir wollen weder, daß das Institut der Postsparkassen überschätzt, noch daß es unterschätzt werde; indem wir für eine gänzliche Befreiung des Arbeiters aus den Fesseln des Kapitals eintreten, vergessen wir nicht, die Arbeiter auch auf alle jene Vorteile aufmerksam zu machen, die schon innerhalb der gegenwärtigen Klassenherrschaft eine Verbesserung ihrer Lage anbahnen können. Jene liberalen Abgeordneten, die vom Standpunkte der bestehenden Sparkassen gegen die Postsparkassen sich wendeten, verteidigten ein rein kapitalistisches Interesse, aber dasselbe taten auch manche von denen, die für die Postsparkassen stimmten, weil sie sich Hoffnung machen, die in die Postsparkassen eingelegten Gelder der armen Klassen werden wie in Belgien dazu verwendet werden, Bank- und Börsengeschäfte zu machen. Für solche Postsparkassen würden sich die Arbeiter bestens bedanken; wir wollen aber noch hoffen, daß die von den Blättern gebrachte Nachricht, die Regierung wolle die Gelder der Länderbank zur Verwaltung übergeben, unrichtig ist. Dr. Kronawetter sprach sich im Prinzip für die Postsparkassen aus, erklärte aber, daß er dagegen stimmen werde, da er zu dem jetzigen Klassenstaate kein Vertrauen habe und erwarten müsse, daß die Gelder der Arbeiter nur der Bourgeoisie zu Gute kommen. Nur einem demokratisch organisirten Staate könne er ein solches Institut bewilligen.

Am 25. Februar hat das Abgeordnetenhaus den Antrag Lierbacher's auf Herabsetzung der achtjährigen Schulpflicht in zweiter und dritter Lesung angenommen. Dabei gab es einen großen Skandal, der den Namen eines parlamentarischen wol nicht verdient. Der Abgeordnete Lienbacher sagte nämlich u. A. wörtlich folgendes: „Man hat eine Parallele gezogen, der Herr Abgeordnete Dr. Promber nämlich, mit dem Wucher- und Trunkenheitsgesetz, welche durch die achtjährige Schulpflicht entbehrlich werden sollten. Ich hätte geglaubt, zur Ehre des Schulgesetzes sei das gesagt, daß man dieses mit dem Wucher- und Trunkenheitsgesetz nicht in eine Parallele stellen sollte. Aber wenn man auch diese Parallele sich bieten lassen muß, so möchte ich doch den Herrn Abgeordneten fragen: Wo ist denn die achtjährige Schulpflicht mehr durchgeführt, als in der Residenzstadt Wien? Und hat der Herr Abgeordnete noch nie hier gesehen, wenn er zu den Linien gegangen ist, welche Wirkungen trotz achtjähriger Schulpflicht der „allerhöchste Heurige" macht? Und glaubt denn der Herr Abgeordnete nicht, daß gerade die Wucherer die besten Rechner sind?" — Diese Stelle der Rede Lienbacher's faßten die Deutschliberalen als eine Beleidigung Wiens auf — oder sie taten wenigstens so — Wiesenburg erklärte dieselbe als „gewissenlos, an Verleumdung grenzend", und Dr. Herbst provozirte einen großen Skandal, als der Präsident dem Abgeordneten Wiesenburg wegen obiger Aeußerung den Ordnungsruf erteilte. Dr. Lienbacher erklärte zwar nachträglich, daß diese Auffassung auf einem „Mißverständnisse" beruhe und daß er durchaus keine Beleidigung der Wiener Bevölkerung beabsichtigt habe; allein die Wiener liberale Presse schloß sich dem Herrn Dr. Herbst an, und brachte leidenschaftlich gehaltene Artikel gegen Lienbacher. Am 26. Februar machten Studenten der Wiener Hochschulen vor der Wohnung Lienbacher's, der jedoch schon nach Salzburg abgereist war, eine Katzenmusik, in Folge deren vierzehn Studenten arretirt und am zweiten Tage der Haft ans Landesgericht eingeliefert wurden, aus welchem sie jedoch am 1. März bereits entlassen worden sind. Wir messen zwar weder dieser Katzenmusik, noch den während der Inhaftirung der Studenten stattgefundenen Ansammlungen der Studirenden irgend welche höhere Bedeutung bei, aber als karakteristisch für die in liberalen Kreisen herrschenden Rechtsanschauungen können immerhin einige dabei ins Auge fallende Umstände gelten. Gewiß wird Niemand bei kaltem Blute im Stande sein, in der eben im Wortlaute wiedergegebenen Aeußerung Lienbacher's eine Beleidigung der anständigen Bevölkerung Wiens zu entdecken; sie ist eben nicht anderes als eine Erwiderung auf die Behauptung Promber's, der ein Trunkenheitsgesetz durch die achtjährige Schulpflicht überflüssig machen will. Und leugnen läßt sich wol nicht, daß dem „Heurigen" in Wien und den Vororten in einem Maße gehuldigt wird, das mit den Anforderungen an Intelligenz und Bildung nicht sehr harmonirt. Wir glauben auch nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß das größte Kontingent zu den Verehrern des „allerhöchsten Heurigen" jene Leute stellen, die nach Herrn Auspitz das Privilegium der politischen Reife besitzen.

Lächerlich und eine wirkliche Beleidigung der Wiener aber ist es, die Konstatirung dieser immerhin traurigen Tatsache als einen Angriff auf die Wiener Bevölkerung überhaupt aufzufassen. Wir können auch nicht glauben, daß jene Wiener Journalisten, die aus dieser Affaire eine Ehrensache Wiens machen, damit ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben, sondern wir müssen, so sehr wir das im Interesse der Journalistik bedauern, offen erklären, daß wir der Ansicht sind, man habe damit blos die Wiener Bevölkerung mißbrauchen und für die dunklen Zwecke der deutschliberalen Klique verwenden wollen.

Zum Glück ist dieser Versuch gescheitert — die arbeitende Bevölkerung Wiens hat Besseres zu tun, als sich für den „allerhöchsten Heurigen" zu schlagen und die Märzkämpfer des Jahres 1848 könnten nur mit Verachtung auf Leute blicken, welche die heilige Erinnerung an jene Tage auf solche Weise in den Kot ziehen. Nur der nazionale Fanatismus war im Stande, eine Anzal Studenten zu derartigen ebenso zwecklosen als unbegründeten Demonstrazionen zu verleiten.

Was an und für sich nach dem Ausdruck des Rektors der Wiener Universität, Professor Lorenz, eine „Dummheit" war, das hat die Ungeschicklichkeit der Wiener Polizeiorgane mit einen gewissen Märtirerschein versehen; statt die Demonstrazionen — die doch nur ein harmloses Spiel großer Kinder waren — zu ignoriren, und dadurch den Demonstranten Gelegenheit zu geben, sich zu überzeugen, daß das Volk gleichgiltig ihrem Treiben zuschaue, was das beste Abkülungsmittel für die nazionalen Heißsporne gewesen wäre, schritt die Polizei mit einer Gewalttätigkeit ein, die stark nach russischem Juchten roch. Aus einem Kinderspiel machte man schließlich eine Staatsaffaire, indem man die Demonstranten — nämlich diejenigen, die man erwischt hatte — in das Landesgericht schickte, um ihnen einen hochnotpeinlichen Prozeß an den Hals zu setzen. Und trotz dieser Anstrengungen war das Ende Null — höchstens daß noch eine Verhandlung wegen geringfügiger Uebertretungen stattfindet. Wozu war dieser Lärm, wozu das massenhafte polizeiliche Aufgebot? Fürchtet man sich denn gar so sehr, wenn sich Leute ohne Loialitätsschein auf der Straße versammeln?

Graf Taaffe sagte zu der Studentendeputazion, die sich bei ihm über das Vorgehen der Polizei beschwerte: „In einem konstituzionellen Staate darf keine Protekzion herrschen". Er wollte damit ausdrücken, daß Studenten keine andere Behandlung nach dem Gesetze beanspruchen können, als Arbeiter. Wir halten diese Zurechtweisung für verdient; wie oft wurden nicht Arbeiter in Oesterreich wegen geringfügiger Anlässe verhaftet, und obwol sie politische „Verbrecher" waren, brutal behandelt, ohne daß die liberale Wiener Presse ein Wort der Entrüstung fand. Jetzt aber, weil Leute „aus den besten Ständen", wie sich die liberalen Blätter ausdrückten, verhaftet wurden, regnete es Artikel voll der sittlichsten Entrüstung über die Barbarei unserer Behörden. Abgeordnete, Professoren, Deputazionen setzten sich in Bewegung, um die Behörden zu veranlassen, ungesetzlich zu handeln. Denn um die Behörden zu bitten, das Gesetz anzuwenden, sind die Herren doch nicht zum Polizeipräsidenten, zum Landesgerichtspräsidenten und zum Ministerpräsidenten gegangen? Was wir aber aus den Zeitungen über die Behandlung der Studenten erfahren haben, hat uns nur gelehrt, daß die Herren nicht als Sozialisten betrachtet wurden — denn sonst würden sie eine andere Behandlung erfahren haben, welche, brauchen wir wol nicht zu sagen. Unter den vierzehn Inhaftirten, die die Ehre Wiens durch eine Katzenmusik erhöhen wollten, befanden sich merkwürdiger Weise nur drei Wiener — sehr sonderbar fürwahr!

Am 6. März wurde die akademische Lesehalle an der Wiener Universität durch ein Statthaltereidekret für aufgelöst erklärt. Anlaß dazu war das vorher von der Polizei untersagte Absingen des Liedes: „Deutsche Worte hör' ich wieder" beim Lessingkommers.

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer hat für den Monat März eine Enquete über die neue Gewerbeordnung angeordnet, zu der sowol Korporazionen der Arbeitgeber als der Arbeiter eingeladen werden sollen. Hauptsächlich werden Fragen gestellt über das Genossenschaftswesen, die Haftpflicht und die Hilfskassen. — Der Gewerbeverein in Brüx, aus „Liberalen" bestehend, hat in einer Resolukzion über die Gewerbeordnung ausgesprochen: „Er protestirt feierlichst dagegen, daß die „wolerworbenen" Rechte des gewerblichen Steuerzalers zur Heilung sozialistischer Schäden geopfert werden sollen und spricht sich entschieden gegen die aus der Regierungsvorlage ersichtliche Verquickung der Arbeiterinteressen mit denen der selbstständigen Gewerbetreibenden aus."

Nachdem die Statuten des oberösterreichischen Bauernvereines nochmals zurückgewiesen und ein drittes Mal mit den verlangten Abänderungen eingereicht worden waren, sind dieselben endlich genehmigt worden; am 19. März findet die konstituirende Versammlung in Linz statt. — Am 20. März wird ein niederösterreichischer Bauerntag in Wien stattfinden.

Genosse Leo Frankel, Redakteur der „Arbeiter-Wochenkronk" wurde am 3. März von dem Schwurgerichte in Budapest wegen Veröffentlichung eines Artikels: „Druck erzeugt Gegendruck", in welchem auch ein in Deutschland massenhaft verbreiteter Aufruf „An die Brüder in der Kaserne" abgedruckt war, schuldig gesprochen und zu 18 Monaten Staatsgefängnis und 600 fl. Geldstrafe nebst Ersatz der Prozeßkosten verurteilt. Leo Frankel meldete dagegen die Nichtigkeitsbeschwerde an und bleibt gegen Bürgschaft zweier Pester Bürger vorläufig auf freiem Fuß. — Die in Preßburg erscheinende Zeitschrift für Sozialökonomie, der „Zeitgeist", wurde auf Befel der Staatsanwaltschaft eingestellt, weil dieselbe angeblich politische Artikel veröffentlichte.

Bismarck setzt seine Tätigkeit als Revoluzionär wider Willen mit stets wachsendem Eifer fort. Als neulich der ehemalige preußische Finanzminister Camphausen gegen die jetzige Bismarck'sche Steuerpolitik im Abgeordnetenhause des preußischen Landtages eine Rede hielt, erwiderte ihm der Reichskanzler mit einer Flut von Beschimpfungen, in der er Camphausen für alle Sünden der Siebziger-Jahre verantwortlich machte, ihm Ignoranz &c. vorwarf. Nicht lange darnach zwang er den bisherigen preußischen Minister des Innern, Grafen Eulenburg, den Verfasser des Sozialistengesetzes, durch eine Insulte im Herrenhause zur Demission. Bismarck hat offenbar noch zu wenig Feinde. — An den deutschen Reichstag wurde ein Rechenschaftsbericht über die Handhabung des Sozialistengesetzes übergeben, in welchem die Reichsregierung zugesteht, daß trotz des drakonischen Gesetzes die sozialistische Bewegung zunimmt. Wir kommen auf diesen Bericht in der nächsten Nummer zurück.

Die Auswanderung aus dem deutschen Reiche nach überseeischen Ländern aus deutschen Häfen und via Antwerpen betrug im Jahre 1880 nach amtlicher Feststellung 106.191 Personen, darunter 63.778 männliche. Von diesen gingen allein nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika 103.116 Personen; die übrigen gingen nach Britisch-Nordamerika, Brasilien &c. Das Jahr 1880 gehört danach zu denen mit stärkster Auswanderung und wird im letzten Jahrzehnt nur vom Jahre 1872 übertroffen. Die Zalen der in den letzten zehn Jahren Ausgewanderten betrugen nämlich: 1871 75.912, 1872 125.650, 1873 103.638, 1874 45.112, 1875 30.773, 1876 28.368, 1877 21.904, 1878 24.210, 1879 33.327, 1880 106.191 — also in zehn Jahren 595.092 Personen. Auch in diesem Jahre dürfte die Auswanderung wieder eine sehr starke werden; es geht dies wenigstens aus den Berichten, die aus den verschiedensten Gegenden des Reiches einlaufen, sowie auch daraus hervor, daß im Monate Jänner allein via Hamburg zirka 2500 Personen auswanderten. Die Gründe für die starke Auswanderung sind naheliegende: traurige Erwerbsverhältnisse, Steuerdruck, Militärlasten. Dabei ist aber wol zu berücksichtigen, daß alle diese Auswanderer wenigstens noch etwas besitzen, was der Heimat verloren geht, ganz abgesehen davon, daß diese Personen mit ihrer Arbeitskraft die Konkurrenz der neuen Welt mit der alten Welt verstärken.

Am 27. Februar fand in Paris zur Feier des 80. Geburtstages V. Hugo's eine große Demonstrazion statt; der drei Stunden dauernde Zug der Deputazionen, Vereine &c. zälte über 100.000 Menschen.

In Saint-Denis wurde bei der jüngst stattgefundenen Ergänzungswal in die Deputirtenkammer statt des bisherigen Deputirten T., Intimus, der wegen Teilnahme am Kommuneaufstande zu lebenslänglicher Deportazion verurteilte und amnestirte Roques gewält.

Die Zwangsbill für Irland wurde vom Unter- und Oberhause angenommen und von der Königin sankzionirt. Die revoluzionäre Bewegung in Irland tritt aber ebenfalls bereits in immer greifbareren Formen an's Tageslicht. Bearec, Gerichtsregistrator zu Ballinrode in Irland, wurde am 1. März auf offener Straße ermordet. Der Mörder entwischte — berichtet der Telegraf ganz lakonisch. Am 28. Februar nachts wurden auf Scott, Großkonnetable von Tyrwilly, während er im Bette lag, fünf Schüsse durch das Fenster abgefeuert, dieselben trafen aber nicht. Der Landagent des Mr. de Montmorency wurde ebenfalls erschossen. Der Vizekönig von Irland erließ eine Proklamazion, nach welcher neue Grafschaften unter die Bestimmungen der Zwangsbill gestellt werden. Der englische Kriegsminister hat ein Armeereformgesetz im Parlamente eingebracht, aus dem als wichtigste Bestimmung die Abschaffung der körperlichen Züchtigung zu erwähnen ist. — Am 28. Februar haben die Engländer neuerdings eine Niederlage durch die Boers in Südafrika erlitten. Verstärkungen sind dorthin abgegangen; gleichzeitig sind aber auch Verhandlungen mit den Boers wegen eines Friedensschlusses eingeleitet worden. Nachdem der gegenwärtige englische Premierminister seinerzeit entschieden sich gegen die Annexion des Boerlandes ausgesprochen hat, dürften diese Verhandlungen wol auf eine Unabhängigkeitserklärung der Boers hinauslaufen.

Aus Parteikreisen.

Genossen Andreas Vogelgruber wurde die Rückkehr nach Wien bis auf Widerruf gestattet.

Leoben. Der in letzter Nummer erwähnte Denunziant Wissiak von Knittelfeld, der infolge Einschreitens der Arbeiter in Knittelfeld entlassen wurde, und in Zeltweg Arbeit fand, wurde auch in letzterem Orte entlassen, nachdem die Arbeiter erklärt hatten, daß sie mit ihm zusammen nicht arbeiten. Auf der Wegreise von Zeltweg mußte er auf Verlangen der Mitreisenden das Eisenbahn-Kupee verlassen als dieselben erfuhren, wer dieser Mensch sei.

Aus **Böslau** wird uns mitgeteilt, daß dem Schuhmachergehilfen Friedrich Rydel von seinem Meister Herrn Franz Schimmer streng verboten wurde, unser Organ „Die Zukunft" zu lesen. Und da derselbe sich Nummer 34 an seine Adresse senden ließ, so mußte er das Blatt sofort im Auftrage seines Meisters vernichten. Wir glauben, nichts hinzufügen zu müssen, um diesen Herrn „Meister" der Lächerlichkeit preiszugeben.

Nunburg. Die Leser der „Zukunft" werden glauben, daß hier der Himmel voller Geigen hängt, denn lange Zeit haben wir nichts von uns hören lassen; dem ist aber nicht so. Es war hier unlängst ein Turnerball, wobei die gnädige Frau des Herrn Julius Pfeifer, wie auch einige Mädchen aus dessen Fabrik erschienen waren. Die gnädige Frau hatte dabei nicht ihre ganze Noblesse aufgeboten, wahrscheinlich weil auch für sie die Zeiten so schlecht sind oder will sie den Arbeitern mit guten Beispiel voran gehen, daß man sparen muß, wenn man Fabriken und Paläste bauen will? Einige Mädchen aber

haben dies nicht verstanden und hatten sich über ihren Stand getragen, so daß die gnädige Frau dadurch verdunkelt wurde (anbei muß ich bemerken, daß von den Arbeitern keiner eine gesehen hatte, welche weniger anspruchslos hätte erscheinen können) und so etwas sollte sich die gnädige Fabriksbesitzers-Frau gefallen lassen? Nein und abermals nein! Das muß gerächt werden. Und wirklich, als der nächste Zaltag kam, erhielt jedes Mädchen um 50 kr. weniger Lohn, nebst Abrechnung aller Feiertage. Daß unter solchen Umständen die Anhänger des Sozialismus nicht weniger werden, brauche ich wol nicht erst zu sagen, obwol man von der großen Masse heute nichts anderes hört als: „Nieder mit den Fabriken, nieder mit den Maschinen", als wenn den Arbeitern damit geholfen wäre, abgesehen von der trostlosen Lage, welche dadurch herauf beschworen würde, da die Hälfte der Erzeugnisse, welche heute die Menschheit konsumirt, nicht ohne Maschine geliefert werden können. Gesetzt den Fall, die Arbeiter wären so einfältig und schlugen alles zusammen, wie sie sich ausdrücken, keine fünf Jahre würden vergehen und wir stünden gerade so wie heute, wenn nicht schlimmer; denn Jeder, welcher halbwegs ein Kapital besäße, dächte, nun wäre die Zeit wieder gekommen, (da man alles vernichtet hat) wo sich etwas machen ließe. Also Arbeiter, ihr seht damit ist es nichts; um Not und Elend aus der Welt zu schaffen, müssen andere Mittel angewendet werden und diese lehrt allein der Sozialismus. Alles andere ist lauter Zauber.

Mehrere Arbeiter.

Teplitz. Schon lange ist nichts von der Teplitzer Arbeiterbevölkerung in die Oeffentlichkeit gedrungen und es werden somit viele denken, daß es gut und friedlich in den Mauern unserer Stadt zugeht, doch ist es dem nicht so; die Arbeiter haben dieselbe Notlage wie wo anders, und ist besonders der Kleingewerbende nicht mehr im Stande, dem Drucke des Großkapitals zu widerstehen, massenhaft die Reihen des Proletariats füllend, in das sie hinabsinken.

Wer halbwegs ein Beobachter ist, wird sehen, daß hunderte bleiche und abgemagerte Gestalten im Laufe des Tages die Straßen durcheilen und was suchen sie? Arbeit! Finden sie auch das viel Ersehnte? Nein ist die Antwort auf diese Frage, denn als Beweis dessen, sieht man dieselben Personen trauriger und trostloser denselben Weg zurückkehren, den sie vorhin genommen haben, denn nur Wenigen ist das Glück beschieden, Arbeit zu finden. Was tun die Männer und Weiber, die keine Arbeit gefunden haben? Sie gehen hungrig nach Hause, wo sie mit den Ihrigen in einem elenden Dachzimmer oder in einem Kellerraume wohnen, um das letzte Notwendige, in das Versatzamt zu tragen, um für den Erlös Brod zu kaufen, damit die Kinder für den Augenblick dem Hungertode entrissen, nicht ahnend, daß sie den andern Tag, aller Existenzmittel beraubt, in ihre Heimatsgemeinde wandern müssen. — O, ihr Armen, wann wird Euch der Früling blühen? —

Ist es aber auch ein Glück Arbeit zu finden? Nein und tausend Mal nein! Um jeden Lohn müssen die Bedauernswerten Arbeit annehmen, die ihnen geboten wird. Der Lohn ist so niedrig, daß sie nicht im Stande sind, bei harter Arbeit das Notwendigste für sich und ihre Familie zu beschaffen; die Folgen davon sind, daß sie durch Ueberarbeiten und Darben frühzeitig in das Grab sinken; die Kinder sind Waisen geworden!

Gibt es denn keinen Weg aus diesem Jammertal? Habt Ihr Euch noch nicht diese Frage vorgelegt? Lernet denken, dann werdet Ihr finden, woran die Schuld liegt und wie diesem Uebelstande abzuhelfen ist. Aus diesem Grunde müßt Ihr Euch vereinigen, Männer der Arbeit, und nach Wissen streben, die Gelegenheit ist da — es ist in Teplitz ein Arbeiter-Bildungsverein, der den Zweck hat, seine Mitglieder in geistiger Beziehung auszubilden. Tretet daher dem Vereine bei und helft den edlen Zweck mit erfüllen, damit Ihr Euch selbst erkennt, lernet, daß Wissen Macht ist und Macht zum Siege führt.

Euch Arbeitsmännern, die Ihr geistig schon vorgeschritten seid, will ich ein ernstes Wort zurufen, haltet fest zusammen, legt jede persönliche Reiberei und jedes Vorurteil bei Seite, belehrt Eure Mitarbeiter, laßt Euch nicht durch Drohungen einschüchtern, verachtet jene Leute, die Euch schmeicheln und Euer Vertrauen mißbrauchen, denn das Faule im Stamme muß ausgerottet werden, wenn der Baum groß und stark werden soll.

Josef Michel.

Wöslau, 7. Februar. (Ausdrücke eines gebildeten „Seelsorgers".) Man sollte nicht glauben, daß in einem so „vielstudirten" Kopf eines Seelsorgers Gedanken Platz greifen könnten, welche ihn zu so gemeinen Ausdrücken führen. —

Am 6. d. M. ging ein Arbeiter zu dem Wöslauer Seelsorger und meldete für Nachmittag eine Taufe seines Kindes an. Der Pfarrer fragte um den Namen und schrieb ihn ein, ferner fragte er den Arbeiter ob er verheiratet sei, welches der Befragte verneinte. Darauf schrie ihn der „hochwürdige Herr" an: „Schaun's, daß Sie weiter kommen". Als sich der Arbeiter ohne Widerrede entfernte, schrie er ihm noch nach: „Schämen Sie sich nicht, Sie Saukerl". — Also, solcher Ausdrücke bedient sich eine Person, welche sich für berufen hält, die Nächstenliebe zu predigen. (Wir können nur unsere Verwunderung ausdrücken, daß der Arbeiter diese Insulten so ruhig hinnahm. Die Red.)

F. N.

Wien. Montag den 14. Feb. fand in Fünfh., Turnergasse 9, eine freie Versammlung der Angehörigen der Genossenschaft der Weber statt. Die Tagesordnung bildeten zwei Punkte: 1. Genossenschaftsangelegenheiten, 2. Regierungsvorlage einer neuen Gewerbeordnung. Bei Behandlung des zweiten Punktes wurden zwei Resoluzionen eingebracht, die erstere vom Referenten war für das Abgeordnetenhaus bestimmt, die Gegenresoluzion ist diejenige, welche bei der Versammlung beim Zobel angenommen wurde. Bei der Abstimmung ist erstere gegen drei Stimmen angenommen worden.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Sonntag den 16. Jänner l. J. fand im Gasthause des Herrn Wagner, Gumpendorferstraße, die zweite diesjährige Generalversammlung des Fortbildungs- und Krankenunterstützungsvereines der Färber Wiens statt. Vorsitzender: Jakob Kobes, Schriftführer: A. Greiner. — 1. Geschäftliche Mitteilungen. Greiner gibt bekannt, daß die Einnahmen der Krankenkasse sich auf fl. 893.56, die Ausgaben auf fl. 421.92 beliefen, daher der Kassastand Ende Dezember fl. 747·87 betrug. Die Einnahmen der Fortbildungskasse waren fl. 91·89, die Ausgaben fl. 43·71, Kassastand Ende Dezember fl. 48·18. Nachdem vorstehender Ausweis von der Kontrole bestätigt, wurde er von der Versammlung genehmigt. — 2. Neuwal des Ausschusses. Jakob Kobes, Obmann, Johann Virilli, erster, Josef Raiman, zweiter Obmann-Stellvertreter, Karl Witsch, erster, Josef Zikmundofsky, zweiter Schriftführer, Phillipp Leitgeb, Leopold Rambarter Albert Thomaschek, Peter Krenmler, Franz Rammer und Anton Ball, Ausschußmitglieder; Moriz Rücker, Ludwig Haidut und Alois Greiner, Kontrole. 3. Vereins- und Arbeiterangelegenheiten. Kobes sagt, daß Mitte Februar eine chemische Versuchsstazion ins Leben treten wird, erörtert die Vorteile, welche dadurch besonders den jüngeren Färbern erwachsen und empfiehlt dieselbe, damit selbe zalreich besucht wird. Schenk und Virilli schließen sich den Ausführungen des Vorredners an, und betont namentlich Letzterer, daß die Gehilfen in dem damaligen Fachverein es waren, welche zuerst um eine derartige Versuchsanstalt einschritten und beinahe 10 Jahre brauchten die Prinzipale um einzusehen, daß es auch für sie nützlich sei, wenn sie tüchtig geschulte Arbeiter haben. — Nachdem noch einige Redner für die Beteiligung gesprochen, wird der Antrag Drucker's, Schluß der Debatte angenommen. — 4. Anträge und Interpellazionen. Böhm als Ausschußreferent beantragt, von heute an die Einzalung von 12 kr. per Woche und die Auszalung von 6 fl. Krankengeld. — Nachdem der Antrag von Kobes und Schenk unterstützt wird, wurde er mit Einstimmigkeit angenommen. — Der Antrag Virilli's, 500 fl. als Reservefond liegen zu lassen, wird angenommen. Der Antrag Rammer's: Färber, welche das 50. Lebensjahre überschritten haben, in den Verein aufzunehmen, wird wegen vorgerückter Stunde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. — Kobes dankt dem abgehenden Ausschusse für seine Mühe und ersucht den neuen, seine Pflicht zu tun.

Alois Greiner, Schriftführer.

Brünn. Der allgemeine Arbeiter-Bildungsverein hielt Sonntag den 16. Jänner seine Generalversammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung vom 25. Juli 1880 berichtet Herr W. Wagner für die Finanzsekzion über Ein- und Ausgaben des abgelaufenen Vereinshalbjahres, wonach ein Kassestand von 19 fl. 32 kr. verbleibt; sodann berichtet Herr B. Kunze für die Unterrichtssekzion: Unterricht in englischer Sprache wurde von Herrn Prof. Kopetzky erteilt, der Sängerbund wirkte bei fünf öffentlichen Produktionen mit, das Sängerarchiv besitzt 300 Köre, die Bibliotek 300 Bände (in diesem Halbjahre wurde dieselbe um 27 Bände, teils gekauft, teils gespendet, vermehrt). — Nach erfolgter Berichterstattung wurde die Ergänzungswal des Ausschusses vorgenommen. Gewält wurden: Th. Indra, Obmann, Josef Wagner, Obmann-Stellvertreter, Ant. Lorenz, Kassier-Stellvertreter; Ausschußmitglieder: C. Prokop, C. Dundela, Alb. Sedlacek, F. Löw, Ed. Schleisinger, A. Schramek, M. Schäffer, Anton Peschina, Katon und A. Reschny; Revisoren: A. Peschina, A. Schramek und J. Jellinek.

C. Prokop, Schriftführer.

Römerstadt. Am 23. Jänner wurde im Saale des dem Herrn Dr. Karl Heese gehörigen Gasthauses in Römerstadt die zweite Hauptversammlung der allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse abgehalten. — Die Versammlung wurde nachmittags 3 Uhr von Herrmann Wanke eröffnet; nach Publikazion des Versammlungsprotokolls vom 18. Juli 1880 durch Joh. Spitzer spricht der Vorsitzende über den ersten Punkt der Tagesordnung: Zweck und Nutzen der Arbeiter-Krankenkassen im Allgemeinen. — Ueber den zweiten Punkt, Rechenschaftsbericht, referiert Wilhelm Strauch als Rechnungsführer, der Vorsitzende in Vertretung des Kassiers und Robert Blaschke für das Revisionskomitee. — Beim dritten Punkte, Wal des Obmannes und des Ausschusses, wurden folgende Personen ins Skrutinium gewält: Florian Kneifel, Adolf Negratschker, Adolf Nießner, Josef Julge, Josef Dittrich und A. Siebert. — Die Wal des Ausschusses und der Funkzionäre ergab als Resultat: Hermann Wanke, Obmann, Gustav Kosch, Obmann-Stellvertreter, Johann Spitzer, erster und Anton Siebert, zweiter Schriftführer, Adolf Negratschker, Kassier und Wilhelm Strauch, Rechnungsführer; Edmund Schmidt, Franz Herrmann, Moriz Kittel, Karl Kindermann, Franz Frank, Josef Schnitzler, Anton Ottbrich, Josef Laumann, Robert Dreerler, Robert Blaschke, Adolf Nießner, Daniel Frömel. — Beim vierten Punkt wurden folgende Personen zu Revisoren gewält: Alois Pehacek, Alexander Sahanek, Ludwig Klein, Heinrich Ehrenfest. - Hierauf stellt Rob. Blaschke den Antrag, es möge beschlossen werden, daß die Dienstherrn die Ermächtigung erhalten, das für einen Dienstboten gelöste Mitgliedsbüchel im Falle derselbe den Dienst verläßt, auf einen folgenden Dienstboten zu übertragen. Dieser Antrag wird als entgegen den Bestimmungen der Statuten abgelehnt und da keine weiteren Anträge gestellt werden, so wird die Versammlung, für welche Begrüßungsschreiben von Freudenthal, Jägerndorf und Wien eingelangt waren, vom Vorsitzenden geschlossen. — Abends fand Festunterhaltung im selben Lokale statt, wovon die von Herrn Wanke gehaltene Festrede mit Beifall aufgenommen wurde, wobei derselbe zugleich mitteilte, daß das noch disponible Reinerträgnis vom Fest dem Unterstützungsinstitute zugeführt werde. Die Unterhaltung war eine animirte und da zur Abwechslung Komplets, Lieder und Tenorstücke vorgetragen, sowie bei Klavierbegleitung getanzt wurde, so fand das Fest erst nach Mitternacht sein Ende.

Wilh. Strauch, Rechnungsführer.

Kindberg. Sonntag den 23. Jänner fand hier um halb 5 Uhr Abends die ordentliche halbjährige Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines statt, und zwar mit folgender Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des verflossenen Halbjahres. 2. Wal des Präsidiums und des Ausschusses. 3. Vortrag über Zweck und Nutzen der Vereine und 4. Anträge und Interpellazionen. — Obmann Ederer eröffnet die Versammlung mit der Verlesung der Tagesordnung und gibt bekannt, daß Herr And. Prinzitel, Gemeindekommissär, als Vertreter der Regierung hier anwesend sei und fordert den Kassier Schidinger auf, Rechenschaft abzulegen. Derselbe berichtet über 85 fl. 68 kr. Einnahmen und 69 fl. 79 kr. Ausgaben und meldet zugleich einen Kassastand von 15 fl. 89 kr. Die Revisoren J. Wurmbrand und J. Schulz bestätigten den Bericht für richtig.. — Nun folgten die Berichte der verschiedenen Sekzionen, wovon die bei der Monatsversammlung am 12. Dezember neu eingeführte Festsekzion nennenswert ist, welche schon schöne Fortschritte macht und bereits Resultate ihrer Leistungen zu verzeichnen hat. Dieselbe besteht aus 8 Mitgliedern und hat ihre eigenen Funkzionen, welche unter dem Kommando des Vereinsausschusses stehen. Mitglieder der Festsekzion sind: Johann Ederer, Obmann; Franz Meßinger, Kassier; Pet. Hofer, Schriftführer und J. Wurmbrand, J. Schulz, F. Ramskogler, J. Lalle. — Nun wurde zum 2. Punkt geschritten und es ergab die Wal folgendes Resultat: Johann Ederer, Obmann; Franz Maßinger, dessen Stellvertreter; Ferdinand Nitsche, Kassier; Johann Tutter, dessen Stellvertreter; Karl Nichl I. und Peter Hofer II. Schriftführer. Zu Ausschüsse: Karl Schmidinger, Karl Raninger, Franz Ritter, Franz Ramskogler, Gotthard Nitsche, Lukas Skuby. Als Ersatzmänner: Karl Geyer und Josef Heinrich. Nach Schluß des 2. Punktes ergreift der wiedergewälte Obmann Ederer und Ferd. Nitsche zum 3. Punkt das Wort und legten in sehr gediegener Rede den Zweck und Nutzen der Arbeitervereine dar. Nun wurde noch zum 4. Punkt geschritten, zu welchem mehrere Anträge gestellt und angenommen wurden, welche meist den betreffenden Sekzionen zur Ausarbeitung zugeteilt wurden. Die Neuwal der Sekzionen, mit Ausschluß der Festsekzion, welche auf ein Jahr gewält wurde, findet bei der nächsten Versammlung statt. Nun folgte noch eine kurze, jedoch gut gesetzte Agitazion an die Mitglieder, sowie an sämmtliche Arbeiter durch den Obmann, worauf die Versammlung, welche eine gute Stimmung unter den Mitgliedern hervorgerufen, durch den Obmann um 3/4 7 Uhr geschlossen wurde.

Peter Hofer, Schriftführer-Stellvertreter.

Steyr. Samstag den 8. Jänner 1881 hielt der allgem. Arbeiter-Verein für Steyr und Umgebung seine ganzjährige Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses und der Sekzionen. 2. Neuwal des Ausschusses und der Funkzionäre. 3. Anträge und Interpellazionen. Zum 1. Punkte berichtet der Vorsitzende Obmann Vögerl über die Tätigkeit des Ausschusses. Finanzsekzion: Einnahmen im Laufe des Jahres 1880: 273 fl. 84 kr., Ausgaben 246 fl. 48 kr., somit verbleibt ein Kassastand von 27 fl. 36 kr. Einschreibesekzion: Gegenwärtiger Mitgliederstand beträgt 4 Ehren-, 17 unterstützende und 25 aktive Mitglieder. Unterrichtssekzion: Im verflossenen Jahre wurden abgehalten: 90 Unterrichte im Schön- und Rechtschreiben, Geometrie, Rechnen, deutscher Sprache und Gesang. Weiters 6 Vorträge und Vorlesungen. Die Kontrolssekzion bringt zur Kenntniß, daß die ganze Vereinsgebahrung in Richtigkeit ist. Punkt 2: Die Neuwal ergab folgendes Resultat: Vögerl, Obmann; Perlornig und Wesiag, Stellvertreter; Schwerak und Handl, Schriftführer; Watzek, Kassier; Perko, Rechnungsführer; Oman und Hartmann, Bibliothekare; Fellinger, Sopouch, Kierer, Pocek, Zelber, Duschek, Lebhart und Ruttinger, Ausschüsse. Kontrolssekzion: Pacovsky, Schachesleitner und Auer. Zum letzten Punkt: Anträge und Anfragen wurde beschlossen, daß die Reiseunterstützung per 50 kr. an durchreisende Mitglieder eines Vereines gleicher Tendenz bei Genossen Franz Vögerl, Berggasse 20, verabfolgt wird.

Aus diesem Berichte ist zu ersehen, daß im Verhältnisse der hier beschäftigten Arbeiterzal der Mitgliederstand des Vereines ein sehr geringer ist und diese Teilnahmslosigkeit zumeist den hiesigen mißlichen Arbeitsverhältnissen zuzuschreiben, da die Arbeitszeit fast durchgehends eine 12stündige und das sogenannte nach Feierabend arbeiten noch sehr gebräuchlich ist. Aber dennoch Arbeiter von Steyr! Ermannt Euch, kommt zur Erkenntnis Eurer Klassenlage und schließt Euch dem Vereine an, denn nur durch die Vereinigung könnt Ihr Eure Lage verbessern. Zugleich fordern wir die dem Vereine treu gebliebenen Genossen auf, rastlos auf den betretenen Wege vorwärts zu schreiten und sich durch keinerlei Verfolgungen und Maßregelungen abschrecken zu lassen. Arbeiter! haltet an den Worten treu: „Bildung macht frei! Einigkeit stark!"

Franz Schwerak, Schriftführer.

Laibach. Sonntag den 23. Jänner hielt der hiesige Arbeiter-Bildungsverein seine ganzjährige Generalversammlung ab. — Der erste Punkt bildete die Verlesung des Protokolls und Referate der Sekzionen. Kassier berichtet über fl. 156·79 Einnahmen, über fl. 134·53½ Ausgaben, bleibt Saldo fl. 23·25½. Der Bibliotekar berichtet über 150 Bände und Broschüren. — Die Wal ergab folgendes Resultat: Ferdinand Tuma, Obmann, Max Serkol, dessen Stellvertreter, Karl Tekaue, Schriftführer, Viktor Honigsmann, Kassier, Michael Keber, Rechnungsführer; Kuman und Burkovic, Ausschußmitglieder. Nach der Wal sprach der Obmann dem abtretenden Ausschuß für seine wirkungsvolle Tätigkeit im verflossenen Vereinsjahre seinen Dank aus. — Die Genossen Sturm und Tuma munterten die Mitglieder auf, sie mögen nach ihren Kräften trachten, das Vereinsleben noch viel reger zu gestalten.

Karl Tekaue, Schriftführer.

An die Parteigenossen!

Die menschenunwürdigen Verhältnisse in der Weberbranche nötigen mich, von der Herausgeberschaft unseres Zentralorgans „Die Zukunft" zurückzutreten; meine Pflichten aber, der „Zukunft" in jeder Beziehung nützlich zu sein, werde ich zu jeder Zeit erfüllen.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

Eingesendet.

Floridsdorf, 8. März.

Geehrter Genosse!

Ersuche freundlichst um Aufnahme folgender Zeilen: Indem seit längerer Zeit sehr viele Unzukömmlichkeiten der Post vorkommen, so kann ich es nicht unterlassen, folgende Anfrage auf diesem Wege zu tun, um zur Ueberzeugung zu gelangen, ob nicht in dem angeführten Falle etwas Aehnliches vorliege.

Im Oktober v. J. abonnirte ich mich auf das in Budapest erscheinende Arbeiterblatt „Der Wegweiser" und erhielt durch das ganze Quartal anstatt 13 nur 6 Nummern. Da ich selbes Blatt unter Kreuzband bezog, so dachte ich mir, daß selbes von der Post anstatt dem Adressaten, der Polizei abgeliefert werde, welche Tatsache schon oft genug vorgekommen ist; auf meine Reklamazion erhielt ich ebenfalls keinen Bescheid.

Im Jänner d. J. abonnirte ich dasselbe Blatt, welches jetzt „Der Osten" heißt, und zwar unter der Bedingung, daß mir selbes unter Kuvert gesendet werde und seit meinem Abonnement erhielt ich erst eine einzige Nummer und noch dazu unter Kreuzband.

Da ich trotz dreimaliger schriftlicher Anfrage noch immer keine Antwort erhielt, so ersuche ich die Expedizion des genannten Blattes, mir endlich den Grund der Nichtzusendung bekannt geben zu wollen, denn ich bin nicht gesonnen, mein Geld umsonst auszugeben.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Wilhelm Till.

Ausweise.

Nr. 89.

Für die Familien unserer verurtheilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Homo 10.—, Rockstroh 20, ist lateinischen Bettlermut trauen K. L. 30, Arbeiter der Fabrik Arnold Trebitsch 60, W. B. 20, ein Hutmacher 30, Silberstein 20, Dilluk, Inzersdorf 40, Doppelliter 1.05, Tischgesellschaft in Dunkel's Gasthaus 1.45, Bodemann 20, Futschik 20, mehrere Silberarbeiter 1.—, B. 1.—, von dem Sklaven, wenn er die Fesseln bricht, ein freier Mann erzittert nicht 2.—, Werkstätte Cöln und Uzel 2.27, die Roten von der Landstraße 1.20, Schneiderfachblatt Nr. 2 55 und Nr. 3 4.47, Luber, Eisenerz 30, Tischgesellschaft in Teplitz 54, Abendunterhaltung, Teplitz 90, Jos. Blümel, Fabrikant 2.—, Genossen Oberleutensdorf 1.75, Brodina 50, Genossen Dornbirn 2.60, Hinterleitner 40, die Roten am Neubau 4.20, Arbeiter bei Krassa 1.—, die roten Spengler am Neubau 1.10, die roten Zwillinge 25, K. M. 25, durch Jira 1.58, Bitsch 20, Gesellschaft für Menschenrechte 2.—, Töchter Hampel, Fabrik Böhm 15, Hutic 20, die Kämpfer für Freiheit und Licht, vergessen die roten Schneider nicht 1.50, Augustin Kohout nova Kdyne 1.—, von einer Wittfrau für Kinder der Inhaftirten 70, Herr Lichtblau 10, H. Hausknecht 10, Bodemann 20, Futschik 20, unser Michel hat alleweil ka Geld durch Wagner 3.—, Salzbauern 30, Schlecht 10, R M. 16, Nachtrag vom Burgtheater 23, Erbinger 10, Ettschka 60, Führer 20, Rucicka 20, Steinmetzgehilfen, Rathausbau 3.30, roter Anton 19, M. D. J. wir verlassen unsere Avantgarde nicht 8.—, Unionisten, Hernals 3.35, Unionisten, Landstraße 1.03, Klaviaturfabrik, Schmidmeier 91, Heinisch und Neumeier 50. Ludwig Rampel 1.20, Müller 2.—, Nr. 523 1.—, Genossen Freudenthal 5.—, Genossen, Patek 1.65, Alois und Franz 20, Genossen beim Wochem 66, wir verlassen unsere Avantgarde nicht 1.—, die Hochroten im 7. Bezirk 3.85, die Nachlässigen vom Fleischmarkt 2.—, Rest von K. durch Zimram 1.—, Färberei Klauser 94, Pitsch 30, Tischgesellschaft von den Färbern 1.05, Sch. für Gemaßregelte 3, Post 70, Stanko 20, Lenz 20, Leucher 40, die Roten im Häuserl am Wald 1.30, J. K. Schüttenhelm 22, einen Kreuzer kann man leicht entbehren, viele können einen ernähren 1.83, die Roten am Neubau 2.44, tierische Fantasten 50, Riemer und Sattler bei Herrn Müller, Praterstraße 1.50, Genossen bei Dübel 6.10, Schwarzer 10, Baumgartner 10, Pauly 10, Swikosky 10, Sander 10, Wlasak 10, Nowotny 10, Zikmunda 10, Semin 10, Veronika 10, Wandl 15, Pocha 5, Jampilek 5, Chaloupka 6, Jungnickel 10, Dawid 10, Patek 10, Woudrak 10, Schilhan 20, Paulischko 10, Fleck 10, Uher 10, Wacha 10, Trnka 10, Kreici 20, Kastens 10, Bunder 5, Rehak 10, Herold 10, Teim 10, Kotzian 10, Siegerth 10, Balik 20, Wach 20, Zuza 10, Dworzak 10, Zwiwelhofer 10, Fabro 10, Lukas 10, Hartwig 10, Hofmann 10, Goutier 10, Beranek 10, Beck 10, Wodenka 10, Benes 10, Kindermann 10, Weigel 10, Müllschanz 10, Webr 4, Treutnar 5, Lasek 5, Tudek 5, Barbocka 10, Trojar 15, Truka 10, Dach 10, Pipl 15, Brasda 10, Kwapil 10, Demlinger 20, Gürlich 10, Leonhard 10, Weingerl 10, Leberbauer 10, Mott 5, Franz 5, Wörnher 5, Wank 7, Nachold 4, Klinkuht 5, Nipka 5, Zeleny 10, Kolmann 10, Klazar 5, Chlanda 5, Eda 5, Stürzel 5, Straka 5, Galloppi 20, Mascha 10, Bandis 10, Wagner 10, K. 5, K. 5, Goldbach 4, Kalina 10, Maier 5, Rech 5, Pauschenwein 14, Hausmeister 30.

Summe 120 fl. 45 kr

Berichtigung.

In letzten Ausweise für die Familien der Inhaftirten soll es richtig heißen, anstatt: „die Arbeiter der Fabrik Hieß u. Böhm" — „Franz Hieß und Söhne"; statt „einige Arbeiter der Fabrik Arnold" — „Arnold Trebitsch"; statt „Laibacher Genossen 2.30" — „Motto: Wenn wir auch bei Unterhaltung sind, vergessen wir die Inhaftirten nicht. Tischgesellschaft beim Gusi Siska bei Laibach"; ferner statt „Genossen Floridsdorf 1.30" — „Genossen Floridsdorf 1.50", die Gesammtsumme ist jedoch richtig.

In Graz sind für die Familien der Inhaftirten eingegangen: Genossen Kindberg 4.60, Jakob Wiesser 40, durch Rokenbauer 2.76, und zwar vom Schuhmacherkränzchen in der Steinfelder Bierhalle 1.48, von einer bitterlichen Gesellschaft 40, von einer bitterlichen Gesellschaft 88, Ungenannt 6.

Summe 7 fl. 82 kr.

Nr. 90.

Löw's Färberei: Marie Teuber, Demanta, Tauich, Schuster, Chlumsky, Schmeske, Haver, Richter je 10, Keck 6, Polacek 5, Genossen Johannesdorf 1.50, Römerstadt: Alois Maier 20, Genossen 1.65, Montirung 1. A. D. A. M. 6.12, Schlafhaubenballkomitee in Sechshaus 2.—, Parteigenossen Waidhofen a. d. Ybbs 70, für Recht und Wahrheit einzustehen, ist unsere heilige Pflicht 1.—, für die Kämpfer um Recht und Wahrheit von den Genossen Sternbergs 1.20, Jute-Spinnerei in Simmering 2.28, Zeemann 10, Wagner, Wien 6.05, A. Wischan 80, mehrere Bestreckarbeiter 1.05, Logemann 10, Genossen, Pateck 1.90, rote Politur 4.82, für unsere Kinder der Inhaftirten, Dunkel's Gasthaus durch Schlick 4.10, A. Pilz 1.—, Reserve-Feldwebel, Floridsdorf 34, Töricht 10, Nowak 20, Töricht 10, Genossen Floridsdorf 1.58, die 7 Schwaben 70, Tischgesellschaft, Floridsdorf 64, Familie Matejka 50, Linien-Stabsoffizier 80, Birner 20, Falteisel 20, von einem nicht fein Wollenden, Floridsdorf 30, Antwort auf den Brief vom roten Hufeisen 1.76, Dr. Adler 80, Futschik und Hodemann 40, Reischel 30, Fuka 20, Reinhold 35, Stahler 10, Hasenbrl 10, Hirschhäuter 10, Seiling 14, R. R. 5, Schinger 10, Schlecht 10, Cerny 10, Stlensky 40, für die Unverbesserlichen 1.91, Werkstätte Kraft 1.20, Tischler 20, Visitazion, Juxbazar, Gasthaus Obermeier 2.62, Neberth 25, Genossen Dibel 3.40, die Roten am Neubau 2.50, H. Sch. bei Obermaier 1.—, Töchter Hampel, Fabrik Böhm 30, Spitzelberger und Komp. 2.—, durch Nieder 1.72, Hanbenhofer, Sinnersdorf 20, Tischgesellschaft in Hainfeld 3.—, F. Bauer, Sigmundsberg 10, H. Knittel, Dunkelthal 30, Genossen Floridsdorf 3.25, Trösil, Gastwirt, 60, Töricht 10.

Summe 71 fl. 88 kr.

Parteigenossen! Laßt Euren Eifer für diese gute Sache nicht erkalten und fahrt fort Eure Pflicht zu tun!

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

Briefkasten.

Redakzion: An die geehrten Einsender von Berichte und Korrespondenzen: Es ist uns unmöglich alle eingesendeten Berichte und Korrespondenzen in dieser Nummer zum Abdrucke zu bringen, da es uns an Raum mangelt. Wir werden nächster Nummer eine Beilage beifügen und nach Möglichkeit die eingesendeten Berichte vollinhaltlich bringen. Ferner ersuchen wir, sich bei weiteren Einsendungen möglichst kurz zu fassen.

Administrazion: Ersuche die Provinzgenossen Adressen, so auch jede Korrespondenz deutsch zu schreiben und bei jeder Reklamazion oder Wohnungsveränderung richtige Adresse anzugeben, da viele Blätter retour kommen. — Ad. Reth, Hohenbruck: Bis Ende März und Stropp, Hohenbruck, bis Ende Juni abonnirt. — W. R., Hallstatt: Blätter abgesandt; ein Exemplar für Sie, zwei für Viertbauer. — W, Leoben: Beide Blätter abgesandt. — Sandig, Köflach: Ersuche um genaue Adresse. — Pisch, hier und Bauer, Währing: Ihre Blätter kommen retour. — Joh. Tanzer, W. N.: Wurde abgesandt. — F. P., 2. Bez.: Abonnirt bis Ende Februar. — A.-B., Görkau: Rückständig seit 1. Juli 1880.

Ankündigungen.

Im Verlage von **Andreas Grosse**, Wien, 5. Bez., Hundsthurmerstraße 89, ist die **zweite Ausgabe** des

österreichischen

Arbeiter-Kalenders

für das Jahr 1881

erschienen.

Preis per Exemplar 25 kr.

Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außer dem obigen Preise noch 5 kr. für Postporto einzusenden.

Inhalt: Kalendarium. — Zeitbetrachtungen. — Ein Kapitel von der Sonne. — Zur Geschichte des Pauperismus in Schottland. — Aus den Briefen eines preußischen Rekruten an einen Freund. — Vereinsverzeichnis.

Am 13. März in Schwender's Kolosseum in Rudolfsheim

Arbeiterball

bei Eröffnung sämmtlicher Lokalitäten, unter Mitwirkung dreier Musikkapellen. — Frühergelöste Karten 35 kr., mit Einladungskarte 40 kr., an der Kasse 50 kr. — Anfang 7 Uhr. — Karten sind in allen Vereinen zu haben.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag. In der Zentrale, Buchhaltung nachmittags.
Montag. Tanzunterricht von ½8—½10 Uhr abends, Bibliotek von 8—9 Uhr, in der Zentrale.
Dienstag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgeschrittene von ½8—½10 abends, Gesangsübung in Huber's Gasthaus, 6., Mollardgasse 9.
Mittwoch. In der Zentrale, Tanzunterricht von ½8 bis ½10 Uhr abends. Elementarunterricht für Anfänger, 6. Bez., Kasernggasse 11. Ausschußsitzung von 8 Uhr an. Gesangsunterricht in Huber's Gasthaus, Mollardgasse.
Donnerstag. In der Zentrale, Unterricht für Völker- und Länderkunde von ½8—½10, Bibliotek von 8 bis 9 Uhr abends.
Freitag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgeschrittene von ½8—½10 Uhr abends.
Samstag. Französischer Unterricht von ½8—½9 Uhr, Stilistik von ½9—½10, Bibliotek von 8—9 Uhr.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Union der Wiener Metallarbeiter.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Favoritenstraße 4, Gasthaus „zum wilden Mann". Die Vermittlung findet statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags.
Lesezimmer: 3. Bezirk, Marxergasse, „Sofiensaal". 2. Bezirk, gr. Pfarrg., Gasth. „z. schwarzen Elefanten". 10 Bez., Hinbergerstraße, Grund's Saallokalitäten. Fünfhaus, Sechshauserstraße, Saallokalitäten „zum alten Brauhaus". Hernals, Kirchengasse 49 Vereinsabend jeden Samstag von 8—½9 Uhr.

Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

In der Schuhmacher-Gewerkschaft bestehen gegenwärtig folgende Unterrichte: Dienstag von ½8—½10 Uhr Elementar- und französischer Sprachunterricht. — Donnerstag von ½8—½10 Uhr Buchhaltung. — Freitag von ½8—½10 Uhr Zuschneideunterricht. — Samstag von ½8—½10 Uhr französischer Sprachunterricht. — Sonntag von 2—3 Uhr Buchhaltungsunterricht, von 3—5 Uhr Tanzunterricht.

Sämmtliche Unterrichte finden in der Zentrale, 7. Bezirk Kaiserstraße 96 statt.

Wien. Die Leitung des allgemeinen Fortbildungs-Kranken- und Unterstützungsvereines der Geschäftsdiener Wiens ersucht alle Vereine, welche die Festkarten vom 9. Jänner noch nicht zurückgesendet haben, dieses sofort zu veranlassen, weil laut Beschluß, das Festkomitee alle selenden Festkarten bezalen muß.

Wien. Der Ausschuß des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und Arbeiterinnen Wiens gibt seinen Mitgliedern bekannt, daß sich das Vereinslokal seit 12. Februar 1881 in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neu-Fünfhaus, Zinkgasse 6, befindet.

Gewerkschaftsverein der Bürschner in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, täglich statt.

Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse in Wien.

Die diesjährigen Mitgliederversammlungen finden in folgender Weise statt:

Landstraße: Gasthaus „zum Auge Gottes", Steingasse 7, Samstag den 12. März, abends 7 Uhr.
Hernals: Elterlein's Kasino, Hauptstraße 1, Sonntag den 13. März, vormittags 9 Uhr.
Leopoldstadt: Gasthaus „zum Nußdörfel", Sonntag den 13. März, nachmittags 3 Uhr.
Wieden: Bogner's Gasthaus „zum Jägerhorn", Hauptstraße 70, Samstag den 19. März, abends 7 Uhr.
Mariahilf: Wüst's Gasthaus „zur gold. Sonne", Mollardgasse 3, Sonntag den 20. März, vormittags 9 Uhr.
Floridsdorf: Restauraxion „zur Lokomotivfabrik", Sonntag den 20. März, nachmittags 3 Uhr.
Favoriten: Gasthaus „zur goldenen Rose", Himbergerstraße 41, Samstag den 26. März, abends 7 Uhr.

Die Generalversammlung der Invalidenkasse findet Sonntag den 27. März, nachmittags 2 Uhr, im Gasthause „zum Hirschen", 4. Bez., Paniglgasse 1, statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich von diesen Versammlungen gegenseitig zu verständigen und zahlreich zu erscheinen; das abgestempelte Mitgliedsbuch ist die Eintritts-Legitimazion.

Die Abhaltung der Walkomiteesitzung wurde für den 10., der Delegirtenversammlung für den 24. April festgesetzt.

Als Kontrolkommission des Verbandes für das Jahr 1881 der Ausschuß der Korneuburger Kasse gewält.

Unterstützungs- und Fortbildungsverein der Drechsler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 6. Bezirk, Aegidigasse 19, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von ½8—9 Uhr abends statt. — Einschreibungen an genannten Tagen.

Arbeiter-Bildungsverein in Floridsdorf.

Das Vereinslokal befindet sich seit 1. Februar in Beranek's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstraße.

Zur Beachtung.

Der Fortbildungs- und Unterstützungsverein in Altharzdorf gibt bekannt, daß an durchreisende Vereinsmitglieder, welche einem ähnlichen Verein mindestens seit drei Monaten angehören und mit ihren Beiträgen nicht länger als seit drei Monaten im Rückstande sind, 30 kr. Reiseunterstützung verabfolgt werden. — Die Reiseunterstützung wird bei Josef Hübner in Altharzdorf ausbezalt.

Der Ausschuß.

Arbeiter-Bildungsverein in Troppau.

Die Reiseunterstützung von 30 kr. für durchreisende Genossen, welche einem Vereine gleicher Tendenz seit mindestens 3 Monaten angehört haben und mit nicht mehr als 3 Monatsbeiträgen im Rückstande sind, wird verabfolgt: Leoben, Dominikanergasse 114, Parterre. [35]

Der **Allgemeine Arbeiterverein für Salzburg und Umgebung** gibt bekannt, daß sich das Vereinslokale seit 9. Jänner d. J. in Dubitzky's Gasthaus, befindet.

Kindberg. Die Reiseunterstützung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines zu 20 kr. wird bei Herrn Wilh. Hackl, Schuhmachermeister, an alle durchreisenden Mitglieder eines ähnlichen Vereines, welche seit mindestens drei Monaten einem ähnlichen Vereine angehören und mit nicht mehr als drei Monaten im Rückstande sind, ausbezalt. — Das Vereinslokal befindet sich in Herrn W. Hübner's Gasthof.

Zur Beachtung.

Alle Briefe für den **Arbeiter-Bildungsverein in Laibach** sind zu senden an Herrn Ferdinand Tuma, Schuhmacher, Schellenburggasse, ferner sämmtliche Blätter an Franz Sturm, Schellenburggasse, Laibach.

Anton Hoffmann, (Johannestal in Schlesien) wo bist Du? Die Genossen Floridsdorfs.

Auf einer sehr lichten, separirten Kammer ist ein Bett zu vermieten. — Auskunft: 4. Bezirk, Karolygasse 5, 1. Stock, Tür 37. [15]

Bei Genossen Obrist ist auf einer Kammer ein Bett für einen Parteigenossen zu vermieten. — Währing, Schulgasse 8, 2. Stock, Tür 10. [15]

Ein herzliches Lebewol

allen meinen Freunden und Genossen, von welchen ich mich nicht persönlich verabschieden konnte. [20] Jul. Korsch.

Danksagung.

Wir sprechen hiemit allen Parteigenossen, die uns während der Untersuchungshaft unterstützten, sowie auch unseren Herren Verteidigern für ihre warme Verteidigung unseren innigsten Dank aus. Es ist auch künftighin unser Bestreben, stets dort am Platze zu sein, wo es gilt, unsere Sache zu vertretten und wir versprechen, mit doppelten Eifer weiter zu kämpfen und keine Gefahr zu scheuen, bis wir den Sieg errungen.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Tomše, Kaufer, Pfeik, Friedrich, Strnad, Formanek, Treibenreif, Pudleiner, Steiner, Krejci, Berndt, Hoze, Führer, Skesack und Moß.

Die nächste Nummer erscheint am 24. März.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annoncen.)

Adresse der Herausgeber der „Zukunft":

Andreas Grosse, IV., Hauptstraße 23, 1. Stock.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: **Franz Moß, Andreas Grosse, August Votitsch, Heinrich Hoze, Anton Cheilkoph.**

Verantwortlicher Redakteur: **Franz Moß.**

Druck von **W. Jacobi,** Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, V., Kundsturmerstraße 89.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 8 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unverlegte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, V., Kundsturmerstraße 89.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 36. Wien, Donnerstag 24. März. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit nächster Nummer beginnt ein neues Quartal zum **Abonnement** der Zeitschrift

Die Zukunft

Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

„Die Zukunft" erscheint **monatlich zweimal, und zwar an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.**

Das Abonnement beträgt für **Oesterreich-Ungarn:**

halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Parteigenossen!

Wir sehen uns veranlaßt, alle Abonnenten, welche mit ihrem Abonnement im Rückstande sind, aufzufordern, dasselbe zu begleichen, damit in der Zusendung des Blattes keine Unterbrechung eintritt. — Ferner ersuchen wir alle Parteigenossen, für die Verbreitung des Parteiorgans nach Kräften tätig zu sein und demselben stets neue Abonnenten zuzuführen.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Die Herausgeber.

An unsere Leser!

Die erste Auflage unserer heutigen Nummer wurde von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt. Da uns die Stellen, welche die Konfiskazion veranlaßten, angegeben wurden, veranstalteten wir diese zweite Auflage mit Hinweglassung der beanständeten Sätze. Da wir nicht im Stande sind, die beanständeten Ausdrücke und Ausführungen durch solche zu ersetzen, welche das Gegenteil aussprechen, müssen wir schon an die Nachsicht unserer Leser appelliren und sie bitten, die entstandenen Lücken und stilistischen Unebenheiten zu entschuldigen. Dieselbe Nachsicht nehmen wir für die durch Veranstaltung einer neuen Auflage entstandene Verzögerung in der Zusendung des Blattes in Anspruch.

Die Redakzion der „Zukunft".

Das Attentat auf den Zar.

Am 13. März, nachmittags, wurde das sechste Attentat auf den Zar Alexander II. ausgeführt, — — — — — denn eine der beiden gegen ihn geschleuderten Bomben zerriß ihm die beiden Beine und den Unterleib. Eine Stunde nach dem Attentat war er bereits todt. Die Einzelheiten der Tat haben unsere Leser gewiß schon aus den Tagesblättern entnommen, wir halten es daher für überflüssig, dieselben hier aufzuzälen. Es genügt für unsere Leser, folgendes Tatsächliche hier festzustellen.

Das Attentat ging von der sozialrevoluzionären Partei aus und — — — — — — — — — — — Von dem Michaelsplatz aus führen zwei Straßen zum Winterpalast; in der einen hatten sich die Verschworenen mit den Bomben postirt, in der andern war von einem Milchladen aus eine Mine gelegt worden, die sobald der Zar angekommen, explodirt wäre. Die am 13. d. M. unternommene Fahrt von der Reitschule am Michaelsplatz zum Winterpalast hätte also sowol auf der einen, wie auf der andern Route den Tod des Zaren zur Folge gehabt, wenn nicht ein außerordentlicher Zufall ihm zu Hilfe gekommen wäre. Allerdings soll der Zar vorher gewarnt worden sein; da aber schon wiederholt falsche Gerüchte ausgestreut wurden, gab man darauf nicht Acht. Kurze Zeit vor dem Attentat versuchte man von Paris aus durch Pillen gegen Asthma, die mit Dynamit geladen waren, den Zaren zu tödten; da aber der Leibarzt Dr. Botkin dieselben vorher untersuchte, wurde die Ausführung verhindert.

Schon zwei Tage vor dem Attentate verhaftete die Polizei einen der Verschworenen, da sie aber die übrigen nicht finden konnte, war sie auch nicht im Stande, das Attentat selbst zu verhindern. Der Verhaftete soll bei seiner Vernehmung erklärt haben: man könne ihn ruhig hängen, das Attentat sei so gut vorbereitet, daß es nicht mißlingen könne.

Von den beiden Verschworenen, welche die Bomben warfen, wurde der eine verhaftet, der andere, dessen Bombe dem Zar das Leben kostete, wurde schwer verwundet und starb. Der Verhaftete soll Russakow heißen, ist 19 Jahre alt und besuchte zwei Jahre die Bergakademie. Als die Polizei in die Wohnung Russakow's eindrang, um dort eine Hausdurchsuchung vorzunehmen, feuerte der Wohnungsinhaber sechs Schüsse auf die Polizei ab, zuletzt erschoß er sich selbst. Ein junger Mann, der später in die Wohnung kam und den die Polizei festnehmen wollte, tat dasselbe.

Der Tronwechsel scheint ohne bedeutendere Störungen vor sich gegangen zu sein und man kann heute schon behaupten, daß das Attentat unmittelbar nur einen Personen- und keinen Sistemwechsel zur Folge hat. — — — — — — — — — — —

Bestimmtheit aussprechen, daß die revoluzionäre Bewegung Rußlands nicht die Herstellung des Sozialismus, sondern nur die Beseitigung des Absolutismus und die Herstellung der Rechtsgleichheit politischer und sogenannter wirtschaftlicher Freiheit im Sinne des Liberalismus zum Ziele haben wird.

Der neueste Flugschriftenprozeß.

Schwurgerichtsverhandlung vom 17. März.

Im Gegensatze zu der im Februar l. J. stattgehabten Verhandlung gegen unsere Parteigenossen gestaltete sich die Verhandlung vom 17. März viel weniger effektvoll.

In Anbetracht der letzten Vorkommnisse in Petersburg und London hat man es von staatsanwaltlicher, wie von richterlicher Seite für unnötig befunden, die Kolportage von, wahrscheinlich wirkliche soziale Uebel geißelnden Flugblättern, einer so hochnotpeinlichen Inquisizion zu unterziehen und die ganze Szenerie mit alten Kopfabschneidergeschichten aus vergangenen Revoluzionsjahren grauenerregend auszustatten.

Die ganze Sache bekam schon dadurch einen viel milderen Anstrich, daß mehrere der in Untersuchungshaft Befindlichen, wie wir schon seiner Zeit zu berichten Gelegenheit hatten, vor der letzten Verhandlung von der Staatsanwaltschaft freigelassen wurden.

Die Verhandlung bot an und für sich keine besonders interessanten Momente dar. Als Staatsanwalt fungirte Graf Lamezan, als Vorsitzender Landesgerichtsrath Mayer, die Votanten waren dieselben wie in der Februarverhandlung. Dr. Glaser hatte die Verteidigung übernommen.

Die Anklage lautete auf Aufwiegelung, begangen durch Verbreitung der Flugschrift, welche mit dem Satze: „Der Reichsrat ist wieder einmal versammelt", beginnt.

Der Angeklagte Sommer bekennt sich schuldig, jedoch nicht dem ganzen Inhalte der Anklage gemäß. Er sagt unter Anderem: Wie ich die Druckschrift empfangen habe, habe ich sie durchgelesen und gefunden, daß darin keine Verleumdungen, sondern Tatsachen enthalten waren. Es stand darin, daß unsere Volksvertretung nichts tauge und ich bin derselben Ansicht. Ich habe aber den Inhalt nicht im Sinne der Verleumdung oder böswilligen Entstellung aufgenommen, sondern meinte nur, daß derartige Schriften, wenn sie beispielsweise von Abgeordneten gelesen würden, denselben am besten zeigen würden, was dem Volke noltut. Die Flugschriften, gibt der Angeklagte an, habe er nachmittags um ½4 Uhr von einem Unbekannten erhalten.

Der Angeklagte Troja bekennt sich nichtschuldig. Er hat die Druckschriften bei der Augartenbrücke von einem Unbekannten erhalten, respektive sie wurden ihm dort angeboten. Er wollte sie anfangs nicht nehmen. Erst auf die Versicherung des Unbekannten, es sei nichts Gefährliches darin, habe er einige Exemplare aus der Hand des Sommer, oder auch des Mill (er könne sich nicht so genau erinnern, wer es eigentlich war) genommen. Der Unbekannte hatte mittlerweile die Schriften einem der beiden Angeführten übergeben gehabt. Er habe nun die Schriften, da er dennoch etwas Gefährliches vermutete, beim Vorübergehen unter ein Haustor geworfen, ohne sie jedoch früher gelesen zu haben.

Staatsanwalt: Warum sind Sie in die Brigittenau gegangen?

Angeklagter: Um den Tischlern, die draußen wohnten, den Datum für die nächste Tischlerversammlung kundzugeben.

Da von keiner Seite eine weitere Fragestellung gewünscht wird, beginnt das Verhör des Angeklagten Mill.

Derselbe beginnt seine Darlegung mit den Worten: „Ich muß bemerken, daß die Anklage sehr ungerecht ist", wird jedoch gleich im Anfange dieser interessanten Auseinandersetzung vom Präsidenten unterbrochen, welcher ihn ermahnt, bei der Sache zu bleiben. Darauf bekennt sich der Angeklagte für nicht schuldig.

Mill hat, wie aus seinen Aussagen hervorgeht, vor seiner Attrapirung durch den Sicherheitswachmann kein einziges Exemplar verteilt. Nach einigen minder wichtigen Fragen über die Provennienz der bei Mill vorgefundenen und auch später an ihn gelangten Exemplare der „Freiheit" beginnt das Zeugenverhör.

Der Zeuge Anton Mayer, Greißler, wird beeidigt und erzält in wunderbar beredter Weise und einer Genauigkeit, die selbst den Vorsitzenden zur Bemerkung veranlaßte: „Aber es muß ja nicht so genau sein", ein Langes und Breites über Gassenladentüren, Gaskandelaber, lichte Ueberzieher 2c. Der langen Rede kurzer, aber schon sehr kurzer Sinn war der, daß ihm eines Abends Flugschriften in seinen Laden gelegt worden seien und er die mutmaßlichen Täter so weit verfolgt habe, bis ihm ein Sicherheitswachmann in die Quere kam und er jene festnehmen lassen konnte. Die beiden Sicherheitswachmänner konstatiren noch zum Ueberfluß die Tatsache des Festnehmens. Das Ende vom Liede war eine Verurteilung, die sich folgendermaßen gestaltet.

Die erste Hauptfrage Mill betreffend, wurde mit 11 Stimmen bejaht und mit einer verneint; die zweite Hauptfrage, Troja betreffend, einstimmig verneint; die dritte Hauptfrage Sommer betr., einstimmig bejaht. Die drei Eventualfragen wurde einstimmig bejaht und demnach Georg Mill wegen Vergehens der Aufwiegelung nach den §§. 300 und 305 St.-G. zu vier Monaten strengen Arrestes und zur Landesausweisung; Ludwig Sommer wegen gleichem Delikte zu drei Monaten strengen Arrestes und wegen Uebertretung des §. 23 P.-G., alle drei Angeklagte zu je 15 fl. Geldstrafe, eventuell drei Tagen Arrestes verurteilt.

Politische Uebersicht.

Parlamentarisches. Am 13. März hielt der Waireformausschuß eine Sitzung ab, in welcher die Mitglieder der Rechten, neuerdings ihre „Rechtsverwahrung" vorbrachten, und die Rechtsgiltigkeit der bestehenden Reichsratswalordnung bestritten. Dr. Grocholski seitens der Polen, sprach seine Abneigung gegen jede Erweiterung des Walrechtes aus und erklärte, daß er gegen jede Abänderung stimmen werde, welche seiner Partei schaden könnte. Diese Aufrichtigkeit verdient volle Anerkennung, wenn auch schon bisher Niemand einfältig war, von den polnischen Abgeordneten mehr Liberalismus zu erwarten, als ihrem Klqueinteresse gut tut. Nur Dr. Rieger sprach sich prinzipiell für den Antrag Dr. Kronawetter's aus und bedauerte, daß derselbe undurchführbar sei, da er als Verfassungsänderung eine Zweidrittelmajorität benötige, die nicht aufzubringen sei. Zuletzt wurde beschlossen, für die nächste Sitzung den Grafen Taaffe einzuladen, damit er die Stellung der Regierung zur Walreformfrage bekannt gebe, und ihn zu ersuchen, das nötige statistische Material vorzubereiten.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. März beantwortete Graf Taaffe die Interpellazion des Dr. Josef Kopp, betreffend die Ausweisung unserer Genossen Perz und Loy aus Innsbruck dahin, daß das Ausweisungsdekret bereits zurückgenommen und die Verständigung durch die Statthalterei an den Magistrat von Innsbruck schon am 13. Februar — also vor der Interpellazion — erfolgt sei. — In derselben Sitzung wurde ein Schreiben des Präsidenten Grafen Coronini verlesen, worin er mitteilte, daß er, da er das Vertrauen eines großen Teiles des Hauses nicht mehr zu besitzen glaube, und er nach der Geschäftsordnung seine Präsidentenstelle nicht niederlegen könne, sein Mandat als Abgeordnete niederlege. Die Veranlassung zu diesem Schritte boten die wiederholten von Mitgliedern der deutschliberalen Partei gegen den Präsidenten provozirten Skandale, weil er angeblich wiederholt parteiisch zu Gunsten der Rechten entschieden habe. An seine Stelle wurde am 14. d. M. der Kanditat der vereinigten Rechten, Dr. Smolka, gewält; zum ersten Vizepräsidenten Fürst Lobkowitz. Der neue Präsident zog sich sofort den Tadel der deutschliberalen und russenfreundlichen Presse zu, als er im Gegensatz zu den Kammerpräsidenten anderer Länder es unterließ, das Beileid über den Tod des Zaren auszusprechen. Es ist aber kein Zweifel, daß er das nur deswegen unterließ, weil, wenigstens im ungarischen Parlamente, zu erwarten gewesen wäre, daß andere eine Kritik über die Regierungstätigkeit des Zaren geübt hätten, die einem Beileidsausdruck sehr wenig ähnlich gesehen hätte. Deßhalb unterblieb sowol im österreichischen als im ungarischen Parlamente jede Kundgebung, obwol es nicht an Leuten gemangelt hätte, die bei dieser Gelegenheit ihre Loyalität hätten leuchten lassen mögen.

Die Unterrichtskommission des Herrenhauses hat beschlossen, den Antrag Lienbacher's auf Herabsetzung der Schulzeit abzulehnen. Graf Widmann von der neugebildeten „Mittelpartei" brachte einen Antrag ein, wonach der Unterrichtsminister auf Antrag der Schulbehörden berechtigt sei, eine Reduktzion der vorgeschriebenen Schulzeit auf sechs Jahre mit zweijährigem Wiederholungsunterricht zu bewilligen. Die Regierung wird jedoch von den Ultramontanen gedrängt für den Lienbacher'schen Antrag allen ihren Einfluß im Herrenhause aufzubieten; infolge der Abhängigkeit der Regierung von den Klerikalen ist die Entscheidung im Herrenhause zweifelhaft geworden.

Dr. Wolski hat einen Preßgesetzentwurf ausgearbeitet, welcher an Stelle der bisherigen Bestimmungen über das objektive Verfahren treten soll. Nach diesem Entwurf hat der Staatsanwalt innerhalb acht Tagen nach Erhebung des Einspruches gegen die Konfiskazion einer Druckschrift entweder den Antrag auf Einleitung einer gerichtlichen Voruntersuchung oder eine Anklageschrift einzubringen. In beiden Fällen hat das Schwurgericht über Schuldig und Nichtschuldig zu entscheiden. Nur dann, wenn gegen keine Person eine Anklage erhoben werden kann, bleibt das objektive Verfahren aufrecht erhalten, welches jedoch ebenfalls durch ein Verdikt der Geschworenen bestätigt werden muß; im anderen Falle ist die Aufhebung der Beschlagnahme auszusprechen. In dem Entwurfe ist auch ausgesprochen, daß jene Richter, welche die Beschlagnahme bestätigt haben, von der Rechtsprechung über denselben Fall beim Schwurgerichtshofe ausgeschlossen sind. Der Entwurf, der entschieden nicht an überflüssiger Freisinnigkeit leidet, fand dennoch im Ausschusse Gegner, denen er „zu weit" geht; der klerikale Abg. Schneid sagte, er sei nicht dafür, daß gegenwärtig, da die Gegensätze sich so schroff bekämpfen, der Presse „neue Begünstigungen" gewährt werden. Der Herr scheint noch immer der Meinung zu huldigen, daß politische Unterdrückung die Gegensätze mildern und das gährende Drachengift der Unzufriedenheit in die Milch der frommen Deckungsart umwandle. Die Attentate in Rußland finden wahrscheinlich auch wegen Ueberfluß an Freiheit statt. Es ist wirklich schwer, ruhig zu bleiben, wenn man Abgeordnete so reden hört; das wollen „Volksvertreter" sein?! Für die nächste Ausschußsitzung ist die Regierung eingeladen, um auch ihre Stellung zu dem Entwurfe bekannt zu geben. Wir haben ja Zeit.

Die Regierung hat ein Gesetz eingebracht, durch welches die Eintrittskarten zur Börse, die Börsengeschäfte und die Aktien besteuert werden. Gleichzeitig werden die Gebühren bei Realitätenübertragungen und Erbteilungen des kleinen Grundbesitzers verringert. Die Börsensteuer ist eine sehr geringe und hat diejenigen, welche auf eine energische Tat der Regierung rechneten, die auch der Gerechtigkeit entspräche, sehr enttäuscht. Zum Glück ist die Zal derer, welche eine solche Tat von der Regierung erwarteten, eine sehr geringe.

Wie pflichteifrig viele der „Volksvertreter" sind, zeigte wieder einmal auffällig die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. März, in welcher zweimal auf Ansuchen Schönerer's die Beschlußunfähigkeit des Hauses konstatirt wurde; es waren also von 353 Mitgliedern weniger als 100 in der Sitzung anwesend. Eine große Zal von ihnen befand sich im Buffet, um dort Leib und Geist von den „Anstrengungen" sich erholen zu lassen. Wir sind überzeugt, daß die Mehrzal jener Herren diejenigen bildeten, welche die Arbeiter für unreif halten, Abgeordnete in's Parlament zu wälen; wir können ihnen aber die Versicherung geben, daß, wenn die Arbeiter das Walrecht hätten, sie gewiß solche Personen wälen würden, die arbeiten, nicht aber blos ihre Diäten verzehren.

Aus Prag wird uns gemeldet, daß in den Vorstädten Lieben und Brochowitz zalreiche sozialistische Flugschriften aufgefunden und konfiszirt wurden.

Der niederösterreichische Bauerntag wurde auf den 18. April, Ostermontag, vertagt, da die Bahndirekzionen im Auftrage des Handelsministeriums die Fahrpreisermäßigung, die sie, wie den früheren Parteitagen, bereits zugestanden hatten, nachträglich aufhoben. Uebrigens hat der Handelsminister einer Bauerndeputazion, die deshalb bei ihm anfragte, erklärt, daß er, wenn die Arrangeure neuerdings bei den Bahndirekzionen ansuchten, nicht anstehen werde, die Ermäßigung zu bewilligen. — Am 12. März wurden auch die Statuten zu einem steiermärkischen Bauernvereine eingereicht.

Am 12. März starb in Wien Dr. Anton Füster, der ehemalige Feldkaplan der akademischen Legion des Jahres 1848, ein bis zu seinem Tode treuer Freiheitskämpfer. Im Gegensatz zu seinen ehemaligen Gesinnungsgenossen Giskra, Unger 2c. blieb er arm, weil er seine Gesinnung nicht so wie jene Leute zu wechseln vermochte, um Orden und Ministerstellen zu erlangen. Am 14. fand das Leichenbegängnis statt, an dem bei 3000 Studenten teilnahmen. In der letzten Zeit lebte er mit Hilfe einer fixen Unterstützung, die ihm einige Studentenvereine zu Teil werden ließen.

Die böhmische Statthalterei hat die von einer Arbeiterversammlung beschlossene Gründung eines Vereines der Konfessionslosen in Reichenberg als staatsgefährlich untersagt, mit der Begründung, daß „derselbe zur Propagandirung der Konfessionslosigkeit dienen solle, während nach den bestehenden Gesetzen die sittlich-religiöse Erziehung als eines der Haupterfordernisse der Volksbildung erklärt wird." Die Proponenten des Vereines ergriffen dagegen den Rekurs an das Ministerium. Uns scheint die Motivirung des Verbotes auf einer irrigen Auffassung der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen zu beruhen. Allerdings ist die „sittlich-religiöse" Erziehung als integrirender Bestandteil unserer Schulbildung vorgeschrieben; aber daraus folgt doch nicht, daß ein außerhalb der Schule stehender Verein sich an diese Vorschrift zu halten habe; die Statuten eines Vereines können doch nicht vom Standpunkte des Volksschulgesetzes aus beurteilt werden. Uebrigens ist die Existenz der Konfessionslosen staatsgrundgesetzlich anerkannt und auch die Schulbehörden haben darauf Rücksicht zu nehmen und die Befreiung der konfessionslosen Kinder vom Religionsunterrichte zu bewilligen. — Der Standpunkt, den die böhmische Statthalterei bei der Beurteilung der Konfessionslosigkeit einnimmt, ist der eines orthodoxen, katolischen oder protestantischen Teologen, aber nicht der einer Behörde, die nur das Gesetz zu handhaben und richtig zu interpretiren hat.

Eine Versammlung von Mitgliedern der aufgelösten akademischen Lesehalle in Wien wurde, obwol sie auf Grund des §. 2 des Vers. Ges. einberufen war, von der Polizei aufgelöst; nachträglich erhielt jedoch der Einberufer der Versammlung von der Polizei die Zusicherung, daß solche Versammlungen in Zukunft unbehelligt bleiben werden. Es hat auch bereits eine solche ohne Intervenzion der Polizei stattgefunden. Obwol daran durchaus nichts Auffallendes ist, da nur dem Gesetze Genüge getan wird, so wollen wir es doch nicht unerwähnt lassen, da uns gegenüber in zalreichen Fällen jene gesetzliche Bestimmung außer Acht gelassen wurde; hoffentlich — man lache nicht, unsere Hoffnung ist keine sehr zuversichtliche — wird in Zukunft das Gesetz für Arbeiter nicht anders gehandhabt werden, als für Studenten.

In Ungarn beabsichtigten Mitglieder der Regierungspartei und der gemäßigten Opposizion einen Antrag auf Verlängerung der Mandatsdauer der Reichstagsabgeordneten von drei auf fünf Jahre einzubringen. Die äußerste Linke hat beschlossen, gegen diesen reakzionären Antrag zu stimmen.

In der serbischen Skupschtina wurde ein Antrag angenommen, daß die Klöster zur bessern Dotirung der Weltgeistlichen und zur leichteren Bezalung der Staatsschulden aufgehoben und das Vermögen der Mönche eingezogen werden soll. Die Mönche sollen einigen

Ein Beitrag zur Auswanderungsstatistik.

Der „New-Yorker Volkszeitung“ entnehmen wir folgenden interessanten Artikel: „Die Einwanderung von 1880. Die Einwanderungskommission hat ihren jährlichen Bericht an die Staatslegislatur vollendet und derselbe wird nun zur endgiltigen Annahme gelangen. Wir entnehmen demselben das Nachstehende: Die Kommission besteht zur Zeit aus den folgenden Mitgliedern: Henry A. Hurlbut, Chas. Hauselt, Chas. F. Ulrich, Geo. Starr, James Lynch, Geo. F. Forrest, Jos. C. Pinckney, Edmund Stephenson und der jeweilige Mayor der Stadt New-York.

Die Anzal der hier gelandeten Einwanderer betrug im vergangenen Jahre 372.880, von welchen 45.509 Bürger der Vereinigten Staaten waren; eine Zunahme der Zal der Eingewanderten um 186.611 im Vergleich mit dem Vorjahre; es ist die größte Zal der Eingewanderten seit dem Jahre 1847. Klagen wegen schlechter Behandlung wurden in der vorjährigen Periode laut über die Dampfer „Viktoria“, „Hecla“, „Ville de Marseille“, „Ferd. de Lesseps“ und „Switzerland“. Die Klagen wurden untersucht und so weit eine Besserung angestrebt als die Machtbefugnisse der Kommission es gestatteten.

Von den Eingewanderten blieben 132.561 im Staate New-York, 11.046 gingen nach New-Jersey, 31.104 nach Pennsylvanien, 127 nach Delaware, 13.869 nach Ohio, 3537 nach Indiana, 32.641 nach Illinois, 735 nach Kentucky, 110.303 nach Michigan, 4887 nach Missouri, 3546 nach Kansas, 604 nach Arkansas, 12.640 nach Minnesota, 286 nach dem Distrikt of Columbia, 242 nach Tennessee, 7649 nach Jowa, 140 nach Oregon, 9847 nach Wisconsin, 2950 nach Kalifornien, 4237 nach Nebraska, 1795 nach Utah, 22 nach New-Mexiko, 84 nach Montana, 164 nach Nevada, 1416 nach Dacota, 1191 nach Kolorado, 32 nach Idaho, 37 nach dem Washington-Territorium, nach Maine 230, nach New-Hampshire 244, nach Vermont 184, nach Massachusetts 11.568, nach Rhode Island 2805, nach Connecticut 6187, nach Maryland 1626, nach W. Virginien 401, nach Virginien 242, nach Nord-Karolina 86, nach Süd-Karolina 108, nach Georgia 184, nach Alabama 79, nach Florida 64, nach Mississippi 132, nach Louisiana 175, nach Texas 1013 und nach Kanada 1627.

Auf den eingelaufenen Schiffen kamen im Ganzen 372.880 Einwanderer im Staate New-York an. Castle Garden passirten davon 320.607. Von den Zwischendecks-passagieren waren 178.462 Männer, 85.889 Frauen und Mädchen und 63.020 Kinder unter 12 Jahren.

Während der Reise fanden auf den Schiffen 145 Geburten und 265 Sterbefälle statt. Es kamen von den Häfen Liverpool und Queenstown auf 262 Dampfern 128.992 Einwanderer; von Bremen, Hamburg und Havre auf 193 Dampfern 115.749 Einwanderer; von Glasgow, Moville und Larne in 103 Schiffen 29.713; von London in 78 Schiffen 15.433; von Antwerpen und Rotterdam in 70 Schiffen 22.297 und von anderen nicht näher bezeichneten Schiffen 8423 Einwanderer.

Auf die verschiedenen Monate des Jahres verteilt, langten im Castle Garden an:

Im Jänner	5.677	Im Juli	25.382
„ Februar	7.904	„ August	25.321
„ März	21.094	„ September	26.942
„ April	45.548	„ Oktober	30.702
„ Mai	55.084	„ November	18.904
„ Juni	42.027	„ Dezember	15.993

Die Einwanderer verteilen sich auf die verschiedenen Nazionalitäten wie folgt:

Europa.

England	37.346	Dänemark	5.815
Irland	70.132	Niederlande	3.407
Schottland	10.696	Belgien	1.431
Wales	3.800	Schweiz	8.604
Nicht spezifizirte britische Untertanen	96	Frankreich	5.341
		Italien	11.672
Deutschland	11.544	Griechenland	47
Oesterreich	4.657	Spanien	1.303
Ungarn	6.786	Portugal	57
Böhmen	7 821	Rußland inkl. Polen	7.970
Schweden	35.844	Luxemburg	534
Norwegen	10.114	Europäische Türkei	64
Total aus Europa			223.010

Asien.

Sirien	14	Japan	6
China	237	Britisch-Ostindien	55
Total			312

Afrika und die umliegenden Inseln.

Nicht näher spezifizirt	46

Britische Besitzungen in Amerika.

Quebec u. Ontario	431	New-Brunswick	17
Nova Scotia	326		
Total			774

Von den angekommenen Passagieren waren volle drei Viertel derselben bereits mit Eisenbahnbillets versehen. —

Im temporären Hospital wurden 1545 Personen verpflegt und an 27.854 gänzlich unbemittelte Einwanderer wurde Nahrung verabreicht. 1213.57 Doll. wurden verausgabt, um Einwanderer an ihre Freunde und Verwandten im Lande zu befördern, von welcher Auslage $216.76 Doll. wieder zurückerstattet wurden. Nach Europa wurden 624 Personen auf Kosten der Dampferkompagnien zurückbefördert; auf Wards Island wurden 3412 Personen wegen Krankheit und Mittellosigkeit unterhalten und verpflegt. Entlassen wurden dort 2882 Personen. Die Betriebskosten zur Erhaltung von Castle Garden und der Anstalten auf Wards Island betrugen 158.406.01 Doll., die Einnahmen 2320.23 Doll. Das Arbeitsnachweisungsbureau, welches von der „Deutschen und Irländischen Gesellschaft“ gemeinschaftlich verwaltet und erhalten wird, berichtet über seine Tätigkeit wie folgt: Es wurde 39.311 Personen im Laufe des vergangenen Jahres Arbeit nachgewiesen. Von diesen waren 28.806 männlichen und 10.505 weiblichen Geschlechts. Außerdem wurde Arbeit beschafft für 412 Familien, welche 1723 Personen repräsentirten. Von den Männern waren 24.387 Ackerbauer und Taglöhner und 4419 Handwerker. Es waren:

Lehrlinge	135	Bauschreiner	163
Architekten	2	Litografen	6
Bäcker	267	Schlosser	208
Barbiere	21	Maschinisten	140
Buchbinder	42	Müller	7
Brauer	37	Maurer	37
Messingarbeiter	48	Bergleute	621
Bürstenbinder	6	Nagelschmiede	3
Fleischer	56	Orgelbauer	1
Tischler	168	Buchdrucker	20
Zimmerleute	147	Portefeuillearbeiter	40
Faßbinder	26	Pianomacher	15
Zigarrenarbeiter	52	Töpfer	14
Zuckerbäcker	31	Polirer	16
Köche	24	Seiler	6
Wagenlackierer	12	Schäfer	6
Apoteker	4	Sattler	51
Graveure	5	Schuhmacher	298
Blumengärtner	74	Steinbrecher	22
Kürschner	5	Gerber	43
Fetlenhauer	7	Klempner	31
Freskomaler	10	Drechsler	18
Vergolder	15	Schneider	174
Gärtner	203	Polsterer	35
Goldschmiede	12	Holzbildhauer	14
Grocery-Clerks	134	Kellner	202
Hufschmiede	54	Wagenschmiede	152
Hauspainter	107	Uhrmacher	8
Hutmacher	60	Seidenweber	173
Eisengießer	70	Weber	26

Die gezalten Durchschnittslöhne sind, auf die verschiedenen Monate verteilt, aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

Löhne pro Monat inkl. Beköstigung.

	Taglöhner und Formarbeiter	Dienstmädchen
Januar	Doll. 8.00	8.50
Februar	„ 9.00	9 75
März	„ 11.25	10.00
April	„ 14.00	10.00
Mai	„ 14. 0	10.50
Juni	„ 14.00	10.00
Juli	„ 12.00	9.75
August	„ 11.00	9.50
September	„ 10.00	9.50
Oktober	„ 8.00	8.50
November	„ 7.00	8.00
Dezember	„ 6.00	8.00

Die Löhne der Handwerker sind durch das Bureau nicht zu kontrolliren.

Der Bericht des Arbeitsbureau läßt im Uebrigen ersehen, daß das Angebot nach Arbeit die Nachfrage ganz bedeutend überstieg und daß eine besonders bedeutende Nachfrage nach Familien sich geltend machte, welche arbeitsfähige Kinder beiassen. Von Klagen, welche wegen Lohnforderungen von Arbeitern von diesem Bureau angestrengt werden mußten, wurden nahezu alle zu Gunsten der Arbeiter entschieden und Doll. 1120 rückständige Löhne auf diese Weise eingeklagt.

Am Schlusse des Berichtes ersucht die Kommission die Legislatur um die Erlassung von Gesetzen zur Erlangung weiterer Machtbefugnisse, wie solche in den meisten vorhergehenden Jahresberichten bereits gefordert wurden. Für das laufende Verwaltungsjahr werden Veranschlagungen für das Budget gemacht und eine Appropriazion von 200.000 Doll. von der Legislatur verlangt.

Aus dem Vereinsleben.

Wien, 17. Jänner. Bericht der Generalversammlung der Schuhmacher-Gewerkschaft, abgehalten unter dem Vorsitze des Obmannes Schwab, mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen und Bericht der Sekzionen. 2. Bericht des Revisions- und Waltomitee's. 3. Neuwal des Ausschusses. 4. Anträge und Interpellazionen.

Da keine geschäftlichen Mitteilungen vorlagen, so berichtet Kassier Vollbracht für Monat Dezember: Gewerkschaftskasseeinnahme sammt Saldo fl. 144·75, Ausgaben fl. 68·65, bleibt Saldo fl. 76·10; Unterstützungskasseeinnahmen sammt Saldo fl. 216·62, Ausgaben fl. 166·60, bleibt Saldo fl. 50·02, Sparkasseeinlage fl. 152·71, so ist das Gesammtvermögen der Unterstützungskasse fl. 202·73, somit eine Mehrausgabe im Dezember von fl. 119·70; weiters berichtet der Kassier für das halbe Jahr: Gewerkschaftskasseeinnahmen sammt Saldo fl 470·88, Ausgaben fl. 394·78, bleibt Saldo fl. 76·10; Unterstützungskasseeinnahmen sammt Saldo fl. 537·12, Ausgaben fl. 487·10, bleibt Saldo 50·02, Sparkasseeinlage 152·71, so ist das Gesammtvermögen der Unterstützungskasse fl. 202·73; ganzjähriger Bericht des Kassiers: Gewerkschaftskasseeinnahmen sammt Saldo fl. 727·—, Ausgaben fl. 650·90, bleibt Saldo fl. 76·10, Unterstützungskasseeinnahmen sammt Saldo fl. 764·77, Ausgaben fl. 714·75, bleibt Saldo fl. 50·02, Sparkasseeinlage fl. 152·71, so ist das Gesammtvermögen der Unterstützungskasse fl. 202·73. — Becker für die Einschreibesekzion berichtet, daß im Monat Dezember 424 Monatsbeiträge gezalt wurden, und 44 Mitglieder neu beigetreten sind; ferner berichtet Becker für das halbe Jahr, daß 2680 Monatsbeiträge gezalt wurden und 504 Mitglieder neu beigetreten sind. Mitgliederzal 711. — Richter für die Arbeitsvermittlung berichtet, daß im Laufe eines halben Jahres 491 Adressen eingelaufen sind, und zwar 88 für Männerarbeiter, 203 für Frauenarbeiter, 53 für Wochenarbeiter, 56 für Vorrichter, 5 für Zuschneider, 69 für Steppererinnen, 16 für Tischarbeiterinnen, 1 für Werkführer und 1 Auslaufer, und sämmtliche plazirt wurden. Ferner berichtet Richter für die Unterstützungssekzion für Dezember. Unterstützt wurden 57 Mitglieder à 3 fl., 1 Reiseunterstützung zu 90 kr., eine Reiseunterstützung zu 30 kr., 5 Bettanweisungen à 20 kr., für Kontrole 2 fl.; ferner für ein halbes Jahr: unterstützt wurden 136 Mitglieder à 3 fl., 3 außerordentliche Unterstützungen à 3 fl., 7 Reiseunterstützungen à 3 fl., 1 Reiseunterstützung zu 2 fl., 16 Reiseunterstützungen à 90 kr., 48 Reiseunterstützungen à 30 kr., 42 Bettanweisungen à 20 kr., Kontrole 9 fl. 90 kr., Summa der Ausgaben 487 fl. 10 kr. — Pisarsik für die Wirtschaftssekzion berichtet, für Monat Dezember: Einnahmen fl. 10·07, Ausgaben fl. 9·97, bleibt Saldo 1 fl.; ferner für das halbe Jahr: Einnahmen fl. 62·07, Ausgaben fl. 61·07, bleibt Saldo für Jänner 1 fl. — Korwas für die Unterrichtssekzion berichtet, daß gegenwärtig ein Elementar-, Buchhaltungs-, Zuschneide-, französischer Sprach- und ein Tanzunterricht stattfindet, ferner, daß 14 Vorträge abgehalten wurden, und zwar 8 über Weltgeschichte, 2 über Kulturgeschichte, 2 über Nazionalökonomie, 1 über Musterschneiden und 1 über Anatomie der Füße, weiters, daß 18 Zeitungen aufliegen, und zwar 14 in deutscher Sprache, 3 in slavischer und 1 in ungarischer Sprache, die Blätter „Vaterland“, „Tribüne“ und „Neue Schuhmacherzeitung“ werden der Gewerkschaft unentgeltlich zugesendet. — Korwas ersucht die Mitglieder mit den aufliegenden Zeitungen schonungsvoller zu verfahren. — Haulo berichtet für die Festsekzion, daß den 23. Jänner ein Ball abgehalten wird und ersucht die Mitglieder lebhaft zu agitiren, und zalreich zu erscheinen. — Johann Mayer für die Bibliotek berichtet, daß im Monat Dezember 27 Bücher ausgeliehen, 23 zurückgestellt und 4 ausständig sind, an Strafgeld 12 kr. gezalt worden, ferner daß im Laufe eines halben Jahres 204 Bücher ausgeliehen, 199 zurückgestellt und 5 ausständig sind, an Strafgeldern sind fl. 3·32 eingegangen. — Zum 2. Punkt berichtet Schimak für das Revisionskomitee, daß bei der Revision Alles in Ordnung gefunden wurde. — Kohl stellt den Ausschußantrag, daß die Instruktion der Unterstützungskasse umgeändert werde und dieselbe vom 1. März an in Kraft treten soll, daß, wenn ein Mitglied schon ein volles Jahr dem Vereine angehört, 4 fl. Unterstützung erhalten kann und diejenigen Mitglieder, welche vor der Generalversammlung dem Vereine beigetreten sind, die werden nach der alten Instruktion behandelt, bis sie dem Verein ein Jahr angehören; ferner das diejenigen Mitglieder, welche vom 18. Jänner 1881 an dem Vereine beigetreten sind, ein volles Jahr nicht berechtigt sind auf eine Unterstützung. — In den Ausschuß wurden gewält als erster Obmann Stefan Kohl, als erster Obmann-Stellvertreter Schwab, zweiter Obmann-Stellvertreter Zinter, als erster Schriftführer Zing, als zweiter Schriftführer Newjesil, als erster Kassier Vollbracht, als zweiter Kassier Haulo, in den Ausschuß die Herren: Becker, Richter, Krösche, Maroschka, Balza, Frnoch, Rotter, Pisarsek, Nhilischka, Korwas, Frau Schuller, Frau Glaas.

Josef Staffa, Schriftführer.

Floridsdorf. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt Sonntag den 13. Februar seine ordentliche Generalversammlung mit der Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Referate der Sekzionen. 3. Neuwal des Ausschusses. 4. Wal eines Schulkomitee's. 5. Zweck und Nutzen der Vereine ab. — Der Kassier berichtet über Einnahmen von 69 fl., Ausgaben 66 fl. 63 kr. — Unterrichtssekzion berichtet, daß die Vereinsabende und Unterrichte bis 23. Jän. regelmäßig stattgefunden und nur wegen Mangel einer geeigneten Lokalität bis auf Weiteres sistirt werden mußten. — Bibliotheksekzion berichtet, daß an Strafgelder 5 fl. 36 kr. eingegangen sind und der Kassestand 4 fl. 74 kr. beträgt. — Wirtschaftssekzion berichtet über das dem Vereine gehörige Mobilar. Ordnersekzion berichtet, daß alle Vereinsabende und Unterrichte in bester Ordnung abgelaufen sind. — Die Kontrole referirt, daß das gesammte Vereinsgebahren für richtig befunden wurde. — Hierauf erfolgt die Neuwal des Ausschusses und Wal eines Schulkomitee's. — Nach Einbringung und Annahme mehrerer Anträge spricht der Verein Herrn Mauthner, Ritter v. Markhof, den Dank für die Spende von 25 fl. für Unterrichtszwecke aus. — Der 5. Punkt wurde von den Genossen Schalhauser und Gröger in gediegener Weise erledigt. — Das am 26. Februar abgehaltene Tanzkränzchen ward gut besucht und verlief in der animirtesten Weise; der hiemit verbundene wolätige Zweck wurde vom schönsten Erfolg gekrönt, indem das Reinerträgnis ein sehr beträchtliches ist.

Brünn. Sonntag den 27. Februar fand die Generalversammlung der allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse unter Vorsitz des Obmannes Herrn Fr. Bayer statt. Als Regierungsvertreter war Herr Oberpolizeikommissär Wodizka anwesend. — Das Protokoll der Hauptversammlung wurde verlesen und angenommen. — Herr Benreuter als Referent der Revisoren berichtet die Richtigkeit der Kassegebahrung und beantragt, der Vereinsleitung das Absolutorium zu erteilen, dann dem hohen mährischen Landtag für die gewährte Subvenzion von 100 fl., der mährischen Sparkasse für die gewährte Subvenzion von 30 fl., dann den Herren Vereinsärzten Dr. Mahr, Dr. Sklenar und Dr. Hersch für ihr uneigennütziges Walten den Dank durch Erheben von den Sitzen auszudrücken. — Der Obmann Herr Fr. Bayer berichtet, daß zu Pfingsten ein Verbandstag stattfindet, welcher den Zweck hat, daß sämmtliche Verbandskassen eine ziemlich gleiche Einzalung und Wartezeit, dann Unterstützung auf ein volles Jahr haben sollen. — Die Wal ergab folgendes Resultat: Franz Bayer, Obmann, Theodor Indra, erster, Paul Kugler, zweiter Obmann-Stellvertreter; Ausschuß: Ed. Schlesinger, Ferd. Sinek, Johann Janisch, Al. Hrachowina Anton Lorenz, Johann Bernt, Anton Peschina, Fr. Jenann, Fr. Smejkal, Math. Kotci, Anton Wondraschek, Josef Brichta, Herm. Frieb, Fr. Spatzek, Fab. Straslicka, Jos. Zacher, Ad. Schwarz, Joh. Ahorner, Fr. Lipold, A. Herzet; Revisoren: Konrad Fröhlich, Karl Skala, Josef Schinzel, Johann Vater, Fr. Schmakal; Ersatzausschuß: Benreiter, Jäger, Bednar.

Anton Lorenz, Schriftführer.

Kindberg. Den 6. Februar hatte der hiesige Arbeiter-Bildungsverein eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht über den Monat Jänner. 2. Wal eines neuen Schriftführers und dessen Stellvertreters. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Anträge und Interpellazionen. Anwesender Regierungsvertreter Herr And. Pribyll, Gemeinde- und Bezirkssekretär von Kindberg.

Kassier F. Nitsche berichtet, Einnahmen fl. 9·30, Ausgaben fl. 4·80, Jänner-Kassestand fl. 4·50, Gesammtkassestand fl. 20·41. — Nun wurde zum zweiten Punkte geschritten und der bei der ordentlichen Generalversammlung vom 23. Jänner gewälte Schriftführer Karl Nischl wegen des Vergehens gegen die §§. 12 und 22 der Vereinsstatuten, öffentlich ausgeschlossen und ist als solcher für immer zu betrachten. — Die Wal traf Peter Hofer, ehemaliger Stellvertreter zum Schriftführer und Dominikus Graudner zu dessen Stellvertreter. — Obmann Eberer ergreift zum dritten Punkt das Wort und sprach über die Arbeiterbewegung, sowie der Vereine in sehr gelungener Weise und kommt schließlich auf die einzelnen Vollsäter der Vereine zu sprechen und bemerkt, daß auch der hiesige Verein solche Mitglieder in seiner Mitte besitzt. Er verliest sodann in der Abteilung „Mitgliedschaft“ den §. 5 der Vereinsstatuten und sagt, daß sich zwei Genossen diesen Paragraf zur Erfüllung gemacht hatten. Er erörtert sodann die Verdienste und Leistungen dieser zwei musterhaften Mitglieder und ernennt dieselben

mehr! Nachdem diese Leute in Folge der Uebermacht ihr Vorhaben nicht ausführen können, schrickt ein Dr. Csillag nicht zurück, dem Stadthauptmann des 7. Bez. Auskunft über Genossen Hoffmann zu erteilen. Als Genosse Prager darüber interpellirte und in Folge der Ergebnisse dieser Interpellazion ein Schiedsgericht beantragte, wurde wieder Krawall gemacht und das Hinausexpedirungssistem angewendet.

Als die früher bestandene Oppozision das Vorgehen dieser Leute in scharfer Weise kennzeichnete, glaubten die auswärtigen Genossen, das Vorgehen dieser Oppozision sei ungerechtfertigt. Nun, nachdem nicht einmal 1 Jahr seit der Vereinigung verflossen, sehen wir uns abermals veranlaßt, gegen derartige Führer Front zu machen. Nachdem es uns aber durch ein derartiges gemeines Vorgehen einerseits, andererseits, da die Organe der ungarländischen Arbeiterpartei „Arbeiter-Wochenkronik" und „Népszava" pro forma Eigentum der Partei, in der Tat aber selbstangeeignetes Eigentum dieser Klique ist, unmöglich gemacht wird, hier entschieden gegen derartige Verrätereien zu protestiren, fühlen sich Unterzeichnete im Namen der übrigen Opponenten veranlaßt, auf diesem Wege einen entschiedenen Protest gegen derartige Leute zu erheben und hoffen, daß die auswärtigen Genossen uns in dem Kampfe, zur Entfernung des Unkrautes unter-, sowie außerhalb der sozialistischen Partei, unterstützen werden.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Stefan Heckmann. Braun Lipot. Kleics Daniel.
Nagy Agoston. Knecht Pal. Farkas Kalman.
Rudolf Hofmann. Herrmann Prager. Vaczi Nandor.
Josef Jackel. Johann Zlocha.

Budapest, am 20. Februar 1881.

Wien, im März 1881.

Löbliche Redakzion!

Unterzeichneter ersucht hiemit eine löbliche Redakzion um gefällige Aufnahme nachstehender Zeilen.

Im vorigen Monate ereignete sich folgender Fall in der Steinmetzwerkstätte des k. k. Hof-Steinmetzmeisters Paul Wasserburger, 9. Bezirk, Lichtensteinstraße, wo ich seit Jahren als Steinmetzgehilfe ordnungsmäßig und zur vollen Zufriedenheit meines Chefs, sowie aller meiner Kollegen in Verwendung stand.

Um die Sache näher zu präzisiren, muß ich vor Allem einige Worte bezüglich untenerzälten Herganges vorausschicken. Von Seite des Herrn Steinmetzpoliers Göd wurde mir ein Stück Stein glatte Arbeit zur Verfertigung angewiesen. Da dieser Stein aber das mir vorgeschriebene Maß nach der im Baufache üblichen Ankehrung von Lager und Haupt nicht ergab und tatsächlich kein besonderer Unterschied zwischen Haupt und Lager bestand, auch bezüglich seiner Tragfähigkeit nichts zu befürchten war, so verwendete ich das Haupt zum Lager und das Lager zur Fasade. Als ich nun den vorerwähnten Steinmetzpolier davon in Kenntnis setzte und an nichts Arges dachte, weil ich diesen Stein so gut es eben ging, nachdem angegebenen Maß verwerten wollte, hieß er mich zu meiner größten Ueberraschung einen d . . . . . Bu . . . . . Ganz erstaunt über dieses unkorrekte Vorgehen, welches sich überhaupt für einen Vorgesetzten an und für sich nicht geziemt, replizirte ich, daß er jedenfalls auch einen derartigen Titel verdiene, wenn er solche schmähliche Insulten gegen mich gebrauche. Aber, o Malheur, da kam ich schön an bei diesem galanten Herrn Polier, denn ehe ich noch ein Wort weiter reden konnte, applizirte er mir einen derartigen Schlag ins Gesicht, daß mir das Blut aus Mund und Nase quoll. Um mich aber vor weiteren Mißhandlungen dieses groben L..... zu schützen, ergriff ich ihn mit der einen Hand an der Brust, während ich mit andern seinen weiteren Angriff auf mich abwehrte, bis er von selbst nachließ. Nachdem ich mich ein wenig von meinem Blute gereinigt hatte, berief ich sämmtliche dort beschäftigte Steinmetze nach üblichem Handwerksgebrauch zusammen und beklagte mich über diese unmenschliche Behandlung. Leider hatte ich auch da die Rechnung ohne den Wirt, vielmehr ohne Geschäftsleiter gemacht, auch da wurde mir das Recht entzogen und mit einer strengen unhöflichen Verweisung abgefertigt. Nun war natürlich unter solchen Zuständen für mich kein längerer Verbleib, ich packte daher meine Sachen zusammen und ging. Anfangs dachte ich mir, diesen Fall vor das Forum des Richters zu ziehen — allein ich kam wieder von dieser Absicht ab, weil ich wußte, daß, wenn meine Kollegen die Wahrheit vor Gericht bestätigen sollten und wollten, noch weitere Opfer der Brutalität anheimfallen würden, denn sie würden, wenn gerade nicht geprügelt, einfach gemaßregelt werden. Aus diesem Grunde habe ich den Weg der Oeffentlichkeit vorgezogen. Hauptsächlich auch darum, daß sich jeder Steinmetzgehilfe in Zukunft, wenn er unter diesen Menschen in Arbeit zu stehen kommt, zu orientiren weiß.

Eines aber sei noch erwähnt, daß die Fortsetzung solcher Kraftproben von Mißhandlungen seitens dieses Herrn ihm einmal sehr übel bekommen könnte, wenn er nämlich auf eine Persönlichkeit seinesgleichen stoßen würde, welche ebensowenig wie er, das bestehende Strafgesetz zu respektiren weiß und seine vom Wein wie mit Zinnober gefärbten Wangen und Nase mit einigen Generalinjurien belegen würde. Hochachtungsvoll August Auth.

An den Herrn Bezirkshauptmann in Jägerndorf!

Als ich mich Mittwoch den 9. März d. J. wegen den vier Nummern der in Budapest erscheinenden und in Oesterreich verbotenen Zeitschrift „Arbeiter-Wochenkronik", welche unter meiner Adresse abgeschickt wurden, bei Ihnen zu verantworten die Ehre hatte, gab ich wahrheitsgetreu an, daß ich auf die verbotene „Wochenkronik" niemals, wol aber in den Monaten September und Oktober v. J. auf die ebenfalls in Budapest erschienenen der Zeit nicht verbotenen sozialistischen Blätter „Wanderer" und „Wegweiser" pränumerirt war. Sie machten da die Bemerkung, daß es schön ist, wenn man seine Mußestunden durch Lesen ausfüllt, um dadurch seine Bildung zu fördern, ich sollte aber rücksichtlich meiner schlechten Lage nicht noch auf derlei Blätter pränumeriren.

Ich hätte Ihnen wol bald erklärt, warum ich mich für derlei Zeitschriften interessire, es ließ sich aber nicht tun. Es liegt aber in meinem Interesse, Ihnen mitzuteilen, warum ein, von der sogenannten besseren Klasse abgenütztes, bei Seite geschleudertes Individuum solche Blätter gerne liest. Ich erlaube mir, Herr Bezirkshauptmann, Ihnen meinen ganzen Lebenspfad zu beschreiben, damit Sie richtig beurteilen können, ob ich Recht habe, wenn ich nicht nur eine Vorliebe zum Lesen sozialdemokratischer Schriften habe, sondern mich auch laut und öffentlich als treuer Anhänger der sozialdemokratischen Partei bekenne.

Ich war 12 Jahre und 6 Monate alt, als ich in einer Fabrik um meinen linken Arm kam. Bald darauf, als mich das Unglück getroffen, sagte der Fabrikant, er wolle es nicht haben, daß die Maschinen während des Betriebes geputzt werden. Damals bestand noch die 14stündige Arbeitszeit von 5 Uhr Früh bis 8 Uhr Abends; während dieser Zeit durfte keine Maschine stehen bleiben, mithin sollten wir dem guten Herrn nach einer 14stündigen Arbeit noch täglich eine Stunde Robot tun, wie dies heute noch in vielen Fabriken üblich ist. Ich als Freund der Arbeit und als Feind der Robot putzte gleich den andern Arbeitern die Maschine des Nachts um $^3/_4$12, um zum Feierabend um 12 Uhr — denn wir arbeiteten über die Zeit — mit den andern Arbeitern fortgehen zu können. Nicht Unvorsichtigkeit, wie die weisen Fabrikanten sagen, war die Schuld an meinem Unglück, sondern ich war noch zu klein und mußte, um einen Theil zu putzen, in die Höhe steigen und bekam einen andern beweglichen Teil hinter dem Rücken und dieser packte mich.

Nun ruht der gute Herr im Frieden und wurde von Seite der Behörde gar nicht beanständet und zu gar nichts verpflichtet. Was bekümmert den klugen Fuchs beim Entenbraten der dumme Hase, welcher um einige Grashälmchen Kreuz- und Quersprünge macht.

Der Herr war gut; er schickte mich nach 2 Jahren und einigen Monaten in die Schule, wo ich die 4. Klasse und die erste Unter-Realschule durchmachte, dann mußte ich austreten; da ich aber erst 15 Jahre alt war, konnte er mich zur Buchführung noch nicht verwenden, ich mußte daher einstweilen 6 Jahre in der Fabrik als Kartenputzer und Fadenjunge für einen Wochenlohn per 1 fl. 60 kr. arbeiten; da hatte ich Geld, Zeit und Gelegenheit genug, mich unter bildungslosen Fabriksarbeitern vollends auszubilden, um später die Buchführung übernehmen zu können. Im Jahre 1866 neckte ich mich mit dem Spinnmeister seiner Maitresse, wie das Menschen von 20 Jahren öfters tun, der Herr Spinnmeister geriet in Eifersucht und ließ mir ein Paar Ohrfeigen zukommen, in Folge dessen ging ich weg. Ich war aber gezwungen, später wieder in derselben Fabrik um Arbeit zu betteln, weil ein Krüppel selten eine Beschäftigung findet, wenn er auch noch so Manches leisten kann, so bekommen aber die Herren Arbeitsgeber gesunde Leute in Ueberfluß. Ich arbeitete wieder 4 Jahre bei dem Fabrikanten, wo ich verunglückt bin, aber nicht im Comtoir mit der Feder, sondern in der Wolferei, bei der schlechtesten und ungesundesten Arbeit, die in einer Schafwollwaaren-Fabrik gemacht wird. Der Herr betrachtete es eigentlich nicht für eine Pflicht, wenn er mir Arbeit verschaffte, sondern nur für eine Gnade und er war gewiß gnädig genug, wenn er mich die schmutzigste Arbeit machen ließ, da ich zur Buchführung noch immer zu wenig gebildet war und die andern Arbeiter nicht gut verleumden konnte. Im Grunde genommen habe ich ja noch nichts für ihn getan, als einen Knochen geopfert.

Im Jahre 1872 wurde der Fabrikant bankerott, die Fabrik blieb stehen und ich konnte gehen. Von der Zeit an arbeitete ich bis jetzt, jedoch nur im Sommer, also 4 bis 5 Monate bei schöner Jahreszeit, das sind 130 Tage, wenn man die Sonntage abrechnet, auf Ziegelschlägen beim Ein- und Ausscheiben der Ziegel, welches die schwerste Arbeit ist, die ich kenne und hätte manchen breitschulterigen, dickleibigen Menschen besser gepaßt als für einen Krüppel mit einer Hand. Bei dieser schweren Arbeit verdiente man wöchentlich 3 fl., das sind also durch 20 Wochen 60 fl. Bei einem solchen Jahresgehalt brummt einem der Magen aus Hunger, manchem reichen Fabriksbesitzer und Wucherer brummt er, wenn er gar zu voll gestopft wird. Eine Frau Bm. L., bei welcher ich einige Jahre arbeitete, sagte einmal, die Arbeiter seien ganz ein anderer Schlag Menschen als die Reichen und sind von Jugend an, an solches Elend gewöhnt.

Glauben Sie nicht, Herr Bezirkshauptmann, daß ich zu faul bin, mich um eine einträglichere Beschäftigung umzusehen. Ich jagte schon Gesuche in alle Himmelsgegenden, um eine Beschäftigung zu bekommen, die mir eine Existenz bietet, z. B. bei Eisenbahnen um Magazins- oder Stazionsnachtwächterdienste, Kanzleidiener, Heger (Waldhüterdienst), auch beim löblichen Gemeindeamt Jägerndorf kam ich vor einigen Jahren um einen damals erledigten Hegerdienst ein, wurde aber mit dem Bescheid abgewiesen, daß ich in der Kollektur keine Pflanzen ausheben kann. Ich bin in meinen beschäftigungslosen Tagen schon viel in Wäldern herumgeirrt, habe aber noch nie einen Heger gesehen, der in der Kollektur etwas gearbeitet hätte. Amtsdienerdienste kommen nur solchen Personen zu, die beim Militär gedient haben und gesund sind, zum Akten tragen muß man zwei Hände haben. In Privatgeschäften bemühte ich mich schon vielfach um einen Posten, aber es ist Alles umsonst, trotzdem ich schöne Zeugnisse besitze und mir Niemand auf der Welt etwas Schlechtes nachweisen kann. Es gibt leider zu viele abgehauste Fabrikanten und Kaufleute, diese haben reiche Freunde, welche sich alle Mühe geben, ihren verunglückten Mitbürger unterzubringen. Hat ein Fabrikant seine Fabrik oder ein Kaufmann sein Waarenlager in Wein verwandelt, so ist das kein Wunder, sondern ein Mißgeschick. Kommt aber ein armer Arbeiter bei seiner Arbeit um ein Glied seines Körpers, so ist er ungeschickt und für ungeschickte Leute hat man keinen Dienst, denen gibt man höchstens einen Kreuzer. Da ich aber das Kreuzerglück verschmähe, so falle ich lieber meiner armen, 61 Jahre alten, brustkranken Mutter zur Last, trotzdem es mir wehe tut, daß sie für mich, anstatt daß ich für sie arbeiten muß.

Ich habe im bürgerlichen Gesetzbuch gefunden, daß jede Gemeinde ihre arbeitsunfähig gewordenen Heimatsberechtigten zu erhalten verpflichtet ist. Aber wie kommt meine Zuständigkeitsgemeinde Großraden dazu, mich zu erhalten, da ich als Kind von 3 Jahren von derselben wegkam und 31 Jahre in Jägerndorf bin, wo ich auch verunglückte? Ich werde mich auch niemals herbeilassen, in einem mir ganz fremden Dorfe von Bauer zu Bauer zu gehen, um ihren Hunden das Futter wegzuschnappen. Wenn ich auch aus dem Armenfond täglich 6 bis 10 kr. bekäme, so wäre ich vor dem Erhungern nicht geschützt, sondern es möchte nur langsamer von statten gehen. Ich will lieber einem schnelleren Tode entgegensehen, als diesen; auch bin ich nicht geneigt, mich mit den Kühen und Pferden in eine Kategorie zu stellen und mit ihnen den warmen Stall als Schlafgemach zu teilen, daher muß ich wol auf die Armenversorgung meiner Zuständigkeitsgemeinde Verzicht leisten.

Was, Herr Bezirkshauptmann, soll ich aber tun? Betteln? da werde ich als Vagabund eingesperrt. Stelen? das vereinbart sich nicht mit meinem Karakter, zum Schwindeln bin ich zu aufrichtig oder, besser gesagt, zu dumm. Es wird am besten sein, daß ich mich der sozialdemokratischen Partei anschließe, die auch an der Krankheit Hunger leidet und ich schreie in Gemeinschaft mit diesen aus allen Kräften zu der uns beherrschenden Klasse: sie möge ein Gesetz schaffen, welches uns vor dem Erhungern schützt. Ich lese also zu diesem Zwecke soziale Schriften, weil die Blätter unserer Gegner unser Prinzip mit Füßen treten.

Jägerndorf, den 11. März 1881.

Josef Herdin.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Am 7. Februar 1881 fand die Generalversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und Arbeiterinnen mit folgender Tagesordnung statt:

1. Vereinsberichte. 2. Wal des Ausschusses und der Revisoren. 3. Gewerbliche Rundschau. 4. Anträge und Interpellazionen. Vorsitzender Herr Ignaz Linsenmeier. Nach Verlesung des Protokolls von der am 11. Dezember 1880 stattgefundenen Monatsversammlung, welches angenommen wurde, berichtet Herr Michalek als Kassier des Vereines über folgende Einnahmen und Ausgaben im Monat Dezember 1880: Einnahmen sammt Saldo vom November 201 fl. 50 kr., Ausgaben im Dezember 1880 51 fl. 41 kr.; verbleibt ein Saldo für Jänner 1881 150 fl. 9 kr. Sodann berichtet Herr Michalek über die Gesammt-Einnahmen und Ausgaben im abgelaufenen Vereinsjahr 1880: Einnahmen sammt Saldo vom Dezember 1880 1101 fl. 91 kr., Ausgaben 951 fl. 82 kr., Saldo 150 fl. 9 kr. Die Richtigkeit dieser Rechnung wurde von den Kontroloren Herren Heinlein und Dworatzek und von dem Revisor Herrn Prohaska konstatirt und von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

In der Posamentir-Assoziazion befinden sich 200 fl., in der niederösterr. Sparkassa 325 fl. 14 kr., welche das Vermögen des Vereines bilden. In den Ausschuß wurden gewählt die Herren: F. Michalek, 1. Kassier, Johann Rogner, 2. Kassier, Jakob Schrenk, 1. Schriftführer. Zu Ausschüssen die Herren: Gustav Dworatzek, Josef Schmidt, Theodor Fohlinger, Johann Wik, Georg Heinlein, Anton Wellebil. Josef Frühbauer, Silvester Dobrodinski, Julius Beier wurden als Geschäftsordner für das Lesezimmer Sechshaus I gewält. Ersatzmänner: Anton Wodizka, Albert Herra und Mathias Zoubek. Revisoren: Frebizek und Blodig.

Ueber den Punkt „gewerbliche Rundschau" ergriff Genosse Schrenk das Wort und kritisirt die heutigen Uebelstände, hauptsächlich in der Manufakturbranche seit der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise, unter welcher der Arbeiter so arg zu leiden hat, daß es kaum denkbar sei, daß sich der Arbeiter mit einem solchen Hungerlohn begnügen muß und bemerkt, daß nur durch Gesetze der Arbeiter vor einer so maßlosen Ausbeutung geschützt werden kann und auf die Vorlage der neuen Gewerbe-Ordnung übergehend, wurde Redner vom Regierungskommissär Wellum mit dem Bemerken unterbrochen, daß dies politisch sei. Im selben Sinne sprach noch Genosse Michalek. Herr Schrenk stellt den Antrag, daß eine freie Manufakturarbeiter-Versammlung einberufen werde, in welcher man sich über diese Vorlage aussprechen kann. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Genosse Heinlein stellt den Antrag, daß das Zentral-Lokal in das Gasthaus zur „blauen Flasche", Neu-Fünfhaus, Zinkgasse Nr. 6 verlegt werde. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Hiemit Schluß der Versammlung.

Franz Schustazek, 2. Schriftführer.

Druck v. Wilh. Jacobi, I., Schottenring 6.

historischen Klöstern zugewiesen werden und nach und nach das Mönchswesen gänzlich aufhören. Fast sämmtliche Weltgeistliche stimmten für diesen Antrag. Die Regierung erklärte jedoch, daß sie denselben nur zum Teile ausführen könne, indem sie die Mönche in den Pfarreien allmälig durch Weltgeistliche ersetze.

Am 5. März fand in Westminster, London, unter dem Vorsitze Cowens eine Versammlung zu dem Zwecke statt, um eine Arbeiterpartei zur Lösung dringender sozialpolitischer Fragen zu organisiren. Das Komitee, welches in jener Versammlung gewält worden war, um ein Programm zu entwerfen, berief eine neue Versammlung, welche ein Programm akzeptirte, welches u. A. folgende Punkte enthält: allgemeines Stimmrecht für Erwachsene, 3jährige Mandatsdauer für die Deputirten, Zalung von Diäten an die Abgeordneten, gleichmäßige Walbezirke und Bezalung der gesetzlichen Walunkosten durch den Staat. — In der Grafschaft Westmeath in Irland wurde am 5. März ein agrarischer Mord verübt. — Patrick Tarel ein Pächter aus Mayoore in Irland wurde am 4. März auf freiem Felde von zwei Männern angefallen und niedergeschossen. — Am 16. März, nachts, endeckte ein Polizist in London an der Rückseite des Hauses des Lordmayors eine mit 25 Pfund Schießpulver gefüllte Kiste, an der eine brennende Lunte befestigt war. In der Kiste wurden außer dem Pulver zalreiche irische Zeitungen gefunden. Da der Lordmayor Deputirter eines irischen Walkreises ist und im Parlamente für die Zwangsbill stimmte, vermutet man, daß ein Attentat der Irländer beabsichtigt war. Von dem Täter hat man nicht die geringste Spur. Die Verhaftungen in Irland mehren sich indessen; von der Landbill hört man aber noch immer nichts. — Die Arbeitseinstellung in den Kolenfelderdistrikten von Derbyshire und Yorkshire ist dadurch beendet worden, daß die „humanen" Grubenbesitzer sich mit dem Verlangen an die Behörden wandten, die streikenden Arbeiter aus ihren Wohnungen zu vertreiben, welche „Eigentum" der Gesellschaften sind. Die Arbeiter sahen sich infolge dessen gezwungen, auf ihre Forderungen zu verzichten und mit der ihnen von den Arbeitsgebern angebotenen Lohnerhöhung von 2·1 Prozent vorlieb zu nehmen. — Am 14. Juli findet in London der internazionale Kongreß der Sozialrevoluzionäre statt. — Am 2. September ist bekanntlich der sozialistische Weltkongreß in Zürich.

In Warschau wurden 29 Arbeiter und ein Student wegen heliografischer Vervielfältigung von sozialistischen Flugschriften, verhaftet. — Auf dem Warschauer Bahnhofe wurde eine aus der Schweiz angekommene als Galanteriewaare deklarirte Sendung, enthaltend sozialistische Flugschriften, in Beschlag genommen. — Am 11. März wurden in Oranienbaum bei Petersburg, mehrere der Teilnahme an der revoluzionären Bewegung „verdächtige" Personen verhaftet; bei dem Transporte in die Festung gelang es einem der Verhafteten zu entfliehen. Am 11. will die Polizei auch einen der Arrangeure des Attentats vom 13. März verhaftet haben; in der kleinen Gartengasse, welche sonst der Zar auf seinen Fahrten von der Reitschule zum Winterpalast zu passiren pflegte, entdeckte die Polizei eine Mine, welche von einem Käseladen ausging und quer die Straße durchlief; es wurden mehrere elektrische Batterien und 90 Pfund Dinamit darin aufgefunden. Man nimmt an, daß bei einer Explosion beinahe die ganze Straße in die Luft gegangen wäre. — — — —
— — — — — — — — — —
— — — — — — — — — —

Aus Parteikreisen.

Im Laufe dieser Woche erscheint in Wien ein neues Parteiblatt („Nová Doba") in tschechischer Sprache (Broschürenformat) und wird vorläufig vierteljährig erscheinen. — Wir machen unsere Leser, die der slavischen Sprache mächtig sind, aufmerksam, daß die „Dělnické Listy" (früher in Prag) seit einiger Zeit in Wien erscheinen.

Nummer 6 des „Schuhmacher-Fachblatt" wurde von der k. k. Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt und eine zweite Auflage nicht gestattet; ebenso erging es den in Wien erscheinenden „Dělnické Listy".

Eine für den 20. März in Graz einberufene Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1. Die neue Gewerbeordnung. 2. Die Bauernbewegung und die Stellung der Arbeiter zu ihr — wurde auf Grund des §. 6 verboten.

In Wels fand am 24. Februar bei Genossen Guttmann eine Hausdurchsuchung statt. Zu diesem Behufe erschienen ein Schandarm und ein Wachmann und suchten nach einem Notizbuch, worin sich Druckorten befinden sollten. Die Veranlassung hiezu war eine Denunziazion bei der Polizei, derzufolge eine aus London kommende „Freiheit" in deren Hände fiel und sie natürlich noch mehr haben wollte. Zufälliger Weise ging aber das gesuchte Notizbuch den Weg des „Verschwindens". Trotzdem die Hausdurchsuchung volle zwei Stunden währte, blieb sie resultatlos. Weil nun das Notizbuch „gesucht und nicht gefunden" wurde, ist gegen G. die Untersuchung eingeleitet worden. Die betreffende Nummer der „Freiheit", die bei G. nicht vorgefunden wurde, begründet das Verbrechen des Hochverrats nach §. 58 St.-G.

In Meran wurde Genosse Josef Kuleß wegen des Verbrechens der Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt. Wie uns mitgeteilt wird, soll ein Herr Gabel sammt seinem Schwager die Rolle als Denunzianten meisterhaft gespielt haben.

Brünn. Sonntag den 13. März fand im Saale des slavischen Vereinshauses um 10 Uhr vormittags eine Eisen- und Metallarbeiterversammlung, behufs Gründung einer Zentral-Kranken- und Invalidenkasse für Eisen-, Metall- und deren Hilfsarbeiter statt. — Nachdem der Einberufer die Versammlung mit warmen Worten begrüßte, wurde zur Wal des Präsidiums geschritten und Herr Smejkal als Vorsitzender und Herr Kiselka als Stellvertreter, zu Schriftführern Anton Lorenz (deutsch) und Al. Kremar (slavisch) gewält.

Als erster Redner trat Genosse Obrist aus Wien auf. Er begrüßte die Brünner Eisen- und Metallarbeiter von Seite der Wiener Genossen und spricht sich in folgender Weise aus: es freue ihn sehr, daß die Eisen- und Metallarbeiter in großer Anzal erschienen sind, es ist ein Beweis, daß sie für ihre Interessen am Platze sind und der Oeffentlichkeit zeigen, daß sie eine Krankenunterstützungs- und Invalidenkasse unter Verwaltung und Kontrole der Arbeiter errichten. Er bespricht dann die Fabrikskassen, wie nachteilig selbe dem Arbeiter sind, in welchen der Arbeiter wol Pflichten aber keine Rechte hat. Es ist daher notwendig, daß sich die Eisen- und Metallarbeiter Brünns vereinigen und den Beweis liefern, daß sie eine Kasse gründen, in welcher der Arbeiter im Erkrankungsfalle vor Not und Elend geschützt ist. Indem der Arbeiter am besten weiß, wie ihm geholfen werden kann und da schon in vielen Städten Oesterreichs solche Kassen bestehen und sich sehr gut bewähren, so ist es das beste Zeugnis, daß selbe dem Arbeiterstande entsprechen. Redner kommt auf die Einzalung in die Fabrikskassen zu sprechen, wo jeder Arbeiter vom Verdienstgulden 2 kr. per Woche zalt und im Erkrankungsfalle 13 Wochen Unterstützung erhält; er erklärt z. B.: ein Arbeiter arbeitet Akkord, er verdient 24 bis 20 fl. pr Woche, er zalt deshalb 28 bis 40 kr. pr. Woche und erhält im Erkrankungsfalle die Hälfte des fixen Lohnes, z. B. er hat 8 bis 10 fl. per Woche, so erhält er 4 bis 5 fl. Krankengeld; das ist ein Beweis, daß solche Fabrikskassen dem Arbeiter nicht im Geringsten entsprechen, da in der allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse das Mitglied 16 kr. per Woche zalt und 6 fl. ein halbes Jahr und 3 fl. das zweite Halbjahr Krankengeld erhält; Redner empfielt deshalb die Statuten der Wiener allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse, da selbe seit ihrem Bestande (1868 gegründet) die Uebelstände beseitigt haben.

Redner kommt auf die Invalidenkasse zu sprechen und hebt hervor, wie notwendig diese bei der heutigen Produkzionsweise ist, denn der Fabrikant trachtet immer, alte Kräfte durch junge zu ersetzen, — — — — — — — —

der Diplome für würdig. Genosse Ferdinand Nitsche erhält für seine ersprießlichen Leistungen und Verdienste das Diplom der Ehre und der Anerkennung. Genosse Mathias Posch wurde zum Ehrenmitgliede des hiesigen Vereines ernannt. Die Ueberreichung beider Diplome hat die Festsektion in einer passenden Gelegenheit mit Freuden übernommen. Die beiden ehrenhaften und musterwürdigen Genossen erstatteten ihren innigsten und kennbar tiefsterfüllten brüderlichen Dank in kurzen aber ergreifenden Worten. — Unter Punkt III reihe man auch noch die Sektionswal ein. Unterrichtssektion: Peter Hofer, Johann Wurmbrand, Johann Lalla. Ordnersektion: F. Massinger, J. Wurmbrand, J. Ederer, Fr. Nitsche. Bei der Ausschußsitzung am 2. Februar wurden Franz Ramskogler und Joh. Lalla in die Bibliotheksektion gewält. Nun schritt man noch zum letzten Punkt, zu welchem drei Anträge angenommen wurden, wovon der von der Festsektion gestellte Antrag bemerkenswert ist. In der vierten Sitzung der Festsektion wurde beschlossen, denselben der außerordentlichen Generalversammlung zu unterbreiten. Der Antrag geht dahin, zu den Pfingstfeiertagen hier in Kindberg ein großes allgemeines Arbeiterfest zur Erinnerung an den achtjährigen Bestand des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines zu feiern. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Das reichhaltige Festprogramm wurde der Festsektion zur Ausarbeitung überlassen. Die Versammlung, welche einen äußerst würdigen Verlauf genommen, wurde um ½3 Uhr nachmittags geschlossen.

Peter Hofer, Schriftführer.

Teplitz. Sonntag den 20. Februar hielt der hiesige Arbeiter-Bildungsverein eine außerordentliche Generalversammlung, betreffs Ersatzwal des Vorstandes, ab. Gewält wurde als Obmann Genosse Josef Marsch, als Schriftführer Genosse Wilhelm Größl. Zugleich muß bemerkt werden, daß der Verein an durchreisende Genossen 50 kr. Reiseunterstützung ausbezalt.

Arbeiter! Mitglieder! Haltet fest an dem Banner der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Seid einig, tretet mit Mut dem Unverstand und der Ausbeutung entgegen, wehrt Euch euerer Haut auf jede Weise, damit wir Arbeiter zum wenigsten die Haut und Knochen noch erhalten und unsere Kinder ein besseres Dasein erreichen. Wir wissen wol, daß wir einen St. Georgskampf gegen — — — — genannt Kapital, führen. Unsere Sache ist eine gerechte, darum muß dieselbe zum Siege gelangen, trotz Maßregelung und Unterdrückung, welcher wir ausgesetzt sind. Darum, Arbeiter, vereinigt, organisirt Euch, damit wir unser erhabenes Ziel erreichen.

Wilhelm Größl, zweiter Schriftführer.

Ausweise.

Nr. 91.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Der Pfarrer von Penzing hat's Kapperl verlorn 1.21, Silberstein 12, Doleschal 10, Wolaschik Anton 1.03, Dr. Adler 65, Bernard 30, (Nachtrag) Böhm 40, Winter 20, Fabrik Hieß und Söhne 1.—, von den Roten am 13. März 3.10*), durch Schrutek 70, durch Schrutek, Brüderl wo bist Du gewesen 1.42, Stadt Steyr, drei Hufeisen, für unsere Brüder in der Not 2.50, Steyr von Professor Drasch — Zinner: Herr verzeihe ihm, denn er wußte nicht, was er sprach 2.—, Steyr, Faschingkrützchen, durch die Markedenterin 2.—, H. durch Richter 20, der Jud vom Sieb, Windmühlgasse 1.12, L. A. 25, Futschik 40, „Unserer freudigen Stimmung" 25, Glogganitz durch Karger 2.18, Haraszim, Bukowina 90, Baier 10, Ad. Reth, Hohenbruck 30, Geier, Barenther je 50 und Vogt in Asch 1.—, Bier, Ketzelsdorf 20, aus Kolin 10, Paul Futschik 35, S. Sch. B. 30, von den Tanzschülern durch Polz 1.13, Damenschneider-Werkstätte des Herrn Petzka 1.70, durch Fischer in Floridsdorf 3.35, L. Sch. 1.—, E. F. 40, N. N. 5, Schinger 5, durch Otto Riedl 1.35, von mehreren Arbeitern der Hofherr'schen Fabrik 6.50, ein Fünfer-Komitee durch 2 N. N., Triest 1.80, die Roten am Neubau 1.10, gewonnen ein Rauchrequisit 50, Druck erzeugt Gegendruck 40, Silberstein 12, Ungenannt, Floridsdorf 15, Genossen Floridsdorf 2.21, „7 Schwaben" 1.—, die Metallarbeiter in Jedlesdorf unter dem Motto: der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte 2.51, Nowak, Floridsdorf 40, S. Löw's Färberei, für unsere Kämpfer, Muschitz 30, Demanka, Richter, Schinka, Leiber, Tausch, Polacek, Kohn, Schmerek, Hava, Drescher, Hern, Chlumsky je 10 kr., die Roten am Marmortisch 3.—, Altenriber 30, die Roten von Mariahilf 1.50, Zeidler 24, F. Gams 1.—.

Summe 58 fl. 64 kr.

*) Aus Versehen wurde vom Genossen Ballhardt statt einem Vierkreuzer- ein Guldenstück gegeben und da derselbe arbeitlos ist, wurden ihm 90 kr. retournirt; statt 4.20 bleiben 3.10.

Parteigenossen! Laßt Euren Eifer für diese gute Sache nicht erkalten und fahrt fort Eure Pflicht zu tun!

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

Briefkasten.

Redakzion: Zinner, hier: In nächster Nr. — Zur Berichtigung. In dem in letzter Nummer enthaltenen Versammlungsberichte des allgemeinen Arbeitervereines in Steyr soll es anstatt: „der aktive Mitgliederstand beträgt 25" richtig heißen: „125 Mitglieder". —

Administrazion: Arbeiter-Bildungsverein in Kindberg: Wurde abgesandt; die Absendung der Blätter erfolgt immer Freitag. — Haraszim, Bukowina: Ihr Abonnement reicht bis Ende Juni. — Bernart, Perchtoldsdorf: Abonnirt bis Ende April. — H., Capodistria: Die Administrazion der „Arbeiter-Wochenkronik" befindet sich in Budapest, Harsfa uteza 35 sz., Abonement vierteljährig 75 kr., die des „Arbeiterfreund" in Reichenberg, Eßterhazykeller, auf der Lade 330, 1. St., Th. 4 Abonement vierteljährig 40 kr. — Inseratenpauschale: Steinmetz pro 1881 für die Monate Jänner, Februar, März 3 fl., Kürschner für ein halbes Jahr 3 fl. — Zur Unterstützung der „Zukunft": Reisch 40 kr.

Ankündigungen.

Union der Wiener Metallarbeiter.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Favoritenstraße 4, Gasthaus „zum wilden Mann". Die Vermittlung findet statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags.

Lesezimmer: 3. Bezirk, Marxergasse, „Sofiensaal". 2. Bezirk, gr. Pfarrg., Gasth. „z. schwarzen Elefanten". 10 Bez., Himbergerstraße, Gemb's Saallokalitäten. Fünfhaus, Sechshauserstraße, Saallokalitäten „zum alten Brauhaus". Hernals, Kirchengasse 49. Vereinsabend jeden Samstag von 8—½9 Uhr.

Im Verlage von **Andreas Grosse**, Wien, 5. Bez., Hundsturmerstraße 89, ist die **zweite Ausgabe** des

österreichischen

Arbeiter-Kalenders

für das Jahr 1881

erschienen.

Preis per Exemplar 25 kr.

Bei einzelu bestellten Exemplaren ist außer dem obigen Preise noch 5 kr. für Postporto einzusenden.

Inhalt: Kalendarium. — Zeitbetrachtungen. — Ein Kapitel von der Sonne. — Zur Geschichte des Pauperismus in Schottland. — Aus den Briefen eines preußischen Rekruten an einen Freund. — Vereinsverzeichnis.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag. In der Zentrale, Buchhaltung nachmittags.
Montag. Biblotek von 8—9 Uhr, in der Zentrale.
Dienstag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgeschrittene von ½8—½10 abends, Gesangsübung in Huber's Gasthaus, 6. Bez., Sandwirthgasse.
Mittwoch. In der Zentrale, Ausschußsitzung von 8 Uhr an. Gesangsunterricht in Huber's Gasthaus, Sandwirthgasse.
Donnerstag. In der Zentrale, Unterricht für Völker- und Länderkunde von ½8—½10, Biblotek von 8 bis 9 Uhr abends.
Freitag. In der Zentrale, Elementarunterricht für Vorgeschrittene von ½8—½10 Uhr abends.
Samstag. Französischer Unterricht von ½8—½9 Uhr, Stilistik von ½9—½10, Biblotek von 8—9 Uhr.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

In der Schuhmacher-Gewerkschaft bestehen gegenwärtig folgende Unterrichte: Dienstag von ½8—½10 Uhr Elementar- und französischer Sprachunterricht. — Donnerstag von ½8—½10 Uhr Buchhaltung. — Freitag von ½8—½10 Uhr Zuschneideunterricht. — Samstag von ½8—½10 Uhr französischer Sprachunterricht. — Sonntag von 2—3 Uhr Buchhaltungsunterricht, von 3—5 Uhr Tanzunterricht.

Sämmtliche Unterrichte finden in der Zentrale, 7. Bezirk Kaiserstraße 96 statt.

Wien. Die Leitung des allgemeinen Fortbildungs- Kranken- und Unterstützungsvereines der Geschäftsdiener Wiens ersucht alle Vereine, welche die Festkarten vom 9. Jänner noch nicht zurückgesendet haben, dieses sofort zu veranlassen, weil laut Beschluß, das Festkomitee alle fehlenden Festkarten bezalen muß.

Wien. Sonntag den 27. März 1881, ½7 Uhr abends, findet die Monatsversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und Arbeiterinnen Wiens im Lesezimmer Meidling in Herrn Schlemin's Gasthaus, Ecke der Miesbachgasse und Bonggasse statt. — Tagesordnung: 1. Vereinsberichte. 2. Gewerbliche Rundschau. 3. Der Zeit- und Stücklohn. 4. Anträge und Interpellazionen. — Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, am Platze zu sein.

Wien. Der Ausschuß des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und Arbeiterinnen Wiens gibt seinen Mitgliedern bekannt, daß sich das Vereinslokal seit 12. Februar 1881 in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neu-Fünfhaus, Zinkgasse 6, befindet.

Gewerkschaftsverein der Bürstner in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, Montag und Donnerstag statt.

Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse in Wien.

Die diesjährigen Mitgliederversammlungen finden in folgender Weise statt:

Favoriten: Gasthaus „zur goldenen Rose", Himbergerstraße 41, Samstag den 26. März, abends 7 Uhr.

Die Generalversammlung der Invalidenkasse findet Sonntag den 27. März, nachmittags 2 Uhr, im Gasthause „zum Hirschen", 4. Bez., Paniglgasse 1, statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich von diesen Versammlungen gegenseitig zu verständigen und zalreich zu erscheinen; das abgestempelte Mitgliedsbuch ist die Eintritts-Legitimazion.

Die Abhaltung der Walkonventssitzung wurde für den 10., der Delegirtenversammlung für den 24. April festgesetzt.

Als Kontrolkommission des Verbandes für das Jahr 1881 der Ausschuß der Kornenburger Kasse gewält.

Unterstützungs- und Fortbildungsverein der Drechsler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 6. Bezirk, Aegidigasse 19, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von ½8—9 Uhr abends statt. — Einschreibungen an genannten Tagen.

Arbeiter-Bildungsverein in Floridsdorf.

Das Vereinslokal befindet sich seit 1. Februar in Berancek's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstraße.

Die Unterrichtssektion gibt bekannt, daß der Unterricht im Zeichnen von nun an an jedem Sonntage von 9—½12 Uhr im Vereinslokale wieder fortgesetzt wird.

Zur Beachtung.

Der Fortbildungs- und Unterstützungsverein in Altharzdorf gibt bekannt, daß an durchreisende Vereinsmitglieder, welche einem ähnlichen Verein mindestens seit drei Monaten angehören und mit ihren Beiträgen nicht länger als seit drei Monaten im Rückstande sind, 30 kr. Reiseunterstützung verabfolgt werden. — Die Reiseunterstützung wird bei Josef Hübner in Altharzdorf ausbezalt.

Der Ausschuß.

Graz. Der Verein der Tischler gibt bekannt, daß er durchreisenden Mitgliedern, welche einem gleiche Tendenz verfolgenden Vereine angehörten, eine Unterstützung von 50 kr. verabfolgt, welche bei Genossen Kappauf, Volksgartenstraße 8, zu beheben ist.

Die Vereinsleitung.

Innsbruck. Seit 15. März l. J. befindet sich das Vereinslokal des Allgemeinen Arbeitervereines in Innsbruck im Café Kempf, ersten Stock (unter den Lauben). Dies diene zur allgemeinen Kenntnis.

Wels. Der Arbeiter-Bildungsverein in Wels gibt hiemit bekannt, daß er vom 7. März an den reisenden Mitgliedern keine Reiseunterstützung mehr ausbezalt, welche einem ähnlichen Vereine nicht wenigstens seit drei Monaten angehörten. — Um Irrungen vorzubeugen, fordern wir diejenigen Vereine auf, welche ihren Mitgliedern die Dokumente ungenau ausfertigen, dieselben zu verbessern.

Der Ausschuß.

Fortbildungs- und Unterstützungsverein der Musikinstrumentenmacher Wiens.

Sonntag den 27. März in den Sälen zu den „3 Engeln", 4. Bez., große Neugasse 36,

Wohltätigkeitsfest,

verbunden mit Konzert, Ball, Gesang und deklamatorischen Vorträgen. — Anfang 6 Uhr. — Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 50 kr.

Arbeiter-Bildungsverein in Teoben.

Die Reiseunterstützung von 30 kr. für durchreisende Genossen, welche einem Vereine gleicher Tendenz seit mindestens 3 Monaten angehört haben und mit nicht mehr als 3 Monatsbeiträgen im Rückstande sind, wird verabfolgt: Leoben, Dominikanergasse 114, Parterre.

Der **Allgemeine Arbeiterverein für Salzburg und Umgebung** gibt bekannt, daß sich das Vereinslokale seit 9. Jänner d. J. in Dubitzky's Gasthaus, befindet.

Kindberg. Die Reiseunterstützung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines zu 20 kr. wird bei Herrn Wilh. Hackl, Schuhmachermeister, an alle durchreisenden Mitglieder eines ähnlichen Vereines, welche seit mindestens drei Monaten einem ähnlichen Vereine angehören und mit nicht mehr als drei Monaten im Rückstande sind, ausbezalt. — Das Vereinslokal befindet sich in Herrn W. Hübner's Gasthof.

Zur Beachtung.

Alle Briefe für den **Arbeiter-Bildungsverein in Laibach** sind zu senden an Herrn Ferdinand Tuma, Schuhmacher, Schellenburggasse, ferner sämmtliche Blätter an Franz Sturm, Schellenburggasse, Laibach.

Der **Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungsverein in Freiwaldau** gibt hiemit bekannt, daß an durchreisende Genossen, welche einem ähnlichen Verein seit mindestens drei Monaten angehören und mit nicht mehr als drei Monatsbeiträgen im Rückstande sind, 20 kr. Unterstützung verabfolgt werden. Selbe werden beim Kassier in Freiwaldau, Gräfenbergstraße 111, ausgezalt.

Auf einer sehr lichten, separirten Kammer ist ein Bett zu vermieten. — Auskunft: 4. Bezirk, Karolgasse 5, 1. Stock, Tür 37. [15]

Bei Genossen Obrist ist auf einer Kammer ein Bett für einen Parteigenossen zu vermieten. — Währing, Schulgasse 8, 2. Stock, Tür 10. [15]

Herr Josef Zwerina, Tischlermeister, Wien, 5. Bez., obere Bräuhausgasse 21, hatte aus eigenem Antriebe seinen Arbeitern vom 19. März an die zehnstündige Arbeitszeit gewährt.

Meinem lieben Freund Anton Wordak zu seinem 37jährigen Geburtsfest ein dreifach donnerndes **Hoch!**

[25] Albert Becker.

Im Verlage von Karl Hanslitschek, Preßburg, Hochstraße, ist soeben erschienen

Die Reise in den Mond,

zweiter Teil, zwei Bogen stark. — Preis per Stück 12 kr. — Bei Abnahme von 10 Stück werden die Postspesen vergütet.

Die nächste Nummer erscheint am 14. April.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Adresse der Herausgeber der „Zukunft":
Andreas Grosse, IV., Hauptstraße 23, 1. Stock.

Jeden Dienstag: Herausgeber-Sitzung.

Herausgeber und Verleger: **Franz Mayr, Andreas Grosse, August Votitzky, Heinrich Hofer, Anton Christoph.**

Verantwortlicher Redakteur: **Franz Mayr.**

Druck von **W. Jacobi**, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, V., Kundstuermerstraße 89.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, V., Kundstuermerstraße 89.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 37. Wien, Donnerstag 14. April. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

An unsere Leser!

Die erste Ausgabe unserer heutigen Nummer wurde von der Staatsanwaltschaft konfiszirt. Beanständet waren mehrere Stellen im ersten und zweiten Artikel und eine längere Korrespondenz aus Floridsdorf. Wir ersetzen die gestrichenen Stellen und Artikel durch neuen Stoff und hoffen, daß diese zweite Ausgabe glücklich in die Hände unserer Leser gelangen werde.

Die Redakzion der „Zukunft".

Zur Beachtung.

Vom 10. Mai l. J. ab befindet sich die Redakzion, Administrazion und Expedizion 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 78, wohin dann auch alle Briefe und Geldsendungen zu richten sind.

Asilrecht und Reakzion.

Kaum war die Nachricht von der Ermordung des Zaren bekannt geworden, hörte man auch schon die bekannten Stimmen nach Einschränkung des Asilrechtes, nach internazionalen Vereinbarungen gegen die so oft todtgesagte Internazionale verlangen. Deutschland und Rußland gingen in diesem Konzerte voraus, und wenn auch die bekannt gewordenen Vorschläge vielfach mit einander in Widerspruch stehen, so harmoniren sie doch auf das Innigste in Bezug auf ihre gemeinsame Tendenz, die herrschende Aufregung über die russischen Attentate zu einer — — — — — — — — — — — — Daß Fürst Bismarck dabei die Hauptrolle spielt, wird Niemanden verwundern, da es sich ja um Reakzion handelt. Von der russischen Regierung wird wol auch Niemand freisinnige Ansichten erwarten.

Ueberraschender war für Viele aber die Bereitwilligkeit, mit der die französische Republik sich zu — — — — — — — — — — — — hergab und die Redakteure der Blätter verurteilen ließ, die keine Lobeshimnen auf den verstorbenen Zaren anstimmten. Freilich konnten durch diese Verurteilungen nur jene seichten Journalisten überrascht werden, die papageienartig die Fraseu von Freiheit und Gleichheit wiederholen, ohne dabei auf die bestehenden sozialen Gegensätze Bedacht zu nehmen, unter deren Einfluß jene Begriffe oft in das Gegenteil ihrer ursprünglichen Bedeutung verkehrt werden.

— — — — — — — — —
— — — — — — — — —
— — — — — — — — —

— — würden sie nicht in innigem Kontakte mit den Sozialisten aller Länder stehen, hätten sie nicht kommunistische Elemente in großer Zal und von bedeutendem Einflusse unter sich, so würde die französische Republik wahrscheinlich eine simpatischere Stellung zu ihnen einnehmen. Es ist aber bekannt, daß die französischen Kommunisten und die russischen Emigranten und Flüchtlinge nicht blos persönlich, sondern prinzipiell sich sehr nahe stehen und daß die sozialistische Richtung der russischen Revoluzionspartei schon seit Bakunin mit den französischen Anarchisten in Fülung ist, Grund genug für die französische Regierung in dieser Richtung mit den monarchistischen Reakzionären Hand in Hand zu gehen.

Dazu kommt als nicht minder wichtiges Motiv das Bestreben der französischen Regierung und vornehmlich Gambetta's für zukünftige Eventualitäten gegenüber Deutschland sich die Freundschaft Rußlands zu sichern. Ob aber die Macht der Regierung soweit reichen wird, auch gegenüber dem wachsenden Widerstand der Arbeiterbevölkerung auf eine gesetzliche Beschränkung des Asilrechtes nach dem Wunsche der deutschen und anderer Reakzionäre einzugehen, möchten wir bezweifeln. Leider ist das bestehende Gesetz in Frankreich schon schlecht genug, um der Regierung genügende Handhaben bei Ausweisung politischer Flüchtlinge zu bieten, wie die zalreichen Ausweisungen deutscher Sozialisten im vorigen Jahre gezeigt haben.

Der Liberalismus des Ministeriums Gladstone hat die irische Zwangsbill nicht verhindert und er würde auch ein Vorgehen gegen die sozialistischen Flüchtlinge in England nicht verhindern, wie der Prozeß gegen Johann Most schon beweist. Allein die Verfolgung könnte in England doch höchstens sich auf die Attentäter oder deren Mitschuldige oder solche ausdehnen, welche zu Attentaten auffordern. Rein politische „Verbrecher" könnten wol nicht beanständet werden, auch wenn eine englische Regierung den „guten" Willen zur Verfolgung hätte. —

Sobald aber auch nur ein europäischer Staat von Bedeutung nicht in den internazionalen Bund gegen die Sozialisten eintritt, ist der Zweck desselben als verfelt anzusehen, da es bei den heutigen Verkehrsverhältnissen nicht schwierig ist, verbotene Schriften ꝛc. über die Grenzen zu schmuggeln.

Hören wir einmal, was die Reakzionäre wollen; in der „freien" Besprechung deutscher Reichsratsabgeordneter aller Frakzionen mit Ausnahme der Sozialisten wurde auf Antrag Windhorst's beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, mit den Regierungen anderer Staaten auf eine Vereinbarung hinzuwirken, wodurch jeder einem solchen Vertrage beitretende Staat sich verpflichtet, a) Mord oder Mordversuch, welcher am Staatsoberhaupt eines der vertragschließenden Staaten verübt wurde; b) die zwischen Mehreren getroffenen Verabredungen des unter a bezeichneten Verbrechens, auch wenn es zum Beginne nicht kommen sollte; c) die öffentliche Aufforderung zu dem unter a bezeichneten Verbrechen sowol gegen seine eigenen Angehörigen, als auch gegen die in seinem Gebiete befindlichen Fremden mit Strafe zu bedrohen; d) einen in seinem Gebiete sich aufhaltenden Fremden, welcher das Verbrechen unter a begangen hat, auf Ansuchen der Regierung des Staates, in dem er das Verbrechen verübt, auszuliefern.

Nachdem alle Frakzionen des deutschen Reichstages, selbstverständlich mit Ausnahme der Sozialdemokraten, mit gewohnter Dienstfertigkeit ihre Zustimmung zu diesem Antrage erklärt haben, ist an der Annahme desselben nicht zu zweifeln. Fürst Bismarck, für welchen schon sein Sohn erklärt hat, daß derselbe einen solchen Beschluß wünsche, wird höchstens denselben zu wenig weitgehend finden.

— — — — — — — — —
— — — — — — — — —
— — — — — — — — —

Auch in den übrigen Staaten wird Mord oder Mordversuch, am Staatsoberhaupt desselben Staates ausgeübt, ohnehin auch jetzt bestraft, ebenso der Mord oder Mordversuch an einem andern Staatsoberhaupte, wenn derselbe nicht als politischer Verbrecher aufgefaßt wird. Wir erinnern an den Fall Netschajeff in der Schweiz und an die Affaire Hartmann in Paris. Die Aenderung würde also hauptsächlich darin zu bestehen haben, daß Attentäter unter allen Umständen bestraft, respektive ausgeliefert werden und daß jede Akzion einer revoluzionären Partei, die sich gegen das Leben irgend eines Staatsoberhauptes richtet, möge sie wo immer eingeleitet werden, lahm gelegt werde.

Wir haben schon oben bemerkt, daß wenn auch nur ein Staat sich einem solchen oder ähnlichen Uebereinkommen nicht anschließt, dasselbe zwecklos wird. Daß aber insbesondere England, Frankreich und wol auch die Schweiz — von Nordamerika sehen wir dabei ab — auf eine Vereinbarung nicht eingehen werden, welche weiter reicht, als das bestehende Recht, haben wir schon oben zu begründen versucht. Die Reakzionäre an der Spree und an der Newa könnten also schon aus diesem Grunde getrost ihr Rüstzeug in die alte Rumpelkammer werfen, wohin es gleich seinem Vorbilde — der Karlsbader Konvenzion des Fürsten Metternich — gehört. Aber es gibt auch innere Gründe, die das Vorhaben der Reakzionäre als zwecklos erscheinen lassen.

Entweder ist das wahr, was sie vorgeben — daß sie nur Attentate verhindern wollen — dann sollten sie doch wissen, daß es unmöglich ist, die Vorbereitung von Attentaten im Auslande zu verhindern, wenn man nicht einmal im Stande ist, sie in einem Lande unmöglich zu machen, wo die Polizei allmächtig ist und auch nicht der Schatten von politischer Freiheit existirt — in Rußland. Sind nicht das Attentat Solowiew's, das Eisenbahnattentat, das Attentat im Winterpalast, das Bombenattentat in Rußland vorbereitet, in Rußland ausgeführt worden? Wurden nicht die Attentate Hödel's und Nobiling's ohne irgend welche Einwirkung von Außen in Szene gesetzt?

Was hätten bei allen diesen Attentaten internazionale Vereinbarungen helfen sollen? Und wenn Attentate im Auslande vorbereitet würden, würde dies nicht so heimlich geschehen, daß die Polizei in den meisten Fällen erst dann dahinter käme, wenn sie schon ausgeführt wären?

Attentate, wenn sie so epidemisch auftreten, wie gegenwärtig, entspringen aus allgemeinen Ursachen und können nur mit letzteren beseitigt werden; Reakzion ist aber das allerschlechteste Mittel, um dagegen einzuwirken, weil sie die Gegensätze verschärft, und das Verschwörertum künstlich züchtet.

Wollen aber die Reakzionäre etwas anderes als sie vorgeben, wollen sie nicht gegen Verbrechen einschreiten, sondern Prinzipien bekämpfen, dann müssen wir ihnen erst recht den Rat geben, in ihrem eigenen Interesse nicht Oel in's Feuer zu gießen.

— — — — — — — — —
— — — — — — — — —
— — — — — — — — —

Irrlichter.

In keinem Gebiete der Wissenschaften sind die Zeitströmungen, die herrschenden Gewalten und deren Interessen von solchem Einflusse auf die Meinungen innerhalb der Vertreter der Wissenschaft selbst, als in den sogenannten politischen Wissenschaften. Da dieselben die materiellen und geistigen Bedürfnisse und deren Befriedigung in den verschiedenen Formen der menschlichen Gesellschaft zum Gegenstande haben, ist es natürlich, daß hier der Kampf um Teorien zugleich der Kampf um soziale Probleme ist, von deren Lösung die Fortdauer gewisser Interessengruppen und zalreicher ökonomischer und politischer Privilegien abhängt. In der politischen Oekonomie laufen die Sisteme des Fisiokratismus, des Merkantilismus und des Industrialismus parallel mit den wirtschaftlichen Entwicklungsfasen des Ackerbaues, Handels und der Industrie. Mit der Ausbildung der Großindustrie entwickelt sich auch die Teorie der Manchesterschule, deren Lehre in ihrer Vollendung nichts anderes ist als das wissenschaftlich stilisirte Klassenbewußtsein der Großkapitalisten.

Gewerbefreiheit, Freihandel, Aufhebung aller Wuchergesetze, Freiteilbarkeit des Grund und Bodens sind die Schlagworte des Großkapitals, die angeblich durch die ökonomische Wissenschaft begründet, doch nichts anderes darstellen, als die Wege, auf denen, und die Mittel, durch welche sich die Konzentrazion des Kapitals vollzieht. —

Da nicht alle Staaten auf derselben Stufe ökonomischer Entwicklung sich befinden, sind Konflikte wirtschaftlicher Natur zwischen ihnen unausbleiblich, die sich auch wieder in den Köpfen der Vertreter der Wissenschaft teoretisch widerspiegeln. Es sind eben nur wenige Gelehrte vorurteilsfrei und gründlich genug, um in dem Widerstreite der materiellen Interessen verschieden entwickelter Staaten die Grundgesetze ökonomischer Entwicklung wahrzunehmen und festzustellen, aus welchem Umstande sich mit Leichtigkeit die Tatsache erklären läßt, daß die politische Oekonomie in den meisten offiziellen Vertretern der Wissenschaft sich ähnlich nazional scheidet, wie die wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Völker.

Deutschland und Oesterreich machten seit mehr als einem Dezennium eine in den wesentlichen Eigenschaften gleichartige wirtschaftliche Entwicklung durch, die sogar in der Krisis des Jahres 1873 und in dem darauf folgenden Notstande zum Ausdruck kam. Die Erschütterungen, welche die Krisis in dem ganzen Volksorganismus hervorbrachte, blieben, wie zu erwarten war, auch nicht ohne Einfluß auf die Anschauungen jener zalreichen Klasse von sogenannten Männern der Wissenschaft, die regelmäßig ihre Teorien nach den Bedürfnissen der Staatsgewalt und der herrschenden Klassen ummodeln.

Ihnen schließen sich jene an, deren geistiger Horizont zu begrenzt ist, um ihre wissenschaftliche Forschung über die Landesgrenzen und die landesübliche Sprache hinaus auszudehnen, und die sich damit genügen lassen, die Zustände ihres Landes zu studiren, ohne Rücksicht auf die Weiterentwicklung, die dieselben bereits anderwärts erfahren, und ohne die tiefer liegenden Gesetze aufzudecken, die zur bisher erreichten Entwicklung führten und wieder weiter führen müssen.

Es wundert uns daher durchaus nicht, heute einer stattlichen Reihe von sogenannten Vertretern der Wissenschaft zu begegnen, welche die durch Adam Smith be-

gründete und durch Ricardo vollendete ökonomische Wissenschaft zu „verbessern" trachten, indem sie die in unentwickelten Staaten vorgefundenen Zustände als Beweismaterial herbeischleppen und die in kleinkapitalistischen Staaten hervortretenden Erscheinungen als angebliche Widerlegung der Manchesterlehre anführen.

Diese Herren könnten billig an die Leute erinnert werden, die den Wald vor Bäumen nicht sehen; weil sie in einer Gesellschaft, die mit zalreichen Ueberresten der Kleinproduktion angefüllt ist, das Wirken der großkapitalistischen Gesetze wegen des Chaos verschiedenartigster gegen einander wirkender Einflüsse nicht wahrnehmen, bestreiten sie deren Existenz und huldigen dem allgemeinen Vorurteile, das aus Gewohnheit das Bestehende zu erhalten sucht.

Diese Afterwissenschaft, die an der Oberfläche der Erscheinungen haften bleibt und deren Voraussicht nur von einer Enttäuschung bis zur andern reicht, schmeichelt gleichzeitig den herrschenden Klassen, indem sie auf eine Zeit lang die Furcht vor allgemeiner Verarmung aus den Gemütern der Gläubigen verscheucht, und den durch das Großkapital der Proletarisirung Nahegebrachten, indem sie in ihnen neue Illusionen wachruft.

Als die Wissenschaft sich in England zum ersten Male die Aufgabe stellte, die in der modernen Gesellschaft wirkenden ökonomischen Gesetze aufzusuchen, war das Klassenbewußtsein des Proletariats noch nicht erwacht und die soziale Frage in ihrer heutigen Formulirung noch nicht auf die Tagesordnung gestellt — damals konnten die Erscheinungen auf ökonomischen Gebiete noch unbefangen geprüft und deren Zusammenhang noch ohne Scheu untersucht werden. Dieser Periode des Forschens verdanken wir auch die mustergiltige Darstellung der in der privatkapitalistischen Gesellschaft wirksamen Gesetze.

Auf dem Kontinente fällt der Anfang selbstständiger ökonomischer Forschung zusammen mit den ersten Aeußerungen der Unzufriedenheit der besitzlosen Klassen und mit der literarischen Vertretung sozialistischer Ideen. Kein Wunder daher, daß unter dem Einflusse der interessirten Klassen deren Vertreter zum teilweisen Bewußtsein der bestehenden Ungerechtigkeit und Ungleichheit gekommen waren, der Versuch gemacht wurde, die unangenehm gewordene und revoluzionirend wirkende Wahrheit zu verschleiern und die Wissenschaft zu verfälschen.

— — — — — — — — —
— — — — — — — — —
— — — — — — — — —
— — — — — — — — —

Mit der Schutzzollbewegung begann der Hexensabbat: da hörten wir wieder die längst verklungenen alten Melodien von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit — von der Erhöhung der Löhne, die die erhöhten Zölle zur Folge haben würden — von der Hebung der Konsumzion, die dadurch herbeigeführt werde u. dgl. m.

Dann kam der Sturm gegen die Wucherfreiheit: moralische Entrüstung mußte den Mangel an wissenschaftlichen Gründen ersetzen, um zu beweisen, daß der Untergang des Bauernstandes und des Gewerbestandes in erster Linie der Wucherfreiheit zuzuschreiben sei.

Dann kam die zünftlerische Bewegung: Einschränkung der Gewerbefreiheit heißt die Losung, unter der das Kleingewerbe den Feldzug des Don Quixote erneuern will — die Innungen werden die Waffen bilden, mit denen unsere Gewerbetreibenden die kapitalistische Konkurrenz todtschlagen werden — wenn nicht das Gegenteil passirt — u. s. w., u. s. w.

Endlich kommen die Agrarier, die durch Getreidezölle, indirekte Steuern, Beschränkung der Teilbarkeit von Grund und Boden, Heimstättengesetze, wodurch dem Bauer ein zu seiner wirtschaftlichen Existenz unentbehrlicher Teil von Grund und Boden und landwirtschaftlichen Gebäuden und Geräten gegen Verpfändung und Verschuldung sichergestellt wird, den Bauernstand auf unerschütterliche Grundlagen zu stellen suchen.

— — — — — — — — —
— — — — — — — — —
— — — — — — — — —
— — — — — — — — —

Politische Uebersicht.

Parlamentarisches. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 22. März wurde eine Resoluzion zum Gebäudesteuergesetz angenommen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, mit aller Beschleunigung einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Unterscheidung zwischen Ordinarium und Extraordinarium bei der Erwerb- und Einkommensteuer in demselben Zeitpunkte beseitigt würde, in welchem dies bei der Grund- und Gebäudesteuer eintreten wird. Während durch die bei der Grund- und Gebäudesteuer stattgefundene Einbeziehung des Extraordinariums in das Ordinarium eine Erweiterung des Walrechtes für die ländliche Bevölkerung eintritt, wird durch diese Resoluzion bewirkt, daß dieselbe Vermehrung der Wäler auch in den Städten stattfindet.

Die „Rechts"partei brachte einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Börse stärker zur Besteuerung herangezogen wird, als dies durch den Regierungsentwurf geschieht. Nach ersterem wird jeder Börsenschluß mit einer Gebühr von einem Gulden belegt; auch sind strenge Strafbestimmungen gegen Steuerdefraudazionen vorgesehen.

Das Gesetz über die Grundsteuerhauptsumme wurde, nachdem am 26. März das Eingehen in die Spezialdebatte mit 230 Stimmen gegen 94 angenommen worden war, am 1. April in dritter Lesung erledigt. Als interessant ist dabei hervorzuheben, daß trotzdem die Deutschliberalen Monate lange gegen das Gesetz agitirt und die Ablehnung desselben als eine Parteifrage im eminentesten Sinne des Wortes bezeichnet hatten, mehr als fünfzig liberale Abgeordnete, darunter fast sämmtliche Deutschböhmen, für das Gesetz stimmten. Das nennt man eine prinzipientreue Oppozision. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß der Abfall der deutschböhmischen Abgeordneten hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben ist, daß durch die Grundsteuerregulirung der „liberale" böhmische Großgrundbesitz bedeutend entlastet wurde. Diejenigen, welche der optimistischen Ansicht huldigen, daß die Liberalen, sobald sie zur Regierung gelangen, nichts dringenderes zu tun haben werden, als den Kleingrundbesitzern Erleichterungen zu verschaffen, mögen sich diese Abstimmung zum warnenden Beispiel nehmen.

Am 27. März hielt das zur Vorberatung der Abschnitte „Genossenschaften" und „Gewerbebehörden" des Gewerbeordnungsentwurfes gewälte Subkomitee des Gewerbeausschusses eine Sitzung, in welcher der Referent Dr. v. Kaminski die Beibehaltung der Zwangsgenossenschaften mit der sonderbaren Begründung empfal, daß sich „nur die Arbeiter" dagegen ausgesprochen, während die Gewerbetreibenden fast ausnahmslos für die Zwangsgenossenschaften petizionirt hätten. Warum das Urteil der Arbeiter weniger wert sein soll, als das der Arbeitgeber, hat der Herr Referent nicht gesagt, aber wir dürften nicht fel gehen, wenn wir behaupten, daß die Arbeiter nur deshalb in den Augen dieses „Volksvertreters" weniger Sachverständige sind, weil sie kein Walrecht haben. Die Mitglieder des Subkomitees scheinen von der Motivirung des Referenten vollkommen überzeugt worden zu sein, denn sie beschlossen auf Antrag Reschauer's, zwar den Referenten aufzufordern, nochmals einen Bericht dahin zu erstatten, welchen Wirkungskreis die gewerblichen Genossenschaften erhalten sollen, wer denselben beizuziehen wäre, und welche Organisazion denselben gegeben werden solle, aber mit dem Zusatze, daß das Subkomitee die Beibehaltung von Zwangsgenossenschaften für notwendig erachte.

In der Sitzung des Herrenhauses vom 29. v. sprach der Präsident Graf Trauttmannsdorff über die Ermordung des Zaren und über die revoluzionäre Bewegung den „tiefsten Abscheu" aus. Er bezeichnete es unter Zustimmung des Hauses als die Pflicht desselben, Staat und Gesellschaft gegen die zunehmenden Gefahren zu schützen.

Der Finanzminister Dr. Dunajewski brachte einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, zur Deckung des diesjährigen Defizits ein Anlehen von fünfzig Millionen Gulden zu machen. Natürlich gab dazu das Abgeordnetenhaus schleunigst seine Zustimmung.

Der Steuerausschuß des Abgeordnetenhauses hat die neue Petroleumsteuer und eine Resoluzion um Einführung einer Gassteuer angenommen.

Der oberösterreichische Bauernverein hielt am 19. März seine konstituirende Versammlung ab, in welcher als Vereinsprogramm u. A. aufgestellt wurde: Herabsetzung der Dauer der Schulpflicht, Errichtung von Fortbildungsschulen, Ueberwachung der Abgeordneten durch die Wäler, Errichtung einer Bauernbank unter Staatsgarantie für unkündbare Darlehen zu 4½ Prozent.

Die beim Wiener Landesgerichte schwebende strafgerichtliche Untersuchung gegen die Teilnehmer an der Studentendemonstrazion gegen den Abgeordneten Lienbacher wurde eingestellt; gegen vier derselben jedoch beim Bezirksgerichte Josefstadt die Anklage wegen Einmengung in eine Amtshandlung und wegen Wachebeleidigung erhoben.

Aus dem Misteker Bezirke, Mähren, sind viele Familien wegen großer Not nach Amerika ausgewandert. Die „Fürsorge" der Behörden scheint sich blos darin zu äußern, daß neue Fabrikazionszweige künstlich eingebürgert werden, in denen die Arbeiter bei Hungerlöhnen den Unternehmergewinn der Fabrikanten vergrößern helfen. Das nennt man dann „Humanität".

Der Antrag auf Verlängerung der Mandatsdauer der Reichstagsabgeordneten von drei auf fünf Jahr, wird im ungarischen Reichstage nicht eingebracht nachdem Minister Tisza denselben als nicht zeitgemäß erklärt hatte. Offenbar wurde der Antrag nur mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswalen zurückgezogen, weil Tisza den Eindruck eines solchen reakzionären Beschlusses auf die Wäler fürchtet.

In Belgrad ist die Probenummer eines sozialistischen Tagblattes „Radnik" (der Arbeiter) erschienen. — Das Gesetz, welches die Preßfreiheit in Serbien garantirt, wurde bereits vom Fürsten sankzionirt; wir werden noch lange auf ein solches warten müssen. — Der serbische Ministerrat beschloß, zur Vermehrung der Staatseinkünfte das Salzmonopol, eine Schanksteuer und einen erhöhten Tabakszoll einzuführen.

Die Rumänen haben sich das Vergnügen gemacht, ihren Fürsten Karl zum König zu proklamiren; was sie dabei gewinnen, dürfte ihnen wol selbst nicht klar sein. Es sind auch verschiedene Anzeichen vorhanden, daß nicht alle damit einverstanden sind; eine Anzal rumänischer Studenten in Paris hielt eine Versammlung ab, bei welcher sie Hochs auf die „Republik Rumänien" ausbrachten. In Rumänien selbst aber haben die Behörden die Entdeckung gemacht, daß unter den Studenten und selbst Professoren der Sozialismus bereits zalreiche Anhänger zält, was mit der offiziell und offiziös gemeldeten „Begeisterung" der Rumänen über ihr allerneuestes Avancement seltsam kontrastirt. — Um das funkelnagelneue Königreich bei den europäischen Monarchen gut zu empfelen, wurden zalreiche Verhaftungen von Sozialisten in Jassy vorgenommen und dabei die herkömmlichen haarsträubenden Entdeckungen von „nihilistischen Umtrieben" gemacht. An dem war aber noch nicht genug. Man glaubte, um sich bei den europäischen Monarchen ja recht einzuschmeicheln, sogar Bismarck übertrumpfen zu müssen; es wurde zu diesem Zwecke, wol auf Bestellung der Regierung, im Senate ein Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem jeder in Rumänien ansäßige oder sich aufhaltende Fremde, der durch sein Benehmen (!) die Sicherheit des Staates, sei es im Innern oder nach Außen (aha!) kompromittiren, die öffentliche Ordnung stören oder an Handlungen teilnehmen sollte, deren Tendenz (siehe deutsches Sozialistengesetz) auf den Umsturz der sozialen Ordnung des Landes oder eines auswärtigen Staates (siehe Dreikaiserbündnis allerneuesten Datums) gerichtet ist, durch einfaches Dekret oder Ministerialverfügung von den Lokalbehörden ausgewiesen oder in einem andern Orte internirt werden kann.

Im deutschen Reichstage fand eine in vielen Beziehungen interessante Debatte über den Rechenschaftsbericht der Regierung über die Handhabung des Sozialistengesetzes statt. Der sozialistische Abgeordnete Auer führte eine Anzal von Fällen auf, in denen von den Behörden dem Gerechtigkeitsgefühle geradzu Hohn gesprochen und dem Gesetze selbst trotz entgegengesetzten Reichstagsbeschlusses entgegengehandelt wurde. So wurden Sammlungen für die Familien Ausgewiesener verboten und die Zuwiderhandelnden bestraft, obwol im Reichstage die Regierung durch einen Beschluß des Hauses zu der Erklärung gezwungen worden war, in Zukunft solche Sammlungen unbeanständet zu lassen. Ein gelähmter Wirt, der kein anderes „Verbrechen" begangen hatte, als daß er vor Erlaß des Sozialistengesetzes in seinem Lokale Sozialistenversammlungen abhalten ließ, wurde ausgewiesen und soweit gebracht, daß er unlängst wegen Bettelns aufgegriffen und verurteilt wurde. Dem Schwiegervater des Abgeordneten Hasenclever wurde ein Koffer geöffnet und durchsucht, ob keine sozialistischen Schriften darin seien. Auer konstatirte, daß selbst nach dem eigenen Geständnisse der Regierung das Sozialistengesetz nichts gefruchtet, im Gegenteile die Sozialdemokratie auf den revoluzionären Weg gedrängt habe. Er schloß mit den Worten, daß es den Sozialdemokraten gleich sei, was die herrschende Gewalt zu tun gesonnen, sie seien auf Alles gefaßt. Puttkamer suchte im Namen der Regierung die Angriffe Auer's wegen illoialer Handhabung des Gesetzes zu entkräften, wurde aber durch Bebel widerlegt. Durch Vorlesungen aus der Londoner „Freiheit" und durch Mitteilung einer Rede Hasselmann's in New-York über das Attentat gegen den Zaren suchte Puttkamer den von ihm behaupteten Zusammenhang zwischen den russischen „Nihilisten" und den deutschen Sozialisten zu erweisen. Auer und Bebel wiesen diese Behauptung im Namen der durch den „Sozialdemokrat" vertretenen deutschen Sozialisten zurück und erklärten, daß der Wydener Kongreß wol seine Sympatie für die revoluzionären Bestrebungen zur Emanzipazion des Arbeiterstandes in Rußland ausgesprochen, aber auch erklärt habe, daß er die in Rußland angewendete Taktik nicht für Deutschland geeignet halte. — Für uns speziell ist es interessant, daß Auer im Reichstage, wo man sich möglichst harmlos zu scheinen bemüht, erklärte, Most sei aus der sozialdemokratischen Partei (Züricher Kouleur) ausgeschlossen worden, während es im Protokoll des Wydener Kongresses heißt, daß man Most — im Gegensatze zu Hasselmann, den man damals direkt ausschloß — als ausgetreten betrachte. — Der Regierungsvertreter kündigte einen Hochverrats- und Majestätsbeleidigungsprozeß gegen Hasselmann, der sich bekanntlich in Amerika befindet, und die Ausdehnung des „kleinen" Belagerungszustandes auf Leipzig an.

Anfang April begann im deutschen Reichstag die Debatte über das Unfallversicherungsgesetz, in welcher Fürst Bismarck neuerdings sein soziales Reformprogramm, bestehend in obligatorischer Alters- und Invalidenversicherung durch den Staat, Schutz der heimischen Industrie, Abschaffung der direkten Steuern für die unteren Klassen und Ausbildung und Erhöhung der indirekten Steuern, entwickelte. Zuletzt sprach er beinahe sentimental vom „praktischen Kristentum", welches ihm zu diesen Maßregeln bestimme. Sehr praktisch ist dieses „Kristentum", das muß man dem Kanzler des deutschen Reiches zugeben. Wenn wir es aber auf Grund des Sozialistengesetzes, des Militarismus, der von Bismarck protegirten antisemitischen Bewegung ꝛc. ꝛc. analisiren, so kommen wir zu dem Schlusse, daß das „praktische Kristentum" des Fürsten Bismarck wol „praktisch", aber durchaus nicht „kristlich" ist.

In Leipzig wurden in Kisten, unter andere Waaren verpackt, eine große Anzal von Einladungen zu dem sozialrevoluzionären Kongresse in London von der Polizei konfiszirt; der Adressat, namens Schromm, hat sich geflüchtet. — Die von Hasselmann in einer am 15. März in New-York stattgefundenen Versammlung gehaltene Rede über das Attentat auf den Zaren, welche, wie oben erwähnt, von Puttkamer im deutschen Reichstage zum Beweise des Zusammenhanges zwischen russischen „Nihilisten" und deutschen Sozialisten verlesen wurde, ist in Leipzig massenhaft verbrennt worden. Infolge einer Denunziation wurde die in der Vorstadt Möckern gelegene Kaserne von einem Militärkordon um-

zingelt und einer genauen Revision unterzogen, wobei in den Tornistern der Soldaten zahlreiche Exemplare dieser Rede und andere sozialistische Flugschriften gefunden wurden. — In Dresden wurde gegen 26 Sozialisten die Briefsperre angeordnet. — In Hamburg wurde auf Grund des Sozialistengesetzes die „Gerichtszeitung" verboten, blos wegen einer Stelle, in der es anläßlich des Attentates auf den Zaren hieß, daß die administrativen Verschickungen nach Sibirien und die Hinrichtungen nichts nützen würden. — Das Polizeipräsidium von Berlin erließ am 26. März 18 Ausweisungsbefele auf Grund des Sozialistengesetzes; unter den Ausgewiesenen befinden sich sechs von den neunzehn wegen Hochverrats beinahe vier Monate in Untersuchungshaft Gehaltenen, welche infolge Beschwerde beim Reichsgerichte am 22. auf freien Fuß gesetzt werden mußten.

Am 18. März fanden in Paris zur Feier des Kommuneaufstandes mehrere Bankette der Sozialisten statt. Die Polizei verhaftete bei dieser Gelegenheit den Russen Terkosoff und den deutschen Sozialisten David. — Am 18. März ist in Paris die erste Nummer eines sozialistischen illustrirten Witzblattes „Le Juvénal", herausgegeben von dem ehemaligen Kommunemitgliede, Vésinier, erschienen. Wegen mehrerer Artikel über das Attentat gegen den Zaren wurden in Paris verurteilt: Secondigne, Redakteur des sozialistischen „Citoyen" und Lecoeur, Gerant desselben Blattes, ersterer zu sechs Monaten Haft und 2000 Franks Geldbuße, letzterer zu drei Monaten Haft und 2000 Franks Geldstrafe. Vésinier, Redakteur des „Juvénal" und Bicois, Gerant der „Revolution sociale" zu 6 Monaten Haft und 2000 Franks Geldbuße. Rochefort, Redakteur des „Intransigeant", und Delpierre, Gerant des Blattes, zu je 1000 Franks Geldstrafe.

In Brüssel wurde der italienische Sozialist Malatesta, ein bedeutender Chemiker, verhaftet.

Der Redakteur des sozialistischen Organs in Kopenhagen wurde auf Antrag des russischen Gesandten wegen angeblicher Beleidigung der russischen Regierung verhaftet.

Am 30. März d. J. wurde Johann Most in London verhaftet, und im Auftrage der englischen Regierung wegen eines Artikels über den Zarenmord angeklagt. Die Anklage lautet auf Aufforderung zum Mord. Die Kauzion, welche für die Freilassung Most's angeboten wurde, wies der Richter zurück, infolge dessen blieb Most in Haft. Der Prozeß wurde nach zwei resultatlos verlaufenen Verhandlungen vom Richter vor die Assisen verwiesen. — Ganz im Widerspruche mit dem sonst üblichen Verfahren in England wurde die Druckerei, in der die „Freiheit" gedruckt wurde, gesperrt und die Setzer entlassen. Minister Harcourt erklärte am 31. März im Unterhause: es handle sich nicht um ein Vergehen gegen ein fremdes Land, sondern um ein heimisches Verbrechen; es sei eine Verletzung der öffentlichen Moral, den Mord gegen Jemanden zu predigen. Die Regierung sei auf eigenen Antrieb und nicht auf die Veranlassung einer fremden Macht vorgegangen. Trotzdem tadeln selbst die „Daily News", das Organ des Ministerium Gladstone, dieses Vorgehen, welches mit der Freiheit in England unvereinbar sei. Der kommunistische Arbeiter-Bildungsverein in London hat übrigens bereits das Weitererscheinen der „Freiheit" beschlossen und ein neues Lokal gemietet, neue Typen angekauft und einen neuen Redakteur, namens Marten, gewält.

Am 23. März fand in London ein Meeting statt, in welchem sich deutsche, französische und englische Redner zustimmend zu dem Attentat auf den Zaren äußerten. — Am 25. März veranstaltete der internazionale Klub in London ein Bankett. — Am 28. März fand ein slawisches Meeting unter dem Vorsitze des Russen Hartmann statt, bei welchem russisch, polnisch, böhmisch, serbisch, französisch und deutsch gesprochen und die Gründung eines slawischen revoluzionären Klubs beschlossen wurde.

Die Boers haben die Friedensbedingungen, wodurch ihnen volle Unabhängigkeit bei Anerkennung des englischen Schutzes zugesichert wurde, angenommen.

Das englische Unterhaus hat die Armenreformbill, durch welche die körperliche Züchtigung abgeschafft wird, angenommen. An die Stelle der körperlichen Züchtigung treten aber wegen Trunkenheit und Insubordinazionsvergehen auch nach dem neuen Gesetze drakonische Bestimmungen, die nicht besser sind. So z. B. kann der Deliquent in Eisen gelegt, auf dem Marsche kann er an einen Wagen oder an ein Pferd gebun en werden, so daß er im Schritte mitmarschiren muß. Um sein Entweichen zu verhindern, dürfen ihm Handschellen angelegt werden u. dgl. m.

Im Petersburger Attentatsprozeß, dessen Verhandlungen am 7. April begannen, sind angeklagt: Nikolai Ryssakow, welcher eingesteht, die erste Sprengbombe auf den Kaiser geworfen zu haben; Andrej Zeljabow, welcher am 11. März verhaftet wurde und eingesteht, an der Vorbereitung zum Attentat am 13. März teilgenommen zu haben; Timotej Michailow, der bei der Arretirung durch Abfeuern von Schüssen auf die Beamten Widerstand leistete, und Fjs. Helfmann und Sofie Perowskaja als Mitwisserin. Sämmtliche Angeklagte wurden zum Tod durch den Strang verurteilt. — Mehrere hohe Beamte der ehemaligen dritten Abteilung und vier Offiziere wurden wegen Teilnahme an revoluzionären Verbindungen verhaftet. — Am 16. März wurde Alexander III. ein Schreiben des Petersburger revoluzionären Exekutivkomitees zugestellt, in welchem ihm mit dem Tode gedroht wird, falls er nicht eine Konstituzion bewillige. Das Schreiben fand der Zar unter seinem Kopfkissen. Ein kaiserlicher Page wurde infolge dessen verhaftet. Einige Tage hierauf wurde dem Tronfolger ein ähnlicher Drohbrief an seinen Vater in den Gürtel gesteckt. — Hartmann teilte in einem Schreiben an den „Intransigeant" mit, daß die revoluzionäre Partei schon im Jahre 1879 den Plan gefaßt habe, einen unterirdischen Gang nach dem Winterpalais herzustellen, daß dieser Plan aber damals nicht ausführbar war. — Der Zar hat einen Ukas erlassen, welcher die Regentschaft für den Fall seines frühzeitigen Ablebens regelt. — In dem Hause des Grafen Mengden in der kleinen Gartenstraße in Petersburg, in welchem sich die bekannte Käsebude befand, wurde eine zweite Mine entdeckt, welche, wie es heißt, dazu bestimmt war, an einem der Osterfeiertage zu explodiren, wenn der neue Zar die Straße passiren würde.

Der Zar ordnete zum Schutze gegen die revoluzionäre Partei die Wal von Walmännern aus den 228 Stadtbezirken von Petersburg an; die Verordnung erschien Vormittag und schon am Nachmittag desselben Tages fand die Wal statt. Diese Satire auf den modernen Parlamentarismus förderte 228 Walmänner zu Tage, welche 25 Mitglieder zu Räten einer Kommission wälten, die unter dem Vorsitze des Stadthauptmanns beratende Stimme bei allen zu ergreifenden Sicherheitsmaßregeln haben. Ohne ihre Zustimmung mit Majoritätsbeschluß darf von nun an keine Polizeimaßregel zum Schutze des Zaren durchgeführt werden. In der ersten Sitzung dieser parlamentarischen Polizei wurden verschiedene Sicherheitsmaßregeln beraten, von denen sich jedoch schon einige als unpraktisch, andere als unausführbar erwiesen.

Der Priestersohn Nikolai Kibaltschitsch wurde verhaftet und gestand, daß er die Bomben zu dem letzten Attentate angefertigt habe.

Aus Parteikreisen.

Am 3. d. M. wurde unserm Genossen Leo Walecka vom L.-G.-R. Dr. Karajan die Mitteilung gemacht, daß die durch seinen Vertreter Dr. H. Glaser erhobene Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil vom 12. Februar d. J. vom Kassazionshofe in nicht öffentlicher Sitzung nach Anhörung des Generalprokurators verworfen wurde. Das Urteil, wonach Walecka bekanntlich der Verbrechen des Hochverrates, der Majestätsbeleidung und der Aufwiegelung schuldig gesprochen und wonach ihm vier Jahre schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttage in jedem Monat zuerkannt wurde, ist somit rechtskräftig geworden und unser Genosse hat seine Strafe bereits angetreten. — Walecka beschäftigte sich seit ungefähr 6 Wochen unter anderm auch mit dem Studium der französischen Sprache nach der Metode Toussaint-Langenscheidt und schrieb an einen Freund um die Fortsetzung der Unterrichtsbriefe und um eine Anzal Schreibhefte. Dieser begab sich am Sprechtage (Donnerstag) in die Verwaltung des Landesgerichtes, ersuchte um eine Unterredung mit Walecka und wollte, als ihm diese verweigert wurde, das mitgebrachte Unterrichtsmaterial für Walecka zurücklassen. Ein untergeordneter Beamter verweigerte jedoch die Annahme desselben und bemerkte auf verschiedene Anfragen und Einwendungen: bei Kerkerstrafen gebe es zwischen politischen und gemeinen Verbrechern keinen Unterschied. Materiale zu geistiger Beschäftigung sei nur während der Untersuchungshaft gestattet gewesen (was vollständig unrichtig, denn während der Untersuchung erhielt Walecka die Unterrichtsbriefe 2c. nicht, wol aber nach der Schlußverhandlung), „nun aber gehört er uns", sagte der Auskunftsgeber lächelnd, „und jetzt werden wir ihn beschäftigen". — Selbstverständlich werden alle möglichen Schritte getan, um Walecka der im Gesetze begründeten Begünstigungen für politische Gefangene teilhaftig werden zu lassen.

Der von Paul Schlögl durch seinen Vertreter Dr. Wolf-Eppinger erhobenen Beschwerde gegen seine Abschaffung von Wien ist von Seite der niederösterreichischen Statthalterei Folge gegeben, die Abschaffung aufgehoben und Schlögl der Aufenthalt im Polizeirajon Wien wieder gestattet worden. Dr. Wolf-Eppinger zog in Folge dessen, die an das Reichsgericht in dieser Angelegenheit bereits eingereicht gewesene Beschwerde zurück. Die Abschaffung Schlögl's war bekanntlich nach seiner Verurteilung wegen Verbreitung der Flugschrift „Unserer freudigen Stimmung" erfolgt.

Bei Genossen Franz Bier in Ketzelsdorf fand am 17. März eine Hausdurchsuchung statt. Gefahndet wurde nach der in Preßburg erschienenen Zeitschrift „Zeitgeist". Nach Durchsuchung aller Wohnräume, sowie der Kleidungsstücke entfernten sich die behördlichen Organe unter Mitnahme verschiedener nicht verbotener Zeitungen, eines Arbeiterkalenders für das Jahr 1880 und eines Gedichtes.

Wien. Hohe niederöstert. Handels- und Gewerbekammer in Wien! Gefertigte als Präsidium der am 13. März 1881, nachmittags, von zirka 800 bis 1000 Tischlergehilfen besuchte, im Saale „zum grünen Jäger", 5. Bez., Hundsturmerstraße 13, stattgefundenen Tischlergehilfen-Versammlung erlauben sich im Auftrage benannter Versammlung den daselbst gefaßten Beschluß auf die von der hohen n.-ö. Handels- und Gewerbekammer vorgelegten Fragen, in Bezug einer neuen Gewerbeordnung auf Antrag der Versammlung, dem Präsidium der hohen n.-ö. Handels- und Gewerbekammer schriftlich bekanntzugeben.

Beschluß.

Die heute am 13. März 1881 im Saale „zum grünen Jäger" tagende Versammlung der Tischlergehilfen Wiens erklärt: Da die Forderungen der Arbeiter Oesterreichs in politischer, sowie ökonomischer Richtung seit dem Bestande des Vereins- und Versammlungsgesetzes, in zalreichen Versammlungen zum Ausdruck gebracht wurden und die h. Regierung, sowie das Parlament und die hohe Handels- und Gewerbekammer in Oesterreich genügend Kenntnis in Bezug der Forderungen in der neuen Gewerbeordnung hatte, so beschließen wir, keine Experten zu wälen und motiviren es mit folgendem.

Gründe:

1. Da die Gewerbeordnung vom Jahre 1859 schon im Jahre 1862 einer dringenden Revision unterzogen werden sollte und in den darauffolgenden Jahren immer mehr der Unwille für dieselbe sich zeigte, und die Gewerbeordnungsvorlagen vom Jahre 1874—1878, sowie in der jetzt von der Regierung vorgelegten Gewerbeordnungsvorlage, die von den Arbeitern Oesterreichs in Resoluzionen und Petizionen, sowie zalreichen Versammlungen geäußerten Forderungen mangelhaft und größtenteils gar nicht berücksichtigt wurden.

2. Die Grundlage jeder Gewerbegesetzgebung muß die Produkzionsregelung als Grundprinzip enthalten, da in den oben angeführten Novellen und Vorlagen über Gewerbegesetzgebung diese Grundlagen gänzlich fehlen und die Arbeiter Oesterreichs als Regelung der Produkzionsweise die Bestimmung einer normirten Arbeitszeit von 10 Stunden für alle Erwachsenen, und Regelung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit forderten, um das Ueberhandnehmen der Ausbeutung des Volkes und der immerwährend steigenden Not und Arbeitslosigkeit, sowie Konsumzionsfähigkeit der untersten Schichten des Volkes ein Ziel zu setzen.

3. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß nach der jetzigen Zusammensetzung des Reichsrates, sowie Herrenhauses, der heutigen Entwicklung gemäß, zu Gunsten des arbeitenden Volkes nichts Ersprießliches geleistet werden kann.

4. Die Tischler Wiens haben schon seit zwölf Jahren gegen die Genossenschaften mit Recht opponirt, da sie mittelalterliche Bestimmungen in sich führen und mit der heutigen Entwicklung in großem Widerspruch stehen, insbesonders haben die Tischlergehilfen gegen die Genossenschaft der Tischler im Jahre 1872 in einer Versammlung von zirka 5000 Tischlergehilfen einstimmig den Beschluß gefaßt, die Aufhebung der Zwangenossenschaft, und beharren entschieden noch heute auf diesen Standpunkt.

Da die Tischlergehilfen Wiens derzeit keine Vertreter in der Genossenschaft besitzen und nicht wollen, so können wir Experten von Seite der Tischlergenossenschaft als Vertreter der Gehilfen nicht anerkennen.

Wir ersuchen das löbliche Präsidium der Handels- und Gewerbekammer die Eingabe bei Beginn der Expertensitzung zur Verlesung zu bringen und zu protokolliren.

Alois Treibenreif, Vorsitzender. Friedrich Schott, Stellvertreter.

Franz Hardwiger, Schriftführer.

Graz. Am 28. Februar starb im hiesigen allgemeinen Krankenhause Genosse Adolf Casper aus Meran. Er befand sich erst eine Woche in Graz und hatte die Absicht, hier für den Sommer Arbeit zu suchen — er war Kleidermacher; — schon als er in Graz ankam, beklagte er sich über Fieber, welches sich derart steigerte, daß er am 21. in das Spital ging. Am 28. erlag er dem Tifus. Casper war 29 Jahre alt und in Graz geboren, wo er auch wolhabende Verwandte besaß, die sich jedoch, ebenso wie sein Onkel in Pettau, um ihn gar nicht kümmerten, weil er konfessionslos geworden war und auch in politischer und sozialer Hinsicht den freiesten Anschauungen huldigte.

Alle, die ihn kannten, wußten seinen ehrlichen, geraden Sinn, seinen unwandelbaren Eifer für die Sache des Proletariats, und seine lebhafte Wißbegierde zu schätzen. Die Genossen in Meran drückten bei der Nachricht von seinem Hinscheiden sofort ihre tief gefühlte Trauer über den schmerzlichen Verlust eines der besten Parteigenossen und eines hingebenden Freundes aus, der besonders in Meran durch seine Tätigkeit der Verbreitung unserer Ideen große Dienste leistete.

Am 2. März fand das Begräbnis Casper's unter großer Beteiligung der Genossen statt, obwol die Einladungen dazu nicht rechtzeitig bekannt gemacht werden konnten. Der Sarg war mit Kränzen überdeckt und unmittelbar hinter dem Sarge trug ein Genosse einen von dem Arbeiter-Bildungsvereine in Meran gewidmeten schönen Kranz. Da der verstorbene Genosse konfessionslos war, fand das Leichenbegängnis selbstverständlich ohne geistliche Assistenz statt. Am Grabe sprach ein Genosse einige Worte des Dankes für die zalreiche Beteiligung.

Aus Oberösterreich. Oberösterreich, ein von der Natur aus reich gesegnetes Land, welches mindestens zehnmal mehr Bewohner mit seinem Lebensmittelüberschuß reichlich ernähren könnte und doch nennt die Not an allen Ecken und Enden immermehr überhand und macht sich in lauten Schmerzensseufzern Luft gegen die Wenigen, welche im Ueberfluß leben und deren Organe, welche ein Verhandeln der Not frech wegleugnen.

So hat sich in der kleinen Stadt Enns vor Kurzem ein gewesener Wirt, durch den Konkurrenzkampf aber zum Taglöhner degradirt, erhängt; lange Arbeits-

losigkeit war das Motiv. Einige Tage darauf erfaßte die Not ein zweites Opfer; ein Schuhmachermeister in den schönsten Jahren, der sehr fleißig arbeitete und sparsam war und trotzdem nicht aus die Schulden heraus kommen konnte, wurde lebensmüde; — er forderte seine Frau auf, mit ihm den Tod in den Wellen zu suchen und schnitt, da sie darauf nicht eingehen wollte, ihr und sich selbst die Kele ab. Sie hinterließen zwei Kinder. Ja, die Not förderte noch schrecklichere Dinge zu Tage. Es wurden Brandbriefe gelegt, in denen zu lesen war: „Arbeit! oder es geht die ganze Stadt in Flammen auf!" Anfangs hielt man die Sache für einen bösen Scherz, als aber bald darauf 19 Scheuern in Flammen standen, war selbstverständlich die ganze Stadt für längere Zeit in Aufregung und Furcht.

Auf dem flachen Lande wird den Ackerbauarbeitern (Knechte und Mägde) der Lohn fortwährend reduzirt. So bekommt der erste Knecht (Hausknecht), der früher 120 bis 150 fl. Jahreslohn erhielt, jetzt 90 bis 120 fl. Und so geht die Lohnreduktion abwärts: beim Roßknecht, ersten und zweiten Mitarbeiter, großen und kleinen Stallbuben.

Die erste Magd (große genannt) hatte vorher 90 bis 110 fl., jetzt 70 bis 90 fl. und so fort abwärts bei allen fix Angestellten der oberösterreichischen Bauern; die Taglöhner sind meistenteils Aushilfsarbeiter und erhielten früher in Wintertagen einen Taglohn von 30 bis 40 kr., jetzt 15 bis 25 kr. Obendrein wird die Kost in manchen Häusern immer schlechter, das Dienstpersonal möglichst reduzirt, die Uebrigen zur Arbeit viehisch angehalten, so daß, was bei den Agrararbeitern noch nie der Fall war, die Nachfrage um Arbeiter größer ist als das Angebot. Dazu kommt noch die Dresch- und Futterschneidmaschine, die besonders den Taglöhnern im Winter das Brod vor dem Munde wegschnappen, wodurch viele gezwungen sind, zu stelen und ihre Kinder, da sie sich zu Hause schämen, in andere Gemeinden betteln schicken.

Solcherart sind die Nutzpflanzen, die mitten in einem Lande des größten Ueberflusses emporwuchern.

Anton Stacherl.

Johannesdorf. Es haben wol die Arbeiter nirgends mehr etwas anderes zu erwarten, als ihre letzten Kräfte für das kaum hinreichende Brod zu opfern, wenn sie noch so glücklich sind Arbeit zu haben — und so ist dies auch in unserer Gegend der Fall, denn das moderne Sparsistem der Geschäftsherren auf Kosten der Arbeiter felt in der hiesigen Gegend ebensowenig als dort, wo Fabriken existiren. Es werden Fabriksarbeiter oft noch besser daran sein, als hiesige Arbeiter, wie Nachstehendes lehrt: So gibt es hier Arbeiter, die von früh Morgens angefangen bis spät Abends, ja sogar über Mitternacht arbeiten müssen, und verdienen nicht so viel, um als Menschen leben zu können, — mageres Aussehen und schäbige Kleidung legen Zeugnis für diese Behauptung ab. Und es ist nicht zu wundern, wenn man noch folgendes liest, was sich auch von Zeit zu Zeit wiederholt: „N. N. Wir sind leider genötigt, wenn wir nicht ohne Aufträge dasitzen wollen, eine Preisreduktion bei den Mattirern, Kuglern und Malern eintreten zu lassen. Unser Reisender, welcher schon seit Wochen auf der Tour ist, ohne ein Stück verkauft zu haben, berichtet uns über Preise, wie Andere verkaufen, daß es nur zum Staunen ist. Wenn wir unseren Nutzen auf ein Minimum von 10 Prozent (?) herabsetzen, — was kaum die Regie deckt, — so kommen wir bei Weitem nicht nach. Es blieb uns wahrhaftig nichts Anderes übrig — beim besten Willen — als die Arbeitslöhne herabzusetzen. Haida 1880. Palme und Deleschal." Gewiß eine rührende Offenheit, wenn sich ein Geschäft auf Kosten der Arbeiter konkurrenzfähig macht. Und könnte der Reisende nicht auch Schuld sein, wenn er wenig verkauft? Doch zurück zu den Verhältnissen der Arbeiter selbst. — So ist es in vielen Geschäften Sitte, daß beim Auszalen zwei bis vier Prozent in Abrechnung gebracht werden, weil sie das baare Geld erhalten; dieses aber besteht öfters in einem Dritteil von der Summe, für das zweite Dritteil Glanzgold (das Lot ist um 50 bis 60 kr. teurer zu bezalen als in der Farbenhandlung) und auf dieses kommen ebenfalls noch die Prozente und das letzte Dritteil bleibt Rest, womöglich über ein Jahr lang, um dann auch noch die Prozente abzurechnen.

Ferner sind die Herren Manipulanten auch so freundlich, nur denjenigen Arbeitern Beschäftigung zu geben, die ihnen etwas spendiren, und daß dieses Geschenk dann kein kleines ist, läßt sich denken; wie man erfährt, mitunter bis 8 Prozent von dem Lohne. Auch hat mancher von den Herren Manipulanten auch einen Kaufmannsladen, wo dann die Arbeiter gezwungen werden, dort einzukaufen, widrigenfalls sie keine Arbeit erhalten. Und wenn es auch im Gewerbegesetze heißt: „Nur auf freies Uebereinkommen der Arbeiter mit dem Geschäftsherrn ist es erlaubt, Waare anstatt Geld auszuzalen", so heißt es aber ganz anders im Geschäft: „Ja, wenn Ihr nicht zufrieden seid, könnt Ihr auch keine Arbeit erhalten". Das Resultat von diesem ist: Entweder die Arbeit nehmen oder es machen wie seiner Zeit Dr. Tanner.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Bei der am 27. März d. J. stattgefundenen Generalversammlung des Arbeiter-Sängerbund wurden folgende Herren in die Vereinsleitung gewält: Niedl Vinzenz, Vorstand, Wiedemann Josef, dessen Stellvertreter, Halbedel Karl, Kassier, Kraus Samuel, dessen Stellvertreter, Frank Eduard, Schriftführer, Mösa Rudolf, dessen Stellvertreter, Grabler Georg, Archivar, Prosch Adolf, dessen Stellvertreter; Pazternik Franz, Knill Franz, Straßer Ignaz, Binder Johann, Milins Otto.

Eduard Frank, Schriftführer.

Lesben. Sonntag den 6. März hielt der hiesige Arbeiter-Bildungsverein seine ganzjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Bericht der Sektionen. 3. Neuwal des Ausschusses. 4. Anträge und Interpellazionen. Das Protokoll der letzten Generalversammlungen wurde angenommen. Der Rechnungsführer berichtet über ganzjährige Einnahmen, und zwar 307 fl. 61 kr., an Ausgaben 303 fl. 15 kr., bleibt Saldo 4 fl. 46 kr.

Der Bibliotekar berichtet 141 Bände und Broschüren. Die Kontrolsektion berichtet über die Richtigkeit der Geschäftsbücher. Die Unterrichtssektion berichtet, daß vorläufig nur der Tanzunterricht stattfindet, und die weiteren Unterrichte wegen Mangel an Teilnehmer auf kurze Zeit sistirt werden. Die Neuwal des Ausschusses ergab folgendes Resultat: Mathias Benesch, Obmann, Johann Landsmann, dessen Stellvertreter, Josef Klassek, Schriftführer, Friedrich Marschal, dessen Stellvertreter, Kajetan Novak, Kassier, Wenzel Wotruba, dessen Stellvertreter, Ignaz Bluch, Rechnungsführer; Josef Kral, Peter Srebre, Johann Friedl, Alois Meschek, Felix Habrecht, Michael Heilinger und Ferdinand Becher, Ausschußmitglieder. — Nach der Wal wurde dem abtretenden Ausschusse der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen und die Mitglieder zur regen Agitazion für den Verein ermuntert.

Die Reiseunterstützung von 30 kr. für durchreisende Genossen wird verabfolgt bei Herrn Mathias Benesch, Hauptplatz 14, 1. St.

Josef Klassek, Schriftführer.

Römerstadt. Am 12. März l. J. wurde die halbjährige Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines in Römerstadt abgehalten.

Nach Eröffnung der Versammlung durch den Obmann Anton Siebert gibt der Schriftführer das letzte Versammlungsprotokoll bekannt, worauf Julge für die Finanz referirt und bekannt gibt, daß während des abgelaufenen Halbjahres die Einnahmen 76 fl. 99 kr., die Ausgaben 68 fl. 36 kr. betrugen, mithin ein Kassestand per 8 fl. 63 kr. vorhanden ist. Weiters referirt Josef Stoller für die Bibliotek und zur Kenntnis bringt, daß 130 Bände, in 66 Werke zerfallend, zur Leseverfügung der Mitglieder vorhanden sind, zuletzt referirt Ludwig Klein für die Revisoren. —

Weiters geschichtlicher Vortrag von Josef Julge und über die politische Gegenwart von Hermann Wanke.

Ferner wird Gustav Kosch's Antrag, daß der Versammlungsbericht zur Inserirung an die „Zukunft" eingesendet werde, angenommen.

Nachher fordert Hermann Wanke die Mitglieder auf, in ihrem und des Vereines Interesse ihren Verbindlichkeiten gegenüber dem Verein besser nachzukommen, worauf sich wegen der Abfassung des Finanzberichtes eine Debatte entspinnt.

Nachdem nichts mehr von Belang vorgebracht wird, so wird die Versammlung geschlossen.

Wilhelm Strauch, Schriftführer.

Briefkasten.

Redakzion. Kreuziger, Obergrafendorf: Adresse Neuwirth unbekannt. — Arbeiter-Bildungsverein, Ried: Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei. — Josef Herdin, Jägerndorf: Wir ersuchen um ihre genaue Adresse. — Krankenkasse, Aussig: Zu spät eingelangt. — K. H., Sternberg: Brieflich. — Die Berichte und Einsendungen von Wien, M. Z. in Wien, Geiselberg, Verein der Kupferschmiede in Wien, Ferdinand Müller in Perchtoldsdorf und Steyr mußten wegen Raummangel für nächste Nummer zurückgelegt werden. — Die Gesammtsumme des Ausweises für die Familien der Inhaftirten beträgt 84 fl. 21 kr.; detaillirter Ausweis folgt in nächster Nummer. —

Administrazion. E. Bär in P.: Abonnirt bis Ende Dezember 1880. — Wanke, Römerstadt: Abonnirt bis Ende Oktober. — Bukatsch, Pottendorf: Abonnirt bis Ende März — A. Schubert: Abonnirt bis Ende Juli. — Fortbildungsverein, Korneuburg: Für zwei Exemplare nur bis Ende April. — S. Roth, Preding: Abonnirt bis Ende Mai. — Kratzer, Haindorf: Abonnirt bis Ende September. — St. Heger: Abonnirt bis Ende April. — Arbeiter-Bildungsverein, Wels: Ein Quartal rückständig. — Heinrich, Schönborn: Blätter wurden nicht abgesandt; jetzt noch ein ¼ Jahr Abonnement rückständig, bitte selbes baldigst zu begleichen. — Arbeiter-Bildungsverein, Freiwaldau: Inserzionsgebühr beträgt pro dreimal gespaltene Petitzeile 5 kr. — Zur Unterstützung der „Zukunft": Holzhammer, Innsbruck 20, Hauser 10, A. B. 10.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag, nachmittags, Buchhaltung.
Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.
Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.
Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.
Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.
Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene, Tanzunterricht für Vorgeschrittene in Wüst's Gasthaus.
Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Delnická Jednota in Wien.

Montag den 18. April 1881 in den Sälen zu den „drei Engeln", 4. Bez., große Neugasse,

Gründungsfest.

Anfang präzise 6 Uhr. — Eintritt für eine Person 40, an der Kasse 50, für Mitglieder 25 kr.

Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

In der Schuhmacher-Gewerkschaft bestehen gegenwärtig folgende Unterrichte: Dienstag von ½8—½10 Uhr Elementar- und französischer Sprachunterricht. — Donnerstag von ½8—½10 Uhr Buchhaltung. — Freitag von ½8—½10 Uhr Zuschneideunterricht. — Samstag von ½8—½10 Uhr französischer Sprachunterricht. — Sonntag von 2—3 Uhr Buchhaltungsunterricht, von 3—5 Uhr Tanzunterricht.

Sämmtliche Unterrichte finden in der Zentrale, 7. Bezirk, Kaiserstraße 96 statt.

Gewerkschaftsverein der Bürschner in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, Montag und Donnerstag statt.

Union der Wiener Metallarbeiter.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich 4. Bezirk, Favoritenstraße 4, Gasthaus „zum wilden Mann". Die Vermittlung findet statt: Montag und Samstag von 8 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags.

Lesezimmer: 3. Bezirk, Marxergasse, „Sofiensaal". 2. Bezirk, gr. Pfarrg., Gasth. „z. schwarzen Elefanten". 10 Bez., Himbergerstraße, Grund's Saallokalitäten. Fünfhaus, Sechshauserstraße, Saallokalitäten „zum alten Brauhaus". Hernals, Kirchengasse 49. Vereinsabend jeden Samstag von 8—½9 Uhr.

Unterstützungs- und Fortbildungsverein der Drechsler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 6. Bezirk, Aegidigasse 19, jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Samstag von ½8—9 Uhr abends statt. — Einschreibungen an genannten Tagen.

Wien. Sonntag den 24. April, um 3 Uhr nachmittags, findet in Girisch' Gasthaus „zur alten Waldschnepfe", Gumpendorferstraße 48, die Monatsversammlung des Gewerkschaftsvereins und Krankenkasse der Maurer und Steinmetze mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht der Sekzionen. 2. Aufstellung eines Walkomitees. 3. Anträge und Interpellazionen.

Wien. Montag den 25. April, ½7 Uhr abends, findet in Doubal's Gasthaus in Sechshaus, die Monatsversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und Arbeiterinnen Wiens statt. — Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Ostermontag den 18. April, um 9 Uhr vormittags, in Zobel's Bierhalle in Fünfhaus,

freie Tischlerversammlung.

Tagesordnung: 1. Die Regierungsvorlage der neuen Gewerbeordnung. 2. Der Normalarbeitstag. 3. Die Presse. — Alle Tischler müssen am Platze sein.

Ostermontag den 18. April, um ½10 Uhr vormittags, im Hernalser Brauhause, Brauhausgasse,

freie Maurer- und Steinmetzversammlung.

Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage der Maurer und Steinmetze. 2. Die Kantinenwirtschaft. 3. Anträge und Interpellazionen.

Wien. Montag den 18. April, 9 Uhr vormittags, in Pilz' Bierhalle, 6. Bez., Rahlgasse, freie Schneiderversammlung. Tagesordnung: 1. Die Gewerbeordnung. 2. Die Presse.

Wien. Montag den 18. April, 9 Uhr vormittags, in Zobel's (vorderen) Saallokalitäten, freie Schuhmacherversammlung. Tagesordnung: 1. Die Gewerbeordnung und Referat über die in der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer stattgefundenen Expertise. 2. Die Presse in Bezugnahme auf das Fachblatt.

Arbeiter-Bildungsverein in Floridsdorf.

Samstag den 16. April, 7 Uhr abends, im Vereinslokale, Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag. — Mitglieder, erscheint zahlreich!

Floridsdorf. Ostersonntag den 17. April, um 2 Uhr nachmittags, in Endres' Restaurazion „zur Lokomotivfabrik" in Gr.-Jedlersdorf,

Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. Die internazionale Arbeitsschutzgesetzgebung und die Gewerbeordnung. 2. Die industriellen Arbeiter gegenüber den ländlichen. 3. Die Presse.

Kindberg. Den scheidenden Genossen und Mitgliedern Josef Heinrich und Franz Fandlbauer unser herzliches brüderliches Lebewol!

Der Ausschuß.

Freiwaldau. Der hiesige Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungsverein hält Sonntag den 1. Mai 1881 im Gasthause „zum Ditterhof" sein

erstes Gründungsfest

ab, wozu alle Genossen von nah und fern eingeladen sind. —

Sternberg. Lokalveränderung. Der allgemeine Arbeiter-Leseverein befindet sich jetzt: Restauraзion „zum Hasen", Olmützerstraße 43.

Oeffentliche Danksagung. Wir sprechen all den Vereinen und Genossen, und zwar von Proßnitz, Bärn, Schönberg, Brünn, Römerstadt, Glogguitz, Wels, Bielitz-Biala, Warnsdorf, Steyr, Atzgersdorf, Graz, Neutitschein, Schönborn und Budapest, welche zur Vermehrung der Bibliotek Geschenke gemacht haben, den verbindlichsten Dank aus. [60]

Der Ausschuß des allgemeinen Lesevereins für Sternberg und Umgebung.

Alte Parteiblätter,

„Volksstaat", „Volkswille", „Vorwärts" (Leipzig), „Volksstimme" u. s. w. werden zu kaufen gesucht. Offerte, respektive Sendungen sind zu richten an F. Schlegl, Sackstraße 13, Graz.

Für einen Parteigenossen ist ein Bett zu vermieten. — Neu-Lerchenfeld, Neumaiergasse 11, Tür 3.

Lackschmelzer,

welcher Tüchtigkeit nachweisen kann, wird für Oesterreich mit zehn Gulden Gehalt per Woche und freies Quartier gesucht. — Anträge unter „Tüchtigkeit" an die Expedizion dieses Blattes.

Die nächste Nummer erscheint am 28. April.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Herausgeber und Verleger: Franz Mokesch, Andreas Grosse, August Botitzek, Heinrich Hohe, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Mokesch.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, V., Hundsturmerstraße 89.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, V., Hundsturmerstraße 89.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 38. Wien, Donnerstag 28. April. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Zur Beachtung.

Vom 10. Mai l. J. ab befindet sich die Redakzion, Administrazion und Expedizion 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 78, wohin dann auch alle Briefe und Geldsendungen zu richten sind.

Ein Bauernprogramm.

Die Bauernbewegung in Oesterreich erweitert sich und beginnt Programme zu schaffen, die nicht mehr blos die Frage der Grundsteuerregulirung und der Gebäudesteuererhöhung berühren, sondern die auf die Ursachen der Agrarfrage in Oesterreich und auf radikale Maßregeln zur Rettung des Bauernstandes eingehen. Die Agitatoren der deutschliberalen Partei, die die Grund- und Gebäudesteuerfrage benützten, um die Bauern gegen die Parlamentsmajorität und gegen die Regierung auszuspielen, stehen nun entsetzt da, seitdem sie die Wahrheit des Goethe'schen Spruches an sich selbst erproben müssen: „Die Geister, die ich rief, die werd' ich nun nicht los".

Der am Ostermontag in Wien stattgefundene, von mehr als viertausend Bauern besuchte niederösterreichische Bauerntag hat auch denen den Staar gestochen, die bisher noch im Unklaren über die Richtung waren, die die Bauernbewegung einzuschlagen beginnt. Die heftigsten Angriffe gegen das Kapital, gegen die Advokaten und Wucherer schleuderten die Redner auf dem Bauerntage den Deutschliberalen entgegen; offen wurde es in den einstimmig angenommenen Resoluzionen ausgesprochen, daß sich die Bauern keiner der beiden parlamentarischen Parteien anschließen, sondern eine eigene, unabhängige Bauernpartei bilden werden. Advokaten und Abgeordnete durften auf dem Bauerntage nicht sprechen, weil es die Regierung nicht zugab, wie der Vertreter des Einberufungskomitees erklärte; wir glauben aber, daß in dieser Hinsicht die Regierung nicht blos ihr eigenes Verlangen aussprach, sondern auch den vielleicht unausgesprochenen Wunsch des Einberufungskomitees erfüllte. Uebrigens zeigte der Verlauf der Versammlung auf das Deutlichste, daß die Bauern von tiefstem Mißtrauen gegen die Führer der beiden parlamentarischen Parteien erfüllt sind, und daß weder die Autonomisten noch die Deutschliberalen mit ihnen große Geschäfte machen werden.

Den Entschluß der Bauern, sich selbstständig zu organisiren und als geschlossene Partei mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf einzutreten, können wir nur vollkommen billigen, denn die Bauern haben von beiden Parteien nur Versprechungen und Scheinkonzessionen zu erwarten, da es die durch die herrschenden Parteien vertretenen Klasseninteressen nicht zulassen, für die Not des Bauernstandes radikale Abhilfe zu treffen. Die Klassenorganisazion des Bauernstandes ist demnach eine Notwendigkeit, die durch die Klassenvertretung des Kapitals, des Klerus und des Adels erzwungen wird; erst wenn wir einmal eine wirkliche Volksvertretung haben, die an die Stelle der heutigen Interessenvertretung tritt, wird sich eine Volkspartei bilden können, die von allen Klasseninteressen absehend, nur das allgemeine Beste zu fördern sucht.

Eine Bauernpartei ist ein Bedürfnis und so sehr wir prinzipiell jede Scheidung des Volkes in Stände mit feindlichen Interessen bekämpfen müssen, können wir doch nicht umhin, in einem Staate, dessen Vertretungskörper aus und von einzelnen Interessengruppen gewält werden, die Klassenorganisazionen der arbeitenden Klassen gegenüber den ausbeutenden als ein Gebot der Notwendigkeit anzuerkennen. So lange liberale Advokaten, adelige Großgrundbesitzer und der Klerus die Vertretung des Bauernstandes besorgen, ist es unmöglich, daß die Interessen des letzteren zur gebührenden Geltung gelangen, weil wol einzelne Personen, aber nicht ganze Klassen sich von ihren Klassenvorurteilen befreien können und es daher nur als ein Ausnahmsfall gelten muß, wenn ein Angehöriger der herrschenden Klassen ehrlich und vorurteilsfrei die Interessen einer unterdrückten Klasse verteidigt.

Wenn wir aber zugeben, daß die bei uns bestehende Interessenvertretung auch den arbeitenden Klassen den Klassenstandpunkt aufzwingt, so leugnen wir andererseits auf das Entschiedenste, daß daraus folgt, daß jeder Stand nur sein egoistisches Standesinteresse zu wahren suche und sich und sein Programm gegen die andern Volksklassen abschließe. Jede Klasse, die sich auf diesen Standpunkt stellt, proklamirt die Rückkehr zum Feudalstaat, verewigt den Klassenkampf und stärkt den politischen Absolutismus, der aus dem Zwiespalt der Volksklassen seine Nahrung zieht. Gegenüber dem wachsenden demokratischen Bewußtsein von der Gleichheit aller Menschen, beinahe ein Jahrhundert, seitdem die Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit den Feudalstaat in Frankreich zertrümmerten, neuerdings den Zwiespalt der arbeitenden Klassen zu predigen, den Kastengeist zu künstlichem Leben aufzuerwecken, wäre nicht nur ein Verbrechen gegen das Volk, ein Faustschlag gegen den menschlichen Fortschritt, sondern auch ein wahnwitziges, nutz- und zwecklosses Beginnen, weil es durch die allgemeine ökonomische Entwicklung, die an der Niederreißung aller ständischen Schranken unablässig arbeitet, schon im Keime erstickt würde.

Die moderne Entwicklung der menschlichen Arbeit hat die Loslösung des Arbeiters von seinen Arbeitsinstrumenten, die Kollektivirung der Arbeit und die Zentralisazion des Arbeitskapitals zur notwendigen Folge. Nur dadurch, daß dieser Prozeß so viel als möglich beschleunigt wird, daß der Uebergang von der individualistischen Produkzionsweise zur kollektivistischen gesetzlich geregelt und die Proletarisirung der Kleinproduzenten verhindert wird, ist eine Rettung aller arbeitenden Volksklassen zu ermöglichen und gleichzeitig das allgemeine Wol auf das Höchste zu steigen.

Schutz der Kleinproduzenten durch künstliche Aufrechterhaltung der Kleinproduzion heißt aber den allgemeinen Volkswolstand erniedrigen, die Produkzion verteuern, den Konsum reduziren, mit anderen Worten für die Aufrechterhaltung einer für die Dauer doch unhaltbaren Produkzionsweise das gesammte arbeitende Volk belasten und schädigen. Auch für die Bauern gibt es keinen Ausweg der sie immer heftiger umdrängenden Not, als die Aenderung der Produkzionsweise, die sie allein konkurrenzfähig und vom Kapitale unabhängig zu machen vermag.

Von dieser Auffassung sind aber die Bauern, wie ihre bisher laut gewordenen Forderungen zeigen, noch weit entfernt; sie stehen im Wesentlichen noch immer auf dem reakzionären Standpunkt der Kleinproduzion und verlangen den staatlichen Schutz der individualistischen, wesentlich auf Handarbeit basirten Produkzion für den Ackerbau, wie es die Gewerbetreibenden für das industrielle Handwerk wollen. Da die politische Stellung der Klassen von ihren wirtschaftlichen Forderungen beeinflußt wird, ist es auch nicht zu verwundern, daß die politischen Forderungen der Bauern ebenfalls an Unklarheit und innerem Widerspruch leiden. Dies zeigen besonders deutlich die auf dem niederösterreichischen Bauerntag beschlossenen Resoluzionen.

Die erste derselben lautet: „In Erwägung, daß die Bauern als eigentliche Erhalter des Staates auch die eigentlich konservative Partei sind; daß sie auch Toleranz und Gleichberechtigung auf konfessionellem Gebiete hochhalten; daß ferner der Bauer zum Leibeigenen nicht herabsinken kann und darf, erklärt der Bauerntag als die Aufgabe der Partei, selbstständig und ohne Rücksicht auf andere politische Parteien aufzutreten und dahin zu streben, daß in die Vertretungskörper nur solche Wirtschaftsbesitzer gewält werden, welche dieser wahrhaft konservativen Richtung zustreben."

Diese Resoluzion leistet — wir müssen es unumwunden gestehen — an Unklarheit und Unrichtigkeit das Menschenmögliche. Wer kann beweisen, daß die Bauern die „eigentlichen" Erhalter des Staates sind? Es ist wahr, sie bilden die Mehrzal der Bevölkerung in Oesterreich, aber es ist auch wahr, daß es mächtigere und freiere Staaten als Oesterreich gibt, in denen die Bauern — als Stand betrachtet — die Minderzal sind, wir nennen Großbritannien und die Vereinigten Staaten Nordamerikas. Diese Staaten bestehen auch ohne Bauernstand, und die Staaten, die sich auf den Bauernstand stützen, wie Oesterreich, Deutschland, Frankreich, sind sogar gezwungen, sich gegen die überlegene Konkurrenz der Industriestaaten mit kapitalistischem Großgrundbesitz durch Zölle und Agrargesetze zu schützen. Wo bleibt da die „eigentlich" staatserhaltende Kraft des Bauernstandes? Deshalb weil in Oesterreich der Bauernstand noch die Majorität bildet, hat er nicht das Recht, sich eine vorzugsweise und eigentliche staatserhaltende Kraft zuzuschreiben. Uebrigens sind, wie die Statistik unwiderleglich beweist, auch wir auf dem besten Wege, aus einem Kleinbauernstaate ein Industriestaat mit kapitalistischem Großgrundbesitz zu werden; damit hört die „staatserhaltende" Kraft des Bauernstandes von selbst auf.

Wir möchten aber auch die Verfasser jener Resoluzion ernstlich fragen, mit welchem Rechte sie die Arbeit des Bauern höher schätzen als die der andern Arbeiter; allerdings können wir nicht leben, ohne zu essen. Aber auch der Bauer will und kann heutzutage nicht nackt herumgehen, er braucht Kleider und Schuhe, er braucht eine Wohnung, um sich gegen die Unbilden der Witterung zu schützen. Sind die Menschen, die das Alles machen, die seine Existenz erst zu einer menschlichen gestalten, etwa weniger wichtig für die Gesellschaft und für den Staat? Nur ein Tor könnte das behaupten; wir leben eben nicht mehr in der Zeit der Fisiokraten, in der diese Anschauung als Wissenschaft galt. Und wenn es sich darum handelt, in irgend einem „heiligen Kriege" sein Blut für's „Vaterland" zu verspritzen, muß nicht der Arbeiter ebensogut wie der Bauer seine Haut zu Markte tragen? Also weg mit der Fraze, daß die Bauern die eigentlichen Erhalter des Staates seien — sie ist eine grundlose und unvernünftige Beleidigung des arbeitenden Volkes in den Städten, sie ist ein Hohn gegen die besitzlosen Arbeiter auf dem Lande, welche für andere säen, für andere ernten, für andere arbeiten, ohne mehr als die notwendige Nahrung und Kleidung zu haben.

Die Bauern sollen aber nach dieser Resoluzion nicht nur die „eigentlichen Erhalter" des Staates, sondern auch die „eigentlich" konservative Partei sein; wir wollen annehmen, daß weder diejenigen, welche die Resoluzion verfaßten, noch jene, welche sie annahmen, sich über die Bedeutung des Wortes „konservativ" klar waren, im entgegengesetzten Falle müßten wir sie bedauern. Denn was wollen die Bauern „konserviren" oder erhalten? Doch offenbar nicht die jetzigen Zustände, zu deren Beseitigung sie sich organisirt haben. Sie wollen nur das „konserviren", was ihnen ihr Kastengeist als erhaltungswürdig bezeichnet — das kleinbäuerliche Eigentum. Wenn sie das aber erhalten wollen, dann müssen sie revoluzionär werden, so gut wie die Sozialisten. Wir denken dabei keineswegs an die „Dreschflegel und Sensen" des Dr. Granitsch, sondern — dies sei zur Beruhigung der löbl. Staatsanwaltschaft bemerkt — nur an eine Revoluzion in wissenschaftlichem Sinne, an eine Umwälzung in den sozialen Einrichtungen, an eine gründliche Umgestaltung der Gesetze und an die Einführung der genossenschaftlichen Produkzionsweise durch den Staat. Nur auf diesem Wege kann eine Wiedergeburt des Bauernstandes stattfinden, auf demselben Wege, auf dem auch allein die ehrliche Arbeit in der Industrie dauernd gegen Ausbeutung geschützt werden kann. Das bäuerliche Eigentum retten wollen und dabei sich „konservativ" erklären, heißt nicht wissen, was man will — heißt Quacksalberei.

In der zweiten Resoluzion verlangen die Bauern: „Die Erlassung eines strengen Wuchergesetzes, die Beschränkung der Wechselfähigkeit lediglich auf protokollirte Firmen, die Beschränkung der Freiteilbarkeit von Grund und Boden, Schaffung eines exekuzionsfreien Existenzminimums für den Bauern, Einführung der Börsesteuer und der progressiven Einkommensteuer, Schaffung einer billigen Rechtspflege durch Einführung von Schiedsgerichten, welche bei vorkommenden Grundstreitigkeiten zu entscheiden hätten, Aenderung des Legalisirungszwanges in der Weise, daß bis zur Höhe von 1000 fl. jedem Bürgermeister das Recht zusteht, Urkunden zu legalisiren, beschleunigte Durchführung des Abhandlungsverfahrens bei Sterbefällen, Feststellung der Vermögensübertragungsgebühr beim bäuerlichen Besitze auf ein Perzent, Aenderung der bisherigen Konkursordnung, Schaffung eines Vagabundengesetzes".

Nur zwei Forderungen in dieser Resoluzion können als prinzipiell agrarische Maßregeln zur Erhaltung des Bauernstandes angesehen werden; es sind dies die Forderung nach Beschränkung der Freiteilbarkeit und die Forderung eines Existenzminimums. Was nun die erste Forderung betrifft, so ist die Gemeinschädlichkeit der gegenwärtig bestehenden unbeschränkten Teilbarkeit außer Frage und es läßt sich gewiß nichts gegen die Forderung an und für sich einwenden; aber entschieden bestreiten müssen wir, daß dadurch eine dauerhafte Lösung der ländlichen Notfrage erzielt wird. Diese Forderung und die andere nach einem exekuzionsfreien Existenzminimum hat nur dann den erwarteten Erfolg — die Hintanhaltung eines ländlichen Proletariates — wenn sie mit dem Zweikindersistem Hand in Hand geht. Wollen unsere neuesten Agrarier diese Errungenschaft des französischen Parzellensistems auch bei uns einbürgern? Das Gesetz gestattet uns nicht, auf diese delikate Frage näher einzugehen, aber die Bemerkung wollen wir nicht unterlassen, hinzuzufügen, daß, selbst wenn diese Instituzion bei unsern Bauern in der nächsten Zeit eingebürgert werden

könnte — was wir nicht glauben — doch damit an dem Gegensatze zwischen kapitalistischer und kleinbäuerlicher Bewirtschaftung nichts geändert, die ungeheure und unüberwindliche Ueberlegenheit der erstern nicht beseitigt und der allmälige Verfall des Kleingrundbesitzes und dessen Aufsaugung durch den Großgrundbesitz nicht verhindert werden könnte. Der auf seinem exekuzionsfreien Existenzminimum lebende Bauer würde ein bedauernswertes Individuum sein: unfähig mit seiner teuren Handarbeit den Konkurrenzkampf gegen den großen Besitz aufzunehmen und zu bestehen, ohne Mittel, weil ihm auf seinen exekuzionsfreien Grund Niemand etwas borgt, ist er entweder an ein trauriges, aller edlern Genüsse beraubtes Dasein gekettet, blos um den Namen „Eigentümer" zu behalten, oder er ist gezwungen, sein Eigentum zu verkaufen, und seine Arbeitskraft als Proletarier zu verwerten.

Das exekuzionsfreie Existenzminimum kann nur dann der Segen des Bauers werden, wenn es genossenschaftlich bewirtschaftet wird und dadurch alle Vorteile des Großgrundbesitzes sich aneignet. Darüber aber — und das ist der springende Punkt in der Agrarfrage — verlieren die Arrangeure des Bauerntages kein Wort und beweisen dadurch unzweideutig, daß ihnen noch immer das gründliche Verständnis der Landfrage abgeht. Freilich würden sie dann aufhören müssen, die „eigentlich konservative Partei" zu sein, sie müßten dann auch aufhören, Standespolitik zu treiben, und anfangen Volkspolitik zu studiren. Sie würden dann begreifen lernen, daß ihre Interessen im tiefsten Grund mit denen der städtischen und ländlichen Proletarier identisch sind und daß sie ihr Ziel auch nur mit Unterstützung der Letzteren erreichen können. Sie würden erfahren, daß zur Erreichung dieses Zieles auch eine gründliche Umgestaltung der politischen Einrichtungen Not tut und daß es lächerlich ist, angesichts solcher Ziele und solcher Mittel sich als „wahrhaft konservativ" zu erklären. Sie würden dann nicht die Reform der Walordnung auf eine Herabsetzung des Zensus auf fünf Gulden beschränken, sondern auf das allgemeine gleiche und direkte Walrecht ausdehnen, sie würden auch mehr Sinn für politische Freiheit zeigen und sich nicht damit begnügen, alle Freiheitsfragen auf dem Parteitage zu ignoriren.

Doch wenn auch die Bauern heute das noch nicht sind, was sie in ihrem eigenen und im Interesse des gesammten arbeitenden Volkes sein sollten, sie oder ihre Nachkommen werden es noch werden. Die Partei ist jung, ihre Ziele noch unbestimmt, ihre Führer noch voll Illusionen, die Masse noch voll Vorurteilen; aber die Partei wird wachsen, die Illusionen werden durch die Erfahrung beseitigt werden, die Vorurteile in der zunehmenden Erkenntnis verschwinden: dann wird auch die Zeit kommen, wo die Bauern in Massen zu unserer Fahne strömen werden, allen Kastengeist und alles Mißtrauen hinter sich lassend und nur das eine Ziel vor Augen: Die Befreiung der Arbeit von der Ausbeutung durch das Kapital. Möge diese Zeit recht bald kommen.

Politische Uebersicht.

Am 4. April kam im Abgeordnetenhause die Wal des polnischen Abgeordneten Puzyna zur Verhandlung, gegen deren Giltigkeit zalreiche Proteste von rutenischer Seite eingelaufen waren. Die Vorgänge bei dieser Wal, welche durch zalreiche Zeugen und durch gerichtliche Erkenntnisse konstatirt wurden, sind geradezu haarsträubend und liefern drastische Belege dafür, wie bei uns die Walfreiheit gehandhabt wird und zu welchen Konsequenzen unser Walsistem führt. Es wurde erwiesen, daß die Stimmlisten von Mitgliedern der Walkommission gefälscht, Walurkunden heimlich beseitigt, viele rutenische Wäler von den polnischen Behörden vor der Wal willkürlich und ohne Rechtsgrund eingesperrt und zalreiche Walbestechungen vorgenommen wurden. In zwei Bestechungsfällen erkannte auch das Gericht auf Schuldig. Bei den infolge der rutenischen Walproteste von der Regierung eingeleiteten Erhebungen ereignete sich der interessante Fall, daß der beschuldigte Bezirkshauptmann sich selbst verhörte und seine Aussage zu Protokoll nahm, welches dann als offizielles Aktenstück galt. Trotz dieser und vieler anderer durch zalreiche glaubwürdige Zeugen konstatirten krassen Rechtsverletzungen erklärte die Majorität des Abgeordnetenhauses die Wal für giltig.

Der Gesetzentwurf, welcher die Bedingungen für den Ankauf der Elisabet-Westbahn durch den Staat festsetzt, wurde durch das Abgeordnetenhaus angenommen.

In Beratung über den Lienbacher'schen Schulantrag beschloß die Unterrichtskommission des Herrenhauses einstimmig, in Uebereinstimmung mit dem Abgeordnetenhause die Aufnahme der Bestimmung zu empfehlen, den Nachweis der Kenntnis der Religion bei dem Austritte aus der Schule zu fordern. Im Uebrigen nahm die Kommission den Antrag des Grafen Widmann an, die Erleichterungen in der Schulpflicht nicht den Landtagen, sondern den Schulbehörden zu überlassen. Diese Anträge nahm auch das Herrenhaus mit 72 gegen 32 Stimmen an. Die Liberalen posaunen dieses Resultat als einen großen Triumf des Volksschulgesetzes aus; wir können dieser Auffassung durchaus nicht beistimmen. Wir wissen aus Erfahrung, daß die Behörden nur zu gern bereit sind, der Unwissenheit der Eltern und der Ausbeutungssucht des Kapitals nachgebend, die Befreiung vom Schulbesuche auszusprechen, wenn auch daraus sichtbar der Ruin der Gesundheit der Kinder entspringen muß. Die gesetzlichen Bestimmungen, welche das Herrenhaus hiezu getroffen hat, im Zusammenhange mit der sattsam bekannten Haltung der gegenwärtigen Regierung, lassen erwarten, daß die Ausbeutung der Kinder in Zukunft noch unbarmherziger geübt werden wird als bisher, besonders da die notwendige Revision der Gewerbeordnung zum Schutze der Arbeiter in unabsehbare Ferne gerückt ist. Ebenso finden wir es mit den Anforderungen der modernen Wissenschaft durchaus nicht vereinbar, die Religion als einen integrirenden Bestandteil gleich Lesen, Schreiben und Rechnen in die Volksschulbildung aufzunehmen; während Frankreich und Belgien sich von der Kirche zu emanzipiren und die Kinder dem Aberglauben zu entreißen suchen, erblickt unser Liberalismus seine Aufgabe darin, die Macht der Kirche zu stärken, und ihr die Jugend bedingungslos preiszugeben. Wo bleiben da die vielgepriesenen Errungenschaften unserer Volksschulgesetzgebung? Tagtäglich lesen wir in den liberalen Blättern, daß nur die frühere Halbheit der liberalen Partei die Schuld trage an dem gegenwärtigen Niedergange des Liberalismus in Oesterreich; auch wir sind dieser Ansicht. Aber wie soll man denn einen Beschluß wie den obigen nennen? Ist er nicht noch viel weniger als eine Halbheit? Er ist ein gänzlicher, offener Abfall von den Grundsätzen des Liberalismus und eine Partei, die sich zu solchen Liebesdiensten an gewisse Personen hergibt, hat keinen Anspruch auf den Namen einer liberalen. — Graf Leo Thun, der bekannte klerikale Führer im Herrenhause, erklärte bei dieser Gelegenheit: „Für eine ganze Klasse der Bevölkerung ist es ein Bedürfnis, früher als im 14. Lebensjahre in die Arbeit zu treten." Ja wol, so ist es. Aber warum es so ist, hat der Herr Graf wolweislich verschwiegen. Daß der Lohn des Arbeiters bei uns so gering ist, daß, wenn er auch sammt seiner Frau angestrengt arbeitet nicht im Stande ist, seine Kinder zu kleiden und zu ernähren, geschweige ihnen die Utensilien für die Schule zu kaufen, das ist eine Tatsache, die wir zwar nicht erst vom Grafen Thun zu hören brauchten, von der wir aber gewünscht hätten, daß er sie im Herrenhause laut ausgesprochen hätte. Daß der österreichische Bauer häufig schon so weit herabgekommen ist, daß er ohne die Hilfe seiner unerwachsenen und schulpflichtigen Kinder seine Wirtschaft nicht mehr zu besorgen vermag, weil er die Arbeitskräfte nicht mehr bezalen kann, das ist auch eine Tatsache, die Graf Thun verschwiegen hat. Warum hat er denn über alles das geschwiegen, wenn er ein so warmes Herz für die Leiden des armen Volkes hat, daß er dasselbe sogar vom anstrengenden Lernen loszubringen sucht? Vielleicht nur deshalb, weil er dann die Frasen von der unerträglichen Last der achtjährigen Schulpflicht hätte für sich behalten, weil er dann auch hätte erklären müssen, daß nicht Dummheit, Unwissenheit und Aberglauben, sondern nur Brot und Arbeit, vor Allem aber die gesetzliche Zusicherung des der Arbeit gebührenden Lohnes der herrschenden Not abhelfen könne.

Die Wiener Polizeidirekzion und der Magistrat wurden zur strengsten Ueberwachung sowol der Erzeugung als des Handels mit Sprengstoffen aufgefordert.

Die „Neue fr. Pr." vom 8. April enthielt folgendes Telegramm aus Mährisch-Weißkirchen: „Der Flecktifus ist nur in den untersten Volksschichten aufgetreten und bereits im Abnehmen begriffen. Die Ursachen der Krankheit sind schlechte Nahrung, Wohnung und Witterungsverhältnisse. Die getroffenen Vorsichtsmaßregeln dürften ein Ausschgreifen der Krankheit verhindern. In den bessern Klassen ist kein Krankheitsfall vorgekommen".

Ein vom deutschösterreichischen Leseverein an der Wiener Universität beabsichtigter Fackelzug zu Ehren Hasner's wegen seiner Herrenhausrede für die Aufrechterhaltung der achtjährigen Schulpflicht wurde von der Wiener Polizeidirekzion verboten. Die Motivirung des Verbotes war dieselbe wie anläßlich der Lessingfeier; die wegen des damaligen mit den Gesetzen nicht übereinstimmenden Verbotes an den Grafen Taaffe gerichtete Interpellazion wurde aber noch immer nicht beantwortet.

Die Statuten des steiermärkischen Bauernvereines wurden genehmigt; die konstituirende Versammlung findet am 1. Mai statt.

In der Nähe von Würbental in Schlesien nimmt die Auswanderung wegen Arbeitslosigkeit und Not zu. Vor Kurzem gingen von dort 42 Auswanderer nach Amerika und wieder treffen viele Personen Vorbereitungen, um sich eine neue „Heimat" zu gründen. So schreiben liberale Tagesblätter.

Die Regierung hat angeordnet, daß eine selbstständige tschechische Universität in Prag errichtet werde; die filosofische und juridische Fakultät sollen schon im Herbste dieses Jahres eröffnet werden.

Der Abgeordnete Auspitz ist bekanntlich derjenige, der bei Gelegenheit der Beratung des Schönerer'schen Antrages auf Einführung des allgemeinen Stimmrechtes im Namen der Deutschliberalen den Arbeitern die politische Reife absprach und die Forderung um allgemeines Stimmrecht als eine „abgedroschene Frase" bezeichnete. Dieser edle Mann ist sehr reich, erhält in Gemeinschaft mit einigen Gleichgesinnten ein dreimal täglich erscheinendes Blatt — die „Wiener Allg. Ztg." — um Börsenmanöver und Kliqueninteressen zu fördern und besitzt in der Nähe der Nordbahnstazion Rohatec eine Zuckerfabrik nebst einer Brennerei und einem Gasthause. Der Pächter des Gasthauses zalt dem politisch reifen Manne jährlich 2000 fl., und das ist keine „abgedroschene Frase". Die Arbeiter in der Zuckerfabrik des Herrn Auspitz bekommen ihren Lohn in Marken ausgezalt, welche sie nur in dem genannten Gasthause zum Einkauf von Schnaps und Viktualien verwenden dürfen. Auch das zeigt die „politische Reife" des Herrn. Trotzdem nun die benachbarten Städte Straßnitz und Goya und eine Anzal anderer Ortschaften wiederholt an das Handelsministerium um Errichtung einer Bahnhofrestauragion in Rohatec petizionirten, weil das Gasthaus des Herrn Auspitz eine halbe Stunde vom Bahnhofe entfernt und außerordentlich schlecht und teuer ist, wußte es Herr Auspitz durch den Einfluß seiner „politischen Reife" noch immer zu verhindern, daß an der genannten Nordbahnstazion eine Restauragion errichtet wurde, die der seinigen schaden könnte. Wir ersuchen die künftigen Biografen des Herrn Auspitz, diese Daten in die Lebensbeschreibung des „politisch reifen" und deutschliberalen Mannes aufzunehmen.

Der Budapester Kassazionshof hat das Urteil gegen Leo Frankel bestätigt und dessen Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen.

Auf der am 16. April in Neusatz stattgefundenen Konferenz der ungarischen Serben über ihre Stellung zu den nächsten Reichstagswalen verlangte ein Delegirter, namens Tomić, die Aufnahme der sozialen Frage in das Parteiprogramm; er betonte, daß das Volk der nazionalen Streitigkeiten überflüssig sei und nach Brot verlange. Polit, der seit Miletić's Verhaftung die Partei geleitet, habe das Volk politisch demoralisirt. Miletić sprach heftig gegen ihn und sagte, Tomić sei ein Sozialist, die Serben seien aber Demokraten. Tomić erklärte, Ungarn werde entweder zu Grunde gehen, oder es müsse sich daselbst eine Partei bilden, welche für alle Nazionalitäten das nazionale und ökonomische Wolergehen fördere. Seine Anträge wurden jedoch mit großer Majorität von der Konferenz abgelehnt und beschlossen, das alte Becskereker Programm beizubehalten.

Der Antrag Windhorst's auf Beschränkung des Asilrechtes wurde im deutschen Reichstage mit allen gegen drei Stimmen angenommen; die Sozialisten enthielten sich der Abstimmung. — Auch der rumänische Senat und die Deputirtenkammer hat das von uns in letzter Nummer mitgeteilte „Gesetz" wegen Ausweisung von Sozialisten angenommen und der neue „König" demselben seine Sankzion erteilt. — Die russische Regierung hat an alle europäischen Mächte eine Zirkularnote gerichtet, in welcher sie eine Konferenz behufs Beratung gemeinsamer Maßregeln gegen die internazionalen Revoluzionäre vorschlägt.

Eine Anzal von Züricher Reakzionäre hat einen Aufruf erlassen, zur Unterzeichnung einer Petizion an die Züricher Regierung um das Verbot des diesjährigen sozialistischen Weltkongresses in Zürich, „damit nicht Zürich zum Sammelplatz jener Ausländer werde, welche Attentate verherrlichen oder neue Attentate vorbereiten." — Diesen Herren schließen sich würdig jene Studenten der Berner Universität an, welche in einer Petizion nicht nur die Ausweisung der russischen Flüchtlinge aus der Schweiz, sondern auch die Entfernung der russischen Studenten von den Berner, Züricher und Genfer Unterrichtsanstalten verlangen.

Der italienische Minister Cairoli erklärte am 6. April in der Deputirtenkammer, die italienische Regierung werde, wenn sie eine Einladung wegen internazionaler Vereinbarungen bezüglich des Asilrechtes erhalten sollte, von den Vorschriften des italienischen Staatsrechtes nicht abweichen.

Gladstone hat die Landbill zur Verbesserung der Lage der irischen Pächter eingebracht und in einer langen Rede begründet. Die Bill enthält im Wesentlichen folgende Bestimmungen: Es wird ein eigener Gerichtshof eingesetzt, welcher über die Streitigkeiten zwischen Pächtern und Gutsbesitzern zu entscheiden hat; er hat insbesondere das Recht, auf Ansuchen des Pächters den Pachtkontrakt auf 15 Jahre zu fixiren, innerhalb welcher Frist weder eine Erhöhung des Pachtes noch eine Kündigung des Pächters ohne dessen Zustimmung zulässig ist, wenn letzterer anders den gesetzlichen Bestimmungen nachkommt. Solche Pachtkontrakte können mit denselben Wirkungen auf weitere 15 Jahre verlängert werden. Der Pächter hat ferner das Recht, sein Pachtrecht zu verkaufen. Auch wird ein Fonds gegründet, aus welchem den Pächtern, die Eigentümer werden wollen, Vorschüsse bis zu drei Vierteilen des Kaufpreises gewährt werden, um Grundeigentum anzukaufen. Die Führer der Landliga erklären die Bill wol als einen Fortschritt, aber sie halten dieselbe nur für die größeren Pächter als vorteilhaft, während die kleineren hilflos bleiben. Vor allem verlangen sie aber die sofortige Einstellung der fortwährend massenhaft stattfindenden Austreibungen von Pächtern, die mit unmenschlicher Grausamkeit von den Landlords betrieben werden. So wurde auf einem einzigen Gute 500 Pächtern gleichzeitig gekündigt. Wir heben als karakteristisch für die „Humanität" des liberalen englischen Ministeriums hervor, daß die Landbill nur für die Pächter sorgt, während sie die furchtbare Not der Landarbeiter gänzlich unberücksichtigt läßt. Dem Herzog von Argyll, der einst zu den größten Schreiern über die türkischen Greueltaten in Bulgarien gehörte, geht die Landbill viel zu weit und er ist deshalb aus dem Ministerium ausgetreten. — In Clocher, Grafschaft Mayo Irland, fand am 2. April ein blutiger Zusammenstoß zwischen dem Volke und der Polizei statt, wobei letztere von der Feuerwaffe Gebrauch machte; es wurden drei Personen getödtet und 32 verwundet, worunter 4 gefährlich. Am 16. April fand in London eine Versammlung des neugegründeten slawischen Klubs statt, in welcher eine Simpatiekundgebung für die russischen Revoluzionäre beschlossen wurde. — Der Vizekönig von Irland hat angeordnet, daß in 17 namhaft gemachten Grafschaften, sowie in den Städten Limerick, Galway

und Cork alle zum Waffentragen nicht Berechtigten ihre Waffen vor dem 15. April abzuliefern haben. — Am 1. April fand in London eine Volksversammlung statt, in welcher ein Protest gegen das gewalttätige Vorgehen der englischen Regierung gegen die „Freiheit“ angenommen und ein Verteidigungskomitee für Most gewält wurde. Ein aus New-York eingetroffenes Telegramm, worin die dortigen Sozialrevoluzionäre ihre Simpatie ausdrückten und ihre materielle Unterstützung zusagten, wurde mit stürmischem Beifalle aufgenommen.

Die „Köln. Ztg.“ veröffentlicht zwei Proklamazionen, mit welcher die revoluzionäre Partei in Rußland hervorgetreten ist. Die erste der beiden Kundgebungen ist an „das gesammte Europa“ gerichtet und enthält die Darlegung der Entwicklung der sozialrevoluzionären Bewegung im Zarenreiche, in welcher die Katastrofe, welche den Kaiser Alexander II. traf, „nur eine einzelne Episode“ sei. Die zweite der Proklamazionen ist an die Adresse des neuen Zaren Alexander III. gerichtet und enthält die Forderungen. Ausgehend von dem Attentate auf Alexander II., wird betont, daß diese blutige Tragödie nach den Vorkommnissen der letzten zehn Jahre „unausbleiblich“ gewesen sei. Darin liege ein tiefer Sinn, den derjenige verstehen müsse, den das Schicksal an die Spitze einer Regierung stellt. Trotz der strengsten Verfolgungen sei die revoluzionäre Bewegung im letzten Jahrzehnte gewaltig gewachsen, die besten Elemente, tatkräftigsten und opferfreudigsten Männer Rußlands habe sie herangezogen. Man habe Schuldige wie Unschuldige gehängt, die Gefängnisse und die entferntesten Gouvernements mit Verschickten überfüllt, zehn sogenannte Führer gefangen und gehängt — „alle starben mit dem Mute und der Ruhe von Märtirern“. Die Bewegung habe aber nicht nur nicht abgenommen, sondern sei im Gegenteile unaufhaltsam gewachsen und erstarkt, da nur die allgemeine Unzufriedenheit und der Wunsch Rußlands nach neuen Zuständen es waren, welche die Revoluzion hervorgerufen haben und die Unzufriedenheit eines ganzen Volkes sich nicht durch Repressalien dämpfen lasse. Wenn die Regierung ihre Politik nicht ändere, so müsse die Bewegung wachsen und sich ausbreiten, und es müssen die Taten von terroristischem Karakter sich noch schärfer wiederholen, die revoluzionäre Organisazion werde an Stelle der aufgehobenen Gruppen immer entschiedener ausgebildet werden. „Die schauerliche Explosion“, heißt es in der Proklamazion, „das blutige Handgemenge, die krampfhaften revoluzionären Zuckungen ganz Rußlands müssen den Prozeß des Zusammenstürzens der bestehenden Ordnung der Dinge herbeiführen. Wodurch ist diese schaurige Aussicht in die Zukunft hervorgerufen? Ja, Majestät, sie ist schaurig und traurig. Nehmen Sie das nicht als Fraze auf. Besser als andere verstehen und fülen wir es, wie traurig der schmähliche Untergang so vieler Talente, so vieler Energie im blutigen Handgemenge ist, zu einer Zeit, wo diese Kräfte unter anderen Bedingungen der edelsten Arbeit geweiht sein könnten, der Entwicklung des Volkes, seines Wolstandes, seines bürgerlichen Gemeindelebens. Woher stammt die Notwendigkeit des blutigen Kampfes? Daher, Majestät, daß wir jetzt keine Regierung in des Wortes bester Bedeutung haben! Eigentlich sollte die Regierung die Vollstreckerin des Volkswillens sein. Bei uns dagegen ist — Verzeihung für den Ausdruck — die Regierung zur Mißgeburt einer Kamarilla geworden und verdient viel eher als das Exekutivkomitee den Namen einer „Bande von Usurpatoren“. Wie auch immer die Absichten des Herrschers seien, die Tätigkeit der Regierung trägt dem Wole und den Wünschen des Volkes keine Rechnung. . . Die Regierung hat es so weit gebracht, daß heute die Masse des Volkes dem Elende verfallen ist, der Bettelarmut, daß die Bürger sogar am häuslichen Herde nicht mehr ohne Aufsicht sind, daß sie sogar in ihren eigenen Angelegenheiten keinen freien Willen haben dürfen. Nur den Räuber schützt das Gesetz, nur den Ausbeuter des Volkes, die Regierung; der schlimmste Raub bleibt unbestraft und welches fürchterliche Schicksal erwartet den Menschen, der wirklich an das Wol des Volkes denkt? Verfolgung, Verschickung, Ermordung!“

Das Exekutivkomitee erklärt zum Schlusse: „Wir stellen keine Bedingungen; die Bedingungen, welche notwendig sind, um die revoluzionäre Bewegung durch friedliche Arbeit zu ersetzen, schuf die Geschichte, nicht wir. Wir stellen diese Bedingungen nicht, wir erinnern nur an dieselben. Ihrer sind unserer Meinung nach zwei: 1. allgemeine Amnestie allen Staatsverbrechern der früheren Zeit, denn es waren ja keine Verbrecher, sondern Vollbringer einer harten Bürgerpflicht; 2. Berufung von Vertretern des ganzen russischen Volkes zur Revision der Gesetze des Staates wie des bürgerlichen Lebens und zu deren Reform nach dem Wunsche des Volkes. Wir halten es jedoch für nötig, daran zu erinnern, daß die Sankzionirung der höchsten Gewalt durch den Volkswillen nur dann erreicht wird, wenn die Walen vollkommen frei vorgenommen werden. Sie müssen also auf folgende Weise vollzogen werden: 1. Vertreter aller Klassen und Stände ohne Ausnahme, werden nach Maßgabe der Einwohnerzal gewält; 2. es dürfen keinerlei Beschränkungen weder für die Vertreter noch für die Wäler bestehen; 3. Walagitazion, wie Walen selbst, müssen frei vollzogen werden, und daher muß die Regierung Folgendes gestatten: a) volle Preßfreiheit, b) volle Freiheit der Rede, c) volle Versammlungsfreiheit, d) volle Freiheit der Walprogramme. Das ist das einzige Mittel, Rußland auf den Weg friedlicher Entwicklung zurückzuführen. Wir erklären feierlich vor dem Angesichte des Vaterlandes und der ganzen Welt, daß unsere Partei sich in jedem Punkte den Entscheidungen der Volksversammlung fügen wird, wenn dieselbe unter Beobachtung obiger Regeln berufen wird, und ferner, daß wir uns hinfortinie irgend eine Gewalttat gegen die Maßregeln derjenigen Regierung zu Schulden kommen lassen werden, welche diese Volksversammlung einberufen hat. Somit, Majestät, entscheiden Sie, Sie haben zwei Wege vor sich, von Ihnen hängt die Wal ab.“ Die Proklamazion ist vom 22. März 1881 datirt. Eine dritte Proklamazion von gleichem Datum ist an die Bauern gerichtet.

Am 15. April wurde die Hinrichtung der verurteilten Teilnehmer an dem Morde Alexander's II. vollzogen. Da die Hinrichtung erst um 9 Uhr morgens stattfand, hatte sich bis zu dieser Stunde eine ungeheuere Menschenmenge auf jenen Straßen angesammelt, welche die Verurteilten passiren mußten, um zum Richtplatze — auf dem Semenoff-Felde — zu gelangen. Die Attentäter wurden unter einem massenhaften Aufgebote von Soldaten dahin eskortirt. Zum Transporte derselben bediente man sich hoch gebauter Schandkarren. Im ersten dieser Karren saßen, mit dem Rücken nach vorwärts gerichtet, Ryssakoff und Kibaltschitsch; im zweiten Wagen zwischen Jeljaboff und Michailoff die Perowska. Auf der Fahrt zu dem Richtplatze machten die Verurteilten widerholt Versuche, das Publikum zu haranguiren und Zurufe an die Menge zu richten. Da die diesbezüglichen Ermahnungen an die Verurteilten nichts fruchteten und namentlich Jeljaboff immer von Neuem von seinem Sitze emporsprang und lebhaft gestikulirend ins Publikum hinuntersprach, so erhielt die mitmarschirende Eskorte den Befel, die Trommeln zu rühren. Auf dem Semenoff-Felde war ein großes Gerüst errichtet, zu welchem man auf einer Estrade von mehreren Stufen emporgelangte. An einem Querbalken in der Höhe von drei Klaftern waren die fünf Galgen in Distanzen von je fünf Schritten angebracht. Der Henker und seine vier Gehilfen waren bereits seit 8 Uhr Morgens mit den Vorbereitungen zur Exekuzion daselbst beschäftigt, und einige Sträflinge in langen, grauen Kitteln transportirten die Werkzeuge des Henkers von einem großen Leiterwagen zur Richtstätte. Am frühen Morgen erst hatte man das ganze Gerüste mit schwarzer Farbe übertüncht. Als die Verurteilten auf dem Richtplatze erschienen, hatte daselbst bereits ein Truppenkarré Aufstellung genommen. Auch der Prokurator Murawieff und einige Mitglieder des Gerichtshofes, die einen anderen Weg eingeschlagen hatten, waren erschienen, sämmtlich in schwarzer Kleidung. Als die Schandkarren Halt machten, sprengte auf Befel des Kommandirenden der Eskorte ein Theil der mitreitenden Soldaten zu jedem der Wagen und bildete einen kleinen Kreis um denselben. Alle Verurteilten trugen schwarze, weite, beinahe sackartige Gewänder, die Männer schwarze Kappen auf dem Kopfe, die Perowska eine Kapuze, welche nur ihr etwas blasses Antlitz und die leicht entzündeten Augen sehen ließ. Auf der Brust der Verurteilten war eine weiße Tafel befestigt, auf welcher in schwarzen Buchstaben das Wort „Zarebüzza“ † (Kaisermörder) geschrieben stand. Beim Galgen angelangt, begann sofort die Verlesung des Urteils durch Murawieff. Leichter Trommelwirbel ertönte und wurde erst in dem Augenblicke laut vernehmbar, als die Verlesung des Urteiles beendet war. Nun traten die Gehilfen des Scharfrichters zu den Verurteilten, während der Scharfrichter selbst an den Galgen die allerletzten Vorbereitungen traf. Hierauf nahmen die Henker den Verurteilten die Tafeln ab und warfen ihnen graue Leinenkittel, welche bis an die Knie hinabreichten und unten an einer Schnur zusammengebunden wurden, über den Körper. Der Erste, an welchem die Exekuzion vollzogen wurde, war Kibaltschitsch, dann folgten in Pausen von wenigen Minuten Michailoff, bei dem der Strick zweimal riß und die Perowska, schließlich kamen die zwei am stärksten Gravirten: Jeljaboff und Ryssakoff. Nach 20 Minuten, während welchen fortwährend heftiger Trommelwirbel ertönte und die das Militärkarré bildenden Soldaten mit aufgepflanzten Gewehren, den Rücken dem Exekuzionsplatze zugekehrt und somit mit dem Antlitz gegen das übrigens wenig zalreiche Publikum gekehrt, dagestanden, hatte der Akt der Justifizirung ein Ende. Der Henker war während der ganzen Exekuzion betrunken, seine Ungeschicklichkeit und seine Felgriffe bei der Hinrichtung rief eine furchtbare Entrüstung im Volke hervor, weshalb auch zalreiche Verhaftungen noch an demselben Tage stattfanden.

Der Oheim des Zaren, Großfürst Nikolaus Nikolajewic, wurde verbannt, sein Sohn, Großfürst Nikolaus Constantinowic, internirt. Es heißt, daß beide gegen den Zaren konspirirten und seine Absetzung planten. — Der Student Bogoljeboff, wegen dessen Mißhandlung bekanntlich Wjera Sassulitsch auf General Trepoff schoß, ist im Gefängniß von Kasan irrsinnig geworden. — Der Zar hat sich auf das Land begeben. Der Winter- und Anitschkoffpalast wurden zum Schutze gegen Minen mit unterirdischen eisernen Netzen umgeben. — In Kiew wurde am 11. April eine geheime Druckerei entdeckt, wobei drei Personen verhaftet wurden. — In der Erbsenstraße in Petersburg, welche die direkte Verkehrsstraße vom Winterpalaste zur Zarskoje-Selobahn bildet, wurde am 17. April eine Mine entdeckt. — In Paris wurden in den Wohnungen der ausgewiesenen Russen Papiere aufgefunden, die von der Polizei an die russische Botschaft ausgeliefert wurden; in Folge dessen sollen in Petersburg zalreiche Verhaftungen stattgefunden haben.

Aus Parteikreisen.

Unser Genosse Leo Walecka wurde am 15. d., dem Karfreitag der kristlichen Menschheit, in die Strafanstalt Stein überführt, wo er seine Strafe absitzen soll. Bekanntlich dient diese Strafanstalt gemeinen Verbrechern der gefährlichsten Gattung zum Aufenthalt und wäre die Strafanstalt Suben dazu bestimmt, politische und solche Verbrecher aufzunehmen, welche zum ersten Male verurteilt wurden und deren Verbrechen nicht in gemeinen Motiven wurzelt. Demgemäß ist auch die Behandlung der Häftlinge in beiden Strafanstalten eine verschiedene. Die Zuweisung Walecka's an die Strafanstalt Stein soll auf ausdrücklichen Befel der Oberstaatsanwaltschaft erfolgt sein. Walecka befindet sich übrigens, wie man uns versichert, in Einzelhaft, kommt mit den gemeinen Sträflingen nicht in Berührung, darf sich selbst verköstigen und mit geistiger Arbeit nach seiner Wal beschäftigen.

Samstag den 23. April, um ½6 Uhr früh, wurde bei Genossen Franz Damasi in Wien gehaussucht. Gefahndet wurde nach dem „Sozialdemokrat“; das Resultat war wie gewöhnlich gleich Null.

Am 23. April fand im hiesigen Arbeiter-Bildungsverein wie gewöhnlich französischer Sprachunterricht statt, während welchem ein fremder Kopf durch das Fenster herein blickte. Als er sich bemerkt sah, entfernte er sich und kurz darauf erschien ein Polizeikommissär in Begleitung eines Detektivs und fragte nach dem Vereinsobmann. Derselbe war aber nicht anwesend und ein Ausschußmitglied fragte den Kommissär nach seinen Wünschen. Dieser sagte, daß der Behörde die vertrauliche Mitteilung zugekommen sei, daß im Verein nicht angemeldete Vorträge stattfänden. Man führte den Kommissär in den Lehrsaal, wo er sich überzeugen konnte, daß nur Unterricht stattfindet, worauf er sich sammt seiner Begleitung entfernte. — — —

Montag den 25. d. fand beim Zobel in Fünfhaus eine Arbeiterversammlung statt, welche von Gehrke einberufen worden war und in welcher über die in der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer abgehaltenen Expertise über den Entwurf einer neuen Gewerbeordnung berichtet werden sollte. Es waren ungefähr 3000 Personen erschienen — in den Tagesblättern wird die Zal der Besucher mit 800 angegeben — und es herrschte in Erwartung der Dinge, die da kommen sollten, eine sehr animirte Stimmung. Der Einberufer Gehrke forderte zur Wal eines Vorsitzenden auf, worauf der tausendstimmige Ruf „Berndt“ ertönte. Herr Gehrke schien aber an diesem Tage nicht gut zu hören, denn er behauptete, er höre seinen Namen rufen. Dies hatte natürlich zur Folge, daß der Ruf nach Berndt mit verdoppelter Kraft wiederholt wurde. Auf das hin erklärte der anwesende Polizeikommissär die Versammlung für aufgelöst. Diese Auflösung mochte wol Herrn Gehrke nicht unangenehm sein, da ihm sofort klar sein mußte, welcher Ansicht über ihn und seine Gesinnungsgenossen die Majorität zuneigte, wir aber fragen: wo ist hier der gesetzliche Grund zu einer Auflösung? Ist dies nicht die reine Willkühr? Wie soll man einem schwerhörigen Einberufer anders begreiflich machen, wen man zum Vorsitzenden wünscht, wenn man ihm den Namen des Kandidaten nicht zurufen darf? — Gehört diese Amtshandlung des Herrn Regierungsvertreters auch zu jenen Beweisen von Eifer und Pflichttreue der Polizei, wofür man ihr — wie Graf Lamezan meint — noch dankbar sein müsse? —

Ostersonntag den 17. April fand in Floridsdorf eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1. Die internazionale Arbeitsgesetzgebung und die neue Gewerbeordnung; 2. Die industriellen Arbeiter gegenüber den ländlichen und 3. Die Presse statt. Diese Versammlung war massenhaft besucht und nahm einen würdigen Verlauf. — Wir wollen von der Veröffentlichung eines Berichtes absehen, da diese Tagesordnung schon zu wiederholten Malen in Artikeln 2c. genügend erörtert wurde.

Donnerstag den 21. d. M. fand vor dem Kreisgerichte in Olmütz die Schlußverhandlung gegen unsere Proßnitzer Genossen wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Verbreitung verbotener Druckschriften statt. Angeklagt waren: Ernest Hianek, Weber, Karl Wopolka sen., Bäcker, Ferdinand Götz, Weber, Josef Brandstätter, Schuhmacher, Franz Malecek, Weber, Moriz Malecek, Weber, Johann Malecek, Weber, Josef Malecek, Weber, Karl Wopolka jun., Schuhmacher, Emanuel Urban, Schuhmacher, Mathias Morbitzer, Weber, Johann Krajicek, Schneider. Sämmtliche Angeklagte waren bisher unbescholten. Ueber Antrag des fungirenden Staatsanwaltes Dr. Fischer wurde die Verhandlung geheim durchgeführt. Resultat der Verhandlung ist die Verurteilung sämmtlicher Angeklagten. Verurteilt wurden: Wopolka sen. zu zwei Monaten, Hianek zu sechs Wochen, Johann Malecek, Josef Malecek, Urban und Wopolka jun. zu vier Wochen, Brandstätter, Moriz und Franz Malecek zu drei Wochen, Götz zu zwei Wochen Arrest. Der Verteidiger Dr. Silony aus Brünn meldete die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Anfangs Mai erscheint im Verlage von Emil Kaler, Graz, Schießstattgasse 2, 2. Stock, das erste Heft einer Sammlung von sozialpolitischen, ökonomischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen, die den Zweck haben, politische und wissenschaftliche Aufklärungen über alle Zeit- und Tagesfragen, insoweit sie das Interesse der arbeitenden Klassen in hervorragender Weise berühren, zu verbreiten. Wir rechnen auf massenhafte Abnahme seitens der Parteigenossen und auf eifrige Propaganda für das Unternehmen in den Kreisen der Indifferenten. Jedes einzelne Heft kostet 7 kr. Bei Vorausbezalung kosten drei auf einander folgende Hefte 20, sechs Hefte 40, 12 Hefte 80 kr. Im Laufe eines Jahres erscheinen zwölf Hefte. Der Inhalt des ersten Heftes ist eine Abhandlung mit der Ueberschrift: „Was ist ein Arbeiter?“

Genosse Dionys Zinner wurde heute den 28., um ½6 Uhr früh, verhaftet. Die Gründe der Verhaftung sind uns bis jetzt unbekannt.

Geiselberg bei Wien. Schon seit längerer Zeit lese ich unser Parteiorgan, jedoch von Berichten über die hiesigen Verhältnisse habe ich noch nichts gefunden, als ob hier das Paradies wäre, wo die Menschen ohne Sorge leben können. Aber der würde im großen Irrtum sein, der so dächte! Darum habe ich mir die Aufgabe gestellt, die hiesigen Verhältnisse ein wenig zu schildern.

Hier am Geiselberg wohnen viele Arbeiter verschiedener Profession und fast jeder hat mit bitterer Not zu kämpfen, die unser Kompagnon ist. Trotzdem, daß Jedermann dieselbe auf's Heftigste empfindet, so sind hier doch nur Wenige, die einsehen oder vielmehr darüber nachdenken, auf welche Weise der Not abzuhelfen ist; es hat den Anschein, als ob Viele glauben, es muß so sein, es sei „Fügung Gottes".

Anstatt sich darüber aufzuklären durch Lesen wissenschaftlicher Bücher und sozialistischer Zeitungen, wie ihre Lage zu verbessern ist, verbringen sie ihre freie Zeit oft ganze Nächte hindurch mit Kartenspiel. Nicht selten kommt es vor, daß durch diese böse Leidenschaft eine Rauferei entsteht; und obwol die Arbeiter hierorts meistens nur 5 bis 6 fl. pro Woche verdienen, so wird doch um so hohe Geldbeträge gespielt, daß man vermeint, es müßten die Arbeiter mit mindestens 15 fl. wöchentlich entlohnt werden. Daß manche Familie eines solchen Spielers darunter bitter zu leiden hat, brauche ich nicht erst zu erwähnen. Einige Arbeiter betrachten das Kartenspiel sogar als eine Lebensfrage.

Arbeiter, ich frage Euch nun, ist das zu Eurem und zu Eurer Familie Wol, wenn Ihr Eure blutig verdienten Kreuzer auf diese Weise vergeudet oder glaubt Ihr mit solchem Vorgehen Euch und Eurer Familie eine Zukunft zu sichern oder findet Ihr in dem Kartenspiele eine Bildung? Damit schaut es traurig aus; der beste Beweis sind die Reden, die Ihr dabei führt, wovor sich jeder Mensch schämen muß. Arbeiter, auf solche Weise werdet Ihr nie Eure Lage verbessern und darum ermahne ich Euch, laßt ab von dieser bösen Leidenschaft und leset lieber gute und nützliche Bücher und unsere Parteiorgane und die werden Euch belehren, auf welche Art Ihr ein menschenwürdiges Dalein erringen könnt.

Ein Genosse vom Geiselberg.

Perchtoldsdorf *). Es ist bekannt, daß die Aufklärung unter der Bevölkerung gerade in der nächsten Umgebung von Wien am niedrigsten steht und die soziale Lage derselben folglich die schlimmste ist. Keine Provinz gleicht derselben im Verhältnis. Die arbeitende Bevölkerung ist zusammengetragen aus allen Nazionen, besonders aber sind die Slawen in großer Anzal vertreten.

In Perchtoldsdorf ist ein Steinbruch, wo Straßenschotter für die ärarischen Straßen verfertigt wird. Um die Lieferung auszuführen, sind mehrere Kontrahenten, wolbestellte Grundbesitzer von der Umgebung, zusammengetreten, welche ihren Arbeitern einen wahren Hungerlohn zalen. Wenn sich dieselben im Sommer bei einer Arbeitszeit von 3 Uhr morgens bis 9 Uhr abends fünf Gulden in der Woche verdienen, sind sie froh, von einer Sonntagsruhe ist keine Idee. Der Arbeiter bekommt für eine zweispännige Fuhr 1 fl. 40 kr.; da muß er sich die Steine aus dem Felsen brechen, dann zu einem bestimmten Kaliber verkleinern. Zu dieser Verrichtung, welche bei jedem Wetter geschehen muß, wenn der Arbeiter nicht verhungern will, gehört eine Ausdauer, die nur der Zwang, die eiserne Not zu erzeugen im Stande ist. Aber wie lange dauert's und der Arbeiter ist abgerackert und er kann von Glück sagen, wenn ihn der Tod von seinem Leiden erlöst. Die Kontrahenten werden reicher, vermehren ihre Wägen und Pferde, um in der Zukunft noch mehr zu verdienen. So ist es im Sommer, aber der Winter ist eine wahre Folter. Der gefrorene Felsen ist härter, es werden die Werkzeuge bedeutend mehr abgenützt, welche sich die Arbeiter von ihrem kargen Verdienst selbst anschaffen und in Stand halten müssen, die Tage sind kürzer, das rauhe Wetter verhindert die Leute manchen Tag zu arbeiten. Es treten Krankheiten ein, der Hunger pocht an die Tür, vorausgesetzt, daß Einer so glücklich ist und eine Hütte zu bewohnen hat, aber gar Viele haben keine Wohnung, sie schlafen im Steinbruch, graben sich dort eine Höle aus, tragen dürres Gras hinein und machen sich daraus ihre Schlafstelle.

Manches Mal werden sie des Nachts durch einen Gußregen ausgetränkt, auch kommt öfters die Schandarmerie zu ihnen einen Besuch abstatten, von derselben aber, da sie sich als ehrliche Arbeiter ausweisen können, dort geduldet.

Als vorigen Winter die Kälte zu groß wurde, suchten sich zwei solche Arbeiter, bei dem nächsten Oekonomiebesitzer im Kuhstall ein Unterkommen.

Derselbe ließ es zu, daß sie ihre nassen Lumpen über Nacht im Stalle trockneten und ihre erstarrten Glieder an der tierischen Wärme der Kühe und Pferde erwärmen können. Von einem Schuh oder Stiefel ist bei diesen Leuten keine Rede, die Füße haben sie mit Lappen eingebunden, die nassen Lappen binden sie sich über Nacht auf den nackten Bauch und Rücken, damit sie in der Frühe etwas trockener sind. Daß sich bei solchen Zuständen Krankheiten und Ungeziefer einstellt, ist leicht zu begreifen. Wird Einer krank, so wird er in's Spital geschleppt. Die Transportkosten muß der Unglückliche selbst bestreiten oder ein gutherziger Nachbar schafft ihn in's Krankenhaus, um einer Seuche in der Umgebung etwas vorzubeugen. — — — — — — — —

Das gute Bett, die warme Stube, die regelmäßige Kost sind dann die Wundermittel, welche es bewirken, daß eine solche Jammergestalt nicht durch den Tod von seinen Leiden erlöst wird. Er stirbt auch nicht gerne!

Es hat, so sagt man, zu jeder Zeit und an jedem Orte arme Menschen gegeben. Aber muß es immer so bleiben, wie es heute ist? Soll die Erde nicht Jeden nähren können nach Menschenart? Mit den Leuten, von denen ich eben erzält, ist nichts zu machen. Sie sind geistig so tief gesunken und so unfähig, über ihre Lage nachzudenken, daß ihnen schwerlich geholfen werden kann. Aber es gibt auch solche, die durch die gegenwärtige Geschäfts- oder Arbeitsnot gezwungen sind, Beschäftigung unter den geschilderten Verhältnissen anzunehmen, die früher bessere Tage genossen haben, für solche ist es wichtig, sich mit ihren Leidensgenossen zu vereinigen, um eine bessere Zeit herbeiführen zu helfen.

Hier für den Sozialismus zu agitiren ist fast unmöglich; leichter geht es bei den Holzknechten und Bergknappen in Steiermark und Böhmen. Dort findet man Gehör, wenn die Leute auch sonst nichts tun können zu ihrer Befreiung.

Mit diesen Zeilen wollte ich nur zeigen, welch' große Ungerechtigkeiten ruhig fortbestehen können, wenn nicht die Arbeiter selbst ihr Befreiungswerk in die Hand nehmen. Von denen, die den Nutzen aus den gegenwärtigen Verhältnissen ziehen, dürfen sie keine Umgestaltung derselben erwarten? Ferd. Müller.

*) Mit Rücksicht auf die österreichische Preßfreiheit müssen wir es uns versagen, die sehr logischen Ausführungen des Herrn Einsenders vollinhaltlich abzudrucken. Wir beschränken uns auf Mitteilung des Tatsächlichen und überlassen es unsern Lesern, sich die daraus ergebenden Schlüsse zu ziehen. Die Red.

Zur Beachtung.

Bei Vorladungen zur Polizei und Vernehmungen daselbst ist vorerst zu fragen, welcher strafbaren Handlung man beschuldigt werde. Wird die Auskunft hierüber verweigert, so ist man berechtigt, jede Antwort zu verweigern, und zu begehren, daß man sofort vor den Richter gestellt werde.

Der Beschuldigte kann nach dem Gesetze überhaupt zu einer Aeußerung nicht verhalten werden. Jedes zu diesem Behufe angewendete Pressionsmittel ist ungesetzlich. —

* * *

Im Falle einer Hausdurchsuchung kann nach dem Gesetze begehrt werden:

1. Daß die schriftliche Ermächtigung hiezu vorgewiesen werde;
2. daß der Durchsuchung der Inhaber der zu durchsuchenden Räumlichkeit, ein Hausgenosse oder Nachbar beigezogen werde;
3. daß zwei Gerichtszeugen beigezogen werden;
4. daß binnen 24 Stunden die Bescheinigung über die Vornahme der Hausdurchsuchung und deren Gründe zugestellt werde;
5. daß, falls nichts Verdächtiges ermittelt worden ist, eine Bestätigung hierüber erteilt werde.

* * *

Während der Voruntersuchung kann sich der Beschuldigte eines Rechtsbeistandes regelmäßig nicht bedienen. Doch ist ihm gestattet insbesondere zur Ausführung bestimmter von ihm angemeldeter Rechtsmittel (§. 45 St.-P.-O.). Hiezu gehören auch alle Beschwerden gegen Verfügungen des Untersuchungsrichters (§. 113 Straf-Prozeßordnung).

Es kann daher mit der Anmeldung der Beschwerde das Begehren angebracht werden, sich zu deren Ausführung eines Rechtsfreundes seiner Wal zu bedienen.

Sollte dieses Begehren verweigert werden, so verlange man, daß dieser Umstand im Protokoll ersichtlich gemacht werde.

Eingesendet.

Floridsdorf, 10. April.

Löbliche Redakzion!

Unterzeichneter ersucht um gefällige Aufnahme dieses Schreibens in unser Parteiorgan.

Als ich vor nicht langer Zeit genötigt ward, in diesem Blatte eine öffentliche Anfrage an die Expedizion des in Pest erscheinenden Arbeiterblattes „Osten" wegen Nichtzusendung der abonnirten Blätter richtete, erhielt ich folgenden Bescheid: „Ihre Blätter werden regelmäßig abgesandt und der Feler liegt nur an der Post." Also hatte ich den Beweis, daß diese Blätter nur von der Post gestolen wurden, welches Vergehen sich von Seite der Post auf keine Weise rechtfertigen läßt und ich sehe mich veranlaßt, einen diesbezüglichen Fall (Verletzung des Briefgeheimnisses) der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Es werden alle Briefe an mich an die Fabrik, wo ich beschäftigt bin, adressirt und von dem Kanzleidiener selber Fabrik die Sendungen für die Direkzion, sowie für die Arbeiter von der Post täglich viermal abgeholt. Am 27. März erfuhr ich von dem Kanzleidiener, als er die Briefe um 8 Uhr früh von der Post brachte, daß ein Brief für mich angekommen sei, aber der Postbeamte habe den Brief auf beiden Eckseiten des Kuverts etwas geöffnet und hineingeschaut und habe denselben dann nicht ausgefolgt und als der Kanzleidiener um 10 Uhr das zweite Mal die angekommenen Briefe abholte, hatte er erst meinen Brief miterhalten; am 2. d. erwartete ich wieder einen Brief aus P-st und da ich keinen erhielt, so ersuchte ich den Kanzleidiener, er möge, wenn er wieder zur Post geht, anfragen, ob nicht ein Brief für mich angekommen sei. Als er zurückkam, berichtete er mir mit Nein und am 4. April erhielt ich erst von der Post den Brief mit dem Poststempel Floridsdorf 2/4; man behielt daher den Brief trotz Anfragens 2 Tage zurück. Auch heute hoffte ich einen Brief von einem Freund aus Pest zu erhalten; indem ich aber nichts erhielt, so begab ich mich selbst auf's betreffende Postamt und reklamirte den Brief und zu meinen Erstaunen sagte mir der diensthabende Beamte, es sei ein Brief an mich angekommen, aber ich müsse warten, bis der Vorstand kommt, denn er hat den Brief in Verwahrung und so mußte ich eine Stunde warten, bis endlich der Vorstand erschien und nach vielen Hin- und Herreden mit den Beamten, was ich nicht verstehen konnte, wurde mir der Brief endlich ausgefolgt, aber in einem solchen Zustande, daß man den Inhalt genau prüfen konnte. Nun, da mir weder ein Gesetz, noch eine Verordnung bekannt ist, welche ein solches Vorgehen der Postanstalt rechtfertigt, so liegt nach meiner Ansicht hier eine Verletzung des Briefgeheimnisses vor und stelle deshalb an die Postdirekzion das Ersuchen, sie möge derartige Uebelstände beseitigen. Ein Urteil wie das Briefgeheimnis in unserem konstituzionellen Staate gehandhabt wird, möge sich jeder selbst bilden.

Wilhelm Till.

Ausweise.

Nr. 92.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Bernard 10, Chaluba 30, Sawodni 20, Doschofsky 15, Binder 10, Polanka 10, R. 21, Braun 30, Genossen bei Wochem 70, Genossen bei Patek 1.35, Stern 10, in Ernst und Scherz ein treues Herz, Meerschaum- und Massa-Bildhauer Wiens 2·71, von Schönberg, Beschieben 1.06, durch Jur beim Kapsl 66, mehrere Genossen, Schönberg 1.50, Spittelberger 1.—, Gams 25, Bruggraber 10, Färberei Mutz 1.10, Karl Pietsch 88, Bestteckarbeiter, Fabrik Ecker 1.30, ein Hoch der Einigkeit, von Bestteckarbeitern 4·—, Silberstein 20, Genossen bei Dübel 2.—, Sautlug, Gasthaus beim Dunkel 1.50, Fulschik 50, die Roten am Neubau 83, durch Hellmeier, Tischgesellschaft 1.78, Latzinger's Werkstätte 1.01, Genossen Wöslau und Baden 15.—, Stainko 40, Harich 15, Bernt 10, Genossen Schönberg 2.—, Genossen Hüttenberg und Lölling 1.68, Eberhardt, Radstadt 20, Genossen Mähr.-Trübau 1.—, die Roten am Marmortisch 4.—, die Roten in der Fünfhausergasse 30, Damenschneiderwerkstätte Pezka 1.25, Druck erzeugt Gegendruck 50, Rockstroh 13, mehrere Kleidermacher, Klagenfurt 1.52, Peter Merlin, Arnoldstein 20, Ledinsky 20, für Gerechtigkeit und Freiheit 10, J. A. 4, Elischka 20, Böhm 10, Schlafzimmer 10, N. N. 15, Ehinger 5, Werkstätte Swoboda 10, Werkstätte bei Latzinger 80, Eisler 20, Schneider Wiens 15.—, Veit, Hohenelbe 10, Eberhardt, Radstadt 30, M. Kremmeier 20, Rößler, Wernstadt 20, Seifert, Reitendorf 2.54, Genossen Floridsdorf 2.43, Genossen Floridsdorf 2.84, Töricht 10, Hofmann 20, „ein untreuer Spitzel", Floridsdorf 76, Tischgesellschaft beim Tröstl, Floridsdorf 1.15, durch Milck 60, Peter Schimek in Traun 50, Genossen in Teplitz unter dem Motto: Für Recht und Wahrheit einzustehen, ist unsere heilige Pflicht 3.40.

Summe 86 fl. 21 kr.

In Graz sind für die Familien der Inhaftirten eingelaufen: Genossen Brünn 5 fl., Genossen Wiglstadtl 1.50, Tischlerwerkstätte Schmidt 59 und 1.18, Kleiner 10, Kalo 9, Siebenreich 8, Sabuschek 4, Semlitsch 5, John 5, Tischlerwerkstätte Blaschek 55, Tischlerwerkstätte Schmidt 1.50, Ausschuß der Filiale der allgemeinen Krankenkasse Kapfenberg 2.15, Genossen Wiglstadtl 1.—, Sch.: die Roten aus der Fabrik 1. Post 1.55, 2. Post 83, Lenz 20, 20, Genossen Bruck 4.50, Sch.: die Roten in der Fabrik 1. Post 70, 2. Post 53.

Summe 22 fl. 59 kr.

Nr. 93.

S. Löw's Färberei 1.—, Antwort auf den Brief vom roten Hufeisen 2.—, sikalisches Gesetz: Druck erzeugt Gegendruck 50, Bernard 10, Färber, Tischgesellschaft 90, A. Greiner 50, T—b 1.—, Angermeier 20, die Roten von Neustadt 30, Genossen Floridsdorf 1.86, Greiner A. 6, Tanzer, Wr.-Neustadt 10, Barenther, Asch 20, Seemann 20, rote Hübscher 20, die Roten am Neubau 1.75, Oelhauser 10, Salzburch durch Z. 2.22, Schweichhart 20, Gesellschaft für Menschenrechte 2.—, Kleidermacher, Werkstätte Fischer 1.40, für Freiheit und Recht durch Tausch 5.—, L. Sch. 1.—, Schlecht 10, Hantpel 40, Maurin 20, Tischgesellschaft in Tröstl's Gasthaus, Floridsdorf 1.50, Tischgesellschaft, Floridsdorf 1.80.

Summe 26 fl. 89 kr.

Im Ausweise Nr. 91 soll es statt „E. P." — „E. F." heißen.

Briefkasten.

Redakzion: Der Artikel „Die Bewegungen des Mittelstandes und die Sozialdemokratie" von J. Kaks, sowie die Berichte von Voitsberg, Verein der Kupferschmiede, Mähr.-Trübau, der Manufakturarbeiter in Wien und Steyr mußten wegen Raummangel für nächste Nummer zurückgelegt werden. — Berichtigung: In dem in letzter Nummer enthaltenen Berichte der freien Tischlerversammlung soll es in der Eingabe an die Handels- und Gewerbekammer [Gründe: Abs. 2, vorletzte Zeile] statt: „konsunzionsfähig" — „konsunzionsunfähig" heißen.

Ankündigungen.

Arbeiter-Sängerbund in Wien.

Sonntag den 15. Mai 1881, in Obermayer's Saallokalitäten, 6. Bez., Stumpergasse 19, **geselliger Abend**, verbunden mit Tanzkränzchen und Juxbazar. — Frühergelöste Karten 20 kr., an der Kasse 30.

Freiwaldau. Der hiesige Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungsverein hält Sonntag den 1. Mai 1881 im Gasthause „zum Ditterhof" sein

erstes Gründungsfest

ab, wozu alle Genossen von nah und fern eingeladen sind. —

Salzburg. Sonntag den 1. Mai findet das erste Gründungsfest des allgemeinen Arbeitervereins von Salzburg und Umgebung statt.

Ein herzliches Lebewol

allen Freunden und Genossen bei unserer Abreise nach der Schweiz, von denen wir uns nicht persönlich verabschieden konnten.

Wien, am 19. April 1881.

Ferd. Pollak. Ferd. Kubak.

Ernst Schweichhart, Mechaniker für Nähmaschinen, 5. Bez., obere Bräuhausgasse 4, [Haltstelle der Tramway], empfiehlt sich den Genossen zu allen Reparaturen und zum Ankauf von Nähmaschinen. — Ich werde bestrebt sein, den guten Ruf, den ich mir durch meine zwölfjährige Tätigkeit in den ersten und größten Nähmaschinengeschäften Wiens als tüchtiger Fachmann erworben, auch in dem eigenen Geschäfte bewahren und bin durch meine Erfahrungen in die Lage versetzt, alle Aufträge auf das Beste und Billigste ausführen zu können.

Herausgeber und Verleger: **Franz Mokz, Andreas Grosse, August Bolidek, Heinrich Hohe, Anton Cheistoph.**

Verantwortlicher Redakteur: **Franz Mokz.**

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 8 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 39. Wien, Donnerstag 12. Mai. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Zur Beachtung.

Von nun an befindet sich die Redakzion, Administrazion und Expedizion 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 78, wohin auch alle Briefe und Geldsendungen zu richten sind.

An die k. k. Postämter.

Es gehen uns in letzter Zeit wieder häufiger als sonst Klagen von Seite unserer Abonnenten darüber zu, daß ihnen unser Blatt sehr unregelmäßig zugestellt werde. Sie erhalten zuweilen eine Nummer um acht Tage später, als dieselbe — laut Aufgabsstempel — von uns abgeschickt wurde, und manchmal erhalten sie die fällige Nummer gar nicht. Daß hieran nicht mangelhafte Adressirung schuld ist, geht daraus hervor, daß denselben Personen andere Postsendungen — z. B. die Glücksofferte des Lotterie-„Professors" Orlice in Berlin und dgl. — prompteste ins Haus gestellt werden. Wir können daher nur annehmen, daß die oben erwähnten Uebelstände in dem bevormundenden Geiste ihren Grund haben, von welchem in Oesterreich die überwiegende Mehrheit der Beamtenschaft durchdrungen ist und welcher es bewirkt, daß einzelne übereifrige Postbedienstete sich erlauben, den Schutzengel der Staatsbürger zu spielen und die Letzteren vor „Irreleitung" und „Verführung" durch aufreizende Lektüre zu bewahren, indem sie Blätter, die der nach ihrer Ansicht viel zu liberale Wiener Staatsanwalt als ungefährlich passiren ließ, zum Wole des Adressaten und — des ganzen Staates konfisziren. Es findet diese Vermutung ihre Bestätigung durch die Mitteilung einiger Genossen, daß ihnen im Auslande an sie aufgegebene in französischer und englischer Sprache geschriebener sozialistischer Zeitungen, welche hier nicht verboten sind, nicht zugestellt wurden, obwol der Brief oder die Karte, in denen ihnen die gleichzeitige Aufgabe von Brief und Zeitung bekanntgegeben wurde, glücklich in ihre Hände gelangte.

Wir fordern deshalb alle jene Postanstalten, in denen bisher ein aufwärtsstrebender Beamter im allgemeinen Staatsinteresse in der von uns gerügten Weise tätig war, auf, ihre Pflicht zu tun und die ihnen anvertrauten Sendungen gewissenhaft an Jene abzuliefern, denen sie gehören. Wir sähen uns sonst genötigt zum Schutze unserer Rechte andere Maßregeln zu ergreifen.

Unsere abonnirenden Parteigenossen aber ersuchen wir, uns jeden Fall eines wirklichen oder vermeintlichen Uebergriffes von Seite irgend eines Postamtes schleunigst und mit genauer Angabe aller Nebenumstände zur Kenntnis zu bringen, damit wir im Stande seien uns unserer Haut zu wehren.

Oesterreichische Finanzpolitik.

Jetzt, da im Abgeordnetenhause das Budget beraten wird, ist es an der Zeit, unser Urteil über die Politik der gegenwärtigen Regierung zu äußern und zu begründen, damit, obwol wir uns im Parlamente nicht auszusprechen vermögen, außerhalb unserer Partei kein Zweifel über unsere Haltung bestehe. Wir können unser Urteil leider nur unter Beobachtung der strengsten Reserve abgeben, da das objektive Verfahren der freien Meinungsäußerung in der Presse unüberwindliche Hindernisse entgegenstellt.

Dies ist auch der Grund, warum wir unser Urteil an dieser Stelle nur auf die Steuer- und Finanzpolitik der Regierung beschränken, wenn auch die Gesammtheit der heutigen Regierungspolitik massenhaften Stoff zur Kritik vom Standpunkte unserer allgemein bekannten Grundsätze und der österreichischen Arbeiterinteressen aus böte.

Vor Allem finden wir es für notwendig, zu konstatiren, daß in scharfem Gegensatze zu den Versprechungen der Tronrede bei Eröffnung des Reichsrates die Regierung fast gar nichts getan hat, um das chronische Defizit im österreichischen Budget zu beseitigen. Die Ausgaben für das Heer haben sich unter der gegenwärtigen Regierung erhöht, also gerade jener Teil der Staatsausgaben, die völlig unproduktiv sind und auf den nachhaltigsten Widerstand im arbeitenden Volke stoßen. Niemand erwartete von einem sich als „konservativ" bezeichnenden Ministerium, das zu dem Zwecke in's Amt trat, gewisse Wünsche des Hofes gegen den Widerspruch der Deutschliberalen zur Geltung zu bringen, die Verwirklichung demokratischer Forderungen oder radikale Maßregeln zur Reduktion der Armee. Aber das war das Volk berechtigt zu erwarten, daß wenigstens innerhalb des bestehenden Wehrgesetzes alle möglichen Versuche gemacht würden, die so schwer drückenden und für das materielle und geistige Wol des arbeitenden Volkes wertlosen Heeresausgaben auf das Notwendigste zu beschränken. Niemand hat von einem derartigen Versuche auch nur das Geringste erfahren; im Gegenteile sind neue Forderungen des Kriegsministeriums bewilligt worden.

Der Finanzminister hat auch in der letzten Budgetdebatte offen zugestanden, daß von bedeutenden Ersparungen nicht die Rede sein könne, sondern daß man hauptsächlich auf eine Vermehrung der Einahmen bedacht sein müsse. Der Militäretat ist eben das Heiligtum, an das nicht gerührt werden darf, der Götze, dem Alles geopfert werden muß. Seine Ansprüche steigen beständig und müssen steigen, weil es in der Natur des heute in Europa herrschenden Militarismus liegt, dem permanenten Kriegsstande als Ideale entgegenzusteuern. Wird aber der Staat im Stande sein, den wachsenden Ansprüchen dieses modernen Molochs immer nachzukommen: wird nicht der Moment einmal eintreten müssen, indem dem Staate die Alternative gestellt werden wird, entweder Bankerott zu machen oder den wahnsinnigen Anforderungen des Militarismus zu entsagen? Will unsere Regierung so lange warten, bis dieser entscheidende Augenblick eingetreten ist, dann wird sie auf den Namen einer „konservativen" Regierung Verzicht leisten müssen, weil es dann nichts mehr zu erhalten geben wird.

Was also diesen ersten und wesentlichen Punkt unseres Budgets betrifft, hat die gegenwärtige Regierung nichts getan, um den laut ausgesprochenen und unzählige Male wiederholten Forderungen des arbeitenden Volkes gerecht zu werden.

Aber auch was die Vermehrung der Einnahmen betrifft, verfolgt sie gerade jenen Weg, den die österreichischen Arbeiter immer verworfen haben und den sie als verderblich für die materiellen Interessen aller produktiven Volksklassen betrachten, indem sie das Hauptgewicht auf die Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern legt.

Wenn auch Oesterreich in Bezug auf die Ausbildung der indirekten Steuern hinter Frankreich und England zurücksteht, die hierin reine Klassensteuerpolitik treiben, so bilden die indirekten Steuern mit Ausschluß der Zölle doch mehr als zwei Drittel der Steuereinnahmen Oesterreichs. Die direkten Steuern steigerten sich von 74,028.000 fl. im Jahre 1868 auf 91,873.000 fl. im Jahre 1877, die indirekten ohne Zoll von 164,291.000 fl. im Jahre 1868 auf 213,006.000 fl. im Jahre 1877. Trotz dieses immensen Uebergewichtes der indirekten Steuern über die direkten, das mit Einrechnung der Finanzzölle noch viel bedeutender wird, beabsichtigt Dr. Dunajewski die Einführung neuer auf den Volkskonsum begründeter Abgaben, so eine Petroleumsteuer, Erhöhung des Petroleumzolles, Erhöhung der Zuckersteuer.

Die gegenwärtige Reichsratsmajorität hat in ihrem Klasseninteressen genügende Veranlassung, diese Steuerpolitik der Regierung zu unterstützen, da der Großgrundbesitz und der Klerus, die beiden Hauptstützen der Rechten des Abgeordnetenhauses, jede ausgiebige Erhöhung der direkten Steuern, insbesondere aber eine progressive Personaleinkommensteuer, mit Entschiedenheit zurückweisen. Abgeordneter Hausner, eines der wenigen Mitglieder der Rechten, welche für eine Personaleinkommensteuer plaidiren, trat am 29. v. M. in einer großen Rede über das Budget auch für Luxussteuern ein, erwähnte aber auch, daß bisher alle Versuche zur Einführung der letzteren an dem Widerstande des Abgeordnetenhauses gescheitert seien, in welchem, wie er hinzufügte, nach seiner genauen Berechnung mehr als 40 Millionäre sitzen. Natürlich zeigen solche Herren keine Neigung für direkte und Luxussteuern, die sie am meisten treffen würde.

Fürst Alois Lichtenstein, eines der klerikalsten Mitglieder des Hauses, kehrte mit anerkennenswerter Offenheit den Klassenstandpunkt des Grundbesitzes hervor; er verlangte eine Ermäßigung der auf dem letzteren ruhenden direkten Steuern und an deren Stelle natürlich, da er in eine Reduktion der Heeresausgaben als echt „konservativer" und katolischer Abgeordneter nicht eingehen kann, eine entsprechende Erhöhung der indirekten. Bei einer übermäßigen Erhöhung der letzteren, meinte er mit köstlicher Naivetät, werde blos das arme Volk zu größeren Entbehrungen und härterer Arbeit gezwungen; eine zu große Steigerung der direkten Steuern komme aber einer Vermögenskonfiskazion gleich, die man um jeden Preis zu vermeiden suchen müsse. Wer noch Besitz habe, sei in demselben nach Möglichkeit zu schützen. „Die progressive Einkommensteuer", sagte er wörtlich, „ist — man mag darüber reden wie man will — tatsächlich der Hauptpunkt im sozialistischen Umsturzprogramm und es wäre überaus gefährlich, wenn unser noch durch und durch liberaler Staatsorganismus gerade diesen Teil des Umsturzprogrammes unbewußt und unbedacht auszuführen begänne."

Um die progressive Einkommensteuer zum Hauptpunkt des sozialistischen Programmes zu stempeln, ist wol eine überaus große Ignoranz notwendig; denn für jeden nur halbwegs Eingeweihten liegt es auf der Hand, daß dieselben nur eine Reform des Steuerwesens und eine vernünftige Ausgleichung des Einkommens innerhalb der bestehenden Staats- und Gesellschaftsorganisazion bezweckt und daß daher gerade auf diesen Punkt die Bezeichnung „Umsturzprogramm" am allerwenigsten paßt.

Fürst Lichtenstein erklärte, für die progressive Personaleinkommensteuer nur unter folgenden drei Bedingungen stimmen zu können: 1. daß sie eine sehr gelinde Progressionsskala habe; 2. daß sie nur für die Dauer des Defizits und nur bis zur Höhe desselben angewendet werde und 3. daß sie durch Modifikazionen dahin geleitet werde, daß sie nicht den ohnehin überlasteten Realbesitz trifft, sondern mehr auf das mobile Kapitalsüberwälzt wird. Die progressive Einkommensteuer des Fürsten Lichtenstein erinnert uns stark an das Lichtenberg'sche Messer ohne Klinge, an dem das Heft fehlt.

Mit einer Parlamentsmehrheit, deren Vertreter so offenherzig ihren Klassenegoismus zur Schau tragen, ist es natürlich nicht schwer, eine Steuerpolitik wie die des Dr. Dunajewski durchzuführen, die wenn auch unklar und lückenhaft, doch zweifellos auf eine höhere Belastung des arbeitenden Volkes hinzielt. Will die heutige Regierung und ihre Partei wirklich sich beeilen, den Beweis zu liefern, daß das arbeitende Volk auch von ihr nichts zu erwarten hat? Der Beweis ist zwar für Viele überflüssig; aber da es doch Leute gibt, die sich Illusionen darüber hingeben, so können wir in deren Interesse und zu ihrer schnelleren Aufklärung nur wünschen, daß die Regierung in ihrem bisherigen Verhalten fortfahren möge. Denn vor Allem tut Klarheit not.

Die Bewegungen des Mittelstandes und die Sozialdemokratie.

Von J. Kals.

Unter dem Prädikat (Titel) „Mittelstand" versteht man gemeinhin den Kleinbürger-, d. i. Stand der Kleingewerbtreibenden und den Kleingrundbesitzer- oder Bauernstand*). In diesem Sinne ist auch obiges Titelwort gemeint, wiewol diese landläufige Benennung ein etwas unklarer, unlogischer Begriff**) ist, welcher durch das Wort „Mittelklasse" besser gedeckt wäre. Dies zum besseren Verständnis des Begriffes und der folgenden Ausführung.

Das die dermalige Lage der Mittelklasse oder speziell der Bauern und Kleingewerbetreibenden zum größten Teil keine besonders beneidenswerte ist, mit andern Worten, daß sich dieselben nicht gerade eines materiellen Wolbefindens erfreuen, bedarf für unsere Leser wol keiner Beweise mehr, sondern nur der Erwähnung. Wer davon aber nicht überzeugt ist, der möge sich nur die Daten (Zalen) über die exekutiven Lizitazionen und exekutiven Steuereintreibungen, welche den Mittelstand betreffen, ansehen; — oder sich direkte bei den Kleingewerbtreibenden und Bauern nach deren Lage erkundigen! Oder es blättere der Ungläubige in den Berichten der Tagespresse, in welcher er — trotzdem es im Interesse der durch selbe repräsentirten herrschenden Klasse liegt, die Elendsberichte möglichst todtzuschweigen, um das Volk damit nicht murren zu machen — er auch Indizien (Beweismittel) darin genug findet, die meine Behauptung bekräftigen.

So stehen wir also vor der Tatsache: Nicht die Lohnarbeiter, die Proletarier, sondern auch die Mittelklasse befindet sich dermalen in einer sehr mißlichen Lage — auch den Bauern und Kleingewerbetreibenden gebricht es größtenteils oft an den nötigsten Mitteln zu einem menschenwürdigen Leben.

Wo aber dies der Fall ist, wo die Menschen kaum mehr ein kärgliches Auskommen haben, da liegt es gewiß nahe, daß sich die in Not Befindlichen, sofern sie nicht geistig unfähig — verkommen sind, ihre elende Lage wol überdenken, Vergleicht gegen das Leben besser situirter Menschen anstellen, die Ursache dieser sozialen Unterschiede und Zustände zu erforschen suchen und über Mittel zur Aufbesserung dieser ihrer unleidlen Lage sinnen.

Wo nun dieses Streben nach Besserstellung, d. i. der „Kampf ums Dasein" sich über das Niveau (Linie, Grenze) des individuellen Egoismus (persönliche Selbstsucht) erhebt, oder gar das Streben nach Gleichberechtigung und höherer Kultur und andere edle Gefühle hervortreten, da äußert sich der Drang nach Vereinigung zu gemeinsamen Streben nach demselben Ziele und es entstehen die öffentlichen und geheimen Volksbewegungen.

So entstand z. B. die Bewegung der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter, welche heutzutage, wo die Not den Arbeitern auf die Nägel brennt, und andererseits die Wissenschaft Alles vorwärts drängt, fortwährend an Anhang gewinnt und die Partei kampfesmutig, kraft- und siegbewußt in die Zukunft blickt.

*) Wissenschaftlich definirt: Klasse der selbstständigen Kleinproduzenten; daher nach dieser Definizion die Beamten ꝛc. nicht inbegriffen sind.

**) Eines der beiden für sich bildet einen „Stand", die Lohnarbeiter hiezu, und wir haben den Arbeiterstand oder die Arbeiterklasse.

Wie aber steht es da mit den Kleinbürgern und Bauern? Was erstere betrifft, so finden wir in den Städten allerdings seit längerer Zeit eine gewisse Bewegung vor. Man hat Vereine, hält auch freie Versammlungen ab, wo es auch manchmal zu demonstrativen (Demonstrazion: öffentliche Kundgebung, Drohbewegung) Kundgebungen kommt, allein, wie bekanntermaßen deren Tendenz (Absicht, Zweck, Richtung nach einem Ziele) meist zünftlerisch, also reaktionär (Verlebtes, Ueberlebtes wieder einführen wollend), egoistisch sind, und es an Gemeinsinn und anderen edleren Prinzipien (leitendes Ziel, Grundsatz) und praktischen, durchgreifenden Ideen mangelt, so kann die Sache es zu keiner höheren Bedeutung bringen — fehlt es doch sogar an eigenen Preßorganen — und so fehlt da eben der Impuls, der eine Sache zum Erfolge führen soll.

Die Bauernbewegung indeß kommt besonders neuerer Zeit in Deutsch-Oesterreich mehr in Gang und Bedeutung. Es sind vornehmlich seit einigen Jahren schon mehrere Zeitungen auf dem Kampfplatze, welche die Aufklärung und die Organisazion der Bauern betreiben, welche, wenn ihnen auch sehr viel mangelt, ihre Wirkung nicht verfehlen. — Die demonstrativen Versammlungen, welche abgehalten werden, der Linzer Bauerntag, die neu erstehenden Bauernvereine und der projektirte Bauernbund ꝛc. haben den herrschenden Parteien gewaltigen Schrecken eingejagt, so daß die Bauernbewegung in den Tagesblättern zur stehenden Rubrik geworden, wie auch denselben auf einmal das Wol der Bauern sehr am Herzen zu liegen scheint. — —

Im Uebrigen aber ist die Bauerbewegung so leidend und schleppend als jene der Gewerbetreibenden. Man sollte meinen, daß, indem die Mittelklasse materiell doch entschieden besser gestellt sei, als die Lohnarbeiter, selbe daher auch mehr Mittel zu deren geistigen Ausbildung besitzt, auch mehr Intelligenzen aufweisen sollte, welche ihre Sache betreiben könnten? Und doch steht die Mittelklasse hier gegen die Lohnarbeiter weit zurück! Wie das?

Nun, wenn wir den Ursachen nachforschen, so finden wir schließlich: 1. Daß ein guter Teil der intelligenteren Kleinbürger und Bauern sich noch immer von den herrschenden Parteien, den „Liberalen" und „Konservativen" und wie sie sich sonst nennen — ins Schlepptau nehmen lassen; oder mit anderen Worten, daß es derselben noch immer gelingt, einen großen Teil der Bauern und Kleinbürger an sich zu ködern.

Um die Tragweite dieses Umstandes zu ermessen, aber muß man bedenken, daß mit dem Einfluß auf die Mittelklasse und die Lohnarbeiter die Herrschaft der maßgebenden Parteien steht und fällt. 2. Weil die Tendenzen, Prinzipien, Ideen und Forderungen der Bauern sowol als auch der Kleingewerbetreibenden — abgesehen von einigen wenigen Anerkennungswerten, da, wo sie nicht reaktionär, egoistisch, inhuman, unlogisch, kleinlich und kulturfeindlich sind, zum großen Teil als ein unklares, buntes, verworrenes Konglomerat (verwickeltes Zeug) bezeichnet werden müssen, und die Häupter der Bewegung oft selbst nicht wissen, was sie eigentlich Positives (klar Festgestelltes) wollen, anstreben und beantragen sollen.

Als Beleg hiefür weise ich einfach hin auf die Berichte von den Vorgängen und Beschlüssen der Bauernversammlungen und Vereine, — vom Linzer Bauerntag, wo man auch kein positives, der Sache entsprechendes Programm aufzustellen wußte, ferner auf den Inhalt der Bauernorgane: andererseits auf die Versammlungen und Kundgebungen der städtischen Kleingewerbetreibenden; übrigens kann und wolle man sich privatim bei den Bauern und Kleinbürgern von den diesbezüglichen Verdrehtheiten der großen Mehrheit derselben vergewissern, — man wird das oben Gesagte vollauf bestätigt finden. (Forts. folgt.)

Politische Uebersicht.

Der Finanzminister hat am 25. April im Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den bei der durch Hipotekaranstalten und Kreditinstitute vorgenommenen Umwandlung von hoch verzinslichen Hipotekarforderungen in niederer verzinsliche die Gebühren nachgelassen werden; dieser Gesetzentwurf ist bekanntlich ein Teil des Programmes des Grafen Taaffe, durch dessen Ausführung der österreichische Bauernstand gerettet werden soll. Ein starker Glaube gehört wol dazu. — Der Justizminister hat eine neue Zivilprozeßordnung eingebracht, die auf den Grundsätzen der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Verfahrens basirt.

Die Budgetdebatte haben wir bereits im Leitartikel dieser Nummer besprochen und es erübrigt uns hier nur einzelne episodische Vorgänge aus denselben, die für unsere Leser besonderes Interesse bieten, mitzuteilen. Beim Etat des Ministeriums des Innern sprach Abg. Steudel über die internazionalen Polizeimaßregeln gegen den Sozialismus und äußerte sich dabei wie folgt:

„Diese Gattung von Sicherheitsdienst bringt es mit sich, daß sich Leute finden, welche Verschwörungen anzetteln, um dann bei der Denunziazion ein Geschäft zu machen. Daß die Unzufriedenen von Menschen mißbraucht werden, welche geheime revoluzionäre Flugschriften bestellen und drucken lassen, um dann ihre Ankunft oder Verbreitung der Behörde zu signalisiren. In der jüngsten Zeit sind auf Anregung des Fürsten Bismarck Verhandlungen gepflogen worden über internazionale Maßregeln gegen die Revoluzion.

Fürst Bismarck glaubt damit die Freundschaft des russischen Hofes erringen zu können, dürfte aber das Gegenteil erreichen, weil die in Rußland seit dem San Stefano immer mächtiger hervortretenden nazionalen und politischen Strömungen dauernd auch von einem Zaren nicht ignorirt werden können.

Gegen eine internazionale Konferenz ließe sich nichts einwenden, wenn dieselbe als Kommission zur Bekämpfung des sozialen Elends sich konstituiren würde.

So oft in einem der europäischen Parlamente die Frage der Beseitigung der Kinderarbeit, des Schutzes der Frauen und des Normalarbeitstages besprochen wurde, klagte man, daß die Industrie durch solche Reformen konkurrenzunfähig werde. Dieser Vorwurf kann wegfallen, wenn die europäischen Staaten über gemeinsame und gleichzeitige Maßnahmen sich verständigen.

Daß man eine Bewegung nicht durch brutale Polizeimaßregeln niederhalten kann, hat die Praxis des deutschen Sozialistengesetzes gezeigt; und der Vater der internazionalen Polizeikonferenz hat dies auch anerkannt. Seine Motive zum Unfallversicherungsgesetze sind gleichlautend mit den Ausführungen Lassalle's über die Staatsidee des Arbeiterstandes, welche — es klingt fast wie Ironie — auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurden.

Die Arbeiterbewegung in Deutschland war eine Reihe von Jahren durch den Einfluß der Lassalle'schen Agitazion staatssozialistisch und nazional, aber die Herren Tessendorf und Madei haben diese Bewegung in andere Bahnen getrieben. Auch gegenwärtig merkt man, daß ein ehemaliger, und zwar ein schleswig-holstein'scher Polizeimeister sich an der Seite des Fürsten Bismarck befindet, daß der deutsche Reichskanzler von Herrn Wagener, der immerhin ein gerstreicher Mann war, auf Tiedemann gekommen ist. Was Oesterreich betrifft, so erinnere ich mich sehr wol, im Beginne der Arbeiterbewegung Versammlungen und Festen beigewohnt zu haben, zu der Minister und Abgeordnete geladen waren und wo die Volkshymne stürmisch verlangt und applaudirt wurde. Aber schon Giskra begann damit, der Bewegung ihren loialen Karakter mit Gewalt auszutreiben. Solche Erscheinungen sollten denn doch die Behörden zur Umkehr bewegen und der Herr Minister des Innern hat die Macht, durch eine präzise Stellungnahme den untergeordneten Organen die richtige Direktive in Bezug auf die Handhabe des Vereins- und Versammlungsgesetzes zu geben. Möge er dies nicht versäumen, damit Oesterreich vor Ueberraschungen bewahrt bleibe, wie sie andere Länder heimgesucht haben. Bei unserer nazionalen Zerrissenheit würden soziale Krisen weit verderblicher sein, als irgendwo anders. Ich habe nichts mehr beizufügen."

Hierauf ergriff Abgeordneter Ritter v. Schönerer das Wort und brachte die bekannte Angelegenheit des Genossen Hotze zur Sprache:

„Ich habe mir das Wort erbeten, um an den Herrn Minister des Innern eine Anfrage zu richten. Es handelt sich um Folgendes:

Vor einigen Wochen wurde die gegen einen der sozialdemokratischen Partei angehörigen Tischler erhobene Anklage fallen gelassen, und wurde derselbe nach zehnwöchentlicher Untersuchungshaft im Febr. dieses Jahres aus dem Arreste entlassen.

Vier Tage später erhielt dieser Tischler eine amtliche Vorladung zur Polizeidirekzion, woselbst er in der Präsidialkanzlei von einem Oberkommissär freundlichst empfangen und um seine Privatverhältnisse, sowie über seine etwaigen Schulden eingehend befragt wurde.

Nachdem der Tischler seine bedrängte Lage geschildert hatte, machte der Polizeioberkommissär sich erbötig — aus Mitleid, wie er sagte — die Familie des verhaftet Gewesenen zu unterstützen und die Schulden desselben zu bezalen; auch fügte der Kommissär bei, daß der Tischler deshalb keineswegs von seinen politischen Prinzipien und Ueberzeugungen abzulassen brauche, nur möge er sich von politischen Agitazionen ferne halten, worauf ihm auch in Zukunft Unterstützungen zukommen würden und möge er nur die Summe, die er brauche, nennen, damit sie ihm ausgefolgt werden könne.

Nachdem aber der Tischler dieses Anerbieten ablehnte, ersuchte der Kommissär, er möge über diese Unterredung Stillschweigen beobachten.

Es liegt nun für jeden Unbefangenen klar am Tage, daß die Behörde die bedrängte Lage und die Not des so lange Zeit schuldlos inhaftirt gewesenen Tischlers dazu benützen wollte, um ihn zum Verräter, respektive zum Denunzianten an seinen politischen Parteigenossen zu machen.

Ich finde nun, daß es schon traurig genug ist, wenn sich manche Leute der Behörde freiwillig und gegen Entlohnung zum Zwecke der Denunziazion politischer Parteigenossen anbieten und so als Spitzel in den Sold der Polizei treten, um oft auch nebenbei die namentlich bei der jetzigen Regirung so beliebte Rolle von agents-provocateurs zu übernehmen, schmälich aber finde ich es, wenn die Staatsbehörde förmlich sistematisch zuerst eine längere Untersuchungshaft über ihr unbequeme, aber vor dem Gesetze schuldlose Staatsbürger verhängen läßt, um dann die dadurch vermeintlich mürbe Gewordenen und mit ihrer Familie in Noth und Elend Geratenen zu bestechen und für volksfeindliche Zwecke mißbrauchen zu suchen.

Als Volksvertreter aber muß ich fragen, aus welchem Fonde die betreffenden Gelder entnommen, und unter welchem Titel des Budgets die Verrechnungen der für derartige Denunziantenzwecke verwendeten Steuergelder eingestellt werden?

Selbstverständlich werde ich keinerlei Mittel zu ähnlichen schändlichen Zwecken bewilligen, dagegen aber würde ich gerne bereit sein, solchen Vorlagen der Regierung zuzustimmen, durch welche im gesetzlichen Wege das Los der Arbeiter mit Inanspruchnahme von Staatsmitteln bleibend und entsprechend verbessert würde."

Selbstverständlich beschloß das Abgeordnetenhaus trotz der zalreichen Beschwerden gegen die Regierung nicht nur das Eingehen in die Spezialdebatte, sondern bewilligte auch fast alle Posten nach den Anträgen der Regierung.

Das Reichsgericht erklärte auf die Beschwerde der deutschliberalen Großgrundbesitzer aus Oberösterreich elf Stimmen von Wälern bei der letzten Reichsratswal aus dem oberösterreichischen Großgrundbesitze für ungiltig; sämmtliche elf Stimmen gehören den Klerikalen an, und da die drei damals Gewälten nur eine Majorität von sieben Stimmen hatten, so wäre folgerichtig auch die Wal selbst ungiltig. Allein das Abgeordnetenhaus hat bereits die Walen für giltig erklärt, und die drei Abgeordneten zeigen auch durchaus keine Neigung, ihre Mandate freiwillig niederzulegen. Um diesen Widerspruch zu beheben, hat Graf Hohenwart im Abgeordnetenhause den Antrag eingebracht, daß ein Ausschuß gewält werde, der die Grenzen der Kompetenz in Reichsratswalangelegenheiten zwischen Reichsgericht und Abgeordnetenhaus zu bestimmen habe. Natürlich ist es bei diesem Antrage darauf abgesehen, dem Reichsgerichte in Zukunft die Möglichkeit abzuschneiden, in Fragen der Giltigkeit von Reichsratswalen die Beschlüsse der Reichsratsmajorität zu durchkreuzen. Wir finden dabei nur, daß unsere gegenwärtige Reichsratswalordnung so kompliziren und gekünstelt ist, daß sie dringend einer radikalen Umänderung bedürfte. Die Liberalen waren es, welche die Reichsratswalordnung schufen, sie sind es, welche ihre Unabänderlichkeit proklamirten, und welche auch heute trotz der schlimmen Erfahrungen, die sie selbst mit ihr machen, jede Erweiterung des Walrechtes mit Entschiedenheit ablehnen.

In der Budgetdebatte kritisirte Hausner die Leistungen der österreichischen Statistik, die bekanntlich nichts weniger als befriedigend sind. Insbesondere in der gewerblichen Statistik stehen wir hinter allen modernen Kulturstaaten zurück, so daß wir uns wegen Mangels an zuverlässigen Quellen in der größten Unklarheit über die wichtigsten Vorgänge auf dem Arbeitsmarkte befinden. Aber selbst in der Behandlung der einfachsten Vorgänge zeigen sich die statistischen Aufzeichnungen unseres Reiches als durchaus unzuverlässig und ungenau. So war in verschiedenen Heften des statistischen Jahrbuches für 1877 das eine Mal die Anzal der Selbstmörder in Dalmazien auf zwölf, das andere Mal auf 67 beziffert. In einem Hefte des Jahrbuches ist die Angabe zu lesen, daß in Galizien wegen Verbrechens 503 der griechisch-orientalischen Kirche Angehörige verurteilt wurden, während nach einem anderen Hefte in ganz Galizien blos 433 Bekenner der griechisch-orientalischen Religion waren. Das nennt man dann „wissenschaftliche" Statistik.

Zur Karakteristik der österreichischen Preßfreiheit ist zu verzeichnen, daß die „Blätter für die Alpenländer" eingestellt werden mußten, weil das Journal zu häufigen Konfiskazionen verfiel.

Am 27. April ist in Graz Ludwig R. v. Benedek gestorben, der unglückliche Führer der österreichischen Nordarmee im Jahre 1866; heute ist es nicht möglich, die Wahrheit über diesen Krieg und über die Ursache der furchtbaren Niederlage zu schreiben, aber erst dann, wenn die Wahrheit nicht mehr verpönt sein wird, wird man im Stande sein, Benedek gerecht zu beurteilen. Aus seinem Testamente, welches er im Jahre 1873 niederschrieb, entnehmen wir folgende Stellen: „Alle meine Vormerkungen und schriftliche Aufzeichnungen über den Feldzug 1866 über das unter Anrufung meiner Untertans- und Soldatentreue mir aufgedrungene Kommando der Nordarmee habe ich verbrannt .... Am 19. November 1866 habe ich dem damaligen Armeeoberkommandanten Erzherzog Albrecht schriftlich versprochen, auch fernerhin schweigend zu tragen und meine stillen Reflexionen mit mir ins Grab zu nehmen. Dies Versprechen war vielleicht voreilig, vielleicht sogar .... daß die österreichische Regierung, mein Versprechen zu schweigen, in Händen habend und an die Ehrlichkeit meines Versprechens glaubend, am 9. oder 10. Dezember 1866 ihren sonderbaren Artikel über mich, wo man mir sogar meine ganze Vergangenheit absprach, in der Zeitung publiziren ließ; daß dieser nicht zu qualifizirende Regierungsartikel in der Präsidialkanzlei des Generalstabes konzipirt von Feldmarschallieutenant John und (folgt ein nicht zu veröffentlichender Name), korrigirt und ausgefüllt wurde, und endlich in der ganz absonderlichen Fassung auf Befel der Regierung publizirt wurde, das übersteigt meine Begriffe von Recht, Billigkeit und Wolanständigkeit .... Ich habe es stillschweigend hingenommen und trage durch sieben Jahre mein trauriges, hartes Los mit Filosofie und Selbstverleugnung. Ich wünsche mir selber Glück, daß ich trotz alledem gegen Niemanden einen Groll hege und auch nicht vertrottelt bin. Ich bin mit mir selber und mit aller Welt fertig geworden, bin mit mir vollkommen im Reinen, habe aber dabei alle meine Soldatenpoesie eingebüßt." Es wird daher Niemanden verwundern, daß Benedek seit dem Feldzuge 1866 nie mehr eine Uniform anzog, alle militärischen Ehrenzeichen zurückschickte und sich jeden militärischen Kondukt bei seinem Begräbnisse verbat.

Am 26. April ermordete in Wien der Schuhmacher Josef Beigl seine Frau und seine vier Kinder; zuletzt suchte er sich selbst zu ermorden, was aber mißlang. Er ist gegenwärtig bereits von den Verletzungen geheilt und befindet sich nur unter ärztlicher Beobachtung wegen seines Geisteszustandes. Es ist durch die Aussagen derer, die ihn näher kannten, festgestellt, daß Beigl ein braver und fleißiger Mensch war, daß aber weder sein Fleiß noch sein ehrlicher Lebenswandel im Stande waren, ihm und seiner Familie genügend Brot zu verschaffen. Da er den Zins nicht zalen konnte, befand er sich auch vor der unmittelbaren Gefahr, obdachlos zu werden. Kummer und Not zerstörten seine Gesundheit und zerrütteten seinen Geist, so daß er in letzter Zeit ganz verstört und geistesabwesend war. In diesem Zustande faßte er den furchtbaren Entschluß, seine Familie und sich selbst von dem elenden Dasein zu befreien. Dieser entsetzliche Vorfall eröffnet einen neuen Einblick in das maßlose Elend unserer arbeitenden Volksklassen. Die oberen Zehntausend aber gehen teilnamslos daran vorüber.

Am 1. Mai fand in Graz die konstituirende Versammlung des steiermärkischen Bauernvereines statt; dem Vereine sind bereits über 500 Mitglieder beigetreten.

Am 28. April fand in Kaschau eine Schwurgerichtsverhandlung gegen einen römisch-katolischen Priester namens Hedry statt, der einen am 18. November v. J. in einem Kaschauer Wochenblatte veröffentlichten Artikel gegen die gemeinsame Armee und gegen das Offiziers-

Korps mit der Ueberschrift „Meuchelmörder" und mit der Unterschrift „Brutus" geschrieben hat; der Artikel war anläßlich der Bartha-Affaire in Klausenburg, in welcher zwei Offiziere den Redakteur Bartha wegen einer gegen dieselben erschienenen Notiz im Redakzionsbureau insultirten und schwer verwundeten, verfaßt worden. Der Staatsanwalt verteidigte natürlich die Armee und verlangte die strengste Bestrafung des Angeklagten, welcher jedoch einstimmig freigesprochen wurde.

Die ungarische Regierung hat dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch welchen den industriellen Unternehmern außerordentliche Begünstigungen seitens des Staates gewährt werden. Die in dem Gesetzentwurfe aufgezählten zahlreichen neu zu begründenden oder schon bestehenden industriellen Etablissements werden bis Ende des Jahres 1895 von der Erwerbsteuer, von den Zuschlägen zu denselben und von den für die Errichtung solcher Etablissements zu entrichtenden Gebühren und Stempeln befreit. Wenn Arbeiter in Ungarn oder sonstwo Staatsunterstützung beanspruchen, werden ihre Bestrebungen als staatsgefährlich erklärt und ihre Vertreter mundtodt gemacht. Wenn es aber Fabrikanten und Kapitalisten sind — ja Bauer, das ist was Anderes!

In Dresden wurde vor Kurzem die „Dresdener Abendzeitung" nach dem Sozialistengesetze verboten. An deren Stelle erschien das „Dresdner Tagblatt", welches aber schon nach dem Erscheinen der zweiten Nummer ebenfalls verboten wurde. — Eine für den 22. April von der Volkspartei einberufene Volksversammlung in Eßlingen, Württemberg, wurde, als unerwartet Bebel in der Versammlung erschien und das Wort ergriff, aufgelöst. — Dem Magistrate von Fürth, welcher Bebel einen politischen Vortrag gestattet hatte, wurde deshalb durch eine ministerielle Entscheidung die Ausübung seiner politischen Befugnisse in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht auf unbestimmte Zeit entzogen und dem Bezirksamte übertragen. — Der deutsche Reichstag hat zwar den Antrag des Reichskanzlers auf Einberufung des Reichstages in jedem zweiten Jahre abgelehnt, dagegen den Antrag auf Verlängerung der Mandatsdauer der Abgeordneten von drei auf vier Jahre angenommen.

Eine für den 8. Mai projektirte Versammlung in Paris, welche gegen die Hinrichtung der Jesse Helfmann sich aussprechen sollte, wurde von den Behörden verboten.

Zur Beurteilung der Stellung des Ministeriums Gladstone zur irischen Landfrage ist es nicht ohne Wert den Grundbesitz der Mitglieder des Kabinets zu erfahren. Nach einer verläßlichen Berechnung besitzt der Premierminister Gladstone 7000 Akres, Dodson 30.000, Lord Kimberley 11.000, Lord Northbrook 10.000, Earl Spencer 27.000, Marquis v. Hurdley 90.000, Marquis v. Hartington ist Erbe von 200.000, Herzog v. Argyll, der bekanntlich wegen der Landbill aus dem Kabinete ausgetreten ist, besitzt 175.000 Akres.

Am 23. April ist die erste Nummer einer englischen Ausgabe der Londoner „Freiheit" erschienen.

Der Atheist Bradlaugh wurde, obwol er neuerdings von seinen Wälern in das Parlament entsendet wurde, nachdem die frühere Wal wegen seines Unglaubens an Gott und seiner angeblichen Unfähigkeit zur Ablegung des Parlamentseides, welcher den Glauben an Gott voraussetzt, für ungiltig erklärt worden war, durch Beschluß des Unterhauses neuerdings für unfähig erklärt, den Eid abzulegen, und zum Verlassen des Parlamentssaales gezwungen. Gladstone suchte vergebens die Zulassung Bradlaughs zum Eide durchzusetzen. Infolge dieser Niederlage brachte die Regierung eine Bill ein, durch welche jedem Parlamentsmitgliede gestattet wird, statt des sonst vorgeschriebenen Eides eine Erklärung abzugeben.

Dillon, Führer der Landliga, wurde verhaftet. — Dublin, die Hauptstadt Irlands, wurde vom Vizekönige als im Zustande der Ruhestörung befindlich erklärt und die Suspendirung des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechtes verfügt, die schärfste Maßregel, die nach der irischen Zwangsbill zulässig ist. Die Aufregung in Irland steigt beständig, hauptsächlich genährt durch die stets sich steigernde Grausamkeit der Gutsherren, die noch vor dem Beginn der Wirksamkeit der Landbill Rache üben wollen; mehr als 10.000 Personen sind gegenwärtig mit der Vertreibung aus Haus und Hof bedroht. Durch diese Tatsachen werden auch die Grunetaten der Pächter begreiflich; so wurden einem Waldheger in Irland mit einer Scheere beide Ohren weggeschnitten; in Galway wurde ein Gerichtsdiener bei lebendigem Leibe geröstet.

Cowen interpellirte im Unterhause den Minister Harcourt, ob es wahr sei, wie Wiener Blätter mitteilten, daß die englische Polizei bei Most vorgefundene chiffrirten Korrespondenzen mit österreichischen Sozialisten sammt dem Schlüssel an die österreichische Regierung übergeben habe und daß deshalb mehrere Verhaftungen und Hausdurchsuchungen in Oesterreich stattgefunden haben. Harcourt erklärte, daß die Verhaftungen von Sozialisten in Oesterreich in keiner Weise mit der Verhaftung Most's oder mit Informazionen der englischen Polizei in Verbindung stehen. Es haben überhaupt keine solchen Mitteilungen an die österreichischen Behörden stattgefunden. Es sei aber wünschenswert, die Ansicht der Regierung darüber bestimmt zu erklären. Er habe nie die Mordkomplotte geheimer Gesellschaften als unbedeutende Verbrechen angesehen, die als politische Vergehen zu dulden oder zu entschuldigen wären. Dieselben seien gewöhnliche Morde und Mordversuche und sollten als solche in jeder Beziehung behandelt werden. Falls die britische Polizei in Erfüllung ihrer Pflichten und in Handhabung des englischen Gesetzes Umstände erfahre, welche das Leben irgend Jemandes, sei es eines Souveräns oder einer Privatperson, im Inlande oder im Auslande durch Mörderhand gefährden, sei es ihre Pflicht, eine solche Informazion zu geben, welche am besten geeignet ist, das Verbrechen zu verhindern.

Der für den Sommer dieses Jahres projektirte sozialrevoluzionäre Kongreß in London wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

In Petersburg wurde der zweite Bombenchemiker, Namens Ischajeff, verhaftet. — In Moskau wurden in den russischen Osterfeiertagen wie in Petersburg zalreiche revoluzionäre Proklamazionen verbreitet, viele darunter in Ostereiern. In den Petersburger Fabriken fanden zalreiche Verhaftungen von Arbeitern statt. — In der Ukraine ist ebenfalls die revoluzionäre Bewegung im Zunehmen begriffen; in Zwenogrod, wo die Bauern selbst eine neue Grundverteilung vornehmen wollten, kam es zum offenen Kampfe zwischen ihnen und den Großgrundbesitzern, wobei mehrere Personen verwundet und zwei getödtet wurden. — Als in Petersburg die Leichen der hingerichteten Attentäter fortgeschafft wurden, wollten ihnen 30 Personen das Ehrengeleite geben und wurden verhaftet. — Die „heilige" Sinode in Petersburg hat einen „Hirtenbrief" an die Gläubigen gegen die revoluzionäre Bewegung erlassen; man sieht, daß auch der Humor in dieser Tragödie nicht felt.

Aus Parteikreisen.

Am 26. April mitternachts wurde der Spänglergehilfe Franz Staar in Wien verhaftet und infolge einer Angabe der Salzburger Polizei sogar — o Graus — nach Wurfgeschossen bei ihm gefahndet, die natürlich nicht gefunden wurden. Auch in Salzburg fanden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt, verhaftet wurden die Genossen Müller, Pinter, Marschall und Deitler.

In Johnsdorf und Oberleutensdorf, Böhmen, wurden bei Haussuchungen zalreiche sozialistische Flugschriften gefunden.

Genosse Andreas Eßl wurde, obwol er schon seit dem Jahre 1857 in Pest domizilirt, und sich dadurch nach dem ungarischen Gesetze das dortige Staatsbürgerrecht erworben hat, ausgewiesen. Er hat selbstverständlich gegen das Ausweisungsdekret an das Ministerium rekurirt.

Wien. Montag den 7. März, abends halb acht Uhr, fand eine zalreich besuchte freie Versammlung der Manufakturarbeiter und -Arbeiterinnen Wiens mit der Tagesordnung: 1. Die Lage der Manufakturarbeiter und -Arbeiterinnen und wie ist dieselbe zu verbessern? 2. Die Regierungsvorlage der neuen Gewerbeordnung und Beschlußfassung einer Resoluzion. — Einberufer F. Schustazek eröffnet dieselbe und es wurden die Genossen Jg. Limmeier und Bubinek zu Vorsitzende und Fehlinger zum Schriftführer gewält.

Auf Antrag des Genossen Schustazek wurden beide Punkte zusammengezogen.

Referent G. Schustazek kritisirt die heutige traurige Lage der Manufakturarbeiter und -Arbeiterinnen, in der sie sich befinden, welche nur eine Folge der immer mehr und mehr überhandnehmenden Maschinenproduktion in der Manufakturbranche sei. Redner kommt ferner auf die unregelmäßig lange Arbeitszeit [12 bis 14 Stunden täglich] und die Verwendung der Frauen zu Arbeiten, welche Männer verrichten sollen, sowie auf die Verwendung der Kinder unter dem 14. Lebensjahre zu Arbeiten, welche ältere jugendliche Arbeiter verrichten sollen, zu sprechen. Daß durch diesen unregelmäßigen Betrieb der Maschinenproduktion in der Manufakturbranche nicht allein ein bedeutendes Angebot der fälschen Arbeit, sondern auch ein derart rapides Sinken der Arbeitslöhne zur unbedingten Folge hat, so daß dieselben weit unter den gegenwärtigen teuren Lebensmittelpreisen zustehenkommen, so daß es kaum denkbar sei, daß eine Arbeiterfamilie mit einer Kopfzal von 4—5 Personen mit einem Verdienst von 4 bis höchstens 5 fl. per Woche leben muß. Diese Verdienste gelten auch in Wien; daß es noch miserablere Löhne gibt, ist auch eine unbestreitbare Tatsache, indem es Arbeiter in den Provinzen gibt, die per Woche 2 bis 3 fl. verdienen bei einer Arbeitszeit von täglich 12 bis 14 Stunden, auch 16 Stunden. Redner bespricht auch die Ausbeutung der Lehrlinge, indem er nachweist, daß nicht nur in der Provinz, sondern in der nächsten Nähe Wiens, die jugendliche Arbeitskraft auf das Unerhörteste ausgebeutet wird.

Was die Manufakturbranche anbelangt, so lernt in Wien bereits Niemand mehr dieses Handwerk, da es so herabgesunken ist, daß es gar nicht wert sei, daß es existirt, weil die Arbeiter dieser Branche durch die herrschenden Hungerlöhne der größten Not und dem Elendpreis gegeben sind. Auch kommt Redner auf die Strafhausarbeit zu sprechen und wies nach, daß dieselbe sehr nachteilig für den freien Arbeiter sei. Nur durch folgende Radikalmittel können diese Uebelstände beseitigt werden: 1. Normalarbeitstag von 10 Stunden für erwachsene Arbeiter; 2. Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, daß deren Arbeitsdauer 8 Stunden täglich nicht übersteige; 3. Verbot der Sonntagsarbeit; 4. Regelung des Lehrlingswesens, in der Weise, wie es die Arbeiter seit Jahren fordern. Aber alle diese wirtschaftlichen Forderungen hängen von politischen Rechten ab, daß dieselben durchgeführt werden — und Redner bemerkt, so lange die Arbeiter nicht das Wahlrecht in allen Vertretungskörpern, ohne Klauseln, besitzen, um jene Männer zu wälen, welche für das arbeitende Volk in der Tat etwas tun, was ihm zum Wole gereicht — — (Bei diesen Worten wurde der Redner vom Kommissär unterbrochen, mit der Bemerkung, daß dies nicht zur Tagesordnung gehöre.) Redner kritisirte sodann die Regierungsvorlage der neuen Gewerbeordnung und bemerkt, daß dieselbe den jetzigen Zeitverhältnissen nicht im Mindesten entspreche, indem dieselbe weder einen Normalarbeitstag, noch die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit in jener Weise, wie es die Arbeiter fordern, sodann auch nicht die genügenden Bestimmungen enthält, welche das Lehrlingswesen regeln sollen, ferner kein genügendes Haftpflichtgesetz zum Schutze der Arbeiter enthält und auch die Bestimmungen betreffend die Fabriksinspektoren entsprechen nicht im Mindesten den Forderungen der Arbeiterschaft Oesterreichs; nur die Zwangsgenossenschaften sollen aufrecht erhalten bleiben. Redner verliest sodann die in der am 9. Jänner in Zobel's Bierhalle stattgefundenen Volksversammlung angenommene Resolution; als Redner die Stelle verliest, welche lautet, daß die Versammlung der Regierung und der bestehenden Majorität des Abgeordnetenhauses jedes Verständnis für die Arbeiterfrage abspricht, wurde vom Regierungsvertreter Sazina diese Stelle gestrichen.

Redner sprach sodann über die Organisazion und weist nach, daß es den Arbeitern nur dadurch gelingen könne, zum Ziele ihres Strebens zu gelangen, wenn sie sich vereinigen und verweist die Anwesenden auf den bestehenden Gewerkschaftsverein der Stukkarbeiter, wo dem Arbeiter Gelegenheit geboten sei, sich jenes Wissen anzueignen, welches für Jeden eine unbedingte Notwendigkeit ist, denn nur durch Wissen gelangen wir zu einer Macht, mit der man in Zukunft zu rechnen hat.

In demselben Sinne sprachen noch die Genossen Treibenreif, Führer, Michalek und Hybes.

Es wurde zur Abstimmung der Resolution geschritten und dieselbe einstimmig angenommen. Fehlinger, Schriftführer.

Wien. Sonntag den 3. März d. J. fand im Saale „zu den 3 Raben" eine Kupferschmiedversammlung mit der Tagesordnung: Aufhebung der Zwangsgenossenschaften und Anschluß an die Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse und an den Metallarbeiterverein Union statt. — Eröffnet wurde dieselbe von Herrn Vesziak. Zum Vorsitzenden wurde Herr Franz Gnoubek, zu dessen Stellvertreter Herr Anton Hauser und zu Schriftführer die Herren Rauschenberger und Fückmann gewält.

Herr Reher als erster Redner spricht für den Anschluß an die allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse, sowie auch an den Metallarbeiterverein Union, indem er betont, daß die Kupferschmidgesellen von den Meistern schlechter behandelt werden als die Lehrburschen, die Arbeitsvermittlung eine höchst ungerechte ist, indem wir allen Mißständen ausgesetzt sind, ohne daß wir irgendwo Beschwerde führen oder sonst nur in unserer Angelegenheit ein günstigeres Resultat erzielen könnten, da uns unser Genossenschaftsvorstand Herr Löblich gänzlich ignorirt und so stiefmütterlich behandelt, uns sogar als unfähig für Mandatare in die Gewerbekammer hinstellt und unsere Stelle, ohne uns zu fragen, selbst eigenmächtig vertreten will, wo doch von allen Genossenschaften, Vertreter aus den Herren Meistern und auch von den Herren Gesellen zugezogen sind; nur wir werden um nichts gefragt, so auch in Genossenschaftangelegenheiten müssen wir nur Auflage zalen und dürfen nicht mitreden, es wäre nötig, daß wir die Mitglieder bei den Haaren zu zalen herauziehen sollen, wenn man gleich dabei einige Ohrfeigen bekommt, wie es gewöhnlich bei uns geht.

Die Herren Benesch, Gallenbacher, Schweichhart, Winter Karl, Knaspel, Urbanek, Klemm, Löwe, Hansen, Rauschenberger sprachen über dieselbe Angelegenheit in ausführlicher Weise und befürworteten den Anschluß an die Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse und den Metallarbeiterverein Union.

Nach einstimmiger Annahme einer diesbezüglichen Resolution und mehrerer Anträge wurde die Versammlung geschlossen.

Ludwig Fückmann, Schriftführer.

Wr.-Neustadt. Das hiesige „Organ" der Bürgerpartei bringt einen Leitartikel, welcher die Versammlung der Bauern im Schwender's Kolosseum bespricht; in demselben heißt es unter Andern, „daß es ein arger Verstoß war, Advokaten und Abgeordnete in einer Versammlung statt auf die Bühne an den Pranger zu stellen" und solcher Weise gibt sich das benannte „Organ" den Anschein, als ob es für die absolute Redefreiheit schwärmte. Der Schlußsatz des bezogenen Artikels belehrt uns aber eines besseren, indem derselbe sich zu förmlicher Denunziation des Sozialdemokraten versteigt. Man höre nur dieses Meisterstück eines journalistischen Tartuffe:

„Als ein weit ärgeres Uebel bezeichnen wir in erster Linie das von dem sich konservativ nennenden Bauernkomitee gestattete Einmengen der Sozialdemokraten. Daß dies geschah, bleibt sehr bedauernswert. Bekanntlich waren die Legitimazionskarten zum Besuche der Bauernversammlung nur für steuerzalende Grundbesitzer auszufertigen, dennoch fand sich ein berüchtigter, nur „sozialdemokratische Gründe" Besitzender daselbst ein, und der Einfluß, den derselbe schon seit längerer Zeit als Abonnentensammler der „Mittelstraße" auf den berufenen und unbefangenen Vertreter der Bauerninteressen Redakteur Steininger geübt haben mußte, war zu verspüren aus dem die ganze Bauernfrage schädigenden Gifthauche, welcher die über den eben frisch gezogenen Furchen ohnehin schwüle Atmosfäre ungeheuerlich drückte. Die vielen „Hoch", welche im Schweiße des Angesichts bei dieser ernsten Arbeit der Regierung ausgesprochen wurden, die dem ruhig Denkenden schwer erklärlich wird, und gewiß sich nicht hätte einstellen können, wenn nicht schon bemerkt worden wäre, daß beim ersten Anbauversuche der zur Aussaat bestimmte Weizen nicht frei vom Unkraute. Und das wollen wir zu bedenken geben, um der gerechten Sache unserer Bauern einen Dienst zu erweisen."

Aha?! — Den Namen meiner Wenigkeit zu nennen hiezu fehle dem guten Manne leider der Mut. Herr Wessely — so benennet sich der Schöpfer obigen stilistischen Meisterwerkes — hat demnach den Bauern einen Dienst erwiesen. Demgegenüber erlaube aber ich mir zu konstatiren — und zwar unter meiner vollsten Verantwortung — daß Wessely, Redakteur der „Wr.-Neustädter Zeitung", ein Revolverjournalist und Handlanger der Wucherer ist und ich behaupte, und will solches demnächst in einer Volksversammlung oder mittelst Herausgabe einer Flugschrift beweisen, daß mehrfach genannter „Ehren-Schandauer" das seiner Leitung anvertraute Blatt entgegen den Intenzionen der Eigentümer desselben (Bürgerverein) selbstsüchtiger Weise mißbrauchet. Diese Erklärung vorläufig als Antwort, auf die Bereitwilligkeit dieses Subjektes, unseren durch Wucherer längst halbtodt geschundenen Bauern, einen Dienst zu erweisen.

Gestern fand im hiesigen Bürgerverein eine Versammlung statt, bei welcher ein Professor über die Scele von Steuern, mittelst welchen man in allerneuester Zeit die Völker Oesterreichs zu beglücken gedenkt, referirte. Ich verdanke diesem Vortrage, nebst verschiedenen trefflichem statistischen Materiales, auch die Tatsache, daß die Arbeiter Nordböhmens, welche dermalen in speziellen Industriebranchen auf einen Hungerlohn von 2—3 fl. angewiesen sind, demnächst aus diesen Beträgen auch noch die Petroleum- und Gassteuer werden zu bezalen haben. Redner konnte es nicht mit Schweigen übergehen, daß beispielsweise in Römerstadt die Not unter den Arbeitern so groß, daß deren Kinder vor Hunger unter die Schulbänke gefallen sind. Redner hält sich auch überzeugt, daß durch solche Verhältnisse ein revolutionäres Proletariat geschaffen werde, und wenn dasselbe bis nun nicht gelungen, man dessen eingedenk sein müsse, daß stille Wasser — tief sind. Ich enthalte mit jeder Schlußfolgerung bezüglich des Angedeuteten, es genügt vollkommen, wenn Personen, die schon vermöge ihrer Stellung des Verbachtes sozialistische Petroleurs zu sein, sicherlich frei sind, „die Ursachen" zugeben, deren Wirkungen die sozialdemokratische Bewegung geschaffen und somit schließe ich diese Mitteilungen mit der innersten Ueberzeugung:

„Daß die See, eh vor sie stürmet —
Mahnend an die Ufer schlägt,
Und kochend, erst die Wellen türmet,
Wenn sie der Wind — zurückgefegt."
„Den Schiffer mit — der sorglos steuert,
Sein Kahn, zerschellt am Felsenriff —
Und die Wässer, die da schlummern,
Fürwahr — sind unermeßlich tief!"

Franz Johann Leitner.

Steyr, 8. Mai 1881. Werte Genossen! Ich erlaube mir Ihnen über die Transportirung des Genossen Schnaubelt nach Salzburg Mitteilungen zu machen. Sonntag früh 5 Uhr wurde Schnaubelt, an den Händen gefesselt, einen Bündel mit der nötigsten Wäsche unter dem Arme, von einem Schandarm mit aufgepflanzten Bajonette vom Gefangenhause durch die Straßen auf den Bahnhof eskortirt. Welches Aufsehen ein derartiger Auf-

zug hervorrief, kann man leicht begreifen, wenn man bedenkt, daß aus Anlaß des 1. Mai die Straßen so ziemlich bevölkert waren und wurde Schnaubelt von den Passanten, welche den Grund seiner Verhaftung nicht kannten, für einen gefährlichen gemeinen Verbrecher gehalten und verhöhnt. Wir aber, sowie Alle, die wir die Verhaftung des Genossen Schnaubelt als einen erbärmlichen Willkührakt bezeichnen müssen, sind über eine derartige Behandlung eines, wegen politischen Vergehens in Untersuchung stehenden Gefangenen, auf das Höchste entrüstet.

Mittlerweile hatten sich auf dem Bahnhofe eine große Anzal Genossen, beiläufig 60—70, eingefunden und nahmen in herzlichster Weise von Genossen Schnaubelt Abschied.

Wie wir erfahren haben, wurde Schnaubelt im Kupee seiner Fesseln ebenfalls nicht entledigt.

Sein Arbeitgeber, Maschinenfabrikant Hüber, war ebenfalls auf dem Bahnhofe, nahm in freundlicher Weise von ihm Abschied und versicherte ihm, wenn er wieder frei sei, könne er wieder bei ihm arbeiten. Er sprach sich mißbillig über eine derartige Behandlung aus.

F. Sch.

An die Arbeiter Oesterreichs!

Die Unterzeichneten beabsichtigen für die Pfingstfeiertage nach Linz einen Arbeitertag zur Beratung und Beschlußfassung über die wichtigsten die Arbeiterinteressen gegenwärtig berührenden Fragen einzuberufen. Die Notwendigkeit einer solchen Versammlung, in welcher eine Einigung aller österreichischen Arbeiter über die Art, wie sie ihre materiellen und geistigen Interessen zu wahren haben, für die nächste Zukunft hergestellt werden soll, bedarf wol keiner Begründung; die traurige Notlage, in der sich die österreichischen Arbeiter befinden, die bedauernswerte Gleichgiltigkeit, in welcher ein großer Teil von ihnen gegenüber den sie unmittelbar berührenden Fragen verharrt und die politische Rechtlosigkeit, die die Arbeiter verhindert, mit gleichem Erfolge wie die Bauern und Gewerbetreibenden die Geltendmachung ihrer berechtigten Ansprüche zu betreiben, sind Gründe, welche auch den Saumseligsten veranlassen sollten, endlich einmal auf eine regere und organisirte politische Tätigkeit der Arbeiterschaft hinzuwirken.

Der Arbeitertag wird nach Art der Bauern- und Parteitage des letzten Jahres als geschlossene Versammlung einberufen, zu der nur geladene Gäste Zutritt haben. Alle Arbeiter, welche an dem Arbeitertage teilzunehmen wünschen, werden deshalb ersucht, sich an die unten angegebene Adresse behufs Ausfolgung von Einladungskarten zu wenden.

Der Arbeitertag über welchen noch nähere Mitteilungen in der nächsten Nummer der „Zukunft" erfolgen, wird am Pfingstsonntage in Linz stattfinden und nach Bedarf am Pfingstmontag fortgesetzt.

Die Tagesordnung ist:

1. Die Forderungen der Arbeiter in Oesterreich.
2. Die Stellung der Arbeiter zu den politischen Parteien und zur gegenwärtigen Bauernbewegung in Oesterreich.
3. Die Arbeiter und die neue Gewerbeordnung.
4. Gründung eines allgemeinen österreichischen Arbeiterbundes.

Wir rechnen auf recht zalreiche Anmeldungen.

Linz, 8. Mai 1881.

Franz Wißnek. Anton Weigung, Hopfengasse 21, Linz.

NB. Alle österreichischen Arbeiterblätter werden um Abdruck dieses Aufrufes ersucht.

Aus dem Vereinsleben.

Mähr.-Trübau. In Mähr.-Trübau wurde seit einigen Jahren die Hoffnung gehegt, einen Verein zu gründen, um die Wissenschaft, die Bildung, besonders unter der arbeitenden Klasse zu heben. Viele Mühe kostete das Unternehmen, umsomehr, da ein ähnlicher Versuch schon mißglückt war. Alles fällt sich in gewissen Momenten stark, aber in vielen Fällen tritt das Wechselfieber ein, verschiedene ängstliche Gemüter gestalten sich, welche sich im Hauptakte, von dem Unternehmen zurückziehen. Unter solchen Umständen ist niemals ein Gelingen möglich, denn nur vollständiges Zusammenwirken kann das Gewünschte bewerkstelligen. Selbst wenn es anfänglich nur ein kleiner Zusammenhalt ist, so kann man sich sicher der Hoffnung hingeben, daß die Größe bald von selbst entsteht. Wie Viele sind des Wissens bedürftig, ohne die Mittel zu besitzen, sich die nötigen Kenntnisse sammeln zu können, besonders wenn wenig oder gar kein Begriff davon vorhanden ist, um so schwerer der Anfang. In einem Vereine jedoch wird Jedem nach Möglichkeit auf verschiedene Art, durch Unterricht in mehreren Gegenständen, Vorträgen ꝛc. alles dasjenige Unentbehrliche geboten und warum sollten wir uns zurückziehen vor einer Tat, welche uns jeder Vernünftige nur als eine gute Tat anrechnen kann. Wir arbeiteten nun vorwärts und haben bereits seit Ende Dezember 1880 einen allgemeinen Leseverein gegründet für Mähr.-Trübau und Umgebung, welches wir heute allen gleichgesinnten Genossen zur Nachricht bringen. Aller Anfang ist schwer und wir ersuchen deshalb alle bestehenden Vereine, sollte es irgend möglich sein, uns mit einigen Büchern in die Bibliotek zu beschenken, wofür wir uns zum besonderen Danke verpflichten.

Von Mähr.-Schönberg ging unser Wunsch bereits in Erfüllung und wir schließen mit Gruß unsern Dank mit bei.

Im Auftrage: Karl Böhm, Bibliotekar, Adlergasse 4, Mähr.-Trübau.

Kindberg. Der Vorstand des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines erhielt den 6. Mai von der löblichen Bezirkshauptmannschaft Bruck folgendes Schreiben: „Z. 5473. An den Vorstand des Arbeiter-Bildungsvereines in Kindberg. Die für Sonntag den 8. Mai d. J., nachmittags 4 Uhr angezeigte Monatsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines darf nur unter der Bedingung stattfinden, daß mit Rücksicht auf die in Aumühl herrschende Blatternkrankheit zur Hintanhaltung einer Verschleppungsgefahr an der Versammlung die in Aumühl wohnenden Vereinsmitglieder nicht teilnehmen, das heißt, es wird denselben die Teilnahme an dieser Versammlung hiemit verboten. —

Der Vorstand ist für die Beobachtung des Verbotes, welches auch von hier aus überwacht wird — verantwortlich. Bruck a. d. M., am 4. Mai 1881. Für den k. k. Bezirkshauptmann: Dr. Hausotter." — Die Vereinsleitung ersucht daher sämmtliche in der Gewerkschaft Aumühl wohnhaften Mitglieder, auf Hinweis dieses Verbotes, während der Zeit dieser Epidemie, die Betretung des Vereinslokales, sowie jede nähere Zusammenkunft mit irgend wo anders wohnhaften Mitgliedern sorgfältig zu meiden.

Unterfertigter erlaubt sich, dem Berichte der löbl. Vereinsleitung noch eine Bitte mit einer kleinen Erklärung beizufügen.

Ich ersuche hiemit alle im Markte Kindberg und Umgebung wohnhaften Mitglieder freundlichst, den Kirchenbesuch während dieser schrecklichen Epidemie auf das Sorgfältigste zu meiden, um einer Verschleppung dieser Krankheit, welche bei dieser Gelegenheit am allerersten stattfinden kann, vorzubeugen, da in der Kirche immer sehr viele Bewohner von Aumühl anwesend sind. Es ist wirklich sonderbar, wenn man betrachtet, daß immer zuerst Gelegenheiten überwacht und verboten werden, welche nicht so leicht eine Verschleppungsgefahr zur Folge haben, und daß man den größten Zusammenlauf von Menschen, welcher sehr leicht eine Gefahr nach sich ziehen kann, unbeschränkt duldet. Sonntag den 1. Mai fanden in und bei Kindberg Konzerte statt, bei denen sehr viel Aumühlbewohner gegenwärtig waren und nicht die geringste Ueberwachung vorhanden war. Zum Schlusse drücke ich nun noch den Wunsch aus, man möge zuerst den größten Menschenzusammenlauf und überdies noch in geschlossenen Räumlichkeiten, bewachen oder verbieten, dann erst, und es ergibt sich von selbst, kann man auch kleinere Versammlungen mit demselben Urteil beehren.

Joh. Eberer, Obmann.

Eingesendet.

Wien, den 4. April 1881.

Löbliche Redakzion!

Ersuche um gefällige Aufnahme folgender, auf Wahrheit beruhender Zeilen:

Im fünften Bezirke, Hundsturmerstraße 71, befindet sich die neugegründete Strickmaschinenfabrik der Herren Popp und Hausmann, welche in ihrer Einrichtung, so auch in der humanen Behandlung seitens des Herrn Schefs gegenüber den Arbeitern, ganz dem heutigen modernen Drucke, den die Großindustrie auf uns ausübt, entspricht und ich kann nicht umhin, einige Details aus dem dortigen Leben, welches nur ein Kampf ums Dasein ist, der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Es sind in dem erwähnten Etablissement ungefähr 20 Personen beschäftigt, welche zumeist noch junge Leute sind und zum größten Nutzen der Herren Schefs auf den jetzt so üblichen Akkordleim gehen. Eine Normalarbeitszeit existirt dort gar nicht, die Dauer derselben kann laut der dortigen Fabriks„ordnung" je nach Belieben des Herrn verlängert, selten aber verkürzt werden. Abgesehen davon, bekommen die Leute, wenn sie 6 Tage je 11 Stunden gearbeitet haben, Samstag den Hungerlohn von 4 bis 5 fl. ausbezalt, mit welchem dieselben natürlich nicht zufrieden sind, infolge dessen mit den Herren in Streit geraten, um von diesen mit den Worten „Sind Sie ruhig, Sie sind ja noch ein Lehrbub' (obwol derselbe schon Gehilfe ist), sonst laß' ich Sie fortführen" abgetrumpft zu werden. Wenn einer der Herren dann gar nicht mehr weiß, wie den Arbeitern ihr sauer verdienter „Lohn" zurückgehalten werden kann, sagt er ihnen, „ihre Arbeit sei größtenteils Ausschuß", was aber bei der fertigen Maschine durchaus nicht die Rolle einer Ausschußwaare spielt; außerdem wäre aus dieser Fabrik noch so mancher interessante Akt zu verzeichnen, die ich zu veröffentlichen mir für ein nächstes Mal vorbehalte, falls sich dort die Zustände nicht ändern sollten.

Als Parteigenosse fühle ich mich veranlaßt, derartige Vorfälle in unserem Zentralorgan zu veröffentlichen.

R.

Ausweise.

Nr. 94.

Für die Familien unserer verurtheilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

E. E. 25, Greiner 20, mehrere Seidenfärber 1.—, Tochter Hampel 30, Laibach 1.41, Studitz 15, J. Julge 10, Konicek 40, Werkstätte Lozinger 80, Hernals 10, Hirst 22, Rockfroh 20, Zirot 30, H. F. 20, von alten Reservisten, Fünfhausgasse 1.—, Silberstein 20, Metallarbeiter durch Wrbka 2.80, roter Stadl 2.82, die rote Kegelpartie in der Knöbllhütte 73, Genossen Floridsdorf 2.—, durch Fischer 3.84, Pelikan 4, Werkstätte Morin 8.60.

Summe 27 fl. 66 kr

Berichtigung.

Im letzten Ausweise soll es statt „Schneider Wiens 15 fl." — „Werkstätte Spitzer 15 fl." heißen.

Parteigenossen! Vergeßt der Inhaftirten nicht! In den letzten Tagen wurden in Salzburg, Steyr und Wr.-Neustadt wieder mehrere Genossen verhaftet; eifrige Fortsetzung der Sammlungen daher unbedingt notwendig. Tut Eure Pflicht!

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

Briefkasten.

Redakzion: M., Wien: Auf Ihre Anfragen folgt nach eingezogenen gründlichen Erkundigungen nächstens ausführliche Antwort. Die biografischen Notizen und Rechtbelehrungen beabsichtigen wir fortzusetzen. — Viele Berichte und Einsendungen mußten wegen Raummangel für nächste Nummer zurückgelegt werden.

Administrazion: A. Müller, Franzenstal: Rückstand seit 1. Nov. 1880. — K. Müller, Barn: Abonnirt bis 1. April. — Bergarbeiter in Dux: Pro Jahr 6 fl., Rest 1879 und 1880. — Verein der Drechsler: 1 fl. Inseratenpauschale pro Mai erhalten.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Montag den 16. Mai, ½8 Uhr abends, findet in der Zentrale die **Monatsversammlung** mit einem Vortrag von Herrn Schlesinger über die „Naturwissenschaft und die Arbeiter" statt.

Sonntag den 22. Mai 1881 veranstaltet der **Arbeiter-Bildungsverein** eine

Landpartie,

verbunden mit **Musikbegleitung, Gesang und Tanzkränzchen,** über Dornbach, Sofienalpe nach Mauerbach. Retour Weidlingau, Hütteldorf. — Teilnehmerkarten 20 kr.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag, nachmittags, Buchhaltung.
Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.
Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.
Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.
Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.
Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene, Tanzunterricht für Vorgeschrittene in Wüst's Gasthaus.
Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Arbeiter-Sängerbund in Wien.

Sonntag den 15. Mai 1881, in Obermayer's Saallokalitäten, 6. Bez., Stumpergasse 19, **geselliger Abend,** verbunden mit Tanzkränzchen und Juxbazar. — Frühergelöste Karten 20 kr., an der Kasse 30.

Wien. Montag den 30. Mai findet eine **freie Vereinsversammlung** des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und -Arbeiterinnen Wiens in Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6, um halb 7 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Zwangsgenossenschaften und das Resultat der Expertise in der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer. 2. Zweck und Nutzen der Vereine. 3. Anträge und Interpellazionen. — Fachgenossen erscheint zalreich!

Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien.

In der Schuhmacher-Gewerkschaft bestehen gegenwärtig folgende Unterrichte: Dienstag von ½8—½10 Uhr Elementar- und französischer Sprachunterricht. — Donnerstag von ½8—½10 Uhr Buchhaltung. — Freitag von ½8—½10 Uhr Zuschneideunterricht. — Samstag von ½8—½10 Uhr französischer Sprachunterricht. — Sonntag von 2—3 Uhr Buchhaltungsunterricht, von 3—5 Uhr Tanzunterricht.

Sämmtliche Unterrichte finden in der Zentrale, 7. Bezirk, Kaiserstraße 96 statt.

Gewerkschaftsverein der Pürschner in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, Montag und Donnerstag statt.

Montag den 16. Mai, ½8 Uhr abends, Gasthaus „zur Kettenbrücke",

freie Versammlung der Musikinstrumentenmacher

Tagesordnung: Bericht der Experten.

Sternberg. Lokalveränderung. Der allgemeine Arbeiter-Leseverein befindet sich jetzt: Restaurazion „zum Hafen", Olmützerstraße 43.

Dux. Der Fachverein der Bergarbeiter in Dux feiert am 15. Mai sein

siebentes Gründungsfest

im Vereinslokal, Gasthaus „zur Sonne". — Programm: Fest- und Begrüßungsreden, Verlesung der Begrüßungsschreiben, musikalische und deklamatorische Vorträge, abends Tanzkränzchen. — Alle uns freundlichen Vereine werden ersucht, diese Einladung zur Kenntnis zu nehmen und zur Verherrlichung unseres Festes nach Möglichkeit durch Delegirte oder Begrüßungsschreiben beizutragen. — Delegirte sollen Legitimazion vorzeigen. Der Ausschuß.

Wels. Der Arbeiter-Bildungsverein feiert Pfingstmontag den 6. Juni sein **dreizehntes Gründungsfest,** welches im Gasthausgarten zu Lichtenegg abgehalten wird. — Anfang 4 Uhr. — Delegirte oder Begrüßungsschreiben werden erwünscht. Genossen von nah und fern sind freundlichst eingeladen.

Ernst Schweichhart, Mechaniker für Nähmaschinen, 5. Bez., obere Bräuhausgasse 4, [Haltstelle der Tramway], empfiehlt sich den Genossen zu allen Reparaturen und zum Ankauf von Nähmaschinen. — Ich werde bestrebt sein, den guten Ruf, den ich mir durch meine zwölfjährige Tätigkeit in den ersten und größten Nähmaschinengeschäften Wiens [Wiener Stern-Nähmaschinenfabrik, der k. k. Hoflieferanten Wheeler und Wilson Komp. (Gebrüder Kiesch) und der The Howe-Maschinen Komp. (H. Schott)] als tüchtiger Fachmann erworben, auch in dem eigenen Geschäfte bewahren und bin durch meine Erfahrungen in die Lage versetzt, alle Aufträge auf das Beste und Billigste ausführen zu können.

Alte Parteiblätter,

„Volksstaat", „Volkswille", „Vorwärts" (Leipzig), „Volksstimme" u. s. w. werden zu kaufen gesucht. Offerte, respektive Sendungen sind zu richten an F. Schlegl, Sackstraße 13, Graz.

Lackschmelzer,

welcher Tüchtigkeit nachweisen kann, wird für Oesterreich mit zehn Gulden Gehalt per Woche und freies Quartier gesucht. — Anträge unter „Tüchtigkeit" an die Expedizion dieses Blattes.

Die nächste Nummer erscheint am 26. Mai.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Herausgeber und Verleger: Franz Mokr, Andreas Grosse, August Kolisek, Heinrich Holle, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Mokr.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 40. Wien, Donnerstag 26. Mai. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Zur Beachtung.

Seit 10. Mai befindet sich die Redakzion, Administrazion und Expedizion 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 78, wohin auch alle Briefe und Geldsendungen zu richten sind.

Zur Amnestie.

Bekanntlich wurden aus Anlaß der Vermälung des Kronprinzen 330 verurteilte oder in Untersuchungshaft sich befindliche Verbrecher in Freiheit gesetzt und die Blätter meldeten, daß sich hierunter auch zwei wegen politischer Delikte Verurteilte befinden. In Folge dieser Mitteilung wendeten sich eine große Anzal von Parteigenossen an uns mit der Anfrage, ob die amnestirten „politischen Verbrecher" nicht unsere Genossen **Walecka** und **Schneider** seien, von denen ersterer im Februar zu vier Jahren, letzterer im vorigen Jahre zu 18 Monaten Kerkers verurteilt wurde.

Wir teilen nun den Fragestellern mit, daß sich die Amnestie weder auf Walecka, der am 15. April seine vierjährige Kerkerstrafe angetreten, noch auf Schneider, der bereits 15 Monate Haft überstanden und in drei Monaten frei wird, erstreckt und daß uns nur ein Parteigenosse bekannt ist, der des kaiserl. Gnadenaktes teilhaftig wurde. Es ist dies Genosse **Nikol. Troja**, welcher wegen Verbreitung des „Reichsratsflugblattes" zu 15 fl. Strafe verurteilt wurde, und der um Umwandlung dieser Geld- in entsprechende Arreststrafe angesucht hatte. Genosse Troja wollte das Geschenk nicht annehmen und seine Strafe antreten, es wurde ihm dies aber nicht gestattet.

Zum bevorstehenden Arbeitertag.

Seit dem Jahre 1876 ist es das zweite Mal, daß in Oesterreich der Versuch gemacht wird, auf der Basis eines öffentlich diskutirbaren Programmes die Arbeiter zu einigen, für das politische Leben zu gewinnen und für die Erreichung ihrer Ziele zu organisiren.

Jener letzte Versuch reizte Niemanden zur Nachahmung und Wiederholung, denn nicht nur die Schwierigkeiten, mit denen die Arrangeure des damaligen Arbeitertages noch vor Abhaltung desselben zu kämpfen hatten, um nicht blos dem Gesetze, sondern auch der durch das Ministerium Lasser inspirirten Willkühr der Behörden Genüge zu tun, mußten Jedermann abschrecken, sondern noch vielmehr das Verfahren, das die Behörden an den meisten Orten der Publikazion der Beschlüsse des Arbeitertages und den auf Grund derselben gemachten Organisazionsversuchen gegenüber einschlugen.

Trotzdem jener Arbeitertag unter rigorosester Beobachtung des Gesetzes einberufen wurde und tagte, ja obwol der Einberufer desselben sogar noch mehr tat, als wozu ihn das bestehende Recht und Gesetz in Oesterreich verpflichtete, obwol der den Verhandlungen beiwohnende Regierungsvertreter keine Gelegenheit zur Intervenzion hatte, und mit dem ruhigen Verlaufe der Beratungen seine vollste Zufriedenheit aussprach, was Sozialisten gegenüber in Oesterreich etwas Auffallendes ist, verbot dennoch ein Erlaß des Ministers Lasser jede Veröffentlichung der auf dem Arbeitertage gefaßten Beschlüsse, die durch ihre zahme, streng gesetzliche Fassung ohnehin den Widerstand radikalerer Genossen hervorgerufen hatten, und auch alle Versammlungen, auf deren Tagesordnung die Verbreitung jener Beschlüsse stand.

Wir wissen noch nicht, wie sich die Regierung dem für Pfingsten einberufenen Arbeitertage gegenüber verhält, aber im Interesse einer ruhigen Entwicklung unserer Partei und weil wir wünschen, daß den österreichischen Arbeitern Gelegenheit gegeben werde, sich eine öffentliche Organisazion zu geben und auf dem Boden der bestehenden Gesetze die politische Macht und den Einfluß sich zu verschaffen, die zur Verwirklichung ihrer Forderungen notwendig sind, möchten wir den maßgebenden Faktoren zu bedenken geben, welche Konsequenzen jenes willkührliche und gewalttätige Vorgehen des Ministeriums Lasser-Auersperg hatte.

Die sozialistische Bewegung wurde dadurch nicht zum Stillstand gebracht, sondern griff trotz der immer gewalttätiger auftretenden Reakzion weiter um sich; daß sie nicht so große Dimensionen wie in andern Ländern annahm, daran waren weniger die Verfolgungen der Behörden, als die Unwissenheit der Masse und der Gegensatz der Nazionalitäten schuld. Je mehr diese Hindernisse zurücktreten, desto stärker wird sich die sozialistische Propaganda entfalten, und daran wird die größte Strenge und selbst die maßlose Willkühr nichts ändern. Man sehe nur nach Rußland, wenn man sich durch lebendige Beispiele belehren lassen will.

Eine positive Folge hatte aber jenes Vorgehen der Behörden: es untergrub den Glauben an Recht und Gesetz, es erstickte das Rechtsgefül, es erbitterte und empörte, es säte eine üppige Saat des Hasses, die zwar im Verborgenen keimt und wächst, die aber um so sicherer gedeiht. Die öffentliche Propaganda ging allerdings zurück, aber die geheime und ungesetzliche entfaltete sich mit großer Schnelligkeit und brachte den revoluzionären Geist in den Massen des arbeitenden Volkes zur Geltung. Heute besitzen wir in Oesterreich bereits eine ausgedehnte revoluzionäre Propaganda und nur von dem Verhalten der Regierung gegenüber der politischen Arbeiterbewegung wird es abhängen, welchen Umfang sie in Zukunft noch annehmen wird.

Der politische Geist ist in tausenden österreichischer Arbeiter bereits erwacht — ihn wieder einzuschläfern, ist unmöglich; er muß Spielraum für seine Tätigkeit gewinnen, sei es nicht auf die eine Weise, so geschieht es naturnotwendig auf eine andere. Man erziehe diesen Geist, indem man ihm neue Bahnen eröffnet, auf denen er sich betätigen kann. Tut man dies nicht, dann beklage man sich nicht, wenn er die künstlichen Dämme überflutet und Verheerungen anrichtet.

Die Arbeiter Oesterreichs aber mögen sich durch die traurigen Erfahrungen, die sie mit der Handhabung der Gesetze gemacht, nicht entmutigen lassen, für ihre Rechte zu kämpfen, überall wo sich Gelegenheit bietet; der Weg, auf dem die Proletarier ihre Menschenrechte erkämpfen müssen, ist ein dorniger und mühevoller; jeder Schritt breit Bodens muß durch schwere, ausdauernde Arbeit geebnet werden. Nur leichtgläubige Optimisten können voraussetzen, daß sich so hohe Ziele wie die unsrigen über Nacht verwirklichen lassen. Darum schrecke uns kein Mißerfolg, blende uns keine Illusion; die felsenfeste Ueberzeugung von der Wahrheit unserer Ideen und von der Notwendigkeit ihres endlichen Sieges gebe uns die ruhige Ueberlegung, die uns bei jedem Schritte nottut, den wir vorwärts machen. Hoffen wir — und tun wir das Unserige, daß dieser Arbeitertag kein Mißerfolg, sondern ein neues Band unserer so notwendigen Einigung werde.

Die Bewegungen des Mittelstandes und die Sozialdemokratie.

Von J. Kaiz.

(Fortsetzung.)

Wie soll man es z. B. anders nennen als — reakzionär, wenn u. A. die Kleingewerbetreibenden im Zeitalter des maschinenmäßigen Großbetriebs und Teilung der Arbeit den mittelalterlichen Zunftzopf wieder ins Leben rufen wollen, — und mit ungeeigneten Satzungsprojekten dem Großbetrieb, den Maschinen ꝛc. einen Riegel vorschieben zu können meinen?! Oder wenn die Bauern die Ehe wieder zum Privilegium der besitzenden und bessersituirten Klassen degradiren (herabsetzen), oder wenn sie die Dauer der Schulpflicht einschränken wollen, damit in kultureller und geistiger Beziehung ja kein Fortschritt stattfinde!

Was ist dies anders als reakzionär, unlogisch, inhuman und kulturfeindlich?! — Oder wenn man hinsichtlich des Vagabundenunwesens, statt die Ursachen zu erforschen und beseitigen zu helfen, für die arbeitslosen Leute eine im großen Stiele zu betreibende Schandarmerielehze verlangt und den Staat mit lauter Zwangsarbeitshäuser einrichten will?! — — Oder wenn man über „hohe Löhne", zu „große Rechte" und „Verdorbenheit" der Arbeiter, beziehungsweise Dienstboten lamentirt — heutzutage, wo — doch wozu Worte! wir kennen ja die „hohen Löhne" und „vielen Rechte" der Arbeiter nur zu gut, und wer sie nicht kennt, der kann sich ja ohne Mühe darüber informiren; wir aber können uns über den Wert der diesfälligen bäuerlichen und kleinbürgerlichen Auslassungen schon unser Urteil bilden! — Fragen wir gerade heraus: zeugt derartiges unter den obwaltenden Umständen nicht von einer guten Porzion Standesegoismus (Selbstsucht) und lächerlichen Kastenstolz? — — Wir sehen darin, daß sich solche Leute auch noch immer aus besserem Zeuge gemacht dünken als die Lohnarbeiter, und anstatt daß sie das Prinzip der Gleichberechtigung aller Menschen anerkennen und die Axt an den Piedestall der Volksausbeuter mit anlegen sollten, wollen sie, was die — herrschenden Parteien wollen: nämlich herrschen, und dem Lohnarbeiter das letzte Mark aus den Knochen saugen!

Damit freilich sind nicht alle gemeint, und besonders bezüglich des Letzteren will ich viele ausnehmen. Gibt es doch auch in der Mittelklasse wie in anderen Gesellschaftsschichten Humanisten (human: seinen Nächsten gutmeinend, milde) und Denker. Daher wollen obige Worte nicht mißverstanden sein.

Was die Grundsteuerfrage anbelangt, die nach oberflächlicher Betrachtung den Kernpunkt jener regen Bewegung unter den deutschösterreichischen Bauern bildet, — das eigentliche Motiv ist ja die Notlage — so sind die Steuerbeträge, um die es sich da handelt*), nicht von so sonderlicher, der Bewegung entsprechenden Bedeutung, und die Bauern vergessen dabei ganz, daß die in den letzten Jahren bewerkstelligten Erhöhungen der indirekten Steuern sie weit mehr drücken, als es bei der direkten Grundsteuer je der Fall sein wird. — Man läßt da wieder einmal Berge kreißen, daß sie ein — Mäuschen gebären, und vergeudet die wichtigen Kräfte und Mittel in einer Weise, die eines Besseren würdig wäre. —

Hätte man auf dem Linzer Bauerntag doch jenen Vorschlag aufgenommen, welchen Herr Achaz seinerzeit im „Bauernwille" gemacht, nämlich: daß jeder Minister vor seinem Amtsantritte ein Jahr Bauernarbeit durchmachen müsse, hätte man diesen Vorschlag zur Forderung erhoben, es wäre damit doch der Sache der Stempel praktischer — prinzipieller Entschlossenheit aufgedrückt worden.

Was die weiteren „Wünsche" der Bauern und Kleingewerbetreibenden betrifft, so findet man darin wenig Positives und Praktisches, und noch weniger Radikales (Durchgreifendes), Demokratisches (Volksfreundliches), wol aber Verworrenheit und widersprechende Meinungen.

Man lese nur die Bauernblätter, in denen sich gewissermaßen die Bewegung wiederspiegelt, und jeder logisch (vernünftig) denkende Mensch wird darin das Meiste des oben Gesagten bestätigt finden. Dies gilt besonders von einem bekannten, in Niederösterreich erscheinenden Monatsblatte, welches sich in einer Nummer oft mehrmals widerspricht, und bald ein Stück ins liberale — bald ins konservative Fahrwasser gerät, die „Programme", welche das Blatt des Oefteren aufstellt, sind immer eins vom andern mehr oder weniger verschieden, einseitiger Tendenz, und enthalten teils sehr wunderliche Dinge.

Ein charakteristisches Merkmal liefern auch die Wählerversammlungen. Zält da der rechenschaftsablegende Abgeordnete, oder sein „Programm" entwickelnde Kandidat zu den Liberalen oder Konservativen, er erhält — mit wenig Ausnahmen — regelmäßig sein Zustimmungsvotum, und eine allfällige Oppazision (entgegengesetzte Meinung) gibt sich ebenfalls als liberal oder konservativ, mögen sich nun die Wäler (Kleinbürger und Bauern) zehn Mal von beiden losgesagt haben.

Je nun, ein positives Faktum worüber man sich allseits einig ist, weisen die Bewegungen allerdings auf, — aber es ist dies zugleich das Häßlichste des Ganzen, nämlich das — Schönegetue und blinde Vertrauen nach Oben! — — — — —

Unter dem Baum dieser Umstände kann es aber logischer Weise eine sozialpolitische Bewegung zu keiner Bedeutung bringen. Einer solchen Bewegung muß es notwendiger Weise auch an entsprechender Opferwilligkeit, Edelmütigkeit, Organisazion**), Ordnung, sowie auch an Rednern und tüchtigen Schriftstellern fehlen.

Einer Volksbewegung, die nicht das Streben nach allgemeiner Gleichberechtigung, nach allgemeiner Kulturentwicklung zur Grundlage hat, sondern mit Sonderinteressen und Standesegoismus, einer solchen Bewegung fehlt der belebende Impuls***) zu idealem†) Aufschwunge, jener Impuls, der die Seele begeistert, den opferfähigen Willen schafft, die Massen gewinnt und begabte Denker als Kämpfer und Bahnbrecher wirbt, und sohin eine Sache für alle Fälle und Verfolgungen unvertilgbar macht, — unvertilgbar wie die Sozialdemokratie!

Jene Prinzipien, Ideen und Forderungen, welche die Sozialdemokratie zur internazionalen Kulturkämpferin erheben, die edelsten und intelligentesten Denker der Neuzeit unter ihre Fahne rufen, sie gegen alle Verfolgungen stälen und ihr die Zukunft garantiren, — wir finden kaum Eines davon seitens der Bauern und Kleingewerbetreibenden in Erwägung gezogen, geschweige denn akzeptirt (zu den ihrigen gemacht). Jene Forderungen, wie: Allgemeines gleiches Wahlrecht; freies Vereins- und Versammlungsrecht; Rede- und Preßfreiheit; vollständige Freiheit und Gleichberechtigung der Konfession, Trennung der Schule von der „Kirche" ꝛc.; Auflassung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen, progressiven (nach Verhältnis steigend) Einkommensteuer, [hierunter Aufhebung des Lottos]; Abrüstung; Ab-

*) Es wird ja von den Bauern ohnehin keine Verminderung, sondern nur die Hintanhaltung einer Erhöhung der Grundsteuer verlangt.

**) Organisazion: geschickte und praktische Einteilung und Betreibung der Sache.

***) Impuls: geistige innere Wesenheit, Antrieb.

†) Ideal: unsere Wünsche in Wirklichkeit versetzt.

Waffnung der stehenden Heere und Einführung einer Volkswehr; unentgeltliche Rechtspflege; unentgeltlicher Unterricht in allen staatlichen Bildungsanstalten; wissenschaftliche Ausbildung der Jugend; Errichtung allgemeiner, obligatorischer (zur allgemeinen Anwendung) Kindergärten und anderer Erziehungsanstalten durch den Staat; Verstaatlichung des Verkehrswesens, des Versicherungs- und Inseratenwesens, sowie des Chirurgates und der Apotheken, der Armen-, Invaliden-, respektive Siechenpflege; sorgfältige, staatliche Statistik (Zalenerweis) über die Zustände in allen Bevölkerungsschichten, und noch manches andere, welche doch unstreitig im Interesse des Gemeinwols und der gedeihlichen Kulturentwicklung sind, — nicht Eine davon — nicht einmal das allgemeine Walrecht! — hat man in jenen Kreisen aufzustellen gewagt! — wol auch aus dem Grunde, weil sie radikal, und im Programme der Sozialdemokraten stehen; — man würde mit solchen Punkten ja nach Oben anstoßen, — außerdem würde man damit gar den Umstürzlern „Sozialdemokraten" genannt, Vorschub leisten, welche sich wol gar schließlich, wie die Tagesblätter es ausmalen, in die (auch verschuldeten?) Bauernwirtschaften ꝛc. — teilen würden! Hu! — lieber die Reaktion!!

Indeß, wenn die Mittelklasse über Ziele und Wesen der Sozialdemokratie nichts weniger als im Klaren ist, wer kann den Leuten dies auch verargen?! Die Zeitungen und Kalender der Liberalen, Konservativen, Offiziösen und Farblosen ꝛc., welche Blätter von ihnen (den Kleinbürgern und Bauern) hauptsächlich gelesen werden, lügen ihren Lesern diesbezüglich frech etwas vor, die Sozialistenorgane aber werden seitens der Mittelklasse nicht gelesen! Und in ihren Versammlungen und Vereinen (besonders der Bauern) klärt sie darüber Niemand und privatim selten Jemand auf, die Sozialisten sind eben noch zu schwach dazu.

Nun, die sozialdemokratischen Organe haben kürzlich trotz alledem die Bauernbewegung mit freudiger Genugtuung begrüßt, und sämmtlich der Hoffnung Raum gegeben, die Bauern werden sich von den herrschenden Parteien abwenden und auf eigene Füße stellen. Wiewol nun diese Hoffnung für die Gegenwart noch etwas zu optimistisch (zu hoffnungsvoll) ist, so kann man immerhin die Aufrossung eines Teiles Bauernstandes aus seiner Letargie (Untätigkeit) für öffentliche Interessen — mitlebhafter Simpatie (geistige Teilnahme, Wolwolen) begrüßen, schon aus dem einfachen Grunde, weil Letargie des Volkes gegenüber öffentlichen Interessenfragen denn immer noch das Schlimmste ist. Mögen die Tendenzen der Bauernpartei und der Kleinbürger heute vielfach egoistisch, verworren und kulturfeindlich sein; wenn die Bewegung nicht bald im Sande verlauft — und das ist nicht zu erwarten — so wird sich im Laufe der Zeit eine Klärung und Demokratisirung (volksfreundliche Umgestaltung) ihrer eigenen Ziele notwendiger Weise einstellen müssen, und sich dabei auch die Organisazion verbessern. Wenn sie einsehen lernen, daß sie mit ihrer dermaligen Tendenz, dem dermaligen „Programm" und der heutigen Organisazion auf dem Holwege sind, und damit in den anderen Volksschichten nirgends Bundesgenossen finden, wird ihnen schon ein Lichtlein aufgehen!

(Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Nach Mitteilungen des Handelsministers im Abgeordnetenhause lieferte die Kronprinz Rudolfsbahn im Jahre 1879 im Privatbetrieb eine Einnahme von 4,191.000 fl., 1880 unter Staatsverwaltung 4,639.784 fl.; Ausgaben hatte sie als Privatbahn im Jahre 1879 3,606.000 fl., 1880 unter Staatsverwaltund 3,476.000 fl. Es beweist dies neuerdings an einem Beispiele die Vorteilhaftigkeit des Staatsbahnbetriebes, trotzdem heute die Verwaltung durch den Staat gewiß vom Ideale sehr weit entfernt ist.

In der Spezialdebatte über das Budget regte Abgeordneter Ritter v. Schönerer die Errichtung von Strafkolonien für Verbrecher in Bosnien und der Herzegowina an. Auch führte derselbe Abgeordnete Beschwerde über die Mißbräuche bei der Schandarmerie und erzälte, als der Landesverteidigungsminister davon nichts wissen wollte, als Beispiel folgenden Fall: „Ich habe am 1. Mai 1880 eine Anzeige gemacht an das löbliche k. k. Landesschandermeriekommando Nr. 1 in Wien. In dieser Anzeige habe ich darauf hingewiesen, daß ein Schandarm sich arger Vergehen schuldig machte; ich kann den Inhalt der ganzen Zuschrift deshalb nicht vorlesen, weil es sich um sittlich sehr unanständige Dinge handelt, ich kann das nur andeuten. Ich habe also die Anzeige gemacht, daß dieser Schandarm in einer Weise gegen die weibliche Bevölkerung des betreffenden Bezirkes vorgeht, daß ihm von Weitem ausgewichen wird, daß er in jeder Beziehung als gewalttätiger Mensch gescheut und gefürchtet wird. Ich hätte mich auch erboten, dies zu beweisen. Ich habe weiters darauf hingewiesen, daß dieser betreffende Schandarmeriewachtmeister einen Handel treibt mit Bildern Seiner Heiligkeit des Papstes und daß er die Bürgermeister zwingt, diese Bilder zu kaufen, und wehe dem Bürgermeister, der sie nicht kauft. Ich habe diese Anzeige, wie gesagt, vorgelegt, und habe darauf eine Erledigung erhalten, worin es heißt, daß man die Sache untersuchen werde, und daß man erwartet, ich werde den Wahrheitsbeweis ermöglichen. Zum Schlusse heißt es dann: „Zu einer Mitteilung der in dieser Angelegenheit weiters getroffenen Verfügung an Euer Hochwolgeboren sieht das Landesschandermeriekommando vom dienstlichen Standpunkte sich nicht veranlaßt." Diese Zuschrift ist vom 3. Mai 1880. Es ist keine weitere Zuschrift an mich gefolgt; es wurde mir daher nicht ermöglicht, den Wahrheitsbeweis zu ermöglichen; und, meine Herren, was ist geschehen? Nach kurzer Zeit ist derselbe Wachtmeister auf eine andere Stazion in einem Nachbarbezirk versetzt worden. Glauben Sie, daß derlei Maßnahmen bei der Bevölkerung nicht einen sehr tristen Eindruck machen und glauben Sie, daß derlei Maßnahmen geeignet sind, das Institut der Schandarmerie im Ansehen der Bevölkerung zu heben? Ich glaube nicht. Es war vom Herrn Minister jedenfalls sehr vorsichtig, möchte ich sagen, daß er auf meine Beschwerden nicht eingegangen ist, die dahin lauten, daß die Schandarmerie zu politischen Walagitazionen Verwendung gefunden habe und findet. Ich werde mich daher auch enthalten, mich des Weiteren darüber auszusprechen, weil, wie gesagt, diese Behauptung in keiner Weise bestritten worden ist. Nur einen Fall, meine Herren, erlaube ich mir vorzuführen, um Ihnen nur zu beweisen, daß, wenn ich Anklagen erhebe, ich auch in der Lage bin, Beweise zu erbringen. Nämlich den Fall, daß während meiner Wal die Posten in meinem Walbezirke von ihren Vorgesetzten den Auftrag bekamen, nachzuforschen und zu berichten, welche Wäler die Absicht haben, dem Kandidaten Schönerer ihre Stimmen zu geben. Meine Herren, das ist eine Konskripzion der Wälerschaft und eine Beeinflussung derselben, die ja nicht vor sich gehen kann, ohne daß die Schandarmen von Gemeinde zu Gemeinde wandern und sich da erkundigen; das ist eine Beeinflussung der Wälerschaft, gegen die nicht oft genug protestirt werden kann."

Die Klerikalen haben durch die Drohung, bei der dritten Lesung gegen das Finanzgesetz zu stimmen, von der Regierung die Zustimmung zu einem Antrage Lienbacher's zur Abänderung des Volksschulgesetzes erlangt, welchem zufolge den Eltern von schulpflichtigen Kindern auf dem Lande das Recht zugestanden wird, nach Ablauf eines Schulbesuches von sechs Jahren die Kinder vom weiteren Schulbesuche zu entbinden, wenn der Nachweis geliefert ist, daß die Kinder die vorgeschriebenen Kenntnisse in Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen sich erworben haben. Den Kindern ist dann für die weiteren zwei Jahre nur ein Wiederholungsunterricht von höchstens vier Stunden in der Woche zu erteilen. Ebenso kann den Eltern von schulpflichtigen Kindern in den Städten in berücksichtigungswerten Fällen dasselbe Zugeständnis gemacht werden. Wenn dieser Antrag Gesetz wird, kann man die achtjährige Schulpflicht in Oesterreich als abgeschafft betrachten. Wir kommen in der nächsten Nummer auf diesen und auf den Antrag, den Abgeordneter Dipauli auf Einführung der konfessionellen Schule in der Budgetdebatte am 12. Mai stellte, noch zurück.

Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung gegen die Teilnehmer an der Studentendemonstrazion gegen Lienbacher in Wien völlig eingestellt, da sich nicht einmal der Tatbestand einer Uebertretung ergab. Die Wiener Polizei sollte sich das bekannte Lustspiel: „Viel Lärm um Nichts" einmal ansehen.

Die Rumänen in Ungarn und Siebenbürgen haben über ihre Haltung bei den nächsten Reichstagswalen eine Konferenz abgehalten, und auf derselben ein nazionales Programm aufgestellt, in dem die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes und Erleichterung der unerträglichen öffentlichen Lasten gefordert wird.

Das Ministerium des Innern hat der in Zürich erscheinenden „Arbeiterstimme" den Postdebit für Oesterreich entzogen.

Der deutsche Reichstag hat, nachdem der Bundesrat den Reichstagsbeschluß wegen jährlicher Einberufung des Reichstags im Oktober abgelehnt hat, den in zweiter Lesung bereits angenommenen Gesetzentwurf auf jährliche Berufung des Reichstags und auf vierjährige Gesetzgebungsperioden verworfen. Es bleibt also vorläufig beim Alten. — Der Studirende der Rechtswissenschaften an der Universität Erlangen, Karl Moor, wurde von der Universität ausgeschlossen und gezwungen, binnen 24 Stunden die Stadt zu verlassen, weil er bei der letzten Anwesenheit Bebel's in Fürth mit Letzterem verkehrt hatte. Schändlich!

Die „Daily News" wollen aus angeblich zuverläßlicher Quelle erfahren haben, daß ein Komplott gegen den König von Italien entdeckt worden sei; uns scheint diese Nachricht eine bloße Mistifikazion zu sein, die in unserer attentatreichen Zeit nicht einmal auf besondere Erfindungsgabe schließen läßt.

Infolge der tunesischen Angelegenheit hat das italienische Ministerium Cairoli zum zweiten Male seine Entlassung genommen. Es ist unseren Lesern bekannt, daß infolge von Einfällen des tunesischen Volksstammes der Khrumirs in französisches Gebiet, wobei Plünderungen und Menschenmorde nichts Seltenes waren, die französische Regierung beim Bey von Tunis Beschwerde führte, jedoch keinen Erfolg hatte, entweder weil der Bey nicht genug Einfluß besitzt, oder weil er sich auf auswärtige Hilfe gegen Frankreich verließ. Die französische Regierung rüstete endlich eine militärische Expedizion aus, angeblich blos zu dem Zwecke, die Khrumirs zu züchtigen. Die italienische Regierung, welche schon lange Tunis als einen fetten Bissen für italienische Annexionspolitik ins Auge faßte, zeigte sich wol beunruhigt, ließ sich aber durch die friedlichen Versicherungen des französischen Ministers des Aeußern besänftigen. Die Chauvinisten hetzten aber so lange und mit so gutem Erfolge, daß das Ministerium, welches die Unmöglichkeit erkannte, die französische Expedizion zu verhindern, zur Demission gezwungen wurde. Die großen Schreier gegen Frankreich zeigten aber durchaus keine Lust, die Verantwortlichkeit für ihre Abenteurerpolitik zu übernehmen und das Ministerium Cairoli mußte infolge dessen neuerdings die Zügel der Regierung übernehmen.

Allein seitdem kamen für den Ehrgeiz und die Eroberungssucht gewisser italienischer Politiker noch verhängnisvollere Nachrichten aus Tunis. Die Franzosen marschirten, ohne ernstlichen Widerstand zu finden, bis vor die Residenz des Bey und zwangen denselben, einen Vertrag mit Frankreich abzuschließen, worin er seine Abhängigkeit von der französischen Republik feierlich anerkennt und sich selbst zu einem französischen Gouverneur degradirt. Die italienischen Chauvinisten wüteten und machten für den Erfolg der Franzosen das Kabinet Cairoli verantwortlich. Letzteres mußte zum zweiten Male demissioniren und Sella von der Rechten wurde vom Könige zur Bildung eines neuen Ministeriums berufen. Leider wird durch die Ministerkrisis die Walreform, über welche bereits die Generaldebatte in der Deputirtenkammer beendet war, wiederum verzögert.

An dem Ausgange der tunesischen Frage wird voraussichtlich das neue Kabinet ebenso wenig etwas ändern können als Cairoli; die Pforte hat wol gegen den Einmarsch der Franzosen protestirt, weil sie Tunis als türkisches Gebiet ansieht, aber keine europäische Großmacht außer etwa Italien kümmert sich um diesen Protest, da alle Regierungen die Türkei als geeignetes Beutestück ansehen und behandeln. Auf Rußland folgte England, auf England Oesterreich-Ungarn; warum soll sich nicht auch Frankreich ein Stück nehmen? Das ist in der Praxis die „Heiligkeit" der Verträge. Wenn Italien unzufrieden ist, so soll es sich ein anderes Stück der Türkei nehmen, es ist ja noch genug da.

Am 9. Mai fand in Brüssel eine Versammlung der belgischen Sozialrevoluzionäre statt, in welcher eine Adresse an die russischen Revoluzionäre und ein Protest gegen die beabsichtigte Hinrichtung der Jesse Helfmann beschlossen wurde; auch wurde ein Schreiben Rochefort's verlesen, in welchem derselbe in seinem und im Namen seiner Gesinnungsgenossen den Beitritt zu dieser Kundgebung ausspricht.

Nach einer großen Rede Gambetta's, in welcher derselbe das Listenskrutinium vom Standpunkte der freiheitlichen Entwicklung der Republik zu rechtfertigen suchte, wurde dasselbe von der französischen Deputirtenkammer am 19. Mai mit großer Majorität angenommen.

In Marseille fand eine Demonstrazion von mehr als 5000 Personen vor dem russischen Konsulatsgebäude gegen die Hinrichtung der Jesse Helfmann statt, Rufe: „Nieder mit dem Zaren! Hoch die Nihilisten!" wurden laut.

Die Versammlung der Radikalen, welche am 22. Mai in Paris im Cirque Fernando stattfand, wurde von 3000 Personen besucht, darunter auch Frauen und Kinder. Vor Beginn der Beratungen wurde ein Individuum, in dem man einen Polizisten zu erkennen glaubte, hinausgeworfen. Die Versammlung erwälte Jesse Helfmann zur Ehrenpräsidentin. Heftige Reden wurden gehalten gegen Zar Alexander III. und gegen die französische Regierung. Der Präsident der französischen Republik wurde bereits als Tiranu verdammt und die Kammer der Feigheit angeklagt, weil sie dem jetzigen Zar, anläßlich der Ermordung seines Vaters, ihr Beileid ausgedrückt hat. Als Redner fungirten amnestirte Kommunisten, darunter der Kommunisten-General Eudes. Zustimmungserklärungen liefen von Seite der russischen, polnischen und deutschen Sozialisten ein.

Auf Antrag des Verteidigers Most's, Sullivan, wurde die Verhandlung gegen Most bis zur nächsten Geschworenensession verschoben.

Ein komisches Beispiel von der Angst der Polizeibehörde vor Attentaten und revoluzionären Kundgebungen ist folgender Vorfall: Jemand schickte von Wien nach London in einem Briefe das Kuplet von Steidler: „Mein Liederkranz"; der Brief wurde als verdächtig angesehen, in London von der Post der Polizei übergeben, dort kopirt und dann mit dem offiziellen Siegel verschlossen und mit der Anzeige der behördlichen Oeffnung und Kopirung versehen dem Adressaten zugestellt. Auf der Londoner Polizei aber zerbrach man sich die Köpfe, um den angeblichen Chiffernbrief zu entziffern, bis man von sachverständiger Seite darauf aufmerksam gemacht wurde, daß das Ganze nur eine Blüte des in Wien populären „höheren" Blödsinns ist.

In das Polizei-Zentralbureau zu Liverpool wurde am 16. Mai vor Mitternacht eine mit Dinamit gefüllte Röhre geworfen, durch deren Explosion viele Fensterscheiben zertrümmert wurden; Menschen wurden nicht verletzt. Man vermutet mit Grund, daß die irischen Fenier die Urheber der Tat seien. — In Dooley, Irland, wurde von den Landligisten am 11. Mai ein Mann durch die Lunge geschossen. — In derselben Nacht drangen vermummte Männer in das Haus eines gewissen Clifford in Killorghin, der vorher von der Landliga in die Acht erklärt worden war, und schnitten ihm die Ohren ab. — Im Monate März wurden in Irland 146 sogenannte agrarische Verbrechen begangen, im April 295. — Gladstone erklärte im Unterhause, daß die Regierung aus der Annahme der Landbill eine Kabinetsfrage mache, daher wenn dieselbe verworfen werde, ihre Entlassung nehme.

Unter großem Beifall seitens der ministeriellen Partei nahm das englische Unterhaus die irische Landbill am 19. Mai in zweiter Lesung an.

Ein Hauptteilnehmer an der Minenlegung in der kleinen Gartenstraße in Petersburg, Marinelieutenant Suchanow, wurde, nachdem die Polizei ihn fünf Tage hatte beobachten lassen, am 10. Mai sammt seiner Schwester, die sich in der Provinz befand, verhaftet. Der Verhaftete absolvirte die Marineschule im Jahre 1872, besuchte später den bei der Marineschule für Offiziere errichteten Kurs für Minirungsarbeiten, welchen er im Jahre 1879 absolvirte. Im Jahre 1880 avanzirte er zum Lieutenant und es bestand in letzter Zeit die Absicht, ihn zum älteren Minenoffizier auf der Fregatte „Minin" zu ernennen. Er war zuletzt dem Generalgouverneur Baranoff in Petersburg zugeteilt, wohnte in dieser Eigenschaft der Hinrichtung Ryssakow's und Genossen bei und begleitete auch seinen Schef wiederholt in das Gefängnis, worin die Attentäter inhaftirt waren. Bei einem dieser Besuche soll ihn Jesse Helfmann denunzirt haben, aber ohne daß Baranoff der Angabe glauben schenkte. Loris-Melikoff soll jedoch Verdacht geschöpft und Nachforschungen gemacht haben, welche ergaben, daß Suchanow wiederholt größere Quantitäten Dinamit aus der kaiserlichen Fabrik in Empfang nahm, ohne daß die Verwendung bekannt.

geworden wäre. Dieses Resultat und die polizeiliche Beobachtung seiner Person lieferten die Anhaltspunkte zu seiner Verhaftung. Er soll bereits gestanden haben, das Dinamit zum Winterpalast-Attentat am 17. Februar 1880 und zur Mine in der kleinen Gartenstraße geliefert zu haben. In Folge dieser Verhaftung wurden noch zahlreiche andere Verhaftungen von Offizieren aller Waffengattungen in verschiedenen Städten Rußlands vorgenommen. — Der „Breslauer Zeitung" wird geschrieben: „Als die Leiche Goldenberg's (bekannt aus dem Prozesse der 193) auf die Bemühungen seiner Familie der jüdischen Gemeinde zur Bestattung überliefert wurde, nahm die Begräbnisbruderschaft, dem jüdischen Ritus entsprechend, die Waschung der Leiche vor, wobei es sich zeigte, daß der Körper durch Tortur in schrecklicher Weise verletzt war, Fleischteile waren zerhackt, Knochen gebrochen und Glieder verrenkt. Es ist kein Zweifel, daß er in Folge dieser Torturen den Tod fand und nicht dadurch, daß er sich selbst erhängte, wie die amtliche Angabe lautet." Man fürchtet, daß auch Jesse Helfmann gefoltert wird, um Geständnisse zu erpressen. — Nicht weniger als 12.000 Nihilisten, die gefänglich eingezogen wurden, harren gegenwärtig der Verschickung nach Sibirien. — In Smolensk wurde am 11. Mai ein Mann verhaftet, welcher auf den dortigen Gouverneur, Staatsrat Tamara ein Attentat beabsichtigte. — In Kiew wurde am 10. Mai eine geheime Druckerei entdeckt und Proklamazionen, welche zur Verfolgung der Juden auffordern, in groß- und kleinrussischer Sprache aufgefunden. In mehreren Städten Südrußlands fanden blutige Exzesse gegen die Juden statt, die mit der Demolirung von Hunderten von Häusern und Zerstörung der Einrichtungsstücke endeten. Tausende von Bauern beteiligten sich an den Revolten. Die Juden fliehen massenhaft über die Grenze nach Rumänien und Galizien. — Am 16. Mai fand die Polizei nach langen, erfolglosen Nachforschungen in der Nähe der steinernen Brücke, die bei der Erbsenstraße in Petersburg über den Katarinenkanal führt, zwei Minen aus Dinamit, die ein Gesammtgewicht von 160 Pfund hatten. Man vermutet, daß dieselben schon im Juli v. J. gelegt wurden, aber wegen veränderter Dispozizionen nicht zur Verwendung kamen. — In Jelez, Gouvernement Orel, wurde ein Sozialist verhaftet, der auch am bekannten Lipezker Kongresse, der die Attentate gegen den Zaren beschloß, teilnahm. — Am 17. Mai wurde eine in einem abgelegenen Orte außer Petersburg stattgefundene geheime Versammlung von Sozialisten von der Polizei überrascht und die Teilnehmer verhaftet. Ebenso wurde eine Genossin des hingerichteten Scheljaboff, die Geliebte des ebenfalls hingerichteten Kibaltschitsch, von der Polizei ausfindig gemacht und festgenommen. — Der Zar Alexander III. erließ am 11. Mai ein Manifest, in welchem er die strengsten Maßregeln gegen die Revoluzionäre und die Fortdauer des Absolutismus ankündigt. In Folge dessen hat der scheinliberale Loris-Melikoff seine Entlassung genommen und der bekannte oder vielmehr berüchtigte Ignatieff ist an seiner Stelle Minister des Innern geworden.

Der Zar scheint längere Zeit über sein Verhalten gegenüber der revoluzionären Bewegung unklar gewesen zu sein, bis endlich die dem absoluten Herrscher und seiner Machtvollkommenheit schmeichelnden Reakzionäre auf ihn den entscheidenden Einfluß gewannen. An der zukünftigen Entwicklung Rußlands ändert der Entschluß des Zaren im Wesentlichen nichts, nur werden die Formen des politischen Kampfes zwischen den aufstrebenden Volksklassen und dem Zarentum wo möglich noch schrecklicher werden. In dem Manifest des Zaren sowol als in dem Rundschreiben des neuen Ministers des Innern, Ignatieff, spielt die Religion die Hauptrolle und der Zar sagt sogar, daß „Gott" ihm seinen Entschluß eingegeben habe. Wenn man den absoluten Unglauben der „gebildeten" Klassen Rußlands kennt und die Vergangenheit eines Ignatieff, dann muß einen wol Ekel über solche Heuchelei erfassen. Das Revoluzionskomitee hat bereits auf das Manifest des Zaren in einer Proklamazion geantwortet, in der es unter Anderem heißt: „Wir nehmen den uns von Euer Majestät aufgedrungenen Krieg an. Wir werden ausdauern und sind von der Zuversicht beseelt, den Sieg zu erringen; je größer der Druck, desto standhafter wird das Volk werden, und wenn einer von uns getödtet wird, sind zehn begierig, seinen Platz einzunehmen. Wir haben uns bisher nicht von Ihrer Macht gefürchtet und werden dieselbe auch in der Zukunft nicht fürchten."

Der Fürst von Bulgarien hat in einer Proklamazion seine Unzufriedenheit mit der bulgarischen Verfassung kundgegeben und beruft die Nazionalversammlung ein, um dieselbe im reakzionären Sinne abzuändern. Er hat bereits das aus der Nazionalversammlung hervorgegangene Ministerium entlassen und sich mit gefügigen Leuten umgeben, um den Staatsstreich nötigenfalls auch mit Waffengewalt durchzuführen. Dabei erfreut sich natürlich der Fürst der tätigen Unterstützung der reakzionären Regierungen, insbesondere der russischen und deutschen.

Der Sultan hat vor einiger Zeit Verdacht bekommen, daß Abdul Aziz, der durch Hussein Avni und Midhat Pascha abgesetzte Sultan, sich nicht, wie damals offiziell behauptet wurde, selbst entleibt habe, sondern umgebracht worden sei. Die auf Befel des Sultans eingeleitete Untersuchung hat die Wahrheit dieser Annahme ergeben, und es sind eine große Anzal der damaligen Minister und hohen Beamten der Mitschuld an der Ermordung des Sultans in hohem Grade verdächtig. Insbesondere von dem bekanntlich ermordeten Kriegsminister Hussein Avni, dem Schwager des Sultans Mahmud Damat und einigen Palastbeamten ist die Schuld bereits erwiesen. Auch Midhat Pascha, der gegenwärtige Gouverneur von Smyrna, ist in den Prozeß verwickelt und als er verhört werden sollte, in das französische Konsulat geflüchtet, von dem er jedoch an die türkischen Behörden ausgeliefert wurde. Der Prozeß gegen die Sultansmörder dürfte in der nächsten Zeit stattfinden. In Europa hat man vom Anfang an der Nachricht vom Selbstmord Abdul Aziz's keinen Glauben geschenkt und insbesondere von Midhat Pascha hat man allgemein angenommen, daß er dem Tode des ermordeten Sultans nicht ferne stehe.

Aus Parteikreisen.

Der am Pfingstsonntag den 5. Juni d. J. einberufene Arbeitertag in Linz wird um 1 Uhr nachmittags im Saale „zum Elefanten" (Bethlehemerstraße) eröffnet und nach Bedarf am Montag den 6. Juni, 9 Uhr vormittags, fortgesetzt. — Es werden daher die Besucher desselben aufmerksam gemacht, die Anmeldung rechtzeitig erfolgen zu lassen, um die auf den vollen Namen lautenden Einladungskarten zusenden zu können, und im Weiteren es den Einberufern möglich zu machen, für die von auswärts kommenden Gästen Nachtquartiere zu besorgen. Zugleich wird ersucht, um genaue und deutliche Angabe der Adresse, damit im Falle eintretender Hindernisse, die Anmeldung rechtzeitig erfolgen kann. — Ohne Vorweisung der Einladungskarte ist der Eintritt zum Arbeitertage nicht gestattet. — Für das Einberufungskomitee des Arbeitertages: Anton Weigung, Hopfengasse 21, Linz.

Dem Genossen Trosa in Wien wurde die im letzten Prozesse zuerkannte Strafe von 15 fl., eventuell drei Tagen Arrest, anläßlich der Vermälung des Kronprinzen „im Gnadenwege" nachgesehen.

In Salzburg sind gegenwärtig ungefähr achtzehn Genossen inhaftirt, worunter Samobor, Köstler, Schuhe, Huschka, Weigung, Pinter, Bauer, Müller, Georg Marschall, Staar aus Wien und Schnaubelt aus Steyr; die Namen der Uebrigen sind uns nicht bekannt. — Am 10. d. M. wurden die drei Genossen Gattinger, Hartl und Deutl und Herr Zinner aus Wien auf freien Fuß gesetzt. Pinter, Marschall, Deutl sind, beziehungsweise waren beschuldigt, in der Nacht vom Ostersonntag auf Montag eine geheime Sitzung abgehalten zu haben und in derselben ein Attentat — gelegentlich der gewesenen Festivitäten auszuführen — auf unseren Kaiser beraten zu haben. Zinner war ferner beschuldigt, gelegentlich seines Besuches an den Osterfeiertagen Flugschriften nach Salzburg eingeschmuggelt zu haben. Da die Letztbeschuldigten ihr Alibi nachweisen konnten, mußte die diesbezügliche Untersuchung gegen sie eingestellt werden. Doch wird gegen alle vier Entlassenen die Untersuchung wegen Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft und gegen Zinner weiters noch wegen Uebertretung des §. 23 P.-G. fortgeführt. Die Genossen Bernert und Reisinger werden vom Salzburger Landesgerichte steckbrieflich verfolgt, doch befinden sie sich, so viel uns bekannt, beide in der Schweiz.

In Graz wurden vor vierzehn Tagen vier Reservisten wegen sozialistischer Korrespondenz verhaftet. — Auch in Prag wurden vier Unteroffiziere und zwei Jäger vom 13. Jägerbataillon aus uns unbekannten Gründen verhaftet. Unter den Verhafteten befindet sich der seit einiger Zeit hier weilende Genosse Norbert Soula, welcher am 7. d. M. nach Prag zur Waffenübung einrückte.

Das von Josef Florian in Prag im sozialdemokratischen Sinne redigirte satirische Blatt „Pochoden" ist seit dem 1. April d. J. in ein vaterländisch-politisches, sozialistentödtendes Sudelblatt umgewandelt worden.

Der Rekurs gegen die Auflösung des Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der Tischler Wiens wurde zurückgewiesen und dem Obmann-Stellvertreter, Genossen Thomas Model, folgendes Dekret zugestellt: „Se. Exzellenz der Herr Statthalter in Niederösterreich hat mit hohen Erlaß vom 5. d. M., Z. 13510 Nachstehendes anher eröffnet: Laut Erlasses vom 31. März l. J., Z. 124 M. J., findet das hohe k. k. Ministerium des Innern dem Rekurse des Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der Tischler Wiens gegen die von der k. k. Statthalterei unterm 18. September v. J., Z. 34444, verfügte Auflösung dieses Vereines keine Folge zu geben, weil der genannte Verein bei den in seinen Versammlungen abgehaltenen Vorträgen und stattgefundenen Besprechungen trotz zweimaliger Verwarnung wiederholt das ihm statutenmäßig verwehrte Gebiet der Politik und Religion betreten und durch Kundgebung sozialistischer Bestrebungen eine staatsgefährliche Tätigkeit entwickelt hat. — Hievon werden Sie als letzter Obmann-Stellvertreter des benannten Vereines in die Kenntnis gesetzt. Die Rekursbeilage folgt anverwahrt zurück. Wien, am 21. April 1881. Marx."

In der Tischlerwerkstätte des Herrn Pospischil stellten die Arbeiter Montag den 23. d. M. die Arbeit ein. Während andere Meister und Fabrikanten freiwillig die Arbeitszeit reduziren, will Herr Pospischil sie von 10 auf 11 Stunden erhöhen. Um ein solches Vorgehen zu verhindern, wurde die Arbeit eingestellt. Wir warnen hiemit alle Genossen, bei obgenanntem Meister in Arbeit zu treten. Unterstützungen werden mit Dank entgegengenommen.

Käsfach. Am 3. Mai fand hier eine öffentliche Wanderversammlung des ersten steiermärkischen Arbeiterbundes statt, welche jedoch der von der Bezirkshauptmannschaft Umgebung Graz delegirte Kommissär Dr. König als eine Volksversammlung erklärte und darnach behandelte. Genannter Herr zeichnet sich überhaupt durch eine ihm eigentümliche und wol einzig dastehende Auffassung von den Rechten und Pflichten eines Regierungsvertreters in politischen Versammlungen aus. Nach seiner Meinung müssen nicht blos der Vorsitzende und das übrige Bureau einer Volksversammlung großjährige österreichische Staatsbürger sein, sondern auch die Ordner. Der mit ihm erscheinende Gemeindediener muß einen eigenen Tisch haben.

In der Debatte erlaubt sich der genannte Herr nicht blos zu intervenriren, wenn angeblich gesetzwidrige Aeußerungen fallen, sondern er betrachtet sich gleichzeitig als den privilegirten Besitzer aller politischen Kenntnisse, da er, so oft eine ihm nicht richtig erscheinende Aeußerung oder Behauptung seitens eines Redners gemacht wird, sofort eine seiner in jeder Versammlung in die Dutzende steigenden „Berichtigungen" und „Richtigstellungen" anbringt, dabei aber keine Widerrede duldet, sondern falls dennoch ein Redner im Bewußtsein der Wahrheit seiner Behauptungen eine Entgegnung wagt, demselben das Wort entzieht.

Wie angenehm es für einen Redner sein mag, unter solchen Umständen zu sprechen, kann sich wol jeder selber vorstellen. In der am 8. d. M. stattgefundenen Volks- richtiger Wandervers ammlung sprachen Genosse Kaler aus Graz über die indirekten Steuern und die Lage des arbeitenden Volkes und Genosse Kneler aus Graz über die neue Gewerbeordnung. Pauler wurde jedoch noch vor Abschluß seines Referates das Wort entzogen, weil er sich die „Berichtigungen" des Herrn Dr. König gefallen nicht zu lassen erklärte. Die Versammlung war sehr gut besucht und stimmte den Ausführungen der beiden Genossen mit großem Beifall zu.

Am 16. d. M. erschien Polizeikommissär Frankl in Begleitung zweier Detektivs in unserem Redaktionslokale und überreichte einen Hausdurchsuchungsbefel. Als ich den Befel gelesen, stellte ich das Begehren nach Beiziehung zweier bürgerlicher Zeugen, worauf mir Herr Frankl erwiderte: „Sie werden mir nichts beschwerlich machen" und sandte gleich einen Detektiv um dieselben, welcher bald mit zwei Personen erschien. Sodann wurde die Hausdurchsuchung vorgenommen und Alles durchsucht, sogar der Kamin; das Resultat ist aus folgender Bestätigung ersichtlich, welche auf mein Verlangen von der k. k. Polizeidirekzion zugestellt wurde: „Ueber das gestellte Begehren wird Ihnen hiemit die Bestätigung erteilt, daß bei der am heutigen Tage gegen ½6 Uhr abends in den Redakzionslokalitäten des Journales „Die Zukunft" vorgenommenen Hausdurchsuchung nichts Verdächtiges ermittelt wurde. Wien, den 16. Mai 1881. Weiß m. p." — Da in diesem Schriftstück die Gründe, welche die Hausdurchsuchung veranlaßt hatten, nicht angegeben waren, begab ich mich auf die Polizeidirekzion, um dieselben zu erfahren. Polizeikommissär Frankl verlangte aber, ich solle hierum schriftlich ansuchen. Nachdem ich aus der Strafprozeßordnung ersehen hatte, daß diese Bedingung nicht im Gesetze begründet sei, begab ich mich nochmals zur Polizei, mein Verlangen mündlich wiederholend, worauf mir Herr Frankl sagte, auf meine mündliche Anfrage brauche er mir auch nur mündlich den Bescheid zu geben und der Grund der Hausdurchsuchung bei mir sei der gewesen, daß ich im Verdachte stehe, verbotene Druckschriften verbreitet zu haben. Ich protestirte gegen die Verweigerung der Bescheinigung und erklärte Beschwerde führen zu wollen, worauf mir Kommissär Frankl erwiderte, wenn ich ihn chikaniren wolle, so werde er andere Maßregeln ergreifen. Und doch hatte ich weiter nichts verlangt, als mein Recht!

Franz Noz.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Tagesordnung des Verbandstages der Arbeiter-Kranken- und Invaliden-Unterstützungsvereine Oesterreichs, welcher am Pfingstsonntag den 5. und Pfingstmontag den 6. Juni in Wien, Wüst's Gasthaus, 6. Bezirk, Mollardgasse 3, gemäß §. 14 der Verbandsstatuten stattfindet.

1. Eröffnung des Verbandstages, Prüfung der Mandate und Legitimazionen. 2. Bericht der Administrative über die bisherige Tätigkeit des Verbandes. 3. Beratung über den Entwurf der neuen Gewerbeordnung, eventuell Fassung einer diesbezüglichen Resolution. 4. Aufstellung einer einheitlichen Norm, bezüglich: a) Wartezeit und Einzalungsfrist; b) Unterstützungsbeginn und Dauer; c) Rechnungsabschluß und Statistik; d) Revers-Krankheiten; e) Aufstellung des Grundsatzes, daß die Statuten stets die Grundlage eines jeden Vertrages zu bilden haben. 5. Beratung über den Beitritt der Arbeiter-, Fach- und Gewerkschaftskassen zum Verbande. 6. Revision, respektive Abänderung der Verbandsstatuten. 7. Antrag der Linzer Kasse auf Gründung eines Verbands-Reservefondes. 8. Beschlußfassung über die Veröffentlichungen des Verbandes, sowie der einzelnen Kassen. 9. Antrag der Mährisch-Schönberger Kasse auf Erlangung von Staatssubvenzionen für die Invalidenkassen. 10. Allfällige Berichte, Wahrnehmungen oder Anträge der einzelnen Verbandskassen.

Der Verbandstag wird am Pfingstsonntag den 5. Juni, vormittags 9 Uhr, eröffnet und nach Erledigung der Tagesordnung am Pfingstmontag abends geschlossen. Die Vormittagssitzungen dauern von 9 bis 12 Uhr, die Nachmittagssitzungen von 2 bis 7 Uhr. — Sämmtliche Delegirte haben sich mit statutenmäßig ausgestellten Legitimazionen zu versehen. Stimmberechtigt im Sinne des §. 13 der Verbandsstatuten sind nur die Vertreter der dem Verbande angehörigen Kassen, während die Delegirten von dem Verbande nicht angehörigen Vereinen nur mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilnehmen können. — Mitglieder der verschiedenen Vereine können als Gäste beiwohnen.

Pottendorf, den 8. Mai 1881. Freunde und Genossen! Nach langem mühevollen Ringen, ist es uns doch endlich zur Möglichkeit geworden, einen Körper zu bilden, welcher sich als ein Glied an jene große Kette schließen soll, welche bereits den ganzen Erdball umfaßt und ununterbrochen zur wahren Völkerfreiheit und Menschenrechte drängt.

Es wird demnächst hier in Pottendorf ein Komitee zusammentreten, welches die Verpflichtung übernimmt, Statuten zur Gründung einer allgemeinen Lesehalle auszuarbeiten und maßgebenden Orts zur Genehmigung vorzulegen.

Angesichts der finanziellen Misere, welche hier obwaltet, ist uns aber die Sache derart erschwert, daß zu wiederholtem Male der Unmöglichkeit häßliches Gesicht sichtbar wurde, dazu kommt noch die nicht allzu günstige Stimmung der sich besser zu sein dünkenden Menschen, welche keine Mühe scheuen, der sozialen Bewegung hemmend in den Weg zu treten, wozu das Attentat in Petersburg ein neuer Sporn für derlei Leute war, ja noch ist. Aus diesen Gründen werden wir zu diesem Schritte gedrängt, uns an die Parteigenossen zu wenden, mit den freundlichen Ersuchen: dieselben mögen uns in jeglicher Beziehung unter die Arme greifen, um uns eine Stütze zu leihen, im Kampfe gegen die Unwissenheit und Ungerechtigkeit.

Wol wissend, daß die Parteigenossen allerorts ohnehin mit Unterstützungen jeglicher Art stark zu tragen haben, so geben wir uns doch der Hoffnung hin, daß die Freunde des Fortschritts ihr Möglichstes tun werden, um uns in finanzieller sowie in literarischer Beziehung zu unterstützen.

Noch nie hat es an Opfermut gefelt, wenn es galt, dem allgemeinen Besten das Möglichste zu tun.

Freunde und Genossen! Indem auch wir den Grundsatz huldigen: „Einigkeit macht stark" und auch wir Willens sind, sobald wir einen geschlossenen Körper bilden werden, auch unsere Pflicht zu tun, welche uns dann obliegt, so geben wir uns der Hoffnung hin, daß unser Appel nicht nutlos verhallen möge.

Mehrere Genossen.

NB. Etwaige Sendungen sind zu richten an: Stefan Heger, bei Herrn Wappel in Pottendorf Nr. 11 oder an Herrn Karl Staßny in Siegersdorf, Post Pottendorf.

Bruck a. d. Mur. Am 19. März d. J. fand die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins „Vorwärts" mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereins- und Rechenschaftsbericht. 2. Wal des Ausschusses. 3. Allgemeine Anträge. Vorsitzender Martin Hoinigg.

Nach der Verlesung des Protokolles von der am 9. Oktober 1880 stattgefundenen Generalversammlung, welches angenommen wurde, berichtet Herr Ignaz Schmitzberger als Kassier des Vereines: Einnahme von 9. Oktober 1880 bis 19. März 1881 128 fl. 73 kr., Ausgaben 68 fl. 95 kr., bleibt Kassestand am 19. März 59 fl. 78 kr. — Die Wal ergab folgendes Resultat: Martin Hoinigg, Obmann, Lorenz Kirschberger, dessen Stellvertreter, Leopold Jestl, Schriftführer, Josef Gruber, dessen Stellvertreter, Ignaz Schmitzberger, Kassier, Anton Wienerbrieder, Rechnungsführer; Ausschußmitglieder: Herren Nirlbauer, Grobenz, Buchegga, Simon Schmitzberger, Bauer, Rumpl, Richler und Götzl.

Die Genossen Johann Eberer und Peter Hosser aus Kindberg munterten die Mitglieder auf, sie mögen nach ihren Kräften trachten, das Vereinsleben noch viel reger zu gestalten.

Leopold Jestl, Schriftführer.

Meran. Zur Warnung. Alle Vereins- und Parteigenossen seien hiemit auf einen gewissen Teodor Buchmeier, Schneider aus Malsch in Baden aufmerksam gemacht. Derselbe funkzionirte bei dem von unserem Verein am 26. Februar d. J. veranstalteten Maskenball als Kassier und hat sich nach Unterschlagung von 5 fl. 63 kr., welche ihm als Ertrag der Garderobe übergeben wurden, sowie unter Mitnahme einer Partie neuer Eintrittskarten, die bei einer späteren Gelegenheit sehr gut wieder zu verwenden gewesen wären und einen Wert von 4 fl. repräsentiren, heimlicher Weise von hier nach Innsbruck entfernt. Auf eine Aufforderung, den fraglichen Betrag zurückzuerstatten, antwortete er nicht etwa mit einem entschuldigenden, sondern mit einem sehr brüsken Brief, der sodann die gerichtliche Anzeige zur Folge hatte. Nachdem Buchmeier mutmaßlich hiervon Kenntniß erhalten, sendete er zwar 5 fl. ein, jedoch konnte ihm die Vorladung zu dem An-

fangs Mai unbekannten Sälußtermin nicht mehr zugestellt werden, weil er sich inzwischen wiederum von Innsbruck entfernt hatte.

Da sich Buchmeier als eifriger Parteigenosse geberdet, so sei Vorstehendes allen denen, welche mit ihm in Berührung kommen als Warnung mitgeteilt.

Mit Brudergruß

Die Vorstehung des Arbeiter-Bildungsvereines zu Meran.

Eingesendet.

Zur Karakteristik unserer Postverhältnisse.

Die Organisazion unserer Post ist gewiß eine kulturentsprechende, den Verkehrsbedürfnissen der Allgemeinheit sehr dienende; wir wissen das gewiß zu schätzen; wenn man aber die Vorteile dieser Einrichtung für einzelne Staatsbürger, Stände und Parteien beschränken will, so stimmt dies mit dem kulturellen Prinzipe sicher nicht überein.

Man möchte von Ausnahmefällen noch immerhin absehen, wenn es aber zur Regel zu werden droht, daß man Schleife oder Kreuzband von Drucksendungen oder den Umschlag geschlossener Packete aufreißt ꝛc., oder daß Zeitungen und Briefe gar nicht in die Hände des Adressaten gelangen, so muß dies denn doch eine entschieden rechtswidrige Manipulazion genannt werden, und der Geduldsfaden der also Behandelten zu reißen beginnen. — So war eine mit einer starken Kreuzschleife versehene Sendung zweier Kalender, die ich heute von Wien erhielt, wieder gewaltsam aufgerissen, und sogar die aufgeklebte Marke entzwei. Noch entschieden weniger entschuldbar ist das Aufreißen versiegelter Frachtpackete, sowie die Vorenthaltung von Zeitungen und Briefen an den Adressaten, was mir sowol bei Sendungen meinerseits, sowie bei zu erhalten sollenden des Oefteren passirt.

Indem ich dies gerne öffentlich konstatiren möchte, ersuche ich um gefällige Aufnahme dieser Zeilen in das Parteiorgan, und andere Blätter um wenn möglichen Nachdruck.

Ergebenst J. Kals.

Liezen, 5. Mai 1881.

Ober-Kratzau, 12. Mai 1881.

Löbliche Redakzion!

Ich ersuche um gefällige Aufnahme folgender Anfrage in unser Parteiorgan „Zukunft“:

Offene Anfrage an die Administrazion der „Gegenwart“ in Budapest! Seit Anfang November v. J. bin ich auf unser dortiges Parteiorgan abonnirt und wurden mir von 27 seitdem erschienenen Nummern bis jetzt blos 14 zugestellt.

Ferner bestellte ich Ende Jänner zwei ungarische Arbeiter-Kalender, wofür ich per Postanweisung nebst Abonnementsbetrag 50 kr. einsandte. Da mir jedoch bis heute den 12. Mai noch kein Kalender zu Gesicht gekommen und auf mehrere briefliche Anfragen (darunter ein rekommandirter Brief, sowie eine Postkarte mit bezalter Rückantwort) keinerlei Auskunft erfolgt, so sehe ich mich genöthigt, an dieser Stelle die Anfrage an Sie zu richten, ob die selenden Blätter nebst Kalender etwa nicht abgesendet oder aber auf Rechnung gewisser postämtlicher Manipulazionen zu setzen sind.

Josef Waßlawik.

An die geehrte Redakzion der „Zukunft“ in Wien!

Ich ersuche um Aufnahme folgender Berichtigung: In Nr. 39 der „Zukunft“ ist in dem Berichte der Versammlung der Kupferschmiede die Angabe enthalten, daß ich mich auch unter Andern dahin ausgesprochen habe, daß die Kupferschmiede sich dem Vereine „Union“ anschließen sollen. Da dieses geeignet wäre in den Kreisen meiner Fachkollegen die Meinung zu verbreiten, daß ich fahnenflüchtig geworden bin, so sehe ich mich genötigt zu berichtigen, daß ich nicht für den Anschluß an die „Union“, sondern im Allgemeinen für den Anschluß an die Arbeitervereine gesprochen habe. Daß ich nicht direkt für den Anschluß an die Metallarbeiter-Gewerkschaft gesprochen habe, hat darin seinen Grund, daß vor gänzlich indifferenten Arbeitern ich die unselige Zersplitterung in der Metallarbeiterbranche nicht erwähnen wollte, selbst auf die Gefahr hin, daß die „Union“ einige Mitglieder mehr bekommt, da ich noch immer hoffe, daß sich die Mitglieder der „Union“ schließlich doch noch für die Vereinigung, trotz aller möglichen und unmöglichen Mittel, welche einzelne Personen dagegen anwenden, aussprechen werden.

Mit Gruß

Ernst Schweichhart.

Löbliche Redakzion!

Es ist beispiellos, mit welcher Frechheit sich oft Personen als Anhänger unserer Partei bekennen, während ihr Tun und Treiben das strikte Gegenteil davon ist. Geradezu Pflicht jedes Parteigenossen ist es, solche Menschen zu brandmarken, um daß nicht bei indifferenten Leuten eine falsche Idee unseres Strebens platzgreift. Als Beweis, daß es solche Individuen gibt, will ich ein Beispiel erwähnen und gerade einen Menschen herausgreifen, welcher viel durch seine Großmaulkeit unter den Genossen bekannt ist. Es ist dies A. Prucha, Werkführer der Schuhwarenfabrik D. Marte in Wien. Eine solche Paschawirtschaft, wie dort von diesem gewissenlosen Menschen ausgeübt wird, ist geradezu unerhört und dürfte ihresgleichen suchen. Nicht nur, daß derselbe die dort beschäftigten Mädchen zu seinen vielen privaten Botengängen benützt, ohne sie dafür zu entschädigen, so sind auch die Arbeiter genöthigt, sich bei ihm trotz handgreiflichen Nachteil Fabriksmarken für Geld einzutauschen oder Karten zu den von ihm arrangirten Festen zu nehmen, wenn dieselben nicht entlassen werden oder im günstigsten Falle eine schlechtere Arbeit bekommen wollen. Aber nicht genug an diesem. Besagter Prucha wollte vor mehreren Monaten sein altes Mobilar verkaufen und bot dasselbe zweien von seinen Arbeitern an; da diese aber sich die Sache überlegten und den alten Kremsel für teures Geld nicht kauften, wurde ihnen des Montags darauf, als sie in die Fabrik kamen von dem sauberen Werkführer bedeutet, sie mögen aussetzen, er habe für sie nichts zu tun. Als zweiter Fall diene zu seiner Karakteristik, daß, als Unterzeichneter auf seine Aufforderung einem Gesangverein — wo Prucha Mitglied ist und allerdings ganz gut hinpaßt — nicht beitreten wollten, eine demselben nahestehende Person von ihm so wenig Arbeit erhielt, daß sich dieselbe nicht mehr als wöchentlich 4 fl. verdienen konnte, trotzdem er niemals die Arbeit beanständen konnte oder daß etwa wenig zu tun gewesen wäre. Gerade im Gegenteil. — Ueberflüssig wäre es noch zu bemerken, daß dieser — — — natürlich auch die „Festtage“ benützte, um durch Mitwirkung bei der Gesangsproduzion beim „Volksfest“ seinen — Auchsozialismus beweisen zu können, sowie derselbe nicht versäumte am 9. d. zur Huldigung der Prinzessin Stefanie mit den andern Sängern auszurücken. Pfui! über solche Menschen, welche sich nicht schämen, die Leute auszusaugen und sie auf jede Weise zu schikaniren, wenn sie nicht seinen Willen tun, sondern trotzdem bei jeder Gelegenheit mit vomphaften Worten glaubwürdig machen wollen, sie wirken für unsere gerechte Sache, für die Befreiung der Lohnsklaverei.

Doch diesmal genug. Für Alles oben Gesagte übernimmt die volle Verantwortung

Leopold Höfner.

Ausweise.

Nr. 95.

Für die Familien unserer verunglückten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

F. M. 14, Altenhofer 10, Neuhäuser 20, Schweichhart 20, Gehringer 20, Fürst 22, Bürke 12, Reinegger 23, Schneider Wiens 3.11, Bernard 10, die freien Männer an der Hochzeitstafel unseres Genossen Bebner am 15. Mai 7.25, A. Greiner 1.10, V. Prinz 10 von mehreren Genossen in Teplitz durch Kutschera 58, durch Gallus Eferd 54, Tischgesellschaft von Fächern, Wien 1.20, Knoll 20, Ausflug, Hälfte von 5 fl. 46 kr., 2.73, Elischka 40, Schinger 10, die Arbeiter vom Pospischil 80, Ungarn: Nagy 20, Blocha 20, Prager 20, Jakl 20, Iwan 10, Konsum 10, Kaiman 10, Tischgesellschaft beim „heiligen Geist“ 1.15, schriftliche Arbeiten 1.50, Genossen Floridsdorf 2.48, Werkstätte Wessely und Rotter 3.05, die Johannesfeier 1.41.

Summe 30 fl. 31 kr.

Parteigenossen! Laßt Euren Eifer für diese gute Sache nicht erkalten und fahrt fort Eure Pflicht zu tun!

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

In Graz sind für die Familien der Inhaftirten eingelaufen: Benz 20, Stanko 20, Nihilisten am 19. März 1.19, Tischgesellschaft der Kärntner Sänger, Graz 1.10, durch Kienreich 69, Mürzzuschlag: Kolbak 20, Bügl 20, Ettl 10, Fuse 10, Genossen Wigstadtl 2.—, Benz 20, Klagenfurter Genossen 4.50, beim Schnapsen im Kärntnerkeller 32. Summa 11 fl.

Für die Witwe eines verstorbenen Genossen in Graz gesammelt: Huber 20, Franz Kalisto 20, Strasnitzki 10, Kautschi 10, Laber 10, Lokalschoni 10, Roman 10, Wurzer 10, Knaus 5, Spreng 10, Maschina 5, Schlißler 10, Künig 10, Zink 10, Böller 20, Hampl 20, Haubner 10, Lednitzki 20, Onisorg 5, Enzi Alwin 10, Hofman Josef 20, Saullzkt 10, Knander 10, Rusch 10, Wrann 5, Sonnleitner 10, Härtl 10. Summa 3 fl. 10 kr.

Briefkasten.

Redakzion: M., Altergrund: Zur Erhaltung des kaiserlichen Hofstaates werden von der diesseitigen Reichshälfte 4,650.000 fl. und von den Ländern der ungarischen Krone dieselbe Summe geleistet. Von Separatleistungen für einzelne Mitglieder des Kaiserhauses ist uns nichts bekannt.

Administrazion: Wehofsky, Pettau: Abonnirt bis Ende Juni. — P. Gallitsch: Abonnementsrest seit 1. Oktober 1881; bitte die letzte Geldsendung anzugeben und zu reklamiren. — Hiebsch, Tyssa: In der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich. — Verein „Swornost“, Jägerndorf: Abonnirt bis ersten Juli. — Arbeiter-Bildungsverein, Bruck a. d. M: Zehn Kreuzer zu wenig für das Inserat. — Franz Hübner, Schönborn: Wann wurde das Geld gesandt? Reklamiren Sie auf der Post. — Müller, Bares: Abonnirt bis Ende Dezember 1881.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag, nachmittags, Buchhaltung.

Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.

Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.

Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.

Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.

Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene, Tanzunterricht für Vorgeschrittene in Wüst's Gasthaus.

Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Wien. Montag den 30. Mai findet eine **freie Vereinsversammlung** des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und -Arbeiterinnen Wiens in Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche“, Neusünfhaus, Zinkgasse 6, um halb 7 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Zwangsgenossenschaften und das Resultat der Expertise in der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer. 2. Zweck und Nutzen der Vereine. 3. Anträge und Interpellazionen. — Fachgenossen erscheint zalreich!

Samstag den 11. Juni 1881, abends 7 Uhr, findet die Monatsversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und -Arbeiterinnen Wiens, im Lesezimmer, Gasthaus „zum weißen Adler“, Sechshauser Hauptstraße, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsberichte. 2. Aufstellung eines Walkomiter. 3. Vortrag. 4. Anträge und Interpellazionen. — Mitglieder, eure Pflicht ist, zalreich zu erscheinen!

Wien. Die siebente ordentliche Generalversammlung der Maurer und Steinmetze Wiens findet Sonntag den 29. Mai 1881 in der Jaroschauer Bierhalle „zum neuen Burgtheater“, 1. Bez., Schenkenstraße, vormittags ½9 Uhr statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Sekzionen. 2. Neuwal des Ausschusses. 3. Vortrag von Dr. Wollensak. 4. Anträge und Interpellazionen. — Zalreiches Erscheinen der Mitglieder wird dringend geboten.

Wien. Pfingstmontag den 6. Juni zu Gunsten der „Schneider-Fachzeitung“ großes Frühlingsfest, verbunden mit Konzert, Gesang und Tanzkränzchen in Haftner's Etablissement (vormals Neuling), 3. Bez., Ungargasse 52, Ecke der Neulinggasse. — Frühergelöste Karten 30, an der Kasse 40 kr. — Anfang des Konzertes 4 Uhr, des Tanzkränzchens 8 Uhr.

Gewerkschaftsverein der Tischler in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, Montag und Donnerstag statt.

Wien. Pfingstmontag den 6. Juni, Ausflug am Himmel bei Sievering der Schuhmacher-Gewerkschaft in Wien mit Begleitung der Musikkapelle der Instrumentenmacher, verbunden mit Tanzkränzchen und Gesellschaftsspiele. — Sammelpunkt um 6 Uhr früh im Gasthausgarten „zum weißen Engel“, Neulerchenfeld, Gärtnergasse. Abmarsch um 7 Uhr. Teilnehmerkarten per Person 20 kr. — Bei ungünstiger Witterung findet der Ausflug am Sonntag den 19. Juni statt.

Die Unterrichtssekzion der Schuhmacher-Gewerkschaft gibt bekannt, daß Ende Mai ein neuer Kurs im Elementarunterricht in zwei Klassen beginnt. — Derselbe findet jeden Dienstag und Donnerstag von ½8 bis ½10 Uhr abends im Vereinslokale, 7. Bez., Kaiserstraße 96, statt. — Einzeichnungen werden jeden Sonntag, Montag und Mittwoch durch Genossen Korwas vorgenommen.

Genossen! Von der Wichtigkeit und Notwendigkeit eines Elementarunterrichtes überzeugt, hoffen wir auf ein sehr zalreiches Beteiligen an demselben. Mögen viele Genossen die Gelegenheit nicht versäumen, das in der Jugend Versäumte nachzuholen, wo es mit geringen Ausgaben möglich ist das zu erreichen, denn diejenigen Genossen welche noch nicht Mitglieder der Gewerkschaft sind, können durch ihren Beitritt an alle im Vereine bestehenden Bildungsmitteln teilnehmen. Auf sehr zalreiche Beteiligung hofft die Unterrichtssekzion.

Brünn. Das Vereinslokal des Arbeiter-Bildungsvereines befindet sich Radvitzplatz 6, im Hofe links.

Bruck a. d. M. Die Reiseunterstützung von 30 kr. für durchreisende Genossen, welche einem Vereine gleicher Tendenz seit mindestens 3 Monate angehört haben und mit mehr als 3 Monatsbeiträgen im Rückstande sind, wird im Vereinslokale, in Herrn Langus' Gasthaus „zum Spezi“ ausbezalt.

Graz. Der Arbeiter-Sängerbund veranstaltet Sonntag den 12. Juni in den Lokalitäten der Puntigamer Bierhalle seine

Gründungs-Liedertafel,

unter der Leitung des Kormeisters Herrn Fried. Sima, verbunden mit einem Tanzkränzchen, Musik von der löblichen Stadtteaterkapelle. — Zur Verschönerung des Festes werden Begrüßungsschreiben und Telegramme dankend entgegengenommen. — Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 40. Das Komitee.

NB. Begrüßungsschreiben sind zu adressiren: Josef Stehlik, bei Herrn Franz Zidtek, Schmidtgasse 12, 3. Stock, Graz.

Freiwaldau. Der hiesige Arbeiter-Bildungs- und Unterstützungsverein spricht hiermit den Genossen von Römerstadt, Reitendorf, Mähr.-Schönberg, Jägerndorf, Aussig und Mähr.-Trübau für die ihn anläßlich des am 1. Mai l. J. abgehaltenen Gründungsfestes übersendeten Begrüßungsschreiben und Telegramm den herzlichste Dank aus.

Wels. Der Arbeiter-Bildungsverein feiert Pfingstmontag den 6. Juni sein **dreizehntes Gründungsfest**, welches im Gasthausgarten zu Lichtenegg abgehalten wird. — Anfang 4 Uhr. — Delegirte oder Begrüßungsschreiben werden erwünscht. Genossen von nah und fern sind freundlichst eingeladen.

Ein herzliches Lebewol

denjenigen Genossen in Neunkirchen, von welchen ich mich vor meiner Abreise nicht verabschieden konnte.

Johann Kranzlinger jun.

Ein möblirtes Kabinet

ist an zwei Parteigenossen zu vermieten: 6. Bez., Hofmühlgasse 23, 2. Stiege, 1. Stock, Tür 10. [30]

Für einen ledigen Parteigenossen ist ein Bett zu vermieten. — 5. Bez., Spengergasse 12, 2. St., T. 9.

Ernst Schweichhart, Mechaniker für Nähmaschinen,

5. Bez., obere Bräuhausgasse 4, [Haltstelle der Tramway],

empfielt sich den Genossen zu allen Reparaturen und zum Ankauf von Nähmaschinen. — Ich werde bestrebt sein, den guten Ruf, den ich mir durch meine zwölfjährige Tätigkeit in den ersten und größten Nähmaschinengeschäften Wiens [Wiener Stern-Nähmaschinenfabrik, der k. k. Hoflieferanten Wheeler und Wilson Komp. (Gebrüder Kiesch) und der The Howe-Maschinen Komp. (H. Schott)] als tüchtiger Fachmann erworben, auch in dem eigenen Geschäfte bewahren und bin durch meine Erfahrungen in die Lage versetzt, alle Aufträge auf das Beste und Billigste ausführen zu können.

Alte Parteiblätter,

„Volksstaat“, „Volkswille“, „Vorwärts“ (Leipzig), „Volksstimme“ u. s. w. werden zu kaufen gesucht. Offerte, respektive Sendungen sind zu richten an F. Schlegl, Sackstraße 13, Graz.

Lackschmelzer,

welcher Tüchtigkeit nachweisen kann, wird für Oesterreich mit zehn Gulden Gehalt per Woche und freies Quartier gesucht. — Anträge unter „Tüchtigkeit“ an die Expedizion dieses Blattes.

Die nächste Nummer erscheint am 9. Juni.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annoncen.)

Herausgeber und Verleger: Franz Moh, Andreas Grosse, August Kotidek, Heinrich Hohe, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Moh.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schotteuring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 41. Wien, Donnerstag 9. Juni. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Parteigenossen!

Es ist Euch aus den letzten Nummern unseres Blattes bekannt, daß neuerdings mehrere Genossen in Salzburg, Graz, Prag und Wr.-Neustadt in Untersuchungshaft gezogen wurden. Wir machen Euch hierdurch aufmerksam, daß mehrere von den Verhafteten Familienväter sind und daß sich deren Frauen und Kinder, seit sie durch die Verhaftungen ihrer Ernährer beraubt sind, in bitterster Not befinden.

Es ist gewiß der Wunsch eines jeden Parteigenossen, daß auch den verhafteten Genossen selbst ihr Los nach Möglichkeit erleichtert, und daß sie, soweit dies erlaubt ist, unterstützt werden, man braucht aber nur einen Blick auf die in unserem Parteiorgane veröffentlichten Ausweise über die Sammlungen zu werfen, um einzusehen, daß deren Ergebnis ein viel zu geringes ist, um allen oben angedeuteten Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Wir fordern daher alle guten Parteigenossen auf, an allen Orten Sammlungen einzuleiten und die Genossen zu regelmäßigen, wenn auch noch so geringen, wöchentlichen oder monatlichen Beiträgen für diese gute Sache zu bestimmen.

Tue Jeder, was er wünscht, daß für ihn und seine Familie in ähnlichem Falle getan werde.

Gelder sind an die bekannte Adresse einzusenden.

Mit sozialem Gruß

Josef Hybes.

Unter polizeilicher Aufsicht.

An den beiden Pfingstfeiertagen war das Redakzions- und Administrazionslokale der „Zukunft" von drei Detektives bewacht. Dieselben hielten sich teils auf der Straße in der Nähe unserer Ladenthüre, teils in dem gegenüber liegenden Gasthause auf und hefteten sich, sobald eine der in unserem Bureau beschäftigten oder auch häufiger verkehrenden Personen aus dem Hause trat, an deren Fersen und verfolgten sie auf allen ihren Wegen wie der Tod den Kranken.

Einer unserer Genossen, der am ersten Pfingstfeiertage bei uns zu tun hatte, wurde, nachdem er auf die Straße getreten war, nicht nur auf allen seinen Geschäftsgängen von den zudringlichen Gesellen begleitet, sondern sie folgten ihm auch nachmittags in den Prater und setzten sich, zur großen Belustigung seiner ihn dort in einem Gasthause erwartenden Freunde, zu dreien an den nächsten Tisch und spitzten die Ohren um die Fäden der vermeintlichen Verschwörung in ihre Hände zu bekommen. — Aehnlich erging es dem Administrator dieses Blattes, welcher am Pfingstmontag von zwei „Vertrauten" in Haftner's Etablissement auf der Landstraße begleitet wurde, wo sich die beiden wißbegierigen Herren, so oft er mit Jemanden sprechen wollte, so dicht in seine Nähe drängten, daß er sie schließlich sehr energisch auffordern mußte, ihrer Wege zu gehen. Sie leisteten auch der Aufforderung Folge, trotzdem aber war es unserem Administrator nicht möglich, mit irgend Jemanden ein vertrauliches Wort zu wechseln, da es von nun an der anwesende Polizeikommissär für notwendig fand, gerade in der Nähe jenes Tisches zu promeniren, an dem er sich mit einem Freunde niedergelassen hatte.

Nun sind wir wirklich froh, zu wissen, daß Oesterreich ein Freiheitsstaat ist, der von einem glücklichen, zufriedenen, mit Einem Wort, beneidenswerten Volke bewohnt wird, denn was müßten wir uns erst Alles gefallen lassen, wenn wir in einem Polizeistaat lebten!?

Die Reakzion und die Schule.

Unter den reakzionären Bestrebungen, die gegenwärtig in Oesterreich stärker als je seit Beginn des konstituzionellen Regimes nach Geltung ringen, nimmt der Kampf gegen das Reichsvolksschulgesetz den ersten Platz ein. Die Ueberzeugung, daß in der heranwachsenden Generazion und deren künftigen Nachkommen die Entscheidung über das Schicksal der modernen Reakzion zu suchen ist, beherrscht das Tun und Treiben unserer Reakzionäre und flößt ihnen den Mut ein, die Verteidigung von Grundsätzen zu übernehmen, die von der überwiegenden Mehrzal ihrer Führer längst zu den überwundenen Vorurteilen gelegt wurden, wenn sie überhaupt je dieselben mit der irregeführten Masse teilten.

Von zwei Seiten richtet sich der Angriff auf das Reichsvolksschulgesetz — einerseits gegen die Dauer der Schulzeit, andererseits gegen den interkonfessionellen Karakter des Schulunterrichtes. Die erstere Aufgabe erfüllt der bekannte Lienbacher'sche Antrag, die letztere eine vom Abgeordneten Dipauli in der Sitzung vom 12. Mai beantragte Resoluzion, in welcher für die berechtigten konfessionellen Forderungen die volle Berücksichtigung seitens der Regierung durch eine gründliche Abänderung des Reichsvolksschulgesetzes in Anspruch genommen wird.

Der Lienbacher'sche Antrag, der vom Abgeordnetenhause bereits angenommen wurde, geht in seiner neuesten Fassung dahin, daß den Eltern auf dem Lande das „Recht" zusteht, ihre schulpflichtigen Kinder nach Ablauf von sechs Jahren aus der Schule zu nehmen und ihnen die letzten zwei Jahre der Schulzeit blos noch einen höchstens wöchentlich vierstündigen Wiederholungsunterricht zukommen zu lassen. In den Städten können den Eltern in „berücksichtigungswerten" Fällen seitens der Schulbehörde dieselben Zugeständnisse gemacht werden. Die Tendenz des Antrages ist klar: er zielt dahin ab, den Einfluß der liberalen Lehrer auf die heranwachsende Generazion der Kinder auf dem Lande zu beschränken, die besonders in den letzten zwei Schuljahren anzueignenden naturwissenschaftlichen und anderweitigen den religiösen Dogmen feindseligen Kenntnisse in Zukunft so viel als möglich von der ländlichen Bevölkerung ferne zu halten und überhaupt die Wissenssumme für die große Masse der Bevölkerung auf ein Minimum zu reduziren.

In zweiter Linie liegt in der Tendenz dieses Antrages die Forderung der materiellen Ausbeutung der Kinder durch die Eltern und durch das Kapital. Durch die Befreiung vom Besuche der Alltagsschule in den beiden letzten Jahren ist der vielseitig von den Bauern ausgesprochene Wunsch erfüllt, die Kinder noch während der Zeit der Schulpflicht regelmäßig zu häuslichen und Feldarbeiten zu verwenden, ebenso werden durch diesen Antrag die letzten Schranken für die Ausnützung der Kinder zu fabriksmäßiger Arbeit hinweggeräumt.

Wie vorauszusehen war, haben sich die Verfechter des Lienbacher'schen Antrages und der Antragsteller selbst wol gehütet, auf die eigentliche Tendenz des Gesetzentwurfes aufmerksam zu machen; sie haben sich im Gegenteile nach Kräften bemüht, dieselbe zu verdecken und durch heuchlerische Volksfreundlichkeit die Masse in Irrtum zu führen. Insbesondere spielten die angeblichen enormen unerschwinglichen Kosten der jetzigen Volksschule eine hervorragende Rolle unter den Angriffswaffen gegen die achtjährige Schulzeit und als Hauptzweck des Lienbacher'schen Antrages wurde die Entlastung der Landbevölkerung von einem Teile der Schulauslagen angegeben und in zallosen Artikeln der klerikalen Presse dem gläubigen Publikum mundgerecht gemacht. Nirgends aber und von Niemandem wurde ein ernstlicher Versuch gemacht, den Nachweis zu liefern, welchen finanziellen Effekt die Durchführung des Lienbacher'schen Antrages haben und ob derselbe überhaupt eine nennenswerte Verringerung der Schulauslagen herbeiführen werde. Man kann sogar mit ziemlicher Sicherheit im Vorhinein behaupten, daß der Antrag Lienbacher's, falls er Gesetz würde, nur eine unbedeutende Verringerung des Schulbudgets zur Folge haben werde, da weder in den erforderlichen Schulbauten, noch in der Zal des Lehrpersonals, dadurch eine wesentliche Aenderung eintritt. Man darf nicht vergessen, daß die sogenannten unerschwinglichen Schulauslagen hauptsächlich durch die vielen notwendigen Neubauten und durch die ebenso notwendige Erhöhung der Lehrergehalte verursacht wurden; die erstere dieser Ursachen verschwindet von selbst, sobald einmal die Versäumnisse früherer Generazionen gutgemacht sind, während sich an der letzteren auch durch den Lienbacher'schen Antrag nichts ändert.

Gerade der Grund und die Tendenz, welche die Urheber des Lienbacher'schen Schulantrages denselben unterzuschieben suchen, sind demnach Täuschungen, welche von der klerikalen Presse meist mit vollem Bewußtsein ihrer Nichtstichhaltigkeit dem Volke so lange wiederholt werden, bis sie wenigstens in den Augen der Leichtgläubigen und Unwissenden einen Schein von Berechtigung erhalten.

Der Antrag Dipauli's, der auf die Wiedereinführung der kirchlichen Schulaufsicht abzielt, hat dem Antrag Lienbacher's gegenüber doch den Vorzug der Aufrichtigkeit, wenn auch in der Rede, die der genannte Abgeordnete zur Begründung seines Antrages hielt, sich Behauptungen vorfinden, die der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlagen. Es wäre Raumverschwendung, wenn wir hier die Ansichten Dipauli's über den Einfluß der modernen Volksschule auf die Sittlichkeit der Bevölkerung und über die soziale Bedeutung der Religion wiedergeben wollten. Für ihn ist natürlich die moderne Volksschule, d. h. die Volksschule, die nicht unter der absoluten Vormundschaft der Kirche steht, schuld an allen Verbrechen und Lastern, die eine tendenziöse unwissenschaftliche Statistik an der heutigen Jugend entdeckt hat. Wir sind weit davon entfernt, die moderne Jugenderziehung zu verteidigen und ihre offenbaren Mängel zu verkennen; aber es ist ein Zeichen oberflächlichen Denkens, wenn man die heutige Erziehung und die moderne Schule als die Ursachen der Entsittlichung erklärt, statt sie als Simptome viel tiefer liegender sozialer Krankheiten zu erkennen.

Die Geschichte erweist an dem Schicksale der bedeutendsten Kulturvölker, daß mit der Zunahme der Massenarmut auf der einen und immensen Reichtumes und zügellosen Müssigganges auf der andern Seite stets allgemeine Entsittlichung, Steigerung lasterhafter Gewohnheiten und Vermehrung von Verbrechen und Vergehen Hand in Hand ging; das geschah sowol in religiösen als in glaubenslosen Gesellschaften und die Religion äußerte keinen andern bemerkenswerten Einfluß auf das entsittlichte Volk, als daß sie zu den andern Lastern noch das scheußlichste und gefährlichste, die religiöse Scheinheiligkeit, hinzufügte. Die Schule war von jeher nichts anderes als das wichtigste Mittel, um den sozialen Geist und die intellektuelle Durchschnittsbildung der Gesellschaft auf die künftigen Generazionen zu übertragen, weshalb eine verderbte Gesellschaft nie eine andere als eine verderbte Schule und eine demoralisirende Erziehung ihren Kindern als Angebinde hinterlassen kann.

Unsere Gesellschaft ist entsittlicht, weil sie auf unsittlichen Grundlagen beruht — sie befördert soziale Laster und Verbrechen, weil ihre Einrichtungen darauf hindrängen — sie vermehrt die Verbrechen gegen das Eigentum, weil unter dem Schutze ihrer Instituzionen beständig tausende und abertausende ihres Eigentums trotz Arbeit und hartem Kampf ums Dasein verlustig gehen. Wenn nun Jemand wirklich von sittlicher Entrüstung über diese Erscheinungen erfüllt ist, dann rufe er zum Kampfe auf gegen die Ursachen jener Erscheinungen — dann fordere er, daß die Gesellschaft der Moral Genugtuung leiste, indem sie sich auf Grundlagen stelle und Einrichtungen schaffe, die dem sittlichen Bewußtsein ihrer Glieder entsprechen.

Herr Dipauli und Genossen haben jedoch diese Absicht gar nicht — sie sülen auch durchaus keine sittliche Entrüstung über die in der Gesellschaft bestehende Ungerechtigkeit — sie wollen im Gegenteile diese Ungerechtigkeit erhalten, indem sie den Glauben an die bestehenden Autoritäten zu stärken und dadurch die gefährdete Unterwürfigkeit der Massen wieder herzustellen suchen. Herr Dipauli gestand in seiner Rede offen ein, daß es ihm um die Erhaltung des Glaubens, als die Stütze der konservativen Faktoren im Staats- und Gesellschaftleben, zu tun sei. Für ihn und seine Gesinnungsgenossen haben die herrschenden Gewalten und Ordnungen nur insoferne aufrecht erhalten zu werden, als sie das Interesse der Kirche wahren. Die Wissenschaft, insoweit sie dem katolischen Glauben widerspricht, heißt „Afterweisheit" — der Staat, wenn er die absolute Herrschaft der Kirche über die Geister beeinträchtigt, der „omnipotente, heidnische" Staat — die Schule, wenn sie den Aberglauben nicht in Bausch und Bogen akzeptirt, die verhaßte und verleumdete „Ruinschule".

Wir wissen nicht, welche Aussichten der Antrag Dipauli's hat und wie sich die gegenwärtige oder eine zukünftige Regierung zu ihm stellen wird. Aber das eine können wir mit Sicherheit behaupten, daß jeder gelungene Versuch, das Wissen einzuschränken, die Geister zu bevormunden, die Herrschaft der Kirche zurückzurufen, ein Nagel zum Sarge des Staates sein wird, der solche Versuche wagen sollte. Wenn jemals, so ist heute die Wissenschaft eine Macht, und wer gegen sie ankämpfen will, der sicheren Niederlage preisgegeben. Die wahren Staatsverderber sind also diejenigen, welche den Staat und das Volk der mächtigsten Waffe berauben wollen, die im modernen Kampfe ums Dasein über das Schicksal der Staaten und Völker entscheidet. Doch wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Die Bewegungen des Mittelstandes und die Sozialdemokratie.

Von J. Kals.

(Schluß.)

Wie die Liberalen und Konservativen gedrängt sind, zur dermaligen Bauernbewegung Stellung zu nehmen, so steht auch die Sozialdemokratie vor der Frage über das zweckmäßigste Verhalten diesem Faktum gegenüber. Und ich möchte unter diesem Faktum nicht nur die deutschösterreichische Bauernbewegung, sondern den gesammten Bauern- und auch Kleinbürgerstand, — mit Einem Worte, die gesammte Mittelklasse verstanden wissen. Und da im Lager der Partei meiner Wahrnehmungen nach über diese Frage immer noch wenig Klarheit eingebürgert ist, sowie auch die bisherige Haltung nicht erfolgentsprechend war, so sei die Sache hier in Kürze erörtert.

Eine Annäherung oder gar eine gemeinsame Parteiaktion (Vorgehen) zwischen der Mittelklasse und den Lohnarbeitern ist ein viel schwieriger zu Stande bringendes Ding, als die Mehrzal der Sozialisten meinen. Es sind von den Hindernissen, die sich dem entgegenstellen, im ersten Teile des Artikels schon manche berührt, so daß es hierüber keiner langen Ausführungen mehr bedarf.

Unter diesen Hindernissen kommt in erster Linie in Betracht der Kastengeist der Bauern und der Gewerbetreibenden und Mangel an Sinn für die Idee der Gleichberechtigung, der internazionalen Menschenverbrüderung, des allgemeinen Wols, sowie überhaupt der Kulturentwicklung; kurz Mangel an Verständnis der Kulturforderungen.

Ferner das Interesse des Arbeitgebers, welches individuell und besonders bei oberflächlicher Betrachtung ökonomisch (wirtschaftlich) immer dem des Arbeitnehmers entgegengesetzt ist, da die Parole (Losung; hier: wirtschaftlich leitendes Prinzip) der Meister und Bauern auf lange Arbeitszeit, niedere Löhnung und unbedingte Unterwerfung ihren Arbeitern gegenüber lautet, die der letzteren aber entgegengesetzt ist. Weiters das mangelhafte Verständnis über das Wesen der Sozialdemokratie, welches zumal den Bauern höchstens aus den Lügen und Verleumdungen der gegnerischen Blätter bekannt ist; ferner — die Abneigung der Bauern gegen die Industriearbeiter, welche zumeist dem Groll gegen die reisenden Burschen, — für die Bauern „Fechtbrüder", „Landstreicher", „Vagabunden", — welche, statt ihnen billige Arbeitskräfte abzugeben, täglich zur Last fallen, u. A. m. Dies Vorstehende genügt, um den Bauer und Kleinbürger mit wenigen Ausnahmen zum erklärten Feind der Sozialdemokraten und eine diesbezügliche erfolgreiche Aufklärung der Mittelklasse zu einem schwierigen Problem (wichtige, noch ungelöste Frage und Aufgabe) zu machen.

In Staaten, wie Oesterreich-Ungarn, wo die Radikalen und Sozialisten gegen die anderer Kulturstaaten an Macht und Aktionsfreiheit noch ziemlich zurück sind, ist daher in nächster Zeit eine erfolgreiche Propaganda der Sozialisten in Bezug auf die Mittelklasse jedenfalls nicht zu erwarten.

Was nun? soll sich die Sozialdemokratie der Mittelklasse und ihren Aktionen feindlich gegenüberstellen? — einen Kampf aufnehmen? Oder soll sie selbe ignoriren (nicht beachten), von der Agitazion in der Mittelklasse absehen, und sie ihrem Schicksale überlassen? — Dann würde es den Anschein gewinnen, die Sozialdemokratie sei lediglich eine auf den Standesinteressen der Lohnarbeiter beruhende Bewegung; und müßte eine solche Haltung für selbe die Mittelklasse noch feindlicher stimmen oder geradezu zum aktiven Gegner machen.

Den herrschenden Parteien aber erst würde dies willkommen sein!

Aber eine solche Haltung wäre auch den sozialdemokratischen Prinzipien und Tendenz zuwider. Denn die Partei beruht nicht allein auf den Interessen der Lohnarbeiter, sie ist keine bloße Arbeiterfrage, sondern vielmehr eine Kulturfrage, weil sie eine Kulturpartei ist, indem selbe das größtmöglichste Wolbefinden und die größtmöglichste fisische und geistige Ausbildung und Entwicklung Aller zu Ziele hat.

Und darum siegt die Sozialdemokratie — wenn auch verkannter Weise — auch im Interesse der Mittelklasse.

Und darum soll die Propaganda (sistematische Verbreitung von Lehren und Grundsätzen) dennoch auch in die Kreise der Bauern und Kleinbürger getragen werden, trotz alledem!

Dieselbe kann — in Oesterreich-Ungarn — für die nächste Zukunft allerdings nur eine schwache sein, dessentwegen ist es aber nicht weniger geboten, daß klare, positive Normen (Regel, Vorschrift) hiezu aufgestellt werden.

Aber welche?

Nun, es gibt vor Allem drei Mittel der Agitazion, wenn auch arg beschnittene: 1. Vereine und Versammlungen; 2. die Presse; 3. privatime, mündliche und schriftliche Agitazion.

Man sende zu den freien Versammlungen und Kleingewerbetreibenden und auch deren Vereinsversammlungen, mögen sie nun liberalen oder klerikalkonservativen Anstrich haben, Parteigenossen-Redner, und lade andererseits zu den sozialistischen Versammlungen und Vorträgen Kleinbürger und Bauern ein. Man veranstalte selbsteigen Versammlungen, auf deren Tagesordnung Interessenfragen der Mittelklasse stehen. Mittels der Presse ist diesbezüglich freilich schwer zu manipuliren, weil die Kleinbürger und besonders die Bauern sehr schwer zu bewegen sind, sozialistische Blätter zu lesen und noch schwerer, solche zu abonniren; außerdem sind die Arbeiterorgane in der Mehrzal zum gedachten Zweck nicht gut geeignet — —; indeß kann auf verschiedene andere Weise die Presse benützt werden; — man denke nur und berate — mit vereinten Kräften — — —.

Mündliche Agitazion ist jeden fähigen Parteimannes Sache, der mit Bauern und Kleinbürgern zu verkehren Gelegenheit hat, und auf Korrespondenz möchte ich ein besonderes Gewicht legen.

Insbesondere wäre es von Belang, einflußreiche Personen des Mittelstandes, wie z. B. die „Führer" der Bewegungen, bäuerliche Deputirte (Abgeordnete), Gemeindeausschußmitglieder ꝛc., wenn auch nicht eigentlich für die Partei zu gewinnen, so doch den herrschenden Parteien abwendig zu machen. Eine gewisse Simpatie für unsere Sache ist ohnehin dann notwendige Folge. Schreiber dieses hat dies öfters mit Erfolg versucht.

Zur Grundlage der Propaganda sollte aber stets folgendes beachtet werden. Jeder spezielle (abgesonderte) Stand hat mindestens zweierlei Hauptinteressen; nämlich solche der Klasse oder der — Allgemeinheit, und Interessen des Standes.

Wiewol nun das Programm der Sozialdemokraten in seinen Hauptpunkten lediglich Kulturforderungen aufweist, die bei tieferem Blicke nur zum allgemeinen Wol gereichen können, so scheint im Bann der heutigen Zustände bei oberflächlicher Betrachtung doch manches nur für die Lohnarbeiter und gegen die Interessen der Mittelklasse zu sein. —

Demnach ist es also entschieden notwendig, diesbezüglich das Programm dem bewußten Zwecke gemäß zu sondiren (auslesen, untersuchen).

Wenn wir in diesem Gedanken das Programm der modernen Sozialdemokratie durchgehen, so werden wir insbesonders jene wirtschaftlichen Punkte, welche in das Bereich der Gewerbegesetzgebung fallen, als in erster Linie dem Arbeiter zu gut kommend, separiren (separat stellen) müssen, wogegen Forderungen, wie allgemeines Walrecht, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Preßfreiheit, wie überhaupt besonders die Punkte, die ich schon an früherer Stelle dieser Ausführungen angeführt habe, zweifellose Forderungen der gemeinsamen Volksinteressen darstellen; und dürfte es auch nicht so schwer halten, der Mittelklasse nachzuweisen, daß selbe in deren vitalstem Interesse (Lebensinteresse) liegen.

Kurz zusammengefaßt, handelt es sich also darum, jene Punkte, welche schon nach oberflächlicher Ansicht und kurzer Darlegung leichtersichtlich sowol dem speziellen Interesse des Mittelstandes, und zugleich den allgemeinen Volksinteressen dienen, bei der Mittelklasse zu propagiren.

Nach diesem ist die Stellungnahme und Aufgabe der sozialdemokratischen Partei gegenüber dem Mittelstande klar vorgezeichnet. 1. Durch die angeführten Mittel die Bauern und Kleinbürger nach Kräften von der eisernen Umarmung der herrschenden Parteien (Liberalen, Konservativen und wie sie sich sonst heißen) und deren Schwindelpresse loszumachen suchen; 2. denselben das Reakzionäre, Kulturfeindliche, Egoistische und Verworrene der Tendenz ihrer derzeitigen Kundgebungen auseinanderzusetzen; 3. ihnen die bewußten Forderungen des Volkes auch im Interesse der Mittelklasse gelegen — nachzuweisen; 4. der Vorschlag, die Mittelklasse möge in Verbindung mit den Arbeitern als eine große Partei der gemeinsamen Volksinteressen diese Forderungen sich zum Ziel setzen.

Wenn die Partei sich (z. B. in Oesterreich-Ungarn) in ihrer Kraft und ihren Mitteln dieser Propaganda derzeit noch nicht recht gewachsen zeigt, und die gedruckte Gesetzgebung und Handhabung sie besonders an dem Werke hindert, so möge sich dadurch Niemand abschrecken lassen. Wien ist nicht in Einem Tage erbaut und das Kristentum nicht mittels Dampf und Telegrafen verbreitet worden! Man bewege sich in den Grenzen des Möglichen, und sehe sich vor Allem vor, den rechten Weg einzuhalten.

Und es sei noch einmal betont, wer ohne Provokazion (Herausforderung) den Bauern und Meistern von einer Normalarbeitszeit u. dgl. reden will, der wird mit den Bauern keine Kirschen essen und mit den Meistern nicht Profit trinken! Man lasse daher das Auftoßende aus dem Spiele, — unseren Prinzipien brauchen wir deswegen gar nichts zu vergeben.

Möge diese Ausführung im Kreise der Parteigenossen überall Beachtung und — Darnachachtung finden! Und wer anderer Meinung ist, der widerlege! Wer Besseres weiß, heraus damit! Und wenn das Richtige erkannt, sodann an's Werk! Das Weitere soll die Erfahrung lehren.

Politische Uebersicht.

Der für Pfingsten in Linz projektirte Arbeitertag wurde von der oberösterreichischen Statthalterei verboten. Am 9. Mai zeigte Gen. Anton Weigunn bei der Statthalterei die Abhaltung einer auf geladene Gäste beschränkten Versammlung für den 12. Mai mit folgender Tagesordnung an: 1. Besprechung und Beschlußfassung über die Abhaltung eines Arbeitertages zu den Pfingstfesttagen in Linz. 2. Wal dreier Herren aus der Versammlung als Deputazion zum Statthaltereileiter Fürsten Lothar Metternich, um die Bitte, betreffs Abhaltung eines Arbeitertages, mündlich vorzubringen. Auf diese Anzeige antwortete genannter Statthaltereileiter mit folgendem Erlaß: „Die von Weigunn (.) angezeigte geschlossene Versammlung von geladenen Gästen erscheint bei dem Umstande, als aus der Anzeige nicht ersichtlich ist, in welcher Weise die Einladung der Gäste zu geschehen hat, als ein unter die Bestimmungen des Gesetzes vom 15. November 1867 über das Versammlungsrecht zu subsumirende Versammlung. Wegen des oben angeführten Mangels, sowie weil der einzige Einberufer dieser Versammlung nicht die genügende Garantie bietet, die Ordnung in derselben erfolgreich aufrecht zu erhalten, und weil endlich nach der vorgelegten Tagesordnung Zweck dieser Versammlung ein solcher wäre, welcher einer Versammlung das Recht einräumt, an irgend Jemanden über die Zeit derselben hinaus länger oder kürzer dauernde Funkzionen zu übertragen, was gesetzlich unstatthaft ist, finde ich dieselbe auf Grund des §. 6 des oben citirten Gesetzes zu untersagen." Am 20. Mai zeigten eine Anzal Genossen den Arbeitertag selbst mit der bereits bekannt gewordenen Tagesordnung als eine auf geladene Gäste beschränkte Versammlung an. Darauf erfolgte folgender Bescheid: „Diese Versammlung kann nicht als eine nur auf geladene Gäste beschränkte Privatversammlung, sondern muß vielmehr als eine allgemein zugängliche Versammlung im Sinne des §. 2 des Gesetzes vom 15. November 1867 über das Versammlungsrecht angesehen werden, weil den sogenannten Gästen ohne Beschränkung Karten als Legitimazionen ausgefertigt und zugestellt werden. Nachdem nun allen österreichischen Arbeitern die Teilnahme an der projektirten Arbeiterversammlung freisteht, so fällt dieselbe unter die Bestimmungen des obzitirten Gesetzes über das Versammlungsrecht, und muß die Anzeige, daß die Versammlung lediglich auf geladene Gäste beschränkt sei, als eine Umgehung des Gesetzes vom 15. November 1867 über das Versammlungsrecht aufgehoben werden. Ich finde daher die beabsichtigte Versammlung auf §§. 2 und 13 dieses Gesetzes als gesetzwidrig zu untersagen." Da dieses Verbot seinem ganzen Inhalte nach dem Geiste des Versammlungsgesetz's widerspricht, welches Versammlungen, die auf geladene Gäste beschränkt sind, von den Bestimmungen des Gesetzes ausdrücklich ausnimmt, da ferner die in letzter Zeit stattgefundenen Bauern- und Parteitage, die untergleichen Modalitäten einberufen wurden, anstandslos tagten und dadurch die Willkürlichkeit des jetzigen Verbotes tatsächlich konstatiren, wurde sofort der Rekurs an das Ministerium des Innern ergriffen. Da die Frist bis Pfingsten für die Erledigung des Rekurses und für die anderweitigen Anordnungen zu kurz ist, mußte der Arbeitertag vertagt werden. Nähere Mitteilungen erfolgen nach Erledigung des Rekurses in allen österreichischen Arbeiterblättern.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai begründete Graf Hohenwart seinen Antrag auf Wal eines 24er Ausschusses zur Prüfung der Competenz des Reichsgerichtes und des Abgeordnetenhauses in Walangelegenheiten mit dem Hinweis auf die bekannte Entscheidung des Reichsgerichtes in Bezug auf die letzten Walen im oberösterreichischen Großgrundbesitz. Dr. Herbst verlas eine Erklärung namens der Deutschliberalen, worin der Antrag Hohenwart's als verfassungswidrig bezeichnet wird. Nach Verlesung der Erklärung verließen die Deutschliberalen den Sitzungssaal. Die im Saale zurückgebliebene Rechte nahm den Antrag Hohenwart's an und wälte in den Ausschuß nur Mitglieder der Majorität, da die Deutschliberalen jede Teilnahme abgelehnt hatten.

Ein Antrag des tschechischen Abgeordneten Zeithammer auf Abänderung der Reichsratswalordnung für den böhmischen Großgrundbesitz, durch welche die Feudalen die Majorität bekämen, wurde dem Walreformausschusse zugewiesen.

Das Abgeordnetenhaus hat den Bau der galizischen Transversalbahn auf Staatskosten beschlossen.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. Mai, in welcher der Lienbacher'sche Schulantrag (siehe Leitartikel) beraten wurde, hielten die deutschliberalen Abg. Prof. Eduard Sueß und Adolf Beer fulminante Reden gegen die reakzionäre Politik der gegenwärtigen Regierung und riefen damit auf der Galerie derartig laute Zustimmung hervor, daß nach der Rede von Sueß die Galerie auf Befel des Präsidenten geräumt wurde. Wenn die Taten dieser Herren ebenso energisch wären, als ihre Reden, seitdem sie in der Minorität sind, so gäbe es eben keine reakzionäre Regierung in Oesterreich. Nichtsdestoweniger verdienen manche Ausführungen der genannten Abgeordneten volle Beachtung, weil sie die Unwahrheit der gegen die moderne Schule geschleuderten klerikalen Verleumdungen festnagelten. So weisen, wie Dr. Beer nachwies, die Listen über die Ersatzmannschaften aus den Jahren 1872—74, welche Mannschaften betreffen, die vor dem Inkrafttreten des neuen Volksschulgesetzes die Schule besuchten für Böhmen 31·9 Prozent, für Schlesien 38%, für Steiermark 49% u. s. w. von Rekruten nach, die weder lesen noch schreiben konnten. Das waren die Resultate der heute von den Klerikalen verhimmelten alten Schule! Aber auch die Gehalte der Lehrer waren darnach. Zu Beginn der Siebziger-Jahre noch bezogen in Tirol 91 Lehrer einen Jahresgehalt von 40 fl., 221 von 40—60 fl., 343 von 60—80 fl., 303 von 80—100 fl., 454 von 100—150 fl., 197 von 150 bis 200 fl., 209 von 200—250 fl., 57 von 250 bis 300 fl., 48 von 300—400 fl. und nur 10 Lehrer bezogen einen Jahresgehalt von mehr als 500 fl. Wie heuchlerisch ist solchen Zalen gegenüber das Geschwätz der Klerikalen von den seither „unerschwinglich" gewordenen Schullasten, die doch hauptsächlich nur durch den Bau anständiger Schulhäuser und durch die notwendige Verbesserung des Loses der Lehrer herbeigeführt wurden. Den Ausführungen des Abg. Dipauli gegenüber, der die moderne Schule für die Zunahme der Verbrechen verantwortlich macht, ist hervorzuheben, daß in Tirol im Jahre 1863 700 Verbrecher bestraft wurden, im Jahre 1865 schon 1119 und so jedes Jahr mit Steigerung weiter. Das war noch zur Zeit der gerühmten alten Schule. Solchen Tatsachen gegenüber müssen wol alle Verleumdungen gegen die Schule verstummen.

Am 24. Mai fand im Abgeordnetenhause die Schlußabstimmung über den Antrag Lienbacher's statt. 151 Abgeordnete von der Rechten stimmten dafür. 141 von der Linken dagegen. 52 Abgeordnete fehlten.

Am 24. Mai wurde im Abgeordnetenhause eine Resoluzion angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, behufs einer zeitgemäßen Reform der unter Verwaltung des Staates stehenden Pfandleihanstalten, insbesondere der in Wien durch Errichtung mehrerer Filialen und mögliche Herabsetzung des Zinsfußes mit tunlicher Beschleunigung die erforderlichen Schritte vorzukehren.

Der Unterrichtsminister erteilte den akademischen Senaten der Universitäten Wien, Graz, Innsbruck und Czernowitz eine Rüge wegen der von ihnen an das Herrenhaus gerichteten Petizionen gegen die Trennung der Prager Universität in eine deutsche und tschechische, trotzdem das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger im Art. XI sagt: „Das Petizionsrecht steht Federmann zu .... Petizionen unter einem Gesammtnamen dürfen nur von gesetzlich anerkannten Körperschaften oder Vereinen ausgehen." Da die akademischen Senate zweifellos „gesetzlich anerkannte Körperschaften" sind, steht ihnen auch das Petizionsrecht zu und die Rüge des Unterrichtsministers widerstreitet dem Staatsgrundgesetze. Abg. Auspitz interpellirte auch wegen dieser Rüge, bekam aber natürlich keine Antwort.

Die Gemeindevertretungen der westlichen Vororte Wiens hatten wegen der Annahme des Antrages Lienbacher's Trauerfahnen an den Schulgebäuden ausgehängt, mußten aber dieselben auf Befel der Polizei herabnehmen. Abg. Friedrich Sueß interpellirte darüber den Minister Grafen Taaffe, letzterer verließ aber, statt eine Antwort zu geben, den Sitzungssaal.

Der Antrag des Abg. Obreza auf eine Börsensteuer wurde dem Gebühren-Ausschusse zugewiesen.

In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses vor Pfingsten wurde auf Antrag Lienbacher's beschlossen,

alle Petizionen, die nicht erledigt wurden, einfach der Regierung zuzuweisen. Wir machen alle Arbeiter auf diese Metode, Petizionen zu erledigen, aufmerksam, damit sich keiner die nutzlose Mühe gebe, auch einen Beitrag für die große Kiste zu liefern, in der die Petizionen bis zur Würdigung durch die Regierung — verschimmeln.

Im Jahre 1880 fanden in Oesterreich 635 Konfiskazionen von Zeitungen statt. Die in Oesterreich erscheinenden sozialistischen Organe in deutscher Sprache wurden 161mal konfiszirt. Die meisten Konfiskazionen fanden in Böhmen, insbesondere in Prag statt. In letzterer Stadt allein 177, in Wien 108, in Lemberg 59, in Triest 43.

Der oberste Gerichtshof hat das bekannte Urteil des Prager Oberlandesgerichtes aufgehoben, durch welches dem Drucker der auf dem liberalen Karlsbader Parteitage beschlossenen, aber konfiszirten Reioluzionen die Einspruchsverhandlung verweigert wurde und eine öffentliche Einspruchsverhandlung angeordnet. In der Entscheidung wird hervorgehoben, daß durch eine derartige Interpretazion des Gesetzes, wie sie dem Prager Oberlandesgerichte beliebte, das Einspruchsrecht gänzlich illusorisch würde.

Die Unterrichtskommission des Herrenhauses hat den Lienbacher'schen Schulantrag abgelehnt.

Die Irredentisten — diejenigen, welche die Annexion Istriens, Triests und Südtirols an Italien anstreben — machten am Vermälungstage des Kronprinzen verschiedene Demonstrazionen; so explodirte in Pirano eine Petarde, „man" verhaftete mehrere Personen, darunter zwei junge Mädchen. — In Capod'Istria erfolgten an drei Abenden Petardenexplosionen, zalreiche Haussuchungen und Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Magistratsbeamter.

Das Wuchergesetz wurde vom Kaiser am 28. Mai sankzionirt. — Das Gesetz, betreffend die Errichtung einer tschechischen Universität in Prag, wurde vom Abgeordnetenhause angenommen.

Julius Verhovay, Redakteur des „Függetlenség" und sein Mitarbeiter Henthaler, die wegen mehrerer Artikel gegen die gemeinsame Armee angeklagt worden waren, sind von den Pester Geschwornen freigesprochen worden. Der Kaiser hat unmittelbar darauf telegrafisch die Freilassung der wegen tätlicher Mißhandlung des Redakteurs Bartha verurteilten Offiziere Dienstl und Rüstow angeordnet.

Im Kanton Zürich haben die Reakzionäre über 30.000 Unterschriften für ihre Petizion an die Regierung um das Verbot der Abhaltung des Sozialistenkongresses zusammengebracht.

Die Neuwalen für den ungarischen Reichstag finden vom 24. Juni bis 3. Juli statt. Die Eröffnung des Reichstages ist auf den 24. September festgesetzt.

Der Fürst von Bulgarien fordert von der Nazionalversammlung folgende bescheidene Verfassungsänderungen: 1. Die Bekleidung mit außerordentlicher Gewalt für 7 Jahre; 2. Die Suspension der gewöhnlichen Session der Nazionalversammlung für dieses Jahr; 3. Das Recht, vor Ablauf der 7 Jahre die große Nazionalversammlung zur Revison der Verfassung einzuberufen. Vielleicht kommen die Bulgaren zur Ueberzeugung, daß sie sich selbst einen großen Dienst erweisen, wenn sie sich diesen Fürsten vom Halse schaffen.

Der General Vogel von Falckenstein wurde auf Requisizion der braunschweigischen Regierung wegen der Geldstrafen, zu denen er wegen widerrechtlicher Inhaftirung der Sozialisten im Jahre 1870 in Lötzen verurteilt worden war und die zu bezalen er sich beharrlich weigerte, gepfändet.

An die Stelle des Ministeriums Cairoli trat, nachdem Sella von der Rechten mit seinen Versuchen, ein konservatives Kabinet zu bilden, gescheitert war, ein „gemäßigt"-liberales Ministerium mit Depretis an der Spitze, der schon unter Cairoli Minister des Innern war.

Gambetta hielt eine Art Triumfreise à la Napoleon III. in seine Heimatsstadt Cahors und wurde von Deputazionen und Behörden gleich einem Monarchen gefeiert. In Cahors selbst hielt er ein paar Reden, die aber weit hinter den hochgespannten Erwartungen seiner Verehrer zurückblieben. Gambetta wird in Folge der Bereitwilligkeit, mit der er die speichelleckerischen Huldigungen entgegennahm, von den radikalen Organen hart angegriffen.

Ein Antrag des Radikalen Barodet auf Abschaffung des Senates und sonstige Revision der Verfassung wurde von der Deputirtenkammer abgelehnt.

Wegen Teilnahme an der von uns gemeldeten Demonstrazion zu Gunsten der Jesse Helfmann in Marseille wurden vom Zuchtpolizeigerichte Susini zu dreimonatlichem Gefängnis und 100 Franks Geldbuße, Paula Minck, zu einmonatlichem Gefängnis und von drei andern Angeklagten der eine zu zweimonatlichem, der zweite zu dreimonatlichem, der dritte zu achttägigem Gefängnis verurteilt.

Auf eine Anfrage erklärte der englische Minister Granville am 20. Mai im Oberhause, der Regierung seien keine Vorstellungen über das Asilrecht gemacht worden. Die Ansichten Englands über dasselbe seien so bekannt, daß solche Vorstellungen nicht wahrscheinlich seien; aber Rußland habe mit Zustimmung Deutschlands England zur Teilnahme an einer Konferenz aufgefordert, um praktische Metoden zur Unterdrückung verbrecherischer Bestrebungen gewisser Assoziazionen zu erwägen. Nach der Ermordung des Zaren sei es nicht merkwürdig, daß Rußland unter andern Mitteln den „Verbrechen" ein Ende zu machen, die Mitwirkung anderer Mächte nachsuche. Es sei nicht Simpatie mit dem Nihilismus, welcher die Regierung zur Ansicht veranlasse, daß die Teilnahme an einer Konferenz nicht vorteilhaft sei. Wenn der Nihilismus das sei, was er scheine, nämlich eine große Assoziazion gegen die Gesetze und Institutionen der zivilisirten Gesellschaft, so sei es vollkommen klar, daß es die Pflicht und im Interesse Englands sei, demselben entgegenzutreten und ihn zu bestrafen. Er glaube aber, daß dies nur insoweit ausführbar sei, als es die Gesetze gestatten.

Die revoluzionäre Aufregung in Irland steigt. Der Sekretär der Landliga, Brennan, wurde am 23. Mai, der bedeutendste Organisator der Liga, Kittle, am 28. Mai verhaftet. In Mitchelstown fand am 27. Mai gelegentlich dreier mit Hilfe von 250 Polizisten und einer Dragonerableilung vorgenommenen Exmission ein ernster Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung und der Truppenmacht statt. Die Volksmenge wuchs bis zu 12.000 Personen an. Die Polizei wurde mit Steinwürfen angegriffen und mehrere Polizisten wurden verwundet. Von weiteren Exmissionen wurde abgelassen. — Auf der Insel Arran-More fand am 31. Mai ein Handgemenge statt. Fünf Bote, welche zu dem dort zum Schutze der Gerichtsdiener stazionirten Kanonenboote „Boshawk" gehörten, wurden von den Bewohnern der Insel zerstört. — In Bodyke versuchten Gerichtsexekutoren die Exekuzionsbefele gegen einige Pächter auszuführen; die Bevölkerung versammelte sich in großen Massen, griff die Exekutoren und die denselben zum Schutze beigegebene Militär- und Polizeimannschaft an und schoß auf dieselbe. Auf beiden Seiten fanden Verwundungen statt. — Aus der Grafschaft Galway wird wieder ein agrarischer Mord gemeldet.

Most wurde am 25. Mai von den Geschwornen schuldig gesprochen; das Strafausmaß wird vom Richter erst bestimmt werden, wenn die vom Verteidiger erhobenen gesetzlichen Einwände vom Gerichte erledigt sind.

Ein aus dem Dorpater Gefängnis, Rußland, Entlassener teilt in der Petersburger Wochenschrift „Nedjela" mit, daß den politischen Häftlingen in den russischen Gefängnissen Nägel in die Füße geschlagen, die Beine gebrochen und daß diese Häftlinge bei den Füßen aufgehängt werden. — In Elisabetgrad wurden zwei junge Handwerker, welche revoluzionäre Proklamazionen der „Semlja i Wolja" verbreiteten, verhaftet.

In Wilna haben zalreiche Verhaftungen polnischer Sozialisten stattgefunden. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Advokaten, ein Buchhändler und ein Ingenieur. — In Petersburg wurde wieder eine Anzal Marineoffiziere verhaftet, darunter ein Enkel des berüchtigten Polenhenkers Murawiew, Gouverneurs von Littauen. — Der Zar ist in aller Stille nach Peterhof übersiedelt.

Aus Parteikreisen.

Die Bemühungen der österreichischen Polizei, das sozialdemokratische Schreckgespenst zu verscheuchen und der in der Verfolgung dieses Zieles entwickelte Eifer verdienen Bewunderung. Diese Bemühungen machen uns die Schaffung eines Ausnahmegesetzes wie in Deutschland oder die Erlassung eines Manifestes wie in Rußland vollständig entbehrlich. Derselbe „Gott", welcher dem russischen Zaren nach seiner Versicherung eingegeben, als Despot fortzuherrschen und jede freiheitliche Regung zu unterdrücken, scheint auch unsere Signalsbehörde zu beseelen. Denn wenn wir auf ein Jahr zurückblicken und uns die massenhaften Hausdurchsuchungen und Verhaftungen ins Gedächtnis rufen, welche die Angehörigen unserer Partei innerhalb dieses Zeitraumes im freien Oesterreich über sich ergehen lassen mußten, so überfällt uns ein Schauer und wir müssen uns fragen: Was würde erst geschehen, wenn die österreichischen Sozialdemokraten nicht so zahm und lammsfromm wären, wie sie in der Tat sind? Und was ist das Resultat all dieser manchmal polizeilichen Chikanen? Nichts, denn trotz aller dieser auf den Spießbürger berechneten Gruselnotizen unserer liberalen und „demokratischen" Polizeiblätter von „sozialrevoluzionären Agenten", „Sprenggeschossen" und „Chiffernschrift" wissen wir doch, daß bei unseren Parteigenossen nichts konfiszirt wurde, als was sie zu besitzen das Recht hatten.

Montag den 29. Mai d. J. fand bei unserm Genossen Anton Prinz, der in der Privatheilanstalt in Oberdöbling beschäftigt ist, auch eine Hausdurchsuchung der erwähnten Art statt, welche von früh 5 bis ½8 Uhr dauerte und welche vom Bezirksleiter, einem Unterbeamten und zwei Detektives vorgenommen wurde. Man kam hierbei auf Wechselscheine, welche Prinz, als er Buchhaltung studirte, angefertigt hatte; diese Scheine wurden von den behördlichen Organen großer Aufmerksamkeit gewürdigt und es wundert uns sehr, daß unsere Tagesblätter nicht die Mitteilung brachten, der Polizei sei die ganze sozialrevolnzionäre Parteikasse, bestehend in einer halben Million Gulden in Peimawechseln, in die Hände gefallen. Mit Beschlag belegt wurden zwei Notizbücher, mehrere Briefe und Broschüren, darunter eine in französischer Sprache nicht politischen Inhalts und ein Liederbuch von Johann Most. Prinz mußte auf die Polizei folgen, wo er ein längeres Verhör zu bestehen hatte, worauf er nachmittags 5 Uhr wieder entlassen wurde. Die konfiszirten Sachen wurden ihm am 2. Juni mit Ausnahme der Broschüre „Zapfelhuber", Most's Liederbuch, Anti-Sillabus und eines Aufgabescheines über 4 fl. nach Paris zurückgegeben. Die zurückbehaltenen Sachen wurden der Staatsanwaltschaft übergeben.

Donnerstag den 2. Juni fand in Zobel's Bierhalle eine von zirka 1200 Personen besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: Das Schulgesetz statt. Von sämmtlichen Rednern wurde die Einführung der sechsjährigen Schulpflicht als reactionär bezeichnet und es wurde ein Protest gegen den Beschluß des Abgeordnetenhauses in dieser Angelegenheit eingebracht. Die Resoluzion wurde einstimmig angenommen.

Gegen Genossen Ferd. Schafhauser in Floridsdorf wurde wegen Uebertretung des §. 300 St.-G. (Aufwiegelung) beim k. k. Landesgerichte in Wien die Untersuchung eingeleitet.

Am 30. Mai, nachmittags 3 Uhr, wurde der Arbeiter-Bildungsverein in Steyr im Auftrage der Statthalterei von Oberösterreich im Beisein von acht Polizisten aufgelöst und das Vereinsvermögen in Beschlag genommen. Die „Gründe" sind uns derzeit noch unbekannt. Der Verein bestand bereits elf Jahre.

Seit 3. Juni d. J. erscheint in Brünn ein neues Parteiorgan unter dem Titel „Volksfreund". Dasselbe erscheint monatlich zweimal und kostet vierteljährig 30 kr.

Graz. In der hiesigen Schuhwaarenfabrik, Aktiengesellschaft, vormals Pollak haben sämmtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt. Dem Generaldirektor Pollak war bekannt geworden, daß infolge der erbärmlichen Lohnverhältnisse in der Fabrik und der kronisch gewordenen Lohnreduzionen, die den meisten Arbeitern nur mehr eine tierische Existenz ermöglichen, eine Bewegung unter den Arbeitern der Fabrik entstanden war, welche den Zweck hatte, bessere Lohnbedingungen zu erzielen. Kaum hatte er dies erfahren, als er den telegrafischen Befel gab, die „Rädelsführer" sofort zu entlassen. Die Entlassung der angeblichen Rädelsführer fand statt, die Arbeiter aber antworteten auf den Ukas des Direktors mit der sofortigen Arbeitseinstellung. Zuzug ist ferne zu halten.

Wie uns nachträglich gemeldet wird, hat Herr Pollak sich telegrafisch an die hiesige Polizeidirekzion um „Schutz gegen die Arbeiter" gewendet, da letztere die Fabrik demoliren wollten. Die deshalb zum Polizeidirektor vorgelabenen „Rädelsführer" verwahrten sich auf das Entschiedenste gegen diese Verdächtigung. Auf die Frage des Polizeidirektors, was sie zu ihrem Vorgehen veranlaßt habe, erklärte einer der Arbeiter, daß die jetzigen Löhne keine menschliche Existenz mehr gestatten und führte als Beispiel an, daß für eine Arbeit, die früher mit 45 Kreuzern bezalt wurde, jetzt nur mehr 17 Kreuzer gezalt werde. Heute, den 4. Juni, wurde die Fabrik gesperrt, und den Frauen mitgeteilt, daß sie nach Pfingsten nicht mehr in die Arbeit kommen sollen.

Unterstützungen sind dringend notwendig und sind an Josef Moßhart, Elisabetinergasse 22, Graz, zu senden. Es streiken 175 Arbeiter.

Bukowina. Es dürfte nicht uninteressant sein für die Parteigenossen, wenn dieselben erfahren, daß bei ganz vielleicht schon vergessenen Parteigenossen, welche sich in der tiefen Bukowina, und zwar mitten in einem Walde, wo auf einen Umfang von mindestens 2 bis 4 Meilen lauter hoher dichter Wald, sich befinden und wo nur ein freier Flächenraum von ungefähr zehn Klafter Breite und fünfzig Klafter Länge auch der offen handelnde Mensch von einer hohen Obrigkeit, welche nur volle sechs Meilen Weges zu fahren hat, gehaussucht wird. Nicht genug, daß ein Wachtmeister und zweitnächste Gemeindevorstand beordert waren, nein, es mußte noch ein zweiter Postenführer vom nächsterstenen Posten und ein zweiter Gemeindevorstand, der der nächste von hier war, beigezogen werden und erschienen diese Herren am Gründonnerstag in diesem Urwalde, wo ich als Brettsägemaschinist angestellt bin und suchten alle Wohnräumlichkeiten sowie Kleidungsstücke, alle Strümpfe und Unterziehhosen wurden gewendet, jedes kleine Stückchen, wo etwas eingewickelt war, wurde geöffnet, als wie wenn man Dinamitpillen gesucht hätte; auf mein öfteres Fragen, was die Herren eigentlich suchen, bekam ich keine Antwort und weiß bis heute nicht, von wo aus die Auftragserteilung ausging, nur hat sich einer von den Herren verlauten lassen, daß die Herren in Wien meinten, Bajaschoskul, wo ich mich befinde, sei die Hauptstadt von Bukowina und — einstweilen ist es nur eine Dampf-Brettsäge in einem Urwald, wo man mit 21 denkfaulen ruthenischen Arbeitern die ganze Woche über Bretter schneidet und des Sonntag ganz isolirt in den Wald hineinbrütet. Trotzdem ich um den Bescheid ersuchte und mir derselbe binnen 24 Stunden versprochen wurde, so habe ich bis heute noch nichts. Nun man hält hier so Vieles für überflüßig, wahrscheinlich auch dieses. Das Schönste an der Sache war, daß die Bauern etwas von einem Raubmord munkelten, wie dieselben eine so starke Kommission zu mir gehen sahen. Das Resultat der Hausdurchsuchung war: einige Exemplare der „Zukunft", vier Jahrgänge der „Neuen Welt", 2 Broschüren von J. Most, nämlich "Lösung der sozialen Frage" und „die Kleinbürger und die Sozialdemokratie", 1 Stück „Freiheit" von Zimmermann, 10 Stück Briefe von Herold aus Nadworna, 1 Brief von Haderlein und mehrere von Freunden und Bekannten, alle rein privatiner Natur. Wie ich eben erfahren, hat man bei Herold auch gehaussucht und 21 meiner Privatbriefe mitgenommen. Hätte man mich in Wien, Graz oder Czernowitz „beehrt", so hätte ich es halb begreiflich gefunden, aber hier, wo man bereits als ein freier Eingeseßener sich befindet, mitten in einem Urwalde, das ist doch zu bunt gewesen und wird vielleicht auch nicht schaden, denn man frägt mich jetzt öfters, was denn die Herren bei mir wollen. Das Schönste ist aber noch, daß man auf der Post nachfragte, ob ich viel korrespondire und mit wem; auch pflege ich zu einen Geschäftsgenossen, namens Josef Müller, einzutreten, wenn ich Einkäufe besorge und diesen ersuchte der eine Postenführer, er möchte so gut sein und mich zu sich einladen und ihn, den Postenführer, auch und solle einen politischen Diskurs anknüpfen, damit er sich über mich klar werden könne. — Er glaubt gewiß, einen Gimpel fangen zu können. O! — möchte man unwillkührlich ausrufen.

Joh. Harazim, Maschinist in Bajaschoskul.

Aus dem Vereinsleben.

Baden. Sonntag den 1. Mai wurde im hiesigen Arbeiter-Bildungsverein die Monatsversammlung abgehalten, in welcher auch ein Vortrag über Zweck und Nutzen der Vereine in deutscher und böhmischer Sprache auf der Tagesordnung stand. Derselbe wurde jedoch untersagt, respektive durfte nur in deutscher Sprache abgehalten werden. Ich hielt dieses Vorgehen von Seite der Bezirkshauptmannschaft als Willkührakt und stellte daher den Antrag, gegen dieses Vorgehen den Rekurs zu ergreifen, und habe mich in der Monatsversammlung folgenderumaßen geäußert: „Ich kann es nicht begreifen, daß dieselbe Bezirkshauptmannschaft in Böslau mehrere Male böhmische Vorträge abhalten ließ und in Baden derartige Vorträge untersagt; ich erachte es nur als einen bloßen Willkührakt und als eine Verletzung des Versammlungsgesetzes". Wegen dieser Aeußerung wurde gegen meine Person wegen „Aufwiegelung" die Voruntersuchung eingeleitet. Auch gegen Genossen Dollak wurde die Voruntersuchung eingeleitet. — — —

W. Bernaschek.

Mähr.-Schönberg. Am 27. April starb nach kurzem Leiden unser Genosse Ignaz Beier im Alter von 63 Jahren. Obwol es ihm nicht gegeben war, für unsere Ideen von der Tribüne herunter einzutreten, so war er doch ein Freund zur Erlösung der darbenden Menschheit. Möge diesem Freund so Mancher nachahmen. Ehre seinem Andenken! R. Gebauer.

Karlsdorf. Sonntag den 8. Mai fand die zweite Generalversammlung der allgemeinen mährisch-schlesischen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse statt. Tagesordnung: 1. Vorlesung der Protokolle. 2. Bericht des Obmannes. 3. Bericht des Kassiers und der Revisoren. 4. Anträge und Interpellazionen.

Der Schriftführer liest die Protokolle, welche sich auf die Generalversammlung beziehen, vor. — Der Obmann Albert Haulk legt der Versammlung den Jahresbericht vor und es wurde derselbe in Details revidirt und für richtig befunden, ferner wurden gedruckte Exemplare von Jahresberichten an die Mitglieder verteilt. — Kassier Josef Neugebauer berichtet über die Einnahmen und Ausgaben und über den Kassestand. — Für das Revisionskomitee referirt Johann Berger. — Die Neuwal ergab folgendes Resultat: Als Obmann wurde Hilar Wehrberger in Karlsdorf gewält. In den Ausschuß wurden gewält und zwar: Alois Ludwig, Eduard Eugner, Josef Neugebauer, Franz Zwiener, Johann Berger, Julius Wehrberger, Johann Bernt, Johann Thädel, Franz Lindner, Albert Haulk, Josef Peirel, Johann Köhler, Rob Schwarzer, Johann Harich, Franz Schrolt, Julius Schilder, Alois Schindler, Robert Neugebauer, Johann Fik, Gustav Ueban, Karl Ascher, Josef Ludwig, Karl Partsch, Peter Knapp, Josef Beutel,

David Fitz, Johann Knoblich, Franz Schramm, Eduard Partsch; als Revisoren wurden Alois Köhler, Franz Schreier, Friedrich Heil, Robert Geißler, Johann Haider gewählt. — Beim sechsten Punkt wurde der Antrag des Johann Bernt, betreffs des Verbandes mit anderen Arbeiter-Krankenkassen von der Versammlung einstimmig angenommen. — Nach Schluß der Versammlung hielt der Ausschuß seine erste Sitzung, in welcher die anderen Funktionäre gewählt wurden. Als Obmann-Stellvertreter wurde Johann Berger, als erster Schriftführer Alois Ludwig, als zweiter Franz Lindner, als Rechnungsführer Franz Zwiener, als Kassier Julius Wehrberger gewählt; in die Finanzsektion wurden Johann Knoblich, Eduard Eugner, Josef Ludwig, Gustav Urban, Franz Schrott, Alois Schindler, Johann Herich, Johann Bernt, Johann Fitz und Robert Schwarzer gewählt.

Alois Ludwig, Schriftführer.

Eingesendet.

Wien, 24. Mai 1881.

Löbliche Redakzion!

Wir ersuchen um gefällige Aufnahme dieses Schreibens in unser Parteiorgan „Zukunft".

Die Meerschaum- und Bernsteinwaarenfabrik von Johann Brix, Gumpendorferstraße 6, beherbergt folgende Zustände und wir erlauben uns, dieselben zu kritisiren. Vor allem Andern darf dort ein Arbeiter nicht Anspruch machen auf solide Behandlung, nämlich seitens der Herren Söhne des Herrn Brix, welche ihrem Vater fortwährend in's Ohr flüstern, daß die Preise in ihrer Fabrik zu hoch gesetzt seien und in diesem edlen Bestreben von den Werkführern auf das Eifrigste unterstützt werden, die eigentlich nicht Werkführer, sondern Aufpasser sind, um dem Herrn Brix sagen zu können, bei welchem Artikel am Meisten abzuziehen sei. Die Arbeiter, die nach Stück entlohnt werden, verdienen bei angestrengtester elfstündiger Arbeitszeit nicht mehr als wöchentlich sechs bis zehn Gulden. Dabei werden die Arbeiter angeeifert, recht fleißig zu arbeiten; sollte aber ein Arbeiter mit der größten Anstrengung mehr als zehn Gulden verdienen, so wird sofort der Lohn wieder reduzirt. Haltet sich ein Arbeiter über diese Reduzirung auf, so wird ihm gesagt, er könne gehen, wenn es ihm nicht recht ist. — — — Die Werkführer veranstalteten unter den vielen täglichen Huldigungen, die sie dem Herrn bringen, ein Fest zur Feier des 25jährigen Bestandes der Fabrik, wozu ein jeder Arbeiter 1—50 kr. zur Bestreitung der Kosten des Festes beygeben mußte, respektive ihm von seinem Lohne abgezogen wurde. Und, o Ironie des Schicksals, gewöhnlich nach so einem Feste kommt Preisreduzirung; solche Jubelfeste sind schon jahraus jahrein so Usus, denn die Herren veranstalten sie und die untergeordneten Arbeiter müssen mitgehen, wenn nicht, so sie sicher hoffen können, daß sie unter kurzer Zeit brodlos werden.

Wir richten hiemit einen Aufruf an die Kollegen, sich diese Mahnung zu Herzen zu nehmen, damit sie nicht unvorbereitet in diese Fabrik hineingeraten.

Mehrere Parteigenossen.

Löbliche Redakzion!

Ich sehe mich veranlaßt in Bezug auf den in Nr. 40 des sozialdemokratischen Organs „Zukunft" von 26. Mai d. J. gebrachten Artikel gegen meine Person von einem gewissen Leopold Höfner nachstehende Erklärung abzugeben und muß konstatiren, daß die in dem Artikel gebrachten Schmähungen und Angriffe gegen meine Ehre durchaus auf Unwahrheit beruhen*). Zur Karakterisirung Höfner's brauche ich blos anzuführen, daß er schon einmal wegen Ehrenbeleidigung mehrerer Ausschußmitglieder des Arbeiter-Bildungsvereines eine Ehrenerklärung im „Sozialist" vom 14. Nov. 1878 abgeben mußte.

Bezüglich der oben erwähnten Einsendung habe ich die Ehrenbeleidigungsklage meinem Rechtsfreund zur weiteren Amtshandlung übergeben.

Anton Prucha.

*) Die beiweitem stärkeren Ausdrücke des Herrn Einsenders mußten wir unterdrücken. Die Red.

* * *

Anläßlich der oben von Herrn A. Prucha angeführten Erklärung erlauben wir uns im Namen des Fabrikspersonales der Schuhwaarenfabrik des Herrn D. Marle veranlaßt, gegen den Artikel von Herrn Leopold Höfner feierlichst Protest einlegen zu müssen und müssen konstatiren, daß jene Botengänge, zu welcher Herr Prucha die Mädel benützt, freiwillig und selten vorkommen. Und welches Mädchen würde nicht im Nachhausegehen aus Gefälligkeit eine kleine Korrespondenz übernehmen? Ferner sind die Blechmarken, welche auf Wunsch von dem Personale eingeführt sind, ungezwungene und werden aus Gefälligkeit von Herrn Prucha verwaltet. In Bezug auf den Verkauf von seinem alten Mobilar wurde dasselbe Niemanden angeboten, ebensowenig wurde Jemand von dem Personal aus diesen Anlaß entlassen. Herr Prucha ist wol ermächtigt, Leute anzunehmen, die Entlassung geschieht aber von Seite des Herrn Chef.

Ferner müssen wir erklären, daß weder bei uns eine Paschawirtschaft herrscht, noch daß von Seite des Herrn Prucha Jemand ausgesaugt wurde. Wir Unterzeichnete können Herrn Prucha nur als einen tüchtigen Werkführer des Faches und als einen intelligenten und humanen Genossen schildern.

Wien, am 31. Mai 1881.

Franz Hauer. Jakob Handl. Heinrich Janisch.
Leopold Damianschütz. Johann Tribauer.

Ein Lehrer gegen den Fortschritt.

Floridsdorf, am 6. Juni 1881.

Löbliche Redakzion!

Wir erlauben uns, Sie höflichst um gütige Aufnahme nachfolgender Zeilen in unser Zentralorgan „Zukunft" zu ersuchen, wofür wir im Vorhinein bestens danken.

Der Floridsdorfer Arbeiter-Bildungsverein unterhält einen statutarisch begründeten, täglich abendlich stattfindenden Elementar- und sonntägigen Zeichenunterricht, der sich der regsten Teilnahme seitens der Kinder seiner Mitglieder erfreut. Gegen diese zweifelsohne, anerkennungswerte Tendenz des Vereines äußerte sich der Lehrer der Floridsdorfer Volksschule Herr Klaus gegenüber jenen Schülern seiner Klasse, die den Vereinsunterricht besuchen, mit den Worten: „Der von Euch den Arbeiter-Unterricht besucht, kann nichts." — Diesem Ausdrucke setzen wir folgende Tatsachen, die durch Zeugen erweislich sind, entgegen. Im Vorjahre veranstaltete der Verein eine Ausstellung von Schülerarbeiten im Zeichnen, wodurch die Tätigkeit und der Erfolg in diesem Fache Jedermann offenkundig vorlag; zur Besichtigung dieser Leistungen lud der Verein unter Anderem auch den P. T. Lehrkörper der Floridsdorfer und dem der Nachbarschulen ein.

Kein Mitglied dieser von uns hochgeschätzten Körperschaft fand es der Mühe wert, diese Ausstellung zu besichtigen, alle zogen es vor, durch ihre Abwesenheit zu glänzen; hier war allein auch Herrn Lehrer Klaus Gelegenheit geboten gewesen, mit fachmännischem Scharfblicke die erzielten Unterrichtserfolge zu prüfen, ein gerechtes, gewissenhaftes Urteil zu fällen und der Verein würde ihm allfällig von dieser Seite ergangene Winke für Verbesserungen dankend berücksichtigt haben. Diese Ausstellung wurde von zirka 1400 Personen besucht, unter denen sich hochgestellte Schulfreunde befanden, die den Schülerarbeiten ihre vollste Anerkennung zollten und die erzielten Unterrichtserfolge durch die ganz gelungenen Arbeiten belobten, wodurch der Verein in seinen Tendenzen, Wissen und Aufklärung in die heranwachsende Generazion zu verbreiten, ermuntert wurde. Den Elementarunterricht erteilt ein Vereinsmitglied, das die Oberrealschule mit gutem Erfolge absolvirte und die Reifeprüfung für Lehrer an der Lehrer-Bildungsanstalt Wien mit gleichem Erfolge bestand, worüber die Zeugnisse in dem Vereinslokale (Floridsdorf) zu Jedermanns, auch des Herrn Klaus' Einsicht erliegen. — Jeder vorurteilsfrei, billig denkende und auf gesellschaftliche Bildung Anspruch erhebende Mann, wird es als verwerflich und eines Mannes unwürdig finden, gegen einen behördlich gestalteten Verein, der auf seine Fahne die Worte: „Wissen ist Macht" schrieb, der ohne Eigennutz Aufklärung und Wissen verbreitet, so ungerechtfertigt, so verletzend anzutasten und dessen günstige Resultate auf dem Gebiete der Erziehung in Frage zu ziehen. — Herr Klaus ist für uns nicht jene Instanz, die endgiltig über uns Urteil erheben kann und darf; Herr Klaus scheint sich für ein wissenschaftliches Universalgenie zu halten, das auf pädagogischen Gebiete als Licht einzig steht, es mag Jeder über sich denken wie er immer wolle, aber es ist eine unumstößlich erwiesene Tatsache, daß Größenwahn eine unheilbare Krankheit ist. — Wir laden hiemit Herrn Klaus ein, den Vereinsunterricht als Gast anzuwohnen, damit er sich die Ueberzeugung verschaffe, daß der Unterricht ganz im Sinne des Reichsvolksschulgesetzes geführt wird, dieser Unterricht keine Konkurrenz der Volksschule bildet, sondern daß er nur bezweckt, diese in ihrer Aufgabe alle Schüler dem gesetzlich fixirten Lehrziele zuzuführen und als nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft heranzubilden, kräftigst zu unterstützen und jeder gerecht urteilende Lehrer wird dem Vorgang des Vereines nur Anerkennung für diese gewiß nicht zu verkennende menschenfreundliche Tendenz zollen müssen.

Das unterrichtende Vereinsmitglied ist bereit einen Wettkampf im Unterrichte mit Herrn Klaus einzugehen, und überläßt ihm ganz die Bestimmung der Modalitäten und das Alter des zu Unterrichtenden; als Schiedsrichter möge nach der Zeit des Unterrichtes ein Herr k. k. Bezirksschulinspektor fungiren.

Für die Leitung des Arbeiter-Bildungsvereines in Floridsdorf:
Ferd. Schafhauser, Obmann.

Löbliche k. k. Bezirkshauptmannschaft in Holleschau, beziehungsweise löbliche k. k. Staatsanwaltschaft in Olmütz!

Bei der Hausdurchsuchung am 5. Juni 1880, die der Schandarmerie-Wachtmeister in Holleschau vornahm, bei welcher dem Gefertigten auf sein ausdrückliches Verlangen der behördliche Auftrag weder an demselben Tage noch binnen 24 Stunden vorgelegt wurde, wie es §. 9 des St.-G.-G. verlangt, saisirte man ausländische und inländische Drucksachen im Werte von vierzig Gulden. Obwol ich schon einmal an die löbliche k. k. Bezirkshauptmannschaft ein Gesuch einreichte um Rückgabe der konfiszirten Sachen, so wurde meinem Gesuche doch nicht nachgekommen und die Drucksorten schickte die löbliche Bezirkshauptmannschaft an die löbliche k. k. Staatsanwaltschaft in Olmütz, woher mir bis heute, obwol bald ein Jahr verstrichen sein wird seit der Hausdurchsuchung, keine Erledigung zukam, ungeachtet dessen, daß ich sogar an diese Stelle ein Gesuch eingereicht hatte. Ich verlange deshalb auf diesem Wege mit vollem Nachdruck, man möge mir die konfiszirten Drucksorten zurücksenden, sonst wäre ich gezwungen, nachdem ich keine Erledigung in Händen hätte, mich an die höhere Instanz in dieser Angelegenheit zu wenden.

Machowa, 26. Mai 1881.

Franz Balatik, Oekonom.

Ausweise.

Nr. 96.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Nat. Tretina 20, Wellina 20, Genossen Floridsdorf 1.88, Bernard 10, Tischgesellschaft von Silberarbeitern am Neubau 1.80, Reinhold 20, Marwald 10, A. H. 5, F. E. 5, R. 15, Nadl, Hirschstetten 95, Mähr.-Trübau 2.—, J. Weber, Meistersdorf 10, Silberstein 45, die Roten am Steinbruch 1.—, T—b 50, für Recht und Wahrheit einzustehen, ist unsere heiligste Pflicht 1.—, J. S. 20, F. H. N. 20, laut „Schneider-Fachblatt" Nr. 11 1.63, Sig. Spittelberger 5.—, Heider 20, Feldbaumer 20, Frühberger 14, Steiner 20, Fr. Wiedt 15, Schrieberschnig 20, die Roten von Breitensee 40, die Unverwüstlichen 1.—, Fried. Eberhardt, Altenmarkt 30, J. Frik, St. Egyd 20, beim Leichenbegängnis eines jungen Sozialisten 90, Genossen Floridsdorf 2.73, Tröstl, Gastwirt 60, Genossen Floridsdorf 1.36, Bum, Bum 25, Genossen in Römerstadt durch Herrn Kneisel unter dem Motto: Für Freiheit und Licht, vergessen die Römerstädter die Inhaftirten nicht 1.—.

Summe 27 fl. 59 kr.

Parteigenossen! Laßt Euren Eifer für diese gute Sache nicht erkalten und fahrt fort Eure Pflicht zu tun!

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

Briefkasten.

Redakzion: Viele Berichte und Einsendungen mußten wegen Raummangel für nächste Nummer zurückgelegt werden.

Administrazion: Arbeiter-Bildungsverein, Hüttenberg: Blätter wurden abgeschickt. — Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse, Neunkirchen: 4 fl. Inseratenpauschale pro Juni, Juli, August, September erhalten.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Am 13. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lehrsaale des Arbeiter-Bildungsvereines, 7. Bez., Zieglergasse 25, ein Vortrag von Herrn Schlesinger über „Naturwissenschaft und die Arbeiter" statt.

Montag den 20. Juni findet im obgenannten Lokale ein Vortrag des Hof- und Gerichtsadvokaten Herrn Dr. Feßler über „Strafrechtstheorie" statt.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag, nachmittags, Buchhaltung.
Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.
Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.
Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.
Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.
Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene.
Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Sonntag den 3. oder 10. Juli 1881
findet ein
allgemeiner
Arbeiter-Ausflug
statt.
Näheres folgt.

Wien. Samstag den 11. Juni, abends 8 Uhr, findet die Monatsversammlung des Allgemeinen Arbeitervereines im Vereinslokale, 6. Bez., Dreihufeisengasse, Gasthaus „zum Wasen", mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsberichte. 2. Vortrag über die internazionale Arbeiterschutz-Gesetzgebung. 3. Anträge.

Sonntag den 19. Juni, 2 Uhr nachmittags, findet eine freie Vereinsversammlung beim „grünen Tor" in Neulerchenfeld statt.

Wien. Samstag den 11. Juni 1881, abends 7 Uhr, findet die Monatsversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und -Arbeiterinnen Wiens, im Lesezimmer, Gasthaus „zum weißen Adler", Sechshauser Hauptstraße, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsberichte. 2. Aufstellung eines Walkomitee. 3. Vortrag. 4. Anträge und Interpellazionen. — Mitglieder, eure Pflicht ist, zalreich zu erscheinen!

Wien. Die Unterrichtssekzion der Schuhmacher-Gewerkschaft gibt bekannt, daß Ende Mai ein neuer Kurs im Elementarunterricht in zwei Klassen begann. — Derselbe findet jeden Dienstag und Donnerstag von ½8 bis ½10 Uhr abends im Vereinslokale, 7. Bez., Kaiserstraße 96, statt. — Einzeichnungen werden jeden Sonntag, Montag und Mittwoch durch Genossen Korwas vorgenommen.

Wien. Samstag den 9. Juli, abends 8 Uhr, findet in Winter's Gasthaus, am Hundsturm 2, die halbjährige Generalversammlung des Fortbildungs- und Krankenunterstützungsvereines der Färber Wiens statt.

Wien. Sonntag den 19. Juni in Zobel's Saallokalitäten **slavische Volksversammlung.**

Floridsdorf. Samstag den 18. Juni, 8 Uhr abends, findet die Monatsversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines im Vereinslokale mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag. — Mitglieder, erscheint zalreich!

Graz. Am 13. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Puntigamer Bierhalle eine

Volksversammlung

statt, mit der Tagesordnung: Die achtjährige Schulpflicht und der Antrag Lienbacher's.

Massenhaftes Erscheinen ist notwendig!

Reichenberg. Lokalveränderung. Der Ausschuß des Fachvereins der Manufakturarbeiter gibt bekannt, daß sich das Vereinslokal seit 1. Juni im Gasthaus „zum Feldschlössel" (Krankenhausgasse) sich befindet, wohin alle Briefe und Zuschriften zu richten sind.

[30] Der Vorstand.

Graz. Der Arbeiter-Sängerbund veranstaltet Sonntag den 12. Juni in den Lokalitäten der Puntigamer Bierhalle seine

Gründungs-Liedertafel,

unter der Leitung des Kormeisters Herrn Frieb. Sima, verbunden mit einem Tanzkränzchen, Musik von der löblichen Stadttheaterkapelle. — Zur Verschönerung des Festes werden Begrüßungsschreiben und Telegramme dankend entgegengenommen. — Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 40. Das Komitee.

NB. Begrüßungsschreiben sind zu adressiren: Josef Stehlik, bei Herrn Franz Zidek, Schmidtgasse 12, 3. Stock, Graz.

Platz für ein Bett ist an einen Parteigenossen zu vermieten. — Tellgasse 16, 2. Stück, Tür 13. [15]

Geschäfts-Empfelung.

Unterzeichneter empfielt seine Lokalitäten für Vereine und Versammlungen. Für gute Speisen und Getränke, sowie auch für solide Bedienung sorgt bestens

[50] Grob (Gumpendorfer Bierhalle)
6. Bez., Gumpendorferstraße 91.

Im Verlage der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist erschienen:

Die soziale Baukunst.

Preis des ersten Bandes (Heft 1—13) brochirt 4 Fr. 50 Cent., gebunden 5 Fr. Halbleinwand, ganz Leinwand 5 Fr. 50 Cent.

Die nächste Nummer erscheint am 23. Juni.

Herausgeber und Verleger: Franz Mich, Andreas Große, August Votitsch, Heinrich Hohe, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Mich.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: **5 kr.**
Für Anzeigen von Privatpersonen: **10 kr.**
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 42. Wien, Donnerstag 23. Juni. **1881.**

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Parteigenossen!

Es ist Euch aus den letzten Nummern unseres Blattes bekannt, daß neuerdings mehrere Genossen in Salzburg, Graz, Prag und Wr.-Neustadt in Untersuchungshaft gezogen wurden. Wir machen Euch hierdurch aufmerksam, daß mehrere von den Verhafteten Familienväter sind und daß sich deren Frauen und Kinder, seit sie durch die Verhaftungen ihrer Ernährer beraubt sind, in bitterster Not befinden.

Es ist gewiß der Wunsch eines jeden Parteigenossen, daß auch den verhafteten Genossen selbst ihr Los nach Möglichkeit erleichtert, und daß sie, soweit dies erlaubt ist, unterstützt werden, man braucht aber nur einen Blick auf die in unserem Parteiorgane veröffentlichten Ausweise über die Sammlungen zu werfen, um einzusehen, daß deren Ergebnis ein viel zu geringes ist, um allen oben angedeuteten Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Wir fordern daher alle guten Parteigenossen auf, an allen Orten Sammlungen einzuleiten und die Genossen zu regelmäßigen, wenn auch noch so geringen, wöchentlichen oder monatlichen Beiträgen für diese gute Sache zu bestimmen.

Tue Jeder, was er wünscht, daß für ihn und seine Familie in ähnlichem Falle getan werde.

Gelder sind an die bekannte Adresse einzusenden.

Mit sozialem Gruß

Josef Hybes.

An unsere Leser!

Die erste Ausgabe unserer heutigen Nummer wurde von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt. Beanständet wurden der ganze Leitartikel „Politische Korrupzion" und einige Stellen in der „Politischen Uebersicht" und dem Artikel „Zur Frauenfrage". Für den Leitartikel können wir in dieser von uns veranstalteten zweiten Auflage augenblicklich keinen Ersatz bieten und hoffen, unsere Leser werden dies durch die Verhältnisse entschuldigt finden.

Die Redakzion der „Zukunft".

Habt Acht!

Die Tagesblätter brachten vor Kurzem die Mitteilung, die russische Regierung beabsichtige in den größeren Städten Europas Polizeistazionen zur Ueberwachung der internazionalen Revoluzionäre zu errichten und habe sich zu diesem Zwecke an die betreffenden Regierungen gewandt, um deren Zustimmung und Hilfe zur Ausführung ihres edlen Strebens zu erlangen. Diese Zustimmung sei aber angeblich verweigert worden. Sei dem wie ihm wolle, wir haben Anhaltspunkte genug, welche uns zu dem Schlusse berechtigen, daß in der angedeuteten Richtung eine sehr eifrige und energische Tätigkeit entfaltet wird. Es wurden unter Anderm in letzter Zeit einigen Parteigenossen Anträge gemacht, Nachrichten und Mitteilungen über Parteiverhältnisse und Vorgänge innerhalb der Partei an gewissen, genau bezeichneten Orten zu hinterlegen und dafür sehr gute — wenn man die kümmerlichen Privatverhältnisse der meisten unserer Parteigenossen berücksichtigt, sogar glänzende — Bezalung in Aussicht gestellt, ja in zwei uns bekannten Fällen sogar schon geleistet. Natürlich sagt der Polizeiagent, welcher beauftragt ist Gimpel auf den Leim zu locken, nicht, daß er die verlangten und so gut honorirten Mitteilungen für die Polizei oder irgend eine Regierung braucht, — gewöhnlich ist es ein großes journalistisches Unternehmen, welches sich so sehr für die Sozialdemokratie interessirt und welches von dem gelieferten Material nur im Interesse der guten Sache Gebrauch machen will. Wir raten daher allen unseren Parteigenossen auf der Hut zu sein und sich nicht ins Garn locken zu lassen. Leute aber, die sich zu solchen Zwecken mißbrauchen lassen und — selbst im guten Glauben der Sache damit zu nützen — die Partei verraten und verkaufen, werden wir ausfindig zu machen und aus unseren Reihen zu entfernen wissen.

Habt Acht!

Konfiszirt.

Die Schule.

In Anbetracht des Antrages, die Schulpflicht zu verkürzen, sind wir Arbeiter genötigt unsere Meinung darüber auszusprechen. Daß die Schule der Grundpfeiler des allgemeinen Lebens, der Erziehung und Bildung des Volkes ist, wird Niemand leugnen. Der Staat und die Kirche behaupten seit Jahrhunderten für ihr Volk, für Erziehung und Bildung desselben das möglichst Beste getan zu haben. Aber haben sie es erreicht? Wer nicht absichtlich blind sein will, muß die Frage verneinen. Was Wunder also, wenn der größte Teil des Volkes, über eine solch wichtige Sache im Unklaren ist und aus Mangel an wahrer Erkenntnis, wo uns eigentlich der Schuh drückt, gegen sein eigenes Interesse handelt. Denn wie kann sich ein armes tiefgebeugtes Volk, das unter dem Joche des Kapitals und der Arbeit schmachtet, je von selbst Erziehung und Bildung aneignen, um mit klarem Geiste über die heutige Lage der Dinge nachzudenken! Nicht die achtjährige Schulpflicht ist es, die abgeschafft werden soll, wie ein Teil des notleidenden Volkes meint, damit es ihre Kinder früher zur Arbeit verwenden kann, nein, das Uebel des Volkselendes liegt anderswo, es liegt in der sozialen Ordnung der Dinge. Die Feinde des Lichtes und der Aufklärung wollten und wollen es so, doch ihre Mühe, das Volk in jener Untatigkeit zu erhalten, wie bisher, ist nutzlos; denn gerade die Erziehung und Bildung des Volkes bildet einen Teil der sozialen Frage, die sich gleich einer Epidemie über ganz Europa verbreitet und seit einem Jahrhundert die Menschheit durchwült und zerteilt. Alle Revoluzionen sind die Folge derselben und zeigen zur Genüge die drohende Gefahr und dringende Notwendigkeit einer endlichen Lösung.

Ueber die Erziehung und Bildung der Jugend können nur gelehrte und freisinnige Männer, welchen einen hellen Blick über die heutigen Bedürfnisse des öffentlichen Lebens besitzen, nur tüchtige Schulmänner, beraten (?). Auch Geistliche oder Juristen können über diese große Frage, die doch die Hauptaufgabe des Lebens ist, nicht allein beraten oder zur Lösung bringen.

Betrachten wir einmal das Lehrpersonal und den Lehrplan der Volksschule. Was leisten unsere Lehrer in den Volksschulen, besonders die in den Landgemeinden? Mit welchen Kenntnissen sind sie ausgestattet, sie, die doch den künftigen Staatsbürger erziehen und bilden sollten? Wie werden sie dafür belohnt und behandelt? Ein Lehrling muß mindestens 3, meistens 4—5 Jahre ein Handwerk lernen, bis er nur Geselle wird. Auf dem pädagogischen Gebiete hingegen genügen 3, höchstens 4 Jahre, um Meister, d. h. Erzieher und Bildner der Jugend zu werden. Ist das der Fortschritt des neunzehnten Jahrhunderts?

Die Lehrgegenstände der Volksschule sind so dürr und karg zugemessen, daß sie gerade nur das Notdürftigste fürs praktische Leben bieten. Je schneller ein Schüler damit fertig wird, desto besser; denn er kann dann irgend ein Handwerk lernen und ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden, wie es gewisse ausbeutungslustige Herren in ihrem Sinne meinen. Auch der Meister des Lehrlings kümmert sich um die Kenntnisse desselben gar nicht, denn er benötigt ja nur der gesunden Kräfte desselben. Wie kann sich die junge Generazion in sechs Jahren die nötigen Kenntnisse fürs praktische Leben aneignen, wozu acht Jahre nicht zu viel sind? Wo lernt der Jüngling, der Mann, seine Bürgerpflichten kennen, für deren Uebertretung er gestraft wird, weil Unkenntnis der Gesetze nicht schützt.

Arbeiter, wollt Ihr Euch und Euren Kindern eine bessere Zukunft schaffen, wollt Ihr durch sie eine Macht und Stütze im Leben erlangen, wollt Ihr für Eure Kinder Erziehung, Bildung und Aufklärung erringen, dann sorgt bei Zeiten, daß die achtjährige Schulpflicht bleibe, oder eher verlängert als verkürzt wird, damit wir das verhängnisvolle Wort „Zu spät" nicht gebrauchen müssen.

Ein Arbeiter.

Zur Frauenfrage.

Von K. B.

Es ist ein eigentümliches Merkmal des neunzehnten Jahrhunderts, daß dieses bemüht ist, alle Fragen der Humanität in seinen Machtkreis zu ziehen. Mögen auch die Gelehrten in ihrem blitzlosen Olimp das Altertum über die Neuzeit erheben; mag auch so ein Perrückenbestülpter auf seinem Katheder in Entzückung geraten, wenn er die Reize der Aspasia schildert: Eines ist doch gewiß: das neunzehnte Jahrhundert ist für die Entwicklung der Menschheit unendlich wichtiger, als die schöngeistige Periode Griechenlands, als die weltumfassende Roms. Ein eigentümliches Schauspiel, nein, eine burleske Szene würde es geben, wenn die Wiederkehr dieser Zeitabschnitte möglich wäre. Wie dieses kraft- und saftlose Professorentum — wir lassen rühmliche Ausnahmen gerne gelten, aber das sind dann eben nur — Ausnahmen — heute das größte Kontingent zum Lobredнerkore Griechenlands und Roms liefert, so müßte es bei einer Wiederkehr der erwähnten Perioden der entschiedenste Feind dieser sein, denn dies geböte — die heutige Moral . . .

Wir sagten, daß das neunzehnte Jahrhundert für die Entwicklung der Menschheit von unendlicherer Wichtigkeit sei als das ganze Altertum, denn dort hatte der Humanismus zu teoretische Basis. — Was das Mittelalter anbetrifft, so brachte dieses zwar epochemachende, den Fortschritt der Menschheit äußerst fördernde Entdeckungen, doch dem neunzehnten Jahrhundert war es erst vorbehalten, dieselben aus der Rumpelkammer der grauen Teorie herauszuziehen und in die grünen Fluren des Lebens zu versetzen. — Sonst war das Zeitalter nach dem Falle Roms in die Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts einer der traurigsten Zeitabschnitte im Buche der Menschheit, denn diese Periode schmiedete wirklich die stärksten Ketten der Abhängigkeit, der schmachvollsten Willkür für dieselbe, die uns heute noch genug umklammern, obwol die Menschheit gewaltig daran rüttelte. —

Die Leser mögen mich nicht mißverstehen. Sie sollen nicht glauben, daß ich dem neunzehnten Jahrhundert Einer Partei das Wort rede, daß ich entzückt bin über den Servilismus, den kriechenden Geist, der sich heute allenthalben auf jedem Quadratmeter kundgibt, — — daß ich eine Ordnung, welche so recht die Anarchie ins Leben gerufen, als die beste anerkenne. Nein, nicht diesem Jahrhundert wollte ich das Wort gesprochen haben, sondern dem Jahrhundert, dessen Grundprinzipien über die Legitimität des Menschen im Jahre 1789 in allgemeiner Form aufgestellt und die in unserer Zeit durch namhafte Geister schärfer, ja unwiderleglich präzisirt wurden; und vornämlich die letzten zwanzig Jahre waren in dieser Beziehung äußerst wichtig. — Eine hohe Befriedigung muß uns überkommen, wenn wir sehen, daß der Despotismus des neunzehnten Jahrhunderts nicht mehr jener des siebzehnten und achtzehnten sein konnte, sein durfte; — daß er sich nicht nur in eine neue Form — stecken mußte, sondern daß er auch sachlich Schritt für Schritt im Zurückweichen begriffen ist; und daß uns die vom Mittelalter überbrachten Barette, Degen und Strümpfe heute nur noch mehr ein Lächeln abgewinnen. — Hatten die Regierungshandlungen im Mittelalter ihren Ursprung größtenteils den Launen der Despoten oder Despötchen zu verdanken, so ist man gezwungen, das Gesetz der Massenwirkung in allen Zweigen der Verwaltung ins Auge zu fassen, d. h. man muß bereits, wenn auch mit Widerwillen, vom Standpunkt der Notwendigkeit und nicht von dem der Kaprize ausgehen . . . In dem entfesselten und auf die sinnreichste Weise wieder gefesselten Naturkräften ist dem Proletariat der Gegenwart ein mächtiger Bundesgenosse erstanden; und hierin liegt eben der große Unterschied zwischen Einst und Jetzt. Roms Proletarier standen allein im Kampfe gegen Unterdrückung und Parteiherrschaft, während die arbeitende Bevölkerung der Gegenwart durch einen jeden Kolben an einer Maschine verhundertfacht wird. Zwischen uns und der heutigen Parteiwirtschaft besteht ein verkehrtes Verhältnis: — — —

geordnete Fragen zu Hauptfragen aufbauschten und nun ihre selbstständige Beantwortung fordern, Fragen, die mit der Umgestaltung der heutigen Produkzionsweise von selbst verschwinden würden. Lässig, wie man überall ist, — vermeidet man es sorgfaltig, diesen Erscheinungen auf den Grund zu kommen; und wenn einer das Herz hat, dies zu tun, so lacht man ihn aus, die andern lachen mit und werden sie müde, so schlafen alle ein und schnarchen so gewaltig, und glauben, die Zwerge ließen sich dadurch schrecken. Und wenn sie einmal zum Schlafen kommen, so schlafen sie gewöhnlich sehr lange, und da kommt es denn, daß die Zwerge mittlerweile doch groß werden, bis an den First des Hauses, worin die Riesen schlafen, heranwachsen, dieses abdecken, Licht und Luft dineinlassen, und da sieht man dann zuweilen Mist aus alten Jahrhunderten aufgestappelt. Die Riesen wachen nun jetzt wol auf — aber zu spät: das kleine Volk ist mündig geworden. — Man bedenkt auf den Katedern nicht, daß jede Forschung, jede Entdeckung auf materiellem Gebiete ihren Rückschluß auf die humanistische Seite ausüben muß. Die Verlegenheit in dieser Beziehung ist bereits permanent. — „Macht die Menschen glücklich!“ ruft Feuerbach aus — nun dafür mußte er auch verhungern.

Unter den Fragen, welche eine selbstständige Behandlung für sich in Anspruch nehmen, und welche mit der Umgestaltung der heutigen Produkzionsweise von selbst verschwinden werden, scheint die Frauenfrage den ersten Rang einzunehmen. Sie ist eine künstliche sage ich, d. h. insofern, als sie durch die Lösung einer anderen Frage auch gelöst erscheint; ja, sie wird von der Tagesordnung abtreten, sobald die Männerfrage gelöst, sobald die Männeremanzipazion zur Tatsache geworden ist

Wenn nun beschränkte Zeitungsschreiber, die wahrscheinlich über keine einzige Windung im Gehirne verfügen, — desto mehr zeigt solche ihr Leib — noch beschränkteren Leuten zurufen, daß diese Frage ausschließlich nur von einigen Agitatoren veranlaßt worden sei, so können wir uns darüber beruhigt zeigen, denn jeder Possenreißer hat bekanntlich auf jede Frage eine Antwort; ob dieselbe gut oder blöd ist — das kümmert ihn nichts, da er dies ja nicht unterscheiden kann. Mag sich auch der ganze Kor dieser Dunkelmänner an den Uhrzeiger hängen, der, unbekümmert um ihr tolles Geschrei, doch der zwölften Stunde zuschreitet, sie sind nicht im Stande, ihn im Fortschreiten zu hindern ... Wenn aber Professoren an den ersten wissenschaftlichen Anstalten so seichte Anschauungen über diese Frage hegen, wie z. B. der Professor der Nazionalökonomie an der Wiener Universität. Herr Dr. Stein, der die Oekonomie seines eigenen Haushaltes nicht verstand, so muß man sich wirklich fragen, welchem Verdienste der genannte Herr seine Professur verdankt.

In seiner Schrift über die Frauenfrage ist Herr Dr. Stein so naiv, auszurufen, daß die Sfäre des Weibes in der Familie gegeben, daß es unnatürlich sei, die Frau auf die politische Bühne hinauszustoßen, daß Dichter das Walten derselben im häuslichen Kreise besungen hätten u. s. f. in dem schon bekannten Zuge. Vor Allem sei mir die Frage erlaubt, ob es einem Nazionalokonomen gestattet sei, sich seine Beweise bei — Dichtern zu holen. Wenn Herr Professor Stein dem Allem vorausgeschickt hätte, daß der Lösung der Frauenfrage die Umgestaltung der heutigen Produkzionsverhältnisse vorangehen, daß früher jedem der volle Ertrag seiner Arbeit zukommen müßte, dann hätten wir vor ihm — den Hut gezogen. Aber da liegt eben der Haken. Herr Professor Stein ist Anhänger des liberalen (!) Sistems, und die Umgestaltung der gegenwärtigen Produkzionsverhältnisse eine sozialistische Tese — zwei Begriffe, die allerdings nicht vereinbar, darum zur Empfelung auch nicht geeignet sind. Aber so geht es nicht nur Herrn Stein allein, sondern auch vielen seiner Kollegen. Sie deklamiren uns alle in sehr gewandter Weise, ja manchmal sogar im hochpoetischen Stile glückliche Lebenszustände; aber wie und durch welche Mittel dieselben herbeigeführt werden könnten, darauf bleiben sie uns die Antwort schuldig, weil sie eben — müssen. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei — Goldkorn in unreinen Händen!

Der Privatdozent an der Grazer Universität, Herr Dr. Kratter, hat uns in einem geistvollen Buche, mit dem wir uns übrigens noch eingehender beschäftigen werden, in unerschrockener Weise — dieser Umstand ist besonders hoch zu halten, weil eben sehr selten — nachgewiesen, warum die Bevölkerungsziffer an vielen Orten, in vielen Ländern im Zurückschreiten begriffen ist. Er findet den Grund in den vielen sanitären Unzuläßlichkeiten, in dem traurigen Lose der Mehrzal der Bevölkerung, deren geringer Verdienst oft keine genügende Ernährung gestatte. — Also, Herr Professor Stein, dies ist doch deutlich genug! Eben darum ist die Mehrzal der Arbeiter gezwungen im Zölibate zu leben; eben darum muß die Prostituzion ihre üppigsten Sprossen treiben; eben darum mußte die Frauenfrage auf die Tagesordnung treten, und eben darum müssen wir uns hüten, einen Hausstand zu begründen, obwol auch in unserer Brust die Süße des Familienlebens schlummert. Wir müssen entsagen — und dieses ist der gräßlichste Fluch für die gegenwärtige Ordnung. (Schluß folgt.)

Eine Sozialistenjagd in Wien.

„Die Zukunft“ brachte in ihrer letzten Nummer einen Artikel mit der Ueberschrift „Unter polizeilicher Aufsicht“, welcher der liebevollen Aufmerksamkeit erwähnt, die mir zu Pfingsten von Seite der löblichen Polizei zu Teil wurde und welchen ich hiermit ergänzen möchte. Sonntag früh weckte mich mein Zimmerherr indem er die Vermutung aussprach, es müsse sich heute etwas besonderes ereignet haben, indem vier Mann Detektives sich vor dem Hause an verschiedenen Ecken postirt hatten. Ich wollte mich überzeugen, ob vielleicht mir die Ehre gälte und ging aus. Mein erster Weg war nach Gaudenzdorf zum Brauneis und die ganze Schaar mit Ausnahme eines einzigen folgte mir. Um ganz sicher zu sein, ging ich durch Garten, Hof, Extrazimmer, Kuche, „Schwemme“ und wieder in den Garten. Meine Begleitung blieb mir immer treu. Es war, wie wenn man Einen im Verdachte hat, daß er einen Mord begehen wolle und auf den Augenblick lauert, indem er die Mordwaffe schwingen wird. Es kamen mir einige Freunde nach, um dem interessanten Schauspiel beizuwohnen. Nach einer Stunde ging ich ohne meine Freunde in die Redakzion unseres Parteiorgans, um dem Redakteur und den allenfalls anwesenden Genossen meine aus drei Mann bestehende Leibwache vorzustellen, was auch vollständig gelungen ist. Um meiner ungebetenen Begleitung die Lehre einzuprägen, daß es, wenn man sein Brod ehrlich verdienen will, nicht genüge, beim Haustore zu stehen und zu lauern, sondern daß man hiezu fisisch anstrengende Arbeit verrichten muß, unternahm ich mit noch einem Genossen als Zeugen eine Rundreise im Schnellschritt. Daß uns Alle folgten ist selbstverständlich. Ich ging über die Mariahilferstraße und sprang auf einen in Schnellfahrt begriffenen Trammwagen. Meine drei Begleiter mit großer Mühe desgleichen. Ich bereute, dem Staat überflüßige Mehrauslagen zu machen und entschloß mich rasch, ohne ein Billet zu kaufen, wieder abzuspringen und zu Fuß im Schnellschritt nach Simmering zu eilen. Daß mich meine drei treuen Anhanger nicht verlassen werden, wußte ich im Voraus und daß Einer beim Abspringen bald auf die Nase gefallen ware, bedauerte ich vom Herzen. „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brod verdienen“, die Wahrheit dieses Spruches ließ ich meinen Begleitern fulen als ich in der Mittagssonne bei etlichen 20 Grad Warme leichtfüßig über den Rennweg Simmering zueilte. In Simmering ruhte ich in einem Gasthaus aus. Zwei meiner Begleiter nahmen im Vorzimmer Platz, Einer entfernte sich und alsbald rückte Ersatz in der Gestalt von drei Mann vom Simmeringer Kommissariat an. Da dies bei den nur wenigen Gasten großes Aufsehen machte, ging ich mit meinen Freunden in ein anderes Gasthaus, selbstverständlich wieder mit meinem Gefolge. Ich begab mich nun wieder nach der Stadt und von dort fuhr ich in den Prater, wo ich beim „Marokkaner“ mehrere Bautischler traf, mit denen ich mich herzlich über meine allzeit getreuen Begleiter amüsirte.

Sie begleiteten mich abends 9 Uhr nach Hause und standen des andern Morgens um halb 5 Uhr zwei Mann hoch wieder bei meinen Haustore, um mich später beim Ausgehen in die Redakzion zu begleiten. Daß sie mich dort beim Gassenladen hineingehen aber nicht mehr herauskommen sahen ist zu bedauern, daß ich mich durch einen andern Rock und Hut der Polizei so unkenntlich machen konnte, daß sie mich von nun an mit ihrer Liebenswürdigkeit verschonten ist karakteristisch. Abends 10 Uhr wurde ich von ihnen in der Neulinger Bierhalle wieder erfragt, was mich sehr erfreut hat.

Nach all den angeführten Daten erlaube ich mir aber doch an das hohe k. k. Polizeipräsidium die ergebenste Anfrage zu stellen, warum ich ohne mein Wissen unter Polizeiaufsicht gestellt wurde? Ist es in der Ordnung, daß man einen Staatsbürger, der sich keiner unehrenhaften Handlung bewußt ist, wie einen Dieb oder Mörder verfolgen läßt? Wenn mir eine Gesetzesübertretung zur Last gelegt werden kann, so mache man mir den Prozeß, ist dies aber nicht der Fall, so lasse man mich gefälligst in Ruhe.

Alois Treibenreif.

Politische Uebersicht.

Am 4. Juni wurde der Reichsrat vertagt; wir dürften davon nichts spüren.

Am 4. Juni erschoß sich der FML. Freiherr v. Uchatius, der Erfinder der in der österreichisch-ungarischen Armee eingeführten Stalbronzegeschütze. — — —

Volke befreit, jedoch wieder festgenommen. — Am 12. Juni versuchten gegen 300 Männer in Liverpool welche zum Gefängnis marschirten, die beiden oben genannten Irländer, welche das Stadthaus in Liverpool in die Luft sprengen wollten, zu befreien; die Behörden, welche vorher von dem Vorhaben benachrichtigt worden waren, postirten die bewaffneten Wächter vor das Gebäude, worauf sich die Männer aus dem Volke zerstreuten. — Die britische Regierung richtete an die Regierung der nordamerikanischen Union eine Note, worin die Aufmerksamkeit der nordamerikanischen Regierung auf die „Umtriebe" der fenischen Organisazion in New-York gelenkt wird. Hoffentlich wird die amerikanische Regierung sich nicht zu Gewaltmaßregeln hinreißen lassen, wie sie die „liberale" englische Regierung wünscht. — Während im Monat April in Irland 295, im März nur 146 agrarische „Verbrechen" vorkamen, zälte man im Mai nicht weniger als 337.

Der Gemeinderat von Commentry in Frankreich, in welcher Stadt 1600 Grubenarbeiter die Arbeit eingestellt haben, hat den Streikenden eine Unterstützung von 25.000 Franks ausgesetzt, ferner verlangt, daß die auf Veranlassung des Präfecten nach Commentry entsendeten Truppen sofort wieder zurückgeschickt werden. Endlich beschloß er eine Subskripzion zu eröffnen, an der teilzunehmen sämmtliche Gemeinderäthe von Frankreich eingeladen werden.

Die Walen in die Deputirtenkammer der spanischen Kortes sind auf den 21. August, die Senatorenwalen für den 4. September festgesetzt.

In Petersburg wurden 21 Personen verhaftet, die eine Versammlung abhielten, um ein Attentat auf den Zaren zu arrangiren. Es waren darunter meist junge Leute, auch Zöglinge von Gimnasien. — Unweit der Bahnstazion Gatschina wurde eine Mine entdeckt, die noch unfertig war; kurz vor der Abreise des Zaren wurde das Stazionslokale besetzt und die Beamten verhaftet. Der Zar befindet sich jetzt in Peterhof. — Am 3. Juni wurde in Petersburg der Leichnam der Quartierfrau der in Petersburg festgenommenen revoluzionären Gesellschaft, die, wie oben erwähnt, ein Attentat auf den Zaren arrangiren wollte, mit einem Sacke über den Kopf aus dem Wasser gezogen. Dieselbe hatte das Konspirazionslokale der Revoluzionäre der Polizei denunzirt. — Am 29. Mai wurden auf der Stazion Kamenskaja, im Lande der donischen Kosaken, ein kleiner Beamter und ein Edelfräulein verhaftet, weil dieselben revoluzionäre Proklamazionen unter das Publikum verteilten. — Der Großfürst Nikolaj Konstantinowitsch wurde mit seiner Frau und seinem Kinde nach Taschkend in's Exil geschickt.

Aus Parteikreisen.

Die Herausgeber der „Nová Doba", Genosse Jos. Pecka und Vinz. Zich, sind angeklagt, durch Veröffentlichung der Novelle „Das Weib des Sträflings" den §. 24 des Preßgesetzes übertreten zu haben. Die Anklageschrift wurde ihnen bereits zugestellt.

Die Statuten des zu gründenden Schneidervereines wurden zum fünften Male von Seite der Statthalterei zurückgewiesen. Dieselben werden nun zum sechsten Male eingereicht. Es ist wirklich schade um jeden Federstrich, der gemacht wird, um im „polizeilichen Freiheitsstaat" und „freiheitlichen Polizeistaat" Oesterreich einen Arbeiterverein bewilligt zu erhalten.

Genosse Rudolf Hofmann, der sich auf seiner Reise in Wien aufhielt und seine Mutter besuchte, wurde am 22. d. M. verhaftet.

Wien. In dem Damenschneidergeschäfte Morin, wo 56 Arbeiter beschäftigt werden und wo die Aristokratie ihre Arbeiten bestellt, passirte ein Vorfall, der wieder einmal Zeugnis ablegt, wie notwendig eine Organisazion ist. In demselben Geschäfte wurde ein Arbeiter, der schon 2½ Jahre dort beschäftigt war, nur blos auf eine unwahre Behauptung eines Werkführers entlassen; der Werkführer behauptete nämlich, daß er dem Arbeiter am Frohnleichnamstage nachmittags zu arbeiten befolen. Diese Behauptung wurde in einem in der „Schneider-Fachzeitung" veröffentlichten Artikel als unwahr bezeichnet. Hierauf erlies die Geschäftsleitung bezüglich dieses Artikels einen Aufruf, welcher den entlassenen Arbeiter als schlecht erzogen hinstellte und die Arbeiter aufforderte, sich ja nicht von den „Schreiern" beeinflußen zu lassen, indem der Vorgang ein gerechter war.

Die sämmtlichen Arbeiter dieses Geschäftes, welche durch dieses Plakat empört waren, erließen einen Protest gegen dieses Vorgehen. Also fort mit den Arbeitern, die die ganze Zeit ihre Kräfte geopfert haben, fort mit ihnen, wegen einem Menschen, der schon zu wiederholtem Male gegen die Arbeiter inspirirt hat, der so charakterlos ist, daß er es über sein Herz bringen konnte, das 50 Arbeiter wegen seiner lügenhaften Behauptung entlassen wurden.

Hätte er ein wenig Menschengefül, so wäre es seine Pflicht gewesen, selbst das Geschäft zu verlassen. Dieser Fall ist auch sehr bezeichnend für den Unternehmer, welcher jedenfalls als Franzose eine bessere Behandlung der Arbeiter beobachten sollte. Wir hoffen, daß die entlassenen Arbeiter in ihrem bisherigen mannhaften Verhalten verharren mögen und daß dieselben auch von Seite ihrer Kollegen eifrig unterstützt werden. Mehrere Arbeiter.

Atzgersdorf. In Liesing befinden sich, wie bekannt, mehrere Fabriken, welche mit ihren Arbeitern nicht viel besser umspringen als Herr von Sothen mit den seinigen.

Da steht obenan die Gifthütte, genannt chemische Fabrik von Seybel, in welcher wenige einzelne Arbeiter als Tischler, Kupferschmiede, Schmiede, Schlosser 2c. einen annehmbaren Verdienst haben, aber die anderen Arbeiter, welche die eigentlichen Betriebsarbeiter der Fabrik sind und stündlich ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, verdienen — man höre und staune! — 90 kr. bis 1 fl. 10 kr. per Tag.

Was soll nun ein Arbeiter bei den heutigen teuren Verhältnissen mit einem solchen Bettelgeld anfangen? Er muß langsam verhungern ob er will oder nicht.

Man kennt aber auch diese Leute sofort, wenn man durch Liesing und Atzgersdorf einen Spaziergang macht, so fallen sie einem sofort auf, denn Menschen kann mans eigentlich schon nicht mehr nennen, da sie ja nur noch Schatten sind, welche herumwandeln, aber Herr Seybel legt eine Million um die andere in die Feuerfeste

Eigentlich erhalten aber die Arbeiter den angegebenen Lohn nicht, weil von jedem Gulden 2 kr. abgezogen werden für die Krankenkasse.

Dann besteht die sogenannte Millikerzenfabrik von Sarg. Dieser Herr kam im Jahre 1878 zu der Ueberzeugung, daß er seinen Arbeitern zu viel zalt, also mußte abgezogen werden. Aber einfach zu sagen: ich zale nicht mehr so viel, genirte sich der Herr doch, also mußte ein Ausweg gesucht werden — und er fand sich. Man spiegelte den Arbeitern eine Invalidenkasse vor und zog täglich 5 kr. ab, was das in 3½ Jahren ausmacht, geht daraus hervor, daß in diesem Zeitraum der einzelne Arbeiter 63 fl. 85 kr. zu dieser Invalidenkasse gezalt hat. Aber wo sind denn die Statuten für diese Invalidenkasse? Glaubt vielleicht Herr Sarg ein eigenes Recht zu haben? Als vor einigen Wochen mehrere Arbeiter wegen flauen Geschäftsganges entlassen wurden, verlangten sie die Herauszalung der ihnen zukommenden Summe, welche aus den fünf Kreuzern herangewachsen ist, allein Herr Sarg verweigerte einfach die Auszalung mit der Bemerkung: „Wenn Sie glauben, die Herauszalung verlangen zu können, so verklagen Sie mich". Herr Sarg gibt sich den Anschein als sei er seiner Sache sehr gewiß. Meines Erachtens aber muß Herr Sarg zur Herauszalung verurteilt werden, denn eine Vereinskasse oder etwas Aehnliches ohne Statuten ist ein Unding.

Bei dieser Gelegenheit, als die Arbeiter die Herauszalung verlangten, zeichnete sich noch ein Herr aus, der sich unaufgefordert in die Sache mischte und quasi an die rohe Gewalt appellirte, indem der Arbeiter Prosos durch einen Fauststoß auf die Brust das Recht seines Herrn beweisen wollte.

Vor einigen Wochen schrieb ein Arbeiter an Herrn Sarg einen Brief, in welchem die in der Fabrik bestehenden Uebelstände kritisirt wurden, aber anonim, nun hat Herr Sarg durch Anschlag in den Lokalen bekannt machen lassen, der Briefschreiber möge sich vorstellen, um die Uebelstände zu nennen, damit sie abgeschafft werden können, aber ich fürchte, wenn sich der Briefschreiber vorstellte, würde er einfach vor die Türe gesetzt. Die Uebelstände, die in der Millikerzenfabrik existiren sind in Liesing und Atzgersdorf so bekannt, daß die Spatzen auf den Dächern davon pfeifen und Herr Sarg sollte sie nicht kennen? das begreife ich nicht. Noch ist in Sarg's Fabrik ein Herr erwähnenswert, welcher seinem Namen alle Ehre macht. Dieser Herr hört auf den Wort Dornbusch, und mit Recht, denn wo er mit einem Arbeiter in Berührung kommt sticht und kratzt er.

Noch ein drittes Institut muß genannt werden, es figurirt unter der Firma Liesinger Brauhaus, auch da ist für Arbeiter eine sehr schöne Gegend. Der Herr Direktor in diesem Institut heißt Groß. Im Ausbeuten der Arbeiter leistet er auch wirklich großes, denn in jedem Geschäft erhält der Arbeiter, wenn auch schwach honorirt, doch Ueberstunden und Sonntagsarbeit extra vergütet, nicht so im Liesinger Brauhaus. Herr Groß sagt „die Woche hat sieben Tage", aber in der Auszalung hat die Woche blos 6 Tage. Herr Groß scheint die Bibel nicht studirt zu haben, sonst müßte er wissen, daß im 2. Buch Moses, 31. Kapitel, 14. Vers und weiter zu lesen ist: Sechs Tage soll man Arbeit tun; aber am siebenten sei Sabbatfeier 2c. Oder glaubt etwa Herr Groß, seine Arbeiter haben den Sonntag nicht nötig zur Ruhe, zur Erholung der aufgebrauchten Kräfte. Ich glaube ja. J. M. H.

Graz. Am 13. Juni fand hier eine von mehr als tausend Personen, darunter zalreiche Studenten und Lehrer, besuchte Volksversammlung statt, auf deren Tagesordung „Die achtjährige Schulpflicht und der Lienbacher'sche Antrag" stand. Das Referat übernahm Genosse Kaler-Reinthal, und beantragte nach längerer Auseinandersetzung und Motivirung folgende Resoluzion: „Die heutige Volksversammlung erwartet, daß das Herrenhaus auch den neuen Antrag Lienbacher's auf Verkürzung der Schulzeit ablehnen werde". Nachdem noch die Genossen Gabriel und Pauler für die Resoluzion gesprochen, und ein anderer Redner darauf hingewiesen hatte, das, was an der Schule erspart werde, für Strafanstalten werde ausgegeben werden müssen, wurde die Resoluzion einstimmig angenommen. —

Der Schuhmacherstreik in der hiesigen Schuhwaarenfabrik dauert fort, da Herr Pollak auf die Lohnforderungen der Arbeiter nicht eingegangen ist. —

Wir besitzen seit kurzer Zeit einen Bezirkshauptmann für die Umgebung Graz, der an nazionalen Fanatismus seines gleichen sucht. Julius R. v. Vesteneck, so heißt dieser Edle, war früher Bezirkshauptmann in Littai in Krain, wo er jedoch durch seinen deutschnazionalen Fanatismus unmöglich wurde, worauf ihn die Regierung nach Graz versetzte. Am 14. Juni fand vor dem städtisch-delegirten Bezirksgerichte Laibach eine Verhandlung statt, welche die Bildung des jetzigen Bezirkshauptmannes der Umgebung Graz in ein sehr grelles Licht stellt. Der Rechtspraktikant Stefan Lapajne klagte den Herrn Ritter v. Vesteneck wegen Ehrenbeleidigung, und zwar auf Grund folgenden Vorfalls, wie er in der erwähnten Gerichtsverhandlung durch die Zeugenaus-sagen konstatirt wurde: In der Nacht vom 27. auf den 28. April d. J. feierten die Freunde und Gesinnungsgenossen des R. v. Vesteneck im deutschen Kasino in Laibach das Abschiedsfest für den Letzteren und nach demselben begab er sich mit einigen Bekannten in das Kaffeelokale des Kasinos, wo sich oben erwähnter Lapajne mit einem Freunde in slovenischer Sprache unterhielt. Vesteneck und seine Freunde setzten sich an einem andern Tische nieder, fiengen aber sofort an, die slovenische Konversazion Lapajne's und seines Freundes zum Gegenstande von insultirenden Bemerkungen zu machen. Der Bezirkshauptmann sagte zu Lapajne: „Mit dieser slowakischen Saubauernknechtsprache können Sie schon drüben in Ihrem Lokale, der Citalnica, bleiben. Im Kaffeekasino muß deutsch gesprochen werden". Darauf trat er ohne Grund an Lapajne heran und fragte: „Warum fixiren Sie mich?" Auf die Antwort: „Ist mir nicht im Traume eingefallen" fragte er wieder: „Kennen Sie mich?" Lapajne antwortete: „Ja wol! Herr Ritter v. Vesteneck, früher k. k. Bezirkshauptmann in Littai, jetzt für die Umgebung von Graz." Neue Frage des Bezirkshauptmannes: „Warum stellen Sie sich mir nicht vor?" Nachdem sich Lapajne vorgestellt, folgende Frage: „Warum reden Sie in dieser Sprache?" Antwort: „Weil es mir so beliebt." Darauf Herr R. v. Vesteneck: „Ich würde mich als k. k. Beamter schämen, diese Sprache zu reden." Lapajne: „Ich schäme mich nicht, doch gibt es Sachen, deren man sich mehr schämen könnte." Ritter v. Vesteneck: „Ich werde mir die Unehre antun und Ihnen in's Gesicht spucken." Lapajne „Sie würden es vielleicht bereuen." Ritter v. Vesteneck: „Gehen Sie! Verdufften Sie!" Da die beiden Slovenen nicht „verdufteten", verließen R. v. Vesteneck und seine Freunde das Lokal. Wegen der Insulten, die er in jenem merkwürdigen Dialoge gegen Lapajne ausgesprochen, wurde R. v. Vesteneck zu 40 fl. Geldstrafe, eventuell acht Tagen Arrest, verurteilt. Dieser Herr ist jetzt Chef der politischen Behörde für die Umgebung Graz.

Völkermarkt. Zur Sozialistenhetze im Kärntnerlande. Am 1. Mai d. J. reiste ich von Steyr zur Pflege meiner Gesundheit in meine Heimat nach Volkermarkt. Unterdessen wurde mein Bruder August Perlornigg angeblich wegen Hochverrat, begangen dadurch, Flugschriften verbreitet zu haben, verhaftet; in die Hände der Behörde von Salzburg gelangte ein von mir an meinen Bruder gerichtetes Schreiben, wodurch ich aller Wahrscheinlichkeit nach in ihren Augen auch zum Hochverräter gestempelt wurde, denn die Behörde in Volkermarkt erhielt vom Landesgerichte Salzburg den Auftrag, bei mir eine Hausdurchsuchung vorzunehmen, da der Verdacht vorliegt, daß ich im Besitze von verbotenen Druckschriften strafbaren Inhalts sei, welche zu gesetzwidriger Verbreitung vorbereitet sind, ferner, daß sich bei mir auch Korrespondenzen, welche auf Hochverrat hindeuten, sich vorfinden.

Am 28. Mai, 11 Uhr vormittags erschien eine Kommission, bestehend aus dem Untersuchungsrichter, dem Gemeindevorsteher, einem Schandarm und einem Polizisten, in der Wohnung meiner Mutter, wo ich mich aufhielt und nahm die Hausdurchsuchung vor, welche zwei Stunden dauerte.

Mit Beschlag belegt wurden mehrere Briefe von Kollegen, drei Stück „Zapfelhuber", zwei „Reden der Abg. R. v. Schönerer und Dr. Kronawetter", einige Exemplare „Zukunft", „Gegenwart", „Rundschau", „Metallarbeiter-Fachblatt", drei Broschüren von Lassalle, ein sozialdemokratisches Liederbuch, mehrere Fotografien, Visitkarten, ein Zigarrenetui und noch mehrere andere Gegenstände. — — — Schließlich wurde ich auf das Bezirksgericht transportirt, einem längeren Verhör unterzogen und dann mit dem Bemerken, daß ich mich von Völkermarkt ohne vorherige Anzeige nicht entfernen darf, auf freien Fuß belassen.

Nennenswert ist noch, daß auch gleichzeitig in der Wohnung meiner Schwester gehaussucht wurde, ohne daß die Kommission einen Auftrag dazu hatte. Drei Tage nachher wurde ich zum Untersuchungsrichter gerufen, welcher mir mitteilte, daß die von mir abgenommenen Zeitschriften und Broschüren (mit Ausnahme einiger Bücher nicht sozialistischen Inhaltes, welche ich zurück erhielt) dem Landesgerichte Salzburg eingesendet werden müssen, da sie verfänglichen Inhaltes sind.

Schließlich fand es die hiesige Polizei für angemessen, um den „Verschwörer" — worunter ich gemeint wurde — beizukommen, an das hiesige Postamt das Ansuchen zu richten, alle an mich adressirten Briefe der Behörde zu übergeben. Die Postbediensteten haben dieses Ansuchen der hochweisen Polizei rundweg abgeschlagen und sie an die Postdirekzion gewiesen, die sehr wahrscheinlich dem Wunsche dieser „Staatsretter" nachgekommen sein wird, da ich seitdem keinen Brief mehr erhielt. Ob alle diese polizeilichen Chikanen nach Gesetz und Recht sind, überlasse ich dem Urteile der geehrten Leser unseres Parteiorganes.

Erfreulich ist noch, daß die hiesige Bevölkernng sich mißbilligend über diese „Staatsretterei" ausspricht.

Mit Brudergruß und Handschlag

Ferdinand Perlornigg.

Budapest, 20. Juni. Nachdem ich in Erfahrung brachte, daß am Pfingstmontag ein Herr (??) bei meiner Mutter in Simmering war und angab, er hätte mit mir tags zuvor gesprochen, wobei ich ihn zu meiner Mutter bestellt hätte, da ich bei Tage nicht nach Hause gehe, so drängt sich mir die Vermutung auf, dieser Herr sei ein „Organ" der öffentlichen Ordnung gewesen. Wenn sich diese Herren so fürchten, so ist das ein Beweis, wie „mächtig" der österreichische Staat sein muß und wie viele schlaflose Nächte die Hüter desselben zubringen müssen. Um diese Wächter zu beruhigen, füle ich mich veranlaßt, da ich doch kein Unmensch bin, zu erklären, daß ich nicht in Wien, sondern im Ofner Gebirg mir die „göttliche" Natur bewunderte. Uebrigens soll es diesen Herren gesagt sein, daß, wenn ich einmal, durch Verhältnisse veranlaßt, nach Oesterreich, respektive Wien fahre, ich nicht so blöde sein werde, dorthin zu gehen, wo man mich erwischen kann. In der Erwartung, daß der „starke" österreichische Staat noch nicht aus seinen Angeln ist und diese Herren durch meine Erklärung ruhige Nächte haben werden, ferner, daß meine Mutter von derartigen Besuchen verschont bleiben möge, zeichnet sich

Hermann Prager.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Sonntag den 29. Mai, ½10 Uhr vormittags, fand in der Jaroschauer Bierhalle „zum neuen Burgteater" die siebente ordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereines der Maurer und Steinmetze Wiens statt. Tagesordnung: 1. Vereinsbericht. 2. Vortrag von Dr. Wollensack. 3. Neuwal des Ausschusses. 4. Anträge und Interpellazionen.

Zum ersten Punkte berichtet Schaible, daß die Deputazionsangelegenheiten betreffs der zu erbauenden Stefaniebrücke begonnen haben und nach Bedarf fortgesetzt werden, ferner über die bei der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer abgehaltenen Expertise und erörtert den hiebei erzielten mißlungenen Erfolg derselben. — Für die Kontrole berichtet Herr Winter, daß die Geschäftsgebahrung und Leitung des Vereines, sowie die Leistungen des Herrn Rechnungsführers W. Böhm und die des Herrn Dr. Wollensack zur vollsten Zufriedenheit sprechen. Ferner erinnert Redner die Mitglieder mit ernsten Worten den vom Vereine entliehenen Bibliotheksbüchern der Bibliotheksordnung entsprechend eine bessere Aufmerksamkeit hinsichtlich ihrer Behandlung zu schenken.

Körbler berichtet, daß die Revision der Kassabücher und Kassa stattgefunden hat und Alles nach den vorhandenen Belegen als übereinstimmend befunden wurde, und empfielt der Versammlung das Absolutorium zu erteilen.

In das Skrutinium wurde Michael Glasner, Gustav Mattner und Linsmayer gewält, Mattner gibt nach Beendigung des Skrutiniums das Walergebnis bekannt.

Zum dritten Punkte findet der Vortrag von Dr. Wollensack über die Sonntagsruhe, behandelt vom ärztlichen Standpunkt, statt.

Zum vierten Punkt beantragt Straub, daß ein Ausflug vom Vereine aus veranstaltet wird. (Angenommen.)

Franz Knorr, Schriftführer.

Wien. Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse. Monatsbericht pro Mai 1881. Saldo und Gesammteinnahme fl. 14653.16, Ausgaben fl. 12323.55, Saldo pro Juni fl. 2329.61; die von den Fabriken, Einschreibe- und Vororten an die Kassa abgelieferten Beträge belaufen sich auf fl. 11093.89.

Der Gesammtvermögensstand der Krankenkasse hat sich um fl. 325.14 vermindert und beträgt fl. 40431.57, der der Invalidenkasse um fl. 781.42 vermehrt und beträgt fl. 36927.90.

Herr Dr. H. Wollensack, 2. Bez., Schreigasse 12a, ordinirt in den Sommermonaten an Sonn- und Feiertagen von 7--8 Uhr morgens.

Die in der Leopoldstadt wohnhaften Mitglieder können die Medikamente auch in Dr. Stieber's Apoteke, Kaiser Josefsstr. 37 und in der Apoteke „zum guten Hirten", Praterstraße 40, beziehen.

Die in der Delegirtenversammlung vom 24. April 1881 beschlossene Statutenänderung wurde vom hohen k. k. Ministerium des Innern genehmigt und tritt mit 1. Juni in Kraft.

Jene Mitglieder, welche der neu geschaffenen Leichengeldabteilung beizutreten wünschen, werden ersucht, sich in der Zentrale vormerken zu lassen und erfolgt die Konstituirung, sobald sich 200 zum Beitritte gemeldet haben.

Der Einschreibeort Brigittenau befindet sich in der Greiseneckergasse 7, bei Herrn Drexler, der in der Leopoldstadt in Olbrich's Gasthaus, große Stadtgutgasse 5, und der Vorort Stockerau, Hauptstraße 29, in Jordan's Gasthaus.

Die Mitglieder erhalten im Margaretenbade im fünften, im Giselabade im zehnten, im Leopolds- und Kaiserbade im zweiten Bezirke, im Pfann'schen Mineralbade in Meidling, in Bezchleba's Vollbad in Hernals, in Andert's Strombad im dritten Bezirke und in der Floridsdorfer Badeanstalt bedeutende Preisermäßigungen. Die diesbezüglichen Badeanweisungen sind in der Zentrale und beim Kasseboten per Stück um ½ kr. zu haben.

Das Protokoll über den zu Pfingsten d. J. stattgefundenen Verbandstag wird Ende Juni erscheinen und zum Selbstkostenpreise in der Zentrale zu haben sein.

Montag den 4. Juli 1881, abends ½8 Uhr, findet im Gasthause „zur goldenen Rose", 10. Bez., Himbergerstraße 41, eine Mitgliederversammlung für den Bezirk Favoriten mit folgender Tagesordnung statt: 1. Krankenkasse-Angelegenheiten des zehnten Bezirkes; 2. Anträge und Anfragen der Mitglieder. Als Legitimazion sind die Mitgliedbücher vorzuweisen. Mitglieder anderer Bezirke haben keinen Zutritt.

Samstag den 25. Juni, abends ½8 Uhr, findet in der Zentrale eine Invaliden-Komiteesitzung statt; die nächste ordentliche Ausschußsitzung wird Samstag den 2. Juli, abends 8 Uhr, in der Zentrale abgehalten.

Graz. Allgemeine steiermärkische Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse. In der Delegirtenversammlung vom 23. und 24. April d. J. wurde folgender Ausschuß gewält: Obmann Braun Josef, Stellvertreter Bielmayer Franz und Kulmer Math., Kassier Kehl Alexander, Rechnungsführer Stubenvoll Johann: Ausschüsse: Rößler Franz, Kovats Gabriel, Krabacher Josef, Gehringer Johann, Hartl Rudolf, Kraiger Valentin, Freiberger Joh., Duller Stefan, Weinmeier Johann, Roßka Franz, Wagner Alois, Stöhring Franz, Severneg Josef, Fuhrmann Franz, Kadlez Franz, Baschter Ernst, Suppanz Ferdinand, Karlin Karl, Schneider Josef und Praßl Josef; Ersatzmänner: Kleiner Franz, Rupp Karl, Gaipl Johann, Jahnhuber Johann, Killian Kasper, Gruber Viktor, Ries-

ler Johann, Suchadobnik Johann, Doborgaßy Anton und Jakobitsch Josef.

Als Revisoren wurden gewählt: Kogl Franz, Forster Leopold, Rippl Leopold und Rupprecht Jakob. Ersatzmänner: Hofer Alois und Suppanz Jakob.

Im Jahre 1880 hatte die Kasse Einnahme im Krankenfonde fl. 58928.64, Ausgaben fl. 53224.76, daher eine Mehreinnahme von fl. 5703.88; im Invalidenfonde Einnahme fl. 2724.31, Ausgabe fl. 1049.26, daher eine Mehreinnahme von fl. 1675.05. Mit Ende 1880 blieb ein Vermögensstand im Krankenfonde fl. 19230.73; im Invalidenfonde fl. 18872.59.

Josef Braun, Obmann.

Eingesendet.

Euer Wolgeboren!

Die Leitung der Knabenschule in Floridsdorf ersucht freundlichst, nachstehende Berichtigung in Ihr geschätztes Blatt aufnehmen zu wollen:

In Nr. 41 vom 9. Juli l. J. brachte „Die Zukunft" ein Eingesendet aus Floridsdorf unter der Aufschrift: „Ein Lehrer gegen den Fortschritt", worin erklärt wurde, daß der hiesige Arbeiterverein im Vorjahre eine Ausstellung von Schülerarbeiten im Zeichnen veranstaltete, zu deren Besichtigung der Lehrkörper der hiesigen Volksschule von Seite des Vereines eingeladen wurde *).

Ich gebe hiemit im Namen des Lehrkörpers die Erklärung ab, daß weder der Schulleitung, noch einem der Herren Lehrer der Knabenschule eine Einladung zukam, mithin der Besuch der Ausstellung unsererseits nicht stattfinden konnte.

Mit besonderer Hochachtung

Heribert Kalusch, Oberlehrer.

Floridsdorf, am 13. Juni 1881.

*) In einer an uns gelangten Zuschrift des Arbeiter-Bildungsvereines in Floridsdorf wird behauptet, daß die Einladung der Herren Lehrer teils durch eine Bekanntmachung in den gelesensten Tagesjournalen, teils durch Zusendung eines Einladungsschreibens erfolgte. Die Redakzion.

Löbliche Redakzion!

Es wurde in einigen Versammlungen bei meiner Abwesenheit von einigen Rednern die Behauptung ausgesprochen, daß ich den Sitzungen bei Beratung der neuen Gewerbeordnung als Expertise habe beiwohnen wollen, und daß ich zur Beratung nicht zugelassen wurde. Ich erkläre hiemit, daß die Tischlergehilfen keine Experten gewählt, indem sie keinen Nutzen darin erblicken konnten; ich als Vorsitzender der Tischlerversammlung hatte nur der Handels- und Gewerbekammer den Beschluß der Tischlergehilfen zu überbringen.

Zum zweiten Sitzungstage ging ich als Privatperson hin, um zu sehen, welche Meinungen bei der Beratung zum Ausdruck kommen. Uebrigens steht es ja Jedem frei, zu tun, was ihm beliebt. — Dies als Antwort auf solch kleinliche Angriffe.

Alois Treibenreif.

Ausweise.

Nr. 97.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Menschel, Mistek 40, Sluschi 10, Romaschek, Pest 10, Roth 10, Inveru 5, Fischer 10, Böhm 50, Kugler 20, Hoffmann 20, Bokros 10, Nagy 15, Prager 50, durch Nieder 1.—, Rischowi 22, K. Mauerhofer 50, A. Greiner 50, R. 15, Spaniel 20, Werkstätte Dübel 10.76, Maierhofer, Bäcker 30, Schlieck 30, Familie Hampel 40, Silberarbeiter 2.10, Fatschik 30, Grünbek 14, Prohaska 10, Czabek 5, Strecker 5, Johne 5, Prohaska 5, Zilka 5, Staßny 5, Komberez 10, Donath 10, Hajek 5, mehrere Silberarbeiter durch Steiter 1.10, A. Reschek 20, Werkstätte Lazinger 90, Mitkämpfer 1.10, Urban 85, „Schneider-Fachblatt" Nr. 12 durch Staubwaßer 2.93, die roten Freunde für Inhaftirte 1.20, die Roten am Neubau 90, P. L. 20, „Schneider-Fachblatt" Nr. 12 4.81, Zinner 20, D. R. 60, Genossen Floridsdorf 2.51, M. M. 20, W. Sch. 20, M. 10, Bum, Bum, Floridsdorf 1.07, Schubert 10, Wolf 20, Waßmann 20, Peschek 10, Rustler 5, Pudleiner 10, Werkstätte Schedifka 3.85, Tischler bei Herrn Weiß 2.60, die rote Familie 70, Gesellschaftskampf Ida 40, Tischgesellschaft bei Staudinger 1.55, Sänger, A.-B. Teplitz 3.20, J. Ullmann: Trotz der böhmischen Hungerlöhne, stehen fest Lassalle's Söhne 1.—, Arbeiter, Gloggnitz 4.—, Tischgesellschaft bei Herrn Bugatsch, Pottendorf 1.—, Genossen Neutitschein 3.—, einen Kreuzer kann man leicht entbehren, viele können Einen ernähren 3.—, Sarosy Egyed 10, Kopf Josef 10, Wehmann Istvan 20, Markscheid Janos 20, Karoly Hugyba 10, Woldovan Ignaz 20, Blessiany Janos 10, eine Tischgesellschaft: die Roten für Recht und Freiheit 1.20, Nieder die Reakzion, hoch die Freiheit 50, Czeregeny L. 15, Kereszten Janos 15, Brosko Bela 10, N. N. 10, J. J. 10, J. Brahacsek 15, Kalman Marton 10, Böhm 20, Korel Janos 15, Bajnoczy J. 10, H. J. 5, Kaufmann, Lokomotivfabrik, Floridsdorf 50, Genossen Floridsdorf 1.76, P. 20, eine lustige Gesellschaft, Floridsdorf 1.—, die Kämpfer für Freiheit und Licht, vergessen die Drechsler nicht 1.30, Perlornigg 50, mehr Licht 1.80, Schützenhelm 20, T., Linz 1.40, die Roten von Römerstadt 2.—, Genossen in Neunkirchen 3.20, J. S. 20.

Summe 77 fl. 17 kr.

Parteigenossen! Laßt Euren Eifer für diese gute Sache nicht erkalten und fahrt fort Eure Pflicht zu tun!

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

In Graz sind für die Familien der Inhaftirten eingelaufen: Genossen in Koflach 2.—, von einem Arbeiterfest 3.20, Genossen Steyr 11.90, für Freiheit und Recht, beim Faßel 50, Traurig 50, Donawitz, H. M. „Für den Freiheitskämpfer in der Not, teilt auch der Arme gern sein letztes Brot" 37, Liezen: A., Freigeist in Liezen 10, An ondrer, a ormer Teufel 8, für unsere gerechte Sache 25, Lois 10, Hermann Eisert 20, Selztal: roter Geier 10, erschrecktes Reh 20, roter Gimpl 20, H. B. 20, für die Freiheit kontra Steuerschraube 30.

Summe 20 fl. 20 kr.

Für die streikenden Tischler in Wien sind eingelaufen Ferd. Harrer 40, J. Siler 20, J. Scharfeter 10.

Briefkasten.

Redakzion: Viele Berichte und Einsendungen mußten wegen Raummangel für nächste Nummer zurückgelegt werden. — Fachverein der Holzarbeiter in Klagenfurt: Die Redakzion der „Mittelstraße" befindet sich Gobelsburg bei Krems, Niederösterreich.

Administrazion: F. Lindner, Karlsdorf: Abonnirt bis Ende Juli. — Stasni, Siegersdorf: Abonnirt bis Ende Juni. — Hanika, Fischern: Laut ihrer Angabe richtig. — Dr. Radkowsky, hier: Abonnirt bis Ende Oktober. — Zur Unterstützung des Bl.: Maierhofer 20, Schoner, Salzburg 40, Unbekannt 20, N. N. 10.

Ankündigungen.

Gewerkschaftsverein der Bürschner in Wien.

Die Arbeitsvermittlung findet im Vereinslokale, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, Montag und Donnerstag statt.

Sonntag den 10. Juli 1881

findet ein

Arbeiter-Ausflug

auf die Schnepfenwiese,

mit Begleitung zweier Musikkapellen und unter Mitwirkung dreier Gesangskore statt.

Zusammenkunft in Wimberger's Restaurazion, Fünfhaus, Neubaugürtel, Ecke der Märzstraße um halb 7 Uhr früh. — Abmarsch 8 Uhr früh über Breitensee, Hütteldorf, Schnepfenwiese. Retour über Steinbruch, Breitensee, wo die Auflösung des Zuges erfolgt.

Teilnehmerkarten à 15 kr.

sind zu haben beim Komitee (Allgemeiner Arbeiterverein, 6. Bez., Dreihufeisengasse 13) und aus Gefälligkeit im Redakzionslokale der „Zukunft".

Das Komitee.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag, nachmittags, Buchhaltung.

Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.

Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.

Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.

Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.

Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene.

Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Wien. Die Unterrichtssekzion der Schuhmacher-Gewerkschaft gibt bekannt, daß Ende Mai ein neuer Kurs im Elementarunterricht in zwei Klassen begann. — Derselbe findet jeden Dienstag und Donnerstag von ½8 bis ½10 Uhr abends im Vereinslokale, 7. Bez., Kaiserstraße 96, statt. — Einzeichnungen werden jeden Sonntag, Montag und Mittwoch durch Genossen Korwas vorgenommen.

Wien. Samstag den 9. Juli, abends 8 Uhr, findet in Winter's Gasthaus, am Hundsturm 2, die halbjährige Generalversammlung des Fortbildungs- und Krankenunterstützungsvereines der Färber Wiens statt.

Wien. Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und -Arbeiterinnen Wiens. Jeden Dienstag Ausschußsitzung in der Zentrale in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6. — 1. Lesezimmer: Fünfhaus, Sechshauser Hauptstraße in Faras' Gasthaus „zum weißen Adler". — 2. Lesezimmer: Sechshaus, Wehrgasse in Herrn Daubal's Gasthaus. — 3. Lesezimmer: Meidling, Ecke der Mißbach- und Bonygasse in Herrn Schlemin's Gasthaus. Der Ausschuß.

Montag den 25. Juli 1881, abends 7 Uhr, findet die Generalversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und -Arbeiterinnen Wiens, in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsberichte. 2. Wal des Ausschusses. 3. Die internazionale Arbeitsgesetzgebung. 4. Anträge und Interpellazionen. — Mitglieder, eure Pflicht ist, zalreich zu erscheinen!

Floridsdorf. Sonntag den 3. Juli, in Beranek's Gasthausgarten, geselliger Abend. — Anfang 4 Uhr. Frühergelöste Karten 15, an der Kasse 20 kr.

Kindberg. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hält Sonntag den 17. Juli, um ½5 Uhr abends, seine halbjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Vereins- und Rechenschaftsbericht. 3. Berichte der Sekzionen. 4. Neuwal des Präsidiums und des Ausschusses und der Sekzionen. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Vortrag über Zweck und Nutzen der Arbeitervereine. 7. Anträge und Interpellazionen. — Mitglieder, erscheint zalreich!

Bruck a. d. M. Die Reiseunterstützung von 30 kr. für durchreisende Genossen, welche einem Vereine gleicher Tendenz seit mindestens 3 Monate angehört haben und mit nicht mehr als 3 Monatsbeiträgen im Rückstande sind, wird im Vereinslokale, in Herrn Langus' Gasthaus „zum Spezi" ausbezalt. [30]

Klagenfurt. Der Fachverein der Holzarbeiter gibt allen durchreisenden Mitgliedern bekannt, daß sich das Vereinslokal im Gasthause „zum Tiger" befindet; ferner gibt der Verein bekannt, daß an durchreisende Fachvereinsmitglieder eine Unterstützung von 50 kr., jenen Holzarbeitern, welche irgend einem Arbeiterverein angehören und mit ihren Beiträgen nicht länger als drei Monate im Rückstande sind 30 kr. verabfolgt werden. Die Reiseunterstützung wird in der Werkstätte des Herrn Ploth, Völkermarkterring, vom Kassier ausbezalt.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich in der St. Veiterstraße in der Klavierfabrik des Herrn Burghardt, täglich von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Wien. Mittwoch den 29. Juni, 3 Uhr nachmittags, freie Schneiderversammlung auf der Türkenschanze unter freiem Himmel.

Wels. Aviso. Der Arbeiter-Bildungsverein gibt hiemit bekannt, daß sich das Vereinslokal seit 8. Juni d. J. im Gasthaus „zur Stadt Triest" befindet.

Reichenberg. Lokalveränderung. Der Ausschuß des Fachvereins der Manufakturarbeiter gibt bekannt, daß sich das Vereinslokal seit 1. Juni im Gasthaus „zum Feldschlössel" (Krankenhausgasse) befindet, wohin alle Briefe und Zuschriften zu richten sind.

[30] Der Vorstand.

Oberleutensdorf. Freunde uud Genossen allerwärts! Sonntag den 26. Juni feiert der Arbeiter-Bildungsverein sein zwölftes Gründungsfest, wo an Euch die freundlichste Einladung ergeht, dieses Fest durch Delegirte oder Begrüßungsschreiben verherrlichen zu wollen. Da keine weitere Einladung erfolgt, so ersuchen wir, hievon Kenntnis zu nehmen. Das Komitee.

Brünn. Das Vereinslokal des Arbeiter-Bildungsvereines befindet sich Radvitplatz 6, im Hofe links.

Ein Bett ist an einen Parteigenossen zu vermieten bei Karl Urban, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 115, 2. Stock. [15]

Oeffentliche Abbitte.

Ich Unterfertigter erkläre mich bereit die gegen Herrn Anton Stahl gemachte Ehrenbeleidigung zurückzunehmen, indem Genannter nie eine Beleidigung gegen seine Kollegen in der Fabrik des Herrn Bäsendorfer ausgedrückt hatte; ich leiste hiemit öffentlich Abbitte. [60] L. Neumann.

Geschäfts-Empfelung.

Unterzeichneter empfielt seine Lokalitäten für Vereine und Versammlungen. Für gute Speisen und Getränke, sowie auch für solide Bedienung sorgt bestens

[50] Grob (Gumpendorfer Bierhalle)
6. Bez., Gumpendorferstraße 91.

Im Verlage des Genossen Emil Kaler, Graz Schießstattgasse 2, 2. Stock, ist erschienen:

Sammlung

von sozialpolitischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen.

Erscheint in monatlichen Heften à 7 kr., bei Vorausbezalung 3 aufeinanderfolgender Hefte 20, 6 Hefte 40, 12 Hefte 80 kr.

Inhalt des ersten Heftes: „Was ist der Arbeiter?"

Im Verlage der Volksbuchhandlnng Hottingen-Zürich ist erschienen:

Die soziale Baukunst.

Preis des ersten Bandes (Heft 1—13) brochirt 4 Fr. 50 Cent., gebunden 5 Fr. Halbleinwand, ganz Leinwand 5 Fr. 50 Cent.

Alte Parteiblätter,

„Volksstaat", „Volkswille", „Vorwärts" (Leipzig), „Volksstimme" u. s. w. werden zu kaufen gesucht. Offerte, respektive Sendungen sind zu richten an F. Schlegl, Sackstraße 13, Graz.

Abonnements-Einladung.

Mit nächster Nummer beginnt ein neues Quartal zum **Abonnement** der Zeitschrift

Die Zukunft

Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

„Die Zukunft" erscheint **monatlich zweimal**, und zwar **an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.**

Das Abonnement beträgt für **Oesterreich-Ungarn:**

halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Parteigenossen!

Wir sehen uns veranlaßt, alle Abonnenten, welche mit ihrem Abonnement im Rückstande sind, aufzufordern, dasselbe zu begleichen, damit in der Zusendung des Blattes keine Unterbrechung eintritt. — Ferner ersuchen wir alle Parteigenossen, für die Verbreitung des Parteiorgans nach Kräften tätig zu sein und demselben stets neue Abonnenten zuzuführen.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Die Herausgeber.

Die nächste Nummer erscheint am 14. Juli.

Herausgeber und Verleger: **Franz Moik, Andreas Grosse, August Kotidek, Heinrich Hohe, Anton Christoph.**

Verantwortlicher Redakteur: **Franz Moik.**

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen **5 kr.**
Für Anzeigen von Privatpersonen: **10 kr.**
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 43. Wien, Donnerstag 14. Juli. **1881.**

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit dieser Nummer beginnt ein neues Quartal zum **Abonnement** der Zeitschrift

Die Zukunft

Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

„Die Zukunft" erscheint **monatlich zweimal**, und zwar **an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.**

Das Abonnement beträgt für **Oesterreich-Ungarn:**
halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.
Einzelne Nummern 6 kr.

Parteigenossen!

Wir sehen uns veranlaßt, alle Abonnenten, welche mit ihrem Abonnement im Rückstande sind, aufzufordern, dasselbe zu begleichen, damit in der Zusendung des Blattes keine Unterbrechung eintritt. — Ferner ersuchen wir alle Parteigenossen, für die Verbreitung des Parteiorgans nach Kräften tätig zu sein und demselben stets neue Abonnenten zuzuführen.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Die Herausgeber.

Verhaftungen.

In der Nacht vom 7. auf 8. Juli wurden die Genossen Steffek, Randa, Pischel, Hruby und Hlawsa in der Wohnung des Erstgenannten durch den Schef des Detektivkorps Stehling verhaftet, Hausdurchsuchung vorgenommen und verschiedene Briefschaften mit Beschlag belegt. Aus welchem Grunde die Verhaftungen erfolgten, ist uns bis jetzt noch nicht bekannt. Bis 11. d. M. befanden sich die Verhafteten noch im Polizeigefangenhause in der Sterngasse.

Samstag den 2. Juli wurden in einem Kaffeehause der Gumpendorferstraße gleichfalls sieben Personen verhaftet, von welchen jedoch vier schon am darauffolgenden Montag aus der Haft entlassen wurden. Gegen die in Haft Verbliebenen soll die Anklage auf Hochverrat erhoben worden sein.

Die Sammlungen zur Unterstützung der Verhafteten und deren Familien sind daher eifrigst fortzusetzen.

Zu den Prager Exzessen.

Die Krawalle, welche in Prag Ende des vorigen Monats stattfanden, haben in den Kreisen der deutschliberalen Partei eine große Aufregung hervorgerufen, von der wir annehmen wollen, daß sie eine ernste und keine geheuchelte sei. Es ist gewiß, daß diese Exzesse teils Folgen nach sich ziehen werden, teils bereits nach sich gezogen haben, welche nicht ohne Einfluß auf die politische Entwicklung Oesterreichs in der nächsten Zukunft bleiben werden, weshalb wir es auch für unsere Pflicht halten, die Bedeutung der Exzesse mit Rücksicht auf die allgemeinen politischen Verhältnisse in's Auge zu fassen.

Die Tatsachen, welche unter dem Namen der Prager Exzesse zusammengefaßt werden, setzen wir als bekannt voraus, da die liberale Presse dafür gesorgt hat, daß denselben die weiteste Verbreitung zu Teil werde. Den genauen vom Parteihaß nicht entstellten Sachverhalt dürften wir allerdings erst nach Abschluß der gerichtlichen Verhandlung kennen lernen, die darüber zu erwarten ist. Daß tätliche Insultirungen von deutschen Studierenden in Prag durch Tschechen stattgefunden haben, steht jedoch bereits heute fest, und es kann sich fernerhin nur um die sichere Beantwortung der Fragen handeln, welchen Umfang diese Beleidigungen und Mißhandlungen angenommen haben und wie dieselben entstanden sind.

Sind diese Exzesse an und für sich von großer politischer Bedeutung und können sie als eine Tat des tschechischen Volkes gegen die Deutschen hingestellt werden, wie es tatsächlich seitens der deutschliberalen Presse, insbesondere seitens der „liberalen" Wiener Tagesblätter geschehen ist? Diese Fragen müssen von Jedem, der gerecht urteilen will, und der nicht den nazionalen Haß zum Richter macht, verneint werden. Es ist Jedermann bekannt, daß in der Metropole des deutschen Reiches, in dem auf seine „Intelligenz" stolzen Berlin, in allerneuester Zeit rohe Mißhandlungen der Juden stattgefunden haben und daß an diesen schändlichen, für einen wirklich Gebildeten abscheuerregenden Exzessen **deutsche** Studenten der **deutschen** Universität Berlin hervorragenden Anteil genommen haben, haben dieselben Herren Journalisten, welche heute die ganz ähnlichen Prager Exzesse „Heldentaten des tschechischen Volkes" zu nennen sich erdreisten, etwa jene Juden-Exzesse auch dem „deutschen Volke" zugeschrieben? Beileibe nicht. Damals war es im Gegenteile der „Berliner Mob", der sich der Mißhandlungen des Judentums zur „Schmach des deutschen Geistes" schuldig machte. Und doch gehören zu den Führern des Berliner „Mobs" „liberale" Koryfäen, wie Prof. Treitschke, Dr. Dühring, ein Hofprediger und andere Größen des „gebildeten" Deutschtums. Kann man dann tschechischen Professoren und Studenten verübeln, wenn sie den Taten des tschechischen „Pöbels" Beifall klatschen?

Es ist eine nichtswürdige Heuchelei, wenn man im Namen eines nicht existirenden auf den Kulturverschleiß privilegirten Deutschtums das tschechische Volk für die letzten Straßenszenen in Prag verantwortlich macht und beschimpft. Wenn die Tschechen durch jene Krawalle ihre Kulturunfähigkeit und Barbarei bewiesen haben, wie deutschliberale Journalisten behaupten, dann haben die Deutschen durch die Judenhetzen dasselbe von sich bewiesen. Für Unbefangene und gerecht Urteilende liegt es freilich auf der Hand, daß in beiden Fällen nur vereinzelten Hetzern und der Unwissenheit der Massen die Schuld zuzuschieben ist, und daß beide Nazionen Elemente genug besitzen, welche solche Gewalttaten entschieden verdammen.

Noch jämmerlicher aber entpuppt sich die angebliche Kulturmission unserer deutschliberalen Führer und ihrer Presse, indem erstere in ihren Aufrufen und letztere in ihren Artikeln sofort nach Polizei riefen, um das bedrohte Deutschtum zu retten. Unsere Meinung ist, daß, wenn die Deutschliberalen sich wirklich nur durch Polizei- und Militärgewalt am Leben erhalten können, sie keine Existenzberechtigung in Oesterreich haben und auch nicht im Stande sein werden, sich zu erhalten. Wir sind ferner der Ansicht, daß eine Partei, die des Belagerungszustandes und der bewaffneten Macht zur Erhaltung ihres Einflusses bedarf, am allerwenigsten etwas zur Erweiterung der politischen Freiheit und der Volksrechte beitragen kann.

Und erfahrungsgemäß hat auch die liberale Partei in Oesterreich nur durch mehr oder weniger verschämten Absolutismus sich am Ruder zu erhalten vermocht, sie würde auch, wenn sie heute wieder an's Ruder gelangte, die Idee der Nazionalitätenversöhnung über Bord werfen und wie früher mit dem objektiven Verfahren und der gewaltsamen Unterdrückung zu regieren anfangen.

Die tschechischen Exzesse beweisen von Neuem, daß Allem, was das Volk in Oesterreich erringen will, das Ende der Nazionalitätenhetze vorangehen muß. Denn letztere ist es, die der Reaktion beständig neue Nahrung zuführt, wie die Ernennung des FML. Kraus als Leiter der böhmischen Statthalterei in Folge der Prager Exzesse beweist.

Zur Frauenfrage.

(Schluß.)

Durch die fortschreitende Maschinentechnik wurden die Produktionsverhältnisse immer drängender, immer ungünstiger. Der Pauperismus nahm zu. **Und da man der materiellen Kraftwirkung keine humanistische entgegensetzte, so war es bald gegeben, daß Ueberproduktion eintrat, daß nun der Arbeiter schwer um des Lebens Notdurft ringen, daß er auf Alles verzichten mußte, was in seiner Brust menschliche Saiten zum Schwingen gebracht hätte — er drängte das Weib aus seiner Gemeinschaft.** Und jetzt begann der Kampf der Individuen unter sich. Das Weib hatte auch ein Recht zum Leben, folglich auch zur Arbeit. Es trat deshalb dem Manne gegenüber in die unbeschränkteste Konkurrenz. Was war nun die Folge? Nichts anderes, als daß der Lohn des Mannes in Folge des erhöhten Angebotes noch mehr sank, und daß nun beide Teile dasselbe verdienten, was früher des Mannes Entlohnung war. War schon früher die Gründung eines Hausstandes von Seite des Arbeiters in Folge der ungeregelten Produktionsverhältnisse, die einer Anarchie eben gleichkommen, ein gewagtes Unternehmen, so wurde dies Beginnen später sogar ein Experiment. Nur wenn beide Teile erwarben, war es möglich, die dringendste Not von der Schwelle zu bannen; wie aber, wenn einer der erwerbenden Teile erkrankte, wenn Verhältnisse, wie die gegenwärtigen, eintraten, welche die Beschäftigung auch nicht Einer Hand gewähren? Das gräßlichste Elend war nun fertig. Darum hütet sich jeder, den das Glück nicht um eine Stufe höher getragen, vor der Gründung eines eigenen Hausstandes, und eben darum mußte die Frau wieder die Rivalin des Mannes werden, drängte ihn von allen Beschäftigungen, die ihren fisischen Kräften angemessen sind, zurück — und auch diese Rücksicht ist heute bereits gefallen. Man beschäftigt die Frau nicht humaner Absichten wegen, sondern weil sie billiger arbeitet. Ich überlasse es Jedem, sich auszumalen, wie das Menschengeschlecht der Zukunft aussehen würde, wenn dieser kapitalistischen Produzionsweise noch Ein Jahrhundert gegeben wäre. Nun, man baut ja überall Idiotenanstalten — Glück zu! — dort im Osten dämmert bereits die bessere Zeit herauf. — Den Menschen gegen den Menschen zu gebrauchen — wer anders hat dies so trefflich verstanden als das moderne Kapital?!

Es ist demnach wol ganz klar, daß die Frauenfrage erst dann von der Tagesordnung verschwinden wird, wenn es dem Manne gestattet ist, zur Gründung eines gesicherten, allen Wechselfällen des Lebens trotzbietenden Hausstandes zu schreiten. Und dieser kann er wieder erst dann, wenn ihm der volle Ertrag seiner Arbeit zukommt; und dieses ist eben nur wieder im sozialistischen Staate möglich. Und da der moderne Staat die sozialistische Frage nicht lösen kann, so kann er auch nicht die Lösung der Frauenfrage versuchen, d. h. wol versuchen, aber nicht lösen.

Wir wollen demnach nicht nur das Eigentum, sondern auch die Familie für Alle schaffen, für Alle begründen; wir wollen das, wovon die Poeten aller Zungen sangen, in Millionen von Herzen zum Echo bringen. Und da werfen uns wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Esel vor, daß, wenn der Sozialismus ins Leben träte, jede Idealität aus demselben verschwinden und daß der roheste Materialismus platzgreifen würde! In welcher Zeit ist wol mehr Idealität zu finden, in einer, welche es Millionen von Menschen verwehrt, sich einen Hausstand zu gründen, und wenn dies geschehen, den Eltern verbietet, ihre Kinder vor Mangel zu schützen, und welche ihnen gebietet, ihre fisisch unentwickelten Kinder zur Arbeit heranzuziehen, ihre Gesundheit zu untergraben, ihnen das Elend auf den weiteren Lebensweg mitgeben zu müssen, oder eine, welche es Jedem möglich macht, Familienvater zu werden, welche Jedem die Mittel an die Hand gibt, seine Kinder vor Mangel zu bewahren, sie zu tüchtigen Staatsbürgern zu machen, ihnen das volle freudige Leben mit auf den Lebensweg geben zu können? Nein, nicht versiegen wird der Strom der Idealität, und nicht mit dem Falle dieses Babelturmes zieht der letzte Dichter aus der Welt, sondern der mächtige Schwall wird aus einer edleren und tieferen Quelle als bisher und zu einer sonnigeren Höhe emporsprudeln.

Wie alle gegebenen Mittel, über welche der moderne Staat verfügt, um die Frauenfrage zu lösen, wie er dieselbe überhaupt gar nicht lösen kann, so sind die bestehenden Einrichtungen zur Erzielung und Erhaltung eines edlen Familienlebens höchst mangelhaft; daß wir demnach von dem alten Schutte wenig oder gar nichts brauchen können, ist selbstverständlich. Ein Gebiet aber, welches die gründlichste Umgestaltung erheischt, ist der Unterricht. Trotzdem, daß der Religionsunterricht in der heutigen Volksschule bis zum vierzehnten, also letztem Schuljahre und in den Realschulen bis zum sechzehnten, in den Gimnasien und Lehrer-Bildungsanstalten bis zur obersten Klasse, d. h. bis zum achtzehnten und zwanzigsten Lebensjahre währt, so trifft man in sogar gut, ja sehr gut situirten Familien auf eine Rohheit, die uns schaudern macht, ist überhaupt der allgemeine Sittlichkeitszustand ein sehr primitiver, ein sehr zweifelhafter zu nennen. Beweis dafür die Ueberfüllung der Strafhäuser, und zwar meistenteils aus Not, aus gräßlicher Not. Was den allgemeinen Sittlichkeitszustand anbetrifft, so verliere ich heute darüber kein Wort; dieses Kapitel sowie manches andere noch verspare ich mir auf ein anderes Mal; werde es aber auch dann mit wichtigeren Kriegern ausstatten, als ich dies im gegenwärtigen Augenblicke zu tun vermöchte — mit unbestreitbaren Zalen. — So lange der Produkzionsprozeß aller Gerechtigkeit, aller Sittlichkeit Hohn spricht, so lange wird es überhaupt nur einen befriedigenden Sittlichkeitszustand, aus dem ein wahres Familienleben seine besten Kräfte zieht, sehr schlecht bestellt sein; anders aber verhält sich die Sache bei jenen Personen, die schon heute bereits den vollen Ertrag ihrer (!) Arbeit (!) nicht nur Ein Mal, sondern zehn Mal genießen und deren Familienleben sich durch allerliebste Rohheiten auszeichnet. — Man kann dies nur auf Grundlage der Tradizion ... und durch die geringere sittlich intellektuellen Mittel, welche der heutigen Unterrichtsweise zu Gebote stehen, erklären: Man muß das Gute deshalb tun, weil es gut ist, und nicht der Belohnung wegen. Es ist Tatsache, daß die Volks- und Mittelschulen der Gegenwart Auslagen machen, die sich uns nie und nimmer verzinsen werden ... Wir müssen das Pensionirungsgesetz in sehr umfassender Weise gebrauchen; — es möge doch Niemand davor erschrecken, denn uns wird es keine Millionen, sondern nur einen — Federstrich kosten.

An die Stelle der unproduktiven Auslagen müssen dann solche Disziplinen treten, welche in vollständigerer Weise zu dem ersehnten Ziele eines hohen sittlichen Standpunktes führen, als dies heute der Fall ist. Dazu ist vor Allem eine umfassende Kenntnis in den Naturwissenschaften notwendig; um dies zu erreichen, ist der Volksschulunterricht allein ungenügend. Im sozialistischen Staate muß jeder Bürger nicht nur den untersten Unterricht genossen haben, sondern er muß auch über die Disziplinen der Mittelschule — natürlich der nach unseren Prinzipien eingerichteten Mittelschulen — verfügen. Der Gesammtunterricht muß bis zum achtzehnten Lebensjahre währen. Wenn Filosofen und namhafte

Kapazitäten auf dem Gebiete der Sprachkunde zur Erlernung einer fremden Sprache dieses Alter fordern, so muß diese Forderung umsomehr und mit aller Strenge bei der Wal eines Lebensberufes gelten und durchgeführt werden. Das richtige Treffen einer jeder Individualität zusagenden Lebensberufes ist doch unendlich wichtiger und erfordert mehr Reife, als die Erlernung fremder Vokabeln. Warum hält man an dem Grundsatze der Reife zum Besuche einer Hochschule fest? Ja, wird man sagen — Hochschüler und — Arbeiter, das ist doch so verschieden, wie hundert und eins. Nun, denen, die dies etwa sagen werden, erwidere ich, daß Sozialismus nicht die bis auf Einen halben Kreuzer sich erstreckende Verteilung heißt, und daß, wenn einer sein Eigentum durchgebracht, wir wieder auf einer Wiese zusammenkommen werden, um abermals zu teilen, sondern die Gleichstellung aller Berufe; daß dadurch eine ziemlich gleiche Verteilung des Vermögens stattfinden muß, das ist eben die Konsequenz des letzteren Aktes. Man muß den Wahn, daß der Professor, kurz jeder Beruf, der sich umfassender Privilegien erfreut, auch fernerhin allein erfreuen soll, mit Stumpf und Stil ausrotten. Es darf keinen Professor, keinen Arbeiter im heutigen Sinne des Wortes geben, sondern Staatsbürger, welche sich in nichts anderen unterscheiden, als in der verschiedenen Wal ihrer Berufe. Mancher, der heute einen schlechten Lehrer abgibt, würde vielleicht einen sehr guten Tischler abgeben und umgekehrt.

Um aber die Gleichstellung der Berufe möglich zu machen, ist vor Allem die Gleichstellung der Bildung notwendig, damit sich keiner der dabei interessirten Teile etwas zu vergeben hat. Soweit die Form. Was aber die Sache anbetrifft, so ist eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß zur Erlernung manchen Gewerbes mehr Geist gehört, als die Art, wie so mancher Lehrer seine Mittelschulstudien absolvirt hat, und daß ein seine Kunst vollständig innehabender Arbeiter die Disziplinen der Mittelschule nicht nur nicht kennen soll, sondern daß ihm diese zur künstlerischen Ausübung seines Berufes nachgerade notwendig sind. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an die Buchdrucker, wo jeder von ihnen über eine tüchtige humanistische Bildung verfügen sollte, während dieses heute nur bei den Wenigsten der Fall ist, da ihnen die Eltern in der Jugendzeit keine bessere Erziehung zu Teil werden lassen konnten und dies später wieder die mißlichen Erwerbsverhältnisse nicht zuließen *).

Gewiß, manches Gewerbe wäre früher und besser zu erlernen, wenn des Lernenden Teorie — d. h. sein mitgebrachtes geistiges Wissen — auf besseren Füßen stünde; so muß aber der rohe Klumpen erst anderweitig bearbeitet werden, ehe er zur Fähigkeit des Begreifens in seiner Hantirung gebraucht werden kann. Und wie wird dieses Geschäft oft betrieben!!! Ja, heute schon fült man die Notwendigkeit dessen, was ich soeben ausgedrückt habe: in den Fachschulen — wie viele sind deren, oder besser gesagt, wie wenige! — sucht man Teorie und Praxis zu verbinden, weil man dadurch einen größeren Effekt zu erzielen glaubt. Und soll ich noch erwähnen, daß durch die Ausführung dieser Sätze das moderne Geistesproletariat, welches heute in den verschiedenen Bureaux ein so kümmerliches Dasein fristet, gänzlich verschwinden wird? Gewiß, denn ein Jeder, der bis zu seinem achtzehnten Jahre kein besonderes Talent zum Studium an den Tag legt, wird wol mit Freuden demselben entsagen und sich der industriellen Beschäftigung zuwenden. Hier wird er durch die vermehrte Bildung, welche er sich angeeignet, Verdienstliches leisten, während er dort — beim Studium nämlich — ein sehr problematisches Resultat erzielt hätte. Schlummert in ihm dann noch ein besonderes Talent, eine besondere Kraft, die erst in späteren Jahren zur Entfaltung drängt, — so kann er dieses ja zu jeder Frist tun, da er im Besitze einer guten humanistischen Bildung ist. Dies möge sich so mancher der heutigen Jugendbildner merken.

Durch die Gestaltung besserer Lebensbedingungen wird sich ein Jeder oder doch die Meisten einen eigenen Herd gründen. Daß demnach die Bevölkerungsziffer um ein Namhaftes steigen wird, ist selbstverständlich; und rechnen wir die vermehrte Bildung noch dazu, die sich gewiß in zahlreichen neuen Erfindungen äußern wird, so ergibt sich, daß nicht nur eine zehnstündige, sondern acht-, ja sechsstündige Arbeitszeit eintreten muß. Heute schon wäre eine achtstündige Arbeitsdauer genügend, wenn man eben nicht darauf ausginge, ein möglichst hohes Angebot zu schaffen, um den Lohn zu drücken und die Arbeiter in Dummheit zu erhalten, damit sie ihrer Klassenlage nicht bewußt werden. Aber für uns revoluzionirt der Dampf und die anderen Naturkräfte, und sie bringen Erscheinungen hervor, die an Gräßlichkeit streifen. Und diese Kurzsichtigkeit dann, sich einzubilden, diese unsere Bewegung unterdrücken zu können!! Man müßte die Ursachen hinwegräumen — und dies ist eben die Lösung der sozialen Frage. — Wie es im Laufe der Zeiten möglich war, sich auf Kosten der Allgemeinheit emporzuschwingen, so wird es wol leichter sein, diese Stelle, diese Höhe der Mehrzal zu übertragen.

Ich erwähnte früher, daß jede Entdeckung auf materiellem Gebiete eine Mehrung der humanistischen Attribute zur Folge haben müsse. In dem Verhältnis als sich die Naturkräfte steigern, muß man die Menschenkraft zu vermindern suchen; tut man dies, so kann nie und nimmer eine Ueberprodukzion stattfinden, weil sich Konsumzion und Produkzion die Waage halten. Nehmen wir nun einen mechanischen Webstul an. Er ersetzt Hunderte von Webern, er produzirt hundertmal mehr, als wir zu konsumiren vermögen; und da seine Arbeit auch unendlich billiger ist als die menschliche, so müßte es, wenn der Arbeiter von Natur aus kein Recht auf Produktionsmittel hätte, bald kommen, daß er verhungern müßte, wie das Hungern, das gräßlichste Elend in dem Riesengebirge, unter den Webern und unter Allen überhaupt, die sich des Glückes, für Andere zu erwerben, erfreuen, schon so ziemlich überall „auf dieser schönen Gotteswelt" gang und gäbe geworden ist. — Daß gegenwärtig noch so menschliche Arbeitskräfte aktiv sind, kommt daher, weil man noch immer die Bedürfnisse der Vergangenheit zu befriedigen hat; bald wird aber der Moment eintreten, wo auch dieses nicht mehr der Fall sein wird, und wo man sich dann mit einer sehr geringen Menschenkraft behelfen könnte, wenn — nun, wenn eben das Wenn nicht wäre. Die Arbeitskraft wird demnach durch diese Ursachen vermindert werden, und zwar um so viel, als es notwendig ist, als Konsumzion und Produkzion sich die Waage halten. Erst dann ist es dem Manne möglich, seinen Pflichten als Familienvater und Staatsbürger nachzukommen. Auch der allgemeine sittliche Zustand gewinnt durch die Kürzung der Arbeitszeit sowie durch die längere Erziehungsdauer, denn im sozialistischen Staate wird die Selbstständigkeit erst mit dem zwanzigsten Jahre, also mit dem Eintritte ins Mannesalter erteilt, wenn die Sturm- und Drangperiode vorüber ist, oder ihren unlautern Höhepunkt schon erreicht hat, während heute so manches Bürschchen — von dem weiblichen Geschlechte spreche ich schon gar nicht — seine Selbstständigkeit im sechzehnten Jahre erlangt. Mit spärlichen Kenntnissen in seiner Hantirung ausgerüstet, an Geist ein Kretin, ohne alle sittliche Basis — so steht der moderne Jüngling aus, so bewaffnet tritt er in das große Leben hinaus. Was dann die Folge solcher Erziehung, oder besser gesagt, solcher Nichterziehung ist, — das möge sich jeder selbst beantworten; aber gewiß ist es, daß so manche rohe Faust an die Pforten der Bastille zuschlug, bis diese in Trümmer gingen .... was zwar keinen von uns einen Schaden brachte. Mancher wird fragen, was dies mit der Frauenfrage zu tun hat; aber ein Aufmerksamerer wird bereits gefunden haben, daß ich meinen Gegenstand stets im Auge behielt. Die Unselbstständigkeit dieser Frage erwähnte ich ja schon früher; und da ich ihre Lösung von der Lösung einer andern Frage (Männeremanzipazion) abhängig machte, so mußte ich logischer Weise die letztere in ihren Hauptpunkten entwickeln. Geschah dieses auch flüchtig, so kann man daraus doch schon ersehen, daß alle und jede Reform sich auf dem Fundamente des vollen Arbeitsertrages aufbauen müsse; sonst sind die Summen, die man zur Regulirung des großen sozialen Flusses allenfalls ausgibt, zum Fenster hinausgeworfen. Man muß sich jetzt mit der Abtretung der Produktionsmittel an die Arbeiter, mit der Schaffung eines Eigentums für dieselben beschäftigen; man muß durch ein Gesetz dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit, seines Gewunstes an der Gesamtproduktion, und zwar zu gleichen Teilen, zusprechen. Wird man dies freiwillig tun? Nein, dies bewiesen die 50 Whigs, die im englischen Parlamente gegen die Vorlage, welche den Pächtern auf Irland einige Erleichterungen gewähren sollte stimmten; darum — — — — — — — —

Der aufmerksame Leser wird ferner noch gefunden haben, da ich ja selbst die Unzulänglichkeit der Mittel zur Erhaltung eines edleren Familienlebens erwähnte, daß ich mit der Erwähnung der besseren Erziehung auf den vermehrten Strom der Bildung, welcher gewiß ein edleres und besseres Familienleben, als dies heutzutage der Fall ist, schaffen wird, aufmerksam machen wollte, auf daß die Rohheit, wenn nicht gänzlich, so doch zum größten Teile aus der heiligsten Genossenschaft verschwinde. Welche Verhältnisse obwalten aber heute in dieser Beziehung? Nun, dies weiß gewiß Jeder am besten: wo das Elend die tonangebende Stimme ist, da verliert sich der sanfte Liebeslaut, kommt er überhaupt gar nicht zu seinem Rechte. — Der Mann wird dann seine Lebensgefährtin nicht als den Teil betrachten, denn er ernähren muß, sondern als einen ihm ebenbürtigen, als einen, der mit ihm erwirbt und schafft. — Durch die besseren Lebensbedingungen sowie durch die vermehrte Bildung, Gesittung, über welche beide Teile verfügen müssen, werden sich die massenhaften Ehescheidungen, welche in der Gegenwart so häufig vorkommen, auf ein Minimum reduzirt; dieselben werden nur persönlicher Abneigung entspringen, während die der Gegenwart aus den elenden Existenzbedingungen sowie aus dem Mangel allgemeiner sittlicher Zustände abzuleiten sind. Man wirft uns vor, daß wir nur der schrankenlosesten Anarchie in allen Fragen huldigen, im Gegenteile, gerade heute herrscht in Allem und Jedem Anarchie, während wir das menschliche Herz durch Zwang, und zwar sehr viel Zwang bilden wollen, aber durch einen, der natürlich ist, der nicht bemerkt wird, während die heutige Erziehung uns mit Ketten belastet, unseren Nacken durch unvernünftige Lasten beugt, so daß wir nicht zum reinen Sonnenlichte emporblicken können.

Die Frauenfrage findet demnach ihre natürlichste Lösung allerdings in der Familie, aber früher muß etwas anderes kommen, Herr Professor Stein! Wir müssen früher den Berg, welcher sich vor dem Paradiese lagert, hinwegschaffen, dann erst können wir dasselbe betreten. — Es ist selbstverständlich, daß in einem Staate, welcher dem Gesetz der Individualität, der freien Selbstbestimmung so hohe Achtung entgegenbringt, die Frau sich nicht nur in der Familie, sondern nach allen Richtungen hin äußern kann: sie kann Schriftstellerin, Künstlerin — sie kann Alles werden, nur muß sie Alles mit Geist sein. Wie man dem Manne keine Schalheit gestatten wird, so auch der Frau nicht; die bessere und verständnisvollere Oeffentlichkeit wird hiefür die beste Maßregel sein. Aber ich bin überzeugt, daß die Mehrzal der Frauen den Beruf als Hausfrau ergreifen werden, mit Freuden einem Haushalte vorstehen werden, darin ihre Emanzipazion suchen, wenn sie sehen, daß sie in demselben ein berechtigtes und nicht unterdrücktes Glied sind.

Vom Standpunkte der Gehirnwägungen die Frage entscheiden, ob die Frau berechtigt oder nicht berechtigt sei, in des Mannes Sfäre zu treten, erscheint mir unzulässlich. Wie der Vorgang des Denkens vor sich geht, darüber wissen wir noch wenig Positives; aber daß dies die Quantität der Gehirnsubstanz allein bewirke, daß kann man heute schon mit Bestimmtheit verneinen. Da scheint mir Grillparzer's Wort doch weit vernünftiger: „Die Eine Bedingung, mein Lieber die du mir erfüllst, — habe Talent, mein Bester, und schreibe was du willst ..."

Wir haben also gesehen, daß es im sozialen Leben nicht gestattet ist, einzelne untergeordnete Fragen aus ihrem Zusammenhange zu reißen, sie unbekümmert um die Hauptfragen, der Lösung entgegenzuführen. Durch die Vernichtung der heutigen kapitalistischen Produkzionsweise und durch die Geltendmachung der Prinzipien des Sozialismus ist die Lösung vieler Fragen gegeben, die uns heute so viel des Kopfzerbrechens machen. Lösen wir demnach früher die Männerfrage, machen wir die Männeremanzipazion zur Tatsache, und das Andere findet sich dann von selbst oder doch ohne zu große Schwierigkeiten. K. B.

*) Ich wälte diesen Stand deshalb, weil hier das Mißverhältnis am größten zu sein scheint. Hier sollte durchgängig Intelligenz vorwalten, aber leider! — Ich verwahre mich gegen alle etwaigen Angriffe; mein Vorwurf gilt nicht den Buchdruckern, sondern der heutigen kapitalistischen Produkzionsweise, welche jede weitere Ausbildung unmöglich macht.

„Geheimbündelei".

Nach achtwöchentlicher Untersuchungshaft standen in Salzburg eilf Parteigenossen vor Gericht, um sich gegen die Anklage auf Gründung und Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft zu verantworten. Was die liberalen Parteiblätter bei den Verhaftungen der einzelnen Genossen für schauerliche Einzelheiten mitzuteilen wußten, übertraf alles in dieser Richtung gewöhnlich Gebotene und das will etwas sagen! Hochverräterische Korrespondenzen, Schlüssel zur dabei verwendeten Geheimschrift, revoluzionäre Flugblätter, ja sogar Sprengbomben wurden den gläubigen Schafen von Lesern, die bei dem hundertmal versuchten und ebenso oft aufgedeckten Schwindel noch immer nicht die Geduld verlieren, aufgetischt und keines dieser Schandblätter läßt sich nachträglich dazu herbei, einzugestehen, daß seine ersten Angaben nicht der Wahrheit entsprachen, oder daß den Verhafteten, welche viele Wochen unschuldig im Gefängnisse sitzen mußten, unrecht geschehen sei. Ja, das „Salzburger Volksblatt" z. B. macht sich noch über die angeklagten „Schneider- und Schuhmachergehilfen" lustig, welche „in einer achtwöchentlichen Untersuchungshaft Betrachtungen über die Sozialdemokratie und ihre Folgen" anzustellen Muße genug hatten und verrät, indem es meint: „Es kann nicht so schlimm sein als die Angeklagten vielleicht befürchtet haben mochten", daß es selbst Verurteilungen im Sinne der Anklage erwartet oder gewünscht hätte. Und dieses Käseblatt nennt sich ein „Organ des Fortschrittes!"

Die Ergebnisse der Verhandlung sind in Kurzem folgende:

Angeklagt sind: Martin Samobor, 36 Jahre alt, Leonhard Pinter, 29 Jahre alt, Josef Marschal, 21 Jahre alt, Franz Kößler, 27 Jahre alt, Richard Mitlechner, 22 Jahre alt, Franz Scholz, 26 Jahre alt, Ferdinand Bauer, 25 Jahre alt, Franz Wrba, 27 Jahre alt, sämmtlich zuletzt in Salzburg bedienstet; Rudolf Schnaubelt, 21 Jahre alt, zuletzt in Steyr; Franz Staar, 23 Jahre alt, zuletzt in Wien, und Ferdinand Bernert, zuletzt in Reichenhall.

Die Anklage lautet gegen neun Angeklagte auf Vergehen wider die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Gründung einer geheimen Gesellschaft, gegen Samobor und Schnaubelt auch auf Verbreitung verbotener Druckschriften, gegen Staar auf Uebertretung des „Waffenpatentes, begangen durch den Besitz einer verbotenen Waffe. (Diese Waffe wurde von den Tagesblättern in Sprengbomben verwandelt.) Im Belastungsmaterial der Anklageschrift kommt unter anderm auch vor, daß in den Arbeiterkreisen Salzburgs „Der Sozialdemokrat", „Die Tagwacht", „Die Soz.-pol. Rundschau", „Der Arbeiterfreund" und „Die Zukunft" stark gelesen werden. Die drei letztgenannten Blätter erscheinen bekanntlich in Oesterreich und unterwerfen sich einer freiwilligen Zensur und doch scheint es sich für einen anständigen Staatsbürger nicht zu schicken, sie zu lesen, da doch die Anführung dieser Tatsache gewiß dazu dienen soll, die Anklage zu unterstützen.

„Martin Samobor, heißt es in der Anklageschrift, wird von seinen Genossen als der Gründer der Gesellschaft bezeichnet, welcher dieselbe errichtete und die anderen als Mitglieder warb, die zu wälenden Funkzionäre bezeichnete, die Bildung eines eigenen Komitee's und die Zeitungspränumerazionen, sowie die Lokalitäten, in denen dieselben aufgelegt wurden, in Vorschlag brachte und auf Kosten der gemeinschaftlichen Kasse zu Parteizwecken eine Fahrt nach Wels unternahm."

Und der Zweck der Gesellschaft war eingestandenermaßen eine festere Organisazion der Arbeiter!

Samobor gibt zu seiner Verteidigung an, daß er und mehrere Genossen in Salzburg beabsichtigt hatten eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die neue Gewerbeordnung" und „Die achtjährige Schulpflicht" einzuberufen. Um die Kosten der Versammlung aufzubringen, hätten die Genossen Beiträge geleistet. Die Volksversammlung wurde verboten und über das Schicksal des gegen das Verbot eingereichten Rekurses sei ihm nichts bekannt, da er inzwischen verhaftet wurde. Der etwaige Ueberschuß der gesammelten Gelder sollte zum Abonnement von Zeitungen verwendet werden. Aus den Verhören der übrigen Angeklagten ergibt sich volle Uebereinstimmung mit den Aussagen Samobor's und die Verhandlung endet mit einer Freisprechung sämmtlicher Angeklagten.

Interessant ist es noch, daß der Staatsanwalt bei Stellung seiner Schlußanträge seiner Befriedigung darüber Ausdruck gab, daß sich die anfänglich befürchteten schweren Gesetzesübertretungen als nicht vorhanden zeigten, ferner die Aeußerung, daß es sich um einen Prozeß gegen die Sozialdemokratie handle, da die Angeklagten für ihre Gesinnung dem Strafgesetze nicht verantwortlich seien und daß er schließlich seine Hoffnung auf ein mildes Urteil des Gerichtshofes (Vierrichter-Kollegium) aussprach. Und das alles, nachdem die, wie es sich nun herausstellt, vollkommen unschuldigen Angeklagten acht Wochen in Untersuchungshaft zugebracht haben. — —

Politische Uebersicht.

Am 19. Juni hielt der polnische Abgeordnete Dr. Wolski in Lemberg vor seinen Wälern eine Rede, in der er die reakzionäre Haltung der gegenwärtigen Reichsratsmajorität scharf geißelte. Er erklärte sich als entschiedenen Gegner des bisherigen Bündnisses der drei Klubs der Rechten, namentlich des Bündnisses mit den Klerikalen. Er trat für die Bildung einer liberalen Mittelpartei aus dem Polenklub, den Jungtschechen und den nazional gemäßigten Mitgliedern der Linken ein. Besonders bedauerte er, daß der Polenklub für den Lienbacher'schen Schulantrag gestimmt habe. Im Wesentlichen gleichartig sprach sich der polnische Abg. Hausner vor seinen Wälern aus, doch erklärte er sich gegen ein Bündnis mit den „gemäßigten" Deutschliberalen, weil dieselben weder für freiheitliche noch für nazionale Forderungen der andern Völker zugänglich seien.

Sämmtlichen Telegrafen- und Eisenbahntelegrafenstazionen in Böhmen ist folgender Regierungserlaß zugegangen: „Oeffentliche Kundgebungen oder Proklamazionen an Körperschaften oder einzelne Bevölkerungsklassen, wenn sie nicht von der k. k. Regierung ausgehen, sind unbedingt abzuweisen und die Originaltelegramme an die Behörde einzusenden. Konfiskazionstelegrammen ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden." — So lange das schwarze Kabinet nicht auf so großen Fuß eingerichtet wird, daß alle durch die Post beförderten Briefe erbrochen und von der Polizei gelesen werden, müssen die Körperschaften 2c. eben auf den Telegrafen verzichten und sich ihre Proklamazionen u. dgl. brieflich zu senden. Die österreichische Freiheit nimmt täglich mehr überhand. Es wundert uns nur, daß es überhaupt noch erlaubt ist, von den vorkommenden Zeitungskonfiskazionen etwas zu erzälen.

In Prag wurden wegen Ausstreuung von Flugschriften fünf Arbeiter verhaftet; davon wurde einer in Haft behalten, vier wurden nach Feststellung ihres Nazionales freigelassen.

Am 30. Juni wurden die Prager Blätter, am 1. Juli die Wiener Blätter zum größten Teile konfiszirt. Ursache waren Artikel über die Prager Exzesse.

Die Reichstagswalen in Ungarn sind beendet. Die Regierungspartei hat 15 Sitze, die äußerste Linke 16, die Parteilosen zwei und die Nazionalen drei Sitze gewonnen. Die gemäßigte Opposizion hat 36 Sitze verloren. Tißa verfügt in dem neugewälten Reichstage über eine bedeutende Majorität.

Ueber Leipzig und Umgegend wurde der „kleine" Belagerungszustand verhängt und sofort gegen 50 Sozialisten, darunter Liebknecht, Bebel, Fink, ausgewiesen. — In Mannheim siegten bei den Walen in die Stadtverordnetenversammlung die Sozialisten im dritten Wahlkörper und brachten ihre ganze Kandidatenliste durch.

In Dresden wurden der Abgeordnete Kayser und noch siebzehn Sozialisten verhaftet.

Die Wahlen in die bulgarische Nazionalversammlung sind, wie zu erwarten war, unter furchtbarem Druck seitens der Regierungsbehörden vor sich gegangen und haben eine Majorität für die absolutistischen Gelüste des Fürsten Alexander ergeben.

In Brüssel und Antwerpen haben seitens der liberalen Partei große Demonstrazionen für die Erweiterung des Wahlrechtes auf alle des Lesens und Schreibens Kundige stattgefunden.

Johann Most wurde vom Kriminalgerichte in London zu sechzehn Monaten Zwangsarbeit verurteilt. Most soll, als er den Saal verließ, gesagt haben: Schlimmer wäre es mir in Rußland auch nicht gegangen.

Im Staatsprozesse gegen die Sultansmörder in Konstantinopel wurde gegen Midhat Pascha und die beiden Schwäger des Sultans das Todesurteil gesprochen und durch den Kassazionshof bestätigt. Die ganze Verhandlung war nach einstimmigen Berichten der Augenzeugen eine schändliche Komödie.

Aus Parteikreisen.

Gegen Genossen Hotze wurde die Untersuchung wegen Uebertretung der §§. 300 und 302 eingeleitet.

Montag den 11. Juli fand die Verhandlung beim Reichsgerichte (Vorsitzender Dr. Jos. Unger) über die Beschwerde von den Funkzionären des ersten steiermärkischen Arbeiterbund wider die Polizeidirekzion in Graz, die steiermärkische Statthalterei und dem Ministerium des Innern statt. — Die Beschwerde vertrat Dr. W.-Eppinger, welcher Regierung und Polizei heftig angriff und deren Maßnahmen schonungslos kritisirte, wobei ihm, wie wir anerkennen müssen, vollste Redefreiheit gewährt wurde. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen. Ausführlicher Bericht in nächster Nummer.

Montag den 11. Juli fand in Zobel's Saallokalitäten in Fünfhaus eine zalreich besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Zur Nazionalitätenfrage" statt. — Ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer.

Der vom Allgemeinen Arbeiterverein Sonntag den 10. Juli veranstaltete Ausflug gestaltete sich zu einem wahren Volksfeste. Es nahmen gegen 4000 den verschiedensten Nazionalitäten angehörige Personen daran teil und trotzdem deutsche, böhmische, polnische und ungarische Nazionallieder gesungen wurden, bemerkten wir nicht, daß sich hiedurch Jemand „provozirt" oder beleidigt gefühlt hätte. Man sah hier wieder recht deutlich, was es mit der tiefen Feindschaft, von der die Völker Oesterreichs angeblich gegen einander erfüllt sein sollen, für eine Bewandnis hat.

In Wr.-Neustadt fand am 9. Juli die Hauptverhandlung gegen Genossen Aufreiter wegen Verbreitung verbotener Druckschriften („Zapfelhuber") statt. Derselbe wurde wegen Uebertretung des §. 24 P.-G. zu 10 fl. Geldstrafe, eventuell 48 Stunden Arrest, und Zalung der Gerichtskosten verurteilt.

Der Schuhmacherstreik in Graz ist als beendet anzusehen, nachdem die Streikenden auf ihr Verlangen die Zeugnisse erhalten haben und die Direkzion die Forderungen der Arbeiter rundweg abgewiesen hat. Die Streikenden verlassen zum großen Teile Graz, um anderswo Arbeit zu suchen; den übrigen steht es zwar frei, wieder in der Fabrik Arbeit zu nehmen, doch dürften die meisten keinen Gebrauch davon machen. Bis jetzt haben erst etwa ein Dutzend von den Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen. Da zur Reiseunterstützung, insbesondere der Familienväter, und zur Bezalung der vom Streikkomitee aufgenommenen Gelder weitere Beiträge notwendig sind, so ersuchen wir die Parteigenossen allerorts, die Sammlungen für die Streikenden noch fortzusetzen. Beiträge sind an Johann Moßhardt, Graz, Elisabetinergasse 22, einzusenden.

In Lemberg fand am 26. Juni eine sehr zalreich besuchte Arbeiterversammlung statt, in der die Gründung einer sozialistischen Arbeiterpartei in Galizien und die Abhaltung eines Landeskongresses in Lemberg beschlossen wurde.

Floridsdorf, 13. Juli 1881. Wenn ich mir erlaube die Spalten der „Zukunft" in Anspruch zu nehmen, so geschieht es aus dem Grunde, weil untenstehender Vorfall unmöglich der Oeffentlichkeit vorenthalten werden kann. — Verflossenen Samstag wurde Genosse Karl Urbanek angeblich wegen „Arbeitsverweigerung" von der Nordbahn entlassen. Diese „Arbeitsverweigerung" bestand nämlich darin, daß Urbanek, welcher als Kupferschmied aufgenommen wurde, sich nicht zu einer Taglöhnerarbeit benemen wollte. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß der alleinige Grund nur infolge einer Denunziazion (der Gemaßregelte bekennt sich als Anhänger der sozialdemokratischen Partei) liegt. Und Sozialdemokraten — hu! — die müssen entfernt werden!

Nun — obiger Vorfall wäre etwas Alltägliches.

Daß sich aber der Herr Polizei-Oberkommissär von Floridsdorf (Hr. Widitz) in diese Angelegenheit unbefugt einmischt, übersteigt alle Grenzen des Anstandes. Derselbe lud für Dienstag Urbanek durch ein polizeiches Organ vor, er möge um 10 Uhr vormittags am hiesigen Kommissariate unter Mitbringung seiner Dokumente erscheinen. Als derselbe dieser Vorladung Folge geleistet, war die erste Frage des Herrn „v." Widitz: „Warum wurden Sie von der Nordbahn entlassen?" Urbanek antwortete: „Das weiß ich selbst noch nicht." Hierauf der Oberkommissär: „Wie, Sie wissen nicht, warum Sie entlassen wurden? Nun, ich werde es Ihnen sagen: wegen Arbeitsverweigerung." — (Woher er es wol wissen mochte?) — — — — — — —

Nach einigen Vorstellungen des Herrn Oberkommissärs, wieso man eine anbefolene Arbeit nicht verrichten könne, erklärte Urbanek, daß er diese Arbeit nicht gelernt und bei seinem ohnedies schwächlichen Körperbau bei dieser Arbeit bald zu Grunde gehen müßte. — Diese Erklärung bezweifelte Herr Widitz und Urbanek führte infolge dessen ein drastisches Beispiel an, indem er frug: „Entschuldigen, Herr Oberkommissär, würden Sie, wenn Ihnen von Seite Ihres Vorgesetzten anbefolen würde, ein Kupferrohr zu verfertigen, diese Arbeit verrichten?" Hierauf der Oberkommissär: „Das ist ja gar kein Vergleich, ich habe solche Arbeit nicht gelernt!" Urbanek frug weiter: „Nun, würden Sie Straßenkehrerarbeit verrichten, wenn es Ihnen anbefolen würde?" Auf diese Frage wurde Urbanek keine Antwort zu Teil. — — — Der Herr Kommissär sagte hierauf: „Wenn Sie hier nicht bald Arbeit finden, müssen Sie in Ihre Heimat „reisen". Nach einer kurzen Auseinandersetzung des Genossen Urbanek, daß diese drakonische Maßregel nicht nach Gesetz und Recht ist, wurde derselbe entlassen. —

Ich frage nun, liegt es in der Macht einer höheren Polizeiperson, einen Menschen, der Familienvater ist, und sich bisher eines guten Rufes erfreut, da er noch nie gegen das Gesetz verstoßen hatte, auszuweisen? Ich glaube nicht! Oder sollte bei solchen Maßregelungen die politische Gesinnung maßgebend sein. — Noch will ich bemerken, daß Urbanek sich keineswegs in schlechten Vermögensverhältnissen befindet; aus diesem Grunde könnte eine Ausweisung auch nicht wegen Subsistenzlosigkeit erfolgen.

Also, Herr Oberkommissär, studiren Sie fleißig die Gesetze, damit Sie sich nicht noch öfters blamiren und damit die Staatsbürger nicht in derartigen Fällen unnötig Zeit verlieren.

Ueber die Fabriks- und Parteiverhältnisse ein nächstes Mal.

A.—Z.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse. Monatsbericht pro Juni 1881. Saldo und Gesammteinnahme fl. 16198.66, Ausgaben fl. 1941.69, die von den Fabriken, Einschreib- und Vororten an die Kassa abgelieferten Beträge belaufen sich auf fl. 12585.12.

In diesem Monate sind der Kassa die Arbeiter der Fabriken J. Foger, E. Girsik und Komp. und H. Heim korporativ beigetreten.

Das Protokoll über die Verhandlungen des am 5. und 6. Juni 1881 stattgefundenen Verbandstages der „Arbeiter-Kranken- und Invaliden Unterstützungsvereine Oesterreichs" ist erschienen und zum Selbstkostenpreise von 5 kr. in der Zentrale zu haben.

Nachdem die für den 4. Juli in Favoriten einberufene Mitgliederversammlung wegen Lokalveränderung nicht abgehalten werden konnte, so findet dieselbe am Montag den 18. Juli 1881, abends ½8 Uhr, in Grond's Gasthaus „zur Weintraube", 10. B., Himbergerstraße 9, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Krankenkassenangelegenheiten des 10. Bezirkes; 2. Anträge und Anfragen der Mitglieder. Nur die Mitglieder des Bezirkes Favoriten haben zu dieser Versammlung Zutritt und sind die abgestempelten Mitgliedsbücher beim Eintritte vorzuweisen. — Sonntag den 17. Juli, nachmittags 2 Uhr, findet im Vororte Unter-Waltersdorf, Kurz's Gasthaus „zum weißen Rößel", Sonntag den 24. Juli, abends 6 Uhr, im Vororte Liesing, in Oberhofer's Gasthaus, Siebenhirtenstraße 1, je eine Mitgliederversammlung statt. — In Fischamend wird über Verlangen der Mitglieder am Sonntag den 31. Juli ein neuer Vorort eröffnet und findet zu diesem Zwecke um 2 Uhr nachmittags, in Nieggel's Gasthaus 50 eine Mitgliederversammlung statt. — Die nächste ordentliche Ausschußsitzung wird am Samstag den 8. August, abends 8 Uhr in der Zentrale abgehalten.

Graz. Der Arbeiter-Sängerbund hielt Sonntag den 12. Juni seine Gründungs-Liedertafel unter der Leitung des Kormeisters Herrn Fried. Sima ab.

Dieselbe war von Gesangesfreunden, sowie von Parteigenossen gut besucht. Die meisten Liedervorträge mußten großen Applauses wegen wiederholt werden.

Zur Verherrlichung des Festes langten von den Genossen aus Reichenberg, Kindberg und Villach Telegramme ein, sowie auch Begrüßungsschreiben von dem Verein der Kleidermacher Klagenfurts, den Sanges- und Parteigenossen Warnsdorfs, dem Arbeiter-Bildungsvereine Wien, dem Arbeiter-Sängerbund in Linz, dem Arbeiter-Bildungsvereine in Wels, von dem Sängerklub des Arbeiter-Fortbildungsvereines zu Meran und vom Arbeiter-Sängerbund in Wien.

Dazu kam noch ein Festgedicht: „Hammer und Leier", welches von Herrn Franz Karl Lindner dem Vereine zur Gründungs-Liedertafel gespendet wurde, zum Vortrage, welches reichen Beifall erntete.

Sämmtlichen Vereinen, sowie Herrn Lindner wird der innigste Dank ausgesprochen.

Nach Beendigung des Programmes folgte das Tanzkränzchen, wobei sich dann Freunde und Genossen bis zum Morgengrauen unterhielten.

Der Arbeiter-Sängerbund wird stets bemüht sein, die freien Stunden seiner Mitbrüder bei Arbeiterfesten angenehm zu gestalten suchen. Darum, Sangesbrüder und Parteigenossen, unterstützen wir uns gegenseitig und halten fest zusammen, denn Einigkeit macht stark. — Das Vereinslokal befindet sich Hotel „zur ung. Krone."

Mit Brudergruß und Handschlag.

Josef Stehlik, Schriftführer.

Eternberg, den 28. Juni 1881. Die am 17. Juli d. J. stattfindende Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Lesevereins veranlaßt mich, einige Notizen über unsere Vereins- und Arbeiterverhältnisse zu bringen.

Wenn unser Leseverein nicht jene Mitgliederzal aufweist, welche er nach der Zal der hier beschäftigten Arbeiter aufweisen sollte, so liegt die Schuld nicht so viel an den Arbeitern allein, als hauptsächlich an den hier bestehenden Verhältnissen einesteils zwischen Arbeitsgebern und Arbeitern und anderenteils wieder — an den fast keiner Energie fähigen Leuten überhaupt. Hätte unser Verein Lobeshymnen in allen Tonarten mitzufingen sich zu seiner Hauptaufgabe gemacht, so würden wir sicherlich von vielen Seiten kräftigst unterstützt werden, da wir aber nicht zu jener Sorte von Leuten gehören, welche sich mit ihren Lobhudeleien bis zur allgemeinen Lächerlichkeit herabwürdigen, darum sind wir auch die best Verspotteten und am meisten Verhöhnten.

Das tut uns aber nichts; wenn Andere loben bis ins Nebelhafte hinein, so kann es auch nicht schaden, wenn man die Schattenseiten auch ein wenig zur allgemeinen Kenntnis bringt, man sagt uns ja so gerne, daß wir nur zu hetzen und die Arbeiter mit ihren Arbeitgebern unzufrieden zu machen verständen! Nun gut, meine Herren, wollen Sie vielleicht von uns verlangen, daß wir Herrn X. loben sollen, der das ganze Jahr hindurch mit Lohnabzügen oder mit Entlassung der Arbeiter droht? — Oder sollen wir vielleicht vor den Herren V. und seinesgleichen Kratzfüße und Bücklinge machen, damit sie uns für gebildete Arbeiter erklären und dann sagen könnten, dieser Arbeiterverein hilft uns so recht, recht demütige Arbeiter ausbilden? — Es ließen sich Tatsachen genug schreiben über derlei Sachen, aber es ist nicht meine Aufgabe mich länger mit Personen zu beschäftigen, bei welchen meine Worte entweder bei einem Ohre hinein und beim andern Ohre herausgehen — oder wie ich mit Recht befürchte, welche am Ende gar durch so etwas ein wenig in Wut gesetzt — was bekanntlich immer gleich der Fall ist, wenn Arbeiter sich erlauben anders zu reden als es diesen Herren angenehm ist — dann ihren Zorn doch wieder nur an ihren Arbeitern abkühlen würden, das ist nicht meine Absicht, sondern ich richte meine Worte an die Arbeiter von Sternberg und dessen Umgebung und rufe ihnen zu: Laßt Euch nicht abschrecken unserem Vereine beizutreten, denkt einmal, daß, wenn Ihr vereint seid, Euer Wille, Eure Wünsche und Eure Rechte nach und nach ihrer Erfüllung immer näher gebracht werden können, freilich ist es nicht augenblicklich möglich einen materiellen Gewinn aus einen so kleinen Verein, der noch nicht aus seinen Kinderschuhen herausgekommen ist, zu ziehen; aber Ihr habt gewiß schon Geld ausgegeben, von dem Ihr nie mehr einen Nutzen ziehen werdet. Warum verlangt Ihr da so schnell schon nach Erfolg und materiellen Gewinn? Ihr wollt ja beinahe eher den Lohn bevor Ihr angefangen zur Arbeit — oder sind vielleicht Eure Arbeitsgeber so vorsichtig, daß sie Euch den Lohn ins Gesicht werfen, bevor sie wissen, was Einer leisten kann? — Nun, wenn unser Verein auch noch nicht so viel bieten kann, so ist doch die Bibliotek, welche mit einer kleinen Auswal von Büchern Euch etwas entschädigt, immerhin nicht zu verschmähen. Auch steht jedem unterstützenden Mitgliede die Bibliotek zur Verfügung und dadurch ist es auch denjenigen ermöglicht dem Vereine beizutreten, denen die Zeit zum Besuch des Vereinslokales fehlen sollte, oder denen, welche sich noch nicht öffentlich beteiligen wollen.

Den Mitgliedern des Vereines aber rufe ich ihre Pflichten als solche wieder einmal ins Gedächtnis. Nur Mut! Es läutert sich Alles mit der Zeit und „Vorwärts" muß Eure Losung sein; Jeder agitire in seinem Kreise, um Mitglieder für den Verein zu gewinnen, Ihr habt in letzter Zeit gesehen, daß, wenn Jeder selbst Mitglieder dem Vereine zubringt, daß es gleich etwas reger im Vereinslokal wird; wenn wir auch einige von den genannten Mitgliedern schnell wieder verlieren, deshalb laßt Euch nur nicht abschrecken, macht es Euch zu einer Gewohnheit, zu einer Aufgabe, unermüdlich für das Gedeihen des Vereines zu wirken und wir werden dann auch noch einmal Erfolge aufweisen können.

Es wird uns wol vorgeworfen, daß der Verein nicht gedeihen wird, weil man jenem Fixlefanz, der den Leuten vorgeplauscht wird, kein Gehör geben; aber das sind nur Vorurteile. Der Mensch soll lernen richtig denken und rechtlich urteilen. Natürlich sind jene Dunkelmänner dagegen, welche nur den Arbeiter als ein mit ein bischen mehr Verstand begabtes Tier betrachten, oder erhalten wollen und denen denkende Arbeiter nicht angenehm sind. — Ihr seht, wie sie Euch in das Mittelalter zurückführen wollen. Die Schule verkürzen, den Geist beschränken, aber doch an den Verhältnissen nichts ändern — um der Arbeiterbevölkerung ein besseres Dasein zu verschaffen — weil sie krank am Lebenstisch sitzen und nicht zu handeln wissen! Daher soll ein Jeder nachdenken über das, was ihm nicht richtig erscheint.

Zum Schlusse ersuche ich sämmtliche Mitglieder bei der am 17. Juli stattfindenden Generalversammlung recht zalreich zu erscheinen und womöglich neue Mitglieder dem Vereine zuzubringen. Ich glaube seit dem einjährigen Bestande unseres Vereines ist nun doch die Zeit gekommen, wo wir bewiesen haben, daß in Sternberg ein Arbeiterverein bestehen kann; nachdem wir voriges Jahr im Lokalblatt um Unterstützung an die hiesige Bürgerschaft appellirten, ohne daß bis dato etwas eingelaufen wäre, ist der Beweis erbracht, daß wir uns selbst erhalten können. Daher werft alle persönliche Nergeleien beiseite und sucht das allgemeine Interesse zu wahren, betrachtet Euch als wahre Menschenbrüder und steht ein für die gute Sache: „Einer für Alle und Alle für Einen"; beweist denjenigen, die uns so gerne verschwinden sehen möchten, daß Ihr Euch trotz alledem nicht einschüchtern laßt und beweist auch durch massenhaften Beitritt, daß Ihr das Joch der meisterlichen Vormundschaft von Euch gänzlich abzuschütteln entschlossen seid. Merkt Euch die Worte, welche von den Gegnern der Arbeiter Euch so oft auf die Schüssel gebracht werden, indem sie stets sagen: Ihr wäret „freie Arbeiter". Nun gut, sagt ihnen, wir wollen freie Arbeiter werden und durch die Vereinigung mit unsersgleichen wollen wir Euch beweisen, daß wir auch fähig sind, frei von jeder anderen Gesellschaftsklasse uns zu bewegen und unsere Interessen selbst zu vertreten.

K. H.

Eingesendet.

Geehrte Redakzion!

Ich ersuche um Raum in unserem Parteiorgan für einige Bemerkungen über „die achtjährige Schulpflicht". Ich glaube, die liberalen Tagesblätter haben schon genug über die neue Volksschule geschrieben und darzutun versucht, es sei die beste Schule, die es je gegeben hat und doch ist dies Alles nur Schwindel. Wir müssen immer von folgendem Standpunkt ausgehen: So lange eine Klasse im Staate herrscht, nenne sie sich nun wie immer, so wird sie ihren Vorteil nie so weit außer Acht lassen, die Volksschule so einzurichten, wie es der denkende Teil des Volkes sich wünscht. Denn das wissen die Mächtigen nur zu gut, daß die Unwissenheit des Volkes das Fundament ihrer Macht ist und daß sie die Säulen, auf denen ihre Herrschaft ruht, untergraben, wenn sie der Unwissenheit des Volkes ernstlich zu Leibe gehen. Eine wahre Volksschule ist nur dort möglich, wo das Volk souverän ist. Und wo ist dies Fall? Noch nirgends auf der Welt. — „Bildung macht frei", sagt man uns immer. Wie aber jene Bildung, welche unsern Kindern in der vielgerühmten neuen Schule beigebracht wird, zur Freiheit führen soll, ist schwer zu begreifen. Anders wäre es, wenn dem Kinde in der Schule gelehrt würde, was der Staat ist, welchen Nutzen die Menschen davon haben, daß sie sich zu großen Gemeinwesen vereinigen und welchen Nutzen sie davon haben könnten, was für Pflichten der Einzelne der Gesammtheit gegenüber hat und welche Rechte er dafür beanspruchen kann, — wenn mit Einem Worte auch die Grundlagen zu politischer Bildung gelegt wurden. Davon ist aber weder in den Volks- noch in den Mittelschulen die Rede, für uns arme Kinder des Volkes gibt es nur die Religion, mit der man uns glücklich machen will und die uns für alle Leiden in diesem irdischen Jammertale reiche Entschädigung im besseren Jenseits verspricht. Darum sind auch unsere Herren Liberalen so sehr für die Religion und darum kann man sich nicht genug wundern, daß von Seite der Arbeiter eine Volksversammlung einberufen wird, welche zu Gunsten der achtjährigen Schulpflicht und zu Gunsten der Liberalen eintritt und auf welcher einige erschienene Abgeordnete mit Bravorufen begrüßt werden. Wie werden sich unsere Herren Liberalen über unser Auftreten in dieser Frage hinter unserem Rücken ins Fäustchen lachen! Nicht „Bildung macht frei" sei unsere Losung, sondern: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch," erringt Euch durch Mut und Ausdauer die politische und wirtschaftliche Freiheit, dann wird der Wallfruch „Durch Freiheit zur Bildung" einen Sinn haben und zur Geltung kommen.

Laßt Euch nicht durch Fratzen ködern! Sowie uns die Kirche immer auf das Jenseits vertröstet hat, so weisen uns die Liberalen immer auf die Bildung hin, mit der man so alt werden kann, als wir es mit der Religion geworden sind. Sie wissen recht gut, daß sich die Massen unter den gegenwärtigen Verhältnissen Bildung nicht aneignen können, sagen ihnen aber doch wie zum Hohne: „Bildet Euch und Ihr werdet frei sein!" Darum, Arbeiter aller Nazionen, laßt die Liberalen allein an ihr Herrenhaus appelliren und ihre Geschäfte selbst besorgen — denn um wahre Volksaufklärung und Bildung ist es ihnen ja nicht zu tun! — laßt Euch auch nicht in den Nazionalitätenstreit hineinhetzen, sonst seid Ihr schon verloren. Wir wollen Wolfahrt und Freiheit für alle Nazionen und was es mit dem Völkerhaß für eine Bewandnis hat, lehrt uns ja schon jede Kriegserklärung, wo es immer heißt, — das Volk wünsche den Krieg, während beide angeblich kampfesdurstigen Völker nichts davon wissen.

Geehrter Herr Redakteur!

Zur Karakteristik des heutigen Vorgehens unserer Fabrikanten gegenüber ihren Arbeitern, sowie der herrschenden Rechtszustände, bitte ich Sie, geehrter Heer Redakteur, um Aufnahme des nachstehenden Vorfalles, für dessen Wahrheit ich vollkommen einstehe.

Im Monate März 1879 wurden von der Hennefer Waggon- und Maschinenfabrik von C. v. Wilde und Komp. vier Tapezierer als Vorarbeiter zur Aufstellung von Jute-Baracken nach Bosnien gesendet, und mit denselben ein in doppelt ausgefertigter Kontrakt über Verdienst und Arbeitsbedingungen abgeschlossen, wovon ein Exemplar die Fabrik, das zweite der mitbeteiligte Arbeiter W. Marx in Verwahrung nahm, dasselbe jedoch später in treulosester Weise wieder der Fabrik in die Hände spielte.

Nach ordentlich verrichteter Arbeit kehrten die vier Mann zurück und waren nicht wenig erstaunt, als ihnen der damalige Direktor W. Helnisky und sein Adjutant Schuckinsky bei der Abrechnung unter allerlei Vorwänden einen bedeutenden Betrag von dem kontraktlich vereinbarten Verdienste abzustreiten begannen und

ließen sich tatsächlich in der Not drei derselben mit einer kaum die Hälfte ihres sauer erworbenen Verdienstes bemessenen Summa abfertigen, nur der Gefertigte, welcher außerdem als der slavischen Sprache mächtig der Expedition als Führer und Dolmetsch diente, beharrte schon aus dem Grunde auf seinem ganzen Verdienst, weil man für ihn keine Arbeit mehr zu haben erklärte, und betrat den Rechtsweg, wobei die genannten Herren Fabriksbeamten ein ganzes Lügengewebe um ihn her verbreiteten, auch Schleichwege nicht scheuten, und hiebei von dem bereits genannten „Kollegen" M. Marx in würdigster Weise unterstützt wurden, welcher mich bei Gericht als Zeuge für diese Fabrik eintrat.

Trotz alledem wurde im Rechtsverfahren die Wahrheit zu Tage gefördert und die genannte Fabrik zur Zahlung des vollen Verdienstes sammt sechs Prozent Zinsen und die Gerichtskosten in allen Instanzen verurteilt und bleibt nur noch zu bemerken, daß es nahezu 2½ Jahre und eines langwierigen Prozesses bedurfte, um dem Gefertigten zu seinem Rechte und Verdienste zu verhelfen, welche Prozedur die größte Zal der Arbeiter in solchen Fällen nicht im Stande ist durchzumachen, daher sie auch immer von vornherein den Kürzeren zu ziehen verurteilt sind.

Es wolle sich daher Jedermann die ohnedies aus vielen Gewerbegerichtsverhandlungen „rühmlichst" bekannte Hernalser Weggon- und Maschinenfabrik von C. v. Milde und Komp., sowie deren Werkstättenkontrollor und „Arbeiterfreund" Chmelinsky zur Kenntnis nehmen und vorkommendenfalls kein Haar breit von seinem Rechte abweichen.

Mit kollegialem Gruße

Georg Göschl, 10. Bez, Erlachgasse 21.

Löbliche Redakzion!

Ersuche höflichst um Aufnahme folgender Zeilen in Ihr geschätztes Blatt:

Am 17. Februar d. J. kam der Schuhmachergehilfe Josef Reimann zu mir und trug mir seine Dienste an. Ich verwendete ihn — da er vom Gewerbe so viel wie nichts verstand — zu verschiedenen Botengängen, die er anfangs zu meiner vollsten Zufriedenheit ausführte, später jedoch von ihm um 5 fl. betrogen wurde. Ich unterließ die behördliche Anzeige, da er sich bereit erklärte, jede Woche 1 fl. abzuzalen. Als ich aber damit den Anfang machen wollte, wurde er boshaft und tratschsüchtig, aus welchem Grunde ich ihn entlassen wollte.

Weinend bat er mich, ihn ferner noch zu behalten und gab mir das Versprechen sich zu bessern. und ein treuer Anhänger unserer Partei zu sein, in Folge dessen ich ihn auch behielt.

Seine Gesinnung mußte ich nun bitter fühlen. Als ich ihn Samstag den 25. Juni entließ, ging er auf die Polizei und machte gegen mich die Anzeige, daß ich Revolutionär und Religionsstörer bin und mich im Besitze von sozialrevolutionären Schriften befinde, worauf ich sofort mit einer Hausdurchsuchung beehrt wurde. Das Resultat war wie gewöhnlich — Null. Die Untersuchung wurde nun wegen „Gotteslästerung" gegen mich eingeleitet. Ich warne daher jeden Genossen vor diesem Schurken und Verräter.

Johann Vokorny.

Ausweise.

Zur Unterstützung der Familien der Inhaftirten sind 50 fl. 70 kr. eingelaufen. Detaillirter Ausweis folgt in nächster Nummer.

Parteigenossen! Laßt Euren Eifer für diese gute Sache nicht erkalten und fahrt fort Eure Pflicht zu tun!

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

Briefkasten.

Redakzion: Viele Berichte und Einsendungen mußten wegen Raummangel für nächste Nummer zurückgelegt werden. — A. A. Ihre Einsendung mußte aus räumlichen und preßgesetzlichen Gründen gekürzt werden. —

Administrazion: Lalla, Reterneg: Abonnirt bis Ende September. — Grüner, Brünn: Abonnirt bis Ende Juli.

Inseratenwanschale: Fachverein der Bergarbeiter, Dux: 2 fl. erhalten. — Schuhmacher, Wien: 8 fl. erhalten.

Zur Unterstützung des Blattes: B. Thum, Gresten 20, Panowsky, Neugedein 20, H. Knittel, Morschendorf 40, Siegert, Altmohlau 20, Eberhardt, Teufenbach 10, Patzny, Admont 20, J. Jakob, Brünn 26, Genossen Hallstadt 2.10, F. Ettl, Brüsau 50, Genossen Ems 2.—, Lalla, Retternegg 20.

Ankündigungen.

Wien. Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und -Arbeiterinnen Wiens. Jeden Dienstag Ausschußsitzung in der Zentrale in Herrn Sugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6. — 1. Lesezimmer: Fünfhaus, Sechshauser Hauptstraße in Faras' Gasthaus „zum weißen Adler". — 2. Lesezimmer: Sechshaus, Wehrgasse in Herrn Daubal's Gasthaus. — 3. Lesezimmer: Meidling, Ecke der Mißbach- und Bonygasse in Herrn Schlemin's Gasthaus. Der Ausschuß.

Montag den 25. Juli 1881, abends 7 Uhr, findet die Generalversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und -Arbeiterinnen Wiens, in Herrn Sugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsberichte. 2. Wal des Ausschusses. 3. Die internazionale Arbeitsgesetzgebung. 4. Anträge und Interpellazionen. — Mitglieder, eure Pflicht ist, zalreich zu erscheinen!

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Sonntag, nachmittags, Buchhaltung.

Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.

Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.

Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.

Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.

Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene.

Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Wien. Die Unterrichtssekzion der Schuhmacher-Gewerkschaft gibt bekannt, daß Ende Mai ein neuer Kurs im Elementarunterricht in zwei Klassen begann. — Derselbe findet jeden Dienstag und Donnerstag von ½8 bis ½10 Uhr abends im Vereinslokale, 7. Bez., Kaiserstraße 96, statt. — Einzeichnungen werden jeden Sonntag, Montag und Mittwoch durch Genossen Korwas vorgenommen.

Wien. Samstag den 16. Juli, abends 8 Uhr, Monatsversammlung des Allgemeinen Arbeitervereins im Vereinslokal, 6. Bez., Dreihufeisengasse 13, Gasthaus „zum Wasen". — Tagesordnung: 1. Vereinsbericht. 2. Ergänzungswal des Ausschusses. 3. Vortrag über die nazionale Frage. 4. Anträge und Interpellazionen.

Wien. Am 26. Juni d. J. hat sich der Fachverein der Meerschaum- und Massabildhauer Wiens konstituirt. — Derselbe faßt eine Bibliotek, Arbeitsvermittlung 2c. in sich und bezweckt die Bildung der Mitglieder und Verbesserung der Verhältnisse, weshalb jedem Fachangehörigen der Beitritt auf's Wärmste zu empfelen ist.

Einschreibungen finden an Samstagen abends in Grob's Bierhalle, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 91, statt. Der Ausschuß.

Wien. Sonntag den 17. Juli, ½5 Uhr nachm., im Saale des Wiener kaufmännischen Vereines, 1. Bez., Maria Teresienstraße 22, freie Versammlung des allgemeinen Fortbildungs-, Kranken- und Unterstützungsvereines der Geschäftsdiener Wiens. — Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Prof. W. Neurath über „Reich und arm". 2. Vortrag eines Vorstandsmitgliedes über die Zwecke und Ziele des Vereines.

Wien. Wir Endesgefertigten verwahren uns auf das Entschiedenste gegen die in Nr. 42 vom 23. Juni des Zentralorgans „Zukunft" in der öffentlichen Abbitte enthaltene Erklärung, daß Herr Anton Stahl, richtig Stuhl nie eine Beleidigung gegen seine Kollegen in der Fabrik des Herrn Vösendorfer ausgedrückt hatte und erklären hiemit öffentlich, daß dies einem seiner Kollegen geschehen ist, was wir im Namen unserer Kollegen durch unsere Unterschriften bezeugen und nachzuweisen uns erbieten. —

Fr. Wirth, Klaviermacher, vorm. bei Hrn. Vösendorfer. Josef Hampl. Josef Schianer. Josef Wirth. Leopold Musch. Wenzl Kraus. Josef Puschner. Fr. Belohlav. Leopold Ecker.

Floridsdorf. Samstag den 30. Juli, ½9 Uhr abends, in Veranek's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstr. 98, Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines. — Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag. — Mitglieder, erscheint zalreich!

Floridsdorf. Wir sprechen hiemit dem löblichen Männergesangverein „Nordbahnbund", sowie den Fräuleins Sobotetzky, den Herren Kirschner, Schatetzky und den übrigen Deklamatoren für ihre gefällige Mitwirkung bei dem am 3. Juli stattgefundenen geselligen Abend unseren besten Dank aus. Das Komitee.

Vöslau. Herr Johann Huber, welcher von Baden abreiste und von einer Tischgesellschaft im Gasthaus „zum König von Ungarn" einen Gulden für Unterstützung der Inhaftirten erhielt, wird aufgefordert seine Pflicht zu tun und diesen Gulden einzusenden.

Würbenthal. Wir sagen allen Freunden und Genossen, welche das dritte Gründungsfest der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse in Würbenthal, welches am 5. Juni l. J. stattgefunden hat, mit ihrer Gegenwart oder durch Begrüßungsschreiben verschönern geholfen haben, unsern innigsten Dank, insbesondere aber den Genossen von Freudenthal und Jägerndorf für ihr tatkräftiges Mitwirken zur Verherrlichung des Festes.

[45] Die Vereinsleitung.

Kindberg. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hält Sonntag den 17. Juli, um ½5 Uhr abends, seine halbjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Vereins- und Rechenschaftsbericht. 3. Berichte der Sekzionen. 4. Neuwal des Präsidiums und des Ausschusses und der Sekzionen. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Vortrag über Zweck und Nutzen der Arbeitervereine. 7. Anträge und Interpellazionen. — Mitglieder, erscheint zalreich!

Bruck a. d. M. Die Reiseunterstützung von 30 kr. für durchreisende Genossen, welche einem Vereine gleicher Tendenz seit mindestens 3 Monaten angehört haben und mit nicht mehr als 3 Monatsbeiträgen im Rückstande sind, wird im Vereinslokale, in Herrn Langus' Gasthaus „zum Spezi" ausbezalt. [30]

Klagenfurt. Der Fachverein der Holzarbeiter gibt allen durchreisenden Mitgliedern bekannt, daß sich das Vereinslokal im Gasthause „zum Tiger" befindet; ferner gibt der Verein bekannt, daß an durchreisende Fachvereinsmitglieder eine Unterstützung von 50 kr., jenen Holzarbeitern, welche irgend einem Arbeiterverein angehören und mit ihren Beiträgen nicht länger als drei Monate im Rückstande sind 30 kr. verabfolgt werden. Die Reiseunterstützung wird in der Werkstätte des Herrn Ploth, Völkermarkterring, vom Kassier ausbezalt.

Die Arbeitsvermittlung befindet sich in der St. Veiterstraße in der Klavierfabrik des Herrn Burghardt, täglich von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Ich spreche allen jenen Genossen, die mich während meiner Strafhaft unterstützten, meinen wärmsten Dank aus. — Firot 1 fl., Fabrik Seifert 4 fl. 30 kr. erhalten. Rudolf Sommer.

Beim Arbeiter-Ausflug wurde ein weißes Sacktuch, gemerkt mit den Buchstaben A. G., gefunden. Dasselbe ist in der Administrazion abzuholen.

Geschäfts-Empfelung.

Unterzeichneter empfiehlt seine Lokalitäten für Vereine und Versammlungen. Für gute Speisen und Getränke, sowie auch für solide Bedienung sorgt bestens

[50] Grob (Gumpendorfer Bierhalle)
6. Bez., Gumpendorferstraße 91.

Im Verlage des Genossen Emil Kaler, Graz, Schießstattgasse 2, 2. Stock, ist erschienen:

Sammlung

von sozialpolitischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen.

Erscheint in monatlichen Heften à 7 kr., bei Vorausbezalung 3 aufeinanderfolgender Hefte 20, 6 Hefte 40, 12 Hefte 80 kr.

Inhalt des zweiten Heftes: „Die neue Gewerbeordnung und die Arbeiter.

Im Verlage der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist erschienen:

Die soziale Zukunft.

Preis des ersten Bandes (Heft 1—13) brochirt 4 Fr. 50 Cent., gebunden 5 Fr. Halbleinwand, ganz Leinwand 5 Fr. 50 Cent.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Die nächste Nummer erscheint am 28. Juli.

Herausgeber und Verleger: Franz Moh, Andreas Große, August Bottlek, Heinrich Hohe, Anton Cheistoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Moh.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Parteigenossen!

Wie aus der heutigen Nummer unseres Blattes ersichtlich, wurden neuerdings mehrere Genossen in Wien in Untersuchungshaft gezogen. — Wir machen Euch hierdurch aufmerksam, daß mehrere von den Verhafteten Familienväter sind und daß sich deren Frauen und Kinder, seit sie durch die Verhaftungen ihrer Ernährer beraubt sind, in bitterster Not befinden.

Es ist gewiß der Wunsch eines jeden Parteigenossen, daß auch den verhafteten Genossen selbst ihr Los nach Möglichkeit erleichtert, und daß sie, soweit dies erlaubt ist, unterstützt werden, man braucht aber nur einen Blick auf die in unserem Parteiorgane veröffentlichten Ausweise über die Sammlungen zu werfen, um einzusehen, daß deren Ergebnis ein viel zu geringes ist, um allen oben angedeuteten Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Wir fordern daher alle guten Parteigenossen auf, an allen Orten Sammlungen einzuleiten und die Genossen zu regelmäßigen, wenn auch noch so geringen, wöchentlichen oder monatlichen Beiträgen für diese gute Sache zu bestimmen.

Tue Jeder, was er wünscht, daß für ihn und seine Familie in ähnlichem Falle getan werde.

Gelder sind an die bekannte Adresse einzusenden.

Mit sozialem Gruß

Josef Hybes.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen **5 kr.**
Für Anzeigen von Privatpersonen: **10 kr.**
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 44. Wien, Donnerstag 28. Juli. **1881.**

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Oesterreichische Preßfreiheit.

„Es kommt selten etwas Besseres nach." Die Wahrheit dieses alten Sprichwortes hat sich uns neuerdings bestätigt. Es wird Niemand zu behaupten wagen, daß sich die sozialdemokratische Presse je einer besonders rücksichtsvollen Behandlung von Seite des Wiener Staatsanwaltes Grafen Lamezan zu erfreuen gehabt hätte und doch, nachdem der Herr Graf zu seiner — und wie wir glaubten, auch zu unserer — Erholung einen kleinen Urlaub angetreten hat, fülen wir uns schon zu der Einsicht gedrängt, daß der Schmied noch immer besser ist als der Schmiedl und warten schon mit wahrer Sehnsucht auf den Moment, wo der derzeitige Vertreter des Herrn Grafen, Staatsanwalt Dr. Pelser, ebenfalls das Bedürfnis fülen wird, etwas frische Luft zu schöpfen. Der letztgenannte Herr Staatsanwalt konfiszirte vorige Woche das hiesige sozialdemokratische Fachblatt der Metallarbeiter, in welchem er den Leitartikel „Freiheit und Sozialismus", den Artikel „Haftpflicht her" und einen Teil der Rundschau zu beanständen gefunden hatte. Dem Redakteur des Fachblattes erklärte der Herr Staatsanwalt, daß er das Wort „Ausbeutung" weder gesprochen, noch geschrieben dulden dürfe, verweigerte ihm die Ausfolgung einer Nummer mit Bezeichnung der inkriminirten Stellen und mutete ihm zu, sich diese Stellen, die er ihm zeigte, zu merken, wodurch die Veranstaltung einer zweiten Ausgabe unmöglich gemacht wurde. Es hätte ja leicht eine gestrichene Stelle oder ein ausgemerztes Wort stehen bleiben und das Blatt zum zweiten Male konfiszirt werden können. Wir bemerken nur, daß uns vom Grafen Lamezan nach jeder Konfiskazion eine Nummer mit genauer Bezeichnung aller beanständeten Stellen ausgefolgt und so die rasche Veranstaltung einer zweiten Ausgabe ermöglicht wurde. Man sieht: es wird immer schöner!

An unsere Leser!

Die erste Ausgabe unserer heutigen Nummer wurde von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt. Anlaß zur Beschlagnahme gaben die drei letzten Absätze des Artikels „Die Sozialdemokratie", eine Notiz über eine polizeiliche Nachfrage in der Wohnung unseres Genossen Schnaubelt und ein von dem Reservisten Norbert Zoula eingesandter Bericht über seine in Prag erfolgte Verhaftung und Gefangenhaltung. Wir veranstalten diese zweite Ausgabe mit Hinweglassung der beanständeten Stellen und ersuchen unsere Leser sich die verspätete Zusendung durch den hiedurch entstandenen Zeitverlust zu erklären.

Die Redakzion der „Zukunft".

Die Sozialdemokratie

trägt ihre Prinzipien schon in ihrem Namen zur Schau und macht Front nach zwei Seiten der feindlichen Linien. Der bürgerlichen Demokratie gegenüber präzisirt sie ihren selbstständigen Standpunkt, indem sie ihre sozialen Forderungen an die Spitze stellt und damit bekennt, daß sie keine politische Partei im gemeinen Sinne des Wortes sei, sondern auf die Umgestaltung der materiellen Grundlagen des staatlichen Lebens abziele, welche für alle andern Parteien ein Rührmichnichtan bilden. Jenen gegenüber aber, die zwar mit der gegenwärtigen Gestaltung des Wirtschaftslebens unzufrieden sind, die aber eine Veränderung derselben in engherzigem Klasseninteresse herbeiwünschen und infolge dessen die absolutistische Regelung der ökonomischen Lebensbedingungen von oben herab anstreben, erhebt die Sozialdemokratie das Banner der Volkssouveränität, indem sie nur jene Gesellschaftsorganisazion akzeptirt, die auf der Gleichberechtigung aller Menschen basirt ist.

Bei der Klarheit der Prinzipien, die die Sozialdemokratie vertritt, und bei der Kühnheit, mit der sie ihre Grundsätze selbst dort ausspricht, wo auf deren Verbreitung harte Kerkerstrafen gesetzt sind, ist es um so verwerflicher, die Verleumdung auszustreuen, daß die Sozialdemokratie einen neuen Zäsarismus heraufbeschwöre und die politische Unabhängigkeit des Volkes bedrohe. Wenn dieser Vorwurf dennoch so oft in den liberalen Blättern wiederkehrt, so kann man dies nur der bekannten Verlogenheit der liberalen Zeitungsschreiber einerseits und ihrer ebenso bekannten bodenlosen Unwissenheit in Bezug auf den Sozialismus anderseits zuschreiben. Keine Partei gewährt in ihren Grundsätzen und in ihrem Streben solche Bürgschaften gegen politische Unterdrückung als die Sozialdemokratie; sie proklamirt nicht nur die Selbstherrschaft des Volkes in der reinsten Form, sondern sie umgibt dieselbe zugleich mit den stärksten Schutzwehren gegen Verführung und Täuschung durch einzelne ehrgeizige Individuen, indem sie die unbeschränkte Freiheit in Schrift und Wort für Jedermann in Anspruch nimmt und durch die Unentgeltlichkeit und allgemeine Zugänglichkeit des wissenschaftlichen Unterrichtes die Bildung des Volkes auf die höchste Stufe zu bringen und damit die politische Selbstbestimmung des Volkes herbeizuführen sucht.

Die kleinbürgerliche Demokratie begeistert sich für eine leere Form und hat in ihrer politischen Naivetät meist keine Ahnung davon, daß sie einem Fantome nachjagt, indem sie in einer aristokratisch organisirten Gesellschaft einen demokratischen Staat zu verwirklichen sucht. Sie wundert sich, daß ihre Illusionen keinen Anklang mehr finden und daß die politische Reakzion stetige Fortschritte macht, während es doch bei einiger Einsicht in die Wechselwirkungen der ökonomischen und politischen Zustände einleuchten sollte, daß ohne eine Demokratisirung der Gesellschaft eine dauernde Demokratisirung des Staates eine Unmöglichkeit ist. Die Sozialdemokratie folgt damit nur einem logischen Zwange, wenn sie die sozialistische Seite ihres Strebens von der politischen nicht trennen läßt und dem Grundsatze huldigt: Alles oder nichts. Sie tritt damit in den schärfsten Gegensatz zu der modern gewordenen Halbheit, zu jenem gewissen- und grundsatzlosen Opportunismus, der das Parteileben unserer Zeit vergiftet und Viele, die nicht im Stande sind, wie Wetterfahnen sich nach dem jeweiligen Winde zu drehen, mit Ekel gegen die Politik erfüllt hat.

Fäulnis und Zersetzung sind das Los aller Parteien, die sich von Prinzipien abwenden und dem Kompromisse und Schacher ergeben; die politische Geschichte unserer Tage ist reich an Beispielen, welche diese Tatsache belegen, und es wird sich nur ein Urteil der Geschichte vollzogen haben, wenn man in Oesterreich und Deutschland nach wenigen Jahren die sogenannten Mittelparteien zu den Todten legen wird.

Feuilleton.

Soziale Schattenseiten.

Aus dem steirischen Oberlande.

Es gibt wol kaum ein Dorf oder einen Marktflecken, geschweige denn eine Stadt in unserm Heimatslande, wo nicht allwöchentlich Vorkommnisse zu verzeichnen wären, welche an und für sich schon eine zwar stumme, aber doch so beredte und vernichtende Kritik auf die dermaligen sozialen Zu-, d. h. Mißstände führen. Wollte man an die Veröffentlichung aller solchen — wenn auch nur der bedeutsamen Fälle denken, so wäre die Unterbringung in unseren Parteiorganen auch nur zum hundertsten Teil eine Unmöglichkeit.

Aber so denkt ohnehin auch oft bei haarsträubenden Geschichten selten Jemand daran, solche (z. B. durch die Zeitungen) zu weiterer Kenntnis zu bringen, weil sich denn auch über die Moral solcher Fälle nur Wenige ein richtiges Urteil bilden können.

Die Aufgabe der „großen Presse" ist es eben auch nicht, solche Bilder von der von ihr verteidigten „Ordnung" an die große Glocke zu hängen, und wenn sich die Herren Publizisten auch gedrungen fülen, mit einzelnen derlei Stücklein die Popularität ihrer — Brotgeber aufzufrischen, so werden sie überdies von den Lesern als ungemütlicher Stoff meist zu wenig gewürdigt.

Letzteres ist jedenfalls bei den Lesern dieses Blattes nicht der Fall, welche sich die Dinge schon zu deuten wissen werden. Dies bewegt mich auch zu versuchen, Nachstehendes zur Veröffentlichung zu bringen.

Es sind besonders die im Winter so zalreich vorkommenden Fälle von Schädigungen und Tödtungen durch Kolenoxidgas, welche dem Menschenfreunde Stoff zum Denken geben können. Hier drei solcher Fälle aus dem steirischen Oberlande.

Es war im Jänner bei der strengen Kälte, als sich die vier Knechte des Wirtes vulgo Steiner in Predliz bei Murau, durch die Kälte getrieben, den Ofen ihrer Kammer etwas stärker heizten als sonst, und sich dann zu Bette begaben. Als sie am nächsten Morgen nicht zur Arbeit erschienen, und man sie daher aufwecken ging, fand man einen, dessen Bett zunächst dem Ofen stand, todt am Boden, und die drei andern im bewußtlosen Zustande im Bette liegend vor. Da man den Zug am Ofen nicht abgesperrt fand, so ergab sich lediglich der defekte Zustand der Heizvorrichtung als Ursache des Unglückes.

In Aich bei Irdning fand man am 30. Jänner morgens den 60jährigen Auszügler Paul Strintzer in seinem Stübchen todt im Bette liegen.

Nach ärztlicher Untersuchung wurde als Todesursache das Einatmen von Kolendunst konstatirt und soll die Schuld ebenfalls an der schlechten Heizvorrichtung liegen, was auch als sicher anzunehmen ist, da das Gegenteil nicht konstatirt wurde.

In der vulgo Gaisbergerkeuschе in Pirn bei Liezen wohnt in einem Raume, wo sich kaum zwei Personen frei bewegen können, eine arme Nähterin. Darin befindet sich als Heizvorrichtung ein kleiner Sparherd, dessen Qualität man eben auch am besten fülen kann, wenn man nämlich gezwungen ist zu heizen. So oft nun bei der Inwohnerin dieser Fall eintritt, hat sie das Vergnügen, ihre Gesundheit zu verpfänden und sich Kopfschmerzen, Schwindel, Uebligkeit u. dgl. auf den Hals zu laden. — Zweimal indeß bekam ihr die Sache ärger, indem ihr durch die Einwirkung des Kolendunstes abends bei der Arbeit das Bewußtsein in die Brüche ging, sie vom Sessel herabstürzte und am Boden bewußtlos und ohne Hilfe liegen blieb. Daß die Betroffene dabei nicht mehr weit vom „Jenseits" sich befand, ist klar. Daß sie von der Sache ein Siechtum davonträgt, scheint ohnehin der Fall zu sein, und wenn sie noch arbeitsfähig ist, so macht dies nur, weil sie selten „daheim" ist. Ihren Quartiergeber kennzeichnet aber am besten dessen alberne Antwort auf die Beschwerde der Betroffenen: Einmal müsse sie ohnehin sterben, und man habe übrigens den Papst auch vergiften wollen" *).

Diese drei sonst verschiedenen Fälle, welche sich durch den Statisten beliebig vermehren ließen, haben das Eine gemein, daß selbe Blutvergiftungen durch Kolenoxidgas involviren, und zwar nur ursachlich defekter, schlechter Heizvorrichtungen. Wenn es dabei auch ohne plötzlichen Tod abgeht, so kann man (und Schreiber dieses hat das an sich selbst erfahren) unter Umständen noch Siechtum davontragen.

Es ist nun freilich leicht einwenden, die betroffenen Leute hätten in den gefährlichen Räumen nicht bleiben sollen ꝛc.; dem entgegen stehen aber teils die Unkenntnis der Gefahr, welche durch schlechte Ventilazion der Heizung entstehen kann, sowie die privaten Verhältnisse, die man eben kennen muß. — —

Auch von den Gemeindevorständen, kann man aus manchen Gründen eine entsprechende Sanitätskontrole nicht verlangen, schon wegen der Feindschaften, die sich die ausübenden Organe in der Gemeinde zuziehen würden. Wenn sich nun auch der Herrgott nicht darum kümmert, so bleiben schließlich nur die staatlichen Behörden, respektive der Staat. Und damit wären wir auch hier bei dem Ausgangspunkt angelangt, zu dem wir beim Studium der sozialen Frage in allen Richtungen immer und immer wieder gelangen; jenes Schlagwort, welches auch Lassalle zur Losung seiner Propaganda

*) Es ist dabei zu bemerken, daß dieser Unmensch selbst Arbeiter und nebstdem ein religiöser Fanatiker ist. Den Mann aber für seinen — Karakter verantwortlich zu machen, wäre dennoch unbillig, da er nichts weiter ist, als das, wozu ihn die Erziehungsweise und die Umstände, welche von Jugend an auf ihn eingewirkt, gemacht haben.

Konfiszirt.

Italiens Aufschwung.

Als Italien endlich 1866 durch die Erwerbung des Königreiches Venedig den blutzeugenreichen Entwicklungsgang seiner Einheit abgeschlossen hatte, jauchzten eine Zeit lang hierländische amtliche Zeitungen und halbamtliche Rückschrittsblätter, daß die Steuern dort jetzt erst recht unerschwinglich wären, sowie, als Garibaldi seinen ruhmreichen Zug zur Befreiung Süditaliens antrat, dieselben Blätter die angeblich besseren Zustände dieses Landes gegenüber jenen Sardiniens in jeglicher Beziehung herausstrichen. Siehe da! der „Abenteurer", der „Freibeuter" Garibaldi, welcher mit nur tausend Rothemden — deren Namen jetzt golden offen auf oder an den Rathäusern der Vororte ihrer Heimatsgaue auf Marmor eingegraben — in Marsala landete, überwältigte die 150.000 Neapolitaner, soweit sie nicht zu ihm übergingen, in jenem ruhmvollen kurzen Feldzuge, der seinesgleichen wol nur in der Eroberung des großen persischen Reichs durch Alexander den Großen hat — so blitzschnell war der Erfolg, so klein die Zal der Eindringlinge im Verhältnisse zu den Gegnern, so selten der ernsthalte Widerstand! Nun hat sich gleichfalls gezeigt, daß die freiheitliche Einigung des so vielfach bevorzugten Landes nötig war, um dasselbe nach und nach zu Frankreichs Wolstand zu bringen. Trotzdem die Auslagen für die Land- und Seeverteidigung in Italien bedeutend höher sind als in unserem Reiche, trotzdem die Staatsschuld in Folge der vielen italienischen Befreiungskriege und der reichlichen Vorrüstungen dazu bedeutend größere Auslagen fordert, trotzdem erst fünfzehn Jahre seit Abschluß der Einigung verflossen und dieses schöne Land — früher des deutschen Reiches Garten genannt — in Folge der Mißwirtschaft und der Gedankenlosigkeit der ängstlich nur auf Erhaltung der stets schwankenden Herrschaft bedachten dortigen früherer Herrscher so bedeutend im Verkehrswesen (Schifffahrt und Eisenbahn) und sonst in jeglicher Weise zurückgeblieben und mit dem furchtbarsten Räuber- und Bettlerunwesen belastet war, ist es der neuen Leitung doch gelungen, den Anbau und die Ausfuhr von Roherzeugnissen, besonders Trauben, Obst, Wein, sowie die Herstellung und gleichfalls die Ausfuhr von passenden Industrieerzeugnissen wesentlich zu heben, vor Allem aber ist es nicht möglich zu leugnen, daß die Steuern jetzt vermindert werden, die große Mahlsteuer, als vollständig abgeschafft sein und dieses — trotzdem das im Kriege ausgegebene Papiergeld eingezogen wird, woran bei uns Niemand denkt.

Unter den österreichischen, neapolitanischen, päpstlichen und bourbonischen Regierungen blieb dieses so viel bevorzugte Land zurück, jetzt erholt es sich und wird bald die Kosten der Befreiungskriege wenig empfinden, während die Vorteile derselben sich immer fülbarer machen müssen. — Dort ist soeben eine außerordentliche Vermehrung der Walberechtigten schnell durchgesetzt worden, hier in unserer gekünstelten Klassenvertretung ließ selbst die Mehrheit ihren eigenen Antrag auf geringe Vermehrung der Wäler unerledigt.

Wir wünschten, man ahmte hier die italienischen Fortschritte im volkswirtschaftlichen Aufschwung und auf jedem Gebiete nach. Wird hier etwa bald die drückende Steinölsteuer abgeschafft oder dieselbe doch verdoppelt werden?

Ueber Mangel an Steuerzuwachs können wir uns ja hier ohnedies nie, insbesondere nicht in diesem Jahr beklagen und unsere Vertretung, wo vierzig Millionäre sitzen, hat durch den Ausschuß bereits die Zustimmung zur Verdopplung der Steinölsteuer mitteilt, denn — der Millionär fült sie nicht, er brennt wenig Steinöl.

Politische Uebersicht.

Die Konfiskazionen der deutschliberalen Blätter nehmen ihren regelmäßigen Verlauf und geben zu ebenso regelmäßigen Wutausbrüchen der liberalen Journalisten Veranlassung; die „N. fr. Pr." versteigt sich sogar so weit, zu erklären, daß man bei dem in Oesterreich bestehenden objektiven Verfahren nicht wisse, was strafbar sei und was nicht. Nur schade, daß diese Erkenntnis dem Blatte erst jetzt kommt, da es selbst öfter konfiszirt wird, so lange das blos Sozialisten und Tschechen passirte, hatte das ehrenwerte Blatt an dem objektiven Verfahren gar nichts auszusetzen, dessen Erfindung ja den Parteigenossen der „N. fr. Pr." zu verdanken ist.

Am 17. Juli fand in Krems ein Kleingewerbetag statt, in welchem die Beschränkung der Gewerbefreiheit, des Hausirwesens ꝛc. in einer Resoluzion gefordert wurde. Die Herren haben blos vergessen, zu beweisen, was das von ihnen Beschlossene dem Kleingewerbe nützen wird. Dabei waren sie wenigstens so bescheiden, Zwangsgenossenschaften blos für die Gewerbsinhaber zu verlangen. Das Sonderbarste an der Versammlung war aber wol, daß der Abgeordnete Dr. Dienstl in seiner Begrüßungsrede als Bürgermeister von Krems vom bedrohten Deutschtum sprach und die Versammelten zum Schutze desselben aufrief, welche Ansprache mit großem Beifalle aufgenommen wurde. Wir glaubten in unserer Einfalt, daß die Herren zusammengekommen seien, weil das Kleingewerbe bedroht ist und bedauern sehr, uns hierin geirrt zu haben. Wenn die Herren sich einmal über den dort gesprochenen Unsinn klar geworden sein werden, wollen wir uns auch über das „bedrohte Deutschtum" mit ihnen auseinandersetzen; heute wäre das nutzlose Mühe.

Bei den Walen in den sächsischen Landtag haben die Sozialisten einen neuen Sitz erobert, indem zu den drei bisherigen sozialistischen Abgeordneten noch Bebel in Leipzig mit 1248 gegen 845 Stimmen gewält wurde. Seine Wal wird wegen angeblich zu geringer Steuerleistung angefochten. Die Liberalen haben außer dem einen Sitze, den sie an die Sozialisten abgeben mußten, noch mehrere Sitze an die Konservativen verloren. — Bei den bairischen Landtagswalen haben die Ultramontanen mit großer Majorität gesiegt; sogar München ist diesmal nur durch klerikale Abgeordnete vertreten. Das sind die Früchte der liberalen Kompromißpolitik und Gesinnungslumperei. Wir erwähnen ausdrücklich, daß die stattgefundenen Landtagswalen in Sachsen und Baiern Zensuswalen waren, an denen die Arbeiter keinen Anteil haben.

Der jüngere Sohn des deutschen Reichskanzlers, Graf Wilhelm Bismarck, der auch Reichstagsabgeordneter ist, hat in einer Rede in einem konservativen Vereine Berlins den Belagerungszustand mit der Hundesperre verglichen und erklärt, man spüre ersteren weniger als den Uebelstand, die Hunde an der Leine führen zu müssen. Die fortschrittliche Presse bemerkt mit Recht, daß auf keine deutlichere Weise die Denkungsart der preußischen Junker klar gemacht werden konnte, als durch jene Aeußerung, die an Gemeinheit und Frivolität Alles hinter sich läßt. Die Hundesperre drückender zu finden als die Ausweisung von ehrlichen Arbeitern, als die Vernichtung von hunderten menschlicher Existenzen, dazu gehört wahrlich eine beispiellose Gemeinheit der Gesinnung. Diese Rede sollte man als Walflugblatt verbreiten lassen, sie würde die „arbeiterfreundliche" Politik des Fürsten Bismarck deutlicher illustriren, als die beste oppositionelle Rede. —

In dem großen Hochverratsprozesse, der bei dem Reichsgerichte in Leipzig gegen 25 Sozialisten angestrengt worden ist, wurde bereits die Anklageschrift den Angeklagten zugestellt. — Aus Leipzig und Umgegend sind neuerdings 22 Sozialisten ausgewiesen worden.

Der Züricher Kantonalrat erklärte sich für nicht kompetent, das Verbot der Regierung gegen den sozialistischen Weltkongreß aufzuheben und erklärte ferner, daß das Verbot nicht verfassungswidrig sei. Das Einberufungskomitee ergriff den Rekurs an das Bundesgericht und erließ ein Zirkular an die Teilnehmer am Kongresse, die definitive Erklärung bezüglich ihrer Teilnahme anzumelden.

Der belgische Ministerpräsident Frère Orban erklärte in der Sitzung der Deputirtenkammer am 12. Juli, daß die Walreform nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden dürfe und gelöst werden müsse. Infolge dessen stimmte die äußerste Linke mit Ausnahme des Deputirten von Mons, Defuissaux, der sein Mandat niederlegte, für den Regierungsentwurf über die Wal der Provinzialräte. Der Antrag auf Ausdehnung des Stimmrechtes auf alle, die lesen und schreiben können, wurde an die Zentralsekzion der Kammer verwiesen. Die Sozialisten von Mons schickten an den Deputirten Defuissaux ein Beglückwünschungsschreiben.

Bei der Ueberführung des Leichnams des Papstes Pius IX. in Rom in der Nacht auf den 13. Juli kam es zu Ruhestörungen; die einen riefen: Es lebe Italien! die Teilnehmer des Leichenzuges: Es lebe der Papst!

In der Grafschaft Cork in Irland fanden am 17. Juli Massenversammlungen von irischen Feldarbeitern und Taglöhnern statt, in welchen die Bildung eines Vereines beschlossen wurde, der für bessere Arbeiterwohnungen, achtstündige Arbeitszeit und einen Wochenlohn von acht Schillingen — 4 fl. in Gold — agitiren soll.

Das englische Unterhausmitglied Borlase interpellirte am 21. Juli den Minister des Innern, ob er wisse, daß ein revoluzionärer Kongreß in London tage und am 18. Juli eine öffentliche Versammlung abgehalten habe, auf der alle Nazionalitäten vertreten waren und in welcher jede Regierungsform verdammt wurde. *Ob der Minister Schritte tun wolle,* solche jede Ordnung gefährdenden Versammlungen zu unterdrücken oder zu verhindern. Minister Harcourt erklärte, daß der Bericht betreffs des revoluzionären Kongresses nichts enthalte, was die Regierung zu einem Einschreiten veranlassen könnte.

Die bulgarische Nazionalversammlung hat, wie vorauszusehen war, den Staatsstreich des Fürsten Alexander gutgeheißen.

Jesse Helfmann's Verurteilung zum Tode durch den Strang wurde durch kaiserlichen Befel auf Grund eines Begnadigungsgesuches zu lebenslänglicher Zwangsarbeit umgewandelt. So sieht die „Milde" des Zaren Alexander III. aus. — In der Nacht vom 10. auf den 11. Juli ermordeten die russischen Revoluzionäre

---

gemacht, und welches mehr Berechtigung hat als nur irgend ein anderes —: Staatshilfe! — — Und warum sollte jener Staat, der z. B. das Eigentum seiner Glieder schützt, nicht auch wenn möglich Gesundheit und Leben derselben schützen? Oder ist Gesundheit und Leben minder wichtig als Geld und Gut?! — Warum sollte der Staat nicht zweckentsprechende Sanitätsbehörden einsetzen, welche u. A. dem Unwesen solcher Giftlöcher möglichst steuern könnten?! —

Berühren wir nun einen andern, ebenfalls viel todtgeschwiegenen faulen Punkt der modernen Gesellschaft: die Armen- und Altersversorgung auf dem Lande.

Von anderen Seiten bin ich zwar hierüber wenig unterrichtet, (wird auch kaum viel bessere Gesichtspunkte weisen) was jedoch hiesige Gegend anbelangt, so ließen sich da Dinge erzälen, die wol oft mehr als traurig, die unmenschlich, barbarisch genannt werden müssen!

In den Landgemeinden, wo keine Armenhäuser bestehen, werden die „Einleger" größtenteils in Ställen oder auf Futterböden untergebracht, und müssen tagsüber oft im Freien kampiren. Günstigenfalls bewohnen sie baufällige Hütten, sogenannte „Badstuben", durch welche zumeist der Wind bläst. Kälte haben selbe genug zu vertragen und in manchem Hause gehts auch mit der Kost knapp und schlecht genug her! Gut und viel wird ja den Armen ohnehin nirgends verabreicht!

Folgende Tatsache diene zur Illustrazion dieser Armen-, respektive Siechenpflege. In Neuhaus bei Irdning wurde am 17. Jänner der 58 Jahr alte Gemeindearme Andreas Gruber in seiner Behausung, einer einsamen Hütte, als Leiche aufgefunden. Dieselbe war schon stark in Verwesung übergegangen, ließ aber noch erkennen, daß der Tod durch Erfrieren eingetreten sei.

Diese wenigen Worte sagen viel! Bei der strengen Kälte in Verwesung übergegangen!? Wie lange mag daher der Mann todt am Platze gelegen sein, ohne daß sich ein menschliches Wesen um ihn kümmerte! Und kann hinter dem Erfrieren nicht noch Aergeres, — -- Erhungern — Erdürsten — stecken? —

Wenn dem Unglücklichen z. B. eine Krankheit befallen hat, was sollte ohne äußere Hilfe aus ihm werden, als — elend umkommen?! Und wenn er auch nur erfroren ist, so zeigt dies auf einen schönen Grad von Kultur und Humanität: Gemeindearme einfach erfrieren zu lassen.

Und da soll es so ein Arbeiterinvalide noch für eine besondere Woltat ansehen, wenn er in die „Einlage" aufgenommen wird. Man will ja oft nicht einmal absolut arbeitsunfähige Leute „einlegen", noch schwerer solche, die „noch etwas zu brauchen" sind. Und bei dem Massenüberschuß von Arbeitskräften ist die Zal, — besonders älterer Leute, für welche am Tische der Natur nicht mehr gedeckt ist, welche nach Malthus kein Recht zum Dasein haben, geradezu eine erschreckende. — —

Uebrigens gibt es auch in manchem Armenhause größerer Orte nichts weniger als kulturelle Zustände. So z. B. felt es an Ungeziefer selten, und unter den Insassen herrscht meist das Recht des Stärkeren. Alt wird selten einer darin, und ein Kranker ist so ziemlich verloren, wer aber nicht bald sterben will, dem kanns passiren — — nun, im Armenhause zu Liezen ist es vor etwas über ein Jahr vorgekommen, daß ein paar Insassenweiber eine kranke Mitgenossin zu Tode prügelten! — —

Die Bauern und Bürger des Mittelstandes und Einzelne desselben kann man indeß doch auch nur höchstens teilweise für solche Zustände verantwortlich machen, da die materielle Lage und der intellektuelle Zustand derselben bekanntermaßen auch dermalen nichts weniger als glänzend ist; es bleibt also hier auch nur ohne Wal das Mittel: Staatshilfe, spezifizirt in die Forderung: Uebernahme und Kontrole der Armen-, resp. Invaliden- und Siechenversorgung **durch den Staat.**

Ich kann nicht schließen, ohne zu bemerken, daß die Tagespresse alle Ursache hätte, Notstandsberichte nicht nur aus Mähren und Böhmen, sondern auch einmal aus Steiermark zu bringen; an Material hiezu felt es wahrlich nicht! So viel auch dessen zu berichten wäre, ich muß mich kurz fassen und den Raum dieses Blattes schonen.

Einheimische Leute, besonders z. B. Taglöhner, im besten Alter, mit bester Arbeitskraft, welche früherer Jahre doch meist beschäftigt waren und von 90 kr. bis 1 fl. 20 kr. erhielten, irren jetzt oft monatelang ohne Beschäftigung umher, und erhalten in Arbeit höchstens 50, 70 bis 90 kr. per Tag — der Sommer ausgenommen. Und das sind die besten Arbeitskräfte! Aeltere Leute, z. B. in den 50ern — deren es im Arbeiterstande freilich nicht sehr viele mehr gibt — können schon von Glück sagen, wenn sie noch Arbeit bekommen. Viele solche, die nicht eine Heimstatt und etwas Pflege haben, hadern eine Weile mit dem Bettelstabe und gehen nach ziemlich kurzer Frist auf irgend eine Weise zu Grunde. Des Weiteren sind Weibspersonen, die Kinder haben, nicht zu beneiden. Bitteres Elend ist meist ihr Los, da man solche überhaupt nicht gern in Arbeit nimmt. Die Lebenshaltung der unteren Klasse ist auf das möglichst niederste Maß herabgesunken. Fleisch gehört zu den seltensten Nahrungsmitteln und kommt bei Manchem ein halbes Jahr und länger nicht auf den Tisch. Sauerkraut, Kartoffel und schwarzes Brot sind die hauptsächlichsten Artikel, die Leute gerade noch aufrecht zu halten und vor dem schnellen Verhungern zu schützen. Dabei nimmt die Unsicherheit, Rohheit und der Schnapsgenuß stetig zu, und die Diebstäle und Gewalttätigkeiten ꝛc. mehren sich.

Wenn es so fortgeht, so werden die steirischen Berge in nicht ferner Zeit statt kernige Gebirgsgestalten ein dezimirtes, fisisch und geistig gesunkenes Geschlecht von Schwächlingen aufweisen. J. K—s.

in Petersburg einen Geheimpolizisten, der sich als Spion eingeschmuggelt hatte und eben die Verhaftung der Versammelten abwartete, die er vorbereitet hatte. Keiner der Revoluzionäre wurde festgenommen.

Aus Parteikreisen.

An meine Genossen!

Sie haben mir in letzter Zeit auf mehrfache Verdachtsmomente hin, Mistrauen entgegengebracht, was für mich um so schmerzlicher und kränkender sein mußte, als ich seit der Zeit, da ich mich selbst als für einen überzeugten Sozialisten hielt und nicht mit Unrecht auch von Ihnen als solcher betrachtet wurde, immer nur bestrebt war, nach Kräften an der Erreichung unserer gemeinsamen Ziele in redlicher und ehrlicher Weise mitzuwirken.

Während dieser meiner Tätigkeit habe ich genugsam Erfahrung gemacht, um zu wissen, daß unser Kampf keine Don Quixoterie und der Weg, den wir zu wandeln haben, keineswegs mit Rosen bestreut ist.

Wenn es dennoch möglich war, von Ihrer Seite mit mistrauischen Blicken betrachtet zu werden, so bedauert dies gewiß Niemand lebhafter als ich selbst, da bei dieser ganzen Affaire meine Ehre, das höchste Gut eines Menschen, engagirt erscheint und auch nicht Jeder, der sich zum gestrengen Richter aufwirft, leidenschaftslos und gewissenhaft genug ist, ein gerechtes Urteil fällen zu können. —

Zur Orientirung weniger eingeweihter Parteigenossen scheint es mir unerläßlich, die Entstehung und Entwicklung der ganzen Angelegenheit in kurzen Zügen hier anzuführen.

Es war ungefähr Mitte März l. J., als ich einen rekommandirten (anonimen) Brief zugesendet erhielt und worin mir der Antrag gemacht wurde, die Stelle eines sozialistischen Korrespondenten für ein größeres ausländisches Journal zu übernehmen. Ich erblickte in diesem Antrage nichts Anstößiges, da es ja schon öfter vorgekommen, daß Parteigenossen eine solche Tätigkeit ausübten, ohne deshalb von Jemanden einer Prinzipienverletzung geziehen worden zu sein. Allerdings war der Umstand, daß sich der Absender des Briefes hinter dem Schleier der Anonimität verbarg, etwas bedenklich —, was mich aber auch veranlaßte, Genossen hievon Mitteilung zu machen und sie um ihre Meinung zu befragen. Letztere gipfelte in den Worten „ich solle tun, was mir gut dünkt".

Nun schrieb ich an den Absender bewußten Briefes, er möge sich mir vorstellen und auch das Blatt, für welches ich zu schreiben hätte, bekanntgeben. Die Antwort hierauf lautete, „daß er gute Gründe habe, dies nicht zu tun". Selbstverständlich drängte sich mir die Annahme auf, der Anonimus könne auch in „höherem Auftrage" handeln, was mich zur äußersten Vorsicht bei Abfassung von Artikeln mahnte. Da ich jedoch dies nur vermuten konnte, nicht aber auch überzeugt davon war, wiegte ich mich sogar in dem süßen Wahne, selbst der Partei dadurch einen nicht unbedeutenden Dienst zu erweisen, wenn ich die Leser eines größeren Journales — welche Annahme doch nicht absolut aususchließen war — mit dem Sozialismus in nähere Bekanntschaft bringe. Demnach ist aber auch Alles, was ich geschrieben habe, für die Oeffentlichkeit bestimmt gewesen. —

Damit jedoch meine werten Genossen wissen, daß ich mich weder als blindes — noch als Werkzeug überhaupt gebrauchen, noch als „Gimpel auf den Leim locken" ließ, führe ich hier an, daß ich in meinem zweiten Antwortschreiben ausdrücklich bemerkte, gegen jeden anderen (als eben dem angegebenen) Hintergedanken mich genügend gewappnet zu fülen". Ferner versicherte ich auch Genossen, „daß, sobald ich mich überzeugt halten zu können glaube, es stehe die P..... dahinter, ich die eingegangene Verbindung sofort lösen werde". Ich halte nun jetzt, gestützt auf folgenden Brief, den Vordersatz des letzten Satzes für verwirklicht, welche Gestalt logischer Weise auch der Nachsatz annehmen mußte.

Dieser Brief lautet nun wörtlich:

„Geehrter Herr!

Soeben teilt man mir im Kaffeehause mit, daß in Böhmen eine Flugschrift in tschechischer Sprache von Sozialdemokraten verbreitet wurde, die in Wien gedruckt ist.

Ich ersuche Sie, mir mitzuteilen, und zwar in ausführlicher Darstellung, worin die Flugschriftenorganisazion besteht, wer dieselben, sowol deutsche als böhmische verfaßt, wo dieselben gedruckt und wie dieselben verbreitet werden."

Ich habe im Vorstehenden die ganze Angelegenheit dar gelegt und übergebe es der öffentlichen Meinung, die sich nun nach strenger und gewissenhafter Prüfung ein Urteil darüber bilden kann. —

Wien, am 1. Juli 1881.

Mit sozialdemokratischen Gruß

Dionys Zinner.

NB. Alle Partei- und arbeiterfreundlichen Blätter ersuche ich um gefälligen Nachdruck.

* * *

Zur Vervollständigung dieses Berichtes müssen wir anführen, daß Zinner nur den ersten Brief, den er erhalten, einigen Genossen gezeigt, Niemanden aber mitgeteilt hat, daß er noch weitere Briefe erhalten und daß er den gestellten Antrag angenommen habe. Ferner ist es notwendig zu wissen, daß Herr Zinner für seine Berichte an den Unbekannten einen Monatsgehalt von 200 Mark bezog und daß seine geheime Tätigkeit nur dadurch zur Kenntnis der Genossen gelangte, daß, während er verhaftet, verschiedene an ihn gerichtete Briefe in andere Hände kamen. Sonst schriebe Herr Zinner vielleicht noch heute für das „ausländische Blatt".

Für uns geht aus dem Ganzen Folgendes hervor: Nachdem die Verbindung Zinner's mit dem Anonimus ohne Zustimmung der Partei eingeleitet und trotz der Mißbilligung seitens der letzteren fortgesetzt wurde, hat es sich als notwendig herausgestellt, Zinner so lange das Vertrauen der Partei zu entziehen, bis er seine Handlungsweise vollständig gerechtfertigt hat.

Sollte den Genossen die Schuld Zinner's aus den heute veröffentlichten Mitteilungen noch nicht genügend klargestellt erscheinen, so werden wir einen Auszug aus dem von Zinner mit dem Unbekannten geführten Briefwechsel veröffentlichen. —

Konfiszirt.

Die Anklage gegen Genossen Hotze (siehe letzte Nummer) wurde von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen.

Genosse Glokner wurde vorigen Samstag aus der Haft entlassen.

Genosse Josef Holzhammer in Innsbruck wurde am 15. Juli wegen Verbreitung verbotener Druckschriften (Verteidigungsrede von Dr. Rosenblatt im Krakauer Sozialistenprozesse) zu sechs Tagen Arrest verurteilt.

Wien. Am 17. Jänner 1881 zeigte der Genosse Kulmer, Obmann des Ersten steiermärkischen Arbeiterbund eine Volksversammlung mit folgender Tagesordnung an: 1. Besprechung über das allgemeine, gleiche und direkte Walrecht und Beschlußfassung einer Zustimmungserklärung zu der vom Abgeordneten Schönerer beantragten Reichstagswalordnung im Abgeordnetenhause. 2. Besprechung und Beschlußfassung über die gegenwärtige Bauernbewegung und die Stellung der Arbeiter ihr gegenüber. Da aber die Versammlung von der Polizeibehörde untersagt wurde, ergriffen die Genossen Rekurs beim Ministerium des Innern, wo sie abermals abgewiesen wurden. Nun erhoben die Genossen Beschwerde beim Reichsgericht, da es nach diesem Verbote scheint, als ob einer bestimmten Klasse der Bevölkerung das politische Denken verwehrt und es schon als staatsgefährlich bezeichnet wurde, wenn diese Klasse zu irgend einer Frage nur Stellung nimmt. Da also die Genossen durch die Entscheidungen der Behörden die Gesetze verletzt sahen, welche einen Klassenunterschied nicht kennen, so wendete sich Genosse Kulmer und Genossen an das Reichsgericht, damit dieses eine Verletzung der verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, insbesondere des im Art. 12 des St.-G.-G. vom 21. Dezember 1867, Nr. 142 des R.-G.-Bl. gewährleisten Versammlungsrechtes konstatire und beauftragte mit ihrer Vertretung Herrn Dr. Sigismund Wolf-Eppinger. Die Verhandlung fand am 11. Juli statt und endete, wie wir schon mitteilten, mit der Zurückweisung der Beschwerde. Wir geben in Nachfolgendem einen Auszug aus der Rede Dr. Eppinger's. Dieselbe lautet:

Hohes Reichsgericht!

Es wird mir allseits und gewiß auch von Seite der verehrten Gegnerschaft — der hohen Regierung — zugegeben werden müssen, daß die Gesinnungen der europäischen Regierungen den Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht günstig sind.

Wenn man auch nicht gemeinschaftliche Schritte, die auf Verträgen beruhen, eingeleitet hat, um die „gemeingefährlichen" Bestrebungen zu bekämpfen, so kann doch auf eine stillschweigende Uebereinkunft in dieser Hinsicht geschlossen werden.

Es mag daher als schwierige Aufgabe erscheinen, in einer Zeit, wo „Verhaftungen von Sozialisten" zur stehenden Zeitungsrubrik geworden, wo Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Zurückbehaltung von Briefen, Entdeckungen von sozialistischen Geheimbünden und Verschwörungen, **zum täglichen Brod der geplagten Polizeibehörde gehören**, die Beschwerden eines Vereines und dessen Mitglieder zu vertreten, die in den Akten der löblichen Polizei, bei der wol nicht nur über Handlungen, sondern auch **über die Gesinnungen der Staatsbürger** Buch geführt wird, als Sozialdemokraten bezeichnet erscheinen.

Diese Schwierigkeit, hohes Reichsgericht, ist eine scheinbare und schreckt mich nicht. Wer die Entscheidungen dieses hohen Tribunals verfolgt hat, weiß, daß in der Ruhe und Würde dieses Ortes nicht die Leidenschaft der aufgeregten Parteien, aber auch niemals der Geist der Bevormundung und Unterdrückung Platz gefunden haben.

Mit der Zuversicht, daß ohne Rücksicht auf Person und Gesinnung des Beschwerdeführers, wieder nur das **Recht** gesucht und gefunden werden wird, gehe ich an die Begründung der Beschwerde meines Klienten.

Nach dieser Einleitung erörtert Dr. Eppinger die Frage der Legitimazion zur Beschwerdeführung und erbringt aus dem Vereinsstatute den Nachweis, daß der Bundesrat zur Beschwerdeführung legitimirt erscheint.

Wenn diese Legitimazion feststeht, dann handelt es sich um die Stichhaltigkeit des seitens der Behörden angegebenen Grundes des Verbotes.

Ein Grund aber sei in keinem einzigen der drei behördlichen Verbotserkenntnisse angegeben. Denn die Zitirung eines Gesetzesparagrafen kann doch nicht als Begründung angesehen werden.

Es sei also Sache des Ministeriums, heute Umstände anzuführen, welche beweisen, daß durch die Abhaltung der Versammlung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wol gefährdet worden wäre.

In dieser Hinsicht müßte das Reichsgericht aber auch berechtigt sein, zu prüfen, ob der seitens der Administrativbehörden gezogene Schluß auf Gefährlichkeit **an sich** gerechtfertigt sei.

Der Redner sucht diese Anschauung aus dem Wortlaute des Gesetzes zu beweisen und bemerkt, daß eine gegenteilige Auffassung die Versammlungsfreiheit und jede Beschwerdeführung illusorisch machen würde.

Aber selbst wenn den Behörden ein freierer Spielraum in der Beurteilung eingeräumt wäre, so sei deren **Ermessen** niemals zu verwechseln mit dem **Belieben.**

Wenn daher nachgewiesen werde, daß in einem ähnlichen Falle, und unter **viel schwierigeren und komplizirteren** Verhältnissen die Abhaltung einer Volksversammlung nicht verboten wurde, so scheint der Beweis erbracht, daß auch im vorliegenden Falle kein Anlaß zum Verbote war.

Dr. Eppinger fährt hierauf wörtlich fort:

„Dieser Fall unter weit schwierigeren und komplizirteren Verhältnissen ist die **Volksversammlung beim Schwender im Jahre 1880**.

Ich kenne die Entstehungsgeschichte dieser Versammlung, die Vereinbarungen und Abmachungen, welche aus diesem Anlasse getroffen wurden. Wenn ich darauf verzichte, an dieser Stelle Enthüllungen darüber zu machen, so geschieht es in der Erwägung, daß dasjenige, was ich durch die Mitteilungen hierüber beweisen wollte, für jeden Einsichtigen ohnehin klar hervorgeht aus dem **Anlasse** der Versammlung, aus dem **Zeitpunkt** ihrer Abhaltung und aus den dieselbe **begleitenden Verhältnissen**.

Nur soviel sage ich und übernehme die volle Verantwortlichkeit hiefür: die Idee zur Abhaltung dieser Volksversammlung ging **nicht** aus dem Kreise der sozialdemokratischen Partei hervor. **Man** ist damit an die Führer dieser Partei herangetreten, und diese haben natürlich die Gelegenheit, nach Jahren wieder einmal eine Versammlung mit weittragendem politischen Programme abhalten zu können, gerne ergriffen."

Der Redner schildert nun die vollständig **exzepzionelle** Behandlung dieser Versammlung im Vergleiche mit früheren und späteren.

Schon der Gegenstand der Tagesordnung umfasse so ziemlich Alles, was in das Gebiet der Politik gehört. Diese nämlich: **die Nazionalitätenfrage, das Parlament und die politischen und wirtschaftlichen Forderungen des arbeitenden Volkes** wurde in einer Versammlung von 4—6000 Menschen in der freiesten Weise discutirt. Obwol eine seit dem Jahre 1868 nicht dagewesene Redefreiheit herrschte und ein dreimaliges Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht wurde, fand weder eine Auflösung noch sonst eine Beanständung statt.

Es wurde die bekannte Resoluzion, die heftige Ausfälle gegen die Verfassungspartei enthält, mit drei Amendements, u. zw.: 1. bezüglich der verhafteten Parteigenossen, 2. bezüglich des Briefgeheimnisses und 3. bezüglich **der Bauernbewegung** gefaßt.

„Und obwol all dies," fährt der Redner fort, zu einer Zeit geschah, wo der **deutsche Parteitag in Wien tagte**, gegen den die Spitze der Versammlung direkt gerichtet war, obwol die Bevölkerung Wiens damals gewiß politisch erregt war, ist dennoch Alles anstandslos vorbeigegangen; **die öffentliche Sicherheit und das öffentliche Wol erschien der hohen Regierung nicht gefährdet.**

Und zwei Monate später wird in der **kleineren** Stadt, in **viel ruhigerer Zeit**, mit weit **geringerer** Arbeiterbevölkerung, eine Versammlung mit **weit beschränkterer** Tagesordnung, die ihre Spitze **gegen Niemand** kehrt, verboten."

Der Redner gelangt daher zu dem Dilemma: Entweder sind im ersten Falle die Behörden ihrer Verpflichtung, für die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit zu sorgen, nicht nachgekommen, oder sie haben im zweiten Falle nicht nach erfahrungsgemäß gerechtfertigten Ermessen, sondern nach Belieben gehandelt.

Diese Erwägung müsse von hoher Bedeutung für das Reichsgericht sein, da es den Grundsätzen des öffentlichen Vertrauens widersprechen würde, in dem einen Falle etwas als gefährlich zu erklären, was in dem anderen Falle gestattet wird, **obwol oder geradezu weil** es sich gegen den politischen Gegner kehrt. —

So sehr es zu bedauern ist, daß die sozialistische Bewegung bisher keine staatsmännische Würdigung gefunden hat, sondern immer nur mit polizeilichen Augen betrachtet und mit kleinen Polizeimitteln bekämpft wurde, so sicher ist es, daß ein solches Vorgehen nicht staatsmännisch ist.

Dem Redner scheint somit der Beweis erbracht zu sein, daß das hohe Ministerium keinen Anlaß hatte, die Versammlung zu verbieten. Somit sei der Artikel 12 des St.-Gr.-G. verletzt.

Dr. Eppinger schließt mit den Worten:

Hohes Reichsgericht!

Es war für die Vertretung der Beschwerdeführer die Versuchung naheliegend, diesen Anlaß zu benützen, um eine ganze Reihe von Klagen, die zwar nicht in direktem Zusammenhange mit dieser Beschwerde stehen, die aber das Vorgehen der Behörden in den letzten Jahren gegen die sozialdemokratische Partei illustriren, hier vorzubringen. Wenn diese Stelle nicht dazu benützt wurde, so geschah es in der Ueberzeugung, daß in jedem einzelnen Falle der streng gesetzliche Weg — aber bis in den äußersten Konsequenzen durchgeführt — vollständig ausreicht, um die berechtigten Beschwerden zur vollen Geltung zu bringen.

Wenn mir seitens der Gegenpartei eingewendet werden sollte, daß dieser gesetzliche Weg nicht immer eingehalten würde, so muß ich dies zugeben, insoferne sich auf die Autorität der Gerichte und deren Urteile berufen wird. Bemerken aber muß ich, daß im Allgemeinen auf zehn polizeiliche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen gegen Sozialisten im Durchschnitt **kaum eine Verurteilung kommt** und daß die größere Anzal der entdeckten Verschwörungen mit Verurteilung wegen geringfugiger Vergehen endigt, daß insbesondere erst in jüngster Zeit eine von der Polizei entdeckte hochverräterische Verschwörung sich auf ein Vergehen gegen das Preßgesetz herabqualifizirte.

Und die wirklichen Gesetzesübertretungen haben meiner Ueberzeugung nach in erster Linie ihren Entstehungsgrund darin, daß durch **die fortwährende Maßregelung den Sozialdemokraten jede Möglichkeit des gesetzlichen Bestandes entzogen wird.** Es ist daher sehr begreiflich, daß sie hie und da den Boden des Gesetzes verlassen: Denn Versammlungen kann man verbieten, Vereine auflösen, Gesetzesübertretungen strafen, aber ungeheuer verbreitete Meinungen und mehr oder weniger **berechtigte** Wünsche kann man nicht unterdrücken.

Und da stelle ich kühn die Behauptung auf, daß die freie Meinungsäußerung die beste Garantie für die Sicherheit der Staaten ist, daß die **öffentliche Sicherheit** es geradezu verlangt, diesen Meinungen die Möglichkeit des öffentlichen Hervortrittes zu geben, damit sie öffentlich diskutirbar, insoferne sie schädlich sind, bekämpft und vernichtet werden können. Dann freilich ist die Kontrole der Polizei eine einfachere, die geheimen Bünde und Verschwörungen entfallen von selbst und das Sicherheitsventil, durch das die überschüßige Leidenschaft entweichen kann, ist stets geöffnet.

Ich hoffe, daß auch diese Erwägung vor dem hohen Reichsgerichte Gehör finden wird; daß aber auch der Umstand berücksichtigt werden wird, daß meine Klienten und deren Parteigenossen kein Walrecht besitzen, keine Mittel, um eine große Presse ihrer Parteirichtung zu erhalten, und daß daher ihr einziges politisches Recht (im engern Sinne) das Vereins- und Versammlungsrecht um so mehr schutzbedürftig ist.

Ich bitte daher, der erhobenen Beschwerde vollinhaltlich stattzugeben.

Wien. Montag den 11. Juli fand in Zobel's Saallokalitäten eine von zirka 2000 Personen besuchte Volksversammlung statt. Viele mußten wegen Raummangel wieder weggehen. Tagesordnung: Zur Nazionalitätenfrage und die Presse. Ins Präsidium wurden gewält: Zu Vorsitzenden die Genossen Berndt (deutsch) und Pech (slavisch), als Schriftführer die Genossen Motz und Satiranda.

Der erste Redner, Genosse Hybes, spricht in slavischer Sprache. Werte Genossen! Wir sind heute eine große Zal von verschiedenen Nazionen versammelt, aber ich finde an keinem auch nicht die geringste Spur von Haß oder Verachtung gegen einen einer andern Nazionalität Angehörigen. Es zeigt sich hier klar und deutlich, daß wir mit den Prager Exzessen nichts gemein haben und selbe auch von unserer Seite verworfen werden. Uns bleibt sich das ganz gleich, ob jener ein Deutscher, Pole, Ungar oder Franzose ist, wir feinden ihn wegen seiner Nazionalität nicht an, sondern wir gehen im Gegenteil, stets einig und mit vereinten Kräften vor, wo es gilt, die Interessen der arbeitenden Klasse zu vertreten. Wir haben keine Ursache, uns gegenseitig anzufeinden und halten uns an den Walspruch: „Bildung macht frei, Einigkeit stark", denn nur einig und wenn wir eine unzertrennbare Kette bilden, die allen Widerstand zu leisten vermag, können wir unser Ziel erreichen. Man hat versucht, auch Arbeiter zu bewegen, an den Exzessen in Prag teilzunehmen, es blieb kein Mittel unversucht, ja sogar Geld hat man ihnen geboten. Aber von unseren Reihen ließ sich keiner bewegen, und diejenigen, welche sich bestechen ließen, waren nur solche, welche vermöge ihrer schwachen Denkungskraft nicht beurteilen können wer in wahrem Sinne ihre Unterdrücker sind. Der Redner wurde in seinen Ausführungen zweimal vom Polizeikommissär unterbrochen.

Als zweiter Redner sprach Genosse Hotze in deutscher Sprache. Er betont, daß der Hader in Prag nur ein künstlich erzeugter sei, welcher sowol von der liberalen wie auch von der klerikalen Partei unter Mithilfe der Presse inszenirt worden ist. Daß die Hälfte von dem, was die liberale Presse über die Prager Vorgänge schreibt, eine Lüge ist, geht schon aus einem Fall hervor, wo sie geschrieben, daß ein Fabrikant sämmtliche tschechische Arbeiter entlassen hätte, wie in Wirklichkeit aber nicht ein einziger entlassen worden ist. Man sieht also hier wieder klar die Lügenhaftigkeit und Korrupzion der Presse. Sie untergräbt nur die Interessen des Volkes, und verliert sie auch manchmal ein Wort zu Gunsten des Arbeiters, so geschieht es nur deshalb, um sich unter den Arbeitern

Vertrauen zu erwerben, um sie leichter auf Irrwege zu bringen und den Kapitalisten zur Ausbeutung zuführen zu können. (Bei dieser Stelle wird der Redner vom Regierungsvertreter unterbrochen). Die liberale Presse war es, welche im Jahre 1873 in der Schwindelperiode die Hauptrolle spielte, indem sie Geld nahm und jeden Schwindel empfal. Sie ist eine feile Dirne, welche unbekümmert um das allgemeine Wol des Volkes sich zu jedem Schwindel kaufen läßt und arbeitet daher nur im Interesse der Kapitalisten, welche wieder nur Rechte für sich zu benützen wissen. Und gerade nur die Kapitalisten sind die Volksaufhetzer, denn diese Herren wissen sehr gut, daß, wenn sich die Völker einig sind, es mit ihrer Herrschaft vorbei ist.

Und um dies zu verhindern, hetzen sie die Völker auf und sagen, das Deutschtum ist in Gefahr. Meine Herren, ich bin ein Wiener, aber ich finde nicht, daß das Deutschtum in Gefahr ist, ich finde mich von keiner Seite bedroht und vertrage mich sehr gut mit meinen Nebenarbeitern, von denen der eine ein Böhme, der andere ein Pole und der dritte ein Ungar ist. Wir kennen daher keinen Haß und unser Losungswort heißt: Bruderliebe. —

Als dritter Redner tritt ein Herr Leopold Sirk, Agent in Kolonial- und Südfrüchten, auf. Er hat seine Rede zu Papier gebracht und beginnt mit deren Verlesung. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß sich die Geschäftsleute so wenig mit den politischen Tagesfragen beschäftigen und meinen, Politik zu treiben, passe nur für „studirte Leute". Er kommt auf die Tagespresse zu sprechen, in welcher er die Behandlung der meisten Fragen vermißt, an denen das Volk zunächst interessirt wäre. Der Redner wird, bevor er noch auf das eigentliche Tema seines Vortrags gekommen, vom Regierungsvertreter mit der Motivirung, er spreche nicht zur Tagesordnung, zweimal unterbrochen und ihm schließlich das Wort entzogen.

Es sprechen noch die Genossen Kretschmer, Satrawetz, Formanek, Neururer, Baudisch und Hampel, alle im Sinne der ersten Redner.

Zum Schluß beantragte Hotze eine diesbezügliche Resoluzion, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurde.

Die Versammlung verlief, obwol der Vorsitzende aus Versehen es unterlassen hatte, Ordner zu ernennen, in vollkommenster Ordnung und ohne die geringste Störung.

Aus dem Vereinsleben.

Baden. Geehrter Herr Redakteur! Wie schon aus Nr. 41 dieses Blattes zu ersehen war, fand am 1. Mai l. J. eine Monatsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines in Baden statt, wo unter Anderm unter Punkt 3 ein Vortrag über Zweck und Nutzen des Vereines in deutscher und slavischer Sprache stattfinden sollte. Der Vortrag in slavischer Sprache wurde jedoch von der Bezirkshauptmannschaft mit der Motivirung verboten, daß „Verhandlungen in einer der Behörde, beziehungsweise dem intervenirenden Vertreter derselben, unverständlichen Sprache nicht zugelassen werden können, zumal die Landessprache in Niederösterreich die deutsche Sprache ist". *Dieses Verbot wurde von mir und Bernaschek in ganz harmloser Weise kritisirt, infolge dessen die Versammlung vom Regierungsvertreter aufgelöst und gegen mich und Bernaschek die Untersuchung wegen Vergehen des §. 300 St.-G.-B. eingeleitet wurde*; wir beschwerten uns gegen die Untersuchung bei der Ratskammer, jedoch ohne Erfolg. Am 30. Juni l. J. hatten wir eine Vorladung zum Bezirksgericht Baden (wegen Uebertretung des §. 21, resp. des §. 36 des Vereinsgesetzes) zur Schlußverhandlung; der Richter fragte, ob wir bei unserer Aussage verbleiben (jedenfalls jene, welche wir in der Voruntersuchung angegeben haben) und erklärte dem staatsanwaltlichen Funkzionär, er finde in dem zitirten Paragraf nichts Strafbares und auch in dem ganzen Vereinsgesetze nichts gegen uns, er müsse dafür ein freisprechendes Urteil fällen, welcher er seine Zustimmung gab, mithin wurden wir ohne Protokollaufnahme freigesprochen. Dies das Ende des ganzen Spektakels.

Joh. Dollak.

Wien, den 24. Juli 1881. Geehrter Herr Redakteur! In Nr. 42 vom 23. Juni 1881 über den Generalversammlungsbericht des Gewerkschaftsvereines der Maurer- und Steinmetzgehilfen in Wien, ist folgender Irrtum richtig zu stellen. In dem Berichte über die abgehaltene Expertise der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer heißt es wörtlich: „Schaible (Obmann) habe berichtet über den mißlungenen Erfolg derselben". Hier sei bemerkt, daß es heißen soll, daß bei den Fragen über die Zwangsgenossenschaften, Arbeitsbücher 2c. keine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erzielen war, mit Ausnahme der Fragen über das Krankenunterstützungswesen, Invalidenkasse 2c. In diesen Fragen waren die Arbeitgeber mit den Gehilfen vollkommen übereinstimmend.

F. Knorr, Schriftführer.

Konfiszirt.

Ausweise.

Nr. 98.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Die Roten in Hütteldorf 26, die Roten von Margareten 80, Groh 20, Hager 20, Neweijil 10, Pudleiner 10, Korwas 10, Nemrawa 10, Bernard 20, Lasnitschek 60, L. P. 20, J. Panowsky 20, Johann Knapp 1.—, M. Graff 10, Zilka 10, Grünbek 10, Brüder Prohaska 20, Johne 5, Czabek 10, Hajek 10, Kaspari 15, Wondrasch 10, Staßny 10, Strecker 10, Elbl 10, durch Hollmann, Michl's Werkstätte, Josefstadt 1.—, das Exekutivkomitee 1.60, Schuhmacher-Fachblatt 8.96, Priban 20, T—b 60, A. Greiner 50, Kleeblatt in Weidling am Bach 60, Makulatur 23, Genossen Floridsdorf 2.10, Josef Hofmann 5, Sobotetzky 20, Schenk 20, Kandler 5, Neumeister 10, Tögl, Friedmann'sche Fabrik 50, Tischgesellschaft, Floridsdorf 66, Klemm 20, Rockstroh 20, Schneider-Fachblatt 1.99, Bernard 20, Ludwig Spitzstein 20, M. Dill 20, mehr Licht 3.60, K. M. 1.—, Familie Hampel 40, K. Gristen 20, die Roten auf der Praterwiese 30, Johann Kretschmar, Einer, der Mitgefül hat 1.—, Schubert 20, die Arbeiter von Paul 70, J. Franz 20, Rischawi 5, Sandwirtgasse 16 50, Seebacher 20, A. G. 40, die Roten am Neubau 4.52, die rote Familie 70, kleine Gesellschaft 1.18, Werkstätte Michl 1.40, Wastl 10, Wrzal 10, Daschinsky 10, Behm 5, Schubert 10, Kafka 10, Schidla 5, Fabrik Schling 5.70, Werkstätte Behr 2.40, Bartholomäus Thum, Gresten 20, Panowsky, Neugedein 20, H. Knittel, Marschendorf 40, Siegert, Alt-Rohlau 20, Eberhardt, Teufenbach 10, Patrny, Admont 20, J. Jakob, Brünn 26, Genossen Hallstadt 2.10, F. Ettl, Brüsau 50, Gen. Enns 2.—, Lalla, Retternegg 20.* Summe 57 fl. 06 kr.

* Die eilf letzten Posten wurden in voriger Nummer irrtümlicherweise als zur Unterstützung des Blattes gehörig ausgewiesen.

Nr. 99.

Braun 40, Frnoch 10, Schneider-Fachblatt 1.20, Troja 28, Silberstein 21, Nr. 329 15, Gartenfest, Floridsdorf 10.—, Schenk 20, Sobotetzky 5, Kandler 5, Hofmann 5, Rockstroh 20, die Roten am Neubau 2.45, zwei Unverwüstliche 40, A. Schlecht 10, Schwehele 10, Nr. 14 10, der Zapfelhuber von Meidling 40, drei Reservisten 30, die Roten in der Einsiedelei 90, Schenk, Sobotetzky, Fabranek, Kandler, Hofmann je 5, Hofmann 8, Sobotetzky 5, Kandler 5, Schenk 5, Genossen Floridsdorf 1.80, Genossen Floridsdorf 2.60, Genossen Floridsdorf 2.—, die Roten von der Josefstadt 1.53, Hammerschmied 10, Kraub 20, Walta 10, Hammer 10, für die Freiheit 10, Schw. 5, Hampel 40, A. Greiner 60, T—b 30, die Roten in der Porzellangasse 1.70, Nawratil 3.—, Sirowaka 20, Kapka 10, die roten Spängler am Neubau 1.25, Gräfer 40, die Nachlässigen am Fleischmarkt 2.—, die Kämpfer für Freiheit und Licht, vergessen die Drechsler nicht 1.20, Futschik 50, Lajcko 20, Dux 42, die Kämpfer für Freiheit und Licht, vergessen die Drechsler nicht 60, Fr. Brand, Paffendorf 36, Haubenhofer, Sinnersdorf 20, Welchenhan, Reichenberg 20, Genossen Mähr.-Trübau 2.—, Karl Wolters in Meran 5.—, L. A. 50, drei Reservisten 30, Gambrinus bei der Kohlgrenzen 40, Töricht 10, Powischel 15.

Summe 48 fl. 87 kr.

Parteigenossen! Laßt Euren Eifer für diese gute Sache nicht erkalten und fahrt fort Eure Pflicht zu tun!

Mit sozialdemokratischen Gruß

Josef Hybes.

In Graz sind für die Familien der Inhaftirten eingelaufen: Von den Kleidermachern Klagenfurts bei Uebersiedlung des Lokales 1.50, Forstner 20, Thoman Kaspar 30, Traunig 30, Filial-Ausschuß der Allgemeinen Krankenkasse Kapfenberg 1.—, Tischgesellschaft in Stigenbrauer's Gasthaus in Villach 1.20, Genossen Wigstadl 2.—, Hammer- und Glockengesellschaft in Graz, Motto: den Tirannen unseren Haß, den Kämpfern für Freiheit und Brot unsere Unterstützung 7.—.

Summa 13 fl. 50 kr.

Briefkasten.

Redakzion: Viele Berichte und Einsendungen mußten wegen Raummangel für nächste Nummer zurückgelegt werden. —

Administrazion: Verein der Schuhmacher: Rest seit 1. Oktober 1880; abonnirt bis Ende Juni 1881.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Montag den 1. August, 8 Uhr abends, in Pilz' Bierhalle, 1. Bezirk, Babenbergerstraße, freie Vereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Dr. Kronawetter „über das österreichische Staatsgrundgesetz". 2. Zweck und Nutzen der Vereine. 3. Anträge und Interpellazionen.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.

Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.

Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.

Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.

Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene.

Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Wien. Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und -Arbeiterinnen Wiens. Jeden Dienstag Ausschußsitzung in der Zentrale in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6. — 1. Lesezimmer: Fünfhaus, Sechshauser Hauptstraße in Faras' Gasthaus „zum weißen Adler". — 2. Lesezimmer: Sechshaus, Wehrgasse in Herrn Daubal's Gasthaus. — 3. Lesezimmer: Meidling, Ecke der Mißbach- und Bonygasse in Herrn Schlemin's Gasthaus. Der Ausschuß.

Wien. Sonntag den 7. August, vormittags 9 Uhr, halbjährige Generalversammlung des Fortbildungs- und Unterstützungsvereines sämmtlicher Musikinstrumentenmacher Wiens im Vereinslokale, 6. Bezirk, Magdalenenstraße 42, Gasthaus „zur Kettenbrücke". Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses und der Kontrole. 2. Eventuelle Walen. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Anträge und Interpellazionen.

Um zalreichen Zuspruch ersucht Der Ausschuß.

Wien. Der „Arbeiter-Sängerbund" veranstaltet am 30. Juli, eventuell am 6. August, in Herbetswallner's Gasthaus „zur blauen Kugel", nächst der Gumpendorferlinie, ein Gartenfest, verbunden mit Tanzkränzchen. Eintritt 10 kr. für Programm.

Wien. Sonntag den 31. Juli, 2 Uhr nachmittags, im Vereinslokale, 6. Bezirk, Dreihufeisengasse 13, Fortsetzung der Generalversammlung des Kranken- und Unterstützungsvereines für Holz- und deren Hilfsarbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts. Tagesordnung: 3. Bericht des Komitees über die zehnjährige Tätigkeit des Vereines. 4. Anträge und Interpellazionen. 5. Mitgliederangelegenheiten. 6. Ergänzungswal des Ausschusses. [45]

Wien. Am 26. Juni wurde beim Ausfluge der Maurer und Steinmetze in Weidling am Bach ein silb. Uhrschlüssel gefunden. Der Verlustträger möge sich im Vereinslokale obigen Vereines, 1. Bezirk, Bellariastr. 4, an Samstagen abholen.

Wien. Der Fachverein der Meerschaum- und Massabildhauer Wiens hält Samstag den 30. Juli, abends, in Grob's Bierhalle, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 91, seine erste Monatsversammlung ab, wozu die Mitglieder zum zalreichen Besuch eingeladen werden. 1. Rechenschaftsbericht des Ausschusses. 2. Anträge und Interpellazionen. Gäste, von Mitgliedern eingeführt, haben Zutritt. [40]

Wien. Einladung zu den am Sonntag den 14. August in Sulti's Gasthausgarten „zur Latnerhütte" in Liebhartsthal nächst Ottakring stattfindenden großen allgemeinen Arbeiter-Gartenfest, verbunden mit Konzert, Tanz, Gesang und Feuerwerk. Anfang 4 Uhr. Im Falle ungünstiger Witterung findet das Fest am 15. August statt. Frühergelöste Karten 15 kr., an der Kassa 20 kr.

Das Komitee.

Wien. Sonntag den 31. Juli, 9 Uhr vormittags, im Hernalser Brauhaus, freie Versammlung der Maurer- und Steinmetzgehilfen. Tagesordnung: 1. Bericht des Gehilfenausschusses über das Kantinenwesen. 2. Anträge und Interpellazionen.

Floridsdorf. Wir empfelen den hiesigen Parteigenossen ihren Bedarf an

Brennmaterialien

bei den von der Nordbahn gemaßregelten Genossen **Karl Urbaneck** zu bestellen. Sein Holz- und Kolengeschäft befindet sich Floridsdorf, Schloßhoferstraße 20.

Mehrere Parteigenossen.

Floridsdorf. Samstag den 30. Juli, ½9 Uhr abends, in Beranek's Gasthaus, Floridsdorf, Hauptstr. 98, Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines. — Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag. — Mitglieder, erscheint zalreich!

Wien. Allen Freunden und Genossen, von welchen ich nicht persönlich verabschiedet habe, rufe ich auf diesem Wege ein herzliches Lebewol zu.

[20] Karl Wedra.

Allen Freunden und Genossen, von denen ich persönlich keinen Abschied nehmen konnte, sage ich ein herzliches Lebewol.

[25] Mit Brudergruß Franz Hallada.

Teufenbach. Ich warne alle Genossen bei Herrn Anton Rauter, Schneidermeister, in Arbeit zu treten.

[15] Friedrich Eberhart.

Sozialistische Bücher, Kalender, Zeitungen 2c. wünscht zu tauschen, borgen, eventuell kaufen.

Joh. Kals in Liezen, Steiermark.

Erklärung. In Bezug auf das von mir in Nummer 40 d. Bl. gebrachte Eingesendet gegen Herrn A. Prucha, Werkführer der Schuhwaarenfabrik F. D. Marle in Wien, sehe ich mich veranlaßt, nachdem auf mein Ansuchen Herr Prucha so freundlich war, auf dem Wege eines gütlichen Vergleiches einzugehen, folgende Erklärung abzugeben: Ich konstatire hiermit, daß sämmtlich angeführte Schmähungen und Ehrenbeleidungen auf Unwahrheit beruhen und bedauere, daß ich mich durch falsche Aussagen mehrerer Personen zur Veröffentlichung dieses Tratsches hinreißen ließ und kann daher nicht unterlassen, da sich die Grundlosigkeit der Anschuldigungen herausstellte, Herrn Prucha zur Genugtuung für die angeführten Beleidigungen schuldlos zu erklären und ihm seine Ehre wieder zu geben. [80]

Leopold Höfner.

Genosse Ferdinand Perlornigg wird freundlichst ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten bekanntgeben zu wollen. Schwab, Amstetten.

Geschäfts-Empfelung.

Gefertigter empfielt seine Lokalitäten und Garten „zur Riesin" in Breitensee, ohne Berechnung, für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften, Hochzeiten 2c. — Jeden Sonn- und Feiertag gemütlicher Ball, Tanzen frei. Jeden Montag von 6 Uhr abends an Riesenknödl mit Selchfleisch. Für billige gute Speisen und Getränke sorgt bestens Alois Teutschert, Restaurateur.

[1.—]

Im Verlage des Genossen Emil Kaler, Graz, Schießstattgasse 2, 2. Stock, ist erschienen:

Sammlung

von sozialpolitischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen.

Erscheint in monatlichen Heften à 7 kr., bei Vorausbezalung 3 aufeinanderfolgender Hefte 20, 6 Hefte 40, 12 Hefte 80 kr.

Inhalt des zweiten Heftes: „Die neue Gewerbeordnung und die Arbeiter.

Im Verlage der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist erschienen:

Die soziale Baukunst.

Preis des ersten Bandes (Heft 1—13) brochirt 4 Fr. 50 Cent., gebunden 5 Fr. Halbleinwand, ganz Leinwand 5 Fr. 50 Cent.

Herausgeber und Verleger: **Franz Moh, Andreas Grosse, August Votitzek, Heinrich Hohe, Anton Christoph.**

Verantwortlicher Redakteur: **Franz Moh.**

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: **5 kr.**
Für Anzeigen von Privatpersonen: **10 kr.**
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 45. **Wien, Donnerstag 11. August.** **1881.**

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Reg. Nr. 3371
Prot. Z. 28708

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers!

Das k. k. Landesgericht zu Wien als Preßgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt des in Nr. 44 der Zeitschrift „Die Zukunft" ddo. 28. Juli 1881 unter der Aufschrift „Die Sozialdemokratie" enthaltenen Artikels in der Stelle von „Insbesondere die Sozialdemokratie" bis „sein Haupt erhebt" das Vergehen nach §. 302 St.-G., ferner des ebenda enthaltenen Artikels mit der Aufschrift „Aus Parteikreisen" in der Stelle von „die väterliche Fürsorge" bis „Freiheit aus in Oesterreich" das Vergehen nach §. 300 St.-G. und des ebenda unter der Aufschrift „Eingesendet" enthaltenen mit „Norbert Zoula" gezeichneten Aufsatzes das Vergehen nach §. 300 St.-G. und nach Art. IV. des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 Nr. 8 R.-G.-Bl. für 1863 und es wird nach §. 493 St.-P.-O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen. Zugleich wird die von der k. k. Sicherheitsbehörde vorgenommene Beschlagnahme gemäß 487—9 St.-P.-O. bestätigt und nach §. 37 P.-G. auf die Vernichtung der saisirten Exemplare erkannt.

Gründe:

Der in Nr. 44 der obigen Zeitschrift enthaltene Aufsatz mit dem Titel „Die Sozialdemokratie" sucht in der Stelle von „Insbesondere die Sozialdemokratie" bis „sein Haupt erhebt" zu Feindseligkeiten gegen einzelne Klassen der bürgerlichen Gesellschaft und zu feindseligen Parteiungen aufzureizen, erscheint somit geeignet, den Tatbestand des Vergehens nach §. 302 St.-G.-B. zu begründen; der ebenda enthaltene Aufsatz mit dem Titel „Aus Parteikreisen" sucht in der Stelle von „Die väterliche Fürsorge" bis „Freiheit aus in Oesterreich" durch Schmähungen und Verspottungen zum Hasse oder zur Verachtung wider die Polizeibehörde aufzureizen, erscheint somit als geeignet, den Tatbestand des Vergehens nach §. 300 St.-G. zu begründen; der ebenda unter der Aufschrift „Eingesendet" enthaltene mit „Norbert Zoula" gezeichnete Aufsatz sucht durch Schmähungen, unwahre Angaben und Entstellung von Tatsachen zum Hasse oder zur Verachtung wider die Militärjustizbehörde aufzureizen, erscheint somit geeignet, den Tatbestand des Vergehens nach §. 300 St.-G. und nach Art. IV. des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, Nr. 8 R.-G.-Bl. für 1863 zu begründen.

Wien, am 1. August 1881.

Weittenhiller.

Ein „liberales" Bekenntnis.

Die „Presse" gilt als ein Regierungsorgan des Grafen Taaffe, und zwar scheint sie den speziellen Zweck zu haben, unter den Deutschliberalen für jene sehnsuchtsvoll gesuchte und noch immer nicht gefundene „Mittelpartei" zu werben, auf die sich Graf Taaffe gerne stützen möchte, da ihm seine jetzigen Freunde zu ungestüm reakzionär und zu unvorsichtig sind.

Es ist deshalb die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der „Presse", zwar ihre Unzufriedenheit mit dem jetzigen Vorgehen der Deutschliberalen zu äußern, dabei aber doch jenen Elementen unter ihnen um den Bart zu streichen, die etwa für gewisse Konzessionen die neueste Versöhnungsära unterstützen würden. Bis jetzt sind diese Herren allerdings zu sehr an ihre Alleinherrschaft gewöhnt gewesen, als daß sie sich bereit finden würden, mit andern die Süßigkeiten der politischen Herrschaft zu teilen; allein wenn sie sich mit der Zeit überzeugen sollten, daß es anders nicht geht, so werden sie sich schon noch herbeilassen, mit einem Teile der Herrschaft und der damit verbundenen Vorteile vorlieb zu nehmen. Die Aufgabe der „Presse" ist nach dieser Seite hin also keine undankbare für Leute, die ein schönes Stück Geld verdienen wollen, ohne viel Geist dabei aufzuwenden.

Schlimmer ergeht es den Leitern dieses Blattes, wenn es sich darum handelt, das Programm zu entwickeln, auf welchem die zukünftige Mittelpartei fußen soll, und dabei passirt es ihnen gar leicht, daß sie über allgemeine Fragen nicht hinauskommen, wenn sie zu jenen Fragen gelangen, deren richtige Lösung die Klasseninteressen der Bourgeoisie verletzen würde. So brachte das Morgenblatt der „Presse" vom 6. August einen Leitartikel, der eine Art Programm für die zukünftige regierungsfreundliche deutschliberale Partei zwar nicht detailliren, aber andeuten soll. In diesem Artikel finden sich interessante Geständnisse — interessant deshalb, weil sie aus der Feder eines „liberalen" Parteigängers stammen — welche manche Schwächen der „liberalen" Partei aufdecken, dabei aber doch der vollen ungeschminkten Wahrheit aus dem Wege gehen.

Es heißt darin: „Man braucht durchaus keinen Geschmack jenen gleichfalls gedankenlosen Hetzen gegen die sogenannte „liberale Klique" abzugewinnen und wird gleichwol gestehen müssen, daß jenes System, welches wir aus den Doktrinen der verehrten Staatsrechtslehrer und Volkswirte der Gegenwart, der Bluntschli, Roscher und Rau, uns zu eigen gemacht haben, zuvörderst auf die Herrschaft des Kapitals und der Intelligenz gerichtet war. Nun sind Kapital und Intelligenz gewiß zwei maßgebliche Faktoren im staatlichen und gesellschaftlichen Leben, sie bilden beide den naturgemäßen Gegensatz zu Adel und Gewissenszwang, den Eckpfeilern des ancien regime (des feudalen Staates). Aber ebenso sicher ist, daß die gebildete Bourgeoisie eben nur eine und gewiß nicht die zahlreichste Gesellschaftsklasse ist . . . ." „Das „liberale System" macht allerorten die Erfahrung, daß es seinen Gegnern zu viel Raum übrig gelassen. Diese Gegner stärken sich und haben ihre volkstümliche Basis gefunden in jenen Elementen der Gesellschaft, welche von den Verfassungsrechten ausgeschlossen waren und deren Schutz, Vertretung und Pflege die Bourgeoisieregierungen nur in sehr ungenügender Weise besorgt hatten. Die soziale Frage ist eine politische Machtfrage geworden und die soziale Revoluzion wird abgelenkt in die sozialen Tendenzen der konservativen Parteien. Der städtische Mittelstand stärkt die radikalen Fraktionen, das Landvolk und die Arbeiterschaft fordert den staatlichen Schutz gegen die Gesetze von Angebot und Nachfrage, welche für beide, Landvolk und Arbeiterschaft, zu Gesetzen der Unfreiheit und des Hungers geworden sind." . . . . . „Die Elemente Kapital und Intelligenz werden im modernen Staat nicht gefährdet werden können, aber sie werden sich dazu bequemen müssen, Herrschaft und Geltung mit den großen Volksmassen, den Konsumenten, den Arbeitern, den Bauern zu teilen und das System staatlicher Fürsorge auf breitere Basis zu stellen."

Es ist interessant wahrzunehmen, wie sich Irrtum und Wahrheit, Klassenvorurteil und richtige Erkenntnis in diesem Artikel die Hand reichen, um zu einem Schlusse zu kommen, der an Unklarheit und Verschwommenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Daß das sogenannte „liberale" System, welches der Verfasser jenes Artikels auf die deutschen Volkswirtschaftslehrer zurückführt, das aber in der Tat nur ein verwässerter Abklatsch preußischer Regierungskunst ist, auf die Herrschaft von Kapital und Intelligenz abzielt, ist nur zum Teile richtig. Die Intelligenz hat nämlich in jenem Systeme immer nur eine theoretische Rolle gespielt, während in der Praxis nur

Feuilleton.

In den Hundstagen.

Die Hitze ist mörderisch. Wenn man in Wien zwischen 10 und 3 Uhr mittags auf der Straße zu tun hat, bekommt man einen Vorgeschmack vom höllischen Feuer. Die Sonnenstralen brennen von oben, die Hitze wird von den Mauern der Häuser und den Pflastersteinen zurückgeworfen und man kommt förmlich geröstet wieder in seiner Wohnung an. Wie fürchterlich der Aufenthalt in einem Fabrikslokale oder in einer engen Werkstätte ist, wo eine Anzal Menschen in einen verhältnismäßig meist viel zu kleinen Raum zusammengedrängt, schwere Arbeit verrichten, davon brauchen wir unsern Leseen nichts zu erzälen. Und was erwartet den vor Hitze und Körperanstrengung todtmüden Arbeiter, wenn er nach Feierabend sein Fegefeuer verläßt? Um diese Zeit sind die Straßen unserer Vorstädte bis einige Klafter über die höchsten Häuser in einen dichten Staubnebel eingehüllt, die Luft ist heiß und dick, fast „zum schneiden", aus verschiedenen Kanallöchern strömt ein Gestank, der den Vorübergehenden einer Ohnmacht nahe bringt und nirgends ist mehr eine Spur davon wahrzunehmen, daß hier vor einigen Stunden ein vorsündflutlicher „Aufspritzwagen" mit dem allen Errungenschaften der Neuzeit hohnsprechenden Wasserfasse und dem durch Menschenhand in primitivster Weise hin- und hergeschwenkten Lederschlauche mit der daran befestigten Spritzrose seines Amtes gewaltet hat. Man glaubt in der Sahara zu sein und hält ängstlich den Atem an, um nur nicht zu viel von dieser „Luft" in seine Lungen zu bekommen.

Anders gestaltet sich das Bild, wenn man seine Schritte der innern Stadt zuwendet. Je näher man dem „Ring" kommt, desto dünner, d. h. in unserm Falle reiner, und desto küler wird die Luft. Auf der ganzen Ringstraße wird den ganzen Tag über unaufhörlich gespritzt und der Sonne kaum Zeit gelassen, die in reichlichster Fülle nach einem neuen vernünftigen Sistem nach allen Richtungen gesandten Wassermassen aufzutrocknen. Die Gartenanlagen — der prächtige Stadtpark, die Anlagen auf dem Franz Josefs-Quai, der Rathauspark, der Volks- und Kaisergarten — sorgen für den notwendigen Sauerstoff und man hat, wenn man aus der Vorstadt auf den Ring kommt, das Gefül, als wenn man aus einer dunstigen, staubigen, stinkenden Werkstätte in die frische Luft hinausträte.

Ja, warum weiß man denn auf den Ring und in den städtischen Anlagen den Staub und die Hitze so wirksam zu bekämpfen und warum läßt man denn uns arme Vorstädter in Staub und Dunst umkommen? Zalen wir viele Hunderttausende etwa weniger Zinskreuzer an die Kommune, als die handvoll Bewohner der Ringstraße, die zum Ueberflusse nicht einmal hier sind, sondern sich in noch külere Badeorte und Sommerfrischen zurückgezogen haben? Wie bei allen Steuern, wird auch bei den Kommunalsteuern der weitaus größte Teil von der besitzlosen Bevölkerung aufgebracht. Wie man sie dafür berücksichtigt, geht außer dem bereits Angeführten, noch daraus hervor, wie man sie aus den durch öffentliche Gelder geschaffenen und erhaltenen Anlagen zu verdrängen oder von denselben fernzuhalten sucht.

Wenn man neben dem Kursalon vom Parkring aus den Stadtpark betritt, bemerkt man eine lange Sesselreihe, welche das ganze Blumenparterre vor dem Kursalon einsäumt und welche von der elegantesten Gesellschaft besetzt ist, deren Glieder sich hier zusammenfinden, um die Vorübergehenden zu mustern. Dasselbe Schauspiel wiederholt sich an allen hervorragenden Promenadepunkten und angenehmen schattigen Plätzen nicht nur des Stadtparkes, sondern in *allen* städtischen Anlagen, in denen es die Sesselvermieter der Mühe wert finden, ihre Sessel aufzustellen, wie z. B. im Rathauspark, in den Quai-Anlagen bis herunter zum staubigen, menschenüberfüllten Esterhazygarten im sechsten Bezirke. Sesselvermieter? Jawol, man höre und staune: diese Sessel werden dem Publikum *nicht umsonst* überlassen, sondern müssen *bezalt* werden! Die Bänke, auf denen man gratis sitzen darf, sind in so unzureichender Anzal aufgestellt, daß auf ihnen meistens viel mehr Menschen sitzen als angenehmer Weise darauf Platz hätten. Liegt da der Gedanke nicht nahe, daß nur darum so wenig Bänke in den städtischen Gärten aufgestellt werden, damit das „gemeine Volk" sich daselbst nicht zu sehr ausbreite und der eleganten Gesellschaft den Aufenthalt verleide?

Da uns doch erlaubt ist, an der Aufbringung der Kosten dieser schönen Gärten in so hervorragender Weise teilzunehmen, so müssen wir schon so unbescheiden sein, den löblichen Gemeinderat von Wien zu ersuchen, **die bezalten Sitze in den öffentlichen Gärten abzuschaffen und durch unentgeltliche zu ersetzen.** Wir verlangen es als unser Recht, uns in *unseren* Anlagen ohne weitere Steuerleistung ausruhen und von des Tages Last und Mühe erholen zu können.

Und ihr, Arbeiter, seid nicht blöde! Schämt euch nicht eures schlechten Rockes und weicht den duftenden Gärten nicht so ängstlich aus, wenn euch euer Weg nach der Arbeit in deren Nähe führt. Ihr seid ja *Miteigentümer*, genießt also auch euren Teil an dem, was ihr so reichlich mit bezalen müßt. Laßt euch auch durch die musternden Blicke der eleganten Damen und Herren mit Zwicker und Monokle nicht einschüchtern, ihr wißt ja längst, welcher Art die Leistungen und Verdienste sind, durch die man in den Stand gesetzt wird, sich nach dem Modejournal zu kleiden und wie man sich zu verhalten hat, wenn man seine Kleider nicht ruiniren will.

Darum nochmals: benützt selbst fleißig die Gemeindegärten, schickt eure Frauen und Kinder hin und verlangt vom Gemeinderate für die Steuern — die jeder von euch mit dem Wohnungszins zalt — auch energisch euer Recht: Ausgiebige Besprützung der vorstädtischen Straßen und Gassen, tägliche Desinfizirung der Kanäle noch bevor eine Epidemie zum Ausbruch kommt, Abschaffung der bezalten Sitzplätze in den städtischen Gärten und Anlagen und Ersetzung derselben durch unentgeltliche.

das Kapital und der Besitz überhaupt Vorteil davon zogen.

Unter Intelligenz könnte man in diesem Falle doch nur eine auf wissenschaftliche Erkenntnis basirte Einsicht in die soziale und politische Gestaltung der modernen Gesellschaft verstehen; wo aber diese in den Kreisen der in Deutschland und Oesterreich-Ungarn herrschenden Klassen zu finden sein soll, wissen wir nicht. Zeigen doch selbst die meisten der parlamentarischen Vertreter und fast die gesammte Presse der privilegirten Klassen eine wahrhaft staunenswerte Unwissenheit in den ökonomischen Fragen, die unsere Zeit bewegen, und dort, wo vielleicht das Wissen — die „Intelligenz" — nicht felt, sehen wir das Klasseninteresse den Ton angeben. Die politische Herrschaft ist eben — man kann das nicht deutlich genug sagen — keine Sache der Intelligenz, sondern des Interesses, letzteres, nicht erstere entscheidet über die Richtung, welche dieselbe in ihrer gesetzgebenden Wirksamkeit nimmt. Darum bleibt die Herrschaft der „Intelligenz" immer eine Fraze, während die des Besitzes eine handgreifliche Tatsache ist.

Von einer sehr oberflächlichen Beobachtung zeugt die Behauptung in dem Artikel der „Presse", daß die konservativen Parteien ihre volkstümliche Basis in jenen Elementen gefunden haben, welche von den Verfassungsrechten ausgeschlossen waren, ferner, daß die soziale Revoluzion in die sozialen Tendenzen der konservativen Parteien abgelenkt werde. Daß die rechtlosen Klassen entschieden gegen den Scheinliberalismus Front machen, ist wahr, aber nur die politisch Unzurechnungsfähigen unter ihnen leisten den Konservativen hilfreiche Dienste. Die politische Bewegung unserer Tage, die in Tiefe und Verbreitung beständig zunimmt, sorgt aber selbst dafür, daß der großen Masse der Starr gestochen wird und in noch wirksamerer Weise wird dieses Resultat die Unfähigkeit der Konservativen, der sozialen Not abzuhelfen, beschleunigen.

Es ist deshalb auch nur augenblicklich richtig, daß die soziale Revoluzion durch die konservative Reaktion verdrängt wird, in Wirklichkeit ist aber gerade die letztere, je entschiedener sie durchdringt, um so gewisser die Vorläuferin der ersteren. Nur dadurch, daß man die Konservativen verhindert, an die Verwirklichung ihrer letzten Pläne zu schreiten, kann man die soziale Revoluzion mit den sie notwendig begleitenden Schrecknissen vermeiden. Teilweise gibt dies die „Presse" in jenem Artikel selbst zu, indem sie erklärt, daß der städtische Mittelstand die radikalen Frakzionen stärke, was natürlich um so gewisser von den Arbeitern gilt.

Wenn die „Presse" am Schlusse sagt, daß Kapital und Intelligenz im modernen Staat nicht gefährdet werden können, so ist das nur ein drastischer Beleg für die Unwissenheit des Verfassers. Der moderne Staat ist eben der Staat der Kapitalherrschaft, mit letzterer steht und fällt er. Es wäre daher einfach lächerlich, den modernen Staat aufrecht erhalten und die Kapitalherrschaft abschaffen zu wollen. Im modernen Staat wird daher das Kapital allerdings nicht gefährdet werden können — wir meinen selbstverständlich das Privatkapital — wie aber, wenn der moderne Staat selbst durch einen andern ersetzt wird? Diesen Fall scheint der Autor übersehen zu haben; oder sollte ihm der moderne Staat so ans Herz gewachsen sein, daß er sich den Untergang desselben gar nicht vorstellen kann?

Daß die „Presse" zur Einsicht gekommen ist, die privilegirten Klassen müßten sich dazu bequemen, mit dem arbeitenden Volke Herrschaft und Geltung zu teilen, ist zwar ein Beweis von wachsender Erkenntnis in deutschliberalen Kreisen, wir sind aber nicht so naiv, daran zu glauben, daß die Herren ohne zwingende Notwendigkeit jemals damit Ernst machen werden. Darum werden wir fortfahren, die Massen zu organisiren, um, wenn es Zeit sein wird, auch ohne die gnädige Mithilfe jener privilegirten Volks—führer dem arbeitenden Volke zu seinem Rechte zu verhelfen.

Arbeiterverhältnisse in Rußland.

Unsere liberale Presse hat wol Raum genug, um die „Greueltaten" der russischen Revoluzionäre in den schwärzesten Farben zu malen und das Universalheilmittel einer „Verfassung" für Rußland nach Art bekannter „Geschäftsleute" anzupreisen, aber dazu felt ihr die Liebe zum Volke, das Mitleid mit seinem Elend, um die sozialen Zustände wahrheitsgetreu zu schildern, aus welchen die revoluzionäre Propaganda hervorgewachsen ist und hervorwachsen mußte.

Wenn es nicht das Kapital wäre, das auch dort an Menschenopfern sich weidet, dann vielleicht würden es unsere liberalen Journalisten nicht unzweckmäßig finden, darüber einige Worte zu verlieren; aber die internazionalen Interessen des Kapitals lassen es nicht zu, den Schleier auch nur an einer Stelle von den Jammerszenen hinwegzuheben, deren Opfer die Arbeiter sind. Heute wollen wir ein Bild von dem Schauplatze der kapitalistischen Tätigkeit in Rußland zeichnen, das, so mangelhaft es sein mag — es rührt von gegnerischer Seite her — doch einen kurzen Blick auf das elende Dasein der arbeitenden Klassen gestattet.

Einiges Material liefert uns dazu die „Petersburger Zeitung" in einer Artikelserie über die Gesundheitsverhältnisse der Fabriksarbeiter in Rußland. Dort heißt es unter Anderem:

„Eingehender wollen wir die Zündholzfabriken betrachten, da wir in der Bruhns'schen Arbeit Material haben, Vergleiche anzustellen, wie es in anderen Gouvernements aussieht.

Zündholzfabriken gibt es im Klin'schen Kreise drei mit 150 Arbeitern. Am traurigsten sieht es in den zwei Fabriken von Sacharow aus, dessen Fabrikate auch bei uns vielfach im Gebrauche, und so Mancher, der wol auch ein Wort zur Verbesserung der Lage unserer Fabriksarbeiter fallen lassen kann, zündet sich ruhig seine Zigarette an, ohne zu ahnen, in welch' schaurigen Lage die Leute sind, die uns die Bequemlichkeit herstellen, nicht mehr, wie vor 40 Jahren, unsere Wohnung mit den „Schwefelhölzern", im wahren Sinne des Wortes, zu verpesten. Beim Betreten der Fabrik fällt sofort das bleiche, elende Aussehen der Arbeiter auf. Durchwegs wird der schädliche gelbe Fosfor benützt, dessen Benützung in der Schweiz z. B. gesetzlich verboten ist.

Schutzmaßregeln existiren nicht, sie würden auch bei den gegenwärtigen Verhältnissen, wo auch alle Arbeiter, die mit dem Fosfor nichts zu tun haben, wie z. B. die Kinder, welche die Schachteln anfertigen, in ein und denselben Räumen arbeiten, von wenig Nutzen sein. Es sind nicht einmal Klappfenster angebracht, und mit Recht führt unser Gewährsmann an, wie arg die Luft vergiftet sein muß, wenn schon unsere wärmeliebenden Russen mehrfach des Tages über die Türen weit öffnen, um genügend atmen zu können. Die Arbeitszeit beträgt 15 Stunden, und nicht selten kommt es vor, daß die Arbeiter in den Werkstätten ihre Schlafstätte aufschlagen. Bei diesen Verhältnissen ist es schrecklich, zu denken, daß fast sechzig Prozent Auerwachsene unter den Arbeitern sind und für jeden derselben nicht einmal ein Kubikfaden Luft in den Arbeitsräumen vorhanden ist.

Etwas besser sieht es in der Fabrik von Strom aus, doch auch da sind die Räume für schädliche Arbeit nicht genügend abgesondert.

Dieses sind die Verhältnisse im Moskau'schen Gouvernement; wie sieht es nun in den anderen aus?

Brühns gibt uns noch die Mitteilungen aus den Nowgorod'schen und Rjasan'schen Gouvernements.

Die Zündholzfabriken des Rjasan'schen Gouvernements sind von Dr. Wondalowski beschrieben („Sdorowje", 1880, Nr. 34 bis 36). Sie liegen in zwei Kreisen, dem Saraiski'schen (4) und im Jegorjew'schen (64). Meist sind es kleine Werkstätten in durch häufige Feuerschäden defekten Holzhäusern an dem Ende der Dörfer, doch hat gewöhnlich das ganze Dorf unter den Dünsten zu leiden. In zehn Fabriken wird Alles in einem Zimmer gearbeitet, in vierzig felt jegliche Ventilazion und ist die Luft derartig, daß ein Fremder es kaum zehn bis fünfzehn Minuten darin aushalten kann. Wie wenig Vorsichtsmaßregeln vorhanden, geht daraus hervor, daß durchschnittlich von hundert Schachteln — zwei verbrennen, und es sind nicht einmal Wasserkübel vorhanden, um die sich entzündenden Schachteln zu löschen. Beschäftigt werden in diesen Fabriken zirka achthundert Arbeiter, von denen die meisten an kronischer Fosforvergiftung leiden und soll man schon auf der Straße die Zündholzarbeiter an ihrem stumpfen, blöden Gesichtsausdrucke erkennen können.

Die Nowgorod'schen Fabriken sind zweimal beschrieben worden, 1871 vom Nowgorod'schen Medizinalinspektor Dr. Filipoff und im vergangenen Jahre von einem Ungenannten im „Slowo". Dieselben sind in ähnlichem Zustande wie die Rjasaner. Keine Ventilazion und enge Räume. Wird die Luft unerträglich, so werden die Türen und die Fenster etwas geöffnet. Die Temperatur beträgt in den Arbeitsräumen 16 bis 25 Grad, im Trockenzimmer sogar dreißig Grad Reaumur. Die Kleider der Arbeiter, die sie auch Nachts nicht abzulegen pflegen, sind so durchdrungen von Fosfordämpfen, daß sie im Dunkeln leuchten. Meist ist bei den Werkstätten kein Wasser vorhanden, so daß die Arbeiter ihren Bedarf an Trinkwasser vom Hause mitbringen müssen.

Dr. Filipoff untersuchte 384 Arbeiter, von denen 58·6 Prozent jünger als 15 Jahre waren und legte seinen Vorgesetzten darüber einen Bericht vor, dem er einen ausführlichen Vorschlag über die notwendigerweise einzuführenden Regeln zur Sicherstellung der Gesundheit der Arbeiter hinzufügte. Neun Jahre waren vergangen, als der anonime Autor des Aufsatzes im „Slowo" die von Filipoff beschriebenen Gegenden wieder besuchte.

Die Zal der Werkstätten war von zehn auf vierzehn gestiegen, doch die Verhältnisse hatten keine Veränderung zum Vorteile aufzuweisen. Keine einzige der vorgeschlagenen Maßregeln ist zur Anwendung gelangt. Die Arbeit dauert 14 bis 16, ja zuweilen bis 18 Stunden. Die Zal der arbeitenden Kinder hat zugenommen, ja sogar schon fünfjährige findet man in den giftigen Arbeitsräumen. Staub, erstickende Luft, schrecklich gehaltene Retiraden — das war noch 1880 vorhanden, und zwar in Dörfern, wo die ganze heranwachsende Jugend sich der Zündholzarbeit widmet. Wie wird es da mit der Zukunft werden!"

Politische Uebersicht.

Wie die Tagesblätter mitteilen, beabsichtigt die Regierung den Landtagen eine Vorlage auf Beschränkung der Freiteilbarkeit des Grund und Bodens zu unterbreiten. Bekanntlich ist einer der Hauptprogrammpunkte der klerikalen Partei, die dadurch, ohne ihre eigenen Klasseninteressen zu schädigen, sich die Simpatien der Bauern erhalten will. Sobald die Bauern die Nutzlosigkeit dieser Maßregel im Kampfe gegen den Großgrundbesitz erkannt haben werden, was nicht lange dauern wird, werden auch die Klerikalen ihre Rolle ausgespielt haben. In diesem Sinne kann es uns recht sein, wenn sich unsere Gegner beeilen, sich selbst abzutun, aber wir bedauern, daß die Landbevölkerung sich durch derartige Maßregeln nach dem Grundsatze: wasch' mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß — beschwichtigen und zu Werkzeugen der herrschenden Klassen gebrauchen läßt. Hier tut Aufklärung dringend not.

An die Stelle des „liberalen" Bossi-Febrigotti wurde der in der Wolle gefärbte klerikale Dr. Napp zum Landeshauptmann von Tirol ernannt. Darüber natürlich Wehklagen der deutschliberalen Presse, in welches die Filister pflichtschuldigst einstimmen. Und doch hat die Regierung in diesem Falle nur der von den „Liberalen" hochgehaltenen konstituzionellen Teorie Genüge geleistet. Da die Majorität des tirolischen Landtages klerikal ist, der Landeshauptmann aber nach konstituzioneller Gepflogenheit der Landtagsmajorität entnommen werden soll, ist es selbstverständlich, daß er der klerikalen Partei angehören muß. Aber die Deutschliberalen waren es von jeher gewohnt, das Recht der Majoritäten mit Füßen zu treten und wo es möglich war, künstliche Majoritäten zu schaffen, daß es nicht Wunder nehmen darf, sie wehklagen zu hören, wenn einmal die „liberale" Teorie zu ihrem Schaden angewendet wird. Das Wehklagen der „liberalen" Blätter ist aber geradezu eine Heuchelei zu nennen in einem Falle, wie dem vorliegenden, weil es bekannt ist, daß den verflossenen Landeshauptmann Bossi-Febrigotti sein „Liberalismus" nicht hinderte, bei allen Prozessionen hinter dem „Himmel" zu gehen und jeden Sonn- und Feiertag stundenlang in der Jesuitenkirche zuzubringen und die Jesuiten in allen Dingen zu protegiren. So sehen die „Märtirer" des „Liberalismus" in Oesterreich aus, für welche das Volk die Kastanien aus dem Feuer holen soll.

Die „Nordd. Allg. Ztg.", das Organ Bismarck's, veröffentlichte kurz nacheinander zwei Drohbriefe an den Fürsten Bismarck, welche von Hamburg und Frankfurt a. M. an den deutschen Reichskanzler gesandt worden waren und von denen einer mit Ausschnitten aus fortschrittlichen Blättern begleitet war. Der aus Hamburg eingelangte Drohbrief lautet wörtlich:

„Sr. Durchlaucht dem Reichskanzler Fürsten Otto von Bismarck!

O großer eiserner, respektive einfältiger Reichskanzler' was hört und liest man blos von Dir. Nichts als Lächerliches. Glaubst Du etwa, daß Du Deiner gefällten Strafe entgehen kannst? Nein! Nein! Was wir Dir einst zugeschworen, wird für Dich sicher in Erfüllung gehen, und wenn Du den Polizeiring um das zehnfache vermehrst, der Dich etwa schützen soll vor dem Bestrafer Deiner verübten Tirannei. Wie es bei Dir in Kissingen aussieht, wissen wir ganz gut. Traurig genug, daß Du es so weit gebracht hast mit Deiner elenden Tirannenpolitik, daß Du jetzt nicht einmal Deines Lebens sicher bist. Weise nur immer fleißig Mitmenschen aus Deutschland. Desto eher kannst Du Dich mit dem Todtengräber bekannt machen. So wie damals die Würfel für uns fielen, so sind diese auch schon für Dich gefallen, d. h. vorläufig die kleinen, bis Dich der große Würfel für immer und ewig trifft. Deinen Sohn Wilhelm mit seinen bisherigen maskirten und lächerlichen Redensarten werden wir auch bald was zuschwören, wenn er nicht aufhört zu wüten.

Die Bismarcksbrut muß ausgerottet werden.

D. E. K."

In dem zweiten Drohbriefe wird erklärt, daß sich dreizehn Mann vereinigt hätten, um den Fürsten Bismarck zu ermorden. Die „Nordd. Allg. Ztg." macht für diese Briefe die deutsche Fortschrittspartei verantwortlich. Wir wissen nicht, ob diese Briefe echt sind, d. h. wirklich von unbekannter Seite an den Reichskanzler gerichtet wurden oder ob sie bestellt sind, was seit den napoleonischen Attentatserfindungen nichts Neues mehr unter der Sonne wäre; aber das eine können wir wol annehmen, daß ernsthafte Attentäter nicht vorher brieflich ihre Tat ankündigen. Man kann also getrost, ob so oder so, die Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Ztg." als ein sehr unsauberes Walmanöver auffassen, ganz nach dem Muster, wie das Kullmann-Attentat gegen die Ultramontanen und die Attentate Hödel's und Nobiling's gegen die Sozialisten ausgebeutet wurden. Mit der verleumdeten Fortschrittspartei vermag man aber kein Mitleid zu empfinden, wenn man sich erinnert, wie erbärmlich jene Herren seit der Attentats-Aera gegen die mundtodt gemachten Sozialisten verfahren sind.

In die Deputirtenkammer des dänischen Reichstages — das Folkething — haben, nachdem dasselbe wegen seiner Widerspenstigkeit gegen die absolutistischen Gelüste des Ministeriums zum zweiten Male in diesem Jahre aufgelöst worden war, die Neuwalen stattgefunden und ergaben einen Zuwachs von sechs Sitzen für die Opposizion. Die stärkste Frakzion ist gegenwärtig die radikale, während dies früher die Konservativen waren.

Ein Mitglied der russischen revoluzionären Partei, namens Waldemar Grünberg, wurde in Belgrad samt einer Begleiterin, mit der er aus Genf eingetroffen war, verhaftet. Die liberalen Blätter behaupten, daß er beauftragt gewesen sei, ein Attentat auf den Zaren Alexander III. auszuführen, daß er aber, um sich diesem Auftrage zu entziehen, nach Belgrad gereist, jedoch von der nihilistischen Partei nicht außer Acht gelassen worden sei, die ihm die mitverhaftete Begleiterin als Agentin mitgegeben habe. Er sei ein willenloses Werkzeug derselben geworden. Seine Gemalin, eine Fürstin Galitzin, habe ihm vergeblich von der revoluzionären Tätigkeit abgeraten. Auch habe, berichten dieselben sensazionssüchtigen Blätter, die Polizei Briefe bei ihm vorgefunden, welche beweisen, daß die deutschen Sozialisten ein „neues" Attentat gegen den alten Wilhelm vorhaben. Daß daran natürlich wieder das Meiste erlogen ist, ist selbstverständlich.

In Bulgarien beabsichtigt der nun absolut regierende Fürst die Wiedereinführung der Zensur und die Einführung von Kauzionen in der Höhe von 7000 Franks für politische Journale. Vielleicht findet der Fürst, daß das objektive Verfahren nach österreichischem Muster dieselben Dienste leistet, wie die Zensur.

Die Walen in die französische Kammer sind auf den 21. August festgesetzt. — Gambetta hielt am 4. August in Tours eine Rede, in welcher er als Programm die Reform des Senates, das Listenskrutinium, die vollständige Unentgeldlichkeit des Volksschulunterrichtes und volle Vereinsfreiheit aufstellte. Man sieht, daß Gambetta von Jahr zu Jahr mit seinen Forderungen bescheidener wird, und doch ist kaum anzunehmen, daß selbst dieses reduzirte Programm ernst gemeint ist. Vieles davon ist offenbar nur für die leichtgläubigen Arbeiter berechnet. — Zur Karakteristik der gegenwärtigen Republik in Frankreich ist erwähnenswert, daß der französische Minister des Aeußern, Barthelemy Saint Hilaire eine Art schwarzes Kabinet eingerichtet hat, in welchem die auswärtigen Zeitungen einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden. Wenn eine derselben einen für die jetzige Regierung nachteiligen Artikel enthält, so werden alle auf der Post vorhandenen Exemplare unterschlagen. —

Am 23. Juli fand auf dem Friedhofe von Levallois-Perret die Exhumirung der Gebeine Theofil Ferré's, der durch seine Kaltblütigkeit vor dem Versailler Kriegsgericht und sein heldenmütiges Sterben auf dem Felde von Satory die Bewunderung selbst seiner Feinde erregt hatte, statt. Ferré's Mutter war einen Monat nach seiner Verhaftung gestorben und Ferré hatte außer seinem revoluzionären und materialistischen Testamente noch den letzten Wunsch ausgesprochen, seine Gebeine möchten dereinst mit denen seiner Mutter vereinigt werden. Seine energische Schwester Marie hat diesen Wunsch in Erfüllung gebracht und an dem genannten Tage wurden die sterblichen Ueberreste der Mutter Ferré's, welche auf dem Friedhofe von Ivry begraben gewesen war, nach dem oben genannten Friedhofe gebracht und mit den Gebeinen ihres Sohnes in einem Grabe neuerdings beerdigt. Der Feier wohnten eine große Anzal von Freunden und politischen Glaubensgenossen Ferré's bei. Ein Kämpfer von 1871 hatte die Hälfte einer roten Fahne aus dem Kampfe gerettet und mitgebracht. In diese hatte man die Ueberreste Ferré's, bevor man sie in den neuen eichenen Sarg legte, eingehüllt. Er ruht nun auf der Fahne, für die er gestorben ist. Das Grabmal ist sehr einfach und trägt als Inschrift nur die Worte:

M. Ferré, Juillet 1871
Th. Ferré, 28. Novembre 1881.

Zalreiche Sträuße von natürlichen Blumen wurden auf das Grab gelegt. Reden wurden nicht gehalten.

Die Liverpooler Polizei konfiszirte an Bord zweier von New-York angekommener Dampfer zwölf mit Dinamit gefüllte und mit sechsstündigen Uhrwerken versehene Höllenmaschinen, welche in Fässern mit Zement versteckt waren. Allem Anscheine nach rühren die Höllenmaschinen von den Feniern her; die in England und Amerika eingeleitete Untersuchung hat jedoch darüber bis jetzt nichts sicheres ergeben. — Die irische Landbill wurde vom englischen Unterhause endgiltig angenommen, das Oberhaus jedoch hat bereits mehrere von der Regierung verworfene wesentliche Verschlechterungen derselben angenommen. Es ist daher noch immer ungewiß, in welcher Gestalt und ob überhaupt die Landbill in nächster Zeit Gesetzeskraft erlangt.

Mitte Juli tagte in London der internazionale sozialrevoluzionäre Kongreß, an dem 45 Delegirte mit 80 Mandaten teilnahmen. Auch Deutschland und Oesterreich-Ungarn waren vertreten. Ueber die Beschlüsse des Kongresses liegen uns keine genauen Berichte vor und ein noch größeres Hindernis für die Mitteilung der Beschlüsse bildet unsere sattsam bekannte und „gewürdigte" Preßfreiheit. Mehrere Londoner Blätter berichten zwar, daß die englische Regierung bemüht sei, die Namen einer Anzal von Teilnehmern am Kongreß zu erfahren, und daß sie beabsichtige, gegen dieselben eine gerichtliche Verfolgung einzuleiten, doch ist noch keine autentische Bestätigung dieser Nachricht erfolgt. — Am 3. August versuchte der ateistische Abgeordnete Bradlaugh trotz des Parlamentsbeschlusses, welcher ihn zur Ablegung des vorgeschriebenen Parlamentseides und daher für sein Mandat unfähig erklärte, den Eintritt in den Parlamentssaal zu erzwingen; er wurde jedoch von der Polizei mit Gewalt daran verhindert. Eine große Anzal seiner Wäler aus Northampton, die eigens nach London gereist waren, um für ihren Vertreter zu demonstriren, führten ihn jubelnd nach Hause. Gladstone verurteilte zwar in einer Rede den Parlamentsbeschluß, durch den Bradlaugh am Eintritte verhindert wird, aber statt entschieden für die Aenderung des lächerlichen Gesetzes einzutreten, billigte er noch am Schlusse das Vorgehen der Polizei gegen Bradlaugh. Natürlich ist damit die Sache noch nicht zu Ende; Gladstone selbst hat ja bereits vor längerer Zeit eine Bill, betreffend der Abschaffung des Parlamentseides, eingebracht, die wol in der nächsten Session zur Annahme gelangen dürfte.

In Großbritannien betrug die Zal der Unfälle in den Kolenbergwerken in der Periode von 1859—78, also innerhalb zwanzig Jahren, 16.531. Bei denselben büßten 21.390 Menschen ihr Leben ein, also jährlich durchschnittlich mehr wie tausend. Von den 117.383 Mitgliedern von sechs Knappschaftskassen wurden im Jahre 1878 nicht weniger als 60.721 bei Unfällen verletzt. Der größte dieser Vereine, der von Northumberland und Durham, der 1878 79.000 Mitglieder zälte, hat in den sechs Jahren von 1873—78 nicht weniger als 52.000 infolge von Unfällen für längere oder kürzere Zeit arbeitsunfähig gewordene Mitglieder zu unterstützen gehabt. Fast jeden Bergmann trifft also innerhalb sechs Jahren ein Unfall.

Die Sultansmörder wurden vom Sultan zu lebenslänglicher Haft in Taif, einer unwirtlichen Gegend in Arabien, „begnadigt". Ganz nach Zarenmanier.

Aus Parteikreisen.

Unsere in der Strafanstalt Stein gefangen gehaltenen Genossen Walecka und Schneider wurden vorigen Monat von zwei Wiener Genossen besucht. Walecka befindet sich körperlich ziemlich wol (so wol man sich im Gefängnis eben befinden kann) und sieht gut aus, nur ist er etwas bleich, was durch die kurze Zeit (täglich blos eine Stunde), die den Gefangenen zum Spazierengehen eingeräumt ist, seine Erklärung findet. Durch die Wal der Einzelhaft kürzen sich unsere beiden Genossen ihre Leidenszeit um ein Drittel ab, so daß Walecka (zu vier Jahren verurteilt) im ungünstigsten Falle 2 Jahre 8 Monate im Kerker bleiben wird, Schneider aber (zu 18 Monaten verurteilt) schon den 25. d. M. nach überstandener zwölfmonatlicher Strafzeit, die Untersuchungshaft nicht eingerechnet, die Strafanstalt verlassen wird. Die Beschäftigung unserer Genossen besteht zum größten Teil im Malen von Briefpapierköpfen und Kuverts, außerdem ist es ihnen aber auch gestattet, Studien zu treiben, — soweit sie eben der Herr Direktor den Gefangenen für zuträglich hält. John Stuart Mill's „Grundsäze der politischen Oekonomie" z. B., welche Walecka auf seinen Wunsch hinausgeschickt worden waren, wurden ihm nicht ausgefolgt, da dieses Buch nach Ansicht des Herrn Direktors, der es sehr genau zu kennen scheint, „den Kopf zu sehr verwirren". — — Einige Bestimmungen der Strafhausordnung werden von unseren Freunden besonders schwer empfunden. Diese sind: erstens das Verbot des Tabakrauchens, zweitens die kurze Dauer des täglichen Spazierganges im Gefängnishofe und endlich die harten Bestimmungen über die von den Gefangenen zu empfangenden Besuche und den brieflichen Verkehr mit ihren Angehörigen. Sie dürfen nämlich im ersten Drittel ihrer Strafzeit nur alle zwei Monate einen Brief empfangen oder absenden, im zweiten Drittel alle sechs Wochen und im letzten Drittel jeden Monat. Von den Besuchen gilt dasselbe. Walecka darf z. B. bis zum März 1882 nur alle zwei Monate Besuch empfangen, einen Brief schreiben und einen solchen empfangen. In dieser Beziehung sind die politischen Gefangenen in anderen Ländern (Rußland natürlich ausgenommen) besser dran. Wir wissen z. B., daß Bebel und Liebknecht während ihrer „Strafzeit" in Hubertusburg die Besuche ihrer nächsten Verwandten jederzeit empfangen durften und daß ihnen im Briefschreiben und empfangen nicht die geringste Beschränkung auferlegt war. In Frankreich empfangen die politischen Gefangenen Besuche von aller Welt und zwar in ihrem Zimmer und allein, d. h. ohne Beaufsichtigung eines Beamten und Kerkermeisters. — Walecka und Schneider senden an alle ihre Freunde die herzlichsten Grüße.

Am 24. Juli fand in Villach in Tarmann's Hotel eine sehr zalreich besuchte Volksversammlung über die achtjährige Schulpflicht und den Lienbacher'schen Antrag statt. Genosse Verschern wurde zum Vorsitzenden gewält, Genosse Kaler-Reinthal referirte. Nachdem noch die Genossen Bößenböck aus Klagenfurt und Verschern über die Tagesordnung gesprochen hatten, wurde die von Genossen Kaler beantragte Resoluzion: die Versammlung spreche die Erwartung aus, daß das Herrenhaus den gegenwärtigen Antrag Lienbacher's auf Reduzion der Schulzeit ablehnen werde, wie den vorangegangenen — einstimmig angenommen.

Am 28. Juli fand in Klagenfurt über denselben Gegenstand eine Volksversammlung unter dem Vorsitze des Genossen Prinz statt, in welcher ebenfalls Genosse Kaler aus Graz referirte. Dieselbe Resoluzion wurde auch hier einstimmig angenommen.

Am 16. Juli wurde Genosse Rudolf Hartl in Graz aus der Tuchfabrik des Herrn Rathleitner ebendort entlassen. Der Fabrikant motivirte diesen Schritt damit, daß er wegen des Genossen Hartl zur Polizei vorgeladen worden sei und dort habe Auskunft geben müssen, mit wem derselbe verkehre und was er treibe. Jemand anderm gegenüber erklärte er, bei der Polizei sei ihm gesagt worden, er möge Hartl entlassen, solche Leute müßten gedrückt werden. Infolge dessen wandte sich Hartl an die Polizeidirekzion mit der Anfrage, ob es wahr sei, daß Herr Rathleitner seinetwegen zur Polizei vorgeladen sei und warum. Niemand wollte jedoch davon etwas wissen; Hartl mußte nicht weniger als dreimal auf die Polizei gehen, um von den verschiedenen Kommissären zu erfahren, daß sie nichts davon wüßten. Zuletzt erhielt er die Auskunft, daß Herr Rathleitner wol vorgeladen worden sei, jedoch nicht seinetwegen. Eine Bemerkung hiezu halten wir unter den gegenwärtigen Preßverhältnissen für unzweckmäßig, unsere Leser dürften sich dieselbe auch in Gedanken ergänzen können. Nicht uninteressant ist es, daß Herr Rathleitner in dem dem Genossen Hartl ausgestellten Zeugnisse als Grund der Entlassung die Reparatur des Dampfkessels angab, obwol letzterer erst eine Woche nach der Kündigung beschädigt wurde. Herr Rathleitner besitzt demnach die profetische Gabe, Unfälle in seiner Fabrik schon vorher zu wissen und es ist nur zu verwundern, daß er dann denselben nicht auch vorzubeugen weiß.

Am 21. Juli fand im Hernalser Brauhause eine Versammlung von mehr als 800 Steinmetze und Maurern statt, in welcher eine von Mattner beantragte Resolnzion angenommen wurde, die besagt, daß nur durch gänzliche Abschaffung der Kantinen die herrschenden Uebelstände bei den Bauten beseitigt werden können.

In der Fried'schen Hutfabrik im siebenten Bezirk, Ziegleraasse, in Wien haben am 2. August 35 Gehilfen wegen Reduzion der Löhne die Arbeit eingestellt.

Das Wiener Landesgericht hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt des im Hefte Nr. 1 der „Sammlung von sozialpolitischen ökonomischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen", Verlag von Emil Kaler in Graz, enthaltenen Aufsatzes mit der Aufschrift „Was ist ein Arbeiter" in den Stellen von „Für die Idee ist" bis „gestützte Wille", dann von „die kristliche Religion" bis „zu verbreiten sucht", dann von „Kirche und Staat" bis „beraubt werden" und von „Wir sehen den sittlichen" bis „heute nichts ist" das Vergehen nach §. 302 St.-G. begründe, sowie, daß der Inhalt des in Heft Nr. 2 derselben Zeitschrift enthaltenen Aufsatzes mit der Aufschrift „Die neue Gewerbeordnung und die Arbeiter" in den Stellen von „das Auffällige verschwindet jedoch" bis „gelockert worden war", dann von „In diesem Paragraf" bis „Beleuchtung erkennen", dann von „die Vorschrift des Art. 8" bis „stark genug ist durchzuführen", dann von „eine für die Arbeiter" bis „Arbeiterfreundlichkeit" und „Es wird wol nichts anderes übrig bleiben" bis „Dr. Schäffle ausgenommen" das Vergehen nach §. 300 St.-G. begründe; und daß der Inhalt dieses in Nr. 2 dieser Druckschrift enthaltenen Aufsatzes in den Stellen von „So ist diese Tatsache" bis „wirksam zu fördern" und von „Was die Bestimmungen" bis „solches Gesetz bestehen" das Vergehen nach Art. III. des Gesetzes vom 17. Dez. 1862 begründe und es wurde nach §. 489 St.-P.-O. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen. — Gleichzeitig wurden die für die Wiener Abonnenten bestimmten Exemplare im Administrazionslokal der „Zukunft" mit Beschlag belegt und deren Vernichtung angeordnet.

Das Reichsgericht hat nach der am 11. Juli gepflogenen öffentlichen Verhandlung, bei welcher gegenwärtig waren als Vorsitzender der Präsident des k. k. Reichsgerichtes, Dr. Josef Unger, als Stimmführer Fürst Constantin Czartoriski, Dr. Adolf Exner, Dr. Anton Freiherr v. Hye-Glunek, Taddäus Freiherr v. Merkl, Peregrin Ritter v. Puschka, Dr. Anton Randa, Dr. Anton Rintelen, Dr. Franz From, Dr. Josef Stöger, Dr. Josef Suppan, als Schriftführer Dr. Eduard Rauziani über die von den Herren Mathias Kulmer als ehemaligen Präsidenten, Franz Kabelka als dermaligen Präsidenten und Anton Schrank als derzeitigen Schriftführer des ersten steiermärkischen Arbeiterbundes in Graz, und zwar des Erstgenannten im eigenen Namen, der beiden letzteren auch im Namen des ebengenannten Arbeiterbundes, vertreten durch den Advokaten, Herrn Dr. Sigismund Wolf-Eppinger, bei dem Reichsgerichte sub. präs. 10. Mai 1881, Z. 85 R.-G., eingebrachte Beschwerde wegen Verletzung eines politischen, durch die Verfassung gewährleisteten Rechtes und die darin gestellte Bitte um ein Erkenntnis des Reichsgerichtes, daß durch die Verfügung der Polizeidirekzion von Graz vom 14. Jänner 1881, Z. 64, den steiermärkischen Statthaltereierlaß vom 5. Februar 1881, Z. 319 und durch die mittelst Intimazion der genannten Polizeidirekzion vom 26. April 1881, Z. 736, intimirte Entscheidung des k. k. Ministeriums des Innern, durch welche die von dem erstgenannten Beschwerdeführer Namens des ersten steiermärkischen Arbeiterbundes am 17. Jänner 1881 in Graz zu veranstalten beabsichtigte Volksversammlung verboten worden ist, eine Verletzung des im Art. 12 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, Nr. 142 R.-G.-Bl., gewährleisteten Versammlungsrechtes stattgefunden — nach Anhörung des Herrn Dr. Sigismund Wolf-Eppinger in Vertretung der Beschwerdeführer und des Herrn k. k. Ministerialsekretärs Dr. Josef Saller als Vertreters des Ministeriums des Innern zu Recht erkannt:

„Durch die Verfügungen der Polizeidirekzion von Graz vom 14. Jänner 1881, Z. 64, der steiermärkischen Statthalterei vom 5. Februar 1881, Z. 319 und des Ministeriums des Innern vom 19. April 1881, Z. 1357, womit die von dem ersten steiermärkischen Arbeiterbunde für den 17. Jänner 1881 in Graz angezeigte Volksversammlung untersagt worden ist, hat eine Verletzung des politischen, durch die Verfassung gewährleisteten Versammlungsrechtes der Beschwerdeführer nicht stattgefunden."

Gründe.

Das k. k. Reichsgericht hat bei Beschwerden über behauptete Verletzung des Vereins- oder Versammlungsrechtes, welche durch Untersagung der Bildung eines Vereines oder der Abhaltung einer Volksversammlung aus dem Grunde der Staatsgefährlichkeit und beziehentlich der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder des öffentlichen Woles geschehen sein sollen, immerfort daran festgehalten, daß derlei, von den administrativen Behörden verfügte Untersagungen von dem Reichsgerichte nur dann als gesetzlich gerechtfertigt angesehen werden können, wenn dem Reichsgerichte der Nachweis geliefert wird, daß den eingeschrittenen Sicherheitsbehörden solche tatsächliche Verhältnisse oder Vorkommnisse vorlagen, woraus dieselben mit Grund die Besorgnis ableiten konnten, daß der zu bildende Verein oder die abzuhaltende Volksversammlung eine Staatsgefährlichkeit oder eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder des öffentlichen Woles nach sich ziehen könne.

Ein solcher Nachweis ist nun betreffs des vorliegenden Falles von Seite des Herrn Regierungsvertreters bei der mündlichen Verhandlung vor dem Reichsgerichte wirklich erbracht worden, indem durch die von demselben produzirten, teilweise bei der Verhandlung abgelesenen und bei dem Reichsgerichte eingelegten Amtsberichte verschiedener Behörden und Sicherheitsorgane dargetan worden ist, daß in den nächstvorangegangenen Jahren an verschiedenen Orten Steiermarks von dem heute als Beschwerdeführer auftretenden ersten steiermärkischen Arbeiterbunde Volksversammlungen abgehalten worden sind, in welchen durch aufreizende Reden gegen einzelne Klassen und Stände der bürgerlichen Gesellschaft auf Bildung von Assoziazionen zwischen den Bauernvereinen und der Landbevölkerung überhaupt mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hingewirkt worden ist und daß insbesondere bei der von eben diesem Vereine am 26. Dezember 1880 zu Andritz bei Graz abgehaltenen Volksversammlung von mehreren Rednern die Notwendigkeit betont worden ist, einen unzufriedenen Bauernstand zu erzeugen, weil ein solcher der beste Bundesgenosse der sozialen Partei sei.

Da nun für die, den Gegenstand der vorliegenden Beschwerde bildende, auf den 17. Jänner 1881 ausgeschriebene Volksversammlung in die Puntigamer Bierhalle in Graz als zweiter Punkt der Tagesordnung „die Besprechung und Beschlußfassung über die gegenwärtige Bauernbewegung und die Stellung der Arbeiter ihr gegenüber" festgesetzt war, so lagen für die Sicherheitsbehörden im Zusammenhalte mit den obervähnten, vorausgegangenen Vorkommnissen und im Hinblicke auf die zu jener Zeit in weitesten Kreisen bestandenen und hochgehenden Bauernbewegungen allerdings ausreichende Gründe vor, um in der Abhaltung der beabsichtigten Volksversammlung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und des öffentlichen Woles besorgen zu können und sohin auf Grund den §. 6 des Versammlungsgesetzes dieselbe zu untersagen.

Die vorliegende Beschwerde konnte daher nicht als gesetzlich gegründet anerkannt, sondern mußte zurückgewiesen werden.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Montag den 25. Juli, ½8 Uhr abends, fand die Generalversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stuhlarbeiter und -Arbeiterinnen Wiens in Herrn Josef Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsberichte. 2. Wal des Ausschusses und der Revisoren. 3. Die internazionale Arbeitsgesetzgebung. 4. Anträge und Anfragen. Vorsitzender Ignaz Linsmeier.

Nachdem das Protokoll von der am 11. Juni stattgefundenen Monatsversammlung verlesen und angenommen wurde, berichtet Franz Michalek als Kassier über folgende Einnahmen und Ausgaben vom 1. Jänner 1881 bis Ende Juni 1881: Einnahmen sammt Saldo vom Dezember 1880 404 fl. 71 kr., Ausgaben vom 1. Jänner bis Ende Juni 1881 283 fl. 64 kr., verbleibt Saldo für Monat Juli 121 fl. 07 kr. In der Manufakturarbeiter-Assoziation befinden sich 200 fl., in der niederösterreichischen Sparkasse 324 fl. —

Schrenk berichtet, daß die Zeichenschule Sonntag den 26. Juni geschlossen wurde, jedoch im Monat September wieder eröffnet wird. Es mögen dann die Mitglieder sich in ihrem eigenen Interesse sehr zalreich daran beteiligen.

Genosse Dworatschek im Namen der Kontrole und Genosse Mach im Namen der Revisoren konstatiren die Richtigkeit der Rechnung und wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Sodann wurde zur Wal des Ausschusses geschritten. Es wurden gewält als Obmann des Vereines Ludwig Josef König, als erster Obmann-Stellvertreter Franz Schustazek, als zweiter Obmann-Stellvertreter August Swinoha, als zweiter Schriftführer Franz Bilek; als Ausschußmitglieder: Franz Bubenik, Franz Damoši, Heinrich Giglhofer, Joh. Zaldner, Josef Hawranek, Wenzel Brezina, Horak, Ferdinand Künschl, Franz Sobota; als Ersatzmänner: Mathias Zoubek, Theodor Kaponek, Karl Herrn, Josef Slosilek, Schindelaz; als Revisoren wurden gewält die Genossen Mach und Ignaz Linsmeier.

Ueber den dritten Punkt, die internazionale Arbeitsgesetzgebung, sprachen die Genossen Franz Schustazek, Franz Michalek, Josef Zaldner und Linsmeier in sehr ausführlicher Weise.

Die Versammlung wurde um ½10 Uhr abends geschlossen.

Franz Schustazek, zweiter Schriftführer.

Frendenthal, am 18. Juli 1881. Protokoll, aufgenommen in der ganzjährigen Hauptversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines den 17. Juli 1881 im Saale des Herrn Banischky, im Beisein des Regierungsvertreters Anton Krebs. Nachdem das Protokoll von der letzten Sitzung vorgelesen war, wurde zum ersten Punkte der Tagesordnung geschritten. Der Kassier berichtet über die Gesammteinnahme vom Vereinsjahre 1880/81 von 170 fl. 01 kr., Gesammtausgaben 122 fl. 69 kr., bleibt Saldo pro Juli 1881 47 fl. 32 kr. — Karl Schmidt referirt für die Finanzsektion, daß der Verein gegenwärtig 80 ordentliche Mitglieder zält. — Für die Wirtschaftssektion referirte Franz Roskosch, für die Unterrichtssektion August Schnaufert, für die Festsektion Franz Roskosch, welcher auch als Bibliotekar referirte, und zwar, daß sich die Bibliotek um 21 Bände vermehrt hat. Entlichen im verflossen Vereinsjahre 278 Bände, zurückgestellt 246 Bände, daher noch außenstehend 32 Bände.

Ueber den zweiten Punkt ergriff Anton Jahn das Wort, legte die Lage der Arbeiter, sowie die Gewaltakte in Strafsachen der Industriellen klar und lieferte einzelne Beweise derselben, welches mit Zufriedenheit aufgenommen wurde.

Zum dritten Punkt wurde Franz Thiel, Heinrich Rasch und Josef Schwab als Rechnungsrevisoren gewält.

Beim vierten Punkte wurden Anton Jahn als Obmann, August Schnaufert als dessen Stellvertreter, Josef Schwab als Schriftführer, Franz Wolf als dessen Stellvertreter, Karl Schmidt als Kassier und Josef Grätz, Alois Haubelt, Alois Vogt, Johann Vögel, Anton Schittenhelm, Franz Hillebrand, Johann Wehrberger, Wernert, Franz Roskosch, Karl Kreil, Alois Groß, Alois Scharnowell als Ausschußmitglieder gewält.

Da sich beim fünften Punkt, Anträge und Interpellazionen, Niemand zum Wort melbete, wurde vom Herrn Obmann die Versammlung geschlossen. Josef Schwab, Schriftführer.

Bruck a. d. M. Im Namen des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines gebe ich allen Freunden und Genossen traurige Nachricht von dem Ableben unseres unvergeßlichen und zu früh dahin geschiedenen Genossen

Josef Oublinger, Kleidermacher,

aus Innsbruck gebürtig, welcher den 8. Juli nach kurzem und schwerem Leiden in seinem 24. Lebensjahre im hiesigen Krankenhause verschieden ist und Sonntag den 10. Juli beerdigt wurde.

Allen, die sich an dem Begräbnisse so zalreich beteiligt haben, besonders den Genossen von Kindberg und Leoben, wird der herzlichste Dank ausgesprochen.

Martin Hoinigg, Obmann.

Knittelfeld. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt Sonntag den 17. Juli d. J. seine halbjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vereins- und Rechenschaftsbericht. 2. Bericht der Sektionen. 3. Neuwal des Ausschusses. 4. Allgemeine Anträge.

Der Vorsitzende Obmann Klett eröffnete die Versammlung unter Beisein des Herrn Bezirkskommissärs von Judenburg um 3 Uhr nachmittags. Die Verfassung des Protokolls der letzten Generalversammlung, sowie auch alle vorgemerkten Mitglieder wurden angenommen. Der Schriftführer berichtet, daß der Verein gegenwärtig 38 aktive Mitglieder zält, was bei der hiesigen zalreichen Arbeiterschaft wirklich zu bedauern ist. Ferner berichtet Genosse Brenner, Obmann-Stellvertreter, daß der Verein bei dem jetzigen Zeitpunkte auch von Seite der Mitglieder sehr schwach besucht ist, und daß blos das von Vereinsmitgliedern errichtete Dilletantentheater das Interesse der Mitglieder ein wenig aufrecht erhält. —

Laut des Rechenschaftsberichtes bezifferten sich die Einnahmen im Monat Juni auf 19 fl. 29 kr., die Ausgaben auf 8 fl. 49 kr., bleibt Kassastand 10 fl. 88 kr.; die gesammten Einnahmen in diesem halben Jahre beliefen sich auf 114 fl. 04 kr., die Ausgaben auf 104 fl. 16 kr.

Die Kontrollsektion berichtet, sämmtliche Rechnungen für richtig befunden zu haben.

Die Literatursektion berichtet, daß der Verein folgende Zeitungen abonnirte: „Zukunft", „Neuzeit", „Arbeiterfreund", „Volksfreund" und „Dorfbote".

Die Neuwal des Ausschusses ergab folgendes Resultat: Obmann Brenner Franz, dessen Stellvertreter Müller August, Schriftführer Mrbitsky Emanuel, dessen Stellvertreter Heinrich Wilhelm, Kassier Slaby Johann, Rechnungsführer List Franz; Ausschußmitglieder: Wakershauser Anton, Skerbitsch Simon, Weltin August, Klen Stefan, Kobl Ludwig; Ersatzausschuß: Medlitsch Georg, Neudeth Franz; Vertrauensmann Bonnrock Karl.

Beim letzten Punkte wurden verschiedene Anträge von Seite der Mitglieder gestellt und erledigt. Zum Schlusse dankt der Obmann dem alten Ausschusse für sein eifriges Bestreben und legte es dem neugewälten ans Herz, für die Sache des Vereines im wahren Sinne eines aufrichtigen Parteigenossen aufzutreten und dahin zu streben, daß der Verein nur immer auf seinem hohen Standpunkte beharre, und daß täglich dem Vereine neue Mitglieder zugezogen werden.

Arbeiter Knittelfelds! Infolge der großen Zal von Arbeitern, die hierorts beschäftigt sind, ergeht an Euch die dringende Bitte: Tretet dem Vereine bei, in welchem Eure Lage täglich besprochen und zur Verbesserung derselben Aufklärungen und Besprechungen gehalten werden können, denn wenn wir ausgebildet und aufgeklärt werden, dann treten wir als Männer der Wahrheit für eine bessere Zukunft auf. Emanuel Mrbitzky, Schriftführer.

Eingesendet.

Herr Redakteur!

Ihre Ausgabe von 23. Juni enthält auch den Artikel: „Herr G. scheint die Bibel nicht studirt zu haben, sonst müßte er wissen, daß im 2. Buch Moses, 31. Kap., 14. Vers und weiter zu lesen ist: Sechs Tage soll man Arbeit tun, aber den siebenten sei Sabbatfeier".

Meine Ansicht ist dieselbe, jeder Mensch soll Sonn- und Feiertage frei sein, um ausruhen zu können. Ich nahm dieses Blatt und gab es dem jungen Herrn zu lesen, bekam jedoch das Blatt mit den Worten: „das Papier ist geduldig" zurück.

Ich werde es sofort beweisen, was ein Arbeiterblatt schreibt und was ein Arbeiterinstitut tut.

Es wurde der Taglöhner Wenzel Ripka geholt, er möge sein Krankenbuch der Arbeiterkasse mitbringen.

Nun wurde mir folgendes vorgelesen: „Kanzleistunden an Wochentagen von 8—12 Uhr und von 1 6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 8—12 Uhr. Bereits alle Einzalungen sind von 7—9 Uhr abends in den Einschreiborten; von den Auszalungen sei noch zu erwähnen: Simmering, jeden Freitag von 6 8 Uhr abends und Sonntag von 8—10 Uhr vormittags in der Fabrik Sigl, Währingerlinie".

Nun meinte jetzt der junge Herr, wie gefällt Ihnen die Schreibweise der „Zukunft" und wie die Handlungsweise dieser Arbeiterkasse (Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse, Gumpendorferstraße).

Ich versichere Sie, Herr Redakteur, wäre der Kontrast nicht ein so großer, ich hätte Sie gewiß nicht belästigt. Aber wenn ein Arbeiterblatt einen derartigen Artikel bringt und ein Arbeiterinstitut, welches ganz allein in seiner Größe dasteht, an seinem eigenen Personale so handelt, dann frage ich, Herr Redakteur, wo bleibt die Konsequenz, der eisenfeste Karakter der Arbeiter, und hat denn einer den Mut, um sich dessen anzunehmen?

N. P., Buchhalter.

* * *

Hiezu haben wir blos zu bemerken, daß alle Unternehmungen und Institute, welche mit Arbeitern verkehren, im Interesse der Arbeiter, ihrer Kunden, Sonntag Amtsstunden halten müssen, weil sonst viele Arbeiter, die an Wochentagen in den Werkstätten und Fabriken bis spät in die Nacht hinein geplagt sind, gar nicht in der Lage wären, ihre Einzalungen zu leisten oder mit den Unternehmungen, bei denen sie interessirt sind, in Verbindung zu treten. Hätten wir einen gesetzlichen Arbeitstag von acht Stunden und wären die Arbeiter nachmittags um 4 oder 5 Uhr Herren ihrer Zeit, oder hätten sie gar, wie z. B. in England, schon den ganzen Samstag-Nachmittag frei, so würde es weder der Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse noch der Redakzion irgend eines Arbeiterblattes einfallen, Sonntags ihr Amtslokal zu öffnen. Wenn derartige Unternehmungen ihre Angestellten gerade an den Ruhetagen derjenigen, mit denen sie zu tun haben, am meisten anstrengen müssen, so liegt hierin keine Inkonsequenz, sondern nur notgedrungene Fügung in Verhältnisse, die wir ja bekämpfen und die wir abzuändern bemüht sind.

Die Redakzion der „Zukunft".

Ausweise.

Nr. 100.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Die Roten von Mariahilf 1.76, die roten Lizitanten 50, Genossen bei Dübel 3.71, Krenn 10, Troja 80, Bernard 10, Einer von Margareten 30, W. 5, Seebacher 10, Werkstätte H. Nemetz 80, Ungenannt 20, Kneitschel, für mehr Licht 20, Rockstroh 10, E. E. 20, Floridsdorf 1.—, Werkstätte Sazinger 80, Nadl, Hirschstätten 1.—, Unbekannt 4, Dostal 20, Familie Hammel 40, Höllenmaschine 1.—, E. E. 20, Huber 1.—, die Roten am Neubau 2.— und 3.90, Hellmayer 10, S. 4, Futschik 32, Mayerhofer 20 Janda 20, die Spenaler in der Josefstadt 60, mehr Licht 2.60, Freiheit und Licht, vergessen die Drechsler nicht 86, Bauer, Waltenstein 20, für unsere wackern treuen Brüder legen wir auch ein Scherflein nieder, die Arbeiter der Werkstätte K. K. B., Amstetten 5.—, V. d. N. B. L. W. 40, Genossen Floridsdorf 2.60, Lang 5, Beranek, Gastwirt, Floridsdorf 1.—, Genossen Floridsdorf 2.—, Lang, Fedlesee, für eine Festkarte 25.

Summe 36 fl. 38 kr.

Anläßlich des Ausfluges auf der Schnepfenwiese durch Budleiner für die streikenden Schuhmacher in Graz gesammelt: Tiefenbach Joh. 14, Hönig 8, Steiner, Drechsler 40, Würges 10, Augustin 10, Tiefenbach 10, Chech 10, Kozinet 20, Grob 5, Spal 5, Strecker 5, Wosika 10, Herdlicka 5, Böhm 20, Kubicka 10, Brsak 10, Polifka 10, Hetmann Joh. 10, Jeinik 10, Gauder Jos. 10, Schmidinger 10, Wallenta Guido 10, Feigl Franz 10, Vincenz 4, Seppe 4, die roten Formstecher 20, Keller 10, Torma Lud. 6, Charva 10, Bisernik 10, Leinweber 8, Schenk 10, Havlicsek 10, Brauner Rudolf 5, Braunber 8, Bahusch Franz 8, Vatelka 8, Hofer Franz 8, Raab 8, Jenicsek 10, Oellinger 8, Cserni 10, Trester 10, Strohbach 8, Zawadni 10, Marcsch 10, Tischi 10, Bospich 10, Wana 30, Kamenik jun. 10, Frau Kamenik 10, Hlavacsek 10, Frau Glas 10, Gartner 5, Graser Joh. 5, Fischer 5, Wancsura 10, Lukasch Joh. 10, Salomon W. 10, Müller Jos. 10, Madera 10, Ember Las. 10, Pisnanji Jos. 20, Wisek 9, Janauschek 10, Nowotni 10, N. N. 4, K. K. O. R. 5, Schaftner 10, Bewec 4, A. Bewn 6, Geldbach 10, Futschik 20, ein Bierkrügel 3, Harach Fr. 10, Nowotni 20, Vörösch 10, Kugl Jan. 10, Heimann 10, Halda 10, Patkosch 10, Jurschina 10, Babor 20, Tschepen 10, Riedl 20, Klement 10, Wago Paul 20, Risch V. 10, Gabor Jan. 10, Wrbka Ernst 20, Vallner 20, Nowotni 20, Drbal 20, Balzarek 20, Mehaelovich 20, Juracsek 10, Schubert Franz 10, Nowak Joh. 5, Winkler Joh. 5, Wukelitsch 5, Naß 5, Bind 5, für die armen Schuhmacher 10, Machatschek 10, Brschak 10, Frl. Busch 10, Heine 10, Weich 15, Schani 2, Streitet um Euer Recht 5, Kämpft mutig vorwärts 10, Gregoritsch 10, Wittovitsch 8, Politik 4. Herold Joh. 10, Holly 10, Schautzi 5, Heß Jos. 30, Strohschneider 15, Pazdernik 20, J. E. 10, ehemaliger Grazer 10, W. S. 10, N. N. 10, N. N. 10, Pikkar 10, Kappl 10, Leist 10, Beigl 10, Berger 10, Schulz 10, Fischer L. 10, Spatschek 10, Mimek 10, Obrist 20, Morein 10, Mrazek 10, Sbornik 10, Paris 10, Fiedler 10, Milfei 6, Ring 10, Zeiler 12, Pigal 10, P. L. 10, T. L. 7, Salzborn 20, Hübscher 10, Wrabetz 10, Litschka 10, A. Litschka 10, Hübscher 10, Teifar 10, Reitlmeier 10, Hübscher 10, Darler 10, Mach 4, der g'flickte Schuster von Meidling 10, Schlosser 5, Schmidt 4, Jiracsek 10, Kotlarsch 10, Blaber 10, Kraus 6, Sora 10, Riedl 10, Provaznik Thom. 20, Tiring 10, Kubitschka 10, Ziegler 10, J. W. 5, Pschirt Jos. 10, Ferch 20, Obrecht 20, Petrik 7, Farkasch 7, Farkasch 5, Erlich 5, ××× 5, Schlosser 5, Fleischhanz 20, Wolf 10, A. Mandl 10, Zimmer Hermann 10, Zint 10, Nobicht 4, Ribasch 10, mehr Licht 10, Burger 4, Pukous 20, Ferd. Chocholka 10, Babatschek 10, Moriz Jos. 10, Moriz Anton 10, Pokorni Jos. 20, Gottlieb 10, Hmski 10, Franz Tschumplik 10, Theim 10, Unbekannt 2, Novatschek 10, Gangelberger 5, Schlechter 10, Molka 10, Gschirmeister 20, Reiter 10, Stockfinken 10, 2 Bierkrügel 10, am Haus gesessen 10, 1 Krügl 5, Heitler 5, Reihof 17, Smetana 10, Ungenannt 4, Ungenannt 4, Edworski Joh. 10, das Letzte aus der Tasche von Michna Eduard 10, Novak 10, Ungenannt 5, Frl. Gspoell 5.

Summe 22 fl. 35 kr.

Briefkasten.

Redakzion: Viele Berichte und Einsendungen mußten wegen Raummangel für die nächste Nummer zurückgelegt werden.

Administrazion: Edmeier, Voitsberg: Abonnirt bis Ende Juni. — Paul Mayer, Hainburg: Rest seit 1. Oktober 1880. — Stularbeiter: 2 fl. Inseratenpauschale erhalten.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Montag den 22. August, 8 Uhr abends, in Gerhold's Restauragion am Schottenring findet eine freie Vereinsversammlung mit einem Vortrage von Herrn Matzinger statt.

Montag den 29. August halbjährige Generalversammlung.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.
Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.
Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.
Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.
Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene.
Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Wien. Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und -Arbeiterinnen Wiens. Jeden Mittwoch Ausschußsitzung in der Zentrale in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6. — 1. Lesezimmer: Fünfhaus, Sechshauser Hauptstraße in Faras' Gasthaus „zum weißen Adler". — 2. Lesezimmer: Sechshaus, Wehrgasse in Herrn Daubal's Gasthaus. — 3. Lesezimmer: Meidling, Ecke der Mißbach- und Bonygasse in Herrn Schleman's Gasthaus. — Jeden Samstag von 7 bis 9 Uhr finden Einschreibungen statt.

Der Ausschuß.

Wien. Einladung zu den am Sonntag den 14. August in Sulti's Gasthausgarten „zur Latnerhütte" in Lipharitsthal nächst Ottakring stattfindenden großen allgemeinen Arbeiter-Gartenfest, verbunden mit Konzert, Tanz, Gesang und Feuerwerk. Anfang 4 Uhr. Im Falle ungünstiger Witterung findet das Fest am 15. August statt. Frühergelöste Karten 15 kr., an der Kassa 20 kr.

Das Komitee.

Wien. Sonntag den 14. August findet eine freie Gold-, Silber- und Juwelenarbeiter-Versammlung in Obermaier's Gasthaus, um 9 Uhr Vormittags, statt. — Tagesordnung: 1. Die Lage der Gold-, Silber- und Juwelenarbeiter. 2. Anschluß an die Gewerkschaft der Eisen- und Metallarbeiter. 3. Anträge und Anfragen.

Floridsdorf. Die Unterrichtssektion des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines stellt an alle Jene, welche geneigt sind, an Vereinsabenden wissenschaftliche Vorträge zu halten, das Ansuchen, dies brieflich bekanntzugeben. Briefe sind zu richten an: Anton Christoph, Floridsdorf, Hauptstraße 13, 1. Stock.

Zu vermieten

ein hübsches, einfach möblirtes Kabinet für zwei Genossen bei A. Zimram, 6. Bez., Brauergasse 3, 2. Stock, Tür 12. [20]

Gefertigte empfielt sich im Waschen von Hemden und Putzen von Krägen.

Alosia Planeger, Gaudenzdorf, Gemeindegasse 1. [25]

Geschäfts-Empfelung.

Gefertigter empfielt seine Lokalitäten und Garten „zur Riesin" in Breitensee, ohne Berechnung, für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften, Hochzeiten ꝛc. — Jeden Sonn- und Feiertag gemütlicher Ball, Tanzen frei. Jeden Montag von 6 Uhr abends an Riesenknödl mit Selchfleisch. Für billige gute Speisen und Getränke sorgt bestens Alois Teutschert, Restaurateur.

[1.—]

Geschäfts-Empfelung.

Unterzeichneter empfielt seine Lokalitäten für Vereine, Versammlungen ꝛc. Schöner und schattiger Garten. Für gute Speisen und Getränke, sowie auch für solide Bedienung sorgt bestens

Grob, (Gumpendorfer Bierhalle)
[50] 6. Bez., Gumpendorferstraße 91.

Die nächste Nummer erscheint am 25. August.

Herausgeber und Verleger: Franz Mich, Andreas Grosse, August Zotlach, Heinrich Hotze, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Mich.

Druck von M. Jurobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen:
5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen:
10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 46. Wien, Donnerstag 25. August. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Zur Wahrung des Briefgeheimnisses.

In letzterer Zeit erhielten wieder mehrere Genossen Vorladungen von der Finanz-Landesdirekzion, um sich wegen „Gefällsübertretung" zu verantworten. Dieselbe soll dadurch begangen worden sein, daß an die Vorgeladenen Briefe aus Bregenz (bekanntlich in Vorarlberg in Oesterreich) eingelangt sind, in welchen die Finanzbehörden wahrscheinlich mit dem ihnen eigentümlichen Scharfsinne „ungestempelte" ausländische Zeitungen vermuten. Die Adressaten werden gewöhnlich, wenn sie im Zollamte erschienen sind, aufgefordert, die an sie eingelangten Briefe zu öffnen, worauf man ihnen, wenn sich in den Briefen in Oesterreich verbotene Zeitungen befinden, dieselben wegnimmt. Wir können unsere Genossen nur wiederholt darauf aufmerksam machen, daß Niemand ein im Gesetze begründetes Recht hat, ihre Briefe zu öffnen und daß sie dieselben, da sie ihr unantastbares Eigentum sind, auch auf dem Zollamte nicht zu öffnen brauchen. Daß die Behörde ungestempelte oder verbotene Zeitungen in den Briefen vermutet, ändert nichts an der Sache. Der einzig und allein in dieser Frage maßgebende Standpunkt ist der des Gesetzes. Reichen die bestehenden Gesetze gegen die Verbreitung von mißliebigen Druckschriften nicht aus, dann ändere man sie. So lange aber das Gesetz zum Schutze des Briefgeheimnisses nicht aufgehoben ist, braucht sich Niemand gefallen zu lassen, daß ihm ein an ihn adressirter Brief geöffnet wird, noch der Aufforderung Folge zu leisten, diesen Brief in Gegenwart irgendwelcher Amtsperson selbst zu öffnen.

Zu den bevorstehenden Reichstagswalen in Deutschland.

Noch ist zwar der Termin für die deutschen Reichstagswalen nicht bestimmt, doch ist es höchst wahrscheinlich, daß dieselben nicht mehr lange auf sich warten lassen. Indessen nimmt die Wahlbewegung einen immer lebhafteren Karakter an, und Bismarck scheut kein Mittel, um einerseits die Sozialdemokratie, andererseits den Liberalismus zu vernichten. Soviel hat der deutsche Reichskanzler seit dem Jahre 1878 gelernt, daß die gewaltsame Unterdrückung nicht im Stande ist, den Socialismus seines stets steigenden Einflusses auf die Gemüter des arbeitenden Volkes zu berauben und er greift nun zu dem nicht mehr neuen Mittel der Konzessionen.

Denn eine Konzession an den Sozialismus muß es genannt werden, wenn der deutsche Reichskanzler eine Unfalls- und Lebensversicherung der Arbeiter mit Staatsbeiträgen einführen will; man braucht sich nur der Haltung zu erinnern, die Bismarck vor Jahren den bescheidensten Forderungen der Sozialdemokraten gegenüber einnahm, wie die deutsche Reichsregierung einen Antrag Bebel's auf Erweiterung der Haftpflicht aufnahm. Es muß geradezu als ein Sieg der Sozialdemokratie über den Fürsten Bismarck bezeichnet werden, daß er sich gezwungen gesehen, hat ein prinzipielles Zugeständnis an die sozialistische Idee zu machen.

Es folgt daraus keineswegs, daß Bismarck selbst dadurch zum Sozialisten geworden ist, denn wenn zwei dasselbe tun, ist es doch nicht dasselbe. Bismarck sucht durch das gemachte Zugeständnis einen Teil der sozialistisch gesinnten, aber unklaren Arbeiter zu gewinnen und Verwirrung in die Reihen der Partei zu tragen. Der zuletzt erwähnte Zweck des Gesetzes kann schon jetzt als gescheitert betrachtet werden, da die Sozialdemokratie sich weder durch den politischen Karakter des allerneuesten „Arbeiterfreundes" noch durch die sozialpolitische Tendenz des Gesetzes beirren ließ und auf dem prinzipiellen Standpunkte verharrend nur sachliche Kritik übte.

In wie weit es dem Fürsten Bismarck gelingen wird, Arbeiter durch seine „Reformpläne" zu gängeln, darüber werden allerdings erst die Reichstagswalen einen vollgiltigen Aufschluß geben, bei dessen unparteiischer Würdigung jedoch der Belagerungszustand das Sozialistengesetz und die grenzenlose Willkür der Polizeibehörden berücksichtigt werden müssen. Die weit ausgedehnte und Schritt für Schritt vervollkommte geheime Propaganda der deutschen Sozialisten, die überraschenden Erfolge der Sozialisten in den letzten Jahren bei zahlreichen Gemeindewalen und die letzten sächsischen Landtagswalen lassen allerdings schon heute mit ziemlicher Sicherheit schließen, daß dem Fürsten Bismarck auch die andere Absicht nicht gelingen wird, der deutschen Sozialdemokratie durch einen Abfall zalreicher Arbeiter von der Partei Abbruch zu tun.

Bismarck wird in neuer Form die Kraft darstellen, welche das Böse will und das Gute schafft, indem er durch seine sozialistisch angehauchten Reformprojekte der sozialistischen Ideen Eingang in solche Kreise verschafft, die ihnen bisher unzugänglich waren und indem er dadurch den Zersetzungsprozeß der herrschenden Parteien beschleunigt. Daß der Sozialismus in Deutschland eine Macht ersten Ranges geworden ist, die es wagen durfte, nach kaum zehnjähriger Organisazion sich mit der mächtigsten Regierung Europas zu messen, dafür haben wir die Ursache nicht nur in den ökonomischen und politischen Zuständen Deutschlands, sondern auch in der „staatsmännischen" Tätigkeit Bismarck's zu suchen, der wider Willen durch seine gewalttätige, grundsätzliche Politik einen großen Theil des Mittelstandes in das Lager der Sozialdemokratie gedrängt hat. Wir glauben, daß Bismarck durch seine neuesten Projekte seiner bisherigen Agitazion für die Sozialdemokratie die Krone aufsetzt.

Denn, daß das deutsche Volk die Schmeicheleien der einen Hand dankbar hinnehmen wird, während es mit der andern — siehe Sozialistengesetz, indirekte Steuern, Getreidezölle — gezüchtigt wird, möchten wir doch bezweifeln, soviel Lammsgeduld wir auch nach den bisherigen Erfahrungen dem „Volke der Denker" zutrauen müssen.

Darum sehen wir den deutschen Reichstagswalen, was die Sache des Sozialismus betrifft, mit Zuversicht entgegen — wir wissen, daß das deutsche Proletariat, nachdem es durch seinen Heldenmut und seine Ausdauer die Bewunderung seiner Genossen in anderen Ländern hervorgerufen hat, nicht seinen Mut sinken lassen wird, mag die Meute seiner Feinde noch so rasen, mögen selbst einzelne seiner bisherigen Vertreter verzagt geworden sein und dem „Vaterlande" den Rücken zu kehren.

Sollten aber die deutschen Behörden alle Tätigkeit der Genossen auf dem Boden des Gesetzes unmöglich machen, sollten sie die letzten Spuren des Walrechtes zerstören, dann dürfen sie sich auch nicht beklagen, wenn die Taktik der Sozialisten eine andere wird, und Dinge geschehen sollten, die man bisher dem deutschen Michel nicht zugetraut hätte.

Die Neuwalen in Frankreich und Gambetta.

Schon am 21. dieses Monates fanden in ganz Frankreich die Neuwalen der Volksabgeordneten statt. Aus diesem Anlasse hielt Gambetta in Belleville, einem Stadtteile von Paris, dieser Tage auf Veranlassung eines Teiles der dortigen Wäler seine Walrede. Da dieser frühere Diktator (unbeschränkter Herrscher für einen Zeitraum) von Frankreich in Belleville stark unbeliebt ist, indem der größte Teil der dort so zalreich wohnenden Arbeiter ihm vollständig abgeneigt sind, sah er sich genötigt, diese Walversammlung nicht im Freien, sondern in einem nahezu nur seinen Anhängern zugänglichen geschlossenen Raume abzuhalten, sonst hätten die Kommunisten, welche ihn mit lauten Zeichen ihres Abscheues empfingen, ihm noch ausführlicher dargetan, wie sehr sie seine unsauberen sogenannten „Zweckmäßigkeits"-Anschauungen hassen.

Wer war, wer ist Gambetta? Gambetta ist jener verwegene, redegewandte, selbstbewußte und selbstsüchtige Emporkömmling, welcher, nachdem am 4. September 1870 in Folge der Gefangennahme des französischen Kaisers Napoleons III. der Freistaat in Paris ausgerufen worden war, sich selbst als unbeschränkten Herrn von Frankreich einsetzte, um dieses Monate lang nach seinem willkürlichen Ermessen zu leiten und von Neuem in den ganz aussichtslosen Krieg gegen Deutschland zu stürzen, obwol er — seinem eigenen Geständnisse gemäß — voraussah, daß dieser Krieg unglücklich ausfallen müsse. Deshalb machte er sich beim französischen Volke so verhaßt, daß die endlich im Frühjahre 1871 gewälten Volksvertreter ihm unverzüglich die (angemaßte) Herrschaft entzogen und die heftigsten Anklagen gegen ihn und seine Verwaltung erhoben. Seit jener Zeit bemühte er sich, wieder die Herrschaft an sich zu reißen und schmeichelte deshalb sogar den Roten, verübte List über List und schien vor wenigen Monaten durch seine ziemlich grundsatzlose „Zweckmäßigkeits"-Anschauung nahe daran, mit Hilfe der Listenwalen erneut der Vollherrscher, der Diktator Frankreichs werden zu wollen. Da verwarf zur Freude unserer französischen Gesinnungsgenossen der Senat, das Oberhaus Frankreichs, die Listenwalen und von da an erbleichte der Stern Gambetta's, um sich wol zum Heile Frankreichs und der Welt nie mehr zu erheben. Denn Gambetta bedeutet die rohe Gewalt und den Krieg, die rohe Gewalt nach Innen und Außen, Beides hat er in seiner Walrede, wenngleich verblümt, ausgesprochen. Trotzdem seine Zuhörer nur gegen Einlaßkarten seinen Anhänger Zulaß erhalten hatten, war dennoch der nur mäßige Beifall mit lauten Zeichen des Mißfallens begleitet und erhob sich ein schlichter Arbeiter zur Erwiderung, welcher mit Recht gegen Gambetta den Vorwurf erhob, Letzterer wolle gemäß seiner Rede den Krieg mit Deutschland und würde dadurch erneut den Einfall der Deutschen in Frankreich mit all den traurigen Folgen eines Krieges veranlassen. Der Krieg schädigt den Reichen, richtet den Armen zu Grunde und ist bei der anzustrebenden Verbrüderung der Völker hassenswerth. An einem aussichtslosen Krieg mit Deutschland hat Gambetta ja schon genug gesündigt.

Nach Schluß der Versammlung mußte sich der Exherrscher Gambetta insgeheim wegstelen, er fürchtete die von der Versammlung ausgeschlossenen zalreichen Wäler, welche vor dem Redesaal warteten. Es ist sehr zu bezweifeln, daß er in Belleville wieder gewält wird, jedenfalls hat er laut erfahren, wie unbeliebt er ist und hegen unsere Gesinnungsgenossen die Hoffnung, daß sein wiederholter Vorschlag, das gefährliche Listenskrutinium, welches ihn wol wieder tatsächlich zum Herrscher Frankreichs machen würde, als ein Angriff auf die Freiheit sicher (vom Senate, wenn nicht schon von der neuen Nazionalversammlung, dem Unterhause Frankreichs,) zurückgewiesen werden wird.

Politische Uebersicht.

Eine lehrreiche Zusammenstellung bieten folgende Zalen. In dem Jahre vom Oktober 1879—1880 saßen in preußischen Gefängnissen 1101 Personen wegen Hochverrat, Landesverrat, Majestätsbeleidigung 2c., 10.094 Personen wegen Preßvergehen, Beleidigungen 2c.

Pulkenbek, der zur Zeit der Attentatshetze als Redacteur der „Berl. fr. Pr." zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist, nachdem er bereits gegen drei Jahre in Plötzensee zugebracht, gelegentlich der Beerdigung seines Vaters glücklich entkommen.

In Berlin hat vor Kurzem ein seit Monaten vergeblich Arbeit suchender Proletarier eine, einem Hunde vorgesetzte Schüssel voll Hundefutter „gestolen", um seinen Hunger damit zu stillen. Das paßt zu der berüchtigten Aeußerung des Grafen Wilhelm Bismarck von der Hundesperre und zu der Hilfe für den „armen Mann".

Am 13. August wurde in Dresden Max Kayser mit zwei Genossen wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz verurteilt; Kaiser zu zwei Monaten, von den beiden andern der eine zu sechs Wochen, der andere zu einem Monat Gefängnis.

Die Einkommensteuerstatistik des Königreiches Sachsen zeigt, daß die Zal der Einkommen unter 1100 Mark die einzige ist, die sich seit dem Jahre 1878 stärker als die Bevölkerung vermehrt hat. Die Durchschnittshöhe dieses geringen Einkommens hat sich dagegen von 556 Mark im Jahre 1878 auf 509 Mark 1879 vermindert. 509 Mark sind das jährliche Durchschnittseinkommen von 927.494 Personen! Zugenommen haben in dieser Periode des zunehmenden Elendes die Vermögen der Reichen. Die geschätzte Durchschnittshöhe der Einkommen über 100 000 Mark betrug 1878 241,913, 1879 dagegen 248.400 Mark. Also Lohnherabsetzungen mit Zunahme der großen Vermögen bilden das Zeichen der Zeit.

Auch die liberalen Berliner Blätter erhalten jetzt täglich Drohbriefe. Ein dem „Berliner Tagbl." zugegangener Drohbrief erklärt, daß im Falle eines Attentates auf den Fürsten Bismarck je drei der angesehensten Fortschrittler, Sizialisten und Juden, dieser deutschfeindlichen Elemente, am betreffenden Orte den Tod auf unnatürliche Weise finden würden. Solcher Blödsinn wird jetzt im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte" geschrieben.

Der Nihilist Hartmann, der sich jetzt in New-York befindet, hat um die amerikanische Staatsbürgerschaft angesucht.

Der Hilfsstaatssekretär Hitt, die rechte Hand Blaine's, wurde unlängst gefragt, ob das Staatsdepartement von Seiten der russischen Regierung aufgefordert worden sei, Hartmann auszuliefern. Er gab eine ausweichende Antwort, ließ sich dann aber über den Fall selbst folgendermaßen aus: Falls Rußland die Auslieferung Hartmanns verlange, so würde er — immer vorausgesetzt, daß für seine Indentität und die Handlungen deren er beschuldigt wird, die nötigen Beweise beigebracht werden — seitens der amerikanischen Regierung unzweifelhaft ausgeliefert werden. Daß sein Angriff auf das Leben des Zaren ein politisches Motiv hatte, sei gleichgiltig, er würde so behandelt werden, als ob er als gewöhnlicher Mörder einen Angriff auf das Leben eines Privatmannes gemacht hätte. Seien die Beweise beigebracht, so würde Hartmann an „die Gerichte seines Landes" ausgeliefert werden. — Der Herr Hilfsstaatssekretär scheint über die russischen „Gerichte" und Verhältnisse nicht viel zu wissen und die „Arbeiterzeitung" von Chicago hat daher nicht Unrecht, wenn sie ihm fragt ob er denn während der letzten zehn Jahre geschlafen habe? Russische Gerichte in politischen Angelegenheiten! Was heißt Gericht? Soll das vielleicht ein Gericht sein, wenn sich eine Anzal von Knutenschwingern zusammensetzt und Jeden, der nur im Geringsten mit den dort herrschenden Verhältnissen unzufrieden ist nach Sibirien schickt? — Die Zukunft wird es zeigen, ob sich auch die nordamerikanische Regierung dazu hergibt den Polizeibüttel Rußlands zu machen. Gar zu leichtes Spiel dürfte sie aber doch nicht haben, denn der oben angeführte Ausspruch allein schon begegnete sowohl in der dortigen Presse als auch in Versammlungen entschiedener Opposition.

Am 14. und 15. August erstattete Dr. Herbst vor seinen Wälern in Tetschen und Bensen in Böhmen seinen Rechenschaftsbericht, der nichts als eine Wiederholung der alten Fraseu war. Keine Spur von Teilnahme für die allgemeinen Volksinteressen ist in seinen Reden zu finden. Er empfielt, sich auf den deutschnationalen Standpunkt zu stellen und jede Abänderung der Verfassung zu bekämpfen. Und ein solcher Mann will Führer einer auf das Volk sich stützenden Partei sein.

Die österreichische Regierung hat bei der ungarischen den „Wunsch" nach Abänderung des ungarischen Preßgesetzes ausgesprochen, erhielt aber von Tisza die Antwort, daß kein Kabinet im Stande wäre, beim Reichstage eine Einschränkung der ungarischen Preßfreiheit durchzusetzen.

Am 18. September findet in Aussig ein deutschböhmischer Bauerntag, am 28. August ein Kleingewerbetag in Graz statt.

Das tschechische Blatt „Pokrok" beleuchtete kürzlich auf Grund amtlich publizirter statistischer Daten die gegenwärtige Reichsratswalordnung für Böhmen, woraus hervorgeht, wie sehr die deutschliberale Partei die Grundsätze der Gerechtigkeit gegenüber dem tschechischen Volke verletzt hat. In der Städtekurie zälen die tschechischen Gruppen 367,378, die deutschen 571,024 Einwohner. In den tschechnischen Gruppen entfällt durchschnittlich auf 41,711, in den deutschen auf 28,827 Einwohner ein Abgeordneter. In der Kurie der Landgemeinden zälen die tschechischen Gruppen 2,709.713; die deutschen 1,601,170 Einwohner. In den tschechischen Gruppen entfällt aber auf 150,539, in den deutschen auf 133,430 Einwohner ein Abgeordneter. Ein tschechischer Abgeordneter „vertritt" gegenwärtig 76,752, ein deutschliberaler 45,254 Einwohner.

Polizeikommissär Frankl, der unermüdliche Verfolger der Wiener Sozialdemokraten, hat als Anerkennung für seine bisherigen Leistungen wie als Aufmunterung zu ferneren, das goldene Verdienstkreuz erhalten. Wol bekomm's!

Der Wiener Magistrat hat sich in seiner Sitzung vom 18. August auf die vielfach wiederholten Beschwerden und Petizionen der Steinmetze und Maurer endlich gegen die Kantinenwirthschaft und für die sofortige Beseitigung derselben ausgesprochen. Nur bei entfernt liegenden Baustellen soll die Ausnahme von der Regel insoferne gestattet werden, als von Fall zu Fall die Bewilligung des Magistrates zur Errichtung einer Kantinenwirtschaft einzuholen wäre. Die Genossenschaft der Bau- und Steinmetzmeister strengte sich vergeblich an, die bestehende Mißwirtschaft aufrecht zu erhalten und den Magistrat nochmals zur Ablehnung der Gehilfenpetizionen zu bewegen.

Das österreichische Versammlungsrecht wird durch folgenden Vorfall wieder treffend illustrirt. Dem Vertrauensmann des deutschen Schulvereines in Pettau, Steiermark, Dr. Michelitsch, wurde auf die Anzeige von der Einberufung einer öffentlicheu Versammlung der dortigen Mitglieder des Schulvereines von der Bezirkshauptmannschaft ein Bescheid eingehändigt, worin derselbe ersucht wird, dafür Sorge zu tragen, daß im Versammlungslocale während der Dauer der Versammlung die Verabreichung von Speisen und Getränken unterbleibt. Die gleiche Aufforderung, heißt es in dem Bescheide, werde künftighin an alle Vereins- und sonstigen Versammlungen, welche nicht lediglich geselliger Natur sind, gerichtet werden.

Gabriel Ugron, Mitglied der äußersten Linken des ungarischen Reichstages, wurde am 16. August bei der in Klausenburg anläßlich von Artikeln über die Bartho-Affaire abgehaltenen Schwurgerichtsverhandlung freigesprochen.

Der Redakteur der „Berl. Nachrichten", der vom deutschen Reichskanzler geklagt worden war, weil in einem Artikel des genannten Blattes Bismarck die Verantwortlichkeit für die Ausschreitungen der Antisemiten zugeschrieben wurde, ist vom Berliner Landgerichte freigesprochen werden, mit der Begründung, daß in dem betreffenden Artikel die Grenze der erlaubten Kritik nicht überschritten worden sei. Dieses Erkenntnis ist gleichbedeutend mit einer indirekten Verurteilung Bismarck's.

Die sozialistische Presse Italiens nimmt einen ganz ungewöhnlichen Aufschwung. Es erscheint jetzt auch ein tägliches sozialistisches Blatt in Mantua. Die Verfolgung der Presse äußert sich besonders durch zalreiche Konfiskazionen. So erschien das Blatt „Il Catilina" in Lesena bisher fünfmal und wurde fünfmal konfiszirt. Ueberall dieselben Mittel unserer Gegner.

Eine Volksversammlung gegen das Garantie-Gesetz, durch welches dem Papste eine Reihe von Vorrechten eingeräumt werden, hat am 7. August in Rom stattgefunden und war von mehr als 3000 Personen besucht; die Resoluzion, welche die Abschaffung des Papsttums verlangte, durfte nicht zur Abstimmung gebracht werden und die Blätter, welche über die Versammlung berichteten, wurden konfiszirt. Auch in anderen Städten Italiens finden solche Versammlungen statt.

Gambetta verlange in seinem „neuen" Programm teilweise Abänderung des Senates, Listenskrutinium, dreijährigen Militärdienst; ferner, daß die Beziehungen des Kapitals zur Arbeit zu Gunsten der Arbeiter geändert werden durch fortschrittliche Politik, Vereins- und Assoziazionsfreiheit Gründung von Pensionskassen für das Alter. Gegen dieses Bourgeoisprogramm stellten die radikalen Gegner Gambetta's in Belleville sein eigenes Programm vom Jahre 1869 wieder auf, durch welches er sich das Vertrauen der Arbeiter erworben hatte und dem er längst untreu geworden ist. Am 7. August fand in Belleville eine Wälerversammlung statt, in welcher ein Komitee zur Bekämpfung Gambettas gewält wurde. In der am 16. August stattgefundenen von über 10,000 Personen besuchten Wälerversammlung in Paris verhinderten die Gegner Gambetta seine Kandidatenrede zu halten.

Am 21. d. fanden in Frankreich die Walen für die Deputirtenkammer statt. Gambetta wurde zwar in beiden Bezirken von Belleville gewält aber nur mit sehr geringer Majorität (einmal gar nur mit einer Stimme) und nachträglich stellt es sich überdies heraus, daß das Gambettistische Walkomitee das Skrutinium gefälscht und die auf die Gegenkandidaten Gambetta's, Revillon und Lacroix, entfallenden überzäligen Stimmen beseitigt habe. Die Untersuchung hierüber wurde eingeleitet.

Die irische Landbill wurde, nachdem Gladstone und das Unterhaus einen Teil der Verschlechterungen der Landbill akzeptirten, vom Oberhaus angenommen. Ob sie in der jetzigen Form die erwartete Wirkung auf die Gemüter in Irland ausüben wird, dürfte die nächste Zukunft lehren.

Aus Parteikreisen.

Unser Genosse A. Christoph wurde am 19. d. verhaftet, weil ihn die Behörde im Verdachte hat, bei der Anfertigung der in Jacobi's Druckerei mit Beschlag belegten Flugschrift „An das österreichische Volk" beteiligt gewesen zu sein. Noch vor seiner Verhaftung wurde während seiner Abwesenheit vom Hause in seiner Wohnung eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen, welche aber kein für die Polizei günstiges Resultat ergab, da nur einige Nummern der „Freiheit" und der „Zukunft" vorgefunden wurden. Seine Quartiergeberin wurde von den Organen der Polizei bei ihrem Eintreffen in Christoph's Wohnung aufgefordert „die Büchel herzugeben", welche Aufforderung dieselbe aber nicht verstand und ihr deshalb auch nicht nachkommen konnte. Wahrscheinlich vermutete man bei Christoph eine Niederlage der in letzter Zeit massenhaft verbreiteten antireligiösen Broschüre „Epistel an gläubige und ungläubige Christen" und gab sich der Quartiersfrau gegenüber den Anschein, als ob man ohnedies bereits alles wisse, damit sie einsehe, wie alles Läugnen überflüssig sei und ohne viele Umstände die Broschüre herausgebe. Eine in letzter Zeit von der Polizei gerne angewandte Taktik, die aber in den uns bekannten Fällen stets erfolglos blieb. Der Quartiergeberin Christoph's wurde nach vollzogener Hausdurchsuchung strengenst aufgetragen über die eben stattgefundene Amtshandlung Jedermann, auch Christoph gegenüber, Stillschweigen zu beobachten. Da sie hierauf erwiderte, sie müsse ihm davon sagen, schon um die Unordnung in seinen Sachen zu rechtfertigen, wurde ihr ein Paragraf des St.-G.-B. zitirt und ihr bei Uebertretung desselben mit Strafe gedroht. Wir haben uns vergeblich bemüht, einen Paragraf im Strafgesetze ausfindig zu machen, nach welchem an die Frau das erwähnte Verlangen gestellt werden durfte.

Gegen unsere Genossen Sagradischnig, Konrad, Süß und Walaschek findet am 26. d. die Hauptverhandlung statt. Die Anklage lautet auf „Geheimbündelei". Bei ihrer Verhaftung hieß es Hochverrat und als das Metallarbeiter-Fachblatt die Vermutung aussprach, die Anklage werde im Laufe der Untersuchung auf ein geringfügiges Vorgehen zusammenschrumpfen, wurde es konfiszirt. Gute Untertanen sollen der Weisheit ihrer Regierer durch naseweise Prosezeiungen nicht vorgreifen.

Am 6. September findet beim Bezirksgerichte Alsergrund die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur dieses Blattes, Fr. Motz, wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. (unbefugte Kolportage) statt. Anlaß zur Anklage gab, daß Motz die Kaler'schen Broschüren an die hiesigen Abonnenten übermittelte.

Am 14. August fand in Obermayer's Gasthaus, Stumpergasse, in Wien, eine von mehreren hundert Arbeitern besuchte Gold- und Silberarbeiter-Versammlung statt, an deren Schlusse eine größere Anzal von Gold- und Siberarbeitern der Gewerkschaft der Eisen- und Metallarbeiter beitraten.

Am 10. d. M. fanden bei den Genossen Emil Kaler-Reinthal und Josef Gans in Graz und in der Administrazion des „Arbeiterfreund" in Reichenberg Hausdurchsuchungen nach den vom Wiener Landesgerichte verbotenen Heften I und II der „Sammlung von sozialpolitischen Abhandlungen" statt. Die Abonnentenliste und andere zur Administrazion gehörige Behelfe wurden dem Gen. Kaler von der Staatsanwaltschaft nicht mehr zurückgestellt.

Beim Redakteur des sozialistischen Blattes „Praca" in Lemberg wurde am 16. August Haussuchung abgehalten. Man hat nach einem in Genf gedruckten Programm der ostgalizischen Sozialisten gefahndet, es wurde aber nichts gefunden.

Am 11. August fand bei Genossen Stiaßny in Wien eine Haussuchung statt, bei welcher eine „Episteln" betitelte Broschüre gesucht wurde. Es wurden wol einige Nummern der „Freiheit" sowie mehrere Broschüren harmlosen Inhaltes mit Beschlag belegt, dagegen fand sich nicht ein einziges Exemplar der „Episteln" vor. Stiaßny, welcher nach der Haussuchung ein längeres Verhör zu bestehen hatte, wurde nach demselben sofort freigelassen.

In den Lokalitäten der „Delnicka Beseda" sowie in den Wohnungen von sieben Genossen in Prag wurden am 19. August Haussuchungen vorgenommen, und bei einem Genossen eine Presse und mehrere Gedichte mit Beschlag belegt. Bei Genossen Zapotocky wurde der eben als Gast anwesende Franz Kucera aus Paris verhaftet.

Am 7. August war in Budapest eine Volksversammlung abgehalten, in welcher eine Resoluzion eingebracht wurde des Inhalts, daß sich die Volksversammlung solidarisch erkläre mit den für die politische und soziale Befreiung kämpfenden internationalen Revoluzionären und gegen die Verfolgung und Auslieferung solcher Vorkämpfer protestire. Der Regierungsvertreter gestaltete die Abstimmung über diese Resoluzion nicht und so wurde bloß ein Protest gegen die Auslieferung des Nihilisten Niemijovsky, der vor Kurzem in Pest festgenommen und in Gegenwart des russischen Generalkonsuls einem Verhöre unterzogen worden war, und das Verlangen nach sofortiger Freilassung desselben beschlossen.

Kindberg. Die Kindberger Genossen fülten kürzlich den schnlichen Wunsch, einige Züge von der reinen Mürztaler Gebirgsluft zu schlürfen, jedoch sollten sie sich dieselbe erst mit nachherigen peinlichen Aengstlichkeiten verdienen. Die Festsektion des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines veranstaltete am Pfingstsonntag den 5. Juni, um ½2 Uhr nachmittags einen behördlich angezeigten Ausflug nach Krieglach; derselbe fand per Wagen unter zalreicher Beteiligung der Mitglieder statt. Um 4 Uhr abends kamen wir dortselbst an; doch wie erstaunten wir, als wir vernahmen, daß binnen kurzer Zeit auch mehrere Genossen von Mürzzuschlag kommen sollten, von denen wir bereits zwei antrafen. Es dauerte eine geraume Zeit und sie kamen richtig; natürlicher Weise fand bei solch einer Ueberraschung eine beiderseitige herzhafte brüderliche Begrüßung in Sang und Wort statt. Die Zeit bis 8 Uhr abends wurde in der amusantesten Weise, abwechselnd mit Deklamazionen aus Schiller's Gedichten, teatralischen, sowie volkstümlichen Liedern und etwas Tanz zugebracht. Sodann war wiederum herzlicher Abschied, und wir fuhren in bester Stimmung, ohne Aufenthalt, die frische, freie Juniluft in vollen Zügen saugend, heimwärts; nicht ahnend, daß dem vergnügten Tag binnen kurzer Zeit ein weniger heiteres Nachspiel folgen werden. — Halt! bald hätte ich vergessen, das Wichtigste zu offenbaren. Wir standen unter polizeilicher Aufsicht! — Zu Hause angelangt wurde der Rest bis Mitternacht noch in der animirtester Stimmung zugebracht. Sodann legte man sich zu Bette und ließ den ganzen Tag mit seinen Begebenheiten, in Traumbildern an sich vorbeiziehen. — Das andern Tages als ich aufstand war mir, als hätten sich die ganzen Folgen des Ausfluges in meinen Kopf gesetzt. — Es war nicht Katzenjammer! Nein! Ich war bei vollem reinen Bewußtsein. Eines lag mir im Kopf. Nämlich, ob das Einsaugen der frischen freien Juniluft doch keine Folgen nach sich ziehen wird. — In diesen und ähnlichen Illusionen dahinbrütend, kam der 13. Juni heran. An diesem Tage nachmittags ging ein hiesiger Schandarmerie-Postenführer selbst noch zwei Schandarmen unter dem Vorwande, den Auftrag von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Bruck a. d. M. zu haben, von einem Mitgliede zum andern, die Namen der beim Ausflug Beteiligten zu notiren. Der Erstere ging jedoch mit seiner Diensteifrigkeit so weit, und notirte nicht nur Mitglieder, sondern auch die Frauen der Letzteren und die Mädchen, welche auch auf Einladung von einigen Mitgliedern sich beim Ausfluge beteiligt hatten. Bei der Notirung der Mädchen erlaubte er sich sogar ein förmliches Verhör mit ihnen anzustellen und kam dabei so weit, daß er sich schon sogar in die Liebesverhältnisse derselben mischte. — Da ihm dieselben nichts einzugestehen wußten, drohte er denselben, falls sie ihm kein Eingeständnis machten, sie geschlossen zu arretiren.

Das war erst der Vorbote jener Folgen, die noch kommen sollen. —

Ohne daß wir den Grund und die Ursache dieses Aufsehen erregenden Vorgehens noch geahnt hätten, kam auch schon der Be-

sel von der höheren Behörde, den Obmann Johann Ederer sofort zu entlassen. Dieser Befel wurde befolgt und Genosse Joh. Ederer Sonntag den 19. Juni gemaßregelt. Sein Gesinnungsgenosse und Nebenkollege erklärte auf das hin, ebenfalls die Arbeit einzustellen und schloß sich dem Ersteren an; aus besonderen Gründen hätte Letzterer noch arbeiten können, jedoch es wäre ihm die Maßregelung in ein paar Wochen eben so gewiß gewesen, wie sie der Erstere erhalten hat. Nachdem beide Montag den 20. Juni vormittags ein Verhör über das Wesen des Ausfluges überstanden hatten, und ihr weiteres Schicksal geduldig ertragen wollten, wurde ihnen bedeutet, daß sie den Gerichtsbezirk Kindberg während der Voruntersuchung bis zum Abschlusse derselben nicht überschreiten dürfen. Die Anklage, welche von der Staatsanwaltschaft Graz beim hiesigen Bezirksgerichte anhängig gemacht wurde, lautet auf Störung der öffentlichen Ruhe. Die Untersuchung dürfte sich dem Anscheine nach in die Länge ziehen. Sobald dieselben jedoch zu Ende sind, werde ich Ihnen die weiteren Folgen dieses harmlosen Ausfluges bekanntgeben.

Ein stiller Mürztaler Verehrer der Freiheit und der Bildung.

Budapest. Durch die Zeit und die Verhältnisse gezwungen, hatte Genosse Daniel Kleitz für den 7. August eine Volksversammlung mit der Tagesordnung „Das Asilrecht und die politischen Verfolgungen" einberufen. Trotz der großen Gegenagitazion seitens der „Führer" einer sogenannten ungar. Arbeiterpartei waren dennoch ungefähr 800 Personen erschienen. Bemerkenswert ist noch, daß es die Klique der ungar. Arbeiterpartei so weit trieb, selbst bei der Versammlung durch immerwährendes Insultiren, die Leute zum Fortgehen zu bewegen; erfreulicher Weise waren keine Mameluken anwesend, welche sich so weit verleiten ließen. — Nachdem das Präsidium, und zwar die Genossen Nagy als erster und Joh. Zlocha als zweiter Vorsitzender, Chatj und Iwan als Schriftführer gewält erschienen, nahmen die Referenten Horwath in ungarischer und Stefan Hekmann in deutscher Sprache das Wort, indem sie den Grund der heutigen Versammlung diskutirten und zum Schlusse forderten, daß der junge Russe, namens Niemojewsky, welcher auf eine so schmachvolle Weise in den Kerkern und Spitälern herumgeschleppt wird, freigelassen werden möge, indem es eine Schmach für das ungarische Volk wäre, wenn diesem Treiben der Polizei nicht bald ein Ende gemacht wird. Schließlich wurde eine in diesem Sinne verfaßte Resoluzion angenommen. In größter Ruhe verlief die Versammlung, welche 2½ Stunden dauerte. Darob sind die Größen der ungar. Arbeiterpartei ganz entsetzt, daß Ihnen wieder der Gimpelfang mißlungen ist. J—.

Aus dem Vereinsleben.

Salzburg. Den 6. August d. J. fand in Perllicel's Gasthaus die halbjährige Generalversammlung des hiesigen Allgemeinen Arbeitervereines für Salzburg und Umgebung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Protokollsverlesung. 2. Rechenschaftsbericht und Bericht der Sekzionen. 3. Wal des Ausschusses. 4. Allgemeine Vereinsangelegenheiten.

Nachdem das Protokoll verlesen und angenommen, bringt der Rechnungsführer den Kassebericht zur Verlesung, welcher befriedigend von der Versammlung aufgenommen wurde, nachdem selber von der Vereinskontrolle, sowie vom Revisionskomitee geprüft und für richtig befunden wurde.

Bibliotekar berichtet, daß im abgelaufenen Halbjahre 84 Bücher ausgeliehen und 54 kr. an Strafgeldern eingelaufen sind und munitert die Mitglieder gleichzeitig auf sich an der Bibliotek eifriger zu beteiligen, um geistiges Material für früher meistens nicht durch eigene Schuld Versäumtes nachzuholen, wurde mit Beifall aufgenommen.

Nachdem die übrigen Sekzionen keinen Bericht zu erstatten hatten, wurde zum dritten Punkt, Wal des Ausschusses, geschritten, welche ganz ein befriedigendes Resultat ergab, indem sämmtliche aufgestellten Kandidaten mit großer Stimmenmehrheit hervorgingen. Gewält wurden: Franz Reyer, Obmann, Josef Marschall, Stellvertreter, Franz Seethaler, Kassier, Franz Pichler, Schriftführer, Leonhard Binder, Stellvertreter, Heinrich Niederbrucker, Rechnungsführer; als Ausschüsse: Karl Fürst, Richard Mitlehner.

Zum Schlusse der Versammlung ersucht der neugewälte Obmann die Mitglieder sich rege am Vereine zu beteiligen, damit der Zweck desselben auch tatsächlich erfüllt, sowie er seinerseits auch Alles thun wird, um den Verein zu heben und die Mitglieder in jeder Weise zufrieden zu stellen.

Linz. Der allgemeine Arbeiterverein für Linz und Umgebung hielt am Montag den 25. Juli d. J. seine ganzjährige Generalversammlung unter dem Vorsitze des Herrn Anton Fuchs ab.

Nachdem die Protokolle zur Verlesung und Annahme gelangten, weist Rechnungsführer Eibicht an Einnahmen eine Summe von 149 fl. 48 kr., an Ausgaben eine Summe von 166 fl. 73 kr. aus, daher sich ein Kassadefizit von 17 fl. 25 kr. ergibt. Kassier Mladý weist für die Unterstützungskasse für Arbeitslose einen Fond von 20 fl. 33 kr. aus. Der Wert des Vereinsinventar beläuft sich auf 1000 fl. Revisor Neander berichtet, Alles in Ordnung befunden zu haben. Die Vereinsleitung wurde durch folgende Mitglieder ergänzt: Ferdinand Bauer, Franz Eibicht, Wilhelm Fernekohl, Josef Freudenthaler, Ant. Fuchs, Konstantin Schimon und Ignaz Schmidt. Als Obmann wurde einstimmig Fuchs, als dessen beide Vertreter Freudenthaler und Schimon gewält.

Zum vierten Punkte wurde beschlossen, im Laufe des Monats September eine Gründungsfeier abzuhalten. — Obmann Fuchs bringt den in der Ausschußsitzung vom 8. Juni genehmigten, in der 22. Vereinsversammlung vom Herrn Regierungsvertreter sistirten, jedoch von der h. k. k. Statthalterei infolge Protestes behobenen Antrag, da die Sistirung im Gesetze nicht begründet erscheint, zur Abstimmung: Die Versammlung genehmige infolge des Kassendefizits und der eingelangten Rechnungen ein Darlehen von 60 fl. aufzunehmen. (Einstimmig angenommen.)

Genosse Fernekohl drückt die Meinung aus, die Monatsbeiträge zu erhöhen, diese Meinung gelangte jedoch nicht zur Diskussion; hierauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Gleichzeitig erlaubt sich der Ausschuß an jene Arbeitervereine Oesterreichs, welche an durchreisende Vereinsmitglieder Reiseunterstützung verabfolgen, das Ansuchen zu stellen, dieses im nächsten Arbeiterkalender bekannt zu geben.

Ludwig Trauner, Schriftführer.

Kindberg. Sonntag den 17. Juli, um ½5 Uhr abends, fand die halbjährige Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines mit folgender Tagesordnung statt: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung vom 23. Jänner. 2. Vereins- und Rechenschaftsbericht. 3. Berichte der Sekzionen. 4. Neuwal des Präsidiums, des Ausschusses und der Sekzionen. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Vortrag über Zweck und Nutzen der Arbeitervereine. 5. Anträge und Interpellazionen.

Vorsitzender Obmann Ederer eröffnet die Versammlung und fordert den Schriftführer Hofer auf, zum ersten Punkte das Protokoll der letzten Generalversammlung zu verlesen, welches richtig befunden und angenommen wurde. — Kassier E. Nitsche berichtet über einen Kassestand vom 31. Dezember 1881 von 15 fl. 91 kr., Einnahmen bis 30. Juni l. J. 49 fl. 63 kr., Ausgaben 41 fl. 17 kr. Kassestand mit 30. Juni 24 fl. 37 kr. Mit Einschluß der Festsekzion nach dem Berichte des Kassiers C. Geyer, Einnahmen 154 fl. 36 kr., Ausgaben 120 fl. 58 kr., Kassestand 31 fl. 06 kr. Nun folgten die Berichte der Unterrichts-, Biblioteks- und Festsekzion der Reihe nach mit sammtlicher Gutbefindung. Die Neuwal ergab folgendes Resultat: Johann Ederer, Obmann, Joh. Wurmbrand, Stellvertreter, Peter Hofer, Kassier, Joh. Dutter, Stellvertreter, Johann Kapp, Schriftführer, F. Ritter, Stellvertreter; Ausschuß: Karl Raninger, Lukas Ekubl, Anton Rechberger, Josef Kaiser, Adolf Neumann, Alois Anderer; Ersatzmanner: Joh. Lirk und Anton Lintschinger.

Im Punkte Vereinsangelegenheiten verlagte man die Wal der Unterrichtssekzion zur nächsten Monatsversammlung. Auch gelangte eine Erhöhung der Reiseunterstützung zur Einführung. Als Referenten des Vortrages fungirten die Genossen Ederer, Hofer, F. Nitsche, Raninger und Loirnegg aus Bruck. Ferner wurde auf Aufforderung des Regierungsvertreters vom Vorsitzenden-Stellvertreter Wurmbrand, wegen Aufhetzung gegen die verschiedenen Klassen der Gesellschaft zur Mäßigung gezogen. Hofer verliest zum Beweise der Ausführungen seines Vorredners einen Artikel aus dem Fachblatte der Metallarbeiter Oesterreichs vom 16. Juni, betitelt „Englands Arbeitervereine". Auch die übrigen Referenten sprachen im gleichen Sinne. — Der letzte Punkt verlief nach Annahme eines Antrages ohne Belang.

Johann Kapp, Schriftführer.

Neunkirchen. Am 6. d. M. fand hier die Generalversammlung der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse mit folgender Tagesordnung statt: 1. Halbjähriger Rechenschaftsbericht. 2. Ergänzungswal des Ausschusses. 3. Anträge und Mitteilungen.

Das Revisionskomitee berichtet, daß die Rechnung für richtig befunden wurde. Der Vermögensstand betrug fl. 93093·77, wovon fl. 2703·41 auf den Krankenfond und fl. 749·12 auf den Invalidenfond entfallen.

Vorsitzender Fr. Hohensinner berichtet über die Tätigkeit des Vereines und über den zu Pfingsten stattgefundenen Verbandstag, wobei er den Antrag der Grazer Kasse über die gegenseitige solidarische Haftbarkeit der Verbandsvereine detaillirte, welcher einstimmig angenommen wurde.

In den Ausschuß wurden gewält: Als Obmann Herr Fr. Hohensinner, als Rchnungsführer Michael Wittmann, Ausschuß: Herr Anton Kapensteiner, Herr Ludwig Hochegger, Herr Anton Neubauer und Herr Johann Berger.

Von Seite der Grünbacher Arbeiter wurde der Antrag gestellt, die Generalversammlung möge von den vor mehreren Jahren gefaßten Beschluß abgehen und wieder Mitglieder von Grünbach aufnehmen, welcher nach einer kurzen Debatte von der Majorität angenommen wurde. Der Ausschuß erhält das Recht, Mitglieder von dort statutengemäß aufzunehmen.

Mich. Wittmann, Schriftführer.

Laibach. Schon lange hörte man nichts aus unserem engen Heimatslande Krain, speziell von unserm Arbeiterverein und der Arbeiterpartei. Die Schuld ist der Nachlässigkeit der Mitglieder nicht zuzuschreiben, sondern einzig und allein dem Mangel an fähigen Correspondenten; jetzt sind wir in den Besitz solcher gekommen und berichten Ihnen daher über die letzte hier abgehaltene Monatsversammlung unseres Arbeitervereines, welche Sonntag den 7. August im Gasthause „zum Stern" mit folgender Tagesordnung abgehalten wurde: 1. Einzahlungen. 2. Bericht der Sekzionen. 3. Die Lage der Arbeiter. 4. Anträge im Interesse des Vereines.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung ergriff Genosse Sturm das Wort in slovenischer Sprache und beleuchtete in gediegenen Worten die traurige Lage. Redner führt die großen Opfer an, welche der Arbeiter dem Staate und der Gesammtheit bringen muß und doch so wenig Recht besitzt, bekritelte die Volksvertreter, wie wenig ihnen daran gelegen ist, das Volkswol zu fördern und der arbeitenden Classe doch endlich einmal aus dem Elend zu helfen. Die Zahl der Arbeiter mehrt sich von Tag zu Tag und immer weniger Brot und Arbeit ist für sie vorhanden. In unserem Orte haben wir speziell sehr viel zu leiden.

Laibach, eine Stadt, die etwas über 24.000 Einwohner zält und eine Zwangs-Arbeitsanstalt, sowie eine Strafanstalt besitzt, in welchen beiden Anstalten hunderte Sträflinge dem freien Arbeiterstande Konkurrenz bieten, so daß der Arbeiter und der steuerzahlende Kleingewerbetreibende arbeitslos herumgeht, hingegen die Sträflinge regelmäßig beschäftigt werden. Um diesem großen Uebelstande abzuhelfen, wurden schon freie Volksversammlungen abgehalten, aber bisher ohne Erfolg. Redner gibt sich zum Schluß der Hoffnung hin, daß durch festes Zusammenwirken und Ausdauer es doch einmal kommen möge: Daß es besser wird.

Als zweiter Redner fungirte Genosse Franz Selesnikar, einziger Gewerbetreibender, welcher auch Mitglied unseres Vereines ist. In glänzenden Worten besprach er die traurige Lage des Kleingewerbestandes, wofür er allgemeine Anerkennung fand.

Zum Schluß der Tagesordnung ergriff Obmann Ferdinand Thuma das Wort. Auch Genosse Thuma sprach in gleichen Worten über die traurigen Zustände, welche heut' zu Tage den Arbeiter drücken, daß schon viele Arbeiter gerne nur für die Kost arbeiten würden und dennoch kein Unterkommen finden; in einer Woche haben sich drei Arbeiter bei verschiedenen Meistern angetragen, da sie aber leider selbst nichts zu thun hatten, konnte ihrem Wunsche nicht Folge geleistet werden.

Redner ruft „Wann wird es besser werden?" und empfielt den Arbeitern sich fest an den Verein zu schließen, um durch ein festes Zusammenhalten ein menschenwürdigeres Dasein zu erwirken.

Da sich Niemand mehr zum Wort gemeldet, wurde zum vierten Punkt der Tagesordnung geschritten, in welchen die Unterzeichneten als Korrespondenten gewält und die Versammlung um ¼4 Uhr geschlossen wurde.

Franz Sturm, Michael Keber, Schriftführer.

Graupen. Sonntag den 7. August hielt der Leseverein „Bildungsquelle" im Gasthause „zum deutschen Kaiser" seine erste Generalversammlung ab.

Delegirte waren anwesend aus Teplitz, Mariaschein, Oberleutensdorf und Aussig. Gen. Michel aus Teplitz eröffnete die Versammlung. Als Vorsitzender wurde Gen. Waic und als Schriftführer Gen. Seidemann gewählt. Gen. Schiffner hielt eine Vorlesung über Zweck und Nutzen des Vereines, Gen. Michel aus Teplitz, sowie Gen. Winter aus Oberleutensdorf und Genosse Waic aus Aussig besprachen diesen Punkt bis in's kleinste Detail. Nach der Statuten-Vorlesung ging man zur Wal des Vorstandes über. Als Obmann wurde Gen. Josef Bergmann gewält. Als Vorstandsmitglieder wurden gewält die Genossen: Vinzenz Schamal, Obmann-Stellvertreter; Emanuel Haspel, Kassier; Adolf Schiffner, Schriftführer; Johann Bergmann, Schriftführer; Josef Beer, Bibliotekar; als Ausschußmitglieder: Josef Hießе, Alexander Schindler, W. Nitsche, W. Nemetz, Anf. Schiffner. Josef Kohlstrunk, Josef Michel, Franz Luft. Gen. Adolf Schiffner stellte den Antrag: Die Arbeiterblätter „Zukunft" und „Arbeiterfreund" zu abonniren, da doch diese die Sache des arbeitenden Volkes voll und ganz vertreten. Das Resultat dieser Versammlung in obgenannten Blättern zu veröffentlichen, wurde einstimmig angenommen.

Wir fülen uns daher verpflichtet, allen jenen Freunden und Genossen für ihren geehrten Besuch freundlichst zu danken. Ich glaube mit der festen Ueberzeugung auf Ihre fernere Unterstützung in dieser Sache rechnen zu dürfen, da uns die nöthigen Kräfte dazu felen.

Darum, Ihr Arbeiter von Graupen und Umgegend, wacht auf aus dem Schlafe der Gleichgiltigkeit, werft den alten Schlendrian bei Seite, der Euch schon Zeit Eures Lebens in der Dunkelheit herum geführt hat und tretet ein in die Bahnen des Lichtes!

Adolf Schiffner, Schriftführer.

Marburg. Am 13. August fand die halbjährige Generalversammlung des allgemeinen Arbeitervereines im Gasthause „zur Stadt Graz" mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsbericht. 2. Wissenschaftlicher Vortrag. 3. Neuwal. 4. Allgemeine Anträge und Interpellazionen. Nach Verlesung des Protokolls berichtet der Kassier an Einnahmen 47 fl. 57 kr., Ausgaben 41 fl. 93 kr. und weist somit einen Kassastand von 5 fl. 64 kr. aus. Die Kontrole berichtet alles in Ordnung befunden zu haben.

Zum 2. Punkt hielt Genosse Sieber einen Vortrag über Entstehung der Vereine und fordert zugleich die Mitglieder auf, beizutreten. Beim 3. Punkt ergab sich folgendes Resultat:

Obmann Vellag, Stellvertreter Benjak, Kassier Rigler, Stellvertreter Jalobič, Schriftführer Czech, Stellvertreter Moser, Bücherwart Eichrich, Stellvertreter Tadina. Berathungsmänner: Kastelec, Pongratz, Rakelj, Huber, Korošec, Gumsi, Mank, Stauber, Mlaker, Lopič. Zum 4. Punkt stellt Genosse Jakobič den Antrag, daß die Auflösung des allgemeinen Arbeitervereines bis zur nächsten Generalversammlung genau überlegt werden soll. Wurde angenommen. Genosse Moser beantragt, die Einschreibegebühr auf 10 kr. herabzumindern. Wurde nach längerer Debatte angenommen.

Zu Revisoren wurden die Genossen Blaz, Siber und Maicenič. Alois Czech, Schriftführer.

Mährisch-Trübau. Allgemeiner Leseverein. Bis jetzt ist es in unserem Verein etwas reger geworden, es beginnt daselbst nach und nach ein erweiterndes Zusammenwirken. Fährt nur so fort Eure Pflicht zu tun und unsere Aufgabe dürfte bald glücklich gelöst werden. Zeigt, daß Ihr Männer seid und im Stande, einen gemeinsamen woltuenden Zweck durchzuführen, kommt endlich zur Einsicht, werte Freunde, daß Ihr es unterlassen habt, unsern Verein zu besuchen, tretet ein in unsere Reihen und helft uns insgesammt zur Förderung der Wissenschaft und Bildung. So viel in unseren Kräften steht wollen wir tun, um unser Vereinsleben derartig zu gestalten, daß ein Jeder mit Freude sich unsern Verein anschließen kann. Gleichzeitig danken wir vielmals für die gespendeten Bücher, welche uns vom allgemeinen Leseverein in Sternberg zugesandt wurden. Mit kollegialem Gruß Carl Böhm.

Wels. Am 6. Juli 1881 fand die halbjährige Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Wal des Ausschusses. 4. Etwaige Anträge und Interpellazionen. Die halbjährigen Einnahmen betrugen 78 fl. 20 kr., Ausgaben 65 fl. 4 kr., verbleibt Kassastand 13 fl. 16 kr.; die Vereinsbibliotek enthält gegen 400 Bücher, welche fleißig benützt werden. 2. Der Bericht der Revisoren lautet, daß alles in größter Ordnung befunden wurde. 3. Mittelst Stimmzettel wurde folgende Mitglieder in der Ausschuß gewält: M. Tischlinger, Obmann; Schiller, Obmann stellvertreter; Fr. Schättinger, Schriftführer; A. Hawlik, dessen Stellvertreter; W. Woska, Kassier; W. Anderle, dessen Stellvertreter; L. Zadnik, Bibliotekar.

Fr. Schättinger, Bibliotekar.

Eingesendet.

Graz. Zur Feier der Grundsteinlegung zur Umwölbung des Grazbaches wurde von einem Arbeiter ein Gedicht vorgetragen, welches den Zorn vieler denkender Arbeiter erregt hat und welches ich gerne in weiterer Kreisen bekannt machen möchte. Vorausschicken muß ich aber, daß die Arbeiter bei der Grazbachumwölbung bei sehr schwerer Arbeit 50 kr. Taglohn erhalten und daß man die Poliere den ganzen Tag in einer Weise schimpfen hört, daß man in einem Bergwerk Sibiriens zu sein glaubt. Bei der Grundsteinlegung wurde jeder Arbeiter mit einem Liter Bier und einer Speckwurst regalirt, dafür mußte sich aber auch Jeder gefallen lassen, daß folgendes „Dank der Arbeiter" von einem Taglöhner in Namen der Gesammtheit gesprochen wurde:

Wenn wir der Sonne Glühen sehen,
Wir freudig an die Arbeit gehen;
Und wenn dann Mittag uns der Herd
Auch nur ein kärglich Mal bescheert,
So sind wir, geht die Sonne unter,
Trotz schwerer Arbeit dennoch munter.
Denn unsere Herzen nichts betrübt,
So lang's nebst Arbeit Menschen gibt,
Die gütig uns und unseren Kindern
Das herbe Los des Taglohns lindern.
Drum, weil Ihr unserer heut gedacht,
Sei Euch ein dankbar Hoch gebracht!

H. Wolf.

Kann es einen ärgeren Hohn für den armen, abgerackerten Arbeiter geben, als dieses erbärmliche Machwerk, welches in Hunderten von Exemplaren an die Arbeiter verteilt wurde? Wie freudig sich's bei glühender Sonne um 50 kr. Taglohn zur Arbeit geht, sollte der „Dichter" selbst einmal versuchen. Und geht die Sonne unter, sieht Jeder, der kein „Dichter" ist, wie „munter" die abgezehrten Gestalten einherwanken, den Kummer im Herzen, was jetzt mit den 50 Kreuzer, die nicht einmal für Brot, geschweige für Wohnung und Kleidung ausreichen, zuerst bestritten werden soll. O welche Zustände! Wie könnte auch der Hunger und der Mangel an Allem und Jedem, was das Leben erträglich macht, unsere Herzen betrüben, so lange es nebst Arbeit noch Menschen gibt;

„Die gütig uns und unseren Kindern
Das herbe Los des Taglohns lindern."

Ein Liter Bier und eine Wurst einmal im Jahre soll eine Linderung des herben Loses sein, welches man uns und unseren Kindern bereitet! Darüber finde ich wirklich kein Wort der Verachtung.

Der Bauherr fährt mit vier Schimmeln spazieren und besitzt ein ungeheueres Vermögen. Durch wen? Durch Euch, Arbeiter, die Ihr bei 50 kr. Taglohn die Industriehalle gebaut habt und jetzt bei 50 kr. Taglohn die schwere Arbeit beim Grazbach verrichten müßt. Und in Eurem Namen, Arbeiter, deklamirt man Gedichte, in welchen denen, die von Eurer schweren, elendbezahlten Arbeit ein glänzendes Leben führen, ein „dankbar Hoch" ausgebracht wird.

Arbeiter, nehmt Arbeiterblätter zur Hand, damit Ihr Eure Interessen verstehen lernt und werft solchen „poetischen" Schund denen ins Gesicht, die Euch zumuten, Gefallen daran zu finden.

Herr Redakteur!

Ich ersuche um Raum in unseren Parteiorgan für einige Bemerkungen über die Presse und Fortschrittspartei. Die Fortschrittspartei (Soll wol heißen die verfassungstreue Partei. Die Redakzion.) behauptet, die Presse sei die Bildnerin des Volkes, ja sogar das höchste Gut, das wir besitzen. Nun, was haben wir seit den 32 Jahren (denn im Jahre 1848 begann die Partei und deren Presse ihre Tätigkeit) von ihr profitirt? Die Menschen waren vor 32 Jahren gerade so wie jetzt. Sie dachten nicht: Ja, wer sind denn eigentlich die Männer, die das Volk bilden wollen? Es tauchte ein Blatt um das andere auf und jedes Wort, das in diesen von Kapitalisten herausgegebenen Blättern stand, war für das vertrauensselige Volk ein Heiligtum. Wie wäre es auch anders möglich gewesen! Sprach man doch so viel von Freiheit, Wolstand und Fortschritt und versprach dem Volke goldene Berge. Und was folgt statt dessen? Kummer und Sorgen, Lug und Trug, Elend und Verzweiflung, Diebstal und

Mord haben überhand genommen und zur Abhilfe gegen solche Zustände hat man keine anderen Mittel ausfindig zu machen gewußt als — Vermehrung der Polizei. Und die Fortschrittspartei hat dazu Beifall geklatscht, denn sie wußte recht gut, daß überall, wo sich große Kapitalien mehr und mehr auf einzelne Personen konzentriren, auch der Wohlstand des Volkes in demselben Maße verschwindet und die Armut und das Elend überhand nimmt. Was kümmerte diese Partei auch Menschenrecht und Wol, ihr Ideal war nur die Maschine, deren Ausnützung zur Vermehrung des Privatkapitals. Blickt man wo immer hin, so sieht man Arbeitslose und von denen, die Arbeit haben, arbeiten die meisten um einen Hungerlohn und müssen, wenn sie sich die Zufriedenheit ihrer „Herren" erringen wollen, selbst zur Maschine werden. Daß es in Folge dessen mit dem fiskischen Zustande der arbeitenden Bevölkerung stets abwärts geht, wie es sich bei den jährlichen Assentirungen zeigt, darf demnach Niemanden wundern. Und doch sagt uns die Fortschrittspartei, daß der Arbeiter heute kein Sclave mehr sei wie in früheren Zeiten, daß er nun frei sei. Und worin besteht seine Freiheit? Daß er die Arbeit verlassen kann, (d. h. daß man ihn hinauswirft,) wenn ihm der Lohn zu gering ist. Die Fortschrittspartei sollte doch klug sein und sich mit den Pfaffen auf guten Fuß stellen, statt sie im Parlamente anzugreifen. Denn diese unterstützen sie ja, wie sie sich es nur wünschen können, indem sie (die Schwarzen) lehren, daß man sich durch Not, Mühsal und Entbehrungen auf Erden das Himmelreich erwerben könne. Dem arbeitenden Volke gegenüber sind sie alle von gleicher Gesinnung: Parlament, Kirche, Presse und Fortschrittspartei. Darum Arbeiter, denkt an die liebe Natur, welche alles spendet, was das menschliche Herz verlangt; denkt ferner, was von all den Herrlichkeiten, trotzdem Ihr Euch Jahr aus Jahr ein plagt und abarbeitet, Euer Eigentum ist und Ihr kommt gewiß zu der Einsicht, daß es notwendig ist, Euch Alle zu vereinigen und das Himmelreich auf Erden allen Menschen aufzuschließen, während jetzt nur der kleinste Teil der Erdbewohner paradiesische Freuden genießt. Lincoln sagte: Es sollen weder Herren noch Knechte sein, denn alle Menschen sind zur Freiheit geboren. K. C.

Kassa-Ausweis der „Zukunft"

vom 1. Juli bis 31. Dezember 1880

Einnahmen:		Ausgaben:	
An Abonnement . . .	361·81	Buchdrucker	386·50
Verschleiß	302·12	Gehalte	198·—
Inseraten u. Pauschale	44·19	Diverse, Wohnungsmiethe und Kanzleierfordernisse	71·59
Unterstützung	—·60	Postporto	85·66
Darlehen	94·91	Darlehenrückzahlung .	62·18
Su.....a . .	803·93	Summa . .	803·93

Vom 1. Jänner bis 30. Juni 1881

Einnahmen:		Ausgaben:	
An Abonnement . . .	678·31	Buchdrucker	565·50
Verschleiß	384·73	Gehalt	358·50
Inseraten u. Pauschale	42·05	Postporto	140·08
Diverse u. Unterstützung	1·20	Mobilar	43·00
Darlehen	64·72	Miethe und Kanzleierfordernisse	63·93
Summa . .	1171·01	Summa . .	1171·01

Franz Moß. Administrator.

A. Zinram, P. Futschik, M. Schustaczek, Revisoren

Ausweise.

Nr. 101.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Werkstätte Dübel 5·75, J. Knapp 20, Schallei 40, Bernard 10, Trosa 40, Jirosch 20, J. Franz 20, Bischof 10, E. E. 20, Seebacher 10, Rischawi 14, Floridsdorf 50, A. Greiner 50, T—b. 50, Goldstein 1·—, Ruschka 20, die roten Lampions im Liephartstal 2·51, Schneiderwerkstatte Fischer 2·50, A., Lied gesungen 60, „Schneider-Fachblatt" Nr. 15 3·85, Nr. 16 1·—, die Roten in der Jute-Spinnerei in Simmering 1·50, Lasch 20, Graf's Gasthaus durch Pudleiner 1·57, R. Pelikan 15, Kreichi 5, Pokorni 20, Schafranek 10, Pudleiner 10, D. Nieder 1·—, Genossen Floridsdorf 2·20 und 2·80, B. 30, die Roten am Neubau 2·22, „Brüder tretet alle ein in unseren Bund, dann schlägt der Knechtschaft letzte Stund" 1·20 Genossen Brüsau 1·50, die Roten Nordbahnhof 2·—, Genossen in Romerstadt 1·70, Seifert in Reitendorf 50, Prinz in Leobersdorf 20, F. Bier in Kehlsdorf 31, ein Roter in Stadt Liebau 20, Sch., Freudenthal 3·—, Krühauf, Admont 20, Andreuschen Gewerk: Heider 15, Schriberschnig 20, Rosehenz 15, Bolheimer 10, Wildoner 10, Frühberger 10, Heldbrunner 20, Steiner 20, Klagenfurter und Villacher Genossen 1·76, Arbeiter Glogguitz 2·—.

Summe 49 fl. 14 kr.

Briefkasten.

Redakzion. Herrn Professor St.: Ersuche um Konferenz. A. B., Görkau: Zu spät. E. Deutsch: Nächste Nummer. Arbeiter-Bildungsverein, Wels: Nach Kräften. K. C. Vieles in Ihrem Aufsatze mußten wir mildern oder streichen. Wenn wir das Alles sagen dürften, hätten wir ja keine Ursache, zu klagen.

Administrazion. Drechsler: Pauschal pro August 1 fl. Allg. Arbeiterverein: pro Juli und August 3 fl. Instrumentenmacher: Vom Jänner bis August 6 fl. Görkau: Abonnirt bis 1. August. Zecha, Ramingsdorf: Abonnirt bis 1. Dezember.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Montag den 29. August halbjährige Generalversammlung.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.

Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.

Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.

Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.

Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene.

Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Gewerkverein der Eisen- und Metallarbeiter Wiens und Niederösterreichs.

Einschreibungen finden an folgenden Orten statt:

Zentrallokal, Wieden, Schleifmühlgasse, im Gasthause „zum goldenen Fassel", jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags und Montag von 7 bis ½ 10 Uhr abends von Ludwig Pürtner.

Leopoldstadt, kleine Pfarrgasse, im Gasthause „zum Nußdörfl", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Rudolf Pokorny.

Landstraße, Steingasse 7, im Gasthause „zum Auge Gottes", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Adalbert Hanisch.

Simmering, Hauptstraße, im Gasthause „zur Tramway", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Johann Bauer.

Favoriten, Laxenburgerstraße 16, Gasthaus „zur eisernen Kugel", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Johann Rouge.

Josefstadt, Langegasse, Dobrowas' Gasthaus, Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Karl Hangl.

Fünfhaus, Felbergasse 10, „Hotel Fichl", Montag von 7 bis 9 Uhr abends von Peter Zuber.

Hernals, Kirchengasse 19, Gasthaus „zum Bäckersaal", jeden Samstag abends von ½8 bis 10 Uhr von Karl Hütl.

Penzing, Poststraße. in Rustler's Gasthaus, jeden Sonntag vormittag von 9 bis 12 Uhr von Franz Klimek.

Volksversammlung

Montag, den 5. September, abends 8 Uhr, im Taliasaal, Ecke der Gürtelstraße und Gärtnergasse, Lerchenfeld.

Wien. Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und -Arbeiterinnen Wiens. Jeden Mittwoch Ausschußsitzung in der Zentrale in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6. — 1. Lesezimmer: Fünfhaus, Sechshauser Hauptstraße in Faras' Gasthaus „zum weißen Adler". — 2. Lesezimmer: Sechshaus, Wehrgasse in Herrn Daubal's Gasthaus. — 3. Lesezimmer: Meidling, Ecke der Mißbach- und Bonygasse in Herrn Schlemin's Gasthaus. — Jeden Samstag von 7 bis 9 Uhr finden Einschreibungen statt.

Der Ausschuß.

Wien. Samstag den 3. September, 8 Uhr abends, Monatsversammlung des allgemeinen Arbeitervereines, im Vereinslokale, 6. Bez., Dreihufeisengasse 13, Gasthaus „zum Wasen". Tagesordnung: 1. Vereinsbericht. 2. Wal der Revisoren und des Walkomitees. 3. Vortrag. 4. Anträge und Interpellazionen.

Wien. Der Gewerkschaftsverein der Sattler, Riemer und Taschner hält am 25. September d. J. die halbjährige Generalversammlung um 2 Uhr Nachmittags im Vereinslocal, 7. Bez., Mollardgasse 3, ab. [20]

Wien. Die Schuhmacher-Gewerkschaft feiert am Sonntag, den 2. Oktober d. J., ihr elftes Gründungsfest unter Mitwirkung dreier Musikkapellen und zweier Gesangsvereine. Näheres folgt.

Wien. Montag, den 10. September, um 7 Uhr abends, findet eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und -Arbeiterinnen Wiens in Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vereinsbericht. 2. Ergänzungswal des Ausschusses. 3. Gewerbliche Rundschau. 4. Anträge und Interpellazionen. Mitgliedrr, erscheint zalreich.

Wien. Samstag, den 3. September 1881, findet im Saale „zum grünen Jäger", 5. Bez., Hundsthurmerstraße, eine Lassallefeier, verbunden mit Gesangsvorträgen, Tanzkränzchen nnd Juxbazar, statt. Musik von einem gut besetzten Orchester. Das Reinerträgniß ist der Unterstützungskasse für Arbeitslose des Eisen- und Metallarbeitervereines Wiens gewidmet. Anfangs 8 Uhr abends. Frühergelöste Karten 25 kr., an der Casse 30 kr. Spenden für den Juxbazar nehmen die Einschreiber der Lesezimmer entgegen. Karten sind aus Gefälligkeit in der Redakzion der „Zukunft" zu haben.

Aussig. Der Ausschuß der allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse gibt bekannt, daß sich das Vereinslokal seit 21. August in der Tschischkowitzer Bierhalle, Bilagasse 9, befindet, wohin alle Briefe und Zuschriften zu richten sind. [25]

Kindberg. Vom 1. August an wird jedem durchreisenden Vereinsmitgliede eines Arbeitervereines 25 kr. und dem eines Fachvereines 20 kr. Reise-Unterstützung gewährt, jedoch muß ein solcher bereits drei volle Monate Mitglied eines solchen Vereines sein und auch nicht mehr als einen dreimonatlichen Rückstand haben, kurz, eine genaue Vereinslegitimazion ist notwendig. Selbe wird ausbezahlt beim Obmanne, Genossen Johann Ederer, Schuhmacher. Das Vereinslokal des hiesigen Arbeiterbildungsvereines befindet sich vom 13. August an in Herrn Huber's Gasthaus „zum goldenen Kreuz". [55]

Freudenthal. Sontag, den 18. September, findet das sechste Gründungsfest des Fachvereines der Manufakturarbeiter unter gefälliger Mitwirkung der Arbeiter-Liedertafel aus Jägerndorf, des hiesigen Sängerbundes und der Veteranen-Musikkapelle, verbunden mit Konzert und Festball, im Quellesaale statt. Alle Genossen von nah und fern werden freundlichst eingeladen. [35]

Mährisch-Trübau. Montag, den 4. September findet daselbst der erste gesellige Abend statt.

Teplitz. Sonntag, den 11. September, nachmittags 3 Uhr, findet das 13. Gründungsfest des Arbeiterbildungsvereines in Teplitz im oberen Saale des Schützenhauses statt und ergeht an alle Genossen die Bitte, dieses Fest nach Kräften zu verherrlichen. [25]

Zur Beachtung.

Alle Briefe für den allgemeinen Arbeiterverein in Marburg sind zu senden an Herrn Alois Ceh, Herrengasse 32.

Ludwig Josef König

starb Mittwoch, den 17. August 1881, um 5 Uhr Nachmittags, nach langem und schmerzvollen Leiden. Auch er war einer von Jenen, welche mit dem fortschreitenden Zeitgeiste des 19. Jahrhunderts Schritt halten wollten, um das Recht des Volkes geltend zu machen.

Ludwig Josef König wurde, als man den Fachverein der Manufakturarbeiter Wiens zu Stande brachte, dessen Obmann. Auch unterließ er es nicht, während dieser Zeit seinen Fachkollegen ein besseres und menschenwürdiges Dasein zu schaffen und sie zur Ausdauer im Kampfe gegen das herrschende Unrecht zu ermahnen.

Ehre seinem Andenken.

Zu vermieten

ein hübsches, einfach möblirtes Kabinet für zwei Genossen à 1 fl. pro Woche bei A. Zinram, 6. Bez., Brauergasse Nr. 3, 2. Stock, Tür 12. [20]

Ergebenst Gefertigte empfielt sich den Parteigenossen mit sehr ermäßigten Preisen zum **Putzen von Hemden, Krägen und Manschetten,** sowie für jede Ausstattung.

Aloisia Planneger, Gaudenzd, Gemeindeg. 1, T. 9. [30]

Geschäftsempfehlung.

Alle Jene, welche eine gute und unverfälschte **Garnleinwand, Oxfort, Damast, Bettzeug, Hand- und Sacktücher** 2c. in jeder Stärke oder Feinheit zu kaufen wünschen, erhalten solche bei Unterzeichneter. Auch werden Bestellungen auf **fertige Wäsche** angenommen.

Bei Bestellungen in entfernteren Bezirken bediene man sich der Korrespondenzkarte. [70]

Anna Hartmann

Fünfhaus, Herklotzgasse 23, Tür 3.

Geschäfts-Empfelung.

Unterzeichneter empfielt seine Lokalitäten für Vereine, Versammlungen 2c. Schöner und schattiger Garten. Für gute Speisen und Getränke, sowie auch für solide Bedienung sorgt bestens

Grob, (Gumpendorfer Bierhalle)

[50] 6. Bez., Gumpendorferstraße 91.

Sozialistische Bücher, Kalender, Zeitungen 2c. wünscht zu tauschen, borgen, eventuell kaufen.

Joh. Kals in Liezen, Steiermark.

Im Verlage des Genossen Emil Kaler, Graz, Schießstattgasse 2, 2. Stock, ist erschienen:

Sammlung

von sozialpolitischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen.

Erscheint in monatlichen Heften à 7 kr., bei Vorausbezalung 3 aufeinanderfolgender Hefte 20, 6 Hefte 40, 12 Hefte 80 kr.

Inhalt des dritten Heftes, welches demnächst erscheint: „Die nazionale Frage in Oesterreich und die Stellung der Arbeiter ihr gegenüber."

Im Verlage der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist erschienen:

Die soziale Baukunst.

Preis des ersten Bandes (Heft 1—13) brochirt 4 Fr. 50 Cent., geb. Fr. Halbleinwand, ganz Leinwand 5 Fr. 50 Cent.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Die nächste Nummer erscheint am 8. September.

Herausgeber und Verleger: **Franz Moß, Andreas Grosse, August Kotlech, Heinrich Hohe, Anton Christoph.**

Verantwortlicher Redakteur: **Franz Moß.**

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 47. Wien, Donnerstag 8. September. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Die sozialen und politischen Aufgaben des Mittelstandes.

I.

Die Rettung des Mittelstandes, soweit er noch besteht, die Wiederaufrichtung desselben, soweit er bereits in Trümmer zerfallen ist, gilt bei vielen „maßgebenden" Politikern Oesterreich-Ungarns und Deutschland als das große Problem unserer Zeit, von dessen Lösung die Zukunft des Staates und der Gesellschaft abhängig ist. Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Anschauung ein entschiedener Fortschritt ist gegenüber der durch den landläufigen Liberalismus vertretenen, wonach der Staat nur Alles gehen zu lassen habe, wie es gehe, womit der Gesellschaft und dem allgemeinen Wohl am besten gedient sei.

Der vulgäre Liberalismus verschloß den wichtigsten Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens gegenüber die Augen und leugnete ihr Dasein, um seine Teorie zu retten; als aber diese Erscheinungen immer drohender auftraten, als die soziale Bewegung anfing, die Grundlagen des Staates zu erschüttern und sich in Deutschland für die herrschenden Klassen zu einer unmittelbaren Gefahr gestaltete, verblaßte der die liberalen Teorien bisher umgebende Glorienschein und die „Staatsmänner" und Politiker, welche in der Regel nur die blinden Werkzeuge der in den privilegirten Klassen geltenden Vorurteile sind, wendeten ihre Aufmerksamkeit der Lage des gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes zu, der als der einzige widerstandsfähige Damm gilt, um die Hochflut der sozialistischen Ideen zu brechen.

Diesem reakzionären Bedürfniß der politischen Gewalt, welche nicht aus Simpatie, sondern aus Furcht vor dem Sozialismus die arbeitenden Klassen zum Gegenstand ihrer „Fürsorge" gemacht hat, hat der Mittelstand die wichtige Stellung zu verdanken, welche er seit kurzer Zeit in den Programmen der privilegirten Politiker einnimmt. Naturgemäß kann er daher auch nur dazu ausersehen sein, die geltende Ordnung in Staat und Gesellschaft stützen zu helfen, er muß den konservativen Interessen dienen. Zu „umstürzlerischen" Bestrebungen kann man ihn natürlich am wenigsten brauchen.

Der Karakter, der von unsern „Staatsmännern" und vom deutschen Reichskanzler geplanten sozialpolitischen Reformen bestätigt auch vollständig diese Behauptungen, denn wir sehen nur Vorschläge, welche an der sozialen Ordnung alles Wesentliche unberührt lassen, Palliativmaßregeln, welche den Stempel der Halbheit an der Stirne tragen; klar ausgesprochen ist in ihnen Allen nur die Tendenz der bestehenden politischen und sozialen Ordnung eine Basis im arbeitenden Volke zu verschaffen, auf welcher sie gegen den Ansturm der revoluzionären Bewegung gesichert bleibe.

Wären diese sogenannten Staatsmänner nicht von ihren Klassenvorurteilen verölendet, hätten sie eine gründliche wissenschaftliche Ausbildung in der politischen Oekonomie genossen, dann würden sie wol auch nicht Versuche wagen, an denen nichts gewisser ist als ihr Mißlingen. Allein dieselben genialen und nicht genialen Staatsmänner, welche zu führen glauben, sind doch nur die willenlosen Werkzeuge einer aus unserer sozialen und politischen Entwicklung naturgemäß emporgewachsenen Zeitströmung, mit deren Verschwinden auch ihre Namen der verdienten vernichtenden Kritik der Tatsachen anheimfallen werden. Bis dieser unausbleibliche Moment kommt, wollen wir den Gang der Ereignisse registriren und die in der unmittelbaren Zukunft bevorstehenden Veränderungen andeuten, um auf diese Weise den Eintritt des Proletariats in die aktive Bewegung vorzubereiten und das Verständnis desselben zum Zwecke des praktischen Eingreifens wachzurufen.

Ueber die Rolle, welche der Mittelstand in der bevorstehenden sozialen Umwälzung zu spielen berufen ist, gehen die Meinungen auch in sozialistischen Kreisen noch ziemlich weit auseinander. Die Einen fertigen ihn mit Selbstbewußtsein den Todtenschein aus und begrüßen Alles mit Jubel, was auf den beschleunigten Niedergang des Mittelstandes hindeutet. Sie legen das Hauptgewicht auf die ökonomische Entwicklung und betrachten alles andere als Nebensache. Ihrem Standpunkte entspricht der bekannte Satz des kommunistischen Manifestes von Karl Marx und Friedrich Engels von der einen reakzionären Masse, welche alle Klassen gegenüber dem Proletariate bilden.

Diese Ansicht könnte auch nicht mit Erfolg bekämpft werden, wenn es erwiesen wäre, daß die soziale Klassenstellung und die sozialen Vorurteile untrennbar mit einander verbunden sind und wenn die sozialistischen Ideen mit einem Ruck zum Sieg gebracht werden könnten. Die wissenschaftliche Geschichtsforschung weist jedoch den steigenden Einfluß der aus der Wissenschaft und dem sozialen Leben entspringenden Ideen auf die Entwicklung der Menschheit nach und die Gegenwart selbst beweist, daß der Mittelstand nicht unberührt geblieben ist von der sozialistischen Strömung, die durch das Proletariat geht. Alle sozialen Revoluzionen zeigen auch den hervorragenden Teil, den an denselben andere als die zu emanzipirenden Klassen genommen haben.

Alle Umwälzungen in der sozialen Ordnung gehen nicht blos von dem Klassenegoismus, sondern auch von dem allgemeinen Bedürfnis nach fortschrittlicher Entwicklung aus und insoferne das letztere der Fall ist, können selbst Klassen, deren tradizionellen Vorurteile sonst ein Hinderniß der Entwicklung wären, den Anstoß zu revoluzionären Umwälzungen geben. Die Abschaffung der Sklaverei in den Vereinigten Staaten Nordamerikas ist ein Beweis aus der neuesten Zeit für die Wahrheit der Behauptung, daß die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft selbst zur Lösung der Probleme drängt, welche aus ihr hervorgehen und daß sie dann stark genug ist, auch die durch die Klassenvorurteile gebildeten Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Es ist daher nicht notwendig, daß der Auffangungsprozeß des Kapitals vollendet wird, um die sozialistische Organisazion der Gesellschaft zu ermöglichen; der Mittelstand kann durch wissenschaftliche Aufklärung über die Konsequenzen der kapitalistischen Produkzionsweise durch die Einsicht in den ökonomischen Entwicklungsprozeß der Menschheit schon vor seiner Expropriirung für die sozialistischen Ideen gewonnen und dadurch vor der Proletarisirung geschützt werden.

Da die kapitalistische Produkzionsweise in den Kulturstaaten auf verschiedenen Entwicklungsstufen steht, so dienen die in den industriell entwickeltsten Staaten am grellsten hervortretenden Mißstände als Aufklärungsmittel für den in den zurückgebliebenen Staaten noch erhaltenen Mittelstand und die von demselben beeinflußte Gesetzgebung ist im Stande durch zweckmäßige Uebergangsmaßregeln die letzten Konsequenzen der kapitalistischen Produkzionsweise zu vermeiden und die sozialistische Organisazion auf kürzerem Wege anzubahnen.

In der Tat ist die sozialistische Partei Deutschlands großgezogen worden durch den Einfluß der auf englischem Boden entstandenen ökonomischen Teorien und die Zustände Großbritanniens sind der Spiegel, in dem der deutsche Mittelstand seine Zukunft erblickt, falls die kapitalistische Produkzionsweise ungestört ihre Entwicklung vollendet. Trotz der ökonomisch vorgeschrittenen Zustände Englands sind die sozialistischen Ideen in Deutschland weit mächtiger geworden, als in dem kapitalistischen Idealstaate und es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß der Sozialismus seine ersten entscheidenden Siege in Deutschland erringen wird — und zwar nicht trotz, sondern wenn die Propaganda richtig betrieben wird, mit Hilfe des Mittelstandes.

Feuilleton.

Soll das Hauswesen beschränkt werden?

Eine Studie vom sozialpolitischen Standpunkte aus.

Von Prof. Robert Stern.

Düstere Wolken umlagern den volkswirtschaftlichen Horizont. Die Periode des Rückschrittes ist über Oesterreich und Deutschland hereingebrochen und der Staat schwingt wieder wie einstens die Rute der Bevormundung.

Das Prinzip der individuellen Selbsthilfe, jenes fördernde Prinzip, das England und Amerika zu den reichsten Staaten der Welt gemacht hat, stirbt langsam dahin, und in einem Momente, wo Nationalitäten- und Rassenhaß heißer als je entbrennen, verschwindet das letzte Blau am volkswirtschaftlichen Himmel und die Nacht der Gleichgiltigkeit bricht herein.

„Zurück" ist heute die Parole und wetteifernd ringen Länder und Städte um die Ehre, die Flagge mit dem Krebsenwappen so hoch als möglich aufhissen zu dürfen. —

Ich sagte „Städte!" Hat sich's nicht in der jüngsten Resoluzion der Stadt Wien, welche der Legislative vorschlägt, ihr Augenmerk auf die Unterdrückung des Hausirhandels zu lenken, gezeigt? Und welche Gründe führen die ehrwürdigen Herren Stadträthe an?

„Das Hausirwesen unterstützt den Hang zur Lüderlichkeit und zum Nichtstun, es ruinirt die kleinen Geschäftsleute und ruft einen unnötigen Konsum von teilweise schlechten Waaren hervor."

Es galt ja doch für eine Errungenschaft der Neuzeit, daß das „günstige Meisterstück" in die Rumpelkammer kam. Wenn der Schuhmacher nichts gelernt hat und keine ordentlichen Stiefel machen kann, wird man ihm nichts abkaufen, und ein haltbarer Stiefel mit dem die Kunde zufrieden ist, bildet das beste Meisterstück. —

Es ist eine anerkannte Tatsache, daß die Hausirer sehr billig verkaufen, sich mit dem kleinsten Verdienste begnügen, und wenn schon zugegeben werden mag, daß die Qualität der Waaren nicht immer die beste ist, so ist es eben billiger Kram.

Wer gute, haltbare Waare kaufen will, der möge eben im Laden kaufen, der Hausirer führt leichte Waare und auch die ist Bedürfniß.

Es geht wol ein Sprichwort im Volksmunde herum, „Was billig ist, ist teuer". Nun gut! Der Arbeiter aber kann eben für eine Geldbörse z. B. nur einige Kreuzer ausgeben, auch wenn sie unverhältnismäßig weniger lange hält als eine um zwei Gulden.

Der Geschäftsmann muß seine Spesen, Auslagen und Beleuchtungsregien, Personalgehalte u. s. w. in Anrechnung bringen, der Hausirer aber begnügt sich mit dem kleinsten Nutzen, den seine „Arbeit" (ich meine die Bemühung die Waare von dem Produzenten zum Konsumenten zu bringen) rechnet er meist nur sehr gering an.

Eines der ältesten nazionalökonomischen Prinzipien — und ich glaube, daß es den Herren Stadtvätern (in ihrem hausherrlichen Dünkel) fremd ist, lautet: „Die Höhe der Zivilisation eines Staates zeigt sich in der Größe der Entwicklung wahrer Bedürfnisse und den Mitteln zu deren Befriedigung. Es ist die höchste kulturelle Errungenschaft wahrhafte Bedürfnisse entstehen zu machen und für deren Befriedigung zu sorgen.

Der Wilde ißt nur, trinkt und schläft — der Zivilisirte hat 1000 und aber 1000 Bedürfnisse.

Mancher Arbeiter, um ein Beispiel von dem Entstehen eines Bedürfnisses zu bringen, steckt sein Geld blos in die Tasche ein, es fiele ihm bei der engen Grenze seiner Geldmittel nicht ein, in einen Laden zu gehen und eine Börse zu kaufen, ja, die theuren Preise der Geldbörsen im Laden gestatten ihm den Ankauf garnicht, auch genirt es ihn in seiner groben Blouse im eleganten Laden lange zu feilschen — er unterläßt den Kauf — unterdrückt das Bedürfnis. (Also sowol ein nazionalökonomischer Nachteil! als auch ein kultureller, denn es zeigt gewiß von mehr Zivilisation, eine Börse, und wenn es die einfachste ist, zu tragen, als das Geld nur in die Tasche zu stecken). Nun bietet der Hausirer im Gasthause einen Geldbeutel an, er begnügt sich mit kleinem Gewinne, der Arbeiter genirt sich nicht die Waare lange zu prüfen — endlich wird der Handel geschlossen.

Es wurde das Bedürfnis geweckt, befriedigt, es ist Konsum entstanden, das Geld rollirt in der niederen Schichte, ebenfalls ein ökonomischer Nutzen und der Arme lebt dabei.

In Amerika, welches wir uns wol zum Muster nehmen könnten, ist das Hausirwesen unverhältnismäßig höher entwickelt als bei uns, und es fällt keinem amerikanischen Stadtrate ein, dasselbe beschränken zu wollen.

Weiters sagen unsere Herren Gemeinderäte, das Hausirwesen unterstützt den Hang zum Müssiggang!

Ich will zu diesem Passus nur eine Bemerkung machen.

Es gibt wol Ministerialräte mit tausenden Gulden Gehalt, die sich weniger plagen als ein armer Hausirer, der bis zur Mitternacht oder auch noch länger von Nahrungssorgen gequält von Wirtshaus zu Wirtshaus geht, zu Hause gar oft eine hungernde Familie hat und nicht bei jedem Tische zu dem ihn sein Geschäft führt, „liebende Worte" hört.

Auf die Behauptung: Das Hausirwesen öffnet der Vagabundage Tür und Tor, möchte ich mir die Frage

Politische Uebersicht.

Die letzte Nummer der sozialpolitischen Fachzeitung „Der Metallarbeiter" wurde konfiszirt.

In der Hammer-, Walzwerk- und Drahtfabrik der Firma F. V. Andrien in Bruck a. d. Mur haben heute den 5. September 40 Drahtwalzer wegen Lohnabzüge die Arbeit eingestellt. Unterstützungen sind dringend notwendig und an Leopold Jestl, Drahtwalzer bei Herrn Adrien einzuschicken. Die Gelder werden öffentlich quittirt. Vor Zuzug wird gewarnt.

Der Kleingewerbetag in Graz findet erst am 25. September statt.

Der Sedanstag wurde auch dieses Jahr wieder in Deutschland festlich begangen. Die Behörden boten alles auf, um den von amtswegen veranstalteten geräuschvollen Festlichkeiten den Anstrich eines wirklichen und wahren Volksfestes zu geben. Alle möglichen Belustigungsorte und Vergnügungen waren dem Volke freigegeben, die Schuljugend, die Kriegervereine und ähnliche „patriotische" Körperschaften mußten herhalten und durch öffentliche Aufzüge und großem Spektakel den Eindruck „tiefer nazionaler Begeisterung" zu erwecken. Unsere liberalen Blätter, die in früheren Jahren schon mit Geringschätzung von dem Sedanschwindel sprachen, werfen sich heuer in die Brust und erklären angesichts dieser „herzerhebenden begeisterten Kundgebungen eines ganzen Volkes", daß man sich an einem solchen Tage „mit Stolz" als Deutscher fühle. Sie kennen die Geduld und die Gedankenlosigkeit ihrer Leser, denen sie noch vor Kurzem von der in Deutschland herrschenden Reakzion zu erzälen wußten und denen sie noch gegenwärtig Telegramme und Berichte bringen über Ausweisungen von hunderten von ehrenhaften Staatsbürgern, die blos ihrer freiheitlichen Gesinnung wegen von Haus und Hof getrieben, aus dem Kreise ihrer Familien gerissen und ihres Erwerbes beraubt wurden. Wir finden, daß man angesichts solcher schmählicher Tatsachen nicht Ursache hat, auf sein Deutschtum so besonders „stolz" zu sein und würden es viel begreiflicher finden, wenn jeder freiheitlich gesinnte deutsche Mann zu solchen Zeiten hübsch still wäre und von seinem glorreichen Deutschtum keine Erwähnung machte. Es wird wol auch kein Vernünftiger den Nazionalstolz unserer Herren Zeitungsschreiber für baare Münze nehmen, sie brauchen blos jetzt, wo die Kuchelbader Schlägerei schon zu sehr abgenützt ist, wieder etwas „Deutsches", um es gegen das Ministerium Taaffe und gegen ihre nazionalen Gegner auszuspielen, sowie sie gelegentlich auch die französische Republik oder den russischen Nihilismus ihren Zwecken dienstbar machen.

Herr Gambetta hat, nachdem sich's herausgestellt hatte, daß er die berühmte eine Stimme Majorität im zweiten Wahlbezirke von Belleville nur durch Fälschung erlangt hatte — es waren eine große Anzal ungiltiger Stimmzettel zu seinen Gunsten für giltig erklärt worden — großmütig wie der Fuchs auf die Trauben, auf ein Mandat aus diesem Arrondissement verzichtet. Sein revoluzionärer Gegenkandidat Tony Revillon wurde bei der am 4. September vorgenommenen Nachwal mit 1800 Stimmen Majorität gewält. Außerdem wurden bei dieser Nachwal in Paris auch der Intransigent Passy und der Radikale Maret gewält.

Der Streik der Nagelschmiede in Staffordshire, Großbritannien, ist beendet, die Fabrikanten haben die verlangte Lohnerhöhung zugestanden.

Das Asilrecht der Schweiz für politische „Verbrecher" kann schon als nicht mehr vorhanden betrachtet werden. Vor einigen Tagen wurde von dort der bekannte Fürst Peter Krapotkin, nachdem er von London, wo er an dem Kongresse der Sozialrevoluzionären teilgenommen hatte nach der Schweiz zurückgekehrt war, ausgewiesen. (Unter den russischen Fürsten gibt es also, wie man sieht, auch „gefährliche" Revoluzionäre, während die unsrigen katolische Vereine gründen, die Bauern in die Kirche führen und sich im Notfalle auch an die Spitze einer Prozession stellen.) In dem vom schweizerischen Bundesrate erlassenen Ausweisungsdekrete wird unter anderem gesagt, daß Krapotkin zuerst als politischer Flüchtling unter dem falschen Namen Levaschoff nach der Schweiz gekommen sei; daß er seit 1879 der Hauptredakteur der „Revolte" (Nachfolger des unterdrückten Journals „L'Avantgarde") gewesen; daß er in öffentlichen Reden die Arbeiter angestiftet habe die bestehende Ordnung umzustürzen und sich des Eigentums (wessen?) zu bemächtigen;

Daß er am 18. März 1881, anläßlich des Jahrestages der Pariser Kommune, in einer öffentlichen Versammlung in der Brasserie Schieß in Genf eine Rede zur Verherrlichung der Ermordung des Zaren Alexander II. gehalten habe;

daß er der Hauptanstifter einer am 21. April in Genf angeschlagenen Proklamation gewesen sei, welche gegen die Hinrichtung der Mörder des Zaren protestirte und daß diese beiden letzteren Thatsachen in evidenter Weise bei der vom Bundesrate anbefolenen gerichtlichen Untersuchung festgestellt worden sind, trotzdem Krapotkin sich weigerte, auf die vom Staatsanwalt des Kantons Genf an ihn gestellten Fragen zu antworten;

daß er im Juli dieses Jahres als Abgeordneter der „Revolte" an einem anarchistisch-revoluzionären Kongreß in London teilgenommen und, seinem eigenen Journal zufolge, dabei Reden gehalten und zur Fassung von Schlußnamen beigetragen habe, deren eingestandener Zweck die Organisazion des Meuchelmordes und der Umsturz aller bestehenden Behörden ist, unter Anwendung „der chemischen und fistischen Mittel, welche der revoluzionären Sache bereits so viele Dienste geleistet haben und zum Schutze wie zum Angriffe noch größere zu leisten berufen sind" (Revolte vom 23. Juli 1881).

Die Bundesbehörde kann ein solches Treiben nicht dulden, welches, wenn ihm nicht ein Ende gemacht würde, geeignet wäre, die guten Beziehungen der Schweiz zu andern Staaten zu gefährden und Krapotkin werde daher ausgewiesen.

Aus Parteikreisen.

Am 1. September fand vor dem Wiener Landesgerichte eine geheime Verhandlung wegen Geheimbundes gegen sieben slavische Genossen statt. Sämmtliche Angeklagte wurden verurteilt u. z. Josef Krejci zu zwei Monaten, Vincenz Zich zu drei Monaten, Josef Rando, Josef Pizl und Josef Hruby zu je einen Monat, Wenzel Steffek zu sechs Wochen, Franz Hlawa zu drei Wochen strengem Arrest.

Die zweite für den 8. d. M. in Dreher's Bierhalle in Wien einberufene Volksversammlung wurde vom Herrn Oberkommissär des dritten Bezirkes zurückgewiesen, weil der Einberufer nicht seine Dokumente mitbrachte, obwol er als Staatsbürger gut bekannt ist. Es sieht bereits aus, als ob das arbeitende Volk über solch' tief einschneidende Fragen nur schweigen solle. Wir werden es uns merken.

Dienstag den 6. d. M. fand die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur dieses Blattes wegen Uebertretung des §. 23 Pr.-G. statt; die Anklage lautet wegen unbefugte Kolportage. Der Angeklagte wurde schuldig gesprochen und zu 10 fl. Strafe, eventuell zu 48 Stunden Arrest, verurteilt. Der Geklagte protestirte gegen die Fassung des Protokolls und meldete die Berufung an.

Die in Prag stattgefundenen und in letzter Nummer berichteten Hausdurchsuchungen hatten mehrere Verhaftungen zu Folge. Es wurden die Genossen Jirousek, Mottl, Schebek, Pienkawa und Nesler verhaftet und es soll gegen sie die Untersuchung wegen Hochverrates eingeleitet sein. — Beim Bezirksgerichte Prag wurde am 31. August wegen unerlaubter Kolportage einer nachträglich verbotenen sozialistischen Flugschrift die Genossen Johann Hraschek zu fünf Gulden, Josef Wenta zu drei Gulden, Josef Walsek und Josef Zonza zu je zwei Gulden verurteilt.

In der Nacht vom 27. auf den 28. August wurden die Genossen Emil Kaler aus Graz und Mattinger, Eberer und Wurmbrandt aus Kindberg im Lokale des Kindberger Arbeiterbildungsvereines verhaftet. Sofort nach der Abreise Kaler's aus Graz hatte die Grazer Polizeidirekzion an die Bezirkshauptmannschaft Bruck a. M. telegrafirt; als derselbe in Bruck ankam, fragte die Bezirkshauptmannschaft um Verhaltungsmaßregeln bei der Statthalterei in Graz an. Infolge Anordnung der letzteren fuhr der Bezirkskommissär R. von Freydenegg mit demselben Zuge, mit dem Kaler fuhr, nach Kindberg und avisirte hier die Schandarmerie von der Ankunft des letzteren. Trotz eifriger Rekognoszirung gelang es erst um halb ein Uhr Nachts den Genossen Kaler mit noch acht Kindberger Genossen im Vereinslokale anzutreffen. Natürlich wurde dort vom einschreitenden Regierungsvertreter, der mit drei Schandarmen erschien, eine „ungesetzliche" Versammlung entdeckt, eine minuziöse Persons- und Lokalsdurchsuchung vorgenommen und endlich nach Verfassung eines Protokolls die Verhaftung obengenannter Genossen verfügt, während die anderen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Sonntag den 28. August wurde bei allen Genossen, die im Vereinslokale angetroffen worden waren, Hausdurchsuchung vorgenommen, am Montag auf Befel der Grazer Sicherheitsbehörde in der Wohnung des Genossen Kaler. Die Staatsanwaltschaft Leoben verhängte über die Inhaftirten die Untersuchungshaft, und erhob gegen alle Teilnehmer der „geheimen Versammlung" vom 27. August die Anklage wegen Uebertretung der §. 14, 15 und 36 des Vereinsgesetzes. Bei der bereits am 31. August vor dem Bezirksgerichte Kindberg stattgefundenen Verhandlung wurden Genosse Eberer zu 14 Tagen, die übrigen Genossen aus Kindberg zu je sechs Tagen Arrest verurteilt; Kaler wurde freigesprochen. Mit Ausnahme Eberers wurden alle auf freien Fuß gesetzt. Eberer wurde wegen Mangels an Legitimazionspapieren in Haft behalten und trat die Strafe sofort an.

Vorigen Monat wurde bei Genossen Wenzel Simek in Kuttenberg gehaussucht; gefahndet wurde nach aufhetzenden Plakaten gegen die Juden oder Requisiten zu deren Anfertigung. Die Hausdurchsuchung blieb aber wie gewöhnlich resultatlos.

Wien. Den 26. August fand in geheimer Senatsgerichtsverhandlung der Prozeß gegen unsere Genossen Sagradischnig, Tischler, Heindl, Tischler, Mallischek, Tischler, Suiß, Tapezierer, Konrad, Spängler, wegen Geheimbündelei nach §§ 285, 286 und 287 statt. Oeffentlicher Ankläger St.-A. Suos, Vorsitzender Holzinger, Verteidiger Dr. Brosinag.

Anklageschrift:

Die k. k. Staatsanwaltschaft in Wien erhebt gegen Josef Sagradischnig in St. Paul, Bez. Oberburg in Steiermark geboren, dahin zuständig, 23 Jahre alt, katolisch, ledig, Tischlergehilfe, unbeanständet; gegen Franz Malitschek in Mährisch-Trübau geboren, nach Molixdorf, Bez. Trübau zuständig, 21 Jahre alt, katolisch, ledig, Tischlergehilfe, unbeanständet; gegen Josef Heintl in Domsdorf in Schlesien gebürtig, dahin zuständig, 25 Jahre alt, katolisch, ledig, Tischlergeselle, wegen Uebertretung nach §. 522 St.-G. mit 12 Stunden Arrest bestraft; gegen Otto Conrad, in Jörbich bei Halle in Sachsen geboren, dahin zuständig, 29 Jahre alt, evangelisch, ledig, Spänglergehilfe, unbeanständet; gegen Max Süß, in Waldkirchen, Bez. Wolfstein in Baiern geboren, dahin zuständig, 26 Jahre alt, katolisch, ledig, Buchbindergehilfe, unbeanständet;

die Anklage:

Josef Sagradischnig habe im Juni und Juli 1881 hier in Wien dadurch, daß er die Arbeiter Josef Malitschek, Otto Conrad, Carl Neumaier und einen bisher unbekannten Arbeiter in das Kaffeehaus des Wenzel Sappé, Gumpendorferstraße 64, einlud, denselben in einem Nebenzimmer des Kaffeehauses von ihm selbst verfaßte Statuten, betreffend die Bildung eines geheimen revoluzionären Bundes vorlas, die Anwesenden zum Beitritte aufforderte, dieselben mittelst Handschlages zur treuen Beobachtung der Statuten und strengsten Verschwiegenheit verpflichtete, ihnen die „Clubsteuer" per je 7 kr. ö. W. per Woche, u. zw. 5 kr. ö. W. für den Agitationsfond und 2 kr. ö. W. für den Unterstützungsfond für Verhaftete abnahm, dieselben veranlaßt, neue Mitglieder zu werben, und die konstituirende Versammlung des Bundes für den 2. Juli 1881 anberaumte, als Inländer eine Vereinigung mehrerer Personen, deren Dasein der Obrigkeit absichtlich verborgen gehalten wird, somit eine geheime Gesellschaft gestiftet, Mitglieder zu derselben angeworben und den Zusammenkünften dieser Gesellschaft beigewohnt, derselbe habe hiedurch das Vergehen der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft nach §. 285, 286 a, 287 a, b bis c St.-G., strafbar nach §. 288 St.-G. begangen.

Josef Heintl und Franz Malitschek haben um dieselbe Zeit hier in Wien dadurch, daß sie als Inländer den Zusammenkünften der ad I gedachten geheimen Gesellschaft beiwohnten, Heintl auch dadurch, daß er in der Person der Arbeiter Johann Wolojchka und Franz Skar Mitglieder zu dieser geheimen Gesellschaft anwarb, das Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft nach §§. 285, 286 a, 287 c St.G., Heintl auch nach § 287 b St.-G., bei Josef Heintl strafbar nach §. 289 St.-G. begangen.

Otto Conrad und Max Süß haben um dieselbe Zeit hier in Wien dadurch, daß sie zu der ad I gedachten geheimen inländischen Gesellschaft als Ausländer Mitglieder zu werben unternahmen, das Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach §. 286 a bis 293 b St.-G., strafbar nach §. 294 St.-G. begangen.

Es wird beantragt: 1. Fortdauer der Untersuchungshaft der 5 Beschuldigten nach §. 180, 175 2, 3 bis 4 St.-P.-O.; 2. Anordnung der Hauptverhandlung vor dem k. k. Landesgerichte Wien als Erkenntnisgerichte; 3. Vorladung der Zeugen Bernhard Frankel (21), Johann Wolojchka (33); 4. Vorlesung Nr. 1/a, 1/n, Beilagen ad 6, 9, 28, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 46, 47, der aus 53 und 52 erliegenden Schriften und der Auskunftstabellen.

Gründe:

Sämmtliche Angeklagten, dem Gewerbestande als Gehilfen angehörig und vermögenslos sind seit längerer oder kürzerer Zeit Mitglieder des Arbeiterbildungsvereines. Otto Conrad funkzionirte sogar bei dem Vereine als Ausschußmitglied und Max Süß durch einige Zeit als Obmannstellvertreter. Wenngleich zugegeben wird, daß die Tendenz und der Zweck dieses Vereines ein höchst lobenswerter und förderlicher ist, da er den wenig bemittelten Arbeiter durch Lektüre, Vorträge und anregenden geselligen Verkehr die Errungenschaften der Kultur und der fortschreitenden Industrie zugänglich macht, so

---

erlauben: Was werden denn die vielen Hausirer beginnen, wenn sie nicht mehr „vagabundiren" dürfen? Diese Leute, die meistens gar nichts gelernt haben, zu einer schweren Arbeit zu alt sind — denn es gibt in Wien nicht wenig Greise und Greisinnen, die hausiren, was werden die dann beginnen, wenn man ihnen das Stückchen Brot im Uebermute nimmt?

Es gibt Dinge, über die man nur mit Thränen im Auge sprechen kann, die sich nicht ändern lassen (?) und die der einzelne, wenn er auch noch so warm fült, mitansehen muß, um schließlich achselzuckend das Losungkwort längst todtgeglaubter Zeiten auszurufen: „Laissez faire, et laissez aller". „Möge es in Gottesnamen gehen, wie's geht — wir können's nicht ändern!" Etwas aber können wir und das sei Euch Arbeitern an's Herz gelegt.

In Amerika, wo, wie ich bereits bemerkte, das Hausirwesen außerordentlich ausgebreitet ist, begegnet man mit Achtung dem Hausirer, denn dort sind der Hausirer und Arbeiter gleichgestellt und „Arbeit" das höchste Ziel.

Nehmt Euch an Amerika ein Muster. Ehret Euren Beruf, die Arbeit, indem ihr dem Hausirer freundlich begegnet. Beherziget diese Worte, seid nicht unwirsch, wenn Ihr im Gasthause auch oft überlaufen werdet; bedenkt! der Arme hat ohnehin kein angenehmes Brot. Vor Allem aber: Höhnt den Hausirer nicht; laßt Euch nicht von übermütiger Gesellschaft hinreißen, ihn zum Zielpunkte Eurer heiteren Laune zu machen.

Durch Befolgung dieser wolgemeinten Lehre zeigt Ihr am Besten, daß der Volkswille nicht gegen den Hausirer ist; dann mögen getrost unsere Stadträte Beschlüsse fassen; der gute Wiener Arbeiter wird den armen Hausirer halten und die Resolutionen zu Schanden machen, die Unverstand und Hochmut geschaffen.

ist doch nicht zu verkennen, daß seit längerer Zeit größtenteils vom Auslande her durch Agitatoren und Flugschriften Bestrebungen und Ideen in den Verein eingeschmuggelt sind, welche mit den ursprünglichen Zwecken des Vereines nichts zu tun haben, ja denselben sogar schädlich entgegenwirken.

Es sind dies die Ideen und Pläne der sozialdemokratischen Propaganda und der Kommunisten, welche die Anklage füglich als allgemein bekannt voraussetzen kann, und die nur in der Richtung betont werden, daß deren Anhänger eine Verbesserung der materiellen Lage der arbeitenden Classe nicht aus der natürlichen nazionalökonomischen Fortentwicklung der Kapitals- und Arbeitsverhältnisse nicht aus einer vermehrten razionellen Anspannung aller Kräfte, sondern aus einem, wenn auch gewaltsamen Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung erhoffen.

Wie die im Besitze mehrerer der Beschuldigten gefundenen Exemplare solcher kommunistischen Journale und Flugblätter dartun, haben diese sozialdemokratischen Bestrebungen auch bei den Beschuldigten Anklang gefunden, und zählt laut Nr. 28 Otto Conrad zu den leidenschaftlichsten Anhängern der Lehren der Sozialdemokratie.

Die Anklage erachtet sich nicht berufen, an dieser Stelle die Bedeutung und Tragweite dieser kommunistischen Bestrebungen zu prüfen, es genügt hervorzuheben, daß sie, wie die Erklärung im Korrespondenzbogen erörtert, in der Art der Teilnahme der Beschuldigten ein ernst zu nehmendes staatsgefährliches Unternehmen nicht zu erblicken vermochte.

Der Beschuldigte Josef Sagradischnig scheint nun unter den Mitgliedern des gedachten Arbeitervereines den meisten Beruf in sich gefühlt zu haben, die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ideen in die Hand zu nehmen, denn er schritt zur Verfassung der Statuten eines geheimen revoluzionären Bundes, der aus Arbeiterkreisen rekrutirt werden sollte, und an die faktische Stiftung der geheimen Gesellschaft.

Die sub Nr. 1 a erliegenden zur Vorlesung beantragten Statuten, welche Sagradischnig, einer dem Malitschek gemachten Mittheilung gemäß, selbst verfaßt hat, obwohl er jetzt die geistige Vaterschaft leugnet, enthalten die Ziele und den Organisazionsplan des zu gründenden Geheimbundes.

Es soll nun den Angeklagten nicht zum Vorwurfe gemacht werden, daß er statt Zeit und Mühe zur Abfassung solcher halb unverständlicher, von ihm selbst in ihrer Tragweite gewiß nicht erfaßten kommunistischen Lehrsätze zu verwenden, viel besser getan hätte, seiner gewerblichen Tätigkeit zu obliegen, er hat diese Art seiner Zeitverwendung, die ihm vielleicht manchen Lohn-Gulden raubte, vor sich selbst zu verantworten, es soll kein Gewicht darauf gelegt werden, daß es besser wäre, vor Inangriffnahme weltbewegender Projekte, aufschreiende Mängel seiner Schulbildung nachzuholen. Es genügt zu konstatiren, daß das besagte Projekt 1/a, respektive diese Statuten nicht einen neuen, geschweige denn gesunden Gedanken enthalten, sondern nichts sind, als die mißratene Frucht der Lektüre sozialistischer Schriften, aus denen Schlagworte und geflügelte Sentenzen entnommen sind.

Der Beschuldigte Sagradischnig scheint für diese Mängel seines Entwurfes, wie es ja selbstverständlich ist, kein Gefühl gehabt zu haben, er ließ sich nicht an der schriftlichen Aufzeichnung seiner Gründungsideen genügen, er ging auch daran, den projektirten Bund sofort ins Leben zu rufen und mit diesem Schritte begann, da der Tendenz des Bundes selbst eine hochverräterische Qualifikazion nicht zugemessen werden kann, die Kollision mit dem Strafgesetz.

Er lud am 25. Juni 1881 Gesinnungsgenossen aus dem Arbeitervereine, den Malitschek, Conrad, einen gewissen Neumayer und noch einen dem Namen nach unbekannten Gesellen in das von Arbeitern häufig besuchte Kaffeehaus eines sichern Sappe in der Gumpendorferstraße, führte sie in ein anstoßendes Nebenzimmer, las ihnen die besagten Statuten vor und schritt in der, in der Anklage sub I bezeichneten Weise zur Stiftung der Gesellschaft.

Daß die besagte Vereinigung mehrerer Personen mit Rücksicht auf die staatsfeindlichen Tendenzen und den ganzen Vorgang der Obrigkeit verborgen bleiben mußte, also eine geheime Gesellschaft im Sinne des §. 285 a St.-G. war, ist klar und kann es mit Rücksicht auf die Natur dieser Gesellschaft wol keinen Zweifel unterliegen, daß die Stiftung der Gesellschaft die Anwerbung von Mitgliedern, die Beiwohnung an den Zusammenkünften für den Inländer, Anwerbung von Mitgliedern durch einen Ausländer unter die in der Anklage angeführten Strafsankzionen fällt.

Die Anklage muß an der Hand der Erhebungen den Standpunkt einnehmen, daß die Stiftung der geheimen Gesellschaft durch den Erstangeklagten in dem Momente eine vollendete Tatsache war, als er die angeworbenen Mitglieder mittelst Handschlag auf die Statuten zur Treue und strengsten Verschwiegenheit verpflichtete.

Der ersten Versammlung folgte eine zweite am 2. Juli 1881 ebenfalls einem Samstag, welcher Tag von Sagradischnig zu definitiven Konstituirung des Klubs, Wal des Kassiers und Obmannes anberaumt wurde. Mittlerweile war der Erstangeklagte der provisorische Schef und Kassier der Gesellschaft gewesen, der auch das zur Vorweisung beantragte Kassabuch führte, welches seit dem Bestande des Projektes Einnahmen in der Höhe von 6 fl. 45 kr. ö. W. und Ausgaben von 3 fl. 59 kr. nachweist.

Bei der zweiten Versammlung, in der auch noch mehrere andere von Heintl zugezogene Arbeiter als Mitglieder eintreten sollten, erfolgte die Aufhebung des geheimen Bundes durch die k. k. Polizei. Bei dieser Versammlung waren die 3 Erstangeklagten als ordentliche Mitglieder, dann noch einige Arbeiter, die erst durch Handschlag beglaubigt werden sollten und schon als Mitglieder angeworben waren, anwesend.

Als die Polizei ins Klublokale, Kaffee Sappé, eintrat, ging Sagradischnig gerade daran, den neueintretenden Adepten die Bundesstatuten, die er zusammengerollt in der Hand hielt, vorzulesen und wurde sein Bemühen, die Papierrolle unter dem Tische zu verstecken, durch den amtirenden Polizeikommissär vereitelt.

Der ganze in der Anklage behauptete Tatbestand ist durch den geständigen Angeklagten Malitschek und die saisirten Schriften, so wie durch den Zeugen Frankl und Woloschka erweisbar und erscheint gegenüber diesen Beweismitteln das Läugnen des Erstangeklagten, der die Zusammenkunft im Kaffee Sappé als eine harmlose gesellige Versammlung einiger Arbeiter darstellt und die Gründung und Existenz der geheimen Gesellschaft auf's Beharrlichste in Abrede stellt, ebenso unhaltbar, als das Leugnen der durch die geführten Beweise zu überführenden Angeklagten Heintl, Conrad und Süß.

Die Anklage ist demnach begründet.

Wien, 5. August 1881.

Der k. k. Staatsanwalt:
Pelser m. p.

Das intelligente Benehmen der Angeklagten und die gediegene Verteidigung des Dr. Broßinag vermochten nicht dem Denunziantentum, dem die Angeklagten zum Opfer fielen, ein freisprechendes Urteil zu erwirken, der Hochverrat wurde sonderbarer Weise fallen gelassen. Es wurden verurteilt: Genosse Sagradischnig zu 4 Monaten, Heintl zu 2 Monate, Malitschek zu 14 Tage, Süß und Konrad zu je 1 Monat und weil sie nicht das Glück hatten aus dem Herzogtum Oesterreich zu sein, wurden die zwei Letztgenannten ausgewiesen.

Zugleich lassen wir die Anklageschrift, der am 1. September gegen sieben Genossen durchgeführten Hauptverhandlung folgen:

Die k. k. Staatsanwaltschaft in Wien erhebt gegen Josef Krejci in Bohousav, Bez. Senftenberg in Böhmen gebürtig und zuständig, 31 Jahre alt, katolisch, ledig, gewesener Schlossergehilfe, derzeit Brodverschleißer, hiergerichts wegen Hochverrat angeklagt aber freigesprochen; Vinzenz Zich in Königstadl geboren und zuständig, 34 Jahre alt, katolisch, verheiratet, Sattlergehilfe, Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift „Nova doba" 1879 bei dem k. k. Landesgerichte in Prag wegen Vergehens nach § 285 St.-G. mit 2 Monaten Arrest; hiergerichts nach § 24 P.-G. mit 50 fl. Geldstrafe bestraft; Josef Randa in Taus in Böhmen gebürtig und zuständig, 26 Jahre alt, katolisch, ledig, Maschinschlosser, unbeanständet; Franz Hlawa in Pribram in Böhmen gebürtig und zuständig, 33 Jahre alt, katolisch, Witwer, Schlossergehilfe; wegen Unterlassung der Meldungsvorschriften polizeilich mit 24 Stunden Arrest bestraft; Wenzel Stefek in Revolitz, Bez. Taus in Böhmen geboren und zuständig, 31 Jahre alt, katolisch, verheiratet, Tischlergehilfe, unbeanständet; Josef Pigl in Prag geboren, nach Kuttenberg zuständig, 32 Jahre alt, katolisch, verheiratet, Tischlergehilfe, unbeanständet; Josef Hruby in Bukova, Bez. Pribram in Böhmen geboren und zuständig, 28 Jahre alt, katolisch, ledig, Sattlergehilfe, zweimal wegen Uebertretung des Diebstals mit 14 Tagen und 5 Tagen Arrest bestraft;

die Anklage:

Dieselben haben im Laufe des Jahres 1881 hier in Wien, dadurch, daß sie als Inländer Mitglieder einer Vereinigung mehrerer Personen zum Behufe der geheimen Organisation und Agitation der tschechischeslavischen Arbeiterpartei, deren (der Vereinigung) Dasein der Obrigkeit absichtlich verborgen gehalten wird, also Mitglieder einer inländischen geheimen Gesellschaft waren, daß sie in dieser Eigenschaft einer am 29. Juni 1881 nachmittag in der Meierei der Rosalia Kandler in Ober-St.-Veit bei Hietzing abgehaltenen Zusammenkunft dieser geheimen Gesellschaft beiwohnten, insbesondere Wenzel Stefek, Josef Randa, Franz Hlawa, Josef Pigl und Josef Hruby auch dadurch, daß sie in derselben Eigenschaft am 7. Juli 1881 in der Wohnung des Wenzel Stefek, 10. Bez., Humboldtgasse Nr. 34 einer Zusammenkunft derselben geheimen Gesellschaft beiwohnten; endlich Wenzel Stefek auch dadurch, daß er als Inländer und Mitglied der gedachten geheimen Gesellschaft in seiner Wohnung den Zusammenkünften dieser geheimen Gesellschaft Gelegenheit gab, indem er zur Zusammenkunft derselben am 7. Juli 1881 wissentlich seine Wohnung lieh, das Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Teilname an einer geheimen Gesellschaft nach den §§ 285, 286a, 287c und e, Wenzel Stefek auch nach § 287f St.-G., bei letzterem strafbar nach § 291 St.-G., bei allen anderen strafbar nach § 289 St.-G. begangen. Es wird beantragt: Fortdauer der Untersuchungshaft der Beschuldigten Josef Randa, Franz Hlawa, Wenzel Stefek, Josef Pigl, Josef Hruby nach § 180, 175 2 3 4 St.-P.-O. Belassung der Beschuldigten Josef Krejci und Vinzenz Zich auf freiem Fuße und Vorladung derselben. Zu der bei dem k. k. Landesgerichte Wien als Erkenntnißgericht anzuberaumenden Hauptverhandlung. Vorladung der Zeugin Rosalia Kandler F.-Nr. 19. Vorlesung der F.-Nr. 1/a, 1/b, 1/c, 1/l (5 polizeiliche Revisionsprotokolle) 17, 32a und b, 34/a, 38, 39, 40, 41, 42 sammt allen Beilagen, 44a und b, 45, 47, 48, 49, 51a—b, 5a—b, 55; Auskunftstabellen, die die Existenz der tschechisch-slavischen Arbeiterpartei und ihre Ziele betreffenden Stellen.

Gründe:

Im Laufe des Sommers 1880 kamen eines Tages in die Maierei und Bierwirtschaft der Rosalia Kandler in Ober-St.-Veit zirka 60 Personen, lauter anscheinend dem Arbeiterstande angehörige Männer. Der Besitzerin des Lokales wurde es sofort klar, daß es sich hier nicht um einen gewöhnlichen Vergnügungsausflug handle, sondern eine förmliche Arbeiterversammlung stattfinde, denn nach Instzenirung außergewöhnlicher Vorsichtsmaßregeln, Ausstellung von Warnungsposten, um unvorhergesehene Störungen zu vermeiden oder rechtzeitig zu erfahren, begann eine förmliche progammmäßige Abwicklung eines Meeting. Es wurden Reden gehalten, bei welchen der Name des bekannten Agitators Most genannt, republikanische und soziale Zustände und Fragen erörtert wurden; Briefe, die offenbar von Gesinnungsgenossen oder Komitees herrührten, wurden zur Verlesung gebracht und dann im Garten verbrannt.

Nachdem die Versammelten auch über die Regierung zu schimpfen begannen, bekam die Rosalia Kandler Angst und die Gesellschaft entfernte sich alsbald.

Am 29. Juni d. J., dem Peter- und Paultage, erschien um 3 Uhr dieselbe Gesellschaft, diesmal zirka 120 Arbeiter, ohne Frauenbegleitung, in derselben Maierei, begaben sich in den Garten, setzten sich nicht zu den Tischen, wie andere Gäste es zu tun pflegen, sondern lagerten sich in's Gras. So wie im vorigen Jahre wurden auf allen zum Lokale führenden Wegen Posten aufgestellt, die auf und ab gingen und von Zeit zu Zeit abgelöst wurden.

Abermals wurden Reden gehalten, diesmal durchwegs in böhmischer Sprache, aus Briefen vorgelesen; sobald jemand Fremder nahte, erfolgte der Warnungsruf und herrschte so lange Stille oder scheinbar harmlose Konversation in einzelnen Gruppen, bis sich die Versammelten wieder ungestört sahen. Am besagten Nachmittage scheint auch eine Wal vorgenommen worden zu sein, denn Rosalia Kandler beobachtete, daß die Versammelten in Zwischenpausen sich zu den Tischen begaben, und auf Zetteln schrieben. Abends halb 8 Uhr entfernten sich die Versammelten gruppenweise.

Die Kandler erachtete es für ihre Pflicht von diesem verdächtigen Treiben später die Polizei zu verständigen, welche sofort den Versammlungsort einer Revision unterzog, in Folge derer teils vollständige, teils zerrissene Einladungen, unterzeichnet mit dem Namen des Angeklagten Krejci; Walzettel, Flugschriften u. s. w. gefunden wurden.

Die polizeiliche Maßregel erwies sich als sehr wirksam, denn am 3. Juli morgens um 8 Uhr erschienen 2 Männer im Garten der Meierei, welche sich am 29. Juni unter der Gesellschaft befunden hatten; sie hatten ein Frauenzimmer bei sich, die anscheinend harmlos die am Versammlungsorte zurückgebliebenen Zetteln sammeln wollte, jedoch nichts mehr finden konnte, als leere Papierstückchen, die die Polizei liegen gelassen hatte.

Es kann nun eben bei der geschilderten Art und Weise, wie diese Versammlung abgehalten wurde, die in Szene gesetzten Vorsichtsmaßregeln schon an und für sich keinem Zweifel unterliegen, daß die Versammlung, welchen Zweck immer sie gehabt haben mochte, eine solche war, die überhaupt und insbesondere der Obrigkeit verborgen bleiben sollte.

Mit diesem augenfälligen Bestreben, den Zweck der Versammlung und das eigentliche Wesen derselben geheim zu halten, steht nun der Wortlaut der am Tatorte aufgefundenen Einladungen sub F.-Nr. 1 a d 42 und die spätere damit übereinstimmende Verantwortung der Beschuldigten in krassem Wiederspruche.

Hienach soll es sich bei der gedachten Zusammenkunft nur um die Beratung über die Gründung einer Kassa für die böhmischen Arbeiter in Wien gehandelt haben. Um der Versammlung einen legitimen Anschein zu erteilen, beruft sich Entsender der Einladungen sogar auf den § 2 des Versammlungsgesetzes und weist die Geladenen ausdrücklich an, daß sie nur mit den Einladezettel Zutritt zur Versammlung haben.

Es braucht wol nicht hervorgehoben zu werden, daß diese angebliche Besprechung über die Gründung der Kassa, selbst wenn sie ein Teil der Tagesordnung der Versammlung vom 29. Juni 1881 gewesen ist, nicht der eigentliche Wunsch, nicht der Hauptzweck der Zusammenkunft war, denn zu dieser harmlosen von keiner Behörde zu beanständenden Sache, bedurfte es keiner geheimnißvollen Liga, keiner Warnungsposten, bedurfte es keiner langatmigen Reden, keiner politischen und sozialdemokratischen Schriften.

Die Anklage kann vielmehr mit Rücksicht auf den geheimnißvollen Vorgang, die bei einigen der Angeklagten saisirten zur Vorlesung beantragten die geheime Organisation und Agitation der tschechoslavischen Arbeiterpartei in Wien betreffenden Schriften, die Elemente der Versammlung selbst, die Qualität der Angeklagten, die sich frank und frei als Anhänger der gedachten Arbeiterpartei und der sozialdemokratischen Ideen bekennen, die gerichtlichen Anstände, welche mehrere derselben wegen agitatorischer Umtriebe gehabt haben, und die eigentümliche Verantwortung einiger der Beschuldigten, welche beharrlich leugnen, am 29. Juni der Versammlung in St. Veit beigewohnt zu haben, dieses Läugnen aber gewiß nicht nötig hätten, wenn es sich nur um die harmlose Gründung einer Kassa gehandelt hätte, — die Behauptung aufstellen, daß der eigentliche Zweck der Versammlung die geheime Organisation der slavischen Arbeiterpartei war, welche, wie aus den Prager Strafakten und dem zur Vorlesung beantragten Programm sub 1/a sozialdemokratische Tendenzen verfolgt.

Bei diesem Karakter der Versammlung, wenn derselbe auch nach § 285 St.-G. zu dem von der Anklage behaupteten Tatbestande gleichgiltig ist, ist die Geheimhaltung für die Teilnehmer unerläßlich, da die Obrigkeit bei Gefahr der sofortigen Aufhebung oder Verhaftung der Teilnehmer von der Agitation keine Kenntnis erhalten darf. —

Eine solche Vereinigung mehrerer Personen fällt aber unter die Norm des § 286a St.-G. Wenngleich

nun die Anklage nicht in der Lage ist, einen der Beschuldigten die Stiftung dieser geheimen Gesellschaft zur Last zu legen, vielmehr zugeben muß, daß dieselbe schon vor längerer Zeit, wahrscheinlich in Prag stattgefunden hat, so meint sie doch auf Grund der Erhebungen die Behauptung aufstellen zu dürfen, daß die sämmtlichen Beschuldigten Mitglieder der geheimen Gesellschaft sind.

Wer anders als ein Mitglied kann die Einladungen erlassen, die zweifellos, wie die Unterschrift und die Aussage des Josef Pizl ergibt, vom Veranstalter der Versammlung Josef Krejci herrühren.

Ein Mitglied ist offenkundig Vinzenz Zich, Redakteur und Herausgeber der Arbeiter-Zeitung „Nova doba", ein mitten in der Agitation befindlicher Mann, der bereits im Jahre 1879 in Prag wegen Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft zu einer zweimonatlichen Arreststrafe verurteilt wurde.

Mitglieder sind zweifelsohne die nach den vorgefundenen Walzetteln an der Zentralleitung beteiligten 5 letzten Angeklagten, welche am 7. Juli 1881 in der Wohnung des Stefek eine Sitzung gehalten haben, denn die Verantwortung der Beschuldigten, daß es sich bei dieser Zusammenkunft um die Vorbesprechung wegen der Kandidatur Stefek's zur Obmannsstelle des Vereines „delnicky jednota" gehandelt habe, ist ebenso eine leere Ausflucht, wie die Gründung der Kassa.

Wozu wäre bei einer harmlosen Besprechung zur Wal des Obmannes eines behördlich konzessionirten Vereines die Geheimhaltung bei streng verschlossenen Türen gewesen, wofür währte die Verlegenheit bei dem Erscheinen polizeilicher Organe, welche die Versammlung aufhoben und die Teilnehmer verhafteten, wozu endlich dienen die eine Agitation der Arbeiterpartei betreffenden Schriften und Programme?

Die Behauptung der Anklage, daß die Angeklagten und zwar alle der Versammlung am 29. Juni, die fünf Letzteren der Versammlung am 7. Juli in Stefek's Wohnung beigewohnt haben, basirt sich, da die zweite Zusammenkunft in flagranti gestört wurde, bei dieser also über die Anwesenden kein Zweifel entstehen kann, auf das Geständnis des Hlawa, Pizl, Hruby, welche auch präzise betonen, daß Krejci, Zich, Randa, Stefek, die am 29. Juni 1881 nicht in St. Veit gewesen sein wollen, der Zusammenkunft in der Kandl'schen Meierei beigewohnt haben, zudem erkennt die Rosalia Kandler den Randa und Zich als solche, die bei ihr gelegentlich der Versammlung von Arbeitern zu Gaste waren.

Es erscheint demnach die Behauptung der Anklage, daß die Beschuldigten, welche sämmtlich Inländer sind, eine Handlung im Sinne des § 287 alinea c St.-G. gesetzt haben, ebenso erweisbar, wie die dem Beschuldigten Stefek zur Last gelegte Einräumung der Wohnung, die er im Tatsächlichen zugibt und nur in der Richtung läugnet, daß es sich am 7. Juli 1881 nicht um eine geheime Gesellschaft gehandelt habe.

Die Anklage ist demnach begründet.

Wien, den 11. August 1881.

Der k. k. Staatsanwalt:
Pelser m. p.

Nähres über diesen Prozeß folgt in nächster Nummer.

Kindberg. In Folge des jetzigen minderen Geschäftsganges der Sensenindustrie, waren die Fabrikanten mehrerer Orte bemüssigt, weniger Arbeiter in der bekannten Lieferungszeit, (Frühjahr und Herbst) zu beschäftigen, wodurch viele Sensenarbeiter arbeitslos wurden und daher gezwungen sind, irgend eine andere Beschäftigung zu suchen. Zufälliger Weise traf es sich jetzt, daß das Eisen- und Stahlwerk Aumühl bei Kindberg in besseren Betrieb gesetzt wird und daher neue Arbeiter benöthigte. Jedoch, eine den Arbeitern sehr nachteilige Unterredung zwischen dem Direktor von Aumühl und ein Paar Sensenfabrikanten brachte es so weit, daß trotz dem kein einziger Sensenarbeiter, welcher in Kindberg in Arbeit stand, aufgenommen wird. Wenn ein solcher hinkommt und um Arbeit anfrägt, wird er ganz einfach mit den Worten: „Keinen Sensenarbeiter kann ich nicht brauchen" oder: „Weil Sie in Kindberg gearbeitet haben, mag ich Sie nicht" u. dgl. m. abgefertigt.

Sensenarbeiter Kindbergs! Betrachtet die große Zal von Arbeitern Eueres Faches, bedenket die schönen und großartigen Werke, welche durch eine allgemeine Vereinigung unter Euch und durch eine starke und massenhafte Teilnahme am Vereinswesen erzielt werden könnten. Brauchten dann Euere Geschäftskollegen in Arbeitslosigkeit Not und Entbehrung leiden? gewiß nicht. Beteiligt Euch zalreich und massenhaft am Vereinsleben und Ihr werdet alsbald in Folge dessen das Werk blühen und Früchte tragen sehen. Die Vereinsleitung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines hat es daher auch für dringend notwendig erachtet, in Folge dieser Vorkommnisse, Vorkehrungen zu treffen, welche sie durch Einführung einer Unterstützungskassa für arbeitslose Mitglieder am Besten zu steuern glaubt. Die Kassa hat bereits bei der letzten Monatsversammlung, den 14. August, ihre Tätigkeit begonnen und wird unermüdet trachten, dieselbe immer besser zu entfalten.

Daher Sensenarbeiter, sowie auch alle anderen Branchen von Gewerbe und Industrie, vereinigt Euch und strebt vorwärts.

P. H.

Freitag den 16. September l. J., um ½9 Uhr vormittags, findet beim hiesigen k. k. Bezirksgerichte in Anwesenheit eines Vertreters der k. k. Staatsanwaltschaft, die Hauptverhandlung gegen Genossen Johann Eberer, Schuhmacher, Obmann des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines, wegen Uebertretung der §§ 15 und 21 des Vereinsgesetzes, statt. Bei den Verhören am 20. Juni und 2. Juli lautete die Anklage auf Störung der öffentlichen Ruhe, und auf einmal wurde eine Vereinsgesetzübertretung daraus. Sonderbar! Wir wissen, wo man damit hinaus will, wie man das Resultat wünscht, und welche Folgen man daraus ziehen will. Wir stehen auf festem Fuß.

G. v. K.

Ausweise.

Nr. 102.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Rockstroh 4, die roten Spengler in der Josefstadt 1·—, die Nachlässigen am Fleischmarkt 2·—, Floridsdorf 50, Troja 30, Herzog 20, Lebert 5, Klika 15, Familie Hampel 80, Lasnicek 50, Fürst 22, Neubäuser 20, N. V. W. 50, Seifert, Neitendorf 33, Floridsdorf 20, Floridsdorf 2·60, L. A. 20, Seebacher 10, Freiheit und Licht, vergessen die Dreshsler nicht 75, Meerschaum- und Bernsteinwaarenfabrik Rothmiller durch Altmann 1·—, Meerschaumbildhauer 1·8, Höfner 2·—, Arb.-Sänger-Bund 4·20, Rockstroh 20, Futschik 40, M. Franda 50, Moritz 20, Rischawi 14, J. R. 20, J. M. 20, die Aufgeklärten im Atelier Muschka 1·10, die Roten von Mariahilf 1·20, A. G. 50, T—h. 30, Silbergulden, ein Hutmacher 1·—, ein Hutmacher 40, Mayerhofer, Beck 20, Grünböck 10, Hufeisenwurst 41, die Roten von Neubau 1·36, Genossen Atzgersdorf 1·—, Genossen Liesing 65 die Roten von Neubau 1·38, die 7 Schwaben, Floridsdorf 30, D. Pauli, Hainfeld 50, M. Krennmayer, Waidhofen 20, Herold 20, Hacker, Baaden 10, die Sternberger Spaziergänger 1·60, durch Frl. M. Langer 1·63, von einer Kirchweihgesellschaft während des Gewitters in der Brüssauer Hinterbrühl 1·40, Genossen am Wasserfall 1·—, die Hungerleider in Römerstadt: Tanzer 20, Reich 20, Genossen Floridsdorf 10·78, detaillirter Bericht liegt beim Genossen Josef Till auf, Treibal 20, Männer 10, Lenfeld 10, Klein 10, Brenner 10, Teimer 10, Zang 10, Märaus 10, Schwab 10, Czaka 10, Schinko 10, Bednarz 10.

Summe 49 fl. 37 kr.

An die Parteigenossen!

Indem ich die Redakzion des Zentralorganes der tschechoslavischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Dělnické Listy" übernommen habe, ist es mir weiter nicht möglich, mich mit den Geldsammlungen zur Unterstützung der Familien der Inhaftirten zu befassen. Ich danke im Namen der Unterstützten den Parteigenossen für ihre Opferwilligkeit, durch welcher „Sie" manche Träne trockneten, manche Verzweiflung linderten; die Not konnte aber doch wegen der Häufigkeit der Verhaftungen von der Schwelle der Betroffenen nicht gebannt werden. In der Ueberzeugung, daß die Parteigenossen mit ungeschwächten Kräften auf irgend welche Weise und zu jeder Zeit für Gemaßregelten einstehen, zeichnet sich mit sozialdemokratische Gruß und Handschlag

Josef Hybes.

Briefkasten.

Wegen Raummangel mußten mehrere Berichte für die nächste Nummer zurückgelegt werden.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Jeden Samstag im Lesezimmer, Gerhold's Bierhalle, Stadt, Schottenring 15, Zusammenkunft. Auch werden Einschreibungen vorgenommen.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.
Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.
Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.
Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.
Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene.
Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Gewerkverein der Eisen- und Metallarbeiter Wiens und Niederösterreichs.

Einschreibungen finden an folgenden Orten statt:

Zentrallokal, Wieden, Schleifmühlgasse, im Gasthause „zum goldenen Fassel", jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags und Montag von 7 bis ½ 10 Uhr abends von Ludwig Pärtner.

Leopoldstadt, kleine Pfarrgasse, im Gasthause „zum Nußdörfl", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Rudolf Pokorny.

Landstraße, Steingasse 7, im Gasthause „zum Auge Gottes", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Adalbert Hanisch.

Simmering, Hauptstraße, im Gasthause „zur Tramway", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Johann Bauer.

Favoriten, Laxenburgerstraße 16, Gasthaus „zur eisernen Kugel", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Johann Rouge.

Josefstadt, Langegasse, Dobrowas' Gasthaus, Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Karl Hangl.

Fünfhaus, Feldergasse 10, „Hotel Fischl", Montag von 7 bis 9 Uhr abends von Peter Zuber.

Hernals, Kirchengasse 19, Gasthaus „zum Bäckersaal", jeden Samstag abends von ½8 bis 10 Uhr von Karl Hütl.

Penzing, Poststraße. in Ruftler's Gasthaus, jeden Sonntag vormittag von 9 bis 12 Uhr von Franz Klimek.

Slavische Volksversammlung

Sonntag, den 18. September, nachmittags 2 Uhr, bei den „drei Engeln", 4. Bez., große Neugasse. Genossen, erscheint alle.

Volksversammlung

Montag, den 12. September, in Zobel's Bierhalle, mit folgender Tagesordnung: 1. Die Verteuerung der Lebensmitteln. 2. Die Presse.

Wien. Den Mitgliedern des ersten Wiener Arbeiter-, Spar-, Vorschuß- und Anschaffungsvereines wird zur Kenntniß gebracht, daß die Filiale, woselbst Einlagen, Vorschuß-Rückzalungen, sowie Beitrittsanmeldungen jeden Samstag abends von 8 bis 9 Uhr angenommen werden, im Gasthause des Herrn Barnert, 5. Bez., Ecke der Gries- und Gartengasse, am 3. September l. J. eröffnet wurde.

Wien. Montag, den 12. September, ½8 Uhr abends, findet in Pilz' Bierhalle, 6. Bez., Rahlgasse 8, eine freie Schneiderversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Genossenschafts-Angelegenheiten und Genossenschaftswalen. 2. Die Presse.

Wien. Sonntag, den 25. September 1881, findet die Gründungs-Liedertafel des Arbeiter-Bildungsvereines, verbunden mit Konzert und Tanzkränzchen, in den Sälen „zu den drei Engeln", 4. Bez., große Neugasse, statt. Früher gelöste Karten 30 kr., an der Kasse 40 kr. Anfang 8 Uhr. Das Programm wird in nächster Nummer bekannt gemacht.

Wien. Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und -Arbeiterinnen Wiens. Jeden Mittwoch Ausschußsitzung in der Zentrale in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6. — 1. Lesezimmer: Fünfhaus, Sechshauser Hauptstraße in Faras' Gasthaus „zum weißen Adler". — 2. Lesezimmer: Sechshaus, Wehrgasse in Herrn Daubal's Gasthaus. — 3. Lesezimmer: Meidling, Ecke der Mißbach- und Bonygasse in Herrn Schlemin's Gasthaus. — Jeden Samstag von 7 bis 9 Uhr finden Einschreibungen statt.

Ferner gibt der Ausschuß seinen Mitgliedern bekannt, daß Sonntag, den 2. Oktober, ein Zeichnen- und Elementarunterricht beginnt. Die Mitglieder werden ersucht, sich zalreich daran zu beteiligen.

Der Ausschuß.

Atzgersdorf. Die Genossen von Atzgersdorf veranstalten am 11. September ein deutsch-slavisches Verbrüderungsfest. Es werden hiezu alle Wiener Genossen eingeladen.

Harzdorf. Sonntag, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, feiert der Fortbildungs- und Unterstützungsverein in Ullrich's Restauration sein diesjähriges Gründungsfest, bestehend aus Konzert, Gesang und deklamatorischen Vorträgen. — Da der Verein keine Einladung versendet, so ergeht an alle Vereine gleicher Tendenz die höfliche Aufforderung, das Fest durch Delegirte, Begrüßungsschreiben verschönern zu wollen.

Auffig. Montag, den 12. September, um 8 Uhr abends, findet in der Restauration „zur Königshöhe" die Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines statt. (20)

Auffig. Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags, feiert der hiesige Arbeiter-Bildungsverein in der Restauraxion „zur Königshöhe" sein zehntes Gründungsfest. Abends Tanzkränzchen. (20)

Zur Beachtung.

Es diene allen Vereinen hiemit zur Kenntniß, daß Vereinsberichte wegen Raummangel so kurz wie möglich gefaßt sein müssen und sich nur rein auf die Tätigkeit der Vereine beschränken dürfen, alles Uebrige ist überflüssig.

Zu vermieten

ein Bett für einen Parteigenossen auf einer Kammer. Auskunft in der Redakzion.

Juliana Benisch, Weißnäherin, erzeugt Herren- und Damenwäsche. Josefstädterstraße 88, Tür. 3. (20)

Noiso!

Wegen durch arge Verschlimmerung meines Lungenleidens eingetretener, derzeitiger Unfähigkeit wolle man mein Inserat in den vorigen zwei Nummern, dessen zweite Einschaltung überhaupt nicht beabsichtigt war, als annullirt betrachten.

F. Kals, Liezen.

Im Verlage des Genossen Emil Kaler, Graz, Schießstattgasse 2, 2. Stock, ist erschienen:

Sammlung

von sozialpolitischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen.

Erscheint in monatlichen Heften à 7 kr., bei Vorausbezalung 3 aufeinanderfolgender Hefte 20, 6 Hefte 40, 12 Hefte 80 kr.

Inhalt des dritten Heftes, welches demnächst erscheint: „Die nazionale Frage in Oesterreich und die Stellung der Arbeiter ihr gegenüber."

Im Verlage der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist erschienen:

Die soziale Baukunst.

Preis des ersten Bandes (Heft 1—13) brochirt 4 Fr. 50 Cent., gebunden 5 Fr. Halbleinwand, ganz Leinwand 5 Fr. 50 Cent.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Die nächste Nummer erscheint am 22. September.

Herausgeber und Verleger: Franz Moh, Andreas Grosse, August Bolidek, Heinrich Boke, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Moh.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 48. Wien, Donnerstag 22. September. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit Nummer 49 beginnt ein neues Quartal zum **Abonnement** der Zeitschrift

Die Zukunft

Sozialdemokratisches Organ.

„Die Zukunft" erscheint **monatlich zweimal**, und zwar **an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.**

Das Abonnement beträgt für **Oesterreich-Ungarn:**

halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Genossen!

Wir ersuchen alle Jene, deren Abonnement zu Ende oder welche im Rückstande sind, dasselbe umgehend zu erneuern, damit in der Zusendung des Blattes keine Unterbrechung stattfindet.

Die Herausgeber.

Freiheit.

I.

Es gibt viele Menschen, welche die bestehenden politischen Zustände ganz in der Ordnung finden, und zwar nicht nur solche, die aus denselben Vorteil ziehen, sondern auch solche, die darunter leiden. Nicht vielleicht, daß diese guten Leute mit ihrer Lage zufrieden wären, o nein, sie haben viel zu klagen, sie führen ein mühseliges, elendes Leben, aber sie suchen und finden die Ursachen ihrer Mühsal und ihres Elends ganz wo anders, als wo sie tatsächlich sind. Wenn nur alle Jene, denen der gegenwärtige Stand der Dinge Gewinn bringt, über unsere „freiheitlichen" Einrichtungen entzückt wären und alle Jene, welche nichts davon spüren, alle Anstrengungen machten, um eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse zu ihren Gunsten herbeizuführen, so brauchte uns um das Hereinbrechen des goldenen Zeitalters wahrlich nicht bange zu sein. Denn die Einen, welche die Aufrechthaltung der gegenwärtigen Einrichtungen im eigenen Interesse wünschen, zälen nach Tausenden, die Anderen, durch die jetzige Lage der Dinge Gedrückten und Geschädigten, nach Millionen und sobald die Millionen nur einmal wüßten, wo sie der Schuh drückt, könnten sie von den Tausenden nicht mehr gezwungen werden, dieses unbequeme Kleidungsstück auf dem Leibe zu behalten. Die Dummheit ist und war daher zu allen Zeiten des Menschen schlimmster Feind.

Die große Masse denkt nicht — wieso das kommt und daß sie selbst nichts dafür kann, dies auseinanderzusetzen, würde uns heute zu weit führen — sie nimmt den Schein für die Wirklichkeit, den Namen für die Sache und wundert sich dann, indem sie die Sache zu besitzen glaubt, während man ihr nur den Namen der Sache gegeben hat, daß sie, trotzdem sie nun das besitzt, wonach sie sich so sehr gesehnt und von dessen Besitz man ihr so viel Angenehmes versprochen, keine Aenderung in ihrem materiellen Wolbefinden verspürt. Es ist darum nichts Merkwürdiges, daß das Volk gegen den Begriff Freiheit, von dem man ihm nur die äußeren Formen gegeben hat, gleichgültig wird. Es hat, seitdem man ihm gesagt: „du bist frei" und verschiedene Dinge eingeführt hat, die anscheinend zwar nur idealen Wert habend, doch in der Folge auch sein Wolbefinden erheblich steigern sollten, die Erfahrung gemacht, daß Not und Elend, Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger durch die Freiheit nicht nur nicht ausgerottet wurden, sondern daß sich diese Plagen der Menschheit immer mehr und mehr ausbreiten und eine immer größer werdende Anzal von Menschen in ihren düsteren Bereich ziehen. Ist es hiernach ein Wunder, wenn es die Freiheit, die es kennen gelernt, geringschätzt und sich mehr dafür interessirt, ob das Rindfleisch billiger oder das Bier teurer geworden ist?

Daher kommt es auch, daß viele gutdenkende Menschen nicht begreifen können, was denn diese Wüler und Krakeler noch Alles wollen, warum sie denn ewig keine Ruhe geben und warum namentlich die Arbeiter sich nicht lieber um Dinge kümmern, die sie angehen, statt um Politik. Was habt ihr von eurer konstituzionellen Verfassung, von eurer Rede- und Preßfreiheit, Eurem Vereins- und Versammlungsrecht, euren Geschwornengerichten, den konfessionellen Gesetzen u. s. w., hört man sie sagen, schaut lieber, daß das Leben wolfeiler wird! Und wenn ihr einen älteren Bürger aus der guten alten Zeit antrefft, wird er Euch erzälen, was man zu seiner Zeit um einen „Silberzwanziger" Alles bekommen hat, wie billig die „Backhändeln", wie groß die gebackenen Rostbraten und die Kreuzerwecken damals waren, als es noch keine Konstituzion, keine Preß- und Redefreiheit in Oesterreich gab und als man noch den gegenwärtigen k. k. Wiener Hof-Männergesangverein als staatsgefährliche Körperschaft betrachtete und polizeilich streng überwachen ließ.

Ja, wenn es unter Metternich so gut war und es in der Freiheitsära der Giskra-Herbst, Auersperg-Lasser und Taaffe so schlecht ist, wer zum Teufel soll sich da noch für die Freiheit begeistern?!

Ist denn eine konstituzionelle Verfassung wirklich für das Volkswol von keiner Bedeutung? Hat die Rede- und Preßfreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht für das Volk keinen Wert? Haben die Geschwornengerichte in den Rechtsverhältnissen und die konfessionellen Gesetze in Sachen der Gewissensfreiheit nicht einen vollkommenen Umschwung herbeigeführt?

Diese Fragen lassen sich nicht in der Geschwindigkeit mit Ja oder Nein beantworten. Konstituzion, Rede- und Preßfreiheit, u. s. w. sind Dinge, die man nicht loben oder tadeln kann, ohne ihre Qualität geprüft zu haben, und zu zeigen, welchen Wert unsere Freiheiten für das Volk haben, wieso es kommt, daß die von ihrer Einführung gehofften Wirkungen sich nicht einstellten, wollen wir in einem zweiten Artikel des Näheren ausführen.

Politische Uebersicht.

Der bekannte Sistirungsminister Graf Richard Belcredi ist zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes ernannt worden. Darob großes Geschrei in den verfassungstreuen, großer Jubel in den föderalistischen Blättern. Uns macht die Nachricht weder kalt noch warm.

Der Wiener Gemeinderat geht abermals daran, vom niederösterr. Landtage die Aufhebung der Walkörper und Ausdehnung des Walrechtes auf die (12 fl. Steuer zalenden) „Fünfguldenmänner" zu verlangen. Die Wäler für die Wiener Gemeindevertretung sind bekanntlich in drei Walkörper eingeteilt, u. zw. enthält der erste Walkörper 3235, der zweite 5070, der dritte 16.668 Wäler und jeder Walkörper wält 40 Gemeinderäte. Es wälen mithin die 8000 höchst und hochbesteuerten Wäler zusammen 80, und die 16.000 minderbesteuerten nur 40 Gemeinderäte, während mehr als 10.000 mit direkter Steuer belegte Gemeindeangehörige und ungezälte Tausende, die nur indirekt steuern, vom Walrechte gänzlich ausgeschlossen sind. Es ist ja bekannt, daß sich die Hausbesitzer des ersten und zweiten Walkörpers die von ihnen an das Steueramt abgelieferten Steuern von ihren Mietern ersetzen lassen wie ja auch jeder Industrielle die ihm auferlegten Steuern auf die von ihm erzeugte Waare, mithin auf deren Konsumenten wälzt. Was soll man nun zu einer Gerechtigkeit sagen, nach der man demjenigen, der die Steuer bezahlt, die politischen Rechte verweigert und sie dem doppelt und dreifach zuerkennt, der die von Andern bezalte Steuer an das Steueramt abführt?! Und da stellen sich unsere parisäischen Liberalen und deren Lohnschreiber noch entrüstet, wenn man von politisch rechtlosen und unterdrückten Klassen, von Klassenherrschaft und Klasseneinrichtungen spricht!

Am 10. d. M. wurden in Graz bei 35 Personen von Nachmittag bis Mitternacht Haussuchungen gehalten, und alte Zeitungen, Sparkassabücher, Schulbücher, Meldzettel, Gebetbücher, kurz Alles von Drucksorten und Schriften mitgenommen und mittelst Karren transportirt.

Wie Pariser Parteiblätter melden, wurden vergangenen Monat zwei polnische Sozialisten, Marian Pekofski und Ignaz Seckofki, von der österr. Regierung an Rußland ausgeliefert. Sie waren im Februar in Krakau verhaftet worden und ihre Auslieferung erfolgte im August. Die österr. Regierung hat demnach von dem Rechte, welches sie sich durch die Konvenzion von 1874 gewahrt, nämlich politische Flüchtlinge an fremde Regierungen nicht auszuliefern, keinen Gebrauch gemacht.

Nach den Versicherungen der „gutgesinnten" Blätter waren anfangs September die Augen aller Völker Europa's mit Spannung nach Danzig gerichtet, wo sich der „Heldengreis" Wilhelm mit dem neugebackenen Zar Alexander ein Stelldichein gegeben hatte. In Wahrheit kümmerten sich die Völker Europa's sehr wenig um die Zusammenkunft der beiden „erlauchten" Häupter und würden dies wahrscheinlich noch weniger getan haben, wenn die Bedeutung dieses Rendezvous von den nach Sensazionsnachrichten gierigen Zeitungen nicht so sehr hinaufgeschwindelt worden wäre. Für uns ist an dem Ereignisse nur die Angst interessant, mit welcher der russische Despot deutschen Boden betrat und die große Menge von Vorsichtsmaßregeln, welche von Seite der bismarkischen Polizei aufgeboten wurden, um den „hohen" Gast mit heiler Haut wieder heimschicken zu können. Die „Nordd. Allg. Ztg." war ganz stolz darauf, durch Verbreitung falscher Nachrichten über die bevorstehende Zusammenkunft die „internatizionalen Banditen" irregeführt zu haben, wozu die „N. Fr. Pr." die witzige Bemerkung macht: Die „Nordd. Allg." glaubt offenbar, daß die bewußte Verschwörerbande ihre Nachrichten lediglich durch die Berliner Offiziösen beziehe. — Das Zeitungsgeschwister ist trostlos darüber, seinen Lesern über die Besprechungen und Abmachungen der beiden Kaiser keine autentischen Mitteilungen machen zu können und beschränkt sich darauf, ihnen die freundliche Miene des großen Bismarck nach der Zusammenkunft ausführlich zu beschreiben. Als ob über die Abmachungen der beiden Herrscher ein Zweifel bestehen könnte! Was werden sie beraten haben? Volkswol und Freiheit!

Von der Bildung eines neuen Ministeriums in Frankreich mit Gambetta als Ministerpräsidenten, von welcher unmittelbar nach den Walen vom 21. August stark die Rede war, war es eine Zeit lang ganz stille geworden. Herr Gambetta schien sich als Präsident der Kammer, wo er so ziemlich unumschränkter Herrscher ist, doch so wol zu fülen, wie er es als Ministerpräsident zu werden nicht hoffen durfte, namentlich nach dem Resultat der Nachwalen vom 4. September, bei welcher gerade seine entschiedensten Gegner, nachdem er noch alles aufgeboten hatte, ihre Wal zu hintertreiben, überall den Sieg davon trugen. Die letzten Nachrichten melden aber wieder, daß Herr Gambetta doch alle Anstrengungen macht, Minister zu werden und es ist kein Zweifel, daß es ihm gelingen wird.

Die Annäherung Deutschlands an den Vatikan, oder Bismarcks an den heil. Leo in Rom, erweckt bei den italienischen Politikern Besorgnisse. Ein französisches Blatt, der „Temps", meint hierüber, Bismarck strebe diese Versöhnung nur an, um sich in seinem Kampfe gegen den Sozialismus und mit seinen Bemühungen zum Wole der Arbeiter einen mächtigen Bundesgenossen zu erwerben. Er bedürfe nach beiden Richtungen hier der Hilfe der Kirche und er werde dieselbe beanspruchen. — Kampf gegen den Sozialismus und gleichzeitige Bemühungen um das Wol der Arbeiter ist tatsächlich das Programm, welches nicht blos Bismarck, sondern auch sämmtliche reakzionäre Parteien in Deutschland, von den Junkern der Kreuzzeitung angefangen bis zur traurigen Fortschrittspartei, auf ihre Fahne geschrieben haben. Man will den Arbeitern ja gerne alle möglichen Zugeständnisse machen, die ihnen nichts nützen und ihren Ausbeutern nicht wehe tun, nur sollen sie Vernunft annehmen und einsehen lernen, daß es absolut nicht zu ändern ist, wenn der Eine Millionen besitzt und im Ueberflusse schwimmt, während tausend Andere nichts zu nagen und zu beißen haben. Sie sollen ja über jede Frage sich äußern und alles unternehmen dürfen, was nicht geeignet ist, in diesem Kardinalpunkt eine Aenderung herbeizuführen. Und heutzutage noch hält man die Arbeiter (in Deutschland!) für so dumm, daß man sich von der Mithilfe der Pfaffen bei dem Ueberredungswerke einen Erfolg verspricht!

Die in Leipzig erscheinende Zeitschrift „Der Reichsbürger" wurde auf Grund des Sozialistengesetzes verboten.

In Ungarn finden großartige Militärmanöver statt, welchen auch die ungarischen Minister Tisza und Szapary anwohnen, um sich durch eigenen Augenschein von der Notwendigkeit des Mehraufwandes für die Armee zu überzeugen. Die Herren werden sich

dieser Notwendigkeit wol nicht verschließen, hoffentlich bleiben sie aber dabei nicht stehen und suchen nach den glänzenden Manövern in den ungarischen Städten und Dörfern das arme Volk auf, um sich auch hier durch „eigenen Augenschein" zu überzeugen, daß das Volk den so dringend notwendigen Mehraufwand nicht bestreiten kann.

In Ungarn macht ein Vorfall viel Aufsehen, der ein grelles Streiflicht auf gewisse im Offiziersstande unserer Armee verbreitete Ansichten wirft. Die Sache verhält sich nach der Darstellung ungarischer Blätter so: Am 2. Juni wurde in einem Ofener Gasthause an einem Tische, an welchem sich Offiziere, Militärbeamte und Bürger befanden, eine lebhafte Kontroverse über den damals vor dem Schwurgerichte zur Verhandlung gelangten Preßprozeße des „Függetlenseg" in der Affaire des Lieutenants Rüstow geführt. An der Kontroverse beteiligten sich vorwiegend der Hauptmann im Geniekorps, Wilhelm Lendl Ritter von Murgthal, und der Lieutenant im Geniekorps, Stefan Göczel, ein geborener Zipser. Lendl schimpfte über den „Függetlenseg", über die ungarische Nazion, über die Geschwornengerichte, und sodann folgte zwischen Lendl und Göczel folgendes Zwiegespräch: Lendl bemerkte: „Se. Majestät wird diese Geschwornengerichte auf einmal kassiren." — „Das kann er einseitig nicht tun," meinte Göczel, „denn das Geschwornengericht ist ein Teil der Verfassung." — „O, er kann die ganze Verfassung suspendiren!" — „Das ist ebenfalls unmöglich, denn ihn bindet sein Schwur." — „Politische Schwüre darf man brechen. Uebrigens," meinte Hauptmann Lendl, zu Göczel gewendet, weiter, „auch Sie werden auf die Ungarn schießen, wenn man Sie dazu kommandirt." — „Das wird aber nicht geschehen, man wird mich nicht kommandiren." — „Und wenn doch?" drängte Jener in befehlendem Tone. — „Dann werde ich mir's überlegen." Nach dieser Antwort des Lieutenants Göczel wurden die Reden des Hauptmanns Lendl immer herausfordernder. Endlich stellte er an ihn direkt die Frage, ob er auf Ungarn schießen lassen würde, worauf Göczel mit einem kategorischen „Nein!" antwortete. Der Wortwechsel wurde heftiger, und Göczel erklärte schließlich, wenn ein politischer Eid gebrochen werden dürfe, so könne er auch seinen Eid brechen, worauf Lendl ihm zurief: „Wenn Sie dies tun, sind Sie kein ehrlicher Mensch; legen Sie den Rock ab und treten Sie als Mitarbeiter zum „Függetlenseg" ein." Göczel sprang auf und erwiderte bleich vor Zorn: „Das bitte ich mir aus. Wir werden uns in dieser Sache noch treffen." Lendl machte von diesem Vorfalle die Anzeige, die Untersuchung gegen Göczel wurde vom Militärgerichte wegen Mangel eines Tatbestandes eingestellt und die Angelegenheit einem militärischen Ehrengerichte zugewiesen. Dieses erklärte mit Stimmeneinhelligkeit Lieutenant Göczel wegen seiner „eidvergessenen Aeußerungen" seines Offiziersranges verlustig. Eine von Göczel an Lendl gerichtete Herausforderderung nahm letzterer, als von einem Manne ausgehend, der einen Makel an seiner Ehr haften habe, nicht an. Die ungarische Presse und die Bevölkerung nehmen dagegen entschiedene Partei für den gemaßregelten Lieutenant und ist derselbe fortwärend der Gegenstand begeisterter Ovazionen.

Die Nazional-Konvenzion der irischen Landliga, welche unter dem Vorsitze Parnell's abgehalten wurde, erklärte sich gegen das neue Gesetz. Man verlangt gänzliche Abschaffung der Pachtzalung und Herstellung der legislativen Unabhängigkeit Irlands. Aus Amerika waren der Versammlung Telegramme zugegangen, welche zum äußersten Widerstande ermutigen. In diesen Telegrammen heißt es unter Anderem: „Behaltet die Ernte, keine Pachtzalung". „Wenn ihr euch Gladstone unterwerft, hören die Subskripzionen auf". „Einen Schritt rückwärts und kein Geld mehr". „Im Namen Gottes, der Menschlichkeit und Wahrheit, keine Pachtzalung, keine Uebergabe". „Nieder mit dem Gutsherrentum, nieder für immer". „Die Sache Irlands ist die Sache Amerikas". „Wenn ihr Pacht bezalt, dann keine Hilfe von diesem Lande". „Strikes Festhalten an den Grundsätzen der Landliga, oder keine weitere Hilfe von hier", u. s. w. In Kastlebar waren dieser Tage Plakate aufrührerischen Inhalts angeschlagen. Es hieß darin u. A.: „Irische Nihilisten, an die Front! Freiheit oder Tod! Nihilisten von Kastlebar, die Stunde hat geschlagen! Schüttelt das höllische Joch ab, oder sterbet in der Anstrengung. Macht es gewiß, daß eure Streiche der verruchten britischen Regierung und ihren niederträchtigen, tirannischen und blutdürstigen Anhängern beweisen, daß der Nihilismus nicht auf Rußland beschränkt ist. . . . Gott schütze Irland! Nieder mit Viktoria! Freiheit oder Blut! Jetzt oder nie. Zu den Waffen, Nihilisten von Kastlebar, zu den Waffen! Schreckt nicht vor eurer Pflicht zurück. Ihr wißt, wann und wo. Gott schütze Irland und nieder mit Viktoria!"

Ueber die Flucht L. Hartmann's aus New-York berichtet die „N.-Y. Volksztg.": Leo Hartmann hat sich gestern unter den Schutz der britischen Krone begeben, da mehr als genügende Veranlassung zu der Annahme vorhanden war, daß Seitens der russischen Regierung eine Applikation auf Auslieferung vorbereitet, vielleicht schon eingereicht war und da auf der andern Seite die Aeußerungen hoher Staatsbeamten, wie insbesondere des Gehilfsstaatssekretärs Hitt, keinen Zweifel darüber lassen, daß man ihn, im Falle Seiens Rußland eine Auslieferungsforderung gestellt werden würde, sicherlich ausliefern würde — so blieb ihm zunächst wohl kaum eine andere Wahl, als dieser gastlichen Küste den Rücken zu kehren und sich wieder unter den, bis dahin wenigstens als sicher erprobten Schutz Englands zu stellen. Leo Hartmann hat gestern Mittag die amerikanische Grenze überschritten und befindet sich in diesem Augenblick in Kanada. Da Hartmann seit mehreren Tagen von Detektives scharf überwacht wurde, so kam es vor allen Dingen darauf an, sich dieser zu entledigen, damit die Reise bis an die kanadische Grenze sicher gemacht werden konnte. Um dies zu erreichen, wurde folgendes Mittel angewendet. Hartmann begab sich vorgestern Abend mit zwei Bekannten vom City Hall Platz aus nach einer Station der 6. Ave. Hochbahn. Die beiden Detektives, die ihm, wie sein Schatten, folgten, ließen ihn auch hier nicht aus den Augen. Als die drei Männer nach Lösung der Tickets (Karten) auf die Depot-Plattform hinaustraten, folgten ihnen die Detektives auf dem Fuße, sich ebenfalls für die Besteigung des nächsten Zuges bereit haltend. Der Zug brauft heran. Hartmann mit seinen beiden Bekannten drängte sich auf die vordere Plattform eines Wagens, während die Detektives der hinteren zueilten und schon innerhalb des Wagens sich befanden, als jene Drei noch zögernd auf der vordern Plattform standen. Plötzlich rief der eine von ihnen dem Kondukteur zu: „I forgot something, wait a moment". (Ich vergaß etwas, warten Sie einen Augenblick). Die drei sprangen von der vorderen Plattform hinaus auf das Depot, klirrend flog die Wagenthür hinter ihnen zu, der Zug setzte sich in Bewegung, man sah noch innerhalb des Wagens ein paar Gestalten nach vorn huschen — und mit Windeseile flog der Zug dahin. Nachdem so die beiden Spürhunde abgethan waren, traf Hartmann unbehelligt seine Vorbereitungen zur Abreise. Aber noch war nicht alle Gefahr beseitigt. Als Hartmann nach kurzer Zeit mit seinen Begleitern die Hochbahnstation an der 14. Straße und 3. Ave. erklommen, um nach dem Graad Zentral Depot zu fahren, gesellte sich der Reporter eines englischen Morgenblattes zu ihnen, der Hartmann persönlich kannte, da er ihn erst vor wenigen Tagen interviewt hatte. Als der Reporter Hartmann mit einer Reisetasche und auch sonst zur Reise ausgerüstet traf, wurden offenbar die kräftigsten Reporter-Gefüle in ihm rege. Indeß ließ er sich merkwürdiger Weise mit der Versicherung, daß Hartmann zu einem russischen Freunde auf's Land gehe, beruhigen. Eine weitere Störung der Reise Hartmann's fand nicht statt. Eine Depesche, die wir gestern nachmittags 6 Uhr empfingen, meldet seine Ankunft in Kanada.

Generalamnestie für politische Verbrecher wurde anläßlich des Namensfestes des Fürsten gewährt und alle in Gefängnis befindlichen Staatsverbrecher sofort auf freien Fuß gesetzt. — Wo? In Bulgarien.

In Egypten kam eine Militär-Revoluzion zum Ausbruch. 4000 Mann mit 30 Kanonen umringten den Palast des Vizekönigs und forderten die Absetzung aller Minister. Der Khedive konnte ihnen dies, mit Rücksicht auf die 30 Kanonen nicht gut abschlagen. Es fanden Verhandlungen zwischen dem Khedive und den meuterischen Offizieren statt, die Forderungen der Letzteren wurden erfüllt, worauf sie sich dem Vizekönig wieder unterwarfen.

Aus Parteikreisen.

Hausſuchungen. Sonntag den 11. d. M. wurde im Redakzionslokale des Blattes und bei den Genossen Slesak, Hotze und Würges gehaussucht. Gefahndet wurde nach der Flugschrift „An das österreichische Volk", welche in mehreren Vororten verbreitet wurde. Der 16jährige Sohn Karl des G. Würges wurde, als er während der Hausdurchsuchung die Wohnung verlassen wollte, mit einem Packet von mehreren hundert Exemplaren der Flugschrift betreten und verhaftet. In Simmering wurden die Genossen Tillmann und Schindler in dem Augenblicke, als sie die Flugschrift an eine Mauer kleben wollten, verhaftet, und zwar nicht wie die Tagesblätter melden durch Sicherheitswachleute, sondern durch zwei Feuerwehrmänner. Die Hausdurchsuchungen blieben resultatlos. Diese zweite Ausgabe der Flugschrift soll sich von der ersten, welche zur Verhaftung unseres Genossen Christoph führte und mit welchen die in der Druckerei des Herrn Jacobi beschäftigte Antonia Pokorny betreten wurde, dadurch unterscheiden, daß sie eine Randbemerkung enthält, in der angezeigt wird, daß die erste Auflage von der Polizei konfiszirt wurde, und die Herausgeber sich bemüssigt fülen eine zweite Auflage zu veranstalten.

Montag den 12. d. M. wurde bei dem Genossen Hybes und Donnerstag den 15. wurde auf Requisizion des Landesgerichtes Graz abermals bei den Genossen Hybes, Hotze, Grosse, Leisner und Schaffhauser gehaussucht. Gefahndet wurde nach Gegenständen, die zu einer in Graz geführten Untersuchung in Beziehung stehen. Nach den Haussuchungen wurden die Genossen zu einem Untersuchungsrichter geführt, wo sie einem längeren Verhör unterzogen wurden und Auskunft geben sollten, wo sie die beiden Feiertage im August waren, oder was sie gemacht haben. Es ist jetzt schon fast notwendig in unserm freien Oesterreich, daß sich jeder Staatsbürger ein Tagebuch anschafft und darin Alles, was er spricht, was er tut oder treibt, verzeichnet, damit er der Behörde, wenn sie ihn ruft, genau Auskunft geben kann.

Am 28. d. M. findet die Hauptverhandlung gegen Genossen Anton Christoph statt. Die Anklage lautet auf Hochverrat, Störung der öffentlichen Ruhe und Verbreitung verbotener Druckschriften. Die Verteitigung hat Herr Dr. E. W. Eppinger übernommen.

Der Prozeß wider die slavischen Parteigenossen. Die Verhandlung wurde um 9 Uhr vormittag eröffnet. Staatsanwalt Dr. Soos, Vorsitzender Karajan, Verteidiger Dr. Prossinagg. Der Zuhörerraum ist dicht von Parteigenossen gefüllt. Vor Beginn der Verhandlung stellt der Staatsanwalt den Antrag auf Geheimhaltung der Verhandlung, mit Rücksicht auf die öffentliche Ruhe und Ordnung. Doctor Prossinagg tritt diesem Antrage entgegen; der Gerichtshof beschließt jedoch im Sinne des Staatsanwaltes, worauf der Vorsitzende den Saal räumen läßt. Nach einer längeren Pause werden von den Angeklagten die Vertrauensmänner namhaft gemacht. Die Verhandlung ist unterdessen beim Zeugenverhör angelangt.

Zugin Aloisia Kandler gibt an, daß die Angeklagten und noch viele andere, es mögen über 100 Personen gewesen sein, bei ihr gezecht und sich auch an einer Tanzunterhaltung beteiligt haben, und daß sie nichts Arges vermutet habe. Das letzte Mal aber, den 29. Juni, beunruhigte sie das Benehmen ihrer Gäste, da Posten aufgestellt und Briefe verlesen wurden und mitunter eine auffallende Ruhe eingetreten sei, worauf wieder sehr stark politisirt wurde.

Erwähnenswert ist aber, daß die Frau Wirtin kein Wort slavisch versteht, und doch wissen will, daß die Genossen politisirt haben. Besonders bedenklich und sehr verdächtig kam der Frau Wirtin das mehrmalige Pst! rufen vor. Sie konnte es daher nicht über ihr Herz bringen, die Polizei hievon zu verständigen. (Man kann ja nicht wissen, was die Verschwörer beschlossen haben.) Die Polizei begab sich den nächsten Tag darauf auf den Schauplatz der Verschwörung und fand einige zerrissene mit Bleistift beschriebene Zettel. Es wurden hierauf die Genossen Randa, Steffek, Hansa, Hrubi und Pizl verhaftet.

Der Staatsanwalt schildert in seinen Ausführungen die Sozialdemokraten nicht als staats- oder eigentumsgefährlich, nur ihre Tätigkeit stimme mit den heute bestehenden Gesetzen nicht überein, weshalb er die Verurteilung der Angeklagten beantragt. Als erschwerend führt der Staatsanwalt bei Genossen Krejci an den schnellen Rückfall, da Krejci erst im Februar d. J. beim Hochverratsprozesse freigesprochen und aus seiner Haft entlassen wurde. Und bei Genossen Zich, daß er ein besonders rühriger Agitator und schon einmal bestraft worden sei.

Obwo' die Verteidigung von Herrn Dr. Prossinagg musterhaft geführt wurde, erkannten die Richter sämmtliche Angeklagten für schuldig und es erfolgte die Verurteilung. Genosse Krejci wurde zu 2 Monaten, Zich zu 3 Monaten, Steffek zu 6 Wochen, Randa und Hrubi zu je einen Monat, Hlawsa und Pizl zu je 3 Wochen Arrest verurteilt.

Das Benehmen der Angeklagten hat einen sehr günstigen Eindruck auf die Anwesenden hervorgerufen. Bemerkenswert bei diesem Prozesse ist, daß es in der Angeklageschrift heißt (siehe letzte Nummer), Genosse Hrubi sei bereits zweimal wegen Diebstal bestraft, während sich aber im Laufe des Beweisverfahrens die Unrichtigkeit dieser Behauptung und seine bisherige Unbescholtenheit herausstellte. Man sieht hier klar und deutlich, wie sich selbst eine Staatsanwaltschaft irren kann. Sollte man nicht eher gewissenhaft Nachforschungen anstellen, bevor man derartige Beschuldigungen ausspricht?

Wien. Sämmtliche Pfeifenbeschläger-Gehilfen Wiens haben diese Woche eine Forderung an ihre Herren Fabrikanten gestellt, daß sie die Lohnabzüge, die sie seit längerer Zeit schon gemacht haben, wieder zalen müssen, weil die Gehilfen sonst gezwungen sind, die Arbeit einzustellen.

Das dritte Heft der im Verlage von E. Kaler, Graz, erscheinenden Saumlung von sozialpolitischen Abhandlungen wurde konfiszirt. Genosse Emil Kaler wurde Donnerstag den 8. d. M. neuerdings verhaftet.

Pottendorf. Am 15. August 1881 wurden die Statuten für den zu bildenden Leseverein für Pottendorf und Umgebung der Statthalterei zu Wr.-Neustadt übersendet. Freitag den 2. d. M. erhielten wir folgenden Bescheid:

Nr. 10497.

Die hochlöbl. k. k. niederösterr. Statthalterei hat mit Erlaß vom 24. August 1881, Z. 33257, Folgendes anher eröffnet, nicht in der Lage zu sein, die Eingabe de pris. 21. August l. J., mit welcher die Anzeige von der beabsichtigten Bildung des Lesevereines für Pottendorf und Umgebung erstattet wurde, einer weiteren Amtshandlung im Sinne des Gesetzes vom 15. November 1867, R.-G.-Bl. Nr. 134 über das Vereinsrecht zu unterziehen, weil die Statuten entgegen den Bestimmungen des § 5 des obgenannten Gesetzes nur in einem Exemplare vorgelegt wurden.

Hievon werden Euer Wolgeboren unter Rückschluß eines Statutenexemplares in Kenntnis gesetzt.

K. k. Bezirkshauptmannschaft Wr.-Neustadt, den 29. August 1881.

Der Amtsleiter.

Da wir nun der Meinung waren, die Behörde würde ein gedrucktes Exemplar von den Statuten abverlangen, so haben wir nicht daran gedacht, dieselben in mehreren Exemplaren abzuschreiben. Hätten wir das Vereinsgesetz bei der Hand gehabt, so würden wir wol anders verfahren sein, jedoch werden wir dem Verlangen Rechnung tragen und die nötigen Exemplare anfertigen und nochmals einsenden.

Arbeiter von Pottendorf und Umgebung! Laßt uns fest zusammenhalten und unseren Mut nicht verlieren. Bleibe jeder auf seinem Posten und tue auch jeder, was er im Stande ist, um neue Mitglieder heranzuziehen, denn das ist die Pflicht, die wir zu tun haben, und wenn wir ein jeder nach Krüften wirken, werden wir unseres Sieges sicher sein.

Stefan Heger.

Bruck a. d. Mur. Montag den 19. d. M. fand die Hauptverhandlung gegen den Genossen Martin Hoinigg wegen Uebertretung der §§ 14, 15 und 36 des Vereinsgesetzes statt. Genosse Hoinigg wurde zu fünf Tagen Arrest verurteilt, worüber er die Berufung angemeldet hat.

Brünn. Am 9. d. M. fand — mit Ausschluß der Oeffentlichkeit — die Hauptverhandlung gegen Genossen Burian statt. Die Anklage lautete: Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und Religionsstörung. Als belastend traten zwei Zeugen gegen ihn auf, wovon

einer fünfmal wegen Diebstal bestraft, welche angegeben, Genosse Burian habe die Existenz eines Gottes bestritten, und geben zu, Burian habe sie ermahnt, an Gott zu glauben. Nach Schluß des Beweisverfahrens beantragt der Staatsanwalt die Verurteilung. Dr. Adolf Stransky, Verteitiger, erklärt, es handle sich in der Anklage nicht um das Delikt selbst, sondern nur darum, daß Burian, weil er Sozialist und als solcher bekannt, bestraft werde, da doch sonst Jener — schon fünfmal wegen Diebstal abgestrafte Antisemite — wegen Aufreizung gegen die Juden (nach § 302 St.-G.) ebenfalls angeklagt werden würde. Hierüber stellt der Staatsanwalt den Antrag, den Verteidiger wegen ungebührlichen Benehmens (?) zu bestrafen. Der Gerichtshof sprach Genossen Burian des Vergehens der Störung der öffentlichen Ruhe frei und verurteilte ihn wegen Religionsstörung zu 4 Monaten Kerker und jeden Monat einen Fasttag. Der Verteidiger wurde mit 25 fl. Ordnungsstrafe belehnt. Nach der Verhandlung begaben sich einige Genossen zu Herrn Dr. Stransky, um ihn für seine glänzende Verteidigung zu danken und wollten dem Herrn Doktor die Strafe von 25 fl. ersetzen, welche er aber dankend zurückwies.

Floridsdorf. Am 4. Septembember fand eine Arbeiter* versammlung statt. Gewält wurden die Herren: Zum Vorsitzenden Wilhelm Till, zum Schriftführer Josef Rois. Tagesordnung: Die Lebensmittelfrage und das moderne Steuersistem. — Referent Ferdinand Schaffhauser betont die Lage der Arbeiter betreffs der enormen Höhe der Lebensmittel; dann beweist Redner in einer Statistik die Höhen der Lebensmittelpreise und die Steigerung derselben; sowie die Lage des unwissenden Volkes bezüglich der Steuern. Redner bedauert das Ueberhandnehmen des Wuchers. (Bravo!) Dr. Löwy bespricht den übermäßigen Genuß der Getränke, bezüglich des arbeitenden Volkes und die Folgen desselben. Redner bespricht die Verschiedenheit der Biere und deren Bereitung, dessen Nährstoff, ferner Konsumirung der Biere. Josef Greger erörtert in treffenster Weise das moderne Steuersistem und bespricht die Steuern des arbeitenden Volkes. Redner setzt die direkten und indirekten Steuern auseinander. (Bravo!) Fr. Schustaček begrüßt die Versammlung im Namen der Wiener Genossen und verliest dann einige interessante Notizen aus einem Wiener Blatte über den Bierconsum. Genosse Vogelgruber bedauert die Preissteigerung des Bieres und bespricht trefflich das Steuersistem. (Bravo!) Als Schlußwort ergreift Ferdinand Schaffhauser das Wort. Derselbe zieht aus der Rede des Herrn Dr. Löwy, betreffs des übermäßigen Genusses der Getränke, die ärztlichen Rücksichten hervor und beginnt dann die Fabrikation des Schwechater Bieres zu besprechen. Weiters äußert sich Redner, daß gegen die Erhaltung der Militärgagen und Pensionisten gewiß kein denkender Mensch etwas dagegen hat, aber wo bleibt die Altersversorgung der Arbeiter, die sich von ihrer Jugend auf bis zum Grabe geplagt und daher dem Staate mehr geleistet haben, als Diejenigen, die auf der Ringstraße mit dem Schleppsäbel spazieren gehen. (Unterbrechung vom Regierungsvertreter) Er betont, daß die Männer, die im Abgeordnetenhause sitzen, heute die Lebensmittelpreise erhöhen und morgen gegen die Erhöhung sprechen. (Wiederholte Unterbrechung vom Regierungsvertreter.) Redner fährt fort, daß 40 Millionärs im Reichsrate sitzen, die ihre Kapitalien vom arbeitenden Volke herausgezogen haben. (Dem Redner wird vom Regierungsvertreter das Wort entzogen.) Schluß der Versammlung 4 Uhr.

Budapest. Samstag den 20. August wurde die für den 20. und 21. August hieher einberufene Arbeiter-Landesversammlung eröffnet. Ursprünglich wurde ein Kongreß der ungarländischen Arbeiterpartei einberufen, jedoch von der Behörde verboten. Im letzten Momente wurde die Arbeiter-Landesversammlung mit der Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand und die Entwicklung der Arbeiterbewegung. 2. Erläuterung der Bestrebungen, respective des Programms der Arbeiterbewegung. 3. Verhandlung etwaiger auf die Tagesordnung bezughabender Anträge und Beschlußfassung über dieselben, abgehalten. Um 9 Uhr wurde die Versammlung von Herrn Dr. Csillag mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Von Seite der Polizei des „freien" Ungarn sind (hört!) der Vize-Stadthauptmann des zweiten Bezirkes Ebenhöch, der Sekretär der Oberstadthauptmannschaft Magyary und mehrere Zivilpolizei-Kommissäre anwesend. Außerdem sind drei Reichstags-Stenografen erschienen.

Die Versammlung wählt hierauf ein aus den Delegirten Gelez, Jussinger, Hübner, Csermak und Blum bestehendes Verifikationskomitee zur Ueberprüfung der Mandate.

Nach halbstündiger Arbeit verkündet das Komitee die Zahl der Delegirten und der Mandate. Erschienen sind 49 Delegirte mit 73 Mandaten. Hierauf erfolgt die Wahl des Bureaus.

Zu Vorsitzenden wurden gewählt: Dr. Csillag, Anton Ihrlinger, Bela Czombosy, Jakob Kürschner. Zu Schriftführern: Arth. Allony, Ign. Gelz, Jak. Schneider, Alexander Jussinger, Heinrich Schmidt und Stefan Szarucs. Nachdem die Geschäftsordnung und mehrere Begrüßungs-Telegramme verlesen wurden, wurde die Beratung auf den Nachmittag vertagt.

Um 2 Uhr wurden die Beratungen mit dem ersten Punkte der Tagesordnung eröffnet. Die Referenten Kürschner und Junek geben eine Schilderung über den Stand der Arbeiterbewegung. Daniel Keißony, Redakteur der in ungarischer Sprache erscheinenden „Nepszava", richtet an die Parteileitung die Fragen, ob sie davon Kenntnis habe, daß eine Fraktion die Parteileiter in den Tagesblättern (es wurden Zirkuläre zu der am Sonntag den 21. August tagenden Arbeiterversammlung den Tagesblättern zugeschickt) Verräter nennt? Welchen Grund diese Spaltung habe und was die Partei zu tun gedenke? Kürschner erwidert, es sei nicht der Mühe wert, sich mit den Insinuazionen einer solchen Sippe zu befassen; es seien Personen, die teilweise ausgeschlossen, teilweise selbst gegangen, Personen, die kurze Zeit in Ungarn sind, die ungarischen Verhältnisse nicht kennen, Leute, die kaum das A B C der Arbeiterbewegung kennen, Leute, die sich der Majorität nicht fügen wollten und sich einem Marx oder sonst Jemanden ähnlich glauben. Die Führerrolle habe ein wirklicher Verräter übernommen. (Alles schauderhafte Dinge für einen Nichteingeweihten).

Imre erblickt in der ganzen Parteibewegung einen Rückschritt, welchen einzig und allein das inkorrekte Vorgehen des Redaktionskomitees verschuldet habe; diesem sei es auch zuzuschreiben, daß eine Oppozizion entstanden ist. Dr. Csillag, dessen Vorgehen beim Kongreß eine gewisse Angst bekundete, kein Referat über hatte und sonst auch nichts sprach, Dr. Csillag, der sich schon als „Volksvertreter" wähnte, der — wie ein Oberwindor die österreichische Partei ins liberale Lager überführen wollte, wie ein Dr. Tauschinsky, der die österreichische Partei ins föderalistische Lager überführen wollte — alles mögliche aufbietet, die ungarländische Arbeiterpartei zum Hausknechte der Unabhängigkeitspartei zu degradiren. Derselbe Dr. Csillag sagte: die Ursache des Lauseins ist die Manipulazion einiger Arbeiter, dieses etwas Geschaffene in die Hände zu nehmen und womöglich zu Grunde zu richten, ferner, daß Leute, die nichts können, andere Leute, die durch ihre Geburt besser gestellt sind und sich Kenntnisse erworben haben, hassen. Auf die Frage, was es mit dem Agitationsfond sei, sagt er: Wir haben den Agitazionsfond nicht für Most und seine Gesellen zusammengescharrt. Blum sagt, es sei unter der Würde des Kongresses, sich mit solchen Leuten abzugeben, denn Leute wie Hödel oder die russischen Nihilisten, die Attentate verüben, seien bezahlt, sie seien nicht als Menschen zu betrachten. Ein Delegirter glaubte, man könne keine Oppozizion, denn Leute, die von der Partei austreten und draußen schreien, seien nicht oppozizionell, sondern Krakehler, er beantrage daher Schluß der Debatte, welcher auch angenommen wird. Nachdem Jussinger bekannt gab, daß noch 8 Delegirte mit 8 Mandaten erschienen sind, wird zum zweiten Punkte der Tagesordnung übergegangen.

Die Referenten Kürschner (ungarisch) und Ihrlinger (deutsch) verlesen das Programm und einen Aufruf an die ungarländischen Arbeiter. Das Programm ist dasselbe, welches voriges Jahr angenommen wurde, womit alle Sozialreformatoren zufrieden sind, nämlich: Umwandlung alles Grund und Bodens, wie aller übrigen Arbeitsmittel in gesellschaftliches Eigentum, allgemeines Wahl- und Stimmrecht, allgemeine, gleiche, auf wissenschaftlicher Basis beruhende Volkserziehung, Abschaffung des stehenden Heeres, vollständige Trennung der Kirche vom Staate, Abschaffung des religiösen Eides, Einführung der Zivilehe, Erklärung der Religion zur Privatsache, Abschaffung aller Gesetze und Verordnungen, welche die Denk- und Redefreiheit, insbesonders die Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränken, Abschaffung der Kauzionen u. s. w.

Herr Ihrlinger sagte in seiner Erläuterung: die Abschaffung des stehenden Heeres ist für den Augenblick nicht zu verlangen, da alle Staaten gerüstet dastehen, aber besprechen können wir die Frage. (Unglaublich aber wahr.) Ferner: in Ungarn sei ohnehin mehr Preßfreiheit als in anderen Ländern; nur in letzterer Zeit kamen mehrere Preßprozesse über Dinge vor, die den Staat ins Schwanken bringen konnten, darum sei dieses für uns nicht so wichtig, aber verlangen können wir es. (Nach diesem Ausspruche Ihrlinger's ist er mit der Verurteilung Leo Frankl's einverstanden.) Rede-, Vereins- und Versammlungsfreiheit haben wir ebenfalls in Ungarn. Zu einem religiösen Eid wird in Ungarn niemand gezwungen, daher dieser Punkt überflüssig ist. (Herr Ihrlinger hat über die vor mehreren Tagen im 4. Budapester Bezirke stattgefundene Bezirksgerichtsverhandlung, bei welcher einem Zeugen mit Geld- oder Arreststrafe gedroht wurde, weil er sich weigerte einen Eid abzulegen, nichts gelesen, sonst könnte er dieses nicht sagen.) Gleiche Löhne für gleiche Arbeitsleistung an Männer und Frauen können vom Staate nicht verlangt werden, sondern die Arbeiter selbst sollen darauf sehen. Gegen Lebensmittelverfälschung können wir nichts tun, als unsere Entrüstung ausdrücken. (!) Die Gefängnisarbeit geht mehr den Genossenschaften als uns Arbeiter an, da sie größtenteils den Kleingewerbetreibenden zu Grunde richtet, darum können wir dieses ihnen (den Genossenschaften) überlassen. Arbeitsnachweis-Bureaus bestehen nirgends (ergo, brauchen auch wir sie nicht) u. s. w. mit Grazie. Bartl (Reschitza) sagt: In Reschitza und allen anderen industriellen Orten Ungarns müssen die Arbeiter Tag und Nacht, Sonn- und Feiertag in ungesunden Werkstätten arbeiten bis sie zusammenfallen, darum möge man nicht allein den 10stündigen, sondern sogar den 8stündigen Normalarbeitstag verlangen. Blum, derselbe, der sich gegen uns, Oppozizionelle, so entrüstete, verlangt, daß jeder Punkt des Programms beraten und niemand gezwungen werden soll, alles in Pausch und Bogen, wie es der Referent verlesen, anzunehmen. Derselbe Blum meint, wenn das Wahlrecht nicht zu erlangen ist, möge man davon abstehen und nur eine Gesetzesänderung vornehmen. (Dieser Herr glaubt wahrscheinlich, der Kongreß könne die Gesetze ändern.) Csermak gibt bekannt, daß in Preßburg alle Versammlungen regelmäßig verboten werden, und fragt, ob das Versammlungsrecht nur für Budapest und nicht auch für Preßburg existirt. (Eine treffliche Illustration zur Ihrlinger'schen ungarischen Versammlungs-„freiheit".) Nachdem noch eine Anzal Anträge zum Programm gestellt, jedoch abgelehnt wurden, fragt der Vorsitzende Dr. Csillag die Versammlung, ob sie das Programm sammt dem Aufruf akzeptire, was mit Ja beantwortet wurde. Nachdem über den Antrag Rauchmanl's, die Beratungen auf den nächsten Tag 9 Uhr Vormittags zu verschieben, abgestimmt und derselbe angenommen wurde, erfolgte Schluß der Sitzung.

Am 2. Verhandlungstage wurde die Sitzung nach 9 Uhr eröffnet und der dritte und letzte Punkt beraten. Referent Kohn beantragt folgende Resolution: Die Versammlung erachtet es zur Verbreitung der Prinzipien für notwendig: 1. Unterstützung der Parteiorgane, 2. Verbreitung von Flugschriften und Broschüren, 3. Abhaltung von Versammlungen in der Provinz, 4. materielle und moralische Unterstützung der Parteibestrebungen. Farkas beantragt: Es möge nur derjenige als Parteigenosse anerkannt werden, der das Wahlrecht ausüben könne, der Abonnent der Parteiblätter ist. Dagegen entsteht eine heftige Oppozizion, worauf Herr Ihrlinger in seiner gewöhnlichen brutalen Weise entgegnete und erklärte, es gebe keinen Arbeiter, der nicht im Stande wäre, 5 kr. wöchentlich zu bezahlen, worauf mehrere Delegirte, die sich in der Mitte der notleidenden Arbeiterschaft befinden, riefen: Hunderte! Tausende! Darunter war auch ein Mitglied der Oppozizion, der durch die Verbissenheit des Vorsitzenden gezwungen war, den Saal zu verlassen. Nachdem noch eine Anzal Anträge gestellt wurden und der Vorsitzende sah, daß ihre Anträge keine Aussicht hatten, angenommen zu werden, erklärte er, da dieses interne Angelegenheiten der Partei seien, dieses aber kein Parteikongreß sei, könne nicht darüber abgestimmt werden.

Nachdem noch Kürschner und Ihrlinger einige Worte an die Delegirten richten, wurde der Kongreß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie um 12 Uhr geschlossen.

Dieser Kongreß hat bewiesen, wie schwach die sozialistische Bewegung in Ungarn ist, er hat bewiesen, wie erbärmlich die Führer dieser Bewegung sind. Uns, die wir schon längst verlangten, daß das Agitationsgeld wirklich zur Agitation verwendet werden soll, die wir schon längst beantragten, es mögen Flugschriften herausgegeben werden u. s. w., uns verdächtigt man, wir wollten das Geld für Most verwenden, wir wollten Revolution machen u. s. w. Wahrlich, es gehört eine besondere Frechheit dazu, seine Feigheit (denn seit der Ausweisungsdrohung des Genossen Esl haben sich die Leute ganz zurückgeschreckt) und Verrat an der Partei mit derartigen Denunziazionen zu bemänteln. Daß der Bericht in der „Arbeiter-Wochen-Chronik" ein gefälschter ist, beweist, daß die Beratungen und die Beschlüsse des Kongresses selbst den prostituirten sich liberal nennenden Blättern zu bunt sind. Hier ein Beispiel: Das „Politische Volksblatt" schreibt: In lautlos-stiller Zurückgezogenheit tagte gestern und heute in der Hauptstadt der Landeskongreß der ungarländischen Arbeiterpartei oder, wie es der Oberstadthauptmannschaft beliebt, die Landes-Arbeiterversammlung. Die Einberufer hatten nämlich ursprünglich unter obigem Titel die polizeiliche Anzeige über Abhaltung der Versammlung erstattet, worauf die Oberstadthauptmannschaft mit einem Verbote antwortete, indem sie die Existenz einer ungarländischen Arbeiterpartei nicht anerkennen will: dies geschah 24 Stunden vor der für Samstag anberaumten Versammlung, und so blieb dann nichts anderes übrig, als um die Abhaltung einer Landes-Arbeiterversammlung einzukommen, was auch bewilligt wurde, nachdem der dritte Punkt der Tagesordnung: „Beschaffung von Agitationsmitteln" gestrichen worden ist. Nun, aufrichtig gesagt, es war sehr angezeigt, daß die Versammlung einen bescheidenen Titel erhalten hat, denn sie bewegte sich innerhalb der Grenzen überraschender Bescheidenheit. Nehmlich schreiben alle hiesigen Blätter. Währenddem nun diese Sippschaft die Parteiprinzipien verwässern, ihre Anhänger korrumpiren und so die Partei verraten, bestellen sie bei den ehemaligen Antisozialisten, Geld-für-Alles-Journalisten und ihren Busenfreund Swoboda einen Bericht im „Pester Journal" über die Versammlung der Oppozizion, bei welcher 1000 Personen anwesend waren, der wohl an Erbärmlichkeit seinesgleichen sucht, um dann, da die Jammerbursche zu feig sind, uns direkt anzugreifen, denselben in ihrem Blatte „Arbeiter-Wochen-Chronik" abzudrucken. Nicht erst jetzt sage ich dieses, nein, sondern sofort als ich Montag den 22. v. M. das „Pester Journal" gelesen; Zeugen habe ich genügend. Das genannte Blatt schreibt, nachdem es den Bericht über die Versammlung brachte: Angesichts dieses unqualifizirbaren Vorgehens drängt sich einem die Frage auf: ob man es nicht etwa mit geheimen Agenten der Polizei zu thun hat. Würde es sich blos um diese Leute handeln, wahrlich, ich würde es unter meiner Würde halten, mich darüber aufzuhalten, so aber handelt es sich darum, daß nicht etwa Uneingeweihte in die Hände dieser Verräter fallen, andererseits handelt es sich um die Parteiehre. Es war von jeher ein beliebtes Mittel der Feiglinge, alle entschiedenen und energischen Genossen, die mit ihrem Vorgehen nicht einverstanden waren, als Polizisten zu verdächtigen. Merkwürdig, daß man gerade die Polizeispitzel monatelang einkerkert und dann aus dem Lande weist, und daß man die echten und rechten Revolutionäre von Seite der Polizei ganz und gar unbehelligt läßt. Die österreichischen Genossen mögen aber auch ersehen, daß gerade die Schreibweise der „Arbeiter-Wochen-Chronik" nur Leimspindl sind, um Gimpel zu fangen. Bedenket Genossen! Wen oder was unterstützt Ihr, wenn Ihr dieses Blatt abonnirt und verbreitet? Verbreitet Ihr dadurch unsere Idee oder unterstützt Ihr dadurch diese Verräter? Ich glaube das Letztere und das glaube ich, ist nicht Euer Vorhaben, darum laßt Ihr dieses Blatt fallen, dann fallen alle Jene, die unter dem Aushängeschild des Freiheitskampfes ihre persönlichen Interessen zu fördern suchen. Unsere Parole ist: Fort mit den Verrätern! Fort mit den Vergeudern der im Schweiße des Angesichts erschundenen Arbeitergelder!

Mit sozialdemokratischen Brudergruß

Hermann Prager.

* * *

Nachwehen der Volksversammlung vom 7. August, in welcher nämlich eine Resolution angenommen wurde, wo sich die ungarländischen Arbeiter mit den internazionalen Kämpfern solidarisch erklärten, wurde die strafgerichtliche Verfolgung gegen die Einberufer und Redner eingeleitet. Den 5. d. M. erhielten die Genossen Daniel Kleitz, August Nagy, Johann Horwath, Stefan Helmann, Stocha Johann, Iwan Jakob, Chaki Desiderius, Balogh Ladislaus, Szimy Karl, die Vorladung, welche am 6. d. M. sich wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nach §§ 171 und 172 zu verantworten haben.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Arbeiter-Sängerbund. Bei der am 11. September dieses Jahres stattgefundenen Neuwal des Ausschusses wurden gewält: Riedl Vinzenz als Obmann, Wimlatil Anton als Obmannstellvertreter, Frank Eduard als erster Schriftführer, Hebenstreit William als zweiter Schriftführer, Halbedel Karl als Kassier, Heitler Michael als Kassierstellvertreter, Bazternik Franz als Archivar, Wolf Johann als Archivarstellvertreter, Wiedmann Jos., Kutil Franz, Wenzel Paul, Binder Johann, Strohschneider Franz als Ausschüsse.

Sternberg. Sonntag, den 17. Juli, hielt der Allgemeine Arbeiterleseverein seine ganzjährige Generalversammlung mit folgende Tagesordnung ab: 1. Geschäftliche Mittheilungen und Bericht der Sektionen; 2. Zweck und Nutzen der Vereine und die Stellung der Arbeiter; 3. Neuwal des Ausschusses; 4. Anträge und Interpellazionen. Karl Matzner als Kassier berichtet, daß sich die Gesammteinnahme vom Vereinsjahre 1880/81 sammt Darleihe auf 229 fl. 29 kr., Gesammtausgaben auf 220 fl. 28 kr. belaufen, es bleibt somit Kassastand Ende Juni 1 fl. 01 kr. Nach Bericht der übrigen Sektionen spricht Genosse Karl Schleser über den zweiten Punkt legte die Vereine in sehr ausführlicher Weise auseinander und besprach die Stellung der Arbeiter hiezu.

Karl Hübscher, Schriftführer.

Eingesendet.

Löbliche Redakzion!

Wie der Arbeiter Gerechtigkeit findet, zeigt folgender Fall: Johann Mrußko, Tischlergehilfe, arbeitete seit August v. J. bei Herrn Ludwig Schmidt, Möbelfabrikanten, VIII., Florianigasse 54, in Wien. Nach Ablieferung der ersten Akkordarbeit (es waren Betten mittlerer Qualität) erhielt der obenerwähnte Arbeiter 36 fl. ausbezahlt und da erklärte ihm der Fabrikant, er möge die nämlichen Betten wieder machen, er bekommt um 10 fl. mehr als für die ersten. Wahrscheinlich waren die Betten zur vollsten Zufriedenheit des Fabrikanten gemacht worden, sonst hätte er nicht um 10 fl. mehr gezahlt. Kaum waren jedoch die Betten zuforniert, als auch der Fabrikant mit der Aufforderung an den Arbeiter kam, er möge die Arbeit bei Seite legen, da er (Fabrikant) eine andere einfachere Arbeit brauche. Da jedoch die Originalzeichnung noch nicht fertig ist, so zeichnete er dem Arbeiter auf ein Stückchen Brett einige Bleistiftlinien, das beiläufige Aussehen der Arbeit und forderte gleich den Preis zu bestimmen. Als jedoch der Arbeiter erklärte, daß er nur an großer Zeichnung den Preis angeben kann, drang der Fabrikant an den Arbeiter, er hätte keine Zeit und die große Zeichnung wird er schon bekommen, denn an der sei auch nicht mehr Arbeit, als an dem Brettchen angegeben ist. Nun wurden sie preiseinig. Zwei Stunden später hatte er die Originalzeichnung bekommen und sah auch gleich, daß er bedeutend übervorteilt ist, da dies viel mehr Arbeit kostet. Trotzdem arbeitete der Arbeiter emsig darauf, und einige Tage vor Fertigwerden der Arbeit ersucht er den Fabrikanten, er möge ihm den abgemachten Lohn aufbessern; da aber ließ der Fabrikant den Arbeiter stehen und ging fort. Der Arbeiter legte die bereits vollendete Arbeit bei Seite und nahm die erste Arbeit zur Hand. Den nächsten Tag sagte der Fabrikant: warum machen Sie nicht die Arbeit fertig? Der Arbeiter erklärte darauf, sofort bereit zu sein, wenn ihm die aufgegebene Arbeit besser entlohnt würde. Da dies bejaht wurde, machte der Arbeiter ohne Bedenken die Arbeit fertig. Er soll aber dafür eines Besseren belehrt werden. Bei der angefangenen Arbeit jedoch, als er damit bereits fertig war, erhielt der Arbeiter am Samstag den 5. März kein Konto auf seine Arbeit, obwohl er die ganze Woche fleißig gearbeitet hatte und er noch nebenbei von seiner Akkordarbeit einen Geldüberschuß von circa 11 fl. 16 kr. bei dem Fabrikanten stehen hatte. Der Arbeiter ging am Montag den 7. März zum Fabrikanten um sein rechtmäßiges Konto in freundlicher Weise zu ersuchen. Der Fabrikant sagte: bis Sie fertig sind, bekommen Sie ihr Geld. Der Arbeiter antwortete, es sei ihm nicht möglich ohne Geld zu arbeiten, da er Hunger hat, und nicht stelen gehen kann. Das geht mich nichts an, sagte der Fabrikant, machen Sie die Arbeit fertig, dann bekommen Sie ihr Geld; übrigens ersuche ich Sie, meine Wohnung nicht mehr zu betreten. Erwähnenswert ist, daß der Arbeiter noch 3 Arbeitstage an der Arbeit zu tun hatte. Wenn aber dem Arbeiter jeder Zutritt zu seinem Herrn verboten wird, wo soll er dann mit ihm sprechen? Am Dienstag den 8. März, 9 Uhr Früh, schickte er den Lehrburschen in die Wohnung, um wenigstens etwas Geld zu bekommen.

Der Bursche kam zurück mit der Antwort, daß, wenn die Arbeit fertig ist, die Entlohnung dafür sofort erfolgt. In einer kleinen Weile kam der Fabrikant selbst in die Werkstätte, ging auf den betreffenden Arbeiter zu, gab ihm die gemeinsten Titulaturen (was durch Zeugen bestätigt werden kann), welche eher in eine Branntweinbutik als in eine anständige Werkstätte passen. Das Resultat davon war, daß der Fabrikant dem Arbeiter die Arbeit wegnahm, ihn zum Polizeikommissär führte, selben ersuchte, er möge bewerkstelligen, daß der Arbeiter nicht mehr seine Werkstätte betritt.

Am 26. Juli klagte der Arbeiter bei dem Bezirksgerichte Josefstadt um seine unrechtmäßig vorenthaltene Akkordauszahlung. Bei der Verhandlung gab der Fabrikant an, daß er wegen exzessiven Benehmen des Arbeiters sich veranlaßt sah, ihm die Arbeit wegzunehmen. Die Herren Adalbert Rupert und Anton Zorn, welche Augenzeugen dieser Szene waren, sagten aus, daß Herr Schmidt allein die Schuld trägt, da er den Arbeiter beschimpfte und außerdem noch sein ihm gebührendes Kontogeld vorenthielt. Als von Seite des Bevollmächtigten der Fabrikant befragt wurde, warum er dem Arbeiter nicht ein kleines Kontogeld gab, da ihm wenigstens die Schande erspart geblieben wäre vor Gericht zu erscheinen und warum er, wenn er den Arbeiter nicht brauchen konnte, ihn nicht gleich den ersten Tag fortgeschickt hat, gab er zur Antwort, daß er dem Arbeiter ohnehin einen Vorschuß gab, ferner schämte er sich nicht zu sagen, der Arbeiter hätte auch am Sonntag arbeiten sollen, um früher zu seinem Gelde zu gelangen. Trotz alledem hat jetzt der Arbeiter 7½ Tage ohne Entschädigung gearbeitet und hat der Richter wegen exzessiven Benehmens und weil die Arbeit nicht fertig gemacht wurde, den Arbeiter zu 2 fl. Schadenersatz an den Fabrikanten und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt.

Wien. Sonntag den 4. September fand eine Versammlung der Maurer und Steinmetze statt, in welcher der Obmann des Vereines einen Vortrag über das Baugewerbe vom Altertum und Mittelalter bis auf die Neuzeit hielt. Darauf machten sie Propaganda für den Gewerkschaftsverein der Maurer und Steinmetze, das ihnen aber jedenfalls nicht viel an Mitgliedern eintragen wird, was ihnen schon die Erfahrung lehren sollte. Der Verein zählte in den Jahren von 1874 bis 1878 schon über 900 Mitglieder, es war dies noch die Zeit, wo Maurer und Steinmetze etwas verdienten, von da an wurden die Mitglieder immer weniger, bis ihre Anzal heuer auf 300 gesunken ist. In dieser Zeit des Rückganges operirten sie aber bereits wie ein Bourgeoisverein, der auf Gewinn abzielt, daher der Rückgang begreiflich; das Vermögen wächst und der Stand der Mitglieder fällt. Daß die Einzalung von 22 kr. wöchentlich bei diesen beiden Branchen eine für die Mehrzal unerschwingliche ist, ist leicht begreiflich, wenn man erfährt, wie sie bezalt werden. Der Durchschnittsverdienst übersteigt bei Maurer nie 7, bei den Steinmetzen nie 8 fl. Und das ist nur zur Sommerszeit, im Winter verdienen die Maurer 3 bis 4 Monate so viel wie nichts, die Steinmetze 4 bis 5 fl. Bei einem solchen Verdienst muß ja die Mehrzal nicht nur Schulden machen, sondern auch Hungern; was soll da die Mehrzal nach einer Hungerperiode von 3 bis 4 Monaten im Winter und wenn die Arbeit wieder anfängt, mit dem großen (!) Lohne zuerst beginnen? Zuerst die Schulden für Lebensmitteln und Zins oder den Verein zalen? Freilich borgt der Verein 18 Wochen, das wird gerade so lange sein, als die Meisten von uns ohne Arbeit sind, hierauf soll er aber im Verein durch 18 Wochen das Doppelte, das ist 44 kr., zalen. Bei solchen Verhältnissen muß doch jeder vernünftige Mensch einsehen, daß da der Stand der Mitglieder nicht steigen kann, sondern fallen, ja unter den heutigen Verhältnissen noch weit unter die obigen 300 heruntergehen m u ß, weil wir ja erst im Anfange der Drangsalsperiode sind. Unter solchen Verhältnissen ist es wirklich nicht schwer, vorauszusagen, daß jenen Herren all ihre Propagandamachen für den Verein nichts helfen wird.

E i n M a u r e r.

Dresden. im August. Ein kleiner Bericht aus Deutschland dürfte auch die Leser Ihres Blattes ein wenig interessiren, umsomehr, als bei uns im Reiche der „Bismarckfurcht und Stöckersitte" alltäglich Dinge passiren, die mit unserer Führerrolle an der Spitze der Nazionen nicht übereinstimmen.

Das abscheuliche Ausnahmegesetz vom 21. Oktober 1878, von der Reaktion gemacht gegen die Revoluzion, würgt wie eine Guillotine unter den überzeugungstreuen Arbeitern und es mögen jetzt in Deutschland insgesammt vielleicht einige Hundert sitzen — wovon vor einiger Zeit in Dresden allein sechszehn — und diese wenigen überzeugungstreuen Männer machen den Regierungen mehr Kummer, als Tausende von Eigentumsverbrechern oder Gründerlumpen. Man läßt es ihnen aber auch entgelten, denn, wenn jedem Spitzbuben oder Betrüger bei Abmessung seiner Strafzeit fast regelmäßig gänzlich oder teilweise die erlittene Untersuchungshaft angerechnet wird, so gehört diese Maxime bei den Sozialdemokraten schon mehr zur Ausnahme; ihnen gegenüber ist Gerechtigkeit eine politische Schwäche! Schlimm, wenn es in einem Staate erst soweit gekommen.

Speziell Dresden betreffend — daß sich vor dem drohendem Belagerungszustande durch zahlreiche Verhaftungen und Verurteilungen retten will — arbeiten die politischen Behörden mit Hochdruck und sind es namentlich zwei Punkte unserer Strafprozeßordnung, die in niederträchtigster Weise auf uns Politiker angewendet werden. Fluchtverdacht und Untersuchungshaft! Reichen Umstände nicht aus, letztere zu begründen, so muß ersterer als Nothehelf herhalten — aber zum „Brummen" kommts, sollte auch Freisprechung mit Gewißheit zu erwarten stehen. Erklärlicher Weise spielt hierbei die Privatrache einzelner Beamten in das öffentliche Recht hinein. Daß unter solchen Umständen die Behörden in den meisten Prozessen gegen uns Schlappen erleiden, leuchtet ein und erst vor wenigen Wochen schlug eine hiesige Strafkammer einen Prozeß nieder, weil er allzu frivol und g a n z o h n e g e s e t z l i c h e n Hintergrund angezettelt gewesen, so daß er vor der Assise ohne Zweifel unter schallendem Gelächter unserer Genossen geendet hätte. Auch die Freisprechung unserer Genossen K a y s e r und S o m m e r am 20. August documentirten die Leichtsinnigkeit einzelner Staatsanwalte, ihr Strafanträge zu stellen, wo sie gewiß sein könnten, daß Freisprechungen erfolgen; sie „glauben", „muthmassen", „nehmen an", „haben Verdacht" und mit dieser Quadrupel Worte ziehen sie ehrenwerte Männer in den Kreis ihrer Anklagen, von denen sie oft eines lernen könnten: Männerwürde und Achtung vor der Ueberzeugung. Was aber bei uns neuzeitlich die politischen Behörden miskreditirt, das ist nicht allein die Geneigtheit, mit welcher sie jeder infamen rechtsichtigen Einzeldenunzizion Folge leisten, sondern es sind die aller Logik und Stilistik Hohn sprechender Anklageschriften, die man jetzt erläßt. Zumeist sind dieselben unlogisch zusammengestellt in verqualschter Reihenfolge gebracht, haltlose Prämissen, künstliche Beweisführungen und nur der Paragraf auf dem sie fußen, leuchtet stetig hervor. Wir müssen Kronanwälte haben, die von den älteren Richtern die Gewissenhaftigkeit nicht übernahmen, die aber zugleich auch den Klassikern, den Gramatikern und Logikern als geschworener Feind gegenüberstehen. Ja, unsere Gesellschaft wird gebrechlich und schwach — Alles geht aus den Fugen, nicht einmal eine ordentliche, formidable Anklageschrift bringen unsere politischen Behörden mehr fertig; Alles erbärmlich klein und pygmäenhaft? Das macht es, fehlen dem „gemuthmaßten" Verbrecher, das „Verbrechen" selbst und dann der „Verbrecher" —; was dazwischen liegt, dem „gemuthmaßten" und dem „wirklichen", das ist eben das Lächerliche für unsere Ankläger.

A u s w e i s e.

Nr. 103.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Gesammtausweis 54 fl. 29 kr. Detaillirter Bericht folgt in der nächsten Nummer.

Aus Versehen wurde der Posten Genossen am Wasserfall 1 fl., zweimal verrechnet.

B r i e f k a s t e n.

Budapest. Wir können diese Berichtigung nicht aufnehmen, da sie die Thatsachen nicht entkräftet.

Deutsch V., Basel. Ausgeglichen bis August. Einsiedlergasse 25, 3. Stock 8.

Kürschner Pauschal 1 fl., Görner Gablonz, erhalten. Stularbeiter Pauschal, 2 fl.

Druckfeler-Berichtigung.

In der letzten Nummer schlich sich ein unliebsamer Druckfeler ein. Es soll nämlich in dem Titel des Feuilletons heißen: „Soll das H a u s i r w e s e n beschränkt werden?" statt „Soll das H a u s w e s e n beschränkt werden?" D. R.

Ankündigungen.

Wien. Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und -Arbeiterinnen Wiens. Jeden Mittwoch Ausschußsitzung in der Zentrale in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6. — 1. Lesezimmer: Fünfhaus, Sechshauser Hauptstraße in Faras' Gasthaus „zum weißen Adler". — 2. Lesezimmer: Sechshaus, Wehrgasse in Herrn Daubal's Gasthaus. — 3. Lesezimmer: Meidling, Ecke der Mißbach- und Bonygasse in Herrn Schlemin's Gasthaus. — Jeden Samstag von 7 bis 9 Uhr finden Einschreibungen statt.

Ferner gibt der Ausschuß seinen Mitgliedern bekannt, daß Sonntag, den 2. Oktober, ein Zeichnen- und Elementarunterricht beginnt. Die Mitglieder werden ersucht, sich zalreich daran zu beteiligen.

Der Ausschuß.

Wien. Das Vereinslokal des Fortbildungs- und Kranken-Unterstützungsvereines der Färber Wiens befindet sich seit 17. September in Winter's Gasthaus, 5. Bez., am Hundsthurm 2.

Wien. S o n n t a g, d e n 25. S e p t e m b e r 1881, findet die

Gründungs-Liedertafel

des Arbeiter-Bildungsvereines, verbunden mit Konzert und Tanzkränzchen, in den Sälen „zu den drei Engeln", 4. Bez., große Neugasse, statt. Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kassa 40 kr. Anfang 8 Uhr.

Slavische Volksversammlung

Sonntag, den 25. September, nachmittags 2 Uhr, bei den „drei Engeln", 4. Bez., große Neugasse. Genossen, erscheint zalreich.

Bäcker-Versammlung

Dienstag den 27. September, abends 7 Uhr, in den „Taliasälen". Tagesordnung: Die Lage der Arbeiter.

S o n n t a g d e n 9. O k t o b e r d. J., findet in **Schwender's Kolosseum** das

sechste Gründungsfest

des Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der Drechsler Wiens statt. — Frühergelöste Karten 35 kr., mit der Einladungskarte 40 kr., an der Kassa 50 kr. Anfang 7 Uhr abends.

Der Fortbildungs- und Unterstützungsverein der Drechsler befindet sich 6. Bez., Aegydigasse 19.

Wien. Samstag, den 8. Oktober 1881, abends 8 Uhr, findet die

halbjährige ordentl. Generalversammlung

des allgemeinen Arbeitervereines statt. Tagesordnung: 1. Vereinsbericht. 2. Neuwal des Ausschusses. 3. Vortrag über Weltgeschichte von Herrn G. Matzinger. 4. Anträge und Interpellazionen. Die Mitglieder werden ersucht, zalreich zu erscheinen.

Wien. Sonntag, den 2. Oktober 1881, 6 Uhr abends, findet in den Sälen „zu den drei Engeln", Wieden, große Neugasse 36, ein

Wohltätigkeits-Fest

verbunden mit Konzert, Ball, Gesang und deklamatorischen Vorträgen des Fortbildungs-, Kranken- und Unterstützungsvereines der sämmtlichen Musik-Instrumentenmacher Wiens, statt. — Musik unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Herrn J. Kopezky. — Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 50 kr.

Samstag, den 24. September 1881, abends 7 Uhr, findet im Vereinslokal, 6. Bezirk, Magdalenenstraße 42, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Anstellung eines Vereinsarztes. 2. Vortrag. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, zalreich zu erscheinen.

S o n n t a g d e n 2. O k t o b e r 1871 findet das

XI. Gründungsfest

der Schuhmachergewerkschaft in Wien, verbunden mit Ball, Konzert und Liedertafel, in Schwender's Kolosseum, statt. Im Amor- und Florisaale Ball, Musik der vollständigen Regimentskapelle König der Niederlande. Amorsaal Festrede. In der Prachthalle: Konzert der Damenkapelle Schipek und Liedertafel des Arbeiter-Bildungsvereines. Eintritt: Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kassa gegen Abgabe der Einladungskarten 35 kr., ohne derselben 40 kr. Kassaeröffnung 6 Uhr, Anfang 7 Uhr.

Alle Genossen werden ersucht, für dieses Fest möglichst zu agitiren.

Einladung

zu dem am Sonntag den 2. Oktober 1881 in Zobel's sämmtlichen Lokalitäten stattfindenden

Tischler-Michaeli-Fest

mit Konzert, Ball und Juxbazar unter gefälliger Mitwirkung eines Doppel-Quartetts des „Arbeiter-Sängerbund". Im Gemüthlichen: Musik, Gesang und humoristische Vorträge. Anfang 4 Uhr. Eintritt 20, an der Kassa 25 kr.

Wien. Allgemeiner Arbeiterverein. Samstag den 8. Oktober, abends 8 Uhr, halbjährige Generalversammlung im Vereinslokale.

Wien. Arbeitsvermittlung der Kürschner. Jeden Montag und Donnerstag, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, im Gasthause.

Floridsdorf. Samstag, den 25. September, halb 8 Uhr abends, findet die Monatsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines mit einem Vortrage statt. Genossen, indem die Tagesordnung eine dringend wichtige ist, appelliren wir an Euch, möglichst zalreich zu erscheinen.

Die Unterrichtssekzion gibt bekannt, daß beide Unterrichte bis auf Weiteres behördlich sistirt wurden.

Harzdorf. Sonntag, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, feiert der Fortbildungs- und Unterstützungsverein in Ullrich's Restauration sein diesjähriges

Gründungsfest

bestehend aus Konzert, Gesang und deklamatorischen Vorträgen. — Da der Verein keine Einladung versendet, so ergeht an alle Vereine gleicher Tendenz die höfliche Aufforderung, das Fest durch Delegirte, Begrüßungsschreiben verschönern zu wollen. (50)

Aussig. Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags, feiert der hiesige Arbeiter-Bildungsverein in der Restaurazion „zur Königshöhe" sein zehntes **Gründungsfest.** Abends Tanzkränzchen. (20)

Freudenthal. Der Fachverein der Manufakturarbeiter gibt bekannt, daß vom 1. Oktober an, jedem durchreisenden Vereinsmitgliede, welcher einem ähnlichen Vereine angehört und nicht über 3 Monatsbeiträge im Rückstande ist, eine Reiseunterstützung von 25 kr. bei den Genossen Franz Roskosch, Olmützerstraße 67 und Wilhelm Bernert, Weber, Mühlgasse 4 ausbezahlt wird.

---

(15) **Zu verkaufen**

Otto Spammer's „Illustrirter Konversazions-Lexikon" unaufgeschnitten, sammt Atlas, VI., Brauergasse 3, Th. 7.

Aussig. Die hiesige Allgemeine Arbeiter Kranken- und Invaliden-Kasse hält Sonntag den 2. Oktober nachmittags 3 Uhr im Gasthause „zum Elisium" seine halbjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vorlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Halbjähriger Rechenschaftsbericht. 3. Zweck und Nutzen der Allgemeinen Krankenkasse. 4. Wahl der Delegirten. 5. Vereinsangelegenheiten des Ausschusses. (40)

Ein **möblirtes Kabinet** ist für einen oder zwei Parteigenossen zu verlassen. Pro Monat 4, eventuell 6 fl. Hampel, Währing, Martinsstraße 19. (15)

Ein Arbeiter für Seiden-Gaze wird bei Herrn A u g u s t i n K o h o u t in Neugedein aufgenommen und dauernd beschäftigt. (30)

Geschäfts-Anempfelung.

Gefertigter empfielt seine neu renovirten Localitäten ganz unentgeltlich für Vereine, Versammlungen und Feste. Für billige und gute Speisen und Getränke sorgt bestens

Franz Hamberger, Restaurateur

(50) „zur blauen Weintraube" V., Schloßgasse 5.

Geschäfts-Empfelung.

Unterzeichneter empfielt seine Lokalitäten für Vereine, Versammlungen ꝛc. Schöner und schattiger Garten. Für gute Speisen und Getränke, sowie auch für solide Bedienung sorgt bestens

Groh, (Gumpendorfer Bierhalle)

[50] 6. Bez., Gumpendorferstraße 91.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Die nächste Nummer erscheint am 13. Oktober.

Herausgeber und Verleger: **Franz Moh, Andreas Große, August Votidek, Heinrich Mohe, Anton Christoph.**

Verantwortlicher Redakteur: **Franz Moh.**

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: **5 kr.**
Für Anzeigen von Privatpersonen: **10 kr.**
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 49. Wien, Donnerstag 13. Oktober. **1881.**

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit dieser Nummer beginnt ein neues Quartal zum **Abonnement** der Zeitschrift

Die Zukunft

Sozialdemokratisches Organ.

„Die Zukunft" erscheint **monatlich zweimal**, und zwar **an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.**

Das Abonnement beträgt für **Oesterreich-Ungarn:**

halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Genossen!

☛ Wir ersuchen alle Jene, deren Abonnement zu Ende oder welche im Rückstande sind, dasselbe umgehend zu erneuern, damit in der Zusendung des Blattes keine Unterbrechung stattfindet.

Die Herausgeber.

Parteigenossen!

Die Zal der inhaftirten Genossen wird unter den gegenwärtigen reakzionären Zuständen eine immer größere, viele von diesen Genossen besitzen Familien, die dadurch sehr unter leiden, wenn sie ihres Ernährers entbehren müssen; es ist daher dringend notwendig, daß jeder Genosse sein Möglichstes zur Unterstützung und Linderung des traurigen, unverschuldeten Loses dieser Familien ununterbrochen beitrage.

Es werden daher die Genossen allerorts an ihre Pflicht erinnert und ersucht, unverzüglich fortdauernde Sammlungen zur Unterstützung der Familien unserer inhaftirten Genossen einzuleiten und zu organisiren.

Da Genosse Hybes die Inempfangnahme der Unterstützungsgelder für die Zukunft zurückgelegt hat, so haben sich die Genossen **Joh. Richter**, Neulerchenfeld, Neumeiergasse 11, T. 26 in Wien und **Fr. Kramer**, Ungergasse 4 in Graz zu diesem Zwecke bereit erklärt und sind von nun an alle Unterstützungsgelder an dieselben einzusenden und haben sich auch diejenigen, welche Unterstützungen zu bekommen haben, an dieselben zu wenden.

Sonntag den 16. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet in Schwender's Kolloseum eine

Volksversammlung

statt. — Tagesordnung: Die Forderungen der Arbeiter.

Freiheit.

II.

Wir haben in unserem ersten Artikel ausgeführt, daß das Volk gegen den Begriff Freiheit gleichgiltig geworden ist, weil es findet, daß sich sein materielles Wolbefinden seit Hereinbruch der Freiheitsära in Oesterreich nicht nur nicht gesteigert hat, sondern daß sich im Gegenteile alle Uebel, wie Armut, Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger noch vermehrt haben. Wir wollen heute untersuchen, wie das zugeht.

Vor Allem müssen wir uns die Frage vorlegen: Kann die Freiheit die materielle Wolfahrt des Volkes steigern? Ist nicht auch in freien, konstituzionellen Staaten, wie England und Belgien, ja sogar in Republiken, wie Nordamerika, Frankreich und der Schweiz, Not und Elend zuhause?

Hierauf müssen wir erwiedern: Allerdings ist die Freiheit und nur sie allein im Stande, Armut und Elend aus der Welt zu schaffen, und wenn in Republiken auch Not und Hunger herrschen, so ist damit nur bewiesen, daß eben in diesen Republiken nicht die Freiheit herrscht, die wir meinen und daß in diesen sogenannten Freistaaten das alte Sistem der Volksunterdrückung und Volksausbeutung, nur unter anderer Firma, befolgt wird. Dadurch unterscheiden sich ja die demokratischen Sozialisten von den bürgerlichen Demokraten, daß sie die Freiheit verlangen, zweckentsprechende Mittel zur Verbesserung der materiellen Lage des Volkes in Anwendung zu bringen. Die Regierungsgewalt befindet sich aber gegenwärtig überall in den Händen der besitzenden Klassen und die Ausnützung der dem Volke gewährten Freiheiten wird überall, auch in den Republiken, nur so weit geduldet, als sie die Interessen der Kapitalisten nicht schädigt. Hiezu kommt noch, daß auch in den freiesten Staaten, wo fast unbeschränkte Preß- und Redefreiheit besteht, der Regierung, d. h. den durch sie vertretenen herrschenden Klassen so viele Mittel zu Gebote stehen, die im Volke aufdämmernde Aufklärung zu unterdrücken und die besitz- und rechtlosen Klassen über ihre wahren Interessen zu täuschen, daß auch dort die Zeit, wo die große Masse der Ausgebeuteten und Geknechteten das Unrecht, das ihnen geschieht, einsehen und gebieterisch ihr Recht verlangen werden, noch in weiter Ferne liegt.

Nun könnte man in Staaten, wo erleuchtete und selbstlose Freunde des Volkes von der Tribüne aus und durch die Presse diesem die Wahrheit über seine Lage sagen dürfen, wol meinen: „Das Volk kennt ja jetzt die Ursachen seiner Not und die Mittel zu deren Beseitigung. Wenn es dieselben nicht ergreift, so verdient es kein anderes Los." Wir wissen aber auch, daß erstens auch die freiesten Staaten die Rede- und Preßfreiheit nur so weit dulden, als sie den herrschenden Klassen nicht gefährlich wird, daß zweitens die Völker allerwärts durch die lange, geistige Knechtschaft, in der sie schmachteten, begrifsstützig geworden sind und daß endlich, wenn sie auch Alles begriffen, mit Mitteln im Rahmen [illegible] des Volkes überall im Nachteile bleiben mußte.

Was soll man aber erst in solchen Staaten von der Freiheit für eine Wirkung erwarten, wo nur die äußeren Formen derselben eingeführt wurden, im Uebrigen aber Alles beim Alten geblieben ist!

Wir haben ein Parlament, welches aus einem Abgeordneten- und einem Herrenhause besteht. In das Abgeordnetenhaus dürfen nur solche Staatsbürger Vertreter wälen, welche einen gewissen Betrag an direkten Steuern zalen. Trotzdem der größte Teil der Staatslasten durch indirekte Steuern aufgebracht wird, hat die große Masse des Volkes, welches jährlich so viele Millionen an indirekten Steuern leisten muß, nicht das Recht, Vertreter seiner Interessen in das Abgeordnetenhaus zu entsenden. Es sitzen also daselbst nur die Vertreter der besitzenden Klassen und machen Gesetze für die vielen Millionen besitzloser und daher nicht walberechtigter Staatsbürger. Sollte von dieser Volksvertretung trotz ihrer Zusammensetzung einmal ein volksfreundliches Gesetz beschlossen werden, so kann dasselbe nie rechtskräftig werden, wenn nicht das Herrenhaus, dessen Mitglieder von der Regierung ernannt werden, seine Zustimmung gibt. Sollten aber Abgeordneten- und Herrenhaus über ein derartiges Gesetz einig sein, so kann die Regierung, wenn es ihr unangenehm ist, das Zustandekommen desselben dadurch verhindern, daß sie die Sankzion der Krone dafür nicht einholt. So sieht unser Parlamentarismus aus. Und da soll für das arme, nolleidende Volk etwas zu hoffen sein?

Nun haben wir aber doch Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit! „Jedermann ist berechtigt, durch Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern", heißt es im Staatsgrundgesetz. Wer lacht da nicht? In Oesterreich wird nicht nur verfolgt, was schon geschrieben oder gesagt worden ist, die Regierung verbietet durch ihr Organ, die Polizei, daß überhaupt über diese oder jene Sache zu diesem oder jenem Zeitpunkte gesprochen werde, wenn sie nur vermutet, daß etwas Mißliebiges gesagt werden könnte. Wir haben schon erlebt, daß Versammlungen verboten wurden, in denen über die achtjährige Schulpflicht oder die neue Gewerbeordnung gesprochen werden sollte und wir haben uns schon daran gewöhnt, es ganz natürlich zu finden, daß sich in den Versammlungen unserer Fachvereine, in deren gewöhnlich die harmlosesten und trockensten Vereinsangelegenheiten verhandelt werden, Polizeikommissäre einfinden, welche die Aufgabe haben, alle Ausführungen von Seite der Redner zu überwachen. Aber Jedermann ist berechtigt, durch Wort und Schrift seine Meinung frei (!) zu äußern.

Die Zeitungen werden massenhaft konfiszirt, ohne daß die Verfasser der konfiszirten Artikel vor Gericht gestellt werden. Man fült eben, daß das im konfiszirten Artikel begangene Verbrechen nicht so groß ist, daß von den Geschwornen ein Schuldigspruch zu erwarten wäre. Und da muß man noch wissen, daß bei Abfassung von solchen Artikeln schon von vorneherein auf die österreichischen Preßzustände Rücksicht genommen wird, und daß die Journalisten möglichst zahm und mäßig schreiben und Alles vermeiden, was nach ihrer Ansicht geeignet wäre, ein Einschreiten des Staatsanwaltes herauszufordern, während die Arbeiterblätter sich wieder gegenwärtig halten müssen, daß ihre Redakteure vor ein Geschwornengericht gestellt werden, das sich aus den Reihen der Bourgeoisie rekrutirt. Wer daher der Ansicht ist, daß in Oesterreich Preßfreiheit herrscht, der wird auch finden, daß in Rußland und der Türkei sehr angenehme Preßzustände bestehen, da man ja in diesen Ländern auch Alles schreiben und sagen darf, was der Regierung nicht unangenehm ist.

Wenn es nun schon nicht als ausgemacht gilt, daß alle Uebelstände, die frei und offen besprochen werden dürfen, auch abgestellt werden, wie viel weniger kann eine Besserung von traurigen Zuständen eintreten, wenn es nicht erlaubt ist, darüber öffentlich die Wahrheit zu sagen und wenn diejenigen, welche es ohne Erlaubnis tun, als Aufwiegler und Ruhestörer verfolgt und bestraft werden!

Wie steht es nun mit der Gewissensfreiheit? Genau so, wie mit der Rede- und Preßfreiheit. Wie wäre auch Gewissensfreiheit ohne Rede- und Preßfreiheit denkbar! — Man kann von religiösen Dingen glauben und bleiben lassen, was man will, sagen darf man aber nur, was keine Religionsgenossenschaft beleidigt. Nun beleidigt aber diese Gesellschaften alles, was den von ihnen geübten Bräuchen und den von ihnen verkündeten Lehren widerspricht, [illegible] die Religionslosigkeit nicht Propaganda machen," wenn man hiebei verschiedene Dinge und Begriffe kritisiren müßte, welche durch die Gesetze vor jeder kritischen Besprechung geschützt sind. Es wäre einem vernünftig denkenden, aufgeklärten Menschen nicht möglich, seine Gedanken über gewisse „heilige" Dinge auszusprechen, ohne sich des Verbrechens der Gotteslästerung, der Religionsstörung, oder der Herabwürdigung und Verspottung religiöser Gebräuche schuldig zu machen. Wir besitzen eben von der Gewissensfreiheit auch nur den Namen und finden zwischen jetzt und der Zeit des Absolutismus keinen wesentlichen Unterschied, denn denken durfte man auch im Jahre 1847 schon die schrecklichsten Dinge, nur das Aussprechen war verboten und wurde bestraft, gerade so wie heute. Wie soll aber ein Volk zur Vernunft, zur wahren Bildung und Freiheit und dem daraus sich ergebenden materiellen Wolbefinden gelangen, wenn der Aberglaube nicht bekämpft werden darf?

Nun wird man uns vielleicht einwenden: Wer verbietet euch denn, die Wahrheit zu sagen? Sprecht sie doch aus! Wenn ihr dafür auch zur Verantwortung gezogen werdet, stellt man euch vor ein Volksgericht, vor eine aus freisinnigen Bürgern zusammengesetzte Jury und diese wird euch nicht schuldig sprechen, wenn ihr recht gehandelt habt und mannhaft für Freiheit und Aufklärung eingetreten seid.

Ein Volksgericht! Wird denn dieses Gericht wirklich aus den Reihen des Volkes genommen ohne Unterschied der Person und ihres Geldsacks? Kann jeder intelligente und unbescholtene Mann Geschworner werden? Durchaus nicht. Es können nur reiche Leute Geschworne werden. Dem Armen traut man die Ehrenhaftigkeit, welche das Amt eines Geschwornen erfordert, nicht zu, er würde sich kaufen lassen, meint man, oder man ist wenigstens so, als ob man dies meinte. Die Wahrheit ist, daß der heutige Staat ein Staat der Besitzenden ist, und daß die besitzende Klasse am besten wissen muß, was geeignet ist, ihre Herrschaft im Staate zu erschüttern. Sie setzt sich daher selbst über Jene zu Gericht, welche es unternehmen, durch Aufklärung der Massen eine Aenderung der bestehenden, nur einer Minderheit zugute kommenden Ordnung anzubahnen. Die Reichen sitzen über die Armen, die Bourgeois über die Proletarier, die Vertreter der herrschenden Klasse über die Angehörigen der politisch rechtlosen Klasse zu Gericht und haben zu entscheiden, ob die Mittel, deren sich die Unterdrückten zu ihrer Befreiung bedienen, strafbar sind oder nicht

Nun braucht man an der persönlichen Ehrenhaftigkeit der Geschwornen durchaus nicht zu zweifeln und kann doch einsehen, daß das Urteil einer Partei über die andere nicht unparteiisch sein kann. Wir wollen sogar annehmen, daß die Geschwornen, welche von der Vortrefflichkeit der gegenwärtigen Zustände überzeugt sind, im Interesse des Staates — ihres Staates — zu

handeln glauben, wenn sie diejenigen, welche die heutige Ordnung bekämpfen, verurteilen und ins Gefängnis schicken. Die Tatsache bleibt aber doch aufrecht, daß, wenn sie z. B. über das Delikt „Aufreizung zu Haß und Verachtung wider einzelne Klassen der bürgerlichen Gesellschaft" zu entscheiden haben, sie in eigener Angelegenheit einen Spruch fällen. So lange daher das Geschwornengericht nicht aus der Gesammtheit des Volkes, ohne Unterschied des Besitzes, zusammengesetzt wird, so lange können wir es ebensowenig für ein Volksgericht halten, als wir die auf Grund von Zensuswahlen vor dem Schottentore tagenden Advokaten, Pfaffen, Großgrundbesitzer und Industriellen für eine Volksvertretung halten.

Wollten wir alle unsere Freiheiten, die keine sind, der Reihe nach durchgehen, wir müßten ein Buch schreiben. Wir geben nur noch zur Erwägung, daß derjenige, der sich für Freiheit und Volkswol begeistert, der sich für seine Mitmenschen opfert um einer Idee willen, daß der für Wahrheit und Recht begeisterte Mensch, wenn seine Ansichten mit jenen der herrschenden Klasse kollidiren, mit den Verlornen der Erde, mit Dieben und Mördern auf gleichen Fuß gestellt wird, indem man für ihn auch noch keine andere Strafen wie für jene erfunden hat und es sogar für angezeigt hält, die über ihn verhängte Freiheitsstrafe durch Fasttage zu verschärfen und man wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß wir noch weit davon entfernt sind, uns des Besitzes der Freiheit rühmen zu können.

Die Freiheit, welche wir meinen, wird, sobald sie erscheint, von Niemandem verkannt oder geringgeschätzt werden, denn die wahre Freiheit bringt allgemeine Bildung und allgemeinen Wolstand mit sich. Wo das Volk in Unwissenheit und Aberglaube dahinlebt, wo Armut, Not und Elend das Los von Millionen ist, da können wol die äußern Formen der Freiheit eingeführt sein, sie selbst aber ist dort eine Verbannte. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!

Asilhäuser für sittlich verwahrloste Kinder.

Den 30. August d. J. fand im Sitzungssaale des Sechshauser Bezirksschulrates eine wichtige Sitzung des mit der Aufgabe der Errichtung von Asilhäusern für sittlich verwahrloste Schulkinder betrauten Komitees statt. Den Vorsitz führte der Landtagsabgeordnete Zelebor. Nach längerer Debatte kam das Komitee bezüglich der prinzipiellen Punkte: 1. Landesanstalten, nicht Bezirksanstalten: 2. Nichtaufnahme von schwachsinnigen Kindern; 3. prinzipielle Ausschließung von bereits gerichtlich abgestraften größeren Schülern und Schülerinnen, vollkommen überein. Es gibt gewisse Leute, welche behaupten, daß unsere Schule — die so viel verleumdete Neuschule — Schuld an den vielen Verbrechen und Lastern ist, weil sie die kristlichen Lehren nicht in Bausch und Bogen akzeptirt und sich bemüht, den Verstand der Kinder etwas zu erhellen. Andere behaupten wieder, der Grund der Sittenlosigkeit liege in der mangelhaften Beaufsichtigung der Kinder (besonders der Arbeiterkinder), welche den ganzen lieben Tag frei auf der Straße herumlaufen und deshalb zu jedem schlechten Streiche geneigt sind. Es fällt mir gar nicht ein, die heutige Jugenderziehung zu verteidigen, jedoch, sage ich, behaupten die ersteren wissentlich oder unwissentlich einen Unsinn, die zweiten zeigen etwas Verstand, wissen aber nicht daß in einer Familie, wo Vater und Mutter in die Arbeit gehen müssen, um Geld zu verdienen, damit sie mit ihren Kindern ihr Leben notdürftig fristen zu können (ich sage: notdürftig fristen zu können, weil es genug Familien gibt, die sich nicht einmal am Brote satt essen können), den Kindern eine solche Erziehung und Bildung nicht beigebracht werden kann, welche sie befähigt, jeder moralischen Versuchung zu widerstehen.

Man wird mir vielleicht entgegnen, es gibt doch Kindergärten und Kinderbewahrungsanstalten. Ja allerdings, können aber solche Eltern, welche in die Arbeit gehen, ihre Kinder in solche Anstalten schicken? Haben sie die Mitteln, dies zu tun? Ich glaube nicht; denn wenn der Mann 5 bis 6 fl., die Frau 3 bis 4 fl. wöchentlich verdient, wo bleibt hier Geld übrig, um das Honorar in diesen Anstalten zu bezalen? Jeder Familienvater wird wissen, sowie jeder vernünftige Mensch auch zugeben muß, daß in einer Familie, wo mindestens drei, meistens vier bis fünf Personen sind, 9 bis 10 fl. wöchentlich kaum für den notwendigsten Lebensunterhalt ausreichen. Es ist ja ohnedies zu wundern, daß unsere Jugend trotz ihrer heutigen Umgebung nicht noch mehr verdorben ist, denn was man anschaut und wo man hinsieht, ist Alles prostituirt. Alles ist für Geld feil, nicht allein, daß ein Teil des weiblichen Geschlechtes seine Ehre für Geld verkauft, nein, auch Wissenschaft, Kunst und Literatur liegen vor dem Götzen Mammon und dienen ihm, indem sie einerseits seine Taten, die gerade nicht die besten sind, verherrlichen, andererseits sich bemühen, das Volk auf eine möglichst niedere Kulturstufe zurückzuführen. Die Literatur, die doch ein Bildungsmittel für das Volk sein soll, was leistet sie, um die Bildung des Volkes zu fördern? Mit wenigen Ausnahmen gar nichts. Durch unsere heutige Literatur, und nur (?) durch sie wird das Volk verdorben, verdorben durch jene schlechten und sittenlosen Lektüren und Bücher, wozu auch jene Schundromane, wie sie heute kolportirt werden und durch welche die Schriftsteller ein ganz rentables Geschäft machen, gehören.

Ich kann mich nicht enthalten, einige Bücher, welche sehr zweifelhaften Inhaltes sind, zu nennen. Es sind: „Dekamerone" (zwei Bände), „Liebesleben der Frauen" u. dgl. Es wäre notwendig, daß die Aufmerksamkeit des Herrn Staatsanwaltes auf jene Bücher hingelenkt werde, bei denen eine Konfiskazion wol mehr am Platze wäre, als bei unseren Arbeiterblättern. Die eigentliche Prostituzion ist eines von den vielen Uebeln, welche durch die heutige Produkzionsweise hervorgebracht worden, denn einerseits ist der größte Teil des männlichen Geschlechtes auf die Prostituirten angewiesen, weil ihm die Mittel zur Gründung eines eigenen Hausstandes durch die Art und Weise der heutigen Produkzion vorenthalten werden, anderseits werden hunderte von Mädchen durch diese Produkzionsweise in die Reihen der Prostituirten verdrängt und gezwungen, ihren Leib zu verkaufen, damit sie ihr Leben fristen können.

Aber sind denn nur Kinder des Arbeiters sittlich verwahrlost, sind es etwa die Kinder der sogenannten „gebildeten Gesellschaft" nicht? Die Beweise hiefür wird mir der Leser erlassen, da ich das Ganze wegen Raumrücksichten beschränkt habe; wer aber Beweise will, braucht nur Ohren und Augen aufzumachen und wird taglaglich sehen, daß ich die Wahrheit sagte. Also Asilhäuser für sittlich verwahrloste Kinder sollen errichtet werden und man glaubt, dadurch der fortschreitenden und immer mehr und mehr zu Tage tretenden Sittenlosigkeit der Jugend Einhalt zu gebieten! Es frägt sich, ob jene Anstalten wirklich zweckmäßig eingerichtet werden, ob die leitenden Kräfte derselben den Kindern ihre gänzlich verlorene Moral wieder geben können. Es frägt sich, ob diese Anstalten unter Aufsicht von erfahrenen Männern der Wissenschaft gestellt werden oder ob die unfelbare, kristliche Kirche die Aufsicht über dieselben führen wird. Wäre unsere heutige Produkzionsweise umgeändert, würde der Arbeiter statt des Arbeitslohnes den vollen Ertrag seiner geleisteten Arbeit erhalten, dann wäre es nicht notwendig, daß der Staat solche Anstalten errichten muß, denn dann hätte der Arbeiter Zeit und Geld, um sich und seinen Kindern Erziehung und Bildung verschaffen zu können.

Wilh. W.

Hochverratsprozeß.

Mittwoch den 28. September fand die Schwurgerichtsverhandlung gegen Genossen Anton Christoph statt. Vorsitzender Landesgerichtsrat Mayer, Staatsanwalt Graf Lamezan, Verteidiger Dr. Sig. Wolf-Eppinger.

Der Anklage entnehmen wir Folgendes:

Die k. k. Staatanwaltschaft in Wien erhebt gegen Anton Christoph zu Wien geboren und zuständig, 24 Jahre alt, ledig, Schriftsetzer und Mitherausgeber der Zeitschrift „Zukunft"

die Anklage:

Anton Christoph habe dadurch, daß er am 18. August 1881 abends in der Druckerei des Wilhelm Jacobi in Wien, Stadt, Schottenring 6, der daselbst beschäftigten Einlegerin Antonie Pokorny einen Satz übergab, nach welchem er von derselben mehrere tausend Exemplare einer Flugschrift betitelt „An das österreichische Volk", in der Nacht vom 18. zum 19. August drucken ließ und daß er die Antonie Pokorny anwies, am Morgen des 19. August 1881 mit den gedruckten Exemplaren dieser Flugschrift die Druckerei zu verlassen, und dieselben einem Manne, welcher sie in der Alserstraße an der Ecke der Kochgasse erwarten werde, zu übergeben, in einer Druckschrift: a) zur gewaltsamen Veränderung der Regierungsform aufgefordert und angeeifert; b) die Arbeiterbevölkerung zur Empörung oder zum Bürgerkriege im Innern aufgefordert und angeeifert; c) zum Hasse oder zur Verachtung wider die Regierungsform aufzureizen gesucht; d) Andere zu Feindseligkeiten gegen einzelne Klassen oder Stände der bürgerlichen Gesellschaft oder überhaupt die Einwohner des Staates zu feindseligen Parteiungen aufgefordert, angeeifert oder zu verleiten gesucht. —

Anton Christoph habe hiedurch die Verbrechen des Hochverrates nach den §§. 58 lit. b, d, e, der Störung der öffentlichen Ruhe nach §. 65 a St.-G. und das Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach §. 302 St.-G. im Sinne des §. 7 St.-G. strafbar nach den §§. 34, 35 und 59/a St.-G. begangen.

Die k. k. Staatsanwaltschaft beantragt: die Belassung des Anton Christoph in der Untersuchungshaft; die Anordnung der Hauptverhandlung vor dem k. k. Landesgerichte Wien als Geschwornengerichte; die Vorladung und Vernehmung der Zeugen: Antonie Pokorny, Josef Rohrbeck, Anna Rohrbeck, Franziska Hanke, Johann Pokorny, Johann Trunde, Elisabet Kragner, Wilhelm Jacobi, Franz Marz, Ernst Gottwald; die Vorlesung der Flugschrift „An das österreichische Volk" J. N. 1/a — des Beschlusses vom 20. August 1881 Z. 4, des polizeilichen Revisionsprotokolles vom 19. August 1881 über das Ergebnis der Hausdurchsuchung in der Wohnung des Anton Christoph in Floridsdorf — der Polizeinote J. N. 18.

Gründe:

Schon seit längerer Zeit bestand bei der hiesigen Sicherheitsbehörde der Verdacht, daß in der Druckerei des Wilhelm Jacobi in Wien, Stadt, Schottenring 6, heimlicher Weise von dortselbst beschäftigten Individuen Flugschriften revoluzionären Inhaltes gesetzt und gedruckt werden, was eine sorgfältigere Ueberwachung dieser Druckerei zur Folge hatte.

Am Morgen des 19. August wurde die seit 10 Jahren in dieser Druckerei beschäftigte Einlegerin Antonie Pokorny angehalten, als sie eben mit einem Packete die Druckerei verlassen hatte.

In diesem Packete befanden sich viele Exemplare einer Flugschrift mit der Aufschrift: „An das österreichische Volk" während ein zweites Packet mit diesen Flugschriften von Antonie Pokorny bereits am 18. August 1881 zur vorgerückten Abendstunde ihrer Quartiergeberin Anna Rohrbeck, welche sie in der Druckerei aufgesucht hatte, mitgegeben worden war.

Diese Flugschrift, welche in einer Anzal von mehreren tausenden Exemplaren angefertigt worden war, enthält nun in der den sozialistischen Druck- und Flugschriften eigenen Weise nicht blos eine flagrante Aufreizung der arbeitenden Klasse gegen die Reichen und den Adel überhaupt, sondern wie dieselbe, schon aus ihrem Motto, in welchem auf die revoluzionäre Bewegung des Jahres 1848 angespielt und zum Antritte des Erbes dieser Bewegung aufgefordert wird, erkennen läßt geradezu eine Aufforderung und Aneiferung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustände einmal **ein Ende zu machen, den Reichen ihre Vorrechte, ihren Raub zu nehmen, die Reichen und Gewalthaber aus ihrer Stellung zu verdrängen, sich nicht mehr nach dem Willen einzelner Blutsauger und Despoten beherrschen zu lassen**, u. s. w.

Da sich eine derartige Umwälzung nur im Wege der Gewalt herbeiführen läßt, so ist einleuchtend und in dieser Flugschrift geradezu ausgesprochen, daß das Volk dieselbe durch eine insurekzionelle und revoluzionäre Bewegung zu bewerkstelligen habe, und daher hiezu aufgefordert und angeeifert wird.

Es begründet daher der Inhalt dieser Flugschrift **sowohl den Tatbestand des Verbrechens des Hochverrates, als auch jenen der Störung der öffentlichen Ruhe und des Vergehens der Aufreizung zu Feindseligkeiten gegen einzelne Klassen und Stände der bürgerlichen Gesellschaft und zu feindseligen Parteiungen.**

Antonie Pokorny hat nun eben die Entstehung dieser Flugschrift angegeben, daß der seit zirka 2 Jahren in der Druckerei des Wilhelm Jacobi als Setzer des Organes der österreichischen sozialistischen Arbeiterpartei „Zukunft" beschäftigte Anton Christoph, welcher zugleich Mitherausgeber dieser Zeitschrift ist, sie aufgefordet habe, gegen eine separate Entlohnung in der Nacht vom 18. auf den 19. August 1881 in der Druckerei ohne Wissen des Jacobi diese Flugschrift in mehreren tausenden Exemplaren nach einem ihr von Christoph übergebenen Satze zu drucken und diese gedruckten Exemplare am Morgen des 19. August aus der Druckerei fortzuschaffen und einem Manne zu übergeben, welcher sie an der Ecke der Alserstraße und Kochgasse erwarten werde. Antonie Pokorny entsprach, ohne sich näher um den Inhalt der Druckschrift zu kümmern, dieser Aufforderung, wobei sie noch zur Bewerkstelligung des Druckes ihren Vater Johann Pokorny und dem Johann Trunde zum Drehen des Rades als Gehilfen verwendete und ein Honorar von 9 fl. erhielt.

Ungeachtet dieser bestimmten Angaben der Antonie Pokorny leugnet Anton Christoph von der Existenz dieser Flugschrift Kenntnis zu haben, geschweige denn an dem Zustandekommen derselben beteiligt zu sein.

Wird jedoch in Erwägung gezogen, daß Anton Christoph sich in hervorragender Weise an der sozialistischen Arbeiterbewegung beteiligt, daß in seinem Besitze eine bedeutende Anzal von mit dieser Bewegung zusammenhängende Druckschriften insbesondere viele Exemplare der Londoner „Freiheit" gefunden wurden, daß Antonie Pokorny, welche ihre Anhaltung nicht vorauswissen konnte, die noch übrigen Exemplare der in Rede stehenden Flugschrift dem Anton Christoph in seine in der Druckerei befindliche Arbeitslade gelegt hatte; was zweifellos auf ihn als den Besteller dieser Flugschrift hindeutet, und daß endlich Anton Christoph nach Aussage des Stellwagenkondukteurs Ernst Gottwald vor einiger Zeit demselben gegenüber geäußert hätte, es werde schon zu etwas kommen und hieran lächelnd die Frage knüpfte, ob er nicht schon von ausgestreuten Flugschriften, welche auf die Arbeiterbewegung Bezug haben, gehört habe; so erscheint hiedurch die Aussage der Antonie Pokorny, daß Anton Christoph die Drucklegung der Flugschrift „An das österreichische Volk" veranlaßt und die Weiterbegebung eingeleitet habe, wesentlich unterstützt.

Es stellt sich sonach im Hinblicke auf die Bestimmung des §. 7 St.-G. die gegen Anton Christoph erhobene Anklage wegen der vorbezeichneten, durch den Inhalt dieser Flugschrift begründeten Delikte als gerechtfertigt dar.

Die Verhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft geheim durchgeführt. Die erschienenen Zuhörer mußten den Saal verlassen.

Der Präsident richtet die Frage an den Angeklagten: Bekennen Sie sich schuldig?

Angeklagter: Nein! Ich verließ die Druckerei um 6 Uhr abends am Vorabend meiner Verhaftung und begab mich auf den Nordbahnhof, von wo ich mit dem 8 Uhr-Zuge nach Floridsdorf fuhr; um 9 Uhr war ich zu Hause.

Zeugin Antonia Pokorny gibt an, daß sie auf der Maschine einen Zettel gefunden, durch welchen ihr angedeutet wurde, sie möge die eingehobene Form drucken. Da sie dachte, es sei etwas für die Partei und da sie nichts Arges vermutete, so bestellte sie zum Raddrehen zwei Männer für den 18. August abends 8 Uhr.

Der Präsident verliest hierauf die Protokolle der Pokorny aus der Voruntersuchung, worin sie angab Christoph habe ihr den Satz übergeben und als derselbe schon in der Maschine war, noch etwas geändert, und fragt die Zeugin, warum sie jetzt anders aussagte nachdem sie früher von einem Zettel nichts erwähnte und ob Christoph an dem Satz, bevor sie zu drucken anfing, etwas geändert habe, worauf Pokorny antwortete, sie könne sich nicht mehr recht erinnern. Der Präsident fordert sie auf, sie möge sagen ob sie den Satz von Christoph erhalten habe.

Pokorny: Der Satz war schon in der Presse.

Der Staatsanwalt fragt die Zeugin, ob sie im Redakzionslokale der „Zukunft" gewesen sei?

Zeugin: Ja!

Staatsanwalt: Hat Sie nicht Jemand dort beeinflußt, daß Sie Ihre Aussagen verändern sollen?

Zeugin: Nein, ich habe in der Redakzion mit Niemanden über den Prozeß gesprochen.

Nach abermaligem Fragen des Präsidenten, wer ihr die Instrukzion erteilte, daß sie das Paket, mit welchem sie betreten wurde, auf der Alserstraße einem Manne übergeben soll und wer ihr den Satz gegeben, antwortete Pokorny: Christoph.

Präsident zum Angeklagten: Was sagen Sie dazu?

Christoph: Das ist eine infame Lüge!

Der Präsident ruft ihn zur Ordnung und ermahnt ihn, solche Ausdrücke nicht mehr zu gebrauchen.

Hierauf werden die zwei Zeugen Johann Pokorny und Johann Trunde, welche von der Antonie Pokorny zum Raddrehen aufgenommen wurden, vernommen. Sie geben zu, von der Pokorny bestellt worden zu sein, kennen aber den Angeklagten nicht.

Die Zeugen: W. Jacobi, Buchdruckerei-Besitzer; Josef Rohrbeck, Maschinenmeister; Karl Jenik und Josef Wesely, Schriftsetzer, sämmtliche in der Buchdruckerei des Herrn W. Jacobi beschäftigt, sagen aus, daß solche Lettern, wie die zur Flugschrift verwendeten, in der genannten Druckerei gar nicht existiren und wenn Christoph die Flugschrift gesetzt haben würde, es unbedingt hätte bemerkt werden müssen. Auch verstehe Christoph von der Maschine nichts. Ferner sagt Zeuge Jacobi, daß dies auch Platten sein könnten, prüft sodann die saisirten Pakete mit Flugschriften und konstatirt, daß es unmöglich sei, in einer Zeit von 3 Stunden eine Anzal von 7—8000 solcher Exemplare zu drucken.

Es werden noch die Zeugin Anna Rohrbeck, Sophie Priesnitz, Franziska Hanke, Elisabeth Kragner, Franz Marz, Hausbesorger und Ernst Gottwald, Kondukteur bei den Floridsdorfer Stellwagen, vernommen.

Franz Marz, Hausbesorger in demselben Hause, wo sich die Druckerei von W. Jacobi befindet, kennt Christoph nicht. Der Schlüssel zur Druckerei befindet sich über Nacht in seiner Wohnung und es erhält ihn jeder, der in der Druckerei beschäftigt ist. Zeuge gibt weiters an, er kümmere sich nicht um den Schlüssel und sieht es selten, wer ihn holt.

Zeuge Gottwald gibt an, daß er einmal mit Christoph

während der Fahrt über Flugschriften gesprochen und gefragt habe, wer sie verbreitet, worauf Christoph mit einem Lächeln antwortete und ein anderes Mal habe Christoph gesagt, es wird schon zu Etwas kommen.

Christoph: Ja, ich kann mich erinnern, daß ich dies gesagt habe, aber da habe ich gemeint in Bosnien.

Die Zeugenvernehmung ist zu Ende, es wird die Flugschrift: „An das österreichische Volk" vorgelesen, so auch hierüber das Erkenntnis des Landesgerichtes.

Staatsanwalt weist in seinem Plaidoyer, auf die Ergebnisse des Beweisverfahrens hin und meint, die Herren Geschwornen werden ihm zugeben, daß der Inhalt der Flugschrift strafbar sei. Der Angeklagte sei Sozialdemokrat, er habe es nicht geleugnet, er sei Herausgeber des Zentralorganes der sozialdemokratischen Partei und Abonnent der in London erscheinenden Zeitschrift „Freiheit". Er habe keinen Grund und auch kein Recht, ihn wegen seiner Gesinnung zu verfolgen, aber das Gesetz habe die Staatsanwaltschaft veranlaßt, die Anklage zu erheben, da ein Teil der Anhänger der „Zukunft" den gesetzlichen Boden verlassen und nach der Taktik Most's arbeiten. Staatsanwalt erinnert sich noch an den Prozeß im Februar, wo eine größere Anzal dieser Leute wegen Verbreitung einer Flugschrift angeklagt waren, wo auch der derzeitige Redakteur der „Zukunft" auf der Anklagebank war, und daß diese Verbreitung solcher Schriften nur zu gewissen Zeitabschnitten geschehe; voriges Jahr habe sie am 18. August stattgefunden und heuer gerade wieder um dieselbe Zeit. Daß der Angeklagte eine hervorragende Stellung in dieser Partei einnimmt, beweist ferner noch, daß er als Vertreter zu einem Kongreß bestimmt wurde; und daß diese Leute sich verschwören, um sich jeder gerichtlichen Handlung zu entziehen, zeugt das Leugnen des Angeklagten, sowie auch die Aussage der Zeugin Antonie Pokorny, welche, seit sie das Redakzionslokal der „Zukunft" betreten, ihre Angabe verändert hat.

Was den Buchdrucker W. Jacobi anbelangt, sagt der Staatsanwalt: er könne denselben nicht als Sozialist bezeichnen, er lue aber Alles, was gegen die Behörde gerichtet ist und man sieht, daß in seiner Druckerei die Parteigenossen öffentlichen Ein- und Ausgang haben und ihnen die Druckerei zur Verfügung steht. Jacobi weiß nicht, was in seiner Druckerei geschieht und St.-A. glaubt, daß bei diesen Flugschriften außer Christoph noch 10—20 Personen dabei tätig gewesen seien. Der Staatsanwalt verliest die inkriminirten Stellen der Flugschrift und beantragt die Bejahung der Fragen von den Geschwornen.

Verteidiger Dr. Sig. Wolf-Eppinger tritt den Ausführungen des Staatsanwaltes entgegen und sagt, daß es schon heuer der zweite Hochverratsprozeß ist, erwähnt der vielen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, die schon zur stehenden Zeitungsrubrik geworden sind und daß höchstens auf zehn solcher Fälle eine Verurteilung komme; daß die Partei das Gesetz nicht achtet, ist wol richtig, aber wer trägt hieran die Schuld? Hat man sie nicht vom gesetzlichen Wege gänzlich verdrängt durch Verbote von Versammlungen und Vereinsauflösungen? Warum gewährt man ihnen nicht, daß sie ihre Wünsche öffentlich ausdrücken dürfen? Er finde auch in der ganzen Schrift nichts Gefährliches, bezweifelt, daß ein so ein Fetzen von Papier eine Revoluzion herbeiführen kann, appellirt an die Freisinnigkeit der Geschwornen und ersucht, sämmtliche Fragen zu verneinen.

Die Geschwornen verneinten sämmtliche Schuldfragen mit 7 Stimmen Ja, 5 Stimmen Nein. Christoph wurde sonach freigesprochen.

Politische Uebersicht.

Vom internazionalen literarischen Kongreß in Wien. Sie sind fort die Helden der Feder aller Herren Länder, die trotz Vielsprachigkeit und großer Unterschiede an ihrem Denken, Handeln alle an einem Strange ziehen und die sich fast alle — es wird wol nur wenige Ausnahmen geben — vor dem Wagen der Tortuna Kapital gespannt zu haben. Sie sitzen an vollen Töpfen jene Herren, deren Produkte dem Götzen des Tages dienen und deren Ernährung zum nicht geringsten Teile der arbeitenden Volksklasse obliegt und schmaußen und pokulirten um die Wette, daß es eine Freude war. Sie hielten auch bei ihrem Rendezvous Reden, worin von Fortschritt, Freiheit und verschiedenen anderen schönen Dingen die Rede war und schüttelten sich die Hände, auf daß diese das schwache Wort noch bekräftigen. Sie taten Recht, die Herren, die die goldene Feder nicht ohne unfreiwillige Simbolie im Wappen führen, daß sie des Lebens sich erfreuten, das wollen wir gewiß gerne billigen, wollen wir doch, daß die ganze Menschheit sich des Lebens freue. Auch daß sie zur Wahrung geistigen Eigentums sich einigen wollten, lassen wir hingehen, denn auch wir sind für Schutz der Arbeit und haben jene Forderungen schon viel früher ventilirt, als diese „Besten der Besten", aber dies ist denn doch lächerlich, wenn sich diese Repräsentanten der Feder als jene Pionniere des Geistes geriren, die die Völker aus Knechtschaft befreien wollen. Wenn es vielleicht in etwas wahr ist, so ist es dies, daß sie die Völker höchstens aus dem einen Joche aus- und ins andere einspannen wollen. Würde nicht ein Zwischenfall, der sehr karakteristisch für diese „Helden" der Feder ist, in der Sitzung vom 21. Sept. des genannten Kongresses geschehen sein, so müßten wir zur Erhärtung dessen, daß die Völker von diesen Herren keine Erlösung hoffen dürfen, mit dem bereits abgebrauchten Hinweise kommen, daß die ganzen Bestrebungen der Arbeiter des Geistes viel anders aussehen, als „erlösend", ja, im Gegenteile, sogar die errungenen Vorteile der positiven Wissenschaften von der spekulirenden nur zur größeren Unterdrückung der Volksklasse schlau und findig benützt werden, so aber können wir das viel kürzer, wenn wir sagen, daß diese bahnbrechenden und welterlösenden Herren, die sich vindiziren Völker zu erlösen und die Kämpfer für Menschenrecht und Menschenwürde zu sein, nicht einmal getrauten eine leise Bitte um Erlösung ihres Kameraden aus harter Gefangenschaft auszusprechen! Monsieur Ratisbonne vom „Journal de Débats" aus Paris wagte es nämlich, eine Petizion an den Herrscher aller Reußen vorzuschlagen, in welcher um Gnade **gebeten** werden sollte, auf daß der bereits durch 18 Jahre in den kaiserl. Bergwerken in Sibirien internirte russische Schriftsteller Tschernyschewsky seine Freiheit wiedererlange. Was taten aber jene Herren, die sich oft genug gegenseitig die Helden und Vorkämpfer nennen? Sie erhoben ein heilloses Geschrei, kaum Ratisbonne den Namen des Verbannten genannt; die russischen und polnischen Schriftsteller riefen um die Wette Zeter und Mordio und die ganze Gesellschaft glich jener Heerde Rindvieh, die eben den Löwen ob seines Blutdurstes bekämpfen wollten und zu zittern begannen als sie dessen fernes Brüllen vernahmen. Es wurde so lange protestirt und Verwirrung hervorgebracht bis die vorgeschlagene Petizion, trotzdem sie nur reinster Humanität entspricht, zu Falle gebracht war! So ist es mit dem Mute bestellt, den diese Herren besitzen. Sie wollen ihre soziale Stellung klären und ihr materielles Interesse wahren, schrecken aber schon vor dem ersten Schritte zurück, der da gemacht werden muß: „Die Sicherung der persönlichen Freiheit", ohne die eine Wahrung materieller Interessen nicht denkbar. Wir wissen wol, daß Zalewski's Worte: „Wir sind in Gefahr, nicht in unser Vaterland zurückkommen zu dürfen", keine Frase ist, aber zum Kuckuck, dachte denn dieser Biedermann, der Kampf ums Recht gleiche dem Kuchenessen? Wie will dieser Herr und seine Gesinnungsgenossen den Mut zum sozialen Kampfe finden, wenn er nicht einmal die Kourage zu einer Bitte hat!? Er hätte, wenn er Konsequenzen nicht ertragen kann, in „Gottes" Namen und zur Verherrlichung des Despotismus hinterm Ofen in Warschau bleiben sollen, nicht aber als Garant für Menschenrecht und Menschenwürde auftreten sollen, als was sich doch Alle ausgeben, die den Kongreß besuchten. Was aber das Volk von den Floskeln der Zeitungen in den letzten Tagen zu halten hat, wird eben durch diese Feigheit am besten illustrirt. Leute, die sich nicht getrauen, für einen ihres Standes zu **bitten**, die haben wol auch nicht die Eignung für die Interessen eines anderen Standes einzutreten. Ganz anders müssen die „Helden der Feder" aussehen, von denen das Volk Erlösung erwarten kann. Christus weissagte falsche Profeten. Ich werde gewiß nicht lügen, wenn ich diese Herren unter jene registrire. Der arme verbannte, um Glück und Gesundheit, um sein Leben gekommene russische Proudhon, Tschernyschewsky, mag Sonderbares über seine Kameraden denken, wenn er von der Sitzung vom 21. hört, er wird vielleicht das denken, was wir uns denken: „Ja, Ihr Herren, Ihr seid Helden, Helden der Feder, — Helden der Gänsefeder.

Montag den 10. d. M. begann vor dem Reichsgerichte in Leipzig die Verhandlung gegen 15 Genossen, darunter auch eine Genossin Marta Legel. Die Verhandlung ist auf 10 Tage anberaumt. Die Anklage lautet auf Hochverrat. (Näheres folgt in der nächsten Nummer.)

Die radikalen Pariser Blätter veröffentlichen eine Note des revoluzionären Komitee's. In Ausführung des von der Versammlung im Saale Tivoli gefaßten Beschlusses, fordert das mit der Veranstaltung des Meetings beauftragte Bureau das Volk von Paris auf, sich Sonntag den 16. Oktober, um 2 Uhr, öffentlich in dem Saale Tivoli-Vauxhall (Rue de la Douane, unweit der Place de la Republique) zu versammeln. — Tagesordnung: Versetzung des Ministeriums in Anklagestand. Die Versammlung wurde aber, wie wir erfahren, in der „freien" Republik Frankreich verboten.

In St. Quentin fand die Enthüllung des Monuments zur Erinnerung an die gleichnamige Schlacht statt; hiebei wurden Reden geredet und einer tat es dem Andern zuvor. Man sprach sehr viel von Patriotismus und Heldenmut. Existirt dieser Heldenmut in Wirklichkeit? — Nein! — Darüber belehrt uns folgende Situazion: Ein Vierteljahr ist es ungefähr, daß man in das Khumirland einzog, um Ruhe und Ordnung (?) zu stiften und was hat man erreicht? Darüber belehrt uns die Lage in Tunis. Sämmtliche Stämme im Innern haben sich gegen die Eindringlinge erhoben. Die Stadt Tunis ist bedroht, über 20.000 Europäer sind eventuell der fanatischen Wut von über 100.000 Araber preisgegeben. Und wie verfahren diese mit ihren Opfern? Der Genius der Menschheit muß sein Auge mit Entsetzen verhüllen. Menschen, Geschöpfe so wie wir, wurden bei lebendem Leibe verbrannt. Welch Jammer, welch ein Meer markdurchdringenden Schmerzes.

Menotti Garibaldi, der ältere Sohn des berühmten Freiheitskämpfers, hat in Italien ein Freiwilligenkorps (Allievi volontari) aus jungen, freiheitsbegeisterten Patrioten gebildet, wozu die Regierung anfangs aus Rücksicht auf den Vater Garibaldi stille schwieg. Nun trat aber Menotti mit dem Verlangen an die Regierung heran, seiner kleinen Armee das Tragen von Uniform zu gestatten und hierauf erfolgte ein Verbot der ganzen Unternehmung. Ob sich Menotti Garibaldi dem Verbote fügen wird, ist abzuwarten.

Nihilismus. In den Militärschulen von Moskau und Petersburg wurden nihilistische Verschwörer unter den angehenden Offizieren entdeckt. Es ergibt sich daraus, daß sich ein Tron zwar auf Bajonnette stützen kann, daß ihn aber diese stechen, wenn er z schweru darauf lastet.

Aus Parteikreisen.

Genosse Pauser in Graz erhielt am 4. Oktober eine Vorladung ins Landesgericht, und als er mit derselben erschien, wurde er verhaftet.

Mittwoch den 12. d. wurden die Genossen Zuber und Hüttl, Pfeifenbeschläger, verhaftet.

Wien. In den Talia-Sälen fand am 26. September eine von über 2000 Personen besuchte Bäcker-Versammlung unter dem Vorsitze des Genossen Leeb statt. Tages-Ordnung: 1. Die Genossenschaft, respektive die Herberge der Bäcker. 2. Die Lage der Bäckergehilfen Wien's. Als erster Redner und Referent ergreift Treibenreif das Wort. Redner schildert und verwirft unter nicht endenwollenden Beifall der Versammelten, das Genossenschaftswesen, welches höchst demoralisirend auf das halb verhungerte Volk einwirkt und fordert Magistrat und Regierung auf, dieselbe aufzuheben. Zum zweiten Punkt erörtert Redner die grellen Uebelstände im Bäckergewerbe; das Ausbeutungssistem im Großen von den Zubringern, fällt selbstverständlich, unterstützt von der Genossenschaft, und fordert auf um Abhilfe zu schaffen, einen Unterstützungverein mit einer Arbeitsvermittlungssection zu gründen. Weiters sprechen noch Genossen Gangula, Halvisch, Meiß, Hendl, Datzar, Zehner und Klein. Redner führen schlagende mit großen Beifall unterbrochene Schilderungen, der heutigen Zustände im Bäckergewerbe; teilweise schlechte Lagerstätten, schlechte Kost, unwürdige Behandlung wo} es gewiß am Platze wäre, von Seite der Sanitätspolizei Abhilfe zu schaffen. Auf Antrag des Genossen Gangula wurde ein Fünfer-Comité gewält, zur Ausarbeitung von Statuten zur Gründung eines Bäcker-Vereines, welcher einstimmig angenommen wurde, und im Laufe von 3 bis 4 Wochen einer Versammlung vorgelegt werde.

Floridsdorf, 9. Oktober. (Russisches aus Oesterreich.) Neuerdings wurden hierorts drei Arbeiter, darunter die Genossen Schenk und Friedl, wegen Verdachtes, sozialrevoluzionäre Flugschriften verbreitet zu haben, verhaftet und dem k. k. Kreisgerichte in Korneuburg eingeliefert. Ob dieser „Verdacht" begründet ist, wird die Zukunft lehren. Mir will es fast scheinen als ob die hiesige Behörde daran ginge, die im Geruche des Sozialismus stehenden Personen existenzlos zu machen (wahrscheinlich um ein abschreckendes Beispiel zu geben), indem sie sich von hiezu bestellten Individuen solche Personen denunziren läßt, sie einige Zeit in Untersuchungshaft behält, um sie dann wegen „Mangel an Beweis" wieder zu entlassen. Ob dieses Vorgehen das richtige Mittel ist, um den Sozialismus maustodt zu machen, dürfte der Leser selbst beurteilen. Daß wir nicht mitleidig auf Rußland zu blicken brauchen, diene folgende Tatsache: Seit voriger Woche wurden in den Nordbahnwerkstätten Polizei-Bureaux aufgeschlagen, in welchen drei Gerichtspersonen aus Korneuburg amtiren, um die dort beschäftigten Arbeiter zu vernehmen, ob sie nicht wissen wer die Flugblätter ausstreue. Was diese Gerichtspersonen von den Arbeitern in dieser Beziehung erfahren, dürfte der Ausspruch einer dieser Amtirenden: „Die Arbeiter halten zusammen, wie Kletten", treffend illustriren. Nur zwei Arbeiter, namens Huber und Schwarz zeigten ihren Charakter, indem sie obgenannte drei Arbeiter denunzirten. Ihnen sei hiemit ein Denkmal gesetzt! — Daß die Post Polizeidienste verrichtet, wissen wir, daß sich aber ein Privatinstitut wie die Nordbahn, zu solchen Diensten hergibt, dürfte einzig und allein dastehen.

A. S.

Kindberg. Aus dem Gerichtssaale. Freitag den 16. September, um ½9 Uhr vormittags, fand beim hiesigen k. k. Bezirksgerichte unter Anwesenheit des Staatsanwalt-Stellvertreters Anton Petzlederer, die Hauptverhandlung gegen Genossen Johann Eberer, Schuhmacher und gewesener Obmann des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines, wegen Uebertretung der §§ 15 und 21 des Vereinsgesetzes statt, welche derselbe anläßlich des am Pfingstsonntag den 5. Juni l. J. stattgefundenen Vereinsausfluges nach Kriglach begangen haben soll. Es waren Zeugen sowol aus Kriglach, als auch von Kindberg anwesend, welche teils für, teils wider ihn sprachen und auch zwei von denen legten zur Bekräftigung ihrer Aussagen einen Eid ab. Genosse Johann Eberer wurde auch diesmal wieder außer einem 14tägigem Arrest, noch zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Er ergriff sofort Rekurs, wurde jedoch in Haft behalten.

Donnerstag den 22. September, um 5 Uhr abends, fand beim k. k. Kreisgerichte zu Leoben die Rekursverhandlung darüber statt, nach welcher noch denselben Tag abends ein Telegramm an das hiesige k. k. Bezirksgericht einlief, mit dem Inhalt, daß der Angeklagte Johann Eberer gänzlich freigesprochen und daher sofort zu enthaften ist.

Samstag den 24. September wurde Genosse Johann Eberer für derzeit aus dem Markte Kindberg verwiesen.

Dienstag den 27. September, um 8 Uhr vormittags, wurden die zwei Genossen Ferd. Nitsche und Karl Schmidinger, wegen Uebertretung der §§ 14 und 15 des Vereinsgesetzes verhandelt. Das Weitere wird nach Abtrag der Sache folgen.

G. v. K.

Floridsdorf, im August. Die bis vor Kurzem noch als reellste Werkstätte der Umgebung Wiens bekannte Nordbahnwerkstätte hat seit einigen Wochen ihren Glanz verloren und dürfte die Geister, die sie gerufen, nicht sobald wieder los werden. Die Arbeitszeit ist derzeit daselbst — es wird dem Leser unglaublich klingen — per Tag 15 Stunden, von ½7 Uhr früh bis ½10 Uhr abends. Ob denn nicht manchen gemütlichen Bürger ein Schauder ergreift, wenn er sich schon gemütlich in den Federn wiegt und er hört den schrillen Ton einer Dampfpfeife, bedeutend: es ist Feierabend. Um ½10 Uhr! da dürfte dem Arbeiter bald der Gedanke kommen, daß er sich in den guten alten Zeiten unter dem Regime

der Schwarzen woler befunden als heute unter den sich frei nennenden. Damals gehörte nach dem Gebetläuten Alles zur Ruhe, doch der liberale Spuck, der aufgeführt wird, will trotz Fahnen und Liedern nicht verfangen und wer den äußeren Schein solcher Feste, wie jüngst in Jedlersee eines abgehalten wurde, betrachtet, dem kann das Lachen nicht ausbleiben. Es wurde nämlich der Fahne des Gesangvereines „Nordwestbahnbund" die Weihe verliehen und daß die Sache nicht ungewürzt bleibe, wurde von dem professionell betreibenden Fahnenweihredner ein Kriegsalarm geredet, der an Albernheit nichts zu wünschen übrig ließ. Nach Beendigung seiner schönen Rede wurde er interpellirt, was bei der Fahnenweihe eines Gesangvereines die Nazionalitätenfrage zu schaffen habe, worauf er dem Frager erwiderte „Das verstehen Sie nicht. Wir Arbeiter sind auch sehr froh, daß wir derartige Hetzer nicht verstehen und die Zukunft wird ja lehren, ob wir Arbeiter nicht auch etwas verstanden haben, indem wir gewissen Lockern nicht auf dem Leim gingen. Ein großer Teil der Arbeiter belächelte von jeher diese Arrangeure solcher Feste, welche sich den Namen Arbeiter beilegen. Ein solches Fest ist ja ohne jede Bedeutung, es wohnt kein Prinzip darinnen, trotz der schönen Wahlsprüche, die sie auf ihren Fahnen tragen, das Wort „Freiheit" kommt einem gar nicht aus den Augen bei solchen Gelegenheiten, doch was so gewisse Fähnriche unter diesem Worte verstehen, das wissen die Götter; es ist gerade so, wie der Reiter, der sein Pferd sucht, worauf er sitzt; für uns, die wir die Freiheit noch in etwas ganz anderem erkennen, als im Singen, hat ein solches Fest nur insoferne Bedeutung als sich so mancher eine Lehre daraus ziehen kann. Wenn man die allenthalben herrschende Not betrachtet und andererseits bärtige Männer Loblieder auf die bestehenden Verhältnisse singen hört, während zu Hause die Kinder um Brot weinen, kann man melancholisch werden. Wie oft wird der beste Sänger vor das Fabriktor hinausgesetzt, wo er dann die bitterste Not mit seiner Familie durchzumachen gezwungen ist und trotz alledem greift noch immer keine richtige Erkenntnis Platz? —

Da ich heute schon bei dem Gesange bin, will ich auch noch ein Gegenstück, welches dem schaffenden Menschen zum guten Vorteil gereicht hat, bringen. Ein Gesangverein unternahm einen Ausflug auf der Donau nach **Melk**, wo den geehrten Gästen auch das dort befindliche Kloster geöffnet wurde. Darunter befanden sich auch eine Anzal Arbeiter, die nicht wenig erstaunten, als sie die mit Goldtapeten ausgelegten Zimmer sammt ihren Möbeln erblickten und man hörte sie zu einander reden und vernahmen, daß, wenn sie es hier auf Erden schon so schön hätten, sie gerne auf den Himmel verzichteten.

Die Erkenntnis bricht sich Bahn, trotz alledem! Die Eisenbahn, das Dampfschiff, der Telegraf durchkreuzen die Welt und tragen die Ideen der Menschenrechte in den stolzesten Palast wie in die ärmste Hütte. Es ist dies ein Gesang, der den Armen und Entrechteten Balsam auf das wunde Herz träufelt und wenn wir einmal frei auftreten als Bürger, werden wir ein Lied nach unserer Melodie und unseren Texte singen.

K.

Mährisch-Trübau. Vor einiger Zeit konnte man in dem berüchtigten „Neuigkeits-Weltblatt" eine Veröffentlichung lesen, betreffend der im heurigen Frühjahre ausgebrochenen Brände, welche 12 Scheuern in Asche legten. Diese Veröffentlichung prangte unter dem Titel: „Die Nihilistenbande in Mährisch-Trübau." Was die Brände überhaupt betrifft, so wurden dieselben mutwillig angelegt, und zwar einzelweise wurden 12 Scheuern abgenommen. Abwechselnd immer in einigen Wochen entstand ein Brand, während dieser Zwischenzeit wurden mehrere Brandbriefe gefunden, welche an Persönlichkeiten der Gemeindevertretung adressirt waren. In den Briefen war über die Schnapssteuer kritisirt, daß, wenn dieselbe nicht abkommt, man noch mehr erfahren werde, die Unterschriften waren gewöhnlich „Die Arbeiter". Es wurde in der Zeitung auch schon die Tat den Arbeitern in die Schuhe geschoben. Dieses war noch nicht genug.

Ein Geistlicher, Namens Johann Maiwald, räsonirte von der Kanzel herunter, es hätte sich ein Unheil nach Oesterreich eingeschlichen, welches sich in Deutschland entwickelt und nach allen Ländern verbreitet hat und es hat sogar in Trübau Wurzel gefaßt, die sogenannte Sozialdemokratie, welche meist aus Arbeitern besteht. Diese Arbeiter ohne Glauben und ohne Religion, wollen teilen mit dem Kapital, sie wollen reich sein und nichts arbeiten, ohne zu bedenken, daß die Herren Fabrikanten Tausende opferten, um ihnen die Arbeit durch die Maschinen zu erleichtern. Aber sie sind noch immer nicht zufrieden, sie schaaren sich zusammen, sinnen auf boshafte Mittel und suchen ihre Kreise zu erweitern, ꝛc. ꝛc.

Diesen geistlichen Herrn wäre es dringend anzuraten, sich über die Arbeiter und die sie drückenden Uebelstände unterrichten zu lassen, denn vom Wesen der Sozialdemokratie hat der Mann keine blasse Ahnung.

Hinsichtlich der schändlichen Zumutung an uns Arbeiter in Betreff der Brände müssen wir Alle, die uns in so leichtfertiger Weise beschuldigen, für Verleumder erklären, umsomehr als der wirkliche Täter bereits in der Person eines Juden, Namens Fritz Hermann, Branntweinfabrikant, entdeckt ist. Derselbe hat sich in Folge eines Gesuches an das Landesgericht in Brünn verraten und wurde zu 7 Monaten schweren Kerker verurteilt.

Ausweise.

Nr. 193.

Franz und Karl Hübscher 20, Gesellschaft für Menschenrechte 2.—, A. Braun 22, D. K. 13, Bernt 10, Harich 10, R. N. 10, Eßler 60, Einer von Vieren 80, Werkstätte Köbler 1.40, vom roten Hufeisen 1.11, die Roten am Neubau 1.71, Zuschka 30, Nihilisten in B. 70, mehr Licht 2.—, Grasel 20, Meerschaum-Bildhauer 1.72, Oberndorfer 80, Wir für Euch 83, Adele Frühauf 70, T—b 50, die Roten in der Fünfhausergasse Nr. 3 50, Geiselberg für Freiheit und Licht, vergessen wir Einen auf den Andern nicht 9.35, N. N. 20, Mathias Franda 50, für unsere Vorkämpfer 4.—, Werkstätte Hübel durch Kitschka 1.—, die Roten am Neubau 2.—, Meerschaum- und Bernsteinwaarenfabrik durch Allmann 1.—, Schneider-Fachblatt 18 1.84, Familie Hampel 40, Genossen Josefstadt 1.50, gefärbter Wein 60, Genossen Floridsdorf 2.72, Greiner 1.60, Dorst 3.90, Fischer 2.74, Frau Veranek für Gen. Christoph 2.—, B. 74, die Roten beim Laufinsecker 60, Töricht 10, Kraus 15, Schenk 10, Kandler 5, Hofmann 5, Johann Ruzky 35

Summa 53 fl. 89 kr.

194.

Für die Marsalloise 50, Häuserl am Roan 1.34, L. H. 1.—, Krenn 10, Weite 20, Unbekannt 4, Bernart 10, Slesak 20, Arbeiter-Sängerbund 1.41, Nemetz 30, Marmorplatte 3. F. Löw für die Avantgarde 1.—, Firot 30, Franz 20, Wassari 10, E. E. 40, Braun 60, Troja 25, Wir für Euch 78, die rote Positur 7.60, Kleine Gesellschaft der Bäcker, Jaroschauer Bierhalle 50, Genossen auf der Sechshauser Hauptstraße vergessen auch in geselligen Stunden ihrer Pflichten nicht 5.—, Seebacher 10, Geiselberg für Freiheit und Licht 3.41, Greiner 40, T—b. 50, Werkstätte Michl 2.50, Hellmayer 12, Kürschner, heilt alle Wunden 4.—, Trittner 30, E. E. 20, stets zum Kampf bereit 80, die letzten in der Schwemme am 2. Oktober beim Schwender 1.70, Familie Hampel 40, Tischgesellschaft bei Bednar 2.21, Genossen auf der Ringstraße 1.—, Mezamber der Zweite 50, Knoll 20, Marktedenterin 1.34, rotes Hufeisen 85, Budilowski 1.—, ein Schlosser 20, G. 50, Wr.-Neustadt, Fr. Fanny Kernbeiß 50, L. A. 50, rudeci ludie 70, Lalla 20, A. Baruter 20, S. Geier 20, Vogt 80, W. 10, Besenböck 10, die Lustigen für die Betrübten 1.18, die Roten am Neubau 1.10, 1.04, Michaeli-Montag 5.—, Braun 10, Werkstätte Dübel 5.—, Kißwetter 40, Galgen trotz alledem 1.84, Prodo se se smilil 55, Schuhmacher 20.—, Schneider-Fachblatt Nr. 19 8.30, Genossen Floridsdorf bei der Monatsversammlung 4.50, Fischer 2.60, B. 20, Zilka 20, Schenk 10, E. M. 10, Noch nicht vergessen 30, Bauer 1.—, Ungenannt 1.—, Genossen Floridsdorf 2.68, 2.45, Weseln 10.

Summe 110 fl. 74 kr.

In **Graz** eingelaufen für Inhaftirte: Würzuschlag, Friedrich 30, Wießbauer 20, Wetrnba 30, Besenbeck 60, Lach 20, Tischgesellschaft, Haager's Gasthaus, Leoben 72, zur Feier der Freilassung der inhaftirten Genossen in Kindberg am 31. August 63, Kapeller 20.

Summe 2 fl. 85 kr.

Briefkasten.

An die „Arbeiter- (?) Wochen-Chronik" in Budapest! Mit Bedauern ergreifen wir die Feder zu einer Entgegnung, die Sie durch Ihre wiederholten beleidigenden Ausfälle uns unabweisbar aufzwingen. Wir erklären aber gleichzeitig, daß dies die **erste und letzte** Erwiderung ist, denn unsere Zeit ist zu kostbar, als daß wir uns mit Menschen Ihres Gelichters weiter einlassen möchten.

Ihre Zuschrift, die Sie in Ihrem geschätzten Blatte erscheinen ließen und die wir zum Verständnisse für den Leser weiter unten widergeben*) hat uns geradezu in Entzücken versetzt, so daß wir vor lauter Bewunderung gar nicht fertig werden. Die Eleganz Ihres Stiles, die gewälten Ausdrücke, auf die ein Voltaire stolz sein könnte, endlich die überschwängliche Höflichkeit, die Sie kund geben, verleitet uns zur Annahme, daß Sie lange in Paris zugebracht haben und eine ganz außergewöhnliche Bildung genießen.

Sie gratuliren uns zur Akquisizion des Berichterstatters beim Kongresse u. s. w., daran tun Sie nur wol, denn dieser Berichterstatter ist ein Genosse, auf den überhaupt die gesammte Arbeiterpatei stolz sein kann; dieser Berichterstatter ist ein Mann, der für unsere Sache gelitten und im Kerker geschmachtet hat, dieser Berichterstatter ist kurz gesagt ein ganzer Mann, im wahren Sinne des Wortes, ein Mann vom Wirbel bis zur Zehe.

Sie nennen diesen Berichterstatter einen „frechen eingebildeten Buben". Wir möchten Sie nur fragen, aus welchem Lexikon Sie diesen gewälten Ausdruck, der hohes Wissen und noch höhere Bildung beurkundet, entnommen haben und bitten uns dies, im Falle es nicht der Lexikon einer besoffenen Marketenderin sein sollte, bekannt zu geben, da wir gerne lernen möchten.

Sie sagen ferner: Sie würden ihm Ihre Anerkennung auf den Rücken schreiben; wie meinen Sie dies? Wollen Sie ihn etwa denunziren?

Sie schreiben ferner: Unsere Berichterstatter hätten sich durch „Krakehl" ausgezeichnet; warum beweisen Sie dies nicht? Sie scheinen es überhaupt mit dem Beweisen nicht genau zu nehmen; vielleicht verstehen Sie dies nicht?

Nun gut! Hier haben Sie ein Rezept, wie man behauptet und zugleich beweist: Wir behaupten, daß unser Berichterstatter ein Ehrenmann ist und Sie Herr Redakteur ein „frecher eingebildeter Gassenjunge" sind und liefern sogleich den Beweis.

Es war bisher üblich, daß wir gegenseitig Tauschexemplare wechselten; als aber der Kongreß tagte, haben Sie uns Ihr Blatt nicht geschickt; ebenso schickten Sie uns nicht die Nummer 40 vom 2. Oktober, wo Sie die schändlichsten und grundlosesten Beschuldigungen uns entgegen schleuderten, ohne auch nur das Mindeste zu beweisen, den die Beweisführung haben Sie so wenig erfunden, wie das Pulver.

Ihr Verfahren ist demnach vollkommen identisch mit dem eines Gassenjungen, der einen Vorübergehenden mit Koth bewirft und sich dann hinter ein Hausthor versteckt. Wenn nun ein Vorübergehender dies bemerkt und einen solchen Buben hervorzerrt, damit er ein wenig gezaust werde, so handelt er eben als anständiger Mensch und dies hat unser Genosse getan.

Sie sprechen von „Heldentaten" im ironischen Sinne und bleiben wieder den Beweis schuldig. Wir erklären Sie als „elende feige Memme" und liefern sofort den Beweis:

Ein Mann in dessen Brust ein Funken von Mut und Manneswürde glimmt, greift nur einen solchen Menschen an, der sich verteidigen kann; an Wehrlose den Mut zu stillen, das ist die Art feiger Memmen, das ist eine Handlung, die jedem Ehrenmanne die Röte des Zornes in die Wangen treibt. Und eine solche Handlung haben Sie verübt, geschätzter Herr Redakteur! Den Beweis liefert Nr. 37 vom 11. September. In dieser Nummer Ihrer werten Zeitschrift greifen Sie einen Wehrlosen an, einen Menschen, der im Kerker sich befindet und sich nicht verteidigen kann. Die Fabel vom todten Löwen und vom Esel werden wir Ihnen übersenden.

Endlich sprechen Sie auch vom verduften. O, Sie Schlankel! Sie verstehen es auch spaßig zu sein. Bis jetzt ist noch Niemand verduftet, aber wir sind überzeugt, daß Ihr wertes Blatt sehr bald verduften wird, denn mit der Gesinnung haben Sie abgewirtschaftet.

D. R. d. „Z."

Forster, Märzzuschlag: Abonnement bis 1. Juli. Blatt für Thaler abgeschickt.

Kratzer, Haindorf: Abonnement bis 1. März 1882.

Aviso. Nächstes Monat erscheint der österreichische Arbeiterkalender. Es werden daher alle Vereine, welche darin verzeichnet sein wollen, ersucht, ihre Adressen längstens bis Ende dieses Monats anzugeben.

*) **Briefkasten** der Redaktion: An die „Zukunft" in Wien! Wir gratuliren zu Ihrer Akquisizion des „Berichterstatters beim Kongreß der „Ungar. allg. Arbeiterpartei", dessen wahrheitsgetreuen Bericht Sie so freundlich waren — wenn auch etwas spät, aber doch — abzudrucken. Es ist dies eben sehr anerkennenswert und werden wir nicht ermangeln, diesen frechen und eingebildeten Buben unsere Anerkennung auf den Rücken zu schreiben. Wir haben schon mehrere solche Glücklichmacher aus Ihrer bewährten Schule hier gehabt, die einzig und allein sich — mit einige ehrenwerte**) Ausnahmen — nur durch Krakehl auszeichneten — sie mußten sich eben auf solche Art bemerkbar machen — sind aber immer nach ihren vollbrachten Heldentaten wieder verduftet.

**) Soll richtig heißen mit einigen ehrenwerten Ausnahmen.

Ankündigungen.

Marburg. Der allgemeine Arbeiterverein feiert Sonntag den 30. Oktober sein siebentes Gründungsfest, verbunden mit Gesang und Tanzkränzchen, welches in der Gambrinushalle abgehalten wird. — Anfang 7 Uhr. — Delegirte oder Begrüßungsschreiben sind erwünscht. Die Genossen von nah und fern sind freundlichst eingeladen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Voranzeige. Das **Gründungsfest** des Arbeiter-Bildungsvereines findet Sonntag den 27. November in Schwender's Säle statt. (Näheres folgt.)

Montag den 17. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Lehrzimmer der Zentrale (Zieglergasse 25) ein Vortrag von Herrn Dr. **Pacha** „Ueber die Grenzen der Wissenschaft" statt.

Sonntag den 23. Oktober in den Sälen „zur schönen Schäferin", Gumpendorferstraße 101, geselliger Abend. — Karten à 15 kr.

Wien. Der Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und Arbeiterinnen Wiens gibt bekannt, daß Sonntag den 9. Oktober ein Zeichenunterricht begann und jeden Sonntag von 2 bis 4 Uhr nachmittags, geleitet von Herrn Jakob Schrenk, fortgeführt wird.

Elementarunterricht von 4 bis 6 Uhr abends jeden Sonntag, geleitet von Herrn Johann Rogner.

Beide Unterrichte finden im Genossenschaftslokal der Weber, 7. Bez., Neubaugasse 7, statt.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitglieds, zu beiden Unterrichten zalreich zu beteiligen.

Der Ausschuß.

Floridsdorf. Samstag den 22. Oktober veranstaltet der hiesige Arbeiter-Bildungsverein einen Unterhaltungsabend, verbunden mit Gesang, Deklamazionen und Tanzkränzchen, in Aschenbrenner's Restaurazion, Gr.-Jedlersdorf, Brünnerstraße. — Frühergelöste Karten 20, an der Kasse 25 kr.

Innsbruck. Sonntag den 16. Oktober findet in den Schießstands-Lokalitäten das 6. Gründungsfest des allgemeinen Arbeitervereins Insbrucks mit Festaktus und Tanzkränzchen statt. — Alle Genossen und Freunde von Nah und Fern werden hiezu freundlichst eingeladen.

Die geehrten Vereinsleitungen werden gebeten, von obiger Einladung Notiz zu nehmen, da keine speziellen Einladungen erfolgen. — Eintritt für Mitglieder 50, Nichtmitglieder 80 kr. Anfang halb 8 Uhr.

Aussig. Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags, feiert der hiesige Arbeiter-Bildungsverein in der Restauraxion „zur Königshöhe" sein zehntes **Gründungsfest.** Abends Tanzkränzchen. (20)

Freudenthal. Der Fachverein der Manufakturarbeiter gibt bekannt, daß vom 1. Oktober an, jedem durchreisenden Vereinsmitgliede, welches einem ähnlichen Vereine angehört und nicht über 3 Monatsbeiträge im Rückstande ist, eine Reiseunterstützung von 25 kr. bei den Genossen Franz Roskosch, Olmützerstraße 67 und Wilhelm Bernert, Weber, Mühlgasse 4 ausbezalt wird.

Allen meinen Freunden und Genossen spreche ich hiemit für die mir während meiner sechswöchentlichen Untersuchungshaft in so großem Maße zu Teil gewordene Unterstützung meinen verbindlichsten Dank aus.

Floridsdorf, am 29. September 1881.

Anton Christoph.

Ich rufe allen Genossen, bei denen ich mich nicht persönlich verabschieden konnte, ein herzliches Lebewol zu.

[25] Josef Krebs.

Arbeiter! Genossen!

Die Pfeifenbeschläger Wiens haben infolge der allzu niederen Hungerlöhne die Arbeit eingestellt und sind entschlossen, ihre gerechten Forderungen um jeden Preis durchzusetzen und nicht früher die Arbeit aufzunehmen, als bis die Meister und Fabrikanten dieselben akzeptiren. Wir richten daher an Euch, sämmtliche Arbeiter die Bitte in dieser Sache nach Möglichkeit zu unterstützen, damit wir ausharren können, bis man unserem Wunsche gemäß nachgekommen ist. Auch sind wir gerne bereit, Euch in solchen Fällen zu unterstützen, denn infolgen der heutigen niedrigen Löhne kann es bald vorkommen, daß Jemand in eine derartige Lage versetzt wird. „Heute mir, morgen Dir" heißt ein Sprichwort. Genossen! erfüllet Eure Pflicht, denn rasche Hilfe tut not. Gelder sind aus Gefälligkeit zu senden an die Redakzion der „Zukunft".

Aufruf. Diejenigen, welche Mitglieder der allgemeinen Kranken- und Invalidenkassa, Zentrale Klagenfurt gewesen oder noch sind, werden freundlichst ersucht, auf Kosten unserer Kassa ihre Mitgliedsbücheln an die Zentrale Klagenfurt einzusenden, so auch möglichst die Bestätigung über ihre eingesendeten Gelder. Gleichzeitig werden sämmtliche Verband-, so auch die übrigen Krankenkassen freundlichst ersucht, wo solche Mitglieder sind, sie dazu aufzufordern. Der Ausschuß.

Wir fühlen uns verpflichtet, Herrn Josef Köstler, Gastwirt, früher in Pilsen, derzeit in Wien, Fischhof 2, 1. Bez., für die Opferwilligkeit und Zuvorkommenheit, der sich unser Verein durch drei Jahre seinerseits erfreute, den wärmsten Dank auszusprechen und ihn allen Parteigenossen zu empfelen. Für den Ausschuß der Delnicka Beseda, Pilsen: P. Rohacek, Obmann, Cerny, Schriftführer.

Empfelung.

Alle jene Parteigenossen, welche eine unverfälschte Leinwand, Oxfort, gedrucktes Barchent, sowie Sacktücher, Handtücher, fertige Hemden, Hosen und Arbeitskleider, ferner alle Gattungen Schnittwaaren wünschen, erhalten selbe zu den billigsten Preisen bei Genossen **Wilhelm Till**, Floridsdorf, Lokomotivfabrikshäuser Nr. 152, 1. Stock, Tür 28.

Herausgeber und Verleger: **Franz Mokesch, Andreas Grosse, August Barbeck, Heinrich Hahe, Anton Christoph.**

Verantwortlicher Redakteur: **Franz Mokesch.**

Druck von **W. Jacobi**, Wien, Stadt, Schottenring 6.

An unsere Leser! Die erste Auflage dieser Nummer wurde von der k. k. Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt, die Beschlagnahme jedoch später wieder aufgehoben. Wir ersuchen daher wegen verspäteter Zusendung um Entschuldigung. Die Redaction.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 50. Wien, Donnerstag 27. Oktober. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Zur Beachtung.

Demnächst erscheint im Verlage des Genossen **Heinrich Hotze**, 6. Bez., Gumpendorferstraße 78, der österreichische

Arbeiter-Kalender

für das Jahr 1882.

Preis per Exemplar 25 kr. — Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außerdem 5 kr. Postporto zu entrichten.

Es ergeht daher an alle Arbeitervereine Oesterreich-Ungarns, welche im Vereinsverzeichnisse Aufnahme finden wollen, das freundliche Ansuchen, ihre genaue Adresse an die Redakzion der „Zukunft" einsenden zu wollen.

Ferner werden alle jene Genossen, welche noch Kalender für das Jahr 1881 restiren, ersucht, dieselben baldigst zu begleichen, widrigenfalls dieselben in diesem Blatte namentlich aufgefordert werden.

Hinüber — Herüber.

Es ist eine anerkannte Tatsache, daß kein Staat ohne ein gewisses Ausmaß an fisischer Kraft existiren könne und es ergibt sich demnach, daß eine Regierung die Pflicht habe, eben diese fisische Kraft zu erhalten. Dieses Faktum, welches schon an sich einleuchtend ist, findet überdies allenthalben in der Geschichte seine Bekräftigung und es liefert uns in dieser Beziehung der Untergang des weströmischen Reiches einen eklatanten Beweis.

Im fernen Nordosten, im Schoße der sarmatischen Tiefebene war der Born, aus dem sich die Lebensflut der Völkerwanderung ergoß und instinktmäßig nach Rom wälzte. Die Römer beachteten anfangs diese Erscheinung kaum und leisteten hierauf siegreichen Widerstand; erst die Affaire im Teutoburger Wald, wo das ganze römische Heer von mehr als 24.000 Mann völlig vernichtet wurde und wo sich der Heerführer Varus in das Schwert stürzte (9 n. Chr.), brachte sie zum Nachdenken und in Kürze lag das weströmische Reich in Trümmern.

Im gegenwärtigen Augenblicke stehen wir vor einer ähnlichen Erscheinung, nur hat sich der Urquell erweitert, das Ziel der Strömung verschoben. Die Quelle, aus der sich die ganze Flut ergießt, ist Europa, der Stromstrich weist nach Amerika. Der atlantische Ozean ist durch die Fortschritte der Nautik zum Bächlein geworden, welches man ganz leicht und gefahrlos hinüber wandelt.

Das alte Rom setzte sich der Strömung entgegen; und was tut die Gegenwart? Ganz das Gegenteil. Die Menschheit hat gelernt; man leistet den Fremden keinen Widerstand mehr, im Gegenteile, man empfängt sie mit offenen Armen; ist doch jeder Mensch, welcher den Staat betritt ein Mehr von fisischer und geistiger Kraft, ein Plus des wahren Nazionalvermögens, eine Erhöhung jenes wirklichen Schatzes, der ja selbst das Gold zu Tage fördert und ohne welchen dieses nur Chimäre ist.

Als Beleg, daß diese Menschenströmung, aus welcher die Entvölkerung und Ohnmacht Europas resultiren muß, tatsächlich vorhanden ist, sei ein Land gewält, das noch dazu ohnehin Mangel an Bevölkerung hat, und das überdies einen Teil eines sogenannten Agrikulturstaates bildet, der ja doch, mehr als jeder andere, auf die Menschenkraft angewiesen ist. Es sei dies Ungarn.

Nach den offiziellen Ausweisen der nordamerikanischen Unionsstaaten sind in dem Zeitraume vom Jahre 1871 bis 1880, also innerhalb 10 Jahren zusammen an 10.000 Menschen ausgewandert, d. i. 1000 Menschen per Jahr im Durchschnitt. Diese Ziffer, die für ein menschenarmes Land schon groß genug ist, erlangt geradezu eine erschreckende Bedeutung, wenn man die Art und Weise der Verteilung auf die einzelnen Jahre betrachtet. Diese Verteilung ist folgende:

Im Jahre	1871 blos	3	Auswanderer
„ „	1873 bereits	1347	„
„ „	1880 über	2000	„

Außerdem finden noch Auswanderungen nach anderen Ländern statt, so daß man nach bescheidenem Ansatze die in neuester Zeit aus Ungarn Auswandernden auf mindestens 20.000 Seelen jährlich annehmen kann, wobei die vorübergehend Abwesenden nicht mitgerechnet sind.

Wir sehen demnach, daß die Auswanderung in steter Zunahme begriffen ist, ferner daß diese Zunahme fast in aritmetischer Progression steigt.

Angesichts dieser Strömung nimmt sich das Vorgehen Tißa's welcher die 12.000 Bewohner des Torontaler-Komitats, die Alle auf einmal auswandern wollten, daran verhinderte, und sogar die Behörden beauftragte, gegen ihre Auswanderung mit Gewalt vorzugehen, geradezu naiv aus. Herr Tißa wurde zu spät und am unrechten Orte geboren. Er hätte sich in China zu einer Zeit, wo man die große Mauer noch nicht angefangen hatte, gebären lassen sollen.

Was soll die Ursache solcher Erscheinungen sein? Wir leben ja in einem freien Staate und es geht uns dabei so herrlich; wer es nicht glaubt, der lese nur die liberalen Blätter, insbesondere das „Extrablatt". Es ist richtig, der Liberalismus sah Alles an, was er gemacht hatte, und sagte, daß es gut sei, und es war aber doch nicht gut.

Wir müssen hier wieder statistische Ziffern reproduziren, die deutlicher sprechen, als alle abgedroschenen Tiraden eines Zeitungsschmuls. Wir entnehmen aus der „Grazer Tagespost" Folgendes. An Bauernbesitzungen wurden in Oesterreich exekutiv versteigert: Im Jahre

1874	4413	Wirtschaften, belastet mit	fl.	1,384.000
1875	4585	„	„ „	15,793.000
1876	5575	„	„ „	20,249.000
1877	6948	„	„ „	27,386.000
1878	9090	„	„ „	38,996.000

Wegen Raummangel überlassen wir es dem Leser selbst, diese Ziffern eingehend zu studiren; indem wir insbesondere auf die kontinuirliche Steigung der Belastungssummen besonders hinweisen, liefern wir als Kommentar nur das eine Wort: Lawine.

Und wie verhält es sich mit dem Absatze dieses so benamseten Agrikulturstaates. Nach den Angaben der „Neuen freien Presse" wurden auf dem diesjährigen internazionalen Saatenmarkte 150.000 Meterzentner in Weizen gehandelt, also ein Wert von ganzen zwei Millionen Gulden umgesetzt. Dies ist eine Staatsgreißlerei, man mag es zehnmal internazionaler Markt schimpfen.

Auf der einen Seite die Vernichtung des Bauernstandes mit lawinenähnlicher Schnelle, auf der andern Seite die Unfähigkeit mit Amerika zu konkurriren. Diese Lawine, die drohend über dem Haupte des Bauern schwebt und sich demselben mit vernichtender Wucht entgegenwälzt, fühlt auch der Bauer instinktmäßig, ohne sich dessen noch recht bewußt zu sein. Deswegen die Regungen in jüngster Zeit. Und wenn auch gegenwärtig noch immerhin der Bauernstand sich an andere Parteien anhängt, so wird ihn doch früher oder später das natürliche Graditazionsgesetz dorthin ziehen, wohin er als produzirender Staud naturgemäß gehört, nämlich zum Arbeiterstand. Und wenn auch immerhin Lassalle ganz richtig den industriellen Arbeiter als Avantgarde bezeichnet, so wird, so muß der Tag erscheinen, wo das Gros, wo die Haupttruppe vorrückt, um die Avantgarde zu verstärken, dieses Gros ist die gesammte arbeitende, leidende und darbende Menschheit.

Wir ziehen aus den obigen Ziffern folgenden Schluß: Gleiche Ursachen bringen unter gleichen Umständen gleiche Wirkungen hervor. Nachdem unter der Herrschaft des Liberalismus der Bauernstand sich immer mehr und mehr vermindert hat, so muß sich notwendiger Weise der Bauernstand, wenn derselbe Liberalismus das Regiment weiter führt, vermindern und endlich auf Null reduziren.

Weitere Konsequenz: Nehmen wir an, der Grund und Boden sei in den Besitz der Großgrundbesitzer übergegangen, so ergibt sich bei dem Umstande, da wir nicht im Stande sind, mit Amerika zu konkurriren, daß dieses Ackerland, weil es nicht den entsprechenden Nutzen abwirft, sich in Weideland und endlich in eine Wüste verwandelt. Diesen Erfahrungssatz, daß der Ackergrund in Weide sich verwandelt, sobald er nicht den entsprechenden Nutzen abwirft, bestätigt Irland. Die Menschen wurden dorfselbst verjagt und die Schafe hingetrieben, aus dem Aufenthaltsorte von Menschen ist ein Land geworden, welches im Grunde genommen nichts ist, wie ein großer Schafstall. Wird es bei uns anders kommen?

Endlich noch ein Umstand, der auch nicht außer Acht zu lassen ist: Wo werden wir dann unser Brod hernehmen? Jedenfalls von Amerika. Wo werden wir aber das Geld hernehmen, um es den Amerikanern bezalen zu können? Diese Frage beantworte wer da wolle.

Dies ist der Status quo!

Wird die Regierung an eine Aenderung der Staatsgrundgesetze, die ja doch, da sie fortzeugender Natur sind, den Urgrund aller weiteren Erscheinungen bilden, gehen? Wird man endlich einsehen, daß mit der Herrschaft des Kapitals, mit einem Parlamente, wo so viele Millionäre sitzen, der Ruin der Gesellschaft, als unzertrennliche Folge sich ergibt, und das eine Heilung nur dann möglich ist, wenn man über das arbeitende Volk, das ja doch eigentlich der Staat ist, nicht mehr zur Tagesordnung übergeht, sondern dessen Stimme beachtet?

Wird man endlich den Satz, der in der Verfassung Lykurg's sowol, als auch in der eines Servius Tullius zum Ausdrucke gebracht ist, dem Satze nämlich, daß mit den Pflichten auch Rechte unzertrennlich verbunden sein müssen, endlich einsehen?

Gladstone hat ganz richtig bemerkt: „das Gesetz macht das Eigentum und das Gesetz schützt das Eigentum", es frägt sich also nur, wer eigentlich im Parlamente sitzt und an der Gesetzgebung Teil nimmt, denn „der Teufel ist ein Egoist und tut nicht gern um Gottes Willen, was einem Andern nützlich ist" — sagt Goethe.

Ja Ihr seid aber noch nicht reif, wird man uns einwenden; nun gut, so bleiben wir unzeitig, und diejenigen, welche durch ihren rücksichtslosen Egoismus den Staat seinem Verderben entgegenwälzen, mögen es vor dem Forum der Geschichte verantworten.

Das Maß ist voll.

Unsern Lesern ist bereits von früher her bekannt, auf welche herzlose und empörende Weise die englische Bourgeoisie in Irland wütete; es ist ferner unsern Lesern bekannt, daß der englische Kapitalismus hiedurch namenloses Elend unter der irischen Bevölkerung verbreitete und auf diese Art den Mut der Verzweiflung erweckte. Solche Zustände mußten selbstverständlich Männer produziren, die, weil eben ihr Geist weniger beschränkt durch vergilbte Vorurteile, dem natürlichen Rechtsgefühle nachgaben, und sich an die Spitze einer Bewegung stellten, deren eigentlicher Motor das Massenelend ist. Diese Erscheinungen sind eben nichts Neues und so gut wie Rom seine Gracchen hatte, so hat auch Irland seinen Parnell, Dillon und Sexton.

Hätte Gladstone Geschichte studirt und auch verstanden, so müßte er wissen, daß eben die Zustände solche Männer erzeugen und nicht umgekehrt solche Männer die bewegten Zustände. Herr Gladstone verwechselt, wie überhaupt oberflächlich Denkende, die Ursache mit der Wirkung. Vielleicht läßt sich auch der edle Lord von der Irrlehre „Machiavelli's" verleiten, welcher sagt, daß eine Menge ohne Haupt ohnmächtig sei; hier möchten wir nur bemerken, daß er vollkommen auf irriger Fährte ist und liefern als schlagenden Beweis das Kristentum. Ebensowenig wie damals die neue Idee durch die Kreuzigung des Hauptes der Bewegung auszurotten war, ebensowenig wird es Gladstone gelingen durch die Einkerkerung der Führer die Bodenfrage zu lösen. Eines wird er aber gewiß hiedurch erreichen: er wird dem Haß der irischen Bevölkerung neue Nahrung geben, die Leidenschaften derselben aufs Tiefste erregen und den vorhandenen Verzweiflungsmut potenziren.

Unter den verhafteten Führern der irischen Liga wurde Sexton am härtesten betroffen. Seit längerer Zeit schon erkrankt, mußte er gerade das Bett hüten, als die Schergen der Ordnungsbanditen eintraten, um ihn in das Gefängnis zu führen; hiebei erlaubte man sich — O sancta simplicitas! — die naive Frage, ob er glaube, das die Abführung in das Gefängnis seine Gesundheit gefährden könne. Bei seiner Ankunft im Gefängnisse mußte der edle Kämpfer für Menschenrechte sogleich der ärztlichen Behandlung übergeben werden und ist gegenwärtig sein Zustand ein sehr bedenklicher.

Parnell ist gleichfalls verhaftet; Arthur O'Connor und Healy entzogen sich der Verhaftung durch die Flucht.

In ganz Irland wurden seitens der Militärbehörden die umfassendsten Maßregeln getroffen; im Schloßhofe von Dublin sind zwei Kanonen aufgefahren, einige Kompagnien kampiren nahe dem Castle und sämmtliche Truppen sind in den Kasernen konsignirt. Kurz gesagt, der Ausdruck der krudesten Gewalt; statt Brod Blei und hiedurch glaubt man die Magenfrage gelöst zu haben.

Wir erfahren ferner Folgendes: Drei Regimenter erhielten Marschbefel nach Irland. Der Lordkanzler ordnete die Streichung Parnell's aus der Liste der Friedensrichter der Grafschaft Wicklow an. Man sieht

also aus dem Ganzen, England spielt Irland gegenüber den Wauwau; allein vom Schrecken ist noch Niemand satt geworden und das Knurren des Magens ist eine schauerliche Musik, eine schreiende Dissonanz, die lauter tönt, als die Stimme eines hochgestrengen Lordkanzlers, auch sagt ein altes Sprichwort: „hanje machen hilft nischt", dies beweisen die weiteren Nachrichten, welche uns zugekommen sind. Diesen zufolge fanden am 17. d. in Dublin Ruhestörungen statt; das Volk warf die Fenster bei einigen Lohnschreibern ein und zwang durch Steinwürfe die Polizei, sich zurückzuziehen. Gladstone mußte sein eigenes Haus unter polizeilichen Schutz stellen. Die Proklamazion der Landliga beschuldigt mit Recht die Regierung des Terrorismus, da sie die Landbill den Pächtern aufdrängen will, und fordert diese auf, keinen Pacht zu zalen, bis die Regierung den Terrorismus aufgibt. Ferner erklärte Cantwell „die Zeit des Sprechens habe jetzt aufgehört, nun müsse man handeln". Die Polizei machte bekannt, daß alle anständigen Leute des Abends in den Wohnungen bleiben sollen oder mit anderen Worten gesagt: Irland hat Hausarrest bekommen.

Immerhin zeigen aber die Männer, welche eben dem Terrorismus huldigen, hohen persönlichen Mut, dafür spricht der Umstand, daß der Staatssekretär Förster nur unter starker Bedeckung ausgeht und der wackere Kämpfer, der so tapfer war, einen durch die Krankheit und das Siechtum gebrochenen Sexton in den Kerker werfen zu lassen, — Gladstone nämlich, um 4 Polizisten mehr zur Bewachung seines Hauses verlangte.

Solche Sachen geschehen in England, in demselben England, welches so häufig die Feier anderer Staaten bemerkt und so oft das Wort Freiheit und Kultur mißbraucht. Wir finden, daß angesichts solcher Erscheinungen dieser Staat es gar nicht nötig hätte, mit seinen konstituzionellen Freiheiten so protzig zu tun, denn derartige Tatsachen riechen stark nach Russisch-Juchten.

Politische Uebersicht.

Samstag den 15. Oktober fand in der Alserkaserne in Wien die Hinrichtung eines Soldaten, namens Franz Nußbaumer statt, der im Juli d. J. einen Korporal erschossen hatte und vom Militärgerichte zum Tod durch den Strang verurteilt wurde. Es ist nicht unsere Absicht, an dieser Stelle Betrachtungen über die Todesstrafe zu halten, da wir der Ueberzeugung sind, daß keiner unserer Genossen, sowie überhaupt kein edeldenkender Mensch diese Strafe als dem Zeitgeiste entsprechend, betrachten wird. Uns drängt es nur, auf die Tagespresse hinzuweisen, welche bei solchen Anlässen am deutlichsten zeigt, wie tief sie in den Sumpf der Korrupzion gesunken ist und wie sie jede solche Gelegenheit benützt, auf Kosten der Moral ein Geschäft zu machen. Besonders hervorgetan haben sich wieder das „demokratische Organ" für Kuppelei und Prostituzion, das „Neue Wr. Tagblatt", und das Leibjournal aller Stumpfsinnigen, das „Illustrirte Wiener Extrablatt". Das „Tagblatt" wies in der Einleitung zum bezüglichen Strafvollzugsberichte mit Befriedigung darauf hin, daß die Exekuzion in der Kaserne, also nur vor einer beschränkten Anzal Personen vollzogen wurde, und führte aus, daß dies eine besondere Woltat für die öffentliche Sittlichkeit sei, da durch Jedermann zugängliche Hinrichtungen nur die Rohheit und Immoralisazion gefördert werden. So heißt es in der Einleitung. Von der Einleitung bis zur Darstellung der Hinrichtung ist es nicht weit, aber doch weit genug, um die Konsequenzen dessen, was man in der ersteren gesagt hat, zu vergessen. Der Bericht ist nämlich so detaillirt und genau, daß selbst der geringsten Einzelnheiten erwähnt wird und der Leser desselben darin vollständigen Ersatz für die Nichtanwesenheit bei der Exekuzion findet. Der Spießbürger kann im Schlafrocke und mit der langen Pfeife im Munde den „Genüssen" einer Hinrichtung teilhaftig werden, ohne auch nur einen Schritt aus dem Hause zu machen. Wie der Galgen aufgestellt wird, wie sich der Scharfrichter vorbereitet, wie er dem Deliquenten den Strang anlegt, wie dem Gehängten die Augen aus den Hölen treten, wie er Zunge herausstreckt — Alles, Alles ist in dem Berichte genau beschrieben und erläutert. Die „geistreichen" Meinungskundgebungen des Scharfrichters werden mit einer Genauigkeit und in einer Weise wiedergegeben als wären es Sätze, die das Wol und Wehe der ganzen Menschheit betreffen. Man muß es dem Dr. Schreiberle des „Tagblatt" lassen, er verstand es sehr gut, dem Publikum einen Geschmack davon zu geben, wie einem zu Mute ist, dem man mit dem Aufwande aller Humanität des neunzehnten Jahrhunderts strangulirt. — Auf diese und ähnliche Weise fassen die Bourgeoisblätter ihre Aufgabe auf. Sie nennen sich demokratische und Volksblätter und setzen Alles daran, das Volk von der Erkennung seiner Interessen abzulenken und mit Anwendung verschiedener Mittel zu korrumpiren. Möchte doch der große Teil der Arbeiter, die heute noch nicht einsehen, daß sie durch Unterstützung dieser Lumpenpresse eine Schlange an ihrem Busen nähren, sich einmal bekehren lassen und gegen dieselbe energisch Front machen.

Empörende Rohheit. Ueberzeugt, daß im Militärreglement nicht Vorschriften enthalten, die den diensthabenden Offizier ermächtigen, vorkommendenfalls „tätlich" einzuschreiten, veranlaßt uns, wegen eines empörenden Vorfalles im Namen der Humanität und Ordnung nicht nur zu protestiren, sondern den Vorfall der Oeffentlichkeit zur allgemeinen Beurteilung zu übergeben. Ein Akt der Brutalität, welcher ziemlich vereinzelt dastehen dürfte und zumal an öffentlichen Orte begangen, ließ sich der im Dienst stehende Offiziers-Stellvertreter Herr Bernhard im 38. Inf.-Reg., 1. K. zu Schulden kommen, als er einige unter seiner Aufsicht lernende, mutmaßlich, Rekruten am 24. Oktober vormittags auf dem Exerzierplatze Schmelz, mit tüchtigen Ohrfeigen, Faustschlägen und Stößen im Gesichte traktirte, so daß die armen Bedauernswerten fast rücklings zu Boden stürzten. — Eine gewiß strafbare Handlungsweise, geeignet dieselbe dem k. k. Militärverfahren anheimzustellen, um die strafgerichtliche Untersuchung gegen oben Genannten einzuleiten, damit künftighin solche Rohheiten hintangehalten werden. Denn die empörende Handlungsweise wäre nicht nur geeignet die Mißhandelten zum Selbstmorde zu treiben, sondern es könnten Manche durch derartige Rohheiten in den Zustand, Hand an ihre Vorgesetzten zu legen, versetzt werden. Wir erwarten zuversichtlich, daß die kompetenten Behörden Notiz nehmen von jenem Vorfalle, zumal die Betroffenen aus gewissen Gründen nicht den Mut haben werden, Strafanzeige gegen den „gebildeten" Offizier zu erstatten. Selbstverständlich werden wir auch nicht unterlassen, nötigenfalls oberwähnten Vorfall durch Zeugenschaft zu bekräftigen.

Deutsche Worte. Nicht Goethe ist es, noch weniger Schiller, von dem wir einiges zitiren; der Mann ist gegenwärtig allerdings noch kein Klassiker, aber was er spricht, ist um so klassischer. „Es geht eine tiefe und große Bewegung durch das Land, es ist zunächst eine Abwehr gegen die der deutschen Nazion drohenden Gefahren", sagte Plener in Prag. Allerdings geht eine tiefe Bewegung durch das Land, ja sie erstreckt sich über dasselbe hinaus. Diese große, mächtige Bewegung, die sich gegenwärtig den Ozeanswogen gleich über den ganzen Erdball erstreckt, ist die Magenfrage. Der Nationalitätenschwindel hat sich überlebt, denn vom Sprechen wird Niemand satt, und was das Volk anbelangt, so hat dasselbe die Erde zur Mutter und die Arbeit zum Vater. — Wenn Herr Plener ferner sagt, daß es ihm unglaublich erscheint, wenn im vorigen Sommer die Telegramme inhibirt, die Blätter konfiszirt wurden, so erlauben wir uns die ergebene Anfrage, warum diese Freiheitshelden kein Sterbenswörtchen verloren haben, als ganz dasselbe schon längst mit uns geschah; allein da lachten sich diese Herren ins Fäustchen und jetzt, da die Reihe an sie kommt, schreien sie Zeter und Mordio und erklären, daß sie gegen das jetzige Regime klar und offen protestiren und daß sie keine Gewaltmittel von diesem Standpunkte abdrängen werde. Nicht so ungestüm, Ihr Herren Deutschtümler! Heute mir, morgen Dir, es geht eben nicht anders.

Dr. Holtzendorf an die Konkordia. Der abtrünnige Minister Napoleon's I. entwickelte bekanntlich eine ganz eigentümliche Definizion vom Begriffe Sprache, er sagte: „Die Sprache ist das Mittel, seine Gedanken zu verbergen". Dr. Holtzendorf scheint derselben Ansicht zu sein, dies beweist sein Schreiben an den Obmann der Konkordia, Johann Nordmann. Unter Anderm heißt es darinnen: „In der Verleihung des Bürgerrechtes an einen Führer der öffentlichen Meinung ehrte sich Wien selbst". Weiter heißt es: „Durch Ihre Person erhielt eine unabhängige, freisinnige (?) Presse das Ehrenbürgerrecht in einer Stadt, an welche sich ehemals vorzugsweise die Erinnerungen geheimnisvoller Diplomatie und verfolgungssüchtiger Gedanken Polizei knüpften". Seit wann Herr Nordmann Führer der öffentlichen Meinung ist, ist uns vollkommen unbekannt; uns ist er sowie sämmtliche Mitglieder der Konkordia nur als Verfälscher der öffentlichen Meinung, als meinungsloser Lohnschreiber überhaupt bekannt. Uebrigens mag dies als blosses Kompliment hingehen. Wie man aber „unsere" Presse unabhängig und sogar „freisinnig" schimpfen kann, darüber wird sogar mancher „Schreibeles" staunen. Was endlich die Schlußbemerkung anbelangt, so stimmen wir darin überein, nur finden wir nicht, daß es jetzt um gar so vieles besser sein sollte, darüber belehren uns die Konfiskazionen, die sich bis nun rührend oft wiederholten.

Sozialistenprozeß in Leipzig. Anschließend an die frühere Notiz bringen wir nachstehend noch Folgendes: Der Reichsanwalt Hofinger plaidirte mit einem Eifer, der wirklich einer besseren Sache würdig gewesen wäre, durch volle 4 Stunden für die Verurteilung der Angeklagten wegen Vorbereitung zum Hochverrate zur Zuchthausstrafe in der Dauer von einem bis drei Jahren. Die Verteidiger Patzki und Lewald bekämpften das Vorhandensein von Momenten, welche die Vorbereitung des Hochverrates bedingen und beantragten mit Rücksicht auf die partiellen Geständnisse der Angeklagten die Verurteilung derselben wegen Verbreitung verbotener Schriften und des Vergehens gegen das Sozialistengesetz. In Betreff der Angeklagten Braun und Christ erwartete die Verteidigung den Freispruch. Hierauf plaidirten die Verteidiger Erythropel und Fels, indem sie in geistvoller Rede den evidenten Beweis erbrachten, daß die Angeklagten keine vorbereitenden hochverräterischen Handlungen begangen haben, für den Freispruch ihrer Klienten. Zum Schlusse sprachen noch sämmtliche Angeklagte und lieferten in wahrhaft gediegener Weise den Beweis ihrer Schuldlosigkeit. Nach zweistündiger Beratung wurde am 21. Oktober mittags vom Präsidenten des Reichsgerichtes das Urteil verkündet. Zuchthausstrafe erhielten: Genosse Breuder (2½ Jahre), Kristupeit (2 Jahre), Peschmann (2 Jahre), Jakobi (2¼ Jahre), Boell (1 Jahr), Dillich (1 Jahr), Lichtensteiger (1½ Jahre), Braun (2 Jahre 7 Monate) und Dabe (2½ Jahre). Eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren erhielt Metzkow. Die Genossen Waterstraat, Christ, Braun und die Genossin Legel wurden freigesprochen. Das Benehmen der Angeklagten während des ganzen Prozesses war ein musterhaftes; ebenso zeigten sie bei der Verkündigung des Urteils jene stoische Ruhe, die eben Männer, welche für eine hohe Idee eintreten, immer ziert.

Rom, 20. Oktober. Die „Opinione" bemerkt anläßlich der Entrevue, daß Oesterreich-Ungarn und Italien viele gemeinsame Interessen zu wahren haben. Sehr richtig! Beide Staaten sind mit Schulden reich gesegnet und beide zalen den zalreichen Gläubigern viele Interessen. Nachdem viele dieser Kuponsabschneider beider Staaten gemeinsam sind, so ergibt sich als ganz folgerichtig, daß beide Staaten viele gemeinsame Interessen zu wahren haben.

Monstredemonstrazion. Die Nazionalliga von Großbritannien veranstaltete vorigen Sonntag in Hydepark eine Demonstrazion; an derselben beteiligte sich eine riesige Volksmenge und man schätzt die Anzal der Versammelten auf mindestens 40.000 Personen. Sechs Tribünen waren errichtet, von denen aus die Ansprachen an die ungeheure Menschenmenge gehalten wurden. Der Zweck des Meetings war gegen die feige, erbärmliche und gesetzlose Handlungsweise der Regierung, welche Parnell und andere Führer, ohne Verhör und ohne Verurteilung in das Gefängnis sperren ließ, und durch Anwendung der rohesten Gewalt die Freiheit der Rede und das Recht für die Abstellung der Uebelstände in Irland zu agitiren, unterdrückte, Protest zu erheben.

Säkularfeier der Freiheit. Der 19. Oktober d. J. war der hundertjährige Gedenktag, an welchem der oberste Priester im Tempel der Göttin Freiheit, der größte, edelste und erhabenste Mensch, den je diese Erde getragen, George Washington nämlich, den englischen Uebermut gebändigt und John Bull den Fuß auf den Nacken gesetzt hatte.

Fünf Jahre kämpfte Washington mit äußerst geringen und unzulänglichen Mitteln gegen die Generäle Howe, Clinton und Cornwallis, ähnlich wie ein Fabius Maximus des Altertums und scheute hiebei keine persönlichen Opfer an Geld; endlich führte er ein Manöver aus, das seinesgleichen in der Kriegsgeschichte sucht und zu den schwierigsten Problemen der Taktik gehört, einen Parallel-Marsch nämlich und am 19. Oktober 1781 mußte die gesammte Garnison von Yorktown zusammt dem hohen Lord Cornwallis die Waffen vor dem einfachen Ackersmann Washington strecken. Der brittische Uebermut und Starrsinn hatte eine derbe Lekzion erhalten. England hatte die schönste Perle aus seiner Krone verloren.

Hat es aber auch daraus gelernt? Keineswegs; denn gerade am Gedenktage dieser exemplarischen und wolverdienten Züchtigung begeht es wieder ganz dieselben Feler. Wieder will es durch die Gewalt Alles erreichen, wie damals, wieder zeigt sich ganz derselbe Starrsinn in der irischen Angelegenheit, wie damals in der amerikanischen Affaire. Wenn man die englische Geschichte durchblättert, so lernt man aus der Geschichte mindestens „Eines", nämlich, daß Niemand daraus etwas lernt. Aber nicht allein für Amerika ist dieser Tag ein Festtag; nein, es ist ein Fest der gesammten Menschheit. Mag auch die Reakzion siegreich in den meisten europäischen Staaten einziehen, die heilige Flamme des Altars der Freiheit leuchtet, wenn auch noch so ferne, zu uns herüber, sie findet einen Reflex in unserer Seele und sie gibt uns gleichzeitig die Gewähr, daß jene asiatischen Zustände, zu welchen man hie und da in Europa Anläufe macht, von keiner nachhaltigen Dauer sein können.

Kein Schaden wo nicht auch ein Nutzen dabei wäre. Die finanziellen Verhältnisse gestalteten sich in der nordamerikanischen Union in den letzten 16 Jahren, wie folgt:

31. August	1865	2.756 *)	Millionen Dollars
1. Juli	1874	2.143	„ „
1. Juli	1881	1.840	„ „

Die jährlichen Zinsen dieser Schuld betrugen:

1865	150	Millionen Dollars
1874	98	„ „
1881	75	„ „

Während gleichzeitig die öffentlichen Einnahmen folgende waren:

1865	322	Millionen Dollars
1881	383	„ „

Aus diesen Ziffern, die für Jedermann deutlich genug sprechen, erhellt Folgendes: 1. die Staatsschulden werden beständig geringer (bei uns nicht, sondern in Amerika); 2. die Interessen der Staatsschulden haben um die Hälfte abgenommen (bei uns aber nicht) und 3. trotzdem, daß sich die Ausgaben im Staatshaushalte verringert haben und zwar um die Hälfte, gestalten sich die Einnahmen beständig höher; es läßt sich demnach der Schluß ziehen, daß sich die Schulden immer verkleinern und endlich auf Null sinken müssen. Betrachten wir nun die europäischen Finanzen; hier liegt uns der ungarische Staatsvoranschlag für das Jahr 1882 vor. Wir wollen daraus nur wenige Ziffern entnehmen, um eben unseren Lesern kein Magenübel zu verursachen: Gesammtausgaben 327,111.270 fl., Gesammteinnahmen 301,445.728 fl., Defizit 25,665.542 fl. Was die früheren Jahre unbelangt, so ist den Lesern genugsam bekannt, daß das Fazit lautete: Defizit, Defizit, u. s. w., ꝛc.

Es läßt sich demnach das Ganze, wie folgt, ausdrücken: Während in den nordamerikanischen Union-Staaten das Staatsvermögen beständig zunimmt, nehmen bei uns eben so beständig die Schulden zu; das wäre wol ein Nachteil, den wir den Amerikanern gegenüber haben. Dafür aber erfreuen wir uns wieder mancher Vorteile, die die Amerikaner nicht genießen. Beispiels-

---

*) d. h. unter Abzug des Kassenbestandes des Schatzamtes.

weise haben wir ein riesiges stehendes Heer, was eben die Amerikaner nicht haben. Es bewährt sich demnach hier das alte Sprichwort: „Selten ein Schaden, wo nicht auch ein Nutzen dabei wäre".

Aus Parteikreisen.

Montag den 24. d. M. fand in Zobel's Bierhalle eine von über 2000 Personen besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Forderungen der Arbeiter" statt.

Die Flugschrift „An das österreichische Volk" wurde vorgestern neuerdings verbreitet und wurden zirka 5 bis 6 Exemplare davon von Passanten, welche diesen Fund nicht verheimlichen wollten, der Polizei zur Lektüre übergeben. Die redlichen Finder haben bis zur Stunde noch keinen Finderlohn erhalten. Uebrigens „Gut Ding braucht Weil".

Aus Oberösterreich. Oberösterreich hat in diesem Jahre wieder eine reichgesegnete Ernte zu verzeichnen und ist hievon besonders die Kornernte zu erwähnen, denn wenn sich einer auf das flache Land begibt, so fallen ihm auf den Feldern die zalreich aufgehäuften Strohmassen ins Auge, welche Zeugnis ablegen, daß sich viele Scheuern in diesem Jahre für zu klein erweisen.

Man sollte glauben, daß dem Gesammtvolke Oberösterreichs die Bitte um das tägliche Brot wenigstens für ein Jahr in reichster Masse gewährt werden würde — aber leider, nicht einmal den Ackerbau arbeitenden, die vom frühen Morgen bis spät abends bei überanstrengender Arbeit der größten Hitze preisgegeben sind, welcher Viele von ihnen zum Opfer fallen, also selbst diese, welche der Ernte wegen das größte Opfer bringen müssen, sehen schon mit Bangen dem kommenden Winter entgegen, denn jetzt schon, kaum nach der Ernte, macht sich der viel erfahrene Satz: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen", fühlbar.

Der oberösterreichische Bauernverein hält zalreiche Wanderversammlungen ab und hat es seit seinem kurzen Bestande auf 5000 Mitglieder gebracht. Man sollte glauben, daß bei einer so eminenten Zal gewiß tüchtige Kräfte vorhanden sein müßten, die das Interesse des Bauernstandes zu fördern wüßten. Daß sie dasselbe aber bis heute noch verkennen, das beweist wieder die Eingabe eines Schriftstückes vom Ausschusse des oberösterreichischen Bauernvereines, in welchem der oberösterreichische Landesausschuß ersucht wird, den Sicherheitsorganen die strenge Weisung zu geben, den Reisenden ihre Dokumente genau zu kontrolliren und diejenigen, welche über vier Wochen aus Arbeit sind, sofort abzuschieben, überhaupt in dieser Beziehung keine Kosten zu scheuen. Der Landesausschuß erwidert, daß die Schandarmerie und Polizei ihrer Pflicht ohnedem gewissenhaft nachkommt und ganze Lawinen von Schublinge täglich über die Grenze geschafft werden. Die Schublaxlagen vermehren sich von Jahr zu Jahr und betrugen schon im Jahre 1880 56.000 fl.

Mit diesen Auslagen gegen die brotlosen Arbeiter sind die Bauern aber noch nicht zufrieden und so fordern sie noch zum großen Ueberfluß auf ihren Versammlungen die Errichtung von 20 Arbeitshäusern und einer Strafkolonie in Bosnien.

Daß viele der denkunfähigen Bauern diesen Forderungen Beifall klatschen, ist selbstverständlich, denn sie wollen von der brotlosen Reservearmee der Arbeit, die in großer Zal an die Thüren ihrer Häuser pochte, um nicht Hungers sterben zu müssen, bevor sie wieder Arbeit findet, befreit sein.

Aber da seid Ihr auf dem Holweg, Bauern! wenn Ihr glaubt, Euch und dem heruntergekommenen Kleingewerbestand, dem Ihr so gern helfen möchtet, mit solchen Mitteln zu retten, da arbeitet Ihr, ohne es zu wollen, nur der Kapitalherrschaft in die Hände.

Wer es ehrlich meint mit der ganzen Menschheit, der schließe sich den Forderungen der Arbeiter an und diese sind: daß die Kaufkraft des arbeitenden Volkes dadurch gehoben werden muß, daß Einrichtungen getroffen werden, daß Jeder Arbeit hat, und der Verdienst der Arbeit ein menschenwürdiger sei. Um dies leichter zu erreichen, fordern wir das allgemeine und direkte Wahlrecht, Abschaffung des stehenden Heeres, Einführung einer allgemeinen Volkswehr ꝛc.

Seht, Bauern, wenn Ihr diese Forderungen mit uns durchsetzt, dann braucht Ihr nicht mehr so unmenschlich zu sein, die Polizei anzurufen, um die Armee der brotlosen Arbeiter noch mehr zu hetzen, dann braucht Ihr auch keine Arbeitshäuser, um Euch und den Kleingewerbetreibenden selbst noch früher den Todesstoß zu geben; die gegenwärtig überfüllten Strafhäuser könnt Ihr dann als Kornmagazinen verwenden, weil die Verbrecherzal aus Not verschwindet, indem alles Arbeit und Verdienst hat; enere Steuern werden bis auf ein Minimum fallen, und die Konkurrenz des jetzt so sehr gefürchteten Amerika wird abgeschwächt sein.

So lange aber die Forderungen des Volkes nicht berücksichtigt werden, wird die gute Ernte nur für einzelne ein Segen, für die Masse des Volkes aber ein Fluch bleiben.

Anton Stacherl.

Zwittau in Mähren. (Ende August d. J.) Es dürfte den Genossen nicht uninteressant sein, von hier, diesem „Klein-Brünn" etwas über die derzeit hier herrschenden Arbeitsverhältnisse zu erfahren. Daß vor mehreren Wochen der Besitzer der hiesigen Jute-Webereи mit mehreren hunderttausend Gulden defraudirte, werden die Genossen bereits wissen. Das Geschäft wurde bis zum definitiven Verkauf vorläufig verpachtet. Der Lohn beläuft sich in genannter Fabrik auf 3—5 fl. per Woche bei zwölfstündiger Arbeitszeit.

In der Zigarren- und Tabakfabrik verdienen die Arbeiter (zum größten Teile weibliche) bei zehnstündiger Arbeit 2—4 fl. per Woche.

Bei der hierorts noch stark grassirenden Handweberei verdienen die Arbeiter, bei einer 13—14stündigen Arbeit täglich, einen Wochenlohn von 3—6 fl. Das Aergste auf dem Gebiete der modernen Ausbeuterei, leistet jedoch die Firma L. Baudisch und Sohn. Der Leiter dieser Firma hat es auf vorbenanntem Gebiete seit einigen Jahren vom Bankrotteur bis zum derzeit größten Bourgeois gebracht. Der Mann besitzt eine mechanische Baumwollweberei, in welcher dreizehn Stunden täglich gearbeitet wird und verdienen sich Familienväter bei dieser Arbeitszeit und mit dem allerschlechtesten Material oft kaum zwei Gulden per Woche. — — Nachstehend eine Probe seiner Ausbeuterei. Anfangs August d. J. ließ L. Baudisch sich einen Webmeister aus Innsbruck unter Verbindlichkeit kommen. Der gute Webmeister ahnte nichts Schlimmes, akzeptirte den Posten um so lieber, da er selbst ein Zwittauer und mit Herrn Baudisch in entfernter Verwandtschaft steht.

Allein wie sah er sich enttäuscht als ihm Herr Baudisch nach acht Tagen, während welcher er ihn mit Versprechungen hinhielt und nun gesehen hatte, was der Mann zu leisten im Stande war, eröffnete, daß er nun den Posten, den vor ihm zwei bekleideten, nun allein führen könne und bot ihm Herr Baudisch gerade um den halben Lohn weniger, als sein Vorgänger, Herr Preußler mit Namen, erhalten hatte. Preußler erhielt 17 fl. per Woche und 60 fl. Quartiergeld, jener sollte die doppelte Arbeit um 9 fl. per Woche und ohne Quartiergeld verrichten.

K. erklärte Herrn Baudisch, dieses Anerbieten nicht annehmen zu können, worauf Baudisch erwiderte: „Gut, wenn Sie das nicht machen können, dann suchen Sie sich in vierzehn Tagen eine andere Arbeit". Was Baudisch für ein Gewissen hat, kann aus diesem Vorfall Jeder ermessen. Der Mann ist verheiratet, hat eine weite Reise auf eigene Rechnung (die halbe Reise hätte Baudisch zu zalen gehabt, 5 fl. hat er bezalt) in der Hoffnung gemacht, sich seine Existenz zu verbessern, so gemein betrogen. Er hat daher Herrn Baudisch die Arbeit sofort eingestellt und will hiemit alle Arbeiter und Genossen vor diesem gemeinen Schwindler gewarnt haben.

Bemerkt sei noch, daß bei Baudisch in der mech. Weberei der allerärgste Schund verarbeitet wird, lauter 4, 8, 10 Abfallgarne, daraus wird Barchent und Croise gemacht, gefärbt und bedruckt und unter den Namen Kalmucke und Halbkalmucke in den Handel gebracht und in Böhmen gerne gekauft. Die Leute ahnen nicht, welchen Mist sie für teures Geld gekauft haben, wovon die Arbeiter, die sich damit schinden und plagen müssen, am wenigsten bekommen. —

Aus Oberösterreich kann ich berichten, daß dort die Weberei am schlechtesten bezalt wird. In allen Fabriken wird von morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr gearbeitet. Dabei verdienen die Arbeiter nicht mehr als in Niederösterreich, wo nur 12 Stunden gearbeitet wird.

Zudem müssen die Arbeiter noch teure Wohnungen bezalen, was in Niederösterreich nicht der Fall ist. In Böcklabruck beispielsweise wird sogar noch Sonntags gearbeitet, dabei verdient man mit drei Webstühlen im besten Falle 5—6 fl. Davon gehen beinahe 4 fl. bei ledigen Arbeitern auf Kost und Wohnung auf. Nun bedenke man eine Familie mit mehreren Kindern, wo die Frau nicht in die Arbeit gehen kann.

Aehnliche Zustände herrschen bei unserer Branche in der ganzen Monarchie. Man kann Land auf Land abgehen, überall hört man die gleichen Klagen. Und unter solch erbärmlichen Verhältnissen muß man noch froh sein, wenn man Beschäftigung hat, denn es gibt Leute genug, die gerne um die Kost arbeiten. +

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse. Im Monate September sind dieser Kasse die Arbeiter der Fabriken S. Kelsen, H. Maurer und Lehmann und Leyrer korporativ beigetreten; in Guntramsdorf wurde ein neuer Vorort eröffnet und befindet sich Nr. 69 daselbst.

Vom Monate Oktober 1881 fungirt als Vereinsarzt für Nußdorf, Döbling, Heiligenstadt Herr Med. Dr. L. Ehrenhaft, wohnt: Nußdorf, Hauptstraße 17, und ordinirt täglich von zwei bis drei Uhr.

Die Direkzion des Grand Panorama de Vienne, 2. Bez., Praterstraße 49, hat den Eintrittspreis für die Besichtigung des großen Rundgemäldes, darstellend: „Der letzte Tag der Kommune in Paris 1871", für Mitglieder und deren Angehörige auf 20 kr. per Person ermäßigt und sind die Eintrittskarten für einzelne Personen, sowie für Gruppen in der Zentrale und beim Kasseboten per Stück um 1 kr. zu haben.

Jene Mitglieder, welche der neu geschaffenen Leichengeldabteilung beizutreten wünschen, werden ersucht, sich in der Zentrale vormerken zu lassen und erfolgt die Konstituirung, sobald sich 200 zum Beitritte gemeldet haben.

Das Protokoll über die Verhandlungen des am 5. und 6. Juni 1881 stattgefundenen Verbandstages der „Arbeiter-Kranken- und Invaliden-Unterstützungsvereine Oesterreichs" ist erschienen und zum Selbstkostenpreise von 5 kr. in der Zentrale zu haben.

Die Mitglieder erhalten im Margaretenbade im fünften, im Gisselabade im zehnten, im Leopolds- und im Kaiserbade im zweiten, im Mariabade im siebenten, im Pfann'schen Mineralbade und im Teresienbade in Mödling und in Bezchleba's Vollbad in Hernals bedeutende Preisermäßigungen. Die diesbezüglichen Badeanweisungen sind in der Zentrale, den Einschreibeorten und beim Kasseboten per Stück um ½ kr. zu haben.

Die nächste ordentliche Ausschußsitzung findet am Sonntag den 6. November, nachmittags 2 Uhr, statt.

Graz. Rechenschaftsbericht der Krankenunterstützungskasse und Fortbildungsverein der Holzarbeiter in Graz. Einnahmen: Kassenstand vom 2. Jänner 1881 fl. 545·37, Zinsen vom Sparkassekapital fl. 17·19, 1439 Wochenbeiträge à 15 kr. fl. 223·25, 12½ Einschreibegebühr à 1 fl. fl. 12·50, Mietzinsbeiträge vom Allg. Arbeiter- und Tischlerverein fl. 24, Summa fl. 822·41; Ausgaben: Krankenunterstützungen fl. 40.96, ärztliche Behandlungen fl. 10·25, Medikamente und ambulantorische Rezepte fl. 44·83, Spitalskosten für 67 Tage fl. 33·50, Remunerazion, Kassier und Rechnungsführer fl. 10, Wirtschaftsausgaben fl. 10·01, Mietzins fl. 36, Kassarest 2. Juli fl. 630·86, Summe fl. 822·41; Bilanz: Einnahmen fl. 822·41, Ausgaben fl. 191·55, verbleibt Kassestand am 2. Juli 1881 fl. 630·86. A. Riedl, Obmann.

Kindberg. Sonntag den 25. September fand hier im Vereinslokale bei Herrn Huber eine außerordentliche Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines, unter Beisein des Herrn Prinzl, Gemeinde- und Bezirkssekretär von Kindberg als Regierungsvertreter statt.

Obmann-Stellvertreter Wurmbrand als Vorsitzender eröffnet die Versammlung um 4¼ Uhr nachmittags mit folgender Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht über Monat August; 2. Vereinsangelegenheiten; 3. Neuwal eines Obmannes und Schriftführers; 4. Anträge und Interpellazionen.

Nachdem das Protokoll der letzten Ausschußsitzung vom 18. September verlesen ward, schritt man zum Rechenschaftsbericht über den abgelaufenen Monat August, welcher für richtig befunden und angenommen wurde.

Beim zweiten Punkt verlas der Vorsitzende den schriftlichen Bescheid der k. k. Bezirkshauptmannschaft Bruck a. d. Mur vom 12. September betreffs der Wiedereröffnung und zur Verfügungstellung des Vereinslokales an den hiesigen Verein. Auch wurde festgestellt, daß von nun an der Kassier Hofer mit der Verabfolgung der Reiseunterstützungen an durchreisende Vereinsmitglieder betraut ist. Hofer führt statistische Beweisgründe über die auf der Tagesordnung stehenden zwei Neuwalen an.

Nachdem noch eine Aufforderung an den anwesenden Unterrichtssekzionär A. Buchwieser, betreffs des baldigen Beginnes des Wintersemesters im Unterrichtswesen inklusive des Gesanges gestellt wurde, schritt man zum dritten Punkt, bei welchem nach einer zweimaligen Wolvornehmung Genosse Johann Dutter mittelst Stimmzetteln zum Obmann und Genosse Adolf Neumann mittelst Akklamazion zum Schriftführer des Vereines gewält wurde.

Beim vierten Punkt wurden zwei Anträge angenommen, wovon der eine, von der Ergänzungswal in den Ausschuß, bei der wahrscheinlich am 16. Oktober stattfindenden Monatsversammlung bemerkenswert ist. — Schluß der Versammlung um ½6 Uhr abends.

Adolf Neumann, Schriftführer.

Leoben. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein „Vorwärts" hielt den 26. September 1881 die halbjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vorlesung des Protokolls. 2. Rechenschaftsbericht. 3. Bericht der Sekzionen. 4. Neuwal des Ausschusses. 5. Anträge und Interpellazionen.

Nachdem das Protokoll verlesen und angenommen, bringt der Rechnungsführer den Kassebericht zur Verlesung, welcher befriedigend von der Versammlung aufgenommen wurde, nachdem selber von der Vereinskontrole, sowie vom Revisionskomitee geprüft und für richtig befunden wurde. Hierauf erstatteten die Sekzionen ihre Berichte ab, welche ohne Einwendung angenommen wurden. — Die Neuwal des Ausschusses ergab folgendes Resultat: Obmann Benesch, dessen Stellvertreter Kajetan Nowak, Schriftführer Ferdinand Heilinger, dessen Stellvertreter Josef Drako, Rechnungsführer Franz Lebeda, Kassier Wenzel Wotruba, dessen Stellvertreter Anton Urban. Ausschüsse: Johann Landsmann, Michael Benedikt, Josef Wotruba, Anton Jarosch, Leopold Juninger, Franz Haberl, Peter Pacher; Ersatzmänner: Franz Grud und Franz Scholar. Ferd. Heilinger.

Soziale Literatur.

W. Schober: „Die Not und ihre Ursachen". 2 Teile. — Ed. Deutsch: „Die österreichische Arbeiterfrage im Lichte der Gegenwart.

Zwei Broschüren, die sich mit der Lösung der sozialen Frage befassen. Herr Schober sieht die Ursache alles Menschenelends und Jammers darin, daß die Menschen zu viel — sparen; Herr Deutsch kann ihnen dies wieder nicht warm genug anempfelen. Herr Schober meint, wenn Jeder alles Geld, das er einnimmt, wieder auf Waaren ausgäbe, würde dadurch die Produkzion außerordentlich gefördert, die Arbeiter hätten Beschäftigung und Verdienst und würden dadurch wieder zu Konsumenten anderer Waaren u. s. w. Von Notstandsbauten (namentlich Eisenbahnen) verspricht er sich demnach Wunder und selbst das stehende Heer mit seinen riesigen Bedürfnissen verliert für ihn alle Schrecken, wenn nur dessen Bedürfnisse im Inland erzeugt werden und die Hersteller derselben ihre Einnahmen rasch wieder auf andere Waaren ausgeben.

Herr Deutsch plaidirt für alle möglichen Wolthätigkeitsanstalten und Einrichtungen für Arbeiter zu dem eingestandenen Zwecke, die Arbeiter aus den Netzen des Sozialismus zu ziehen. Daß das tausendfache Weh und Ach des arbeitenden Volkes, das er sehr gut kennt und ausführlich schildert, aus Einem Punkte zu kuriren wäre, sieht er nicht oder will es nicht sehen. Wir können aber Herrn Deutsch versichern, daß auch ohne seinen Rat, die Arbeiter, wenn sie den Ertrag ihrer Arbeit, den jetzt Andere für sie einstecken, selbst erhielten, sich gut nähren, daß sie gesunde Wohnungen ihren jetzigen elenden Behausungen vorziehen und noch so manches tun würden, was ihr geistiges und körperliches Wolbefinden zu steigern geeignet wäre. Almosen aber brauchen wir nicht, wir wollen blos unser Recht.

Herr Schober, der manchen originellen Gedanken in populärer Weise vorbringt, ist der sonderbare Schwärmer, an den Patriotismus der besitzenden Klassen zu glauben. Er übersieht, daß diejenigen, welche Tausende und Hunderttausende „verdienen" gar nicht im Stande sind, ihre Einnahmen wieder in Waaren umzusetzen, weil sie letztere, so lange das gegenwärtige Lohnsistem besteht, keine Konsumenten vorhanden wären. —

Je mehr wir solche Vorschläge zu prüfen in die Lage kommen, desto heller und glänzender leuchtet uns unsere sozialistische Idee. Hätten die beiden Verfasser den Sozialismus ernst und gründlich studirt, so hätten sie ihre Broschüren ungeschrieben gelassen.

Eingesendet.

Bewohner der Meeresufer erzälen von einem Ungeheuer, welches in den Tiefen haust und den Ahnungslosen, der sich badet, mit seinen Armen, welche mit tausenden Saugwarzen bedeckt sind, umschlingt, und in das todtbringende Verderben hinabzieht. Diese Geschichten tauchten in meinen Erinnerungen auf, als ich wiederholt Danzig nennen hörte. Die Seestadt ist wol der Ort, wo sich ein solches Untier behaglich fülen mag. — Mit jedem Tage schlingen sich die an das Höllengebräu mahnenden Arme fester um sein Opfer, unser Ideal, die Menschenrechte! Ideal deßentwegen, weil sogar der Begriff Menschenrecht den allermeisten schon entschwunden ist. Wenn man die Berichte der „Berliner Tribüne" liest, nämlich gemeinsames energisches Vorgehen Rußlands und Deutschlands, im Anschlusse mit Oesterreich, gegen den Nihilismus, gegen die täglich immer mehr an Boden gewinnende Sozialdemokratie. Die Schweizer Bundesanträge (siehe Krapotkin), die Haltung Amerikas in Sachen Hartmann's, Englands Vorgehen bei in Preßsachen begangenen Uebertretungen (siehe Affaire Most), die Wallstandale Frankreichs und Drohungen Gambetta's ꝛc., all dieses in Betracht gezogen, muß man zugeben, daß sich der Octopus prächtig angewachsen hat und er scheint in seiner jetzigen Gestalt vor Vernichtung gefeit zu sein.

Unmöglich kann es dem denkenden Menschen noch länger verborgen bleiben, daß, wenn es nicht zu spät werden soll, er unverweilt seine ganze Energie und Kraft, welche in der an seinem Mark saugende Octopus noch gelassen hat, aufbieten muß, um der drohenden schwarzen Nacht mit allen ihren verderbenschwangeren Unheil zu entrinnen. Doch leider will die große Mehrzal der Opfer nicht sehen oder sieht es nicht, trotz des sich tagtäglich immer wiederkehrenden Spieles, sich von den schillernden Farben des Octopus stets aufs Neue betrügen läßt und in ihrer Verblendung oft unter jauchzenden Jubel ihre eigenen Kinder dem Octopus ausliefert, es dadurch zum Riesen mästet, dessen Ausdünstung die Welt verpestet und jede gesunde Denkkraft vergiftet.

Schlägt man auch dem Untier einen kleineren oder größeren Teil des Körpers weg, schadet es ihm nur sehr wenig, denn seine ungeheuere Reproduktionskraft ersetzt ihm in kürzerer Zeit Alles wieder. Nur gemeinsames Vorgehen Vieler, vermag durch Ausdauer etwas zu erreichen, entweder — — oder daß jeder eine Saugwarze vernichtet. O. Sp.

Wien, den 24. September 1881.

Geehrter Redakteur!

„Teilen und herrschen" war bekanntlich der Walspruch des ersten Napoleon und wird heute noch geübt von seinen Nachahmern. Vor Allem sucht man denselben gegen die sozialdemokratische Partei in Anwendung zu bringen, weil dieselbe den Gegnern ein unüberwindlicher Fels ist, der allen Stürmen trotzt.

Um nun die Partei mit Erfolg bekämpfen zu können, bedienen sich die Gegner der oben angedeuteten Taktik des ersten Napoleon, was uns indessen nicht veranlassen würde, ein Wort darüber zu verlieren, weil auch diese Taktik ohne Erfolg bleibt, wenn sich nicht Leute finden, die hiezu Handlangerdienste leisten, wie es die „Neue Zeit" in Budapest in Nr. 10 vom 11. Sept. in ihrem Leitartikel, betitelt „Ernste Arbeit oder Anarchistenspielerei", meisterlich ausführt und den Gegnern der Partei in die Hände arbeitet. Denn anders kann man es doch nicht nennen, wenn besagtes Blatt Männer wie Johann Most als Großsprecher hinstellt, weil dieselben den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung tragend, sich einer Taktik bedienen, welche der „Neuen Zeit" nicht in den Kram zu passen scheint. Wahrscheinlich weil die reaktionären Sozialisten, wie sie sich selbst nennen, für ihre liebe Autorität fürchten und selbst den Mut nicht haben, sich auf der Höhe der Situazion zu stellen, deshalb nennen sie diejenigen, welche allen Gefahren zum Trotz das Banner der Partei hoch halten, Großsprecher und suchen sie in den Kot zu ziehen, jedoch ohne den Beweis zu bringen, welcher ihre Beschimpfung rechtfertigen könnte. Jedenfalls werden die Herren Gemäßigten selbst einsehen, daß sie Beweise zu erbringen nicht im Stande sind, sondern werden erst abwarten müssen ob sich ihr Vorurteil bestätigt, wenn es zum Handeln kommt.

Nach diesem hier Gesagten erlauben wir uns die Frage an die „Neue Zeit", ob sie unbewußt den Gegnern in die Hände arbeitet. Wenn dies der Fall ist, so müssen wir sie bedauern und machen sie auch gleicher Zeit aufmerksam, wenn aber das Gegenteil der Fall ist, was wir anzunehmen uns genötigt fülen, so müßten wir es als einen Verrat an der Partei brandmarken.

Ferner fordern wir die „Neue Zeit" auf, den Agent provocateur zu nennen, welcher, wie sie behauptet, die Opposizion dupirt (betrogen), wenn sie es kann, uns scheint indessen, daß die „Neue Zeit" im Dienste eines Agent provocateur arbeitet.

Was weiters die Taktik anbetrifft, welche besagtes Blatt empfiehlt, daß nur im Rahmen des Gesetzes vorzugehen sei, dabei aber selbst lamentirt, daß nichts erlaubt ist, wiederum aber Alles als Anarchisten-Spielerei hinstellt, was nicht in ihre Taktik paßt (oder in den Rahmen des Gesetzes), so fragen wir, wo da die Konsequenz bleibt, und wie die „Neue Zeit" sich vorstellt, daß die soziale Frage gelöst werden soll, da es unter dem gegenwärtigen Bevormundungssistem nicht möglich ist, auf dem Wege, welchen die „Neue Zeit" empfiehlt, die Masse des Volkes zu bilden.

Oder wollen die Herren warten bis wir vollends ein Geschlecht von fiskischer und geistiger Krüppel, nicht mehr fähig sind, die Befreiung der Menschheit von dem Sklavenjoch zu vollbringen, wie seinerzeit von Lassalle darauf hingewiesen?

Wenn anderswo, wie das englische Sprichwort sagt, welches die „Neue Zeit" zitirt „Worte keine Knochen brechen", wie kommen die Herren reaktionären Sozialisten dazu, Parteigenossen, welche sich dem entsprechend einer Taktik bedienen, zu beschimpfen und in den Kot zu ziehen? Dies Alles zu begreifen, was die „Neue Zeit" leistet auf diesem Felde, dazu gehört wirklich mehr als ein gesunder Menschenverstand.

Wir sehen uns zu dem Schlusse genöthigt, daß die „Neue Zeit" den Gegnern der Partei Handlangerdienste leistet, um im Sinne des obenzitirten Wallspruches die Partei zu zersplittern.

Wir rufen deshalb allen Genossen zu, sich von den Wölfen in Schafspelzen zu hüten und sich treu und fest um das Banner der Bruder- und Menschenliebe zu schaaren und so vereint unserem großen Ziele zuzusteuern, auf daß endlich das Joch der Sklaverei breche und die Menschen aller Länder und Zonen sich der Verwirklichung des Wahlspruches erfreuen „Gleiches Recht und gleiche Pflichten". Mit sozialdemokratischem Gruß

Mehrere Genossen.

Aus Schwechat. Wie sich die Genossen wol noch erinnern werden, wurde ich am 30. Juli d. J. in Graz mit dem Bemerken entlassen, weil mein Chef (Jakob Rathleitner, Tuchfabrikant) betreffs meiner auf die Polizeidirekzion gerufen wurde, welches ihm gerade nicht sehr angenehm war. Ob das Grund genug ist, einen Menschen, der nahezu 5 Jahre zur Zufriedenheit tätig war, zu entlassen, darüber nachzudenken, überlasse ich den Lesern. Nun war ich 14 Tage ohne Arbeit, da führte mich das Geschick zum Landesverzehrungssteueramt; in dienstlicher Eigenschaft wurde ichvon Graz nach Schwechat versetzt; kaum war ich acht Tage in meinem neuen Bestimmungsort, da erschien am 12. September ein Schandarm mit dem Gemeindesekretär in der Kanzlei; — ich mußte sodann ein kleines Verhör bestehen, es wurde mir gesagt, warum ich in Graz entlassen wurde; nun wurden meine Effekten einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Gesucht wurden Schriften und Korrespondenzen, welche ich haben sollte, — aber leider! ebensogut als sich keine Armeen aus der Erde stampfen lassen, konnte man auch aus meinem Koffer keine Verschwörung entdecken. Mitgenommen wurden einige Nummern der „Zukunft", „Rundschau", Statuten des Allgemeinen Arbeitervereins, kurz Alles, was nur ein bischen roch. Obwol man nichts Staatsgefährliches gefunden hat, war mein Schicksal dennoch besiegelt, denn acht Tage später kam von der Direkzion folgendes Schreiben: „Indem Rudolf Hartel der Sozialdemokratie **dringend** verdächtig ist, ist er **sofort** zu entlassen". — Also, das sind die vom Staate garantirten Staatsgrundgesetze: Glaubens- und Gewissensfreiheit, wenn der bloße Verdacht Sozialist zu sein genügt, um einen sofort zu entlassen. Sind das die Gesetze zur persönlichen Freiheit, wenn man einen Menschen, der stets bemüht ist, durch Arbeit sein Leben zu fristen, derartig verfolgt? Was will die Grazer Polizeidirekzion von mir, warum verfolgt sie mich? Es gibt andere gemeingefährliche Individuen, sie sollen auf diese Jagd machen, nicht unbescholtene Arbeiter, welche auch Staatsbürger sind, um Arbeit und Brod zu bringen, und daß sie auf solche unverschuldete Art in die bitterste Not geraten, zu solchem Vorgehen wird die Polizei doch nicht da sein! An die Arbeiter richte ich die ernste Mahnung, treu und fest zusammenzustehen, um das sie Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen, nur dann werden die wahren Gesetze für Volkswol und Freiheit geschaffen werden.

Rudolf Hartel.

Anweise.

Nr. 103.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

M. Dunkel 45, Andreu'schen Gewerk 1.96, die Unverbesserlichen auf der Insel 1.05, Strinedel junior 15, Genossen Ems 1.50, Wanke 50, F. G. S. 10, Friedl 20, Familie Hampel 40, Mischawi 14, Janischitz 25, The 10, Genossen in der Wehrgasse, Sechshaus, vergessen in geselligen Stunden Jener, welche für Recht, Freiheit, Gleichheit stritten und dafür jetzt hinter Schloß und Riegel sitzen, ihre Pflichten nicht 2.62, T—b 50, Gerechtigkeit im Kerker 20, Braun 20, Meierhofer 20, J. Jurina 14, E. E. 20, Besenbök 10, Vrer Franzosen 66, F. Lov Christl 50, Althauser 10, Watner 10, ein Hutmacher 50, W. B. 40, Michaeli-Montag 5.—, Luber 20, Fürstianer in Theilthale 42, Bernard 10, Geiselberg für Freiheit und Licht 1.45, die Roten von Geiselberg 1.30, die kampfbereiten Inländer, Fünfhaus, 1.60, ✕ 2, die Roten von Mariahilf 60, Greiner 50, Administrazion 20, Pokorni, Gast, 25, Frau Paulischka 20, Alois Stanko 30, K. Puidl 10, gerechte Partei 50, die Roten am Neubau 2.24, die roten Zwillinge 50, Schneider-Fachblatt Nr. 20 7.75, Jg. Feldmann 20, Franda 40, V. d. N.-V.-W. in Fl. 1.—, von den Festtheilnehmern in Aschenbrenner's Restaurazion in Floridsdorf 4.10, Tröstl 2.—, Hofmann 5. Kandler 5, Schenk 10, Sobotetzky 5, F. 10, A. S. 5, F. H. 5, Nr. 1000 60, Dorst 70, B. 34, D. n. G. 20, Greiner 24, Brüder von der roten Fahne 50, Gesellschaft bei Becker 1.10, mehr Licht 1.40, armer Vater, der sechs Kinder hat 1.37, Brod ist Freiheit, Freiheit Brod, die Bäcker Wiens 6.50, durch 2 Damen und 1 Grasl A. K. 8.51, Rockstroh 20.

Summe 58 fl. 77 kr.

Zur Unterstützung für die „Zukunft": Scharner 10, Olhauser 10.

In Graz für die Familien der Inhaftirten eingelaufen: Dostal, Jaklitsch, Tschermel, Vorstner, Hamann je 5, Kalo, Kowatschitsch, Gaisler, Alexer, Schwarz je 10, Stoll, Riedl je 14, Semmitsch, Suppanz, Raindl, Kopriwa je 15, Roßmann, Wagner, Pok, Krammer, Kulmer, Marchel, Kleiner, Kaspar, 2 Taschner, Seraphine Großhammer je 20, Kappauf, Ganse, Herle, durch Dostal je 30, Forstner, Wurzinger, Makulatur, Benz je 40, Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereines 48, Mitglieder des Arbeiter-Sängerbund 62, Mitzuschlag 70, Frei atmen macht das Leben nicht allein: Jawach 20, Schrom 40, Grill 10, Egnutt Fritz 10, Egnutt Ernst 10, Unger 10, zwei Steindrucker 30, Lach 14, Traunig 52, Ungenannt 50, Ungenannt 50, Laicher 1.—, Kindberg 1.—, Sch., die Unzufriedenen 1.25. Summe 13 fl. 89 kr.

Parteigenossen!

Die Zal der inhaftirten Genossen wird unter den gegenwärtigen reakzionären Zuständen eine immer größere, viele von diesen Genossen besitzen Familien, die dadurch sehr bitter leiden, weil sie ihres Ernährers entbehren müssen; es ist daher dringend notwendig, daß jeder Genosse sein Möglichstes zur Unterstützung und Linderung des traurigen, unverschuldeten Loses dieser Familien ununterbrochen beitrage.

Es werden daher die Genossen allerorts an ihre Pflicht erinnert und ersucht, unverzüglich fortdauernde Sammlungen zur Unterstützung der Familien unserer inhaftirten Genossen einzuleiten und zu organisiren.

Da Genosse Hybes die Inempfangnahme der Unterstützungsgelder für die Zukunft zurückgelegt hat, so haben sich die Genossen **Joh. Richter**, Neulerchenfeld, Neumeiergasse 11, T. 26 in Wien und **Fr. Kramer**, Ungergasse 4 in Graz zu diesem Zwecke bereit erklärt und sind von nun an alle Unterstützungsgelder an dieselben einzusenden und haben sich auch diejenigen, welche Unterstützungen zu bekommen haben, an dieselben zu wenden.

Briefkasten.

Redakzion: Wegen Raummangel mußten mehrere Berichte für die nächste Nummer zurückgelegt werden. — G. B.: Gedicht erhalten. — Hüttenberg, Lölling: Wir haben in letzter Nummer unsere Erklärung abgegeben und bleiben konsequent; können daher ihr Eingesendet nicht veröffentlichen. —

Administrazion: Mayer, Triest: Abonnirt bis Ende Dezember 1881. — Holzarbeiter-Krankenkasse, Graz: Restiren seit ersten Jänner. — Arbeiter-Bildungsvereine Wels 1 fl. und Wien 6 fl. Inseratenpauschale erhalten. —

Avis o. Allen Abonnenten der von Genossen Kaler herausgegebenen „Sammlung von sozialpolitischen, ökonomischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen" diene zur Kenntnis, daß das Erscheinen dieser Monatsschrift bis auf Weiteres sistirt wurde. — Näheres in nächster Nummer.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Sonntag den 27. November findet in Schwender's Kolosseum das

13. Gründungsfest

statt. — **Programm:** Konzert der Regimentskapelle König der Niederlande. Gesangsvorträge des Arbeiter-Bildungsvereines. Festreden, gesprochen von den Herren Matzinger und Kraus. Begrüßungsreden der Herren Delegirten. In der Prachthalle: Konzert der Damenkapelle Schipeck. — Kassaeröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. — Frühergelöste Karten 30 kr., mit der Einlungskarte 40 kr., an der Kasse 50 kr. — Eintrittskarten à 30 kr. sind in allen Arbeitervereinen zu haben.

Jeden Samstag im Lesezimmer, Gerhold's Bierhalle, Stadt, Schottenring 15, Zusammenkunft. Auch werden Einschreibungen vorgenommen.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.
Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.
Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.
Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.
Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene.
Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Gewerkverein der Eisen- und Metallarbeiter Wiens und Niederösterreichs.

Einschreibungen finden an folgenden Orten statt:

Zentrallokal, Wieden, Schleifmühlgasse, im Gasthause „zum goldenen Fassel", jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags und Montag von 7 bis ½ 10 Uhr abends von Ludwig Pürtner.

Leopoldstadt, kleine Pfarrgasse, im Gasthause „zum Nußdörfl", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Rudolf Pokorny.

Laudstraße, Steingasse 7, im Gasthause „zum Auge Gottes", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Adalbert Hanisch.

Simmering, Hauptstraße, im Gasthause „zur Tramway", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Johann Bauer.

Favoriten, Laxenburgerstraße 16, Gasthaus „zur eisernen Kugel", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Johann Ronge.

Josefstadt, Langegasse, Dobrowas' Gasthaus, Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Karl Hangl.

Fünfhaus, Felbergasse 10, „Hotel Ischl", Montag von 7 bis 9 Uhr abends von Peter Zuber.

Hernals, Kirchengasse 19, Gasthaus „zum Bäckersaal", jeden Samstag abends von ½8 bis 10 Uhr von Karl Hütl.

Penzing, Poststraße, in Rufiler's Gasthaus, jeden Sonntag vormittag von 9 bis 12 Uhr von Franz Klimek.

Wien. Der Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und Arbeiterinnen Wiens gibt bekannt, daß Sonntag den 9. Oktober ein Zeichenunterricht begann und jeden Sonntag von 2 bis 4 Uhr nachmittags, geleitet von Herrn Jakob Schrenk, fortgeführt wird.

Elementarunterricht von 4 bis 6 Uhr abends jeden Sonntag, geleitet von Herrn Johann Rogner.

Beide Unterrichte finden im Genossenschaftslokal der Weber, 7. Bez., Neubaugasse 7, statt.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitglieds, sich an beiden Unterrichten zalreich zu beteiligen.

Jeden Mittwoch findet die Ausschußsitzung in der Zentrale in Herrn Gugl's Gasthaus „zur blauen Flasche", Neufünfhaus, Zinkgasse 6, statt. — 1. Lesezimmer: Fünfhaus, Sechshauser Hauptstraße in Faras' Gasthaus „zum weißen Adler". — 2. Lesezimmer: Sechshaus, Wehrgasse in Herrn Daubal's Gasthaus. — 3. Lesezimmer: Meidling, Ecke der Mißbach- und Bonygasse in Herrn Schlemin's Gasthaus. — Jeden Samstag von 7 bis 9 Uhr finden Einschreibungen statt.

Wien. Arbeitsvermittlung der Kürschner. Jeden Montag und Donnerstag, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, im Gasthause.

Wien. Sonntag den 19. November findet das **elfte Gründungsfest** des Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der Färber im Marienzaal in Rudolfsheim, Kirchengasse 3, statt. — Anfang 8 Uhr. Frühergelöste Karten 30, an der Kasse 40 kr. — Wir laden sämmtliche Vereine von nah und fern dazu freundlichst ein und ersuchen, dieses Fest mit Begrüßungsschreiben und Telegramme zu verherrlichen.

Der Ausschuß.

Wien. Die Unterrichtssekzion der Schuhmacher-Gewerkschaft gibt bekannt, daß Sonntag den 23. Oktober ein Tanzunterricht im Lesezimmer Fünfhaus, Mariahilfergürtel in Herrn Bokner's Gasthaus begonnen hat und zu diesem Unterrichte noch neue Mitglieder aufgenommen. Der Unterricht findet Sonntag von 3—5 Uhr nachmittags statt, während welcher Zeit auch Einschreibungen stattfinden.

Wien. Montag den 31. Oktober, 7 Uhr abends, im Saale „zum grünen Jäger", 5. Bez., Hundsturmerstraße 13, Tischlerversammlung.

Wien. Donnerstag den 3. November, 4 Uhr nachmittags, findet in Zobel's Lokalitäten eine Bäckerversammlung statt.

Wien. Dienstag den 15. November, 9 Uhr vormittags, findet eine freie Versammlung der Manufaktur-Arbeiter und -Arbeiterinnen im Saale „zum weißen Eagel", Gärtnergasse, Neulerchenfeld, statt.

Wien. Sonntag den 13. November, in Dreher's Saallokalitäten, 3. Bez., Hauptstraße, 1. Gründungsfest der „Schneider-Fachzeitung". — Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 40 kr.

Floridsdorf. Sonntag den 13. November, nachmittags 2 Uhr, findet in der Restauraziou „zur Lokomotivfabrik", Gr.-Jedlersdorf, Brünnerstraße, eine

Volksversammlung

statt. — Tagesordnung: Die Forderungen der Arbeiter.

Klagenfurt. Sonntag den 30. Oktober, im Saale „zum Maßl", 12. Gründungsfest des Fachvereins der Kleidermachergehilfen. — Begrüßungsschreiben sind zu richten an Herrn Josef Prinz bei Herrn L. Dornkasch; Telegramme in das Festlokal.

Marburg. Lokalveränderung. Der Ausschuß des Allgemeinen Arbeitereines gibt bekannt, daß sich das Vereinslokal seit 1. Oktober 1881 im Gasthause „zum Teitschmann", Herrengasse 38, befindet, wohin sämmtliche Briefe und Sendungen zu richten sind.

Römerstadt. Es wird hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß alle durchreisende Parteigenossen, welche Römerstadt berühren und sich als ordentliche Mitglieder eines ähnlichen Vereines legitimiren können, von den Römerstädter Genossen eine Reiseunterstützung von 20 kr. erhalten. — Durchreisende Genossen haben sich zum Zwecke dieser Unterstützung an Herrn Josef Nickmann nächst der Hauptschule zu wenden.

Kindberg. Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 25. September wird von nun ab die Reiseunterstützung an durchreisende Fach- und Arbeitervereinsmitglieder vom Vereinskassier Peter Hofer bei Herrn Benedikt Pranis, Sattler, Nr. 85, verabfolgt.

Die Vereinsleitung.

Freudenthal. Der Fachverein der Manufakturarbeiter gibt bekannt, daß vom 1. Oktober an, jedem durchreisenden Vereinsmitgliede, welches einem ähnlichen Vereine angehört und nicht über 3 Monatsbeiträge im Rückstande ist, eine Reiseunterstützung von 25 kr. bei den Genossen Franz Roskosch, Olmützerstraße 67 und Wilhelm Bernert, Weber, Mühlgasse 4 ausbezalt wird.

Aufruf. Diejenigen, welche Mitglieder der allgemeinen Kranken- und Invalidenkassa, Zentrale Klagenfurt gewesen oder noch sind, werden freundlichst ersucht, auf Kosten unserer Kassa ihre Mitgliedsbücheln an die Zentrale Klagenfurt einzusenden, so auch möglichst die Bestätigung über ihre eingesendeten Gelder. Gleichzeitig werden sämmtliche Verband-, so auch die übrigen Krankenkassen freundlichst ersucht, wo solche Mitglieder sind, sie dazu aufzufordern. Der Ausschuß.

Wir fülen uns verpflichtet, allen unseren Genossen den wärmsten und aufrichtigsten Dank für die uns während der Haft erwiesene Unterstützung auszudrücken. Wenn auch das Geschick uns zwingt, unfreiwillig die österreichischen Genossen zu verlassen, so weilen wir doch im Geiste immer hier und geben der Hoffnung Raum, daß auch noch die Stunde einst schlagen wird, wo die Schranken fallen, die uns jetzt ferne halten. Inzwischen rufen wir aber allen zu ein herzliches, aufrichtiges und inniges Lebewol!

Max Süß. Conrad.

Kabinet, separirt, ist mit 1 eventuell 2 Betten an Parteigenossen zu vermieten. — 5. Bezirk, Schwarzhorngasse 9, 1. Stock, Tür 3. [20]

Ein Genosse empfielt allen Parteigenossen das Gasthaus des Herrn **Grabner**, 7. Bez., Neubaugasse Nr. 52. — Speisen und Getränke sehr gut und billig. [30] J. K.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Die nächste Nummer erscheint am 10. Nov.

Herausgeber und Verleger: **Franz Mokz, Andreas Grosse, August Datiden, Heinrich Holze, Anton Christoph.**

Verantwortlicher Redakteur: **Franz Mokz.**

Druck von **W. Jacobi**, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redaxzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.40.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen:
5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen:
10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 51. Wien, Donnerstag 10. November. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Von Ertrinkenden und sein Strohhalm.

Es ist einerseits eine allgemein bekannte Erscheinung, daß Menschen, die ihrem Ende nahe sind, wie zum Beispiele Ertrinkende, sich häufig an einen unbedeutenden ohnmächtigen Gegenstand, wie ein Strohhalm, ein Grasbüschel, anklammern, und dabei hoffen, eben dieses nichtssagende, geringfügige Objekt sei ihre Stütze, ihr Heil, ihre Rettung; andererseits ist es auch wieder allgemein bekannt, daß dieselben Individuen häufig die helfende Hand, die sich ihnen entgegenstreckt, zurückweisen, und dadurch eben ihre Rettung unmöglich machen, vereiteln. Dies sind Akte, die eben in der Agonie (Todeskampf) unbewußt und instinktmäßig ausgeführt werden.

Wie es sich mit dem Einzelwesen verhält, analog verhält es sich mit einem Mehr von Individuen, mit einer Klasse von Menschen, da eben eine und dieselbe Urkraft, welche die Erscheinungen im individuellen Leben beherrscht, die ewig konsequente Natur nämlich, auch die Erscheinungen im individuellen Leben beherrscht, die ewig konsequente Natur nämlich, auch die Erscheinungen im Leben der Klassen nach unverbrüchlich starren Gesetzen regelt. Diese allgemeine Wahrheit vorausgeschickt, schreiten wir zu einen besonderen Fall. Der Ertrinkende, mit dem wir es zu tun haben, ist der Kleingewerbler, und der Strohhalm, an dem er sich anklammert, ist der bevorstehende Gewerbetag, an welchem wieder ganz sicher, wie gewöhnlich antidiluvianische Ansichten, die nichts anderes sein werden, wie Verflachungen der mittelalterlichen Gedankenrichtung, zum Ausdrucke kommen werden; endlich die rettende Hand aber, die der sterbende Mann eigensinnig und halsstarrig zurückweist, ist die kräftige und ehrliche Hand des Arbeiters.

Wir erörtern eben jetzt diesen Gegenstand, weil eben in Kürze in unserer Gewerbe-Nacht ein solcher Gewerbe-Tag bevorsteht, dessen Abhaltung überhaupt schon an und für sich eine bewunderungswürdige Unkenntnis der gegenwärtig herrschenden politisch-ökonomischen Aera dokumentirt. Indem wir diesen kranken Mann einer Betrachtung unterziehen, drängt es uns der Meinung Ausdruck zu geben, daß wir keineswegs hoffen, daß der Sterbende irgendwie zu retten sei; im Gegenteile, der gute Mann ist eben durch die liberale Presse zu sehr narkotisirt, seine Arterien und Venen sind über und über mit Morphium, das ihm die jüdische Apotheke liberal *) verabreicht hat, vollgepfropft, so daß er ruhig weiter schlafen wird und muß, bis ihn endlich die Posaune erweckt. Wenn wir also überhaupt derartige Reflexionen machen, so leitet uns hiebei hauptsächlich das wissenschaftliche Interesse unserer Leser, aus diesem Grunde werden wir auch diesen Gegenstand in streng filosofischen Termen zur Darstellung bringen.

Wir haben den Kleinindustriellen als einen in der Agonie befindlichen Körper hingestellt, und es wären nun die Simptome zu besprechen, die uns zu dieser Diagnose bestimmen; indem wir dies tun, werden wir uns aber gleichzeitig auch die Freiheit nehmen, seine Krankheitserscheinungen zu begründen und eine Anleitung zu einer Radikalkur zu geben. Wenn wir aber hiebei einen weiten Umweg einschlagen, so geschieht dies eben nur deswegen, um volle Klarheit über diesen Gegenstand zu verbreiten.

Es ist gemeiniglich bekannt, daß wir Menschen eine Kette von Bedürfnissen besitzen, die mit gebieterischer Notwendigkeit ihre Befriedigung erheischen, da sie uns eben zum großen Teile vom Selbsterhaltungstriebe diktirt werden. Zum Beispiel: wenn wir erwachen, so kleiden wir uns an, wir machen unsere Toilette, trinken eine Tasse Kaffee, essen hiezu eine Semmel u. s. f. Alles dies geschieht durch den Einfluß des Selbsterhaltungstriebes, der in verschiedenen Formen, als: Gemeingefül, Hunger, Durst u. s. w. zum Ausdrucke kommt. Eine kurze Erwägung belehrt uns ferner, daß wir zur Befriedigung eben dieser Bedürfnisse eine Summe von Gegenständen brauchen, die wir Waaren nennen wollen.

Wenn wir die Natur dieser Waarenkörper näher betrachten, so finden wir, daß sie immer eine doppelte Beschaffenheit besitzen, und zwar sie erscheinen als Naturprodukt und ferner als Produkt der menschlichen Arbeit. Um auf den vorliegenden konkreten Fall überzugehen, haben wir die Waarenkörper: Kleidung, Seife, Kamm, Spiegel, Kaffee, Zucker, Brot u. s. f. Alle diese Waarenkörper besitzen den oberwähnten zweischlächtigen Karakter, nämlich: Materie und menschliche Arbeit, d. i. im fisiologischen Sinne nichts Anderes als Ausgabe von Muskel-, Nerven- und Gehirnkraft.

*) Der Ausdruck heißt zu deutsch u. A. auch freigiebig.

Nachdem die Befriedigung der Bedürfnisse nichts Anderes ist, wie die unabweisbare Forderung des Selbsterhaltungstriebes und diesem nach so viel bedeutet, wie die Frage um Sein oder Nichtsein; nachdem ferner diese Befriedigung abhängig ist von der Waarenwelt: so ergibt sich von selbst eine ununterbrochene, stetige Wechselwirkung zwischen uns und dieser Waarenwelt.

Da aber diese Waarenwelt einen doppelzügigen Karakter besitzt, nämlich Naturprodukt und Arbeitskraft, jenes aber als Etwas von selbst Gegebenes, an und für sich Seiendes dasteht, so ergibt sich ferner, daß wir in beständiger Wechselwirkung mit der Arbeit sind, ja daß die Frage um Sein oder Nichtsein durch die Arbeit bedingt ist. Um auf den vorerwähnten Fall überzugehen, wäre uns, wenn wir uns vom Bette erheben, ganz und gar nicht gedient, wenn statt der Kleidung ein Schaf vor uns stünde und uns gemütlich anblöken würde. Das getrauliche „Bäh" würde uns zwar zum Lachen erregen, aber in Kürze käme, wenn wir keine Kleider fänden, Bestürzung und Ratlosigkeit als hinkender Bote. So aber liegt dieselbe Wolle vor uns in Form von einem tuchenen Anzug. Diese Wolle wurde aber geschoren, gekrämpelt, gesponnen, gewebt und endlich geschnitten, genäht und gebügelt.

Eine Kette produktiver Tätigkeit hat sich mit dieser Wolle verbunden und wir schlüpfen schnell in den Anzug hinein, ohne viel zu überlegen.

Ebenso verhält es sich mit den anderen Waarenkörpern. Wir wären sehr verdutzt, wenn statt einer Semmel ein Roggenkorn und ein Klumpen Ackererde auf dem Tisch läge und ebenso frappirt würden wir sein, wenn statt des Kaffees und Zuckers eine Scholle Erde und die entsprechenden Samenkörner dort lägen. Wir sehen demnach, daß die Frage um Sein oder Nichtsein wesentlich durch die Arbeit bedingt ist, ferner daß die Waarenkörper nur insofern einen Wert besitzen als menschliche Arbeitskraft in ihnen verausgabt, vergegenständlicht ist. Es ist also die Arbeit dasjenige, was eben den Wert bildet, oder kurz gesagt: die Arbeit ist die wertbildende Substanz.

Wenn wir von der Arbeit als wertbildende Substanz sprechen, so sei bemerkt, daß wir von der Verschiedenartigkeit der einzelnen Arbeitszweige abstrahiren (absehen) und nur das Gemeiniame, das Wesentliche im Auge haben. Es sei überdies und nebenbei kurz gesagt, daß eine tatsächliche Verschiedenheit der Arbeit nicht einmal im fisiologischen Sinne existirt und sich mehr als ein Werk des Vorurteils und der Gedankenlosigkeit darstellt; denn selbst vom fisiologischen Gesichtspunkte aus betrachtet, stellt sich die Arbeit überhaupt als eine Verausgabung von Muskel- und Gehirnkraft dar, und es ist für den Fisiologen selbst gleichgiltig, ob die Muskeln so oder so bewegt, ob diese oder jene Gehirnpartie Sekrete absondert, ob die sinnliche oder geistige Hemisfäre des Gehirns mehr in Anspruch genommen wird.

Nachdem nun im Vorerwähnten gezeigt wurde, daß ein Waarenkörper nur deswegen einen Wert besitzt, weil eben menschliche Arbeitskraft in ihm verborgen ist, in ihm steckt, so frägt es sich nun: wie soll die Größe dieses Wertes gemessen werden? Wenn wir diesen Maßstab überhaupt haben, so sind wir überdies schon nahezu beim Schlusse unseres Gegenstandes angelangt, denn die weiteren Folgerungen ergeben sich nahezu von selbst, sowie auch die Schlußfolgerung: „Dem Manne soll geholfen werden", sowie: „Es jinge wohl, aber es jeht nich".

Bei einer flüchtigen Betrachtung mag es erscheinen, daß, nachdem eben die Arbeit die Ursache des Wertes eines Waarenkörpers bildet, der Wert eines Gegenstandes nach der Dauer der in ihm enthaltenen Arbeit zu bestimmen sei.

Allein in diesem Falle müßte die schlechte Arbeit eines Lehrlings, da derselbe eine größere Zeitdauer braucht als ein geübter Arbeiter, höher im Werte stehen, als die gute Leistung eines vollendeten und geübten Arbeiters. Ein Beispiel möge dies näher versinnlichen.

Wir alle würden uns recht höflich, aber auch ganz entschieden bedanken, wenn wir ein Paar Sohlen, die ein Lehrling aufgenagelt hat, dem noch dazu alle Nägel abgebrochen sind, so daß wir sie während eines Spazierganges bei nassem Wetter verlieren, und dann per pedes apostolorum nach Hause segeln können, mit 15 Gulden bezalen müssen, während dieselben Sohlen gut aufgenagelt 1 fl. 50 kr. kosten, und zwar blos deswegen, weil der Lehrling zehnmal soviel Zeit gebraucht hat, als der geübte Arbeiter.

Es muß demnach ein anderer Maßstab gefunden werden und dieser zeigt sich bei näherer Betrachtung sehr bald; dieser Maßstab ist nichts Anderes als die gesammte Arbeitskraft der ganzen menschlichen Gesellschaft. Wenn nun die gesammte Arbeitskraft der ganzen menschlichen Gesellschaft den Wertmesser bildet, so ist es klar, daß der geringeren Geschicklichkeit Einzelner, sowie den unzulänglichen Werkzeugen wieder einzelner Menschen nicht Rechnung getragen werden kann; es ergibt sich aber ferner, daß durch die Einführung und Verallgemeinung eines Werkzeuges, womit zum Beispiele in derselben Zeit das Doppelte geleistet werden kann, der Wert desselben Produktes um die Hälfte sinken muß, da eben in ihm nur halb so viel menschliche Arbeit verborgen ist, als früher oder kurz gesagt, es ergibt sich die allgemeine Wahrheit: Die Wertgröße eines Waarenkörpers ändert sich mit jedem Wechsel in der Produkzionskraft der Arbeit. In diesem Lehrsatze schlummert ein Folgesatz, der durch einiges Nachdenken geweckt werden kann; nämlich: Je größer die Produkzionskraft der Arbeit, desto kleiner die Arbeitszeit, die ein Artikel zur seiner Herstellung als notwendig erheischt, desto kleiner die in ihm vergegenständlichte Arbeitsmasse, desto kleiner sein Wert.

Wenden wir uns nun, nachdem wir diese allgemeine Wahrheit entwickelt haben, unserem besonderen Fall zu. Dem Kleingewerbler steht der Großindustrielle mit seiner Massenprodukzion gegenüber, der in Bezug auf seine Produkzionskraft dem Kleinindustriellen gegenüber sich gerade so aus nimmt, wie eine Gigantengestalt gegen einen „Hans Däumling". Die Produktivkraft des Großindustriellen ist potenzirt durch ein vollendetes Werkzeug (die Maschine) durch die Arbeitsteilung und endlich durch das harmonische Zusammenwirken aller verschiedenen Industriezweige, die zur Herstellung eines Produktes nötig sind. Alle diese Faktoren, die eben die Produktivkraft steigern, entwickeln und vervollkommnen sich noch überdies täglich und stündlich; aus dem ergibt sich notwendiger Weise, daß die allgemeine menschliche Arbeit, die zur Herstellung eines Produktes nötig ist, sich im gegenwärtigen Augenblicke vermindern und mithin auch der Wert verringern müsse.

Mit diesem Produkte, dessen Wert durch die Steigerung der Produkzionskraft, die in ununterbrochener Vervollkommnung begriffen ist, sich vermindert und noch immer mehr sich vermindern muß, soll das Produkt des Kleinindustriellen konkurriren; der Kleingewerbler muß sich also fort und fort, da eben die Produktivkraft auf der gegnerischen Seite steigt, der Wert des Produktes sinkt und er sich wieder diesen fortschrittlichen Faktoren nicht bedienen kann, da ihm eben die Mittel hiezu felen: der Kleinindustrielle muß sich also bei gleichbleibender Verausgabung von Arbeitskraft mit immer kleiner und kleiner werdender Entlohnung begnügen oder mit anderen Worten gesagt, er gleicht einem Menschen, der in einem Zimmer festgebannt ist, dessen Wände beweglich sind und sich ihm immer mehr und mehr näher rücken und ihn endlich zermalmen.

Nachdem nun mit augenscheinlicher Gewißheit festgestellt wurde, daß die Lebensfluten der Produkzionskraft den Kleingewerbsmann hinwegschwemmen müssen, so drängt sich die Frage auf: Wie, auf welche Weise könnten die gegenwärtigen Verhältnisse modifizirt werden, daß eben dem kleinen Manne geholfen werde?

Nun, dieses „Wie" ist für uns kein Geheimniß, es bildet einen Hauptbestandteil unseres Programmes und heißt: Assoziazion mittelst Staatshilfe. Der Gegenstand wurde eben schon so oft und so vielseitig diskutirt, daß wir es nicht für nötig halten, dieses vielbesprochene Tema neuerdings zu erörtern. Wichtiger dünkt es uns jedoch, den Weg vorzuzeichnen, wie eben dieses Ziel zu erreichen wäre. —

Wir haben oben gezeigt, daß der Kleingewerbler als solcher nicht ferner bestehen kann; was soll also aus ihm werden? Offenbar ein Proletarier. Es ist also dieser nichts Anderes, wie ein Etwas, das sich früher oder später als Proletarier entpuppen muß, und es ist eben nur eine Frage der Zeit, wann die Puppe durchbrochen wird und der Proletarierschmetterling herausbricht. Schon dieser Umstand, daß der Spießbürger eigentlich nur ein Proletarier in embrionenhafter Form ist, zeichnet ihm den Weg vor, den er zu gehen hat. Der Kleingewerbler muß mit dem Arbeiter vereint auf gleicher Bahn wie dieser vorgehen, denn er ist eben nichts als ein Arbeiter.

Konfiszirt.

Diese herrschende Klasse war mit den Beherrschten in beständigen Kampf und das Resultat dieses Kampfes war nie ein entscheidendes, auf die Aufhebung der Klassenherrschaft abzielendes zu nennen, sondern es war immer nur ein unzulängliches; anderseits ist es auch weder den Patriziern noch den Plebejern je eingefallen, sich gegenseitig die Hände zu reichen, und geschlossen, wie eine Falanx, sich dem gemeinsamen Feinde entgegenzustellen; im Gegenteile, sie kämpften immer vereinzelt und machten es den Patriziern hiedurch leicht, Parzialsiege zu erringen.

Jahrtausende hat der Tatensturm der Geschichte über ihre Asche hinweggeweht und neuerdings sehen wir dieselben Fantome der Grabesnacht entsteigen, neuerdings erblicken wir dieselben Gestalten auf der Weltbühne, nur haben sie die Garderobe gewechselt.

Werden sie aber auch agiren, wie einst im entnervten Rom? Sollen immer wieder haarscharf dieselben Torheiten begangen werden, wie dereinst? Soll sich dieses eckle Schauspiel der Vergangenheit ganz kongruent wieder erneuern? Wir zweifeln, denn die Idee des Fortschrittes, die feste Ueberzeugung, daß das Rad vorwärts rollen muß zum Ziele der Vollendung, diese bestimmen uns zu diesem Zweifel, und die Idee des Fortschrittes und der Vollendung ist unser Glaubensbekenntnis, unser Kredo.

Und Ihr Kleinindustrielle, die Ihr die Plebejer der Gegenwart seid, an Euch liegt es, ob diese fortschrittliche Bewegung verzögert werden soll oder nicht. Darum auf, moderne Plebejer! Hinweg mit der Schlafmütze, die Ihr bis über die Ohren tief ins Genick hineingezogen habt! Hinweg mit dem narkotischen Gift, das Euch die liberale Presse tagtäglich verabreicht! Hinweg mit dem Wahne, daß Ihr etwas Höheres seid, als der Proletarier; erkennet Euch selbst und beginnt zu denken!

Tut Ihr dies, und erkennt Ihr, wer Ihr seid und wer Euer Gegner ist, so kann kein Zweifel, kein Zaudern mehr in Eurer Seele Platz greifen: Ihr müßt die Hand ergreifen, die Euch der Proletarier hinstreckt, um mit ihm vereint die großen kulturellen Aufgaben der Gegenwart zu lösen, die im Dichterworte gipfeln: „Dem Verdienste seine Kronen, Untergang der Lügenbrut!" Dies ist der alleinige Weg, der Euch zu einem Ziele führen kann; für mittelalterliche Salbadereien und sonstige Zunftthorheiten ist gegenwärtig, im Zeitalter der Elektrizität und des Dampfes, kein Platz mehr, dafür „sind die schönen Tage von Aranjuez nun vorüber". Deswegen habt Ihr nichts auf dem Gewerbetage zu suchen, wo Ihr nur statt des Goldes hoher menschenerlösender Ideen, Glasscherben kleinlicher Vorurteile eintauschen könnt.

Euer richtiger Platz ist die Volks-, die Arbeiterversammlung. Dies sei Euch gesagt: Der Arbeiter wird seinen Weg auch ohne Euch weiter schreiten und es bleibt Euch ganz und gar unbenommen einen „Don Ranudiados" fernerhin auf der Weltbühne zu spielen.

Bismarck's Demission.

„Sire, ich habe Feinde!" Mit diesen Worten trat einst Richelieu, jener Minister, vor dem ganz Frankreich und Europa erzitterte, vor seinen Souverain hin. „Jeder Mensch hat Feinde, warum soll also Eminenz keine Feinde haben? war die Erwiderung des Königs. „Sire, ich habe viele Feinde, und ich bedarf dringend der Ruhe, denn ich bin überdies alt und gebrechlich; diese Ruhe finde ich nur im Privatleben." Richelieu und Ruhe, die ganze Welt mußte staunen. Alles Drängen des Königs half nichts, er mußte seinen Minister mit tränendem Auge entlassen. Das Ganze war aber nur eine Komödie; Richelieu wußte wol, daß man ohne ihn nicht existiren könne, denn er hatte den Knoten noch mehr verwickelt, bevor er das Ruder aus der Hand ließ, und er wußte, daß unter seinen Nachfolgern und überhaupt im ganzen Frankreich kein Alexander zu finden sei, der einen solchen Knoten mit seinem Schwerte durchhauen könne. —

In kurzer Frist war in den Staatsgeschäften eine derartige heillose Verwirrung eingerissen, daß der König seinen Minister bitten mußte, er möge nur um „Gottes Willen" das Staatsruder neuerdings zur Hand nehmen. „Sire, ich habe Feinde!" war wieder die Einwendung Richelieu's, war das Präludium zu jenem Schwarzkünstlerkniff, mit welchem sich dieser Minister die unumschränkte Macht über ganz Frankreich, ja selbst über den König zu verschaffen wußte.

Ganz Frankreich sollte zu seinen Füßen liegen, der getretene Wurm sollte nicht mehr das Recht haben, sich zu krümmen. Wie weit die Macht Richelieu's ging, zeigt der Umstand, daß er den Liebling des Königs enthaupten ließ, obwol derselbe vom Könige begnadigt ward.

Im gegenwärtigen Zeitpunkte haben wir einen ähnlichen Fall; der deutsche Richelieu, Bismarck, will sich zurückziehen, weil er Feinde hat. Das harmlose oratorische Volks-Purgirmittel, Parlament genannt, paßt ihm nicht recht in den Kram.

Nun was ist denn eigentlich dieses Parlament? Was geschieht darinnen? Werden wirklich wahre Volksinteressen dort verhandelt? Kommen epochemachende Ideen in demselben zur Sprache? Von Alledem keine Spur. Ein bischen Deutschtümelei, ein bischen Judenhetze, eine höhere Fuselsteuer und ein bischen Frasendrescherei, bombastisch verziert, dies ist Alles, „so wird der Trank gebraut, der Jung und Alt erquickt und auferbaut". Genau besehen, fallen einem willenlos die Worte Göthe's ein: „Sie streiten sich, man sagt um Freiheitsrechte, genau besehen sind es Knechte gegen Knechte." Und ein solches Parlament soll dem deutschen Großvezier noch zu viel Freiheit sein? Soll sein Trommelfell wirklich so zart geworden sein, daß dasselbe es nicht mehr vertragen könnte, wenn der Pudel ob der vielen Hiebe ein bischen winselt und knurrt?

Bismarck ist zwar kein Kardinal, aber er würde sich ganz gut in einer Kardinalskutte ausnehmen und dann wäre ein Richelieu im verkleinerten Maße fix und fertig. Und sowie bei der französischen Eminenz das ganze nur eine Komödie war, gespielt zur Erweiterung der Machtsfäre, so wird es auch beim deutschen Richelieu nicht viel mehr zu bedeuten haben.

Armer Pudel! wie wird es Dir erst ergehen? Wie viel Hiebe brauchst Du noch bis Du endlich einmal anständig knurren wirst?

Geradezu empörend erscheint uns aber die Diktandoaufgabe, welche die „Post" brachte. Es heißt darin: „ER (d. i. Bismarck nämlich) sei es müde, das Stichblatt für alle Bosheit, Niederträchtigkeit, Verleumdung und neidische Verdächtigung zu sein, welche eine Bevölkerung von 45 Millionen ablagert."

Das also sind die Früchte, die Ihr bei Sadowa und Sedan errungen, das also ist die Wiedervergeltung für die Blutströme, mit denen Ihr Deutschlands Größe zusammengekittet habt. Ihr habt nicht das Recht, ein Wort der Klage auszusprechen, Ihr dürft Euch nicht rühren, denn Bismarck hat „Habt Acht!" kommandirt. Die Hekatomben von Bruderleichen, die Ihr in Böhmens und Frankreichs Gefilden aufgehäuft, sie dienten nur dazu, damit daraus die Tirannei hervorkeime, die alle Kultur, allen Fortschritt mit eiserner Faust zerschmettert, zermalmt.

Und sowie in Rom zur Zeit des Zerfalls über die Rücken der Sklaven, welche zu den nächtlichen Orgien als Bedienung beigezogen wurden, unbarmherzig die Peitsche dahinsauste, blutige Striemen zurücklassend, wenn sie nur im Mindesten sich bewegten, so dürft Ihr Euch weder rühren noch regen.

Derart ist es gekommen! Und die Spießer werden die Köpfe zusammenstecken, denn was soll nun aus ihnen werden, wenn sie der heilige Bismarck mit seiner Macht nicht mehr vor dem Proletariat beschützt.

Wenn wir einen Rückblick machen und uns die freien deutschen Stämme mit kommunistischer Besitzgrundlage vor die Seele führen, wenn wir die wahren Heldengestalten, die die Löwen, welche die Römer mitunter gegen sie im Gefechte verwendeten, für große Hunde ansahen, sie bei der Kele packten und mit ihren Keulen niederhieben, wenn wir diese Recken in unserer Fantasie wieder schaffen, wenn wir diese freien Männer, die fast ohne Waffen, ohne Taktik, ohne Strategie ein Weltreich zertrümmerten, mit den gegenwärtigen entnervten Jammergestalten vergleichen, so muß uns ein Gefül der tiefsten Wehmut beschleichen.

Wahrhaftig es bewährt sich hier, was Montesquieu sagt: „Wenn die Wilden von Louisiana die Früchte eines Baumes pflücken wollen, so klettern sie nicht hinauf, sondern hauen ihn um. Das ist die Idee der Despotie." Und was ist die deutsche Verfassungspartei eigentlich? Sie ist nur eine Despotie, wenn auch die Dame Germania sehr eitel ist und sehr viel Schminke von der Firma Konstituzionalismus bezieht.

Wenn man aber glaubt, daß dies so fort gehen könne, so wird man sich ein wenig irren, denn die Natur schreitet vorwärts mit gestälgeltem Fuß, und wehe denen, die sich ihr entgegenzustellen wagen. Ihr Los ist die Zermalmung.

Politische Uebersicht.

Die erste Auflage unserer heutigen Nummer wurde von der k. k. Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt. Beanständet wurden einige Stellen des ersten Artikels, ferner der Artikel „Das gemeinsame Budget für das Jahr 1882", sowie ein Teil der „Politischen Uebersicht".

Konfiszirt.

Oesterreich ist gegenwärtig ohne Minister des Aeußeren. Für diesen Posten sind bis jetzt Andrassy, Kalley, Kalnoci in Vorschlag gebracht. Die beste Aussicht, diesen Posten zu erhalten, hat Andrassy. Er wisse am besten verstehen, die „Kulturmission" Oesterreichs nach Osten zu verlegen, wie es Bismarck will; der Weg ist ja nach Salonichi schon geebnet.

Das Meeting in „Tivoli-Vaux-Hall", welches Sonntag den 25. Oktober in Paris stattgefunden hat, gestaltete sich zu einer wahrhaft großartigen Manifestazion. Man schätzt die Anzal der Personen, die anwesend waren auf ungefähr 10.000. Bürger Eudes wurde einstimmig zum Präsidenten erwält. In dem Momente, als er Platz nahm, erschallte ein förmlicher Beifallsdonner, sowie Rufe: „Es lebe die Kommune!" Wir übergehen wegen Raummangel die Einzelheiten. Die Resoluzion, welche gefaßt wurde, lautete, wie folgt: „Indem das Meeting die unverlöschbaren Rechte des Volkes in Anspruch nimmt, die Handlungsweise der Männer, welche die Staatsangelegenheiten leiten, zu untersuchen, sie zu beurteilen und zu brandmarken (flétrir), wenn sie schuldig sind, so stimmt und bestätigt die Resoluzion, welche von 2000 Bürgern im Saale „Rivoli" am 2. Oktober votirt wurde: Es erklärt: Verräter und Leuteschinder die Minister und ihre Mitschuldigen. Es fordert die Deputirten auf, dem Willen des Volkes, welches der alleinige Richter und der alleinige Souverän ist, nachzugeben, sein Verdikt zu vollziehen, indem sie unverzüglich die Versetzung in den Anklagestand verhängen." Die Verlesung dieser Resoluzion wurde mit stürmischen Beifall begleitet.

Nihilistische Propaganda. In Petersburg erwartet man die allernächste Zeit bedeutende Reformen auf dem Gebiete der innern Administrazion (wahrscheinlich werden Stricke und Knuten aus billigerer Quelle bezogen). Sämmtliche Gouvernäre sind telegrafisch nach Petersburg berufen worden, um das Weltrad aufzuhalten. Man fürchtet, daß etwas gegen die Reichen losgeht. Die Truppen sind jetzt täglich in den Kasernen zusammengehalten und mit scharfen Patronen versehen. Das Exekutivkomitee hat mehrere Proklamazionen erlassen, und zwar an die Kosaken, welche zum Abfall von Alexander III. aufgefordert werden, ferner an das Volk der Ukraine, an die Arbeiter Rußlands, hierauf das Programm für die Arbeiter von der Partei „Narodnaja wolja" und endlich das Programm des Exekutivkomitee. Sämmtliche Proklamazionen sind in der geheimen Druckerei der „Narodnaja wolja" hergestellt; das letztgenannte ist bereits in dritter Auflage erscheinen.

Drohende Hungersnot in Schweden. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel, muß Jedermann, der einen Blick auf die Karte von Europa je geworfen hat, und die riesige Ausdehnung Schwedens in Anbetracht der verschwindend kleinen Bevölkerungszal erwogen hat — die Nachricht berühren, daß dort die Ernten gänzlich mißraten sind und eine Hungersnot bevorsteht. Dieser große Länderkomplex ist nicht im Stande, eine elende Anzal von 4 Millionen Einwohner zu ernähren. Wir haben hier ein vollendetes Resultat vor uns. Die kapitalistische Wirtschaft, bei überwiegendem Großgrundbesitze und die planmäßige religiöse Verdummung des Volkes bewirkt es, daß selbst in guten Erntejahren, Schweden seine spärliche Bevölkerung kaum ernähren kann, weil die Löhne sehr niedrig sind und der schwedische Lohnarbeiter gar so gehorsam ist. Tausend wandern als Lohnarbeiter nach Norddeutschland und Zehntausende nach Amerika aus, während ihr Vaterland, mehr als doppelt soviel Volk, als es jetzt in sich faßt, ernähren könnte, wenn es keinen Privatkapitalismus kennen würde. Der schwedische Lohnarbeiter, kann trotz aller seiner Genügsamkeit, daheim so wenig zurücklegen, daß nach einer schlechten Ernte seine Hilfsquellen auf einmal versiegen. Der Kleinbauer ist meist verschuldet und kann aus Mangel an Maschinen und Dünger, mit den adeligen und geistlichen Ackerwirten nicht konkurriren. Einzig und allein die Boakonstriktor Kapitalismus erfreut sich ihres Seins. Sie hält mit ihren eisernen Ringen das gesammte schwedische Volk und zermalmt nach ihrem Gutdünken.

Mexiko. Die mexikanische Armee soll demnächst auf eine Friedensstärke von 26.634 Mann gebracht werden. Wann werden wir Aehnliches erleben?

Aus Parteikreisen.

Eine große Sozialistenjagd fand Ende v. M. in Wien und Böhmen statt. Ueber 100 Hausdurchsuchungen wurden vorgenommen. Soviel uns bekannt ist, fanden auch 19 Verhaftungen statt, darunter die Genossen: Pecka, Redakteur der „Delnicky

Lisky", Zoula und Hybes in Wien, Zapotecky, Redakteur der „Budoucnost", Paces, Kaczezowsky, Radnitzky u. A. in Prag. 157 Personen wurden in strafgerichtliche Untersuchung gezogen. —

Wegen Vergehen nach §. 288 St.-G. (Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung) sind angeklagt: Hybes, Leißner-Grosse, Hoze in Wien, Kaler-Reinthal, Pauler in Graz, Rascher in Reichenberg und Schafhauser in Floridsdorf. Die Verhandlung findet in Graz am 29. d. statt und haben sämmtliche Angeklagte die Anklageschrift zugestellt erhalten. Die Vertheidigung übernahm Dr. Kosiek in Graz. Kaler und Pauler sind in Graz noch immer inhaftirt.

Die Verhandlung gegen die Genossen Thielmann und Schindler findet am 22. d. wegen Vergehens nach §. 305 St.-G. vor dem hiesigen Schwurgerichte statt.

Flugschriftenverbreitung. In Steyr und Umgebung wurden zahlreiche Flugschriften mit der Aufschrift „Der Vetter aus Amerika" und „Die Zeiten sind schlecht" am 31. Oktober am Friedhofe und vor allen „heiligen" Toren, auf den Bäumen, auf der Landstraße von den Vassanten aufgefunden. Die heilige Hermandad war darob sehr in Aufregung; aber es ist ihr bis jetzt nicht gelungen, der Missetäter habhaft zu werden.

Der Rekurs des Allgemeinen Arbeitervereines in Steyr wurde vom Ministerium des Innern zurückgewiesen. Der Obmann des genannten Vereines hat noch überdies wegen ungebührlicher Schreibweise eine Rüge erhalten.

Im Monate Juni reichten die Herausgeber des Brünner „Volksfreund" an die mährische Statthalterei ein Gesuch, betreffend die Errichtung von Filialen für den Einzelverschleiß ein und schon nach vier Monaten erhielt der Redakteur Dundela den Bescheid, daß diesem Gesuche keine Folge gegeben wird. Ja, Bauer, wenn es keine Arbeiterzeitung wäre! „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich" — heißt es im Staatsgrundgesetze. —

Verbotene Versammlung. Am 30. Oktober sollte in Lemberg eine Arbeiterversammlung stattfinden; dieselbe wurde jedoch von der Behörde verboten. — Auch fanden daselbst bei mehreren Arbeitern Hausdurchsuchungen statt und die hiebei vorgefundenen Korrespondenzen wurden von der Polizei saisirt. Revisionen wurden auch in mehreren dortigen Druckereien vorgenommen.

Die Genossen Friedl und Konecny wurden aus der Untersuchungshaft aus dem Kreisgerichte Kornneuburg entlassen und die Untersuchung wegen „Mangel an Tatbestand" eingestellt. Genosse Schenk verblieb noch in Haft. —

Die bereits achtmal zurückgewiesenen und zum neunten Male eingereichten Statuten des Gewerbevereines der Schneider Wiens wurden endlich genehmigt. Die konstituirende Versammlung findet Sonntag den 13. November in Pilz' Bierhalle, 6. Bezirk, Rahlgasse, statt.

In Leitmeritz wurde der Leseverein „Svornost" behördlich aufgelöst. Der Schriftführer desselben Vereines wurde verhaftet.

Aussig a. d. Elbe. (Ein geprellter Staatsretter.) Sonntag den 16. Oktober fuhr der Schuhmachermeister W. Waic in Aussig mit dem Frühzuge nach Türmitz, um die bestellten und fertigen Arbeiten an seine Kunden abzuliefern. Zu diesem Behufe nahm derselbe einen kleinen Koffer mit. Nach Ablieferung seiner Arbeit fuhr er mit dem nächsten Zuge wieder zurück, wurde aber nicht wenig überrascht, als er am Bahnhofe von dem k. k. Bezirkshauptmannschaftskommissär Herrn Tittmann unter Assistenz des k. k. Bezirkshauptmannschaftssekretärs Herrn Tucha und vier Schandarmen mit der Frage empfangen wurde: „Wo haben Sie Ihren Koffer?" Auf die Antwort: „In meiner Wohnung" wuchs die Aufregung des Kommissärs, so daß er rief: „Wie ist dies möglich!" worauf Waic erklärte, auf der Haltestazion der Neustadt denselben an einen Bekannten abgegeben zu haben. Er mußte nun dem Herrn Kommissär auf die Bezirkshauptmannschaft folgen und nach einem längeren Verhöre wurde bestimmt, daß der Kommissär Tittmann sich mit dem Genannten in die Wohnung begeben solle, um diesen „höchst" gefährlichen Koffer zu öffnen und dessen verdächtigen Inhalt zu konfisziren. Angekommen daselbst, nahm Herr Kommissär Tittmann die bereits bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft dem W. Waic abgenommenen Schlüssel, öffnete bei Anwesenheit einiger in der Wohnung des Waic anwesenden Kunden den Koffer höchst vorsichtig und und entnahm aus demselben — ein paar Stiefeln und zwei Stück Kirchweihkuchen. Der Staat war gerettet — und mit hochgeröteten Wangen und stolz auf sein Verdienst, verließ Herr Kommissär Tittmann unter stiller Beileidsausdrückung der Anwesenden das Zimmer! — Und heute wird hier allgemein von staatsgefährlichen Stiefeln gesprochen.

Floridsdorf, 8. November. Obwol es noch nicht lange her ist, daß in diesem Blatte ein Bericht über hiesige Vorkommnisse enthalten war, so kann ich dennoch nicht umhin, neuerdings einige Einzelheiten den geehrten Lesern zur geneigten Beurteilung zu übergeben.

Ich war, wie den Genossen aus einem früheren Eingesendet bekannt sein dürfte, auf die in Pest erscheinende „Arbeiter-Wochen-Chronik" abonnirt. Ich abonnirte nicht weiter, und zwar, weil mir die Tendenz dieses Blattes nicht mehr gefiel — und glaubte daher, daß mir auch kein Blatt mehr zugesendet würde. Dem ward aber nicht so, denn am 4. Oktober erhielten ich und noch mehrere meiner Arbeitskollegen eine Vorladung des Inhaltes, wir sollen beim Finanzkommissariate behufs einer Verhandlung wegen Gefällsübertretung erscheinen. Wir leisteten dieser Vorladung Folge und siehe da, es waren für jeden meiner Kollegen ein Brief aus Bregenz angekommen und in diesen Briefen „vermutete" man ungestempelte Zeitungen. Und richtig, nachdem die Briefe von den Adressaten geöffnet wurden, enthielt jeder eine in London erscheinende „Freiheit" welche ihnen aber, trotzdem sie die betreffende Stempelgebühr entrichten wollten, nicht ausgefolgt wurde. Auch drei an meine Adresse lautende Briefe aus Pest lagen vor und in diesen „vermutete" man Aehnliches. Als ich den Herrn Kommissär frug, warum diese Briefe nicht an meine Adresse gelangten, so erklärte mir derselbe ganz genau, was in diesen Briefen enthalten sei. Diese Briefe waren laut Poststempel: der erste schon vor vier, der zweite vor drei und der dritte vor zwei Wochen in Floridsdorf angekommen. Wo bleibt da die Wahrung des Briefgeheimnisses? Auch ich öffnete die Briefe und fand in jedem ein Exemplar der in Pest erscheinenden „Arbeiter-Wochen-Chronik"; — nun ging mir erst ein Licht auf, und wußte sogleich, wo alle an mich gesandten Blätter hingekommen sind, die ich nicht erhalten habe! Trotzdem ich die Blätter als mein Eigentum reklamirte, so wurden mir selbe dennoch nicht ausgefolgt. Wie nennt man dies?

Nun, ein anderer Fall. Daß die hiesige Polizei in puncto Denunziazion ihr Möglichstes leistet, ist uns schon lange bekannt, daß aber ganz indifferente, folglich vollkommen unschuldige Personen, auch von derselben bei den Fabriksdirektionen denunzirt und uns Brod gebracht werden, wußten wir noch nicht. Sonntag den 16. Oktober erhielt ich die Aufforderung, mit dem Mitgliedsbuche des Arbeiter-Bildungsvereines auf dem hiesigen Polizeikommissariate zu erscheinen. Aus dem Buche wurden alle Mitglieder, welche auf der Nordbahn beschäftigt sind, herausgeschrieben, um selbe wahrscheinlicher Weise der Nordbahn-Direktion anzuzeigen, damit sie selbe entlasse. Als Beweis diene, daß bis jetzt auch richtig ein Arbeiter, welcher ganz unschuldig ist, entlassen wurde. — Am 15. Oktober hatte der Arbeiter-Bildungsverein einen Vortrag über römische Geschichte mit Diskussion von Herrn Matzinger, bei der Behörde angezeigt. Doch wie staunte ich, als ich vor Beginn des Vortrages Herrn Kommissär Hlubek mit dem Detektive Blech in das Vereinslokal kommen sah, denn gewöhnlich kam Herr Hlubek allein. Doch wir sollten es bald erfahren. Kaum hatte der Vortragende begonnen, so wurde ihm durch den Kommissär schon das Wort entzogen und als ich gegen ein solch ungesetzliches Vorgehen protestirte, indem der Vortrag doch nicht politisch sei, so erklärte der weise Kommissär, daß ich das nicht verstehe, auch dürfe keine Diskussion über Geschichte stattfinden, denn dieser (bei diesen Worten wies er auf den Detektive, der in einem Winkel lauerte, hin) bleibt hier und der wird mir dann schon berichten. Nun frage ich die Leser, wie ist es dann möglich, daß sich der Arbeiter bilden kann, wenn schon Vorträge über Geschichte verboten werden oder besteht vielleicht in Floridsdorf ein Ausnahmegesetz, weil man hier das verbietet, was anderwärts erlaubt ist, denn diesen Vortrag hielt Herr Matzinger schon neun Mal in Wien in verschiedenen Vereinen wortgetreu und es wurde ihm von den anwesenden Regierungsvertretern niemals eine Einwendung gemacht. Nicht wahr, es kommt bei uns immer schöner! — Am 22. Oktober veranstaltete der Verein einen Unterhaltungsabend, wobei auch obige zwei Gesetzeshüter anwesend waren. Nun, daß da nichts „Unrechtes" geschehen konnte, versteht sich von selbst. Es wurde höchstens gelacht, dies kann man doch bei einer solchen Unterhaltung nicht verbieten! Aber weit gefehlt! Montag den 24. Oktober mußte Genosse Mück auf das Polizeikommissariat kommen und sich verantworten, ob er nicht bei dieser Unterhaltung wegen dem Detektive Blech gelacht habe. Mück erklärte, daß er an diesem Tage an Herrn Blech nichts Lächerliches gefunden, und nur wegen der humoristischen Deklamazionen gelacht habe. Sodann wurde er mit dem Bemerken, künftighin, wenn Herr Blech wieder bei einem solchen Feste anwesend ist, nicht mehr zu lachen, entlassen. Wer lacht da nicht!

Wilhelm Till.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Montag den 19. September 1881 fand eine außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und -Arbeiterinnen mit folgender Tagesordnung statt 1. Vereinsberichte; 2. Ergänzungswal des Ausschusses; 3. Vortrag von Herrn G. Matzinger „Ueber den Wert des Wissens und der Vereinigung"; 4. Gewerbliche Rundschau; 5. Anträge und Interpellazionen.

Michalek, Kassier, berichtet über Einnahmen sammt Saldo im Monat Juli 151 fl. 35 kr., Ausgaben 17 fl. 68 kr.; Einnahmen sammt Saldo im Monat August 180 fl. 78 kr., Ausgaben 24 fl. 58 kr., verbleibt Saldo für September 156 fl. 20 kr. Genosse Heinlein im Namen der Kontrole und Genosse Lausmeier im Namen der Revisoren konstatiren die Richtigkeit der Rechnung und wird von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Genosse Schrenk gibt bekannt, daß im Oktober ein Zeichnen- und Elementarunterricht beginnt und fordert die Mitglieder auf, sich daran zahlreich zu beteiligen.

Es wurde sodann zur Wal geschritten. Gewält wurden Franz Bubenik als Obmann, Matias Kreitschy als Ausschußmitglied.

Schluß der Versammlung ½10 Uhr abends.

Franz Bilek, zweiter Schriftführer.

Hainfeld. Am 9. Oktober hielt der allgemeine Gewerbeverein seine ganzjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Rechnungsbericht und Bericht der Revisoren; 2. Neuwal sämmtlicher Funktionäre; 3. Vereinsangelegenheiten; 4. Zweck und Nutzen des Vereines; 5. Anträge und Interpellazionen.

Obmann Michael Göll eröffnet die Versammlung und der Rechnungsführer Karl Schellnhammer verliest den Rechenschaftsbericht: Einnahmen vom 1. Oktober 1880 bis letzten Sept. 1881 196 fl. 51 kr., Ausgaben 159 fl. 23 kr., verbleibt ein Kassestand von 37 fl. 28 kr. Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit der Rechnung. — Matias Pilarsch bringt den Biblioteksbericht. — Die Neuwal ergab folgendes Resultat: Johann Kreuzer, Obmann, Johann Marschall, dessen Stellvertreter, Karl Schellnhammer, Rechnungsführer, Johann Dunkel, dessen Stellvertreter, Josef Reich, erster Schriftführer, Hermann Huber, zweiter Schriftführer; Ausschußmitglieder: Johann Schwarz, Josef Urbanek, Johann Lipotky, Karl Fuchs und Matias Zeitler; Bibliotekare: Matias Pilarsch und Valentin Inzko; Revisoren: Michael Göll und Joh. Schellnhammer.

Ueber den dritten und vierten Punkt ergreifen die Genossen Kreuzer, Göll, Marschall und Pillarsch das Wort und zergliedern den Mitgliedern das Vereinsleben und muntern zur festen Organisazion auf. Schließlich betont Obmann Kreuzer, daß die aufliegenden Arbeiterblätter die beste Aufklärung im Vereinsleben und der Arbeiterbewegung geben und deshalb sind diese den Mitgliedern zur Lektüre empfolen.

Josef Resch, Schriftführer.

Nömerstadt. Die halbjährige Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines wurde am 7. September l. J., abends 8 Uhr, im Vereinslokal abgehalten. Nachdem Anton Siebert die Versammlung eröffnete und Wilhelm Strauch den letzten halbjährigen Versammlungsbericht publizirt, bringt J. Julge den Finanzausweis pro 1. März bis 1. September l. J. zur Kenntnis, und zwar betragen die Einnahmen inklusive des am 1. März vorhandenen Kassestandes pro fl. 8·53 im Ganzen fl. 77·53, die Ausgaben fl. 64·45, womit ein Kassestand per fl. 13·04 verbleibt. Weiteres referirt Josef Nickmann für die Kontrole, Karl Köhler für die Revisoren und Gustav Kosch für die Bibliotek. Ferner Vortrag über Vereinsangelegenheiten von Josef Nickmann und Josef Julge.

Zum Skrutinium der Ausschußwal wurden berufen: Florian Kneifel, Johann Spitzer, Adolf Nießner und Moriz Schmidt. In den Ausschuß und zu Funkzionären wurden gewält: Florian Kneifel, Obmann, Josef Julge, dessen Stellvertreter, Wilh. Strauch, Schriftführer, Anton Siebert, Stellvertreter, Adolf Negratschker, Kassier, Franz Schnitzler und Edmund Schmidt, Bibliotekar, Adolf Nießner, Gustav Kosch und Robert Drexler, Finanzsektion, Daniel Frömel und Josef Nickmann, Kontrole und Hilar Brauer, Karl Köhler, Johann Spitzer und Hermann Wanke, Festsektion und Eduard Schmidt und Josef Dittrich als weitere Ausschußmitglieder.

Wilh. Strauch, Schriftführer.

Eingesendet.

Wien, den 4. November 1881.

Geehrter Herr Redakteur!

Sonntag den 30. Oktober fand in den Sälen „zu den drei Engeln" eine allgemeine freie Buchdruckergehilfen-Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: Ueberreichung einer Petizion an den Reichsrat wegen Einführung der Sonntags„heiligung". Nachdem der Referent Höger die Petizion verlesen hatte, meldete sich ein Redner zum Worte; derselbe betonte ganz richtig und wies nach, daß die Arbeiter durch vierzehn Jahre schon genug Petizionen und Resolugionen an den Reichsrat richteten und bis heute die berechtigten Forderungen in den Staatspapierkorb gewandert sind.

Ist es angesichts der heutigen Lage der Arbeiter noch am Platze zu bitten? Drängt sich nicht einem jeden ehrlich denkenden Arbeiter die Ueberzeugung auf, daß von dem Reichsrate in seiner jetzigen Zusammensetzung für das Wol der untersten Schichte des Volkes nichts zu erwarten ist? Und sollen wir, die die Grundfeste des Staates bilden und denselben auch erhalten, nur auf das klägliche Petizionsrecht angewiesen sein? Soll diese Taktik des Petizionirens noch immer befolgt werden, wo wir nichts erreichten? Nein und tausendmal Nein!

Und wie steht es mit der sogenannten „Heiligung" aus? Die „Pioniere der Arbeiter" haben um die „Heiligung" des Sonntags gebettelt; ist dies nicht eine Schmach für die gesammte Arbeiterschaft?

Ganz richtig bemerkte jener Opponent, indem er sagte: Nur durch die Solidarität, Kraft und Macht einer Organizazion aller Arbeitsbranchen könnte Ersprießliches geleistet werden, nicht durch Betteln, sondern durch Handeln; die Zeiten des Bettelns sind vorüber.

Solch gewichtige Worte eines Metallarbeiters (kein Tischler war es, obwol Alle riefen: Keinem Tischler das Wort geben, diese Herren verstehen es gut, Meinung zu machen) — konnten die gewesenen Sozialisten Schwarzinger und Höger nicht anhören, — widerlegen oder sachlich zu untersuchen gelang ihnen nicht — satirisch wurden ihm alle „Sünden" der Arbeiterpartei von den letzten zehn Jahren vorgeworfen *); als ob jene beiden Herren nicht selbst dabei gewesen wären, somit auch Mitsünder sind!

Jener wollte erwidern, aber da er kein Buchdrucker war, wurde ihm das Wort nicht gegeben; echt bismarckisch — „Maulkorb".

Wir haben Gelegenheit gehabt, einen Teil jener „Freiheitshelden" und „Pioniere" der Arbeiterbewegung kennen zu lernen und zu studiren.

Mehrere Arbeiter.

*) Jener Redner befindet sich erst seit drei Jahren in Oesterreich. Anm. d. Verf.

Offene Antwort von den nicht geschäftsweisen sein wollenden Genossen Zisleithaniens!

In Nummer 3 des „Fortschritt" vom 23. Oktober d. J. senden die Parteigenossen Fünfkirchens ein offenes Schreiben an die österreichischen Genossen, worin dieselben erklären, daß sie auch auf dem Standpunkte ihrer „Herren" Budapester Arbeiterführer stehen — was leider sehr bedauerlich ist — daß sie noch immer gesonnen sind, anstatt dem enterbten Proletarier endlich Freiheit und Brot zu verschaffen und die Völkerrechte zur Geltung zu bringen, aus dem ohnehin gedrückten Volke noch länger saugen zu wollen. In ihrem Schreiben heißt es, daß sie im Sinne der Sozialwissenschaft handeln, — also nicht im Sinne der sozialen Frage, dieser großen Magenfrage, um dieselbe endlich zur Lösung zu bringen.

Ihr sagt, es ist notwenig zuerst die Verhältnisse an der Quelle zu studiren, bevor man ungerechte Urteile vom Stapel läßt. Lebt Ihr vielleicht unter anderen Verhältnissen als wie wir Arbeiter Oesterreichs? Sind nicht voriges Jahr, als ich im Monat März in Eurer Mitte war, alle vierzehn Tage zu den Ausschußsitzungen der Krankenkasse Genossen gekommen, welche in Folge ihrer elenden Lage ihren Austritt aus der Krankenkasse anmelden mußten, indem dieselben unter schmerzlichen Worten erklärten, bei dem niederen Lohne von 4 bis 5 fl. wöchentlich nicht ihren Verpflichtungen nachkommen zu können und zu ihrem eigenen Schmerze verzichten müssen, in Krankheitsfällen eine Hilfe zu beziehen. Also nicht einmal die Krankenkassesteuer sind tausende unserer enterbten Brüder in der Lage zu zalen und da wollt Ihr noch eine Parteisteuer, für das Parteiblatt recht viel Abonnenten sammeln und wollt angesichts dieser Tatsachen dieser ohnehin genügenden Sozial- oder Elendslehre noch länger Sozialwissenschaftslehrer sein, um die soziale Frage zur Lösung zu bringen; oder soll man ein noch größerer Filosof sein als wie Ferdinand Lassalle, um diese Verhältnisse über Angebot und Nachfrage der Arbeitskraft und das eherne Lohngesetz noch näher an ihrer Quelle zu studiren!

Doch Ihr habt ja auch den Andrezky, einen armen, alten Familienvater und Parteigenossen ausgeschlossen, — weil er Euch etwas an Geld schuldet und nicht mehr zalen kann. Nun denn, wollt Ihr Bourgeois in Eurer Mitte und nicht blutarme denkende Proletarier. — meint Ihr denn wirklich nur die Herren in Budapest haben das Privilegium, von Arbeitergeldern zu leben? Soll nicht auch ein Familienvater, welcher sich für uns opfert und dafür von unseren Gegnern verhöhnt, verachtet, jeder Hilfe zum Leben verlassen wird, von uns auch finanziell unterstützt werden? Ist es nicht eine heilige Aufgabe für diesen einzustehen, anstatt ihn auszuschließen? Oder wollt Ihr den Notschrei unserer mitkämpfenden Genossen in ihrem Keime erdrosseln? Wo ist da die Liebe Eurer Religion, welche sich die Sozialdemokratie Ungarns auf ihr Banner geschrieben hat?

Doch genug; der Rahm unseres Zentralorgans ist zu gemessen. Ich hätte mich nicht in diese Affaire eingelassen, wenn ich nicht vor so kurzer Zeit Ungarn durch und durch studirt hätte, speziell die Verhältnisse Fünfkirchens, welche durchaus nicht nötig sind, noch näher an ihrer Quelle studirt zu werden, aber als Pflicht erachte ich es, ungerechte Meinungen und Handlungen durch Tatsachen zu widerlegen, wodurch so viel Unangenehmes verhütet werden kann.

Mit Gruß

Rauch Franz.

Aloisa!

Es diene allen Abonnenten und Abnehmern der von Emil Kaler herausgegebenen Monatsschrift: „Sammlung von sozialpolitischen, ökonomischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen" zur Kenntnis, daß das weitere Erscheinen dieser Hefte eingestellt ist.

Die Gründe, die uns veranlassen, sind folgende: Da sämmtliche Abonnentenlisten, sowie auch alle auf dieses Unternehmen bezughabenden Papiere sich in Folge der Verhaftung Kaler's teils bei dem Landesgerichte und bei der Staatsanwaltschaft in Graz befinden, die Herausgabe dieser Papiere trotz häufiger Intervenzion meinerseits, sowie auf Verlangen Kaler's nicht erfolgte; auch wurden mir die Gründe dieser Verweigerung nicht bekannt gegeben.

Wenn die Genossen das Erwähnte mit den häufigen Konfiskazionen der erschienenen Hefte im Zusammenhange stellen, so ergibt sich die positive Behauptung, daß man dieses Unternehmen gänzlich unmöglich zu machen suchte.

Auf der hiesigen Polizeidirekzion teilte man uns noch mit, daß nur Genosse Kaler als Herausgeber und Verleger das Recht habe, Hefte in seiner Wohnung zu verkaufen, jedoch nicht solche als Probenummern zu versenden ohne sich den Erlaubnisschein zum Abonnentensammeln verschafft zu haben.

Unter solchen Umständen wird es Jedem klar, daß bisher nichts unternommen werden konnte und aus diesem Grunde das weitere Erscheinen dieser Monatsschrift sehr in Frage gestellt wird und werden die Genossen die Dinge abzuwarten haben. Doch wenn es der Wunsch der Abonnenten ist, wird ihnen das Geld retournirt und haben sich solche an untenstehende Adresse zu wenden. Es zeichnet sich mit sozialdemokratischen Gruß

Jos. Gans, Graz, Pfeifengasse 18, ebenerdig.

Künstlerhaus.

Wir machen unsere Parteigenossen darauf aufmerksam, daß die Kriegs- und Schlachtenbilder des russischen Malers Wereschagin nur mehr bis 16. November im Künstlerhause ausgestellt bleiben und empfehlen ihnen dringend, die Gelegenheit zu benützen und die Ausstellung an den Zehnkreuzer-Tagen zu besuchen. Das Künstlerhaus ist bis halb 9 Uhr abends, bei elektrischer Beleuchtung der Bilder, geöffnet. Die Bilder predigen lauter und überzeugender als hundert Reden gegen den Krieg und Jene, welche ihn verschulden. Kein Parteigenosse soll den Besuch des Künstlerhauses, so lange noch die Wereschagin'schen Bilder ausgestellt sind, versäumen. Eintritt an Sonntagen von 2 Uhr nachmittags an 10 kr.

Ausweise.

Nr. 106.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Genossen Floridsdorf 2.31, Simon 40, K. 24, Töricht 10, Nowin 20, Fischer 10, Cerwenka 10, Zimmermann 14, Bum bum 1.20, Mateeka 40, B. 90, Gaswerk am Tabor 82, Genossen am Geleis 1.20, Nr. 1000 50, Genossen Floridsdorf 1.60, Hallasch 30, Trettner 40, J. Most 20, Geiselberg, für Freiheit und Licht 2.40, Tischgesellschaft am Geiselberg „zum roten Kreuz" 1.24, von den armen Seelen am Geiselberg 1.19, die Roten von Mariahilf 1.80, von der Ringstraße 20, das rote Hufeisen 1.60, kommunistische Tischgesellschaft in Fünfhaus 1.12, T—b 20, Aug. Majer 10, Werkstätte Oberndorfer 1.—, Revolution in Mailand 1.53, das rote Arsenal 1.—, der Frühling erwacht in Sechshaus 1.32, Bublai 20, Fischer 20, Ebert 30, Hautsch 20, Letschol 20, Zermak 20, Binka 20, Marciner 20, Mateka 20, Tominsek 20, Nowotni 20, Cerwek 20, L. St. 20, Bednar 10, Buttula 20, die Roten am Neubau 2.01, Schneider-Fachblatt 2l 1.60, Eberhart, Ramingstein 20, die Bandmacher 60, E. Salzborn 20, A. Moriz 20, R. Bertel 10, Rejedly 10, Apoel und Schittenhelm 28, Genossen in Mähr.-Schönberg beim geselligen Abend im Gasthaus „zur Krone" 3.80, Franz Wolf in Freudenthal 3, Schuhmacher-Gewerkschaft 5.—, drei Eisengießer 30, Gesellschaft für Menschenrechte 2.—, E. E. 30, Irrländer in Fünfhaus 70, die Roten vom Geiselberg 1.05, Nemetz 20, trotz Verbot der Tischlerversammlung 1.30, fahrende Post 18, 10, A. Bauwann 10, Tischgesellschaft bei Doubal 70, Arbeiter-Bildungsverein Teplitz 2.95, 1.50, Tischgesellschaft Auer (Bum) 20, beim Abschiede des Stuhrichters von Klein-Berkerek 2.—, die Genossen von Hüttenberg und Lölling vergessen vergessen auf die Kämpfer für Freiheit nicht 3.—, B. 20, K. B. 10, Schuhmacher Wiens 2.77, Werkstätte Wessely und Rotter 4.10, Hottler 10, Raus 10, Revolution in Mailand 3.65, Leder 10, Mischawi 25, von einer Tischgesellschaft 1.60, Friede in Prag 60, Panorama 30, Trosa 20, Müller 10, Hofer in Kindberg 55, 18, Heinrich, Amstetten 10 Dr. Adler 20.

Summe 77 fl. 28 kr.

Zur Unterstützung der „Zukunft": Olhauser 10.

In Graz für die Familien der Inhaftirten eingelaufen: Unterrainer, J. de Rechi, Nerath, K. Andre, Weißenböck, Kögler, Schäffe S. je 10, Tunkl, Strommer, Thier, Wagner, Steininger je 15, Steininger J. 16, Hölbling, Fiß, Ratingbauer, Damböck, Schäffe J., Hartmann, Brandstetter, Bonth, Sitschnig, Reiß, Seraphine Großhammer, ein Kärntner 20, Weißenböck, Gfottner, Hartmann J. Weinzettl je 30, Leicher, Leicher A., Traunig, Ungenannt zweimal je 50, Sch. die Unzufriedenen 60, Kals in Liezen 80, Unzufriedenen 90, Genossen Wigstadtl 2.—.

Summa 12 fl. 1 kr.

Parteigenossen!

Die Zal der inhaftirten Genossen wird unter den gegenwärtigen reakzionären Zuständen eine immer größere, viele von diesen Genossen besitzen Familien, die dadurch sehr bitter leiden, weil sie ihres Ernährers entbehren müssen; es ist daher dringend notwendig, daß jeder Genosse sein Möglichstes zur Unterstützung und Linderung des traurigen, unverschuldeten Loses dieser Familien ununterbrochen beitrage.

Es werden daher die Genossen allerorts an ihre Pflicht erinnert und ersucht, unverzüglich fortdauernde Sammlungen zur Unterstützung der Familien unserer inhaftirten Genossen einzuleiten und zu organisiren.

Gelder sind zu senden an **Joh. Richter**, Neu-Lerchenfeld, Neumeiergasse 11, T. 26 in Wien und **Fr. Kramer**, Ungergasse 4 in Graz.

Briefkasten.

Redakzion. B . . . . r, Krakau: Hat uns sehr erfreut, es wird ein Teil Verwendung finden.

Administrazion. Ed . . . . , Voitsberg: ½ Jahr Rest. Kalender bis Mitte November. — Lesevereins in Dörfl: Bis Ende September. — Schäffner in Graupen: Kamen zurück, senden nochmals. — Schittenhelm: Blätter kommen retour. Abonnirt bis Ende Februar. Sandten die fehlenden Blätter nach. — Kappauf, Graz: Ihre Abonnements bis Ende Oktober abgerechnet, Rest Nr. 42 und 43. — Zabrovic, Petrinja: 1 fl. erhalten. — Hatl, Langenau: Bis Ende Dezember 1881 und Lichtenecker bis Ende Juni 1882. — W. T., Floridsdorf: Abgerechnet Nr. 45, 46, 47.

Druckfeler-Berichtigung.

In letzter Nummer, Seite 3, Absatz 5, vorletzte Zeile, unter der Rubrik „Aus Parteikreisen" soll es statt: Schulauslagen — Schubauslagen heißen.

Ankündigungen.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Sonntag den 27. November findet in Schwender's Kolosseum das

13. Gründungsfest

statt. — Programm: Konzert der Regimentskapelle König der Niederlande. Gesangsvorträge des Arbeiter-Bildungsvereines. Festreden, gesprochen von den Herren Matzinger und Kraus. Begrüßungsreden der Herren Delegirten. In der Prachthalle: Konzert der Damenkapelle Schipeck. — Kassaeröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. — Frühergelöste Karten 30 kr., mit der Einlungskarte 40 kr., an der Kasse 50 kr. — Eintrittskarten à 30 kr. sind in allen Arbeitervereinen zu haben.

Allen auswärtigen Arbeitervereinen, welchen die spezielle Einladung vielleicht nicht zukommen sollte, wollen dieses als solche betrachten und das Fest durch Delegirte, Begrüßungsschreiben oder Telegramme verschönern helfen.

Jeden Samstag im Lesezimmer, Gerhold's Bierhalle, Stadt, Schottenring 15, Zusammenkunft. Auch werden Einschreibungen vorgenommen.

Uebersicht und Tätigkeit des Vereines:

Montag, in der Zentrale, von 8—9 Uhr Bibliotek.

Dienstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene und Gesangsübung in Wüst's Gasthaus.

Mittwoch, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr Elementarunterricht für Anfänger, Ausschußsitzung von 8 Uhr an und Tanzunterricht in Wüst's Gasthaus, 6. Bez., Mollardgasse.

Donnerstag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, französischer Sprachunterricht für Vorgeschrittene, von 8 bis 9 Uhr abends, Bibliotek.

Freitag, in der Zentrale, von ½8—½10 Uhr abends, Elementarunterricht für Vorgeschrittene.

Samstag, in der Zentrale, von ½8—½9 Uhr abends, französischer Sprachunterricht, von ½9—½10 Uhr abends, Stilistik und von 8—9 Uhr abends, Bibliotek.

Einschreibungen finden täglich in der Zentrale, 7. Bez., Zieglergasse 25, statt.

Zur Beachtung.

Demnächst erscheint im Verlage des Genossen **Heinrich Hotze**, 6. Bez., Gumpendorferstraße 78, der österreichische

Arbeiter-Kalender

für das Jahr 1882.

Inhalt: Kurzer Abriß aus der Geschichte des Kalenderwesens. — Kalendarium. — Das neue Jahr! Gedicht von Breuer. — Zeitbetrachtungen zum Jahresschlusse. — Gemaßregelt. Novelle v. D. P. — Fragmente und Gedankensplitter. — Der Janustempel, von Börne. — Gedichte. — Arbeitervereine Oesterreichs. — Kurzgefaßte Briefpostbestimmungen. — Stempeltarif.

Preis per Exemplar 25 kr. Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außerdem 5 kr. Postporto zu entrichten.

Es ergeht daher an alle Arbeitervereine Oesterreich-Ungarns, welche im Vereinsverzeichnisse Aufnahme finden wollen, das freundliche Ansuchen, ihre genaue Adresse an die Redakzion der „Zukunft" einsenden zu wollen.

Ferner werden alle jene Genossen, welche noch Kalender für das Jahr 1881 restiren, ersucht, dieselben baldigst zu begleichen, widrigenfalls dieselben in der „Zukunft" namentlich aufgefordert werden.

Wien. Samstag den 26. Nov. dritte Gründungs-Liedertafel des Arbeiter-Sängerbund, unter Leitung des Herrn C. Bayer, verbunden mit Tanzkränzchen, in den Sälen zu den „drei Engeln", 4. Bez., große Neugasse. Frühergelöste Karten 30, an der Kasse 40 kr. Anfang halb 9 Uhr. — Hiebei kommt ein neuer Arbeiterkor, vom Herrn Kormeister Herrn C. Bayer, zur ersten Aufführung.

Wien. Der Fortbildungs- und Unterstützungsverein sämmtlicher Musikinstrumentenmacher Wiens gibt bekannt, daß die Musikkapelle desselben neukonstituirt ist, und sich allen Arbeitervereinen zur Benützung empfielt. Zugleich werden sämmtliche Arbeitervereine freundlichst eingeladen, die am 26. November, abends 7 Uhr, in ihrem Vereinslokale, 6. Bez., Magdalenenstraße 42, Gasthaus „zur Kettenbrücke" stattfindende Generalprobe durch Vertreter zu besuchen, um sich von der Leistungsfähigkeit derselben zu überzeugen und zugleich die Honorarfrage zu besprechen.

Wien. Montag den 21. November, um 7 Uhr abends, findet die Monatsversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stularbeiter und -Arbeiterinnen in Herrn Doubal's Gasthaus „zum Binder", Sechshaus, Weh'gasse statt. Tagesordnung: 1. Vereinberichte; 2. Vortrag von Herrn Georg Matzinger; 3. Gewerbliche Rundschau; 4. Anträge und Interpellazionen. Mitglieder, erscheint zalreich!

Wien. Die für Dienstag den 15. November, 9 Uhr vormittags, im Saale „zum weißen Engel", Gärtnergasse, Neulerchenfeld, anberaumte freie Versammlung der Manufaktur-Arbeiter und -Arbeiterinnen findet erst Montag den 28. November, 7 Uhr abends, im obgenannten Lokale statt.

Wien. Die Unterrichtssekzion der Schuhmacher-Gewerkschaft gibt bekannt, daß Sonntag den 23. Oktober ein Tanzunterricht im Lesezimmer Fünfhaus, Mariahilfergürtel in Herrn Bokner's Gasthaus begonnen hat und zu diesem Unterrichte noch neue Mitglieder aufgenommen. Der Unterricht findet Sonntag von 3—5 Uhr nachmittags statt, während welcher Zeit auch Einschreibungen stattfinden.

Wien. Sonntag den 19. November findet das elfte Gründungsfest des Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der Färber im Marienfaal in Rudolfsheim, Kirchengasse 3, statt. — Anfang 8 Uhr. Frühergelöste Karten 30, an der Kasse 40 kr. — Wir laden sämmtliche Vereine von nah und fern dazu freundlichst ein und ersuchen, dieses Fest mit Begrüßungsschreiben und Telegramme zu verherrlichen.

Wien. Der Gewerkschaftsverein der Stularbeiter- und -Arbeiterinnen Wiens gibt bekannt, daß Sonntag den 9. Oktober ein Zeichenunterricht begann und jeden Sonntag von 2 bis 4 Uhr nachmittags, geleitet von Herrn Jakob Schrenk, fortgeführt wird.

Elementarunterricht von 4 bis 6 Uhr abends jeden Sonntag, geleitet von Herrn Johann Rogner.

Beide Unterrichte finden im Genossenschaftslokal der Weber, 7. Bez., Neubaugasse 7, statt.

Aussig. Sonntag den 20. November, vormittags 9 Uhr, findet im Vereinslokale, Tschischkavitzer Bierhalle, Bielagasse 9, die Delegirtenversammlung der allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse mit folgendem Programm statt: 1. Prüfung der Mandate; 2. Wal des Bureaux; 3. Ernennung von Ehrenmitgliedern; 4. Aenderung der Statuten; 5. Wal des Revisionskomitees. 6. Allgemeine Bestimmungen. Gäste haben Zutritt. —

Der Ausschuß.

Teplitz. Sonntag den 13. November, nachmittags 3 Uhr, findet die dreizehnte ordentliche Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereines in Günther's Bierhalle statt. Programm: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung; 2. Ganzjähriger Kassebericht; 3. Neuwal des Vorstandes und der Funkzionäre; 4. Geschäftliche Mitteilungen. 5. Anträge der Mitglieder.

Der Vorstand.

Wien. Sonntag den 13. November, in Dreher's Saallokalitäten, 3. Bez., Hauptstraße, 1. Gründungsfest der „Schneider-Fachzeitung". — Frühergelöste Karten 30 kr., an der Kasse 40 kr.

Floridsdorf. Sonntag den 13. November, nachmittags 2 Uhr, findet in der Restaurazion „zur Lokomotivfabrik", Gr.-Jedlersdorf, Brünnerstraße, eine

Volksversammlung

statt. — Tagesordnung: Die Forderungen der Arbeiter.

Marburg. Lokalveränderung. Der Ausschuß des Allgemeinen Arbeitereines gibt bekannt, daß sich das Vereinslokal seit 1. Oktober 1881 im Gasthause „zum Teitschmann", Herrengasse 38, befindet, wohin sämmtliche Briefe und Sendungen zu richten sind.

Römerstadt. Es wird hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß alle durchreisende Parteigenossen, welche Römerstadt berühren und sich als ordentliche Mitglieder eines ähnlichen Vereines legitimiren können, von den Römerstädter Genossen eine Reiseunterstützung von 20 kr. erhalten. — Durchreisende Genossen haben sich zum Zwecke dieser Unterstützung an Herrn Josef Nickmann nächst der Hauptschule zu wenden.

Kindberg. Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 25. September wird von nun ab die Reiseunterstützung an durchreisende Fach- und Arbeitervereinsmitglieder vom Vereinskassier Peter Hofer bei Herrn Benedikt Pranis, Sattler, Nr. 85, verabfolgt.

Die Vereinsleitung.

Freudenthal. Der Fachverein der Manufakturarbeiter gibt bekannt, daß vom 1. Oktober an, jedem durchreisenden Vereinsmitgliede, welches einem ähnlichen Vereine angehört und nicht über 3 Monatsbeiträge im Rückstande ist, eine Reiseunterstützung von 25 kr. bei den Genossen Franz Roskosch, Olmützerstraße 67 und Wilhelm Bernert, Weber, Mühlgasse 4 ausbezalt wird.

Aufruf. Diejenigen, welche Mitglieder der allgemeinen Kranken- und Invalidenkassa, Zentrale Klagenfurt gewesen oder noch sind, werden freundlichst ersucht, auf Kosten unserer Kassa ihre Mitgliedsbücheln an die Zentrale Klagenfurt einzusenden, so auch möglichst die Bestätigung über ihre eingesendeten Gelder. Gleichzeitig werden sämmtliche Verband-, so auch die übrigen Krankenkassen freundlichst ersucht, wo solche Mitglieder sind, sie dazu aufzufordern.

Der Ausschuß.

Danksagung.

Unterfertigter erstattet hiemit seinen innigst brüderlichen verbindlichsten Dank an alle Freunde und Genossen, welche ihm während seiner Strafhaft irgend eine Unterstützung zu Teil werden ließen.

Kindberg, den 3. November 1881.

Franz Maßinger.

Zu verkaufen

Otto Spammer's „Illustrirter Konversazions-Lexikon", unaufgeschnitten, sammt Atlas, 6. Bezirk, Brauergasse 3, Tür 7. [20]

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Die nächste Nummer erscheint am 24. Nov.

Herausgeber und Verleger: Heinrich Hotze, Ignaz Formanek, August Päppen, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Hotze.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen:
5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen:
10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 52 — Wien, Donnerstag 24. November. — 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Merkt Euch's!

„Niemand flickt einen Lappen von neuem Tuch an ein altes Kleid; denn der neue Lappen reißt doch von dem alten und der Riß wird ärger. Und Niemand fasset Most in alte Schläuche, anders zerreißt der Most die Schläuche und der Wein wird verschüttet und die Schläuche kommen um. Sondern man soll Most in neue Schläuche fassen."

Die tiefste Wahrheit erblüht nur der tiefsten Liebe und daher die Uebereinstimmung in den Ansichten des älteren Bergpredigers, der gegen die Aristokratie von Jerusalem gesprochen und jener späteren Bergprediger, die von der Höhe des Konvents zu Paris ein dreifarbiges Evangelium herabpredigten, wonach nicht blos die Form des Staates, sondern das ganze gesellschaftliche Leben nicht geflickt, sondern neu umgestaltet, neu begründet, ja neu geboren werden sollte.

Ich spreche von der französischen Revoluzion, jener Weltepoche, wo die Lehre der Freiheit und Gleichheit so siegreich emporstieg aus jener Erkenntnisquelle, die wir Vernunft nennen und die, als eine unaufhörliche Offenbarung, welche sich in jedem Menschenhaupte wiederholt und ein Wissen begründet, noch weit vorzüglicher sein muß, als jene überlieferte Offenbarung, die sich nur in wenig Auserlesenen bekundet und von der großen Masse nur geglaubt werden kann. Diese letztgenannte Offenbarungsart, die selbst aristokratischer Natur ist, vermochte nie die Privilegienherrschaft, das bevorrechtete Kastenwesen, so sicher zu bekämpfen, wie es die Vernunft, die demokratische Natur ist, jetzt bekämpft. Die Revoluzionsgeschichte ist die Kriegsgeschichte dieses Kampfes, woran wir alle mehr oder minder Theil genommen; es ist der Todeskampf mit dem Eigentum.

Obgleich die Schwerter der Feinde immer stumpfer werden, obgleich wir schon die bessere Posizion besetzt, so können wir doch nicht eher das Triumpflied anstimmen, als bis das Werk vollendet ist. Wir können nur in den Zwischennächten, wenn Waffenstillstand, mit der Laterne auf's Schlachtfeld hinausgehen, um die Todten zu beerdigen. Wenig fruchtet die kurze Leichenrede! Die Verläumdung, das freche Gespenst, setzt sich auf die edelsten Gräber.

Ach, gilt doch der Kampf auch jenen Erbfeinden der Wahrheit, die so schlau den guten Leumund ihrer Gegner zu vergiften wissen und die sogar jenen ersten Bergprediger, den reinsten Freiheitshelden, herabzuwürdigen wußten: denn als sie nicht läugnen konnten, daß er der größte Mensch sei, machten sie ihm zum kleinsten Gotte.

Wer mit Pfaffen kämpft, der mache sich darauf gefaßt, daß der beste Lug und die tristigsten Verläumdungen seinen armen guten Namen zerfetzen und schwärzen werden. Aber gleich wie man jene Fahne, die in der Schlacht am meisten von den Kugeln zerfetzt und vom Pulverdampf geschwärzt werden, höher ehrt als die blankesten und gesündesten Rekrutenfahnen und wie man sie endlich als Nazionalreliquien in den Domen aufstellt: so werden einst die Namen unserer Helden, je mehr sie zerfetzt und angeschwärzt werden, um so entusiastischer verehrt werden, in der heiligen Genovefakirche der Freiheit.

Wie der Held der Revoluzion, so hat man die Revoluzion selbst verläumdet und sie als Fürstenschreckniß und eine Vogelscheuche dargestellt in Libellen (Flugschriften, Schmähschriften) aller Art. Man hat in den Schulen all' die sogenannten Gräuel der Revoluzion von den Kindern auswendig lernen lassen und auf den Jahrmärkten sah man einige Zeit nichts anderes, als grellkolorirte Bilder der Guillotine. Es ist freilich nicht zu läugnen, diese Maschine, die ein französischer Arzt, ein großer Weltortopäde (Lehrer von der Behandlung der Gliederverkrümmung) Monsieur Guillotin, erfunden hat und womit man die dummen Köpfe von den bösen Herzen sehr leicht trennen kann, diese heilsame Maschine hat man etwas oft angewandt, aber doch nur bei unheilbaren Krankheiten, z. B. bei Verrat, Lüge und Schäche und man hat die Pazienten nicht lange gequält, nicht gefoltert und nicht gerädert, wie einst tausende und aber tausende Returiers und Vilains (Bürger und Bauer) gequält, gefoltert und gerädert wurden, in der guten alten Zeit. Daß die Franzosen mit jener Maschine sogar das Oberhaupt ihres Staates amputirt, ist freilich entsetzlich und man weiß nicht, ob man sie deshalb des Vatermordes oder Selbstmordes beschuldigen soll; aber bei milderungsgründlicher Betrachtung finden wir, daß Ludwig von Frankreich minder ein Opfer der Leidenschaften, als vielmehr der Begebenheiten geworden, und daß diejenigen Leute, die das Volk zu solche Opfer drängen und die selbst zu allen Zeiten in weit reicherem Maße, Fürstenblut vergossen haben, nicht als laute Kläger auftreten sollten. Nur zwei Könige, beide vielmehr Könige des Adels, als des Volkes, hat das Volk geopfert, nicht in Friedenszeit, nicht niederer Interessen wegen, sondern in äußerster Kriegsbedrängnis, als es sich von ihnen verraten sah und während es seines eigenen Blutes am wenigsten schonte; aber gewiß mehr als tausend Fürsten fielen meuchlings und der Habsucht oder frivoler Interessen wegen, durch den Dolch, durch das Schwert und durch das Gift des Adels und der Pfaffen. Es ist, als ob diese Kasten den Fürstenmord, ebenfalls zu ihren Privilegien rechneten und deshalb den Tod Ludwig XVI. und Karl I. um so eigennütziger beklagten.

* * *

Aber nicht blos die Helden der Revoluzion und die Revoluzion selbst, sondern sogar unser ganzes Zeitalter hat man verläumdet, die ganze Liturgie unserer heiligsten Ideen hat man parodirt mit unerhörten Frevel und wenn man sie hört oder liest, unsere schnöden Verächter, so heißt das Volk die Kanaille, die Freiheit Frechheit und mit himmelnden Augen und frommen Seufzern wird geklagt und bedauert, wir wären frivol und hätten leider keine Religion. Heuchlerische Duckmäuser, die unter der Last ihrer geheimen Sünden niedergebeugt einherschleichen, wagen es, ein Zeitalter zu lästern, das vielleicht das geheiligste ist von allen seinen Vorgängern und Nachfolgern, ein Zeitalter, das sich opfert für die Sünden der Vergangenheit und für das Glück der Zukunft, ein Messias unter den Jahrhunderten, der die blutige Dornenkrone und die schwere Kreuzeslast kaum erträge, wenn er nicht dann und wann ein heiteres Vaudeville (ein Liederspiel mit bekannten Melodien) trillerte und Späße risse, über die neuen Farisäer und Saduzäer. Die kolossalen Schmerzen wären nicht zu ertragen, ohne solcher Witzreißerei und Persiflage!

Der Ernst tritt um so gewaltiger hervor, wenn der Spaß ihn ankündigt. Die Zeit gleicht hierin ganz ihren Kindern, den Franzosen, die sehr schreckliche, leichtfertige Bücher geschrieben und doch sehr streng und ernsthaft sein konnten, wo Strenge und Ernst notwendig wurden, z. B.: Du Clos und par Louvet de Couvrai, die beide, wo es galt, mit Märtirerkühnheit und Aufopferung für die Freiheit stritten, übrigens sehr frivol und schlüpfrig schrieben und leider keine Religion hatten.

Als ob die Freiheit nicht ebensogut eine Religion wäre, als jede andere! Da es die unserige ist, so können wir, mit deren Maße messend, ihre Verächter für frivol und irreligiös erklären. Ja ich wiederhole die Worte, womit ich diese Blätter eröffnet: die Freiheit ist eine neue Religion, die Religion unserer Zeit.

Wenn Kristus auch nicht der Gott dieser Religion ist, so ist er doch ein Hohenpriester derselben und sein Name strahlt beseligend in die Herzen der Jünger. Die Franzosen sind aber das auserlesene Volk der neuen Religion, in ihrer Sprache sind die ersten Evangelien und Dogmen verzeichnet, Paris ist das neue Jerusalem und der Rhein ist der Jordan, der das geweihte Land der Freiheit trennt, von dem Lande der Filister.

Moses wollte nicht das Eigentum abschaffen, er wollte vielmehr, daß Jeder solches besäße, damit Niemand ein Knecht mit knechtischer Gesinnung sei. Freiheit war immer des großen Emanzipators (Befreiers) letzter Gedanke und dieser atmet und flammt in allen seinen Gesetzen, die den Pauperismus (Massenverarmung) betreffen. Die Sklaverei selbst haßte er über alle Maßen, schier ingrimmig, aber auch diese Unmenschlichkeit konnte er nicht ganz vernichten; sie wurzelte noch zu sehr im Leben jener Urzeit und er mußte sich darauf beschränken, das Schicksal der Sklaven gesetzlich zu mildern, den Loskauf zu erleichtern und die Dienstzeit zu beschränken.

Wollte aber ein Sklave, den das Gesetz endlich befreite, durchaus nicht das Haus des Herrn verlassen, so befal Moses, daß der unverbesserliche servile Lump mit dem Ohr an den Türpfosten des herrschaftlichen Hauses angenagelt werde und nach dieser schimpflichen Ausstellung war er verdammt, auf Lebenszeit zu dienen.

O Moses, unser Lehrer, Mosche Rabanu, hoher Bekämpfer der Knechtschaft, reiche mir Hammer und Nägel, daß ich unsere gemütlichen Sklaven in schwarz-rot-goldener Livré mit ihren langen Ohren fest nagle an das Brandenburger Tor.

Ich habe oft darüber nachgedacht, ob Entbehrung und Entsagung wirklich allen Genüssen dieser Erde vorzuziehen sei und ob Diejenigen, die hienieden sich mit Diesteln begnügt haben, dort oben desto reichlicher mit Ananassen gespeist werden. Nein, wer Diesteln gegessen, war ein Esel und wer die Prügel bekommen hat, der behält sie.

Heinrich Heine.

Wann werden die Rechtsforderungen des Volkes zur Verwirklichung gelangen?

(Ein Denk- und Mahnruf an den vierten Stand.)

Beginnt der Arbeitende ein Unternehmen, gleichviel, sei es ein Arbeiter des Geistes, oder ein Arbeiter der fisischen Kräfte, so ist es wol sein erster Gedanke, wann werde ich mein Ziel erreichen? Dieser Gedanke hat wol seine tiefe Berechtigung, denn er ist nicht immer von der Sehnsucht diktirt, nur bald wieder von der Beschäftigung loszukommen, sondern von der Berechnung des Wertes der Arbeit, da ja eine Arbeit zur nutzlosen nicht berechtigten werden kann, wenn ihre Notwendigkeit bis zum Momente der Fertigstellung nicht mehr existirt.

Von dieser allgemein menschlichen Einflüsterung wurde auch ich heimgesucht, der ich meine freie Zeit und meine bescheidenen Kenntnisse der Sache des vierten Standes, dem auch ich angehöre, widmete. Beim Denken über diese Frage kam ich wol nicht zu einem Datum-Resultat, denn allzuviele unberechenbare innere und äußere Einflüsse müßten ins Kalkul gezogen werden, wol aber fand ich den sicheren Beginn der Verwirklichung der Rechtsforderungen des Volkes auf Grund der Erkenntnis des Bestandes des Rechtes. Ich forschte nach den Quellen des Rechtes und siehe, ich fand keine übernatürlichen Ausflüsse, wie man sie gerne für dasselbe geltend macht, keine ideal angehauchte Ursache, keine gottbegnadete Eingabe, sondern einen höchst natürlichen Urgrund: die Satzung einer Tese, die das Eigeninteresse wahren soll und damit ihr dies leichter gelang, sich mit dem Nimbus eines Heiligenscheines umgab. Gottesläugner, Materialist und vieles Andere werden mich verschiedene darum nennen, doch immerhin, mir ist ihr Gezeter gleichgiltig, denn Humbug kommt immer zum Falle, gelingt es nur, die Verblüfften von ihrem Irrtume zu befreien. Die Tatsachen der Geschichte widerlegen die religiösen Begriffe vom Recht, denn die Diener Gottes, die doch statt seiner die Welt regieren, bekämpften sich gegenseitig durch ihre Rechtssprüche, welche — laut Unfelbarkeitsdogma — in ihrer Amtsfunkzion als von einem höheren Wesen (Gott) inspirirt erscheinen. Die Erklärung für diese sich widersprechenden Rechtssprüche läge nur darin, daß die intervenirende Gottheit selbst Wandlungen unterläge, was bei dem Grundsatze der höchsten Vollkommenheit schlechtweg nicht denkbar ist.

Die weltlichen Begriffe von Recht nun, sind nach meiner Ansicht und wol auch der aller Denkenden ein ganz begreiflicher Naturvorgang, der Denjenigen grenzenlos lächerlich macht, der ihn mit einem religiösen Scheine umgeben will, da eben jener das Unverletzliche selbst nur zu oft kritisirt, angegriffen und verändert hat. Menschensatzung ist das Ganze, das ebenso wert ist zu vergehen, wie der Mensch selbst, wenn er seine Lebensaufgabe erfüllt.

Was ist Recht? So frug ich mich. Was ist schön, geschmackvoll? so antwortete es wieder. Das Urteil der Menge, oder besser, das Urteil der Maßgebenden. Ueber Geschmack läßt sich streiten, über Recht ebenso. Beide Begriffe sind wandelbar, und haben nie einen und denselben Standpunkt unverändert bewahrt, sei es vielleicht höchstens der der nichtssagenden, nicht kalt, nicht warm lassenden Frase. Menschenurteil ist es und da auch nicht einmal das der dazu berufenen Menge, sondern einzelner dazu Privilegirter.

Betrachten wir die Entwicklung des Rechtes, so haben wir hier den allerbesten Gradmesser der Kultur eines Volkes, und nicht wie ein Aftergelehrter hochweise sagte, an dem Konsum von Seife.

Im Beginne der Tradizionen finden wir das individuelle Recht, das dem Einzelnen auf den Leib zugeschnitten ist, dem Despotismus. Dann sehen wir die Basis des Rechtes eine breitere werden, die an Breite immer mehr und mehr gewann — einzelne Rückschlagperioden abgesehen — bis sich das Recht zur Satzung erhob, daß nicht nur Kaiser und Papst, Adeliger und Priester, sondern auch die Großbesitzer an Geld und Geldeswertes zur Gebung von Gesetzen (Recht) berufen seien.

Nicht aus Liberalität muß man aber denken, sei das Recht ein immer breites geworden; nein, die Geschichte beweist es uns im Gegenteile, daß es gerade die nicht am Richtertische Sitzenden waren, die die breitere Basis des Rechtes schufen durch die oft härtesten und sogar blutigen Bekämpfungen der Bevorzugten.

Die Unmündigen hatten nämlich aus der einseitigen Handhabung des Rechtes, das immer einen Nachteil für die Nichtvertretenen in sich barg, erkannt, daß nur eine Vertretung am Richtertische sie vor Benachteiligung und Uebervorteilung schützen kann. In Folge dieser Erkenntnis drängten sich nun die Uebervorteilten an die gewalthabende Stelle, um auch ihre Stimme zur Geltung zu bringen.

Dieses Streben wurde stets — wie uns ebenfalls die Geschichte lehrt — als ein Verbrechen betrachtet und als eine Gefahr für die Gesammtheit angesehen, die den gesellschaftlichen Niedergang involvire, während es doch in weiterer Linie nichts anderes war und auch heute ist, als ein Naturgebot, das sich auf die vorschreitende Entwicklung des Menschengeistes stützte und die verschiedensten äußeren und inneren Zustände im Gesellschaftskörper zur Mutter hatte.

Trotz das Menschengeschlecht alt geworden, hat es auch heute noch keine anderen Mittel zur Verteidigung altersschwacher Institutionen als früher, indem — wie schon gesagt — jeder Wunsch nach Aenderung bestehender Satzungen als Verbrechen gebrandmarkt und auch heute, wenn schon nicht so grausam, so doch nicht minder zahe jeder reformirenden Tatigkeit mit erlaubten und unerlaubten Mitteln entgegengetreten wird.

Man will die Handhabe zur Wahrung seiner Interessen nicht aus den Händen lassen und erklärt die Unverletzlichkeit seiner Privilegien, indem man sich mit allerlei Frasen und Schwarzseherei, auf die Herkommlichkeit und das Ererbte, auf die Tradition und Heiligkeit des Bestehenden beruft. Freilich ist man dabei uneingedenk der eigenen Geburtsstunden dieser Instituzionen, die auch das Vorherige trotz gleicher Proteste entthronte, gestutzt auf

das Recht des Stärkeren. Ein Naturprozeß ist dies, der auch heute noch vor sich geht und gewiß so lange währen wird, bis die arbeitenden Elemente sich ausgeglichen.

Mit diesen Worten bin ich in etwas von meinem Tema abgewichen, doch sie waren nötig, um vor Allem den Standpunkt zu kennzeichnen, von dem es am besten zu besprechen ist und die Sachen jener Umhüllungen zu entkleiden, die unser Auge trüben, unser Urteil befangen könnte.

Recht ist Verdict der Richter. Es kommt also auf die Richter, an, wie das Recht beschoffen ist. Ein etwas falsch verstandener zumindesten aber nicht humaner Selbsterhaltungstrieb des Menschen veranlaßt ihn, vor Allem immer sein eigenes Interesse zu wahren. Je enger daher der Richterkreis sein wird, desto enger wird auch das Recht walten. Je mehr die Rechtsbasis geschmälert wird, desto breiter wird das Unbehagen über Rechtssprüche werden. Von dieser Wahrheit ausgehend, hat man erkannt, daß die Bürgschaft der Wahrheit des Rechtes in der breiten Basis des Richteramtes liegt. Die diese Wahrheit erkannt, haben nun stets getrachtet, eine Stimme am Richtertische zu erlangen und da diese Forderung mit Naturgesetzen voll im Einklange war, wurde sie auch erreicht. Dieser Prozeß ist heute aber noch nicht abgeschlossen, da noch Viele nicht Stimme an jener Stelle haben, die in Folge ihrer numerischen Stärke gewiß dazu Berechtigung hätten. Daß dies noch nicht der Fall, liegt an Jenen selbst, da sie die Notwendigkeit ihrer Vertretung am richtenden Tische in Folge ihrer vernachlässigten Denkfähigkeit, die gewiß am geringsten ihre Schuld ist, bis heute noch nicht eingesehen haben und nicht jene drängende Stellung einnehmen, die notwendig ist, um die gewalthabenden Faktoren zu einer Reform zu zwingen. Erst wenn jene drängende Stellung von Erfolg begleitet war und es gelungen ist, dem heute von den Rechtsfunktionen ausgeschlossenen Teile der Menschheit die Stimme beim Rechtsspruche abzugeben, kann man die Verwirklichung der Rechtsforderungen des Volkes für begonnen erklären. Nur wenn das Volk selbst Anteil an der Wahrung seiner Interessen nimmt, darf es auf deren Verwirklichung hoffen, denn es ist eben ein Naturgesetz, dem sich die Menschheit bis heute untertänig zeigte, daß Jeder nur zuerst für sich sorgt.

Die Aufgabe Derjenigen muß es nun sein, die die Wahrung der Volksinteressen zu ihrem Ideale erhoben haben, vor Allem das Erkennen der notwendigen Vertretung am Richtertische allgemein zu machen. Es muß dann Verkürzten im Volke klar gemacht werden, daß ihre beeinträchtigte Lage keine Naturnotwendigkeit ist, sondern ganz gut behoben werden kann. Es muß den schwachen im Geiste bewiesen werden, daß jedes Geschöpf der Erde nebst mit Pflichten, auch mit Rechten in der Gesellschaft dasteht u. zw. mit vollständig gleichen, und daß der Erfolg der Wahrung derselben von den Anstrengungen, die jedes dazu macht, abhängt. Diese Aufgabe können wir trotz verschiedener Repressalien der uns feindlich Gegenüberstehenden verfolgen, denn jene können uns allerdings an ihrer Uebung hemmen, aber niemals gänzlich hindern. Wie gute Institutionen weniger durch ihre Träger und Vertheidiger, sondern mehr durch ihre innere Notwendigkeit zur Geltung gelangten, so wird es auch bei unserer Sache sein, denn sie ragt hoch über Alles hinaus, was Menschengeist und Humanität geschaffen, da sie das Naturgesetz, die Naturnotwendigkeit, die Alles überragt, die Alles beherrscht, zur Förderin hat. Wir vindiziren uns nicht und haben es auch nie getan, daß wir unsere welterlösende Idee geboren haben, nein wir haben sie nur erkannt und verteidigt, nachdem aus der Konsequenz der heute Bestehenden sie sich uns aufgedrängt hat.

Welches beste Mittel aber zur Förderung unserer Sache wir uns beschaffen sollen und müssen, das wurde oft schon gesagt, es ist die Presse und das Vereinsleben. Durch Schriften und durch den Anschluß an unsere Schicksalsgenossen müssen wir trachten, jene erste Erkenntniß zu fördern, daß wir vor Allem trachten müssen, eine Macht zu gewinnen, um die Förderungen nach Gleichberechtigung zur Geltung zu bringen.

Und darum säume Niemand, decke sich keiner mit dem Gedanken, von mir hängt es nicht ab, ändernd oder bildend zu wirken. Dächten Alle so und hätten alle so gedacht, die Menschheit hätte bis heute noch nichts erreicht, wozu ein Eingreifen vieler bedungen war. Und bei unserer Sache ist ein großer Anfang nötig, denn unser Feind ist machtvoll, weniger durch seine Zahl, als durch jene Mittel, die er durch unseren Fleiß, durch unsern Schweiß, durch unsere Opfer und unsere Entbehrung in Händen hat, das Kapital. Der Glanz des Goldes ist es, das er wirken kann in blendender Weise auf daß man seine Mängel und seine Fehler, ja seine Ungerechtigkeit nicht erkenne.

Der jüngste Flugschriftenprozeß.

Dienstag den 22. d. M. fand vor dem hiesigen Schwurgerichte die Hauptverhandlung gegen die Genossen Schindler und Thilmann wegen Plakatirung der Flugschrift: „An das österreichische Volk", nach § 305 St.-G., statt. Die Verhandlung wurde geheim durchgeführt.

Diese beiden Revoluzionäre sind junge Männer mit ärmlicher Kleidung. Das Einzige, was ihre Gesichter ausdrücken, ist Not. Sie haben, wie gesagt, sozialdemokratische Aufrufe, und zwar gemeinschaftlich und zur Nachtzeit, an Häusern plakatirt; sie gingen dabei heimlich zu Werke und suchten, als sie von der Sicherheitswache betreten wurden, sich ihr durch die Flucht zu entziehen. Ihre Verantwortung geht dahin, daß sie im Auftrage unbekannter Personen gehandelt hätten und von dem Inhalte der Plakate nichts wüßten. Uebrigens seien auch sie beide mit einander nicht bekannt.

Die Staatsanwaltschaft erklärt, daß sie nicht glaube, es seien ihnen ihre Auftraggeber unbekannt, wenn sie auch zugebe, sie seien nur Werkzeuge gewesen. Sie wolle nicht bestreiten, weil sie es nicht könne, daß sie die angehefteten Druckschriften nicht gelesen hätten; aber so viel müssen sie, auch ohne den Inhalt zu kennen, gewußt haben, daß die Tendenzen solcher sozialdemokratischer Agitazionsschriften gegen den Bestand der modernen und allseitig geltenden Rechtsbegriffe über das Eigentum innerhalb der staatlichen Gesellschaft gerichtet seien. Dies allein sei genug, um sie strafbar zu machen.

Aus dem Verhöre geht hervor, daß die beiden Beschuldigten Fabriksarbeiter sind. Emil Schindler ist 21 Jahre alt; noch nicht fünfzehn Jahre alt, ging er eine wilde Ehe ein, und heute ist er Vater eines sechsjährigen Kindes. Sein Aussehen ist krankhaft; es muß übrigens anerkannt werden, daß er für seine kleine Familie zu sorgen bemüht ist. Ein wenig besser ist es mit seinem Komplizen, dem 26jährigen Josef Thilmann, bestellt. Derselbe ist verheiratet und hat drei Kinder. Beide schildern in überzeugender Weise das Elend, dem sie fortwährend preisgegeben sind.

Der Staatsanwalt Graf Lamezan sagt heute in seinem Schlußantrage Folgendes: Es sei eine alte Erfahrung, daß bei solchen Anlässen nur untergeordnete Personen als Werkzeuge verwendet werden, und daß sie die Anleitung erhalten, falls sie ertappt werden, zu sagen, sie kannten den Inhalt nicht. In der Tat könne nun den Angeklagten nicht bewiesen werden, daß sie die Druckschriften gelesen haben. Indessen sei so viel sicher, daß sie wußten, die Aufrufe seien sozialdemokratischen Karakters. Aus ihrem Benehmen gehe hervor, daß sie von der Ungesetzlichkeit ihres Vorgehens überzeugt waren. Der Staatsanwalt kommt nun auf die Not der Angeklagten zu sprechen und erklärt diese für eine verschuldete, weil sie frühzeitig ohne hinreichende Bezüge sich eine Familie gründeten. Das gelte insbesondere von Schindler. Ueber die endlichen Ziele der sozialdemokratischen Agitazion seien die Beschuldigten sich allerdings nicht klar gewesen. Genug aber, daß ihnen bekannt war, daß die Plakate von der sozialdemokratischen Partei ausgehen, deren Vorgehen ein ungesetzliches ist, nur ein ungesetzliches sein kann und sein will. Der Aufruf schließe mit dem Verlangen eines freien Volksstaates und allgemeinen gleichen Lebensgenusses. Wie das bewerkstelligt werden solle, das gehe aus der „Freiheit" des Herrn Most, der selbst in London verurteilt worden, hervor. „Brandlegung", Verwüstung, Hinrichtung aller Personen, die sich der neuen Ordnung entgegensetzen, ja „Monarchenmord", das seien die Mittel, durch welche diese Ziele erreicht werden sollen.

Der Verteidiger Dr. Wolf-Eppinger sagt in seiner Erwiderung, der Staatsanwalt habe das rote Gespenst mit allen seinen Schreckniss[illegible] in der Art geschildert, wie dies gang und gäbe sei. Dies sei aber wol nicht das Richtige in einer Periode, wo Bismarck seiner Zeit in Vertretung sich in dieser Frage auf einen edleren Standpunkt, auf die Höhe humaner Bildung und humaner Menschlichkeit stellte. Heutzutage könnte man nicht mehr von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß die sozialdemokratischen Bestrebungen nur von Schnapsbrüdern oder Menschen, die nicht arbeiten wollen, herrühren. Das soziale Elend sei ein so furchtbares, daß es ein Schandfleck unserer Zeit sei. Habe nun die Regierung Alles getan, um die Notlage zu verbessern? Er wisse nicht, ob es ihm durch das Gesetz gestattet sei, diese Frage absolut zu verneinen, aber die Geschwornen mögen sich selbst sagen, ob die Regierung irgend etwas hiegegen getan habe. Das soziale Elend zeige sich am anschaulichsten an den beiden Angeklagten, an welchen man wahrnehmen könne, daß das Dasein in Strafhäusern viel besser sei, als das der Fabriksarbeiter. Der Verteidiger bekämpft die Ausführung, daß die Gründung einer Familie ein Verschulden der Angeklagten sei, und geht dann zum speziellen Fall über. Die Staatsanwaltschaft gebe zu, daß die Beschuldigten ohne Kenntnis des Inhalts der Druckschrift gewesen, und klage sie doch an. Sie schaffe damit ein gewissermaßen objektives Verfahren, indem sie als genügend erachte, die Angeklagten hätten gewußt, daß überhaupt etwas Verbotenes darin enthalten sei. Das sei eine sehr bedenkliche Praxis, weil auf diesem Wege solche Prozesse der Jurisdikzion der Geschwornen entzogen werden könnten, welche nur über Delikte, die durch den Inhalt einer Druckschrift begangen werden, zu entscheiden haben. Die Staatsanwaltschaft habe dies selbst gewissermaßen zugestanden. Die zweite bedenkliche Seite sei die, daß man auf diese Weise dahin komme, einfach auf Gesinnungen hin anzuklagen und mit gewissen allgemeinen Gesinnungen allein einen Schuldspruch zu begründen. Niemals noch seien bloße Zeitungsausträger verurteilt worden, welche von dem Inhalte des inkriminirten Artikels keine Kenntnis gehabt. Er erwarte deshalb die Freisprechung seiner Klienten.

Schon früher anläßlich der Beschlußfassung über die Fragestellung hatte der Verteidiger mit großem Nachdrucke betont, daß der Staatsanwalt heute, indem er die Kenntnis des Inhaltes als unnötig für die Strafbarkeit erkläre, einen ganz neuen gefährlichen Grundsatz, welcher dem Strafgesetze widerstreite, einzuführen suche. Die vom Gerichtshofe beschlossenen Fragen lauteten nämlich dahin, ob die Angeklagten schuldig seien, die in Rede stehende Druckschrift verbreitet und dadurch die Rechtsbegriffe über das Eigentum herabgewürdigt oder erschüttert zu haben u. s. w. Der Verteidiger begehrte je eine Zusatzfrage dahin, ob die Angeklagten von dem Inhalte der Druckschriften Kenntnis gehabt hätten. Diese Frage wurde Gerichtshofe (Vorsitzender Landesgerichtsrat Mayr) nach einer einstündigen Beratung abgelehnt.

Ebenso juristisch eigenümlich, wie der Fall selbst, war auch das Resultat der nun folgenden Beratungen.

Die Jury beantwortete durch den Obmann Doktor Freiherrn v. Störk die Fragen betreffs beider Beschuldigten wie folgt: Fünf Stimmen Ja, sieben Stimmen Ja, jedoch ohne Kenntnis des Inhaltes und der Tragweite der Druckschrift.

Der Staatsanwalt stellte nun den Antrag, der Gerichtshof möge auf Grund des §. 331 die Geschwornen zur nochmaligen Beratung und Verbesserung des Wahrspruches anweisen, weil derselbe „undeutlich" sei und Umstände ausnehme, die nicht in den Fragen enthalten waren.

Der Verteidiger erklärte sich gegen diesen Antrag, weil das Verdikt weder undeutlich, noch unvollständig, noch in sich widersprechend sei.

Der Gerichtshof gab dem Antrage der Staatsanwaltschaft Folge. Die Geschwornen begaben sich nochmals in ihr Beratungszimmer; bei ihrem Wiedererscheinen verkündete der Obmann folgenden Wahrspruch: Acht Stimmen Ja, vier Stimmen Nein.

Der Staatsanwalt beantragte nun die Schuldigsprechung. Jetzt aber nahm der Verteidiger das Wort, um nochmals die Freisprechung zu beantragen. Der Passus der Fragen, ob die Angeklagten dadurch (durch die Verbreitung) die Rechtsbegriffe über das Eigentum herabzuwürdigen oder zu erschüttern versucht u. s. w., sei eine bloße Folgerung des Gerichtshofes, eine bloße Subsumzion, welche dem Gesetze widerspreche, das einen strafbaren Tatbestand dieser Art ohne Wissenschaft des Inhaltes der Druckschrift nicht kenne. Die Bejahung der Schuldfragen begründe demnach keine Schuld.

Der Gerichtshof sprach die Angeklagten schuldig und verurteilte Schindler zu einem und Thilmann zu zwei Monaten Arrest. In der Begründung bemerkte der Vorsitzende, daß der Gerichtshof sich selbst ein Armutszeugnis ausstellen würde, wenn er, nachdem er die Fragen in der vorliegenden Form beschloß und die beantragten Zusatzfragen ablehnte, auf die Anschauung des Verteidigers einginge; dieselbe müsse als unrichtig bezeichnet werden.

Der Verteidiger meldete die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Politische Uebersicht.

Gewissensfreiheit in Oesterreich Den Eheleuten Peuker in Reichenberg, welche sich vor ihrer Verehelichung für konfessionslos erklärt hatten, wurde vom Bezirksschulrate aufgetragen, ihr Kind, ein siebenjähriges Mädchen, in der katolischen Religion unterrichten zu lassen. Peuker rekurirte an den Landesschulrat, welcher dem Bezirksschulrate auftrug, vorerst die rechtskräftige Entscheidung der kompetenten politischen Behörde darüber einzuholen, ob die Schülerin Anna Peuker als konfessionslos zu behandeln sei oder welchem Religionsbekenntnisse sie angehöre. Der Magistrat erkannte, daß das in einer konfessionslosen Ehe geborene Kind Anna Peuker im Sinne des interkonfessionellen Gesetzes vom 25. Mai 1868 und des bereits zitirten Gesetzes vom 9. April 1870 als konfessionslos anzusehen sei und verständigte von dieser Entscheidung das Reichenberger Erzdekanatamt, welches gegen dieselbe den Rekurs an die k. k. Statthalterei einbrachte. Die k. k. Statthalterei behob nun die Entscheidung des Magistrates und verpflichtete mit Erlaß vom 16. Oktober l. J. den Franz Peuker, seine am 10. Juni 1874 geborene Tochter Anna katolisch taufen zu lassen und katolisch zu erziehen. Hiezu fand sich die k. k. Statthalterei durch die Erwägung bestimmt, daß die in den Jahren 1870 und 1872 stattgehabte Konfessionslosigkeitserklärung der Eheleute Franz und Anna Peuker nicht als ein Religionswechsel angesehen werden könnte, da dieser den Uebertritt von einer positiven Religion zur anderen bedeutet (!!), sondern lediglich der Negazion jedes positiven Glaubensbekenntnisses enthalte und daher rücksichtlich des Religionsbekenntnisses und der religiösen Erziehung des Kindes Anna Peuker wirkungslos sei. Die k. k. Statthalterei beruft sich ferner auf den § 139 A. B. G. B., welcher die Eltern verpflichtet, ihre Kinder in der Religion zu unterrichten, ferner auf das Gesetz vom 25. Mai 1868, welches in der entschiedensten Weise verfüge, daß jedes Kind einer bestimmten Religion zu folgen habe, und endlich auf das Reichsvolksschulgesetz vom 14. Mai 1869, nach welchem der Unterricht in den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen auch die Religion in sich zu begreifen hat. Alle diese Normen weisen nach der Entscheidung der k. k. Statthalterei darauf hin, daß es konfessionslose Kinder in Oesterreich überhaupt nicht geben könne und daß die nach der Konfessionslosigkeitserklärung der Eltern geborenen Kinder rücksichtlich ihres religiösen Bekenntnisses und ihrer Erziehung gerade so zu behandeln seien, als ob die Konfessionslosigkeitserklärung ihrer Eltern überhaupt nicht stattgefunden hätte. Das Reichsgesetz vom 9. April 1870 befasse sich nach dem Ausspruche der k. k. Statthalterei nicht mit dem Gegenstande der behandelten Frage, sondern regle blos die Art der Eheschließung und die für den Staat wichtige Matrikenführung in Ansehung solcher Personen, welche keiner gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehören. Von dieser Statthaltereientscheidung ist Franz Peuker mit dem Verfügen verständigt worden, daß es ihm freistehe, gegen dieselbe binnen vier Wochen die Berufung an den Unterrichtsminister einzubringen.

Die „Neue freie Presse", der wir diese Mitteilungen entnehmen, meint, daß diese Entscheidung in den beteiligten Kreisen großes Aufsehen erregen wird. Nach der „Neuen freien Presse" geht die ganze horrende Geschichte nur die Konfessionslosen etwas an. Wenn ein Judenkind einmal den katolischen Pfaffen in die Hände fällt und von ihnen getauft wird, erbebt die ganze Welt von dem Zetergeschrei der Liberalen, d. h. kapitalistischen Judenpresse (siehe Mortara), daß aber das Kind konfessionsloser, d. h. vernünftiger Eltern zwangsweise katolisch gemacht werden soll, obwol die Eltern noch vor Geburt des Kindes aus gutem Grunde sich von dem Alleinseligmachenden losgesagt haben, das hat nur für die „beteiligten Kreise" Interesse. Was ist aber die Ursache, daß sich die Behörde Entscheidungen, wie die Erwähnte zu fällen erlaube? Lediglich der Indifferentismus so vieler, ja der meisten aufgeklärten Menschen. Wurden die vielen Tausende, ja Hunderttausende völlig Aufgeklärte, folglich religionsloser Menschen ihr Heidentum öffentlich bekennen, d. h. sich bei der Behörde als konfessionslos erklären, so würde man mehr Respekt vor ihnen haben und ihre Gewissensfreiheit ebensowenig anzutasten wagen, als die der Herren Katoliken, Protestanten und Juden. Weil es sich eben die meisten daran genug sein lassen, an nichts zu glauben und trotzdem sie nichts glauben, doch Mitglieder einer Religionsgenossenschaft bleiben, darum wird mit der mutigen gesinnungstüchtigen Minderheit in solcher Weise umgesprungen.

Die Delegazionen in Wien und Pest sind geschlossen, die Heereserfordernisse und die bezüglichen Nachtragskredite, so auch die Erfordernisse der übrigen Ministerien sind zum „Wole und Gedeihen des Volkes" bewilligt worden.

„Es ist eine Garantie, daß die Delegazionen mit „großer Bereitwilligkeit" Alle jene Mittel

bewilligt haben, es waren beträchtliche Summen für die Verteidigung Oesterreichs in Ehrfurchtsgebietender Stellung zu erhalten," sagte Schmerling; das Volk sagt anders.

Ueber die Erfordernisse des gemeinsamen Budgets können wir nicht schreiben, da die letzte Nummer aus diesem Grunde objektivirt wurde.

Der Reichsrat ist zusammengetreten und wird Beratungen und Gesetze ausarbeiten. Ob zum Wole des Volkes etwas geschehen wird, ist abzuwarten; wir glauben kaum. Die Zusammensetzung selbst liefert uns schon den Beweis. Zu verzeichnen wäre nur, daß die „Parteien" und Fraktiönchen sich zu einer großen Mischmaschpartei zusammengekittet haben und „vereinigte Linke" heißen.

Diese Vereinigung wird bald aus den Fugen gehen; man wird eines besseren belehrt werden, wie diese Vereinigung das Wol und Wehe des Volkes auffaßt. Im Uebrigen kümmern uns diese Herren nichts, denn ihre Tendenzen sind uns ja bekannt. Der letzte Hoffnungsschimmer ist uns ja abhanden gekommen, das Volk weiß, daß es nur auf seine eigene Kraft und Organisazion angewiesen ist, durch praktische und energische Mittel sich selbst zu befreien.

An Stelle Haymerle's zum Minister des Aeußeren ist Kalnocki berufen worden. Selber wird wol die großen Missionen", deren viele im Oriente für Oesterreich zu vollführen sind, zu leiten wissen. Was daraus entstehen kann, liefert uns die Okkupazion Bosniens.

In der ungarischen Delegazion erklärte Tisza in der Debatte über den Heeresaufwand folgendes: „Wir haben Frieden und friedliche Aussichten, aber Niemand kann dafür einstehen wie lange dieser Friede anhält, ergo ergibt sich, daß die Armee in fortwährenden Kriegszustand erhalten bleiben muß". Nun wer muß es aber bezahlen? Nun wer? das Volk größtenteils.

In der Bocche di Cattaro geht es ernst zu; die Bewohner daselbst, wollen die „Segnungen" des Landwehrgesetzes nicht annehmen, und zeigen furchtbaren Haß gegen jedes Militärwesen; der Bischof wollte die Bevölkerung günstig für den Landwehrdienst stimmen, wurde aber für „diesen Dienst" von der Bevölkerung mißhandelt. Die Aufständischen werden als „Räuberbanden" und „Gesindel" gebrandmarkt, wie anno 1871 die Kommunisten von der Kapitalspresse.

Die sozialistischen Arbeiterblätter scheinen gute Leckerbissen für die Staatsanwälte zu sein. So wurde die letzte Nummer der „Zukunft", „der Metallarbeiter" (zweimal), der „Arbeiterfreund" in Reichenberg, „Boudocnost" in Prag, das „Hutmacher Fachblatt" u. m. a. konfiszirt. Die Abnehmer werden sich daher keine Notizbücher zu kaufen haben, sie können die größtenteils mit weißen Stellen erscheinenden Parteiblätter als solche benützen. So sieht es mit der „sogenannten österreichischen Preßfreiheit" aus. Glückliches Oesterreich.

Versammlungen werden verboten, eine erlaubte wegen eines Zitates aus dem Arbeiterkalender aufgelöst. Die Arbeiter gingen nicht so leicht auseinander; sie riefen einstimmig „hinaus mit der Polizei" „es lebe die Freiheit." Sie folgten nur dem unwiderstehlichen Drang der Zeitverhältnisse.

Ein neues Mordgeschoß. Den Kanonieren des neunzehnten Jahrhunderts steht eine neue Freude bevor; es wurde eine Brandkugel zusammengestellt, die an Tödtlichkeit das Vorzüglichste leistet. Das Ding darf füglich ein „Mordpudding" genannt werden; das Ding ist mit Todespillen förmlich gespickt. Diese neue Kanonenkugel hat die Bestimmung, in eine Heeresmasse geworfen zu werden; dort platzt das gräuliche Projektil und wirtschaftet wie eine Pest; denn es können Hunderte Soldatenleben zugleich damit ausgeblasen werden. Krupp in Essen hat sofort die Komposition dem Erfinder abgekauft, hat auch schon ein Patent darauf genommen, und jetzt wird ein förmliches Wettrennen der verschiedenen Kriegminister nach diesem „Teufelskerl" entstehen; es wird Jeder sein Teil von dieser Waare haben wollen.

Der deutsche „Reichsrat" wurde mit einer sensazionellen Tronrede eröffnet, enthalten sind die „großen sozialen Reformen" des eisernen Kanzler, er will auch in dieser Session seine bekannten Gesetze über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle, über Krankenkassenwesen, Alter und Invalidät und zum Schluß das Tabakmonopol abermals dem Reichsrat unterbreiten, um so sozialdemokratischen Ausschreitungen entgegen zu wirken. Das deutsche Volk hat eingesehen, daß solche Paliativmittel nichts nützen und daher diesen Plänen seine Zustimmung nicht gegeben.

Aus Parteikreisen.

Aus einem Briefe unseres Parteigenossen Leo Walecka an seine Eltern entnehmen wir, daß es in seiner Zelle (Strafanstalt Stein) so kalt ist, daß er sich die Finger erfroren hat. Diese Strafverschärfung war, so viel wir uns erinnern, im Urteile nicht ausgesprochen. Wir hielten auch die vier Jahre Kerker, nebst einem Fastage in jedem Monate für das, was Walecka getan haben sollte, für eine genügend harte Strafe.

Genosse Norbert Zoula hat, wie uns berichtet wird, seit seiner Verhaftung noch gar kein Verhör zu bestehen gehabt. Es ist nahezu vier Wochen, daß derselbe verhaftet wurde. Wir glauben, daß es nicht gesetzlich begründet sei, einen Inquisiten so lange ohne Verhör in Haft zu behalten. Wenn kein Grund für seine weitere Inhaftirung vorliegt, so soll man ihn doch endlich enthaften.

Gemaßregelte Silberarbeiter. Die hiesigen Silberbesteckarbeiter wagten es, von ihren Arbeitsgebern eine neunstündige Arbeitszeit und eine 20perzentige Lohnerhöhung zu verlangen und zwar vom 28. d. M. an. Dieses brachte die Herren Fabrikanten ganz außer Fassung und sie ergriffen daher die energische Maßregel und entließen den 19. d. M. ihre sämmtlichen Arbeiter. Wie uns mitgeteilt wurde, war bei dieser Branche die Normalarbeitszeit nur den Namen nach, denn wenn Arbeit gebraucht wurde, mußten Nächte in Anspruch genommen werden, bei flauem Geschäftsgange dagegen wurde diese auf 5 bis 7 Stunden reduzirt, sehr häufig auch ganz ausgesetzt. Diese Unregelmäßigkeiten, die schwere Arbeit und die geradezu sanitätswidrigen Arbeitslokale der meisten Fabriken, verfelen denn auch ihre Wirkung nicht, denn die meisten Arbeiter erliegen einer und derselben Krankheit schon im Alter von 20 bis 30 Jahren und ist einer so glücklich, ein Alter von ungefär 40 Jahren zu erreichen, so wird er zu der Arbeit unfähig und fallt höchstens seiner Heimatsgemeinde zur Last. Unter solchen Umständen finden wir es ganz natürlich, daß die Besteckarbeiter sich ihre Lage verbessern wollen und sie haben sich auch rasch entschlossen diesen Kampf aufzunehmen und ihre gerechten Forderungen um jeden Preis durchzusetzen.

Dienstag den 15. November fand in Zobel's Bierhalle eine über 2000 Personen besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: Das Kleingewerbe und die Presse. statt. Es sprachen über den ersten Punkt die Genossen Treibenreif, Bernt, Gitschka, Voglgruber, Führer, Schustaczek und Kombas. Ueber den zweiten Punkt sprachen die Genossen Formanek und Schustaczek. Formanek erwähnt der Schwindelinserate in den Tagesblättern, daß oft in ein und demselben Blatte zwei verschiedene Klassen vertreten werden, nämlich die Arbeiterklasse und die kapitalistische, obwol es sehr selten vorkommt, daß die Tagesblätter für den Arbeiter ein Wort verlieren, und wenn sie es tun, so kann man gleich in demselben Blatte hinten lesen, welchem Schwindel sie dem Volke anpreist. Die liberale Presse wirkt korrumpirend auf die Masse des Volkes, sie steht nur im Dienste des Kapitals. Die Arbeiterpresse ist die einzige Presse, welche die Interessen der Arbeiter vertritt, sie ist die einzige geistige Waffe, mit der wir uns Bahn zu brechen haben. Genossen Schustaczek wurde gleich anfangs seiner Rede das Wort entzogen, weil er über die schon so oft in Versammlungen gesprochenen Schweigegelder, welche die liberale Presse für die Geheimhaltung eines Schwindels erhielt, sprechen wollte. Als dem Redner durch den amtirenden Kommissär das Wort entzogen wurde, hörte man Rufe „ausreden lassen" und es entstand ein Tumult, worüber die Versammlung behördlich aufgelöst wurde. Und wie der Kommissär die Anwesenden aufforderte, den Saal zu verlassen, schrie die Menge: „Polizei hinaus! Es lebe die Freiheit!" und von der ganzen Menge, wie sie versammelt war, rührte sich Niemand vom Platze und blieben felsenfest stehen, bis unsererseits mehrmal die Aufforderung erging. Draußen sammelte sich die Menge wieder an, und als die Polizei Gewalt angewendet und die Säbel gezogen, empörte sich die Masse derart, daß es zwischen Polizei und den Arbeitern zu einem Handgemenge kam, wobei einem Sicherheitswachmann der Mantel heruntergerissen wurde und die Genossen Franz Rauch und Feuchtinger verhaftet, dem Landesgerichte eingeliefert und Donnerstag den 17. aus der Haft wieder entlassen wurden. Die Untersuchung wird gegen Beide fortgesetzt. Inwieferne die Verhaftung der Beiden stattgefunden, ist uns nicht bekannt, aber wie wir erfahren, wollte die Polizei mehrere Verhaftungen vornehmen, was aber mißlang. Und fragen wir Jemanden, wer hat diese ganze Szene provozirt? so muß er sagen: die Polizei. Allerdings entschuldigte sich die Kommissär als man ihm einen Arbeiterkalender vom Jahre 1878 zeigte, wo dies so verhängnisvolle und diskutirbar „gefährliche" Schweigegeld veröffentlicht ist, dadurch, er könne doch nicht Alles gelesen haben. Also mithin könnte der Herr Kommissär auch sagen: Was ich nicht gelesen, darf auch nicht gesprochen werden. Hier zeigt sich offenbar die Willkür in unserem „freien" Oesterreich.

Niemes, im Oktober 1881. Geehrter Herr Redakteur! Es dürften schon einige Jahre verflossen sein, daß über die Zustände in der hiesigen Möbelfabrik in den Parteiblättern nichts in die Oeffentlichkeit gelangt ist und die Leser derselben dürften vielleicht der Meinung sein, daß dieselbe gar nicht mehr existirt, oder aber, daß die Arbeiter allda auf Rosen gebettet sind. Was das Erstere betrifft, so existirt die Fabrik nicht nur noch, sondern dieselbe prosperirt (blüt nämlich) was Leistung und Unternehmergewinn anbelangt. Was das Zweite betrifft, so sind die Verhältnisse für die Arbeiter trotz des fast stets glänzenden Geschäftsganges, so wenig rosig, daß in Bezug des langen Schweigens in der Oeffentlichkeit und meines gegenwärtigen Berichtes wol die Worte des Nazareners am Platze wären: „Wenn ich schweige, so müßten die Steine reden".

Die Fabrik dürfte 5—700 Arbeiter in der Fabrik und 2—300 außer Hause beschäftigen, wovon mindestens die Hälfte dem weiblichen Geschlechte angehören. Die Arbeitszeit währt von Früh 6 Uhr bis Abends 7 Uhr, ½ Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag und ¼ Stunde Nachmittag (Jause). Doch wird häufig und besonders im Sommer schon um 4 und 5 Uhr Früh angefangen und bis Abends 8 und 9 Uhr gearbeitet. An Sonn- und Feiertagen wird in der Regel nicht, sondern nur in dringenden Ausnahmsfällen gearbeitet, steht es schwarz auf weiß in der Fabriksordnung; doch diese dringenden Ausnahmsfälle gehören zur Regel und geht die Fabriksleitung soweit, auch an Sonn- und Feiertagen eine Stunde festzusetzen, wenn die Arbeiter anfangen und aufhören sollen und werden dagegen Handelnde mit Geldstrafen belegt. Die Entlohnung ist dieselbe wie an Werktagen, denn es geht alles nach Stück und Akkord. Nach welchem Gesetze hat ein Arbeitgeber das Recht, seine Arbeiter zur regelmäßigen Arbeit an Sonn- und Feiertagen zu zwingen, ohne dieselben, dafür besser zu entlohnen? Doch was kümmert sich ein Fabrilsdespot und Millionär um Recht und Gesetz? Diese Leute machen sich die Gesetze selbst und handhaben dieselben nach ihrem Belieben wie es ihrem Interesse entspricht. Doch wird von den Arbeitern, besonders den weiblichen, auch häufig freiwillig an Sonntagen und über den Feierabend gearbeitet. Solche Arbeiter begreifen nicht, daß sie durch solches Vorgehen die Löhne herabsetzen und sich und ihren Kindern sozusagen das Brot vom Munde wegziehen.

Geldstrafen und Unglücksfälle gehören jetzt zur täglichen stehenden Rubrik. So verunglückte im Verlaufe dieses Sommers ein junges Mädchen an einem Sonntage und brach den Arm und zwar nur durch Nachlässigkeit der Fabriksleitung. Das Mädchen oder vielmehr deren Eltern besaßen nicht soviel Herz, um energisch aufzutreten und eine entsprechende Entschädigung zu beanspruchen, welche aus mehrfachen Gründen von den Chefs hätte geleistet werden müssen, sondern begnügte sich mit einem Geschenk von 10 fl., sage zehn Gulden. Da das Mädchen von einem auswärtigem Dorfe war, so wurde selbe in die Behausung eines Aufsehers Namens Wiesner gebracht, wo selbe die erste Zeit verpflegt werden solite, die geschenkte Zehnernote des Mädchens verschwand dort auf rätselhafte Weise vom Fenster. Frau W. gab an, sie hätte dieselbe beim Zimmerauskehren, vermeintlich als Papier in den Ofen gesteckt und wollte auch Ueberreste davon gefunden haben. Böse Zungen meinten aber, die superkluge Frau W. hätte den Zehner für ihre Pflege annektirt, aber natürlich waren das nur Meinungen „böser Zungen". Nach kurzer Zeit, als das Gerede zu bunt wurde, wurde die Zehnernote auf einige Fetzen zerrissen an diversen Stellen des inneren Hauses des W. gefunden und das kleine 3jährige Mädchen des W. sollte die Note zerrissen und dort die Stücke versteckt haben. Das arme Mädchen sammt ihren Eltern waren also der geschenkten 10 fl. verlustig und hatte dasselbe nichts für ihre wochenlange Arbeitsunfähigkeit als die Unterstützung der Krankenkasse durch 6 Wochen, per Tag 23 kr. Es wird eben nicht länger als 6 Wochen, nach dreimonatlichen Eintritt, Krankengeld ausgefolgt und wird die Krankenkasse von der Fabriksleitung absolut verwaltet. Statutengemäß soll alle Jahre eine Generalversammlung abgehalten, Rechnung gelegt und 6 Beiräte aus der Mitte der Arbeiter gewält werden. Doch hat schon mehrere Jahre keine Versammlung, auch keine Wal stattgefunden, noch haben die Arbeiter etwas von einer Rechnung erfahren. Kein Arbeiter weiß, wie viele tausend Gulden die Krankenkasse besitzt (es möge allerdings ein stattliches Sümmchen sein) dieselben dürfen nur alle Wochen hineinzahlen und sich weiter um nichts kümmern. Das Geld findet schon seine Verwendung. Die Verwaltung der Krankenkasse ist eine absolute Paschawirtschaft im vollsten Sinne des Wortes. Die Arbeiter haben nur das Recht zu zahlen, um alles andere haben sie sich nicht zu kümmern. Ich bin überzeugt, daß es eine Klique von Arbeitern, sowie bornirte kleine Geschäftsleute hierorts gibt, welche wegen dieses Berichtes Mord und Zeter schreien werden. Diese Arbeiter, resp. Knechtsseelen, welche den Ehrennamen Arbeiter gar nicht verdienen, welche sich einigermaßen dort wol und günstig situirt befinden (jedoch nur auf Kosten ihrer Mitarbeiter, indem sie dieselben übervorteilen und anzuschwärzen suchen) glauben, wenn man die Uebelstände einer Fabrik beleuchtet und kritisirt, ist man gegen die Existenz der Fabrik selbst, oder überhaupt gegen das Bestehen der Maschinen und Großindustrie und man möchte die Produktion wieder auf den alten Standpunkt der Zünftler zurückschrauben; oder man verwechselt die Person mit der Sache und denkt man handle aus persönlicher Gehässigkeit. Allen dergleichen Querköpfen sei es zum Tausendstenmale gesagt: Wir Sozialdemokraten sind keine Gegner der Großproduktion und der Maschinen, wir wollen die Fabriken und Maschinen nicht von der Erde vertilgen, sondern wollen den Maschinen- und Großbetrieb auf alle möglichen Gebiete ausgedehnt und angewendet wissen; aber wir wollen, daß Fabriken und Maschinen und überhaupt alle Produkzionswerkzeuge nicht denen gehören, welche die Millionen besitzen sich selbe anzuschaffen, sondern daß dieselben dem Volke, d. h. denen gehören; welche damit arbeiten und erzeugen. Was die persönliche Gehässigkeit betrifft, so bekämpfen wir nicht in kleinlicher Weise einzelne Personen, sondern nur die Zuständen und das Sistem und wissen ganz wol, daß die Personen selbst nur Produkte ihrer Zeit und ihrer Verhältnisse sind, was aber allerdings nicht ausschließt, daß wir die ungerechte und harte Handlungsweise Einzelner unbarmherzig geißeln. Die Fabrik besitzt gegenwärtig circa 20 Aufseher und Abnehmer, unter denen es Einige gibt, welche die Grundsätze besonders huldigen: „Nach Oben kriechen und nach Unten treten" und soll sich hier besonders genannter Wiesner und Ludwig auszeichnen. Letzterer soll früher Aufseher in einer Korrekzionsanstalt in Sachsen gewesen sein. Der Schwiegervater des Ersteren gilt als Spion und treuer Pudel in der Fabrik und versäumt keine Gelegenheit andere Arbeiter zu verkleinern und anzuschwärzen. Allerdings gibt es hier einzelne Arbeiter, welche sich ein „schönes Geld" verdienen, aber es geschieht, wie ich schon erwähnt, auf Kosten anderer Arbeiter. Unter den Ersteren sind auch einige glückliche Weibsportionen mit hübschen Gesichtern, während andere minder glückliche dafür Strafe zahlen müssen, trotz aller Mühe und Arbeit. Unter dem Schlagworte „Postarbeit" werden die Leute oft gezwungen, Außerordentliches zu leisten und mit überspannter Kraftanstrengung zu arbeiten. Diese außerordentliche Leistung und Kraftanwendung von 14—18 Stunden täglichen Arbeitszeit wird dann zur Richtschnur einer normalen Leistung genommen, nach dieser ein Lohnminimum fixirt und falls dies nicht erreicht wird, Geldstrafen verhängt, wovon besonders die Flechterinnen hart betroffen werden. Diese Geldstrafen betragen an manchen Zaltagen 50—60 fl., wohin das Geld kommt, wissen die Götter. Doch nein, es steht ja schwarz auf weiß in den Statuten: „Alle (?) Strafgelder fließen der Krankenkasse zu" oder vielleicht nicht? — Die Gimpel gingen auf den Leim, wenn es Postarbeit hieß, arbeiteten dieselben von 4 Uhr Früh bis nach Mitternacht und die Folge davon war, daß man dann diese Menge von Arbeit als regelmäßig verlangt. Solche, deren körperliche Kräfte es erlauben, sehr viel zu schinden und dabei in der Gunst der Abnehmer stehen und wenig Arbeit oder gar keine zurück gelegt bekommen, bekommen Belohnung oder Prämie am Zaltage, wenn sie das Lohnminimum überschritten haben. In der Regel gehen hier Mann und Frau in die Fabrik, oder es arbeitet die Frau zu Hause für die Fabrik. Die Kinder werden meist alten verdrießlichen Müttern zur Pflege überlassen. Wie es unter solchen Umständen mit der Pflege und Erziehung der Kinder aussehen mag, kann sich Jeder leicht einen Begriff machen. Die Frauen sind genötigt, um ihr Ziel zu erreichen, alles Waschen und Reinigen, für die Kinder alle Pflege, überhaupt alle häuslichen Arbeiten an den Nagel zu hängen, um sich ganz und gar der Fabrik widmen, resp. opfern zu können, um den Unternehmern die Millionen vermehren zu helfen. Schwangere Frauen gehen bis 8 Tage vor ihrer Niederkunft in die Fabrik und kaum 14 Tage nach derselben, schon wieder dahin. Muß auf diese Weise nicht eine ganz siechе Generazion heranwachsen? Ueberhaupt sind viele Arbeiten sehr gesundheitsschädlich und kommen auch sehr viele Krankheits- und Sterbefälle, besonders bei jungen Mädchen vor. Durch die Bestimmung, daß, wer 5 Minuten nach dem Pfeiffen nicht an Ort und Stelle ist, mit Geldstrafe belegt wird, vermacht, daß die Leute, besonders solche, welche etwas entfernt wohnen, sehr schnell laufen müssen, wodurch sie sich erhitzen und dann wieder abkühlen, Tuberkulose muß die häufige Folge dieser Maßregel sein. Die Aussicht ist für Niemes für die Zukunft nicht besonders günstig. Die Zal der invaliden, siechen und arbeitsunfähigen, jedoch verhältnißmäßig noch jungen Leute dürften in 15—20 Jahren eine enorme sein. Die Herren Fischel werden ihre Millionen eingesackt, resp. ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben und Niemes Vale sagen; und die weniger bemittelten Bürger von hier, werden die Unzal von arbeitsunfähigen Leuten erhalten müssen. (Fortsetzung folgt.)

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Die „Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse in Wien" hat als Administrazion des Verbandes in Erledigung des Ansuchens um Genehmigung der am diesjährigen Verbandstage beschlossenen Statuten-

änderungen nachstehenden Erlaß von der k. k. Polizeidirekzion zugestellt erhalten:

Z 67.811.

Se. Exz. Herr Statthalter in Niederösterreich hat mit h. Erlaß vom 16. d. M. Z. 45.948 Nachstehendes anher eröffnet:

Das h. k. k. Ministerium des Innern hat mit Erlaß vom 16. November 1881 Z. 17.407 die Vornahme der vom Verbande der „Arbeiter-Kranken- und Invalidenunterstützungsvereine innerhalb Oesterreich-Ungarn" in Wien, mit der Eingabe de praes. 29. Oktober 1881 hohen Orts angezeigten Aenderung der Statuten dieses Verbandes in Gemäßheit des §. 6 des Gesetzes vom 15. November 1867 R.-G.-Bl. Nr. 134 zu untersagen befunden, weil sich die mit den geänderten Statuten beabsichtigte Ausdehnung des Verbandes auf die von Arbeitern verwalteten Fach- und Gewerkschaftsvereine als staatsgefährlich darstellt. Hievon werden Sie, als derzeitiger Obmann der „Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse in Wien" (unter Anschluß der entbehrlichen 5 Statutenexemplare), verständigt.

Wien, am 21. November 1 81.

An den „Verband der Arbeiter-Kranken- und Invalidenunterstützungsverein innerhalb Oesterreich-Ungarn" in Wien.

Eine Verbindung von harmlosen Krankenkassen, bestehend in der gegenseitigen Unterstützung ihrer Mitglieder auf Grundlage der gegenseitigen Verrechnung ..... staatsgefährlich! Bedarf keines weiteren Kommentars.

Wien. Am 9. Oktober fand die Generalversammlung des allgemeinen Arbeitervereines mit der Tagesordnung: 1. Vereinsbericht; 2. Neuwal des Ausschusses; 3. Vortrag über Weltgeschichte 4. Anträge und Interpellazionen unter dem Vorsitze des Genossen Koslovits statt.

Zum ersten Punkte berichtet der Kassier über einen Kassestand von 32 fl. 56 kr.; Fortbildungssekzion berichtet, daß in diesem Halbjahre 6 Vorträge stattfanden und 136 wissenschaftliche Bücher ausgeliehen wurden, ferner, daß verschiedene Wiener Blätter im Vereine aufliegen und in diesem Monat ein Zeichnenunterricht, sowie ein Kurs über Geometrie für Fortgeschrittene eingeführt wird; Einschreibesekzion berichtet, daß in diesem Halbjahre 553 Kupons und 120 Einschreibegebühren gelöst wurden; Wirtschaftssekzion berichtet: Einnahmen fl. 17·52, Ausgaben fl. 16·74, Kassestand fl. 1·78; Kontrole berichtet, daß Alles in Ordnung befunden wurde, bis auf die Bibliotek, wo 9 Bücher über die rechtmäßige Zeit ausständig sind, welche vom Bibliotekar dem Vereine zuzuführen sind; Ordnersekzion gibt hiemit bekannt, daß 153 Gäste in diesem halben Jahre anwesend waren Hierauf wurden Punkt für Punkt erledigt. Ant. Wordack, Schriftführer.

Eingesendet.

Wien, am 21. November 1881.

Geehrter Herr Redakteur!

Ich ersuche um Aufnahme folgender Zeilen in unser Parteiorgan.

An die Anstreichergehilfen Wiens! Ich kann es nicht unterlassen und halte es für meine Pflicht, Einiges über die Anstreichermeister Feger und Freytag der Oeffentlikeit zu übergeben.

Die beiden obgenannten Herren verstehen es perfekt im Sommer, wenn das Geschäft gut geht, ihren Arbeitern große Versprechungen für den Winter zu machen und sie noch obendrein zu überreden, ihnen tüchtige Arbeiter zuzuführen.

Nun will ich in Kürze hier anführen, wie es mit den Versprechungen aussieht, und zugleich jeden Anstreichergehilfen davor warnen, nicht in die Falle dieser Herren Meister zu gehen. Diese beiden Herren, wo nämlich der erstgenannte davon Sozialist gewesen ist, behaupten ganz kühn, sie schenken ihren Arbeitern den Lohn, welcher im Winter, höret und staunet, 5 bis 7 fl. ö. W. beträgt, den nicht ein Arbeiter unter den 20, welche sie beschäftigen, verdient. Ich möchte mir die Frage erlauben, wo denn die Herren, welche doch selbst nur dem Kleingewerbestand angehören, das Geld hernehmen, das sie so großmutig an ihre Arbeiter verschenken, da beide doch selbst nichts arbeiten und doch gut leben. Und doch sind die Arbeiter so undankbar und machen böse Miene, wenn ihnen am Samstag der Hungerslohn ausbezalt wird, ja, dem Arbeiter soll noch das Herz im Leibe lachen bei dieser grenzenlosen Ausbeuterei — nun, das wäre nichts Neues; aber der Exsozialist Feger verlangt noch dazu, man soll seinen Nebenarbeiter, wenn er unzufrieden ist mit dem „geschenkten" Lohn oder nicht so arbeitet, wie diese beiden Herren glauben, d. h. sich zu Tode schindet, ihn denunziren, damit er selben entlassen kann. Zur Entlassung bedarf es daher nur einer bösen Miene bei der Auszalung, weil dies nach der weisen Behauptung des Herrn Freytag sozialistisch sei, welcher überhaupt ein sehr „geschneidter" Mann ist, vom Sozialismus aber so viel versteht, wie eine Katze vom Stenografiren. Und trotz dieser auferbaulichen Zustände in dieser Werkstätte gibt es dort dennoch Arbeiter, die diesen beiden Herren Alles zutragen und ihre Kollegen verdächtigen, den Herren Weintrauben spendiren, um dann dafür mit einem Tiernamen getauft zu werden. Daher Kollegen, überlasse ich das Vorgehen dieser Herren sammt ihren Arbeitern Euerer Beurteilung und gebe mich der Ueberzeugung hin, ihr werdet dieses gehörig zu würdigen wissen. Wenn ich die Namen nicht nenne, so geschieht es aus dem Grunde, weil ich unser Parteiorgan nicht beschmutzen will. Euch aber Kollegen, fordere ich auf, unser Parteiorgan zu abonniren und fleißig zu lesen, besucht die Volksversammlungen und organisirt Euch, dann werden wir über solche Uebelstände bald nicht mehr klagen. Mit sozialdemokratischen Gruß

Eduard Holbein, 5. Bez., Wimmergasse 31.

Es diene dem Fabrikanten D... ll, 5. Bezirk, Schloßgasse zu Warnung: er möge seine Arbeiter jeden Samstag ausbezalen, damit dieselben nicht gezwungen sind, während der Woche um ihren schon langs verdienten Lohn zu betteln und überhaupt damit er keinen Anlaß hat, zu sagen: „Ist der Stall hinten schon wieder offen!" (die Kanzlei, wo sich die Arbeiter einfinden, nennt er Stall) „Heute ist's nichts, sollen morgen kommen." Des andern Tags kommen die Arbeiter wieder in der Hoffnung, ihren schon lange verdienten Blutlohn endlich in Empfang zu nehmen. Aber welche Enttauschung, da heißt es: „Jagt sie hinaus!" ....

Wir fragen nun die geehrten Leser, ob dies dem Alles schaffenden Arbeiter gegenüber eine Behandlung ist? Sollte sich der Fabrikant auf dieses Schreiben nicht bekehren, so sind wir gezwungen, das nachste Mal seinen vollen Namen zu nennen. —

N. N.

Folgendes wird zeigen, wie es mit unserem Vereinsrechte bestellt ist: Montag den 21. d. M. wollte der neu konstituirte Gewerbeverein der Schneider Wien's im Vereinslokale eine Wahlbesprechung für die kommende Generalversammlung abhalten. Als um ½8 Uhr mehrere Vereinsmitglieder anwesend waren und eine große Anzal sich einschreiben lassen wollten, erschien ein Polizeikommissär in Begleitung von zwei Detektivs und erklärte die vorhandenen Papiere, sowie ein Notizbuch, welches einem Vereinsmitgliede gehörte und zufällig am Tische lag, mit Beschlag zu belegen und die Versammlung (?) für aufgelöst. Erst auf die Auseinandersetzung von Seite des Obmannes, gab der amtirende Kommissär nach, er ließ die mit Beschlag belegten Sachen wider liegen und beschränkte sich darauf, die weiteren Einschreibungen zu verbieten, indem er sagte, daß jede Zusammenkunft, an welcher so viele Arbeiter teilnehmen, als Versammlung behördlich angezeigt werden müsse. Tags darauf brachte der Obmann bei der Behörde eine Beschwerde ein, wo ihm bedeutet wurde, daß es nur ein Formfeler gewesen sei, das Uebrige wird man bei Gericht erfahren. Aus diesem geht hervor, daß man Alles leichter in Szene setzen kann, als einen Arbeiterverein, dessen Gründung ohnehin schon so viel gekostet hat. Den Fachkollegen rufen wir zu: Lasset Euch nicht beirren und tretet dem Vereine bei, denn nur durch Bildung allein kommen wir zu unserem Ziele.

Ausweise.

Nr. 107.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Gesammtsumme Wien und Provinz 90 fl. 09 kr., Graz 16 fl. 40 kr. Detailirter Ausweis in nächster Nummer.

Briefkasten.

Redakzion. An mehrere Genossen: Der Artikel über die Waldbewegung in Deutschland folgt in nächster Nummer.

Administrazion. Frankenberger, Wien: Vom ersten Februar an. — Hofer in Kindberg: War im Schreiben nicht angegeben, wozu daher die Ausweisung — Allg. Arbeiterverein in Neustadtl bei Friedland: 20 kr. gut. — Arbeiter-Bildungsverein: Bis Ende August 1882.

Ankündigungen.

Einladung

zu dem

Sonntag, 27. November

in

Schwender's Colosseum

stattfindenden

13. Gründungs-Fest

des

Arbeiter-Bildungsvereines in Wien.

Programm:

Amorsaal: Konzert der Regimentskapelle König der Niederlande Nr. 63. Gesangsvorträge der Liedertafel des Arbeiter-Bildungsvereines. Um 10 Uhr Festrede, gesprochen vom Herrn Matzinger. Um 12 Uhr eventuell Begrüßungsreden der Herren Delegirten. — **Florasaal:** Ball. — **Prachthalle:** Konzert der vollständigen Kapelle Edelweiß. Komische Liedervorträge vom Doppelquartett des Arbeiter-Bildungsvereines. Um 11 Uhr Festrede, gesprochen von Herrn Kraus. — Kassaeröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. — Frühergelöste Karten 30 kr., mit der Einladungskarte 40 kr., an der Kasse 50 kr. — Eintrittskarten à 30 kr. sind in allen Arbeitervereinen zu haben.

Die Festsection.

Demnächst erscheint im Verlage des Genossen **Heinrich Hotze**, 6. Bez., Gumpendorferstraße 78, der österreichische

Arbeiter-Kalender

für das Jahr 1882.

Inhalt: Kurzer Abriß aus der Geschichte des Kalenderwesens. — Kalendarium. — Das neue Jahr! Gedicht von Breuer. — Zeitbetrachtungen zum Jahresschlusse. — Gemaßregelt. Novelle v. D. P. — Fragmente und Gedankensplitter. — Der Janustempel, von Börne. — Gedichte. — Arbeitervereine Oesterreichs. — Kurzgefaßte Briefpostbestimmungen. — Stempeltarif.

Preis per Exemplar 25 kr. Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außerdem 5 kr. Postporto zu entrichten.

Es werden alle jene Genossen, welche noch Kalender für das Jahr 1881 restiren, ersucht, dieselben baldigst zu begleichen, widrigenfalls dieselben in der „Zukunft" namentlich aufgefordert werden.

Wien. Samstag den 26. Nov. dritte Gründungs-Liedertafel des Arbeiter-Sängerbund, unter Leitung des Herrn C. Bayer, verbunden mit Tanzkränzchen, in den Sälen zu den „drei Engeln", 4. Bez, große Neugasse. Frühergelöste Karten 30, an der Kasse 40 kr. Anfang halb 9 Uhr. — Hiebei kommt ein neuer Arbeiterkor, vom Herrn Kormeister Herrn C. Bayer, zur ersten Aufführung.

Wien. Freie Arbeiterversammlung Sonntag den 27. November, 2 Uhr nachmittags, 10. Bez., Geiselberg, Gosel's Lokalitäten. Tagesordnung: 1. Die Lage der Arbeiter im Allgemeinen; 2. die Presse.

Wien. Der Fortbildungs- und Unterstützungsverein sämmtlicher Musikinstrumentenmacher Wiens gibt bekannt, daß die Musikkapelle desselben neukonstituirt ist, und sich allen Arbeitervereinen zur Benützung empfielt. Zugleich werden sämmtliche Arbeitervereine freundlichst eingeladen, die am 26. November, abends 7 Uhr, in ihrem Vereinslokale, 6. Bez., Magdalenenstraße 42, Gasthaus „zur Kettenbrücke" stattfindende Generalprobe durch Vertreter zu besuchen, um sich von der Leistungsfähigkeit derselben zu überzeugen und zugleich die Honorarfrage zu besprechen.

Wien. Arbeiter Wiens! Unterfertigter Vorstand gibt hiemit bekannt, daß im Laufe dieses Monats zwei Unterrichte begonnen haben, und zwar Montag von ½8 bis 9 Uhr abends Geometrie und Freitag von ½8 bis 9 Uhr Gesetzeslehre von Dr. Glaser.

Arbeiter! Indem diese Unterrichte jedem Arbeiter unumgänglich notwendig sind, erlaubt sich gefertigter Ausschuß, Sie zu dessen Besuche im eigenen Interesse einzuladen. Der Ausschuß des allgemeinen Arbeitervereines in Wien, 6. Bez., Dreihufeisengasse 13, Gasthaus „zum Wasen". Einschreibungen finden daselbst jeden Samstag von ½8 bis 9 Uhr statt.

Wien. Die für Dienstag den 15. November, 9 Uhr vormittags, im Saale „zum weißen Engel", Gärtnergasse, Neulerchenfeld, anberaumte freie Versammlung der Manufaktur-Arbeiter und -Arbeiterinnen findet erst Montag den 28. November, 7 Uhr abends, im obgenannten Lokale statt.

Wien. Freie Schneiderversammlung Sonntag den 27. November, halb zwei Uhr nachmittags, in Pilz' Bierhalle, 6. Bez., Rahlgasse 8. Tagesordnung: 1. Genossenschaftsangelegenheiten; 2. die Normalarbeitszeit.

Wien. Montag den 28. November, halb acht Uhr abends, findet die erste Generalversammlung des Gewerbevereines der Schneider Wiens im Vereinslokale, 1. Bez., Schottenring 15, in Gerhold's Bierhalle, statt.

Graz. Montag den 28. November, 8 Uhr abends findet im Salon „zum Königstiger" eine öffentliche Monatsversammlung des Arbeiterbundes statt. Pflicht der Parteigenossen ist es, am Platze zu sein.

Aufruf. Diejenigen, welche Mitglieder der allgemeinen Kranken- und Invalidenkassa, Zentrale Klagenfurt gewesen oder noch sind, werden freundlichst ersucht, auf Kosten unserer Kassa ihre Mitgliedsbücheln an die Zentrale Klagenfurt einzusenden, so auch möglichst die Bestätigung über ihre eingesendeten Gelder. Gleichzeitig werden sämmtliche Verbands-, so auch die übrigen Krankenkassen freundlichst ersucht, wo solche Mitglieder sind, sie dazu aufzufordern. Der Ausschuß.

Danksagung.

Unterfertigte erstatten hiemit ihren verbindlichsten brüderlichen Dank für die von guten Freunden und Genossen irgend welche zu Teil gewordene Unterstützung während unserer Strafhaft. Wir versprechen auch fortan wieder für's Wol und Beste der Arbeiter und deren Rechte nach Kräften zu sorgen und einzutreten!

Mit Brudergruß und Handschlag die treuen Genossen:
Johann Wurmbrand; Lukas Skubbl; Karl Reininger und Anton Lintschinger.

Kindberg, den 14. November 1881.

Danksagung.

Ich gebe hiemit die schmerzliche Nachricht von dem am 16. d. erfolgten Ableben meines innigstgeliebten Gatten. Allen unten Genannten spreche ich für die mir in meiner Not zugekommene Unterstützung den innigsten Dank aus: Union der Metallarbeiter 5 fl., Gewerkschaft der Metallarbeiter 8 fl., Sammlung durch Herrn Menzel 4 fl., aus der Fabrik Brückner 2 fl. 6 kr., Fabrik Sasse 6 fl., Herr Mali 30 kr., Wagner 20 kr., Scharitzer 20 kr.

Marie Bajer.

Aufforderung.

Jener Herr, welcher Dienstag den 15. November, abends nach der Volksversammlung mit in das Gasthaus „zur blauen Flasche" ging, hat seinen Hut mit dem den Franz Schustazek gehörenden vertauscht. Der betreffende Herr wird daher freundlichst ersucht, Samstag, abends 7 Uhr seinen rechten Hut in der Administrazion der „Zukunft" abzuholen.

Geschäftsempfelung.

Ich gebe den Genossen bekannt, daß ich eine Heurigenschänke eröffnet habe, ich werde bestrebt sein, stets echte und unverfälsche Original-Oesterreicher und Ungar-Weine auszuschänken. Bednark, Alt-Ottakring, Hauptstraße 100.

Zu verkaufen

Otto Spammer's „Illustrirter Konversazions-Lexikon", unaufgeschnitten, sammt Atlas, 6. Bezirk, Brauergasse 3, Tür 7. [20]

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Die nächste Nummer erscheint am 8. Dezember.

Herausgeber und Verleger: **Heinrich Hohe, Ignaz Formanek, August Läppen, Anton Christoph.**

Verantwortlicher Redakteur: **Heinrich Hohe.**

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.

Nr. 51 der „Zukunft wurde konfiszirt, Nr. 52 wurde ebenfalls konfiszirt (2. Auflage nicht gestattet) und Nr. 53 wurde sammt Beilage konfiszirt.

Redaktion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kreuzband) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 5 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unversiegelte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte werden nicht zurückgegeben.

Nr. 53. Wien, Donnerstag 8. Dezember. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Priester und Pfaffen.

Eigentümlich ist es für die Jetztzeit, daß man so sehr die Verhüllung, die Mummerei liebt, während andererseits das Altertum sich in ihrer nackten Blöße zeigte. Ebenso karakteristisch ist es wieder, daß diese Eigentümlichkeit des Verbergens und Verhüllens in Allem zum Ausdrucke kommt, sogar in der Selbsttaufe der Parteien mitunter.

„Sucht nur die Menschen zu verwirren, sie zu befriedigen ist schwer!" sagt Göthe, und beim Bachus, unsere Gegner verstehen es vorzüglich, daraus Kapital zu schlagen, denn ihre ganze Tätigkeit ist eine Verwirrungstaktik; sie ist eine Prostituirung der heiligsten, edelsten, erhabensten Ideale, ein böser gefährlicher Mummenschanz, gefährlich für die reinsten und ewigen Prinzipien, welche die unzerstörbaren Grundsäulen der Wahrheit und des Rechtes bilden sollen.

Höchst sonderbar ist es aber, daß bei diesem Karnevalsscherz, den unsere Gegner unermüdlich und mit einem Eifer, der wahrlich einer besseren Sache würdig wäre — spielen, diese nie an eine Demaskirung denken, vielleicht fürchten sie, daß eben ein zu eckelhaftes Zerrbild zum Vorschein käme. Nun sei es, wie es sei! häufig kommt es ja vor, daß einem die Neugierde plagt und man einer Maske die Larve vom Gesichte hinwegnimmt, warum sollen wir nicht dasselbe tun.

Die vermummte Gestalt, die vor uns steht, ist die moderne Demokratie.

Indem wir ihr die Larve vom Antlitze herunternehmen, können wir nicht umhin, auch ihre Verehrer zu demaskiren, beziehungsweise einige Worte über unsere sogenannten Demokraten zu verlieren, da sie doch als beständige Statisten im Hintergrunde stehen, und es unmöglich ist, ein Gemälde ohne Hintergrund zu geben.

Mit den Verehrern der Maske Demokratie sieht es ganz eigentümlich aus. Sie entwickeln eine ungeheure Suada und führen beständig das Wort Freiheit im Munde; doch es krabbelt ihnen wol um die Ohren, allein zum Herzen dringt es nicht!

Dies ersehen wir alsbald, wir dürfen nur ihre Handlungsweisen, ihr Verhalten beobachten.

Ist es diesen Menschen wirklich um eine Demokratie (Volksherrschaft) zu tun oder ist ihr Name nur urpirt, nur ein Sobriquet? Wir wollen einige Tatsachen anführen, die hierüber hinreichende Aufklärung gewähren.

Noch nie wurde von dieser Menschenklasse, einige rühmliche Ausnahmen abgerechnet, der Antrag wegen Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechtes allgemein befürwortet. Und wir fragen nun, worin soll denn eigentlich Eure Volksherrschaft, die doch Euer Name ausdrückt, bestehen? Etwa darin, daß eine herrschende Koterie nach Willkür mit dem Volke schalte und walte und es zur Untätigkeit, zum Schweigen verdammt sei? Dies wäre eine saubere Demokratie! Oder seid Ihr vielleicht allein das Volk, der Staat und zur Herrschaft berechtigt? Wenn Euch in diesem Falle der Name Demokrat gebühren würde, so könnte sich jeder Despot einen Demokraten nennen, denn er sagt doch in der Regel, ich bin der Staat, wie z. B. Louis XI. (L'État c'est moi).

Ferner wie verhält es sich denn mit der Abschaffung der stehenden Heere? Verträgt sich etwa diese Instituzion mit dem wahren Geiste der Demokratie und wird in dieser Hinsicht vielleicht von den sogenannten Demokraten etwas geleistet?

Im Gegenteile! wenn ein solcher Gegenstand aus Versehen unter ihnen zur Sprache kommt, so benehmen sie sich ganz ungeberdig, sie treten denselben mit aller Entschiedenheit entgegen.

Endlich wurde je der Antrag bezüglich einer Assoziazion mittelst Staatshilfe von einem der sogenannten Demokraten erhoben?

Auch hier fällt die Antwort entschieden mit „Nein" aus; im Gegenteile, die Herren Demokraten schwärmen für das gegenwärtige kapitalistische Ausbeutungssistem.

Nun fassen wir die Wirkung speziell dieses modernen Produkzionssistems ins Auge und untersuchen wir, wie sich dasselbe mit dem Geiste der wahren Demokratie verträgt?

Wer die Eigentümlichkeiten der aktuellen Industrieepoche nur halbwegs nachzudenken sich bemüht hat, muß uns unbedingt Eines zugestehen, nämlich, daß die jetzige Großindustrie die Siegerin im Kampfe mit den ihr entgegenstehenden Elementen früher oder später bleiben müsse. Der Kleinindustrielle muß seine Waffen strecken, wenn es Herr Löblich mit seinem Gewerbetag auch noch so löblich gemeint, es ist Alles vergeblich; die eherne Naturnotwendigkeit gebietet.

Es muß demnach unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Kleingewerbsmann und Bauer vollends verschwinden und an ihre Stelle der Proletarier der Großindustrie und des Großgrundbesitzes treten.

Es ergibt sich aber ferner mit evidenter Gewißheit die Tatsache, daß ein Stand mit gemäßigtem Besitze und erklecklichem Wolstande, in weiterer Entwicklung der aktuellen Zustände geradezu unmöglich ist, und daß zwei schroffe Besitzkontraste: Reichtum und Armut, sich im Laufe der Zeit ausbilden müssen.

Diese Tatsache wird uns auch derjenige zugeben, welcher über die Sonderbarkeiten der jetzigen Industrieverhältnisse in politisch-ökonomischer Hinsicht wenig nachgedacht hat, denn die tagtäglichen Erscheinungen belehren ihn über das Obenerwähnte. Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß kleine Existenzen zusammenbrechen und wer dieses Faktum nicht wahrnimmt, der hat keine Augen um zu sehen.

Nun hat es aber eine ganz sonderbare Bewandtnis mit der Demokratie oder Volksherrschaft.

So wie eben jedes Gouvernement, so hat auch die Demokratie eine bestimmte, ihr eigentümliche Triebkraft, welche sozusagen ihre Existenzbedingung bildet und diese Triebkraft der Demokratie ist die Begeisterung für das All, für die Gesammtheit; ohne dieser politischen Tugend ist eine Demokratie ganz und gar undenkbar und wir empfelen unseren Demokraten, wenn sie überhaupt daran zweifeln sollten, statt in der „Fünf Kreuzer-Bibliotek", im Meisterwerke Montesquieu's „Ueber den Geist der Gesetze" (De l'esprit des lois) ein Wenig nachzulesen und es wird jeder Zweifel behoben werden.

Diese Begeisterung für das All, für die Gesammtheit hat aber ihren alleinigen Urgrund im gewißigten Wolstand und dieser ist wieder durch die aktuelle Produkzionsweise im gegenwärtigen Stadium größtenteils in weiterer Entwicklung, aber, respektive bei einem konsequenteren und reineren Ausdruck derselben vollständig ausgeschlossen.

Es ist demnach die Demokratie ihrem Geiste nach vollkommen unvereinbar mit dem jetzigen Produkzionssistem, da dieses eine Konzentrirung des Besitzes als absolute Naturnotwendigkeit nach sich zieht.

Dieser Umstand festgehalten, ergibt sich für Jedem, unter dessen Hute es richtig ist, daß eine der unerläßlichsten Kardinalforderungen des Demokraten die Aufhebung, beziehungsweise die Modifikazion des gegenwärtigen Produkzionssistems sein müsse, und daß ferner jeder, der sich zur Fahne der Demokratie bekennt, dafür mit aller Entschiedenheit eintreten müsse, denn es unterbindet der Demokratie den Lebensnerv und raubt ihr die Bedingung der Existenz.

Wir fragen: geschieht dies von den so benamseten Demokraten? Keineswegs! Es sind dieselben demnach sehr leichtsinnige Verehrer ihrer Coeur-Dame Demokratie, da sie sich um die Existenz ihrer Angebeteten eben gar nicht kümmern. Das Weib aber, welches sich mit solchen Demokraten einläßt, kann nur eine sehr triviale Gestalt sein, die eben die Demokratie als Maskerade benützt. Ihre Verehrer aber sind ganz gewöhnliche Cour-Schneider, die auf keine dauernde Liaison denken, und die wahre Demokratie wird sich wol von ihnen ferne zu halten wissen, mag auch selbst ein Verehrer süß sprechen.

Andersteils fragen wir wieder, in wessen Programm ist eine Aufhebung der gegenwärtigen Produkzionsverhältnisse enthalten? Einzig und allein in unserem Programm, und alle Parteien, mögen sie wie immer heißen, enthalten in ihren Programmen hievon kein Sterbenswörtchen, während im Gegensatze hievon alle Sozialisten, mögen sie was immer für einer Erdzone angehören, diesen Punkt als wichtigsten, ja sozusagen als Fundamental-Lehrsatz ihres Bekenntnisses anerkennen.

Es ist demnach der Sozialist der alleinige wahre Priester im Tempel der Göttin Freiheit und alle übrigen Parteimänner sind im Tempel dieses hehren Himmelsweibes nur elende Pfaffen, die diesen heiligen Kultus schänden und die Göttin mit Unflat bewerfen; es ist aber andererseits vollkommen unmöglich Demokrat in des Wortes wahrer Bedeutung zu sein, ohne daß man Sozialdemokrat wäre, denn mit einer Demokratie, die, weil ohne Existenzbedingung, ohne Dauer ist, wäre der Menschheit blutwenig geholfen.

Wir haben bereits angedeutet, daß die Folge, welche das moderne Produkzionssistem mit eherner Notwendigkeit nach sich zieht, nur ein Besitzverhältnis sein kann, nämlich: Reichtum in den Händen Weniger und Bettelarmut als das Los Aller mit Ausnahme dieser Wenigen.

Aus diesem Besitzverhältnisse kann eine Despotie ihre Triebkraft, ihre Existenzbedingung entnehmen, d. i. Furcht und Schrecken auf der einen und Aussicht auf Lebensgenuß für die verlorenen menschlichen Güter auf der anderen Seite. Diese Regierungsform könnte und würde sich dann (selbstverständlich, wenn wir annehmen, es würde unser gegenwärtiges Produkzionssistem ewig fortbestehen, woran wir uns aber einge wol begründete Zweifel erlauben) als Möglichkeit und große Wahrscheinlichkeit ergeben, und es wäre ein purer glücklicher Zufall, wenn eine andere Verfassungsform in sämmtlichen europäischen Staaten sich entpuppen sollte, und selbst diese wäre dann nur äußerst exzentrer Natur.

Einen glücklichen Zufall kann und darf aber ein denkender Politiker nie in Rechnung ziehen, sondern er muß seine Kombinazionen auf die größtmöglichste matematische Gewißheit hin entwerfen; tritt dann ein glücklicher Zufall ein, so ist dies umso besser, aber Wol und Wehe des Volkes ist ein viel zu kostbares Kleinod, als daß man damit Va-banque spielen könnte.

Es sind demnach diese sauberen Freiheitshelden, die sich Demokraten nennen lassen, im Grunde genommen nur Pionniere der Despotie. Und siehe da, in schwachen Momenten, in welchen sie aus der Schule schwatzen, verraten sie sich auch als solche. Die Katze vergißt manchmal, daß sie Sammtpfoten machen soll, und zeigt dann in unrechten Momenten ihre Krallen.

Jener Heros, der so schöne Freiheitsoden auf der Rednertribüne sonst deklamirte, zeigte sich vor einiger Zeit in seiner wahren Gestalt. „In Euren Höhlen werde ich Euch aufsuchen und zu züchtigen wissen!"

Wie verträgt sich eine solche Sprache mit dem sonstigen Freiheitsbombast des Herrn Gambetta? Zu einer solchen Interjekzion paßt, unseres Dafürhaltens, nur noch die Hundspeitsche, und der gute Mann steht in seinem vollen Ornate da.

Darum hinweg mit jedem Geflunker! Hinweg mit Eurer Larve, Ihr Auch-Freiheitskämpfer! Eure sogenannte Demokratie ist eine elende Karrikatur der wahren Volksherrschaft. Nennt Ihr sie, wie Ihr wollt, wir erkennen sie in ihrer nackten Blöße sofort! Nennt Euer Ideal, wie es Euch beliebt, wir kennen es genau!

Eure desparate demokratische Despotie oder despotische Demokratie ist eine Utopie, ein Fantom, das in Eurem Gehirne spuckt und so töricht ist, wie Euer absurdes politisches Glaubensbekenntnis.

Die Annahme aber, daß das gegenwärtige Produkzionssistem für die Dauer haltbar sei, ist so widersinnig, wie nur Etwas; denn eine solche Supposizion wäre identisch mit dem Gedanken, daß die höchsten Güter der Menschheit verloren gehen könnten; sie wäre identisch mit dem Gedanken, daß das Weltenrad, welches bis jetzt noch immer vorwärts rollte, sich plötzlich nach rückwärts bewegen könnte; eine solche Annahme wäre im grellen Widerspruche mit dem Evangelium der Natur und mit unserem Evangelium: sie wäre im Widerspruche mit der Geschichte.

Diese lehrt uns die Hinfälligkeit aller rückschrittlichen Tendenzen, und sie lehrt uns gleichzeitig die Allmacht und Ewigkeit der Idee.

Wir glauben an Freiheit und Fortschritt, dies ist unser Kredo! Und dieses Kredo bekennen wir und rufen wir in die Welt hinaus, als wahre Priester der Demokratie.

Ihr aber, die Ihr Euch Demokraten nennt, seid ohne politisches Glaubensbekenntnis. Euer Programm richtet sich nach jeder Strömung, wie ein Schilfrohr dem leisesten Windhauche nachgibt. Ihr seid nicht Priester im Tempel der Göttin Freiheit, sondern Ihr seid schlechte Pfaffen, deren alleiniges Motiv der persönliche Vorteil ist, und wenn Ihr auch immerhin Euren Blick sehnsuchtsvoll nach den Sternen lenkt, so richtet er sich dennoch nicht zum blauen Aetermeer empor, denn dieser Stern, von dem Ihr träumt, ist nichts Irdisches, sondern es ist höchstens — der Ordensstern!

Zu den Wahlen in Deutschland.

Die sogenannte Wahlschlacht ist geschlagen. Die größeren und kleineren Aktenrs mit den nötigen Statisten haben sich von der öffentlichen Szene zurückgezogen, um

mit allerhöchster bismarckischer Genehmigung ihre politischen Akrobaten(Seiltänzer)kunststückchen im kaiserlichen deutschen Reichszirkus (Reichstag genannt) auf Kosten des arbeitenden Volkes aufzuführen. Die Geduld des Proletariats soll wieder auf 4 lange Jahre auf die Probe gestellt werden, um, nachdem es sich abermals in seinen Hoffnungen getäuscht und um sein Vertrauen betrogen sehen wird, zu energischen Maßregeln zu greifen! Nein, sondern um das alte Lied in anderer Tonart von vorne anzufangen.

Wenn wir uns die Haltung der Vertreter der verschiedenen Parteien im deutschen Reichstag genau vor Augen halten, so ist uns klar, daß das allgemeine Wahlrecht von Allen einfach nur dazu benützt wird, dem Volke Sand in die Augen zu streuen und auf Kosten desselben ihre Privilegien zu schützen, oder ihre persönliche Existenz zu verherrlichen.

Alle Parteien der herrschenden Klasse, trotzdem sie sich scheinbar befehden, haben ein und dasselbe Bestreben, das arbeitende Volk in der bestehenden Knechtschaft zu erhalten. Nur die Mittel zum gemeinsamen Zweck sind in der Form verschieden.

Pardon! Davon haben die Herren Reichstagskandidaten o h n e Ausnahme keine Silbe verloren.

Alle haben jedoch einen gemeinsamen Karakter, nämlich den, daß Jeder in der einen Hand eine Lockspeise, in der andern eine Knute für die Arbeiter hält. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die Schlaueren die Knute unter den freiheitlichen Mantel mehr versteckt halten.

Angesichts dieses Zustandes müssen wir uns ernstlich fragen, welchen Nutzen die sozialistischen Arbeiter Deutschlands von der Entsendung ihrer Abgeordneten in den Reichstag haben können? Steht der Erfolg auch nur in einem annähernden Verhältnis zu den Opfern, welche von den deutschen Genossen für die Reichstagswalen gebracht worden? Nach reiflicher Erwägung müssen wir die Frage mit Nein beantworten, so gerne wir es im Interesse der Arbeitersache wünschten. Die alleinige Konstatirung der Existenz der Partei, trotz des Ausnahmegesetzes, d u r c h d i e S t i m m e n a b g a b e ist kein Erfolg, weil dieselbe durch jede andere Tätigkeit ebenfalls und besser konstatirt werden kann und wird.

Kann die Anwesenheit der 13 sozialdemokratischen Abgeordneten, ganz abgesehen von ihren persönlichen Wert als Sozialisten, selbst wenn die Zal größer wäre, einen Einfluß auf die ökonomische und politische Umgestaltung der Lage des arbeitenden Volkes haben? Kein aufgeklärter Mensch wird dies ernstlich zu behaupten wagen. Oder sollte es wirklich Arbeiter geben, welche ein teilweises Eingehen auf die bismarckischen Reformen als einen Erfolg betrachten? Da dieselben doch nur darauf berechnet sind, die Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung zu beschwichtigen und seine despotischen Junkerpläne um so leichter verwirklichen zu können!

Das wäre ein trauriger Erfolg. Dadurch würde das deutsche Proletariat zum Schmiedegesellen seiner eigenen Ketten.

Zur Beruhigung auf diese Reflexionen dient uns allerdings die Tatsache, daß ein großer Teil der sich ihrer Arbeit bewußten Genossen von den verführerischen Frasengeschrei der Stimmzettelagitatoren nicht haben hinreißen lassen und von der Stimmzettelabgabe ferngeblieben sind, dafür aber mit umso größerer Energie für die Verbreitung der sozialistischen Idee arbeiten.

Nach so vielen Erfahrungen, welche wir in den letzten Jahren gemacht haben, ist es uns unmöglich, in das bis zur Extase getriebene „Hosiana!“ gewisser Organe einzustimmen.

Die österreichischen Arbeiter haben eben während der Zeit der deutschen „Walschlachten“ Gelegenheit gehabt, deren Folgen zu beobachten und zu beurteilen, was den einstigen Entusiasmus für das allgemeine Walrecht einen nicht geringen Dämpfer aufgesetzt hat. Den Meisten ist heute schon klar, daß dasselbe wiederum nur ein neues Einschläferungsmittel der herrschenden Klassen sein würde.

Auf jeden Fall haben die deutschen Genossen Zeit, während der Reichsratsperiode darüber nachzudenken, wie sie in Zukunft Kraft und Opfer besser verwenden können, um den endlichen Sieg der Befreiung des arbeitenden Volkes erreichen zu können.

Für uns Arbeiter in Oesterreich soll die Entwicklungsstufe der deutschen Arbeiterbewegung als Beispiel zur Lehre dienen, um das Gute zu benützen und das Schlimme zu meiden.

Politische Uebersicht.

E i n P r e d i g e r i n d e r W ü s t e. Anläßlich der Wehrgesetzdebatte führte Abgeordneter Kronawetter eine vernichtende Kritik des gegenwärtigen Wehrsistems und befürwortete eine Herabsetzung der Präsenzdienstleistung.

Sowie es immer geht, wenn zu Gunsten des Volkes ein Antrag eingebracht wird, so geschäh es auch diesmals; eine Schwalbe macht keinen Sommer. Wir lassen diese Rede auszugsweise folgen:

„Ueberall herrscht der Grundsatz, daß neue Opfer nicht ohne die Gewährung neuer Rechte zugestanden werden können. Geben Sie dem Volke neue Rechte? Nein, nicht e i n politisches Recht soll es erhalten. Die Bevölkerung bleibt nach wie vor die misera contribuens plebs; sie hat kein Walrecht und kann hier nicht ihre Stimme erheben. Eine Ausdehnung des Walrechtes wäre das einzige Aequivalent. Aber davon wird hier nicht gesprochen. Ich finde es Unrecht, immer neue Lasten auf einen rechtlosen Buckel zu häufen, und weil ich das nicht dulden kann, werde ich gegen das Gesetz stimmen. Der Minister sagt, wir haben viele reiche Leute, und die Finanzen seien nicht so schlecht; ja, wenn man die reichen Leute hat, warum besteuert man sie nicht? Warum bringt man gleichzeitig mit der Wehrvorlage das Petroleumgesetz ein, durch welches der ärmste Mann getroffen werden soll? Die Wirkungen der militärischen Disziplin auf den Volkskarakter, welche der Minister so hervorgehoben, sind die allergefährlichsten. Die Subordinazion, welche jede freie Meinung unterdrückt, die engherzige Wahrnehmung spezieller Standesinteressen, das Ueberschätzen der äußeren Form, die Abschließung vom Bürger, das Alles nimmt einen schlechten Einfluß auf den Volkskarakter. Man sagt uns, weil Rußland und Deutschland das große Heer hat, müssen wir's auch haben; dann soll'n die's uns zalen! (Heiterkeit.) Man muß sich strecken nach der Decken; wer's hat, der kann's tun; mir haben's nit, mir können's nit tun! (Große Heiterkeit.) Die Präsenzzeit muß heruntergesetzt werden; darunter würde nicht die Armee leiden, sondern würden die Finanzen besser werden. (Bravo auf der äußersten Linken.)“

Unbarmherziger Kronawetter! Was würden dann die armen Millionäre anfangen, wenn die Finanzen sich besserten, und der Staat weniger Zinsen zu zalen brauchte? Ja, so etwas muß abgelehnt werden.

S e h t w a s f ü r S t a u b i c h m a c h e, rief die Fliege liberale Journalistik, nachdem sie sich auf den Wagen der Botschaft des deutschen Kaisers gesetzt. Im Grunde genommen hat aber weder die Botschaft noch der Lärm der Journalistik viel zu bedeuten; denn die ganze Botschaft reduzirt sich auf Versprechungen, die eigentlich nur in allgemeinen Umrissen angegeben sind.

Unsere deutschen Genossen wissen so gut wie wir, was von derlei Zeug zu halten sei und es wäre Raumverschwendung, wenn wir die Sache näher besprechen würden.

V o m i n d u s t r i e l l e n K r i e g s s c h a u p l a t z e. Von den herrschenden Zuständen, unter denen wir leben, gibt ein klares Bild der in Mährisch-Ostrau stattgefundene Kolenarbeiterstreik der Ferdinands-Nordbahn.

Wie die Millionäre Rothschild, Königswarter, Todesko, Winterstein u. A. m. zu ihrem Kapitale kommen, zeigt Folgendes: Im benannten Kolenbistrikte der Ferdinands-Nordbahn wird für eine 8 s t ü n d i g e S c h i c h t a n g e s t r e n g t e r A r b e i t, m e h r a l s h u n d e r t K l a f t e r u n t e r d e r E r d e, v o m T o d e s t e t s b e d r o h t, ein Lohn von **32 bis 40 Kreuzer** bezalt, welchen die Arbeiter nicht baar ausbezalt bekommen, sondern müssen sich noch obendrein für Lebensmittel von dem Konsumverein der Nordbahn, bereits den ganzen Lohn abziehen lassen. Wir fragen nun, ist dies ein Lohn? Die Aktionäre dieser Bahn und die Verwaltungsräte, welche Tausende von Gulden jährlich Tantièmen einziehen, Kupon abschneiden und nichts arbeiten, die fragen nicht darnach, ob der Arbeiter verhungert, wenn sie nur ihre hohen Dividenden einziehen können. Als eine Deputazion von Arbeitern nach Wien zur Direkzion entsendet wurde, wurde dieselbe auf Veranlassung der Behörde verhaftet. Auf diese Weise glaubt man der Not entgegenzuwirken.

Der Streik ist zwar beendet, ob die Arbeiter etwas erreicht haben, ist uns bis jetzt noch nicht bekannt.

I n R u ß l a n d i s t e s j e t z t g a n z r u h i g Die Verhandlungen aller Prozesse wegen Staatsverbrechen, sowie die Prozesse, welche besonders geeignet erscheinen, die Bevölkerung aufzuregen, sollen bei verschlossenen Türen stattfinden. Man sieht, Rußland macht Fortschritte und der Nihilismus wird ein verbanntes Stück Arbeit haben, wenn es so fortfährt dem russischen Volke Konzessionen zu machen und mit dem Zeitgeiste zu gehen!?

Im Bezirke von S t a f f o r d s h i e r e in England ist ein T ö p f e r s t r e i k von zirka 50.000 Arbeitern in Aussicht. Die Fabrikanten kündigten den Arbeitern an, auf die Forderungen nicht eingehen zu wollen.

Konfiszirt.

Aus Parteikreisen.

Genosse Hotze wurde wegen des Artikels in Nr. 52 der „Zukunft“ „Merkt Euch's“ auf Grund des § 305 in Anklagezustand versetzt und die Untersuchung eingeleitet.

Wegen der Reden in der Volksversammlung vom 16. October beim Zobel in Fünfhaus, wurde gegen die Genossen B e r n t, F ü h r e r, K o m p o ß und H o t z e nach § 305, die Untersuchung eingeleitet.

Die letzte Nummer der „Zukunft“ wurde wegen des Artikels: „Merkt Euch's“ von Seite der Staatsanwaltschaft konfiszirt. Eine zweite Auflage wurde nicht gestattet und werden die Leser daher ersucht, den Ausfall der letzten Nummer zu entschuldigen. Das gleiche Schicksaal traf auch den Arbeiterkalender, welcher am 29. v. M. konfiszirt wurde. So wurde bei der Konfiskazion der „Zukunft“ in der Administrazion, bei den Genossen Hotze, Köppen und Formanek nach vorhandenen Exemplaren gehausucht und Genosse Christoph auf das Polizeikommissariat in Florisdorf gerufen, um Auskunft zu geben, wohin die Exemplare der „Zukunft“ gekommen, da die Konfiskazion früher erfolgte, als Exemplare in der Administrazion waren, daher Hotze das Lokal sperrte und ebenso nicht wußte, wohin jene Exemplare hingekommen sind. In gleicher Angelegenheit fand noch eine Haussuchung bei der Frau Wordag statt, wo man die räthselhaft verschwundenen Exemplare vermutete. Wegen dem Kalender wurde bei Genossen Hotze und in der Administration Haussuchung gehalten. Gefunden wurde e i n Stück gebundener, beim Buchbinder zirka vierzehnhundert ungebundene Kalender. Beanständet wurde die Novelle „Gemaßregelt“ und ein Teil aus dem Artikel: „Zeitbetrachtungen zum Jahresschlusse“. Die zweite Auflage erscheint noch diese Woche; wegen der Konfiskazion konnten daher die Provinzgenossen noch nicht befriedigt werden.

Anläßlich der Affaire beim „grünen Tor“ in Neulerchenfeld wurden, nach den Berichten mehrerer Tagesjournale, zwölf Personen verhaftet. Darunter befinden sich die Genossen B e r n d t, R i c h t e r, D o l e s c h a l l u. A. m.

Eine von S l e s a k einberufene Volksversammlung mit der Tagesordnung: Die Arbeiterlage im Allgemeinen und die Presse wurde auf Grund des §. 6 des Versammlungsgesetzes verboten.

Samstag den 3. d. M. fand in K o r n e u b u r g die Schwurgerichtsverhandlung wider Genossen S c h e n k wegen Hochverrat statt. Als Verteidiger fungirte Dr. Wolf-Eppinger aus Wien. Die Geschwornen verneinten alle an sie gestellten Fragen. Schenk wurde sonach freigesprochen und sofort auf freien Fuß gesetzt.

Auch Genosse P e r l o r n i g g in S a l z b u r g wurde vor längerer Zeit vom Verbrechen des Hochverrates freigesprochen. Der Staatsanwalt meldete die Nichtigkeitsbeschwerde an. Nach acht Wochen wurde vom

Konfiszirt.

obersten Gerichtshof das erstrichterliche Urteil bestätigt und demzufolge Genosse Perlornigg aus der Haft entlassen, welche vom 21. April bis Ende Oktober dauerte. Wir fragen nun: Wer entschädigt solchen Unschuldigen die ausgestandenen Qualen und beraubte Freiheit? —

Freitag den 9. Dezember hat sich Genosse Christoph beim Bezirksgerichte in Korneuburg wegen Uebertretung des §. 23 P. G. zu verantworten.

Dienstag den 29. Nov. fand in Graz die Schlußverhandlung gegen die Genossen Kaler, Pauler aus Graz, Roscher aus Reichenberg, Schafhauser aus Floridsdorf, Leißner, Grosse, Hybes und Hotze aus Wien statt. Die Verhandlung wurde geheim durchgeführt und wälte sich jeder Angeklagte drei Vertrauensmänner. Den Vorsitz führte Ritter v. Ferro, als Staatsanwalt fungirte v. Fröhlichsthal. Aus der Anklage entnehmen wir, daß „Genannte am 14. und 15. August d. J. an einem Orte nächst Mürzzuschlag eine geheime Zusammenkunft hatten, wo über einen neuen Organisazionsplan beraten und beschlossen wurde, deren Dasein der Obrigkeit verschwiegen bleiben sollte. Insbesonders erhellt dies an den von Kaler's Hand herrührenden Bleistiftnotizen am obgenannten Organisazionsentwurf, welcher bei einer Hausdurchsuchung in Kaler's Wohnung vorgefunden wurde. Die Angeklagten leugneten in der Voruntersuchung entschieden, an einem derartigen Kongreß teilgenommen zu haben, bekennen sich aber sämmtlich als Sozialisten, was daraus schon schließen läßt, daß dennoch die Angeklagten an dem erwähnten Kongreß teilgenommen haben." — Bei der Hauptverhandlung erklärten die Angeklagten einer Einladung nach §. 2 V.-R. gefolgt zu sein und an der Besprechung teilgenommen zu haben. Die Angeklagten hatten keinen Verteidiger, verteidigten sich selbst und benahmen sich musterhaft. Die Verhandlung dauerte bis $^3/_4$8 Uhr abends und wurden sämmtliche Angeklagte für schuldig befunden und zwar: Kaler-Reimthal zu 6, Leißner zu 4, Roscher und Hybes zu je 3, Pauler und Grosse zu je 2 Monaten, Schafhauser und Hotze zu je sechs Wochen strengen Arrest und 2 Fasttage in jeder Woche verurteilt. Kaler stellte den Antrag auf seine Freilassung, welchem keine Folge gegeben wurde. Kaler und Pauler trat die Strafe sogleich an. Die Uebrigen meldeten die Nichtigkeitsbeschwerde und die Berufung an.

Der Streik der Silberbesteckarbeiter, welcher am 19. v. M. begonnen hat und von Seite der Fabrikanten provozirt wurde, dauert noch immer fort. Unterstützung ist nötig.

Der Pfeifenbeschlägerstreik ist mit allen Forderungen der Arbeiter durchgesetzt worden.

Wien. Bäckerversammlung im Tatiasaale, Lerchenfeld. Auf der Tagesordnung der von etwa 800 Burschen besuchten Versammlung standen zunächst Genossenschaftsangelegenheiten. In Folge dessen kam in erster Linie das von der Genossenschaft unterbreitete Elaborat über die Reorganisirung des Genossenschaftswesens zur Besprechung. Da dieses Elaborat in keiner Beziehung den gerechten Ansprüchen der Arbeiter entspricht und überdies durch dasselbe den herrschenden Uebelständen an der Bäckergenossenschaft nicht die mindeste Abhilfe gebracht wird, so veranlaßte dasselbe sämmtliche Redner zu teils mehr, teils weniger heftigen Auslassungen, einerseits gegen das Elaborat als solches und andererseits gegen die Zwangsgenossenschaft überhaupt. Dagegen wurden die Vorteile entsprechend hervorgehoben, die ein zweckmäßig eingerichteter Fachverein mit sich bringt. Als einer der Redner (Führer) die Genossenschaft eine Rumpelkammer nannte, fühlte sich der anwesende Regierungsvertreter veranlaßt, demselben das Wort zu entziehen.

Nachdem der nächste Redner (Gargula) in seinen Ausführungen über die Art und Vorteile des zu bildenden Vereines sich unter Anderem auch für die Abschaffung des „Du"-Anredens von Seite der Meister aussprach, welches mit Beifall aufgenommen wurde, meldete sich Führer nochmals zum Worte. Der Regierungsvertreter verweigerte es, und als darauf in der Versammlung laute Unruhe ausbrach, forderte er den Vorsitzenden auf, die Versammlung aufzulösen.

Die Randglossen zu diesem Beginnen möge sich Jeder selbst dazu machen. Joh. Hellwig, Schriftführer.

Niemes, im Oktober 1881. Geehrter Herr Redakteur! Es dürften schon einige Jahre verflossen sein, daß über die Zustände in der hiesigen Möbelfabrik in den Parteiblättern nichts in die Oeffentlichkeit gelangt ist und die Leser derselben dürften vielleicht der Meinung sein, daß dieselbe gar nicht mehr existirt, oder aber, daß die Arbeiter allda auf Rosen gebettet sind. Was das Erstere betrifft, so existirt die Fabrik nicht nur noch, sondern dieselbe prosperirt (blüt nämlich) was Leistung und Unternehmergewinn anbelangt. Was das Zweite betrifft, so sind die Verhältnisse für die Arbeiter trotz des fast stets gläuzenden Geschäftsganges, so wenig rosig, daß in Bezug des langen Schweigens in der Oeffentlichkeit und meines gegenwärtigen Berichtes wol die Worte des Nazareners am Platze wären: „Wenn ich schweige, so müßten die Steine reden".

Die Fabrik dürfte 5—700 Arbeiter in der Fabrik und 2—300 außer Hause beschäftigen, wovon mindestens die Hälfte dem weiblichen Geschlechte angehören. Die Arbeitszeit währt von Früh 6 Uhr bis Abends 7 Uhr $^1/_2$ Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag und $^1/_4$ Stunde Nachmittag (Jause). Doch wird häufig und besonders im Sommer schon um 4 und 5 Uhr Früh angefangen und bis Abends 8 und 9 Uhr gearbeitet. An Sonn- und Feiertagen wird in der Regel nicht, sondern nur in dringenden Ausnahmsfällen gearbeitet, steht es schwarz auf weiß in der Fabriksordnung; doch diese dringenden Ausnahmsfälle gehören zur Regel und geht die Fabriksleitung soweit, auch an Sonn- und Feiertagen eine Stunde festzusetzen, wenn die Arbeiter anfangen und aufhören sollen und werden dagegen Handelnde mit Geldstrafen belegt. Die Entlohnung ist dieselbe wie an Werktagen, denn es geht alles nach Stück und Akkord. Nach welchem Gesetze hat ein Arbeitgeber das Recht, seine Arbeiter zur regelmäßigen Arbeit an Sonn- und Feiertagen zu zwingen, ohne dieselben, dafür besser zu entlohnen? Doch was kümmert sich ein Fabriksdespot und Militonär um Recht und Gesetz? Diese Leute machen sich die Gesetze selbst und handhaben dieselben nach ihrem Belieben wie es ihrem Interesse entspricht. Doch wird von den Arbeitern, besonders den weiblichen, auch häufig freiwillig an Sonntagen und über den Feierabend gearbeitet. Solche Arbeiter begreifen nicht, daß sie durch solches Vorgehen die Löhne herabsetzen und sich und ihren Kindern sozusagen das Brot vom Munde wegziehen.

Geldstrafen und Unglücksfälle gehören jetzt zur täglichen stehenden Rubrik. So verunglückte im Verlaufe dieses Sommers ein junges Mädchen an einem Sonntage und brach den Arm und zwar nur durch Nachlässigkeit der Fabriksleitung. Das Mädchen oder vielmehr deren Eltern besaßen nicht soviel Herz, um energisch aufzutreten und eine entsprechende Entschädigung zu beanspruchen, welche aus mehrfachen Gründen von den Chefs hätte geleistet werden müssen, sondern begnügte sich mit einem Geschenk von 10 fl. sage zehn Gulden. Da das Mädchen von einem auswärtigem Dorfe war, so wurde selbe in die Behausung eines Aufsehers Namens Wiesner gebracht, wo selbe die erste Zeit verpflegt werden sollte, die geschenkte Zehnernote des Mädchens verschwand dort auf räthselhafte Weise vom Fenster. Frau W. gab an, sie hätte dieselbe beim Zimmerauskehren, vermeintlich als Papier in den Ofen gesteckt und wollte auch Ueberreste davon gefunden haben. Böse Zungen meinten aber, die superkluge Frau W. hätte den Zehner für ihre Pflege annektirt, aber natürlich waren das nur Meinungen „böser Zungen". Nach kurzer Zeit, als das Gerede zu bunt wurde, wurde die Zehnernote auf einige Fetzen zerrissen an diversen Stellen des inneren Hauses des W. gefunden und das kleine 3jährige Mädchen des W. sollte die Note zerrissen und dort die Stücke versteckt haben. Das arme Mädchen sammt ihren Eltern waren also der geschenkten 10 fl. verlustig und hatte dasselbe nichts für ihre wochenlange Arbeitsunfähigkeit als die Unterstützung der Krankenkasse durch 6 Wochen, per Tag 23 kr. Es wird eben nicht länger als 6 Wochen, nach dreimonatlichen Eintritt, Krankengeld ausgefolgt und wird die Krankenkasse von der Fabriksleitung absolut verwaltet. Statutengemäß soll alle Jahre eine Generalversammlung abgehalten, Rechnung gelegt und 6 Beiräte aus der Mitte der Arbeiter gewält werden. Doch hat schon mehrere Jahre keine Versammlung, auch keine Wal stattgefunden, noch haben die Arbeiter etwas von einer Rechnung erfahren. Kein Arbeiter weiß, wie viele tausend Gulden die Krankenkasse besitzt (es möge allerdings ein stattliches Sümmchen sein) dieselben dürfen nur alle Wochen hineingalen und sich weiter um nichts kümmern. Das Geld findet schon seine Verwendung. Die Verwaltung der Krankenkasse ist eine absolute Paschawirtschaft im vollsten Sinne des Wortes. Die Arbeiter haben nur das Recht zu zalen, um alles andere haben sie sich nicht zu kümmern. Ich bin überzeugt, daß es eine Klique von Arbeitern, sowie bornirte kleine Geschäftsleute hierorts gibt, welche wegen dieses Berichtes Mord und Zeter schreien werden. Diese Arbeiter, resp. Knechtsseelen, welche den Ehrennamen Arbeiter gar nicht verdienen, welche sich einigermaßen dort wol und günstig situirt befunden (jedoch nur auf Kosten ihrer Mitarbeiter, indem sie dieselben übervorteilen und anzuschwärzen suchen) glauben, wenn man die Uebelstände einer Fabrik beleuchtet und kritisirt, ist man gegen die Existenz der Fabrik selbst, oder überhaupt gegen das Bestehen der Maschinen und Großindustrie und man möchte die Produkzion wieder auf den alten Standpunkt der Zünftler zurückschrauben; oder man verwechselt die Person mit der Sache und denkt man handle aus persönlicher Gehässigkeit. Allen dergleichen Querköpfen sei es zum Tausendstenmale gesagt: Wir Sozialdemokraten sind keine Gegner der Großproduktion und der Maschinen, wir wollen die Fabriken und Maschinen nicht von der Erde vertilgen, sondern wollen den Maschinen- und Großbetrieb auf alle möglichen Gebiete ausgedehnt und angewendet wissen; aber wir wollen, daß Fabriken und Maschinen und überhaupt alle Produkzionswerkzeuge nicht denen gehören, welche die Millionen besitzen sich selbe anzuschaffen, sondern daß dieselben dem Volke, d. h. denen gehören, welche damit arbeiten und erzeugen. Was die persönliche Gehässigkeit betrifft, so bekämpfen wir nicht in kleinlicher Weise einzelne Personen, sondern nur die Zustände und das System und wissen ganz wol, daß die Personen selbst nur Produkte ihrer Zeit und ihrer Verhältnisse sind, was aber allerdings nicht ausschließt, daß wir die ungerechte und harte Handlungsweise Einzelner unbarmherzig geißeln. Die Fabrik besitzt gegenwärtig zirka 20 Aufseher und Abnehmer, unter denen es Einige gibt, welche die Grundsätze besonders huldigen: „Nach Oben kriechen und nach Unten treten" und soll sich hier besonders genannter Wiesner und Ludwig auszeichnen. Letzterer soll früher Aufseher in einer Korrekzionsanstalt in Sachsen gewesen sein. Der Schwiegervater des Ersteren gilt als Spion und treuer Pudel in der Fabrik und versäumt keine Gelegenheit andere Arbeiter zu verkleinern und anzuschwärzen. Allerdings gibt es hier einzelne Arbeiter, welche sich ein „schönes Geld" verdienen, aber es geschieht, wie ich schon erwähnt, auf Kosten anderer Arbeiter. Unter den Ersteren sind auch einige glückliche Weibspersonen mit hübschen Gesichtern, während andere minder glückliche dafür Strafe zalen müssen, trotz aller Mühe und Arbeit. Unter dem Schlagworte „Postarbeit" werden die Leute oft gezwungen, Außerordentliches zu leisten und mit überspannter Kraftanstrengung zu arbeiten. Diese außerordentliche Leistung und Kraftanwendung von 14—18 Stunden täglicher Arbeitszeit wird dann zur Richtschnur einer normalen Leistung genommen, nach dieser ein Lohnminimum fixirt und falls dies nicht erreicht wird, Geldstrafen verhängt, wovon besonders die Flechterinnen hart betroffen werden. Diese Geldstrafen betragen an manchen Zaltagen 50—60 fl., wohin das Geld kommt, wissen die Götter. Doch nein, es steht ja schwarz auf weiß in den Statuten: „Alle (?) Strafgelder fließen der Krankenkasse zu" oder vielleicht nicht? — Die Gimpel gingen auf den Leim, wenn es Postarbeit hieß, arbeiteten dieselben von 4 Uhr Früh bis nach Mitternacht und die Folge davon war, daß man dann diese Menge von Arbeit als regelmäßig verlangt. Solche, deren körperliche Kräfte es erlauben, sehr viel zu schinden und dabei in der Gunst der Abnehmer stehen und wenig Arbeit oder gar keine zurück gelegt bekommen, besonnen Belohnung oder Prämie am Zaltage, wenn sie das Lohnminimum überschritten haben. In der Regel gehen hier Mann und Frau in die Fabrik, oder es arbeitet die Frau zu Hause für die Fabrik. Die Kinder werden meist alten verdrießlichen Müttern zur Pflege überlassen. Wie es unter solchen Umständen mit der Pflege und Erziehung der Kinder aussehen mag, kann sich Jeder leicht einen Begriff machen. Die Frauen sind genötigt, um ihr Ziel zu erreichen, alles Waschen und Reinigen, für die Kinder alle Pflege, überhaupt alle häuslichen Arbeiten an den Nagel zu hängen, um sich ganz und gar der Fabrik widmen, resp. opfern zu können, um den Unternehmern die Millionen vermehren zu helfen. Schwangere Frauen gehen bis 8 Tage vor ihrer Niederkunft in die Fabrik und kaum 14 Tage nach derselben, schon wieder dahin. Muß auf diese Weise nicht eine ganz siechte Generazion heranwachsen? Ueberhaupt sind viele Arbeiten sehr gesundheitsschädlich und kommen auch sehr viele Krankheits- und Sterbefälle, besonders bei jungen Mädchen vor. Durch die Bestimmung, daß, wer 5 Minuten nach dem Pfeiffen nicht an Ort und Stelle ist, mit Geldstrafe belegt wird, verursacht, daß die Leute, besonders solche, welche etwas entfernt wohnen, sehr schnell laufen müssen, wodurch sie sich erhitzen und dann wieder abkülen. Tuberkulose muß die häufige Folge dieser Maßregel sein. Die Aussicht ist für Niemes für die Zukunft nicht besonders günstig. Die Zal der invaliden, siechen und arbeitsunfähigen, jedoch verhältnißmäßig noch jungen Leute dürften in 15—20 Jahren eine enorme sein. Die Herren Fischel werden ihre Millionen eingesackt, resp. ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben und Niemes Valet sagen; und die weniger bemittelten Bürger von hier, werden die Unzal von arbeitsunfähigen Leuten erhalten müssen. (Fortsetzung folgt.)

Nämerstadt. Ein Komitee aus den hiesigen Bürger- und Arbeiterkreisen beabsichtigte für den 20. November 1881 eine allgemeine Volksversammlung mit den beiden Programmpunkten: Ueber die 3jährige Schulpflicht und Fassung einer diesbezüglichen Resolution und über den Zweck und Nutzen der Krankenkassen, einzuberufen. Das Komitee glaubte auch, daß eine solche Versammlung behördlicherseits keinem Anstand unterliegen werde, da in zahlreichen Städten und letzterer Zeit in den angrenzenden Bezirken Mähr.-Schönberg, Sternberg, Neutendorf ꝛc. ganz ähnliche Versammlungen anstandslos abgehalten wurden, zudem ist der hiesige Bezirk ein rein deutscher, was um so mehr die behördliche Bewilligung der Versammlung voraussetzen ließ.

Aber das Komitee sollte in seinen Erwartungen bitter enttäuscht werden. Schon am 17. November erhielt der Einberufer auf seine diesbezügliche Anzeige von der hiesigen k. k. Bezirkshauptmannschaft den abschlägigen Bescheid mit der Motivirung, daß eine Volksversammlung, in welcher über die 3jährige Schulpflicht eine Resolution gefaßt werden soll, geneigt sei, aufzuregen, wodurch das öffentliche Wol gefährdet würde, weshalb der Herr Bezirkshauptmann sich bestimmt finde, die Abhaltung der Volksversammlung nach §. 6 des Gesetzes vom 15. November 1867 zu untersagen.

Anfänglich hielt das Komitee ein Verbot der Versammlung für unmöglich, als aber auch der Gastwirt Riedel, in dessen Lokalitäten die betreffende Versammlung stattfinden sollte, seitens des Herrn Bezirkshauptmannes verständigt wurde, daß dieselbe untersagt sei, da unterlag es keinem Zweifel mehr, und Jeder erinnerte sich auch sofort der längst bekannten Tatsache, daß der jetzige k. k. Bezirkshauptmann den liberalen Errungenschaften nicht sehr grün ist, sondern der streng czechisch-klerikalen Richtung schwärzester Richtung angehört, was schon aus dem Umstande erhellt, indem er sich nicht entblödet, für das heilige Wasser von Lourdes zu propagiren, mit welchem die hiesigen Schulschwestern ein höchst unheiliges, aber ziemlich lukratives Geschäft betreiben, und wo auch zur größeren Fruktifizirung eine Muttergottesstatue seit Kurzem ihre Wunder wirkt.

Man fragt sich hier allgemein, warum nicht gegen einen solchen sistematisch betriebenen Verdummungsschwindel, der nebenbei den Be . . . . . noch Geld kostet, gesetzliche Schritte eingeleitet werden. Dagegen, wenn es sich um die Ausübung eines gesetzlich garantirten staatsbürgerlichen Rechtes handelt, wenn es sich darum handelt, die bestehenden Errungenschaften zum Wole des Staates und des Einzelnen aufrecht zu erhalten, sofort die Behörde zur Hand ist, und das Gesetz in einer Weise interpretirt, wodurch sowol die Autorität der Behörden geschmälert, als auch der Staat, wie der Einzelne in seinen Interessen auf das Empfindlichste geschädigt werden.

So willkürlich wie man den einzelnen Bürger an der Ausübung seiner politischen Rechte hindert, verfährt man hier in gleicher Weise bei der Steuerbemessung, welche im Vergleich zu dem miserablen Geschäftsgange eine Höhe erreicht hat, die schon ins Ungeheuerliche geht, weshalb auch gegen den hierortigen Steuerinspektor in allen Kreisen eine hochgradige Erbitterung Platz gegriffen hat, und wenn die Muttergottesstatue nicht hier Wunder wirkt, so steht das Schlimmste zu befürchten.

Ein solches Vorgehen seitens der hiesigen Behörden wäre allerdings unmöglich, wenn sich die hiesige Bürgerschaft aus ihrer Letargie aufraffen, ihren kleinlichen Kastengeist aufgeben, und ein festgefügtes Ganzes bilden würde, wodurch sie in den Stand gesetzt wäre, jeden Uebergriff energisch zurückzuweisen.

Wie wir hören, hat das obenerwähnte Komitee gegen das Verbot der Versammlung höheren Orts den Rekurs eingebracht.

Es bleibt allerdings abzuwarten, ob der neuernannte Statthalter betreffs der 3jährigen Schulpflicht noch die gleichen Gesinnungen hegt, wie er solche als Reichsratsabgeordneter an den Tag legte. Sollte auch hier ein abschlägiger Bescheid erfolgen, so ist das Komitee entschlossen, den Instanzenzug bis zur Erschöpfung zu verfolgen.

Aus dem Vereinsleben.

Wien. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein feierte am 27. v. M. in Schwender's Sälen sein 13. Gründungsfest.

Am 9. März sind es bereits 14 Jahre, daß in eben denselben Sälen, wo das Gründungsfest stattfand, die erste konstituirende Versammlung abgehalten wurde und damit der Sieg über den projektirten „Arbeiter-Selbsthilfeverein" entschieden war. Die Selbsthilfe mußte wol im Laufe der Zeit von allen denkenden Arbeitern anerkannt werden, nur das es in einer anderen und sicheren Form geschieht, als zu jener Zeit, wo man noch glaubte, daß, wenn sich der Arbeiter sein Los verbessert, das heißt, wenn er um eine Stunde des Nachts weniger arbeiten dürfte, und vielleicht auch um einige Kreuzer mehr, um den Hunger zu stillen, bekäme, daß er dann weniger geknechtet erscheinen wird. Die freiere Anschauung hat gesiegt und hat sich seit der Zeit auch schon wiederholt bewährt, denn nur eine gründliche Kur kann das Uebel der heutigen Gesellschaft, den Egoismus, beseitigen, was dann nie geschehen kann, wenn sich der Arbeiter durch kleinliche, verwerfliche Mittel, vielleicht durch „milde Spenden" des Geldprotzentums betören ließe, um vielleicht das Joch noch 100 Jahre weiter zu tragen. Daß dieses sofort von dem größten Teile der Arbeiter Wiens anerkannt wurde, beweist der Umstand, daß dem Vereine im ersten Jahre seines Bestandes 10.000 Arbeiter beigetreten sind und dann noch, als 25 Several-Arbeiterverbindungen entstanden, blieb die Zal der Mitglieder auf einer sehr imposanten Höhe. In neuerer Zeit soll sich die Zal der Mitglieder wieder ganz besonders vermehrt haben, und die Ursache hierzu sind die vielen geistigen Anregungen, welche dem Arbeiter dort geboten werden.

Die rege Anteilnahme seitens sämmtlicher Arbeiter Wiens hat sich bei diesem 13. Gründungsfeste wieder in ostentativer Weise gezeigt. Es waren hierbei 24 Gewerkschaften, resp. Arbeiterverbindungen von Wien und Umgebung durch 48 Delegirte vertreten, welche die herzlichsten Begrüßungen an den Verein überbrachten. Auch die meisten auswärtigen Arbeiterverbindungen haben ihre Grüße mit vielen kräftigen, des Arbeiters Brust erleichternden Worten gesendet. Es kamen 50 Begrüßungsschreiben zur Verlesung, welche alle mit großem Beifall aufgenommen wurden; hierunter auch vom Kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereine in London, von den Genossen in Basel und Zürich, vom Deutschen Arbeiter-Bildungsvereine in Bern, vom Arbeiter-Bildungsvereine in Dornbirn u. A. m. Außerdem haben zehn auswärtige Arbeiterkorporazionen durch Telegramme ihre Simpatien für den Verein ausgedrückt.

Das Fest nahm programmgemäß durch Exekutirung des Lassalle-Marsches punkt 7 Uhr seinen Anfang, die Festteilnehmer 2500 an der Zahl, wurden alsbald in die richtige Feststimmung versetzt, welche noch durch die trefflichen Vorträge der Liedertafel des Vereines gehoben wurde. Mit besonderer Begeisterung wurden die Lieder „Konkordia" von Hoven, „Abendgedanken eines Arbeiters", gedichtet von Johann Most und in Musik gesetzt von Josef Schen (dem Vereine gewidmet und zum ersten Male aufgeführt) und die „Kantate", gedichtet von Andreas Scheu, in Musik gesetzt von Josef Schen, vorgetragen. Bei den beiden Letzteren hat übrigens wieder die Polizei ihre obligaten rothen Striche auf die vermeintlich staatsgefährlichsten Stellen gesetzt. Aber das macht nichts.

Die Festrede vom Genossen Matzinger, um 10 Uhr gehalten, hat alle besten Erwartungen übertroffen, und es hat Genosse Matzinger hiermit ganz gewiß den richtigen Geist, von dem der Verein beseelt ist, auch zum richtigen Ausdrucke gebracht.

Auch der Ball hat um 7 Uhr seinen Anfang genommen und erwies sich der Saal für ein solches Fest leider als viel zu klein. In der Prachthalle spielte die Kapelle „Edelweis" sehr anerkennenswert. Die Klänge des Lassalle-Marsches und der Marseillaise, sowie das „Lied der Arbeit" mußten da im Laufe des Abends wol an 15 Mal gespielt werden.

Daß es bei einem solchen Feste, welches uns wol nur für einige Stunden das Joch der Sklaverei vergessen machen soll, zu zeitlich Tag wird, welcher uns überdies wieder an neue Sorgen und Qualen zu denken macht, ist selbstverständlich.

Für den Arbeiter-Bildungsverein wird sich aus diesem Feste, und überhaupt aus den vielen Beweisen der Simpatie, welche ihm von allen Seiten entgegengebracht wurden, ergeben, daß er auf dem Wege, welchen er sich vorgezeichnet hat, auch vorwärts schreitet und die Simpatien auch wol beherzigt und hieraus auch neuen Mut zu neuer Arbeit schöpfet. F. G.

Marburg. Sonntag den 30. Oktober feierte der allgemeine Arbeiterverein sein siebentes Gründungsfest in der Gambrinushalle. Schon um 7 Uhr begannen sich die Säle zu füllen und um 8 Uhr ertönten die ersten Klänge der Südbahnwerkstätte-Musikkapelle; in dem ersten Saal plazirten sich der „Sängerbund" des allgemeinen Arbeitervereines, woselbst derselbe bis Mitternacht abwechselnd mit

der Musikkapelle für die Unterhaltung der Festgäste sorgte. Es war ein erhebender festlicher Moment als der Sängerbund zum ersten Male auftrat, Alles lauschte den sinnreichen Liedern der Sänger, welche von ihren Herrn Kormeister, Perkles, musterhaft dirigirt wurden.

Um 9 Uhr hielt Genosse Sieber eine Festrede, welche mit großem Beifalle aufgenommen wurde. Um 10 Uhr fand die Verlesung der Telegramme und Begrüßungsschreiben statt. Mit solchen beehrten uns die Genossen in Aussig, Floridsdorf, Linz, Leoben, Hainfeld, Knidberg, Grottau, Mährisch-Schönberg, Wien, Wels, Villach, Klagenfurt, Romerstadt, Preßnitz, Hüttenberg, Ternitz, Graupen, Mürzzuschlag, Laibach und Innsbruck. Nach Ende des Programmes ging es munter her auf dem Tanzboden bis der helle Morgen sich zeigte. So verlief das Fest in der freundlichsten Stimmung, die schönsten Erinnerungen in jedem Festteilnehmer zurücklassend.

Eingesendet.

Wien, am 21. November 1881.

Geehrter Herr Redakteur!

Ich ersuche um Aufnahme folgender Zeilen in unser Parteiorgan.

An die Anstreichergehilfen Wiens! Ich kann es nicht unterlassen und halte es für meine Pflicht, Einiges über die Anstreichermeister Feger und Freytag der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Die beiden obgenannten Herren verstehen es perfekt im Sommer, wenn das Geschäft gut geht, ihren Arbeitern große Versprechungen für den Winter zu machen und sie noch obendrein zu überreden, ihnen tüchtige Arbeiter zuzuführen.

Nun will ich in Kürze hier anführen, wie es mit den Versprechungen aussieht, und zugleich jeden Anstreichergehilfen davor warnen, nicht in die Falle dieser Herren Meister zu gehen. Diese beiden Herren, wo nämlich der erstgenannte davon Sozialist geworden ist, behaupten ganz kühn, sie schenken ihren Arbeitern den Lohn, welcher im Winter, höret und staunet, 5 bis 7 fl. ö. W. beträgt, den nicht ein Arbeiter unter den 20, welche sie beschäftigen, verdient. Ich möchte mir die Frage erlauben, wo denn die Herren, welche doch selbst nur dem Kleingewerbestand angehören, das Geld hernehmen, das sie so großmütig an ihre Arbeiter verschenken, da beide doch selbst nichts arbeiten und doch gut leben. Und doch sind die Arbeiter so undankbar und machen böse Miene, wenn ihnen am Samstag der Hungerslohn ausbezahlt wird, ja, dem Arbeiter soll noch das Herz im Leibe lachen bei dieser grenzenlosen Ausbeuterei — nun, das wäre nichts Neues; aber der Exzellenz Feger verlangt noch dazu, man soll seinen Nebenarbeiter, wenn er unzufrieden ist mit dem „geschenkten" Lohn oder nicht so arbeitet, wie diese beiden Herren glauben, d. h. sich zu Tode schinden, ihn denunziren, damit er selben entlassen kann. Zur Entlassung bedarf es daher nur einer bösen Miene bei der Auszahlung, weil dies nach der weisen Behauptung des Herrn Freytag sozialistisch sei, welcher überhaupt ein sehr „gescheidter" Mann ist, vom Sozialismus aber so viel versteht, wie eine Katze vom Stenografiren. Und trotz dieser unerhörten Zustände in dieser Werkstätte gibt es dort dennoch Arbeiter, die diesen beiden Herren Alles zutragen und ihre Kollegen verdächtigen, den Herren Weintrauben spendiren, um dann dafür mit einem Ehrennamen getauft zu werden. Daher Kollegen, überlasse ich das Vorgehen dieser Herren sammt ihren Arbeitern Eurer Beurteilung und gebe mich der Ueberzeugung hin, ihr werdet dieses gehörig zu würdigen wissen. Wenn ich die Namen nicht nenne, so geschieht es aus dem Grunde, weil ich unser Parteiorgan nicht beschmutzen will. Euch aber Kollegen, fordere ich auf, unser Parteiorgan zu abonniren und fleißig zu lesen, besucht die Volksversammlungen und organisirt Euch, dann werden wir über solche Uebelstände bald nicht mehr klagen. Mit sozialdemokratischem Gruß

Eduard Holbein, 5. Bez., Wimmergasse 31.

Es diene dem Fabrikanten T... ll, 5. Bezirk, Schloßgasse zu Warnung: er möge seine Arbeiter jeden Samstag ausbezahlen, damit dieselben nicht gezwungen sind, während der Woche um ihren schon lange verdienten Lohn zu betteln und überhaupt, damit er keinen Anlaß hat, zu sagen: „Ist der Stall hinten schon wieder offen!" (die Kanzlei, wo sich die Arbeiter einfinden, nennt er Stall) „Heute ist's nichts, sollen morgen kommen." Des andern Tags kommen die Arbeiter wieder in der Hoffnung, ihren schon lange verdienten Blutlohn endlich in Empfang zu nehmen. Aber welche Enttäuschung, da heißt es: „Jagt sie hinaus!" ....

Wir fragen nun die geehrten Leser, ob dies dem Alles schaffenden Arbeiter gegenüber eine Behandlung ist? Sollte sich der Fabrikant auf dieses Schreiben nicht bekehren, so sind wir gezwungen, das nächste Mal seinen vollen Namen zu nennen. —

N. N.

Folgendes wird zeigen, wie es mit unserem Vereinsrechte bestellt ist: Montag den 21. d. M. wollte der neu konstituirte Gewerbeverein der Schneider Wien's im Vereinslokale eine Wahlbesprechung für die kommende Generalversammlung abhalten. Als um ½8 Uhr mehrere Vereinsmitglieder anwesend waren und eine große Anzal sich einschreiben lassen wollten, erschien ein Polizeikommissär in Begleitung von zwei Detektivs und erklärte die vorhandenen Papiere, sowie ein Notizbuch, welches einem Vereinsmitgliede gehörte und zufällig am Tische lag, mit Beschlag zu belegen und die Versammlung (?) für aufgelöst. Erst auf die Auseinandersetzung von Seite des Obmannes, gab der amtirende Kommissär nach, er ließ die mit Beschlag belegten Sachen wider liegen und beschränkte sich darauf, die weiteren Einschreibungen zu verbieten, indem er sagte, daß jede Zusammenkunft, an welcher so viele Arbeiter teilnehmen, als Versammlung behördlich angezeigt werden müsse. Tags darauf brachte der Obmann bei der Behörde eine Beschwerde ein, wo ihm bedeutet wurde, daß es nur ein Formfehler gewesen sei, das Uebrige wird man bei Gericht erfahren. Aus diesem geht hervor, daß man Alles leichter in Szene setzen kann, als einen Arbeiterverein, dessen Gründung ohnehin schon so viel gekostet hat. Den Fachkollegen rufen wir zu: Lasset Euch nicht beirren und tretet dem Vereine bei, denn nur durch Bildung allein kommen wir zu unserem Ziele.

Ausweise.

Nr. 107.

Für die Familien unserer verurtheilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Die Todten von Baumgarten 80, Holzhammer, Innsbruck 20, Bernard 10, F. R. 20, Greiner 40, T—b 30, Peisch 10, Mischawi 10, Rockstroh 20, Bewaffneter in Fünfhaus 15, B. 20, Gesellschaft für Menschenrechte in Meidling 4.13, 2 Liederbücher 10, Gesellschaft für Menschenrechte 5.—, Meerschaumbildhauer durch Rehan 1.80, Genossen in Knittelfeld 3.25, Meßner, Klagenfurt 20, die Roten in der Mollardgasse 2.—, S. 4, Hochfinger 20, die Roten von der Schmelz 2.04, beim Schlemin flickt der Peter 1.—, für Recht und Pflicht, die Genossen von Ternitz 4.—, der Revolver 1.23, Sieger von 96 50, Panoramakarten von R. 1.30, die weißen Sklaven, die dem Gesetze verfallen 1.—, Aschmann 10, Bleicher 10, Kolumbus 10, Stieglitsch 10, Eller 10, Müller 5, Frank 5, Venesch 7, der letzte Kreuzer 1.28, Fabrik Oppelt durch Burghart 80, die munteren Rotkelchen von Glogguitz durch Schröbl 3.02, Genossen von Neustadt durch Robert Kolar 1.—, General Bum in Hozen 81, Seemann 15, Nearik 20, T—b 20, Genossen von Geiselberg für Recht und Licht 2.70, Eingesteckt 4, die Roten von der Josefstadt 1.25, „Und sie bewegt sich doch" 1. S. 80, 2. S. 85, 3. S. 95, Ungenannt 1.50, Nadl, Hirschstetten 1.28, Werkstätte Abermann 2.70, die roten Zwillinge 50, E. Salzborn 20, von den wackeren Kämpfern für die Sache des Volkes 50, der Anna Sparschuher 10, Schneider-Fachblatt 6.19, Zäzilia und Leopoldine Hommel 40, Werkstätte Hübel 1.70, die Sozialisten in Sechshaus 50, ein Jux zu Leopoldi 1.—, Bandfabrik Hermer 61, Polomi 20, Horak 5, Pfaff 5, Smetak 5, Korbei 5, Stark 10, Bubeß 10, Kaltenisch 10, Steinka 10, Zanezni 5, Friedbauer 10, Patek 5, Kubelka 15, Janda 10, Faber 5, Skalnik 5, K. 6, die Armen für die Reichen 1.44, Gasthaus „zum Wo? Nr. 2" 2.80, Jerina 10, Schuhmacher Wiens 3.—, Schuhmacher-Fachblatt 3.71, Werkstätte Dübel 5.62, Floridsdorf: Rowin 10, Pauline und Katarina Komarski je 10, Ungenannt 10, Schen 10, Deutsch 15, Fischer 10, Töricht 10, Genossen Floridsdorf 2.20, die Aufgelösten in Floridsdorf 1.60, J. Schranz 20, durch Hoffmann 50, J. Seifert jun. 16, J. Seifert sen., E. Seifert, A. Seifert je 10, B. 20, Genossen Floridsdorf 2.55, d. u. G. 25, Ungenannt 20, „Wir geben nicht nach", Floridsdorf 50.

Summa 90 fl. 9 kr.

In Graz für die Inhaftirten eingelaufen: Zug. Meisl, Zettl, Maichner, Kowatsch, Mosshart, Derler, Kowald, Deschmann, Infranigeant, Riedl, Supanz, Stoll, Kern, Windisch, Meier, Wagner, Gamsa, Dostal, Jaklitsch, Tschermel, Kölbl, Best, W. Prager, Winscher, Daniel, G. Hartl, Url, Grimmer, Schober je 10, Seppernig, Firschek, Martinschek, Stelzl, Rieß, Bielmeier je 15, Wagner, Müller Joh., Merrere, Stelzl, Köhl, Seraphine Großhammer, Doppler, Dörfer, Karlin, Niklaus, Malli, Cofutta je 20, Kleiner, Semmentisch, Roßman, Kapvauf, Nößler je 30, Kramer 40, Kulmer 40, Werkstätte Zidek 40, durch Goring 54, Kubik, Werkstätte 54, Ungenannt 50, Benz 50, Ungenannt 50, Bauer 25, durch Tschermel 25, Machet 5, Meinher 5, Huber 12, das rote Konsortium 28, die Roten im Kärntner Keller 68, die Unzufriedenen 84, Lindner 60, Reformtürken im türkischen Kaffeehaus 1.—.

Summe 16 fl. 40 kr.

108.

Bauer 20, Ungenannt 4, Bednar 1.—, Josef Frick in St. Egyd 20, die Bäcker Wiens 5.02, T—b 20, L. B. 20, Altenhofer 20, die streitige Karte 20, Bernard 10, Klaviaturwerkstätte Schmidmaier 1.05, Hausterersind 5, F. Löw 50, Donal 20, Meerschaum-Bildhauer 2.80, Tischgesellschaft, Steiner's Gasthaus durch Rehor 1.40, das neue Nordgeschoß 84, Franz Nemetz 20, Nihilist 15, Wottawa 15, Jelinek 10, Heißig 10, Drabl 5, Einer, Walischka, Haber, Hillwein, Woticka, Maierhofer, Bridling, Buschek, Buchlart, Unger und Huf je 5, Skala 20, Eisen- und Metallarbeiter, Klagenfurt 1.21, wie gewöhnlich 1.50, Schuhmacher Wiens 4.40, ein Freier für die Unfreien 2.—, Schuhmacher Wiens 2.80, Weißmeier 9, T—b 20, Plebejer von Geiselberg 1.22, einen Kreuzer kann man leicht entbehren 1.—, Zilinder-Union 3.08, T—n—g 25, Schafhauser 80, Genossen Floridsdorf 3.07, weil er Hieb' g'kriegt hat 60, Geiselberg für Recht und Licht 1.60, Wahrheit 4, Revolution (5) 20, T—h 30, Doppelliter 4, Meerschaum-Bildhauer 70, Bandfabrik Hermer 82, Genossen Floridsdorf 2.34, bei einer Hochzeit durch Josef Melchior 1.50.

Summe 45 fl. 46 kr.

Für die Silberbesteckarbeiter sind eingegangen 157 fl. 34 kr. Detaillirter Ausweis folgt im „Metallarbeiter-Fachblatt".

Briefkasten.

Redakzion. Riedl, Graz: Ich bitte, an die Redakzion. — In Nr. 51 soll es im Eingesendet statt „Zis"leithanien — „Trans"leithanien heißen.

Administrazion. Frankenberger, Wien: Vom ersten Februar an. — Hofer in Knidberg: War im Schreiben nicht angegeben, wozu daher die Ausweisung. — Allg. Arbeiterverein in Neustadtl bei Friedland: 20 kr. gut. — Arbeiter-Bildungsverein: Bis Ende August 1882. — Im Ausweise in Nr. 51 der „Zukunft" soll es statt Wolf in Freudenthal „3 kr.", richtig „3 fl." heißen.

Ankündigungen.

Ende dieser Woche erscheint im Verlage des Genossen **Heinrich Hohe**, 6. Bez., Gumpendorferstraße 78, die **zweite Auflage** des österreichischen

Arbeiter-Kalenders

für das Jahr 1882.

Inhalt: Kurzer Abriß aus der Geschichte des Kalenderwesens. — Kalendarium. — Das neue Jahr! Gedicht von Breuer. — Zeitbetrachtungen zum Jahresschlusse. — Sein Tagebuch, eine Skizze. Von Josef Hannich. — Fragmente und Gedankensplitter. — Geheimmittel. — Poetische Notizen mit kurzen Randglossen. — Arbeitervereine Oesterreichs. — Kurzgefaßte Briefpostbestimmungen. — Stempeltarif.

Preis per Exemplar 25 kr. Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außerdem 5 kr. Postporto zu entrichten.

Es werden alle jene Genossen, welche noch Kalender für das Jahr 1881 restiren, ersucht, dieselben baldigst zu begleichen, widrigenfalls dieselben in der „Zukunft" namentlich aufgefordert werden.

Wien. Samstag den 17. Dezember, abends 8 Uhr, findet die Monatsversammlung des Gewerkschaftsvereines der Stuckarbeiter und -Arbeiterinnen Wiens im Gasthause „zum weißen Adler", Sechshauser Hauptstraße, statt. Tagesordnung: 1. Vereinsberichte; 2. Aufstellung eines Walkomitees; 3. Fortsetzung des Vortrages über Geschichte von Herrn G. Matzinger; 4. Anträge und Anfragen. Mitglieder, erscheint zalreich!

Wien. Das Vereinslokal des Fortbildungs- und Kranken-Unterstützungsvereines der Färber Wiens befindet sich seit 17. September in Winter's Gasthaus, 5. Bez., am Hundsturm 2.

Zu verkaufen

Otto Spamer's „Illustrirter Konversazions-Lexikon", unaufgeschnitten, sammt Atlas, 6. Bezirk, Brauergasse 3, Tür 7. [20]

Gewerkverein der Eisen- und Metallarbeiter Wiens und Niederösterreichs.

Einschreibungen finden an folgenden Orten statt:

Zentrallokal, Wieden, Schleifmühlgasse, im Gasthause „zum goldenen Fassel", jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags und Montag von 7 bis ½10 Uhr abends von J. Klein.

Leopoldstadt, kleine Pfarrgasse, im Gasthause „zum Nußdörfl", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Rudolf Pokornz.

Landstraße, Hetzgasse, Schremmer's Gasthaus „zum eisernen Ritter", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Karl Moriggl.

Neubau, Schottenfelder Bierhalle, Schottenfeldgasse 78, jeden Montag von ½8 bis ½10 Uhr von Johann Soukup.

Josefstadt, Florianigasse, Kelner's Gasthaus, jeden Samstag abends von 7 bis 9 Uhr von Franz Kammerer.

Favoriten, Laxenburgerstraße 16, Gasthaus „zur eisernen Kugel", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Johann Hausner.

Neu Fünfhaus, Michaeligasse 10, Bock's Gasthaus, Montag von ½8 bis ½10 Uhr abends von Ludwig Kalina.

Hernals, Kirchengasse 19, Gasthaus „zum Bäckersaal", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Karl Hütl.

Penzing, Poststraße, im Gasthaus, jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Franz Klimek.

Simmering, Hauptstraße, im Gasthause „zur Tramway", jeden Samstag abends von ½8 bis ½10 Uhr von Josef Lappich.

Mödling, Hauptstraße 56, in Niederall's Gasthaus, Samstag von ½8 bis ½10 Uhr von Karl Ceh.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Sonntag den 27. November feierte der Verein sein 13. Gründungsfest in Schwender's Kolosseum. Es wird hiermit allen werten Genossen und Genossinnen, welche das Fest durch ihre Anwesenheit, dann allen Arbeitervereinen, welche dasselbe durch Delegirte oder Telegramme und Begrüßungsschreiben verschönern halfen, der innigste Dank ausgesprochen. Die Festsekzion.

Wien. Montag den 26. Dezember, vormittags 9 Uhr, findet eine freie Versammlung der Manufakturarbeiter und -Arbeiterinnen im Saale „zum weißen Engel", Neulerchenfeld, Gärtnergasse, statt. Tagesordnung: 1. Die Lage der Manufakturarbeiter und -Arbeiterinnen und ihre Forderungen zur Verbesserung; 2. Zweck und Nutzen der Vereine.

Wien. Montag den 12. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Hernalser Bräuhaus eine

Volksversammlung

mit folgender Tagesordnung statt: Die Konfessionslosen und ihre Stellung in Oesterreich.

Innsbruck. Der Holzarbeiter-Fachverein feiert am 26. Dezember nach dreijährigem Bestande sein erstes Gründungsfest in der Höttinger-Au „beim Rößl", verbunden mit Festaktus und Tanzkränzchen. Eintritt für Mitglieder 20 kr., Nichtmitglieder 40 kr, Kassaeröffnung halb 7 Uhr, Anfang halb 8 Uhr. — Alle Genossen von Nah und Fern sind hiezu freundlichst eingeladen, dies Fest durch Delegirte oder Begrüßungsschreiben zu verherrlichen. Es wird gebeten, von diesem Notiz zu nehmen, da keine speziellen Einladungen erfolgen.

[50] Das Festkomitee.

An alle Arbeitervereine, Genossen und Redakzionen sämmtlicher Arbeiterblätter!

Der Vorstand des Teplitzer Arbeiter-Bildungsvereines macht hiemit sämmtliche Obengenannte aufmerksam, daß von nun an alle Briefe, Zeitungen und überhaupt alle Sendungen, welche den Verein betreffen, an nachstehende Adresse zu richten sind: Josef Kaiser, Schneider, Breitegasse 12, Teplitz.

Ferner wird bekanntgegeben, daß obiger Verein an alle durchreisenden Genossen und Mitgliedern von Vereinen ähnlicher Tendenz, welche sich als solche legitimiren können, eine Reiseunterstützung von 50 kr. ausbezalt; diese Unterstützung ist ebenfalls bei Genossen J. Kaiser zu beheben. Wilh. Größl, Schriftführer-Stellvertreter.

Geschäftsempfelung.

Ich gebe den Genossen bekannt, daß ich eine Heurigenschänke eröffnet habe, ich werde bestrebt sein, stets echte und unverfälschte Original-Oesterreicher und Ungar-Weine auszuschänken. Bednarz, Alt-Ottakring, Hauptstraße 100.

Ein oder zwei Genossen werden zur Mitbewohnung eines Zimmers gesucht. — Neulerchenfeld, Brunngasse 36, Tür 12. [20]

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Die nächste Nummer erscheint am 22. Dezember.

Herausgeber und Verleger: Heinrich Hohe, Ignaz Formanek, August Köppen, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Hohe.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schellenring 6.

Redakzion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Abonnement-Preise:
Für Oesterreich-Ungarn mit freier Postzusendung:
Halbjährig . . . . . 80 kr.
Vierteljährig . . . . 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Kuvert) 70 kr. = Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Frk. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 8 kr.

„Die Zukunft" erscheint an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Unfrankirte Reklamazionen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan

der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administrazion u. Expedizion:
Wien, VI., Gumpendorferstraße 78.

Inserzions-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen: 5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen: 10 kr.
die dreimal gespaltene Petitzeile oder deren Raum.

Wir ersuchen bei allen Geldsendungen sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

Nr. 54. Wien, Donnerstag 22. Dezember. 1881.

Parteigenossen! Vergeßt der Familien der Inhaftirten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit nächster Nummer beginnt ein neues Quartal zum **Abonnement** der Zeitschrift

Die Zukunft

Sozialdemokratisches Organ.

„Die Zukunft" erscheint **monatlich zweimal**, und zwar **an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.**

Das Abonnement beträgt für **Oesterreich-Ungarn:**

halbjährig 80 kr., vierteljährig 40 kr.

Genossen!

Mit dieser Nummer endet die „Zukunft" ihren **Kampf um die Emanzipazion der arbeitenden Klassen für das Jahr 1881** und bereitet sich vor, denselben im neuen Jahre mit allen Waffen, die der Wissenschaft und der Gerechtigkeit zur Verfügung stehen, unerschrocken und mit erhöhtem Mute wieder weiter zu führen.

Soll unser Kampf aber von Erfolg gekrönt sein, so müßt Ihr Sorge tragen, daß die „Zukunft" in jeder Werkstätte und in jeder Hütte des armen Volkes Eingang findet. Zugleich ersuchen wir auch um Erneuerung der Abonnements, damit in der Zusendung des Blattes keine Unterbrechung eintrete.

Alle Geldsendungen und Briefe sind an die Administrazion dieses Blattes, 6. Bez., Gumpendorferstraße 78, zu adressiren.

Die Herausgeber.

Donnerstag den 15. Dezember, um 6 Uhr früh, wurde der Redakteur der „Zukunft", Genosse Heinrich Hotze verhaftet; die Verantwortlichkeit dieses Blattes übernahm in Folge dessen Genosse Ignaz Formanek.

Zur Beachtung.

Nachdem Genosse Richter wieder auf freiem Fuße ist, so können die Gelder für die Inhaftirten wieder an ihn gesendet werden.

Des Feuers Macht!

„Und sinken Völker in des Verderbens Schlund,
Der Saz des Elendes bleibt auf des Bechers Grund,
Wie oft ihn auch im donnernden Strafgerichte
Schmettert in Scherben die Weltgeschichte!!"

Gottschall.

Ein großes, weittragendes, bedeutungsvolles Ereignis ist es, daß alle weiteren Begebenheiten in den Hintergrund drängt; ein Geschehnis tiefernster filosofisch — weittragend — wichtiger Beschaffenheit ist es, das alle Gemüter erregt, die Herzen Aller ungestüm pochen macht: eine Hekatombe unschuldiger Opfer sind dargebracht auf dem Altare der Unordnung, sie sind martervoll, bejammernswert und herzerbebend dahingeschlachtet und aufgezehrt durch das tückische allmächtige Element, durch das Feuer. Vindobona weint und die Welt weint mit ihr!

Welches Meer unsäglichen Jammers, unaussprechlicher Qualen und haarsträubend-gräßlicher Martern barg nicht vor einer Spanne Zeit, der einst so herrliche und stolze, so liebliche und so lachende Bau? Der markdurchdringende Verzweiflungsschrei, der tausend Opfer, den sie ausgestoßen, als sie sich ihrer furchtbaren Lage bewußt wurden, tönt in unserer Fantasie gräßlich schrill an unser Ohr, es schneidet dieser Schrei tief in unser Herz hinein, die Feder entfällt unserer Hand und eine Träne bricht aus dem Auge.

Doch diese Zähre bringt keine Linderung, sie erregt, sie stachelt den Schmerz zur Wut, zum tödlichen Haß gegen jene Elenden, die diese armen Opfer auf ihrem Gewissen haben. Schleppt sie hin zum Rache-Tribunal, Geschworne, sprecht ja, sprecht schuldig! Eine Million Menschen und mit derselben die gesammte beleidigte und in ihrem Rechtsbewußtsein verletzte Menschheit fordert Satisfakzion, sie fordert Genugtuung, denn der Ruf des ewigen Rechtes, den die unbeugsam strenge Natur geschaffen, gebietet dies!

Wir tauchen unsere Feder im Schmerz; alle Gefüle müssen im gegenwärtigen Augenblicke in den Hintergrund treten, denn heilig ist der Schmerz!

Unser Gefülsleben ist in die heftigsten Regungen versetzt, unsere Brust durchwogt einem Orkane ähnlich ein Etwas, für welches wir nach Namen suchen keinen finden. — Wie sollen wir unsere Empfindungen nennen? Haß, Wut, unendlichen markdurchsägenden Schmerz? Alle diese Wörter sind zu nichtssagend, zu bedeutungsarm, zu gehaltlos!

Ein unnennbares Etwas, umklammert eisenfest unser Herz; ein Etwas wie ein Reifen von Stal preßt es zusammen; es schlägt nicht, nein! es hämmert, es pocht, es zuckt konvulsiv: es will zerspringen!

Wenn wir die Unglückstätte jezt noch besuchen und betrachten, so beschleicht uns ein eigentümliches Gefül. Hier wo Leben und Regen herrscht, hier wo sich Alles geschäftig stoßt, schiebt, drängt und drückt, hier soll der Platz sein, in dessen nächster Nähe der Verzweiflungsschrei und das Qualengewimmer aus tausend Kelen tönte? — Hier soll der Ort sein, wo Folterqualen gelitten wurden, wie sie nur zur Zeit der Inquisizion vorkamen? Hier soll die Stelle sein, wo Menschen vor Schmerz die Zähne verbissen, die Nägel ins Fleisch gebohrt haben?*)

Diese harmlosen vier Wände, die so unschuldig dreinsehen, sollen jene gräßliche, fluchenswürdige Höllenmaschine sein?

Wir zweifeln, wir zweifeln an der Wahrheit dessen was wir mit eigenen Augen gesehen, wir zweifeln an dem was wir wissen, so groß ist der Jammer, der unsere Brust durchzieht, daß eine furchtbare Skepsis uns beherrscht, nämlich die des Schmerzübermaßes.

Eine Hekatombe von Opfern der gegenwärtigen Ordnung, der aktuellen Zustände in den Teatern!

Sie sind in den Schoß der Erde versenkt; Scholle um Scholle türmt sich zum Hügel; ihre Namen werden vergessen, denn ihre Schläfen umkränzt kein Lorbeer: doch ihr tausendstimmiger schriller Verzweiflungsschrei, ihr herzzerreißendes Stöhnen und Wimmern, tönet fort und fort und wenn noch so viele Schollen darauf gehäuft, ja wenn selbst Felsen darauf gewälzt würden, der Verzweiflungsruf aus tausend Kelen dringt durch. Und jeder Grashalm, jede Knospe, jedes Blümlein die dieser Stätte entkeimen und entsprießen, sie sprechen stumm-beredt eine und dieselbe Sprache, die des Schmerzes, des Jammers und der Verzweiflung einer Hekatombe von Menschenopfern!

Aber nicht allein in den künstlichen, vierwändigen Teatern kommen Brände vor. Es gibt größere Teater, die ebenfalls durch eine mangelhafte Leitung der Teaterdiener schon in Brand geraten sind.

Wenn wir die Geschichte durchblättern, so finden wir eine immense Anzal von großen Teatern, Staaten genannt, die durch eine mangelhafte Leitung ihrer Direktoren, Staatsmänner, in Brand geraten sind. Bedauernswert ist nur, daß bei diesen großen Bränden viele Hekatomben von Opfern fallen.

Diese Weltteaterbrände haben geradezu eine frappante Aehnlichkeit mit dem Brande, den wir kürzlich erlebt haben.

Auch hier machen die Teaterdiener, welche die Hauptschuld am Ganzen trifft, häufig Alles verkehrt und laufen dann auf und davon, wenn der Brand bereits Alles ergriffen hat. Auch hier in den Weltteaterbränden pocht man auf die Löschmittel, man fült sich ihrer ganz sicher, man verläßt sich darauf und im Entscheidungsmomente kommen sie dann gewöhnlich zu spät oder sie stehen nur in den Akten, aber nicht in der Aktion. Der einzige Unterschied besteht darin, daß man das Feuer wieder mit Feuer löschen will, während man bei Miniatur-Teaterbränden Wasser verwendet.

Und — o Ironie des Schicksals! — auch bei den Staatsfeuersbrünsten bestrebten sich schon oftmals ungeschickte Staatsdiener, jenes Licht zu verlöschen, welches eigentlich nur in ihrer Einbildung gefährlich schien, in Wirklichkeit aber selbst ihnen mehr genützt als geschadet hätte.

Man wollte häufig schon bei beginnendem Weltenbrande das Licht verlöschen und konnte aber nicht verhindern, daß jenes Licht, jene Flamme emporzüngelte, die dann ganze Staatengebäude in Ruinen verwandelte.

Nicht das Zusammentreffen von ungünstigen Zufällen war, wie man wissen will, die Ursache, welche das Ringteater zur Ruine machte, sondern es waren überhaupt die Gesammtzustände äußerst mangelhaft, so daß es nur eines äußeren, kleinlichen Ereignisses bedurfte, damit das verheerende Element seinen Zermalmungsschritt machen konnte; nicht das Zusammentreffen von Zufällen war es, welches Staaten in Trümmer legte, sondern das eherne Naturgesetz, welches wiederholt schon Zustände und Einrichtungen, welche verbraucht, veraltet und morsch waren, zum weichen zwang: die ewige und mächtige Natur war es, die sie zwang, neuen Gebilden Platz zu machen.

Und sowie hier an der Stelle der Teaterruine in kurzer Frist neue Formenbildungen sich finden werden, so zeigt uns die Geschichte wiederholt Fälle, daß überlebte Zustände und morsche Einrichtungen durch Flammenmeere hinweggefegt wurden, um neuen Gebilden, frischen Formen Platz zu machen.

Wir wiederholen: heilig ist der Schmerz! denn er durchgeistigt und er ist das Werkzeug der Natur zu den fortschrittlichen Formen, er ist ihr Mittel zum Ziele der Vollendung.

Groß, erhaben ist die Mutter Natur in ihrem Wirken! Welche Wunder birgt sie nicht in Wald und Wiese, Feld und Flur? Welchen Zauber bietet nicht das mit Millionen strahlender Diamanten besäete Firmament?

Allein die anziehendsten Reize, die zauberhaftesten Erscheinungen, die größten Wunder findet der filosofische Denker im Menschenherz, in dessen mächtigen Regungen und Zuckungen, in dessen Leidenschaften.

Einfach ist die omnipotente Mutter in ihren Werkzeugen, groß in ihren Schöpfungen.

Die einfache Zelle, die Tätigkeit der Kapilargefäße sind die einfachen Mittel, womit die Natur die tausendfachen Wunder der Pflanzenwelt formt; die Anziehungskraft und Flugkraft sind das Etwas, wodurch sie Millionen stralender Welten lenkt; endlich das Menschenherz mit seinen Begeisterungswallungen und Schmerzeszuckungen bildet das Werkzeug, womit die mächtige Mutter Staaten schafft, erhält, kräftigt, entnervt und zerschmettert.

Haß und Liebe, Selbstsucht und Opferwilligkeit, dies sind die Mittel der großen Baumeisterin der Staaten, welche kommen und vergehen.

Groß, erhaben ist die mächtige Mutter, klein, winzig klein die Menschen in ihrem weltradhemmenden Streben, denn die gigantische Natur schreitet dahin mit geflügeltem Fuße und zerquetscht die Menschlein, die sich ihr entgegenstellen wie ein Insekt.

*) Geradezu naiv klingt die neueste Fabel von den schlagenden Wettern entstanden durch Kolenoxidgas. (CO) Unseres Wissens entstehen schlagende Wetter nur durch schweres Kolenwasserstoffgas ($C_2H_4O_2$) oder leichtes Kolenwasserstoffgas. Wie Kolenoxid hergekommen sein soll, wissen wir nicht.

Ganje machen jikt nischt!

Als man vor einer Spanne Zeit die Führer der irischen Volkes in den Kerker werfen ließ, da mochte man sich wol gedacht haben, daß mit dem Schrecken Alles auszurichten sei; man mochte sich der trügerischen Hoffnung, welche häufig die Gefährtin der Oberflächigkeit ist, hingegeben haben, daß einzelne Individuen im Stande seien, revoluzionäre Bewegungen zu erzeugen, während diese doch immer in den Zuständen ihren Urgrund haben und mit denselben stets im ursächlichen Zusammenhange stehen; man mochte endlich vielleicht auch den Lehrsatz Machiavelli's mißverstanden haben, „eine Menge ohne Haupt ist wertlos" („Una moltitudine senza capo è inutile"), kurz man verwechselte diese wichtige Bewegung mit einem gewöhnlichen Putsch. Man wollte die Agrarbewegung mit einem Keulenhieb niederschmettern. Nun fragen wir aber, ist dies gelungen? Ganz und gar nicht, im Gegenteile, die Agrarbewegung in Irland lebt und dies stärker als zuvor. Man möge die Führer einkerkern wie man will, die Zustände müssen immer wieder neue Heroen aus der Erde herauswachsen lassen. Alle Repressivmaßregeln sind nur Drachenzähne in die Erde gesäet, aus denen Helden emporkeimen.

Londoner Nachrichten bestätigen dies auf eine eklatante Weise. Aus denselben entnehmen wir Folgendes: Ueber 4000 Mitglieder der irischen Landliga stecken im Kerker und immer mehr werden in denselben geworfen, aber andererseits dauern und mehren sich auch die tatsächlichen Proteste gegen die Evikzionsbefele in Irland.

Wir erinnern uns hier lebhaft an einen Ausspruch aus Rousseau's Emilie: „Gebet Gesetze, Edikte; vermehret die Spione, die Soldaten, die Henker, die Gefängniß-,

die Ketten: erbärmliche kleinliche Menschen, wozu nützt Euch Alles dies?"

Die Polizei hat eine Versammlung der Landliga, welche in London stattfinden sollte am 30. v. M., auseinander gesprengt.

Parnell's Brief, der durch die Vermittlung des Sozialökonomen Henry George aus dem Kerker von Kilmainham in die Oeffentlichkeit gelangte, hat Gladstone und seine Ratgeber wieder einmal in Wut gebracht. (Ein bischen Aerger dann und wann trägt zur Gesundheit bei.) Der Gouverneur des Gefängnisses wurde, nachdem Parnell's Brief veröffentlicht war, auf der Stelle abgesetzt und zwei neue Gouverneure an seiner Stelle ernannt. Offenbar denkt Gladstone: „vier Augen sehen mehr als zwei!"

Wir wollen nur eine Stelle aus dem Briefe herausheben, sie lautet:

„Wir hier im Kerker sind Mann für Mann entschlossen, hier zu bleiben, Monate lang, ja Jahre lang, sollte es notwendig sein, so lange das irische Volk, das man unmöglich einkerkern kann (warum nicht? man könnte ja doch ganz Irland in einen großen Kerker verwandeln und die edlen Lords als Gefängniswärter dazu sperren? A. d. R.), die Lehren, die wir ihm in den letzten zwei Jahren gaben, nicht vergißt."

Nach einer Dubliner Nachricht vom 1. d. M. standen die Garnisonen von Limerik, Farnoy und Cork letzte Nacht und den ganzen Tag über unter Waffen und zum Ausrücken bereit, weil die Regierung die Nachricht erhalten hatte, daß eine Volkserhebung möglich sei. Auch die Frauen nehmen tätigen Anteil an der Bewegung.

Die Frauen-Landliga hielt am 2. d. M. eine Sitzung in Dublin, bei welcher Anna Parnell und Helene Taylor Ansprachen hielten. Es wurde beschlossen, eine Gesellschaft zur Unterstützung der Eingekerkerten zu organisiren.

Miß Helena Taylor ist die Tochter des bekannten und berühmten John Stuart Mill, welcher auf dem Felde der Filosofie allein mehr geleistet hat, als alle deutschen Filosofen zusammen genommen.

In der Versammlung, welche der Zentralverein der Frauen-Landliga hilt, kam ein geradezu empörendes Faktum zur Sprache.

Ein Mädchen wurde von den Bajonetten getödtet. Man sieht also, die englischen Repressivmaßregeln werden sogar gegen wehrlose und unschuldige Geschöpfe in Anwendung gebracht. Ob man auf diese Weise zu einem Ziele gelangen wird, zweifeln wir.

Politische Uebersicht.

Laut Berichte der Tagesblätter wurden letzten Montag im Gasthause „zu den drei Wilden" in Prag, 18 Genossen verhaftet. Darunter soll ein Genosse von Leipzig und einer von Dresden sein. Es befinden sich gegenwärtig im Prager Landesgerichte 41 unserer Genossen in Untersuchungshaft, wovon die meisten Familienväter sind.

Nachträgliches zum Ringteaterbrande. Frau Betti Kibitz erzält folgende Episode ihrer Rettung: „Sie war auf der vierten Galerie rechts mit einem Entreebillet. Als das Feuer ausbrach, eilte heraus, wurde aber fast ohnmächtig. Ein Herr erfaßte sie und schleppte sie bis in den dritten Stock. Dort wurde sie mehrere Male von Erbrechen befallen; dadurch fülte sie sich erleichtert und bekam Kraft, halb kriechend, halb tastend an der Wand sich bis in den zweiten Stock zu schleppen. Wiederholt ist sie niedergefallen, endlich aber in einen Gang gekommen, wo Ruhe herrschte. Sie habe sich fortgeschleppt und sei an eine Türe gekommen, die verschlossen war. Sie habe Stimmen gehört und gehorcht, was gesprochen werde. Da vernahm sie, daß Jemand sage: Es sei Alles gerettet, die Gefahr sei vorüber! Daraufhin habe sie um Hilfe geschrien. Die Türe sei geöffnet worden und sie sah einen Sicherheitsmann. Dem habe sie zugerufen: „Helfen Sie, oben sind noch Menschen." Der Wachmann aber habe ihr entgegnet: „Schweigen Sie! Seien Sie froh, daß Sie gerettet sind, und machen Sie, daß Sie hinauskommen!" Sie sei dann fortgeeilt und halb wahnsinnig sei sie nach Hause gekommen. Frau Kibitz ist Mutter von sieben Kindern und ist bereit, ihre Angabe zu beeiden."

Wir sind überzeugt, daß man eine derart wichtige Belastungszeugin nicht übergehen wird und kann.

Baugebrechen. Heute Früh lösten sich im Gassenladen des Pfaidlers Franz Posch, Josefstädterstraße 34, die Stukkaturarbeiten vom Plafond und stürzten herab; gleichzeitig machten sich Senkungen der Dippelbäume bemerkbar. Der im ersten Stocke des bezeichneten Hauses wohnhafte Ingenieur der Union-Baugesellschaft Rumpf holte sofort von seinem Bauplatze Leute herbei, welche unter Leitung des Bezirksingenieurs Thiemann die nötigen Pölzungen vornahmen. Das Stadtbauamt wurde unverzüglich verständigt und hat eine eingehende Untersuchung des Bauzustandes des ganzen Hauses angeordnet.

Es ist eigentümlich, Alles ist morsch, Alles stürzt ein. Wir halten auch die Pölzungen nicht für ausreichend, denn uns kommt es so vor, als wenn auch die Stützen dieses alten Gerumpels herzlich morsch wären. Wozu diese Mühe? Laßt das Zeug zusammenbrechen, Neues wird schon von selbst entstehen! Heutzutage verlohnt es sich nicht mehr, sich mit Reparaturen viel abzugeben.

Kein Teaterbrand mehr! Hiram Maxim, der bei der Pariser elektrischen Ausstellung prämiirte Erfinder der sogenannten „elektrischen Lampe", teilt in einem an den „Figaro" gerichteten Schreiben mit, daß er einen „automatischen Löschapparat" ersonnen hat, welcher ganz unabhängig von menschlicher Hilfe Katastrofen, wie jene vom Ringteater, unmöglich machen soll. Der im Teater aufzustellende Apparat steht in unmittelbarer Verbindung mit der Hauptwasserleitung, mit einer Dampfpumpe und mit einem Kolensäure erzeugenden Apparat. Sobald nun eine Feuersbrunst ausbricht, setzt die Hitze den Apparat von selbst in Bewegung und öffnet gleichzeitig ein Ausleufrohr, welches einen starken Wasserstral, sowie mit Kolensäure gemengtes Wasser genau auf die Brandstelle hinleitet. Greift das Feuer weiter um sich, so öffnet die Hitze eine größere Anzal von Röhren und die Intensität der Wasserstralen nimmt nach Maßgabe des Bedarfes zu. Der Apparat setzt gleichzeitig ein Uhrsistem in Bewegung, welches auf einen elektrischen „Anzeiger" wirkt, durch welchen die Feuerwehrzentrale, die Polizeidirekzion u. s. w. unverzüglich vom Ausbruche des Brandes unter genauer Angabe des Entstehungsortes in Kenntnis gesetzt werden. Der Erfinder versichert, daß sein „automatischer Apparat" weder übermäßig kompliziert, noch besonders kostspielig sei.

In kurzer Zeit wird die Kommune Wiens einen solchen Apparat haben, aber nicht in den Teatern, sondern in den Akten. Darum hoch die Kommune von Wien!

Vom Schlachtfelde der Industrie. Mitwoch, den 14. d. M., früh, ging in dem Bergwerke „Krcelak" bei Senez nächst Rakonitz eine Kolenwand nieder und verschüttete die dort arbeitenden Bergleute. Zwei davon kamen mit ziemlich bedeutenden Quetschungen davon und konnten noch nach Hause gehen, ein Dritter aber, Anton Kočinek aus Senez, wurde als zerquetschte Leiche hervorgezogen. Er hinterläßt eine Witwe mit fünf unerwachsenen Kindern.

Wer wird den hungernden Kindern jetzt Brot geben? Anderseits, was haben die armen Geschöpfe verbrochen, daß die Gesellschaft das Recht hätte, sie dem nagenden Elende, dem Hungertode, preiszugeben? Bei den barbarischen Völkern wurden nur gebrechliche und neugeborene Kinder ausgesetzt, dieselben nahmen aber ein rasches Ende und hatten überhaupt noch nicht jenes Gefülvermögen, welches ein Kind mit mehreren Jahren besitzt.

Die moderne Gesellschaft verurteilt Kinder, deren Väter als Opfer der Industrie fallen, zum langsamen verhungern. Die Gesetze aller Staaten zeigen hierin eine Lücke, die ausgefüllt werden muß, wenn die Jetztzeit überhaupt auf Humanität Anspruch erheben will.

Zum Kapitel: Auswanderungen. Im deutschen Reichsrate kam wieder einmal dieser Gegenstand zu Sprache und zwar im Verlaufe der Budgetberatung.

Der Regierungsvertreter bedauerte zwar die stetig zunehmende massenhafte Auswanderung aus Deutschland, aber in Oesterreich, Ungarn, Schweden, Dänemark und Norwegen sei es nicht viel besser, stellenweise sogar schlimmer. Er meinte sogar, daß die Vereine zum Schutze der Auswanderer die Auswanderung beförderten! Im Uebrigen begnügte sich der Regierungsvertreter mit der Ankündigung, daß in der nächsten Session ein Auswanderungsgesetz eingebracht werden soll, das zunächst die technische Seite der Frage, die Aufgaben der Auswanderungsagenten, der Schiffsreheder ꝛc. einheitlich regeln soll. Als Ursachen der Auswanderung wurden von den Rednern die verschiedensten Dinge angegeben: Militär- und Steuerdruck, Sozialistengesetz, „Kulturkampf" und namentlich die günstige wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten. Ein Redner verteidigte sogar die Auswanderung, weil sie der Uebervölkerung steuere, obgleich es notorisch ist, daß ganze ländliche Distrikte im Reiche durch die Auswanderung veröden, während die großen Städte wieder mit von Osten einwandernden Juden überschwemmt werden. Große Gesichtspunkte kamen bei der Debatte nicht zur Geltung.

Auch bei uns erregt die progressiv zunehmende Auswanderung bereits Aufmerksamkeit. Dafür spricht der Umstand, daß die tirolische Statthalterei Folgendes verlautbart:

„Seit einiger Zeit werden von einem genuesischen Geschäftshause, welches die Firma Giovanni Colajanni trägt, im Lande an Gemeindevorsteher, Schullehrer und Privatpersonen gedruckte Einladungen versendet, welche zur Ueberfahrt nach Amerika, speciell Rio Janeiro und Buenos-Ayres unter Bekanntgabe gewisser Reisebedingungen auffordern." Vor Auswanderungen überhaupt, besonders aber nach Brasilien, wurde mit Recht wiederholt gewarnt.

Jedermann muß uns beipflichten, daß damit der Nagel auf den Kopf getroffen ist und es läßt sich Gift darauf nehmen, daß kein Mann vom Land Tirol mehr auswandern wird.

Nicht-„Üblich" gehandelt. Am 2. d. M. fand eine Vereinsversammlung des demokratischen Vereines Neubau statt, und es wohnten ungefähr 600 den Arbeiter- und Gewerbekreisen angehörende Personen bei, wodurch die ursprüngliche Absicht des Vereines, einer allgemeinen Volksversammlung die Resoluzion des jüngst in Wien stattgehabten Gewerbetages zur Besprechung, beziehungsweise zur Verurteilung vorzulegen, in der Tat realisirt wurde. Der Versammlung wohnte der Reichsratsabgeordnete Kronawetter an. Das Referat über die vielfach angefeindete Resoluzion hatte Herr Marschall, welcher jeden einzelnen der zwölf Resoluzionspunkte einer vernichtenden Kritik unterzog und an, aus dem gewerblichen Leben gegriffenen Beispielen die prinzipiellen Mängel derselben beleuchtete. Am schärfsten sprach sich Redner gegen das Institut der Genossenschaften aus, indem er aus dem Wiederaufleben dieser „verzopften" Korporazionen, die den Hoffnungen der Gewerbetreibenden diametral entgegengesetzten Konsequenzen zog. An diese Ausführungen schloß sich eine sehr lebhafte Diskussion an, in welcher die Redner den Ausführungen des Referenten billigend zustimmten. Die Diskussion wird in der nächsten Vereinsversammlung fortgesetzt werden.

Karakteristisch ist es, daß Redner ausdrücklich betonte, der Kleinindustrielle müsse sich mit dem Arbeiter vereinigen und Hand in Hand mit denselben vorgehen; nur dadurch sei eine Heilung der tiefen sozialen Leiden möglich.

Man sieht also, daß unsere Ansichten, die wir bereits unzählige Male entwickelt haben, auch von den denkenden Kleingewerblern geteilt werden.

„In Deinem Lande sei einheimisch klug, im fremden bist Du nicht gewandt genug", so sagte Herr Göthe und er konnte auch leicht so sprechen, denn er war Minister und lebte comme il faut.

Aber anders verhält es sich, wenn man eben kein Minister ist und nichts zu nagen und nichts zu beißen hat; in diesem Falle wird das Gefül der wärmsten Vaterlandsliebe durch das niederträchtige Gefül des leeren Magens übertönt eben lauter an unser Ohr, wie der lebhafteste Ruf der patriotischen Begeisterung und der Patriotismus kleidet sich dann immer in die Worte: „Wo es mir gut geht, dort ist mein Vaterland".

In diesem Sinne bilden auch die Auswanderungsziffern den Maßstab des Elendes, sie steigen und fallen mit demselben.

Was die österr.-ung. Monarchie anbelangt, so zeigt sich folgende Gruppirung: Böhmen, Tirol, Galizien, Dalmazien, Krain, Mähren, Bukowina, Schlesien.

Nach der jüngsten Volkszälung befinden sich von der Gesammtbevölkerung Böhmens (5,935 786 Seelen) im Auslande, wozu auch die Länder der ungarischen Krone, dann Bosnien und die Herzegowina gerechnet werden, 35.223 Personen, nämlich 22.446 männliche und 12.777 weibliche, und zwar in den Ländern der ungarischen Krone 4998 (3372 männliche, 1626 weibliche), in Bosnien und der Herzegowina 623 (358 männliche, 265 weibliche), im übrigen Auslande 29.602 (18 716 männliche, 10.886 weibliche). Es kommt sonach auf 168·5 Seelen der einheimischen Bevölkerung Böhmens ein im Auslande befindliches Landeskind, während erst auf 173·5 Seelen der gesammten einheimischen Bevölkerung Oesterreichs ein im Auslande weilendes Individuum entfällt. Zu der Gesammtzahl der im Auslande befindliche Bevölkerung Oesterreichs (125.258) stellt Böhmen nahezu den dritten Teil. Auch in absoluter Ziffer stellt Böhmen das größte Kontingent zu der im Auslande befindlichen Bevölkerung Oesterreichs, denn seine diesbezügliche Ziffer wird von keinem anderen Lande übertroffen, sondern es folgen mit den nächst größeren Ziffern: Tirol (mit 24.952), Galizien mit (22.352), Dalmazien (mit 8804), Krain (mit 8453), Mähren (mit 4494), Bukowina (mit 4289), Schlesien (mit 2643 im Auslande lebenden Einwohnern). Von der Gesammtbevölkerung Böhmens befinden sich 0·59 Perzent (rund 6 vom Tausend), speziell von der männlichen Bevölkerung 0·37, von der weiblichen Bevölkerung 0·22 Perzent im Auslande.

Gegen diese Auswanderungen existirt nur ein Mittel: man sehe wo die Leute hingehen, man studire die gesammten politischen und nazional-ökonomischen Verhältnisse dieses Landes und man nehme eine Umgestaltung der eigenen Verhältnisse vor.

Situazion an der Krivoscie. Die aktuelle taktisch-strategische Lage in der Krivoscie beschränkt sich auf die gegenseitige Verpachtung, auf ein wechselseitiges Abwarten. Keiner der beiden Kämpfer will sich des Vorteiles der Initiative bemächtigen, welcher die Offensive mit sich bringt

Aus den Nachrichten jüngsten Datums entnehmen wir Folgendes:

Den Befel über die Truppen in den Bocche führt Oberstbrigadier v. Hofstinck. Der zur Isolirung der Krivoscie bestimmte Kordon ist seit drei Tagen vollendet und wird von folgenden Truppen gebildet: Auf dalmatinischem Gebiete von einem Bataillon Deutschmeister-Infanterie, vom 1. und 10. Bataillon des Kaiserjägerregimentes, vom 3. Feldjägerbataillon und einem Halbbataillon Weber-Infanterie. Diese Truppen halten den Raum von Gruda und der Suttorina über Ubli, die Höhen oberhalb Risano und bis Orahovak so abgeschlossen, daß ein Verkehr aus dem Hinterlande mit der Küste unmöglich ist. Außerdem stehen das aus Ragusa nach Kastelnuovo verlegte 24. Jägerbataillon und eine Gebirgsbatterie dem Brigadekommando als mobile Reserve für besondere Fälle zur Verfügung; endlich hält das 14. Infanterieregiment Hessen mit drei Bataillonen Cattaro, sowie die Forts in den Bocche besetzt. Auf herzegowinischem Gebiete hält ein Bataillon des Warasdiner 16. Infanterieregimentes den Raum von Civci über Kruseviza bis zum Abhange des gigantischen, schneebedeckten Orien abgeschlossen. Dieses Bataillon wird jeden dritten Tag von einem anderen Bataillon des Regimentes aus Trebinje abgelöst. Die Natur der Sache bringt es mit sich, daß die Bataillone in ihrem Rayon auf weite Strecken kompagnie- und zugsweise vertheilt sind. Ein reger Patrouillengang ergänzt den Sicherheits- und Beobachtungsdienst der stehenden Posten. Ebenso sichern sich auch alle Distrikte in der Bocca, namentlich die Zuppaner, Braicaner, Pastrovicaner, Mainoten und Poborianer durch, aus der eigenen — bekanntlich stets bis an die Zähne bewaffneten — Bevölkerung gebildete Abtheilungen, sowie durch Schandarmen. Obwol zur Stunde schon 230 Schandarmen in der Bocca und dem Hinterhalte stehen, werden von den österreichischen Landes-Schandarmeriekommanden noch immer auf höhere Weisung erprobte Leute hiehergesendet. Dank diesen umfassenden Vorsichtsmaßregeln sind in Süddalmatien während der

letzten Wochen keinerlei Angriffe auf Heerden und räuberische Ueberfälle vorgekommen.

Den von unseren Truppen gezogenen dalmatinisch-herzegowinischen Kordon schließt in ganz wirksamer Weise der montenegrinische Kordon ab. Die Montenegriner haben sämmtliche aus der Crivoscie in die Hochebenen von Cucse und Grahovo führenden neun Saumpfade und Reitwege von Ovesina an bis zum Fuße des Bucsi-Zub durch Posten von je sechs Mann, die regelmäßig abgelöst werden, abgesperrt. Außerdem haben die Montenegriner mit 80 Mann noch einen zweiten Grenzkordon an der herzegowinischen Grenze im Gebiete der Bajani gezogen, um ihr eigenes Land gegen räuberische Einfälle der Herzegovzen zu schützen. Wie lange dieser eigenartige Zustand dauern soll, entzieht sich jeder Vermutung. Er ist recht orientalisch und daher unberechenbar. Die nunmehr ganz isolirten Crivoscianer verhalten sich vollkommen ruhig. Sie warten offenbar, daß die k. und k. Truppen in der Weise offensiv vorgehen und sich die Köpfe an den Felswänden blutig rennen, wie 1869. Nun scheint aber Frhr. v. Jovanovic die umgekehrte Taktik von damals befolgen zu wollen. Er hat für die Truppen gesicherte und beherrschende Stellungen ausgemittelt und beabsichtigt nun offenbar, zur Abwechslung einmal den Crivoscianern das Angreifen zu überlassen. Diese Modalität hat den unzweifelhaften Vorzug, daß die Truppen geschont werden, wie es denn bis heute tatsächlich noch zu keinem Kugelwechsel gekommen ist. Jedenfalls können die Truppen länger warten als die zernirten Crivoscianer, die von allen Ressourcen abgeschnitten sind und daher früher oder später denn doch zu Kreuze kriechen müssen. Die Bande des Stojan Kovacsevic hat sich in Folge innerer Zwistigkeiten in drei Gruppen geteilt. Der einen, bestehend aus 12 Mann, ist es noch vor Abschluß des Kordons gelungen, sich zu den Crivoscianern zu schlagen. Es ist dies eine Gruppe, welche dem Räuberhandwerke abhold ist und eine rein politische Tendenz verfolgt. Die zwei anderen Gruppen, darunter der Stamm der Ceta unter Kovacsevic selber, sind in der Herzegowina geblieben, können aber angesichts der Wachsamkeit der Schandarmen und der unausgesetzten Truppenstreifungen nichts unternehmen, daher auch in der südlichen Herzegowina Ruhe herrscht.

Ob dieser Kampf überhaupt nötig ist oder nicht, ob er sich nicht ebenso gut hätte vermeiden lassen, etwa durch Konzessionen, darüber wird die Geschichte entscheiden. Jedenfalls wird die ganze Affaire eine wunde Stelle in Oesterreichs Geschichte bilden.

Exekutive Feilbietung einer Kirche. Am 15. April 1882 kommt die Kirche des heiligen Josef auf dem Platze zu Caux Vives in Genf unter den Hammer.

Dieses Haus Gottes wurde im Jahre 1872 mit entlehnten Geldern gebaut und nachdem in jüngster Zeit weder ein Heller von den Zinsen, noch von den Amortisazionsbeträgen bezalt wurde, so gelangt der Tempel der Frömmigkeit um den Ankaufspreis von 60.000 Franks zur Versteigerung. O, sündige Menschheit!

Requiescat in pace! Der deutsche Reichstag vertagte sich am 17. d. M. bis zum 9. Jänner. Die Session hat gerade einen Monat gedauert, es wurden Reden geredet und Fraseln gedrechselt, aber etwas Gedeihliches für das Volkswol ist nicht geschehen.

Die Eröffnung geschah schwungvoll durch die Botschaft des neuesten Testamentes. In derselben wurden Aussichten auf Versprechungen gemacht, die man aber nicht zu halten braucht.

Nach dem 9. Jänner dürften die Reichsboten nur noch zehn Tage verhandeln, denn verfassungsmäßig muß der preußische Landtag spätestens am 16. Jänner seine Arbeiten beginnen und ein Zusammentreffen beider Körperschaften ist mit Schwierigkeiten verbunden. Die Conservativen bedauern die Verwerfung der Gelder für den Volkswirtschaftsrat, sowie für die selbst vom Schulmeister von Sadowa eifrig befürwortete Unteroffiziersschule zu Neubreisach in Elsaß. Die Arbeiterpartei bedauert nichts, denn sie hat nichts erwartet als eine schlechte Posse, und diese wurde ja ohnedies gespielt.

Der deutsche Kanzler hat ein entschiedenes Malheur; man glaubt ihm nicht, wenn er auch gleich die Wahrheit spricht. Früher erlebte er mit den Versprechungen den Arbeitern gegenüber ein Fiasko und jetzt droht ihm dasselbe vom Knecht der Knechte Gottes. Ja, es ist schwer, schwer, Reichskanzler zu sein!

Welchen Haß die deutschen Patrioten gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen an den Tag legen, liefert uns wieder die Debatte über die Denkschrift, betreffend das Sozialistengesetz im deutschen Reichsrate. Minister Putkammer erklärt, daß die Sozialisten den Fürstenmord billigen und fügte den Wunsch dazu, das Volk möge sich aus den Banden der Agitatoren freimachen. Der sächsische Minister Nostiz erklärt, er würde sich, wenn er die Wahl hätte zwischen einer atheistisch-sozialistischen Republik und der Annexion Sachsen an Preußen, obwol er ein guter Sachse sei, für das Letztere erklären.

Die Konsequenz der Schweiz. Es ist bekannt, daß die Schweiz den großen Genfer-Filosofen Jean Jaque Rousseau seinerzeit mit Kieselsteinen bombardirte, weil sie eben das, was er geschrieben, nicht verstanden hat, und daß sie dadurch ein ewiges Brandmal der Schande in seine Geschichte des vorigen Jahrhunderts eingeprägt hat; es ist ferner bekannt, daß sich die freie Schweiz in der jüngsten Zeit zur Stiefelputzerin des Zaren hergegeben hat und als gehorsame Dienerin denselben in der Nihilistenjagd pflichtschuldigst beisteht. Es wird demnach auch nachfolgende Tatsache Niemand in Staunen versetzen, die sich in Genf, woselbst Rousseau das Malheur hatte, geboren zu werden, zugetragen hat.

Am 27. November kam Rochefort nach Genf und besuchte dortselbst das Theater; kaum hatte er seinen Platz eingenommen, so erscholl es tausendstimmig: Fort mit Rochefort! Pereat Rochefort! Ea bas Rochefort! (Nieder mit Rochefort).

Rochefort verließ würdevoll das Theater, ohne sich um derartige Ausbrüche der Gemeinheit und des Bedientenstinnes zu kümmern.

Die Schweiz aber kann auf diesen Heroismus stolz sein, denn es gehört ein hoher Mut dazu, einen anzugreifen, wenn man zu tausend gegen ihn ist. Wahrhaftig, das Geschlecht der Winkelriede ist noch nicht ausgestorben.

Verbreitung sozialistischer Schriften in Deutschland. Aus Genf wird den „Times" geschrieben: Die Ausfuhr verbotener Literatur, hauptsächlich in der Form sozialistischer Traktätchen und Zeitungen aus der Schweiz nach Deutschland, macht der deutschen Polizei viel zu schaffen und bereitet sogar den Schweizer Behörden einigen Verdruß. Eine jüngst entdeckte Methode, verbotene Druckschriften in Deutschland einzuschmuggeln, besteht darin, denselben das Aussehen von Geschäftszirkularen zu geben. Um die Täuschung schwerer entdeckbar zu machen, werden die so behandelten Flugschriften und Journale außerhalb mit den Namen renommirter Firmen in Basel und Zürich bestempelt — ein Verfahren, welches letztere natürlich beanstanden, da seit der Entdeckung der List alle ihre nach Deutschland abreisenden Briefe und Zirkulare im Postamte forsirt und der kaiserlichen Polizei zur Inspektion übergeben worden. Eine andere Erfindung, die jüngst von deutschen Sozialisten in der Schweiz adoptirt wurde, um ihre literarischen Erzeugnisse über die Grenze zu schmuggeln, ist, dieselben in Zinnbüchsen zu stecken, die hermetisch verschlossen und als kondensirte Milch enthaltend, deklarirt sind. Da der Zoll stets pünktlich entrichtet wurde, konnte diese List lange Zeit hindurch straflos ausgeführt werden.

Nachdem man sich aber nun überzeugt hat, daß in diesem Blechgewande keineswegs Milch, am allerwenigsten aber die Milch der frommen Denkungsart ist, so fahndet jetzt die Polizei im freien und einigen Deutschland nach dieser geharmischten Milch. Wir glauben aber, daß Kartätschenbüchsen staatsgefährlicher sind, als diese harmlosen Büchsen, die noch Niemanden getödtet und verstümmelt haben, wie erstere.

Skandal ohne Ende. Nachdem Roustan gegen Rochefort vor den Geschwornen den Kürzeren gezogen, will jetzt Challemel-Lacour, der französische Botschafter in London, sein Glück gegen den Laternenmann versuchen. Challemel strengte einen Verleumdungsprozeß gegen Rochefort an und soll derselbe am nächsten Donnerstag vor dem Zuchtpolizeigerichte verhandelt werden. — Wie Rochefort mit Gambetta umspringt, dafür möge Folgendes als Beleg dienen: Die „République Française" hatte gesagt, daß der Ausgang des Prozesses Rouston-Rochefort eines der außerordentlichsten Dinge sei, die seit zehn Jahren in Frankreich gesehen worden. Darauf erwidert Rochefort's „Intransigeant", es gäbe noch etwas Erstaunlicheres, woran man bisher wenig gedacht habe; es bestehe dies darin, „daß ein Genueser, Neffe eines italienischen Straßenräubers, der gehängt wurde, weil er die Reisenden auf der Heerstraße anfiel, Ministerpräsident in Frankreich wurde mit einem Badener als Unterstaatssecretär". Ein solches Auftreten der Intransigenten gegen Gambetta scheint denselben immer mehr nach rechts zu drängen.

Aus Parteikreisen.

Verhaftungen. Ueber Requisizion der Wiener Polizeidirekzion vom 5. d. M. wurde das ehemalige Mitglied des Allgemeinen Arbeitervereines in Bregenz, der Tischlergehilfe Hintersloißner, sowie sein Arbeitskollege verhaftet und an das Kreisgericht in Feldkirch eingeliefert. — Ebenso wurde der aus der Schweiz zugereiste und im Jahre 1880 aus Paris ausgewiesene Genosse Josef Prukert, zu Franzenstal gebürtig und nach Albrechtsdorf in Böhmen zuständig, 26 Jahre alt, von Profession Zimmermaler, welcher am 5. d. M. nach Wien gekommen war, von Polizeiagenten auf der Wieden verhaftet. — Auch der Tischlergehilfe Heinrich Hotze, zu Wien geboren, 30 Jahre alt, zuletzt verantwortlicher Redakteur dieses Blattes wurde in Haft genommen. Beide wurden dem Landesgerichte eingeliefert. Das „Extrablatt" brachte hierüber eine Notiz, die von Gemeinheiten und Lügen strotzt; jedoch ist dieses Wurstorgan, dieser Bilderbogen für große Kinder viel zu elend, als daß wir erwidern würden. Zu einer Berichtigung werden wir aber diese Ausgeburt der liberalen Schmieralistik zwingen.

Volksversammlung verschoben. Da zu der vorigen Montag in die Dreher'schen Localitäten einberufenen Volksversammlung nur wenig Arbeiter erschienen waren, wurde wegen der Wichtigkeit der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände („Die Forderungen der Arbeiter" und die „Presse") beschlossen, die Versammlung zu vertagen und dieselbe für Montag den 26. d. M. einzuberufen. Diese Veränderung wurde auch deshalb vorgenommen, damit sich auch Arbeiter aus der Provinz betheiligen können. — Genossen! Erscheint zahlreich in Eurem Interesse.

Jagd nach Notwild. Aus Prag, 19. d. M., erhalten wir folgende Mitteilungen: Heute Nachts erschien ein Polizeikommissär unter Assistenz von Wachleuten im Lokale des hiesigen Arbeitervereines „Delnicka Jednota" und verhaftete achtzehn Sozialdemokraten, welche nach einem auf der Polizei vorgenommenen Verhöre dem Strafgerichte eingeliefert werden, wo bereits mehr als zwanzig Sozialdemokraten in Haft sind. Unter den Prager Sozialdemokraten sollen besonders viele verbotene in England und Amerika gedruckte Flugschriften verbreitet sein, auf welchen Umstand man diese Massenverhaftung zurückführen will. Auch wurde der Redakteur der Zeitschrift „Budoucnost" dortselbst verhaftet. Ueberhaupt leisten die Prager Behörden das Meiste im Verhaften unserer Genossen, während dieselben anläßlich der Kuchelbades Affaire durchaus nicht die größte Rührigkeit entfaltet hat. Vielleicht will sie jetzt das Versäumte nachholen.

Wels, den 12. Dezember. Am 4. Dezember l. J. fand im Gasthause „zum blauen Hechten" in Wels eine Volksversammlung unter dem Vorsitz des Genossen Tischlinger statt. An der Tagesordnung war: Die Lage der Kleingewerbetreibenden und der Arbeiter.

Als erster Redner ergriff das Wort Genosse Reichl, welcher nach einer kurzen Rede folgende Resolugion*) einbrachte: In Erwägung, daß durch die heutige planlose kapitalistische Produktionsweise es dem ehrlichen und redlichen Gewerbsmanne unmöglich gemacht wird, zu konkurriren, der Arbeiter aber ausgebeutet und dem Elende zugeführt wird; in fernerer Erwägung, daß diesem durch Palliativmittel, wie Einschränkung der Gewerbefreiheit, Wiedereinführung resp. Beibehaltung der zünftlerischen Institugionen wie obligatorischen Zwangsgenossenschaften ꝛc., nicht abgeholfen werden kann, da vielmehr diese wirtschaftliche Krise ihre Wurzel in den sozialen und politischen Zuständen des Staates besitzt, beschließt die heute, den 4. Dezember l. J., in Aichberger's Lokalitäten tagende Volksversammlung alle möglichen (gesetzliche, wurde vom Regierungsvertreter dazugeschrieben) Mittel zu ergreifen, um den (bis heute rechtlosen, wurde vom Obigen gestrichen) Kleinbürger und Arbeiter zu seinem natürlichen politischen Rechte der Mitwirkung an der Gesetzgebung zu verhelfen.

Nun ergriff Genosse Hoffmann, der von seiner Rückreise aus London nach Pest uns besuchte, das Wort und referirte über obige Resolugion in einer exklamirten Rede, die unter uns allgemeinen Anklang fand und auch von anderer Seite mit Bravos aufgenommen wurde.

Nach diesem sprach Bürger Nikola, welcher im Allgemeinen dem Genossen Hoffmann beistimmte, aber zur Mäßigung und einer gesetzlichen Entwicklung der Dinge ermahnte.

Genosse Hoffmann ergriff wieder das Wort und stellte dem Vorredner die Sache so klar dar, daß Herr Nikola nicht mehr das Wort ergriff.

Unterdessen war Herr Haslinger, Obmann des Kleingewerbevereines in Wels, welcher speziell geladen wurde, erschienen und ergriff sofort das Wort. In seiner Rede verteidigte er die Resolugion vom Gewerbetage in Wien, welche dort angenommen wurde, und empfahl uns, diese Punkte, welche nach seinem Gutachten für die Arbeiter sehr gut lauten, anzunehmen. Der geehrte Redner hat auch solche Sachen vorgebracht, obzwar er sich einen Anstrich gab, als möchte er sich mit den Arbeitern sehr viel befassen, um ihnen in jeder Hinsicht zu helfen. Man muß aber staunen, wie er über unser Programm im Unklaren ist; deswegen empfehlen wir ihm, unsere Blätter etwas mehr zu lesen, damit er ein anderes Mal keine so großen Schnitzer macht.

Es sprach nun zum dritten Male Genosse Hoffmann, indem er gegen die Annahme dieser Palliativmittel, welche uns helfen sollten, warnt und behauptete, daß dies nur Reaktionäre sind, welche so etwas anstreben und von derlei Sachen faseln. Redner wurde zweimal von Seite des Regierungsvertreters zur Ordnung gerufen, und zwar darum, weil er nur in den Elementarereignissen unsere Erlösung sehe und behauptete, es werde auch so kommen.

Zum Schlusse verbuchte ein Speichellecker namens Rabe, der in Birlbauer's Buchdruckerei um Taglohn arbeitet und sich Faktor schimpfen läßt, uns Arbeitern die Resolugion vom Gewerbetage in Wien einzutrichtern. In seiner Rede sprach er wiederholt einige Male etwas vom Brodherrn, welchem er unterliegt. Es wundert uns, daß ein intelligent sein sollender Arbeiter so etwas zu sprechen wagt; weiß er denn nicht, daß wir die Arbeitsnehmer und die von ihm sogenannten Brodherrn nur die Arbeitsgeber sind? Wenn er Lust hat, die Peitsche, welche ihn ins Gesicht schlägt, zu küssen, wir haben nichts dagegen und machen es ihm nicht nach; wir wollen freie Männer sein!

Es wurde sodann die Resolugion vorgelesen und mit großer Majorität angenommen.

Franz Schättinger, Schriftführer.

Niemes. (Fortsetzung und Schluß aus der letzten Nummer).

Gegenwärtig absorbirt diese Fabrik das gesammte Arbeitsangebot von hier und Umgebung und sind die dortigen Löhne allein maßgebend. Die Herren Fischel haben hier als Konsument der Arbeitskraft keinen Konkurrenten, indem die einst blühende Tuchmanufaktur fast aufgehört hat. Von ehemals sieben fabriksmäßig betriebenen Geschäften, bestehen noch zwei, wovon das Eine zwischen Leben und Tod schwebt und bei dem Zweiten, welches wol noch lebensfähig erscheint, die Arbeiter in Folge schlechter und schwacher Garne zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig verdienen. Die Kalamität, diesen Mangel an Unternehmungen für die zahlreichen Arbeitskräfte, wissen die Herren Fischel gehörig auszubeuten und Geld daraus zu schlagen, im vollsten Sinne des Wortes. Diese Umstände waren auch der Grund, daß sich diese spekulativen Herren nicht besonders für die endliche Ausführung des Baues der Verbindungsbahn Leva-Liebenau über Niemes erwärmen konnten und sich bei der Subskripzion so lange als möglich zugeknöpft verhielten, denn sie rechnen nicht so sehr mit der billigen Fracht (diese haben sie ohnedies nicht teuer) als mit der billigen Arbeitskraft. Diese und deren alleiniger Konsum ist ihnen Hauptsache, denn es könnte sich dann ein anderes industrielles Unternehmen sich hieher ziehen, was ihnen einen Strich durch die Rechnung machte.

Eine Frau ersucht Herrn Arthur (ein Profitmacher comme il faut) er möge sie am Kirchweihsamstage zu Hause lassen, damit sich dieselbe, wenn sie das ganze Jahr Tag aus Tag ein in der Fabrik arbeite, doch diesmal etwas zusammenwaschen könne. Dieser sagte, daß dies nicht angehe, sie habe nur in der Fabrik zu arbeiten (für uns zu schinden hätte er sagen sollen), sonst tue er sie entlassen. Die Frau meinte, sie könne ja sogleich gehen, worauf er entgegnete: sie müsse noch 14 Tagen arbeiten und wenn sie nicht 8 fl. verdiene, bekomme sie 5 fl. Strafe! — Das wäre also fast ihr ganzer Arbeitslohn in 14 Tagen nach Abzug des Zugehörs, welches alles von der Fabrik bezogen und gekauft wird, wobei die Unternehmer ebenfalls einen respektablen Gewinn haben und bei dem die Materialien oft teurer und auch schlechter sind als bei irgend einem Händler. Mancher kleine Geschäftsmann, der verhältnißmäßig hohe Steuern zalt, würde froh sein, wenn er nur einen kleinen Teil als bestimmtes Einkommen hätte, was dort nur nebenbei an den diversen Utensilien „verdient" wird. Genannter Herr Arthur ist dort die Seele des Geschäftes und die für dasselbe so ersprießliche und spekulative Erfindung „Postarbeit" gilt als sein Werk. Wer nicht die Geschicklichkeit oder die Kräfte besitzt, das gewünschte Arbeitsquantum zu leisten, wird von demselben als Faullenzer betitelt. Allerdings mag es eine schwere Arbeit sein, alljährig einige Monate Echolungsreisen machen zu müssen, wovon die Arbeiter freilich keine Ahnung haben.

An Strafgelder-Diktiren vermag Herr Arthur Erstaunliches zu leisten, u. zw. zumeist wegen sehr geringer d. h. zu wenig Ar-

*) Wir glauben, daß die Genossen von Wels diese Resolugion nur als ihren Meinungsausdruck betrachten und die Ueberzeugung haben, daß das Resoluziouiren nach Oben nichts fruchtet.

Anm. d. Red.

heitsleistung; er versteht es vortrefflich das Eisen zu schmieden, so lang es warm ist, d. h. die Kräfte der Arbeiter so lange auszunützen, so lange noch solche vorhanden sind. Die dortigen Arbeiter sollen kein anderes Streben und keinen anderen Lebenszweck kennen, als sich mit Weib und Kind, mit allen ihren Kräften, mit Körper und Geist für die Fabrik zu widmen, damit die Millionen der Herren Fischel sich vervielfachen, so lautet das Evangelium Herrn Arthur's. Derselbe erlaubt sich auch, obwol selbst noch nicht 30 Jahre alt, erwachsene Mädchen, auch selbst Frauen, welche in jüngeren Jahren in die Fabrik schon gegangen sind, mit den „vertraulichen" Du anzureden, dasselbe tut auch Buchhalter Kulka, welcher noch überdies einer Familie angehört, welche die Bildung erfunden zu haben vorgibt. Vor Kurzem wurde die neue, für die Arbeiter nachteilige Einrichtung getroffen, daß die Arbeit anstatt Freitag, wie früher, schon Donnerstag und Mittwoch abgenommen wird, es ist also nicht genug, daß die Arbeiter dem Herrn 14 Tage die Arbeit als Vorschuß geben, sondern es muß dies jetzt gar 18 Tage geschehen. Als Grund dieser Maßregel wurde geltend gemacht, daß einige Arbeiter, welche Vorschuß erhalten hatten vor Schluß der Woche durchgebrannt sind. Doch „Spekulanten und Spitzbuben werden um Gründe nie verlegen", sagt ein Sprichwort.

Man sollte meinen, daß die Arbeiter gegen eine derartige wie jede andere sie bedrückende und benachteiligende Maßregel Front machen und eingeschlossener Weise dagegen opponiren, da es denselben doch nicht fremd ist, daß das Geschäft florirt und mehrere, besonders geschickte eingeübte Arbeiter nicht entlassen werden können, ohne das Geschäft erheblich zu schädigen. Doch nichts von alledem. Der größte Teil der Arbeiter sucht sich in Schweifwedelei zu überbieten und ihre besser gesinnten Mitarbeiter zu denunziren und zu verkleinern. Jeder sucht seinen Vorteil nur auf Kosten seines Kollegen und suchen sich in persönlichen kleinlichen Nergeleien, im Chikaniren und Schuhriegeln zu überterfen. An ein offenes, freimütiges, männliches Auftreten denkt halten Einer. Es gibt Aufseher dort, welche früher die Sozialdemokratie gefressen haben wollten, jetzt aber Alles tun, was den Arbeitern zum Nachteile gereicht. Es gibt hierorts wenige Leute, welche nicht direkt oder indirekt von der Fabrik abhängig sind oder sich wenigstens eingebildet abhängig wähnen. Krämer, Greisler, Bäcker, Wirthe u. dgl. kleine Geschäftsleute, haben den Vorteil, daß sie den Arbeitern mindestens 14 Tage kreditiren müssen, damit Letztere den Herren Fischel um einen billigen Lohn arbeiten können. Reicht der Lohn nicht hin, oder trifft die Arbeiter ein Mißgeschick in der Fabrik oder Krankheit in der Familie, so haben dieselben das liebe Nachsehen und können sich mit dem erhabenen Gedanken trösten, daß sie eigentlich die Herren Fischel indirekt unterstützt haben. Doch wozu diese Kritik; es ist einmal so „göttliche Weltordnung", daß der Kleine dem Großen zu dessen Reichtume mit verhelfen muß, daß die kleinen Kapitalien von den großen aufgesogen werden, denn die Millionen werden nicht aus der Erde gestampft, noch kommen dieselben aus den Wolken gefallen, sondern müssen erarbeitet, „erworben und erspart" werden, aber wie und von wem?

Ich muß schließen für diesmal, um den Raum des Blattes, sowie die Geduld der Leser nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen, denn wollte ich alle Uebelstände dieser Fabrik sowol an Einrichtung als Verhalten der Arbeiter verzeichnen, könnte ich ganze Folianten füllen. Es wird hier bornirte Leute geben, welche diesem Berichte ein antisemitisches Motiv unterschieben werden; diesen sei bemerkt, daß wir Sozialisten weder Juden noch Christen, sondern nur Menschen kennen, daß wie wol wissen, daß die Vertreter des Kapitalismus überall die gleichen Naturen sind, welcher Rasse oder Glaubenssekte sie auch angehören mögen.

Ausweise.

Nr. 109.

Für die Familien unserer verurteilten Parteigenossen sind ferner folgende Beiträge eingelaufen:

Troja, Futschik je 50, Pfarrer von Penzing 70, Schneider-Fachblatt Nr. 23 10.79, Bäcker Wiens 2.40, Viereck und Wabereck 30, Gasthaus „zum Wo?" 2.82, der Teufel ist ein Egoist, er will um Gotteswillen nicht, was den Armen gut ist 15.03, die fettgefütterten Jesuiten mit der Köchin 3.33, Bernac 20, Supra 20, Braun 10, Esler 60, Werkstätte Lorinko 1.30, Greiner 30, T—b 20, Knor und Freidl von Mährisch-Trübau unter dem Motto: Trotz großer Not und niedern Hungerslohn, gebe jeder, was er kann, tue jeder seine Pflicht und vergeßt die Familien der Inhaftirten nicht 5.—, das rote Hufeisen 3.40, Zukunft 4, Helmreich 10, Futschik 25, Genossen Hernals 1.30, Gesellschaft für Menschenrechte 3.05, eine Tischgesellschaft in Neunkirchen 1.45, Atzgersdorf 60, einige Hutmacher 70, die Roten von Fünfhaus 1.23, Werkstätte Lazinger 1.14, Alle für Einen, Einer für Alle von St. Pölten 4.56, Werkstätte Abermann 2.30, die rote Freiheit, treu der Wahrheit und Liebe zu unseren Brüdern 1.—, Benich, Aussig 20, Wasner, Vordernberg 4, Vöslau 2.—, Brodmann 20, gewordener Maschinist 10, gratis 8, Schuhmacher Wiens 1.50, „Und sie bewegt sich doch" 4. S. 1.05, 5. S. 1.05, durch Größ 1.15, T—b 20, Meerschaum-Bildhauer 1.71, „Alles ist gerettet" 20, Ungenannt 20, Schmaubelt 20, Wilhelm 10, Schneider-Fachblatt Nr. 24 1.20, „durch Wissen zur Macht, durch Macht zum Sieg" Genossen Neunkirchen 3.32, Tischgesellschaft bei Engel durch Futschik 1.10, die Roten von der Marmorplatte 2.46, einige Hutmacher 30, Tischler Wiens 8.11, Tischgesellschaft, Neustiftgasse, 90, durch Branntweiner 50, Freiheit 20, R. R. 20, Holz 10, W. W. 10, Kratochwil 10, Trojan 10, fiskalische Gesetze: Druck erzeugt Gegendruck 20, Richter 10, Ibler 10, Schnatinger 20, durch Rehor 55, durch Stadler: Jiroutek 10, Svoboda 20, Weißenberger 10, Novotny 10, J. S. 10, Petrfald 10, Angst 20, Misoli 10, Bernard 10, Lina Reichl 10, Nelisch 10, G. R. 10, L. D. 10, Chaby 24; Arbeiter bei Richard Ludwig 4.45, Wir für Euch 1.04, Weindl 30, Hoschst 30, Dechmann 20, Kalla 20, Polarik 50, Antes 10, Zizek 30, Malez 20, Viltner 20, Wittenberg 20, Popensteiner 10, Bandfabrik Harmer 75, mehr Licht 84, durch Fous: Fous 20, Vitek 30, Strpka 20, Vitek 15, Hanacek 15, Safaronic 10, Wolf 15, Firez 15, Vilik 20, Gubin 20, Tischlerwerkstätte Mainz 3.80, Arbeiter Kaits 1.20, die Roten am Neubau 2.05, Unbekannter 1.—, für einen verkauften Kalender 25, Genossen bei Dübl 8.50, G. Krenn 10, mehrere Genossen durch Seifert 6.—, Werkstätte Michl 2.65, die Roten bei zwei Tischen 52, von G. Wieges 1.50, die Oppositionellen Marburgs 2.20, Werkstätte Zizula 2.50, Werkstätte Witeli 3.30, für die Männer im Kampf für Freiheit und Licht 57, [Hotze: B. 34, T. 10, U. 20, d. n. G. 14, V. d. N.-G.-W. 50, Schranz 20], Genossen Floridsdorf 2.—, 2.—, Genossen im Gaswerk am Tabor 1.55, Hampel 10, B. 35.

Summ 159 fl. 11 kr.

In Graz für die Inhaftirten eingelaufen: Kern, Maier je 5, Kalo, Kowalschitsch, Windisch, Marchel, Dostal, Kasper, Zumpe, Wenzuis, Fuhrmann, Buschman, Dopler, Schneider, Röhl, Kettel, ein roter Gewerbetreibender je 10, Wagnes, Kleiner, Pok, Roßmann, Pachar, Vater je 20, Fortner, Krikner je 25, Zaunmayer 24, Riedler, Gstöttner je 30, Augenthaler, Kappauf, Kramer, Polstertanz je 40, die Unzufriedenen 55, Kellersammlung 57, Lindner 59, durch Betti Schachersleitner 65, mehrere Arbeiter der Fabrik Gayer 80, die Unzufriedenen 42, durch Goring 45, Kleiner 50, Wasner, Vordernberg 1.—, die Roten im Keller 1.12, Laicher 1.—, Traurig 50, Reformtürken 1.16, Genossen Mürzzuschlag 1.22, Ungenannt 1.50, die Roten im Keller 1.87, die wackeren Genossen in Donawitz 10.—.

Summe 29 fl. 65 kr.

Briefkasten.

Redakzion. Grubinger in Turn: Keinen Brief seit 1. Oktober erhalten.

Administrazion. Grubinger in Turn: Um 20 kr. mehr; von Cernei noch nichts erhalten. — Franz Bernich, Aussig: Bis Ende Dezember. — Kramer, Teschen: Bis 1. April 1882. — Kolbe in Gründendorf bei Königinhof: 5 kr. Rest. — Tzisch, Mähr.-Trübau: Wir senden die Blätter regelmäßig ab, es muß die Post daran die Schuld tragen; hätten nachgesandt, letzte Rest jedoch vergriffen; Nr. 52 wurde konfiszirt und eine zweite Auflage nicht gestattet. — Wanke, Römerstadt: Nr. 51 vergriffen, können daher nicht nachsenden. — Skubitz, Bregenz: Warum Sie die letzte Nr. nicht erhielten, wissen wir nicht. Nr. 51 wurde konfiszirt.

Ankündigungen.

Soeben erschien im Verlage der Redakzion der „Zukunft", 6. Bez., Gumpendorferstraße 78, die **zweite Auflage** des österreichischen

Arbeiter-Kalenders

für das Jahr 1882.

Inhalt: Kurzer Abriß aus der Geschichte des Kalenderwesens. — Kalendarium. — Das neue Jahr! Gedicht von Breuer. — Zeitbetrachtungen zum Jahresschlusse. — Sein Tagebuch, eine Skizze. Von Josef Haunich. — Fragmente und Gedankensplitter. — Geheimmittel. — Poetische Notizen mit kurzen Randglossen. — Arbeitervereine Oesterreichs. — Kurzgefaßte Briefpostbestimmungen. — Stempeltarif.

Preis per Exemplar 25 kr. Bei einzeln bestellten Exemplaren ist außerdem 5 kr. Postporto zu entrichten.

Es werden alle jene Genossen, welche noch Kalender für das Jahr 1881 restiren, ersucht, dieselben baldigst zu begleichen, widrigenfalls dieselben in der „Zukunft" namentlich aufgefordert werden.

Wien. Montag den 26. d. M. (Stefanitag), um 2 Uhr nachmittags, findet in Dreher's Bierhalle, Landstraße, Hauptstraße 97, eine

Volksversammlung

mit der Tagesordung: 1. Die Forderungen der Arbeiter; 2. die Presse statt.

Wien. Montag den 26. Dezember (Stefanitag), 9 Uhr vormittags findet in Lerchenfeld, Brunngasse, Gasthaus „zum Amerikaner" eine

deutsch-slavische Volksversammlung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Zweck und Nutzen der Vereine; 2. die Presse.

Floridsdorf. Die Festsektion des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereines fühlt sich infolge der grundlosen Verdächtigung: Genosse Wilhelm Till habe die von Herrn Aschenbrenner gespendeten zwei Gulden seinem bestimmten Zwecke nicht zugeführt, veranlaßt, hiemit bekanntzugeben, daß oberwähnter Betrag gleich nach Erhalt vom Genossen W. Till dem Festkomitee übergeben wurde.

Die Festsektion.

Wien. Montag den 26. Dezember, vormittags 9 Uhr, findet eine freie Versammlung der Manufakturarbeiter und -Arbeiterinnen im Saale „zum weißen Engel", Neulerchenfeld, Gärtnergasse, statt. Tagesordnung: 1. Die Lage der Manufakturarbeiter und -Arbeiterinnen und ihre Forderungen zur Verbesserung; 2. Zweck und Nutzen der Vereine.

Wien. Das Vereinslokal des Fortbildungs- und Kranken-Unterstützungsvereines der Färber Wiens befindet sich seit 17. September in Winter's Gasthaus, 5. Bez., am Hundsturm 2.

Wien. Arbeitsvermittlung der Kürschner. Jeden Montag und Donnerstag, 7. Bezirk, Neubaugasse 55, im Gasthause.

Wien. Sonntag, den 26. Dezember, veranstaltet der Gewerbeverein der Schneider im Vereinslokale einen

gemütlichen Abend

verbunden mit Gesang, deutsch und slavischen Deklamazionen und einem Fezbazar. Entritt mit der Einladungskarte 15 kr., ohne derselben 20 kr.

Der Gewerbeverein der Schneider Wiens befindet sich in Gerhold's Bierhalle, Stadt, Schottenring 15. — Einschreibungen werden jeden Montag von 7 Uhr abends an vorgenommen. Alle Zuschriften sind vorläufig an die Administrazion der „Schneider-Fachzeitung", 7. Bezirk, Neustiftgasse 3, zu senden.

Die **Arbeitsvermittlung** für Vereinsmitglieder befindet sich bei Herrn **Anton Krasa**, Josefstadt, Buchfeldgasse 4. Es werden daher die Herren Arbeitsgeber ersucht, ihre Adressen dorthin einzusenden.

Wien. Sontag den 25. Dezember (Kristtag), um 2 Uhr nachmittags, findet in Währing, Wienerstraße 37 (Gerl's Säle) eine

Volksversammlung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Forderungen der Arbeiter; 2. die Presse.

Arbeiter-Bildungsverein in Wien.

Samstag den 31. Dezember, in Piott's Gasthaus, Gumpendorferstraße 49.

Silvesterfeier

verbunden mit Gesang, Deklamazion, Fezbazar und zum Schlusse Tanzkränzchen. — Eintritt mit der Einladungskarte 20 kr., an der Kasse 25 kr.

Montag den 9. Jänner, abends ½8 Uhr, findet eine Monatsversammlung in der Zentrale statt.

Bruck a. M. Der Arbeiter-Bildungsverein „Vorwärts" in Bruck a. M. fült sich veranlaßt, an alle Vereine gleicher Tendenz die Bitte zu stellen, ihre abreisenden Mitglieder stets mit genauer Legitimazion zu versehen, da es schon mehrmals vorkam, daß reisende Mitglieder sich nur mit 3 Kupons ausweisen konnten. Wir machen daher alle Arbeitervereine aufmerksam, um allen Unannehmlichkeiten auszuweichen, bei Abreise eines Mitgliedes sich der sogenannten Reiseunterstützungsbüchel zu bedienen; wir sind gerne bereit, nach Wunsch Musterbüchel zu senden. Wir machen aufmerksam, daß wir Unterstützungen vom 1. Jänner 1882 an unter strenger Kontrole ausfolgen. Die Reiseunterstützung ist im Vereinslokale (Frau Maria Rekenzaun's Restaurazion am Hauptplatz) per 30 kr. zu erlangen.

An alle Arbeitervereine, Genossen und Redakzionen sämmtlicher Arbeiterblätter!

Der Vorstand des Teplitzer Arbeiter-Bildungsvereines macht hiemit sämmtliche Obengenannte aufmerksam, daß von nun an alle Briefe, Zeitungen und überhaupt alle Sendungen, welche den Verein betreffen, an nachstehende Adresse zu richten sind: Josef Kaiser, Schneider, Breitegasse 12, Teplitz.

Ferner wird bekanntgegeben, daß obiger Verein an alle durchreisenden Genossen und Mitgliedern von Vereinen ähnlicher Tendenz, welche sich als solche legitimiren können, eine Reiseunterstützung von 50 kr. ausbezalt: diese Unterstützung ist ebenfalls bei Genossen J. Kaiser zu beheben. Wilh. Größl, Schriftführer-Stellvertreter.

Innsbruck. Der Holzarbeiter-Fachverein feiert am 26. Dezember nach dreijährigem Bestande sein erstes Gründungsfest in der Höttinger-Au „beim Rößl", verbunden mit Festaktus und Tanzkränzchen. Eintritt für Mitglieder 20 kr., Nichtmitglieder 40 kr, Kassaeröffnung halb 7 Uhr, Anfang halb 8 Uhr. — Alle Genossen von Nah und Fern sind hiezu freundlichst eingeladen, dies Fest durch Delegirte oder Begrüßungsschreiben zu verherrlichen. Es wird gebeten, von diesem Notiz zu nehmen, da keine speziellen Einladungen erfolgen.

[50] Das Festkomitee.

Ein oder zwei Genossen werden zur Mitbewohnung eines Zimmers gesucht. — Neulerchenfeld, Brunngasse 36, Tür 12. [20]

Genosse Ignaz Formanek wohnt 8. Bez., Strozzigasse 30, Wien.

Anempfelung.

Eine Weißnäherin verfertigt Herren-, Damen-, auch Kinderwäsche, sowie alle Reparaturen zu sehr billigen Preisen. — Neulerchenfeld, Liebhartsgasse 16, 2. Stock, Tür 16. [30]

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Genossen bringen wir die traurige Nachricht von dem Ableben des Genossen

Thomas Bednař

welcher am Mitwoch, den 14. d. M., nach vierzehntägiger schwerer Krankheit verschied. — Wenn derselbe auch den hiesigen Genossen teilweise unbekannt gewesen, so hat er doch schon von Anbeginn der Arbeiterbewegung für unsere Sache (hauptsächlich in Graz) gewirkt und in allerletzter Zeit unser Streben materiell unterstützt. Ehre seinem Andenken!

Appell an die Genossen Wiens und Umgebung!

Wie durch die Macht des Kapitals oder auch durch andere Macht schon so mancher Genosse seine Arbeit verlor und er sammt Familie dem Hungee preisgegeben wurde, so erging es auch mir. Da ich durch die Affaire beim „grünen Tor" in Neulerchenfeld in einer dreitägigen Untersuchungshaft gehalten wurde, verlor ich hiedurch mein Geschäft und als Anstreicher oder Lackierer vielleicht monatelang auf eine Beschäftigung nicht rechnen kann, so habe ich, um meine Familie (bestehend aus einem kranken Weibe und 3 Kindern) teilweise vor dem Hunger zu schützen, eine Expedizion für die Buchhandlung Daberkow übernommen. Ich stelle nun die Bitte an alle Genossen und Vereine, ihren Bedarf an Büchern, Zeitschriften ꝛc. bei mir bestellen zu wollen; auf ermäßigte Preise ist stets zu rechnen. In der Hoffnung, meiner Bitte zu entsprechen, zeichnet sich hochachtungsvoll mit bestem Gruß Jakob Würges, Ottakring, Nettergasse 12.

(Die in Klammern befindlichen Ziffern bedeuten den Preis der Annonzen.)

Die nächste Nummer erscheint am 12. Jänner.

Herausgeber und Verleger: Heinrich Hotze, Ignaz Formanek, August Göppen, Anton Christoph.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz Formanek.

Druck von W. Jacobi, Wien, Stadt, Schottenring 6.